



UNIVERSITY OF ILLINOIS
LIBRARY

Class	Book	Volume
305	JAH2	30 ¹⁻²

Je 07-10M

Return this book on or before the
Latest Date stamped below. A
charge is made on all overdue
books.

University of Illinois Library

5/13

MAR 3 1976

MAR 29 1976

AUG 10 1977

AUG 31 1977

APR 10 1978

MAY 8 1978

MAY 20 1981

JUN 6 1981

L161—H41





683
19
wif

Jahrbuch
für
Gesetzgebung, Verwaltung
und
Volkswirtschaft
im
Deutschen Reich.

Des „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege des Deutschen Reiches“
Neue Folge.

Dreißigster Jahrgang.

Herausgegeben

von

Gustav Schmoller.

Erstes Heft.



Leipzig,

d

Verlag von **Duncker & Humblot.**
1906.

Alle Rechte vorbehalten.

Vertrieb: Verlagsbuchhandlung Stephan Geibel & Co. in Hildesheim.

305
JAH 2
v. 30-12

Inhaltsverzeichnis.

I. Größere Aufsätze.

	Seite
<u>Vereinfachung der Arbeiterversicherung.</u> Von T. Hädiker.	1
<u>Die Ursachen des Übergangs von der Handarbeit zur maschinellen Betriebsweise um die Wende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.</u> Von Josef Kulischer.	81
<u>Wescher und Knies und die logischen Probleme der historischen Nationalökonomie.</u> III. Von Max Weber.	81
<u>Zur naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre.</u> III. Von Ferdinand Tönnies.	121
<u>Die Regelung des Planbleichergewerbes im Deutschen Reich.</u> Von Oth. Hausen-Hamburg.	147
<u>Die revisionistische Bewegung in der deutschen Sozialdemokratie.</u> II. Von Ernst Gätiker.	191
<u>Arbeits- und Handwerk, Handelskammern und Handwerkskammern. Betrachtungen aus der Praxis.</u> Von Georg Elevers.	255
<u>Die Krankenkassen und die Volkversicherung.</u> Von H. von Frankenberg.	275
<u>Beiträge zur Organisation der Fürsorgelätigkeit in Rußland.</u> Von Baron Otto von Hurkoben.	311

II. Literatur.

<u>Neubau für Adolph Wagner zur siebenzigsten Wiederkehr seines Geburtstages.</u> (V. Kohle.) S. 825.
<u>Rehm, Hermann: Modernes Kassenrecht.</u> (G. Bernasch.) S. 838.
<u>Eternberg, Theodor: Allgemeine Rechtslehre. I. Die Methode II. Das System.</u> (Sammlung Göttingen, Nr. 169 u. 170.) (H. A. Kantorowicz.) S. 836.
<u>Murzel, Karl Georg: Das juristische Denken. Studie.</u> (H. A. Kantorowicz.) S. 837.
<u>Földes, Béla: Társadalmi gazdasági elemek. (Die Grundlagen der Sozialökonomie.)</u> (G. Schiebman.) S. 337.
<u>Engels, Eduard: Vb. 6: Die ungenutzte Beteiligung der Getreidepreise in den verschiedenen Staaten von 1802 bis 1900.</u> (V. Kollmann.) S. 838.
<u>Glück, Joseph: Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages seit Anbruch von Vieh. Eine dogmengeschichtliche Untersuchung.</u> (H. Wittich.) S. 341.
<u>Doren, Alfred: Deutsche Handwerker und Handwerkerbruderschaften im mittelalterlichen Italien.</u> (D. Granke.) S. 344.
<u>Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt.</u> (H. Koppel.) S. 345.
<u>Flores, A.: La reforma arancelaria, consideraciones y materiales. Vol. I. Alemania. Cuaderno I. Bosquejo de la política comercial alemana durante el gobierno de los tres últimos cancilleres.</u> (Mar. Westphal.) S. 353.
<u>Petersen, Otto: Das Wasserrecht der Ostküste.</u> (H. Kollmann.) S. 354.
<u>Salfer, Theodor: Der internationale Steinbohlenhandel, insbesondere seine wirtschaftsstatistische Gestaltung im Jahrzehnt 1891/1900.</u> (G. Schiebman.) S. 355.

- Römer, Ernst: Die Bücherrevisionen-Praxis in Deutschland und England. Propagandistisches Handbuch der Bücherrevision. (E. Schmalenbach.) S. 357.
- Schriften des Vereins für Socialpolitik.
- Bd. 89. Eisenbahntarife und Wassertrafiken. Studien zur Frage der Gebührenerhebung auf Binnenwasserstraßen. Herausgegeben und eingeleitet von Walther Loh.
- Bd. 100. Die Schifffahrt der deutschen Ströme. Untersuchungen über deren Abgabewesen, Regulierungskosten und Verkehrsverhältnisse. 1. Bd. Bd. 101. Daselbe. 2. Bd. Geschichtliche Entwicklung der Rheinschifffahrt im 19. Jahrhundert von Eberhard Gotheim.
- Bd. 102. Daselbe. 3. Bd. (Fr. Schulte u. G. Schmoller.) S. 358.
- Kurs, Viktor: Über den Artikel 54 der Reichsverfassung. (Fr. Schulte.) S. 363.
- Denkschrift des Arbeitsausschusses der Rheinschifffahrtsinteressenten. Die Erhebung von Schifffahrtsabgaben auf dem Rhein. (Fr. Schulte.) S. 363.
- Meili, Georg: Die Lage der Kanalschiffer in Elßaß-Lothringen. (D. Poensgen.) S. 366.
- Ashley, W. J.: The progress of the German working classes in the last quarter of a century. (H. Dörner.) S. 366.
- Shaw, Bernhard: The common sense of municipal trading. (E. Schwiebeland.) S. 368.
- von Finckh, Kurt: Handlexikon der sozialen Gesetzgebung. (Georg Evert.) S. 370.
- Bued, H. A.: Der Zentralverband deutscher Industrieller 1876—1901. (Waldermar Zimmermann.) S. 370.
- Pflegehart, A.: Das Verhältnis der Hausindustrie zur Kranken- und Unfallversicherung. (H. Dörner.) S. 376.
- Blaustein, Arthur: Die Entstehung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung im deutschen Sattlergewerbe. (Völk. Abhandlungen der badischen Hochschulen, hrsg. von Fuchs, Rathgen, v. Schulze-Gävernitz, R. Weber. VI, 3.) (J. Schmölke.) S. 377.
- Annuaire statistique de la Roumanie 1903. (E. Ballod.) S. 379.
- Galter, W. v.: Das badijsche Budgetrecht in seinen Grundzügen. (D. Gerlach.) S. 381.
- Buchenderger, Adolf: Finanzpolitik und Staatshaushalt im Großherzogtum Baden in den Jahren 1850—1900. Zugleich ein Beitrag zur deutschen Finanzpolitik. (D. Gerlach.) S. 381.
- Volz, Max: Die direkten Staats- und Gemeindesteuern im Großherzogtum Baden, eine Darstellung ihrer Entwicklung und Ergebnisse von 1836—1901. (D. Gerlach.) S. 381.
- Georgi, Otto: Der Staatshaushalt des Königreichs Sachsen seit dem Jahre 1880. Ein Beitrag zur Beurteilung der gegenwärtigen Finanzlage. (D. Gerlach.) S. 381.
- Reitz, Hans von: Grundzüge der Staatssteuern im Königreich Sachsen. (D. Gerlach.) S. 381.
- Schwarz, D., u. Struß, G.: Der Staatshaushalt und die Finanzen Preußens. Unter Benutzung amtlicher Quellen. (D. Gerlach.) S. 381.
- Hartwig, J.: Der Lübecker Schoß bis zur Reformationszeit. (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, herausg. von G. Schmoller. XXI, 6.) (H. Klein.) S. 391.
- Heislerich, Karl: Das Geld im russisch-japanischen Kriege. (E. Ballod.) S. 395.
- Rigulin, P. P.: Der Krieg und unsere Finanzen. (E. Ballod.) S. 399.
- Reyer, Hermann: Die Einkommensteuerprojekte in Frankreich bis 1887. (E. Sydow.) S. 402.
- Eingefendete Bücher S. 411.

Vereinfachung der Arbeiterversicherung¹.

Von

E. Bödiker,

Wirkl. Geheimer Ober-Regierungsrat.

Inhaltsverzeichnis.

Notwendigkeit der Reform S. 1. — Mängel des Markensystems S. 5. —
Gemeinsamer Unterbau: Angliederung an die unteren Verwaltungsbehörden
S. 9. — Vorschläge von 1895 S. 12—28. Vordemerkungen S. 12.
Allgemeines S. 13. Besonders über die Invaliditäts- und Altersversicherung
S. 15. Organisatorisches S. 16. Begründung S. 19. Schluß S. 27.

Der Rock, der einem Knaben paßt, paßt ihm als Mann nicht mehr. So geht es auch mit unserer Arbeiterversicherung. Nicht, als ob wir ihrer nicht mehr bedürften, bedarf doch auch der Mann des Rocks. Im Gegenteil: sie soll ausgebaut, erweitert werden. Aber daß wir zu lange mit einer durchgreifenden Änderung warteten, forderte die Kritiker heraus. Es treten „Barner“ und „Mahrer“ auf, Rufer nach „Gegendampf“, und sie finden hier und da einen gewissen Resonanzboden, weil die bestehende Form reformbedürftig ist.

Würde man in deutschen Landen eine Umfrage halten, ob im Falle von Krankheit wieder der Bettelsack in den Fabriken herumgehen, bei Unfällen Haftpflichtprozesse angestrengt, die Invaliden der Arbeit auf die nackte Armenpflege hingewiesen werden sollen, so würde kein Mensch das bejahen.

¹ Referat, erstattet auf dem VII. Internationalen Arbeiterversicherungs-
kongreß zu Wien, 17. bis 23. September 1905.

Verlag XXX I, 1, 1898. v. Schönmöller.

Die deutsche Arbeiterversicherung an sich wird nur mit dem Deutschen Reiche zu Grunde gehen, dessen Kraft und Stärke sie mehrt, weil sie die breitesten Schichten des Volkes kräftigt und hebt; aber reformbedürftig ist sie.

Wenn — mit Recht — geklagt wird, die Krankenversicherung arte oft gerabeg zu einer Arbeitslosenversicherung aus; wenn der erste Schnee fällt, so melden sich zahlreiche Bau- und andere Arbeiter krank¹; oder, alte Leiden würden auf Unfälle zurückgeführt, leichte Unfälle übertrieben, und Unfallrenten auch nach wesentlicher Besserung krampfhaft festgehalten; oder, es finde eine Jagd nach Invalidenrenten statt, Berufsinvalidität werde für Reichsinvalidität ausgegeben, so hat das alles an sich mit dem Prinzip der betreffenden obligatorischen Arbeiterversicherung nichts zu tun. Aber es werden trotzdem daraus Waffen gegen das System geschmiedet, indem absichtlich oder unabsichtlich übersehen wird, daß eine bessere Handhabung der Gesetze, schärfere Kontrollen und fortgesetzte Belehrung der Arbeiter in allen diesen Punkten sehr viel bessern können. Und keineswegs trifft die Schuld hier allein die Selbstverwaltungsorgane, sondern nicht selten auch die staatlichen Behörden. Wenn z. B. zu Schiedsgerichtsvorsitzenden unerfahrene oder sonst ungeeignete Beamte ernannt werden, so wirkt das oftmals sehr ungünstig zurück, und wenn die Vorgesetzten die unteren Behörden auf diesem Gebiete ganz sich selbst überlassen, so können die Folgen keine guten sein. Dem krankhaften Drange nach Renten wird durch die Nachgiebigkeit der Behörden oft vielleicht nicht weniger Vorschub geleistet, als durch Gefälligkeitsatteste einzelner Ärzte. Alle ehrlichen Versicherten — und das ist doch die überwiegende Mehrheit — können nur wünschen, daß alles mit rechten Dingen zugehe, und daß die so segensreiche Institution nicht durch menschliche Schwäche oder gar Unrehabilität diskreditiert werde; wer hätte übrigens nicht auch schon von der Ausbeutung der verschiedenen bürgerlichen Versicherungsarten gehört? So weit die Gesetzgebung in diesem Punkte durch noch bessere Ausgestaltung des Verfahrens und Einführung obligatorischer Kontrolle nachhelfen kann, wird es sicherlich an ihr nicht fehlen. Dies hat erst kürzlich der Staatssekretär des Innern, Graf von Posadowsky-Wehner, in der Reichstagsagung vom 2. März 1905 ausgesprochen.

In dieser Sitzung verbreitete er sich sodann auch über die Vereinfachung (Zusammenlegung) der Versicherungsgesetze.

¹ Übrigens hat Dr. Rugdon diese Klagen in der Reichstagsagung vom 3. März 1905 bereits auf das rechte Maß zurückgeführt.

Manche von den vorher ange deuteten Klagen und die Klagen über die Unständlichkeit der Gesamtgesetzgebung wären nicht laut oder nicht so laut geworden, wenn das Reformwerk früher in die Hand genommen worden wäre.

In Parenthese darf ich bemerken, daß ich von allem Anfang an für die Vereinigung der Rentenversicherung, also der Invaliditäts- und Altersversicherung und der Unfallversicherung, zu einer Organisation gewesen bin, und daß ursprünglich auch auf Seiten der Reichsregierung dieselbe Absicht bestanden hat, daß diese Vereinigung indessen bei dem ersten Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzentwurf auf Widerstand stieß. (Hierauf näher einzugehen, würde zu weit führen.)

Nachdem dann das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889 etwa fünf Jahre in Kraft gestanden hatte, versuchte ich abermals, auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen in einer Denkschrift vom November 1895 jener Vereinigung, unter Beseitigung der Beitragsmarke, das Wort zu reden. In einer zahlreich besuchten Konferenz im Reichsamt des Innern beraten, blieb sie schätzbares Material für das noch jetzt geltende Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899¹.

Dieses Gesetz beschritt leider den Weg der Einzelrevision. Die Begründung (S. 163) lehnte einschneidende grundsätzliche Änderungen ab, erklärte sich insbesondere ausdrücklich gegen „die Reform der gesamten Arbeiterversicherung und deren Vereinfachung durch Zusammenlegung aller oder mehrerer Zweige der Versicherung“. „Zurzeit“ könne diese Frage noch nicht befriedigend gelöst werden.

Als ob mit der Zeit nicht immer mehr Interessen sich an die Aufrechterhaltung der bestehenden Organisationen klammerten, und die Schwierigkeiten eher wüchsen als abnähmen! — Indessen auch bei der Beratung im Reichstag vertrat, wie natürlich, der Staatssekretär des Innern noch jenen Standpunkt der Gesetzesmotive (Stenographische Berichte 1899, S. 811, 877). Wenn er damals meinte, mit den „Rentenstellen“ werde ein Anfang zur Dezentralisation und

¹ Für dieselbe Konferenz hatte Dr. R. Freund Grundsätze ausgearbeitet, die auf eine Verschmelzung der Krankenversicherung und der Invalidenversicherung unter den Landesversicherungsanstalten abzielten, eine Idee, die er auch später literarisch mehrfach verfolgte. Andererseits haben sich von bekannten Schriftstellern u. a. Dr. Bacher, Dr. Zeller, Dr. Mosin, v. Landmann, Seybold, Dittmann, v. Frankenberg, Fuld, Knobloch, Rutenmann, H. Roefide, E. Lange, mit der Frage beschäftigt, Beweis genug, wie akut sie ist.

zur Vorbereitung der Verschmelzung gemacht werden, so werden die seitdem errichteten zwei Rentenstellen sicherlich nicht die vor sechs und acht Jahren behaupteten Schwierigkeiten verringert haben. Was sonst aber hat sie seitdem vermindert?

So verging ein Jahr ums andere unter der Herrschaft der 1899er Gesetzgebung, bis der Reichstag am 30. April 1903 (Stenographischer Bericht, S. 9201) auf Antrag des Abgeordneten Trimborn die Resolution annahm:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägungen „darüber einzutreten, ob nicht die drei Versicherungsarten Kranken-, „Invaliden- und Unfallversicherung, zum Zwecke der Vereinfachung „und Verbilligung der Arbeiterversicherungen in eine organische „Verbindung zu bringen und die bisherigen Arbeiterversicherungs- „gesetze in einem einzigen Gesetz zu vereinigen seien“¹.

Seitdem wird das in dieser Resolution enthaltene Verlangen von den verschiedensten Seiten im Reichstage immer wieder laut, und zuletzt hat in den Sitzungen vom 28. Februar, 1., 2., 3., 9. und 10. März 1905 dieses Kapitel bei den verschiedensten Rednern eine wohlverdiente Würdigung gefunden. Hier war es nun der Staatssekretär des Innern selbst, der am energischsten für die Reform eintrat. Von den sechs Jahre früher geäußerten Bedenken war keine mehr.

Es darf also erwartet werden, daß das Riesenwerk nunmehr energisch in Angriff genommen werden wird: ein Riesenwerk, wenn man bedenkt, daß es sich bei der Krankenversicherung um rund 23 000 Organisationen (Gemeindekrankenversicherungen, Orts-, Betriebs- [Fabrik-], Bau-, Innungskrankenkassen, eingeschriebene Hülfs-, landesrechtliche Hülfs- und Knappschaftskassen), bei der Unfallversicherung um 114 gewerbliche und land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften mit 932 Sektionen und 25 687 Vertrauensmännern, daneben 14 Versicherungsanstalten und 487 staatliche, Provinzial- und kommunale Ausführungsbehörden, und bei der Invalidenversicherung um 31 Versicherungsanstalten und 9 zugelassene Kasseneinrichtungen handelt.

Noch bevor die zuletzt erwähnten Reichstagsdebatten stattfanden,

¹ Zwei Monate vorher hatte sich in ähnlichem Sinne der Staatssekretär des Innern gelegentlich der Beratung der Krankenversicherungsnovelle im Reichstag und einen Monat vorher der zweite allgemeine Kongreß der Krankenkassen Deutschlands ausgesprochen.

hatte das Organisationskomitee unseres Kongresses die Frage der Vereinfachung der Arbeiterversicherung auf das Kongressprogramm gesetzt. Österreich ist mit einem im Dezember 1904 veröffentlichten, die drei Versicherungsarten, darunter die erst neu einzuführende Invaliditäts- und Altersversicherung umfassenden Gesetzentwurfe auf dem Plan erschienen; Luxemburg beabsichtigt ebenfalls eine Invaliditäts- und Altersversicherung in vereinfachter Form (ohne Beitragsmarken). Ich habe deshalb dem Wunsche des Organisationskomitees entsprechen zu sollen geglaubt, der dahin ging, ich möchte meine Vereinfachungsvorschläge von 1895 dem Kongress als Material zugänglich machen. Ich gebe sie in der Anlage unverändert wieder (mit einigen neuen Bemerkungen) und bitte, schon aus ihrer Überschrift zu ersehen, was angestrebt wurde. „Wenn doch damals Ihre Vorschläge angenommen worden wären!“ sagte mir dieser Tage in Veranlassung der vorhin erwähnten Reichstagsdebatte ein sozialpolitisch hervorragender Berliner Großindustrieller.

Manches von dem, was jene „Vorschläge“ enthalten, ist durch die 1899er Gesetzgebung ganz oder teilweise berücksichtigt, anderes, insbesondere die Beseitigung des Markensystems, abgelehnt worden. Dies System wird nunmehr, nachdem inzwischen weitere zehn Jahre ins Land gegangen sind, in Deutschland kaum mehr beseitigt werden. Indessen, wir sind ein „internationaler“ Kongress, und für die nicht-deutschen Länder können meine damaligen Ausführungen und die folgenden Bemerkungen immer noch von Nutzen sein.

Was insbesondere dieses Markensystem anlangt, so hat die Begründung des 1899er Gesetzes dasselbe eingehend zu verteidigen, meine Einwendungen zu widerlegen gesucht. Ich bin der letzte, der seine vielfachen Vorzüge nicht anerkennt und die Schwächen meiner Gegenvorschläge übersähe. Daß es an sich auch ohne Marke geht, gestehen auch seine Anhänger zu, und beweisen die Gesetzentwürfe Luxemburgs und Österreichs; daß es in Deutschland nicht wohl ohne Marke geht, so lange an der Abrechnung unter den verschiedenen Landesversicherungsanstalten festgehalten wird, ist klar. Aber diese Abrechnung wollte ich ganz beseitigen, die ganze Last zu einer einheitlichen für alle Anstalten machen, was von Anfang an hätte geschehen sollen (das 1899er Gesetz ging den Mittelweg der Teilung in eine Gemein- und eine Sonderlast); aber ich glaube nicht, daß ein Land außer Deutschland eine derartige umständliche Lastenabrechnung vornehmen und aus diesem Grunde das Markensystem einführen möchte.

Daß und warum ich die einheitliche allgemeine Last wollte, enthalten meine „Vorschläge“. Freilich den reicheren Anstalten konnte das ja nicht angenehm sein.

Auch heute noch beruht auf den geklebten Marken nicht nur die Rentenhöhe, sondern unter Umständen auch das Rentenrecht. Durch Nichtleistung von wenigstens 20 Beiträgen während 2 Jahre geht die Anwartschaft verloren. Das ist zu hart, nicht sozialpolitisch. Wenn Finanzrat Hassel, Vorsitzender einer der kleinen Landesversicherungsanstalten (Braunschweig mit 1 Million Einwohnern) in seinem markenfreundlichen Referat mitteilt, daß nur durch das Eingreifen der Versicherungsanstalt mancher Versicherte seinen Rentenanspruch rettete, so wird dieses Eingreifen doch nur in einer Minderzahl der geeigneten Fälle vorkommen, und es beweist, daß eben viele Versicherte ihrer Rechte verlustig gehen.

Auch heute noch beruht tatsächlich das Rentenrecht des Arbeiters vielfach in der Willkür des Arbeitgebers. Denn wenn neuerdings auch der Arbeiter selbst seine Marken eingutleben berechtigt ist, so kennt man doch die Sorglosigkeit der Arbeiter und ihr Bestreben, sich der Beitragsleistung zu entziehen.

Aber das verschlägt ja alles gar nichts gegenüber der dem Markensystem anhaftenden Demoralisierung.

In allen Dingen fragt es sich: was ist der oberste Grundsatz? Bei den sich gegenüberstehenden Möglichkeiten der Beitragserhebung hat keine einen solchen moralischen Defekt wie das System des Markenklebens. Dieses mag den Versicherungsanstalten recht bequem und darum erklärlich sein, daß man es verteidigt — für einen Ballen Marken erhält man ein Paket Tausendmarksheine —, und was nicht geklebt wird, belastet die Anstalten nicht, geniert sie auch nicht; indessen ist die Versicherung doch nicht für die Anstalten, sondern für die Arbeiter da; auch sonst rühmt man die Einfachheit, obgleich das Einfachste noch längst nicht immer das Beste ist. Aber so viel Millionen Klebepflichtige und Klebeveranlassungen (Lohnzahlungen), so viel Millionen Versuchungen zu Unterschlagung und Betrug; und keine Kontrolle der Welt bringt es zumege, daß nicht, so lange die menschliche Schwäche besteht, Zahlreiche der Versuchung erliegen. Freilich, die Begründung des 1899er Gesetzes wiegt sich in der Hoffnung, nach den neuen Bestimmungen über die Kontrolle werde das anders werden, es werde „die Klage beseitigt werden, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in großem Umfange die Föhrung der Marken überhaupt unterlassen“. Diese neuen Bestimmungen sind seit

vielen Jahren in Geltung, und trotz ihrer ist im Februar 1905, kurz bevor ich diese Zeilen nieder schrieb, im Bezirke einer weißdeutschen, anerkannt gut verwalteten Versicherungsanstalt bei einem Betriebe eine Unterschlagung von Beitragsmarken im Betrage von mindestens 15 000 Mark entdeckt, die sich auf eine Reihe von Jahren erstreckt. Nur zufällig erfuhr ich davon, weil ich den Betrieb näher kenne. Wenn das am grünen Holze geschieht, was mag am dürren vorkommen? An die große Glocke pflegen solche Sachen nicht gehängt zu werden. Und nun erst die massenhaften Unterschlagungen kleiner Beträge, und die Entfernung geklebter Marken (trotz „verbesserten Klebstoffes“) aus den Karten!

Gewiß, bei einer freiwilligen Versicherung, bei Pfennigsparsassen usw. ist die Marke ausgezeichnet. Hier ist jeder sein eigener Herr und klebt freiwillig so viel er will für sich selbst. Bei dem Invalidenversicherungs-Markensystem handelt es sich aber um eine Zwangsleistung, wobei ein Dritter klebt und das fremde Geld in die Hände bekommt. Dort hat der Klebende das Interesse, das eigene Geld auszugeben, hier hat der Klebende die Versuchung zu bestehen, das fremde Geld nicht auszugeben, sondern für sich zu verwenden. Es ist unverständlich, wie man die beiden Fälle wegen der rein äußerlichen Klebform als ähnlich oder verwandt bezeichnen kann und von dem einen auf den anderen zu dessen Gunsten schließen mag.

Zugegeben ist, daß, wenn noch abermals 15 Jahre das System in Deutschland herrschen wird, die Sache allmählich besser werden mag, man sich auch an die Unbequemlichkeiten mehr und mehr gewöhnt. Aber bis dahin haben sich Berge von Betrug und Unterschlagung infolge des Markensystems aufgehäuft, und die Frage steht so: was ist das geringere Übel, jenes System oder das von mir vorgeschlagene, zweifellos mit einer Unmasse von Mängeln behaftete System der Beitragsverhebung nach den Lohnlisten (eventuell Einschätzung), das aber im Punkte der Moral jedenfalls ungleich höher steht.

Eine Besserung versprechen sich manche Anhänger jenes Systems von der Einführung des sogenannten Einzugsverfahrens. Andere scheuen dessen Kosten, und wenn das vorerwähnte Referat des Finanzrats Cassel, eines Vertreters des Einzugsverfahrens, angibt, die Einzugsverfahrenskosten stiegen stellenweise bis zu 5 und 6% der Beiträge, die Kontrollkosten daneben bis zu 3 und 4%, so glaube ich, daß mit ungleich geringeren Beträgen auch manche Blüten meines

Systems zugebedt werden könnten. Die Unterschlagungen aber gerade auch bei den Einzugsstellen sind ja notorisch. Nach eben jenem Referat kleben auch heute noch die Arbeitgeber bei unständigen Arbeitern aus den verschiedensten Gründen nicht, was ich aus eigener Erfahrung bestätigen kann, und wie sehr ich mit meinen Anlagen gegen die massenhafte Schädigung der Arbeiter durch Nichtverwendung von Marken seitens der Arbeitgeber Recht hatte, erhellt wiederum aus jenem Referat, das zur Illustrierung der guten Folgen der schärferen Kontrolle die Tatsache anführt, in Niederbayern sei die Einnahme an Beiträgen von 1900 bis 1904 um 25 % gestiegen. Wie viel ist also vorher in Niederbayern — und anderswo — unterlassen, wie mancher Rentenanspruch verloren gegangen, wie manches Gewissen belastet worden?

Dieses wollte schon vor zehn Jahren das von mir aufgestellte System verhüten. Wenn anderseits der Markenentwertungszwang als ein wirksames Kontrollmittel vorgeschlagen wird, so ergibt sich allein aus dem Vorschlag dieses bisher von allen Instanzen in allen Stadien mit Recht verworfenen Mittels, in wie bedenklichem Maße noch immer Marken nicht geklebt, die Arbeiter geschädigt, die Gewissen belastet werden. Daß aber in nichtdeutschen Ländern der Markenentwertungszwang unbedenklicher sei als in Deutschland, ist kaum anzunehmen.

Nur nebenbei möge die Bemerkung hier eingeflochten werden, daß in der Reichstagsitzung vom 3. März 1905 der konservative Abgeordnete Dr. Burdhardt bei Unterstützung der Vereinheitlichungs- und Vereinfachungs Idee den besonderen Wunsch aussprach, es möchten seitens der vereinigten Versicherungen die Beitragslisten den Steuerämtern zugestellt und von diesen die Beiträge gemeinsam mit den übrigen Steuern in einer neuen Rubrik „Versicherungsbeiträge“ erhoben werden. Damit wäre dem Markensystem der Stab gebrochen, und der Boden des von mir verfochtenen Systems betreten.

Wenn die Begründung des 1899er Gesetzes diesem System in seiner weiteren Entwicklung nachsagt, es bedeute eine Rückkehr zur „Einheitsrente“, also einen sozialpolitischen Rückschritt, so tut der Verfasser meinem System wirklich Unrecht. Eine „Grundrente“ habe ich vorgeschlagen und Rentensteigerungen, die sich, nach der beigefügten Tafel selbst einem Laien verständlich, mit den gesetzlich geltenden Rentensteigerungen in merkwürdiger Weise, obgleich ganz anders konstruiert, decken. (Siehe diese Tafel in der Anlage.)

Dies vorausgeschickt, halte ich auch heute noch die in der Anlage

entwickelten Ansichten aufrecht, wenngleich ich nicht glaube, daß die Beitragsmarke und die Abrechnung unter den Landesversicherungsanstalten in Deutschland wieder beseitigt werden, so daß u. a. der im Kapitel „Organisatorisches“ Absatz 1 vorgesehene „Staatsbeamte“ keinen Existenzgrund haben würde.

Mit meinen Vorschlägen unter „A. Allgemeines“ deckt sich durch- aus die mehrfach gedrückte Idee eines „gemeinsamen Unterbaues“ (Graf Posadowsky, Reichstags-Sitzung vom 2. März 1905), einer „Geschäfts-Sammelstelle“ (Spahn, daselbst am 3. März). Nur müßte dieser lokale Unterbau nicht völlig von den unteren Verwaltungsbehörden losgelöst und ganz selbständig hingestellt werden (wie Graf Posadowsky zu wünschen scheint), sondern eine besondere Abteilung des Landratsamts, Oberbürgermeisteramts, Magistrats bilden. Es brauchen nur all die Kräfte, mit denen man sonst die „selbständige“ Stelle ausstatten würde, dem Landrat usw. überwiesen zu werden, dem man für die ihm erwachsende Mehrarbeit außerdem eine Entschädigung zu gewähren hätte, um die neue Einrichtung gut funktionieren zu sehen. Lediglich oder wenigstens hauptsächlich aus Mangel an Arbeitskräften klagen die genannten Stellen über Belastung mit Arbeiterversicherungssachen, deren Erledigung deshalb nur zu oft übers Knie gebrochen wird. Sachlich aber gehören diese das Wohl und Wehe der Bevölkerung so nahe berührenden Dinge an das Landratsamt pp. Hier konzentriert sich ohnehin die Kenntnis der Lage der Bevölkerung, und der Landrat wiederum muß seinerseits auf alle Weise über sie orientiert werden. Er steht in fortwährendem Verkehr mit den Gemeindebehörden; die Polizeiorgane der verschiedensten Art (Gendarmen usw.) stehen ihm unter Umständen als Aufklärungsorgane zur Verfügung; er muß der Vater seines Kreises, namentlich der weniger Vermittelten sein, und zur Hebung seines ganz nuenzbehrlichen Ansehens ist es notwendig, daß sich nicht neben ihm eine Stelle entwickelt, von der die Kreiseingesessenen mehr zu erwarten und zu hoffen haben als von ihm. Diese kennen den Weg zum Landratsamt, haben sowieso öfters dort zu tun; ohne Not sollte man keine neue Behörde oder dergleichen für sie schaffen, wo ohnehin die Zahl der Verwaltungs-, Justiz-, Militär-, Kirchen- usw. Behörden schon groß und verwirrend genug ist.

Nenn Kreise wie die beiden Berliner Landkreise (Teltow und Nieder-Barnim) mit einer Viertelmillion und mehr Einwohnern tadellos verwaltet werden, so werden auch die anderen Landräte fertig werden, sofern ihnen als besondere Abteilung des Landratsamts eine

„Versicherungsstelle“ mit einem tüchtigen Beamten an der Spitze zur Leitung überwiesen wird. Aus den Landräten gehen vielfach die höheren und höchsten Staatsbeamten hervor; sie können sich nicht früh genug und nicht eingehend genug mit den Arbeiterverhältnissen und Arbeiterfragen beschäftigen, die fortan für alle Zeit im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen werden. — Die Versicherungs-Gemeinde- und Ortsbehörden als Unterstellen bedienen müssen, an die sich die Beteiligten zunächst ebenfalls in allen Versicherungsangelegenheiten wenden können, was ja auch jetzt schon zu geschehen pflegt.

Schon die Versicherungsstellen werden nicht rein bürokratisch zu organisieren, und das Prinzip der Selbstverwaltung auch im weiteren Aufbau aufrecht zu erhalten sein. Ausbescondere ist die Mitwirkung der Arbeiter als der Hauptbeteiligten ebenso unentbehrlich wie die der Arbeitgeber.

In meinen „Vorschlägen“ bin ich für die Beibehaltung der gewerblichen Berufsgenossenschaften innerhalb des Rahmens der Reform eingetreten. Von der Verrichtung dieser eigenen Schöpfung des Reichs dürfte Wiemarke wäre länger je mehr als unabweislich notwendig.

Die in den „Vorschlägen“ vertretene Enklaffung des Reichs-Versicherungsausschusses hat sich je länger je mehr als Landes-Verwaltungs-Versicherungsausschuss erwiesen. Seine Ausbildung zur reinen Revisionsinstanz wie dort vorgeschlagen, und die Schaffung von Landes-Verwaltungsgerichten (Ober-Schiedsgerichten) als Revisionsinstanz für Unfallrenten, Kataster, Straf-, Beitrags-, Gehaltsrenten, u. m. Sachen würde die nötige Abhilfe bringen. (In der Linie der „Vorschläge“, C 7, läge die Verteilung des Reichs-Versicherungsausschusses auf Revisionsinstanz, auch in Krankenversicherungssachen, und zwar in Interesse einer einheitlichen Rechtsprechung in allen Arbeiterversicherungsangelegenheiten.)

Da man nun dem Obigen nach immer keine Partei im Reichstag ableisten kann, so ist die Frage des Zeitpunktes der ersten Sitzung des Reichs-Versicherungsausschusses über die Frage des Zeitpunktes der ersten Sitzung des Reichs-Versicherungsausschusses herrschen. Sogar die Redner an eine Zukunfts-Tagung ginge: sprachen einander de facto. In der Sitzung vom 1. März 1906 erinnerte der Abgeordnete Zimmermann an eine Tagung, die er sich ein sekretärs des Innern vom Jahre 1904, die dahin ginge: „Ehe man an die Zusammenlegung der Reichs-Versicherungsausschüsse, wie gewöhnlich berechneter (Sonder) ist, ob auf das

„Gesinde, ob auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiter; ferner müsse feststehen, wie weit man mit der Witwen- und Waisenversicherung gebieten sei; überhaupt müsse der Umfang der gesamten Versicherung endgültig fixiert sein.“

„Dieser Ausführung“ — also daß der Umfang der gesamten Versicherung vorher endgültig festgelegt sein müsse —, fuhr der Abgeordnete fort, „kann man ja an sich nur zustimmen.“

Sein Fraktionsgenosse Spahn dagegen sagte am 3. März 1905, er sei darin mit dem Staatssekretär einverstanden, daß es nötig sei, die Verständigung „recht bald“ zu erreichen, und zwar besonders im Interesse der Arbeiter.

Nun aber hat der Staatssekretär an dem zwischenliegenden Tage, dem 2. März, ausgeführt, wie schwierig die Frage der Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter sei, und er hat davor gewarnt, schon jetzt an die Frage der Ausdehnung der Invalidenversicherung der Heimarbeiter heranzutreten; wegen der Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Landwirtschaft aber hat er erst die auf diesem dornenvollen Gebiete allenfalls möglichen verschiedenen Wege der Gesetzgebung schildern können, und hinsichtlich der Witwen- und Waisenversicherung sich auf die Mitteilung beschränken müssen, es sei eine Rundfrage wegen der für sie ausgearbeiteten Grundzüge bei den Regierungen im Gange.

Wo bleibt da, wenn alle diese schwerwiegenden materiellen Fragen vorab gelöst werden sollen, das „Recht bald“ der Reform? Da auch der Staatssekretär des Innern sich dies gesagt haben wird, ist anzunehmen, daß er seinen Standpunkt von 1904 hinsichtlich des Abwartens modifiziert hat, wenn er jetzt für die Dringlichkeit der Reform eintritt.

Doch dem sei wie ihm wolle. Jene Fragen der Ausdehnung der Versicherung brauchen nicht gelöst zu sein, ehe die Reform in Angriff genommen wird. Die Reform muß nur so gestaltet werden, daß die Witwen- und Waisenversicherung usw. in dem geschaffenen Rahmen ohne weiteres Aufnahme finden kann. Dies habe ich vor zehn Jahren im „Schluß“-Wort meiner „Vorschläge“ gesagt und diese letzteren danach eingerichtet. Ihr Wortlaut möge hier nachfolgen.

Berlin, April 1905.

A. Allgemeines.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit mögen die folgenden, einen Teil der Organisation vorweg nehmenden Gedanken zuerst ausgesprochen werden:

1. Bei der Rentenversicherung (Unfall-, Invaliden- und Altersrenten) handelt es sich um verhältnismäßig seltene, aber dauernde Leistungen von relativ hohem Kapitalwert; bei der Krankenversicherung dagegen um häufig vorkommende, vorübergehende Unterstützungen von relativ geringem Kapitalwert. Zu diesen drei in der Sache liegenden Unterschieden kommt als viertes Moment hinzu, daß die Krankenunterstützung (auch während der ersten dreizehn Wochen nach einem Unfall) unverzüglich muß gewährt werden können, während es mit der Unfallrente dreizehn Wochen Zeit hat, und während die Invaliden- und Altersrenten sich teils tatsächlich an die Krankenunterstützung (Krankenhauspflege) anschließen, teils mit Mühe von langer Hand vorbereitet werden können.

Darum wird man für die Krankenversicherung lokale, leicht erreichbare, sofort entscheidende Organe nicht entbehren können. Man kann den Krankenversicherungsorganismus nicht durch den schon wegen der Höhe der Objekte zu gründlicherer und langsamerer Arbeit gezwungenen Organismus der Rentenversicherung aufsaugen lassen, einen Organismus, der wegen der breiteren Schultern, die die Rentenversicherung tragen müssen, naturgemäß weniger allgegenwärtig ist. Andererseits begegnet die Gewährung der Krankenunterstützung aus größeren allgemeinen Fonds wesentlichen Bedenken (massenhafte Inanspruchnahme der Fonds bei Arbeitslosigkeit im Winter usw.).

Dagegen steht nichts im Wege, die Krankenkassen an die Organe der Rentenversicherung zu gegenseitiger Unterstützung anzugliedern.

Die Anhänger eines Aufbaues der Rentenversicherung auf Grundlage der Krankenversicherung haben wohl meist ein ausgebildetes zentralisiertes Ortskrankenkassensystem im Auge, welches insbesondere auch mit den Betriebskrankenkassen auftrümt. Bei aller Anerkennung der segensreichen Wirksamkeit, welche unter Umständen ein solches System entfalten kann, darf die Rückseite der Betriebskrankenkassen doch nicht übersehen werden, die in der größeren Gleichartigkeit des Risikos unter den Kassenmitgliedern und in der höchst wünschenswerten innigeren Fühlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht, wozu je nach den Verhältnissen noch die einfachere, leicht durchzuführende Selbstverwaltung und bei dem näheren Verhältnis

der Kassennmitglieder untereinander die bessere Kontrolle (Simulations-
verhütung) hinzukommen.

Also Ausrechterhaltung der Krankenversicherungsorganisation
neben der Rentenversicherung umschließt der Herstellung eines engeren
Zusammenhanges unter ihnen und eventuell der gleichzeitigen Ein-
ziehung aller drei Beiträge.

Dagegen
2. grundsätzliche Vereinigung der Unfall-, Invaliditäts- und
Altersversicherungsorganisation in Verwaltung und Altersversicherungs-
anstalten unter der Bezeichnung Landesversicherungsanstalten¹ den
Stamm für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung abgeben,
das Regelverhältnis bilden. Neben ihnen sollen jedoch die gewerb-
lichen Berufsgenossenschaften für beide Rentenversicherungen nach
Analogie der zugelassenen Kasseneinrichtungen aufgehoben werden;
nicht die eine oder andere Berufsgenossenschaft für Unfallversicherung
einer anderen vereinigt wird. Die landwirtschaftliche Unfallversicherung
und Berufsorganisation, welche sich ohnehin mehr in der
Richtung der Invaliditäts- und Altersversicherung verschmolzen
wird hat, wird mit den Landesversicherungsanstalten verknüpfen
geht auf die Landesversicherungsanstalten über; die Landesversicherung-
anstalten geben die Invaliditäts- und Altersversicherung in den übrigen
bleibenden Berufsgenossenschaften und Altersversicherung an die Berufs-
schaften ab. Die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten
würden ein Drittel an die Berufsgenossenschaften u. s. w. ge-
winnen. Anstalten und Genossenschaften würden einen reicheren
Zweig getrennt betreiben, würden vereinigt, auf die Hälfte reduziert
sichergehen zu tun haben, die Arbeiter nur mit einem Organ für jeden
und mangelhafter betriebsanstellen übernehmen die Sektionsbildung
Die Landesversicherungsanstalten würden einen reicheren
der landwirtschaftlichen Berufsorganisationen übernehmen die Sektionsbildung
eine reichere Altersversicherung. Die den unteren Verwaltungsbehörden zuge-
hörig zulebende Vorbereitung der Invaliditäts- und Altersrenten
fällt dagegen weg.

¹ Das Gesetz vom 2. Juni 1889 statuiert diese Organisation.

Die Vertrauensmänner der Unfall- und der Invaliditäts- und Altersversicherung werden gemeinsam, in ihrer Zahl also wesentlich reduziert¹.

Eine gebührende Vertretung der Landwirtschaft in den Landesversicherungsanstalts-Vorständen und -Ausschüssen (Delegiertenversammlungen) sieht das Statut der Anstalt vor.

B. Besonderes über Invaliditäts- und Altersversicherung².

Beseitigung der Beitragsmarke. Die Beitragsmarke ist zu beseitigen, der jährliche Bedarf für die Zahlung der Invaliden- und Altersrenten ist ähnlich wie bei der Unfallversicherung alljährlich umzulegen. Die vorhandenen Mittel der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten (etwa 400 Millionen Mark) dienen als Reserve, sie werden auf die Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften nach der Zahl der Versicherten verteilt; eine weitere Milliarde wird nicht angesammelt.

Beseitigung des Kapitalbedungsprinzips. Die zu Berufsgenossenschaften vereinigten Unternehmer zahlen nach dem Maßstab der von ihnen gezahlten Löhne, die zu Landesversicherungsanstalten gehörenden Unternehmer nach dem Maßstab des abgeschätzten Arbeitsbedarfs (Lohnbedarfs) ihre Beiträge, deren Hälfte sie den Arbeitern anrechnen können. Der Jahresbedarf wird an der Hand der Erfahrung vom Reichs-Versicherungsamt berechnet; ein sich später herausstellendes Plus oder Minus mit Hilfe der Reserve (Absatz 1) ausgeglichen.

Beitrags-erhebung. Die Einziehung der Beiträge erfolgt bei den Berufsgenossenschaften zugleich mit den Unfallbeiträgen, wobei Vierteljahrszahlungen (auch für die Unfallbeiträge) eingeführt werden können; bei den Landesversicherungsanstalten werden Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträge vierteljährlich durch die Gemeinden zugleich mit den Gemeindebesteuern erhoben.

In den Büchern werden einerseits die Unfall-, andererseits die Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträge und -Ausgaben getrennt gehalten; gemeinschaftliche Ausgaben auf die beiden Abteilungen entsprechend verteilt, wie z. B. zurzeit bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften und ihren Versicherungsanstalten.

¹ Das Gesetz vom 22. Juni 1899 beseitigt sie.

² Begründung S. 19.

Grundrente. Es wird eine Grundrente von monatlich 12 Mk. für Männer, 9 Mk. für Frauen eingeführt, sowohl für die Fälle der Invalidität als auch die des Alters.

Rentensteigerung. Arbeits- und Lohnnachweisungen. Diese Grundrente erhält jeder, der den an keine Form gebundenen Nachweis führt, in den letzten fünf (oder drei?) Jahren vor dem Rentenanspruch als Arbeiter tätig gewesen zu sein. Wer durch Arbeits- und Lohnbescheinigungen, die der Versicherungsanstalt des Geburtsortes zur Aufbewahrung eingesandt werden, eine längere Beschäftigung und folgeweise Beitragszahlung nachweist, rückt in eine entsprechend höhere Rentenklasse auf. Die Rentenklassen steigen um eine Mark monatlich bis zum Höchstbetrag des Dreifachen der Grundrente. Die Höhe der empfangenen Löhne (geleisteten Beiträge) wirkt auf die Höhe der Rentenklasse. — Die Arbeits- und Lohnbescheinigungen werden nach einem vom Reichs-Versicherungsamt zu bestimmenden Formular ausgestellt.

Beseitigung der Beitragsverstattung. Eine Erstattung von Beiträgen im Falle der Verheiratung von Arbeiterinnen findet nicht statt.

Die Beitragsverstattung beim Tode eines Familienvaters usw. wird in ein (abgestuftes?) Sterbegeld verwandelt.

Beseitigung der Rentenverteilung. Eine Rentenverteilung unter den Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften findet nicht statt.

Die Invaliden- und Altersrenten werden zu Lasten der Gesamtheit bezahlt, wie wenn ein allgemeiner Rückversicherungsverband bestände.

C. Organisatorisches.

1. **Vorstände.** Zur Wahrung der Interessen der Gesamtheit tritt für die Behandlung der Invaliden- und Altersrenten ein Staatsbeamter in die Vorstände der Landesversicherungsanstalten und der Berufsgenossenschaften ein (vgl. unten Ziffer 5 letzter Absatz).

Die Berufsgenossenschaften können außerdem einen besoldeten Beamten zum Mitglied des Genossenschaftsvorstandes machen. Bei der Behandlung der Invaliden- und Altersrenten ist eine entsprechende Vertretung der Versicherten im Berufsgenossenschaftsvorstand und Ausschuß (Delegiertenversammlung) vorzusehen.

2. Sektionen. Die landwirtschaftlichen Sektionen gehen auf die Landesversicherungsanstalten über; wo keine bestehen, können sie gebildet werden, insbesondere auch zur Wahrung des jetzt in manchen kleineren landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften bestehenden regen Lebens, indem diese Genossenschaften als Sektionen fortbestehen. Die berufsgenossenschaftlichen Sektionen können durch Statut auch für die Invaliditäts- und Altersversicherung dienſtbar gemacht werden.

3. Staatliche und kommunale Ausführungsbehörden. Mit der grundsätzlichen Übertragung der Unfallversicherung auf die Landesversicherungsanstalten könnte ein Teil der Ausführungsbehörden, gewiß ein paar hundert, in Wegfall gebracht werden. Damit fielen auch die betreffenden Schiedsgerichte.

4. Schiedsgerichte. Die berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichte werden auch für die Invaliditäts- und Altersversicherung zuständig.

Die jetzt bestehende Doppelreihe von Schiedsgerichten fällt weg¹.

Die (an die Landesversicherungsanstalten übergehenden) Schiedsgerichte der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften erhalten Weiter auch aus den nichtberufsgenossenschaftlichen gewerblichen Kreisen. Befindet sich ein Schiedsgericht der zuständigen Berufsgenossenschaft nicht im Bezirke der unteren Verwaltungsbehörde, in welchem der Rentenbewerber seinen Wohnsitz hat, so ist das für diesen Bezirk errichtete Schiedsgericht der Landesversicherungsanstalt zuständig.

Auf solche Weise würden in Verbindung mit dem zu 3. vorstehend Gesagten etwa 1000 Schiedsgerichte erspart werden. Um so mehr kann die nach der Meinung des Verfassers höchst wertvolle, ja notwendige Besetzung der Schiedsgerichte mit je zwei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer neben dem Vorsitzenden aufrecht erhalten werden.

5. Landesversicherungskammern² (oder Ämter). Wenn die in den Unfallgesetznovellen Entwürfen ausgesprochene Absicht der Entlastung des Reichs-Versicherungsamts durchgeführt werden soll, so kann dies nicht wohl durch die Beseitigung des —

¹ Das Gesetz vom 22. Juni akzeptiert diese Vereinfachung.

² Oben S. 10 „Ober-Schiedsgerichte“ genannt. Diese könnten in Preußen statt bei den Oberlandesgerichten auch bei den Oberpräsidenten errichtet werden (im Hinblick auf die sehr heilsame Ingerenz der Oberpräsidenten [Regierungspräsidenten] auf die Tätigkeit der Landratsämter; vergl. oben S. 2, 9 ff.).

Jahrbuch XXX 1, hrg. v. Schmoller.

nach der Meinung des Verfassers unentbehrlichen — Rekursrechts in Unfallsachen, auch nicht durch die Heranziehung der höheren Verwaltungsbehörden als Beschwerdeinstanz in Verwaltungssachen geschehen.

Es empfiehlt sich alsdann eher, auf dem Boden der Selbstverwaltung, auf dem die Versicherungsgesetze erwachsen sind, weiterzubauen und für die Rekurse wie für die Beschwerden in Kataster-, Straf-, Vertrags-, Gefahrentarif- usw. Sachen eine Landesverwaltungs-Gerichtsinstanz zu schaffen.

Dies könnte geschehen, indem etwa bei jedem Oberlandesgericht unter dem Vorsitz eines Senatspräsidenten eine Landesversicherungskammer gebildet würde, zu der außerdem ein höherer Verwaltungsbeamter, ein Arzt und Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gehören hätten. (Vgl. Anm. 2 S. 17.)

Die Kammer wäre zuständig für alle Rekurse und Beschwerden in Sachen der Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften, sofern der Betriebsitz usw. in ihrem Bezirk liegt. Sie entschiebe in der Zusammensetzung von fünf Mitgliedern (Vorsitzender, Verwaltungsbeamter, Arzt — der in Altersrentensachen durch ein richterliches oder Verwaltungsmitglied ersetzt werden kann — Arbeitgeber, Arbeitnehmer). Solchergehalt gewänne eventuell die Justiz wieder mehr Fühlung mit den neueren sozialpolitischen Aufgaben und würde der oft geäußerte Wunsch der Ärzte nach aktiver, maßgeblicherer Beteiligung erfüllt.

Die bestehenden Landesversicherungsamter könnten entsprechend umgebildet werden.

Dem staatlichen Vorstandsmitgliede — oben Ziffer 1 — stände in Unvaliden- und Altersrentensachen ein Widerspruch gegen die Rentenbewilligung mittelst Berufung an die Landesversicherungskammer bezw. Revision an das Reichs-Versicherungsamt zu, um auf solche Weise unberechtigten Rentenbewilligungen, die fortan auf Kosten der Gesamtheit erfolgen, entgegenzutreten.

6. Reichs-Versicherungsamt. Das Reichs-Versicherungsamt behielte die Oberaufsicht über alle Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften; würde reine Revisionsinstanz in Renten- und Verwaltungs-Rechtsfragen; hätte nach wie vor Statuten, Gefahrentarife, Unfallverhütungsvorschriften zu genehmigen. Seine Zusammensetzung bliebe unverändert; sein Rechnungsbureau (zurzeit 77 Beamte) würde als entbehrlich aufgelöst.

Mit Rücksicht auf den Wegfall der Verteilung der Invaliden- und Altersrenten auf die verschiedenen Anstalten, hätte das Reichs-Versicherungsamt im Einvernehmen mit den Landeszentralbehörden eine verstärkte Aufsicht über die Vermögensverwendung und -anlage und die Verwaltungsaufwendungen bei den Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften als Trägern der Invaliditäts- und Altersversicherung zu führen.

7. Angliederung der Krankenversicherung. Vom Standpunkte der Selbstverwaltung, wie der Vereinfachung und tunlichsten Rechtseinheit aus, sowie im Interesse der Herstellung eines innigeren Zusammenhanges zwischen den verschiedenen Versicherungszweigen wäre zu erwägen, ob nicht auf dem Gebiete der Krankenversicherung die Befugnisse der „höheren Verwaltungsbehörden“ den Landesversicherungsanstalts-Vorständen zu übertragen und die im „Verwaltungsstreitverfahren“ (und Rechtsweg?) zu erledigenden Sachen eventuell den Landesversicherungskammern (siehe oben) zu übertragen sein möchten. Die Landesversicherungsanstalten könnten alsdann einen wohlthätigen Einfluß auf die Entwicklung des Krankenseins ausüben, je nach den regionalen Verhältnissen eine enge Fühlung zwischen den Kassen und der Rentenversicherung herstellen und insbesondere auch die Kassen zu beiderseitigem Vorteil an der Durchführung der Rentenversicherung beteiligen. Der Umstand, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Landesversicherungsanstalts-Vorständen Sitz und Stimme haben, macht diesen Aufbau für die Krankenkassenvorstände zu einem wesensgleichen und verbürgt eine ersprißliche, aus dem Boden erwachsende Gestaltung des Ganzen.

Anderseits läge die Überweisung der dem Verwaltungsstreitverfahren (und Rechtsweg?) vorbehaltenen Sachen an die Landesversicherungskammern ebenso in dem Interesse einer innerlich homogenen Jurisdikatur, wie in dem der Arbeiter usw., die nun wüßten, daß es nur eine einheitliche Spruchbehörde zweiter Instanz für das ganze Gebiet der Arbeiterversicherung gäbe.

Begründung zum Abschnitt B.

1. Die Beitragsmarke und Quittungskarte haben einerseits nicht geleistet, was von ihnen erwartet wurde, anderseits eine schwerer empfundene Belästigung der Beteiligten zur Folge gehabt, als vorausgesetzt wurde. Mag die Annahme des stellvertretenden Vorsitzenden der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Posen, „daß selbst eine wohlwollende Schätzung den Ausfall an Beiträgen auf 40 %

tagieren müsse“¹, zu weit gehen, so ist es doch eine unumwiderprochene, durch Tausende von jährlichen Strafverfügungen der Invalilitäts- und Altersversicherungsanstalts-Vorstände belegte Tatsache, daß Beitragsmarken in großem Umfange nicht verwandt werden. Nun aber hängt von der Verbringung der Marken nicht nur die Rentensteigerung, sondern in sehr vielen Fällen auch das Rentenrecht selbst ab. Tatsächlich und rechtlich ist mithin das Recht des Arbeiters in die Willkür des Arbeitgebers gelegt². Das ist ein innerer Widerspruch gegen das Prinzip der Zwangsversicherung. Beitragsmarken und Zwangsversicherung schließen sich in gewissem Maße aus. Das Recht des Arbeiters an sich muß sichergestellt, wie bei der Unfallversicherung die volle Konsequenz der Zwangsversicherung gezogen, das heißt der Beitrag von dem Arbeitgeber zwangsweise erhoben werden.

Der Satz „kein Beitrag keine Rente“ ist ein harter Grundsatz, der in das System unserer Sozialpolitik nicht paßt, insofern es nämlich am Arbeitgeber liegt, den Beitrag nicht zu leisten.

Der Arbeiter kann allerdings, der Theorie nach, den Arbeitgeber denunzieren, wenn er nicht für ihn Marken kauft; allein ein solches Verhältnis der Überwachung des Arbeitgebers durch den Arbeiter ist grundsätzlich nicht wünschenswert, und praktisch wird der Arbeiter als der Schwächere meist schweigen, vielleicht in seiner Kurzsichtigkeit mit dem Nichtleben sogar zufrieden sein. Aber der Staat will doch die Versicherung, aller Kurzsichtigkeit und Böswilligkeit zum Trotz.

Die unständigen Arbeiter kommen bei dem Beitragsmarkensystem vollends schlecht weg. Selbst in Berlin gibt es noch unständige Arbeiter genug, die bis heute keine Quittungskarte haben.

Die unständigen Arbeiter kommen bei dem Beitragsmarkensystem vollends schlecht weg. Selbst in Berlin gibt es noch unständige Arbeiter genug, die bis heute keine Quittungskarte haben.

Soll aber der Arbeiter statt des Arbeitgebers die Beiträge entrichten dürfen, so heißt das: er kann (statt der Arbeitgeberverpflichtung) eine freiwillige Versicherung nehmen. Damit fällt er aus dem Rahmen des Systems.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Bedenken, deren praktische Bedeutung erst die Erfahrung erhärtet hat, spricht gegen Beitragsmarken und Quittungskarte die Belästigung, bei jeder Lohnzahlung

¹ Vgl. Knobloch, „Die Beseitigung der Beitragsmarken“, Jena 1896; nach der Begründung zum Gesetz vom 22. Juni 1899 ist die Annahme nicht zutreffend; vgl. dagegen S. 8 oben.

² Vgl. wegen der durch das Gesetz vom 22. Juni 1899 gegebenen Änderung oben S. 6 Abs. 3.

Beiträge entrichten zu müssen¹. Alle Arbeitgeber müssen fortgesetzt ihre Aufmerksamkeit auf diesen Punkt lenken. Man sollte sagen, es wäre genug, wenn sie überhaupt ihren Beitrag zahlen. Nicht unbegründet ist der Widerwille gegen diese stete Aufmerksamkeit; zu weit geht die gesetzliche Forderung; weit verbreitet ist die Verfehlung aus Unachtsamkeit, häufig die Gesetzesübertretung aus Irrtum (bei Abschlagslohnzahlungen, bei Bemessung der Beitragshöhe, bei der Art der Markenentwertung usw.). Bei unständigen Arbeitern in Stadt und Land kommt nicht nur das häufige Fehlen der Quittungskarte der Leute, sondern auch noch die Gefahr hinzu, sich zu vergehen, wenn man am Ende der Woche jemanden nicht mehr fragt, ob er an den Tagen vorher schon irgendwo gearbeitet hat. Fehlt die Quittungskarte, so ist die Erfüllung der gesetzlichen Anforderung oft geradezu unmöglich, was nicht sein darf; fehlen die Marken, so kann deren Verbeschaffung unter Umständen eine unerträgliche Mühewaltung verursachen.

Die Bestimmung, daß der, welcher jemanden am Montag beschäftigt und löhnt, den Beitrag entrichten muß, schadet beiden Teilen.

Übrigens wird mit dem Fehlen der Karte oft auch die böswillige Sinterziehung entschuldigt.

Dazu kommt der Übelstand des unberechtigten massenhaften Einklebens von Marken kurz vor dem erwarteten Rentenfall, der Handel mit Marken, der Verlust der Anwartschaft, wenn jemand in vier Jahren nicht 47 Marken verwandt hat², von der Herstellung, dem Verkauf und der Aufbewahrung der Millionen von Karten und Milliarden von Beitragsmarken gar nicht zu reden.

Daß die Erwartungen, die bei Erlass des Gesetzes hinsichtlich der Gestaltung der Verhältnisse gehegt wurden, sich nicht voll erfüllt haben, geht insbesondere daraus hervor, daß im Jahre 1890 37 ¹/₂ Millionen Doppelmarken hergestellt wurden, während bis jetzt erst etwas über eine Million verwandt sind³.

Das sogenannte „Einziehungsverfahren“ mit Selbsthaltung des Beitragsmarkensystems an die Stelle des Selbstklebens zu setzen, heißt die Sache sehr verteuern, eine Menge Marken ansammeln, zu denen

¹ Nach dem Gesetz vom 22. Juni 1899 kann auch für längere Zeiträume nachgesehen werden; um so größer die Gefahr, daß gar nicht gesehen wird, und um so schwerer die Kontrolle für die Zwischenzeit.

² 1899 geändert; siehe oben S. 6 Abs. 2.

³ 1899 beseitigt. Selbstversicherung geschieht durch graue Karten.

die Quittungskarten nicht zu finden sind, die Masse von Marken und Karten und das umständliche Berechnungsverfahren beibehalten und schließlich doch wieder nur etwas Halbes schaffen. Die unständigen Arbeiter, die oft gerade am bedürftigsten sind, gehen leer dabei aus.

2. Damit wäre der Weg für eine Erhebung der Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträge zugleich mit den Unfallversicherungsbeiträgen im Wege eines Lohnprozentsatzes freigemacht.

Dieser Weg wird bereits jetzt tatsächlich durch die Invaliditäts- und Altersversicherungsausschuss Rheinprovinz im Einvernehmen mit den beteiligten Handelskammern und Verwaltungsbehörden für die Berechnung der Beiträge der Textil-Hausgewerbetreibenden geplant. Die Unternehmer sollen den Hausgewerbetreibenden $\frac{1}{2}$ bis 1 Prozent vom verdienten Lohn vergüten, wogegen diese Marken zu kaufen und zu verwenden haben. (Seit 1898 ähnlich bei den Landesversicherungsanstalten Westfalen und Schlesien.) Wozu aber erst noch der Umweg durch die Arbeiter, wozu die Kosten und Weiterungen des Markenkaufs usw.? Die Lohnprozente könnten an die Berufsgenossenschaft unmittelbar abgeführt werden.

Bei Betrieben (Hanshaltungen), die gegen Unfall nicht versichert sind, erfolgt die Einziehung der Beiträge für sich allein.

Die Höhe der zur Deckung des Jahresbedarfs nötigen Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträge kann unschwer vom Reichs-Versicherungsamt alljährlich berechnet werden, nachdem bereits eine fünfjährige Erfahrung gemacht ist.

Allerdings wird bei den landwirtschaftlichen usw. Betrieben eine Abschätzung des Arbeitsbedarfs — die gewerblichen Berufsgenossenschaften haben bereits Arbeiter- und Lohnnachweisungen — nicht zu entbehren sein. Allein einerseits haben schon jetzt viele landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften den Arbeitsbedarfsnachweis eingeführt, andererseits wird dieser auch für die Unfallversicherung bei allen unentbehrlich werden, wenn Brennereien, Molkereien und sonstige gewerbliche Nebenbetriebe bei der Landwirtschaft (den Landesversicherungsanstalten) mit versichert werden sollen. Daß dies unter Auflösung der Brennereiberufsgenossenschaft, womit diese einverstanden sein wird, geschehe, ist wünschenswert. (Vgl. § 1 Abs. 2 des inzwischen erlassenen Landw. Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900.)

Die Arbeitsbedarfschätzung wird die ständigen und nichtständigen Arbeiter umfassen müssen; diese Schätzung ist, wie das Beispiel der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften auf der ganzen Linie Schleswig, Hannover, Rassel, Frankfurt, Karlsruhe, Straßburg,

daneben in Mecklenburg und Thüringen zeigt, durchführbar. Das Verfahren hat auch für die Unfallversicherung seine Vorzüge, es bildet den Regelgrundsatz des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes, liegt auch der Secunfallversicherung zugrunde. Gleicherweise wäre in den nichtunfallversicherungspflichtigen Vertrieben und Haushaltungen der Arbeitsbedarf nebst Lohnbeitrag abzumäßigen und von letzterem etwa $\frac{1}{2}$ bis 1 Prozent, womit man noch für lange auskommen würde, zu erheben. Die Haushaltungen wären gegen diese geringe Abgabe von der Sorge um das Markenleben befreit und würden aufatmen.

Übrigens war der Versuch mit der Beitragsmarke in vielen Nüchternungen lehrreich und nützlich; er ebnete dem neuen Verfahren gar sehr die Wege.

Die Beiträge nach dem direkten Steuerfuß zu erheben empfiehlt sich nicht. Es handelt sich um eine im öffentlichen Interesse erfolgende Regelung des wirtschaftlichen sozialpolitischen Verhältnisses: Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Zwar liegt diese Regelung im Interesse aller. Aber an vielem haben alle ein Interesse, ohne daß alle die Kosten tragen. Sonst müßte z. B. die Justiz kostenfrei und selbst das Eisenbahnfahren unentgeltlich sein, vorbehaltlich der Dedung der Prozeß- und Eisenbahnbetriebskosten durch alle. Damit stielte man sich auf einen beinahe sozialistischen Boden. Der Einwand, daß sonst das bewegliche Kapital nicht genügend beitrage, ist hinfällig. Das Kapital bedarf zu seiner Ausnutzung der Arbeit, wird somit als Arbeitgeber getroffen. Wer ausländische oder inländische Staatspapiercoupons abschneidet, steht als solcher zu Arbeitern nicht im Verhältnis, leistet im übrigen durch seine Staats- und Kommunalsteuern ein entsprechendes Äquivalent für den gewährten staatlichen Schutz und kommunalen Vorteil. Scheinen diese Steuern den Gegnern zu niedrig zu sein, so können sie ja deren Erhöhung beantragen. Der Zweck der Erleichterung einzelner Arbeitgeber rechtfertigt nicht das Mittel der Heranziehung aller Nichtarbeitgeber. Indirekt werden diese durch die Überwälzung der Last auf die Produktion doch getroffen (der Maurermeister setzt dem Rentner soviel für Arbeiterversicherungsbeiträge in Rechnung).

3. Es genügt, den Jahresbedarf umzulegen, wie bei der Unfallversicherung. Jedes Jahr trägt seine Last. Die Gegenwart braucht nicht das Brot zu zahlen, das die Zukunft essen wird. So liegt die Sache. Der Satz von der Verlastung der Zukunft zugunsten der Gegenwart ist zwar oft ausgesprochen, aber doch nicht richtig. Das Kapitaldeckungsprinzip stammt aus der Privatversicherung mit be-

liebigem Ein- und Austritt. Es hat keine Berechtigung bei ewigen Zwangsverbänden. Daß indessen die 400 Millionen gesammelt sind, ist gut. Sie können als Puffer dienen. Außerdem verhinderte die bisherige höhere Beitragszahlung ein rasches Steigen der Beiträge, das unangenehm empfunden worden wäre. Auch bei der Unfallversicherung wirkten die Zuschläge von 300, 200, 100 usw. Prozent zu dem Jahresbedarf in den ersten Jahren ausgleichen.

4. Das vorgeschlagene System der Grundrente mit Rentensteigerung will die ursprünglich geplante Einheitsrente mit dem Rentensteigerungsgedanken des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes in einfacher Weise vereinigen. Die vorgeschlagene Höhe der Grundrente entspricht etwa den gegenwärtigen Rentenburchschnitten¹. Wohl erworbene Rechte werden nicht verletzt. Wer jetzt die Grundrente erhält, bekommt immer noch zehnmal mehr als er geleistet hat.

Die Voraussetzung der Erlangung der Grundrente: Tätigkeit in Arbeit soll, als dem sittlichen Gefühl entsprechend, zwar durchaus aufrecht erhalten, indessen in der Ausführung wesentlich erleichtert werden. Es soll keiner fortgesetzten erzwungenen Sammlung von Beweisstücken bei allen Versicherten, auch denen, die nie eine Rente beziehen werden, bedürfen, sondern erst im Moment der Rentenansprechung der Beweis in jedweder glaubwürdigen Form erbracht werden können, man gehöre dem Berufsarbeiterstande an und habe folglich (kraft des Zwangsbeitragsverfahrens) seine Beiträge geleistet. Militärdienstzeit, Krankheit, unverschuldete Arbeitslosigkeit, insbesondere bei Saisonarbeitern, dienen mit zur Ausfüllung der letzten drei (oder fünf?) Jahre, für die man den Beweis der Arbeit erbringen soll. Wer so lange gearbeitet hat, hat auch früher gearbeitet.

Allerdings wird damit die gegenwärtig geltende Äquivalenztheorie, d. h. die genaue Abwägung von Leistung des Arbeiters und Gegenleistung der Anstalt, verlassen. Allein einerseits leistet der Arbeiter überhaupt nur etwa ein Drittel, zwei Drittel leisten der Arbeitgeber und das Reich, und andererseits besteht auch jetzt schon das, was von jener Theorie noch übrig ist, weder in der Praxis noch auch an sich ohne die durchgreifendsten Ausnahmen. Herrschaften bezahlen für ihre Diensthoten in großem Umfange, sonstige Arbeitgeber für ihre Arbeiter (z. B. ungünstig situierte Gutsherrn, die schwer Arbeiter bekommen, zahlen die ganzen Beiträge, während die

¹ Nach dem Gesetz vom 22. Juni 1899 sind es 152 bis 155 Mark, also etwas mehr.

günstiger situierten die Hälfte der Beiträge von den Arbeitslöhnen einbehalten in der Lage sind). Hier erhalten also die Dienstboten usw. ihre Rente ohne die geringste eigene Leistung. Daneben bedeutet die — notgedrungen konzipierte — Anerkennung der Militär-, sowie einer gewissen Krankheits- und Arbeitslosigkeitzeit als Beitragszeit eine vollständige Verneinung der Äquivalenztheorie.

Aus der letzteren ist der berechtigte Kern herauszufächeln, d. h. die Arbeiter sollen einen angemessenen Beitrag liefern; das übrige ist zwar eine ideale Konstruktion, aber zu fein fürs Leben. Und wo bleibt die Äquivalenztheorie, wenn vollgesehnte Quittungskarten verloren gehen? Der Leistung entspricht in solchem Falle keineswegs die Gegenleistung; vielleicht leidet der gesamte wohlverworbene Rentenanspruch wegen der verlorenen Marken Schiffbruch. Das ist zu hart. Hier ertitt die Form das materielle Recht. Das Wechselrecht ist weniger scharf als das Beitragsmarkenrecht; ein so scharfes Recht aber paßt nicht für Arbeiter, nicht für ein Gebiet der ausgleichenden Gerechtigkeit und des sozialen Friedens.

5. Ist somit die Grundrente in einfacher Form dem Arbeiter zu gewähren, so entspricht es doch der vorgeschlagenen Erhebung der Beiträge nach Lohnprozenten, daß eine gewisse Steigerung der Rente mit den höheren und längeren Beitragszahlungen eintritt. Diese Steigerung braucht aber nicht auf der Goldwaage gewogen zu werden. Von drei Beitragenden erhalten zwei überhaupt sicher im Leben gar nichts. Auch zahlt der einzelne Arbeiter auf allen Fall nur einen geringen Bruchteil dessen, was er eventuell als Rente empfängt. Die Interessen der Gesamtheit sind ins Auge zu fassen; nach runden Sätzen wären die Steigerungen zu bewirken.

6. Indessen ist es Sache der Arbeiter, sich die Steigerung zu sichern; und sie sollen das durch Bescheinigungen können, in denen sie Arbeitsdauer und Löhne sich angeben lassen.

Wird für die Grundrente von 12 Mk. monatlich eine nachgewiesene Lohnsumme von etwa 5000 Mk. als Äquivalent gerechnet, so würde bei je 2000 Mk. weiter nachgewiesenem Lohne eine Rentensteigerung um monatlich 1 Mk. eintreten können.

7. Die weitverbreitete Übung, daß die Dienstherrschaft für weibliche Dienstboten die Beiträge entrichtet, macht den Wegfall der Beitragskassentattung im Falle der Verheiratung um so gerechtfertigter. Ein abgerundetes Sterbegeld für die Überlebenden wäre der mühsam zu berechnenden Erhaltung der halben Beitragsmarkenbeträge bei verstorbenen Familienvätern vorzuziehen.

8. Die Voraussetzung der bestehenden Rentenverteilung unter den verschiedenen Anstalten, daß nämlich sonst die östlichen und sonstigen vorwiegend ländlichen Anstalten überbürdet würden, hat sich als nicht richtig erwiesen. Die Annahme, daß alte und invalide Arbeiter kurz vor Eintritt des Rentenfalles aus dem Westen nach dem Osten zurückwandern würden, entspricht nicht der Wirklichkeit¹. Wer in Berlin, am Rhein usw. seine jungen Tage verlebte, zieht später nur selten nach dem Osten zurück. Andererseits leiden die vorwiegend ländlichen Anstalten durch den stärkeren Wegzug jüngerer Personen, die von Invalidität und Alter gleich weit entfernt, willkommene Zähler sind.

Während demgemäß tatsächlich Berlin, Rheinland, Westfalen, Königreich Sachsen, Hansestädte einen Überfluß von Mitteln haben, leiden einzelne Anstalten (im Osten und in Bayern) geradezu Not. Berlin kann seine Renten höchstens aus den Zinsen seiner angesammelten Kapitalien zahlen; der Überschuß wird hier bald den von ganz Bayern um das Doppelte übertreffen.

Es handelt sich bei der Invaliditäts- und Altersversicherung um ein allgemeines Reichsinteresse. Sie dient wie die Armee und Marine der Aufrechterhaltung des Friedens, der Festigung des Reichs. Darum sollte, unbeschadet des unter Ziffer 2 am Schluß Gesagten, unter allen Anstalten ein voller Ausgleich stattfinden, wie wenn sie einen großen Rückversicherungsverband bildeten. Eine Reichs-Versicherungsanstalt ist damit keineswegs geplant. Es bleibt die Individualität der einzelnen Anstalten; das vorhandene Vermögen bleibt Anstaltsvermögen. Ein Korrelat zum Reichszuschuß wird geschaffen.

Der Ausweg, etwa zur Hälfte die Last auf alle Anstalten zu verteilen, ist zwar eine Anerkennung, daß die Last ungleich drückt, bleibt aber eine halbe Maßregel². Drückt die ganze Last ungleich, so tut es auch die halbe, und zwar steht hier die Bedrückung der Anstalten immer noch im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit. Die ärmsten tragen am meisten und schwersten. Es wäre an der Zeit, hier Wandel zu schaffen.

¹ Ich habe diese für die leistungsunfähigeren Anstalten so verhängnisvoll gewordenen Irrtümer auf Grund meiner persönlichen Kenntnis der Verhältnisse — ich verwaltete vorübergehend Landratsämter im Osten und Landratsämter im Westen — stets bekämpft.

² Diesen Ausweg hat demnächst in der Tat das Gesetz vom 22. Juni 1899 betreten.

Auch der sich bietende andere Ausweg: bei den reichdotierten Anstalten die Beiträge zu ermäßigen oder die Leistungen zu erhöhen, ist nicht zu empfehlen. Es würden damit Anstalten erster und zweiter Klasse geschaffen, und ein weiteres Moment des Zuguges aus dem Osten nach dem Westen begründet werden. Diese unterschiedliche Behandlung möchte auch dem Reichsgedanken nicht entsprechen.

Mit der Beseitigung der Rentenverteilung wird eine Unsumme von Arbeit erspart, insbesondere das Rechnungsbureau des Reichs-Versicherungsamtes entbehrlich. Die Kräfte des Bureau's könnten innerhalb des Amtes zu anderen nützlicheren Dingen (Beaufsichtigung der ihren Betrieb über die Grenzen eines Bundesstaates erstreckenden privaten Lebens-, Unfall- usw. Versicherungsgesellschaften) verwandt werden¹.

Schluß.

Die vorstehenden Vorschläge bedeuten zwar für alle eine Vereinfachung, Erleichterung und wesentliche Kostenersparung; ganz besonders aber für die landwirtschaftliche Bevölkerung.

Die früheren Gegner der Verbindung der Invaliditäts- und Altersversicherung mit den Berufsgenossenschaften behalten auf dem Boden der Vorschläge zu drei Viertel recht. Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften werden nicht mit der Invaliditäts- und Altersversicherung befaßt, und es brauchen nicht um der Invaliditäts- und Altersversicherung willen erst Berufsgenossenschaften für Handwerker und Kleingewerbetreibende, für Dienstherrenschaften und sonstige nicht berufsgenossenschaftliche Arbeitgeber, die Invaliditäts- und altersversicherungspflichtige Arbeiter beschäftigen, gebildet zu werden. Namentlich gegen die letztere Eventualität sträubte man sich. Wäre von vornherein eine Verbindung der Invaliditäts- und Altersversicherung nur mit den gewerblichen Berufsgenossenschaften geplant gewesen, so würden die Gegner gewiß weniger zahlreich gewesen sein. Der Vorschlag will also nur ein Stück der ursprünglichen Idee der Reichsregierung retten. Damit aber wird den gewerblichen Berufsgenossenschaften, denen der Fürst Bismarck und mit ihm die verbündeten Regierungen mit Recht eine hohe Bedeutung beilegen,

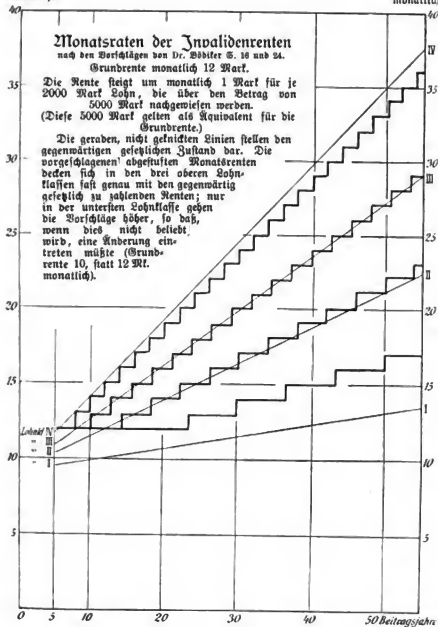
¹ Es lag ein vollständiger, von mir ausgearbeiteter Versicherungs-Gesetzentwurf, der jene Beaufsichtigung dem Reichs-Versicherungsamt übertrug, vor. Das Gesetz ist inzwischen ergangen, für die Aufsicht aber ein besonderes Amt geschaffen worden.

ein weiterer Inhalt gegeben; und wenn in späterer Zeit einmal an eine Arbeiter-Witwen- und Waisenversicherung gedacht werden darf (soll 1910 in Kraft treten), so kann auch diese bei den berufsgenossenschaftlich organisierten Betrieben ebenfalls mit den Berufsgenossenschaften verbunden werden. Darin aber läge ein weiteres Bindemittel zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Es muß alles daran gesetzt werden, beide Teile durch gemeinsame Interessen, gemeinsame Tätigkeit, gemeinsame Einrichtungen aneinander zu fesseln. Die sozial-politische Magnetnadel zeigt konstant auf diesen Punkt. Darum gilt es, schon jetzt die Organisation entsprechend einzurichten.

Das Reformwerk kann ohne Gefahr an den Reichstag gebracht werden. Für viele Punkte, z. B. die Beseitigung der Beitragsmarke und der Kapitalanammlung, für die Beseitigung der strengen Äquivalenztheorie und der doppelten Schiedsgerichte wird sich leicht eine Mehrheit finden. Aber auch vielen anderen Punkten wird der Reichstag seine Zustimmung nicht versagen. Zu weit gehenden Forderungen oder Änderungsvorschlägen können die verbündeten Regierungen ihren Widerstand entgegenstellen; wenn nicht alles, so würde dann doch jedenfalls viel erreicht werden, und wenn schließlich wider Verhoffen gar keine Einigung erzielt werden sollte, so blieben die Gesetze bestehen; den Arbeitern ginge von ihren Rechten nicht das mindeste verloren. Riskiert wird also nichts bei der Inangriffnahme der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen. Jedes Jahr Zögerung aber erschwert die Durchführung der immer dringlicher verlangten Reform.

Berlin, November 1895.

Dr. T. Wöbster.

Mark
monatlich.Mark
monatlich.



Die Ursachen des Übergangs von der Handarbeit zur maschinellen Betriebsweise um die Wende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Von

Josef Kulischer,

Privatdozent der Nationalökonomie an der Universität St. Petersburg.

Inhaltsverzeichnis.

I. Die Ursachen des Aufkommens der Maschinen Ende des 18. Jahrhunderts S. 31—42. Die Dampfmaschine im Bergbau S. 33, in der Industrie S. 36. Spinnmaschine S. 38. Mechanischer Webstuhl S. 42. — II. Ursachen der Erfindung S. 42—49. Naturwissenschaftl. Gelehrte S. 42. Mechaniker S. 46. — III. Ursachen für die Erfindungen gerade in England S. 49—58. Veränderung der Absatzverhältnisse; freie Konkurrenz S. 49. Technischer Fortschritt; St. Gallener Baumwollindustrie und andere Länder mit wirtschaftl. Bedürfnis S. 52. Rückständigkeit der kontinentalen Mechaniker S. 56. — IV. Einfluß der niederländischen Technik auf die englische Industrie S. 58—64. Wollindustrie S. 58. Baumwollindustrie S. 60. Andere Zweige S. 60. Niederlande im 18. Jahrhundert bloßer Handelsstaat S. 63. — V. Förderungen und Hemmungen der Maschinenausbreitung S. 64—79. Intensität des Bedarfs S. 64. Geringes Verhältniß für Maschinen S. 65. Schädigung anderer Interessen S. 67. Verbote der Maschinenanwendung S. 69. Geheimhaltung der Erfindungen S. 72. Kapitalmangel S. 76. Wirtschaftliche Bedürfnisse S. 77.

Das letzte Drittel des 18. und der Anfang des 19. Jahrhunderts bilden die Periode der großen Erfindungen auf dem Gebiete sowohl der Industrie als des Bergbaues und des Verkehrswezens; in die nächsten Jahrzehnte fällt die Verbreitung der neuen Technik in den verschiedenen Staaten Europas und Amerikas, die Verdrängung der Handarbeit durch die Arbeits- und Kraftmaschine, — eine Revolution auf wirtschaftlichem Gebiete, wie sie kaum gewaltiger sein konnte.

Wurde ja die althergebrachte jahrhundertalte Betriebsweise durch eine vollständig neue, noch nie dagewesene ersetzt, wo nicht mehr die physische Arbeit des Menschen, sondern die in den Maschinen und Motoren verkörperte geistige schöpferische Arbeit des Erfinders tonangebend war, in Produktion und Verkehr die Hauptrolle spielte¹.

Die Einführung der Maschinentechnik und der durch dieselbe verursachte vollständige Umschwung im Wirtschaftsleben mußten bald das Interesse des Forschers auf sich lenken, der Wissenschaft das große Problem nach den Ursachen der vor sich gegangenen Änderungen in der Technik vorlegen, nach den Gründen der Verdrängung der Handarbeit durch die Maschine mit ihren schwerwiegenden Folgen. Nächstes aufgeworfen, kann jedoch die Frage danach bis zur Stunde noch nicht als endgültig gelöst betrachtet werden; denn mit den allgemeinen Problemen der Zeit aufs engste verflochten und verwebt, wurde sie, so oft man an die Lösung heranging, von einem mehr oder minder vorgefaßten Standpunkte aus betrachtet, wie es sich eben aus der Gesamtbetrachtung des betreffenden Gelehrten ergab; die Tatsachen wurden viel zu wenig berücksichtigt, ja zum Teil sind sie erst vor kurzem recht bekannt geworden. Auf dem vorhandenen Tatsachenmaterial beruht der in den folgenden Zeilen unternommene Versuch, das Problem seiner Lösung näherzubringen.

Die Abhandlung zerfällt in drei Teile: zunächst soll die Frage beantwortet werden, wodurch das Aufkommen der Maschinen (sowohl der Kraft- als Arbeitsmaschinen) gerade zu Ende des 18. Jahrhunderts veranlaßt worden ist; weiterhin wird zu untersuchen sein, warum die Maschinen in England das Licht der Welt erblickt haben; endlich werden zum Schluß die Momente nachgewiesen, welche die Ausbreitung der Maschinentechnik einerseits begünstigt, anderseits aufgehalten haben.

I.

In einem nicht bloß für den Techniker, sondern auch für den Nationalökonomien überaus anregenden Werke über die Geschichte der Dampfmaschine betont Konrad Matschoß, daß es wichtige Bedürfnisse technisch-gewerblicher Art waren, welche den Menschen zur Erfindung der Dampfmaschine und zur Anwendung der Dampfkraft

¹ Siehe darüber meine Entwicklungs Geschichte des Kapitalismus. T. III: Der Kapitalgewinn im 19. Jahrhundert. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1903. III. Folge. Bd. XXV.

anspornten. „Klein und unscheinbar“ — führt er weiter aus — „und kaum beachtet, besteht schon seit Jahrtausenden das Pflänschen, aus dem die neue Kraftmaschine entstehen sollte. Ab und zu gibt sich wohl ein Gelehrter damit ab, es etwas zu pflegen; auch Fürsten schenken zuweilen seinem Gedeihen wohlwollendes Interesse. Aber erst die Not des wirtschaftlichen Lebens erzwingt ein wirkliches Wachstum“¹.

Die Not machte sich vor allem im Bergbau geltend. Mit der Tiefe wuchsen die Schwierigkeiten; die Wassermengen, um deren Beseitigung es sich handelte, erforderten immer größere Kräfte. „Die Verwendung von fünfhundert Pferden auf einer Grube allein zum Betrieb der Wasserkränze war schließlich keine Seltenheit mehr.“ Die anderen Kräfte waren unbrauchbar. „Die Elementarkraft des Wassers war nur selten in genügender Stärke vorhanden, der Wind war zu unbeständig.“ Die Lage wurde eine kritische. „Jimmer fühlbarer wird in manchen Gegenden der Mangel an Kraft. Schon müssen Gruben aufgegeben werden. Die Metalle werden seltener. Die ganze Kultur“, — fügt Matijosch hinzu — „auf den reichlichen Besitz dieser Naturschätze gegründet, muß zusammenstürzen, wenn das Fundament zu schwinden droht. Um die Erhaltung des bisher Erreichten handelt es sich zunächst nur, noch kommt eine Erweiterung des Machtbereichs gar nicht in Frage“².

Dieser Kraftmangel hat das Zustandekommen der ersten praktisch angewandten Dampfmaschine veranlaßt, der Maschine von Thomas Savery, patentiert 1698; denn die zugleich von Papin erfindene Maschine erwies sich in der Praxis als unbrauchbar. Savery war mit der Notlage der Grubenbesitzer, die den Wasserzufluß in ihren Gruben kaum noch bewältigen konnten, vertraut, und durch seine Maschine, die auf dem Prinzip der Erzielung eines luftleeren Raumes durch Kondensation des Wasserdampfes beruhte, sollte dem Uebelstande abgeholfen werden. Im Patent wird dieselbe als eine Erfindung bezeichnet, „betreffend das Wasserheben und den Betrieb von allerlei Mühlen durch die treibende Kraft des Feuers, welche von großem Nutzen sein wird zur Entwässerung der Bergwerke, zur Wasserversorgung der Städte und zum Betrieb der Mühlen, sofern diese nicht die Benutzung des Wassers oder beständigen Windes haben.“

¹ Matijosch, Geschichte der Dampfmaschine. Ihre kulturelle Bedeutung, technische Entwicklung und ihre großen Männer. Berlin 1901, S. 13.

² Matijosch a. a. O.

Obwohl die Maschine für den Bergbau bestimmt war, auch von Savery „des Bergmanns Freund“ genannt wurde, so erwies sie sich doch bald als unfähig zur Verwendung im Bergbau: die Explosionsgefahr war zu groß, die Leistungsfähigkeit zu gering, und der Brennstoffverbrauch erreichte eine solche Höhe, daß ein dauernder Betrieb der Maschinen in großen Anlagen sich aus wirtschaftlichen Gründen von selbst verbot. Sie fand daher nur für unbedeutende, gleichmäßige Leistungen hier und da Anwendung; insbesondere bei Springbrunnen, Wasch- und Badeeinrichtungen, in herrschaftlichen Wohnungen und Gärten¹.

Jun „Freunde des Bergmanns“ wurde die Saverysche Maschine erst in der von Newcomen und Cawley verbesserten Gestalt, wo der Dampf zur Schaffung des Vakuums ebenfalls angewandt, auch die Kondensation des Dampfes durch Abkühlung des Zylinders beibehalten wurde, jedoch Pumpe und Kraftmaschine, die in der Saveryschen Konstruktion noch in einem Apparat vereinigt waren, bereits getrennt erschienen. 1711 kam die erste Newcomensche Maschine auf einer Steinkohlengrube in der Nähe von Birmingham in Betrieb, und trotzdem sie sehr kostspielig arbeitete wegen des ungeheuren Brennmaterialverbrauchs, war die Verbreitung eine sehr schnelle; 1720 kamen die Maschinen schon nach Schottland, und besonders stark war gleich in den ersten Jahren die Nachfrage in den Grubenbezirken Cornwalls: durch Newcomens Maschine wurde es eben möglich, die Schächte doppelt so tief als früher abzteufen. 1720 bildete sich auch eine Gesellschaft, an deren Spitze fünf Londoner Kaufleute standen; diese erwarb Saverys und Newcomens Ansprüche auf die Dampfmaschine und machte es zu ihrer Geschäftsaufgabe, „Wasser durch Feuer zu heben“, betrieb auch eine fabrikmäßige Herstellung der Maschinenteile. Über ein halbes Jahrhundert wurde die Newcomensche Maschine fast unverändert angewandt, seit 1765 in der von John Smeaton verbesserten Form, in viel größeren Dimensionen und bei erheblich geringerem Brennstoffverbrauch. Immer beschränkte sie sich jedoch auf den Bergbau; als ihre Tätigkeit auf andere Gebiete ausgedehnt werden sollte, da war die Wattsche Dampfmaschine schon so weit, daß sie atmosphärische Maschine neben ihr nicht mehr standhalten konnte. Die Bedeutung der letzteren für den Bergbau erwies sich dagegen als überaus hoch: 1767 gab es bereits 57 dieser

¹ Wattsch, S. 38—43.

Maschinen in der Nähe von Newcastle mit einer Gesamtleistung von ca. 1200 Pferdekraften¹.

Vollkommen war auch die Newcomen'sche Dampfmaschine nicht; bei großen Wasserzuströmen reichte auch ihre Kraft nicht aus, und bei einer gewissen Tiefe war eine wirksamere Maschine nötig. In Cornwall mußten Gruben bereits verlassen werden, weil die Maschinen das Wasser nicht mehr bewältigen konnten, als die neue von Watt erfundene Dampfmaschine fertig da stand, um den Missetänden im Bergbau zu steuern. Alles wartete voll Spannung, wie sich die neue Kraftmaschine bewähren würde. Und der Erfolg war glänzend. Gleich bei der ersten Anwendung der Maschine im Jahre 1777 konnten sich alle von der Überlegenheit der neuen Erfindung über die bisherigen Feuermaschinen, wie sie genannt wurden, vollständig überzeugen. Watt schreibt darüber an Boulton: „Geschwindigkeit, Kraft, Größe und der fürchterliche Lärm der Maschine haben jetzt alle, die sie sahen, ob Freund oder Feind, zufriedengestellt. Ich hatte sie ein- oder zweimal so eingestellt, daß ihr Gang ruhiger war und sie weniger Lärm machte; aber Mr. Wilson (der Grubenbesitzer) kann nicht schlafen, wenn sie nicht tobt. Da habe ich sie denn dem Maschinenwärter überlassen. Nebenbei gesagt — die Leute scheinen von der Größe des Lärms auf die Kraft der Maschine zu schließen. Das bescheidene Verdienst wird hier ebensowenig anerkannt wie bei den Menschen.“ Drei Jahre darauf hatte die Firma Boulton und Watt bereits 20 Maschinen nach Cornwall geliefert und etwa die doppelte Anzahl überhaupt produziert. 1790 gab es in ganz Cornwall keine atmosphärische Maschine mehr; nach siebenzigjähriger Tätigkeit war die einst so gepriesene Newcomen-Maschine durch Watts Erfindung verdrängt².

Der Fortschritt, den Watts Dampfmaschine gegenüber ihren Vorgängerinnen aufweisen konnte, bestand — nach Reuleaux — darin, daß hier zu den vier Haltungen, d. i. getrennten, besonderen Einrichtungen, durch welche Newcomen und Cawley vier zusammengelegte Tätigkeiten des Maschinenwärters ersetzt hatten, noch zwei weitere, äußerst wichtige und in ihren Wirkungen folgenreiche Haltungen hinzutraten. Für die Anwendung der Dampfmaschine in der Industrie genügten diese Erfindungen jedoch nicht, weil für die Bewegung der Arbeitsmaschinen eine Gleichmäßigkeit des Ganges erforderlich war,

¹ Watt'sch, S. 39—57.

² Ebenda S. 57—69.

die mit der vorhandenen Dampfmaschine noch nicht erzielt werden konnte: das an der Maschine angebrachte Schwungrad vermochte nicht diejenigen Ungleichförmigkeiten auszugleichen, welche von den Verschiedenheiten der Entnahme von Kraft, die das getriebene Maschinenwerk aufbrauchte, herührten¹.

An die Einführung der Dampfmaschine in der Industrie dachte jedoch auch vorläufig niemand, Watt ebensowenig wie Savery oder Newcomen. Ein Bedürfnis nach der neuen Kraftmaschine war eben nur im Bergbau vorhanden; erst in den achtziger Jahren können wir ein solches auch im Gewerbe wahrnehmen, und auch dann gelang es Boulton nur mit Mühe, Watt zu überreden, Dampfmaschinen für Gewerbebetriebe herzustellen; so wenig konnte man sich damals noch die Dampfmaschine anders denn als ein Pumpwerk zur Entleerung der Gruben vorstellen. Seit den achtziger Jahren freilich hatte sich ein Bedarf nach Dampfmaschinen auch in der Industrie eingestellt. Wenn die Mühlenbesitzer immer entschiedener die neue Kraft in ihren Betrieben zu verwenden wünschten, wenn in London Dampfmühlen angelegt werden sollten, um den Getreidetransport die Themse aufwärts bis zu den Wassermühlen vermeiden zu können, so haben wir darin noch keine neu entstandenen Bedürfnisse zu erblicken; da die Maschine sich im Bergbau hinreichend bewährt hatte, so sollte sie auch in anderen Wirtschaftszweigen den Betrieb erleichtern; „die Leute in London, Manchester und Birmingham sind rein toll nach Dampfmühlen,“ schrieb Boulton an Watt. Bedeutsamer schon ist die Tatsache, daß 1781 sich die Besitzer eines großen Kupferwalzwerkes an Boulton wandten: ihr Wasserrad sei eingefroren, der Betrieb wäre unterbrochen, die Arbeiter müßten feiern². Hier war es das neue Verfahren des Walzens, durch welches in der Metallurgie, insbesondere in der Eisen- und Kupferblechfabrikation, das alte Verfahren des Schlagens unter Hämmern ersetzt werden sollte. Solche Walzwerke kamen in England seit Mitte des 18. Jahrhunderts auf; auch Walzen zum Schweißen und Strecken der Stäbe kamen seit dieser Zeit in Gebrauch. Waren die Blech- oder Stabwalzwerke größere Betriebe, so reichte offenbar die menschliche Kraft zum Antreiben der Walzen nicht aus; auf die unabhängige Wasserkraft konnte man sich nicht

¹ Reuleaux, Ausrüstete Geschichte der Dampfmaschine. Braunschweig 1891, S. 37—43.

² Watt'sches, S. 77 u. 78.

verlassen. „Es geht kein Wasserrad in Staffordshire,“ schrieb Boulton 1786, „sie sind alle eingefroren, und wäre nicht Willkinsons Dampfwalzwerk, so könnten die Nagelschmiede verhungern. Das geht aber Tag für Tag seinen Gang, walzt und schmiedet seine 10 Tonnen Eisen jeden Tag.“ Mit dem Walzen hatte man jedoch damals erst begonnen, und das neue Verfahren verbreitete sich noch langsam, in größerem Maßstabe insbesondere wurde es erst vereinzelt ausgeführt, und nur in diesen Fällen war ja die Anwendung des Dampfmotors notwendig; für eine größere Anzahl von neuen Anlagen war noch kein Bedürfnis vorhanden¹.

Viel wichtiger war die Dampfmaschine für die Textilindustrie, für die neu aufgekommene Maschinenspinnerei geworden. 1780 gab es in England und Wales erst 20 Baumwollspinnereien, welche die neuen Maschinen benutzten, 1790 war ihre Zahl schon auf 150 gestiegen². Während die ersten kleineren Betriebe noch mit Tieren, Eseln und Pferden in Bewegung gesetzt wurden, war für die späteren größeren Fabriken mit einer gesteigerten Anzahl von Arbeitsmaschinen die Anwendung der Dampfkraft eine wichtige Voraussetzung ihrer Blüte. „Die gesteigerte Kraftentfaltung der Dampfmaschine,“ sagt Sombart, „macht erst in weiterem Umfang Arbeitsmaschinen größerer Dimensionen verwendbar, wie sie auch ihre Herstellung erst ermöglicht“³. Der rasche Aufschwung der englischen Baumwollspinnerei vollzieht sich unter gleichzeitiger Verbreitung der Arbeitsmaschine wie des Dampfmotors. Durch den von Watt erfundenen Regulator, der eine Gleichmäßigkeit des Ganges der Dampfmaschine bewirkte, wie durch andere Änderungen der Maschine wurde dieselbe den Anforderungen, welche die Industrie an sie stellte, angepasst und verbreitete sich allmählich bereits seit Ende des 18. Jahrhunderts über die verschiedensten Industriezweige. In Frankreich dagegen war die Dampfmaschine noch um 1815 in der Industrie fast gar nicht bekannt, und diesem Mangel an motorischer Kraft schreibt Levasseur die langsame Entwicklung der französischen Textilindustrie zu; er erblickt darin insbesondere den Grund für die geringe Anwendung der Arbeitsmaschinen: sie mußten von Menschen oder Tieren an-

¹ Karmarsch, Geschichte der Technologie seit der Mitte des 18. Jahrh. München 1872, S. 261, 316, 318, 320. Ratsschö S. 78—81.

² De la, Zwei Bänder zur sozialen Geschichte Englands. Leipzig 1881, S. 592.

³ Sombart, Der moderne Kapitalismus. Leipzig 1902, Bd. II, S. 59.

getrieben werden, daher ein so seltenes Vorkommen derselben in den Manufakturen¹.

Die Erfindung der Spinnmaschine war ebenfalls durch ein wirtschaftliches Bedürfnis veranlaßt. Das sächsische Voigtland, Elsaß (Departement du Haut-Rhin) und der schweizerische Kanton St. Gallen bildeten im 18. Jahrhundert die Hauptproduktionsstätten der Baumwollindustrie, und überall machte sich ein empfindlicher Mangel an Rohstoff, an Garn fühlbar. Im Voigtlande wurde es als ein banernder Uebelstand empfunden, daß die Garnespinnke von den Spinnern auf dem Lande vielfach über die Grenze nach Neuf, Böhmen und Bayern geführt wurden und die Schleierhändler fast beständig daran Mangel in ihrem Betriebe und dadurch Hemmnis hatten. Im Jahre 1753 wurde daher ein Ausfuhrverbot für baumwollenes Garn außerhalb Sachsens versuchsweise auf ein Jahr erlassen. Auch später wurde es für notwendig erachtet, die Ausfuhr baumwollenen Garnes aus dem Voigtlande wiederum zu verbieten, wie auch die Spinner zu verhindern, sich nicht etwa jenseits der Grenze niederzulassen, damit weder ein Mangel an Spinnern noch an Garn eintrete. Damit kein Gespinnst etwa über die Grenze in das Ausland verschleppt würde, wurden den Garnsammlern bestimmte Bohnorte angewiesen, und zwar solche Ortschaften, die von der böhmischen und bayreuthischen Grenze etwa eine Stunde entfernt lagen. Gegen Ende der achtziger Jahre wurde der Garnmangel noch größer. Bisher kam dem Voigtlande das aus dem Neufischen und Bayreuthischen bezogene Gespinnst für seinen Bedarf zu statten; mit dem zunehmenden Verbrauch im eigenen Lande jedoch, und als dazu Böhmen für seine wachsende Manufaktur als größerer Mitbewerber um diese Garne austrat, wurde das Gespinnst für das Voigtland rarer, und Preissteigerungen mußten die natürliche Folge davon sein. Diese waren um so schwerwiegender, als die teils in der billigeren eigenen Herstellung der Garne, teils in dem Bezuge aus den genannten Grenzgebieten beruhende wohlfeile Anschaffung, der Hauptvorteil der voigtländischen Manufaktur der Konkurrenz gegenüber, nunmehr durch Wegfall der erwähnten Bezugsquellen erschwert und dadurch die seither billige Produktion verteuert wurde².

¹ Levasseur, Histoire des classes ouvrières et de l'industrie en France de 1789 à 1870. 2e éd. T. I. Paris 1903, p. 413 u. 414.

² Wein, Die Industrie des sächsischen Voigtlandes. Leipzig 1884, Bd. II, S. 57—61, 86—81, 118.

Selbst die Handdruckerei und Weberei im Elsaß, sagt Hertner, befanden sich in ihrem ersten Stadium schon auf einer technisch vollkommeneren Stufe und produzierten relativ intensiver als die Handspinnerei; die von den Webern ausgehende Nachfrage überholte weitaus das Angebot der Spinner und übte einen Druck, welcher zu einer unglaublichen Verbreitung der Handspinnerei führte. Obwohl fast in jedem Hause der Vogesen Baumwolle gesponnen wurde, ließ sich auf diese Weise, namentlich als schon die Anwendung von Druckmaschinen begonnen hatte, dem bestehenden Bedarfe absolut nicht genügen¹.

In einer ähnlichen Lage befand sich die englische Baumwollindustrie, die freilich bis in die siebziger Jahre des 18. Jahrhunderts noch keine erhebliche Bedeutung besaß. Vor der Erfindung der Spinnmaschine waren bloß die niederen Garnnummern und diese in so geringen Quantitäten gesponnen worden, daß sie den Bedarf des Webers nicht decken konnten, obschon nur der Einschlag aus baumwollenem Garn bestand, während die Kette von Leinen war. Noch zu der Zeit, wo der Schnellshützen, durch den das Arbeitsquantum, welches der Weber täglich liefern konnte, sich verdoppelte, unbekannt war, sagt Hobson, lieferten die Spinner nur mit genauer Not die für die Weber notwendige Quantität Garn, und zwar sowohl in der Baumwollindustrie von Lancashire als in der Wolllindustrie von Yorkshire. Als vollends der Schnellshützen allgemein zur Anwendung kam, steigerte sich der Bedarf an Garn seitens der Weber dermaßen, daß selbst die geschicktesten Verleger unmöglich das nötige Quantum Garn sich verschaffen konnten. Dieses wirtschaftliche Bedürfnis lenkte die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Vervollkommnung des Spinnprozesses, und noch lange vor dem Aufkommen der Jenny- und Watermaschine wurden die Erfindungen anderer talentvoller Männer, Rays, Wyatts, Pauls und anderer, patentiert².

Auch in den übrigen Zweigen der Textilindustrie stand der Bedarf des Webers an Garn in keinem Verhältnis zu dem, was der Spinner ihm liefern konnte. Was als Nebenbeschäftigung gesponnen wurde — lesen wir in Schmollers „Geschichte der deutschen Kleingewerbe“ —, konnte da nicht reichen, wo eine blühende Weberei existierte, reichte also auch in Deutschland, besonders in Preußen

¹ Hertner, Die oberrheinische Baumwollindustrie und ihre Arbeiter. Straßburg 1887, S. 75.

² Hobson, Evolution of Capitalism. Russ. Ausgabe, 1898, S. 57.

und Sachsen, nicht mehr hin, als im vorigen (18.) Jahrhundert die Weberei zunahm (namentlich die Kollweberei und Leinenweberei), sich zu einem blühenden Exportgewerbe emporzuschwang. Um einen Weber voll zu beschäftigen, brauchte man das Gespinnst von zehn und noch mehr Spinnern. In Preußen suchte man das Spinnen auf alle mögliche Weise zu befördern. Damit es nicht an Garn fehle für die Weberei, wurde das Spinnen allen Höferweibern, Handwerksfrauen und Bürgertöchtern, die in öffentlichen Buden feilhielten, anbefohlen. Die Garnausfuhr wurde verboten, die Soldaten ließ man spinnen, man führte in allen Strafanstalten das Spinnen als Hauptbeschäftigung ein; es reichte nicht; man gründete ganze Spinnerkolonien; die Bevölkerung mancher ländlichen Distrikte wuchs rasch unter dem Sporn der steigenden Garnpreise¹.

In Württemberg war die Kollenspinnerei während des 17. und 18. Jahrhunderts in der Hauptsache eine Nebenbeschäftigung der weiblichen Bevölkerung, die regelmäßig nur dann aufgesucht wurde, wenn anderer Erwerb fehlte. Berufsmäßig wurde sie nur von relativ wenigen Leuten betrieben. Einer starken Nachfrage nach Garn durch die große Zahl dicht beisammensitzender Meister stand so ein beschränktes, unsicheres und dabei sehr sonderbares Angebot von Arbeitskräften für die Spinnerei gegenüber, und dieses Mißverhältnis war um so empfindlicher, als der Bedarf eines vollbeschäftigten Meisters bei weitem nicht durch eine Spinnerin gedeckt werden konnte. Bei feiner Spinnerei mochten fünf, bei grober jedenfalls zwei solcher Gelegenheitsspinnerinnen kaum genügen. Die Lage der Zeugmacher verschärfte sich noch durch die konkurrierende Nachfrage der sonstigen Wolle verarbeitenden Handwerke nach Garn. Die Tuchmacherei bedurfte nur groben Garns, die Strumpfweberei und Strickerei mit allen ihren Abarten — feinen Garns, wie die Calwer Zeugmacher. Um ihren Arbeitern (hausindustriellen Meistern) die nötige Menge Garn zu sichern, setzte die Calwer Zeughandlungskompagnie zunächst bei der Regierung ein Verbot der Spinnerei für ausländische Handwerke durch; ferner wußte es die Kompagnie in den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts dahin zu bringen, daß die Spinnerinnen im Bezirk angehalten wurden, in erster Linie den dortigen Gewerben und nur im Falle der Arbeitslosigkeit mit Genehmigung des Oberamts auch nach auswärts zu spinnen, so daß der Moderationsbezirk,

¹ SchmoUer, Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert. Halle 1870, S. 26—30, 450—451.

welcher für die Kompagnie arbeitete, auch gegen das übrige Inland abgeschlossen wurde. Endlich ließ die Kompagnie selbst innerhalb des Bezirks kein Unternehmen aufkommen, das ebenfalls auf Wollenspinnerei angewiesen war. Als im Jahre 1775 ein Tuchmacher Sautter von Ragolz, vier Stunden südlich von Calw, sich die herzogliche Genehmigung zur Anlage einer Fries- und Ratsinfabrik erbat, wurde ihm auf Betreiben der Calwer Kompagnie die erbetene Genehmigung verweigert: die Kompagnie fürchtete, eine neue Wollenindustrie in größerem Maßstab, die nur grobes Gefpinnst erforderte, werde den Bezug des Garns für die Moderationszeugmacher erschweren und dadurch schließlich die ganze Kompagnie lähmen¹.

Die österreichische Verordnung vom 5. Juni 1765 endlich besagte, daß jede Person männlichen oder weiblichen Geschlechts, die tauglichen Kinder begriffen, welche binnen drei Jahren von dem Tage der Publikation in eine Fabrik oder öffentliche Spinnenschule zur Erlernung der Flachs-, Hanf-, Baumwoll- und Wollspinnerei eingestelt werden, durch vier Wochen 2 kr. täglich aus der Kommerzialkasse, und wenn sie die Fähigkeit vor dieser Zeit erlangen würden, den auf vier Wochen entfallenden Betrag als Prämie erhalten. Da die Brünner Tuchmanufaktur, wie aus dem Verichte des Kommerzialkonsekres hervorging, durch den Abgang an „genugbarer Spinnerei behindert wurde“, erhielt das Subernium die Weisung, die in dem Bezirke drei Meilen um Brunn gelegenen Dominien zur Herstellung von Spinnschulen anzueisern².

Bei einem derartigen Mangel an Rohstoff wird das im 18. Jahrh. allgemein vorkommende Verbot der Garnausfuhr erst in das rechte Licht gerückt; es wird uns jetzt auch klar, warum in aller Herren Länder, in Deutschland und Österreich, in Frankreich und den Niederlanden, die Zinassen der Zucht-, Armen- und Waisenhäuser zum Spinnen angehalten wurden³. In manchen Fällen hießen selbst die betreffenden Anstalten „Spinnhäuser“; so wurde das Amsterdamer Weberzuchtshaus zugleich „Spinhuis“ (netoria domus) genannt, in Nürnberg war ein „Siechen- oder Spinnhaus“ vorhanden, in Hamburg und Lübeck

¹ Troeltzsch, Die Calwer Zeughandlungskompagnie und ihre Arbeiter. Jena 1897, S. 125–131.

² Beer, Studien zur Geschichte der österreichischen Volkswirtschaft unter Maria Theresia. I. Wien 1894, S. 54–56.

³ Siehe darüber meine dritte Abhandlung über die Entwidlungsgeschichte des Kapitalismus in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik. III. J. 1903. Bd. XXV, Kap. VII.

wurden 1669 bezw. 1778 besondere, für schwere Verbrecher bestimmte „Spinnhäuser“ errichtet¹. — Die Spinnmaschine, welche dem herrschenden Mangel an Garn fienern sollte, wurde in England erfunden, von Cartreaves (Jenny-Maschine), Artwright (die Water-frame) und Crompton (die Mule-Maschine).

Durch diese großen Erfindungen auf dem Gebiete der Spinnerei wurde die Weberei schon von der Spinnerei überholt, und nunmehr wurde die Textilindustrie durch die technische Rückständigkeit der Weberei, nicht des Spinnprozesses, in ihrem Gange verlangsamt und gehemmt. Dies veranlaßte verschiedene Experimente auf dem Gebiete der Weberei und führte schließlich zur Erfindung des mechanischen Webstuhls durch Cartwright, der freilich erst seit 1813, durch Radeliffe und Horrocks vervollkommenet und vereinfacht, mehr angewandt wurde. Man kann daraus ersehen — folgert Hobson —, daß in einer Industrie, die in mehrere, ungefähr ebenso wichtige Teilprozesse zerfällt, die Vervollkommenung des einen Teilprozesses, die demselben einen Vorsprung vor den übrigen gewährt, auch in den anderen Teilprozessen Erfindungen hervorruft, und daß die menschliche Gedankenarbeit die verschiedenen Teilprozesse in bezug auf ihren Produktivitätsgrad jederzeit miteinander in Einklang zu bringen und zu halten sucht².

II.

Die Ursache des Aufkommens von Maschinen und Motoren in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ist jedoch nicht bloß in den besprochenen Bedürfnissen technisch-gewerblicher Art zu suchen, die zu jener Zeit besonders rege wurden, sich mit besonderer Eile geltend machten. Nicht minder hoch ist die andere Ursache anzuschlagen: die Naturwissenschaft hatte damals den für die großen Erfindungen nötigen Reifegrad erreicht. In einer früheren Periode wären diese unmöglich gewesen, da die Naturwissenschaften noch nicht so weit waren, um die Produktionsweise revolutionieren zu können. Von der modernen Wissenschaft wird diese zweite Ursachereihe viel zu wenig berücksichtigt. „Es kann niemand meinen“ — sagt Brentano —, „jene Erfindungen seien nicht früher gemacht worden, weil die Wissenschaft noch nicht hinreichend vorgeschritten gewesen sei. Denn dann müßten

¹ Hippel, Beiträge zur Geschichte der Freiheitsstrafe. Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft. 1898. Bd. XVIII, S. 432, 443, 630, 640.

² Hobson S. 59.

es ja Männer der Wissenschaft, etwa Physiker, gewesen sein, welche diese Erfindungen gemacht haben. Davon ist aber nirgends die Rede. Die Erfindungen, welche die neue Technik zur Folge hatten, wurden von naturwissenschaftlich ganz ungebildeten Menschen gemacht. Gargreaves, der Erfinder der Jenny, war ein Weber; Arkwright, der Erfinder des Kettenstuhls, war ein Barbier; Cartwright, der Erfinder des mechanischen Webstuhls, war ein Landpfarrer¹. Brentano hat hervorgehoben, daß keineswegs Naturwissenschaftler, sondern Männer der verschiedensten Berufe, meist des gewerblichen Lebens — nur Cartwright war ein Geistlicher —, von den praktischen Bedürfnissen des Tages aus die Erfindungen machten — zitiert Schulze-Gävernitz, sich zur selben Ansicht bekennd². Ähnlich behauptet Hobson, daß Gelehrte im engeren Sinne des Wortes mit den Erfindungen sich wenig zu schaffen machten. Unter allen Erfindern auf dem Gebiete der Textilindustrie sei bloß Cartwright Theoretiker gewesen, alle übrigen waren Männer der Praxis³.

In Wirklichkeit stehen die im 18. Jahrhundert aufgetommenen Maschinen und die ein Jahrhundert vorher begründete Naturwissenschaft in überaus innigem Verhältnis, es umschlingt beide ein enges, ungetrennbares Band; in den Maschinen wurden die ersten Früchte der Geistesarbeit des vorhergehenden Jahrhunderts geerntet⁴. Besonders klar wird dieser Zusammenhang, wenn man die Entstehungsgeschichte der Dampfmaschine betrachtet. „Der Grundgedanke der Wattischen Maschine“ — sagt Reuleaux — „ist nämlich kein anderer, als die Benutzung des Dampfes zur Herstellung der Leere, des luftverdünnten Raumes, derselbe Gedanke, den Torricellis Quecksilberssäule ahnen ließ, den Gericke Versuche angeregt, dessen Verwirklichung Papins Erfindung gesichert hatte. Man benutzte statt der heute scheinbar sich zu allernächst anbietenden Macht des Druckes des Dampfes gerade diejenige Eigenschaft desselben, welche die Abwesenheit von Druck hervorruft, und dieses ist das wahre Kennzeichen, daß die Dampfmaschine nicht auf Grundlage der trüben und planlosen Beobachtungen der alten und ältesten Zeit geschaffen wurde,

¹ Brentano, Über die Ursachen der heutigen sozialen Not. Leipzig 1889, S. 12—13.

² Schulze-Gävernitz, Der Großbetrieb, 1892, S. 30.

³ Hobson, a. a. O. S. 59.

⁴ Siehe darüber Sombart, Der moderne Kapitalismus. Leipzig 1902, Bd. II, S. 56 ff. und Lamprecht, Zur jüngsten deutschen Vergangenheit. Bd. II, T. I, S. 95 ff.

sondern daß sie ein echter Sprößling der neueren Wissenschaft ist, deren Geburtsstunde mit Torricellis geistreicher Entdeckung von der Schwere der atmosphärischen Luft im Jahre 1643 zusammenfällt. Nicht also der glückliche Gedanke eines einzelnen, sondern das Ergebnis langer Denkarbeit vieler ist die Dampfmaschine; man verdankt sie nicht dem Einfall eines seiner Zeit vorausseilenden Genies¹, sondern einer durch den richtigen Anstoß ermöglichten arbeitsvollen Erweiterung des menschlichen Gedankentrefes, welche eine ganze Reihe unbekannter Größen erst ermitteln mußte, ehe sie zu einem bestimmten Ziele gelangen konnte¹.“ Die Dampfmaschine — behauptet Reuleaux — machte im 18. Jahrhundert bis auf Watt keine Fortschritte: gegen 1770 kannte man bloß dieselbe Newcomensche Maschine, die schon um 1705, also vor 60 Jahren, vorhanden war. „Die Ursache dieses Stillstandes liegt in dem Mangel einer wissenschaftlichen Anschauung über die Wärme und ihre Benützung. Die Physiker wurden in dieser Zeit durch die Elektrizitätslehre so in Anspruch genommen, daß das Studium der Wärme sehr in den Hintergrund trat. So hatte es lange an einem zuverlässigen Hilfsmittel zum Wärmemessen gefehlt. Dieses bildete sich von dem Kupferlösungsthermometer an, welches der Holländer Drebbel 1650 anwandte, langsam aus, bis 1714 der Danziger Fahrenheit das Quecksilber als Meßflüssigkeit anwandte; ihm folgte 1730 der Franzose Réaumur mit einer anderen Einteilungsart, und endlich 1741 der Schwede Celsius mit dem hundertteiligen, zu allen wissenschaftlichen Arbeiten heute gebrauchten Thermometer. Um 1760 wurde auch endlich die Wärmetheorie durch Joseph Black, Professor an der Universität Glasgow, um den lange entbehrten Fortschritt weiter gebracht, der ihre praktische Verwertung bis dahin so unsicher gemacht. Black ist es, der die Lehre von der freien und gebundenen (sensibeln und latenten) Wärme, sowie von der spezifischen Wärme aufstellte und sie von 1763 vor einer zahlreichen Zuhörerschaft an der Universität Glasgow vortrug. Unter seinen eifrigsten Schülern befand sich auch der Mann, der alsbald die neue Lehre siegreich ins Leben einführen sollte, James Watt.“ Schulze-Gävernitz weist darauf hin, daß die Verwendung der Dampfkraft zur Hebung von Lasten Jahrhunderte alt ist, daß Peter der Große zur Bewässerung seiner Gärten nach

¹ Reuleaux, Kurzgefaßte Geschichte der Dampfmaschine. Braunschweig 1891, S. 86.

² Ebenda S. 32 u. 33.

holländischem Vorbild eine Dampfmaschine verwandt hat¹. Dies ist ohne Zweifel richtig; es fragt sich jedoch, ob man daraus folgern darf, daß es „nicht technische Gründe waren, welche den wirtschaftlichen Umschwung gegen Ende des 18. Jahrhunderts herbeiführten“², daß die Dampfkraft noch vor Mitte des 18. Jahrhunderts den gewerblichen Umschwung hervorgerufen hätte, wenn eben ein wirtschaftliches Bedürfnis nach ihrer Anwendung in Industrie und Bergbau vorhanden wäre. Die von Schulze-Gävernitz angeführte Tatsache gibt dazu keinen Anlaß; vielmehr beweist sie eher das Gegenteil. Wie wir oben gesehen haben, war Saverys Erfindung nur für unbedeutende Leistungen anwendbar, „in herrschaftlichen Wohnungen und Gärten, bei Wasch- und Badeeinrichtungen und Springbrunnen bediente man sich wohl seiner Maschine, um das Wasser herbeizuschaffen“³. Eine solche verbesserte Dampfmaschine Saveryscher Bauart erbaute eben Desaguliers um 1718 für die Wasserkünste Peter des Großen. Im Bergbau zum Betrieb der Wasserkünste war dagegen die Saverysche Maschine ungeeignet, und nur eine einzige Grube suchte sie zur Wasserhebung zu benutzen⁴. Wäre der Bedarf „an Kraft“ auch noch so stark, durch die von Savery erfundene Maschine hätte dem Bergbau nicht abgeholfen werden können, noch viel weniger in der Industrie. Erst Watt besaß die dazu nötigen Kenntnisse in der Thermophysik, erst zu seiner Zeit war eine wissenschaftliche Wärmelehre vorhanden. „Das Ventilschaltwert, als welches wir die Pumpe erkennen“ — lesen wir bei Reuleaux — „war leicht zu erfinden, da die Ventile schon durch den Wasserstrom in geeigneter Weise geschlossen und geöffnet, das ist ‚gesteuert‘ wurden, wenn man nur den Betriebshebel bewegte. Das Ventilhemmwert dagegen war schwer zu erfinden, weil der Gedanken-gang, der dazu geführt hätte, den Ventilen die für die Hemmwerfbildung geeignete Bewegung zu erteilen, sehr weit war, auch besondere Einrichtungen ausgedacht werden mußten, die Ventile zu bewegen. Deshalb wurde erst 2000 Jahre nach dem Ventilschaltwert das Ventilhemmwert erfunden; dieses wurde auch nicht einmal unmittelbar, sondern sehr mittelbar dadurch gefunden, daß man mit Papin die unter dem Kolben befindliche Luft oder deren für sie

¹ Schulze-Gävernitz, Der Großbetrieb, S. 30.

² Ebenda S. 31.

³ Matschoß, S. 41.

⁴ Ebenda S. 99. Reuleaux, S. 28.

eingeführten Vertreter, den Dampf auf physikalischem Wege beseitigte. Umde 100 Jahre gingen darüber hin, ehe die Stufenfolge bis zum völligen Gelingen der Herstellung des Ventilheumwerks erstiegen war¹. Den grundlegenden, schöpferischen Gedanken zu der Dampfmaschine hat Papin, der Marburger Professor der Mathematik, gemacht und verwirklicht; den Gedanken ausgebildet und die Maschine ausgebaut, in Bergbau und Industrie anwendbar gemacht zu haben, ist das Verdienst Watts, des schottischen Glasgower Feinmechanikers; beide waren Naturwissenschaftler, beide arbeiteten mit Hilfe neuerer Wissenschaft².

Die anderen Erfinder des 18. Jahrhunderts, insbesondere die Erfinder auf dem Gebiete der Textilindustrie, waren freilich keine wissenschaftlich geschulten Männer, jedoch waren sie fast sämtlich praktische Kenntnisse auf dem Gebiete der Mechanik verschaffen konnten: die meisten der Erfinder waren nämlich zugleich Uhrmacher. So war Artwright nicht bloß Barbier, sondern auch Uhrmacher; im Volksmunde hieß er auch später „der Uhrmacher von Nottingham“; das Modell seiner Spinnmaschine baute er zusammen mit dem Uhrmacher Kay (der auch für Higgs das Modell zur Spinnmaschine gemacht hatte), wobei ihnen noch ein Schutrieb und ein anderer Uhrmacher behülflich waren³. Ebenso war Cartwright nicht bloß Landprediger: zusammen mit Fulton, dem Erfinder der Dampfschiffahrt, konstruierte er ein Bootmodell, welches durch Seitenräder, die durch Uhrwerk bewegt wurden, vorwärts ging⁴. Fulton war auch ursprünglich Uhrmacher, obwohl er bald diesen Beruf aufgab⁵. Erfinder des Gussstahls war der englische Uhrmacher Huntsman; im Jahre 1740 legte er bei Sheffield die erste Gussstahlfabrik an, die noch gegenwärtig besteht⁶. Es waren also alles Leute, die mit Zahnrädern und Sperrwerken gut bekannt, an die feine Arbeit des Uhrenmechanikers gewohnt waren; in der Uhrenfabrikation hatten

¹ Heuleaux, S. 46.

² Ebenda S. 52-53.

³ Clio, Das Buch berühmter Kaufleute. I, S. 777, 780. Grothe, Bilder und Studien zur Geschichte vom Spinnen, Weben, Nähen. 2. Aufl. Berlin 1875, S. 138.

⁴ Grothe, S. 151.

⁵ Ratsch, S. 408.

⁶ Rarmarsh, S. 238. Das Buch der Erfindungen, Gewerbe und Industrien. 8. Aufl. 1890. Bd. IV, S. 114.

sie bereits eine gute Schule durchgemacht und konnten jetzt ihr Talent in größeren Erfindungen versuchen. Dasselbe Schwingrad nämlich, das sich zuerst in der Uhrmacherkunst des 16. Jahrhunderts als Hemmmittel vorfand, wurde später in der Maschinentechnik des 18. Jahrhunderts als Fördermittel eingeschaltet¹. Dadurch aber, daß in der Maschinentechnik dieselben Vorrichtungen, die bereits früher bei der Uhrenfabrikation bekannt waren, angebracht wurden, wurde die Maschinentechnik des 18. Jahrhunderts in enge Verbindung mit den Entdeckungen in den Naturwissenschaften gebracht; in den Maschinen der Textilindustrie und anderer Gewerbe wurden auf diese Weise die von der Wissenschaft erzielten Resultate praktisch angewandt, — denn die Uhr ist ebenso wie der Dampfmotor ein Kind der neueren Wissenschaft. „Es nahte“ — sagt Lamprecht — „das große Jahrhundert der wissenschaftlichen Mechanik und mit ihm, seit Mitte des 17. Jahrhunderts etwa, das Zeitalter auch einer neuen gewerblichen Technik. Selbstverständlich, daß diese sich alsbald und an erster Stelle der ursprünglichen praktischen Mechanik, der Erfindung neuer und der Verbesserung bestehender Werkzeuge und Arbeitsmaschinen zuwandte. Und ein allgemeiner Erfindungseifer, man möchte fast sagen, ein wahres Erfindungsfieber erhob sich mindestens anfangs. Man ging dem Perpetuum mobile nach; man liebte allerhand krause mechanische Veranstaltungen, ein überraschendes Durcheinander etwa künstlicher Wasserstrahlen in Gärten und Hausanlagen, oder Uhren mit allerlei Musik und der Erscheinung gewisser Figuren zu bestimmten Stunden.“ Der Dampfmotor, der zum Betrieb von Springbrunnen benutzt wird, und die Uhr mit Haderwerk stehen nämlich an erster Stelle. „Spielend und überquellend phantastisch ergoß sich der neue mechanische Trieb in die Gefilde der Erfindung. Dennoch zeigen diese Anfänge, eben weil sie sich doch bereits auf der Grundlage der neuen wissenschaftlichen Mechanik entsfalteten, schon ein Hauptprinzip der modernen Technik: das Prinzip der Zwangsläufigkeit der Bewegung. Denn was die wissenschaftliche Mechanik auch der Technik an neuen Elementen und Hilfsmitteln zur Verfügung stellte — das Getriebe mit seiner verschieden gestalteten Zusammensetzung aus Zahnrädern und Riemenseiben und Reibungsrädern und Kettentrommeln, aus Schrauben und Hebeln, aus Kurbeln und Krummzapfen — es war,

¹ Herrmann, Technische Fragen und Probleme der modernen Volkswirtschaft. Leipzig 1891, S. 130.

ein tatsächlicher und konkreter Ausdruck der neuaufgefundenen Gesetze der Bewegung, dieser Gesetzmäßigkeit und damit der Zwangsläufigkeit unterworfen¹.“ Ein Hauptproblem der Mechanik war das des zusammengesetzten Pendels. Seiner Lösung wandte sich besonders Huyghens (1629 bis 1695) zu. In seinem *Horologium oscillatorium* (1673) stellte er den Grundsatz auf, daß der gemeinsame Schwerpunkt einer Gruppe von Körpern, die unter dem Einfluß der Schwere um eine horizontale Achse oszillieren, bis zu seiner ursprünglichen Höhe, niemals aber weiter steige. Es ist der Kern des Prinzips der Erhaltung der lebendigen Kraft². Und derselbe Huyghens erfand die eigentliche Pendeluhr, d. h. die Verbindung des durch die Wirkung der Schwere schwingenden Pendels mit der bekannten Spindelhemmung der alten Waaguhren. Vor Huyghens war die Uhr eine rohe, rein empirisch konstruierte Maschine, seit Huyghens wurde sie zu einem genauen Instrument, zu einem auf wissenschaftlicher Erkenntnis beruhenden Mechanismus. Die Uhr stellt ebenso wie die Dampfmaschine ein Hemmwerk dar, nur mit dem Unterschiede, daß die Kolbendampfmaschine, angesichts der mittelst derselben übertragenen Kräfte, ein Krafthemmwerk bildet, die Uhr dagegen ein Genauigkeitshemmwerk, ein Hemmwerk mit einer so geringen Kraftübertragung, daß gerade nur alle Reibungen regelmäßig überwunden werden. „Im höchsten Grade bemerkenswert ist, daß die Hemmwerke der Uhren, die vielleicht schon vom Jahre 1000 ab in grober, plumper Form vorhanden waren, im 17. Jahrhundert unter Vorangang von Peter Henlein (Hele) weiter entwickelt wurden, von 1700 an neben der Dampfmaschine zu hoch gesteigerter Vollkommenheit gebracht wurden. Die Erfinder an beiden Stellen arbeiteten, ohne voneinander zu wissen, nebeneinander, die einen am Genauigkeitshemmwerk, die andern am Krafthemmwerk. Bei beiden klärten sich während des rastlosen Strebens nach der Lösung der ihnen vorstehenden Aufgaben die Gedanken. Zwei Menschenalter gingen dahin, bis durch Watt der neue, helle Weg durch die Hindernisse geschlagen war, zwei Menschenalter auch, bis durch Harrison im Jahre 1761 der schon um 1700 ausgesetzte Preis auf eine genaue Seuhr errungen wurde. Diese Gleichheit und dieses Zusammenstreffen sind nicht Zufall, obwohl in beiden Richtungen ohne gegenseitige Einwirkung gearbeitet ward, sondern bedeuten das allgemeine

¹ Lamprecht, Zur jüngsten deutschen Vergangenheit. II, 1. S. 99—100.

² Ebenda S. 86.

Reifen menschlicher Denkvorgänge, die ja auch auf noch anderen Gebieten gleichzeitig vorwärts drangen." Beide Erfindungen waren durch sichtbare wie unsichtbare Fäden verbunden mit der Gesamtentwicklung des Zeitalters, welches sie hervorbrachte¹.

III.

"Die Ursache der veränderten Art des Gewerbetriebs" — sagt Brentano — „war die Veränderung in den Absatzverhältnissen. Der mittelalterliche Kaufmann konnte Monopolpreise für seine Waren fordern; mit dem Beginn einer erbitterten Konkurrenz auf dem Weltmarkt war unerlässlich das Streben nach möglichst billigen Produktionskosten und nach Massenproduktion, um aus diesem Wettkampf als Sieger hervorzugehen . . . Daher bei weiterer Steigerung der Konkurrenz das fieberhafte Streben derjenigen, welche der Industrie nahestehen, durch Erfindungen die Produktionskosten zu mindern, also daher der Ursprung aller jener Erfindungen der Gargreaves, Artwright und Cartwright. Die Ursache der Umgestaltung ist also eine rein wirtschaftliche. Die technische Umgestaltung und die Änderung des Gewerberechts sind erst Folgen der früheren wirtschaftlichen Änderung und nicht umgekehrt; und zwar liegt diese wirtschaftliche Ursache auf dem Gebiete der Handelspolitik, in der Entstehung einer Weltwirtschaft und dem Eintritt der einzelnen Industriezweige in den Wettstreit um den Vorrang auf dem Markt dieser Weltwirtschaft²." Dieser Gedanke wird weiter ausgeführt und präziser formuliert von Schulze-Gävernitz in dessen ausgezeichnetem Werke über den Großbetrieb. Unter Hinweis darauf, daß „in dem Maße, als die Konkurrenz und damit kaufmännische Gesichtspunkte das Gewerbe ergreifen, das alte Gewererecht der Gewerbefreiheit weicht, und sich jener Umschwung der Produktion vollzieht, welcher zur Maschine und zum Großbetrieb führt“, stellt Schulze-Gävernitz drei Reichen von Ursachen auf, welche diesen Umschwung zuerst im 18. Jahrhundert in England, und zwar am frühesten in der Baumwollindustrie, hervorgerufen haben. Zunächst „trat durch das Emporkommen des Handels das Gewerbe unter den Druck der Konkurrenz. Die maritime Lage Englands, die Zahl seiner Häfen, die der Schifffahrt günstigen Verhältnisse von Ebbe und Flut beförderten den Verkehr, während die schlechten Verkehrsverhältnisse auf dem Festlande

¹ Heuleaug S. 47—48.

² Brentano, über die Ursachen der heutigen sozialen Not. S. 14—16.
 Jahrbuch XXX I, hrsg. v. Schmoller.

gewerbliche Monopolverhältnisse auf lange erhielten". Ferner "waren die Voraussetzungen des Handels, persönliche Freiheit und Sicherheit des Eigentums in England als einem Handelslande im 18. Jahrhundert mehr verwirklicht als in den meist noch agrarischen Staaten des europäischen Festlandes". Endlich "konnte sich der gewerbliche Umschwung nur vollziehen auf einem Gebiete, das frei war von einer rechtlichen Ordnung des Gewerbes im Sinne der älteren Zeit". Auf dem Festlande war das Gewerbe in allen Einzelheiten obrigkeitlich geregelt, die englische Wollindustrie streifte nur allmählich die Fesseln des älteren Gewerberechts ab. Dagegen "war die englische Baumwollindustrie ein neues, erst von dem Handel in das Land gebrachtes Gewerbe, welches der Staat der älteren Industrie gegenüber mit Mißgunst behandelte. Während jene mit allen Mitteln befördert wurde, wurde die Baumwollindustrie mit Einfuhrzöllen, mit Verboten bedruckter Rattune, später an Stelle hiervon mit schweren Verbrauchsabgaben belastet"¹.

Die Wichtigkeit dieser Auffassung in vieler Hinsicht ist in der That nicht zu bestreiten. Wenn wir nämlich von der Frage über die Ursachen der Entstehung der Maschinentechnik in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zur andern Frage übergehen, welche lautet: Aus welchen Gründen sind die Maschinen gerade in England angekommen, von Engländern erfunden worden? — so werden wir hier an Stelle der Bedürfnisse mehr technisch-gewerblicher Art die rein wirtschaftlichen Bedürfnisse als eine der Hauptursachen zu setzen haben. Während die Bedürfnisse ersterer Art hauptsächlich in den Mißständen des Produktionsprozesses zu suchen sind, in dem Mangel an Material, an Kraft, in verschiedenen anderen Hemmnissen technisch-gewerblicher Art, läßt sich das wirtschaftliche Bedürfnis als ein solches definieren, das durch die Konkurrenz entsteht und ein Bestreben nach Verbilligung der Produktionskosten nach sich zieht, weil eben der Preis der Ware eine Verminderung erfahren hat. Der Ansporn zum technischen Fortschritt, der sich in einer gewissen Periode vollzieht, kann in dem Vorhandensein eines rein technischen Bedürfnisses liegen, da auch ein solches mit erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten verbunden sein kann, und wie wir oben gesehen haben, läßt sich der Umstand, daß das Aufkommen der Maschine gerade ins 18. Jahrhundert fällt, eben durch das Fühlbarwerden derartiger Bedürfnisse hinreichend erklären. Eine solche Erklärung genügt dagegen nicht, sobald man die weitere

¹ Schütze-Güvernig, S. 32—37.

Frage nach dem Ort der Entstehung aufwirft und sich klar zu machen sucht, warum unter vielen Ländern, wo Mißstände in der Produktions-technik herrschten, dieselben gerade in einem bestimmten und nicht in irgendeinem anderen Lande tatsächlich beseitigt wurden. Offenbar traten hier zu den allgemein vorhandenen Bedingungen noch spezielle hinzu, welche hier die wirtschaftlichen Verhältnisse der Unternehmer besonders ungünstig gestalten mußten. Dies war in der Tat die größere Konkurrenz, welche England in eine Ausnahmestellung versetzte, und unter deren Einflusse die Baumwollindustrie wiederum am meisten unter den englischen Textilindustrien zu leiden hatte.

Freilich möchten wir die Wirkung dieser Konkurrenz nicht ebenso hoch ansetzen, wie dies Schulze-Gävernitz tut. Wir möchten z. B. darauf hinweisen, daß die Landwege in England, mit Ausnahme jener, welche nach London führten, auch im 18. Jahrhundert ganz ungangbar waren, der Kanalbau erst im letzten Drittel desselben Jahrhunderts begann, daß anderseits auf dem Festlande seit Ende des 17. Jahrhunderts, insbesondere seit Einführung der Postkutschen, Landstraßen in modernem Sinne gebaut und zugleich durch Kanalanlagen Wasserstraßensysteme hergestellt wurden; in Frankreich wurden zu Ende des 17. Jahrhunderts durchschnittlich $1\frac{1}{2}$ Mill. Frs. heutigen Geldes für Brücken und Straßen ausgegeben, unter Ludwig XV. betrug der Jahresaufwand 4—5 Mill. Frs., und zu Ende des 18. Jahrhunderts besaß Frankreich ca. 25 000 km an Hauptstraßen¹. Wir wollen ferner bemerken, daß, obwohl die englische Wollindustrie mit allen Mitteln vom Staate befördert wurde, sie jedoch niemals jene Privilegien wie die Industrie auf dem Festlande genossen hat. „Königliche Tuchmanufakturen gab es in England nicht; auch mittelbar hat die Regierung niemals bei der Gründung von Unternehmungen mitgewirkt².“ England besaß keine Manufakturen, die mit Privilegien ausgestattet, mit Vorschüssen, Material und Gebäuden, ja mit Arbeitern vom Staate ausgerüstet gewesen wären, — der Unterschied zwischen der Lage der Baumwollindustrie und jener der Wollindustrie konnte daher in England nicht so erheblich sein, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Auch die Zollverhältnisse

¹ Vgl. Hasbach, Die englischen Landarbeiter in den letzten hundert Jahren. Leipzig 1894, S. 11. Huber: Wege, Handwörterb. der Staatswiss. Bd. VII. 2. Aufl. S. 9, Die Verkehrsmittel, Bd. 1, S. 197—198. Göp, Die Verkehrswege im Dienste des Welthandels. Stuttgart 1888, S. 719 ff. 730 ff. Hobson, S. 14.

² Lohmann, Die staatliche Regelung der englischen Wollindustrie, S. 78.

bürften kaum für die Baumwollindustrie drückend gewesen sein. Denn nach dem Gesetz vom Jahre 1700 durften seidene, halbseidene und bedruckte Baumwollstoffe (*calicoes*), wenn aus Ostindien, Persien oder China eingeführt, in England und Wales nicht getragen werden, was der eben entstandenen englischen Baumwollindustrie nur zum Schutz gereichen konnte. Wohl wurde im Jahre 1720 das Gesetz von 1700 auf alle in England selbst bedruckten *calicoes* ausgedehnt, indem es für sie nur die Ausfuhr gestattete, den Gebrauch und Verkauf im Inlande aber verbot. Doch setzte kurze Zeit darauf (im Jahre 1736) die Stadt Manchester den Erlaß eines Gesetzes durch, wonach die daselbst hergestellten bedruckten Varschentsstoffe (*fustians*) ausdrücklich als nicht unter das Verbot von 1720 fallend bezeichnet werden. Damit — bemerkt hierzu Lohmann — war die Wirkung des letzteren Gesetzes ziemlich wieder aufgehoben¹.

Mögen wir aber mehr oder weniger hoch das wirtschaftliche Bedürfnis anschlagen, das sich in England und speziell in der englischen Baumwollindustrie unter dem Druck der Konkurrenz geltend machte (je nachdem welche Intensität wir dieser Konkurrenz im Verhältnis zu den Konkurrenzverhältnissen auf dem Festlande und in der englischen Wollindustrie beilegen), — andere Tatsachen machen uns darauf aufmerksam, daß die Ursache des Aufkommens der Maschinen in England unmöglich das wirtschaftliche Bedürfnis allein sein konnte, daß vielmehr außer und neben dem Bedürfnis auch in diesem Falle wie in bezug auf die Entstehungszeit der Maschinen der Zustand der Technik und der gewerblichen Entwicklung, die Reife des betreffenden Landes in technischer Hinsicht ausschlaggebend sein mußte. Die zunehmende Konkurrenz dürfte allein als Erklärungsgrund nicht genügen, wie wichtig sie auch sonst sein mochte — der technische Fortschritt bildete eben die Basis, auf der sich alles weitere aufbaute, und der die Befriedigung des in England ohne Zweifel vorhandenen wirtschaftlichen Bedürfnisses möglich machte.

Unter den vielen Tatsachen, die uns zu einer solchen Überzeugung führen, sei vor allem eine angeführt. In der schweizerischen Baumwollindustrie (also in demselben Industriezweige) finden sich ähnliche Verhältnisse wie in England vor, und trotzdem war es die englische, nicht die schweizerische Baumwollindustrie, von der der technische Umschwung des Gewerbes ausgehen sollte. Wir wollen

¹ Lohmann, S. 95—96 u. Anm. 2. Heft, S. 504.

die Organisation der St. Galler Baumwollindustrie näher betrachten.

Während bei der Leinwandfabrikation alles genau geregelt und geschieden war: das Garn nur auf dem Garnmarkt bei der St. Laurenzkirche zu Kauf gebracht, dort nur von Weberzünftigen angelauft und weiter nur von solchen verarbeitet werden durfte, die fertige Leinwand die Schau passieren mußte und endlich am Bank in die Hände des Kaufmanns überging, während dergestalt bei der Leinenindustrie Fabrikation und Handel scharf getrennt in ganz verschiedenen Händen lagen — sagt Wartmann —, fehlten diese Fesseln, fehlte die obrigkeitliche Regelung der neu aufgetommenen Baumwollindustrie: man ließ sie von Anfang an frei gewähren. Der St. Galler Verleger Peter Nion, ein Mann von lebendigem, unternehmendem Geist, ließ (in den zwanziger Jahren des 18. Jahrhunderts) seine rohe Baumwolle zu Garn verarbeiten, wo es ihm vorteilhaft war, kaufte weiteres Garn an, wo es ihm beliebte; er ließ dieses Baumwollgarn von seinen eigenen Leuten mit Leinengarn zu Barchent verarbeiten und vertrieb selbst seinen Barchent in aller Herren Länder. So kam es, daß die entstehende Baumwollindustrie in St. Gallen gleich von ihrem ersten Anfange an eine viel freiere Stellung gewann als die Leinenindustrie. Die Baumwolle wurde zum Spinnen ins Zürcher Gebiet, insbesondere aber ins Glarnerland vergeben, wo kein Verbot für Auswärtige zu spinnen und zu weben bestand, später fand die Spinnerei von Baumwollgarn auch in St. Gallen und Umgegend Eingang. Die Barchentfabrikation wurde weiterhin von ungünstigen Webern betrieben. Auch der Verkehr mit Baumwollgarn durchbrach gleich anfangs die engen Schranken obrigkeitlicher Verfügungen, entzog sich damit der strengen Kontrolle und erlangte schließlich die gesetzliche Anerkennung der freien Bewegung, die man ihm nicht mehr verwehren konnte. Ähnlich sollte es bei dem Verkehr mit Baumwollgeweben ergehen, als derselbe mit kaum bemerkter Raschheit ungeahnte Bedeutung erlangte. Das fertige Barchent endlich wanderte in Kisten und Ballen nach Memmingen, Wien, Innsbruck, Bogen, Venedig, Mailand, Livorno, Turin, Genua, Lyon, Paris und Straßburg. Die Zünftigen suchten zwar gegen die ganze neue Art der Fabrikation zu protestieren, wie sie mit Baumwollartikeln von St. Gallischen Kaufleuten betrieben wurde, doch ihre Angriffe waren vergeblich; das kaufmännische Direktorium, dessen Ansicht über das Verlangen der Weberzunft der Rat einholte, erklärte sich mit aller Entschiedenheit gegen Zumutungen, die Baum-

wollfabrikation zünftigen Schranken zu unterwerfen. In einer an den St. Galler Rat gerichteten „zierlich verfaßten Supplique“ des kaufmännischen Direktoriums stand an der Spitze der „allgemeine und unwidersprechliche kaufmännische Grundsatz: daß je weniger die Handlung an einem Orte durch Geseze und Einschränkungen gehemmt, je größer der Zusammenfluß von Waren, je stärker die Anzahl der Käufer und Verkäufer sei, desto blühender auch die Handlung selbst sein müsse“. „Dieser Grundsatz“ — fügt Wartmann hinzu — „hier zum ersten Male ausgesprochen, bildet von nun an förmlich das Motto aller Gutachten und Bestrebungen des Direktoriums in Handelsachen und beweist schon an sich allein, daß der St. Gallische Handelsstand doch weit über jenen Krämergeist zahlreicher Kleinerer und auch größerer Kaufmannsstädte hinaus war, der sein Heil in Nachahmung der zünftigen Handwerks Einrichtungen und im engsten Anschluß aller fremden Konkurrenz suchte“.

Die St. Galler Leinenindustrie, jahrhundertlang die wichtigste Industrie des Landes, wurde bald von der neuen Baumwollfabrikation überholt, und das Baumwollgewerbe war auch hier, wie in England, die erste durch den Geist des Handels geschaffene moderne Industrie. „Einen Vorzug genoß sie vor der Wollindustrie: sich unbehindert auf dem Boden der Neuzeit entwickeln zu können“ — sagt Schulze-Gävernitz über die englische Baumwollindustrie; diese Worte sind auch auf die St. Galler Baumwollindustrie anwendbar, wenn man nur „Wollen“ mit „Leinengewerbe“ vertauscht. Ebenso passen auf die schweizerische Baumwollindustrie die weiteren Ausführungen von Schulze-Gävernitz: „Kein Zufall, daß die zarte Faser, die Trägerin der Industrie, ein Kind der fernen Tropen war. Erst der Handel hatte sie herbeigeführt, und ihm verdankte sie die Freiheit von einer Rechtsordnung der Vergangenheit, die ihre einheimischen Geschwister, die Woll- und die Leinenfaser, noch umstrickte“.

Und doch ist die Spinnmaschine in England, nicht in der Schweiz erfunden. Im Dezember des Jahres 1794 wurde in St. Gallen gemeldet: „Ein hiesiger ungenannter Bürger siehe gegenwärtig im Begriff, eine Bauerspinnmaschine zu verfertigen, und habe dieselbe mit Beihülfe eines kunstverständigen Mannes bereits so weit gebracht, daß man zur Probe etwas Baul darauf habe spinnen

¹ Wartmann, Industrie und Handel des Kantons St. Gallen auf Ende 1866. St. Gallen 1875, S. 88—99, 118—123.

² Schulze-Gävernitz, S. 87.

können; doch fehle ihm zur Vollendung des Werks die nötige Varschait.“ Das kaufmännische Direktorium ließ hierauf die Maschine durch Experten untersuchen und bewilligte auf deren günstigen Bericht dem ungenannten Erfinder durch Privatvermittlung die noch erforderlichen 25 Dublonen gegen Verzinsung zu 4 %. Damit scheint es sich beruhigt zu haben, die Erfindung ist offenbar nicht zustande gekommen. Ungefähr um die gleiche Zeit soll ein Mann „eine Spinn- und Kräzmaschine erfunden und zustande gebracht haben, deren man sich wirklich zu bedienen anfing.“ Es ist jedoch weder über die Persönlichkeit dieses Erfinders noch über die Schicksale seiner Erfindung etwas bekannt. In der Baumwollindustrie hat sie jedenfalls keine Rolle gespielt¹. Einige Jahre später wurde schon der Plan gefaßt, „durch zwei der Sachen ganz kundige Engländer in Helvetien Spinnmaschinen einzurichten, welche in aller Rücksicht Dasjenige leisten würden, was die vollkommensten, nach den neuesten Verbesserungen eingerichteten englischen Maschinen zu leisten im Stande sind“. Im letzten Jahre des endenden Jahrhunderts gelangten in St. Gallen englische Spinnmaschinen an; zur Anstellung derselben waren zwei englische „Künstler“, d. h. Mechaniker an der Hand². Aus England mußten also die Maschinen nach der Schweiz gebracht werden; in der Schweiz konnten sie nicht erfunden werden, wie ja die Schweiz überhaupt in der Maschinentechnik des 18. Jahrhunderts nicht mehr als die anderen Staaten des Kontinents geleistet hat.

Ebenso wenig wie die Schweiz hat auch das sächsische Voigtland, eine der wichtigsten Produktionsstätten des 18. Jahrhunderts auf dem Gebiete der Baumwollindustrie, eine eigene Spinnmaschine hervorbringen können. Während des 18. Jahrhunderts herrschte hier freilich — im Gegensatz zu St. Gallen — ein strenges Reglementierungssystem. Als man sich jedoch in den neunziger Jahren zu einem selbständigen Versuche mit Spinnmaschinen entschloß, schlug derselbe offenbar fehl, und trotz der englischen Konkurrenz, trotzdem England bald das Voigtland mit billigerem und besserem Garn zu überfluten begann, ist es den sächsischen Mechanikern nicht gelungen, eine eigene Erfindung zu machen. Was sie zustande gebracht haben, sind Nachahmungen englischer Maschinen gewesen: 1786 die Jemmymaschine, 1799 die Mulemaschine, 1800 die Watermaschine. Die

¹ Wartmann, S. 144, 152.

² Ebenda S. 210–212.

Konstruktion der beiden letzteren gelang erst unter der Oberleitung von Männern englischer Nationalität¹.

Um das Jahr 1775 schrieb der Franzose Brignon: „Deutschland ist das Land der Maschinen. Im allgemeinen erleichtern die Deutschen die Handarbeit bedeutend durch Maschinen aller Art²“. Nach allem was wir über das Deutschland des 18. Jahrhunderts wissen, trifft diese für das 19. Jahrhundert passende Charakteristik für jene Zeit nicht zu. Das einzige Land, welches damals die Arbeit erleichterte, war England. Die in Deutschland von dem Franzosen Papin erfundene Dampfmaschine hat ihre Ausbildung, Vervollkommenung und Einführung in das praktische Leben in England gefunden. Matschoß erklärt dies damit, daß während in England die Notlage der Bergwerke die neue Kraftmaschine herbeiführte, gewissermaßen herausbeschwor, in Deutschland die wohlgelungenen Versuche abgebrochen wurden, weil das Interesse des Landgrafen von Hessen sich anderen Dingen zugewandt hatte. In den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts machte sich freilich auch in Deutschland an verschiedenen Orten ein Mangel an Kraft im Bergbau fühlbar; jedoch führten die im Lande gemachten Versuche der Herstellung eines Dampfmotors zu keinem brauchbaren Ergebnis. Man war gezwungen, mit einem Schachte bei Hettstädt im Mansfeldischen tiefer zu gehen, und die hierfür projektierte neue Wasserhaltung erforderte als Kraftquelle zu ihrem Betriebe mehr als 100 Pferde. Die hohen Unterhaltungskosten solcher Pferdeherden machten die Ausführung einer „Kunst“ unmöglich. Für eine „Kunst“ war Wasser in genügender Menge am Ort nicht vorhanden; es aus großer Entfernung herzuführen, hätte ungeheure Kosten verursacht. So blieb nur noch der Vorschlag des Bergassessors Bückling, eine Dampfmaschine zu verwenden, zur Berücksichtigung übrig. Sie sollte zwar im eigenen Lande erbaut werden, doch nach englischen Modellen, zu welchem Zwecke Bückling auf Spezialbefehl des Königs nach England gesandt wurde. Hier „war er so glücklich, die Boultonsche Feuermaschine, deren Mechanismus die französischen, nach London geschickten Akademisten vergebens zu erforschen bemüht gewesen sind, genau zu untersuchen und ihren Mechanismus sowohl als das Verhältnis aller ihrer Teile sorgfältig zu berechnen.“ Ein paar Jahre später mußte Bückling noch einmal

¹ König, Die sächsische Baumwollenindustrie am Ende des vorigen (18.) Jahrhunderts und während der Kontinentalperre. Leipzig 1899, S. 88.

² Matschoß, Geschichte der Dampfmaschine, S. 86.

nach England reisen, um hier einen neuen, größeren Zylinder zu erwerben und, wenn möglich, auch einen erfahrenen Maschinenmeister anzuwerben, was ihm nach vieler Mühe endlich gelang. Ein Engländer, Richards, wurde der Maschinenmeister der neuen Anlage. Derselbe fing bald auch selbständig an, Feuermaschinen für andere Bergwerke herzustellen, wobei die Dampfzylinder noch aus England bezogen wurden. Später befaßte sich mit Herstellung von Dampfmaschinen auch ein Deutscher, Holzhausen, der sich seine praktischen Erfahrungen als Maschinenwärter der Hettstädter Feuermaschine unter der Leitung des englischen Maschinenmeisters erworben hatte: von 1794—1825 erbaute er mehr als 50 Dampfmaschinen, hauptsächlich atmosphärische Maschinen Newcomenscher Bauart und einfachwirkende Wattersche Dampfmaschinen, später auch doppelwirkende Maschinen Watterscher Konstruktion. Kraftmaschinen eigener Konstruktion lieferte ein gewisser Graf Duquoy, jedoch leistete seine Maschine nur den 36. Teil einer gleich großen englischen Dampfmaschine: Sieben Hübe machte sie in einer Minute, stand aber nach vier Minuten immer vier Minuten still, heißt es in einem Bericht¹.

Auch ein anderes Land, das heutzutage mit Deutschland zusammen zu den größten auf dem Gebiete der Maschinentechnik gehört, die Vereinigten Staaten von Amerika, konnte damals die ihm nötigen Maschinen nicht selbständig hervorbringen; die Versuche mit der Erfindung der Spinnmaschine schlugen fehl, diese mußte aus England geholt werden. Die ersten Spinnmaschinen wurden von Samuel Slater in Rhode-Island konstruiert. Slater war mehrere Jahre hindurch Werkmeister sowohl in der Maschinenfabrik als in der Spinnerei von Strutt, der mit Richard Arkwright assoziiert war, und als solcher hatte er die Möglichkeit, die Konstruktion der neuen Spinnmaschinen gründlich in allen ihren Einzelheiten kennen zu lernen.²

Aus dem Angeführten folgt, daß das Vorhandensein von wirtschaftlichen Bedürfnissen nach technischen Neuerungen, hauptsächlich durch den Übergang des Landes zur Gewerbe- und Handelsfreiheit veranlaßt, welche eine Verminderung der Produktionskosten nötig machte, noch lange nicht genügte, um eine Revolution in der Technik und dadurch in der gewerblichen Betriebsweise hervorzurufen; dies konnte erst dann eintreten, wenn die Technik eine gewisse Reife in dem betreffenden Lande erreicht hatte. Und der Stand der Technik

¹ Ratsoff, S. 86—95.

² Carroll D. Wright, The industrial evolution. Chap. X.

auf dem Kontinent Europas wie auch in Amerika war im 18. Jahrhundert und auch später noch viel zu tief, als daß so komplizierte Mechanismen, wie die Spinnmaschine oder der Dampfmotor es hervorgebracht werden könnten. Die Mechaniker auf dem Festlande sahen sich sogar oft außerstande, an einer nach englischen Modellen hergestellten Maschine die nötigen Reparaturen vorzunehmen, gleich wie die Maschinentechnik vor dem 18. Jahrhundert unentwickelt aufkommen konnte, da erst um diese Zeit die Resultate der modernen Wissenschaft anwendbar wurden, — ebenso war England auch im 18. Jahrhundert das einzige Land, welches die Maschinen herzustellen imstande war, denn bloß hier fand sich ein Boden, für technische Neuerungen reif war, bloß hier war jene technische Fertigkeit und jene Veranlagung zu technischen Verbesserungen vorhanden, die anderwärts noch mangelte, und ohne welche die Naturwissenschaft keine moderne Technik schaffen konnte.

IV.

Seit dem 11. Jahrhundert fand ein fast ununterbrochener Zuzug niederländischer Gewerbetreibender nach England statt, der sich bis ins 18. Jahrhundert fortsetzte. Und zwar waren dies vorwiegend Leute, die sich in ihrem Vaterlande mit dem Wollgewerbe beschäftigten, und als solche auch nach England übersiedelten, um die Wollindustrie weiter zu betreiben. Nach Cunningham datiert die Geschichte des englischen Wollengewerbes seit den Einwanderungen flandrischer Weber im 11. und 12. Jahrhundert; diese flandrischen Einwanderer brachten ihre Produktionstechnik hinüber nach England; von ihnen sollen die Engländer auch ihre Zunftverfassung empfangen haben. Im 14. Jahrhundert folgten weitere Züge niederländischer Tuchmacher. Erst seit dieser Zeit begann die Ausfuhr wollener Stoffe aus England, und zwar sind unter den Stoffen, welche um die Mitte des 14. Jahrhunderts aus England ausgeführt wurden, gerade die Raupengarnstoffe aus den ostenglischen Fremdenkolonien, in denen die flandrischen Tuchmacher angesiedelt wurden, stärker vertreten als die anderen. Es wird berichtet, daß im 15. Jahrhundert wieder niederländische Tuchmacher und zwar jetzt im Norden Englands angesiedelt wurden, nach dieser Überlieferung wäre also nicht nur die ostenglische, sondern auch die nordenglische Wollindustrie zu einem guten Teil eine niederländische.

¹ Cunningham, The growth of english industry and commerce, T. I, 1896, § 67 und App. E.

ländische Pflanzung¹. Im 16. Jahrhundert unter Heinrich VIII. und Elisabeth wanderten neue flämische und wallonische Tuchmacher nach England aus, veranlaßt dazu durch die religiösen Verfolgungen Philipps II. Sie führten neue Warenarten ein, die sog. New Drapery, Modewaren verschiedener Art (Bays, Says, Moccados, Grograynes), in denen Wollengarn mit Seide oder mit Leinen verwoben wurde, und die keinen langen Walf und Appreturprozeß durchzumachen hatten. Die „new draperies“ waren bedeutend billiger als die alten Tuche, fielen mehr ins Auge, waren auch lebhafter in den Farben, abwechslungsreicher in den Mustern. Mit einem Worte: Sie waren das geeignete Material für eine Modeware, und als solche erfuhren sie eine rasche Verbreitung in den oberen und unteren Schichten der Gesellschaft. Zugleich waren die neuen Stoffe dünn und leicht und fanden daher auch in wärmeren Klimaten, in den überseeischen Absatzgebieten einen bedeutenden Markt, während der ältere englische Tuchexport sich fast ganz auf Mittel- und Nordeuropa beschränkte. Endlich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, wo Übersiedelungen von Gewerbetreibenden in allen europäischen Ländern erfolgten — ein wahres Zeitalter industrieller Wanderungen — kamen auch nach England Niederländer und Hugenotten in großer Anzahl. Ein gewisser Brewer begründete 1668 mit 50 wallonischen Färbern und Tuchscherern die Erzeugung feiner Tuchqualitäten in England, und im Jahre 1669 erhielt der Tuchmacher George Herriot, der 28 Jahre lang in Holland die Appretur gelernt und betrieben hatte, ein Patent auf eine in Holland übliche Methode der kalten Pressung mit dem Recht, sie 14 Jahre lang in England ausschließlich auszuüben. Erst seit dieser Zeit hörte der Jahrhunderte lange Veredelungsverkehr mit Flandern auf, indem von jetzt ab England alle seine Tuche zu Hause färben und appretieren lassen konnte. „Alles was der englische Staat von 1300 bis 1800 für die Wollindustrie getan hat“ — sagt Lohmann mit Recht — „wird, am Erfolge gemessen, wahrscheinlich übertroffen durch den Einfluß, welchen die Einwanderung niederländischer Weber auf die Verbreitung und Veredelung der Industrie ausgeübt hat“.²

Es ist zu berücksichtigen, daß unter den Wirtschaftszweigen, die

¹ Lohmann, Die staatliche Regelung der englischen Wollindustrie vom 15. bis zum 18. Jahrhundert. Leipzig 1900, S. 85 ff.

² Ebenda S. 87 ff. Dechesne, Evolution économique et sociale de l'industrie de la laine en Angleterre. Paris 1900, p. 20—22, 45—50.

ihre Förderung den fremden Einwanderungen zu verdanken haben, das Wollengewerbe nicht als einziges dasteht. Auch die englische Baumwollindustrie wurde von Flüchtlingen aus den Niederlanden begründet und zwar — wie Schulze-Gävernitz behauptet — von jenen, welche nach der Zerstörung Antwerpens durch Alba 1585 in England Unterkommen fanden¹. Nach anderen Quellen soll die Baumwollweberei in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts von eingewanderten niederländischen Protestanten nach England gebracht worden sein². 1690 erwarb ein Franzose René Grillet ein Patent auf ausschließliche Verwendung einer Maschine zum Bedrucken weißer Baumwollstoffe; von ihm wurde eine Manufaktur in Richmond angelegt³.

Auf diese Weise erhielt das englische Textilgewerbe mehrere Jahrhunderte hindurch Förderung und Nahrung von der niederländischen, insbesondere flandrischen Industrie. England war in der Lage, jeden Fortschritt, den die hochentwickelte niederländische Textilindustrie machte, gleich zu sich herüberzunehmen — in bezug auf Technik der Verarbeitung der Gewebe standen die Niederländer überaus hoch. Fünf, sechs Jahrhunderte lang arbeiteten letztere mit den Engländern zusammen für das Wohl der englischen Industrie; mit vereinigten Kräften suchten sie die Technik der englischen Weberei, Färberei, Appretur zu vervollkommen, neue Werkzeuge, neue Arbeitsmethoden, neue Farben und Muster einzuführen.

Die Wirkung der niederländischen Technik läßt sich auch in anderen Zweigen der englischen Industrie, ebenso wie in der Landwirtschaft verfolgen. Daß die Bandmühle — sagt Karmarsch — durch niederländische Auswanderer nach England gebracht worden sei, ist wahrscheinlich, weil dieselbe dort noch um die Mitte des 18. Jahrhunderts den Namen „dutch loom“ (Niederländischer Webstuhl) führte⁴. Zu Ende des 16. Jahrhunderts wurde die Sägemühle in Holland erfunden⁵; 1633 wurde eine Windsägemühle von einem Holländer bei London angelegt, doch mußte der Betrieb

¹ Schulze-Gävernitz, S. 25—26.

² Karmarsch, S. 589.

³ Lohmann, S. 95. Auch das Ausflühen der englischen Leinenindustrie datiert — nach Grothe (S. 306) — seit 1331 — seit dem Herbeiziehen flandrischer Arbeiter durch Eduard III.

⁴ Karmarsch, S. 673.

⁵ Pringsheim, Wirtsch. Entwicklungsgeographie der Vereinigten Niederlande, S. 31 Anm.

wegen Anseindungen seitens der Volksmassen bald wieder eingestellt werden¹. „Wir verdanken Holland die Fortschritte in der englischen Landwirtschaft“ — sagt Rogers. „Von diesem Lande entlehnten wir im Anfang des 17. Jahrhunderts den Anbau von Winterwurzeln und im Beginn des 18. die Anpflanzung von Futterpflanzen. Die Holländer — führt er aus — betrieben den Ackerbau mit der Geduld und Sorgsamkeit von Handelsgärtnern. Mit Erfolg suchten sie die Kultur aller Pflanzen, die zur menschlichen Nahrung dienen oder einen entwickelten Geschmack befriedigen konnten, aufs höchste zu entwickeln. Sie lehrten den Feldbau und die Gartenkunst. Sie waren das erste Volk, das seine Wohnungen mit Blumenbeeten, mit Baumgruppen, mit schmucken Anlagen, mit dem feinsten Rasen umgab, das Obstbäume veredelte, eßbare Wurzeln und Kräuter für Menschen und Vieh aufsuchte und verbesserte. Den Holländern schulden wir Dank dafür, daß Skorbut und Auszug aus England verschwunden, daß ununterbrochen Ernten an die Stelle der Brachfelder traten, daß die richtige Fruchtfolge entdeckt und vervollkommenet wurde, daß sich die Volkszahl der englischen Inseln vermehrte, und Rindvieh und Schafe heute an Zahl um das Zehnfache und an Größe und Güte um das Dreifache zugenommen haben².“ Neben anderen, eine Aenderung und Besserung im System der englischen Landwirtschaft befürwortenden Anwälten ist Gabriel Platteau zu nennen. Platteau, dessen Werk über diesen Gegenstand 1638 erschien, war wahrscheinlich holländischer Herkunft. Jedoch der bedeutendste und ausführlichste landwirtschaftliche Schriftsteller des 17. Jahrhunderts (in England) war Simon Hartlib, ein geborener Holländer, der sich in England naturalisieren ließ. Hartlib machte es sich zur Aufgabe, klar und eindringlich den Engländern zu zeigen, wodurch die Holländer die erfolgreichsten Landwirte Europas und die Lehrmeister der anderen Völker geworden seien³.

Auch auf dem Gebiete der Schifffahrt und Schiffsbautechnik gingen die Niederländer im 17. Jahrhundert allen anderen Völkern voran und waren Lehrmeister der Engländer, bis sie schließlich von ihren gelehrigen Schülern überholt wurden. In der Handelschifffahrt, wie in der Kriegsmarine, ging man seit dem 16. Jahrhundert

¹ Bedmann, Beiträge zur Geschichte der Erfindungen. Bd. II. Leipzig 1785, S. 276.

² Rogers, Six Centuries of Work and Wages. Deutsch von Pannwitz-Rautsky. Stuttgart 1896, S. 357—358.

³ Ebenda S. 359, 361.

zum Bau großer Fahrzeuge über. „Die Holländer erlangten wesentlich durch die mächtigen Laderäume ihrer Ostindienfahrer ihr Übergewicht im Kolonialwaren- und Seehandelsverkehr¹.“ Durch die vom Niederländer Mercator hergestellten genauen geographischen Karten (Seekarten), wurde die Orientierung der Schiffe auf hoher See erheblich erleichtert. Noch wichtiger war in dieser Beziehung die Erfindung des Fernrohres. Als dessen erster Erfinder ist der Middelburger Optiker Hans Lippershey zu betrachten. Fast zu gleicher Zeit wurde das Fernrohr von einem andern Holländer, Jacob Adriaanzoon Metius hergestellt. Auf der Herbstmesse zu Frankfurt a. M. 1608 wurde zum erstenmal von einem Niederländer ein Fernrohr zum Verfaufe ausgebaut, und in London waren sie das Jahr darauf so zahlreich, daß die Käufer die Auswahl hatten². Die Bedeutung dieser Erfindungen für die Entwicklung der englischen Schifffahrt im 18. Jahrhundert kann kaum zu hoch eingeschlagen werden.

Zieht man die angeführten Tatsachen in Betracht, und vergegenwärtigt man sich, in wie hohem Grade die verschiedensten Gebiete der englischen Volkswirtschaft, Industrie, Landwirtschaft, Schifffahrt von der hoch entwickelten niederländischen Technik beeinflusst wurden, so wird es nicht wunder nehmen, daß die großen Erfindungen, die in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts fielen, eben in England und nicht in einem anderen Lande die Welt erblickt haben, man wird begreifen, daß die Maschinenteknik nur in England entstehen konnte, wo die Saat — der Bedarf an vollkommenen Arbeitsmethoden — auf einen durch Jahrhunderte lange Tätigkeit vorbereiteten Boden fiel. In anderen Ländern war dies nicht der Fall; nur in England war zu der eigenen Intelligenz und Begabung die holländische Technik hinzugekommen. Nirgends anderwärts hatten so häufige und so zahlreiche Einwanderungen stattgefunden, und wenn im 17. und 18. Jahrhundert nach Deutschland oder Österreich Holländer, Franzosen, Italiener in großer Anzahl übersiedelten, so waren die Schäden, die der Dreißigjährige Krieg hier verursacht hatte, zu groß, um technische Fortschritte veranlassen zu können, da noch zuerst das Versäunte, ja zu nichte Gemachte nachgeholt und ersetzt werden mußte.

¹ Götz, Die Verkehrswegen im Dienste des Welthandels. Stuttgart 1888, S. 694.

² Neufeuzeux, Das Buch der Erfindungen, Gewerbe und Industrien. 8. Aufl. Bd. II, S. 270—271.

Der Beeinflussung Englands durch die Niederlande läßt sich nur jene Einwirkung zur Seite stellen, welche von Italien auf dem Gebiete der Luxusgewerbe ausging, und welche auf die französische Luxusindustrie, insbesondere auf die Seiden- und Sammetindustrie befruchtend wirkte. In der Tat hat dieser Kontakt mit Italien dazu geführt, daß Frankreichs Luxusgewerbe bereits im 17. Jahrhundert die erste Stelle in Europa einnahmen; und der Seidenwebstuhl wurde auch wirklich vom Franzosen Jacquard erfunden, einem Bürger Lyons, welches im 17. bis 18. Jahrhundert die Hauptproduktionsstätte der Seidenwaren bildete, trotzdem der Bedarf nach Verbilligung der Seidenproduktion in anderen Ländern viel fühlbarer war: Frankreich beherrschte im 18. Jahrhundert den Markt, die preussische Seidenindustrie dagegen hatte viel von der Konkurrenz der billigeren Lyoner Ware zu leiden¹.

Wir können also mit Recht den europäischen Kontinent als in technischer Hinsicht im Verhältnis zu England rückständig betrachten. Was dagegen die Niederlande betrifft, die jedenfalls bis zum 17. Jahrhundert besonders hoch in bezug auf Naturwissenschaft und Technik standen, so fehlte hier, wenigstens im 18. Jahrhundert, die andere Voraussetzung — das wirtschaftliche Bedürfnis. Im 18. Jahrhundert waren die Niederlande bloß ein Handelsstaat, kein Industriestaat, wie England. Bis zum Kriege mit England 1780—1783 — sagt Pringsheim — „dürfte der niederländische Handel auch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts denselben Umfang gehabt haben, wie in den glänzendsten Jahren des 17. Jahrhunderts“². In der niederländischen Industrie tritt dagegen im 18. Jahrhundert ein vollständiger Verfall ein. „Seit 1730 zeigt sich in den wichtigsten Industriezweigen eine Erlahmung, die nur der Vorläufer eines völligen Niederganges war. Ganze Industriezweige werden weggesezt, Tausende arbeitslos, blühende Städte entvölkert, und dieser Zusammenbruch erfolgte am Vorabend der industriellen Revolution“³.

¹ S. darüber Godart, *L'ouvrier en soie. Monographie du tisseur lyonnais*. Teil I, 1899, pass. Schmoller, *Die preussische Seidenindustrie und ihre Begründung durch Friedrich den Großen. Umrisse und Untersuchungen*, bes. S. 544, 550, 553, 556. Hünke, *Die preussische Seidenindustrie des 18. Jahrh.*, in diesem Jahrbuch 1893, S. 41.

² Pringsheim, *Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklungsgeichte der Vereinigten Niederlande im 17. und 18. Jahrh.* Leipzig 1890, S. 11—12.

³ Ebenda S. 34—35.

Nur in England fielen also Technik und Wirtschaft zusammen, was die eine möglich, machte die andere notwendig, was die letzte wünschte, konnte auch die erste gewähren. Beides, sowohl eine gewisse technische Reife als das Vorhandensein eines wirtschaftlichen Bedürfnisses, war eben nötig, um die gewerbliche Revolution hervorzurufen, und ebenso, wie das wirtschaftliche Bedürfnis erst den Stachel bildete, der den Menschen dazu antrieb, das von der Wissenschaft und Technik Gebotene nicht brach liegen zu lassen, die Industrie dazu zwang, den Fortschritt auf jenen Gebieten auszubeuten, — so genügte ein solches Bedürfnis allein, selbst wenn es durch die größte Konkurrenz hervorgebracht wurde, so intensiv es auch sein mochte, noch lange nicht zu einer Umwälzung in der Produktions- und Verkehrstechnik, wenn eben die entsprechenden wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften noch nicht gewonnen waren.

V.

Sobald die Maschinen in England erfunden waren, war ihre Anwendung im Produktionsprozeß und noch dazu mit Hilfe englischer Mechaniker, wie dies gewöhnlich der Fall war, kein technisches Kunststück mehr, daher die Verbreitung der Maschinen auf dem Kontinent nicht mehr durch die Höhe der von dem betreffenden Lande erreichten technischen Entwicklung bedingt war, sondern bloß dadurch, wie groß der Bedarf danach war, wie intensiv er sich fühlbar machte. Von der Intensität des jeweiligen Bedarfs nach Maschinen hing nicht sowohl deren erste Einführung ab, die auch rein zufällig sein konnte, als vielmehr die Schnelligkeit ihrer Ausbreitung in diesem oder jenem Lande. Dieses Bedürfnis nach Ersatz der menschlichen Arbeit durch die Maschine stellte sich um so früher ein und äußerte sich um so reger, je mehr das frühere Reglementierungssystem dem System der freien Konkurrenz Platz machte, je mehr der rechtlich freie Arbeitsvertrag einerseits, der Freihandel andererseits ihre Siege erfochten. Je weniger der Unternehmer im Kampfe mit dem Arbeiter sich auf die vom Staate oder von den Selbstverwaltungs-körpern direkt oder indirekt zu seinen Gunsten normierten Lohnmaxima stützen konnte, je weniger ihn der Staat vor der Konkurrenz der billigen englischen, maschinenmäßig produzierten Waren schützte, desto früher erwachte der Unternehmungsgeist auch auf dem Kontinent, desto eher erstanden auch hier fühne Männer mit weit ausschauenden Plänen, und die Deckung des bereits vorhandenen Bedürfnisses nach Einführung der maschinellen Produktionsweise an Stelle der früheren

Hausindustrie und Manufaktur wurde dann bloß eine Frage der Zeit. Freilich sind auch jene erheblichen Hindernisse zu berücksichtigen, mit denen jede Neuerung zu kämpfen hat, jede technische Neuerung insbesondere, und die vielleicht besonders durch ihre Größe hervortragten zur Zeit der Ausbreitung der Maschinenteknik. Diese Hindernisse sind genauer zu erforschen und zu analysieren, — doch, ehe wir dazu übergehen, soll im voraus gleich ausdrücklich betont werden: wie groß die Hemmnisse auch waren, sie konnten immer und überall (in der behandelten Periode) die Verbreitung der neuen Technik nur aufhalten und verzögern; diese ganz zu verdrängen und unmöglich zu machen — dazu waren sie außer Stande; das wirtschaftliche Bedürfnis war viel zu mächtig, es war viel mächtiger als jene hindernden Kräfte, und es mußte schließlich, früher oder später, die Oberhand gewinnen.

Als der größte Feind der neuen technischen Errungenschaften ist wohl das geringe Verständnis zu betrachten, das die Menschen den Maschinen entgegenbrachten. Die Kurzsichtigkeit der Menschen richtete viel Schaden an, der Mangel an richtigen Vorstellungen über die Tragweite der Erfindungen trat störend in den Weg. „Die einen staunten verständnislos die neuen Erscheinungen an, anderen erschienen sie als Vermessenheit, die sich selbst bestrafen würde!“

Nur ein Heine konnte die neuen Erfindungen richtig begreifen, nur er ahnte die Tragweite und Bedeutung derselben. Am 5. Mai 1843 schrieb Heinrich Heine aus Paris: „Die Eröffnung der beiden neuen Eisenbahnen, wovon die eine nach Orleans, die andere nach Rouen führt, verursacht hier eine Erschütterung, die jeder mitempfindet, wenn er nicht auf einem sozialen Isolierschemel steht . . . Wir merken bloß, wie unsere ganze Existenz in neue Gleise fortgerissen, fortgeschleudert wird, daß neue Verhältnisse, Freuden und Drangsale uns erwarten, und das Unbekannte übt seinen schauerlichen Reiz, verlockend und zugleich beängstigend. So muß unseren Vätern zumute gewesen sein, als Amerika entdeckt wurde, als sich die Erfindung des Pulvers durch die ersten Schüsse ankündigte, als die Buchdruckerei die ersten Aushängebogen des göttlichen Wortes in die Welt schickte. Die Eisenbahnen sind wieder ein solches bestimmendes Ereignis; es beginnt ein neuer Abschnitt in der Weltgeschichte . . . Welche Veränderungen müssen jetzt eintreten in unserer

¹ Matfchob, S. 19.

Anschauungsweise, in unseren Vorstellungen! Sogar die Elementar-begriffe von Zeit und Raum sind schwankend geworden. Durch die Eisenbahnen wird der Raum getötet, und es bleibt uns nur noch die Zeit übrig. In viertelhalb Stunden reist man jetzt nach Orleans, in ebensoviel Stunden nach Rouen. Was wird das erst geben, wenn die Linien nach Belgien und Deutschland ausgeführt und mit den dortigen Bahnen verbunden werden! Mir ist, als kämen die Berge und Wälder auf Paris zugerückt. Ich rieche schon den Duft der deutschen Linden; vor meiner Tür brandet die Nordsee."

Ein solches Verständnis für die neu aufkommenden Eisenbahnen gehörte jedoch damals zu den Ausnahmen. Ja der berühmte Thiers hielt selbst 1835, nachdem er die Eisenbahn von Liverpool nach Manchester durch eignen Augenschein kennen gelernt hatte, noch dafür, daß eine Eisenbahn allenfalls für Passagiere taugte und sich für wenige, nach der Hauptstadt führende Hauptlinien rentieren könne, für ein ganzes Land niemals. Noch 1836 sagte er: „Wenn mir jemand die Versicherung geben wollte, daß man in ganz Frankreich jährlich 5 Meilen Eisenbahn zu bauen imstande sei, so würde ich das für ein großes Glück halten¹." Auch andere Staatsmänner sahen in der Eisenbahn nur ein „höchst beschränktes und untergeordnetes Kommunikationsmittel", hielten sie gar für ein Spielzeug, das nie ernsthaften Zwecken dienen könnte. Gelehrte Mediziner gaben Gutachten dahin ab, daß der Dampfbetrieb bei den Reisenden wie bei den Zuschauern unfehlbar schwere Gehirnkrankungen erzeugen würde, und empfahlen, die Bahn wenigstens zum Schutz friedlicher Passanten mit hohen Bretterzäunen zu umgeben². Als Stephenson behauptete, er könne eine Lokomotive bauen, die in einer Stunde 32 km zurücklegen solle, stellte dem die berühmte englische Zeitschrift „Quarterly Review" die Frage entgegen, was wohl noch lächerlicher und alberner sein könne, als eine Lokomotive zu versprechen, die doppelt so schnell als die Postkutsche fahren solle; „selbst wenn man allen Versicherungen von der Gefährlosigkeit Glauben schenken wollte, könnte man doch eher glauben, daß die Einwohner von Woolwich sich auf einer Congreve'schen Rakete absetzen ließen, als daß sie sich einer so schnell fahrenden Maschine anvertrauen würden"³.

Ebenso verständnislos verhielten sich selbst die gebildetsten Leute

¹ Engel, Das Zeitalter des Dampfes. 2. Aufl. Berlin 1881, S. 147.

² Matzsch, Gesch. der Dampfmaschine, S. 21.

³ Ebenda S. 199.

auch den anderen Erfindungen gegenüber. Noch 1836 hielt Professor Lardner in der Wissenschaftlichen Gesellschaft zu Bristol einen Vortrag über die Unmöglichkeit einer transatlantischen Dampfschiffahrt, der mit den Worten schloß: „Der Gedanke, eine ozeanische Dampfschiffahrt eröffnen zu wollen, gleicht vollkommen jenem andern einer Reise nach dem Monde“¹. Die erste Dampfmaschine des preussischen Staates, die außerhalb der Grubenbezirke im Gewerbebetrieb Verwendung fand, wurde 1799 auf der königlichen Porzellan-Manufaktur in Berlin in Betrieb gesetzt. Das Projekt, das unzureichende Hockwerk durch eine Feuermaschine zu ersetzen, war schon 1788 aufgetaucht, doch ließ die Verwirklichung elf Jahre auf sich warten, weil die Nachbarn der Manufaktur, vor allem der Kgl. Kammerherr und „Directeur des spectacles“ Freiherr von der Nock, energischen Einspruch erhoben gegen die Aufstellung der Feuermaschine, die „als im hohen Grade gefährlich für die Gesundheit und das Leben der Anwohner“ bezeichnet wurde². Die englischen Baumwollfabrikanten waren noch in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts der Ansicht, daß der Handstuhl nie durch den Kraftstuhl ersetzt werden könne; vielmehr müsse mit Ausdehnung des englischen Handels die Zahl der Hausweber dauernd wachsen³. Ebenso behaupteten die schlesischen Leinwandspinner und selbst der sonst sehr einsichtige Baron von Lüttwitz um 1820, daß die spröde Flachsfaser nie von einer Maschine sich werde bewältigen lassen — und doch hatte der Franzose Girard bereits 1810 die Flachsspinnmaschine erfunden⁴.

Indem die Leute am Alten zähe festhielten und die neuen Vorrichtungen bemängelten, handelten sie nicht bloß aus Unkenntnis, sondern zum großen Teil auch aus Notwehr, denn sie sahen sich durch die neuen Maschinen und Arbeitsmethoden in ihrer Existenz bedroht. Wenn z. B. in England beim Bau der ersten Eisenbahnen behauptet wurde, die Passagiere würden in den Tunneln ersticken, die selber in Brand versetzt werden, durch die schrillen Piffe der Lokomotive würden die Tiere vor Angst freieren und die Hühner keine Eier mehr legen, — so gingen diese furchtbaren Prophezeiungen hauptsächlich von den Besitzern der neu erbauten Kanäle aus, welche der Eisenbahnbau in große Angst versetzte, zwar nicht um die

¹ Matschoß, S. 177.

² Ebenda S. 95.

³ Schulze-Gävernitz, S. 72.

⁴ Zimmermann, Blüte und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien, S. 282.

künftigen Passagiere oder die Tiere, jedoch um ihr eigenes, in den Kanälen angelegtes Kapital.

Noch feindseliger standen die Arbeiter den Maschinen gegenüber. Überall wurden die ersten Spinnmaschinen und Webstühle zertrümmert, die Fabrikgebäude in Flammen gesteckt, die Erfinder befanden sich in Lebensgefahr. Wie der Erfinder der Bandmühle in Danzig 1586 in den Kluten der Weichsel seinen Tod fand¹, so sah auch Jacquard zwei Jahrhunderte später unter sich die Wasser der Rhone wogen, als noch zur rechten Zeit die Polizei ihn aus den Händen der wütenden Menge rettete². Ray mußte nach Frankreich flüchten, Hargreaves in eine andere Grafschaft ziehen, nachdem seine Maschinen zerstört und verbrannt waren³. Die erste Dampfmühle, die in England erbaut wurde, wurde 1791 von einer Rotte planmäßig in Brand gesteckt. Die Bevölkerung gab durch feierliche Gesänge auf der Straße ihre Genugthuung darüber kund⁴. Ebenso sollen sich in einem ungarischen Bergwerke, wo die 500 Pferde durch eine Feuermaschine ersetzt werden sollten, die Pferdebesitzer und Pferdeknechte, in der wohl gerechtfertigten Besorgnis, sie würden mit ihren Pferden zugleich entbehrlich werden, sich der gefährlichen Neuerer energisch widersetzt und so die Aufstellung verhindert haben⁵.

Boulton, Teilhaber der Firma Boulton & Watt, beabsichtigte eine große Aktiengesellschaft für den Bau von Dampfmühlen ins Leben zu rufen, und es fanden sich eine Anzahl Londoner Getreidehändler bereit, die bisher ihr Korn Themse-aufwärts bis zu den Wassermühlen hatten schaffen müssen, mit ihm und Watt Kapital in der neuen Unternehmung anzulegen. Es wurde bei der Regierung die Konzession nachgesucht. Da erhob sich ein Sturm der Entrüstung unter allen Müllern und Mehlhändlern. Was sollte aus ihren Wasser- und Windmühlen werden! Boulton ärgerte sich über ein derartiges

¹ Der Name des Erfinders ist unbekannt; es ist nicht Anton Roller, wie gewöhnlich behauptet wird, sondern — wie man aus Beckmann (Beiträge zur Gesch. der Erfind., Bd. I, S. 125) erschen kann — hat bloß Anton Roller erzählt, er habe in Danzig eine Bandmühle gesehen, deren Erfinder erstuft worden sei.

² Grothe S. 80.

³ Ebenda S. 132, 136.

⁴ Ratsch, S. 80.

⁵ Ebenda S. 96. Vgl. auch Fels, S. 604 ff., Webb, Industrial Democracy, 1898, T. II, Chap. VIII, über die Maschinen-Unruhen Steffen, Geschichte der englischen Lohnarbeiter, Bd. II, 1904, S. 288 ff.

Auftreten der Müller. Weil die Dampfmühlen den Wassermühlen Konkurrenz machen könnten, sollten keine Dampfmühlen gebaut werden dürfen. Das wäre so, meinte Boulton, als wenn man verbieten möchte, schiffbare Kanäle anzulegen, weil dadurch die Fuhrleute geschäftliche Einbuße erleiden könnten. Dann sollte man doch wenigstens konsequent sein, und alle die Maschinen verbieten, die den Menschen Arbeit abnehmen. Die Wassermühlen kämen dann auch an die Reihe, denn es könnten entschieden mehr Leute beschäftigt werden, wenn wieder jeder selbst sein Korn eigenhändig mahle. Alle Einwendungen halfen nichts; die Konzession wurde abgelehnt¹.

Was Boulton zu Ende des 18. Jahrhunderts als eine Ungeheuerlichkeit erschien — ein Verbot der Anwendung von Maschinen, war in England ein Jahrhundert vorher, auf dem Kontinent noch während des 18. Jahrhunderts Tatsache, bildete eine allgemein gebräuchliche Maßregel, sowohl im Mittelalter als in späteren Jahrhunderten. Wird im Mittelalter eine Erfindung gemacht, und wird sie der Kunst, in deren Bereich sie fllt, bekannt, so ist der gewöhnliche Fall der, daß die Erfindung einfach verboten wird, wobei das Verbot entweder direkt durch die Kunst ausgesprochen oder auf ihr Betreiben von öffentlichen Organen erlassen wird. Viele Erfindungen sind auf diese Weise zu Grunde gegangen, andere jedoch nur auf längere oder kürzere Zeit außer Anwendung gekommen, indem sie später unter günstigeren Verhältnissen wieder aufstachlen und das Verbot aufgehoben, noch häufiger faktisch nicht mehr beobachtet wurde, da die Kunst unterdessen den Entschluß gefaßt hatte, die betreffende Verbesserung in die Produktionsweise einzuführen. Die älteste, bisher bekannte Walkmühle ist in Grenoble 1040 nachgewiesen, ihre Erfindung gehört also spätestens dem 11. Jahrhundert an. Trotzdem wurde die Walkmühle noch viel später in Coutances verboten, wo die Tucher vorgaben, sie sei der Fuwalke nicht berlegen². In London werden gegen den Gebrauch der Walkmühle in der Fabrikation der verschiedenen Kopfbedeckungen noch zu Ende des 15. Jahrhunderts Verbote erlassen; auch hier wird die Neuierung als nachteilig für die Qualität der Ware dargestellt, dabei aber die Arbeitslosigkeit als Folge der Benutzung der Walkmühle

¹ Ratshof, S. 78—79.

² Schulte, Geschichte des mittelalterlichen Handels. Leipzig 1900, Bd. I, S. 117 ff. Martin, Großbetrieb und Handwerk vor 600 Jahren. Preussische Jahrbücher 1891.

besonders hervorgehoben, indem die letztere — wie es heißt — imstande sei, die Arbeit von 24 Menschen zu verrichten¹. Auch in Paris und in Flandern dürfte die Fußwalke aus diesem Grunde lange beibehalten worden sein: nicht der Mangel an Wasserkraft oder etwa die geringe Qualität der Walkmühle ließ die Kunst vom Gebrauche derselben absteigen, sondern die Arbeitslosigkeit, welche als Folge davon eintreten konnte, dürfte wohl ausdrückliche Verbote gegen die Anwendung der Erfindung veranlaßt haben². Auch das Spinnrad, das, ebenso wie die Walkmühle, bis zum Aufkommen der bahnbrechenden Erfindungen des 18. Jahrhunderts in Gebrauch war, fand bei seinem Bekanntwerden viele Feinde und wurde an vielen Orten verboten. Der Kampf desselben gegen Koden und Spindel hat jahrhundertlang gedauert, und es wird sogar ein gewisser Johann Jürgen aus Wattenbittel, der im 16. Jahrhundert gelebt hat, als Erfinder genannt, obwohl die ersten Verbote schon vom Ende des 13. und der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts stammen³.

Im 16.—18. Jahrhundert traten die Fünfte Neuerungen in der Produktion ebenfalls mit Verboten entgegen. Als zu Ende des 16. Jahrhunderts in Danzig der 16 gängige Bandstuhl erfunden war, wollten die Fünfte auf keinerlei Weise die Einführung desselben gestatten. Viele von ihnen hatten Erfolg: in Genf, in Frankfurt, in Augsburg und Nürnberg wurde derselbe gänzlich verboten, ja man erwirkte sogar ein Reichsmandat gegen die Einfuhr von Kunststuhlartikeln, welches noch 1719 erneuert wurde. In England, Holland, Flandern ergingen ebenfalls Verbote gegen den Gebrauch der Bandmühle⁴. In England wurde auch die „gig-mill“, die man im 16. Jahrhundert beim Rauhen zu verwenden begann, verboten durch ein Gesetz von 1552, im Interesse der Rauharbeiter, welche durch die arbeitssparende Maschine sehr bedroht waren, und — angeblich — weil die Wirkung der Maschine auf die Stoffe zu scharf war⁵. Es

¹ Döhenowski, Englands wirtschaftliche Entwicklung im Ausgang des Mittelalters. Jena 1879, S. 97.

² Schmoller, Die Straßburger Tucher- und Weberzunft. Straßburg 1879, S. 416 ff. Fagniez, L'industrie et la classe industrielle à Paris. 1877, S. 231.

³ Schulte, Vb. I, S. 121.

⁴ Bedmann, Vb. I, S. 127 ff. Geering, Basels Handel und Industrie, S. 613—614. Roscher, System. 7. Aufl. Vb. III, S. 782. Warg, Das Kapital. 2. Aufl. Vb. I, S. 450.

⁵ Lohmann, S. 52.

wird eben, wie beim Aufkommen der großen Erfindungen um die Wende des 18. Jahrhunderts, auch in den vorhergehenden Perioden die mangelhafte Qualität des neuen Produktionsmittels besonders betont und als Ursache des erlassenen oder zu erwirkenden Verbots hingestellt.

In Frankreich ergeht zur Zeit Colberts ein Befehl, die reglementwidrigen Werkzeuge unändern zu lassen, widrigenfalls sie zerbrochen werden sollen in Gegenwart des Inspektors der Manufakturen¹. Als die Erfindung der Rattunbruderei von einigen Fabriken in Nantes und Rennes als gemeinschaftliche Unternehmung eingeführt werden sollte, opponierten dagegen die Zünfte der Weber, der Färber und der Lyoner Seidenfabrikanten (Verleger), welche in ihren Vorstellungen geltend machten, die Rattunfabrikation würde das Reich zu Grunde richten und die Arbeiterbevölkerung an den Bettelstab bringen. Nachdem der Prozeß im Jahre 1660 gewonnen war, waren die zusammengebrachten Fonds in den ungeheuren Prozeßkosten erschöpft, und die Opponenten hatten ihr Ziel, die Einführung der neuen Industrie zu verhindern, vorläufig erreicht². „Man wird sich schwer eine Vorstellung davon machen können“ — sagt Levasseur —, „wieviel Energie angewandt werden mußte, um das Recht zu erhalten, geplättetes Blei in den Handel zu bringen, weil dasselbe dem geschliffenen Blei, das von der Kunst der Bleiarbeiter fabriziert wurde, Konkurrenz machte. Zwei Akademien, das Parlament, Minister, der englische Botschafter beteiligten sich am Kampfe, und der Erfinder der Plattmühle, Bauvat, wäre wohl trotz des königlichen Patents kaum zur Anwendung seiner Methode gelangt, wäre er nicht imstande gewesen, nachzuweisen, daß diese Vervollkommenung schon 30 Jahre lang in England guten Erfolg hatte.“

Wie man sieht, trat in Frankreich, ebenso wie in England und anderwärts, eine Änderung im Verhalten des Staates gegenüber den Erfindern ein; der Staat stellte sich auf Seite der schöpferischen Arbeit, und bloß mit den Zünften hatte noch der Erfinder in Frankreich zu kämpfen; in England, wo die Zünfte im 18. Jahrhundert von keiner Bedeutung mehr waren, — mit den

¹ Jarnam, Die innere französische Gewerbepolitik von Colbert bis Turgot. Leipzig 1878.

² Kloßermann, Das Patentrecht. Handbuch des deutschen Handels-, See- und Wechselrechts (von Endemann). 1882. Bd. II, S. 314.

³ Levasseur, T. II, 2^e éd. p. 505.

erbitterten Volksmassen. Nur in einem wirtschaftlich ganz zurückgebliebenen Lande, wie es Österreich um die Wende des 18. Jahrhunderts war, konnte selbst die neu aufgekommene Spinnmaschine noch in den neunziger Jahren des 18. Jahrhundert eine feindselige Aufnahme finden. Die vorösterreichische Regierung „setzte es als einen allgemein anerkannten Grundsatz voraus, daß jede Erfindung oder Maschine, die dahin zielt, die Handarbeit und Nahrung vielen Menschen zu entziehen und solche künstlich zu ersetzen, für schädlich angesehen werden müsse“. Sie berief sich dabei auf die strengen Maschinenverbote in dem größten und freiesten Handelsstaate, in England — ihre Kenntnis hiervon, wie Gothein bemerkt, war allerdings etwas veraltet — und auf eine allgemeine österreichische Verordnung von 1786, daß künftig keine Privilegien auf die Erfindung der Spinnmaschinen und anderer Maschinen, welche die Existenz von Tausenden bedrohten, erteilt werden sollte. Das Hofbirektorium in Wien war ganz derselben Ansicht wie die vorösterreichische Regierung, obwohl ein paar Jahre zuvor ein Graf Waldstein ein Patent auf eine von ihm beschriebene Spinnmaschine erhalten hatte, und so gefellte sich zum Verbot der Spinnmaschine¹.

In anderen Ländern war man um diese Zeit bereits bestrebt, die englischen Spinnmaschinen kennen zu lernen und nachzumachen. Doch dieselben wurden in England streng geheim gehalten wie dies gegenüber neuen Erfindungen seit Jahrhunderten üblich war. Wurde nämlich in der mittelalterlichen Stadt von einer Zunft der Gebrauch einer gewissen Erfindung benutzt wurde, oder weil der Fortschritt, der durch die Neuerung gemacht wurde, ein geringe nicht in die Augen springender war, oder aus irgend einem anderen speziellen Grunde, — so bildete die neue Erfindung ein gemeinsames Eigentum der Zunft, das innerhalb derselben gemeinsam ausgeübt werden durfte, dagegen keinem Fremden gelehrt wurde, es sollte eben Geheim bleiben. In Florenz war es verboten, — Lucca und Venedig ausgenommen (wo die Technik gleich hoch stand) — Profanen irgend ein Staatsangehöriger wo anders — zu lehren, wie Web- und dergl., mache oder machen lasse, oder eine Sozialität zu

¹ Gothein, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwalbes I, S. 75
Straßburg 1892.

eingele, bei Strafe des Todes oder Einziehung des Vermögens¹. Als der Boloneser Borgefano 1272 eine Seidenhaspelmachine erfand, wurde der Apparat zum Stadteigentum gemacht; die Verbreitung des Geheimnisses sollte als Verrat bestraft werden. 1538 ließen zwei Meister nach anderen Städten über und verbreiteten den Haspelapparat dorthin. Infolge dieses Verrates wurden beide bei einem Besuch in Bologna ergriffen und bei den Weinen aufgehängt. Ein anderer brachte die Erfindung nach Modena. Er wurde in Bologna zum Tode verurteilt, und da man seiner Person nicht habhaft werden konnte, so wurde er im Bilde verbrannt². Desgleichen war in Genua den Seidenindustriellen verboten auszuwandern — nur Cassa, Lucca, Florenz bildeten die Ausnahmen³. In Nürnberg mußten die Sanduhrmacher, Rotschmiede, Schellenmacher, Steinbrecher, d. h. jene Gewerbe, bei denen besondere Kunstgriffe gebräuchlich waren, und welche ein Monopol Nürnbergs bildeten, (im 14. Jahrhundert) schwören, die Stadt nicht zu verlassen, auch keine Fremden aufzunehmen. Den Rotgießern war es bei Zuchthausstrafe untersagt, ihre Mühlen einem Fremden zu zeigen⁴. In Solingen leisteten die Brüder des Schwertschmiedes und des Härter- und Schleiferhandwerks, welche besondere Fabrikationsgeheimnisse besaßen, den Verbleibungsseid, sie durften nicht das Land verlassen, nicht das Geheimnis verführen: das Waffenschmieden galt als große Kunst, das arme rauhe Land mußte diesen seinen Schatz sich wahren⁵. Solche Verbote wiederholen sich in den folgenden Jahrhunderten: Colbert lobt die Verhaftung eines auswanderungslustigen Fabrikanten und sucht auf die wirklich Ausgewanderten mit Güterarrest und Verwandtenhaft einzuwirken; in Belgien wird 1698 die Verlockung der Spizklöppler zum Auswandern bestraft; in Österreich werden 1752 und 1781 Verbote für Glasmacher und Sensenschmiede erlassen⁶. Den (französischen) Fabrikinspektoren der

¹ Voehlmann, Die Wirtschaftspolitik der Florentiner Renaissance. Leipzig 1878, S. 74. Doren, Die Florentiner Wollentuchindustrie vom 14. bis zum 16. Jahrh. Stuttgart 1901, S. 46.

² Grothe, S. 61.

³ Sieveking, Die Genueser Seidenindustrie im 15. u. 16. Jahrh., in diesem Jahrbuch Bd. XXI, 1897, S. 125.

⁴ Roscher, Bd. III, S. 812, 857.

⁵ Thun, Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter. Leipzig 1879, Bd. II, S. 9.

⁶ Roscher, Bd. III, S. 857.

Stadt Magdeburg wird (zur Zeit Friedrichs des Großen) befohlen, genau darauf acht zu geben, daß kein Meister außerhalb des Landes gehe oder Werkstühle (Strumpfwirkerstühle) an Auswärtige überlasse. Im Jahre 1755 werden vier große verdächtige als Möbel deklarierte Kisten in Stettin angehalten; es stellte sich heraus, daß es eiserne Strumpfstühle sind, die die Strumpfweber Gobin und Dumas aus Magdeburg nach Kopenhagen senden wollten¹. In Venedig wurde einem Gewerbetreibenden, der zum Schaden seiner Republik seine Kunst ins Ausland verpflanzte, der Befehl erteilt, sofort zurückzukehren, und falls er nicht gehorchte, wurden seine Verwandten verhaftet, wenn auch dies nicht half, so wurden Leute ausgesandt, die ihn ermorden sollten. Noch in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts sollen auf diese Weise zwei Glasarbeiter ermordet worden sein, die Kaiser Leopold zu sich gezogen hatte².

Es war dies also die Fortsetzung eines sehr alten Systems, wenn das englische Parlament im Jahre 1718 allen Angehörigen der Woll- und Metallindustrie verbot, das Land zu verlassen. Übertreter wurden mit Verlust des Vermögens, des Erbrechts und der Staatsangehörigkeit bedroht. Wer aber, als Agent einer fremden Macht oder in anderer Eigenschaft einen englischen Arbeiter oder Meister jener Gewerbszweige zur Auswanderung verleitete, sollte mit drei Monaten Gefängnis und 100 Pfund Sterling Geldstrafe bestraft werden. Solchen Personen, welche im Verdacht standen, auswandern zu wollen, konnte die Hinterlegung einer Kaution auferlegt werden. Im Jahre 1750 wurde dieses Verbot auf die Angehörigen aller Industrien ausgedehnt, und die Strafen für schuldige Agenten auf 15 Monate Gefängnis und 500 Pfund Sterling Geldstrafe erhöht. Zugleich wurde auch die Ausfuhr von solchen Instrumenten, Werkzeugen und dergl. verboten, welche in der Woll- und Leinenindustrie benutzt wurden. Endlich erfuhr das Gesetz im Jahre 1781 noch einmal eine Verschärfung³. Diese Gesetze wurden erst 1825 außer Wirkung gesetzt, obwohl auch noch später das Ausfuhrverbot für eine ansehnliche Zahl von Maschinen und Maschinenteilen bestehen blieb.

¹ Schmoller, Studien über die wirtschaftliche Politik Friedrichs d. Gr. und Preußens überhaupt von 1680 bis 1786, in diesem Jahrbuch Bd. XI, 1887, S. 816.

² Daru, Histoire de la république de Venise. T. IV. Bruxelles 1840, p. 124.

³ Lohmann, S. 96—97.

Unter diesen Umständen war der Transport englischer Maschinen ausß Festland und die Verpflanzung der englischen Fabrikindustrie auf den Kontinent Europas mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden; nur in seltenen Fällen konnte ein Wagnis gelingen. Zur Überwindung der Hindernisse war viel Kraft und Ausdauer nötig, noch mehr vielleicht, um überhaupt ein so waghalsiges Unternehmen anzutreten. Der Engländer Cockerill, dem sowohl Deutschland als Belgien und Frankreich für die Verbreitung der neuen Maschinen und für die Anlage des ersten Fabriketablissemments zu großem Danke verpflichtet sind, wurde in England für bürgerlich tot erklärt und ein Preis auf seinen Kopf gesetzt¹. Dem Belgier Bauwens glückte es erst nach drei Jahre langem ernsten, gefährvollen Bemühen, die in England erkauften Spinnmaschinen fort zu bringen und die Arbeiter einzeln nach Belgien zu spedieren. Im Moment aber, als er sich selbst in Begleitung eines englischen Ingenieurs Harding, den er zum Direktor seines Unternehmens machen wollte, einzuschiffen gedachte, ward er verraten. Harding ward verhaftet und später zu 500 Pfund Sterling Strafe und Deportation verurteilt. Bauwens' Korrespondent in England ward zu 500 Pfund Sterling Strafe und 1 Jahr Gefängnis verbannt. Bauwens allein entkam, weil ihn, der absichtlich sich das Aussehen und die Kleidung eines Engländers gegeben, die Polizisten für einen Engländer hielten und, da sie einen Ausländer suchten, nicht Acht auf ihn gaben. Ihm folgte jedoch nach dem Kontinent hinüber das Verbot der englischen Regierung „jemals Englands Boden wieder betreten zu dürfen“. Gleichzeitig konfiszierte die englische Regierung alle Maschinen und Maschinenteile, welche Bauwens angekauft und noch nicht hatte einschiffen lassen können, oder welche sie noch in den Schiffen der Häfen vorfanden². Als Baumgärtel, einer der bedeutendsten und angesehensten Baumwollwarenhändler des sächsischen Voigtlandes, im Jahre 1790 eine Reise nach England unternahm, um an Ort und Stelle die Maschinen für Spinnerei zu studieren, wurde ihm diese Absicht ungemein erschwert, denn die englischen Fabrikanten suchten ihre Betriebsgeheimnisse möglichst zu verbergen; erst Bernard, welcher zu Manchester eine eigene Spinnerei besessen hatte, gelang es aus England Zeichnungen nach Sachsen zu bringen, welche zu erlangen bei darauf in England gesetzten hohen Strafen bisher unmöglich war³.

¹ Quandt, Die Niederlausitzer Schafwollindustrie. Leipzig 1895, S. 173.

² Grothe, S. 178—179.

³ Bein, Bd. II, S. 119—120, 135—136.

Alle die erwähnten mannigfachen Hinderniffe verzögerten in früheren Zeiten die Verbreitung neuer Erfindungen um Jahrhunderte, und sie waren daran Schuld, daß auch die neue Maschinentechnik sich so langsam verbreitete, daß jedesmal über ein halbes Jahrhundert verging, bevor die betreffende Maschine allgemein gebräuchlich wurde. Dazu kam noch ein besonderer früheren Jahrhunderten unbekannter Umstand, der einer schnelleren Verdrängung der Handarbeit durch die Maschine hindernd im Wege stand: der Mangel an Kapital zur Eröffnung und zum Betrieb von zentralisierten Etablissemens. Der geringe Kapitalbesitz der Unternehmer hinderte ein Aufkommen lebenskräftiger Fabriken. In Deutschland — sagt Lamprecht — herrschte als Nachwehe der napoleonischen Kriege mit deren Verlusten eine auffallende Kapitalarmut¹. Der industrielle Kredit versagte²; es war ja auch damals noch nicht Sitte, mit geborgtem Kapital Geschäfte zu machen. Bis zur Mitte, ja bis ins dritte Viertel des 18. Jahrhunderts hinein — sagt J. Kaufmann — war selbst in solchen Handelszentren wie London oder Hamburg die Ansicht allgemein verbreitet, daß ein solider Händler oder Gewerbetreibender nur mit eigenem Kapital, nicht mit fremdem seine Geschäfte betreibt. Und noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts brüdete Huskisson, ein Kenner des englischen Handels, im Parlament sein Staunen über die Änderung aus, die sich unter seinen Augen vollzogen hatte: die Unternehmungen erfuhren eine erhebliche Ausdehnung mittelst erborgter Kapitalien³. Doch diese Änderung der Verhältnisse vollzog sich eben erst in England; auf dem Kontinent blieb es noch lange beim alten; Geschäftsleute, die mit fremdem Gelde arbeiteten, waren noch immer Ausnahmen. Wollte der Staat Fabriken haben, so ließ er es gewöhnlich an Zuschüssen und Prämien seinerseits nicht fehlen, aber viel konnte dies natürlich nicht helfen.

Gefellte sich somit im Maschinenzeitalter zu den oben angeführten allgemeinen Hindernissen noch ein spezielles, mit dem Großbetrieb zusammenhängendes, so darf man anderseits nicht außer acht lassen, daß die oben erörterten Umstände (ersterer Art), welche der Ausbreitung neuer Erfindungen störend in den Weg traten, im Laufe der Jahrhunderte erheblich an Kraft und Wirkung verloren hatten.

¹ Lamprecht, Zur jungst. deut. Verg. II, 1, S. 221.

² Hobson, S. 42.

³ Einleitung zu P. Rota, Geschichte des Bankwesens (russ. Übersetzung). St. Petersburg 1877, S. XV. Vgl. Bagehot, Lombardstreet, Chap. I.

Die praktische Durchführung des Verbots einer technischen Neuerung verursachte der Kunst keine bedeutenden Schwierigkeiten, und jede Übertretung des Verbots seitens eines Mitgliedes wurde in kurzer Zeit den anderen Kunstmeistern bekannt und von der Obrigkeit entsprechend geahndet; die vom Staate im 16. bis 18. Jahrhundert erlassenen Verbote hatten viel weniger Bedeutung, denn die Aufsicht über die Tätigkeit der Gewerbetreibenden war mit viel größeren Schwierigkeiten verknüpft, also weniger wirkungsvoll; noch weniger konnte natürlich die Erstürmung der Fabriken und Zertrümmerung der Maschinen seitens des Pöbels den Siegeszug der neuen Technik aufhalten, denn jenes feindselige Verhalten gegenüber den Maschinen wurde vom Staate nicht mehr begünstigt, im Gegenteil wurden die Aufstände mit bewaffneter Hand niedergelegt. Ebenso war es für die Kunst, die sich irgend welche besondere technische Kunstgriffe angeeignet hatte, im allgemeinen ein leichtes, sich die Geheimnisse zu wahren, solange eben geschlossene Stadtwirtschaft herrschte, und von einem regeren Verkehr nicht die Rede sein konnte; im 17. bis 18. Jahrhundert trat hierin eine Änderung ein, und die beweglicheren Elemente, die Niederländer, Italiener, Engländer bewirkten durch ihre Wanderungen einen gegenseitigen Austausch von technischen Neuerungen unter den europäischen Völkern, die Regierungen waren außerstande, durch ihr Einschreiten viel zu erreichen; außer dem Verkehr war auch — gegenüber der mittelalterlichen Stadt — die Grenze gewachsen, die man zu bewachen hatte, um die flüchtigen Gewerbetreibenden und die abgeschickten Werkzeuge aufzuhalten zu können; noch geringer war vollends der Nutzen, den die Ausfuhrverbote in der Zeit der anbrechenden Freizügigkeit, beim Übergang zur Weltwirtschaft, zu stiften vermochten.

Jedoch die Hauptsache, der Hauptunterschied zwischen der behandelten Periode und den vorhergehenden Jahrhunderten, lag darin, daß jetzt ein wirtschaftliches Bedürfnis nach technischen Neuerungen sich einstellte, welches in England bis um die Mitte des 18. Jahrhunderts fehlte, und von dem auf dem Kontinent Europas bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts nichts zu spüren war; die Konkurrenz billiger englischer Waren mußte durch eine auf neuer Grundlage geschaffene Industrie bekämpft werden, und dazu waren vor allem eben jene Maschinen nötig, die die Leute „so nervös machten“. Den Wettbewerb Englands bekam das Festland zuerst auf dem Gebiete der Baumwollspinnerei zu fühlen. Ungeheure Massen von Gespinnsten, unter weit günstigeren Bedingungen angefertigt, er-

gossen sich nach Aufhebung der Kontinental Sperre über den wieder geöffneten Kontinent und wurden zu spottbilligen Preisen auf den Markt geworfen. Sachsen, Elsaß, die Schweiz (insbesondere der Kanton St. Gallen) mußten zur Einführung der mechanischen Spinnerei ihre Zuflucht nehmen. Hier verbreitete sich die Spinnmaschine bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren, denn hier war das Bedürfnis danach besonders groß. Es handelte sich um die Aufrechterhaltung der früheren Stellung auf dem Weltmarkte, es galt einen wichtigen Produktionszweig des Landes, die Nahrungsquelle zahlreicher Menschen, zu retten, und dies konnte nur dann geschehen, wenn die menschliche Arbeit durch die Maschine ersetzt wurde. In den übrigen Kontinentalstaaten, wo das Bedürfnis nach Verminderung der Produktionskosten viel weniger dringend war, in Preußen, Frankreich, Österreich wird die Maschinenspinnerei erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts zur herrschenden Betriebsweise¹. Nach der Aufhebung der Kontinental Sperre wurde auch englisches Giebereiisen in großen Massen auf den europäischen Markt geworfen. Die Steintabletten, Hochöfen und der Puddelprozeß waren damals in England schon allgemein verbreitet. In Oberschlesien, wo bereits seit der Mitte des 18. Jahrhunderts große Unternehmungen auf dem Gebiete der Eisenindustrie vorhanden waren, wurde in den dreißiger Jahren, als schottisches Eisen auch hierher massenhaft einbrang, mit Hilfe englischer Ingenieure und nach englischem Muster ein großes Hochofen- und Puddel- und Walzwerk erbaut, dem bald auch andere folgten. Ende der vierziger Jahren traten auch die rheinischen und westfälischen Walzwerke mit dem Profileisen und großen Puddlingsblechen in die englische Konkurrenz erfolgreich entgegen². An anderen Orten verzögerte sich die Umwandlung des Frischprozeßes in den Puddelprozeß noch viel später, eigentlich erst in den fünfziger und sechziger Jahren. Der Bedarf nach Dampfkraft endlich konnte nur dort erheblich gedeckt werden, wo bereits Arbeitsmaschinen und neue Produktionsmethoden angewandt wurden; beim Vorherrschen der hausindustriellen Betriebsweise war ein regeres Bedürfnis nach der neuen Kraft offenbar gut wie ausgeschlossen. Daher können wir auch wahrnehmen, daß

¹ Siehe darüber meine dritte Abtheilung über die Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus (Der Kapitalgewinn im 19. Jahrhundert) in den Jahrb. Nationalökonomie. III. F., Bd. XXV, S. 162—164.

² Stillisch, Rationalökonomische Forschungen auf dem Gebiete der industriellen Unternehmung. Berlin 1904. Bd. I, S. 185 ff. Lamprecht, Erg.-Bd. II, T. 1, S. 182—183.

die Ausbreitung des Dampfmotors in den verschiedenen Ländern und Produktionszweigen desto schneller von statten geht, je eher der hausindustrielle Verlag durch die zentralisierte Fabrik mit Arbeitsmaschinen verdrängt wird; aus demselben Grunde wird die Kraft des Menschen und des Wassers in der Textilindustrie früher als in anderen Industriezweigen durch den Dampf ersetzt, und zwar geschieht dies in der Spinnerei früher als in der Weberei, und ebenso wird das Wollen- und Leinengewerbe von der Baumwollbranche, Preußen und Österreich von Sachsen und dem Elsaß erheblich überholt. Freilich wurden die ersten Dampfmaschinen auch auf dem Festlande sehr frühzeitig aufgestellt, doch es ist eben die Periode der ersten Anwendung einer Maschine in einem gewissen Produktionszweige, wo die Benützung derselben noch zu den Ausnahmen gehört, von der Periode ihrer allgemeinen Einführung in dem betreffenden Gewerbe streng auseinanderzuhalten. Diese Scheidung beider Perioden ist deshalb von Bedeutung, weil nur unter dieser Bedingung die Folgen der Ersetzung der Handarbeit durch die mechanische Produktionsweise für das wirtschaftliche und soziale Leben richtig beurteilt werden können, weil nur in diesem Falle festgestellt werden kann, inwieweit die verschiedenen Änderungen in den Wirtschaftsverhältnissen als Folgen der Anwendung der Maschinentchnik zu betrachten sind und nicht vielmehr von anderen Umständen herrühren dürften und diesen letzteren, nicht den — in dem betreffenden Produktionszweige nur erst wenig zahlreich vorhandenen — Maschinen zur Last fallen können.

Hofcher und Knies **und die logischen Probleme der historischen Nationalökonomie.**

(Dritter Artikel.)

Von

Max Weber.

II. Knies und das Irrationalitätsproblem.

(Fortsetzung.)

Inhaltsverzeichnis.

1. Die Irrationalität des Handelns (Schluß). 4) Die „Einfühlung“ bei Lipps und die „Anschauung“ bei Croce S. 81. — „Evidenz“ und „Geltung“ S. 89. — Heuristisches „Gefühl“ und „suggestive“ Darstellung des Historikers S. 93. — Die „rationale“ Deutung S. 102. — Die doppelte Wendung der Kaufalitätskategorie und das Verhältnis zwischen Irrationalität und Indeterminismus S. 107. — Der Begriff des Individuums bei Knies. Anthropologischer Emanatismus S. 114.

Für die Erörterung der logischen Stellung des „Deutens“ (in dem hier festgehaltenen Sinne) ist zunächst ein Blick auf gewisse moderne Theorien über seinen psychologischen Hergang unvermeidlich.

Nach Lipps¹, welcher, wenn schon wesentlich unter dem Gesichtspunkt der Begründung der ästhetischen Werte, eine eigenartige Theorie der „Deutung“ entwickelt hat, ist das „Verstehen“ der „Ausdrucksbewegung“ eines anderen, z. B. eines Affektlautes, „mehr“ als bloßes „intellektuelles Verständnis“ (S. 106). Es enthält „Einfühlung“, und diese für Lipps grundlegende Kategorie ist ihrerseits (nach ihm) ein Seitentrieb der „Nachahmung“, nämlich die aus-

¹ Grundlegung der Ästhetik. Hamburg 1903. Es werden hier nur die wenigen Punkte herausgegriffen, die für unsere Betrachtungen wesentlich sind.

Jahrbuch XXX 1, Hrgg. v. Schmoller.

schließlich „innere“ Nachahmung eines Vorganges (S. 120) — z. B. des Seitlängens eines Akrobaten — als eines „eigenen“. Und zwar ist es nicht reflektierende Betrachtung des fremden Tuns, sondern eigenes, aber rein innerlich bleibendes „Erlebnis“, neben welchem das „Urteil“, daß — im Beispiel — nicht ich, sondern eben der Akrobat auf dem Seile steht, „unbewußt“ bleibt (S. 122)¹. Aus dieser „vollkommenen“ Einfühlung, welche also ein ganzliches inneres Hineingehehen des „Ich“ in dasjenige Objekt, in welches man sich „einfühlt“: — ein wirkliches phantastisches, eigenes (inneres) Tun also, nicht etwa ein bloß phantasiertes, d. h. zum Objekt einer „Vorstellung“ gemachtes Tun², — bedeutet, und welches Lipps als „ästhetische Einfühlung“ zur konstitutiven Kategorie des ästhetischen Genusses erhebt, entwickelt (nach ihm) sich das „intellektuelle Verständnis“ dadurch, daß, um im Beispiel zu bleiben, zunächst jenes „unbewußte“ Urteil: — „nicht ich, sondern der Akrobat steht (ob: stand) auf dem Seil“ — ins Bewußtsein erhoben, und damit das „Ich“ in ein „vorgestelltes“ (auf dem Seil) und ein „reales“ (jenes andre sich vorstellendes) sich zerspaltet (S. 125), so daß alsdann die — wie Münsterberg sagen würde: — „Objektivierung“ des Vorganges, insbesondere also seine kausale Interpretation, beginnen kann. Ohne vorangegangene kausale „Erfahrung“ ist anderseits aber „Einfühlung“ nicht möglich: ein Kind „erlebt“ den Akrobaten nicht. Aber — dürfen wir in Lipps' Sinne einschalten — diese „Erfahrung“ ist nicht das objektivierte Produkt nomologischer Wissenschaft, sondern die anschaulich „erlebte“ und erlebbare, mit dem Begriff des „Wirkens“, der „wirkenden Kraft“, des „Strebens“ verknüpfte Subjektskausalität des Alltags. Dies äußert sich insbesondere bei der „Einfühlung“ in reine „Natur“vorgänge. Denn die Kategorie der „Einfühlung“ ist nach Lipps keineswegs auf „psychische“ Vorgänge beschränkt. Wir „fühlen“ uns vielmehr auch in die physische Außen-

¹ Lipps hebt deshalb hervor (S. 126 f.), daß die Bezeichnung als „innere Nachahmung“ nur eine provisorische sei, denn in Wahrheit handele es sich nicht um Nachahmung, sondern um eigenes Erleben.

² Auf diese Scheidung legt L. (S. 129) großen Nachdruck. Es gibt nach ihm drei psychologisch zu scheidende Arten des realen Tuns: 1. „phantastisches“ inneres Tun, — 2. „intellektuelles“ (nachdenkendes und urteilendes) Tun, — 3. jenes Tun, welches sich erst „betrifft im realen Dasein, d. h. in Empfindungen und dem Bewußtsein, daß etwas wirklich sei“, also doch wohl reales äußeres Tun. Der psychologische Wert dieser Scheidung kann hier nicht kritisiert werden.

welt ein, indem wir Bestandteile ihrer als Ausdruck einer „Kraft“, eines „Strebens“, eines bestimmten „Gesetzes“ usw. gefühlsmäßig „erleben“ (S. 188), und diese phantastisch „erlebbare“ anthropomorphe individuelle Kaufalität in der Natur ist nach Lipps die Quelle der „Natur Schönheiten“. Die „erlebte“ Natur besteht im Gegensatz zur objektivierten, d. h. in Relationsbegriffe aufgelösten oder aufzulösenden, aus „Dingen“ ganz ebenso, wie das erlebte eigene „Ich“ ein Ding ist, — und der Unterschied zwischen „Natur“ und „Ich“ liegt eben darin, daß das „erlebte Ich“ das einzige reale „Ding“ ist, von dem alle „Natur“individuen ihre anschaulich „erlebbare“ Dinghaftigkeit und „Einheit“ zu Lehen tragen (S. 196).

Wie man nun auch über den Wert dieser Anstellungen für die Begründung der Ästhetik denken mag: für logische Erörterungen ist vor allem daran festzuhalten, daß das „individuelle Verstehen“ — wie das ja auch bei Lipps wenigstens angedeutet ist — nicht ein „eingefühltes Erlebnis“ ist. Aber jenes entwickelt sich auch nicht in der Art aus diesem, wie Lipps es darstellt. Wer sich in den Lipps'schen Akrobaten „einfühlt“, „erlebt“ ja weder, was dieser auf dem Seil „erlebt“, noch was er „erleben“ würde, wenn er selbst auf dem Seil stände, sondern etwas dazu nur in durchaus nicht eindeutigen, phantastischen Beziehungen Stehendes, und deshalb vor allem: etwas, was nicht nur keinerlei „Erkenntnis“ in irgendeinem Sinne enthält, sondern auch garnicht das „historisch“ zu erkennende Objekt enthält. Denn dies wäre eben doch im gegebenen Falle das Erlebnis des Akrobaten und nicht dasjenige des Einfühlenden. Nicht eine „Spaltung“ des einfühlenden Ich tritt also ein, sondern die Verdrängung des eigenen Erlebnisses durch die Befinnung auf ein fremdes als „Objekt“, wenn die Reflexion beginnt. Richtig ist nur, daß auch das „intellektuelle Verständnis“ in der Tat ein „inneres Mitmachen“, also „Einfühlung“, in sich schließt, — aber, sofern es „Erkenntnis“ beabsichtigt und erzielt, ein „Mitmachen“ zweckvoll gewählter Bestandteile. Die Ansicht, daß die Einfühlung „mehr“ sei als bloßes „intellektuelles Verständnis“, kann also nicht ein Plus an „Erkenntniswert“ im Sinne des „Geltens“ behaupten, sondern besagt nur, daß kein objektiviertes „Erkennen“, sondern reines „Erleben“ vorliegt. Im übrigen ist entscheidend, ob die von Lipps dem „Ich“ und nur ihm zugeschriebene reale „Dinghaftigkeit“ Konsequenzen für die Art der wissenschaftlichen Analyse „innerlich nacherlebbarer“ Vorgänge haben soll. Die letztgenannte Frage aber bildet einen Bestandteil des universelleren Problems nach der logischen

Natur der „Dingbegriffe“, dessen allgemeinste Formulierung wiederum sich dahin zuspitzen läßt: gibt es denn überhaupt Dingbegriffe? Man hat es immer wieder geleugnet, und welche Konsequenzen dieser Standpunkt für die logische Beurteilung speziell der Geschichte haben muß, zeigt neuestens wieder in typischer Weise der geistvolle italienische Widerpart der Ansichten von Lipps und des Psychologismus überhaupt in der Philologie und Ästhetik: Benedetto Croce¹. „Dinge sind Anschauungen,“ meint Croce, „Begriffe“ dagegen beziehen sich auf „Beziehungen zwischen Dingen“. Der Begriff, welcher seinem Wesen nach nur genereller und also abstrakter Natur sein kann, ist daher „nicht mehr“ Anschauung, aber er ist es anderseits „doch noch“, da er ja eben schließlich seinem Inhalt nach nur verarbeitete Anschauung ist. Die Folge seines notwendig abstrakten Charakters ist jedoch, daß „Dinge“, da sie stets individuell sind, nicht in Begriffe eingehen, sondern nur „angefschaut“ werden können: ihre Erkenntnis ist also nur „künstlerisch“ möglich. Ein „Begriff“ von etwas Individuellem ist *contradictio in adjecto*, und die Geschichte, welche das Individuelle erkennen will, ist eben deshalb „Kunst“, d. h. eine Aneinanderreihung von „Intuitionen“. Denn ob eine Tatsache unsres Lebens „wirklich war“ — worauf es ja der Geschichte allein ankommt —, lehrt keine begriffliche Analyse, sondern allein die „Reproduktion der Anschauungen“: — „Geschichte ist Gedächtnis“, und die Urteile, welche ihren Inhalt ausmachen, enthalten, als bloße „Einkleidung des Eindrucks einer Erfahrung“, keinerlei „Setzung von Begriffen“, sondern sind nur „Ausbrüche“ von Anschauungen. Es kann daher die Geschichte Gegenstand „logischer“ Bewertung gar nicht werden, denn die „Logik“ befaßt sich nur mit (Allgemein-)Begriffen und ihrer Definition².

Solche Aufstellungen sind die Konsequenz folgender naturalistischer Irrtümer: 1. Daß nur Relationsbegriffe, und — da die Relationsbegriffe der unmittelbaren Alltagserfahrung selbstverständlich genau so viel „Anschauung“ enthalten wie irgendein Dingbegriff³ — nur

¹ Ich zitiere zur Bequemlichkeit nach der deutschen Übersetzung seiner Ästhetik von R. Febern. Leipzig 1905.

² Es ist hier absichtlich B. Croces inzwischen erschienene *Logica come scienza del concetto puro* (Acc. Pont., Napoli 1905) beiseite gelassen, da es nicht auf eine Auseinandersetzung mit Croce, sondern auf ein typisches Beispiel weiterverbreiteter Meinungen abgesehen ist, die hier besonders präzise formuliert sind. Auf jene Schrift hoffe ich andernwärts zurückzukommen.

³ Dem stehen natürlich die zunächst auf „Urteilsaussagen“ bezüglichen

Relationsbegriffe von absoluter Bestimmtheit, d. h. aber: in Kauf-
gleichen ausdrückbare Relationsbegriffe überhaupt „Begriffe“ seien.
Ausschließlich mit solchen Begriffen aber arbeitet nicht einmal die
Physik. — 2. Die damit zusammenhängende Behauptung, daß „Ding-
begriffe“ keine „Begriffe“ seien, sondern „Anschauungen“, ist die Folge
des Zueinanderschiebens verschiedener Bedeutungen der Kategorie der
„Anschaulichkeit“. Wie die anschauliche Evidenz des mathematischen
Lehrfaches etwas anderes ist als die für die „Erfahrung“ unmittelbar
gegebene, „in“ und „außer“ uns erlebte und erlebbare „Anschaulich-
keit“ des Mannigfaltigen — „kategoriale“ Anschauung im Gegensatz
zur „sinnlichen“ nach Husserls Terminologie¹ —, so ist das Croce'sche
Ding und insbesondere auch das Lipps'sche Ding κατ' ἐξοχήν: das
„Ich“, so, wie es die empirische Wissenschaft anwendet, etwas gänz-
lich anderes als der „erlebte“, zu einer rein sinnlich oder gefühls-
mäßig anschaulichen „Einheit“ zusammengefloßene und als solche
durch „Gedächtnis“ oder „Ichgefühl“ psychologisch zusammengehaltene
Komplex von Bewußtseinsinhalten. Wo die empirische Wissenschaft
eine gegebene Mannigfaltigkeit als „Ding“ und damit als „Ein-
heit“ behandelt, z. B. die „Persönlichkeit“ eines konkreten historischen
Menschen, da ist dieses Objekt zwar stets ein nur „relativ be-
stimmtes“, d. h. ein stets und ausnahmslos empirisch „Anschauliches“
in sich enthaltendes gedankliches Gebilde, — aber es ist gleichwohl
eben ein durchaus künstliches Gebilde², dessen „Einheit“ durch
Auswahl des mit Bezug auf bestimmte Forschungszwecke „Wesent-
lichen“ bestimmt ist, ein Denkprodukt also von nur „funktioneller“
Beziehung zum „Gegebenen“ und mithin: ein „Begriff“, wenn anders

Bemerkungen von Husserl, Log. Untersuchungen II, S. 607 (vgl. auch S. 333)
nicht entgegen, da eben auch der Dingbegriff nicht nur auf der einen Seite
„weniger“, sondern auch auf der anderen „mehr“ enthält als die bloße sinn-
liche Anschauung oder das bloße „Erlebnis“. Darüber siehe das hier im Text
folgende.

¹ Husserl a. a. O. II, S. 607, 637 ff.

² In der Verkennung des künstlichen Charakters des historischen liegen
auch die verschiedenen Irrtümer Rünterbergs. Daß z. B. die spezifische Inter-
essenrichtung, also Wertung, die Formung des historischen bedingt, nimmt auch
er an (S. 132, 119), aber auf die Frage, welche „Wollungen“ denn in die
Geschichte eingehen, antwortet er durch Hinweis auf die „Tragweite“, wonach
die „zufälligen(!) Willenszudungen, die von Gegenbewegungen sofort aufgehoben“
werden (S. 127), nicht hineingehören. Es waltet die unklare Vorstellung ob
die auch Gott! beherrscht, als ob der „erlebte“ Stoff von selbst aus sich die
historischen Gebilde gebäre.

dieser Ausdruck nicht künstlich auf nur einen Teil der durch denkende Umformung des empirisch Gegebenen entstehenden und durch Worte bezeichnbaren Gedankengebilde beschränkt wird. — Schon deshalb ist natürlich auch, drittens, die weitverbreitete und von Croce akzeptierte Laienansicht durchaus irrig, als ob die Geschichte eine „Reproduktion von (empirischen) Anschauungen“ oder ein Abbild von früheren „Erlebnissen“ (des Abbildenden selbst oder anderer) sei. Schon das eigene Erlebnis kann, sobald es denkend erfasst werden soll, nicht einfach „abgebildet“ oder „nachgebildet“ werden: das wäre eben kein Denken über das Erlebnis, sondern ein nochmaliges „Erleben“¹ des früheren oder vielmehr, da dies unmöglich ist, ein neues „Erlebnis“, in welches das — für eine denkende Betrachtung sich stets als nur relativ begründet herausstellende — „Gefühl“ mit „eingeht“, „dies“ (d. h. einen unbestimmt bleibenden Bestandteil des als präsenten „Erlebnis“ Gegebenen) schon einmal „erlebt“ zu haben. Ich habe an anderer Stelle — ohne übrigens selbstredend damit irgend etwas „Neues“ zu sagen — dargelegt, wie auch das einfachste „Existenzialurteil“ („Peter geht spazieren“, um mit Croce zu exemplifizieren), sobald es eben „Urteil“ sein und sich als solches „Geltung“ sichern will — denn das ist die einzige in Betracht kommende Frage — logische Operationen voraussetzt, welche allerdings nicht die „Setzung“, wohl aber die konstante Verwendung von Allgemeinbegriffen, daher Isolation und Vergleichung, in sich enthalten.

Es ist eben — und damit kommen wir zu Gottls Ausführungen zurück — der entscheidende Fehler aller jener, leider auch von Fachhistorikern so sehr oft akzeptierten Theorien, welche das spezifisch „Künstlerische“ und „Intuitive“ der historischen Erkenntnis, z. B. der „Deutung“ von „Persönlichkeiten“, als das Privileg der Geschichte ansehen, daß die Frage nach dem psychologischen Hergang bei der Entstehung einer Erkenntnis mit der gänzlich andern nach ihrem logischen „Sinn“ und ihrer empirischen „Geltung“ verwechselt wird. Was den psychologischen Hergang des Erkennens anbetrifft, so ist die Rolle, welche der „Intuition“ zufällt, dem Wesen nach — wie schon oben ausgeführt — auf allen Wissensgebieten dieselbe, und nur der Grad, in welchem wir uns alsdann, bei der denkenden Formung, der allseitigen begrifflichen Bestimmtheit nähern können und wollen, ein je nach dem Erkenntnisziel verschiedener. Die logische Struktur einer Erkenntnis aber zeigt sich erst dann, wenn ihre empirische

¹ Vgl. auch Husserl a. a. O. II, S. 333, 607.

Geltung im konkreten Fall, weil problematisch, demonstriert werden muß. Erst die Demonstration erfordert unbedingt die (relative) Bestimmtheit der verwendeten Begriffe und setzt ausnahmslos und immer generalisierende Erkenntnis voraus, — was beides eine gedankliche Bearbeitung des nur „eingefühlten“ Mit- oder Nacherlebens, d. h. seine Verwandlung in „Erfahrung“, bedingt¹. Und die Verwendung von „Erfahrungsregeln“ zum Zweck der Kontrolle der „Deutung“ menschlichen Handelns ist dabei nur dem alleroberflächlichsten Anschein nach von der gleichen Prozedur bei konkreten „Naturvorgängen“ geschieden. Dieser Anschein entsteht dadurch, daß wir, infolge unsrer an der eignen Alltagskenntnis geschulten Phantasie, bei der „Deutung“ menschlichen Handelns die ausdrückliche Formulierung jenes Erfahrungsgehaltes in „Regeln“ in weiterem Umfang als „unökonomisch“ unterlassen und also die Generalisierungen „implicite“ verwenden. Denn die Frage, wann es für „beutend“ arbeitende Disziplinen irgend welchen wissenschaftlichen Sinn hat, aus ihrem Material, also dem unmittelbar verständlichen menschlichen Sich-Verhalten, im Wege der Abstraktion für ihre Zwecke besondere Regeln und sog. „Gesetze“ zu bilden, ist freilich durchaus davon abhängig, ob dadurch für die deutende Kaufalerkenntnis des Historikers bzw. Nationalökonomen bezüglich eines konkreten Problems brauchbare neue Einsichten zu erwarten sind. Daß dies der Fall sein müsse, ist schon wegen der geringen Schärfe, außerdem aber wegen der Trivialität der überwältigenden Mehrzahl der so zu gewinnenden Erfahrungssätze nicht im allergeringsten generell selbstverständlich. Wer sich veranschaulichen will, welche Früchte die bedingungslose Durchführung des Grundjages der Aufstellung von „Regeln“ zeitigen würde, der lese etwa die Werke von Wilhelm Busch. Seine drolligsten Effekte erzielt dieser große Humorist gerade dadurch, daß er die zahllosen trivialen All-

¹ Dies gilt z. B. auch auf solchen Gebieten, wie der psychopathologischen Forschung. Die „einfühlende“ Psychoanalyse einer kranken Psyche bleibt nicht nur incommunicables Privateigentum des dafür spezifisch begabten Forschers, sondern überdies bleiben auch ihre Ergebnisse gänzlich undemonstrabel und deshalb von absolut problematischer „Geltung“, so lange nicht die Verknüpfung des einfühlsam nacherlebten seelischen Zusammenhanges mit den aus der allgemeinen psychiatrischen „Erfahrung“ gewonnenen Begriffen gelingt. Sie sind „Intuitionen“ des dafür begabten Forschers „über“ das Objekt, aber inwieweit sie objektiv gelten, bleibt prinzipiell unkontrollierbar und daher ihr wissenschaftlicher Wert durchaus unsicher. Siehe darüber W. Hellpach, Zur Wissenschaftslehre der Psychopathologie. Mundtsche Studien, 1906.

tagsserfahrungen, die wir überall in unzählbaren Verschlingungen „deutend“ verwenden, in das Gewand wissenschaftlicher Sentenzen kleidet. Der schöne Vers aus „Bliß und Blum“: „Wer sich freut, wenn wer betrübt, macht sich meistens unbeliebt“ ist, zumal er das Gattungsartige des Vorgangs sehr korrekt nicht als Notwendigkeitsurteil, sondern als Regel „adäquater Verursachung“ faßt, ein ganz tadellos formuliertes „historisches Gesetz“. Sein Gehalt an Erfahrungswahrheit ist als geeignetes Hilfsmittel der „Deutung“ z. B. der politischen Spannung zwischen Deutschland und England nach dem Burenkriege (natürlich neben sehr vielen andern, vielleicht wesentlich wichtigeren Momenten) gänzlich unbezweifelbar. Eine „sozialpsychologische“ Analyse derartiger politischer „Stimmungs-“ Entwicklungen könnte nun ja selbstverständlich unter den verschiedensten Gesichtspunkten höchst interessante Ergebnisse zu Tage fördern, die auch für die historische Deutung solcher Vorgänge, wie des erwähnten, den erheblichsten Wert gewinnen können — aber was eben ganz und gar nicht feststeht, ist, daß sie ihn gewinnen müssen, und daß nicht im konkreten Fall die „vulgärpsychologische“ Erfahrung vollkommen genügt und also das auf einer Art naturalistischen Eitelkeit beruhende Bedürfnis, die historische (oder ökonomische) Darstellung möglichst überall mit der Bezugnahme auf psychologische „Gesetze“ schmücken zu können, im konkreten Fall ein Verstoß gegen die Ökonomie der wissenschaftlichen Arbeit wäre. Für eine grundsätzlich das Ziel der „verständlichen Deutung“ festhaltende „psychologische“ Behandlung von „Kulturererscheinungen“ lassen sich Aufgaben der Begriffsbildung von logisch ziemlich heterogenem Charakter denken: darunter ohne allen Zweifel notwendigerweise auch die Bildung von Gattungsbegriffen und von „Gesetzen“ in dem weiteren Sinn von „Regeln adäquater Verursachung“. Diese letzteren werden nur da, aber auch überall da, von Wert sein, wo die „Alltagserfahrung“ nicht ausreicht, denjenigen Grad relativer „Bestimmtheit“ der kausalen Zurechnung zu gewährleisten, welcher für die Deutung der Kulturererscheinungen im Interesse ihrer „Eindeutigkeit“ erforderlich ist. Der Erkenntniswert ihrer Ergebnisse wird aber eben deshalb regelmäßig um so größer sein, je weniger sie dem Streben nach einer den quantifizierenden Naturwissenschaften verwandten Formulierung und Systematik auf Kosten des Anschlusses an die unmittelbar verständliche „Deutung“ konkreter historischer Gebilde nachgeben, und je weniger sie insofern von den allgemeinen Voraussetzungen in sich aufnehmen, welche naturwissenschaftliche Disziplinen

für ihre Zwecke verwerten. Begriffe wie etwa der des „psychophysischen Parallelismus“ z. B. haben als jenseits des „Erlebbaren“ liegend für derartige Untersuchungen natürlich unmittelbar nicht die allergeringste Bedeutung, und die besten Leistungen „sozialpsychologischer“ Deutung, die wir besitzen, sind in ihrem Erkenntniswert ebenso unabhängig von der Geltung aller derartigen Prämissen, wie ihre Einordnung in ein lückenloses „System“ von „psychologischen“ Erkenntnissen eine Sinnlosigkeit wäre. Der entscheidende logische Grund ist eben der: daß die Geschichte zwar nicht in dem Sinn „Wirklichkeitswissenschaft“ ist, daß sie den gesamten Gehalt irgend einer Wirklichkeit „abbildete“, — das ist prinzipiell unmöglich, — wohl aber in dem anderen, daß sie Bestandteile der gegebenen Wirklichkeit, die, als solche, begrifflich nur relativ bestimmt sein können, als „reale“ Bestandteile einem konkreten kausalen Zusammenhang einfügt. Jedes einzelne derartige Urteil über die Existenz eines konkreten Kausalzusammenhangs ist an sich der Zerspaltung schlechthin ins Unendliche hinein fähig¹, und nur eine solche würde — bei absolut idealer Vollendung des nomologischen Wissens — zur „vollständigen Zurechnung mittelst exakter „Gesetze“ führen. Die historische Erkenntnis führt die Zerlegung nur so weit, als der konkrete Erkenntniszweck es verlangt, und diese notwendig nur relative Vollständigkeit der Zurechnung manifestiert sich in der notwendig nur relativen Bestimmtheit der für ihre Vollziehung verwendeten „Erfahrungsregeln“: darin also, daß die auf Grund methodischer Arbeit gewonnenen und weiter zu gewinnenden „Regeln“ stets nur eine Enklave innerhalb der Flut „vulgär-psychologischer“ Alltagserfahrung darstellen, welche der historischen Zurechnung dient. Aber „Erfahrung“ ist eben, im logischen Sinn, auch diese.

„Erleben“ und „Erfahren“, die Gottl einander so scharf gegenüberstellt², sind in der Tat Gegensätze, aber auf dem Gebiet der

¹ Darüber s. meine Ausführungen im Jaffé-Braunschen Archiv a. a. O.

² Die von Gottl behauptete Verschiedenheit: daß die Erschließung des Historischen nicht über sich hinaus auf die „Erfahrung“ weisen könnte, soll ihren Grund darin haben, daß die „logischen Denkgesetze“ sich in der gleichen Lage befinden, und daß auf dem Gebiet des Geschichtlichen „die Logik gleichsam im Geschehen selbst stehe“. Daher seien jene „Denkgesetze“ für das historische Erkennen die „letzte Instanz“, sie bestimmen es „zwingend“, dergestalt, daß eine gültige historische Erkenntnis stets eine „Annäherung an das absolut Gewisse“ bedeute, im Gegensatz zu der von Gottl ihr als „Metahistorik“ entgegengesetzten geologischen und biogenetischen Erkenntnis, welche auch bei idealster

„inneren“ in keinem andern Sinn wie auf dem der „äußern“ Vorgänge, beim „Handeln“ nicht anders als in der „Natur“. „Verstehen“ — im Sinn des evidenten „Deutens“ — und „Erfahren“ sind auf der einen Seite keine Gegensätze, denn jedes „Verstehen“ setzt (psychologisch), „Erfahrung“ voraus und ist (logisch) nur durch Bezugnahme auf „Erfahrung“ als geltend demonstrierbar. Beide Kategorien sind anderseits insofern nicht identisch, als die Qualität der „Evidenz“¹ das „Verstandene“ und „Verständliche“ dem bloß (aus Erfahrungsgesetzen) „Begriffenen“ gegenüber auszeichnet. Das Spiel mensch-

Erreichung ihrer Aufgabe dennoch, erkenntnistheoretisch betrachtet, lediglich eine durch „Interpolation“ von Geschehen gewonnene zeitliche Anordnung räumlicher „Erscheinungen“ darstelle und daher nie über die durch Analogieschluß gewonnene Aufstellung: daß die in der Erfahrung gegebenen Dinge so liegen, als ob ein kosmisches oder biogenetisches Geschehen bestimmter Art stattgefunden hätte, hinausgelangen könne. Allein die Erfahrung zeigt, und jeder Historiker wird bestätigen müssen, daß wir bei der lausalen „Deutung“ von „Persönlichkeiten“, „Handlungen“ und „geistigen Kulturentwickelungen“ Tag aus Tag ein uns mit dem Ergebnis bescheiden müssen, daß die unbezweifelte überlieferten „Tatsachen“ so liegen, „als ob“ der gedeutete Zusammenhang bestanden hätte, so daß man daraus sogar auf die spezifische „Unsicherheit“ und — fälschlicherweise — aus dieser wieder auf eine spezifische „Subjektivität“ nicht nur der erreichbaren, sondern auch der überhaupt zu erstrebenden historischen Erkenntnis geschlossen hat. Speziell Simmel legt das entscheidende Gewicht auf den hypothetischen Charakter der Deutung und belegt ihn mit anschaulichen Beispielen (S. 9 ff. a. a. O.). Ihm gegenüber muß nun aber wieder daran festgehalten werden, daß der Zustand, daß wir erst durch den faktischen Ausschlag des Entschlusses nach einer bestimmten Seite hin darüber belehrt werden, welche „physische Disposition“ vorhanden gewesen ist, keine Eigentümlichkeit der „physischen Kausalerklärung“ bildet. Unzählige Male ist es — wie wir sahen — bei „Natur“-vorgängen genau so, ja, wo es auf die qualitativ-individuelle Seite konkreter „Naturereignisse“ ankommt, belehrt uns im allgemeinen nur der Erfolg über die vorhanden gewesene Konstellation. Die Kausalerklärung läuft — was auch gegen Ed. Meyer zu betonen ist — bei individuell „aufgefaßten“ Ereignissen regelmäßig rückwärts, von der Wirkung zur Ursache, und gelangt, wie wir früher selbst für rein quantitative Beziehungen zeigten, ganz normalerweise nur zu einem Urteil, welches die „Bereindbarkeit“ des Vorgangs mit unserem Erfahrungswissen besagt und nur für gewisse abstrahierte Einzelbestandteile derselben die „Notwendigkeit“ auch in concreto durch Bezugnahme auf „Gesetze“ zu belegen vermag.

¹ Dieser Ausdruck wird hier statt „innere Anschaulichkeit der Bewußtseinsvorgänge“ gebraucht, um die Vieldeutigkeit des Ausdrucks „anschaulich“ zu vermeiden, welche sich ja auch auf das logisch unbearbeitete „Erlebnis“ bezieht. Ich weiß sehr wohl, daß der Ausdruck sonst von den Logikern nicht in diesem Sinn, sondern im Sinn der Einsicht in die Gründe eines Urteils gebraucht wird.

licher „Evidenzen“ ist sicherlich in einem qualitativ andern Sinn „nacherlebbar“ und „anschaulich“ als „Natur“-Vorgänge es sind. Aber diese „Evidenz“ des „verständlich“ Gebotenen ist sorgsam von jeder Beziehung zur „Seltung“ zu trennen. Denn sie enthält nach der logischen Seite lediglich die Denkmöglichkeit und nach der sachlichen lediglich die objektive Möglichkeit¹ der „deutend“ erfassbaren Zusammenhänge als Voraussetzung in sich. Für die Analyse der Wirklichkeit aber kommt ihr, lediglich um jener ihrer Evidenz-Qualität willen, nur die Bedeutung entgegen, — wenn es sich um die Erklärung eines konkreten Vorganges handelt, — einer Hypothese, oder, — wenn es sich um die Bildung genereller Begriffe handelt, sei es zum Zweck der Kurstiftung oder zum Zweck einer eindeutigen Terminologie, — diejenige eines „idealtypischen“ Gedankengebildes zu. Der gleiche Dualismus von „Evidenz“ und empirischer „Seltung“ ist aber auf dem Gebiet der an der Mathematik orientierten Disziplinen, ja gerade auf dem Gebiet des mathematischen Erkennens selbst², ganz ebenso vorhanden, wie auf demjenigen der Deutung menschlichen Handelns. Während aber die „Evidenz“ mathematischer Erkenntnisse und der mathematisch formulierten Erkenntnis quantitativ Beziehungen der Körperwelt „kategorialen“ Charakter hat, gehört die „psychologische“ Evidenz in dem hier behandelten Sinn in das Gebiet des nur Phänomenologischen. Sie ist — denn hier erweist sich die Lipps'sche Terminologie als recht brauchbar — phänomenologisch bebingt durch die spezielle Färbung, welche die „Einfühlung“ in solche qualitative Vorgänge besitzt, deren wir uns als objektiv möglicher Inhalte der eignen inneren Aktualität bewußt werden können. Ihre indirekte logische Bedeutung für die Geschichte ist gegeben durch den Umstand, daß zum „einfühlbaren“ Inhalt fremder Aktualität auch jene „Wertungen“ gehören, an denen der Sinn des „historischen Interesses“ verankert ist, und daß daher seitens einer Wissenschaft, deren Objekt, geschichtsphilosophisch formuliert, „die Verwirklichung

¹ Über den Sinn des Begriffes des „objektiv Möglichen“ im Gebiet speziell des Historischen siehe meine Bemerkungen im Jassé-Braunschen Archiv, Januarheft 1906 (durchaus im Anschluß an die bekannte Theorie von v. Kries).

² Der „pseudosphärische Raum“ ist logisch durchaus widerspruchsfrei und völlig „evident“ konstruierbar: nach Ansicht mancher Mathematiker, bekanntlich auch von Helmholtz, der dadurch Kant widerlegt glaubte, besäße er sogar kategoriale Anschaulichkeit, — seine zweifellose empirische „Nichtgeltung“ aber steht jedenfalls mit der ersten Auffassung nicht im Widerspruch.

von Werten" darstellt¹, die selbst „wertenden“ Individuen stets als die „Träger“ jenes Prozesses behandelt werden².

Zwischen jenen beiden Polen —: der kategorialen mathematischen Evidenz räumlicher Beziehungen und der phänomenologisch bedingten Evidenz „einfühlbarer“ Vorgänge des bewußten Seelenlebens, — liegt eine Welt von weder der einen noch der andern Art von „Evidenz“ zugänglichen Erkenntnissen, die aber um dieses phänomenologischen „Mangels“ willen natürlich nicht das Allermindeste an Dignität oder empirischer Geltung einbüßen. Denn, um es zu wiederholen, der Grundirrtum der von Gottl. akzeptierten Erkenntnistheorie liegt darin, daß sie das Maximum „anschaulicher“³ Evidenz mit dem Maximum von (empirischer) Gewißheit verwechselt. Wie das wechselvolle Schicksal der sogenannten „physikalischen Axiome“ immer wieder den Prozeß zeigt⁴, daß eine in der Erfahrung sich bewährende Konstruktion die Dignität einer Denknotwendigkeit prätendiert, so hat die Identifikation von „Evidenz“ mit „Gewißheit“ oder gar — wie manche Epigonen R. Wengers wollten —: mit „Denknotwendigkeit“ bei „idealtypischen“ Konstruktionen auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften ganz entsprechende Irrtümer gezeitigt, und auch Gottl. z. B. hat mit manchen Aufstellungen in seiner „Herrschaft des Wortes“ den gleichen Weg betreten⁵.

¹ Es sollte eigentlich nicht nötig sein, besonders zu betonen, daß darunter in keinem Sinn irgendein „objektiv“ auf die „Verwirklichung“ eines „Absoluten“ als empirischer Tatsache „hinstrebender“ Weltprozeß oder überhaupt irgend etwas Metaphysisches gemeint ist, wie die Ausführungen Rüderts a. a. O., letztes Kapitel, trotz aller Unzweideutigkeit gelegentlich aufgefaßt worden sind.

² Alles Erforderliche enthält auch hier schon der Rüdertsche Begriff des „historischen Zentrums“.

³ Anschaulich hier natürlich im Sinn von kategorial-anschaulich einerseits, „innerlich“ verständlich andererseits.

⁴ Über das Hindernis, welches der „evidente“ Satz: „cessante causa cessat effectus“ der Gewinnung des Energiegesetzes so lange bereitete, bis die „Denknotwendigkeit“ des Satzes: „nil fit ex nihilo, nil fit ad nihilum“ die Einschaltung des Begriffes der „potenziellen Energie“ veranlaßte und wie nun, ungeachtet der „Unanschaulichkeit“ des letzteren, das „Energiegesetz“ seinerseits alsbald den Weg zur „Denknotwendigkeit“ einzuschlagen begann, — darüber ist Wundts Augenbeschrift über „Die physikalischen Axiome“ noch heute sehr lehrreich.

⁵ Es ist nicht möglich, an dieser Stelle die von Gottl. (in der „Herrschaft des Wortes“) vorgeschlagenen Grundkategorien ökonomischen Denkens auf ihre anschauliche Evidenz einerseits, ihre „Denknotwendigkeit“ und ihre logische Struktur andererseits zu untersuchen. Nur beispielsweise sei gesagt: Als „Grundverhältnis“ Nr. 1: „Not“ gilt (§. 80 f.) ihm der Umstand, „daß sich nie ein

Allem Gefagten zum Troß wird man nun aber doch daran festhalten wollen, daß jedenfalls auf einem Gebiet die an sich nur

Streben erfüllen läßt, ohne dem Erfolge anderer Streben in irgend einer Weise Abbruch zu tun", 2. das Grundverhältnis der „Macht“ wurzelt darin, daß „es uns allezeit freisteht, durch vereintes Streben Erfolge zu erreichen, die dem einzelnen Streben versagt sind“. Zunächst fehlt nun diesen Tatbeständen die Ausnahmlosigkeit, welche für „Grundverhältnisse“ des „Alltagslebens“ schlechthin — die also durchaus alles, nicht etwa nur das daran für bestimmte Wissenschaften Wesentliche, umspannen sollen — zu verlangen wäre. Es ist weder wahr, daß die Kollision und also die Notwendigkeit der Wahl zwischen mehreren Zwecken ein unbedingt gültiger Tatbestand ist, noch, daß für alle denkbaren Zwecke die Vereinigung Mehrerer ein geeignetes Mittel ist, die Chancen der Erreichung zu steigern. Nun betont zwar angesichts der Möglichkeit solcher Einwände Gottl, daß das aus jenem „Grundverhältnis“ Nr. 1 („Not“) hervor- gehende „Werten“ nur dahin verstanden werden solle, daß von mehreren kollidierenden Möglichkeiten jeweils nur eine faktisch Wirklichkeit wird, nicht aber als ein bewußtes Wählen zwischen „Zwecken“. Allein, so gefaßt, ist dieser „Tatbestand“ in Wahrheit bereits ein unter Verwendung der Kategorie der „Möglichkeit“ hergeleitetes naturalistisches Gedankengebilde: den — nach Gottls Voraussetzung nicht seitens des „Handelnden“, sondern nur seitens der denkenden Analyse des „Handelns“ vorgestellten — mehreren „Möglichkeiten“ des Ablaufes des Handelns steht die „Tatsache“ gegenüber, daß eben nur ein konkret bestimmter Ablauf faktisch erfolgt. Genau das Gleiche gilt aber für jedes „Naturgeschehen“ dann, wenn wir dasselbe an der Hand der Kategorie der „Möglichkeit“ analysieren. Wenn dies der Fall ist, ist hier nicht zu erörtern, — daß es geschieht, lehrt — unter anderen — jede Theorie der Wahrscheinlichkeitsrechnung. Und was die „Formel“ für „Haushalten“ anlangt (S. 209 a. a. O.: Ausgleich von Dauerstreben im Handeln derart, daß dadurch für die Anbauer dieses Handelns eine Gewähr gegeben ist), so enthält dieselbe offenbar gar nichts, was nicht schon in einem Begriff wie „Anpassung“ steckte. Denn auf ihren Gehalt an Urteilen analysiert, besagt die Formel eben nur: daß es wieder- sehendes (d. h. in bestimmten, als erheblich allein in Betracht gezogenen Hin- sichten gleiches) Handeln gibt, dessen Wiederkehr auf seiner „Angepaßtheit“ an zwingende Situationen beruht. Eine kausale „Erklärung“ enthält der „Begriff“ (denn ein solcher, und zwar ein abstrakter, liegt vor) nicht, soll sie auch wohl nicht enthalten, wir „durchschauen“ aber mit seiner Hilfe auch nichts, wie wir es doch nach Gottls Theorie sollten. Er ist darin dem entsprechenden biologischen Begriffen durchaus gleichartig und gleichwertig. — Im übrigen liegt hier durchaus die Absicht fern, Gottls Fortbildung der rationalen Konstruktion der österreichischen Schule als wertlos hinzustellen. Davon ist gar keine Rede: es ist ein bedeu- tender Fortschritt, daß hier gänzlich klar von einer in der Wirklichkeit generell gegebenen („objektiven“) Situation: — Begrenztheit des Könnens im Ver- hältnis zum Wollen — als letzter Grundlage jener Lehrsätze ausgegangen wird, statt von angeblich „psychologischen“ Abstraktionen, und daß damit die „ab- strakte“ Theorie von der immer wieder gehörten absolut schiefen — aber freilich durch manche Äußerungen von Bonar, John und Renger selbst mitverschuldeten

erkenntnispsychologische Bedeutung der „nach erlebenden Deutung“ de facto den Sinn des „Seltens“ annehme: da nämlich, wo eben bloße nicht artikulierten „Gefühle“ historisches Erkenntnisobjekt und eben daher die Suggestion von entsprechenden „Gefühlen“ bei uns das einzige mögliche Erkenntnisideal sei. Das „Einleben“ eines Historikers, Archäologen, Philologen in „Persönlichkeiten“, „Kunst-epochen“, „Sprachen“ erfolge in Gestalt bestimmter „Gemeingefühle“, „Sprachgefühle“ usw., und man hat¹ diese Gefühle geradezu als den sichersten „Canon“ für die historische Bestimmung z. B. der Provenienz einer Urkunde, eines Kunstwerks, oder für die Deutung der Gründe und des Sinnes einer historischen Handlung hingestellt. Da nun der Historiker andererseits bezwecke und bezwecken müsse, uns die „Kulturerscheinungen“ (wozu natürlich z. B. auch einzelne historisch, speziell auch rein politisch bedeutsame „Stimmungen“ gehören) „nach-erleben“ zu lassen, sie uns zu „suggerieren“, so sei wenigstens in diesen Fällen diese suggerierende „Deutung“ ein Vorgang, welcher gegenüber der begrifflichen Artikulation auch erkenntnistheoretisch autonom sei.

Versuchen wir, in diesen Ausführungen Zutreffendes von Falschem zu sondern. Was zunächst jene behauptete Bedeutung der „Gemeingefühle“ oder „Totalitätsgefühle“ als „Canon“ der kulturhistorischen Einordnung oder der Deutung von „Persönlichkeiten“ anlangt, so ist die Bedeutung des — wohlgemerkt: durch konstante denkende Beschäftigung mit dem „Stoff“, d. h. aber: durch Übung, also „Erfahrung“ erworbenen² — „Gefühls“ für die psychologische Genese

— Charakterisierung als einer „psychologischen“ Begründung der Werttheorie befreit wird. Mit irgend welcher „Psychologie“, sei sie „Individual-“ oder „Sozial-“ Psychologie, hat die „Grenznutzlehre“ auch nicht das allgeringste zu schaffen.

¹ So Eichenhans in dem früher zitierten Aufsatz S. 23. Die Totalitätsgefühle, mit denen wir die Vorstellung einer bestimmten „historischen Epoche“ begleiten, könnten — meint der Verf. — „trotz aller scheinbaren Unbestimmtheit einen sichern Kanon des Erkennens abgeben“, insbesondere werde „mit instinktiver Sicherheit entschieden“, ob ein Vorstellungskomplex in dieses Gefühls-ganze „hineinpasse“, — nach Analogie des „Sprachgefühls“.

² Also darin dem Wesen nach durchaus gleichartig dem in keiner Weise bewußt artikulierten „Gefühl“, nach welchem etwa ein Schiffskapitän im Moment der Kollisionsgefahr, wo von dem in Bruchteilen einer Sekunde zu fassenden Entschluß alles abhängt, handelt. Konkrete „Erfahrung“ ist hier wie dort das Ausschlaggebende, die Artikulierbarkeit hier wie dort im Prinzip gleich möglich.

einer Hypothese im Geiſt des Hiſtorikers ſicherlich von eminenter Bedeutung, ja geradezu unentbehrlich: durch bloßes Fantieren mit „Wahrnehmungen“ und „Begriffen“ iſt noch keinerlei wertvolle hiſtoriſche, aber auch keinerlei Erkenntnis irgend welcher andern Art, „geſchaffen“ worden. Was dagegen die angebliche „Sicherheit“ im Sinn des wiſſenſchaftlichen „Seltens“ anlangt, ſo wird jeder gewiſſenhafte Forſcher die Anſicht auf das beſtimmteſte ablehnen müſſen, daß der Verſuch auf „Totalitätsgefühle“, z. B. auf den „allgemeinen Charakter“ einer Epoche, eines Künſtlers uſw. irgend welcher Wert zukomme, ſofern ſie ſich nicht in beſtimmt artikuliert und demonſtrierbare Urteile, d. h. aber in „begrifflich“ geformte „Erfahrung“ durchaus im gewöhnlichen Sinne dieſes Wortes ſetzen und ſo kontrollieren läßt. — Damit iſt im Grunde auch ſchon geſagt, was es mit der hiſtoriſchen „Reproduktion“ von gefühlsmäßigen ſeelischen Inhalten, wo ſie hiſtoriſch (kausal) relevant ſind, für eine Bewandnis hat. Daß „Gefühle“ ſich nicht in dem Sinne begrifflich „definieren“ laſſen wie etwa ein rechtwinkliges Dreieck oder wie Abſtraktionsprodukte der quantifizierenden Wiſſenſchaften, teilen ſie durchaus mit allem Qualitativen. Alle Qualia, mögen wir ſie als Dualitäten der „Dinge“ in die Welt außer uns „projizieren“ oder als phyſiſche Erlebungen in uns „introyizieren“, beſitzen als ſolche dieſen Charakter des notwendig relativ „Unbeſtimmten“. Für Lichtfarben, Klangfarben, Geruchsstancen uſw. gilt natürlich genau im gleichen Sinn wie für religiöſe, äſthetiſche, ethiſche „Wertgefühle“, daß bei ihrer ſchildernden Darſtellung leſtlich „ein jeder ſieht, was er im Herzen trägt“. Die Deutung „phyſiſcher“ Vorgänge arbeitet alſo, ſoweit nur dieſer Umſtand in Frage kommt, in durchaus keinem andern Sinn mit prinzipiell nicht abſolut eindeutig beſtimmbaren Begriffen, wie jede Wiſſenſchaft, welche vom Qualitativen nicht durchweg abſtrahiert, überhaupt es tun muß¹.

¹ Daran ändert natürlich auch die experimentaľpsychologiſche „Meßbarkeit“ beſtimmter Äußerungen phyſiſcher Vorgänge nichts. Denn es iſt zwar keineswegs richtig, daß das „Phyſiſche“ als ſolches überhaupt inkomunikabel ſei (Münſterberg), — das iſt vielmehr eine Eigenart derjenigen „Erlebungen“, welche wir, eben deßhalb, als „myſtiſche“ bezeichnen, — aber es iſt, wie alles Qualitative, nur in relativer Eindeutigkeit kommunizabel, und die „Meſſung“ erfaßt hier, wie in der Statiſtik die Zählung, nur das zu einer beſtimmten Art von äußerem Ausdruck gelangende Phyſiſche oder vielmehr: nur dieſe Art ſeiner Äußerung. Die psychometriſche Meſſung bedeutet nicht Herſtellung der Kommunikabilität überhaupt (Münſterberg), ſondern Steigerung ihrer Be-

So weit der Historiker in seiner Darstellung sich mit „suggestiv“ wirkenden Mitteln an unser „Gefühl“ wendet, also m. a. W. ein begrifflich nicht artikulierbares „Erlebnis“ in uns zu provozieren trachtet, handelt es sich entweder um eine Stenographie für die Darstellung von Teilerscheinungen seines Objekts, deren begriffliche Bestimmtheit für den konkreten Erkenntniszweck ohne Schaden unterlassen werden kann: — dies ist eine Folge des Umstandes, daß die prinzipielle Unauschöpfbarkeit des empirisch gegebenen Mannigfaltigen jede Darstellung nur als einen „relativen“ Abschluß des historischen Erkenntnisprozesses „Geltung“ erlangen läßt. Oder aber: die Provokation eines reinen Gefühlserlebnisses in uns beansprucht, als spezifisches Erkenntnis mittel zu dienen: als „Veranschaulichung“ z. B. des „Charakters“ einer „Kulturepoche“ oder eines „Kunstwerkes“. Alsdann kann sie zwiefachen logischen Charakter haben. Sie kann mit dem Anspruch auftreten, ein „Nacherleben“ des — je nach der Ausdrucksweise — „geistigen“ oder „psychischen“ „Gehaltes“ des „Lebens“ der betreffenden Epoche oder Persönlichkeit oder des konkreten Kunstwerkes darzustellen. In diesem Fall enthält sie beim Darsteller und erzeugt sie beim Leser, der sich mit ihrer Hilfe „einfühlt“, solange sie im Stadium des „Gefühlten“ beharrt, stets und unvermeidlich unartikulierte eigene Wertgefühle, bezüglich deren an sich nicht die mindeste Gewähr besteht, daß sie den „Gefühlen“ jener historischen Menschen irgendwie entsprechen, in welche er sich „ein-

stimmt durch Quantifikation jeweils einer Äußerungsform eines „psychisch bedingten“ Vorgangs. Aber es stände übel um die Wissenschaft, wenn deshalb eine Klassifikation und eine, je nach dem konkreten Forschungszweck, ausreichende relative Bestimmtheit der begrifflichen Formung „psychischen“ Stoffes nicht möglich wäre. Tatsächlich wird sie von allen nicht quantifizierenden Wissenschaften konstant vorgenommen und verwertet. Man hat oft, und richtig verstanden, mit Recht, es als die ungeheure Bedeutung des Geldes bezeichnet, daß es das Ergebnis subjektiver „Wertungen“ in materieller Form zum Ausdruck zu bringen gestatte, sie „meßbar“ werden lasse. Zu vergessen ist dabei aber nicht, daß der „Preis“ absolut keine dem psychometrischen Experiment parallele Erscheinung, vor allem kein Maßstab einer „sozialpsychischen“ Wertung, eines „sozialen Gebrauchswertes“ ist, sondern ein unter sehr konkreten, historisch eigenartigen Bedingungen entstehendes Kompromißprodukt kämpfender Interessen. Aber er teilt allerdings mit dem psychometrischen Experiment den Umstand, daß eben nur die, nach Maßgabe der gegebenen sozialen Konstitution, (als „Kaufkraft“ usw.) zu einer bestimmten Art von „Äußerung“ gelangenden Strebungen „meßbar“ werden.

fühlt¹. Es fehlt ihr deshalb auch jeder kontrollierbare Maßstab für eine Unterscheidung von kausal „Wesentlichem“ und „Unwesentlichem“. Wie das „Totalitätsgefühl“, welches in uns z. B. durch eine fremde Stadt erzeugt wird, im Stadium des rein „Gefühlsmäßigen“ durch Dinge, wie die Lage der Schornsteine, die Form der Dachgesimse und dergl. absolut „zufällige“, d. h. hier: für den eignen „Lebensstil“ ihrer Bewohner in keinem Sinn kausal „wesentliche“ Elemente bestimmt zu werden pflegt, so steht es auch, nach aller Erfahrung, mit allen unartikulierten historischen „Intuitionen“ ohne alle Ausnahme: ihr wissenschaftlicher Erkenntniswert sinkt zumeist parallel mit ihrem ästhetischen Reiz; sie können unter Umständen bedeutenden „heuristischen“ Wert gewinnen, unter Umständen aber auch der sachlichen Erkenntnis geradezu im Wege stehen, weil sie das Bewußtsein davon, daß es sich um Gefühlsinhalte des Beschauers, nicht der geschilderten „Epoche“ resp. des schaffenden Künstlers usw. handelt, verdunkeln. Der subjektive Charakter derartiger „Erkenntnis“ ist in diesem Falle identisch mit dem Mangel der „Geltung“, eben weil eine begriffliche Artikulation unterlassen ist, und die „Anempfindung“ dadurch sich der Demonstration und Kontrolle entzieht. Und sie trägt überdies die eminente Gefahr in sich, die kausale Analyse der Zusammenhänge zugunsten des Suchers nach einem dem „Totalgefühl“ entsprechenden „Gesamtcharakter“ zurückzudrängen, welcher nun, — da das Bedürfnis nach einer die „Gefühlssynthese“ wiedergebenden Formel an die Stelle desjenigen nach empirischer Analyse getreten ist, — der „Epoche“ als Etikette aufgeklebt wird. Die subjektive gefühlsmäßige „Deutung“ in dieser Form stellt weder empirische historische Erkenntnis realer Zusammenhänge (kausaler Deutung) dar, noch dasjenige andere, was sie außerdem noch sein könnte: wertbeziehende Interpretation. Denn dies ist derjenige andere Sinn des „Erlebens“ eines historischen Objektes, welcher neben der kausalen Zurechnung in der „Kategorie“, mit welcher wir uns hier befassen, liegen kann. Ich habe über ihr logisches

¹ Wer die Eigenart solcher Provokationen von Gefühlsdeutungen im Gegensatz zu begrifflich artikulierten und deshalb empirischer Analyse sich an einem Beispiel vergegenwärtigen will, vergleiche in Carl Neumanns „Rembrandt“ die „Deutung“ der „Nachtwache“ mit derjenigen von „Manoahs Opfer“, — beides gleich ungewöhnlich schöne Leistungen auf dem Gebiet der Interpretation von Kunstwerken, aber nur die erste, nicht die zweite, durchweg empirischen Charakters.

Verhältnis zum Geschichtlichen an anderer Stelle gehandelt¹, und es genügt hier, festzustellen, daß in dieser Funktion die „Deutung“ eines ästhetisch, ethisch, intellektuell oder unter Kulturwertgesichtspunkten aller denkbaren Art bewertbaren Objektes nicht Bestandteil einer (im logischen Sinn) rein empirisch-historischen — d. h. konkrete, „historische Individuen“ zu konkreten Ursachen zurechnenden — Darstellung, sondern vielmehr — vom Standpunkt der Geschichte aus betrachtet — Formung des „historischen Individuums“ ist. Die „Deutung“ des „Faust“, oder etwa des „Puritanismus“ oder etwa bestimmter Inhalte der „Griechischen Kultur“ in diesem Sinn ist Ermittlung der „Werte“, welche „wir“ in jenen Objekten „verwirklicht“ finden können und derjenigen stets und ausnahmslos individuellen „Form“, in welcher „wir“ sie darin „verwirklicht“ finden, und um derentwillen jene „Individuen“ Objekte der historischen „Erklärung“ werden: — mithin eine geschichtsphilosophische Leistung. Sie ist in der Tat „subjektivierend“, wenn nämlich darunter verstanden wird, daß die „Geltung“ jener Werte selbstverständlich von uns niemals im Sinn einer Geltung als empirischer „Tatsachen“ gemeint sein kann. Denn in dem hier jetzt in Rede stehenden Sinn verstanden, interpretiert sie nicht, was die historisch an der Schaffung des „bewerteten“ Objekts Beteiligten ihrerseits subjektiv „empfanden“ — das ist ihr, soweit sie Selbstzweck ist, nur eventuell Hilfsmittel für unser eigenes, besseres „Verständnis“ des Wertes² — sondern was „wir“ in dem Objekt an Werten finden „können“ — oder etwa auch: „sollen“. Im letzteren Fall setzt sie sich die Ziele einer normativen Disziplin — etwa der Ästhetik — und „wertet“ selbst, im ersteren ruht sie, logisch betrachtet, auf der Grundlage „dialektischer“ Wertanalyse und ermittelt ausschließlich „mögliche“ Wertbeziehungen des Objekts. Diese „Beziehung“ auf „Werte“ ist es nun aber, — und das ist ihre in unserm Zusammenhang entscheidend wichtige Funktion, — welche zugleich den einzigen Weg darstellt, aus der völligen Unbestimmtheit des „Eingefühlten“ herauszukommen zu derjenigen Art von Bestimmtheit, deren die Erkenntnis individueller geistiger Bewusstseinsinhalte fähig ist. Denn im Gegensatz zum bloßen „Gefühlsinhalt“ bezeichnen wir als „Wert“ ja eben gerade das und nur das, was fähig ist, Inhalt einer

¹ Jaffé-Braunschweig Archiv, Januarzeit 1906. Im übrigen ist auch hier durchaus auf die Ausführungen Aderts zu verweisen.

² In dieser Hinsicht ist B. Croce vollkommen beizutreten.

Stellungnahme: eines artikuliert-bewußten positiven und negativen „Urteils“ zu werden, etwas, was „Geltung heischend“ an uns herantritt, und dessen „Geltung“ als „Wert“ „für“ uns demgemäß nun „von“ uns anerkannt, abgelehnt oder in den mannigfachen Verwicklungen „wertend beurteilt“ wird. Die „Zumutung“ eines ethischen oder ästhetischen „Wertes“ enthält anspruchlos die Fällung eines „Werturteils“. Ohne nun auf das Wesen der „Werturteile“ hier noch näher eingehen zu können¹, so ist für unsere Betrachtungen das eine jedenfalls festzustellen: daß die Bestimmtheit des Inhaltes es ist, welches das Objekt, auf welches sie sich beziehen, aus der Sphäre des nur „Gefühlten“ heraushebt. Ob irgend jemand das „Rot“ einer bestimmten Tapete „ebenso“ sieht wie ich, ob es für ihn dieselben „Gefühlstöne“ besitzt, ist durch kein Mittel eindeutig festzustellen, die betreffende „Anschauung“ bleibt in ihrer Kommunizabilität notwendig unbestimmt. Die Zumutung, ein ethisches oder ästhetisches Urteil über einen Tatbestand zu teilen, hätte dagegen gar keinen Sinn, wenn — bei allem Mitspielen inkommunikabler „Gefühlsbestandteile“ — nicht dennoch der „zugemutete“ Inhalt des Urteils in den Punkten, „auf die es ankommt“, identisch „verstanden“ würde. Beziehung des Individuellen auf mögliche „Werte“ bedeutet stets ein — immer nur relatives! — Maß von Beseitigung des lediglich anschaulich „Gefühlten“. Eben darum — und damit kommen wir noch einmal abschließend auf einige schon früher gemachte Anbeutungen zurück — tritt diese geschichtsphilosophische „Deutung“, und zwar in ihren beiden möglichen Formen: der direkt wertenden (also metaphysischen) und der lediglich wertanalytischen, offensichtlich fortwährend in den Dienst des „einfühlenden Verständnisses“ des Historikers. Es kann in dieser Hinsicht durchaus auf die, nur in der Formulierung hier und da nicht abschließenden, gelegentlich auch sachlich nicht ganz unbedenklichen Bemerkungen Simmels² verwiesen und

¹ Es ist der psychologische Einschlag in den antipsychologischen Ausführungen Groce's, daß er die Existenz von „Werturteilen“ in diesem Sinne leugnet, obwohl seine eigene Konstruktion mit ihnen steht und fällt.

² Simmels Formulierungen (S. 52, 54, 56) sind auch hier psychologisch deskriptiv und deshalb trotz ihrer ungemainen Feinheit logisch m. E. nicht durchweg einwandfrei. Richtig ist 1. daß starke „Subjektivität“ des Historikers als „Persönlichkeit“ der kausalen „Deutung“ historischen Handelns und historischer Individualitäten, oft gerade ihm nicht konformer, ungemain zu statuten kommen kann, — 2. daß unser historisches Verständnis „scharf unruhiger“, hochgradig „subjektiver“ Persönlichkeiten nicht selten besonders „evident“ ist: — beide Er-

mag nur folgendes ergänzend hinzugefügt werden: Weil das „historische Individuum“ auch in der speziellen Bedeutung der „Persönlichkeit“ im logischen Sinn nur eine durch Wertbeziehung künstlich hergestellte „Einheit“ sein kann, ist „Wertung“ die normale psychologische Durchgangsstufe für das „intellektuelle Verständnis“. Die volle Verdeutlichung der historisch relevanten Bestandteile der „inneren Entwicklung“ einer „historischen Persönlichkeit“ (etwa Goethes oder Bismarcks) oder auch nur ihres konkreten Handelns in einem konkreten historisch relevanten Zusammenhang pflegt in der Tat nur durch Konfrontation möglicher „Wertungen“ ihres Verhaltens gewonnen zu werden, so unbedingt die Überwindung dieser psychologischen Durchgangsstufe in der Genese seines Erkennens vom Historiker beansprucht werden muß. Wie in dem früher benutzten Beispiel des Patrouillenführers die kausale Deutung in den Dienst des praktischen „Stellungsnehmens“ trat, indem sie das notwendige „Verstehen“ der aus sich selbst nicht eindeutigen Orber ermöglichte, so tritt in diesen Fällen umgekehrt die eigene „Wertung“ als Mittel in den Dienst des „Verstehens“, und das heißt hier: der kausalen Deutung fremden Handelns¹. In diesem Sinn und aus diesem

schonungen hängen mit der Rolle zusammen, welche die Beziehung auf Werte in der erkennenden Formung des Individuellen spielt. Die intensiven „Wertungen“ der „reichen“ und „eigenartigen“ Persönlichkeit des Historikers sind ferner heuristisches Mittel ersten Ranges für die Aufbedung nicht an der Oberfläche liegender Wertbeziehungen historischer Vorgänge und Persönlichkeiten: — aber eben diese Fähigkeit des Historikers zur geistig klar entwickelten Wertung und die dadurch vermittelte zur Erkenntnis von Wertbeziehungen kommen in Betracht, nicht irgend ein Irrationales seiner Individualität. Psychologisch beginnt das „Verstehen“ als ungeschiedene Einheit von Wertung und kausaler Deutung, die logische Bearbeitung aber setzt an Stelle der Wertung die bloß theoretische „Beziehung“ auf Werte bei Formung der „historischen Individuen“. — Es ist auch denklich, wenn Simmel (S. 55 unten, 56) meint, an den Stoff sei der Historiker gebunden, in der Formung zum Ganzen des historischen Verlaufs sei er „frei“. Die Sache liegt m. E. umgekehrt: in der Auswahl der leitenden Werte, die ihrerseits die Auslese und Formung des zu erklärenden „historischen Individuums“ (auch hier natürlich, wie immer, in dem unpersönlichen rein logischen Sinn des Wortes) bestimmen, ist der Historiker „frei“. Auf seinem weiteren Wege ist er aber an die Prinzipien kausaler Zurechnung schlechthin gebunden und „frei“ in gewissem Sinn nur in der Ausgestaltung des logisch „Zufälligen“: d. h. der Gestaltung des rein ästhetischen „Darstellungsmaterials“.

¹ Auch in den Fällen, wo eine „teleologische“ Wertung an der Hand der Kategorie „Zweck“ und „Mittel“ angenommen wird — das übliche Schulbeispiel der Historiker ist die Kriegsgeschichte — ist der logische Sachverhalt genau der:

Grund ist es richtig, daß gerade eine ausgeprägte „Individualität“ des Historikers, d. h. aber: scharf präzisierte „Wertungen“, die ihm eigen sind, eminent leistungsfähige Geburtshelfer kausaler Erkenntnis sein können, so sehr sie auf der andern Seite durch die Macht ihres Wirkens die „Geltung“ der Einzelergebnisse als Erfahrungswahrheit auch wieder zu gefährden geeignet sind¹.

Um hiermit diese notgebrungen etwas eintönige Auseinandersetzung mit den mannigfachen, in allerhand Farben und Formen schillernden Theorien, von der angeblichen Eigenart der „subjektivierenden“ Disziplinen und der Bedeutung dieser Eigenart für die Geschichte abzuschließen, so ist das Ergebnis lediglich die eigentlich recht triviale, aber trotz allem immer wieder in Frage gestellte Einsicht, daß weder die „sachlichen“ Qualitäten des „Stoffes“ noch „ontologische“ Unterschiede seines „Seins“, noch endlich die Art des „psychologischen“ Verganges der Erlangung einer bestimmten Erkenntnis über ihren logischen Sinn und über die Voraussetzungen ihrer „Geltung“ entscheiden. Empirische Erkenntnis auf dem Gebiet des „Geistigen“ und auf demjenigen der „äußern“ „Natur“, der Vorgänge „in“ uns und derjenigen „außer“ uns ist stets an die Mittel der „Begriffsbildung“ gebunden, und das Wesen eines „Begriffs“ ist auf beiden sachlichen „Gebieten“ logisch das gleiche. Die logische Eigenart „historischer“ Erkenntnis im Gegensatz zu der im logischen Sinn „naturwissenschaftlichen“ hat mit der Scheidung des „Physischen“ vom „Physischen“, der „Persönlichkeit“ und des „Handelns“ vom toten „Naturobjekt“ und „mechanischen Naturvorgang“ durchaus nichts zu schaffen². Und noch weniger darf die „Evidenz“ der

selbe. Die auf Grund strategischer „Kunstlehren“ gewonnene Erkenntnis, daß eine bestimmte Maßnahme Mollats ein „Fehler“ war, d. h. die geeigneten „Mittel“ zu dem feststehenden „Zweck“ verfehlte, hat für eine geschichtliche Darstellung lediglich den Sinn, uns zur Erkenntnis der kausalen Bedeutung zu verhelfen, welche jener (teleologisch „fehlerhafte“) Entschluß auf den Verlauf der geschichtlich relevanten Ereignisse gehabt hat. Den Lehren der Strategie entnehmen wir lediglich die Erkenntnis der „objektiven“ Möglichkeiten, welche für den Fall der verschiedenen denkbaren Entschlüsse als realisierbar zu denken sind. (Die Darstellung Bernheims ist auch in diesem Punkt logisch recht unklar.)

¹ Jakob Burckhardt ist für beide Seiten dieses Vorganges ein hervorragendes Beispiel.

² Darüber s. Ridert a. a. O. Gleichwohl hat natürlich seine Bezeichnung der „Gefahr“ suchenden Arbeit als „naturwissenschaftlicher“ Begriffsbildung in der Polemik der Gegner die stete Vermischung des „ressortmäßigen“ mit dem logischen Begriff der „Naturwissenschaften“ zur Folge gehabt.

„Einfühlung“ in tatsächliche oder potentielle „bewußte“ innere „Erlebnungen“, — eine lediglich phänomenologische Qualität der „Deutung“ — mit einer spezifischen empirischen „Gewißheit“ „deutbarer“ Vorgänge identifiziert werden. — Weil und soweit es uns etwas „bedeuten“ kann, wird eine, physische oder psychische oder beides umfassende, „Wirklichkeit“ von uns als „historisches Individuum“ geformt; — weil es durch „Wertungen“ und „Bedeutungen“ bestimmbar ist, wird „sinnvoll“ deutbares menschliches Sich-Verhalten („Handeln“) in spezifischer Art von unserm kausalen Interesse bei der „geschichtlichen“ Erklärung eines solchen „Individuums“ erfaßt; — endlich: soweit es an sinnvollen „Wertungen“ orientiert oder mit ihnen konfrontierbar ist, kann menschliches Tun in spezifischer Art „evident“ „verstanden“ werden. Es handelt sich also bei der besonderen Rolle des „deutbar“ Verständlichen in der „Geschichte“ um Unterschiede 1. unseres kausalen Interesses und 2. der Qualität der erstrebten „Evidenz“ individueller Kausalzusammenhänge, nicht aber um Unterschiede der Kausalität oder der Bedeutung und Art der Begriffsbildung. —

Es erübrigt jetzt nur noch, einer bestimmten Art der „deuten“ Erkenntnis einige Betrachtungen zu widmen: der „rationalen“ Deutung mittels der Kategorien „Zweck“ und „Mittel“.

Wo immer wir menschliches Handeln als durch klar bewußte und gewollte „Zwecke“ bei klarer Erkenntnis der „Mittel“ bedingt „verstehen“, da erreicht dieses Verständnis unzweifelhaft ein spezifisch hohes Maß von „Evidenz“. Fragen wir nun aber, worauf dies beruhe, so zeigt sich als Grund alsbald der Umstand, daß die Beziehung der „Mittel“ zum „Zweck“ eine rationale, der generalisierenden Kausalbetrachtung im Sinn der „Geschichtlichkeit“ im spezifischen Maße zugängliche ist. Es gibt kein rationales Handeln ohne kausale Rationalisierung des als Objekt und Mittel der Beeinflussung in Betracht gezogenen Ausschnittes aus der Wirklichkeit, d. h. ohne dessen Einordnung in einen Komplex von Erfahrungsregeln, welche aus-
sagen, welcher Erfolg eines bestimmten Sich-Verhaltens zu erwarten steht. Zwar ist es in jedem Sinn grundverkehrt, wenn behauptet wird, die „teleologische“¹ „Auffassung“ eines Vorganges sei aus

¹ Über das Verhältnis von „Telos“ und „Causa“ in der sozialwissenschaftlichen Erkenntnis herrscht mehrfach, namentlich seit Stammers geistvollen, aber manche Trugschlüsse enthaltenden Arbeiten eine erstaunliche Verwirrung. Den Gipfel der Konfusion in dieser Hinsicht möchte zur Zeit

diesem Grunde als eine „Umkehrung“ der Kausalen zu begreifen¹. Wichtig aber ist, daß es ohne den Glauben an die Verlässlichkeit der

Dr. Biermann in seinen Auffäßen: „W. Wundt und die Logik der Sozialwissenschaften“, *Conrads Jahrb.*, Januar 1903, „Natur und Gesellschaft“, ebda. Juli 1903 und vollends: „Sozialwissenschaft, Geschichte und Naturwissenschaft“ 1904, XXVIII, S. 552 f. erschienen haben. Dagegen, daß er die „gegenseitige Formulierung von Theorie und Geschichte“ seinerseits vertrete, „vermahnt“ er sich „ausdrücklich“, da sie ihm „unklar und prinzipiell unberechtigt“ erscheine. Die Unklarheit ist in der Tat vorhanden, aber wohl nur insofern, als jene Beziehungen eben leider dem Verfasser völlig unklar geblieben sind, da er sich andernfalls nicht auf Forscher wie Windelband und Riedel berufen könnte, welche über diese ihnen zugemutete Eideschwelerei nicht wenig erlittenen würden. — Indessen, wenn es bei dieser Unklarheit sein Bewenden hätte, so ginge die Sache noch an: — auch sehr viel erheblichere Rationalismonen äußern über die komplizierten Probleme, welche sich an jenen Gegensatz anschließen, gelegentlich handgreiflich irrthümliche Ansichten. Schlimmer ist, daß das allzu eifrige „Telos“ des Verf. auch den allerelementarsten Gegensatz: den zwischen „Sein“ und „Sollen“, verschluckt. Daß dann „Willensfreiheit“, „Gesamtkausalität“, „Gefügtheit der Entwidlung“ im bunten Durcheinander in die angeblich allein entscheidende Antithese: „Telos“ und „Causa“ hineinverflochten und schließlich die Meinung vertreten wird, man müsse ein bestimmtes „Forschungsprinzip“ vertreten, um den „Individualismus“ überwinden zu können, — während ja gerade die Verquickung der Frage nach der „Methode“ und derjenigen nach dem „Programm“ das (heute) Veraltete an den früheren Kontroversen ist —, dies Alles läßt den Wunsch entstehen, es möge die heutige Mode, daß jede Anfängerarbeit mit „erkenntnistheoretischen“ Untersuchungen geziert werden muß, recht bald wieder aussterben. Man kann die ziemlich einfachen und keineswegs „neuen“ Gedanken, welche der Verf. in diesen und anderen Arbeiten über die Beziehungen zwischen „Staat und Wirtschaft“ vorträgt, wirklich auch ohne solche darlegen. Es ist zu hoffen, daß uns der sicherlich vom ehrlichsten Eifer für seine Ideale befeelte Verf. künftig mit Arbeiten beschenken möge, bei deren Lektüre man nicht fortwährend über dilettantische logische Schnitzer stolpert und so die Geduld verliert. Dann erst wird eine fruchtbare Auseinandersetzung mit seinen praktischen Idealen überhaupt möglich sein. — Eine prinzipielle Auseinandersetzung mit Stammler selbst — der keineswegs etwa für alle Schiefheiten Biermanns verantwortlich gemacht werden kann — würde diesen Auffatz abermals um einen Bogen aufschwellen lassen und ist hier nicht geboten.

¹ Erstausführlicher Weise akzeptiert auch Wundt (Logik I, S. 642) diesen populären Irrtum. — Er sagt: „Lassen wir (a) in der Apperzeption die Vorstellung unserer Bewegung der äußeren Veränderung vorangehen, so erscheint uns die Bewegung als die Ursache der Veränderung. Lassen wir dagegen (b) die Vorstellung der ersten Veränderung derjenigen der Bewegung vorangehen, durch die jene hervorgebracht werden soll, so erscheint die Veränderung als Zweck, die Bewegung als das Mittel, durch welches der Zweck erreicht wird. — In diesen Anfängen der psychologischen Begriffsentwicklung enthalten demnach Zweck und Kausalität nur verschiedene Bewegungsweisen eines und desselben

Erfahrungsregeln kein auf Erwägung der Mittel für einen beabsichtigten Erfolg ruhendes Handeln geben könnte, und daß, im Zusammenhang damit, ferner bei einbeutigem gegebenen Zweck die Wahl der Mittel zwar nicht notwendig ebenfalls einbeutig, aber doch wenigstens nicht in gänzlich unbestimmter Vielbeutigkeit, sondern in einer Disjunktion von je nach den Umständen verschiednen vielen Gliedern „determiniert“ ist. Die rationale Deutung kann so die Form eines bedingten Notwendigkeitsurteils annehmen (Schema: bei gegebener Absicht x „mußte“ nach bekannten Regeln des Geschehens der Handelnde zu ihrer Erreichung das Mittel y bezw. eines der Mittel y , y' , y'' wählen) und daher zugleich mit einer teleologischen „Wertung“ des empirisch konstatierbaren Handelns in Eins zusammenfließen (Schema: die Wahl des Mittels y gewährte nach bekannten Regeln des Geschehens gegenüber y' oder y'' die größere Chance der Erreichung des Zwecks x oder erreichte diesen Zweck mit den geringsten Opfern usw., die eine war daher „zweckmäßiger“ als

(von Wundt gesperrt) Vorgangs.“ — Hierzu ist zu sagen: Es ist klar, daß die oben (von mir) mit a und b bezeichneten Sätze gar nicht „denselben“ Vorgang schildern, sondern jeder von beiden einen anderen Teil eines Vorgangs, welcher sich in Anlehnung an Wundt in grobem Schema so wiedergeben läßt: 1. „Vorstellung“ einer erwünschten Veränderung v in der „Außenwelt“, verbunden mit 2. Vorstellung einer Bewegung (m), als geeignet, diese Veränderung zu bewirken, sodann 3. Bewegung m , und 4. eine Veränderung (v') in der Außenwelt, durch m herbeigeführt. Nur die Bestandteile ad 3 und 4: äußere Bewegung und äußere Folge der Bewegung sind offenbar durch den obigen Wundtschen Satz a umfaßt, — 1 und 2: die Vorstellung des Erfolges oder, für den konsequenten Materialisten, wenigstens der entsprechende Gehirnvorgang — fehlen dort, während es für den Wundtschen Satz b dahingestellt bleiben muß, ob er die Elemente ad 1 und 2 allein oder in unklarer Vermischung damit die Elemente ad 3 und 4 umfaßt. In keinem von beiden Fällen aber enthält Satz b eine andere „Aufassung“ desselben Vorganges wie Satz a , und zwar schon aus dem Grunde nicht, weil ja doch vor allem natürlich ganz und gar nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden darf, daß die durch die Bewegung (m) als Ursache hervorgerufene Veränderung (v') mit der durch die Bewegung (m) als Mittel „bezweckten“ Veränderung (v) notwendig identisch sei. Sobald der „bezweckte“ und der faktisch „erreichte“ Erfolg aus nur teilweise auseinanderfallen, paßt ja das ganze Schema Wundts offenbar überhaupt nicht. Gerade ein solches Auseinanderfallen von Gewolltem und Erreichtem — das Nicht-Erreichen des Zwecks — ist aber unzweifelhaft auch für die psychologische Genetis des Zweckbegriffs, deren Erörterung Wundt hier gänzlich mit derjenigen seines logischen Sinnes vermischt, konstitutiv. Es ist gar nicht abzusehen, wie wir des „Zwecks“ als selbständiger Kategorie je inne werden sollten, wenn v und v' ein für allemal zusammenfielen.

die andere oder auch allein „zweckmäßig“). Da diese Wertung rein „technischen“ Charakters ist, d. h. lediglich an der Hand der Erfahrung die Adäquatheit der „Mittel“ für den vom Handelnden faktisch gewollten Zweck konstatiert, so verläßt sie trotz ihres Charakters als „Wertung“ den Boden der Analyse des empirisch Gegebenen in keiner Weise. Und auf dem Boden der Erkenntnis des wirklich Geschehenden tritt diese rationale „Wertung“ auch lediglich als Hypothese oder idealtypische Begriffsbildung auf: Wir konfrontieren das faktische Handeln mit dem, „teleologisch“ angesehen, nach allgemeinen kausalen Erfahrungsregeln rationalen, um so entweder ein rationales Motiv, welches den Handelnden geleitet haben kann, und welches wir zu ermitteln beabsichtigen, dadurch festzustellen, daß wir seine faktischen Handlungen als geeignete Mittel zu einem Zweck, den er verfolgt haben „könnte“, aufzeigen, — oder um verständlich zu machen, warum ein uns bekanntes Motiv des Handelnden infolge der Wahl der Mittel einen anderen Erfolg hatte, als der Handelnde subjektiv erwartete. In beiden Fällen aber nehmen wir nicht eine „psychologische“ Analyse der „Persönlichkeit“ mit Hilfe irgendwelcher eigenartiger Erkenntnismitel vor, sondern vielmehr eine Analyse der „objektiv“ gegebenen Situation mit Hilfe unseres nomologischen Wissens. Die „Deutung“ verläßt also hier zu dem allgemeinen Wissen davon, daß wir „zweckvoll“ handeln können, d. h. aber: handeln können auf Grund der Ermägung der verschiedenen „Möglichkeiten“ eines künftigen Hergangs im Fall der Vollziehung jeder von verschiedenen als möglich gedachten Handlungen (oder Unterlassungen). Infolge der eminenten faktischen Bedeutung des in diesem Sinn „zweckbewußten“ Handelns in der empirischen Wirklichkeit läßt sich die „teleologische“ Rationalisierung als konstruktives Mittel zur Schaffung von Gedankengebilden verwenden, welche den außerordentlichsten heuristischen Wert für die kausale Analyse historischer Zusammenhänge haben. Und zwar können diese konstruktiven Gedankengebilde zunächst rein individuellen Charakters: Deutungshypothesen für konkrete Einzelzusammenhänge sein, — so etwa in einem schon erwähnten Beispiel die Konstruktion einer, durch supponierte Zwecke einerseits, durch die Konstellation der „großen Mächte“ andererseits, bedingten Politik Friedrich Wilhelm IV. Sie dient dann als gedankliches Mittel zu dem Zweck, seine reale Politik daran in bezug auf den Grad ihres rationalen Gehaltes zu messen und so einerseits die rationalen Bestandteile, andererseits die (mit Bezug auf jenen Zweck) nicht rationalen Elemente seines wirklichen

politischen Handelns zu erkennen, wodurch dann die historisch gültige Deutung jenes Handelns, die Abschätzung der kausalen Tragweite beider und so die gültige Einordnung der „Persönlichkeit“ Friedrich Wilhelms IV. als kausalen Faktors in den historischen Zusammenhang ermöglicht wird. Oder aber — und das interessiert uns hier — sie können idealtypische Konstruktionen generellen Charakters sein, wie die „Gesetze“ der abstrakten Nationalökonomie, welche unter der Voraussetzung streng rationalen Handelns die Konsequenzen bestimmter ökonomischer Situationen gedanklich konstruieren. In allen Fällen aber ist das Verhältnis solcher rationalen teleologischen Konstruktionen zu derjenigen Wirklichkeit, welche die Erfahrungswissenschaften bearbeiten, natürlich nicht etwa das von „Naturgesetz“ und „Konstellation“, sondern lediglich das eines idealtypischen Begriffs, der dazu dient, die empirisch gültige Deutung dadurch zu erleichtern, daß die gegebenen Tatsachen mit einer Deutungsmöglichkeit — einem Deutungsschema — verglichen werden, — sie ist insofern also verwandt der Stelle, welche die teleologische Deutung in der Biologie spielt. Wir „erschließen“ auch durch die rationale Deutung nicht — wie Gottl. meint — „wirkliches Handeln“, sondern „objektiv mögliche“ Zusammenhänge. Die teleologische Evidenz bedeutet auch bei diesen Konstruktionen nicht ein spezifisches Maß von empirischer Gültigkeit, sondern die „evidente“ rationale Konstruktion vermag, „richtig“ gebildet, gerade die teleologisch nicht rationalen Elemente des faktischen ökonomischen Handelns erkennbar und damit das letztere in seinem tatsächlichen Verlaufe verständlich zu machen. Jene Deutungsschemata sind daher auch nicht nur — wie man gesagt hat — „Hypothesen“ nach Analogien naturwissenschaftlicher hypothetischer „Gesetze“. Sie können als Hypothesen bei der heuristischen Verwendungs zur Deutung konkreter Vorgänge fungieren. Aber im Gegensatz zu naturwissenschaftlichen Hypothesen tangiert die Feststellung, daß sie im konkreten Fall eine gültige Deutung nicht enthalten, ihren Erkenntniswert nicht, ebensowenig, wie z. B. die empirische Nichtgeltung des pseudosphärischen Raumes die „Nichtigkeit“ seiner Konstruktion. Die Deutung mit Hilfe des rationalen Schemas war dann eben in diesem Fall nicht möglich — weil die im Schema angenommenen „Zwecke“ im konkreten Fall als Motive nicht existent waren —, was aber die Möglichkeit ihrer Verwertung für keinen anderen Fall ausschließt. Ein hypothetisches „Naturgesetz“, welches in einem Fall definitiv verjagt, fällt als Hypothese ein für allemal in sich zusammen. Die idealtypischen Konstruktionen der

Nationalökonomie dagegen präbendieren — richtig verstanden — keineswegs, generell zu gelten, während ein „Naturgesetz“ diesen Anspruch erheben muß, will es nicht seine Bedeutung verlieren. — Ein sogenanntes „empirisches“ Gesetz endlich ist eine empirisch geltende Regel mit problematischer kausaler Deutung, ein teleologisches Schema rationalen Handelns dagegen eine Deutung mit problematischer empirischer Geltung: beide sind also logisch polare Gegensätze. — Jene Schemata sind aber „idealtypische Begriffsbildungen“¹. Weil die Kategorien „Zweck“ und „Mittel“ bei ihrer Anwendung auf die empirische Wirklichkeit deren Rationalisierung bedingen, deshalb und nur deshalb ist die Konstruktion solcher Schemata möglich².

Von hier aus fällt noch einmal, und endgültig, Licht auf die Behauptung von der spezifischen empirischen Irrationalität der „Freiheit“ und des „freien“ Handelns.

Je „freier“, d. h. je mehr auf Grund „eigener“, durch „äußeren“ Zwang oder unwiderstehliche „Affekte“ nicht getrübler „Erwägungen“, der „Entschluß“ des Handelnden einsetzt, desto reiflicher ordnet sich die Motivation *ceteris paribus* den Kategorien „Zweck“ und „Mittel“ ein, desto vollkommener vermag also ihre rationale Analyse und gegebenen Falls ihre Einordnung in ein Schema rationalen Handelns zu gelingen, desto größer aber ist infolgedessen auch die Rolle, welche — beim Handelnden einerseits, beim analysierenden Forscher andererseits — das nomologische Wissen spielt, desto „determinierter“ ist Ersterer in bezug auf die „Mittel“. Und nicht nur das. Sondern je „freier“ in dem hier in Rede stehenden Sinn das „Handeln“ ist, d. h. je weniger es den Charakter des „naturhaften

¹ Über diesen Begriff s. meine Abhandlungen Jaffé-Braunsches Archiv XIX, 1. Ich hoffe jene skizzenhaften und deshalb vielleicht teilweise mifverständlichen Erörterungen bald eingehender fortzusetzen.

² Es ist deshalb so ziemlich der Gipfel des Mißverständnisses, wenn man in den Konstruktionen der abstrakten Theorie — z. B. im „Grenznutzgesetz“ — Produkte „psychologischer“ und vollends „individualpsychologischer“ Deutungen oder den Versuch „psychologischer Begründung“ des „ökonomischen Wertes“ sieht. Die Eigenart dieser Konstruktionen, ihr heuristischer Wert ebenso wie die Schranken ihrer empirischen Geltung beruhen gerade darauf, daß sie kein Gran von „Psychologie“ in irgend einem Sinn dieses Wortes enthalten. Manche Vertreter der Schule, die mit diesen Schemata operieren, haben freilich jenen Irrtum mitverschuldet, indem sie zuweilen allerhand Analogien von „Reizschwelle“ heranzogen, mit der diese rein rationalen, nur auf dem Hintergrund geldwirtschaftlichen Denkens möglichen Konstruktionen ganz und gar nichts, außer gewissen äußeren Formen, gemein haben. (Vgl. S. 95 Anm. 1.)

Geschehens" an sich trägt, desto mehr tritt damit endlich auch derjenige Begriff der „Persönlichkeit“ in Kraft, welcher ihr „Wesen“ in der Konstanz ihres inneren Verhältnisses zu bestimmten letzten „Werten“ und Lebens-„Bedeutungen“ findet, die sich in ihrem Tun zu Zwecken ausmünzen und so in teleologisch-rationales Handeln umsetzen, und desto mehr schwindet also jene romantisch-naturalistische Wendung des „Persönlichkeits“-gedankens, die umgekehrt in dem dumpfen, ungeschiebenen vegetativen „Untergrund“ des persönlichen Lebens, d. h. in derjenigen, auf der Verschlingung einer Unendlichkeit psycho-physischer Bedingungen der Temperaments- und Stimmungs-entwicklung beruhenden „Irrationalität“, welche die „Person“ ja doch mit dem Tier durchaus teilt, das eigentliche Heiligtum des Persönlichen sucht. Denn diese Romantik ist es, welche hinter dem „Rätsel der Persönlichkeit“ in dem Sinn steht, in welchem Treitschke gelegentlich und viele andere sehr häufig davon sprechen, und welche dann womöglich noch die „Willensfreiheit“ in jene naturhaften Regionen hineindichtet. Die Sinnwidrigkeit dieses letzteren Beginnens ist schon im unmittelbaren Erleben handgreiflich: wir „fühlen“ uns ja gerade durch jene „irrationalen“ Elemente unseres Handelns entweder (zuweilen) geradezu „nejesitiert“ oder doch in einer unserem „Wollen“ nicht „immanenten“ Weise mitbestimmt. Für die „Deutung“ des Historikers ist die „Persönlichkeit“ nicht ein „Rätsel“, sondern umgekehrt das einzig deutbar „Verständliche“, was es überhaupt gibt, und menschliches Handeln und Sich-Verhalten an keiner Stelle, insbesondere auch nicht da, wo die Möglichkeit rationaler Deutung aufhört, in höherem Grade „irrational“ — im Sinn von „unberechenbar“ oder der kausalen Zurechnung spottend —, als jeder individuelle Vorgang als solcher überhaupt es ist, dagegen hoch hinausgehoben über die Irrationalität des rein „Natürlichen“ überall da, wo rationale „Deutung“ möglich ist. Der Eindruck von der ganz spezifischen Irrationalität des „Persönlichen“ entsteht dadurch, daß der Historiker das Handeln seiner Helden und die daraus sich ergebenden Konstellationen an dem Ideal teleologisch-rationalen Handelns mißt, statt es, wie, um Vergleichbares zu vergleichen, geschehen müßte, mit dem Ablauf individueller Vorgänge in der „toten Natur“ zu konfrontieren. Am allerwenigsten aber sollte irgend ein Begriff von „Willensfreiheit“ mit jener Irrationalität je in Beziehung gesetzt werden. Gerade der empirisch „frei“, d. h. nach Erwägungen Handelnde, ist teleologisch durch die, nach Maßgabe der objektiven Situation, ungleichen und erkennbaren Mittel zur Erreichung seiner

Zwecke gebunden. Dem Fabrikanten im Konkurrenzkampf, dem Makler auf der Börse hilft der Glaube an seine „Willensfreiheit“ herzlich wenig. Er hat die Wahl zwischen ökonomischer Ausmerzung oder der Befolgung sehr bestimmter Maximen des ökonomischen Gebarens. Befolgt er sie zu seinem offenkundigen Schaden nicht, so werden wir zur Erklärung — neben anderen möglichen Hypothesen — eventuell gerade auch die in Betracht ziehen, daß ihm die „Willensfreiheit“ mangelte. Gerade die „Gesetze“ der theoretischen Nationalökonomie setzen, ganz ebenso wie natürlich auch jede rein rationale Deutung eines historischen Einzelsvorganges, das Bestehen von „Willensfreiheit“ in jedem auf dem Boden des Empirischen überhaupt möglichen Sinn des Wortes notwendig voraus.

In irgendeinem andern als jenem Sinn zweckvoll-rationalen Handelns gefaßt, steht dagegen das „Problem“ der „Willensfreiheit“ in allen Formen, die es überhaupt annehmen kann, durchaus jenseits des Betriebes der Geschichte und ist für sie ohne alle Bedeutung.

Die „deutende“ Motiverforschung des Historikers ist in absolut dem gleichen logischen Sinn kausale Zurechnung wie die kausale Interpretation irgendeines individuellen Naturvorganges, denn ihr Ziel ist die Feststellung eines „zureichenden“ Grundes (mindestens als Hypothese) genau so, wie dies bei komplexen Naturvorgängen, falls es auf deren individuelle Bestandteile ankommt, allein das Ziel der Forschung sein kann. Sie kann die Erkenntnis eines So-handeln-müssens (im naturgesetzlichen Sinn), wenn sie nicht entweder dem Hegelschen Emanatismus oder irgendeiner Spielart des modernen anthropologischen Okkultismus zum Opfer fallen will, nicht zum Erkenntnisziel machen, weil das menschliche ganz ebenso wie das außermenschliche („lebende“ oder „tote“) Konkrete, als ein irgendwie begrenzter Ausschnitt des kosmischen Gesamtgeschehens angesehen, nirgends im ganzen Umkreise des Geschehens in ein ledigliches „nomologisches“ Wissen „eingeht“, — da es überall (nicht nur auf dem Gebiete des „Persönlichen“) eine intensive Unendlichkeit des Mannigfaltigen ist, von der für einen historischen Kausalzusammenhang, logisch betrachtet, alle denkbaren einzelnen, für die Wissenschaft ledigliches als „gegeben“ konstatierbaren Bestandteile als kausal bedeutsam in Betracht kommen können.

Die Form, in welcher die Kategorie der Kausalität von den einzelnen Disziplinen verwendet wird, ist eben eine verschiedene, und in einem bestimmten Sinn — das ist durchaus zuzugeben — wechselt damit auch der Gehalt der Kategorie selbst, bergestalt nämlich, daß

von ihren Bestandteilen bald der eine, bald der andere grade dann seinen Sinn verliert, wenn mit der Durchführung des Kausalprinzips bis in die letzten Konsequenzen Ernst gemacht wird¹. Ihr voller, sozusagen „urwüchsiger“ Sinn enthält zweierlei: den Gedanken des „Wirkens“ als eines, sozusagen, dynamischen Bandes zwischen unter sich qualitativ verschiedenen Erscheinungen auf der einen, den Gedanken der Gebundenheit an „Regeln“ auf der anderen Seite. Das „Wirken“ als sachlicher Gehalt der Kausalitätskategorie und damit der Begriff der „Ursache“ verliert seinen Sinn und verschwindet überall da, wo im Wege der quantifizierenden Abstraktion die mathematische Gleichung als Ausdruck der rein räumlichen Kausalbeziehungen gewonnen ist. Soll ein Sinn der Kausalitätskategorie hier noch festgehalten werden, so kann es nur der einer Regel zeitlichen Aufeinanderfolgens von Bewegungen sein, und auch dieses nur in dem Sinn, daß sie als Ausdruck der Metamorphose eines seinem Wesen nach ewig Gleichen gilt. — Umgekehrt verschwindet der Gedanke der „Regel“ aus der Kausalategorie, sobald auf die schlechtinnige qualitative Einmaligkeit des durch die Zeit ablaufenden Weltprozesses und die qualitative Einzigartigkeit auch jedes räumlich-zeitlichen Ausschnittes daraus reflektiert wird. Für eine schlechtin einmalige gesamtsoziale oder partialsoziale Entwicklung verliert dann der Begriff der Kausalregel ganz ebenso seinen Sinn, wie für die Kausalgleichung der Begriff des kausalen Wirkens, und will man für jene von keiner Erkenntnis je zu umspannende Unendlichkeit des konkreten Geschehens einen Sinn der

¹ Siehe über diese Probleme D. Ritschl, Die Kausalbetrachtung in den Geisteswissenschaften (Bonner Universitätsprogramm von 1901). Es ist R. jedoch keineswegs beizutreten, wenn er im Anschluß an Münsterbergs Grundzüge der Psychologie die Grenze der wissenschaftlichen Betrachtung und speziell der Anwendbarkeit des Kausalitätsgedankens überall da findet, wo „verständnisvolles Nacherleben“ eines Vorganges erstrebt werde. Wichtig ist nur, daß keine Kausalbetrachtung welcher Art immer dem „Erleben“ äquivalent ist. Welche Bedeutung diesem Umstande etwa für metaphysische Auffstellungen zukommen könnte, kann hier nicht untersucht werden. Allein jene mangelnde Äquivalenz gilt für jedes artikulierte „Verstehen“ von Motivationsverkettenungen ebenfalls, und daß die Prinzipien der empirischen Kausalbetrachtung an der Grenze der „verständlichen“ Motivation Halt machen sollten, dafür gibt es keinerlei erstichtigen Grund. Die Zurechnung „verständlicher“ Vorgänge erfolgt nach logisch ganz denselben Grundsätzen wie die Zurechnung von Naturereignissen. Es gibt innerhalb des Kausalitätsprinzips auf dem Boden des Empirischen nur einen Ankn.: er liegt da, wo die Kausalgleichung als mögliches oder doch als ideales Ziel der wissenschaftlichen Arbeit endet.

Kausalkategorie festhalten, so bleibt nur der Gedanke des „Bewirktwerdens“ in dem Sinn, daß das in jedem Zeitdifferential schlechthin „Neue“ eben gerade so und nicht anders aus dem „Vergangenen“ entstehen „mußte“, was aber im Grunde nichts anderes bedeutet als die Angabe der Tatsache, daß es eben schlechthin so und nicht anders in seinem „Jetzt“, in absoluter Einzigartigkeit und doch in einem Continuum des Geschehens, „entstand“.

Diesenigen empirischen, mit der Kategorie der Kausalität arbeitenden Disziplinen, welche die Qualitäten der Wirklichkeit bearbeiten, und zu ihnen gehört die Geschichte und gehören alle „Kulturwissenschaften“ gleichviel welcher Art, verwenden diese Kategorie durchweg in ihrer vollen Entfaltung: sie betrachten Zustände und Veränderungen der Wirklichkeit als „bewirkt“ und „wirkend“ und suchen teils aus den konkreten Zusammenhängen durch Abstraktion „Regeln“ der „Verursachung“ zu ermitteln, teils konkrete „ursächliche“ Zusammenhänge durch Bezugnahme auf „Regeln“ zu „erklären“. Welche Rolle aber die Formulierung der „Regeln“ dabei spielt, und welche logische Form diese annehmen, ob überhaupt eine Formulierung von Regeln stattfindet, ist Frage des spezifischen Erkenntnisziels. Ihre Formulierung in Gestalt von kausalen Notwendigkeitsurteilen aber ist nicht das ausnahmslose Ziel, die Unmöglichkeit der apodiktischen Form keineswegs auf die „Geisteswissenschaften“ beschränkt. Für die Geschichte speziell folgt die Form der kausalen Erklärung überdies aus ihrem Postulat verständlicher „Deutung“. Gewiß will und soll auch sie mit Begriffen von hinlänglicher Bestimmtheit arbeiten, und erstrebt sie das nach Lage des Quellenmaterials mögliche Maximum von Eindeutigkeit der kausalen Zurechnung. Die Deutung des Historikers wendet sich aber nicht an unsere Fähigkeit, „Tatsachen“ als Exemplare in allgemeine Gattungsbegriffe und Formeln einzuordnen, sondern an unsere Vertrautheit mit der täglich an uns herantretenden Aufgabe, individuelles menschliches Handeln in seinen Motiven zu „verstehen“. Die hypothetischen „Deutungen“, welche unser einfühlen des „Verstehen“ uns bietet, werden von uns dann allerdings an der Hand der „Erfahrung“ verifiziert. Wir sehen aber an dem Beispiel mit dem Felsabsturz, daß die Gewinnung von Notwendigkeitsurteilen als ausschließliches Ziel für jede kausale Zurechnung einer individuellen Mannigfaltigkeit des Gegebenen nur an abstrahierten Teilbeständen vollziehbar ist. So auch in der Geschichte: sie kann nur feststellen, daß ein „ursächlicher“ Zusammenhang bestimmter Art bestanden hat und dies durch die Bezugnahme auf

Regeln des Geschehens „verständlich“ machen. Bleibt so die strikte „Notwendigkeit“ des konkreten historischen Geschehens für die Geschichte nicht nur ein ideales, sondern ein in der Unendlichkeit liegendes Postulat, so ist andererseits aus der Irrationalität auch jedes partialkosmischen individuellen Geschehens natürlich keinerlei für die historische Forschung spezifischer und relevanter Begriff einer inbetriebsministischen „Freiheit“ abzuleiten. Speziell die „Willensfreiheit“ ist für sie etwas durchaus Transzendentes, und als Grundlage ihrer Arbeit gedacht geradezu Sinnloses. Negativ gewendet, ist die Sachlage die, daß für sie beide Gedanken jenseits jeder durch sie zu verifizierenden „Erfahrung“ liegen, und beide ihre praktische Arbeit faktisch nicht beeinflussen dürfen.

Wenn sich also in methodologischen Erörterungen nicht selten der Satz findet, daß „auch“ der Mensch in seinem Handeln (objektiv) einem „immer gleichen“ (also: gesellschaftlichen) „Kausalnexu“ unterworfen „sei“¹, so ist dies eine das Gebiet der wissenschaftlichen Praxis nicht berührende und nicht unbedenklich formulierte protestatio fidei zu gunsten des metaphysischen Determinismus, aus welcher der Historiker keinerlei Konsequenzen für seinen praktischen Betrieb ziehen kann. Vielmehr ist aus dem gleichen Grunde die Ablehnung des metaphysischen Glaubens an den „Determinismus“ — in welchem Sinne immer sie gemeint sein mag — seitens eines Historikers, etwa aus religiösen oder anderen jenseits der Erfahrung liegenden Gründen, prinzipiell und auch erfahrungsgemäß, so lange gänzlich irrelevant, als der Historiker in seiner Praxis an dem Prinzip der Deutung menschlichen Handelns aus verständlichen, prinzipiell und ausnahmslos der Nachprüfung an der Erfahrung unterworfenen „Motiven“ festhält. Aber: der Glaube, deterministische Postulate schlossen für irgendetwas Wissensgebiet das methodische Postulat der Aufstellung von Gattungsbegriffen und „Gesetzen“ als ausschließlichen Ziels ein, ist kein größerer Irrtum², als die ihm im umgekehrten Sinne

¹ So z. B. auch bei Schmoller in seiner früher zitierten Rezension von Anies.

² Denn wenn das „Material“ eines konkreten historischen Zusammenhanges etwa allein aus hysterisch, hypnotisch oder paranoetisch bedingten Vorgängen bestünde, welche uns, weil undeutbar, als „Natur“ gelten, — so würde das Prinzip der historischen Begriffsbildung dennoch das Gleiche bleiben: auch dann wäre nur die durch Wertbezeichnung hergestellte „Bedeutung“, welche einer individuellen Konstellation solcher Vorgänge im Zusammenhang mit der ebenfalls individuellen „Umwelt“ beigelegt würde, Ausgangspunkt, Erkenntnis individueller

entsprechende Annahme: irgendein metaphysischer Glaube an die „Willensfreiheit“ schloße die Anwendung von Sattungsbegriffen und „Regeln“ auf menschliches Sich-Verhalten aus, oder die menschliche „Willensfreiheit“ sei mit einer spezifischen „Unberechenbarkeit“ oder überhaupt irgendeiner spezifischen Art von „objektiver“ Irrationalität des menschlichen Handelns verknüpft. Wir sahen, daß das Gegenteil der Fall ist. —

Wir haben nunmehr, nach dieser langen Abschweifung auf das Gebiet moderner Problemstellungen, zu Kries zurückzukehren und uns zunächst klar zu machen, auf welcher prinzipiellen philosophischen Basis sein „Freiheits“-begriff ruht, und welche Konsequenzen dies für seine Tragweite in der Logik und Methodik der Wirtschaftswissenschaft hat. — Da zeigt sich nun alsbald, daß — und in welchem Sinne — auch Kries durchaus im Sinne jener historisch gewendeten „organischen“ Naturrechtslehre steht, welche, in Deutschland vorwiegend unter dem Einfluß der historischen Juristenschule, alle Gebiete der Erforschung menschlicher Kulturarbeit durchdrang. — Am zweckmäßigsten beginnen wir mit der Frage: welcher „Persönlichkeits“-begriff denn bei Kries mit seinem „Freiheits“-gedanken kombiniert ist. Es zeigt sich dabei, daß jene „Freiheit“ nicht als „Urfaßlosigkeit“, sondern als Ausfluß des Handelns aus der notwendig schlechthin individuellen Substanz der Persönlichkeit gedacht ist, und daß die Irrationalität des Handelns infolge dieses der Persönlichkeit zugeschriebenen Substanzcharakters alsbald wieder ins Rationale umbogener wird.

Das Wesen der „Persönlichkeit“ ist für Kries zunächst: eine „Einheit“ zu sein. Diese „Einheit“ aber verwandelt sich in den Händen von Kries alsbald in den Gedanken einer naturalistisch-organisch gedachten „Einheitlichkeit“, und diese wiederum wird als („objektive“) innere „Widerspruchslosigkeit“, also im letzten Grunde rational, gedeutet¹. Der Mensch ist ein organisches Wesen und teilt daher mit allen Organismen den „Grundtrieb“ der „Selbsterhaltung“ und „Vervollkommenung“, einen Trieb, welcher — nach

Zusammenhänge Ziel, individuelle kausale Zurechnung Mittel der wissenschaftlichen Verarbeitung. Auch Taine, der solchen Aufstellungen gelegentlich Konzeptionen macht, bleibt dabei durchaus „Historiker“.

¹ Theoretisch — aber freilich recht unzulänglich — formuliert Kries seinen Ausgangspunkt dahin: „Personales Leben und Mangel eines einheitlichen Mittelpunktes ist ein kontradiktorischer Widerspruch; wo er bemerkt wird, ist er nur scheinbar.“ (S. 247.)

Ja hr b u c h X X X 1. h r s g. v. S c h m o l l e r.

Rnies — als „Selbstliebe“ durchaus „normal“ und deshalb „sittlich“ ist, insbesondere keinen Gegensatz gegen „Nächstenliebe“ und „Gemeinsinn“ enthält, sondern nur in seiner „Ausartung“ zur „Selbstsucht“ sowohl eine „Abnormität“ ist als, eben deshalb, im Widerspruch mit jenen sozialen „Trieben“ steht (S. 161). Beim normalen Menschen sind hingegen jene beiden Kategorien von „Trieben“ nur verschiedene „Seiten“ eines und desselben einheitlichen Vervollkommnungstrebens (S. 165), und liegen mit dem von Rnies gelegentlich (ebendort) als „dritter wirtschaftlicher“ — soll heißen: „wirtschaftlich relevanter“ — „Haupttrieb“ bezeichneten „Billigkeits- und Rechtsinn“ ungeschieden in der Einheit der Persönlichkeit. An die Stelle der konstruktiven Allgemeinheit bestimmter konkreter „Triebe“, insbesondere des „Eigennutzes“, in der älteren Nationalökonomie, und an Stelle des auf dieser Grundlage aufgebauten religiös bedingten ethischen Dualismus der Triebe bei Roscher, tritt bei Rnies die konstruktive Einheitlichkeit des konkreten Individuums in sich, welche daher mit „fortschreitender Kulturentwicklung“ die „einsitzige Ausbildung“ des „Eigennutzes“ nicht etwa häufiger, sondern — so nach Rnies' Meinung im 19., im Gegensatz gegen das 18. Jahrhundert — immer seltener werden läßt. Nach einer Erörterung der starken Entwicklung charitativer Arbeit in der Neuzeit fährt er fort: „Und wenn solche Werkfähigkeit nur Spenden des Erworbenen erkennen läßt, also dem Eigennutz im Verbrauch widersteht, wäre es nicht schon an sich ein unlösbarer psychologischer Widerspruch, wenn man sich die Massen dagegen im Erwerb, auf den Bahnen der Produktion, nur von Selbstsucht und Eigennutz erfüllt denken sollte, unbedünmert um das Wohl des Nächsten und um das Gemeinwohl, so lange sie Güter zu gewinnen streben?“¹ (S. 164/5.) Und doch steht die Erfahrung aller derjenigen, welche jenen Unternehmertypus, den das heroische Zeitalter des Kapitalismus gezeitigt hat, entweder aus der Geschichte oder aus eigener Anschauung in den Nachzüglern, die er auch heute noch besitz, kennen, dem schnurstracks entgegen, und ganze Kultur-mächte, wie der Puritanismus, tragen jenes nach Rnies „psychologisch“ widerprücksvolle Gepräge. Allein, wie die Ann. I zitierte Berufung

¹ Ähnlich und hinsichtlich des rationalen Charakters dieser Konstruktion noch deutlicher: „Die Selbstliebe des Menschen enthält in ihrem Begriff (!) keinen Widerspruch gegen die Liebe zur Familie, zum Nächsten, zum Vaterlande. Die Selbstsucht enthält diesen Widerspruch, sie hat ein privatives und rein negatives Element, das unvereinbar ist mit der Liebe zu allem, was nicht mit dem Ich des einzelnen zusammenfällt.“ (S. 160/161.)

auf den „Begriff“ der „Selbstliebe“ zeigt: das Individuum darf eben kein „Mensch mit seinem Widerspruch“ sein, — es ist ein „ausgeklügeltes Buch“, weil es eben sonst nicht dem Postulat der inneren Widerspruchsfähigkeit genügt würde.

Aus diesem Begriff der psychologischen „Einheitslichkeit“ des Individuums folgert nun Knies für die Methodik seine wissenschaftliche Unzerlegbarkeit. Der Versuch der „Zerlegung“ des Menschen in einzelne „Triebe“ ist nach ihm der Grundfehler der bisherigen (klassischen) Methode¹. — Man könnte glauben, Knies habe mit dieser letzten Äußerung jener Auffassung den Krieg erklärt, welche — Mandeville und Helvetius wie ihre Gegner — die Lehrsätze der theoretischen Nationalökonomie aus einem konstruierten Triebleben des Menschen ableiten zu müssen glaubte und deshalb, da der für sie entscheidende „Trieb“, der „Eigennutz“, nun einmal ein bestimmtes ethisches Vorzeichen trägt, Theorie und Theobizee, Darstellung und Beurteilung hoffnungslos in eine noch heute nachwirkende Verquickung miteinander brachten. In der Tat nähert sich Knies wenigstens an einer Stelle der richtigen Auffassung der Grundlagen der ökonomischen „Gesetze“ in hohem Maß: „Von Anfang an,“ heißt es in einem gegen Moschers Konstruktion der „Triebe“ gerichteten, freilich wenig klar formulierten Satz (S. 246), „wird (scil. bei Rau und Moscher) in dem Hinweis auf die ‚Äußerungen des Eigennutzes‘ nicht zwischen dem ‚Prinzip der Wirtschaftlichkeit‘ in einer — objektivierten — Haushaltsführung und dem seelischen Trieb des Eigennutzes und der Selbstsucht in dem menschlichen Subjekte unterschieden.“ Man sieht, es liegt hier die Erkenntnis ungemein nahe, daß die ökonomischen „Gesetze“ Schemata rationalen Handelns sind, die nicht durch psychologische Analyse der Individuen, sondern durch idealtypische Wiedergabe des Preiskampf-Mechanismus aus der so in der Theorie hergestellten objektiven Situation bezogen werden, welche da, wo sie „rein“ zum Ausdruck kommt, dem in den Markt verflochtenen Individuum nur die Wahl läßt

¹ „Der Chemiker mag den ‚elementaren‘, ‚reinen‘ Körper aus den Verbindungen, in denen derselbe vorkommt, ausschneiden und als für sich ausschließbaren Körper auf alles weitere hin untersuchen. Dieser elementare Körper ist auch als solcher in der Verbindung real vorhanden und wirksam. Die Seele des Menschen dagegen ist ein Einheitsliches, nicht in Teile Zerlegbares, und die Seele des ‚von Natur sozialen Menschen‘ mit einem für sich selbstständig scheidbaren Triebe des reinen Eigennutzes ist eine theoretisch unzulässige Annahme“ usw. (S. 505).

zwischen der Alternative: „teleologische“ Anpassung an den „Markt“ oder ökonomischer Untergang. Inbessen hat Kries aus dieser vereinzelt auftauchenden Erkenntnis keine methodologischen Konsequenzen gezogen: wie schon die früher zitierten Stellen zeigen, und wir immer wieder sehen werden, bleibt bei ihm in letzter Instanz der Glaube unerschütterter, man bedürfe, um zu begreifen, daß Fabrikanten generell ihre Rohstoffe billig zu kaufen und ihre Produkte teuer zu verkaufen beabsichtigen, eigentlich nicht viel weniger als eine Analyse des gesamten empirischen menschlichen Handelns und seiner psychologischen Triebfedern überhaupt. — Vielmehr hat die Ablehnung der „Zerlegung“ des „Individuums“ bei ihm einen andern Sinn: „Weil . . . die Eigentümlichkeit des einzelnen Menschen wie die eines ganzen Volkes sich aus einem einheitlichen Springquell erschließt, alle Erscheinungskreise der menschlichen Tätigkeit sich auf eine Totalität zurückbeziehen und eben deshalb untereinander in Wechselwirkung stehen, so können weder die Triebfedern der wirtschaftlichen Tätigkeit, noch auch die ökonomischen Tatsachen und Erscheinungen ihren eigentlichen Charakter, ihr ganzes Wesen offenbaren, wenn sie nur isoliert ins Auge gefaßt werden“ (S. 244). Der Satz zeigt zunächst, daß Kries — in diesem Punkt durchaus wie Mosher denkend — seine „organische“ Theorie vom Wesen des Individuums im Prinzip auch auf das „Volk“ anwendet. Was unter einem „Volk“ im Sinn seiner Theorie zu verstehen ist, hält er dabei nicht nötig zu bestimmen: er hält es augenscheinlich für ein in der gemeinen Erfahrung eindeutig gegebenes Objekt¹ und identifiziert es gelegentlich ausdrücklich (S. 490) mit der staatlich organisierten Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft nun ist ihm nicht nur, selbstverständlich, etwas anderes als die „Summe der Individuen“, sondern dieser letztere Umstand ist ihm nur eine Folge des viel allgemeineren Prinzips, daß überall und notwendig — wie er (S. 109) es ausdrückt — „ein ähnlicher Zusammenhang“ (nämlich wie zwischen den Lebensäußerungen einer „Persönlichkeit“) „auch aus den Lebensäußerungen eines ganzen Volkes

¹ „Es gibt Gegenstände, für deren begriffliche Feststellung aus der allgemeinen Lebenserfahrung alle nötigen Elemente unwiderlegbar dargeboten werden, so daß sie immer gefunden werden, wenn auf sie verwiesen wird, und andere, deren Feststellung in gewisser Beziehung nur Sache des Übereinkommens ist, so daß sie nur unter bestimmten Voraussetzungen, allgemeingültig werden kann. Zu den ersteren gehört der Begriff des Volkes, zu den letzteren der der Wirtschaft.“ (S. 125.)

heraustönt“. Denn: „Wie von einem einheitlichen Kern aus umfaßt das geschichtliche Dasein eines Volkes die verschiedenen Lebenskreise.“ Daß unter dieser „Einheitlichkeit“ mehr als die nur rechtliche oder die durch gemeinsame historische Schicksale, Traditionen und Kulturgüter bedingte historisch erwachsene gegenseitige Beeinflussung aller Lebensgebiete zu verstehen ist, daß vielmehr für Knies umgekehrt die „Einheitlichkeit“ das prius ist, aus welchem die Kultur des Volkes emaniert, ergibt sich nicht nur aus der oben zitierten, mehrfach wiederkehrenden Parallele zwischen der „Totalität“ beim Individuum und beim Volk, sondern auch aus zahlreichen anderen Äußerungen. Jene „Totalität“ bedeutet insbesondere auch beim Volk eine einheitliche psychologische Bedingtheit aller seiner Kulturäußerungen: die „Völker“ sind auch für Knies Träger einheitlicher „Triebkräfte“. Nicht die einzelnen geschichtlich werdenden und empirisch konstatierbaren Kulturerscheinungen sind Komponenten des „Gesamtcharakters“, sondern der „Gesamtcharakter“ ist Realgrund der einzelnen Kulturerscheinungen: er ist nicht etwas Zusammengesetztes, sondern das Einheitliche, welches sich in allem einzelnen auswirkt; — zusammengesetzt ist — im Gegensatz zu den natürlichen Organismen — nur der „Körper“ des Volksorganismus¹. Die einzelnen „Seiten“ der Kultur eines Volkes sind daher in keiner Weise gesondert und für sich, sondern lebiglich aus dem einheitlichen Gesamtcharakter des Volkes heraus wissenschaftlich zu begreifen. Denn ihr Zusammenschluß zu einer „Einheit“ ist nicht etwa bedingt durch gegenseitige „Angleichungs-“ und „Anpassungs-“ Prozesse, oder wie immer sonst man die durch den Allzusammenhang des Geschehens bedingten gegenseitigen Beeinflussungen alles „Einzelnen“ unter sich bezeichnen will, sondern umgekehrt: der notwendig in sich einheitliche und widerspruchslöse „Volkscharakter“ „strebt“ seinerseits stets und unvermeidlich dahin, unter allen Umständen einen Zustand der Homogenität auf und

¹ Darüber vgl. S. 164: „Wir sind nicht etwa nur berechtigt, sondern in der Tat dazu gedrängt, die Volkswirtschaft mit ihrer gesellschaftlichen Gliederung und ihrer staatlichen Rechtsordnung als ein organisches Gebilde aufzufassen. Nur handelt es sich hier um einen Organismus einer höheren Ordnung, dessen besonderes Wesen dadurch bedingt ist, daß er nicht ein natürlicher Individualorganismus ist, wie die pflanzlichen und die tierischen Organismen, sondern ein „zusammengesetzter Körper“, ein als Kulturprodukt erwachsener Kollektivorganismus, dessen zu gleichzeitigem Einzelleben ausgerüsteten und berufenen Elemente Individualorganismen mit ihrer für die Erhaltung der Gattung erforderlichen Geschlechtsverbindung sind.“

zwischen allen Gebieten des Volkslebens herzustellen¹. Die Natur dieser dunklen, der vitalistischen „Lebenskraft“ gleichartig gedachten Macht wird nicht zu analysieren versucht: sie ist, wie der Roscher'sche „Hintergrund“, eben das schlechtthin letzte Agens, auf welches man bei der Analyse historischer Erscheinungen stößt. Denn wie in den Individuen Das, was ihre „Persönlichkeit“, ihren „Charakter“ ausmacht, den Charakter einer „Substanz“ hat — dies ist ja doch der Sinn der Rnieschen Persönlichkeits-theorie —, so ist eben hier dieser Substanzcharakter ganz im Geiste der Romantik auch auf die „Volksseele“ übertragen, — eine metaphysische Abblaffung von Roscher's frommem Glauben daran, daß die „Seelen“ der einzelnen wie der Völker direkt aus Gottes Hand stammen.

Und über den „Organismen“ der einzelnen Völker steht endlich

¹ Folgende Stellen werden das hinlänglich illustrieren: „Wäge auch im Fortgange der Zeit die Triebkraft der Entwicklung sich in einzelnen Gebieten zuerst weiteren Raum verschaffen . . . es wird immer die Fortbewegung über das Ganze sich erstrecken und alle Teile in Homogenität zu erhalten streben.“ (S. 114.) Ganz entsprechend weiterhin S. 118: „Wie man die Einsicht in die volkswirtschaftlichen Zustände einer Zeit im allgemeinen erst dann erlangt haben wird, wenn man dieselben in ihrer Verbindung mit den Gesamterscheinungen des geschichtlichen Volkslebens erfährt hat, so wird man auch innerhalb des ökonomischen Ringkreises insbesondere die geschichtliche Bedeutsamkeit einer einzelnen Entwicklungsform nur durch die Erfassung des Parallelismus, der aus der analogen Gestaltung aller übrigen hervorspricht, zu erkennen vermögen.“ „Nicht bloß, daß alle speziellen Parteien der Volkswirtschaft untereinander in einem auf die Haltung und den Charakter der Gesamtwirtschaft, als auf ihre Erklärung hinweisenden Zusammenhang stehen, sondern eben dieses Ganze steht auch seinerseits in unlöslicher Verbindung mit dem Gesamtleben des Volkes. Auf diese Verbindung wird man immer wieder hingewiesen, so oft man sich die Frage nach den Ursachen vorlegt, aus denen wirtschaftliche Zustände hervorgewachsen sind, und umgekehrt wird man, wenn man die Wirkungen der letzteren nachzuweisen sucht, auch auf die Erscheinungen der übrigen Lebenskreise eintreten müssen.“ (S. 111.) „Daher bleibt immer die Gemeinsamkeit des allgemeinen Charakters erhalten, der in den verschiedenen Erscheinungsgebieten hervortritt; alle Formen des äußeren Lebens stellen sich als Gebilde einheitlicher Triebkräfte dar, die sich überall zur Geltung zu bringen suchen und deren Entwicklungen die Wandlungen dieser Formen vermitteln, dieselben nach einer Richtung hin zu bewegen suchen.“ (Ebendort.) Und endlich: „Es können sich wohl Neugealtungen als die Ergebnisse einer vorgeschrittenen Entwicklung im allgemeinen Volksleben auf einem einzelnen Gebiete zuerst in deutlicherer Gestaltung, mit scharf ausgeprägtem Charakter herausbilden, aber dieses partielle Dasein ist nur die Erscheinung des allmählichen Werdens, das sich in einer das Gesamtleben umfassenden Reihe nicht bloß gleichzeitiger, sondern auch aufeinander folgender Umbildungen vollzieht.“ (S. 110.)

der höchste organische Zusammenhang: derjenige der Menschheit. Die Menschheitsentwicklung kann aber, da sie eben ein „organischer“ Zusammenhang ist, nicht ein Nach- und Miteinander von Völkern darstellen, deren Entwicklung in den historisch relevanten Beziehungen je einen Kreislauf bildete, — das wäre ja ein „unorganisches“ Hinter- und Nebeneinander von Gattungswesen, — sondern sie ist als eine Gesamtentwicklung aufzufassen, in der jedes Volk seine geschichtlich ihm zugewiesene, daher individuelle, Rolle spielt. In dieser, dem Kries'schen Buch überall stillschweigend zugrunde liegenden geschichtsphilosophischen Auffassung liegt der entscheidende Bruch mit Koscher's Gedankenwelt. Denn aus ihr folgt, daß für die Wissenschaft die Einzelnen ebenso wie die Völker nicht in letzter Instanz als „Gattungswesen“ in ihren generell gleichen Qualitäten, sondern eben als „Individuen“ in ihrer — vom Standpunkt der „organischen“ Auffassung aus gesprochen: — „funktionellen“ Bedeutung in Betracht kommen müssen, und wir werden sehen, daß diese Auffassung in der Tat in der Kries'schen Methodologie äußerst kräftig zum Ausdruck gelangt.

Aber: der metaphysische oder, logisch ausgedrückt: der emanatistische Charakter der Kries'schen Voraussetzungen: die Auffassung der „Einheit“ des Individuums als einer real, sozusagen biologisch wirkenden „Kraft“, führte auf der andern Seite, sobald sie nicht gänzlich in anthropologische verkleidete Mystik umschlagen wollte, mit Notwendigkeit doch auch jene rationalistischen Konsequenzen wieder in die Erörterung hinein, welche dem Epigonentum des Hegel'schen Panlogismus als Erbe von dessen großartigen Konstruktionen anhaften blieben. Dahin gehört vor allem die der emanatistischen Logik in ihrem Decadence-Stadium so charakteristische Zueinanderchiebung von realem Kollektivum und Gattungsbegriff. Es ist, sagt Kries (S. 345), „festzustellen, daß in allem menschlichen Leben und Wirken etwas Ewiges und Gleiches ist, weil kein einzelner Mensch zur Gattung gehören könnte, wenn er nicht gerade so mit allen Individuen zum gemeinsamen Ganzen verbunden wäre, und daß dieses Ewige und Gleiche auch in den Gemeinwesen zur Erscheinung gelangt, weil diese die Eigentümlichkeit der Einzelnen doch immer zur Basis haben.“ Man sieht: „allgemeiner“ Zusammenhang und „allgemeiner“ Begriff, reale Zugehörigkeit zur Gattung und Subsumtion unter den Gattungsbegriff gehen hier ineinander über. Wie von Kries die „Einheitlichkeit“ der realen Totalität als begriffliche „Widerpruchslosigkeit“ gefaßt wurde, so wird hier der reale Zusammenhang der Menschheit und ihrer Entwicklung

doch wieder zu einer begrifflichen „Gleichheit“ der in sie eingefügten Individuen. Dazu tritt nun ein weiteres: die Identifikation von „Kausalität“ und „Gesetzmäßigkeit“, welche gleichfalls ein legitimes Kind der panlogistischen Entwicklungsdiagnostik und nur auf ihrem Boden konsequent durchführbar ist: „Wer die Volkswirtschaftslehre als eine Wissenschaft ansieht, der wird es keinem Zweifel unterwerfen, daß es sich in derselben um Gesetze der Erscheinung handelt. Die Wissenschaft unterscheidet sich eben so von dem bloßen Wissen, daß dieses in der Kenntnis von Tatsachen und Erscheinungen besteht, die Wissenschaft aber die Erkenntnis des Kausalitätszusammenhanges zwischen diesen Erscheinungen und den sie hervorbringenden Ursachen vermittelt und die Feststellung der auf dem Gebiete ihrer Untersuchungen hervortretenden Gesetze der Erscheinung erstrebt“ — sagt Knies (S. 235.) Schon nach allem was wir im Eingang dieses Abschnittes über die „Freiheit“ des Handelns, den Zusammenhang zwischen „Persönlichkeit“ und Irrationalität bei Knies hörten, muß diese Bemerkung auf das äußerste erstaunen, — und wir werden alsbald bei Betrachtung seiner Geschichtstheorie sehen, daß mit jener Irrationalität strenger Ernst gemacht wird. Zur Erklärung dient eben der Umstand, daß hier unter „Gesetzmäßigkeit“ nur das durchgängige Beherrschte der realen Entwicklung der Menschheitsgeschichte durch jene einheitliche, hinter ihr stehende „Triebkraft“ zu verstehen ist, aus welcher alles einzelne als ihre Äußerungsform emaniert. Der Bruch in der erkenntnistheoretischen Grundlage ist bei Knies wie bei Roscher durch jene verkümmerten und nach der anthropologisch-biologischen Seite abgelenkten Reste der großen Hegelschen Gedanken zu erklären, welche für die Geschichts-, Sprach- und Kulturphilosophie verschiedener Jahrhunderte noch in den mittleren Jahrzehnten des abgelaufenen Jahrhunderts einflußreicher Richtungen so charakteristisch war. Bei Knies ist zwar der Begriff des „Individuums“, wie nach der vorstehenden Darstellung sich vermuten läßt und wie sich bald näher zeigen wird, wieder zu seinem Rechte gelangt an Stelle des Naturalismus der Roscherischen Kreislauftheorie. Aber die in ihren Grundlagen emanzipatorischen Vorstellungen über seinen realen substantiellen Charakter sind mit daran schuld, daß die Knies'sche Theorie den Versuch, das Verhältnis zwischen Begriff und Realität zu ermitteln, gar nicht unternahm und daher, wie wir ebenfalls sehen werden, nur wesentlich negative und geradezu destruktive Resultate zeitigen konnte.

(Ein weiterer Artikel folgt.)

Zur naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre.

Von

Ferdinand Tönnies.

Dritter Abschnitt.

Inhaltsverzeichnis.

Preissschrift von Michaëlis S. 122. Rassenmischung S. 124. Cleutheropulos S. 126. Promiskuität S. 127. Klassen, Stände, Parteien S. 128. Ursachen der sozialen Entwicklung S. 129. Kritik des Sozialismus und der sozialen Reform S. 130. Gesamturteil S. 131. Die Schrift Schalks S. 132. Pauperismus in England und den U. St. S. 133. Rücksichtslosigkeit S. 134. Staatssozialismus S. 135. Widersprüche S. 136. Urteil S. 137. — In eigener Sache S. 138 ff. Herr Dr. Schallmayer S. 144. Befangenheit des Kritikers S. 145.

VII.

Ob schon auf dem Umschlage jedes Bandes angekündigt wird, das „ganze Werk“, nämlich die Sammlung „Natur und Staat“, werde im Herbst 1904 fertig vorliegen, so stehen doch jetzt, im Herbst 1905, noch drei der zugleich angekündigten Schriften aus, mithin auch das „Schlußwort“, womit Prof. G. E. Ziegler das Werk abzurunden gedenkt. Indessen halte ich für angezeigt, die Besprechung mit den jetzt vorliegenden Teilen abzuschießen, und die noch nicht publizierten später einer abgesonderten Betrachtung zu unterwerfen.

Die Bedeutung des Preisansschreibens wird von Ziegler in der Einleitung des „Sammelwerkes“ S. 11 in die „unvermeidliche und überaus wichtige Aufgabe“ gesetzt, das Verhältnis der neuen Anschauungen zu den Problemen des öffentlichen Lebens und Staatslebens eingehend zu untersuchen. Die gekrönte Preissschrift von

Michaëlis¹ behandelt in ihrem ersten Teil „entwickelungsge-
schichtliche Fundamentalbegriffe“, im zweiten „die Vererbung“, im dritten
„die Anpassung“. Erst dieser dritte Teil führt auf die „Lehre von
der Entstehung und Ausbildung der Gesellschaft“; mit dieser „bede-
“ sich nämlich „im allgemeinen“ die „Anpassung des Menschen an
seinesgleichen“ (soll heißen: die Lehre von dieser Anpassung).
Neben und vor dieser wird die Anpassung des Menschen an die
„geographische Provinz“ resp. die künstliche Anpassung dieser an den
Menschen erörtert. So kommt denn nur das letzte Viertel des
Buches (S. 159 – 207) auf die „Prinzipien der Gesellschaft“ zu sprechen.
Dies Kapitel wird eröffnet durch einen Paragraphen über „Mann
und Weib“, dem sich solche über „die Liebe“, „die Ehe“, „das Kind“,
„die Familie“, „den Geselligkeitstrieb“, „die Gesellschaft“, „Kasten
und Stände“, „zur Ethik“, „das natürliche Rechtsprinzip“, „den
Staat“ und endlich über „religiöse und naturwissenschaftliche Welt-
anschauung“ anschließen. Es sind Aphorismen über diese Themat-
a, mit vielem ethnographischem Material geschmückt, Betrachtungen über
Wesen und Ursprung der Institutionen mit sozialen und politischen
Postulaten untermischt. Diese Postulate sind nicht ohne Originalität.
„Uneheliche Geburten sollten Zuchthausstrafe und gegen die jegigen
Bestimmungen erhöhte Alimentationspflicht für den Verführer nach
sich ziehen. Ist kein Verführer vorhanden, *b. h.* hat die Mutter
mit mehreren Umgang gepflogen [als ob dies die regelmäßige
Alternative wäre], so trifft sie selbst Gefängnisstrafe. Man wird
hoffentlich nicht einwenden, daß das Kind im letzten Falle ja die
Mutter entbehren müsse. Vor der Fürsorge einer solchen Mutter
ist das Kind im Gegenteil direkt zu bewahren [die Gefängnisstrafe
soll also wohl lebenslänglich sein?]. Daß Abortus resp. Kindesmord
sich deshalb vermehren würden, ist nicht anzunehmen“ (S. 171).
Ein schneidiger Denker und Politiker! Einige Seiten früher (S. 163 f.)
legt er ein gutes Wort für die „freie Liebe“ ein. „Aber wohl-
gemerkt, nur jene freie Liebe, die wahre Liebe ist“. Wer nicht aus
dem Solidaritätsgefühle der Familie heraus die Erhaltung von Weib
und Kind als Selbsterhaltung zu empfinden vermöge, der „würde aus
erzwungener Ehe doch nur eine Hölle für Weib und Kind machen“.
„Gleichwohl wäre es bei den absonderlichen Ehrbegriffen, die noch

¹ Prinzipien der natürlichen und sozialen Entwicklungsge-
schichte des Menschen. Anthropologisch-ethnologische Studien von Curt Michaëlis in
München. Verlag von Gustav Fischer in Jena 1904.

immer herrschen, nur recht und billig, wenn der Desflorator der „Entehrten“ seinen Namen zu geben gezwungen würde unter sofortiger nachfolgender Scheidung, außer der durch das bürgerliche Gesetzbuch jetzt gottseidank erhöhte Alimentationspflicht“ (die Frau hat also dann die „Ehre“, die geschiedene Gattin eines Zuchthäuslers zu werden), ferner (§ 43 S. 165): „Aus dem Begriff der Liebe, wie er in den beiden vorhergehenden Paragraphen definiert und erläutert worden ist, jener Liebe, die ein Spezifikum des Menschen ist, ergibt sich ohne weiteres, daß das Sexualverhältnis beider Geschlechter monogam ist.“ „Ergibt sich ohne weiteres!“ Auf der nächsten Seite dann: „Nun folgt aus dem natürlichen Verhältnis, in dem Mann und Weib zu einander stehen, daß das soziale Übergewicht stets auf seite des ersteren ist. Der Mann ist des Weibes Schicksal. Dies Schicksal erfüllt sich zunächst durch die Desfloration . . . die Desflorierte ist Eigentum des Desflorators. Und wo nun oder sobald als dies Eigentumsrecht durch Zitte oder Gesetz sanktioniert wird, haben wir die Ehe.“ Also auch ohne jene Liebe, die ein Spezifikum des Menschen ist. Übrigens begegnen in den Erörterungen des Verfassers auch artige Gedanken und manche hübsche Zitate. Am besten ausgeführt sind die Abschnitte über die geographische Provinz und die Anpassung des Menschen an sie. Vererbung der „generell nützlichen Eigenschaften“, auch wenn sie durch Anpassung erst erworben sind, wird angenommen. Wenn der Verfasser meint (S. 136), der Satz von der Einheit des Menschengeschlechts beruhe allein darauf, daß der Mensch „als Typus“ morphologisch und physiologisch dem planetarischen Weltkörper der Erde angepasst sei und nicht auf der „vorläufig doch immer nur hypothetischen monophyletischen Abstammung“, so ist das schwerlich ganz klar gedacht. Wenn er aber seine Meinung dann in Sätzen K. E. von Vaers wiederfindet, die darin gipfeln, daß die Verschiedenheiten im Menschengeschlecht durch die physischen Verhältnisse seiner Umgebung hervorgebracht zu sein scheinen, so ist damit allerdings ein bedeutender und wie ich denke, richtiger Grundsatz aufgestellt, der als Leitfaden für die Forschung immer wieder zur Geltung kommen muß: bekanntlich haben schon Aristoteles, Theophrast, Robin, Vico, Montesquieu, Buckle und andere mit gehörigem Nachdruck darauf hingewiesen. Die „Prinzipien der Descendenztheorie“ sind damit wohl vereinbar, aber Neues vermögen sie für den Gegenstand nicht zu lehren. So sind denn auch in dieser Schrift die Fäden sehr dünn, die das Richtige und Beachtenswerte darin mit diesen berühmten Prinzipien verknüpfen.

Im zweiten Teile werden wir noch einmal daran erinnert, daß die Menschenkinder in der Regel ihren Eltern, zuweilen auch den Großeltern, ähnlich sehen, und auch in Temperament und Charakter, in Tugenden und Untugenden, Mischungen von Vater und Mutter darstellen, wenn auch die Mischungsverhältnisse leider so unbekannt bleiben, wie bei allen übrigen Autoren. In zwei umfangreichen Paragraphen werden „Beispiele“ für die familiäre Vererbung künstlerischer und „geistiger“ Fähigkeiten zusammengetragen, mit der ganzen Unkritik, die man in diesen Dingen gewohnt ist; aber eine wichtige Entdeckung hat der Verfasser doch gemacht: daß nämlich die Vererbung des Pfarramttes in protestantischen Predigerfamilien „meist nur“ auf sozialwirtschaftlichen Gründen beruhe (S. 107) — oder ist es auch seine Entdeckung, daß man eine „Vorliebe für Frankreich“ erben kann? diese habe sich nämlich vom prunkliebenden Friedrich I. auf Friedrich den Großen vererbt, wird S. 115 behauptet. — Kein Wunder, daß das interessante Thema der Rassenmischung nicht ohne Beleuchtung bleibt. „Die Mischlinge, *sagt Ammon*, von Weißen und Negerinnen (Mulatten) und von Weißen und Indianerinnen (Mestizen) und deren Nachkommen sind in Amerika wegen ihres schlechten Charakters verrufen und dienen hauptsächlich dazu, die Zuchthäuser zu füllen. Sie besitzen die Ansprüche an das Leben, die der Weiße macht, aber nur die Fähigkeiten des Farbigen, um diese Ansprüche zu befriedigen, dazu die Wildheit des Urmenschen durch Rückschlag“ (S. 125: die beiden Sätze kommen S. 85 schon einmal vor, so wichtig und richtig müssen sie dem Verfasser erschienen sein!). Ammon muß es freilich wissen; er weiß sogar noch mehr: „Von den Weißen wie von den Farbigen, als nicht zu ihnen gehörend verstoßen, führen die Mischlinge ein abenteuerndes Leben, bis sie ihrem Schicksal verfallen.“ (Natürliche Auslese beim Menschen S. 249.) Auch Booker T. Washington ist ein Mulatte. Zwei Seiten nachher lesen wir bei Ammon folgende Sätze Darwins (aus: „Variieren der Tiere und Pflanzen“ überf. Carus II 23): „Daß viele ausgezeichnete und mild gesinnte Mulatten existiert haben, wird niemand bestreiten, und eine mildere und freundlichere Sorte von Menschen könnte man kaum finden als die Einwohner der Insel Chiloe, welche aus Indianern und Spaniern, in verschiedenen Verhältnissen mit einander vermischt, bestehen. Andererseits überraschte mich . . . die Tatsache, daß in Südamerika Menschen *verwickelter Abstammung* von Negern, Indianern und Spaniern selten einen guten Ausdruck hatten, was auch die Ursache hiervon sein mag.“

Er führt dann ein abfälliges Urteil Livingstones über eine Mischlingsrasse am Zambesi an, und zieht die Schlussfolgerung: „Wenn zwei Rassen, *die beide in der Stufenreihe niedrig stehen*, gekreuzt werden, so scheinen die Nachkommen ganz eminent schlecht zu sein.“ Da die weiße Rasse doch wohl hoch steht, so ist damit also über die Mulatten nichts Ungünstiges ausgesagt. Was nun diese betrifft, so wird, wie es scheint, mit Grund behauptet, daß ihre physischen Qualitäten geringer sind, als die beider elterlichen Rassen, besonders auch daß sie stark mit Skrofulose und Tuberkulose behaftet sind¹. Daß die Neger in Nordamerika weit über das Verhältnis ihrer Anzahl an der Kriminalität beteiligt sind, steht fest; worin es seine Ursache hat, bleibe hier dahingestellt²; dafür, daß gerade die Mulatten besonders viele Verbrecher liefern, finde ich keine Belege, Herr Ammon kann sich solche ersparen, man glaubt ihm, wie Figura Michaelis zeigt, aufs Wort. Ubrigens sind bekanntlich die Mulatten fast alle uneheliche Kinder, die auch, wenn sie von reinster Rasse sind, als Gattung nicht eben durch ihre Moralität sich auszeichnen, wenn sie auch ebensowenig wie die Mulatten „hauptsächlich dazu dienen, die Zuchtthäuser zu füllen“. Und wenn die Bestechungen, Bestechlichkeiten, Unterschleife, deren die Weißen in den Vereinigten Staaten sich schuldig machen, nach den Gesetzen bestraft würden, so würde die weiße Kriminalität erheblich weniger gegen die schwarze abnehmen, ganz abgesehen von den Ursachen, die den wirklichen Unterschied erklären.

Noch möge von dem staatswissenschaftlichen Urteil des Autors, mit dem wir uns beschäftigt haben, eine Probe gegeben werden: „Auch der moderne Antisemitismus ist nichts als (wohlberechtigter)

¹ Vgl. die bei F. Hoffmann, *Race traits and Tendencies of the American Negro*, Public. of the Am. Economic Association XI (1896) p. 182 ff. mitgeteilten Daten. Das genannte Buch ist eine fleißige, aber nicht kritische Arbeit, stark zuungunsten des Negers gefärbt.

² „Häufig haben die Klagen über die schlechten Eigenschaften der Mischlinge ihre Wurzel nicht sowohl in ihrem Typus als in der Gesellschaftsverfassung“, Schmoller, Grundriß I, S. 147. Ebenso sagt Darwin am Schluß des von Ammon zitierten Abzuges: „Aus diesen Tatsachen können wir *vielleicht* schließen, daß der herabgekommene Zustand so vieler Mischlingsrassen *zum Teil* Folge eines Rückschlages auf den primitiven und wilden Zustand ist . . . selbst wenn derselbe *hauptsächlich* eine Folge der ungünstigen moralischen Bedingungen ist, unter denen sie meist leben.“ Bei Ammon stehen (ebenfalls in Anführungszeichen zitiert) anstatt „selbst wenn derselbe hauptsächlich“ die Worte „ebenso wie“. Es wäre zu untersuchen, ob diese Fassung in irgendeiner englischen oder deutschen Ausgabe sich wirklich findet. Ich zitiere nach der dritten deutschen Ausgabe (Stuttgart 1878).

Rassenhaß, als Folge der oben angedeuteten Kulturmission Europas. Asien und Europa sind Gegner durch die Art ihrer Arbeit: in Asien Sklavenarbeit, in Europa die freie Arbeit. Der jüdische Kapitalismus, gleichviel ob seine Vertreter Juden oder Christen sind, drängt wieder auf jene hin". (S. 73.)

Es ist schade, daß das Buch, sonst von Begabung und von fleißigen ethnologischen wie anthropologischen Studien zeugend, als ganzes so wenig ernst genommen werden kann. Die Schreibart, im ganzen gefällig, wird durch viele saloppe Wendungen, besonders durch sehr häufigen Gebrauch des schönen Wortes „diesbezüglich“ entstellt.

VIII.

Cleutheropulos¹ hat eine Schrift zu der Sammlung beigeheftet, die mit der naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre in dem besonderen Sinne, den diese Sammlung meint, nichts zu tun hat und nichts zu tun haben will; er hat „den Gedanken des Preisausschreibens“ als einen eventuellen Teil einer objektiven Betrachtungsweise des sozialen Problems angesehen und darauf „nur dieses Problem direkt nach seinen methodologischen Überzeugungen zum Objekte der Forschung gemacht.“ Nach einer Einleitung über die Methode behandelt er im ersten Teil den Ursprung, im zweiten die Entwicklung, im dritten Wesen und Wesensnotwendigkeit des sozialen Lebens. Im ersten Teile glaubt er wahrscheinlich machen zu können, daß die ersten Menschen eine Gesellschaft gebildet haben, worin „vorübergehende Paarung“ herrschte; diese Gesellschaft trete „objektiv geschichtlich“ als Sippe auf; die Ahnen des Menschen seien keine Herdentiere gewesen, aber selbst wenn, so wäre doch der Unterschied zwischen einer Herde und einem sozialen Leben als Organisation nicht durch soziale Gefühle zu erklären, sondern das soziale Leben sei das Werk des menschlichen Geistes. Der Verfasser begegnet sich hier mit mir, in einer These, die ich oft geltend gemacht habe; ich sage aber bestimmter: das Werk des menschlichen Willens, dessen notwendiges Ingrediens menschliches Denken bildet, wenn auch Gefühle seine wesentliche Grundlage sind. Psychologische Analyse fehlt aber bei Cleutheropulos gänzlich. Dies rächt sich sogleich bei der Behandlung der „Promiskuität“, indem E. der Hypothese eines solchen Zustandes die einer „vorübergehenden Paarung“ entgegenstellen will: der wahre Sinn der Promiskuität

¹ Soziologie. Von Dr. A. Cleutheropulos, Privatdozent in Zürich. Verlag von Gustav Fischer in Jena 1904.

besteht für mich darin, daß kein soziales Wollen vorhanden ist, wodurch irgend eine Art dauernder oder vorübergehender Paarung als berechtigt gesetzt wird, im Gegensatz zu anderen Arten, die Abstoß erregen und verboten werden, oder wenigstens mindere Geltung haben und keine Ehre genießen. Dies annehmen heißt nichts anderes als denken, daß die Idee der „Ehe“, als der zugleich rechtmäßigen und dauernden Art des Zusammenlebens von Mann und Weib, erst im Laufe der frühen menschlichen Geschichte sich entwickelt haben muß, daß sie nicht aus dem Nichts entsprungen sein kann. Und nun können uns Haufen ethnologischer Daten über das Wie dieser Entwicklung insoweit aufklären, daß diese Idee, wie es danach scheint, aus der Negation hervorgegangen ist, d. h. aus der Vorstellung gewisser Paarungen als greulich (tabu), und daß diese Verbote (des Incestes) aus der Vorstellung oder dem Gedanken bestehender Blutsverwandtschaft¹, und zwar zu allererst derjenigen zwischen Müttern und Söhnen, gewachsen sind — dieser elementare Begriff, als eines Verhältnisses, das nicht nur weit über die Säugungsperiode hinaus, sondern immer dauere und bestehe, kann bei einem Homo alalus, wie sich von selbst versteht, nicht als unmittelbar gegeben oder „angeboren“ vorausgesetzt werden. Das primitive sinnliche Denken ist aber, wie Morgan — bisher, nach meiner Ansicht, in seinen Hauptsätzen nicht widerlegt — lehrt, so fortgeschritten, daß das für den erwachsenen Mann nicht ohne weiteres gewisse Verhältnis des Muttertums zunächst einer ganzen Gruppe von Frauen zugeschrieben wurde, weil die wirkliche Mutter, wenn sie lebte, jedenfalls dieser Gruppe angehörte, oder daß ebenso ganze Gruppen von Männern und Frauen als „Geschwister“ gedacht wurden, und im Gegensatz zu dem Greuel der Rohabitation mit einer Frau, die möglicherweise die Mutter wäre, als zur Vergattung mit einander berechtigt, und also als mit einander verheiratet galten, mochten nun die wirklichen Paarungen mehr dauernd oder mehr vorübergehend sein — sie waren für die primitive Idee der Ehe nicht das wesentliche Merkmal der Ehe, sondern die jüngere Idee, für die dies der Fall ist, dürfte, gleich der Idee des privaten Eigentums, erst aus der Tatsache des Raubes und infolge dessen anerkannten und behaupteten eigenen Besitzes entstanden sein. — Der gegenwärtige Autor, der nur die Induktion als Grundlage der Soziologie anerkennt, weiß aber eine Menge von Dingen über

¹ Aus der neueren Literatur ist vorzugsweise beachtenswert Durkheim, La prohibition de l'inceste et ses origines in L'année sociologique I. (Paris 1898).

die menschlichen Urzustände, die er lediglich aus seinen Begriffen deduziert. So meint er zu wissen, daß es „Stände und Klassen“ schon in der ersten Sippe“ gegeben habe, denn: „die zwei Geschlechter bilden schon sozusagen von Natur aus zwei dem Werte nach nicht gleiche soziale Klassen in der Gesellschaft: die von jeher, von Natur aus, von den Männern unterjochten Weiber, und die Männer“ (S. 60). Ebenso „müssen wir auf alle Fälle die allgemeine einstige Herrschaft der Altersstände oder der Altersklassen annehmen“ (S. 61). Daraus, daß es Stände und Klassen auch in der ersten Sippe gegeben habe, wird gefolgert, daß die Klassenbildung und die Formen des sozialen Lebens (Sippe, Stamm und Staat) in keinem kausalen Zusammenhange stehen können. Großes Gewicht wird dann auf den Satz gelegt, daß die Ursache der Klassenunterschiede die Ungleichheit der Individuen sei (88) — überall die alte Tendenz, die Wirkungen vieler verwickelter Ursachen auf eine alleinige Ursache zurückzuführen. Klassen oder Stände werden ohne weiteres mit den Parteien identifiziert; die Partei sei „gleichsam eine sich je nach der Gelegenheit jeweils konstruierende (und wieder auflösende) Klasse“ (S. 106); es handle sich bei allen diesen Vereinigungen um Zweckverschiedenheiten der Individuen, und diese beruhe auf der Ungleichheit der individuellen Fähigkeiten. Demnach sei Familie, Klasse, Partei nicht nur ursprünglich, sondern müsse sich auch während der ganzen Geschichte eines sozialen Verbandes unverändert bewährt haben. Hieraus folge, daß es keine Entwicklungsrichtung der materiellen Institutionen gebe, sondern „im letzten Grunde“ eine Formänderung des unveränderlich bleibenden Prinzips (107). Das Recht sei der verwirklichte Wille von Klassen bzw. Parteien, auf seine Entwicklung seien aber auch geistige Momente von Einfluß, die als „sittliche“ Ideen „nicht ganz“ materiellen Bedingungen entspringen. Familie und Klasse sollen neben dem Individuum die nicht weiter zerlegbaren (also atom- oder elementartigen) Einheiten des sozialen Lebens sein, in dem Sinne, daß sie „nur vernichtet werden können“ (113); das (eigentliche, wie es scheint) soziale Atom „sind“ aber, so drückt der Verfasser sich aus (116), die Klassen- bzw. die (sich auch jeweils neu bildenden) Parteien; „und dem entspricht nun auch, daß der Zweck im sozialen Leben die Klassen bzw. die Parteizwecke sind“. Alle Zwecke im sozialen Leben (oder Staate) — nur von diesen, nicht von Zwecken des sozialen Lebens (oder Staates) darf man reden —, die allgemeine Geltung zu haben scheinen, sind eigentlich durchgesetzte Zwecke einer Klasse oder Partei. Ein (wirklich)

allgemeiner Wille im sozialen Leben existiert nicht (129). — Die Ursachen der sozialen Entwicklung sind 1. eine materielle: die Zweckverschiedenheit, 2. eine geistige, nämlich: a) die menschliche Veranlagung, aus der die „sittlichen“ Inhalte hervorgehen, b) die im großen Manne sich geltend machende Eigenart der Individuen, c) die geistige Eigenart der Individuen und der Klassen. An diese Aufstellung schließt sich eine Kritik der „materialistischen Geschichtsauffassung“. Die wirkenden Ursachen sind Ursachen der Entwicklung überhaupt und Ursachen der bestimmten Richtung der Entwicklung einer sozialen Vereinigung (135). Neben dem Marxismus wird auch Stammler angegriffen: ein Zusammenwirken gebe es zwar im sozialen Leben, aber nur in der Klasse bezw. in der Partei (137!). Die Basis der Entwicklung ist das Substrat des sozialen Lebens und der Geschichte, nämlich die Gegensätze der Parteien (die Ungleichheit). Die Ursachen der Entwicklung sind uns niemals ganz gegeben und auch nicht von äußerer Macht abhängig, daher sind alle menschlichen Abänderungsberechnungen im letzten Grunde eitel. Es besteht Gesetzmäßigkeit, aber nicht im Sinne einer berechenbaren mechanischen (Marx) oder teleologischen (Stammler) Kausalität, sondern: jeder neue Zustand ist nur insofern die notwendige Folge des früheren, als er in diesem als eine Möglichkeit enthalten war. Kategorische Imperative als Gesetz der Entwicklung aufzustellen, ist unzulässig und unmöglich; man kann nur etwa einen Rat geben, der als Wegweiser zu Erreichung des Glückes durch eine soziale Vereinigung dienen mag: den Rat „Sei auf deiner Hut“ (147). Das soziale Leben, d. h. das Zusammensein von Menschen als Organisation, ist derjenige Verhältniszustand von beisammenseienden Individuen, der durch die Gewalt des in Zweckbewegung jeweilig siegreichen Willens entsteht. Das Recht ist allerdings die Sicherung eines Zweckes, aber dieser Zweck ist nur ein Zweck neben anderen, die von einer anderen Vereinigung (Klasse, Partei) vertreten werden, und die im Kampfe unterlegen sind, oder ein Zweck, der durch Zugeständnisse erreicht wurde (152—155). Ob das soziale Leben je der Ausdruck aller Zwecke oder gar eines nach innen gerichteten Gesamtzweckes sein kann? Es würde sich um eine Abänderung des Charakters des sozialen Lebens, eben der Zweckverschiedenheit handeln; man müßte also über den Festigkeitsgrad dieses Charakters Klarheit gewinnen (161 ff.). Es handelt sich 1. um die Klassengegensätze, die der Sozialismus aufheben will; dies zu verwirklichen ist unmöglich; wenn der Sozialismus annimmt, daß die Herstellung

gleicher Bedingungen ein Geschlecht von Gleichen hervorbringen werde, so ist dies reines Phantasma, die natürlichen Bedingungen der Ungleichheit sind unabänderlich. Ebenso ist es 2. falsch, wenn Spencer u. a. die Rassen bzw. Nationalcharaktere für abänderlich halten; wo eine feste Einheit vorliegt, hat sie einen festen nur mit ihr selbst ausrottbaren Charakterzug (164—168). Auch den „sittlichen“ Inhalten, der anderen Ursache der Entwicklung neben der materiellen ist es nicht gegeben, eine Umwälzung des Charakters, den das soziale Leben hat, herbeizuführen: als „Sittlichkeit“ sind sie gar nicht dazu geneigt, als notwendige Inhalte des Geistes sind sie nicht mächtig genug dazu (171). Alle Reformversuche sind an diesem Maßstabe zu messen, namentlich der Sozialismus als Umgestaltung des Charakters des sozialen Lebens, und das Ideal des ewigen Weltfriedens (173). Dagegen ist die Tendenz der sozialen Reformpartei prinzipiell freilich möglich; wie müßte aber eine Reform aussehen, wenn das natürliche Prinzip der Klassenbildung tätig bleiben soll? (180). Wichtig sind die Vorschläge, die unteren Klassen geistig zu heben und ihre Kinderzahl zu vermindern. Für die freie Entwicklung etwa der Hochbegabten aus den unteren Klassen fehlt bei den bestehenden erblichen Klasseneinrichtungen mit Privatvermögen die Grundlage. In bezug auf die andere Frage will Verfasser nur geltend machen, „daß die Zahl der Kinder nicht von der Kunst der Soziologen abhängt“ (182). Der Idee nach ist der Sozialismus die einzig mögliche Lösung der sozialen Frage, er ist aber mit der menschlichen Natur völlig unvereinbar. Auch die geschlechtlichen Verhältnisse vermöchte nur der (unmögliche) Sozialismus mit seiner Forderung des Weiberkommunismus oder der freien Liebe richtig zu stellen. Witherin ist eine Reformation des sozialen Lebens in keiner Weise möglich; wohl aber sind die dahin gehenden Tendenzen Motive für die weitere Entwicklung (188). Hierin: daß die Entwicklung zwar in sich begründet und eigenartig notwendig ist, daß aber auch jeder neue Zweck notwendig entsteht und ein Motiv der Entwicklung bildet — besteht nun aber auch die Bedeutung des bereits gefundenen soziologischen Rates: „Sei auf deiner Hut“ (189). Ein Ziel, nach dem das soziale Leben bzw. die Weltgeschichte strebt, besteht nicht, wenn auch eine Richtung darin ist, daß nämlich der Mensch jeweils als Mensch überhaupt deutlicher zur Geltung kommt (190). Ein ewiger Stoff- und Zweckwechsel findet statt, die unteren Klassen sind nicht Bodenfaß, sondern der noch nicht entwickelte Stoff, der sich nach und nach zur Geltung bringt. Unzufriedene Elemente sind nicht der

Untergang sondern das Leben einer Nation. Freilich kann aber der Untergang einer altersschwachen Nation nie ausbleiben (192 f. Ende). — So sonderbar in diesem knappen Auszuge manche Gedanken und Ausdrucksweisen des Verfassers erscheinen mögen, so finde ich doch, daß die Schrift nicht ohne formalen Scharfsinn und systematische Konsequenz ist. Sie hat aber einen spekulativen Charakter und ist nicht in diesem Sinne zu würdigen. Sie hat den Fehler, den solche Deduktionen meistens haben, daß sie Gewisses und Wahrscheinliches nicht gehörig unterscheidet, und daß sie durchaus einseitig verfährt, richtige Gesichtspunkte stark übertreibend. Daß das Vorhandensein von Klassenwillen den allgemeinen Willen ausschliesse, wird willkürlich behauptet, keineswegs bewiesen. Die Widerlegung des Sozialismus in *crambe repetita*, angesichts der wirklichen Probleme ist mit diesen Allgemeinheiten wenig gewonnen, für besonnene Denker hat es sich immer, oder doch längst, um Entwicklungen und um ein mehr oder weniger von Verstaatlichung, von Zwangsgemeinwirtschaft usw. gehandelt; auch der Marxismus wird nur so nach dem wissenschaftlichen und philosophischen Sinne seines Urhebers, wenn dieser von agitatorisch-parteilichen Gesinnungen unterschieden wird, richtig verstanden. Im Politischen, namentlich in bezug auf Form und Verfassung des Staates, sind allerdings plötzliche, rasche, akute Veränderungen möglich, wie die Erfahrung lehrt; sie hängen eben nicht mit dem, was der Verfasser den Charakter des sozialen Lebens nennt, wesentlich und notwendig zusammen. Von Unterscheidungen politischer und ökonomischer Umwälzungen oder darauf gerichteter Tendenzen weiß aber Cleutheropulos nichts. Drum ist auch seine Kritik der sozialen Reform außerordentlich schwach. Überhaupt hat man vielfach nur den Eindruck eines dialektischen Spieles mit so allgemeinen Vorstellungen — denn als Begriffe sind sie nicht einmal gestaltet —, wie Ungleichheit, Klasse, Zweck: freilich eines recht geschickten Spieles, das durch treffende einzelne Bemerkungen belebt wird. Sehr lästig ist die große Menge der Druckfehler; in Sprache und Stil bemerkt man nur hin und wieder den Ausländer, der jedenfalls (als Neugriech) des Deutschen auf erstaunliche Art mächtig geworden ist. Als Antwort auf die Preisfrage: (Was lernen wir usw.?) ist dies Werk ein Kuriosum. Denn diese Antwort läßt sich in ein einziges Wort übersetzen: „Nichts“

IX.

Anderß geartet als die übrigen Schriften ist die vorläufig letzte der Reihe, die auch nicht zu den eigentlichen Preisschriften ge-

hört¹. Der Verfasser, vor Herausgabe des Buches verstorben, war Techniker und Industrieller, zeigt sich aber als Mann von allgemeiner Bildung, von aufmerkamer Beobachtung und scharf gespanntem Interesse für einen Gegenstand, der auch sonst in jüngster Zeit stark erörtert worden ist: für das Verhältnis nämlich zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten, und also für die Entwicklung beider Länder, deren erstem er durch die Geburt, dem anderen durch seine Lebenslaufbahn angehört. Es ist das Buch eines gescheiten, alten Herrn, das wir vor uns haben, Lebenserfahrungen, Leseerträge, Reflexionen liegen darin dicht beieinander. Nach allgemeinen Vorbemerkungen über die Natur und Materie, Beharrung und Anziehung, Vererbung und Anpassung, über klimatische Einflüsse auf den Menschen, folgen in der „Einleitung“ eine Reihe von aphoristischen Glossen unter dem Stichwort: „Kräfte und Formen des sozialen Lebens“. Das Hauptstück des Buches ist überschrieben: „Der wirtschaftliche Kampf ums Dasein“, daran schließt je ein großer Abschnitt über die „Vereinigten Staaten“ und über „Deutschland“ sich an. Der wirtschaftliche Kampf ums Dasein ist für den Verfasser gleichbedeutend mit dem Kampfe um die Oberherrschaft im industriellen Wettbewerbe, und als die hauptsächlichsten Faktoren in diesem Kampfe erörtert er die Gesetze eines jeden Staates über: 1. Verkehrsmittel, 2. Schutz Zoll und Freihandel, 3. Kapital, Geld und Geldwährung, 4. Arbeit. Ad I wird die Geschichte der „Standard Oil Co.“ zum Beweise herangezogen, welchen Einfluß „private Vergünstigungen in Frachten“ auf die Geschichte von Menschen und ihren Daseinskampf ausüben können, und dazu in Klammern bemerkt, daß derartige Verträge (mit den Eisenbahnen) gegen das Gesetz seien, woraus zu folgen scheint, daß sie nicht eben, wie das Thema will, „die Gesetze eines jeden Staates“ als hauptsächlichsten Faktor in dem Kampfe usw. illustrieren. Ad II starkes Plaidoyer für den Schutz Zoll, der mit künstlicher Züchtung, wie Freihandel mit natürlicher „gleichbedeutend“ sei; außerdem beschütze Schutz Zoll das Entstehen, Freihandel begünstige den Verzehrer von Reichtum; dieser erscheine daher unter heutigen Existenzbedingungen wie eine milde Anwendung von Wahnsinn. „Das beste Beispiel für das Gesagte ist das Verhalten zweier Völker zu dieser Frage: der Amerikaner und der Engländer“ (S. 63).

¹ Der Wettkampf der Völker mit besonderer Bezugnahme auf Deutschland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von Emil Schall in New York. Jena 1905, G. Fischer.

Die angeblichen Segnungen des Freihandels werden ironisiert. „Die Engländer versuchen es, und die Resultate sind ‚sehr befriedigend‘: nur eine Million ‚Paupers‘, welche von dem Staate mit einem Kosten- aufwande von 50 Millionen Dollars jährlich am Leben erhalten werden müssen, außer einer beinahe ähnlich großen Anzahl, welche durch Betteln und private Unterstützungen ihr Leben fristen.“ So lesen wir S. 65. Amerika hat also wohl keinen oder geringen Pauperismus? So wird der Leser denken und in seiner Begeisterung für Schutzoll sich gestärkt fühlen. Aber in einem anderen, viel späteren Zusammenhang, wo Herr Schall auf die Ungleichheit der Existenzbedingungen in den Vereinigten Staaten, die er ausdrücklich als „Folge der industriellen Entwicklung“ hinstellt, zu reden kommt, verrät er uns ehrlich, es gebe neben mehr als 5000 Millionären und Multimillionären, „in diesem reichen Lande (nach Prof. R. L. Ely und Charles D. Kellogg, Secretary der N. Y. Charity Association) nicht weniger wie drei Millionen Arme (Paupers) und dazu eine förmliche Armee von Landstreichern, welche im Herbst die Staaten von Norden nach Süden abbetteln, und im Frühling von dem Süden nach dem Norden“. So S. 195! Wenn die Ziffern über den Pauperismus richtig sind — ich will sie nicht prüfen — so wäre mithin das Verhältnis zur Bevölkerung in England (soll heißen: Großbritannien) etwa $\frac{1}{42}$, in den Vereinigten Staaten $\frac{8}{10}$, oder auf Tausend dort 23,8, hier 39,4 — und dabei soll der englische Pauperismus den „Wahnsinn des Freihandels“ erhärten! — In dem Abschnitte über die industrielle Arbeit ist wiederum von Gesetzen nicht viel die Rede, wohl aber von den Arbeiterorganisationen, von denen „während der nächsten Jahrzehnte die Zukunft der Arbeit“ großenteils abhängt; vieles in der gegenwärtig günstigen Lage der Arbeiter sei ihrer mitunter ausgezeichneten Organisation zuzuschreiben (S. 83). Aber die angewandten Mittel seien „nur zu häufig“ Einschüchterung und rohe Gewalt . . . „alle solche Mittel enthalten die Elemente der Ungerechtigkeit, der *Gesetzlosigkeit* und selbst des Anarchismus“ (S. 84). Dagegen findet er es zehn Seiten früher „natürlich“, daß weder Eisenbahnen noch Fabrikgesellschaften „solchen einsfältigen und ungerechten Gesetzen (über Preisvereinbarung) Folge leisteten“. Wie war doch das Wort Herrn Alexanders? — Übrigens preist der Verfasser die Rücksichtslosigkeit des Amerikaners, aus der eine merkwürdige Arbeiterdisziplin folge, und zitiert dabei ein interessantes Urteil aus einer englischen Fachschrift, wonach die englischen Fabrikanten nie fertig bringen werden, den britischen Arbeiter

zu zwingen, unter eben solchem Hochdrucke zu arbeiten wie der Amerikaner. „Offen gesagt, muß nach hiesiger (englischer) Anschauung der Amerikaner unter Bedingungen arbeiten, welche einer gewissen Art von Sklaverei sehr ähnlich sehen.“ Im Anschlusse daran bemerkt Herr Schalk: „In Amerika gehen infolge der Rücksichtslosigkeit eines jeden Individuums gegen alle anderen viele zu Grunde, aber die Gattung wächst an Fähigkeit, den Daseinskampf gegen andere siegreich zu bestehen“ (S. 91)¹. Gleichwohl glaubt er, das stetige Näherücken mehrerer hundert Millionen Asiaten, willens für eine halbe Mark pro Tag zu arbeiten, und dann auf dem Weltmarkte mit den großen industriellen Staaten zu konkurrieren, dürfe gewiß nicht mit ungemischten Gefühlen der Freude begrüßt werden; die „gelbe Gefahr“ werde im Laufe der Zeit auf dem industriellen Gebiete viel größer sein als auf irgendeinem anderen (S. 80). Die Rücksichtslosigkeit wird also doch nicht allein den Ausschlag geben! Diese und der „absolute unbegrenzte rücksichtslose Egoismus“ der Amerikaner, der sich gegen die Mitglieder der eigenen Nation mit derselben Unparteilichkeit wie gegen diejenigen anderer Nationen bewähre, wird auch in dem vorausgehenden Abschnitte über „Geld und Kapital“ herausgestrichen, und die Schilderung der Vertrustungsmethoden mündet in den hoffnungsvollen Satz, der vermutlich die Segnungen, die daraus für die „Gattung“ sich ergeben, illustrieren soll: „Durch solche Operationen und dadurch bedingte Akkumulation der Kapitalien werden die Reichen reicher und mächtiger und die Armen ärmer und machtloser“ (S. 76). Übrigens basiert der Verfasser seine Prognosen zugunsten des Schutzzolls und der amerikanischen Größe auf die alte Lehre von Kredit- und Debet-Bilanz; er meint, wenn es so weiter gehe, werden die Vereinigten Staaten bald den ganzen Goldvorrat der Welt besitzen (S. 77). — Die Erörterung über Arbeiter und Arbeitervereine führt auf das Thema: „Staatssozialismus und anderer Sozialismus“ (S. 94 ff.). Unter „Staatssozialismus“ versteht Herr Schalk — wie es scheint — alle öffentliche, wenigstens alle zentralisierte wirtschaftliche Tätigkeit. Als einen amerikanischen Fortschritt in diesem Gebiete rühmt er die Organisation der Konfular-

¹ „Außerdem ist es der reine Hohn für die Lebenden, daß nach Jahr, hundert eine bessere Rasse gezüchtet würde, während sie selbst mit schwerer Arbeit ihr Leben fristen, event. darben oder gar verhungern müssen, wie dieses bei unbeschränkter Konkurrenz meistens der Fall ist“ — wo steht das? es sind Worte desselben Autors in demselben Buche S. 65, wo er die Freihandels-Argumente bekämpft.

berichte und die Mitwirkung der Bundesregierung in offensiver und defensiver Richtung zugunsten jeder einzelnen amerikanischen Industrie, die in fremden Ländern Absatz sucht. Die Aufhebung aller Konkurrenz, heißt es dann in der Kritik des (eigentlichen) Sozialismus, wäre wohl der größte Fehler, den man begehen kann (S. 103). Und nun kommt die Deszendenztheorie oder vielmehr der Darwinismus in bekannter Anwendung (man vergleiche wiederum die oben in der Anmerkung zitierte Stelle!): „Konkurrenz ist der Kampf ums Dasein in jedem gegebenen Geschäftszweige, und der Kampf ums Dasein ist das züchtende Element; er führt zum Survival of the fittest und ist die Grundbedingung allen Fortschrittes.“ Ehrlicher Weise macht der Verfasser hier sich selber den Einwand, daß in den großen industriellen Kombinationen Amerikas, wie der Standard Oil Co. oder dem American Steel Trust, alle Konkurrenz eliminiert zu sein scheine, wehrt sich aber dagegen mit der schwachen Hinweisung darauf: es gebe noch eine Anzahl unabhängiger Raffinerien und auch Eisen- und Stahlwerke, und ihre Anzahl würde sich sofort vergrößern, wenn das Geschäft sehr rentabel wäre; niemand verbiete doch die Konkurrenz, während sie in einem sozialistischen Staate „ausgeschlossen“ wäre. In dem später folgenden Hauptstück über Amerika wird von dem Ölfieber in Pennsylvanien erzählt, mit dem Schlußsage: „Als endlich die ganze Spekulation zum Krache kam, übernahm die Standard Oil Co. das ganze Vermächtnis „und besitz seitdem die Alleinherrschaft in Petroleum““ (S. 136). Daß durch die Alleinherrschaft die Konkurrenz weniger „ausgeschlossen“ wäre als durch ein „Verbot“, hat der redliche Verfasser selber nicht geglaubt. Übrigens bekämpft er den Sozialismus wegen der „Gleichheit“, meint aber zum Schlusse einer Ausführung, wenn nur produzierendes Eigentum gemeinschaftlich sein solle, so sei indirekt alles Privateigentum bedroht, ganz verständlich: die Art und Weise, wie die Sozialisierung der Produktion und des Verschleißes reguliert werden solle, entziehe sich jeder Berechnung und jeder Diskussion wegen der enormen Anzahl von Geschäften aller Art mit völlig verschiedenen Lebensbedingungen (S. 104). Merkwürdigerweise kommt an einer viel späteren Stelle des Buches (im Hauptstück über Deutschland, unter: „Die Sozialdemokratie in Deutschland“) noch eine ausführliche Erörterung des Sozialismus und seiner Lebensfähigkeit, die u. a. mit dem Satz bestritten wird, jede rein sozialistische oder kooperativ sozialistische Bewegung müsse schließlich zum Staatssozialismus führen. Diesen aber beantwortet der Autor auf das lebhafteste, und zwar besonders für

das Deutsche Reich. Mit Amerika erfolgreich zu konkurrieren, sei nur möglich . . . „endlich und hauptsächlich durch eine vollständige und durchgreifende Organisation der gesamten kommerziellen und industriellen Interessen des Landes“ (S. 211) . . . „eine Organisation, mit einem Generalstabe wie bei der Armee, zusammengesetzt teilweise aus kompetenten Beamten der Regierung und teilweise aus den besten Sachleuten und Beamten der Nation“ (S. 213, ebenso schon S. 92). Es müsse ein nicht leicht nachahmbares System sein, und Staatssozialismus sei in den Vereinigten Staaten, wegen der englischen Tradition und der Abneigung gegen paternal government, eine verpönte Sache; die früher als neues Element des Staatssozialismus gerühmte Ordnung des Konsulardienstes wird nun „eine reine Geschäftssache“ genannt (S. 212). Über die Marx'sche Wertlehre hat der Verfasser folgende Ansicht: „Der Profit ist die Differenz zwischen dem Selbstkostenpreis und dem Verkaufspreis der Waren. Marx nennt dieses den Mehrwert und behauptet, daß dieser Mehrwert dem Arbeiter zu gute kommen sollte; da der Fabrikant ihn aber einsteckt, so „bestiehlt“ er insofern den Arbeiter um diesen Betrag und wird „Ausbeuter“ genannt. Daraus wird alsdann gefolgert, daß das einzig richtige System für industrielle Staaten das kooperativ sozialistische System sei“. Auch ein Beitrag zur „naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre“! — In den Hauptgedanken die krassen Widersprüche. Nachdem in dem Abschnitt über den „Koeffizienten der Kampfesfähigkeit“ (S. 109 ff.) England das „überschätteste Land“ genannt und ungefähr als quantité négligeable behandelt worden ist — dieser auf eine nicht ernst zu nehmende Art berechnete „Koeffizient“ wird für die Vereinigten Staaten auf 450, für Deutschland auf 136, für Frankreich auf 73, für England auf 56 gesetzt —, nachdem überhaupt an vielen Fällen Amerika der sichere Sieg prophezeit worden, heißt es am Schlusse des ganzen Buches, der Kampf um den Handel und die industrielle Oberherrschaft werde in den nächsten Dezennien zwischen Deutschland, England und Amerika ausgefochten werden. Der Endkampf aber — dies der letzte Satz und zugleich der eigentliche Grundgedanke des Buches — werde zwischen Deutschland und Amerika stattfinden, „und Deutschland wird jeden Nerv der ganzen deutschen Nation anstrengen müssen, wenn es in diesem Kampfe nicht unterliegen will“ (S. 215). Daneben aber laufen noch ganz andere Betrachtungen. „Mitteleuropa“ ist es, was bedroht wird, und nicht nur von Amerika, sondern auch — von Rußland. Rußland wird dann überhaupt als

der „andere Riese“ neben Amerika hingestellt (so S. 209). „Beide Nationen scheinen bestimmt zu sein, die beiden größten Führernationen der Welt zu werden, wenn sie es nicht schon heute sind“ (S. 24; der Gedanke schon bei Tocqueville — dem der Verfasser manches entlehnt hat —, *Démocratie en Amérique*, Schlusssätze). Direkt und indirekt wird dann, und zwar bald zur Wehr gegen beide „Kolosse“, bald ausschließlich gegen Amerika, der Zusammenschluß der mitteleuropäischen Staaten empfohlen (3. B. S. 200. 210). Hier und sonst gesunde Gedanken, kräftig ausgesprochen. Was über allgemeine Politik gesagt wird, ist durchweg klug, treffend. Dagegen über die Philosophie, die in der Schrift auch nicht fehlt, ist Schweigen das mildeste Urteil. Alles in allem: ein Buch ganz interessanter, leichter Lektüre, entsprungen aus typischem common sense, mit vielen, aber wenig geordneten Gedanken, etwas journalistisch und dilettantisch abgefaßt¹, beruhend auf naturwissenschaftlich zulänglicher, sozialwissenschaftlich unzulänglicher Bildung einer sympathischen, energischen, aufrichtigen Persönlichkeit, mit der es nicht gereut, Bekanntheit gemacht zu haben. In ihrer nüchternen Unklarheit ist die Schrift charakteristisch für unsere Zeitgenossen überhaupt und für die Amerikaner besonders.

* * *

X.

Ich habe Veranlassung, an die Kritik der Preisaufgabe, die den Besprechungen der gesammelten Preisschriften vorausgeschickt wurde, noch einige Bemerkungen von persönlicher Art anzuknüpfen.

¹ Im einzelnen lassen sich dem Buche noch manche starke Fehler nachweisen. In der Einleitung wird auf den Wert der Kohlenlager hingewiesen (mit einschätzigter Prognose ihrer „absehbaren“ Erschöpfung). Dabei werden Kohlenlager, Kohlenproduktion und Bevölkerung der Ver. Staaten, Englands, Deutschlands, Österreich-Ungarns, Frankreichs verglichen, die beiden letzteren Daten in ihrem Wachstum von 1870 bis 1900. Dann heißt es: „Wie man sieht, steigt die Bevölkerung sehr rasch unter dem Einflusse der Wärme und Licht gebenden verfeinerten Sonnenstrahlen. Wohlstand und Fortschritt folgen einer solchen Entwicklung“ (S. 18). Als ob an der geringen Vermehrung in Frankreich die geringe Menge der Kohlenlager und Kohlenförderung Schuld wäre! Aber schlimmer als die Sache selbst ist, daß zur Unterstützung des schlechten Arguments ganz falsche Ziffern eingestellt werden. Österreich-Ungarn hätte demnach 1870 39, 1900 42 Millionen Einwohner gehabt, also (offenbar auch wegen seiner schwachen Kohlenläge) kaum stärker als Frankreich zugenommen!! Die richtigen Ziffern sind ca. 36 und 45,4, die natürliche Vermehrung ist bekanntlich nicht sehr viel schwächer als die reichsdeutsche.

Diese Kritik ist nicht erst durch die Ergebnisse der Preisbewerbung hervorgerufen worden. Ich habe sie sogleich, nachdem die Aufgabe öffentlich gestellt war, also im Anfange des Jahres 1900, oft, wenn auch leider nur privatim, ausgesprochen, nur mit dem Unterschiede, daß mein abfälliges Urtheil darüber viel stärker und schärfer war. Zwei Freunde, denen gegenüber es am frühesten geschah, sind seitdem verstorben, der eine schon im Februar 1900; dennoch würden mir auch heute noch mehrere Zeugen für die Tatsache zu Gebote stehen. Meine Unzufriedenheit gab sich um so lebhafter kund, weil mein Interesse für den eigentlichen Gegenstand sehr stark war. Die Beschäftigung mit der Deszendenztheorie lag am Anfange meiner philosophischen und staatswissenschaftlichen Studien, also (damals schon) mehr als 20 Jahre zurück; zu jener Zeit hatte ich Darwin, Hädel, Oskar Schmidt, später Nägeli, Romanes u. a. gelesen; so-
dann waren seit 1880 die Werke Herbert Spencers Gegenstand meines Studiums und sind es bis heute geblieben. Der gleichen Zeit gehören meine Auszüge aus Schöffles Bau und Leben des sozialen Körpers an. Die „organische Theorie“ hat mich lange beschäftigt. Ich erreichte bald die Erkenntnis, daß die Wege, auf denen Spencer und Schöffle das soziologische Denken fördern wollten, in die Irre führen, daß vor allem eine scharfe Unterscheidung zwischen den Natur-
tatsachen der Rasse, des Volkes, Stammes und den Kulturthaten der Gemeinschaften und Gesellschaften, der Reiche und Staaten notwendig sei. Zu diesem Sinne habe ich 1887 ein Werk bekannt gemacht, das zwar noch heute einen gewissen Rang behauptet und dem Titel nach in weiteren Kreisen bekannt geworden ist, von dem aber beinahe, wenngleich nicht völlig, eingetroffen ist, was der Herausgeber dieses Jahrbuches ihm prophezeite, da er in einer übrigens wohlgeneigten Anzeige voraus sagte, es werde „gar keine Wirkung ausüben“. Eine Erfahrung dieser Art gibt dem Leben eines Mannes ihr Gepräge. Die Umstände haben es gefügt, daß ich wenig mit der Ausbildung und Bewährung meiner eigenen Theoreme — wie ich mit glühendem Eifer versucht hätte, wenn ein wenig mehr ermutigender Wind in meine Segel gefallen wäre —, und desto mehr mit der Kritik fremder, die fast alle ohne irgendwelchen sichtbaren Einfluß der meinen entstanden waren, zu tun gehabt habe, außerdem mit Arbeiten, die außerhalb meines eigentlichen Bereiches lagen. Bei den meisten dieser Studien habe ich aber die Bedeutung der Deszendenztheorie, deren Geltung mir immer festgestanden hatte, nicht aus den Augen verloren, sondern sehr oft mit die Frage vorgelegt, ob in den

Geschiden der Menschheit, soweit ich sie zu erkennen vermochte, die Auszubildung eines veredelten Typus, der als solcher über die gemeinen Typen hinausrage und sie überlebe, wahrnehmbar sei, und ob aus diesen Wahrnehmungen eine einigermaßen sichere Prognose der zukünftigen Entwicklung dieses Typus sich ableiten lasse. Dies war auch das Problem Herbert Spencers, der mir durch den Ernst seiner Menschenfreundlichkeit und seines energischen Denkens tief sympathisch war, obgleich ich immer der Meinung gewesen bin, daß ihm infolge seiner überwiegend naturwissenschaftlichen Vorbildung und seiner liberal-progreßivistischen Vorurteile zum intimeren Verständnis der Kulturgeschichte sehr wesentliche Elemente fehlten. Ich hätte mir die Kraft gewünscht, seine ganze Ansicht der sozialen Entwicklung durch eine besser begründete, richtigere zu ersetzen. Er hatte von Jugend auf in der freiheitlichen, freihändlerischen Entwicklung Englands und der Vereinigten Staaten (die ja wenigstens im Inneren ein enormes Gebiet freien Verkehrs darstellen) den Weg gesehen, auf dem die Menschheit auch friedlicher, rechtlicher, sittlicher würden, die Voraussetzung für das Überleben des dem sozialen Leben am besten angepassten individuellen Charakters. Er hat an seinen Idealen festgehalten, seine Ansicht der Wirklichkeit aber schlug in völlige Verzweiflung um; er sah nicht nur in dem Aufstieg des Imperialismus wie des (Staats-)Sozialismus Rückfälle in niedrigere Gestaltungen des sozialen Lebens, die von unberechenbarer Dauer sein würden, sondern seinem offenen Auge wurde auch der Wert der gesamten inneren und sittlichen Entwicklung der modernen, speziell der englisch-amerikanischen, Kultur in hohem Grade zweifelhaft, und die Ahnung kam über ihn, daß nicht nur Evolution, sondern auch die von ihm immer aus optimistischer Grundgesinnung vernachlässigte Rehrseite — Dissolution — hier am Werke sei. Da dies für mich längst festgestanden hatte, so konnte das Durchschimmern der Wahrheit, wie sie mir erschien, bei einem so redlichen und weitschauenden Denker mich nur mit Genugtuung erfüllen. Für den Denker und Forscher handelt es sich nicht darum, das Erfreuliche, sondern die Wahrheit zu gewinnen. Die Prognose, daß nach etwa 500 Jahren die gesamte moderne Zivilisation ein Trümmersfeld hinterlassen wird, wie die in ihrer Art nicht minder glänzende antike Zivilisation es etwa im Jahre 600 u. Chr. that, gebietet unmittelbar die äußerste Vorsicht in der Anwendung biologischer Entwicklungsbegriffe auf die heutige Menschheit. Sie nötigt keineswegs dazu, diese völlig aufzugeben; aber sie ist zermalmend für die naive Zuversicht, mit der Naturforscher an-

zunehmen pflegen, daß der „Kulturmenschen“ des 20. Säkulums etwa zum mittelalterlichen Pfahlbürger und Ritter sich verhalte, wie dieser zum Papua, und wie der Papua zum anthropoiden Affen. Eine Variation dieser unkritischen Annahme ist neuerdings dahin ausgebildet worden — sie ist auch bei Spencer nicht unvertreten — daß, zwar nicht der gewöhnliche Mensch, der Heidebauer, der Proletarier, aber die Elite, der Mensch der oberen sozialen Schichten, der Gebildete, zugleich den menschlicheren Menschen und den Menschen der Zukunft darstelle, der sich durch sozial und politisch bedingte Mobilisationen der natürlichen Zuchtwahl spezifisch fortpflanze, auf dem daher die ganze Hoffnung für die menschliche Entwicklung ruhe, so daß sich die „Moral“ von selbst ergebe, den vorhandenen gesellschaftlichen Zustand, der diese höheren Menschen von der großen Menge scharf abscheidet und ihre Zucht begünstigt, der demokratischen Nivellierung gegenüber zu erhalten und, wenn möglich, noch strenger auszubilden; nebst anderen Folgerungen, die sich leicht daran anschließen. Ich habe die im Jahre 1893 erschienene Schrift von Otto Ammon: „Die natürliche Auslese beim Menschen“, mit einigen Erwartungen begrüßt, mußte aber die darin enthaltene Theorie als oberflächlich und verworren, die Methode als sehr mangelhaft charakterisieren; dies geschah fogleich, als mir das Buch bekannt geworden war (1893). Auch gegen die Folgerungen desselben Autors in seinem Buche: „Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen“, habe ich fogleich Protest erhoben, nicht wegen ihrer Beschaffenheit, sondern wegen ihrer unwissenschaftlichen Begründung. Die Erfolge der Ammonschen Lehre trafen mit den auffallenderen Erfolgen der Nietzsche'schen poetisch-philosophischen Verherrlichung aristokratischer Lebensformen und Denkweisen zusammen; ich habe in meinem Büchlein „Der Nietzsche-Kultus“ mich darüber ausgesprochen. Ich bin nicht etwa, wie sogar ein sonst scharfsichtiger Kritiker dieses Büchleins meinte, ein grundsätzlicher oder politischer Feind der Aristokratie; aus meinen Theoremen läßt sich eher das Gegenteil ableiten. Ich bin aber ein grundsätzlicher Gegner vor-eiliger Verallgemeinerungen und unlogischer Beweismittel. Und ich hege sachlich sehr starke Zweifel, ob die heutige Volkswirtschaft und Gesellschaft danach angetan ist, eine lebens- und funktions- (b. h. herrsch-)fähige Aristokratie aus sich hervorzubringen (Anmerkungen in dem besprochenen Buche von Schall über die amerikanische Plutokratie und Volkswirtschaft und die Zusammenhänge beider sind in dieser Hinsicht beachtenswert!).

Ich will hier auf die Analyse der Preisaufgabe und ihrer Erläuterungen nicht zurückkommen¹. Während der ersten zwei (oder wenigstens 1 $\frac{3}{4}$) Jahre, nachdem ich sie kennen lernte, stand mir fest, daß ich mich, so wichtig auch der Kern des Gegenstandes mir schien, an der Bewerbung nicht beteiligen könne, teils schon wegen der Art der Fragestellung, teils und besonders wegen der „Erläuterungen“. Als der Kern erschien mir das Problem, ob und inwieweit die bekannten Tatsachen der menschlichen sozialen, politischen, geistigen Entwicklung mit den Annahmen der Biologen über die Ursachen der Entstehung der Arten in Tier- und Pflanzenreich übereinstimmen oder sich vereinen lassen. Aber das Thema selber will ja sichtlich schon auf etwas anderes hinaus, nämlich auf praktisch-politische metaphorische Nutzenanwendungen, entsprechend dem zweiten und größeren Teil der „Erläuterungen“. Außer dem freilich soll auch das Anmonische Argument zugunsten der „Gesellschaftsordnung“ verwertet werden. Ich muß mir zum Vorwurfe machen, daß ich nicht bei meinem inneren Proteste gegen diese Zumutungen verharrte. Ich faßte schließlich einen Plan, auf Grund dessen ich der Schwierigkeiten Herr zu werden hoffte. Ich verfaßte ein sehr eilig niedergeschriebenes Manuskript während der letzten zwölf Monate, wenn auch mehrfach

¹ „Am Krankenlager deutscher Wissenschaft. Kritische Bemerkungen zur neuesten naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre“ ist ein kleines Heft betitelt, worin der Geologe Dr. G. J. Meyer, ein offenbar völlig Neutraler, die famosen Erläuterungen ganz in meinem Sinne, aber noch eingehender und stärker, verurteilt. Er betrachtet „dieses Schriftstück“, das „mit einer großen Anzahl von logischen Fehlern, von verworrenen und verwirrenden Unklarheiten behaftet“, von „angesehenen und trefflichen, zum größeren Teil sogar berühmten Forschern in die Welt hinausgeschickt“ sei, als ein „sehr verbreitetes Symptom einer allgemeinen Kulturkrankheit“. Wenn dort zugleich den 60 Bewerbern nachgelagt wird, keiner von ihnen scheine die Fehler und Unklarheiten bemerkt zu haben, „denn sonst müßte man ja annehmen, entweder daß sie aus Furcht geschwiegen hätten, um es nicht mit den Richtern zu verderben, oder aber, daß die Herausgeber des Sammelwerkes trotz eingelaufener Kritiken, trotzdem daß sie auf die Fehler der ‚Erläuterungen‘ aufmerksam gemacht worden sind, das Schriftstück mit den alten Irrtümern in der ‚Einleitung‘ abermals zum Abdrucke gebracht haben“: so fühle ich mich getroffen von dem Vorwurfe. Ich habe aber nicht geschwiegen „aus Furcht“, sondern weil es mir sachlich geboten schien, wenn man einmal teilnehme, sich den Bedingungen schweigend zu unterwerfen. Daß ich aber nicht früher, obgleich mir sehr danach zu Mute war, gesprochen habe, liegt einfach daran, daß ich andere für berufener dazu gehalten habe und meiner Stimme genohnheitsmäßig kein großes Gewicht beimesse; es fehlte auch der äußere Druck, den ich regelmäßig nötig habe, um mich zu solcher öffentlichen Rundgebung veranlaßt zu fühlen.

durch Reihen von Wochen unterbrochen. Meinen Plan auszuführen reichte die Zeit nicht; auch enthielten die fertigen Stücke nicht viel mehr als ungeführte Entwürfe und Materialien. Dennoch hatte ich die Schwäche, diese Fragmente einzusenden, als eine Schwäche habe ich es selber empfunden und alsbald bezeichnet. Ich war zufrieden, als ich das Manuskript wieder in Händen hatte und eine von den kleineren Prämien (1000 Mk.) dazu erhielt, die ich jedoch nur annehmen unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Schrift nicht zur Publikation beansprucht würde (es hieß sogleich in der Bekanntmachung des Ergebnisses — 7. März 1903 —, daß außer den eigentlichen Preisschriften noch einige andere Abhandlungen zur Erwerbung in Aussicht genommen seien; daß darunter die meine gewesen sei, glaube ich zwar nicht, mußte es aber für möglich halten). Nachdem ich zur Antwort erhalten, daß die Prämie davon unabhängig sei, war ich beruhigt, und die Episode war für mich abgeschlossen. Ich habe diese Darstellung nicht gegeben, als ob ich damit sagen wollte, wenn ich mir die gehörige Zeit genommen und meinen Plan ausgeführt hätte, so wäre mir vermutlich einer der Preise zugesallen; ich bezweifle dies vielmehr durchaus. Sondern darum berichte ich es, weil es die tatsächliche und genaue Wahrheit ist, und um meine Stimmung zu erklären, mit der ich keineswegs als ein sich zurückgesetzter fühlender Mitbewerber, sondern völlig zufrieden, der Affäre mit heiler Haut und sogar mit etwas mehr entronnen zu sein, dastand. Hätte ich das Urteil für ungerecht gehalten und dagegen innerlich revoltiert, so hätte ich sicherlich nichts eiliger zu tun gehabt, als meine Sache, sei es in der vorgelegten oder in neu bearbeiteter Fassung, dem Publikum vorzulegen und als die wahre Lösung der Preisaufgabe zu empfehlen, so an besser unterrichtete Kritiker appellierend. Nichts hat mir ferner gelegen als dies; was ich später von den Materialien und Entwürfen noch zu verwerten hoffe, wird sicherlich von dieser Fragestellung und ihrem Kommentar, die ich nie aufgehört habe, als verfehlt und unfruchtbar zu betrachten, völlig abgelöst werden; ob es in anderer Hinsicht Wert habe, möge sich dann herausstellen.

Als ich auf die Einladung des verehrten Herausgebers dieser Zeitschrift, die Bücher der Sammlung „Natur und Staat“ zu besprechen, mit der Bitte antwortete, diese Last auf andere Schultern zu legen, habe ich dies nicht mit der Motivierung getan, daß ich selber an der Bewerbung beteiligt sei, weil dies in meinem Bewußtsein nur sehr schwach mitsprach; als ich den wiederholten Antrag

angenommen habe, geschah es, weil ich mich überzeugt hatte, daß ich der Preisaufgabe und ihren Erläuterungen mit derselben Kritik wie in dem ersten Augenblicke, da ich sie zu Gesicht bekam, den Preisschriften aber ebenso wie irgendwelchen anderen Werken der Literatur gegenüberstände. Den Preisrichtern habe ich von Anfang an verdacht, daß sie ihre Namen unter die unklaren Ideen und Sätze der Erläuterungen gesetzt hatten. Mit ihnen zu rechten wegen der Urteile oder gar meinethalben, widerstrebt meinen Empfindungen auf das äußerste und widerspricht auch meinen Grundsätzen. Als ich gehört habe, daß dies von anderen Seiten in heftiger Weise geschehe, habe ich das sogleich innerlich gemißbilligt und mich sonst gar nicht darum gekümmert; ich habe bis heute keine Zeile, die darüber geschrieben wurde, gelesen. Die Kompetenz der Preisrichter in Frage zu stellen, ist mir gleichfalls zunächst nicht eingefallen, wenn ich auch Herrn Prof. Ziegler, der ein sehr tüchtiger Zoologe sein mag, für ganz ausnahmsweise ungerufen gehalten habe, in soziologischen Dingen mitzureden, und diese unmaßgebliche Meinung ist mir durch neuere Erfahrungen stark bestätigt worden¹.

Als ich die Besprechungen in Angriff nahm, hatte ich mir vorgenommen, die Richtigkeit der Preisverteilung mit keinem Worte zu

¹ Vgl. die Anmerk. in diesem Jahrbuch XXIX 1, S. 42. Das Buch des Herrn Ziegler „Die Naturwissenschaft und die sozialdemokratische Theorie, ihr Verhältnis dargelegt auf Grund der Werke von Darwin und Webel“ ist mir unbekannt, außer dem Titel nach. Herr Webel ist ja als Redner, als Parteiführer und wohl auch als praktisch-politischer, wenigstens aber als populärer Schriftsteller, eine sehr beachtenswerte Persönlichkeit. Ihn als klassischen Vertreter einer „Theorie“ neben Darwin zu stellen, zeugt von vornherein von einer so gründlich verfehlten Stellungnahme zu den wirklichen Problemen, daß ich es vorziehe, mich nicht damit zu beschäftigen. In der Schrift von Schall, die Herr Prof. Ziegler herausgegeben hat, befinden sich Anmerkungen des Herausgebers. In einer solchen Anmerkung wird uns verraten (S. 190), daß Frankreich „zurzeit ein sozialistisches Ministerium besitzt“ (1904/5)! In einer anderen wird zu einem Ausspruch Schalls, daß in Deutschland viele der (in den Reichstag) gewählten Männer von bedeutender Erfahrung in industriellen, kaufmännischen und administrativen Sachen seien, bemerkt (S. 180), die Zahl solcher Männer im Reichstag sei leider immer mehr zurückgegangen; „es werden immer mehr Volkserbner und Agitatoren in den Reichstag gewählt, und der Reichstag bringt seine beste Zeit damit zu, daß Agitationsreden gehalten werden, welche weniger an das Parlament gerichtet als vielmehr für die Wählermassen bestimmt sind.“ Offenbar meint Herr Ziegler, im ersten Jahrzehnt des Reiches, als die Sozialdemokraten noch nicht in Betracht kamen, seien etwa die Reden der Zentrumsführer gehalten worden, um ihre nationalliberalen und fortschrittlichen Gegner, oder um die Regierung von der Schädlichkeit des Kulturkampfes in Preußen und des Jesuitengesetzes im Reich zu überzeugen.

berühren. Ich bin diesem Vorface allerdings in einem Falle untreu geworden, weil das Nichterscheinen des Woltmannschen Werkes in der Sammlung sehr auffallend war, und weil ich schon durch eine flüchtige Einsichtnahme in die bis dahin erschienenen Stücke mich hinlänglich zu überzeugen glaubte, daß jenes neben dem Schallmayer'schen allein (denn das Buch von Mañat ist ein philosophisches Werk, dessen Zusammenhang mit der Desjendenztheorie nicht wesentlich ist) als ein ernsthafter Versuch, den biologischen Problemen, die für die Soziologie wichtig sind, gerecht zu werden, in Betracht komme, wenn auch beide Autoren an die vorgeschriebene metaphorische Anwendung der Prinzipien usw. sich wenig oder gar nicht gekehrt haben. Wenn ich überdies zu dem Urteil gelangte, daß der wissenschaftliche Wert des Woltmannschen Buches „etwas höher“ zu schätzen sei als der des Schallmayer'schen, so ist dies ein sehr fehlbares Urteil, an dessen Verteidigung mir wenig gelegen ist; ich hätte es unterdrücken können, ohne daß mein Verhältnis zu beiden davon berührt worden wäre. Ich habe beiden gerecht werden wollen und die Fähigkeiten beider Autoren anerkannt; ihr Mißlingen habe ich mehr der Sache als ihnen zugeschrieben.

Jedoch wozu diese langen, allzu persönlichen Mitteilungen? Herr Dr. Schallmayer hat, ich weiß nicht auf welchem, normalem oder minder normalem Wege, ermittelt, daß ich an der Preisbewerbung beteiligt gewesen sei, und hält es für angezeigt, dies in einer Schrift (die mir noch nicht zu Gesicht gekommen ist) zu veröffentlichen; er behauptet zugleich, daß ich folglich ein „befangener Richter“ sei und sein müsse. Er gedenkt, wie ich höre, eine Betrachtung über Schäden und Mängel der literarischen Kritik im allgemeinen daran anzuknüpfen — ein ebenso altes wie dankbares Thema.

Den Rezensenten von Büchern mit einem besetzten Richter in Zivil- oder gar in Kriminalprozessen zu vergleichen, ist nur in wenigen Punkten richtig. Es handelt sich weder um Tat- noch um Schuldfragen, nicht um Entscheidung von Streitigkeiten, nicht um Verhängung von Strafen. Aber gerecht muß der Kunstrichter wie ein anderer Richter sein, um es zu sein, muß er es sein wollen. „Er muß es aber auch sein können, er muß nicht voreingenommen sein für oder wider den Autor, über den er urteilt.“ Wenn alle Kritik ausgeschlossen würde, deren Urheber in irgendeinem Sinne zugunsten oder ungünstig seines Objektes disponiert sein könnte, so bliebe so gut wie gar keine nach. Ohne Zweifel werden Preisrichter auch von dem geehrten Herrn für völlig unbefangene Richter gehalten.

Die Namen der Bewerber werden ihnen vorenthalten, damit sie ganz sachlich über das Kunstwerk oder wissenschaftliche Werk, das ihnen vorgelegt wird, urteilen können; ein deutliches Zeichen dafür, daß man schon in der Kenntnis des Namens eine Gefahr minder unparteiischen Urteilens sieht. Überdies wird nie ein Einzelrichter mit der Entscheidung betraut: offenbar weil in einem Kollegium ein Ausgleich der Tendenzen für wahrscheinlicher gehalten wird; der einzelne ist — im Sinne einer moralisch durchaus entschuldbaren Eigenschaft — eher „bestechlich“. Und doch wie viele Quellen befangenen Urteils bleiben auch für ein Preisrichter-Kollegium übrig. Wie leicht fließen diese zusammen, anstatt sich aufzuheben. Der eine erkennt an Stil und Gedankenbildung seinen lieben Vetter, der andere findet in demselben Werke seine eigenen Lieblingsatheorien wieder, die „vernünftigen Ansichten“, die er selbst für die einzig richtigen hält; der dritte vernimmt aus der anonymen Schrift die Stimme seines wohlbekannten Gegners, oder einer konkurrierenden Schule, oder einer verabscheuten 'Richtung'. Usw. usw. Werden in allen solchen Fällen die Preisrichter ihr Amt niederlegen? es niederlegen müssen? kann dies mit Recht, mit irgendwelchem Sinne verlangt werden? — Muß man nicht in allen Fällen sich begnügen mit der Erwartung, daß der vir bonus et honestus seines Amtes nach bestem Wissen und Gewissen walten wird? daß er ehrlich bemüht sein wird, objektiv zu urteilen, ohne Ansehen der Person? — Gewiß, der gewöhnliche Kritiker trägt eine geringere Verantwortung. Nur allzu oft nehmen solche es leicht mit ihren Pflichten. Und wenn sie danach angetan sind, so wird ihnen die „Unbefangenheit“ in dem Sinne, daß sie kein direktes Interesse daran haben, den Kritisierten zu erheben oder zu senken, wenig helfen. Die indirekten Verhältnisse, die das Urteil bestimmen können, sind unzählig und unabsehbar. Vor allem aber werden sie leichtfertig urteilen aus Flüchtigkeit, Bequemlichkeit, Verständnislosigkeit, vielleicht aus — Gewohnheit. Jeder Kritiker setzt sich irgendwelchem solchen Verachte aus, sobald sein Urteil nicht als unbedingtes Lob oder ungeteilte Bewunderung sich darstellt, und mit beidem hat doch der strenge und gewissenhafte Kritiker alle Ursache, äußerst sparsam zu sein. Nicht nur der mit hohem Preise Gefrönte, sondern gar mancher andere, der mit Grund oder Ungrund von seiner Sache überzeugt ist, hält jedes Urteil für befangen oder bestochen, das nicht sein Werk als ein Meisterwerk anerkennt. Der angefochtene Kritiker kann sich nur trösten mit seinem guten Gewissen. —

Die Regelung des Pfandleihgewerbes im Deutschen Reich.

Von

Rat Dr. Olshausen = Hamburg.

Inhaltsverzeichnis.

Recht der Zulassung S. 148—153. Reichs- und Landesrecht S. 148. Bedürfnisfrage S. 150. — Recht der Erlaubnisentziehung S. 153—154. — Vorschriften über den Betrieb des Pfandleihgewerbes S. 154—190. Kautio S. 157. Anzeigepflicht betr. Geschäftslokalitäten S. 158. Aushang S. 159. Geschäftsbücher S. 159. Polizeiliche Kontrolle S. 162. Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Strafverfolgung S. 162. Verbotene Pfandgeschäfte S. 165. Beschränkungen in den Vertragsbedingungen S. 166. Eintragung ins Pfandbuch S. 170. Aushändigung eines Pfandscheines S. 171. Verwahrung der Pfandgegenstände S. 173. Versicherung S. 175. Verschlechterung und Untergang des Pfandes S. 176. Einlösung des Pfandes S. 177. Bestimmungen über den Verkauf des Pfandes S. 178. Bestimmungen über die Behandlung der Verkaufsüberschüsse und die freigewordenen Pfänder S. 187. Übergangsbestimmungen S. 189.

Während wir über die Zahl und den Geschäftsbetrieb der öffentlichen Leihhäuser durch das Statistische Jahrbuch deutscher Städte auf dem laufenden erhalten werden, fehlt es, soweit zu ermitteln war, gänzlich an neueren Arbeiten über die privaten Pfandleihgeschäfte. Die letzte größere Abhandlung scheint die 1880 von Schmoller verfaßte über „Die öffentlichen Leihhäuser, sowie das Pfandleih- und Rückkaufsgeschäft überhaupt“ zu sein¹, welche vom mittelalterlichen Pfandleihgeschäft der Juden ausgehend die Entwicklung des Pfandleihwesens und seiner rechtlichen Ordnung bis zu der wichtigen Novelle zur Gewerbeordnung von 1879 schildert, bezüglich der Wirkung derselben sich aber naturgemäß auf einige wenige — die bayerische Ministerial-Verordnung vom 12. Aug. 1879 betreffende — Angaben beschränken mußte. Eine zusammenfassende

¹ In diesem Jahrbuch 1880, S. 87 ff.

Darstellung der Regelung des Pfandleihergewerbes, so wie sie jetzt besteht, erscheint daher am Platze und soll im nachstehenden versucht werden. Einer Begründung des Interesses an diesem wichtigen Gliede unseres Wirtschaftslebens bedarf es dabei nicht; erwähnt sei nur, daß die Zahl der Privatpfandleiher 1896 allein in Berlin, Breslau und Hamburg zusammen 227 betrug¹.

Ausgeschlossen aus der Darstellung sind die Rückkaufshändler; da sie gemäß § 34 Abs. 2 der Gewerbeordnung als Pfandleiher gelten, auch gemäß § 38 Abs. 2 die auf Grund des § 38 Abs. 1 erlassenen Vorschriften auf sie Anwendung finden, so bedurfte es ihrer ausdrücklichen Erwähnung nicht. Gleichfalls nicht in den Kreis der Erörterung gezogen sind die Pfandvermittler und die gemeindlichen Anstalten, diese auch insoweit, als sie ausnahmsweise als gewerbliche Unternehmungen anzusehen sind. Die Erörterung beschränkt sich somit auf die Pfandleiher i. e. S., d. h. diejenigen Personen, die gewerbmäßig Geld gegen Verpfändung von beweglichen Gebrauchsgegenständen ausleihen². Behandelt werden: A. Das Recht der Zulassung zum Gewerbebetriebe. B. Das Recht der Erlaubnisentziehung. C. Die Vorschriften betreffend den Betrieb des Pfandleihgewerbes.

A. Das Recht der Zulassung zum Gewerbebetriebe.

I.

§ 34 Abs. 1 der Reichsgewerbeordnung schreibt vor:

„Wer das Geschäft eines Pfandleihers — — — betreiben will, bedarf dazu der Erlaubnis. Diese ist zu versagen, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in bezug auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb dartun. Die Landesregierungen sind befugt, außerdem zu bestimmen, daß in Ortschaften, für welche dies durch Ortsstatut (§ 142) festgesetzt wird, die Erlaubnis zum Betriebe des Pfandleihgewerbes von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig sein solle.“

Während es nach der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 einer Erlaubnis zum Beginn des Gewerbes nicht bedurfte, und nur demjenigen, welcher wegen aus Gewinnsucht begangener Vergehen oder Verbrechen gegen das Eigentum bestraft worden war, das Geschäft unterlagt werden konnte, bedarf es also jetzt (seit der Novelle

¹ Statist. Jahrbuch deutscher Städte 1898, S. 128.

² Vergl. wegen des Begriffs Pfandleiher Landmann, Komm. zur Gew. Ord., 4. Aufl., I, 292 und die dort zitierten Entscheidungen.

vom 23. Juli 1879) für den Beginn des Gewerbes einer behördlichen Erlaubnis; der Beginn ohne diese Erlaubnis ist durch § 147 Ziff. 1 der Gewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu 300 Mark und im Unvermögensfall mit Haft bedroht. Welche Behörden zur Entscheidung über die Erteilung der Erlaubnis zuständig sind, ergibt sich aus dem einzelnen Landesrecht; es sind z. B. in

Preußen: der Kreis- bezw. Stadtausschuß bezw.¹ der Magistrat,

Bayern: die Distriktverwaltungsbehörde, in München die Polizeidirektion,

Sachsen: die untere Verwaltungsbehörde, in Dresden der Stadtrat,

Baden: der Bezirksrat,

Hessen: der Kreisausschuß,

Schwarzburg-Rudolstadt: das Landratsamt,

Elfaß-Lothringen: die Kreisdirektion bezw. der Polizeidirektor.

Gegen die Verfassung der Erlaubnis ist gemäß § 40 Abs. 2 Gew. Ordn. der Rekurs zulässig; wegen des Verfahrens und der Behörden gelten die Vorschriften der §§ 20 und 21 Gew. Ordn. bezw. die diesbezüglichen landesrechtlichen Bestimmungen.

Die Entscheidung darüber, ob die nachgesuchte Erlaubnis erteilt oder verweigert werden soll, liegt nicht im freien Ermessen der zuständigen Behörde; die Erlaubnis kann vielmehr, soweit das Reichsrecht in Betracht kommt, nur dann verweigert werden, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in bezug auf das Gewerbe dartun: ist das der Fall, so muß die Erlaubnis verweigert werden. Wann ein ausreichender Verfassungsgrund vorliegt, ist lediglich Tatfrage. Einen Anhaltspunkt für die Beurteilung bieten die Motive, nach denen sich die oben erwähnte Bestimmung der Gewerbeordnung von 1869 nicht als ausreichend erwiesen hatte, weil Unternehmer sie sich zunutze gemacht hatten, die nicht bedenklich waren und das Geschick besaßen, die durch Not und Leichtsinns geschaffene Zwangslage der sie angehenden Geldbedürftigen möglichst auszunutzen; auch Dirnen, die wegen gewerbsmäßiger Unzucht bestraft worden waren, hatten sich dem Gewerbe zugewendet. Jede Tatsache, nach der anzunehmen ist, daß der Nachsuchende sein Gewerbe nicht so betreiben wird, wie es den Vorschriften des Gesetzes und den Grundsätzen

¹ In Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern, die einem Landkreise angehören.

über Treu und Glauben entspricht, wird daher zur Verfassung der Erlaubnis führen müssen.

Auch vollständige Mittellosigkeit und noch mehr Verschuldung wird als ausreichender Verfassungsgrund anzuerkennen sein. Dabei ist jedoch nicht zu übersehen, daß der Antragsteller im allgemeinen nicht verpflichtet ist, seinerseits den Besitz einer Summe nachzuweisen, da er nicht die Beweislast für seine Zuverlässigkeit trägt; nur wenn er etwa vor nicht zu langer Zeit fruchtlos gepfändet ist oder den Offenbarungseid geleistet hat, würde es ihm obliegen, die *prima facie* daraus hervorgehende Annahme seiner Mittellosigkeit durch den Nachweis ausreichender Mittel zu entkräften. Ob die Erteilung der Erlaubnis von der Hinterlegung einer Kaution abhängig gemacht werden darf, erscheint nicht ganz unzweifelhaft; geschehen ist es nirgends. Im übrigen vergleiche wegen der Kauttionen unten C. I. 1.

II.

Neben dem Verfassungsgrunde der Unzuverlässigkeit gestattet das Reichsrecht den Landesregierungen, ihren einzelnen Gemeinden die Möglichkeit der Einführung eines weiteren Verfassungsgrundes zu geben, nämlich der sogen. Bedürfnisfrage. In Preußen hatte man bereits im Jahre 1826 den Grundsatz ausgesprochen, daß die öffentlichen städtischen Leihhäuser möglichst vermehrt und, wo sie hinreichten, keine neuen privaten Anstalten konzessioniert werden sollten¹. Dieser gewiß zu billigende Standpunkt war später dem Sturm der extremen Vertreter jeglicher Gewerbefreiheit zum Opfer gefallen, und erst etwa in der Mitte der siebziger Jahre kam man zu der Erkenntnis, daß die unbedingte Gewerbefreiheit auf diesem Gebiete schädlich sei. Man sah, daß die nun einmal mit dem Pfandleihwesen verknüpfte Gefahr der Ausbeutung, der Förderung des Leichtsinns usw. sich vergrößere, je mehr die Zahl der dem Pfandleihgewerbe sich zuwendenden Unternehmer die leichte Zugänglichkeit der Pfandleihanstalten steigere und den einzelnen Pfandleiher zu besonderen Bemühungen nötige, um sich einen ausreichenden Geschäftsverkehr zu verschaffen und zu sichern². Mit Rücksicht auf die mancherlei Gegenströmungen mußte man jedoch davon absehen, den Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses allgemein von Reichs wegen vorzuschreiben, und sich vielmehr damit begnügen, die Einführung

¹ Roscher, System der Armenpflege, S. 242.

² Landmann, I, Num. 7 zu § 34.

der Bedürfnisfrage den einzelnen Landesregierungen und Gemeinden zu überlassen, wie dies durch die Novelle von 1879 geschehen ist. Die Einführung ist als durchaus empfehlenswert zu bezeichnen, besonders dort, wo ausreichende öffentliche Leihhäuser vorhanden sind, welche ausnahmslos unter günstigeren Bedingungen Kredit gewähren. Allerdings setzt man sich dadurch leicht dem Verdacht aus, als wolle man sich vor der unbequemen Konkurrenz der privaten Pfandleiher schützen; aber dieser Verdacht ist doch zu niedrig, als daß er, noch dazu in einer so wichtigen Angelegenheit, Berücksichtigung verdiene. Überdies wird die Aufgabe der Kriminalpolizei bei Erforschung gestohlener und unterschlagener Gegenstände um so schwieriger, je größer die Zahl der Pfandleiher ist. Der gegen die Einführung der Bedürfnisfrage wohl erhobene Einwand, daß eine objektive Feststellung eines Bedürfnisses nicht möglich sei, ist als begründet nicht anzuerkennen. Die Stärke der Bevölkerung, die Zahl und Lage der einzelnen bereits vorhandenen Gewerbebetriebe, die Zahl der in ihnen vorkommenden Verpfändungen werden im allgemeinen ausreichende Anhaltspunkte für die Feststellung geben, bei der im übrigen wohl nicht ängstlich abgewogen zu werden braucht, sondern mehr nach freiem, wenn auch natürlich bestem Ermessen geurteilt werden darf (vgl. auch unten c).

Damit eine zuständige Behörde die gemäß § 34 Abs. 1 erforderliche Erlaubnis aus dem Grunde, weil ein vorhandenes Bedürfnis nicht nachgewiesen sei, versagen kann, ist dreierlei nötig:

a) Die Regierung des Landes, in welchem die Behörde ihren Sitz hat, muß bestimmt haben, daß in Ortschaften, für welche dies durch Ortsstatut festgesetzt wird, die Erlaubnis zum Betriebe des Pfandleihergewerbes von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig sein solle. Es bedarf also nicht eines Beschlusses der gesetzgebenden Gewalten, sondern lediglich einer Verfügung der Landesregierung, d. h. der vollziehenden Gewalt. Solche Anordnungen sind getroffen in:

Preußen (Ziff. 3 der Min.-Bekanntmachung vom 21. September 1879),

Bayern (§ 15 Abs. 3 der Vollz.-Verordnung vom 29. September 1900),

Sachsen (Verordnung vom 31. Juli 1879),

Württemberg (§ 24 der Vollz.-Verordnung vom 9. November 1883),

Baden (§ 58 der Vollz.-Verordnung zur Gewerbeordnung),

Hessen (§ 54 der Vollz.-Verordnung vom 30. Juni 1900),

Mecklenburg-Schwerin (an einer allgemeinen Bestimmung scheint es freilich zu fehlen; in einzelnen Städten, jedenfalls in Schwerin, ist aber mit landesherrlicher Ermächtigung die Bedürfnisfrage eingeführt),

Sachsen-Weimar (Verordnung vom 16. August 1882),

Mecklenburg-Strelitz (Verordnung vom 13. November 1880),

Braunschweig (Verordnung vom 8. Dezember 1879),

Sachsen-Meiningen,

Sachsen-Altenburg (Verordnung vom 29. August 1879),

Schwarzburg-Rudolstadt (Verordnung vom 16. März 1883),

Reuß ä. L. (Verordnung von 1880),

Reuß j. L. (Verordnung von 1879),

Elsaß-Lothringen (§ 11 Abs. 2 der Einf.-Verordnung vom 24. Dezember 1888).

Gemäß § 34 Abs. 1 Satz 2 haben also 15 Bundesstaaten Bestimmungen erlassen, nämlich: Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß ä. und j. L.; auch ist die Bedürfnisfrage in Elsaß-Lothringen eingeführt. Sie gilt nicht in den 10 Bundesstaaten: Oldenburg, Sachsen-Roburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Schaumburg-Lippe, Lippe, Lübeck, Bremen und Hamburg. Der an Zahl und mehr noch an Umfang bei weitem größte Teil der Bundesstaaten hat danach seinen Gemeinden die Möglichkeit der Einführung der Bedürfnisfrage gegeben.

b) Für den betreffenden Ort muß durch Ortsstatut bestimmt sein, daß die Erlaubnis zum Betriebe des Pfandleihgewerbes von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig sein solle. Die zur Beschlußfassung zuständigen Ortsorgane ergeben sich aus dem Landesrecht. Ortsstatuten der fraglichen Art sind erlassen¹ u. a. in: Aachen, Altenburg, Altona, Augsburg, Barmen, Braunschweig, Cassel, Köln, Grefeld, Darmstadt, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gera, Greiz, Leipzig, Mannheim, München, Plauen, Rudolstadt, Schwerin, Straßburg, Stuttgart, Weimar und Zwickau; dagegen nicht u. a. in: Bochum, Bremen, Breslau, Chemnitz, Danzig,

¹ Die folgenden Angaben sind zum Teil den statistischen Jahrbüchern deutscher Städte, zum Teil besonderen Auskünften der einzelnen Städte entnommen.

Dresden, Elberfeld, Erfurt, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Halle, Hamburg, Karlsruhe, Kiel, Königsberg, Liegnitz, Lübeck, Magdeburg, Mainz, Metz, Nürnberg, Posen, Spandau, Stettin und Wiesbaden.

c) Es darf ein vorhandenes Bedürfnis nicht nachgewiesen sein. Nicht erforderlich ist es also, daß die Behörde ihrerseits die Nichtexistenz eines Bedürfnisses dartut, vielmehr muß der Antragsteller seinerseits die Existenz eines solchen nachweisen. Ob dieser Nachweis als geführt anzusehen ist, hängt lediglich von den Umständen des einzelnen Falles ab. Besteht an einem Orte mittlerer Größe bereits eine öffentliche Leihanstalt und kann nichts besonderes dafür vorgebracht werden, daß sie den Ansprüchen des Publikums nicht genügt, so wird das Bedürfnis nach einer zweiten, privaten Anstalt regelmäßig zu verneinen sein.

B. Das Recht der Erlaubnisentziehung.

Für die Erlaubnisentziehung sind lediglich die reichsrechtlichen Vorschriften des § 53 der Gewerbeordnung maßgebend. Die gemäß § 34 Abs. 1 erteilte Erlaubnis kann danach zurückgenommen werden, wenn: a) die Unrichtigkeit der Nachweise dargetan wird, auf Grund deren die Erlaubnis erteilt worden ist. Es kommen hier solche Fälle in Betracht, in denen bereits zur Zeit der Erlaubniserteilung Umstände bestanden, welche dieselbe ausgeschlossen hätten, wenn sie bekannt gewesen wären, welche aber infolge einer Unrichtigkeit der bei der Beschlußfassung vorliegenden Nachweise nicht bekannt waren und daher auch nicht berücksichtigt werden konnten. Die Zurücknahme der Erlaubnis ist daher z. B. dann zulässig, wenn bei der Beschlußfassung unrichtige Leumundszeugnisse vorgelegen haben, oder auf Grund der vorgelegten Papiere angenommen werden mußte, daß der Nachsuchende das Gewerbe selbst betreiben wolle, während das in der Tat nicht der Fall war. Ein Verschulden des Nachsuchenden ist nicht erforderlich, die bloße Tatsache der Unrichtigkeit genügt; b) oder dem Inhaber der Erlaubnis die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, in diesem Falle jedoch nur für die Dauer des Ehrverlustes. Diese Bestimmung ist praktisch ohne Bedeutung, da in den Fällen des Ehrverlustes regelmäßig die Voraussetzungen des unter c) angeführten Entziehungsgrundes vorliegen, der eine zeitlich unbeschränkte Zurücknahme ermöglicht; c) oder wenn aus Handlungen oder Unterlassungen des Pfandleihers der Mangel derjenigen Eigenschaften, welche bei

der Erteilung der Erlaubnis vorausgesetzt werden mußten, d. h. also der Mangel der Zuverlässigkeit für den Geschäftsbetrieb, klar erhellt. Diese Bestimmung ist mithin anwendbar, wenn nach der Erlaubniserteilung Umstände entstehen, die, wenn sie vorher bestanden hätten, die Erlaubniserteilung ausgeschlossen haben würden. In Betracht kommen besonders Bestrafungen wegen Eigentumsvergehens, sodann aber auch Übertretungen der gesetzlichen Vorschriften, vor allem Überschreitung des zulässigen Zinsfußes, schlechte Verwahrung der Pfandgegenstände, fortgesetzte unordentliche Buchführung u. dgl.

Für Pfandleiher, welche ihren Gewerbebetrieb vor dem Inkrafttreten der Novelle vom 23. Juli 1879 begonnen haben, enthält § 53 Abs. 3 insofern eine besondere Bestimmung, als ihnen der Gewerbebetrieb „untersagt“ werden kann, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in bezug auf den Gewerbebetrieb dartun. Diese Bestimmung, welche auf der Novelle von 1883 beruht, hat ihren Grund lediglich darin, daß die vorhergehende Vorschrift über die Zurücknahme der Erlaubnis auf die Pfandleiher nicht paßte, welche vor 1879 ihr Gewerbe begonnen hatten und daher nicht im Besitz einer Erlaubnis waren; praktisch besteht kein Unterschied bezüglich des Vorgehens gegen alte und neue Pfandleiher.

Wegen des Verfahrens und der Behörden, welche in bezug auf die Zurücknahme der Erlaubnis zuständig sind, gelten die Vorschriften der §§ 20 und 21 Gew.Ordn. und die einschlägigen landesgesetzlichen Vorschriften¹.

C. Vorschriften betreffend den Betrieb des Pfandleihgewerbes².

Nach § 38 Abs. 1 der Reichsgewerbeordnung sind die Zentralbehörden befugt, „über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen, sowie über den Geschäftsbetrieb der Pfandleiher, — — —, soweit darüber die Landesgesetze nicht Bestimmungen treffen, Vorschriften zu erlassen.“ Soweit also nicht die bestehenden oder künftigen Landesgesetze Bestimmungen in derselben Richtung treffen,

¹ Eine Anzahl derselben ist bei Landmann a. a. D. S. 435 f. abgedruckt.

² Alle diese Vorschriften gelten nur für denjenigen, der das Pfandleihgewerbe auf Grund einer ihm erteilten Erlaubnis betreibt; jeder andere kann nur wegen Verletzung des § 147 Ziff. 1 Gew.Ordn., event. des § 302a Str.G.B. bestraft werden; Urteil des Reichsgerichts vom 8. Mai 1883, Reger III, 364.

steht der Erlass von Vorschriften den Landeszentralbehörden zu. Zurzeit sind innerhalb des Deutschen Reiches folgende Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Verfügungen, die den Gegenstand regeln, vorhanden:

Preußen. 1. Gesetz betr. das Pfandleihgewerbe vom 17. März 1881, abgeändert durch Art. 41 des Ausf. Gef. zum B.G.B.

2. Bekanntm. vom 16. Juli 1881 betr. den Geschäftsbetrieb der Pfandleiher.

3. Bekanntm. vom 11. Juli 1902 betr. den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie den Geschäftsbetrieb der Pfandleiher.

Bayern. Bekanntm. vom 12. August 1879.

Sachsen: 1. Gesetz über das Pfandleihergewerbe vom 21. April 1882.

2. Verordnung vom 21. April 1882.

Württemberg. Ministerialverfügungen vom 15. März und 28. Mai 1882, betr. den Gewerbebetrieb der Pfandleiher.

Baden. Verordnung, das Gewerbe der Pfandleiher betr., vom 20. März 1900.

Heffen. Verordnung, das Gewerbe der Pfandleiher betr., vom 2. August 1899.

Sachsen-Weimar. Ministerialbekanntm. vom 15. Septbr. 1882.

Mecklenburg-Strelitz. Verfügung vom 19. Oktober 1869.

Oldenburg. 1. Ministerialbekanntm., betr. den Geschäftsbetrieb der Pfandleiher, vom 11. April 1892.

2. Ministerialbekanntm., betr. die Zinsen für Darlehen der Pfandleiher, vom 3. September 1895.

Braunschweig. Ministerialbekanntm., den Geschäftsbetrieb der Pfandleiher betr., vom 21. Dezember 1881.

Sachsen-Altenburg. 1. Gesetz, betr. das Pfandleihergewerbe, vom 4. April 1882.

2. Ministerialverordnung vom 11. April 1882.

Anhalt. Gesetz, betr. das Pfandleihgewerbe, vom 17. März 1899.

Schwarzburg-Rudolstadt. Verordnung vom 16. März 1883, betr. den Betrieb des Pfandleihergeschäfts.

Neuß j. L. Ministerialverfügung vom 5. April 1880, den Geschäftsbetrieb der Pfandleiher betr.

Schaumburg-Lippe. Verordnung vom 31. Mai 1888, betr. den Gewerbebetrieb der Pfandleiher.

Lübeck. 1. Gesetz, betr. das Pfandleihgewerbe vom 30. Okt. 1899.

2. Verordnung vom 30. Oktober 1899.

Bremen. Gesetz, betr. das Pfandleihgewerbe vom 16. Okt. 1881.

Hamburg. Gesetz, betr. die Pfandleiherordnung vom 10. Dezember 1880.

Landesgesetzliche Vorschriften bestehen danach in den sieben Bundesstaaten Preußen, Sachsen, Sachsen-Altenburg, Anhalt, Lübeck, Bremen und Hamburg, daneben zugleich im Verwaltungswege erlassene in Preußen, Sachsen, Sachsen-Altenburg und Lübeck. Nur von den Zentralbehörden erlassene Vorschriften bestehen in den elf Bundesstaaten Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß j. L. und Schaumburg-Lippe. Keine Vorschriften sind erlassen in den sieben Staaten Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Roburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Reuß ä. L. und Lippe, sowie in den Reichsländern.

Daneben finden sich einzelne, nur für bestimmte Städte erlassene Vorschriften. In Sachsen können, wo sich ein Bedürfnis fühlbar macht, von der Polizeibehörde durch örtliche Regulative (oder auch durch speziellere, einzelnen Pfandleihern zu erteilende Instruktion) außer den allgemeinen noch weitere Vorschriften eingeführt werden, die mit den ersteren jedoch nicht in Widerspruch stehen dürfen; ein solches Regulativ besteht z. B. in Dresden. Ebenso ist in Schwerin ein mit landesherrlicher Genehmigung erlassenes Statut vorhanden, während es im Bundesstaat Mecklenburg-Schwerin allgemeine Vorschriften nicht gibt; es ist nicht unwahrscheinlich, daß in anderen Städten dieses Bundesstaates die Verhältnisse ebenso sind.

Die einzelnen Vorschriften sind teils rein formaler bzw. polizeilicher Natur, wie z. B. diejenigen, die sich auf die Verpflichtung zur Anzeige von der Belegenheit des Geschäftslokals und von strafbaren Handlungen, sowie auf die Buchführung beziehen. Zum anderen Teil berühren sie die rechtlichen Beziehungen zwischen Pfandleiher und Verpfänder, indem sie die Bestimmungen des bürgerlichen Rechts entweder wiederholen oder ergänzen oder abändern. Soweit sie das letztere tun, ist ihre Gültigkeit durch Art. 94 des Einführungsgesetzes zum B.G.B. anerkannt, nach welchem die landesgesetzlichen Vorschriften unberührt bleiben, welche den Geschäftsbetrieb der gewerblichen Pfandleiher betreffen. Die Vorschriften des B.G.B., insbesondere die §§ 1204 ff., finden daher nur dann Anwendung, wenn landesrechtlich nichts anderes bestimmt ist. Soweit dies nicht

der Fall ist, finden jene Vorschriften aber auch ausnahmslos und ohne weiteres Anwendung, sodaß es überflüssig ist, sie bei der landesrechtlichen Regelung des Pfandleihergewerbes zu wiederholen oder auf sie zu verweisen¹. Allerdings hat ihre Wiederholung den Vorteil, daß dadurch das gesamte geltende Recht eine Zusammenstellung erfährt und daher für alle Beteiligten übersichtlicher ist, als wenn man sich die einzelnen Bestimmungen aus den verschiedenen Quellen zusammensuchen muß. Will man das erreichen, so muß man aber auch alle einschlägigen Vorschriften zusammenstellen, was jedoch nirgends geschehen ist².

Die folgende Darstellung umfaßt alle Vorschriften, die sich in den landesrechtlichen Gesetzen, Verordnungen usw. finden. Sie sind so geordnet, daß an die Spitze die Vorschriften allgemeiner Natur, d. h. diejenigen Vorschriften, welche sich nicht auf das einzelne Pfandgeschäft beziehen, gestellt sind (I). Unter II—VI folgen alle Bestimmungen, die für den Abschluß und die Abwicklung des einzelnen Pfandgeschäftes von Bedeutung sind, während der letzte Abschnitt (VII) einige Schlußbestimmungen enthält.

1. Bestimmungen allgemeiner Natur.

1. Kautio. In drei Bundesstaaten, nämlich in Bayern, Württemberg und Schaumburg-Lippe ist den Pfandleihern die Verpflichtung auferlegt, eine Kautio zu leisten und zwar in Bayern „zur Sicherstellung der Verpfänder“, in den beiden anderen Staaten „zur Sicherstellung der aus seinem Gewerbebetriebe erwachsenden Verpflichtungen“. Die Hinterlegung erfolgt in Bayern bei der Distriktsverwaltungsbehörde, in Württemberg beim Oberamt, in Schaumburg-Lippe bei der Polizeibehörde des Wohnortes (Landratsamt, Polizeidirektor in Bückeburg, Magistrat). Die Höhe der Kautio beträgt in Bayern bei Ortschaften mit weniger als 15 000 Einwohnern 1000, in größeren Ortschaften 2000 Mk., jedoch kann die Distriktsverwaltungsbehörde für einzelne Fälle den Betrag je nach dem tatsächlichen Geschäftsumfang bis zur Hälfte ermäßigen und bis zum

¹ Beides ist jedoch, wie auch die nachstehenden Ausführungen zeigen, vielfach geschehen.

² Zugunsten einer Kodifikation aller einschlägigen Bestimmungen läßt sich auch auf den Umstand hinweisen, daß dadurch die Verletzung aller privatrechtlichen Bestimmungen den Charakter strafbarer Handlungen erhält; ob das erwünscht ist, erscheint allerdings recht zweifelhaft.

doppelten Betrag erhöhen. In Württemberg und Schaumburg-Lippe kann der Betrag von der zuständigen Behörde mit Rücksicht auf die persönlichen und örtlichen Verhältnisse und den Umfang des Geschäftsbetriebes, jedoch nicht unter 500 Mk. festgesetzt und, wenn sich diese Umstände ändern, erhöht oder bis zum Betrage von 500 Mk. vermindert werden. Gegen die Festsetzung des Betrages der Kaution läßt Württemberg ausdrücklich die Beschwerde an die Kreisregierung zu. Außerdem geben Württemberg und Schaumburg-Lippe folgende Vorschriften betreffend die Folgen der Nicht hinterlegung und die Rückzahlung der Kaution nach beendetem Betrieb:

„Solange die festgesetzte Kaution nicht hinterlegt oder die hinterlegte Kaution nach Ablauf der für ihre Ergänzung bestimmten Frist nicht auf den festgesetzten Betrag erhöht ist, dürfen Pfandleihgeschäfte nicht abgeschlossen werden.

Wenn die Konzession erloschen oder der Betrieb eingestellt ist, darf die Kaution erst dann vollständig zurückgegeben werden, wenn über die vollständige Abwicklung der abgeschlossenen Pfandleihgeschäfte und über die Hinausgabe oder Hinterlegung etwa noch nicht ausgefolgter Mehrerlöse aus Pfandveräußerungen Nachweis erbracht ist.“

Aus der ersten Bestimmung geht gleichzeitig hervor, daß eine teilweise in Anspruch genommene Kaution ergänzt werden muß. Neben dem Verbot des Abschlusses weiterer Pfandleihgeschäfte wird die Nichterfüllung der Kautionspflicht auch eine Bestrafung und eventuell die Erlaubnisentziehung im Gefolge haben können.

Die Statuierung einer derartigen Kautionspflicht ist ohne Zweifel durchaus nicht unzumutbar und bei diesem Gewerbe mit Rücksicht auf die besondere Schutzbedürftigkeit der Pfandgeber gerechtfertigt.

2. Anzeigepflicht betreffend die Geschäftslokalitäten. Die Lage derjenigen Lokalitäten, in welchen der Pfandleiher sein Gewerbe betreibt, muß den Behörden sicherlich bekannt sein und wird ihnen, soweit es sich um einen neuen Betrieb handelt, in der Regel bei der Erörterung über die Erlaubniserteilung bekannt werden. Soweit bei dieser Erörterung eine bestimmte Lokalität noch nicht in Aussicht genommen ist, oder die letztere später verlegt wird, wird es dagegen unter Umständen vorübergehend an jener Kenntnis fehlen können. Es ist daher nicht unzumutbar, wenn in Bayern, Sachsen, Württemberg, Sachsen-Weimar und Schaumburg-Lippe vorgeschrieben ist, daß die Wahl, sowie jede Veränderung der Geschäftslokalitäten, und zwar, außer in Sachsen, unter genauer Bezeichnung der einzelnen Räume, der Polizeibehörde anzuzeigen ist.

Wegen der Art der Aufbewahrungsräume für die Pfandgegenstände siehe unten III. 1a.

3. **Ausgang.** Um den Darlehnsuchenden und den Pfandschuldnern eine Möglichkeit zu geben, sich über ihre Rechte und Pflichten zu vergewissern, ist nahezu in allen Staaten vorgeschrieben, daß ein Abdruck der einschlägigen Vorschriften an einer in die Augen fallenden Stelle des Geschäftslokals angeschlagen sein muß. Wenn dieser Abdruck in Braunschweig in Plakatform und in großen Lettern hergestellt sein muß, ist das nur zu billigen. In Preußen, Württemberg, Oldenburg, Sachsen-Altenburg, Schaumburg-Lippe und Lübeck ist daneben eine gedruckte Zinstabelle anzuhängen.

4. **Geschäftsbücher.** a) Fast alle Staaten haben die Bestimmung, daß die Pfandleiher ein Pfandbuch zu führen haben, und ausdrückliche Vorschriften über die Eigenschaften dieses Pfandbuchs. Überall muß es dauerhaft gebunden, mit fortlaufenden Seitenzahlen¹ versehen und vielfach (so Bayern, Sachsen, Lübeck) im Rücken mit einem starken Faden durchzogen sein; in Sachsen und Lübeck muß es mit dem Namen des Pfandleihers und der Bezeichnung des Geschäftslokals versehen sein. Überall muß es ferner vor dem Gebrauch der zuständigen Behörde zur Prüfung und zur Beglaubigung der Seitenzahlen vorgelegt werden; die Zahl der Seiten wird regelmäßig auf der ersten Seite vermerkt, die beiden Enden des etwa vorhandenen Fadens im Rücken werden mittelst amtlichen Siegels befestigt. Das Herausnehmen oder Zusammenkleben von Blättern, sowie das Einheften neuer Blätter ist in Württemberg, Baden und Schaumburg-Lippe untersagt.

Die Pfandbücher müssen ferner, wie sich in der Regel aus den Vorschriften über die Eintragungen ergibt, folgende Rubriken enthalten:

1. Die laufende Nummer (überall).
2. Tag (überall) und vielfach (so in Preußen) auch Ort des Geschäftsabchlusses.
3. Vor- und Zuname (überall bis auf Hamburg) oder doch Name des Verpfänders, sowie dessen Stand und Wohnung; Sachsen, Württemberg und andere verlangen nur die Angabe des Wohnorts, Lübeck ausdrücklich die der Straße und der Hausnummer. Dazu kommt in Preußen, Hessen, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz,

¹ In einzelnen Verordnungen sind ausdrücklich gedruckte Seitenzahlen vorgeschrieben (so Braunschweig und Lübeck).

Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Neuß j. L. und Schaumburg-Lippe eine Angabe darüber, wodurch der Verpfänder sich legitimiert hat, während in Oldenburg sich der Pfandleiher in glaubhafter Weise über die Richtigkeit der gemachten Angaben zu vergewissern hat.

4. Betrag des Darlehns (überall, in Hamburg mit Buchstaben geschrieben).

5. Betrag der monatlichen (so Preußen u. a.) oder der bedungenen (so Bayern u. a.) Zinsen bzw. der bedungenen Zinsen für den Monat oder für das Jahr (so Baden und Hessen) bzw. die Übereinkunft in bezug auf die Zinsen und den sonstigen Gewinn (so Neuß j. L.) oder schließlich „der verabredete monatliche Zinsfuß mit Buchstaben geschrieben sowie der Betrag der Zinsen für die verabredete Zeit des Darlehns“ (so Hamburg).

6. Bezeichnung des Pfandes, mit welcher allgemeinen Vorschrift sich Bayern, Sachsen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Lübeck und Bremen begnügen. Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Strelitz, Neuß j. L. und Schaumburg-Lippe verlangen eine Beschreibung des Pfandes, die vier Erstgenannten bei Juwelen bzw. Pretiosen, Gold- und Silberfachen auch Angabe des Gewichts, und Mecklenburg-Strelitz bei Gold- und Silberfachen auch die Angabe des Feingehalts. Preußen verlangt die Bezeichnung nach Gegenstand, besonderen Kennzeichen, Buchstaben und Zahlen, Oldenburg nach Art, Zahl, Maß oder Gewicht, Hamburg eine deutliche Beschreibung des Pfandes mit Anführung der nach seiner Beschaffenheit wichtigen Nebenumstände, z. B. der Probe und des Gewichts bei Gold- und Silberwaren, des Metermaßes, der Stückzahl u. dgl.; wird das Pfand vom Verpfänder eingeseigelt oder mit einem Siegel bezeichnet, so muß dies bemerkt werden.

7. Zeit der Fälligkeit oder, wie es u. a. in Bayern heißt, Dauer des Pfandvertrages und Verfalltag.

8. Bei Prolongation Hinweis auf die Nummer der Eintragung des früheren Geschäfts (so u. a. Preußen und Sachsen).

9. Tag der Einlösung (überall), event. (so u. a. Preußen) Hinweis auf die Nummer, unter welcher die Prolongation vermerkt ist.

10. Tag des Verkaufs, Name, Stand und Wohnung des Erwerbers; Betrag des Erlöses. — Ob die Angabe der Personalien des Käufers notwendig ist, erscheint zweifelhaft; in Preußen, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt und Neuß j. L. ist die Frage bejaht. Die Angabe des Verkaufserlöses ist dagegen nahezu überall vorgeschrieben, vielfach

auch die des Überschusses (so Bayern, Sachsen, Baden, Hessen, Sachsen-Weimar), siehe Rubrik 11.

11. Höhe und Tag der Auszahlung oder Ablieferung des Überschusses. Diese Rubrik, aus welcher der Verbleib des Überschusses zu entnehmen ist, entspricht dem in Sachsen, Württemberg und Lübeck geltenden Recht.

12. Bemerkungen. — Die Führung dieser vielfach vorgeschriebenen Rubrik ist für Angaben notwendig, die nicht in andere Spalten gehören, z. B. für Angaben über den Verlust eines Pfandes.

b) In Bayern hat der Pfandleiher außer einem allgemeinen Pfandbuch für die Beleihung von Juwelen, Pretiosen, Gold- und Silbersachen ein ebenso eingerichtetes besonderes Pfandbuch zu führen, eine im Interesse der Kriminalpolizei sehr zweckmäßige Bestimmung. In Preußen sind die Ortspolizeibehörden ermächtigt, falls ein Bedürfnis dazu vorliegt, den Pfandleihern die Führung zweier Bücher aufzugeben, von denen das eine für die Eintragungen an den geraden, das andere für die Eintragungen an den ungeraden Tagen des Monats bestimmt ist. Ob von dieser Ermächtigung viel Gebrauch gemacht ist, kann nicht angegeben werden; erhebliche praktische Bedeutung wird der Maßregel nicht beizumessen sein.

c) Vorschriften über den Abschluß von Geschäftsbüchern, welche nicht mehr benutzt werden sollen, finden sich nur in Oldenburg; sie sind dort unter Angabe des Datums abzuschließen und der Ortspolizeibehörde zur Bestätigung des Abschlusses vorzulegen. Nach dem Abschluß dürfen weitere Eintragungen nicht mehr gemacht werden. Dasselbe gilt bei Einstellung des Geschäftsbetriebes.

d) Nahezu ausnahmslos ist dagegen bestimmt, daß das Pfandbuch ohne Genehmigung der Behörde weder ganz noch teilweise vernichtet werden darf. Rußl. j. L. und Hamburg dagegen verlangen die Aufbewahrung während zehn Jahre, Rußl. j. L. läßt auch die Übergabe an die Behörde zur Aufbewahrung zu, was besonders für den Fall der Einstellung des Betriebes von Wert erscheint.

Im übrigen kommen für die Pfandleiher regelmäßig die Vorschriften des Handelsgesetzbuches über die Handelsbücher zur Anwendung¹.

¹ Denn in der Regel sind sie nach Art und Umfang ihres Geschäfts als Kaufleute im Sinne des § 2 H.G.B. anzusehen und registerpflichtig; vgl. Kammergericht vom 29. Februar 1902, Gew. Arch. IV, 226.

Jahrbuch XXX I, Hrs. v. Schmoller.

5. Polizeiliche Kontrolle. Wenn in Preußen und anderen Staaten die einschlägigen Bestimmungen der Polizeibehörde vorbehalten oder sie befugen oder verpflichten, Revisionen des Geschäftsbetriebes der Pfandleiher vorzunehmen¹, so sind das Vorschriften, die im Grunde genommen nicht in den Rahmen dieser Regelung fallen. Die Befugnis der Polizeibehörde zur Kontrolle wird in der Regel schon aus dem übrigen Landesverwaltungsrecht in Verbindung mit den §§ 34, 38, 53 G.O. hervorgehen², die Umgrenzung der Verpflichtung zur Kontrolle anderseits ist Sache der Instruktion.

Dagegen ist es zur Erleichterung einer wirksamen Kontrolle und der Verfolgung strafbarer Handlungen notwendig, mit Bayern, Sachsen und den meisten anderen Staaten eine Bestimmung des Inhalts aufzunehmen, daß der Pfandleiher verpflichtet ist, den Organen der Polizeibehörde jederzeit den Zutritt in seine Geschäftsräume und Lagerräume zu gestatten, ihnen die Pfandgegenstände, die Geschäftsbücher, die Versicherungspolice, die Benachrichtigungen über verlorene und dem Eigentümer widerrechtlich entfremdete Gegenstände und sonstige Geschäftspapiere vorzuzeigen und jede auf den Geschäftsbetrieb bezügliche Auskunft wahrheitsgetreu zu erteilen³. Weitergehende Vorschriften haben noch Braunschweig, wo die Pfandleiher auch den Zutritt zu ihren Wohnräumen gestatten müssen, Meckl. u. V., wo die Beschlagnahme von Gegenständen gegen auszustellende Empfangsbescheinigung unweigerlich zu gestatten ist, und Mecklenburg-Strelitz, wo die Pfandleiher alljährlich unaufgefordert ihre Bücher zur Revision vorlegen müssen. Diese Vorschriften gehen aber teils zu weit, teils sind sie nicht besonders zweckmäßig; die Berechtigung zur Beschlagnahme insbesondere wird sich lediglich nach den Vorschriften des Strafprozeßrechts richten müssen.

6. Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Strafverfolgung. Zur Bekämpfung des Verkehrs mit unrecht erworbenen Pfandgegenständen dient die Vorschrift, daß alle dem Pfandleiher von Behörden oder Privatpersonen zugehenden Benachrichtigungen über verlorene oder dem Eigentümer widerrechtlich ent-

¹ Bezw. — so Sachsen — der Armenverwaltung mitzuteilen, falls bei der Revision gefunden wird, daß Beträge an sie zu Unrecht nicht abgeliefert sind.

² Wo das nicht der Fall ist, muß sie allerdings an dieser Stelle ausdrücklich statuiert werden.

³ Die diesbezügliche preußische Vorschrift, welche lediglich den Ortspolizeibehörden vorbehält, jederzeit Revisionen des gesamten Geschäftsbetriebes vorzunehmen, ist unzureichend; vgl. dazu Reger XIII, 236.

fremdete Gegenstände nach der Zeitfolge geordnet aufzubewahren sind (so Preußen und andere Staaten). Die Beschränkung auf verlorene und „gestohlene“ Gegenstände (so Bayern, Neuß j. L.) empfiehlt sich nicht, weil zu eng, ebenso wenig die in Braunschweig, Neuß j. L. und Hamburg beliebte Beschränkung auf amtliche Benachrichtigungen bezw. Bekanntmachungen. Dagegen empfiehlt sich eine Ergänzung der preußischen Bestimmung dahin, daß die Benachrichtigungen zunächst genau durchzusehen sind (so Neuß j. L.), sowie dahin, daß sie nur ein Jahr (so Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen u. a.) oder allenfalls bis zum Schluß des nächsten Kalenderjahres (so Lübeck) aufzubewahren sind¹. Die in Württemberg und Hamburg ausdrücklich statuierte Verpflichtung zur Vorlegung dieser Benachrichtigungen wird besser bei der Regelung der allgemeinen Kontrollpflicht (§. oben 5.) mit zu umfassen sein. Baden und Hessen, in denen die fraglichen Benachrichtigungen offenbar immer oder vielfach durch Umlaufschreiben erfolgen, verpflichten die Pfandleiher, die Kenntnissnahme mit Beifügung des Datums auf dem Umlaufschreiben zu bescheinigen, außerdem aber, wenn die Polizeibehörde es verlangt, den Inhalt solcher Schreiben in ein besonderes Vermerkbuch einzutragen. In ähnlicher Weise hat in Schwerin der Pfandleiher ein Buch zu führen, in welchem diejenigen Gegenstände zu verzeichnen sind, welche ihnen von der Behörde als unrechtmäßig dem Eigentümer entzogen gemeldet worden sind.

Fast alle Staaten (nicht jedoch Preußen!) haben sich auch sonst noch in einer oder der anderen Weise der Mitwirkung des Pfandleihers bei der Entdeckung und der Verfolgung strafbarer Handlungen versichert. So bestimmen z. B. Bayern, Sachsen und Sachsen-Weimar:

„Erlangt er bei dem Betriebe seines Geschäfts Kenntnis von strafbaren Handlungen oder geben ihm die Umstände Grund zur Vermutung, daß eine solche begangen worden sei, so hat er hiervon der Polizeibehörde oder den Aufsichts- und Sicherheitsorganen sofort Anzeige zu erstatten und gegebenenfalls, wenn tunlich, die Gegenstände anzuhalten.“

Württemberg und Schaumburg-Lippe:

„Liegen Umstände vor, welche den Inhaber des rechtswidrigen Erwerbes verdächtig machen, so haben sie die bezüglichlichen Gegenstände anzuhalten und unverweilt der Polizei abzuliefern. Letzteres gilt namentlich in allen Fällen, in

¹ Es wird übrigens unbedenklich sein, die Frist auf 6 bezw. gar auf 3 Monate abzukürzen; denn die Benachrichtigungen sammeln sich, wenigstens in größeren Städten, so schnell, daß aus praktischen Gründen eine Berücksichtigung älterer Benachrichtigungen unmöglich ist.

welchen sie gemäß Abs. 1¹ oder durch öffentliche Bekanntmachung Kenntnis erhalten haben, daß der Gegenstand dem Eigentümer entfremdet worden oder verloren gegangen ist.“

Ähnliche Vorschriften haben Baden, Hessen und Braunschweig; Meuß j. L. und Hamburg verlangen außerdem, daß verdächtig erscheinende Verpfänder, wenn möglich, angehalten werden. Lübeck schreibt vor:

„Wenn der Pfandleiher weiß oder Grund zu der Vermutung hat, daß an einer ihm verpfändeten oder zum Pfande angebotenen Sache oder an einem ihm vorgelegten Pfandscheine eine strafbare Handlung begangen ist oder begangen wird, so hat er dieses sofort dem Polizeiamt anzuzeigen und die Sache oder den Pfandschein, wenn tunlich, anzuhalten“,

und hierher gehört es schließlich auch, wenn Württemberg, Schaumburg-Lippe und Meuß j. L. den Pfandleiher verpflichten, sich vor Abschluß jedes Vertrages darüber zu vergewissern, daß der Verpfänder zur Verfügung über den Pfandgegenstand berechtigt ist. Erhebliche praktische Bedeutung hat die letztere Bestimmung nicht, weil es dem Pfandleiher, namentlich bei größeren Betrieben, an der Möglichkeit, sich in der angegebenen Richtung zu vergewissern, fehlt. Ausreichend und zweckmäßig dürfte etwa folgende Vorschrift sein: „Erlangt der Pfandleiher beim Betriebe seines Geschäfts Kenntnis von strafbaren Handlungen oder geben ihm die Umstände Grund zur Vermutung, daß eine solche begangen worden sei, so hat er hiervon der Polizeibehörde sofort Anzeige zu erstatten und gegebenenfalls, wenn tunlich, die in Betracht kommenden Gegenstände und die der strafbaren Handlung schuldige oder verdächtige Person anzuhalten.“

II. Bestimmungen, betreffend den Abschluß der einzelnen Pfandleihgeschäfte.

Diese Bestimmungen sind teils formeller teils materieller Natur und bedeuten, soweit sie materieller Natur sind, Beschränkungen der Vertragsfreiheit. Sie werden in der Reihenfolge dargestellt, in der sie für den Abschluß des einzelnen Pfandgeschäftes zeitlich in Betracht kommen. Vorangeschickt sei dabei die Bemerkung, daß eine Verpflichtung zur Beleihung schlechthin oder auch zur Beleihung bis zu einem gewissen Teil des Wertes des Pfandgegenstandes heutzutage nirgends mehr besteht².

¹ D. h. durch amtliche oder private Mitteilung.

² Wegen der früheren Zeiten siehe Schmoller, S. 88 u. 89; bei öffentlichen Leihhäusern findet sich dagegen eine derartige Verpflichtung noch; vgl. Statist. Jahrbuch X, 179.

1. Verbotene Pfandgeschäfte. Die Beschränkungen in der Freiheit des Vertragsabschlusses beziehen sich einmal auf die Person des Verpfänders, anderseits auf den Gegenstand der Verpfändung.

a) Während die meisten größeren Staaten Bestimmungen der fraglichen Art nicht haben, ist der Abschluß von Pfandgeschäften verboten: mit Unmündigen¹ schlechthin in Neuß j. L. und Hamburg; mit Unmündigen ohne Einwilligung der Eltern oder Vormünder in Sachsen, Oldenburg und Sachsen-Altenburg; mit Kindern unter 14 Jahren in Lübeck; mit Kindern unter 15 Jahren, wenn nicht die Einwilligung der Eltern oder des Vormundes nachgewiesen ist, in Bremen; mit Dienstboten ohne Genehmigung der Herrschaft in Neuß j. L. und Hamburg (mit Beschränkung auf Dienstboten, die namens ihrer Herrschaft aufzutreten behaupten); mit bekannten Verschwendern, in Konkurs befangenen Individuen, auch anderen, welchen die Veräußerung ihrer Mobilien nicht gestattet oder von Gerichts wegen untersagt ist, oder die unter polizeilicher Aufsicht, oder in öffentlicher Unterstüzung stehen, in Neuß j. L.; mit unbekannten oder nicht ausreichend legitimierten Personen in Schwerin, Sachsen-Altenburg und Lübeck. Besonders weit geht hier Sachsen-Altenburg, das persönliche Bekanntschaft oder Rekognoszierung durch eine dritte, dem Pfandleiher persönlich bekannte glaubwürdige Person verlangt.

Über die Notwendigkeit derartiger Bestimmungen kann man verschiedener Ansicht sein; zweckmäßig ist es aber jedenfalls, den Abschluß von Pfandgeschäften mit Unmündigen ohne Genehmigung des gesetzlichen Vertreters zu verbieten.

b) Auf die Natur des Pfandgegenstandes gegründete Verbote finden sich nur in Lübeck, Bremen und Hamburg. In Lübeck darf der Pfandleiher Kleider, Leinen und Betten nicht als Pfand annehmen, wenn er weiß oder Grund zur Vermutung hat, daß sie von jemandem, der an einer ansteckenden Krankheit leidet, benutzt sind. Bremen faßt sich kürzer und sagt: Kleider, Leinen und Betten, welche mit ansteckenden Krankheiten behaftete Personen benutzt haben, dürfen nicht als Pfand angenommen werden². Hamburg schließlich verbietet die Annahme von Pfändern, bei denen die Vermutung unrechtmäßigen Erwerbes nahe liegt. Will man einzelne Gegenstände

¹ Einschließlich der Kinder.

² Württemberg und Schaumburg-Lippe schreiben in solchen Fällen nur Desinfektion vor, s. III, 1, c.

bezeichnen oder hervorheben, deren Annahme verboten ist, so kann man dabei die Bestimmungen öffentlicher Leihhäuser zu grunde legen, wie sie im Statistischen Jahrbuch X, 179 zusammengestellt sind; dort werden u. a. genannt militärische Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände, Dienstsachen bezw. Sachen öffentlicher Anstalten, gottesdienstliche Gegenstände, Orden, von Armenanstalten bezw. Wohltätigkeitsvereinen zur Unterstützung verabsolgte Gegenstände. Es dürfte aber wohl eine allgemeine Bestimmung des Inhalts genügen, daß Gegenstände nicht als Pfand angenommen werden dürfen, bei denen die Vermutung unrechtmäßigen Erwerbes nahe liegt. Aus sanitären Gründen dürften ganz allgemein solche Gegenstände hinzuzufügen sein, von denen zu befürchten ist, daß sie zur Verbreitung ansteckender Krankheiten führen werden¹.

2. Beschränkungen in den Vertragsbedingungen. Fast überall hat man, um den Darlehnsuchenden zu schützen, Bestimmungen erlassen, durch welche die Pfandleiher in den wesentlich von ihnen zu dictierenden Vertragsbedingungen mehr oder weniger beschränkt werden. Sie betreffen a) den Zinsfuß, b) die Berechnung der Zinsen, c) die sonstigen Gebühren und Vergütungen, d) die Fälligkeit des Darlehns.

a) Eine der wichtigsten Fragen bei der Regelung des Umfangs der Befugnisse der Pfandleiher ist die, ob und in welcher Höhe ein Minimalzinsfuß festzusetzen ist. Die Mehrzahl (15) derjenigen Staaten, in denen überhaupt Vorschriften erlassen sind, hat sich für die Festsetzung eines solchen Zinsfußes entschieden, der seiner Höhe nach jedoch nicht überall der gleiche ist. Er beträgt in:

1. Preußen, Sachsen, Württemberg, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Schaumburg-Lippe, Lübeck:

a) für Darlehnsbeträge bis zu 30 Mk. 2 % pro Monat, also 24 % pro Jahr,

b) für den 30 Mk. übersteigenden Betrag 1 % pro Monat, also 12 % pro Jahr.

¹ Bestimmungen, welche ein Einschreiten gegen den neuerdings beklagten unreellen Massenverkauf von Uhren, Gold- und Silberwaren ermöglichen, sind nirgends vorhanden, lassen sich auch schwer finden. Die Annahme derartiger Pfänder in größeren Massen zu verbieten, ist wohl nicht angängig, weil dadurch auch dem realen Gewerbetreibenden der Kredit verkümmert würde. Auch würde das Verbot durch die nicht kontrollierbare stückweise Verpfändung durch vorgeschobene Personen umgangen werden.

2. Baden und Hessen:

- a) für Darlehnsbeträge bis zu 30 Mk. $1\frac{1}{2}\%$ pro Monat, also 18 % pro Jahr,
- b) für den 30 Mk. übersteigenden Teil 1 % pro Monat, also 12 % pro Jahr.

3. Bayern für Darlehnsbeträge jeder Höhe 1 % pro Monat, also 12 % pro Jahr.

4. Bremen:

- a) für Darlehnsbeträge bis zu 3 Mk. 10 Pf. pro Monat, also bei 3 Mk. 40 % pro Jahr, bei 1 Mk. 120 % pro Jahr,
- b) für Darlehnsbeträge bis zu 6 Mk. 15 Pf. pro Monat, also bei 6 Mk. 30 % pro Jahr,
- c) für Darlehnsbeträge bis zu 10 Mk. 20 Pf. pro Monat, also bei 10 Mk. 24 % pro Jahr,
- d) für Darlehnsbeträge bis zu 30 Mk. 2 Pf. pro Monat und Mark, also 24 % pro Jahr,
- e) für die 30 Mk. übersteigenden Beträge 1 Pf. pro Monat und Mark, also 12 % pro Jahr.

In allen Staaten beträgt somit der Maximalzinsfuß für die 30 Mk. übersteigenden Beträge 12 % pro Jahr; eine Verschiedenheit besteht nur bezüglich der Beträge unter 30 Mk.; sie sind in den meisten Staaten mit 24 % pro Jahr, in Baden und Hessen mit 18 % pro Jahr, in Bayern mit 12 % pro Jahr, in Bremen je nach ihrer Höhe mit 24—120 % pro Jahr zu verzinsen.

Die Festsetzung eines derartigen Maximalzinsfußes erscheint in der Tat zum Schutze der Verpfänder durchaus geboten, da die Konkurrenz allein nicht imstande ist, den Zinsfuß auf einer angemessenen Höhe zu halten¹, und die Strafbestimmungen über den Wucher nicht ausreichen, um eine Ausbeutung der Verpfänder zu verhindern. Auch erleichtert sie die Kontrolle ganz außerordentlich. Die Höhe des in Preußen und den meisten anderen Staaten bestehenden Zinsfußes ist als angemessen zu bezeichnen, wenn auch der für kleine Darlehen geltende von 24 % auf den ersten Blick reichlich hoch erscheinen mag. Man muß aber bedenken, daß kleine Pfanddarlehen verhältnismäßig die größten Verwaltungskosten erfordern. Deshalb ist auch eine Abstufung nach der Größe des Darlehens richtig. Mehr als zwei verschiedene Stufen festzusetzen, empfiehlt sich dagegen wegen der dadurch entstehenden Unübersichtlichkeit nicht, und das

¹ Vgl. Eheberg, Jahrbuch 1880, S. 63.

um so weniger, als es doch unmöglich ist, einen Zinsfuß aufzustellen, welcher für alle Fälle angemessen ist¹. Die Bremer Regelung empfiehlt sich daher nicht, hat auch für die kleinen Beträge viel zu hohe Sätze, während man es mit besserem Grund in Kauf nehmen kann, wenn der Pfandleiher bei ganz geringen Darlehen einmal keinen Gewinn erzielt.

Um jedoch bei kleinen und kurzzeitigen Darlehen dem Pfandleiher tunlichst die Deckung der in jedem Beleihungsfall entstehenden unveränderlichen Kosten einigermaßen zu sichern, ist ihnen mit geringen Ausnahmen erlaubt, sich auszubedingen, daß an Zinsen mindestens der Betrag für zwei Monate gezahlt werden müsse². Sachsen und Anhalt haben in dieser Beziehung eine etwas abweichende, nicht so richtige Bestimmung, da dort nicht von einem „Ausbedingen“, sondern nur davon die Rede ist, daß der Pfandleiher, wenn die Einlösung vor Ablauf der ersten zwei Monate erfolgt, die Zinsen voller zweier Monate fordern darf, also vermutlich auch dann, wenn es vorher nicht bedungen ist; eine weitere Abweichung liegt darin, daß er immer mindestens 10 Pf. fordern darf, eine nur für Darlehen unter 2,50 Mk. bedeutungsvolle, aber vielleicht nicht ganz unzweckmäßige Bestimmung dort, wo so kleine Beträge häufig sind.

b) Die Berechnung der Zinsen. Um den Darlehnsuchenden vor Übervorteilung auch in dieser Beziehung zu schützen und Anlässe zu Differenzen möglichst wegzuräumen, empfiehlt es sich, über die Berechnung der Zinsen einige Vorschriften zu erlassen. Für Preußen gilt diesbezüglich folgendes:

1. Der Tag der Hingabe wird nicht mitgerechnet;
2. die Monate werden von dem auf den Darlehnstag (zu 1) folgenden Tage bis zu dem ziffernmäßig dem Darlehnstage entsprechenden Tage des letzten Darlehnsmonats, bei dem Fehlen dieses Tages bis zum letzten Tage des letzten Monats berechnet;
3. jeder auch nur angefangene Monat wird als ein voller berechnet;
4. läuft der Gesamtbetrag der Zinsen in einen Bruchpfennig aus, so wird dieser auf einen vollen Pfennig abgerundet.

Im wesentlichen ebenso lauten die hierauf bezüglichen Vorschriften der anderen Staaten.

¹ Vgl. Heberg a. a. D. S. 68. Auch bei den städtischen Leihhäusern finden sich meistens nur zwei Stufen, siehe Statist. Jahrbuch II, 182.

² So in Preußen, Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Lippe-Schaumburg, Bremen.

c) Sonstige Gebühren und Vergütungen. Nahezu sämtliche Gesetze und Verordnungen enthalten die ausdrückliche Bestimmung, daß außer den zugelassenen Zinsen eine weitere Vergütung „für das Darlehen und für die Aufbewahrung und Erhaltung des Pfandes“ bezw. „für die aus der Pfandbestellung dem Pfandleiher erwachsenden Leistungen“ bezw. „für die Leistungen des Pfandleihers in bezug auf das Pfandleihgeschäft“ weder ausbedungen noch angenommen werden dürfen; im einzelnen werden als solche Leistungen in einigen Ordnungen genannt die Verlängerung der Zahlungsfrist, die Eintragung in das Pfandbuch, die Numerierung, die Feuerversicherung. In Württemberg und Schaumburg-Lippe ist außerdem die Vereinbarung einer Konventionalstrafe für den Fall nicht rechtzeitiger Zahlung verboten. Unter das Verbot der Erhebung weiterer Vergütungen fällt schließlich auch das nahe überall erlassene ausdrückliche Verbot des Vorausnehmens der Zinsen.

Ausgenommen von dem Verbot des Forderns sonstiger Vergütungen sind außer den Kosten des Verkaufs, die weiter unten behandelt werden, vereinzelt die Kosten für Ausstellung und Erneuerung des Pfandscheins, insofern nämlich in Bayern, Baden und Hessen dafür eine Gebühr bis zu 5 Pfg., in Württemberg eine sogen. Einschreibgebühr bis zu 10 Pfg. erhoben werden darf. In Sachsen, Sachsen-Weimar, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Lübeck und Bremen ist die Erhebung einer solchen Gebühr ausdrücklich untersagt, während ihrer in den Verordnungen der übrigen Staaten nicht Erwähnung getan ist; sie wird dort überall als unter das allgemeine Verbot der Erhebung weiterer Vergütungen fallend anzusehen sein. In Württemberg dürfen außer den Zinsen, der Einschreibgebühr und den Verkaufsgebühren erhoben werden: die baren Auslagen an Postporto und an Gebühren der amtlich bestellten Taxatoren für eine vom Pfandschuldner beantragte Schätzung der Pfandgegenstände.

Daß der Pfandleiher dasjenige, was ihm vom Schuldner oder für ihn über das erlaubte Maß hinaus geleistet ist, zurückzahlen muß, ergibt sich aus den Grundsätzen des B.G.B. von selbst, ist aber in Preußen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen und Bremen auch in den betreffenden Vorschriften ausdrücklich bestimmt. Preußen und Sachsen-Weimar fügen unnötigerweise hinzu, daß die zurückzuzahlende Summe vom Tage des Empfanges ab verzinst werden müsse; außerdem setzen Preußen, Sachsen, Sachsen-Meiningen und Bremen für die Geltendmachung des Rückforderungsrechtes eine fünfjährige Ver-

jährungsfrist, die am Tage der Leistung beginnt. Doch kann ein Bedürfnis für die Festsetzung einer besonderen Verjährungsfrist nicht anerkannt werden.

d) Fälligkeit des Darlehns. Zum Schutze des Verpfänders hat man in Preußen, Sachsen, Baden, Anhalt, Schaumburg-Lippe und Lübeck bestimmt, daß das von einem Pfandleiher gegebene Darlehn nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach seiner Hingabe fällig werde; in Bremen beträgt die Frist 3, in Württemberg 2 Monate. Entgegenstehende Verabredungen werden in einzelnen Staaten (so in Preußen) ausdrücklich für nichtig erklärt, sind aber auch in den übrigen Staaten gemäß § 134 B.G.B. als nichtig anzusehen. Das Lübedische Gesetz geht über die angegebene Bestimmung noch hinaus, da nach ihm das Darlehn stets 6 Monate nach der Hingabe fällig wird, also auch die Festsetzung eines Fälligkeitstermins nach einer längeren Zeit, etwa nach 9 Monaten, nicht zulässig ist. Zulässig ist nur die Verlängerung der Rückzahlungsfrist immer um weitere 6 Monate. Eine derartige Vorschrift erleichtert ohne Zweifel die Kontrolle, geht aber doch wohl etwas zu weit. Die an die Spitze gestellte preußische dagegen erscheint zweckmäßig.

3. Eintragung in das Pfandbuch. Jedes abgeschlossene Pfandgeschäft ist überall unverzüglich nach Maßgabe der vorgeschriebenen Rubriken einzutragen. Bezüglich dieser Eintragungen bestehen fast überall eine Anzahl allgemeiner Vorschriften:

a) Verboten sind vielfach, und mit Recht, Rasuren schlechthin (so Preußen, Sachsen, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Lübeck), während es in anderen Staaten nur verboten ist, Eintragungen durch Rasuren unleserlich zu machen (so Württemberg, Baden, Hessen u. a.).

b) Verboten ist es ferner, unleserliche Eintragungen zu machen (Preußen, Sachsen-Altenburg) bezw. Eintragungen durch Durchstreichen, Radieren oder auf andere Weise unleserlich zu machen (so Württemberg, Baden, Hessen u. a.). Bayern, Sachsen, Sachsen-Weimar und Lübeck schreiben positiv vor, daß die Eintragungen gut leserlich sein müssen.

c) Vorgeschrieben ist meistens (jedoch nicht in Preußen!) Eintragung mit Tinte und vielfach in deutscher Sprache (so Bayern, Sachsen, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Lübeck und Hamburg).

d) Vorgeschrieben ist ferner vereinzelt die Eintragung in fortlaufender Reihenfolge (Württemberg, Baden, Hessen — „ohne

leeren Raum und ohne Zwischenlinien" — und Schaumburg-Lippe), bezw. in Reihenfolge des Abschlusses unter fortlaufender Nummer (Oldenburg).

e) Sehr häufig ist schließlich die Vorschrift, daß die Eintragung deutlich, vollständig und wahrheitsgetreu sein muß.

Baden und Lübeck haben eine Bestimmung darüber, wie zu verfahren ist, wenn mehrere Gegenstände gleichzeitig verpfändet werden; in Baden ist jeder selbständige Gegenstand unter einer besonderen Nummer einzutragen, in Lübeck dagegen sind mehrere gemeinschaftlich verpfändete Gegenstände unter einer gemeinschaftlichen Nummer einzutragen. Ein besonderes Bedürfnis nach einer Regelung in dieser Beziehung besteht jedoch wohl nicht, da die vorgeschriebene Deutlichkeit der Eintragung die Hauptsache ist.

Empfehlenswert erscheint etwa folgende Fassung:

„Jedes Geschäft ist unverzüglich nach dem Abschluß nach der Zeitfolge durch fortlaufende Ausfüllung der vorgeschriebenen Rubriken deutlich, vollständig, wahrheitsgetreu und in deutscher Sprache mit Tinte in das Pfandbuch einzutragen. Rasuren vorzunehmen oder Eintragungen mittelst Durchstreichens oder auf andere Weise unleserlich zu machen, ist verboten.“

Während nach den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts (vergl. § 1205 B.G.B.) für den Erwerb des Pfandrechts an beweglichen Sachen die Übergabe der Sache an den Gläubiger und das Einverständnis der Parteien darüber, daß dem Gläubiger das Pfandrecht zustehen soll, genügt, haben einige Staaten, nämlich Preußen, Sachsen-Altenburg, Lübeck und Bremen, jenen Erwerb des weiteren noch davon abhängig gemacht, daß der Pfandleiher das Geschäft in sein über alle solche Geschäfte nach der Zeitfolge zu führendes Pfandbuch einträgt. Eine solche Bestimmung hat wohl keinen anderen Zweck als den, den Pfandleiher in intensiverer Weise, als es durch Bestrafung geschehen kann, zu einer geregelten Buchführung anzuhalten; dem Schutze des Darlehnsuchenden dient es jedenfalls nicht unmittelbar, da der Pfandleiher bei Unterlassung der Eintragung zwar kein Pfand-, aber doch ein Zurückbehaltungsrecht erwirbt. Mit Rücksicht hierauf, wie ferner darauf, daß das eigene Interesse der Pfandleiher und die behördliche Kontrolle im allgemeinen ausreichende Garantien für eine ordentliche Buchführung bieten, dürfte schon im Interesse der Kürze und Übersichtlichkeit von der fraglichen, rein zivilrechtlichen Bestimmung abgesehen werden können.

4. **Aushändigung eines Pfandscheines.** Im Interesse des Darlehnsnehmers erscheint es notwendig, dafür zu sorgen, daß

er in den Besitz einer Urkunde über den Darlehns- und Pfandvertrag gelangt. Man hat daher fast überall den Pfandleiher verpflichtet, dem Verpfänder einen Pfand- oder Versatzschein zu geben, der eine wörtliche Abschrift der auf das Geschäft bezüglichen Eintragung im Pfandbuch zu enthalten hat und — mit verschwindenden Ausnahmen — von dem Pfandleiher zu unterzeichnen ist. In Württemberg und Schaumburg-Lippe ist in den Versatzschein die Haftung für Feuergefähr in bezug auf die Pfandgegenstände aufzunehmen, in denselben beiden Staaten und in Baden und Hessen außerdem eine Reihe der wichtigsten einschlägigen Bestimmungen. In Braunschweig und Hamburg darf der Pfandschein dagegen irgendwelche Zusätze und Bemerkungen nicht enthalten.

Im übrigen bestehen bezüglich der Form des Pfandscheins nur wenige Vorschriften. Daß, wie Braunschweig vorschreibt, ein gedrucktes Formular zu verwenden ist, bedarf aus praktischen Gründen wohl nicht erst ausdrücklicher Betonung, dagegen ist es zweckmäßig, wenn Württemberg und Schaumburg-Lippe anordnen, daß die Formulare vor dem Beginne der Verwendung und vor etwaigen späteren Änderungen der Ortspolizei zur Genehmigung vorzulegen sind; in Lübeck kann das Polizeiamt für die Pfandscheine Formulare aufstellen, welche für die Pfandleiher verbindlich sind.

In einem Teil der Staaten ist vorsichtigerweise auch darüber eine Bestimmung getroffen, wie es zu halten ist, wenn der Inhalt des Pfandscheines von dem Inhalt des Pfandbuches abweicht. In Preußen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Anhalt, Lübeck und Bremen gilt dann die dem Pfandleiher nachteiligere Feststellung, in Hamburg streitet die Vermutung für die Angaben des Pfandscheines. In Lübeck ist, um Abweichungen möglichst zu vermeiden, der Betrag des Darlehns auf den Pfandscheinen in Ziffern und in Buchstaben anzugeben.

Über die Bedeutung des Pfandscheines, der zunächst nur eine Bestätigung des geschlossenen Vertrages enthält, findet sich eine ausdrückliche Bestimmung einmal in Preußen, Sachsen-Altenburg, Anhalt, Lübeck und Bremen: dort ist der Inhaber des Pfandscheines „dritten Personen, insbesondere dem Pfandleiher gegenüber zur Ausübung der Rechte des Verpfänders berechtigt, ohne die Übertragung dieser Rechte nachweisen zu müssen.“ Der Pfandschein ist dort also reines Inhaberpapier, obgleich er den Namen des Gläubigers enthält, Eine ausdrückliche Bestimmung findet sich ferner in Hamburg; „ist dem Pfandleiher angezeigt, daß ein von ihm ausgestellter Pfand-

schein verloren worden, so darf er das Pfand dem Inhaber des Pfandscheins nur mit Einwilligung des Anzeigenden oder auf richterlichen Spruch ausliefern; falls er das Pfand zum Verkauf bringt, hat er davon, daß der Pfandschein angeblich verloren ist, der Polizeibehörde Anzeige zu machen; meldet sich bis zum Ablauf des einjährigen Termins niemand mit dem Pfandschein, so wird der Überschuß dem sich genügend Legitimierenden herausgegeben.“ Der Pfandschein hat in Hamburg also nicht die Natur eines reinen, sondern eines sog. hinkenden Inhaberpapiers. Dresden schließlich bestimmt: „Geht dem Verpfänder der Pfandschein verloren, so befreit dies keineswegs den Pfandleiher von seinen Verpflichtungen gegen den Verpfänder; es ist jedoch Sache der beiden Kontrahenten, sich Sicherheit dafür zu verschaffen, daß wirklich der Berechtigte auf Grund des betreffenden Scheins befriedigt wird.“ Der Pfandschein dürfte daher dort als Legitationspapier anzusehen sein.

Wo es an einer ausdrücklichen Bestimmung fehlt, und der Pfandschein nur einen Auszug aus dem Pfandbuch bildet, stellt er lediglich ein Beweismittel über den geschlossenen Vertrag dar; die Forderungen aus diesem können nur von dem Verpfänder oder von demjenigen geltend gemacht werden, der nachweist, daß ihm die Rechte des Verpfänders übertragen worden sind. Es steht aber, soweit nichts Gegenteiliges bestimmt ist, den Parteien frei, durch Vereinbarung dem Pfandschein die Bedeutung eines Wertpapiers, insbesondere den eines Namens- oder eines Inhabers- oder eines inhaberpapierähnlichen¹ Namenspapiers zu geben. Will man die Vertragsfreiheit in diesem Punkt beschränken, so dürfte sich eine Regelung im Sinne der letzten Alternative besonders empfehlen, wenn man nicht, wofür freilich vieles spricht, reine Namenspapiere vorzieht².

III. Bestimmungen betreffend die Verpflichtungen des Pfandleihers während der Dauer des Vertrages.

1. Die Verwahrung der Pfandgegenstände. Während das B. G. B. (§ 1215) sich mit der kurzen Vorschrift begnügt, daß der Pfandgläubiger zur Verwahrung des Pfandes verpflichtet sei, enthalten die in den einzelnen Staaten erlassenen Vorschriften über das Pfandleihgewerbe zweckmäßigerweise in mehreren Beziehungen noch besondere Vorschriften über die Behandlung der Pfandstücke.

¹ § 808 B. G. B.

² Vgl. Schmoller S. 102, 121, 122.

a) Was zunächst den Ort der Verwahrung angeht, so begnügen sich Preußen, Braunschweig, Sachsen-Altenburg und Lübeck mit der Bestimmung, daß die Aufbewahrung in einem besonderen Raum oder Behältnisse, getrennt von anderen Gegenständen zu erfolgen habe. Württemberg und Schaumburg-Lippe haben dieselbe Bestimmung, untersagen außerdem aber die gleichzeitige Benutzung der Aufbewahrungsräume als Verkaufslöke für einen anderen Gewerbebetrieb, insbesondere den Betrieb des Tröbdergewerbes. In Oldenburg ist die getrennte Aufbewahrung nicht unbedingt nötig; wo sie nicht möglich ist, genügt es, daß die Pfandstücke von anderen gleichartigen Gegenständen möglichst getrennt gehalten werden; werden sie in anderen als den unmittelbar für das Pfandleihgewerbe benutzten Räumlichkeiten aufbewahrt, so ist ihr Aufbewahrungsort im Geschäftsbuch zu bezeichnen. In Bayern, Baden und Sachsen-Weimar ist vorgeschrieben, daß die Aufbewahrungsräume hell, trocken, gut ventiliert und gut verschließbar, in Hessen, daß sie leicht zugänglich, hell oder leicht erhellbar sein müssen. Dort ist auch ausdrücklich bestimmt, daß die verpfändeten und die mit Vorbehalt des Rückkaufs angekauften Sachen getrennt von einander verwahrt werden.

b) Überall muß ferner, was im Interesse der Ordnung unumgänglich ist, jedes Pfandstück mit einer der Eintragung im Pfandbuch korrespondierenden Nummer versehen werden. Werden mehrere Sachen gleichzeitig verpfändet, so kann in Lübeck die Nummer an der Umhüllung oder Befestigung angebracht werden. Recht zweckmäßig ist es auch, wenn in Württemberg, Baden, Hessen und Schaumburg-Lippe die Pfandgegenstände so zu ordnen sind, daß sie jederzeit leicht aufgefunden werden können.

c) In Württemberg und Schaumburg-Lippe sind Kleidungsstücke, Wäsche und Betten, welche ekelhaft beschmutzt sind und von welchen anzunehmen ist, daß sie mit Menschen oder Tieren, die an ansteckenden Krankheiten leiden oder gestorben sind, in Berührung gekommen, oder daß sie auf andere Weise mit Ansteckungsstoffen behaftet sind, sofort nach der Annahme und, bevor sie mit anderen Gegenständen zusammengebracht sind, zu reinigen und desinfizieren. Den Orts- und Bezirksbehörden ist es vorbehalten, besondere Anordnungen beim Auftreten ansteckender Krankheiten, sowie über die Art und Weise der Desinfektion zu treffen. — Derartige Vorschriften sind gewiß zweckmäßig, wenn man nicht, wie oben (II., 1 b) empfohlen ist, die Annahme solcher Pfandgegenstände schlechthin verbieten will.

2. Versicherung. Nahezu überall sind die Pfandleiher verpflichtet, die Pfandstücke gegen Feuergefährdung zu versichern und zwar entweder „angemessen“ oder „in einem dem tatsächlichen Geschäftsumfange entsprechenden Betrage“ oder „nach ihrem Wert“. Die ausdrückliche Statuierung einer solchen Verpflichtung ist zweckmäßig, mag man sie vielleicht auch schon aus der Verpflichtung zur Sorgfalt entnehmen können. Zu erwägen dürfte sein, ob nicht auch eine Versicherung gegen Einbruchsdiebstahl am Platze ist.

3. Verfügung über den Pfandgegenstand und die Darlehnsforderung. In einer Reihe von Staaten finden sich einzelne zivilrechtliche Vorschriften, welche an dieser Stelle, wo es sich um die Pflichten des Pfandleihers während des Pfandvertrages handelt, zu erörtern sind. Sie betreffen:

a) Die Benutzung des Pfandes durch den Pfandleiher. Wenn das Pfandrecht nicht ausdrücklich in der Weise bestellt ist, daß der Pfandleiher berechtigt ist, die Nutzungen des Pfandes zu ziehen (§ 1213 B. G. B.), so darf er das Pfand nicht gebrauchen. Tut er es doch, so entstehen dem Verpfänder Ersatzansprüche nach allgemeinen Grundsätzen und Ansprüche gemäß § 1217 B. G. B. Einem besonderen Verbots der Benutzung bedarf es daher nur, wenn man Wert darauf legt, die Benutzung strafrechtlich verfolgen zu können; das hat man nur in Württemberg, Anhalt und Schaumburg-Lippe getan, wo demnach die Bestellung eines Nutzpandes zugunsten eines Pfandleihers unzulässig ist. Ein Bedürfnis für eine derartige besondere Bestimmung besteht wohl nicht.

b) Die Überlassung des Pfandes an dritte Personen zum Gebrauch. Sie ist in Württemberg und Schaumburg-Lippe ausdrücklich verboten, aber auch ohne solches Verbot unzulässig, weil sie mit der Verpflichtung zur Verwahrung und zur jederzeitigen Rückgabe in Widerspruch steht.

c) Die Weiterverpfändung des Pfandes; sie ist in Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Sachsen-Weimar und Schaumburg-Lippe verboten. Das Verbot ist aber überflüssig, weil auch die Weiterverpfändung aus den zu b) angeführten Gründen ohne daselbe unzulässig ist. In Lübeck und Anhalt darf der Pfandleiher das Pfand mit Erlaubnis des Verpfänders weiter verpfänden, eine Vorschrift, die nicht zweckmäßig ist, weil die Erteilung einer solchen Erlaubnis leicht zu einem ständigen Bestandteil der Pfandverträge werden und zu Konsequenzen führen kann, die von den Verpfändern nicht übersehen werden. Richtiger ist es daher, wenn Württemberg

Verabredungen, welche mit dem Verbot der Weiterverpfändung in Widerspruch stehen, für nichtig erklärt.

d) Die Veräußerung und Verpfändung der Darlehnsforderung; sie ist gleichfalls in Württemberg und Schaumburg-Lippe verboten, aber auch ohne solches Verbot unzulässig, weil sie dem in §§ 34 und 38 G.D. in Verbindung mit dem Strafgesetzbuch zum Ausdruck gebrachten Grundgedanken widersprechen würde¹.

4. Verschlechterung und Untergang des Pfandes. Die meisten Gesetze und Verordnungen enthalten keine Bestimmungen über die Haftung der Pfandleiher bei Verschlechterung oder Untergang eines Pfandgegenstandes. Es kommen dann lediglich die Bestimmungen des B.G.B. zur Anwendung, wonach der Pfandleiher für Verschulden jeglicher Art, also auch für Fahrlässigkeit, und auch für das Verschulden seines Vertreters und seiner Gehülfen haftet. Eine Ausnahme machen nur Sachsen, Anhalt, Lübeck und Hamburg.

Sachsen und Anhalt bestimmen:

„Geht das Pfand unter oder wird es verschlechtert, — — — so steht dem Pfandleiher gegen den Verpfänder aus dem Darlehnsvertrage eine Klage nicht zu.

Ist der Untergang oder die Beschädigung des Pfandes durch Brand herbeigeführt worden, so hat der Pfandleiher dem Verpfänder den Unterschied zwischen dem Wert des Pfandes und seinen aus dem Darlehnsvertrage entspringenden Forderungen zu erstatten, gleichviel ob er den Brand verschuldet hat oder nicht.

In Fällen, in denen der Pfandleiher für den Untergang oder die Verschlechterung des Pfandes zu haften hat, ist bei Bemessung der Entschädigungsansprüche des Verpfänders, soweit es hierbei auf den Wert des Pfandes ankommt, dieser Wert bis zum Beweise des Gegenteils zu dem Ein- und Einhalbfachen des darauf gewährten Darlehns anzunehmen.“

Lübeck bestimmt:

„Der Pfandleiher hat dem Verpfänder den Schaden zu ersetzen, den dieser durch den Verlust oder die Beschädigung des Pfandes erleidet. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden von dem Verpfänder verursacht oder durch die Beschaffenheit des Pfandes entstanden ist. Der Anspruch des Verpfänders verjährt in 2 Jahren.“

In Lübeck haftet der Pfandleiher also im Gegensatz zum B.G.B. auch im Falle der höheren Gewalt.

Hamburg schließlich bestimmt:

„Der Pfandleiher hat alle mögliche Sorgfalt für die unveränderte Erhaltung der angenommenen Pfänder zu tragen. Versäumt er in dieser Hinsicht

¹ Vgl. das eingehende Urteil des Reichsgerichts, III. Zivilsenat, vom 26. April 1904, Gew. Arch. IV, 410.

etwas, so ist er dem Verpfänder Schadenersatz zu leisten schuldig. Über Schäden, welche die Pfandgegenstände durch Zufall treffen, haben die Pfandleiher bei Verlust der ihnen zustehenden Einrede des Zufalls, der Polizeibehörde binnen 24 Stunden Anzeige zu machen und binnen acht Tagen genaue Verzeichnisse der verlorenen oder beschädigten Pfänder einzuliefern.

Ist der Zufall rechtzeitig angemeldet und gehörig nachgewiesen, so kann weder der Pfandleiher die Erstattung des Darlehns noch auch der Verpfänder die Rückerstattung des Pfandes oder entsprechenden Ersatz verlangen.“

Hier wird also dem Pfandleiher auch die Haftung für Zufall auferlegt, falls er nicht bestimmte formelle Anforderungen erfüllt.

In Übereinstimmung mit den meisten Staaten wird man es jedoch ohne Bedenken bei den Bestimmungen des V. G. B. bewenden lassen können.

IV. Bestimmungen betreffend die Einlösung der Pfänder und die Verlängerung der Pfandverträge.

1. Die Einlösung des Pfandes. Mit geringen Ausnahmen (so Bayern, Braunschweig, Hamburg) ist bestimmt, daß der Verpfänder berechtigt ist, das Pfand jederzeit, also sowohl vor wie nach der Fälligkeit des Darlehns, bis zum Abschluß des Verkaufs einzulösen, eine ohne Zweifel außerordentlich zweckmäßige Vorschrift. Daß die Einlösung nur gegen Zahlung von Kapital, Zinsen und etwaigen sonstigen anrechenbaren Kosten, z. B. denen einer beantragten oder begonnenen Versteigerung möglich ist, versteht sich von selbst und ist nur vereinzelt ausdrücklich bestimmt. Häufiger, nämlich in Preußen, Sachsen, Baden, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Anhalt, Schaumburg-Lippe, Lübeck und Bremen findet sich dagegen die gewiß auch zweckmäßige Vorschrift, daß die Zinsen nur bis zur Einlösung zu berechnen sind¹; bei Einlösung vor dem Verfalltag dürfen die Zinsen also nicht bis zu diesem gefordert werden. Den vorstehenden Grundsätzen widersprechende Vereinbarungen sind in Preußen, Sachsen, Württemberg, Hessen, Sachsen-Altenburg u. a. ausdrücklich für nichtig erklärt; vergl. hierzu unten VII., 1.

Über das formelle Verfahren bei der Einlösung sagen die meisten Gesetze bzw. Verordnungen nichts. In Preußen, Sachsen-Altenburg, Anhalt, Lübeck und Bremen kann die Einlösung bis zum Ablauf von drei Wochen nach Fälligkeit des Darlehns nur gegen

¹ Eine Einschränkung findet diese Vorschrift nur durch die oben (II, 2, a) erwähnte Bestimmung, daß an Zinsen mindestens der Betrag von zwei Monaten ausbedungen werden darf.

Rückgabe des Pfandscheins, später auch ohne diese erfolgen. Auf Verlangen ist ferner dem Verpfänder in einzelnen Staaten (Preußen, Baden, Hessen, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg und Schaumburg-Lippe) bei der Einlösung eine Quittung auszustellen, welche in Braunschweig den Betrag der erhobenen Zinsen und den Zeitraum, für welchen sie berechnet sind, in Baden den Betrag der Zahlung nach einzelnen Positionen nachzuweisen hat¹. Die eingelösten Pfandscheine sind in Preußen, Sachsen, Oldenburg und Sachsen-Altenburg mindestens ein Jahr lang, in Lübeck mindestens bis zum Abschluß des nächsten Kalenderjahres aufzubewahren. Im Gegensatz zu diesen Vorschriften ist so gut wie allgemein nur die, daß die vollzogene Einlösung alsbald unter Angabe des Datums im Pfandbuch zu vermerken ist. Wer zur Einlösung berechtigt ist, ergibt sich aus der Natur des Pfandscheins.

2. Die Verlängerung des Pfandvertrages. Fast ausnahmslos ist bei Verlängerung des Pfandvertrages ebenso zu verfahren, wie wenn es sich um ein neues Geschäft handelte. Es findet also eine neue Eintragung in das Pfandbuch und die Ausfertigung eines neuen Pfandscheines statt; in Lübeck ist es auch zulässig, auf dem alten Pfandschein den neuen Fälligkeitstag und die neue Pfandbuchnummer mit der Unterschrift des Pfandleihers anzugeben. Bei der Eintragung ist regelmäßig auf die Nummer der Eintragung des früheren Geschäftes und gleichzeitig bei dieser letzteren auf die Nummer hinzuweisen, unter welcher das neue Geschäft eingetragen ist (so u. a. Preußen). Auch ist an dem Pfand die alte Nummer durch die neue zu ersetzen (so ausdrücklich Lübeck).

V. Bestimmungen betreffend den Verkauf des Pfandes.

Daß der Pfandleiher berechtigt ist, das Pfand nach eingetretener Fälligkeit des Darlehns zur Befriedigung seiner Forderung an Kapital und Zinsen zu verkaufen, bedarf, weil in Übereinstimmung mit den Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches stehend, keiner ausdrücklichen Anordnung, wird jedoch trotzdem in zahlreichen Bundesstaaten, so z. B. in Preußen, Baden, Hessen, Sachsen-Weimar und Bremen ausdrücklich hervorgehoben. Ebenföwenig bedarf es der sich auch

¹ Da die Verpflichtung zur Erteilung einer Quittung bereits auf Grund § 368 B.G.B. besteht, bedarf es ihrer Statuierung nicht mehr. Allein wegen des Inhalts der Quittung Bestimmungen zu erlassen, erscheint aber nicht erforderlich.

nur in wenigen Staaten findenden Erklärung, daß die Erlangung eines vollstreckbaren Schuldtitels oder gerichtlicher Ermächtigung nicht erforderlich sei.

Die Befriedigung des Pfandleihers durch Verfall des Pfandes ist nach bürgerlichem Recht ausgeschlossen (§ 1228 Abs. 1 B.G.B., Pfand Anm. 1 Abs. 1); Bestimmungen, wie sie Bayern, Württemberg und Schaumburg-Lippe haben, nach denen Verabredungen unstatthaft sind, wonach die verpfändete Sache nach Ablauf des Verfalltermins dem Pfandleiher (bzw. einem Dritten, so Bayern) zufällt, oder daß dieser berechtigt sein soll, die Sache zu einem bestimmten Preis an Zahlungsstatt zu nehmen (so Württemberg mit Ausnahme der Wertpapiere, die einen Börsen- oder Marktpreis haben), sind daher überflüssig. Dagegen ist es nach bürgerlichem Recht, nämlich nach § 1229 B.G.B., der von Baden und Hessen wiederholt wird, zulässig, daß der Pfandleiher sich nach dem Eintritt der Verkaufsberechtigung den Pfandgegenstand zu Eigentum übertragen läßt. In den übrigen Staaten fehlt es an einer diesbezüglichen Bestimmung, aber sie wird, da nicht ausdrücklich das Gegenteil bestimmt ist, auch dort gelten müssen und, sie auszuschließen, liegt kein Grund vor.

Zu erwähnen sind des weiteren folgende Vorschriften:

1. Art des Verkaufs. Außer in Oldenburg ist in allen Staaten, die eingehendere Vorschriften erlassen haben, ausdrücklich bestimmt, daß der Verkauf in öffentlicher Versteigerung erfolgen müsse. Erforderlich ist eine solche Bestimmung nicht, da die Notwendigkeit der öffentlichen Versteigerung bereits aus § 1235 Abs. 1 B.G.B. hervorgeht.

Eine Ausnahme gilt nach dem B.G.B.:

a) für solche Pfänder, die einen Börsen- oder Marktpreis haben. Sie kann der Pfandleiher durch einen zu solchen Verkäufen öffentlich ermächtigten Handelsmäkler oder durch eine zur öffentlichen Versteigerung befugte Person aus freier Hand zum laufenden Preise verkaufen lassen (§ 1221);

b) für Gold- und Silbersachen; wird für sie ein dem Metallwert nicht entsprechendes Gebot abgegeben, so kann der Verkauf durch eine zur öffentlichen Versteigerung befugte Person aus freier Hand zu einem den Metallwert erreichenden Preise erfolgen (§ 1240).

Diese zweckmäßigen Bestimmungen machen besondere landesrechtliche Vorschriften überflüssig, in den meisten Staaten sind aber solche doch vorhanden. Die Bestimmung zu a) ist adoptiert von Baden, Hessen und Anhalt, während sich die Ausnahmen im übrigen

auf Wertpapiere, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, und auf Gold und Silbersachen beschränken. Außer in Württemberg, wo Wertpapiere der fraglichen Art, ohne vorgängigen Versuch der Versteigerung nach Vereinbarung mit dem Schuldner aus freier Hand, jedoch nicht unter dem Tageskurse, verkauft oder an Zahlungsstatt angenommen werden dürfen, muß in den übrigen Staaten (so Preußen, Sachsen, Lübeck, Bremen) bei allen genannten Gegenständen zunächst der Verkauf im Wege der öffentlichen Versteigerung versucht werden. Nur, wenn ein dem Tageskurs bzw. dem Metallwert nicht entsprechendes Gebot abgegeben wird, können diese Pfänder „durch den Versteigerer“ oder, wie es in anderen Staaten heißt, „durch eine zu öffentlichen Versteigerungen befugte Person“ aus freier Hand zu einem dem zulässigen Gebot entsprechenden Preise verkauft werden. Sachsen-Altenburg hat noch eine besondere Bestimmung, nach welcher der Wert der Gold- und Silbersachen durch Abschätzung seitens eines verpflichteten Sachverständigen festzustellen ist, eine nachahmenswerte Bestimmung, da die Feststellung des Wertes nicht dem Pfandleiher selbst überlassen werden kann. Im übrigen wird man sich dagegen mit den Bestimmungen des B. G. B. begnügen können.

2. Die Person des Versteigerers. Darüber, wer die Versteigerung vorzunehmen hat, ist in Bayern, Baden, Sachsen-Weimar, Anhalt und Schwarzburg-Rudolstadt nichts bestimmt. Es kommt daher dort, wie in den Staaten, die überhaupt keine Verordnungen erlassen haben, § 383 Abs. 3 B. G. B. zur Anwendung, wonach die öffentliche Versteigerung durch einen für den Versteigerungsort bestellten Gerichtsvollzieher oder zu Versteigerungen befugten anderen Beamten oder öffentlich angestellten Versteigerer zu erfolgen hat. Mit dieser Vorschrift läßt sich ohne Zweifel auch sehr wohl auskommen. Immerhin sei aber darauf hingewiesen, daß in einer Reihe von Staaten entsprechend den jeweiligen tatsächlichen Verhältnissen der Kreis der zur Versteigerung ermächtigten Personen in engeren Grenzen gehalten ist. Es sind zur Versteigerung befugt in

Preußen, Sachsen-Altenburg, Lübeck und Bremen: die Gerichtsvollzieher und die zu solchen Versteigerungen nach § 36 der Gewerbeordnung angestellten Personen;

Hessen: die Gerichtsvollzieher und die zu Versteigerungen befugten öffentlichen Beamten oder öffentlich angestellten Versteigerer;

Schaumburg-Lippe: die Gerichtsvollzieher und die von der Polizeibehörde zu bestimmenden Gemeindebeamten;

Hamburg: nur die Gerichtsvollzieher;

Sachsen: alle zu öffentlichen Versteigerungen verpflichtete Personen; Württemberg: die gemäß § 36 G. O. beeidigten Auktionatoren und die von der Ortspolizeibehörde zu bestimmenden Gemeindebeamten.

Sachsen hat außerdem die überflüssige Bestimmung, daß der Pfandleiher selbst nicht versteigern darf.

3. Voraussetzungen für die Zulässigkeit des Verkaufs.

a) In vielen Staaten (Preußen, Sachsen, Württemberg, Baden, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Schaumburg-Lippe, Lübeck und Bremen) findet sich die Bestimmung, daß der Verkauf nicht früher als vier Wochen nach eingetretener Fälligkeit des Darlehns ausgeführt werden dürfe, was der Vorschrift des § 1234 Abs. 2 B. G. B. entspricht¹ und daher auch für die übrigen Staaten gilt.

Auf der anderen Seite findet sich nicht selten ein bestimmter spätester Termin für den Verkauf, nämlich in Sachsen-Weimar sechs Wochen, in Württemberg zwei Monate, ebenso in Schaumburg-Lippe, falls nicht der Schuldner einer weiteren Verzögerung zustimmt, in Bayern und Schwarzburg-Rudolstadt sechs Monate, in Hamburg zwölf Monate. Was, außer der Bestrafung des Pfandleihers, geschehen soll, wenn die Frist versäumt ist, ist nirgends gesagt; vermutlich nichts, da mangels einer ausdrücklichen Bestimmung irgendwelche zivilrechtliche Folgen (Verlust des Pfandrechts, Beendigung der Verzinsung oder dergl.) an die Fristversäumnis nicht geknüpft werden können. An sich ist aber die Bestimmung eines äußersten Termins recht zweckmäßig, damit der Betrag an Zinsen nicht unnötig answillt, und dadurch jeder Überschuß für den Verpfänder verloren geht. Aus diesem Grunde würde sich allgemein eine — vielleicht mit Zustimmung des Verpfänders oder besser noch der Ortspolizeibehörde zu verlängernde — äußerste Frist von sechs Monaten unter Androhung des Zinsverlustes für die weitere Zeit empfehlen.

b) Der Verkauf ist ferner fast überall nur nach vorgängiger öffentlicher Bekanntmachung zulässig², welche in Preußen und den meisten anderen Staaten enthalten muß 1. Ort und Zeit der Ver-

¹ Denn eine Androhung des Verkaufs ist bei gewerbsmäßigen Pfandleihern als untunlich anzusehen.

² So auch nach § 1237 B. G. B., wonach aber nur Zeit, Ort und allgemeine Bezeichnung der Pfänder bekannt zu machen sind.

steigerung, 2. eine allgemeine Bezeichnung bezw. die Gattung der zu versteigernden Sachen, 3. den Namen des Pfandleihers und 4. die laufende Nummer des Pfandbuchs; in Preußen, Baden, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Anhalt, Bremen und Lübeck außerdem die Bemerkung, daß der Pfandleiher die bei der Versteigerung etwa erzielten Überschüsse und freigewordenen Pfänder an den Ortsarmenverband seines Wohnorts bezw. an die zuständige Finanzstelle abliefern werde, wenn die Verpfänder sie nicht binnen zwei Wochen nach der Versteigerung abholen¹; in Sachsen muß die Bekanntmachung ausdrücklich auf den eventuell eintretenden Verlust des Überschusses hinweisen (siehe unten VI., 1.).

Die Bekanntmachung hat in der Regel „in einem von der Ortspolizeibehörde für solche Bekanntmachungen zu bestimmenden Blatt“ (so Preußen, Oldenburg u. a.) oder, was gleichbedeutend ist, „in dem amtlichen Verkündigungsblatt“ (so Baden), jedenfalls aber immer „öffentlich“² zu erfolgen; in Lübeck kann das Polizeiamt Formulare aufstellen, nach welchen der Pfandleiher zu verfahren hat.

Der Zeitpunkt der Bekanntmachung findet sich meistens mehr oder weniger fixiert. Sie darf in Preußen, Sachsen, Sachsen-Altenburg, Anhalt, Schaumburg-Lippe, Lübeck und Bremen frühestens am Tage nach der Fälligkeit des Darlehns und in denselben Staaten, sowie in Bayern, Baden, Hessen, Sachsen-Weimar und Schwarzburg-Rudolstadt nicht später als zwei Wochen vor dem Tage der Versteigerung, in Württemberg nicht später als eine Woche vor diesem Tage erfolgen. Durch diese Anordnungen wird dem Verpfänder Gelegenheit gegeben, das Pfand inzwischen noch einzulösen oder sich auf die Ersteigerung desselben in der Auktion vorzubereiten. Auf der anderen Seite ist es auch wenig erwünscht, daß der Versteigerungstermin allzu früh bekannt gemacht wird, da er dann leicht in Vergessenheit gerät; in den meisten Staaten (so Preußen, Sachsen, Baden, Hessen) darf daher außerdem die Bekanntmachung höchstens vier Wochen vor dem Tag der Versteigerung erfolgen.

c) Nicht überall genügt die öffentliche Bekanntmachung. Gleichzeitig mit ihrem Erlass ist in Bayern und Württemberg der Distriktsverwaltungsbehörde bezw. der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen.

¹ Ist diese Bemerkung unterblieben, so hat der Pfandleiher die erfolgte Ablieferung an den Ortsarmenverband in dem für die Versteigerungs-Bekanntmachungen bestimmten Blatte auf seine Kosten bekannt zu machen.

² Dies schon nach § 1237 B.G.B.

In Preußen, Württemberg, Baden, Oldenburg, Sachsen-Altenburg, Schaumburg-Lippe und Lübeck hat der Pfandleiher außerdem der Ortspolizeibehörde vorher eine Liste zu überreichen, die für jedes zu versteigernde Pfand die Pfandbuchnummer, den Verpfändungstag, den Fälligkeitstag und den Betrag der Pfandschuld an Kapital und Zinsen ergibt. Die Liste wird auf ihre Übereinstimmung mit dem Pfandbuch geprüft und dann beglaubigt, und nur auf Grund dieser beglaubigten Liste darf der Verkauf vorgenommen werden. In Württemberg und Schaumburg-Lippe enthält die Liste auch die Verkaufsgebühren, und es ist vorgeschrieben, daß die Versteigerungserlöse von den Versteigerungsbeamten in die Liste einzutragen sind; dieselbe ist nach vollzogener Versteigerung von dem Versteigerungsbeamten der Ortspolizeibehörde zu übergeben und von letzterer wenigstens ein Jahr lang aufzubewahren.

d) Eine besondere Androhung des Verkaufes an den einzelnen Verpfänder wird als untunlich unterbleiben können (§ 1234 B.G.B.) und daher auch nicht anzuordnen sein. Eine abweichende Vorschrift kennt nur Braunschweig: Hat der Verpfänder oder ein Bevollmächtigter desselben einen dem Pfandleiher bekannten Aufenthalt im Deutschen Reich, so muß der Pfandleiher, falls nichts anderes ausgemacht ist, den Verpfänder zwei Wochen vor dem Verkauf, aber nach der Fälligkeit des Schuldners mittelst eingeschriebenen Briefes benachrichtigen, daß zum Verkauf geschritten werden soll. Die Benachrichtigung gilt als durch Aufgabe zur Post bewirkt auch, wenn die Sendung als unbestellbar zurückkommt.

4. Ort der Versteigerung. Im Interesse des Verpfänders, dem bis zum letzten Augenblick die Möglichkeit der Einlösung und schließlich auch die der Ersteigerung vorbehalten werden soll, ist fast überall (so besonders in Preußen, Sachsen und Württemberg) die Versteigerung in der Gemeinde vorzunehmen, in welcher das Pfandleihgeschäft zur Zeit des Geschäftsabschlusses betrieben worden ist. In Sachsen und Lübeck können die Ortspolizeibehörden hiervon Ausnahmen zulassen. Wenn keine besonderen Bestimmungen vorhanden sind, hat die Versteigerung gemäß § 1236 B.G.B. an dem Orte zu erfolgen, an dem das Pfand aufbewahrt wird, und der regelmäßig mit der oben bezeichneten Gemeinde identisch sein wird; jedoch läßt der § 1236 die Versteigerung an einem anderen geeigneten Orte dann zu, wenn von einer Versteigerung am Aufbewahrungsorte ein angemessener Erfolg nicht zu erwarten ist, wodurch dem Pfandleiher freilich eine für Pfandleihgeschäfte wohl nicht wünschenswerte Freiheit des Handelns

eingeräumt ist. Es empfiehlt sich daher zum mindesten, die Vornahme der Versteigerung an einem anderen Orte von einer behördlichen Genehmigung abhängig zu machen (vgl. unten VII, 1).

Nähere Bestimmungen über den Ort der Versteigerung, also das Versteigerungslokal, finden sich nur selten. In Sachsen muß die Versteigerung außerhalb der Wohnung und der Geschäftsräume des Pfandleihers, in Lübeck darf sie nur in einem vom Polizeiamt genehmigten Lokale erfolgen. Letztere Vorschrift ist zweckmäßig, soweit nicht die etwa vorhandenen Bestimmungen über den Gewerbebetrieb der Auktionatoren ausreichend vor Mißständen in dieser Richtung schützen.

5. Die Versteigerung selbst. Für die Vornahme der Versteigerung kommen folgende Vorschriften in Betracht:

a) Bieten kann, wie sich aus § 1239 Abs. 1 B.G.B. ergibt, in einer Reihe von Staaten (so Preußen, Sachsen, Baden) noch ausdrücklich erklärt wird, auch der Pfandleiher; erhält er den Zuschlag, so ist der Kaufpreis als von ihm empfangen anzusehen (§ 1239 Abs. 2 B.G.B. — in Baden, Anhalt und Lübeck ausdrücklich wiederholt).

Bieten kann auch der Verpfänder bzw. Eigentümer, jedoch ist sein Gebot zurückgewiesen werden, wenn nicht der Betrag bar eingebracht wird (§ 1239 Abs. 1 u. 2 B.G.B.)¹.

b) Nach § 1230 Satz 2 B.G.B. darf der Pfandleiher nur wenige Pfänder zum Verkaufe bringen, als zu seiner Befriedigung erforderlich sind. Die in Preußen, Sachsen-Altenburg, Anhalt, Schaumburg-Lippe, Lübeck und Bremen erlassene Vorschrift, daß der Verpfänder einzustellen ist, sobald ein Betrag erlöst ist, welcher hinreicht, die Forderung des Pfandleihers an Kapital, Zinsen und Kosten zu decken, ist daher überflüssig.

Nicht überflüssig ist dagegen die in denselben Staaten und in Sachsen geltende, dem Interesse des Verpfänders dienende Bestimmung: „Sind mehrere Gegenstände durch dasselbe Geschäft als Pfand bestellt, so ist der Verpfänder berechtigt, die Reihenfolge zum Verkauf zu bestimmen, in welcher dieselben zum Verkauf auszustellen sind.“ Denn nach § 1230 Satz 1 B.G.B. kann, soweit nicht anders bestimmt ist, der Pfandgläubiger unter mehreren

¹ Wird nur von Lübeck ausdrücklich erwähnt. Daß der Verpfänder und seine Gehülfen nicht mitbieten können (§ 456 B.G.B.), wird nirgend wiederholt.

Pfändern diejenigen auswählen, welche verkauft werden sollen, zweifellos auch diejenigen also, welche zuerst verkauft werden sollen.

c) Unterbleibt die sofortige Entrichtung des Kaufpreises, so ist derselbe als von dem Pfandleiher empfangen anzusehen (§ 1238 B.G.B.); die Lübecker Bestimmung: „Wird ein verkauftes Pfand ohne Empfang des Kaufpreises an den Käufer verabfolgt, so haftet der Pfandleiher dem Verpfänder für die Zahlung“, ist daher unnötig; ebenso die für diesen Anspruch gesetzte zweijährige Verjährungsfrist.

6. Verletzung der Vorschriften über den Verkauf. Während, wie gezeigt, die meisten Staaten Vorschriften mancherlei Art über den Verkauf der Pfandgegenstände erlassen haben, fehlt es vielfach an einer Bestimmung der Folgen, welche bei Verletzung jener Vorschriften eintreten. In Preußen, Sachsen-Altenburg, Anhalt und Bremen hat der Pfandleiher in einem solchen Fall die Kosten des Verkaufs selbst zu tragen und dem Verpfänder den durch den Verkauf verursachten Schaden zu ersetzen, insbesondere denjenigen Betrag mit Zinsen zu fünf¹ vom Hundert vom Verkaufstage zu zahlen, um welchen der Verkaufspreis des Pfandes hinter dessen Wert zurückgeblieben ist. Entgegenstehende Verabredungen sind nichtig. Der Anspruch des Verpfänders verjährt in fünf Jahren; der Lauf der Verjährung beginnt vier Wochen nach Fälligkeit des Darlehens oder, wenn der Verkauf später stattgefunden hat, mit dem Tage des Verkaufes. Anhalt fügt ausdrücklich hinzu, daß die Wirksamkeit des Verkaufes durch die Verletzung der Vorschriften nicht berührt werde. Lübeck begnügt sich mit der kurzen Bestimmung, daß der Pfandleiher im Falle einer solchen Verletzung die Verkaufskosten zu tragen und dem Verpfänder den Unterschied zwischen dem Erlös und dem Wert, den das Pfand beim Verkauf hatte, zu ersetzen hat; als Wert gilt, wenn kein anderer Betrag nachgewiesen wird, der anderthalbfache Betrag des auf das Pfand gegebenen Darlehens. Der Anspruch des Verpfänders verjährt in zwei Jahren, die Auszahlung des Schadenserzuges erfolgt bis zum Ablauf von drei Wochen nur unter Rückgabe des Pfandscheines, später auch ohne denselben, falls die Auszahlung nicht inzwischen an einen anderen unter Rückgabe des Pfandscheines erfolgt ist.

Wo keine Bestimmungen vorhanden sind, gelten die des Bürger-

¹ In Anhalt Vier.

lichen Gesetzbuches, mit denen man auch völlig auskommen
Danach (§§ 1243, 1244) gilt folgendes:

a) Der Verkauf gilt als nicht rechtmäßig, wenn die Forderung entweder noch nicht fällig oder bereits durch den Verkauf oder Pfänder befriedigt ist, wenn der Verkauf nicht im Wege öffentlicher Versteigerung bezw. bei Pfändern, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, nicht durch einen zu solchen Verkäufen ermächtigten Hantler oder durch eine zur öffentlichen Versteigerung befugte Person zum laufenden Preise bewirkt ist, wenn Zeit und Ort der Versteigerung nicht unter allgemeiner Bezeichnung der Pfänder öffentlich bekannt gemacht sind, oder die Vorschriften betreffend den Verkauf von Gold- und Silbersachen (siehe oben 1 b) nicht beachtet sind. In diesen Fällen wird der gutgläubige Käufer des Pfandes trotz des nicht rechtmäßigen Verkaufes Eigentümer, wenn entweder der Pfandgläubiger für sein Recht zum Verkauf einen vollstreckbaren Titel gegen den Verpfänder erlangt und den Verkauf nach den für den Verkauf der gepfändeten Sache geltenden Vorschriften bewirkt hat, oder wenn der Verkauf im Wege der öffentlichen Versteigerung bezw. bei börsen- oder marktgängigen Pfändern und Gold- und Silbersachen auf dem von ihm zugelassenen freihändigen Wege erfolgt ist. In diesem Falle ist der Pfandleiher dem Verpfänder den Kaufpreis nach Abzug der Gegenforderung auszufahren und ihn bei Vorliegen eines Verschuldens schadlos zu halten. Wird der Käufer nicht Eigentümer, wenn er nicht gutgläubig ist, oder weil die Voraussetzungen nicht vorliegen, unter denen der gute Glaube geschützt wird, so ist der Verkauf nichtig und der Pfandleiher schadensersatzpflichtig.

b) Sind Vorschriften anderer Art verletzt, z. B. die über den Ort der Versteigerung, so ist der Verkauf trotzdem rechtmäßig. Der Pfandleiher ist aber zum Schadensersatz verpflichtet, wenn ihm Verschulden zur Last fällt.

7. Die Verkaufskosten. Daß das Pfand auch für die Kosten des Verkaufs haftet, ergibt sich aus § 1210 Abs. 2 B.G.B., ist aber in Preußen, Sachsen und sechs anderen Staaten noch ausdrücklich bemerkt. Wichtiger sind Vorschriften über die Art ihrer Berechnung und über ihre Höhe. Die erstere kann besonders dann zu Streitigkeiten Anlaß geben, wenn, wie es fast immer geschieht, mehrere Pfandgläubiger gemeinschaftlich zur Versteigerung kommen; dann sollen nach den Bestimmungen in Preußen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Anhalt und Braunschweig die Kosten der Bekanntmachung nach der Anzahl der Pfandnummern, die Kosten der Versteigerung nach dem

hältnis des Erlöses verteilt werden. Die Höhe der Verkaufskosten anderseits ist nur selten fixiert; sie beträgt in Bayern 5, in Württemberg 8, in Dresden 6, in Lübeck 4 Prozent des Erlöses und, wenn die Verkaufsbekanntmachung erfolgt, der Verkauf aber unterblieben ist. 30 Pfg. Ist noch nicht einmal die Verkaufsbekanntmachung erlassen, so werden — für etwaige vorbereitende Handlungen — Kosten nicht berechnet werden dürfen; in Sachsen ist dies ausdrücklich bestimmt. Zugleich hat man es dort der örtlichen Regulierung überlassen, „bezüglich der erstattungsfähigen Höhe der Verkaufskosten nach Befinden eine spezielle Berechnung im einzelnen Fall verüberflüssigende Durchschnittsbestimmung zu treffen“. Die Festsetzung der Höhe der Verkaufskosten muß im Interesse der Verpfänder und der Kontrolle als durchaus erwünscht bezeichnet werden.

VI. Bestimmungen betreffend die Behandlung der Verkaufsüberschüsse und die freigewordenen Pfänder.

1. Die Behandlung des Versteigerungserlöses. Daß der Pfandleiher von dem Erlös die Darlehenssumme nebst Zinsen und Kosten für sich abziehen darf und den dann verbleibenden Überschuß an den Verpfänder auszusahlen hat, ergibt sich aus der Natur des Pfandvertrages von selbst und bedarf keiner ausdrücklichen Bestimmung. In Hessen, Oldenburg und Braunschweig fehlt es daher auch an einer solchen, während sie in den meisten Gesetzen bzw. Verordnungen Erwähnung gefunden hat, oft (so Preußen, Baden, Sachsen-Weimar, Bremen u. a.) mit dem Zusatz, daß die Auszahlung „unverzüglich“ bzw. „sofort“, vereinzelt (so Bayern und Hamburg) mit dem Zusatz, daß sie „auf Anmelden“ zu erfolgen habe. Da es selbstverständlich ist, daß der Überschuß auf Anmelden sofort herausbezahlt werden muß, und da ferner die einfache Verpflichtung, ihn unverzüglich nach dem Verkauf herauszuzahlen, doch nur sehr *cum grano salis* verstanden werden kann, so wird man eine Bestimmung der fraglichen Art fehlen lassen können.

Eine weitere Frage ist die, ob dann, wenn der Verpfänder sich nicht meldet, der Pfandleiher ihn benachrichtigen eventuell seine Adresse ermitteln und ihm den Überschuß zuschicken muß. Diese Frage wird zu verneinen sein; berührt wird sie nur in Württemberg, dort allerdings offenbar in entgegengesetztem Sinne entschieden, indem von einer Ermittlung des Berechtigten gesprochen wird. Im übrigen wird der Pfandleiher, der ja den Verkauf bekannt gemacht hat, abwarten dürfen, daß die Pfandschuldner sich zum Zwecke der Abhebung des Überschusses bei ihm melden.

Für den Fall, daß sie dies nicht tun, kann der Pfandleiher soweit nicht spezielle Bestimmungen darüber bestehen, den Überschuß den Vorschriften des B. G. B. entsprechend hinterlegen; in vielen Staaten finden sich aber diesbezügliche besondere Bestimmungen. Meistens (so in Preußen, Baden, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Anhalt, Lübeck und Bremen) hat der Pfandleiher die Überschüsse 14 Tage lang, in Württemberg vier, in Hamburg sechs Wochen aufzubewahren. Nach Ablauf der Frist ist der Überschuß zu hinterlegen¹ und zwar meistens (so Preußen u. a.) bei der Ortsarmenkasse, in Anhalt bei der Ortsarmenkasse des Orts, an welchem der Pfandleiher sein Geschäft zur Zeit der Verpfändung betrieben hat, in Lübeck bei dem Ortsarmenverband des Wohnorts des Verpfänders, in Hamburg und Bremen erfolgt die Hinterlegung bei der Polizeibehörde, in Baden gemäß den gesetzlichen Bestimmungen bei der zuständigen Finanzstelle. Nahezu ausnahmslos ist bei der Hinterlegung ein Auszug aus dem Pfandbuch beizufügen. Die Hinterlegungsstellen sind, wie selbstverständlich, aber z. B. in Lübeck ausdrücklich bestimmt ist, bis auf weiteres verpflichtet, die hinterlegten Überschüsse an den Verpfänder auf dessen Antrag herauszugeben. Jedoch gehen die hinterlegten Beträge nach einem Jahr nach Hinterlegung bzw. „ein Jahr nach Schluß des Jahres, in welchem der Verkauf vorgenommen worden ist“ (so Anhalt) bzw. „ein Jahr nach Schluß des Kalenderjahres an, in welchem die Hinterlegung erfolgt ist“ (so Lübeck) in das Eigentum der Ortsarmenkasse bzw. in Bremen, der Gemeinde, in welchem das Pfandleihgeschäft zur Zeit des Abschlusses betrieben worden ist, bzw. in Hamburg, Fiskus über.

Erheblich Abweichendes gilt in Sachsen und Württemberg. In Sachsen behält der Pfandleiher die Überschüsse für die Verpfänder ein Jahr lang vom Schluß des Jahres an, in welchem der Verkauf stattgefunden hat. Die dann nicht erhobenen Überschüsse, welche einen Betrag einer Mark übersteigen, hat er der Ortsarmenkasse des Ortes an welchem der Pfandleiher sein Geschäft zur Zeit der Verpfändung betrieben hat, abzuliefern unter Beifügung eines Auszuges aus dem Pfandbuch; für die Behandlung der Überschüsse bis zu einer Mark fehlt es an einer Vorschrift. In Württemberg hat der Pfandleiher nach Ablauf der vierwöchentlichen Frist in demselben Blatt, in

¹ Es empfiehlt sich die Bestimmung einer Zeit, innerhalb welcher Ablauf der Frist die Hinterlegung erfolgen muß.

die Versteigerung angezeigt war, die Nummern derjenigen Pfandstücke, deren Mehrerlöse noch nicht ausbezahlt sind, und den Betrag dieser Mehrerlöse mit der Aufforderung zur Empfangnahme der letzteren durch die Berechtigten zu veröffentlichen. Die Verpflichtung zur Hinausgabe eines solchen Mehrerlöses über das Guthaben des Pfandleihers darf nicht durch Vereinbarung ausgeschlossen oder auf eine kürzere als einjährige Frist von der Veräußerung der verpfändeten Sache an beschränkt werden. In Württemberg gibt es also keinen Anheinfall an eine öffentliche Klasse, sondern nur einen Eigentumsübergang auf den Pfandleiher, der im wesentlichen der Vereinbarung überlassen ist.

In Sachsen, Anhalt und Lübeck finden sich auch Bestimmungen für den Fall, daß der Verkaufserlös zur Befriedigung des Pfandleihers nicht ausreicht, und zwar die, daß dem Pfandleiher in einem solchen Falle gegen den Verpfänder aus dem Darlehnsvertrage eine Klage nicht zusteht (Sachsen und Anhalt), bezw. daß der Pfandleiher sich wegen seiner Ansprüche aus dem Pfandleihgeschäft nur an das Pfand halten kann (Lübeck). Fehlt es an einer solchen Bestimmung, so kann der Pfandleiher im Wege der Klage und Zwangsvollstreckung aus dem übrigen Vermögen des Darlehnsschuldners Befriedigung suchen. Ein ausreichender Grund zur Verkümmern dieses Rechtes zum Nachteil der gewerbsmäßigen Pfandleiher dürfte wohl nicht vorliegen.

2. Die Behandlung der freigewordenen Pfänder. Pfandgegenstände, welche nicht zum Verkauf gekommen sind, weil der Pfandleiher bereits durch den Verkauf anderer, für dieselbe Schuld verpfändeter Gegenstände befriedigt worden ist (siehe oben V. 5. b), sind, was einer ausdrücklichen Vorschrift nicht bedarf, dem Verpfänder zurückzugeben bezw. zu hinterlegen. Um ihren Verbleib völlig zu regeln, haben Preußen, Sachsen-Altenburg, Anhalt, Lübeck und Bremen die Vorschriften über die Behandlung des Verkaufsüberschusses auf die Behandlung der freigewordenen Pfänder ausgedehnt, was zweckmäßig ist.

VII. Schluß- und Übergangsbestimmungen.

1. Nichtigkeit entgegenstehender Vereinbarungen. Daß die Vorschriften, welche zugunsten der Verpfänder erlassen sind, nicht zu ihren Ungunsten durch Vereinbarung wirkungslos gemacht werden dürfen, kann keinem Zweifel unterliegen. Lübeck bestimmt daher mit Recht: „Verabredungen, die zugunsten des Pfandleihers

von Vorschriften dieses Gesetzes abweichen, sind nichtig.“ Die übrigen Staaten begnügen sich dagegen damit, einzelne Verabredungen nichtig zu erklären, insbesondere Verabredungen über den frühesten Zeitpunkt der Fälligkeit (so Preußen, Sachsen, Baden u. a.), das Recht zur jederzeitigen Einlösung und die Zinsberechnung im Falle der Einlösung (dieselben Staaten), sowie über die Schadenersatzpflicht des Pfandleihers (Sachsen, Anhalt). Im übrigen läßt es dort der Auslegung überlassen, welche Verabredungen unter Grundlegung des § 134 B. G. B. als zulässig anzusehen sind. Vermuthlich dürfte die angeführte Lübeckische Bestimmung sein, viel mehr unter Ausdehnung auf die Vorschriften des B. G. B. Außerdem empfiehlt es sich vielleicht, zu bestimmen, daß die Ortsbehörden in einzelnen Fällen Ausnahmen von den auf den Geschäftsbetrieb zulässigen Vorschriften zulassen können.

2. Haftung für Angestellte. Ganz vereinzelt finden sich Vorschriften über die Verantwortung des Pfandleihers für die Tätigkeit seiner Angestellten. So ist in Oldenburg der Pfandleiher für die ordnungsmäßige Führung des Geschäftsbuches auch persönlich verantwortlich, wenn er dieselbe durch einen Dritten wirken läßt; Ruß j. L. dagegen bestimmt ganz allgemein: „Geschäftsinhaber haben ihre Geschäftsgehilfen zu vertreten.“ — Eine Bestimmung über diesen Punkt empfiehlt sich nicht. Soweit § 151 G. D. in Betracht kommt, gilt der Grundsatz, daß der Pfandleiher bei jeder Fahrlässigkeit haftet; diese ist auch bei mangelhafter Beaufsichtigung der Arbeiten des Personals als vorliegend angenommen worden; ihn auch dann zu bestrafen, wenn ihn kein Verschulden trifft, ist nicht angängig.

3. Strafbestimmung. Die meisten Gesetze und Verordnungen enthalten eine ausdrückliche Strafvorschrift; meistens ist ferner, soweit nicht nach anderen Gesetzen höhere Strafen verhängt werden, Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder Haft angedroht. Da diese Strafvorschrift bereits in § 360 Ziff. 12 Str. G. B. enthalten ist, bedarf ihrer bei der landesrechtlichen Regelung nicht mehr.

4. Übergangsbestimmungen. Fast überall findet sich eine Vorschrift, daß die neuen Bestimmungen auf alle nach ihrem Inkrafttreten geschlossenen und verlängerten Verträge Anwendung finden haben.

Die revisionistische Bewegung in der deutschen Sozialdemokratie.

Von

Ernst Günther.

II.

Inhaltsverzeichnis.

4. Die Konzentration des Besitzes und der Betriebe
Schematische Entwicklung bei Marx S. 191. Zahlenmäßig belegte Bedenken
Bernsteins S. 192. Ausflüchte der Orthobogie S. 193. Industrielle Entwick-
lung der marxistischen Theorie nicht ungünstig, obgleich auch hier Hemmungen
S. 196. Kautskys Versuche, die Theorie auch für die landwirtschaftliche Entwick-
lung zu retten S. 196. Davids Kritik S. 214. — 5. Die Krisen und der
Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft. Schematische Kon-
struktion bei Engels S. 221. Ratlosigkeit bei Marx S. 221. Starke Ein-
schränkungen bei Bernstein S. 226. Stagnationstheorie an Stelle von Krisen-
theorie S. 227. Leugnung der Bedeutung der Krisen seitens der Marxisten
S. 230. Preisgabe des historischen Materialismus S. 232. Krisentheorie bei
Marx und Engels rein begriffliche Konstruktion S. 234. Abenteuerliche Vor-
stellungen von Bebel u. a. über die wirtschaftliche Einrichtung der sozialistischen
Gesellschaftsordnung S. 236. Psychologische Bedenken der Revisionisten S. 643.
Die Genossenschaften S. 244. Die revisionistische Kritik bloß zerstörend ohne
neue Grundlagen für sozialistische Bewegung zu geben S. 247. Eigentliche
Wurzel der deutschen Sozialdemokratie in politischen und gesellschaftlichen Zu-
ständen S. 251.

4. Die Konzentration des Besitzes und der Betriebe.

Die Konzentration entspringt aus der Konkurrenz. „Der Kon-
kurrenzkampf wird durch Verwohlfeilerung der Waren geführt. Die
Wohlfeilheit der Waren hängt, caeteris paribus, von der Produk-
tivität der Arbeit, diese aber von der Stufenleiter der Produktion

ab. Die größeren Kapitale schlagen daher die kleineren¹.“ Was sie noch nicht aus eigener Kraft vermochten, das vollenden die periodisch rasenden Krisen. Konzentration der Produktion in wenigen Riesenbetrieben, Konzentration des Kapitals in den Händen einer beständig abnehmenden Zahl von Kapitalmagnaten, das ist das Ziel, dem die Entwicklung nach Marx mit unwiderstehlicher Gewalt zustrebt.

Gewiß sind die Tendenzen, wie sie Marx hier schildert, tatsächlich vorhanden, aber tausend andere Kräfte wirken ihnen entgegen und hindern sie an ihrer vollen Entfaltung. Bernstein macht darauf aufmerksam, wie z. B. durch Teilungen beständig die Konzentrations-tendenzen des Kapitals durchkreuzt werden, und er zeigt uns an einigen Beispielen englischer Aktiengesellschaften, wie selbst dort, wo die Konzentration der Betriebe schon ziemlich weit fortgeschritten ist, die Kapitalkonzentration keineswegs stets gleichen Schritt mit ihr gehalten habe. Selbst die modernste und scheinbar extremste Form der Zentralisation, der Trust, bedeutet durchaus nicht immer eine Anhäufung des Kapitals in wenigen Händen. Die Aktien des englischen Nähgarntrustes verteilen sich nach Bernstein² auf

6000	Inhaber von Stammaktien	mit	1200	Ml. Kapital im Durchschnitt,
4500	„ „ Prioritätsaktien	=	3000	„ „ „ „
1800	„ „ Obligationen	=	6300	„ „ „ „

Gewiß ist eine ganze Reihe von Einzelunternehmungen in dem neuen Truste verschmolzen worden, aber der Besitz an diesen Unternehmungen, der früher vielleicht in ein paar hundert Händen war, verteilt sich jetzt auf 12300 Personen. In einem anderen Falle verteilen sich die Aktien von 67 vertrusteten Firmen auf 17661 Aktieninhaber und die Aktien und Obligationen von 5 großen englischen Brauereien gar auf 27052 Personen³. Die Zentralisation der Betriebe ist also in allen diesen Fällen der Ausgangspunkt einer viel größeren Dezentralisation des Kapitals gewesen.

Gewiß erscheinen viele von den Aktieninhabern bei der einzelnen Unternehmung als Kleinkapitalisten, aber sie sind bei einer ganzen Reihe von Gesellschaften beteiligt und so in Wirklichkeit Großkapitalisten. Unbedingte Beweisraft wird man daher diesen Beispielen nicht zugestehen können; aber sie zeigen doch, wie selbst dort, wo die

¹ Kapital I, S. 590.

² Voraussetzungen S. 48.

³ Bernstein, Die heutige Einkommensbewegung und die Aufgaben der Volkswirtschaft, S. 26 f.

Technik gewaltsam zur Konzentration drängt, in der Aktiengesellschaft und ähnlichen Institutionen Mittel geschaffen wurden, die gleichzeitige Kapitalkonzentration vermeidlich erscheinen zu lassen. Bernstein schätzt die Zahl der englischen Aktieninhaber auf weit über eine Million¹, und wir werden ihm wohl recht geben können, wenn er aus der starken Vermehrung der Börsenblätter in Deutschland und aus der wachsenden Bedeutung des Börsenteiles auch in den Zeitungen, die gerade von der breiten Masse der Bevölkerung gelesen werden, auf eine große Verbreitung des Aktienbesitzes auch in Deutschland schließt. Den besten Beweis gegen Marx liefert ihm aber die preussische Er-gänzungssteuer; danach besaßen 1895/96 in Preußen 1,15 Millionen Personen ein steuerbares Nettovermögen von über 6000 Mk., 600 000 ein solches von über 20 000 Mk. und 385 000 ein solches von über 32 000 Mk.² Das sind Zahlen, an denen sich nicht rütteln läßt, und alle rabulistischen Künste Kautskys können ihnen nichts von ihrer Beweisraft rauben. Die Zahlen der Einkommensteuerstatistik müssen ja mit etwas mehr Vorsicht gehandhabt werden, da sich die Ver-anlagungsweise geändert hat, aber auch aus ihnen geht klar und unwiderleglich hervor, daß sich die mittleren Einkommen nicht ver-mindern, sondern sogar bedeutend schneller vermehren als die Gesamt-bevölkerung.

Es wäre ganz wider ihre Natur, wenn die Marxisten gegenüber diesen gefährlichen Angriffen Bernsteins nicht zuerst Schutz suchten hinter der Ausrede, daß Marx überhaupt keine Abnahme der Be-sitzenden behauptet habe. „Weber im ‚Kapital‘ noch im ‚Manifest‘ finden wir die Behauptung der Abnahme der Besitzenden,“ sagt Kautsky³ und ihm schließt sich Bebel vollkommen an⁴. Bebel beruft sich dabei mit scheinbarem Recht auf jene Stellen bei Marx⁵, wo dieser die Umstände betont, welche auf eine Vermehrung der Kapita-listen hindrängen, wie Erbteilungen, Ablösung neuer selbständiger Kapitalisten usw., aber „diese Gegenwirkung gegen die Akkumulation

¹ Voraussetzungen S. 49.

² Bernstein, Voraussetzungen S. 50. Nach dem Statist. Jahrbuch f. d. preuß. Staat 1904, S. 188/9 haben sich die Zahlen für 1902 erhöht auf ca. 1,3 Mill. über 6000 Mk.; 840 000 über 20 000 Mk.; 415 000 über 32 000 Mk.

³ Antibernstein, S. 82; etwas später (S. 135) ist K. anderer Ansicht. „Wohl stünde die Zunahme der Besitzenden im Widerspruch mit der Zusammenbruchstheorie.“

⁴ Protokoll Hannover, S. 98 ff.

⁵ Kapital I, S. 589 ff.

Jahrbuch XXX 1, hrsg. v. Schmoller.

wird mehr als aufgehoben durch die Zentralisation, die bereits gebildeter Kapitalien“¹, und Marx konstatiert ganz eindeutig eine beständig abnehmende Zahl der Kapitalmagnaten². Er fußte deshalb durchaus auf Marx, wenn er schon alle Produktions- und Unterhaltungsmittel in den Händen „einiger weniger Roth und Vanderbilts“ vereinigt sah³, und derselbe Kautsky, der die Annahme der Zahl der Kapitalisten überhaupt für kein marginales Dogma erklärt, läßt zur gleichen Zeit die kapitalistische Entwicklung darauf hinauslaufen, „daß die gesamten Produktionsmittel der Nation, ja der ganzen Weltwirtschaft das Privateigentum einer einzigen Person werden. . . . Das Privateigentum an den Produktionsmitteln führt in der kapitalistischen Gesellschaft dahin, daß die meisten Menschen arm und besitzlos sind, einen einzigen ausgenommen“⁴. In der Tat ist diese Kapitalkonzentration für den marxistischen Sozialismus entbehrlich, daß ohne sie eine Verwirklichung der sozialistischen Utopie ganz ausgeschlossen ist⁵.

Kautsky, der um jeden Preis die Unfehlbarkeit von Marx behaupten muß, ist in einer wenig beneidenswerten Lage; er sucht sich durch zu entziehen, daß er einfach Kapitalkonzentration und Verfall der kleinen Vermögen durcheinandermengt und auf die Statistik der Betriebe antwortet⁶. Wir werden uns mit der Tendenz zum Verfall der kleinen Betriebe noch zu beschäftigen haben; das eine ist sicher, daß neben ihr auch die Tendenz zur Vermögenskonzentration besteht und daß sein sozialistisches System mindestens ebenso sehr auf dem Verfall der kleinen Betriebe beruht. Denn wenn es möglich wäre, trotz der Zentralisation der Produktion in wenigen Riesenbetrieben, durch Aktiengesellschaften ähnliche Einrichtungen eine Dezentralisation der Vermögensverhältnisse zu erreichen, so müßte die Zahl der an der herrschenden Gesellschaftsordnung Interessierten ständig wachsen und damit die Ausdehnung der Sozialdemokratie sich in gleichem Maße verringern⁷.

¹ Kautsky, Karl Marx' ökon. Lehren, S. 221.

² Kapital I, 728; III, 1, S. 429.

³ Lage der arbeitenden Klassen. 2. Aufl. S. XI.

⁴ Kautsky, Das Erfurter Programm. 4. Aufl. S. 83.

⁵ Vgl. Kautsky, Protokoll des Stuttgarter Parteitags, S. 128.

⁶ Protokoll Hannover, S. 166.

⁷ Was Kautsky (R. 3. XVIII, 1, S. 473) hiergegen vorbringt, ist unhaltbar.

Obgleich Kautsky sich mit den Zahlen der Betriebsstatistik zu trösten sucht, verursachte ihm doch die Statistik der Vermögensverteilung sichtlich Unbehagen, daher sein Bestreben, die Bernsteinischen Ausführungen ins Lächerliche zu ziehen. Wer sind denn überhaupt diese Besitzenden, deren Zunahme Bernstein verwirrt hat? Schließlich ist jeder, der Kleider und Wäsche besitzt, auch ein „Besitzender“. Bernstein hatte den Besitzenden definiert als jemand, der „kraft seines Eigentums höheres Einkommen bezieht“, und Kautsky spottet über das „höhere“ Einkommen, das aus einem Vermögen von 6000 oder auch von 32000 Mk. fließt¹. Die wenig geschickte Definition mochte ihm einen Schein von Recht geben, obgleich auch Bernstein sicher darin Recht hat, daß sich das Einkommen all der Leute mit einem so kleinen Vermögen durch dieses Vermögen erhöht, aber wenn Kautsky den „Besitzenden“ im marxistischen Sinne aufgefaßt hätte, d. h. als jemand, der kraft seines Eigentums einen Anteil am Mehrwert bezieht, so mußte er unzweifelhaft jeden, der 6000 Mk. Vermögen besaß, zu den Besitzenden rechnen, denn nach Marx ist Kapitalist sogar jeder, der nur ein paar Mark auf der Sparkasse hat, seine Zinsen ein Anteil am Mehrwert. Eine letzte Ausflucht müssen wir Kautsky noch verlegen; danach hat Marx mit seiner Schilderung der Konzentration kein Bild der Gegenwart geben, sondern nur die allgemeine Richtung eines Entwicklungsprozesses andeuten wollen, der sich durch Jahrhunderte hindurchzieht². Als ob Engels nicht von dem „sich vor unseren Augen täglich mehr vollziehenden Zusammenbruch“³ spräche und kategorisch erklärt, der Zeitpunkt zur Ablösung der Kapitalistenklasse ist jetzt erreicht⁴. Überhaupt der Marxismus ist nicht in erster Linie wissenschaftliche Theorie, sondern das Glaubensbekenntnis einer Partei, und diese lebt doch nur für den Augenblick und die nächste Zukunft, sie kann ihr Programm nicht nach dem richten, was vielleicht in ein paar hundert Jahren mal eintreten wird. Mögen unsere Enkel dann für sich selbst sorgen. Die Verelendungstheorie usw. konnten aufreizen und zum Kampfe begeistern, so lange gleichzeitig der Zusammenbruch und damit das Ende dieses Elends unmittelbar bevorstehend geschildert wurde. Wenn aber noch Jahrhunderte vergehen, ehe die Zeit reif ist für den großen Um-

¹ Bernstein und das sozial. Programm, S. 81—84.

² Ebenda S. 50.

³ Vorwort zu K. Marx, Elend der Philosophie, S. IX.

⁴ Antidühring S. 304.

schwung, so muß die Theorie von der Verelendung zu stumpfsinniger Verzweiflung führen, oder wenigstens zum Entschlusse, nicht bis zum großen Kladderadatsch zu warten, sondern sich schon auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung möglichst behaglich einzurichten. „Mit der Verschiedenheit des Tempos ergibt sich auch eine Verschiedenheit der prinzipiellen Anschauungen“¹.

Freilich, die Zahlen der Vermögensstatistik genügen zwar völlig, um die abenteuerlichen Vorstellungen, welche der Marxismus über die bisherige Entwicklung hatte, zu zerstören, aber wenn wir uns über die allernächste Zukunft hinaus ein Bild der weiteren Entwicklung machen wollen, so können wir kaum bei ihnen stehen bleiben. Denn die Besitzverteilung ist ein Resultat, aber keine Ursache; die Besitzgröße folgt im allgemeinen der Betriebsgröße, weil eben nur dann, wenn der Betriebsleiter zugleich Besitzer ist, sein Eigeninteresse durchaus mit dem des Betriebes zusammenfällt und damit *caeteris paribus* der höchste Nuzeffekt garantiert ist. Natürlich kommen Divergenzen zwischen beiden Größen vor. Durch das große Übergewicht, das großer Besitz stets gibt, durch den Einfluß, den er auf Gesetz und Verwaltung gewonnen, erhält er sich wohl noch lange, nachdem schon der Kleinbetrieb zur rationelleren Betriebsform geworden ist; und in Zeiten raschen technischen Fortschritts wieder, wenn die vorteilhafteste Betriebsgröße sprungweise anwächst, kann der Einzelbetrieb damit nicht Schritt halten, Aktiengesellschaften und ähnliche Institutionen müssen über die Differenzen hinweghelfen. Wir sahen, welche Bedeutung Bernstein gerade der Aktiengesellschaft beilegte; wahrscheinlich ist er dabei zu optimistisch, denn die Aktiengesellschaft mag wohl ein gutes Mittel sein, um die Betriebskonzentration zu ermöglichen, bevor noch die Vermögenskonzentration entsprechend fortgeschritten ist, aber sie ist kaum ein Mittel zur Dezentralisation des Besitzes, die letzte Entscheidung wird doch stets von der Betriebsentwicklung kommen.

Mary hatte sich nicht lange mit der inneren Verschiedenheit der einzelnen Produktionsphären aufgehalten, sie wurden eben alle von den Entwicklungsgesetzen des Kapitalismus beherrscht und waren deshalb alle der gleichen Konzentrationslende unterworfen. Seine Schüler konnten nicht verkennen, daß die beiden großen Gebiete von Handel und Gewerbe einerseits und Landwirtschaft andererseits keineswegs denselben Gesetzen folgen, daß sie daher auch gesondert betrachtet werden müssen.

¹ Liebknecht, Protokoll Hannover, S. 153.

In der ersten Gruppe zeigt nun ein Vergleich zwischen den beiden deutschen Zählungen von 1882 und 1895 unzweifelhaft ein Vordringen des Großbetriebs auf Kosten des Kleinbetriebs; darüber sind sich Orthodoxe und Revisionisten einig, aber ihre Ansichten über das Tempo und den augenblicklichen Stand dieser Bewegung gehen weit auseinander. Bernstein legt den Hauptwert auf die Tatsache, daß trotz seines relativen Rückganges der Klein- und Mittelbetrieb nach der Zahl der beschäftigten Personen eben doch noch an der Spitze marschiert. Er erkennt nicht, daß zwar in manchen Zweigen der Kleinbetrieb hoffnungslos dem Untergange verfallen sei, aber er betont auch die Umstände, die ihn in vielen Produktionsphären als durchaus ebenbürtig neben dem Großbetrieb erscheinen lassen, und er weist darauf hin, wie der Großbetrieb selbst immer wieder einer Anzahl neuer Kleinbetriebe in Handel und Hilfsgewerben Leben gebe¹. An ein völliges Verschwinden des Kleinbetriebs ist für ihn jedenfalls in absehbarer Zeit nicht zu denken, und da nur den Aufgaben der Gegenwart und nächsten Zukunft sein Sinnen und Trachten gilt², so braucht er nicht viel mit dem zu rechnen, was sich vielleicht erst in Jahrhunderten vollenden wird.

Rautsky wieder stellt alle für den Kleinbetrieb ungünstigen Momente in den Vordergrund; er beruft sich darauf, daß der Kleinbetrieb manchmal sogar einen absoluten und fast immer einen relativen Rückgang zeige, er hebt die proletarische Existenz vieler Kleinunternehmer hervor, und wie sie häufig in der Statistik als selbstständige Unternehmer erscheinen, während sie in Wahrheit nur Agenten oder Lohnarbeiter des Großkapitals seien. Soweit er damit recht hat — und wir wissen seit den Untersuchungen des Vereins für Socialpolitik, wie häufig es der Fall ist — sprechen diese Umstände sicher für die marxistische Konzentrationstheorie. Aber ganz unvereinbar mit dem Marxismus ist's, wenn Rautsky, mit dieser Charakterisierung einiger wichtiger Zweige des Kleinbetriebs noch nicht zufrieden, ihn ganz allgemein als minderwertig gegenüber dem Großbetrieb hinstellt, weil in diesem die Maschine die Leistungen des Menschen vervielfache³. Ein Anhänger der Marxschen Wertlehre dürfte mit solchen Einwänden nicht kommen, denn nach ihr ist alle

¹ Voraussetzungen S. 55—61.

² Voraussetzungen S. 138.

³ Rautsky, Antibernstein, S. 56 ff. Vgl. Veibel, Protokoll Hannover, S. 100.

gesellschaftlich notwendige Arbeit gleichwertig und setzt ihren Proportionalen Wert zu, ganz unabhängig von den Maschinen und Werkzeugen, die sie beim Produktionsprozeß in Bewegung setzt. Nun der Kleinbetrieb und die Handarbeit sich auf Gebiete beschränken, die dem maschinellen Großbetrieb verschlossen sind, so ist die von der Handarbeit geleistete Arbeit sicher ebenso gesellschaftlich notwendige Arbeit wie irgend eine Arbeit im Großbetrieb und ist ihr daher vollkommene Gleichwertigkeit. Daß tatsächlich heute schon vielfach eine derartige Grenzsetzung des Arbeitsgebietes zwischen Handarbeit und Maschinenarbeit stattgefunden hat, ist sicher, obgleich sich die Grenzen noch weiter zugunsten der Maschinenarbeit verschieben werden. Auch vom nicht marxistischen Standpunkte aus ist die Geringschätzung der Handarbeit des Kleinbetriebs — immer natürlich unter der Voraussetzung, daß sie sich auf die für sie passenden Gebiete beschränkt — unhaltbar. Gewiß hat es etwas Berauschendes, wenn wir uns vorrechnen, wie durch die Motore die Kräfte der Menschen sich vervielfacht haben, aber entspricht dieser Vervielfachung der Produktionskräfte eine gleiche Vervielfachung der Produkte? Endzweck aller Produktion ist doch immer nur die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Wie nun, wenn von den ungeheuren maschinellen Kräften, die der Großbetrieb anwendet, der größte Teil nur dazu gebraucht wird, um wieder Produktionsmittel für den Kleinbetrieb herzustellen, und wenn nur ein geringer Teil wirklich zur Herstellung menschlicher Bedarfsgegenstände. Wir betrachten nur die Gesamtheit der Großbetriebe einer Wirtschaftseinheit, und wir werden finden, daß diese Verluste durch Reibung so groß sind, daß der Nettoüberschuß beim Großbetrieb nicht mehr so unendlich viel größer ist als beim Kleinbetrieb.

So einfach, wie es sich Kautsky denkt, liegen die Machtverhältnisse auch zwischen industriellem Groß- und Kleinbetrieb nicht. Die Vorteile des erst mit dem Sozialismus richtig durchzuführenden Großbetriebs zu beweisen, nimmt er¹ an, daß ein Arbeiter in Kleinbetrieben mit unter 50 Arbeitern für 2000 Mk., bei 50—200 Arbeitern für 4000 und bei über 200 Arbeitern für 8000 Mk. Produkt erzeugt, und daß demzufolge bei Konzentrierung der Arbeiter in großen Fabriken trotz um die Hälfte verkürzter Arbeitszeit das Arbeitsprodukt sich verdoppeln werde. Vom rein theoretischen Standpunkte aus ist gar nicht einzusehen, warum wir nicht weite

¹ Am Tage nach der sozialen Revolution, S. 23.

Kautsky gehen sollten und uns mit Betrieben von über 200 Arbeitern begnügen; mit derselben Wahrscheinlichkeit, die Kautskys Berechnungen zukommt, könnten wir dann feststellen, daß bei der Konzentration in Riesenbetrieben von über 10 000 Arbeitern das Produkt sich nicht nur vervierfacht, sondern verzehnfacht. Aber leider sind alle diese Exempel am Schreibtisch sehr leicht, aber ihre praktische Durchführung stößt oft auf ungeheure Schwierigkeiten. Kautsky in seiner Unschuld hatte sich zum Beweise der Überlegenheit des Großbetriebs ein sehr ungünstiges Gebiet ausgesucht, nämlich die Textilindustrie. Wenn auch in der Kämmerei und Spinnerei der Großbetrieb dem Kleinbetrieb unbedingt überlegen ist, so besteht doch in der Weberei keineswegs ein solches Verhältnis; wenigstens der Mittelbetrieb ist hier, rein technisch betrachtet, dem Riesenbetrieb fast ebenbürtig, und nur die kaufmännischen Bedingungen mögen manchmal gegen ihn entscheiden; bei einer sozialistischen Wirtschaftsordnung käme auch dies in Wegfall, und fielen damit die ausschweifenden Hoffnungen, die Kautsky an die Durchführung des Großbetriebs geknüpft.

Während Kautsky die Lage des Kleinbetriebs in den düstersten Farben schildert, wird von nicht weniger orthodoxer Seite die kleine Unternehmung als „unzertrennliche Begleiterscheinung der kapitalistischen Entwicklung“ hingestellt und sogar zum Vorkämpfer des technischen Fortschritts erhoben¹. Warum freilich diese technisch fortgeschrittensten Kleinbetriebe dann immer periodisch von der Sense der Großindustrie abgemäht werden, warum die unzertrennliche Begleiterscheinung der kapitalistischen Entwicklung im weiteren Fortgange dieser Entwicklung mehr und mehr verschwindet, ist ein Geheimnis, das nur ergründen wird, wer in die Tiefen der Marxs-Hegelschen Dialektik eingedrungen ist.

Im allgemeinen gehen gerade bei der Theorie von der Betriebskonzentration in Handel und Gewerbe die Anschauungen von Orthodoxen und Revisionisten am wenigsten auseinander, denn auch die Revisionisten sind trotz mancher Bedenken, die sie gegen das allzu summarische Verfahren von Marx haben mögen², doch der Meinung, daß er hier die großen Linien der Entwicklung richtig gezeichnet habe, aber sie halten seine Theorie für direkt falsch, soweit sie auch

¹ Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution, S. 17. In der neuesten Auflage seiner „Erläuterungen zum Erfurter Programm“ nähert sich Kautsky übrigens dieser Auffassung. Vgl. dort S. XIII ff.

² Vgl. Bernstein, Voraussetzungen S. 58 u. 59.

für die Landwirtschaft eine gleiche Konzentrationstendenz behauptet. Marx hatte seine Theorien fast ausschließlich an der Industrie entwickelt, die Landwirtschaft wurde dabei nur selten gestreift, dann war es stets eine selbstverständliche Voraussetzung, daß sie den gleichen Gesetzen folge wie die Industrie¹. Das Erfurter Programm hatte deshalb auch nicht den geringsten Unterschied zwischen beiden großen Produktionszweigen gemacht. Die geringen Erfolge, welche die Partei bei der Reichstagswahl 1893 mit diesem Programm in den ländlichen Bezirken erzielte, regten zum Nachdenken an. Vorschläge, die Schönlanke und v. Vollmar in Frankfurt und die Agrarkommission in Breslau machten, gingen eigentlich nur darauf aus, durch schöne Versprechungen Bauernfängerei zu treiben. Sie standen deshalb ganz unvermittelt neben dem übrigen Programm und es war nur konsequent, wenn die Partei nicht darauf einging, sondern erst eine gründliche wissenschaftliche Erörterung der ganzen Frage forderte². Zwei Jahre lang nahm die Agrarfrage einen breiten Raum in den Spalten der Neuen Zeit ein, aber es kam nicht dabei heraus, und kein Teil vermochte den anderen zu überzeugen.

Dann erschien Karl Kautsky auf dem Plane mit einer Schrift, in der er noch einmal mit allen Künsten seiner wenig wählbaren Dialektik zu beweisen suchte, daß Marx eben doch im ganzen Recht in der Landwirtschaft mit seinen Prophezeiungen behalten habe. Die theoretische Vernichtung des bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebes war freilich keine leichte Aufgabe, nachdem ihn die 1848er Zählung in so sieghaftem Vordringen gezeigt hatte.

Wir werden später sehen, wie den Gründen, die Kautsky für die technische und kaufmännische Überlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebes ins Feld führt, von David ebenso wichtige Argumente zugunsten des Kleinbetriebes entgegengesetzt werden. Kautsky konnte selbst nicht dabei stehen bleiben, sondern mußte auch eine Erklärung dafür geben, daß dieser so höchst minderwertige Kleinbetrieb sich nicht nur behauptet, sondern nach Zahl der Betriebe und Größe der bebauten Fläche sogar ziemlich bedeutend zugenommen hat. Daß zuerst die übermenschliche Arbeit und die untermenschliche Konsum-

¹ David, Protokoll Hannover, S. 142 u. 143.

² Vgl. Kapital I, S. 469 ff.; III, 2, S. 177, 341/2. — Engels, XIII, 1, S. 295, 304.

³ Protokolle der Parteitage zu Frankfurt a. M., S. 134, Breslau S.

⁴ Die Agrarfrage. Stuttgart 1899.

des Kleinbauern, die ihn allein die Konkurrenz des Großbetriebes aushalten läßt¹; schon Marx hatte ja mit dem ganzen Hochmut des Städters auf die verkommenen ländlichen Barbaren herabgeblüht².

Den Beweis für diese Verelendungstheorie macht Kautsky sich verblüffend leicht; ein halbes Duzend tendenziös ausgewählter Beispiele genügen ihm, um Millionen deutscher Bauern zu abgerackerten Hungerleidern zu stempeln. Wenigstens müssen wir annehmen, daß Kautsky diese Behauptung von der Überarbeit und Unterkonsumtion auf den gesamten kleinen und mittleren Bauernstand bezogen wissen will, denn nur dann kann sie uns eine Erklärung für seine fast ganz unbegreifliche Lebenszähigkeit sein. Freilich Kautsky läßt uns möglichst immer im Unklaren darüber, für welche Betriebsgrößen seine Beweisführung gelten soll, aber der springende Punkt war doch, daß die bäuerlichen Betriebe von 2—20 ha Fläche von 1882—1895 um 107 110 der Zahl nach und um 1 354 812 ha der Fläche nach zugenommen haben³. Auf sie müssen wir daher die Argumentationen in erster Linie beziehen, und nicht auf die Parzelleninhaber und Laubenkolonisten in der Nähe der Groß- und Fabrikstädte, wie es z. B. Bebel tut⁴.

Die ganze Konzentrationstheorie hat doch nur dann einen Sinn, wenn als das Ziel der Entwicklung das Latifundium hingestellt wird; Kautsky sieht das auch ein⁵, aber dann fürchtet er, daß die Überlegenheit solcher Riesenbetriebe zu beweisen ihm doch schwer fallen dürfte, und der Großbetrieb, der den kleinen niederkonkurriert, schrumpft auf einmal zusammen zum mittelbäuerlichen Betriebe, der ständig nicht mehr als einen männlichen Vollarbeiter — einschließlich des Besitzers — beschäftigt⁶. „Derartige Mittelbetriebe mögen unter Umständen wohl noch imstande sein, die Konkurrenz mit einem Groß-

¹ Agrarfrage, S. 106 ff.

² Kapital III, 2, S. 347/8.

³ Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1904, S. 24.

⁴ Kautsky entnimmt all' seine Argumente gegen den Kleinbetrieb von den Parzelleninhabern und höchstens noch den Bauern mit 2—5 ha Land (S. 96 ff., 164, 193), aber er spricht: „Der selbständige bäuerliche Betrieb ist unhaltbar geworden, er kann sich nur behaupten in Anlehnung an einen Großbetrieb“ (S. 297). Einmal spricht er vom Zwergbauer (S. 96), dann wieder vom Mittelbauer (S. 230). Alles, was er vom Nebenerwerb sagt, kann sich im ganzen nur auf Zwergbauern beziehen. Aber wie gesagt, man weiß bei ihm nie, woran man ist. — Bebel, Protokoll Hannover, S. 105.

⁵ Agrarfrage S. 150 ff., 299.

⁶ R. 3. XXI, 1, S. 757.

betriebe auszuhalten. Aber mit der Frage der Konkurrenz jener Betriebe untereinander, die auf der Ausbeutung von Lohnarbeitern ruhen, haben wir uns hier nicht zu befassen¹."

Was nützt es dann, daß Kautzky erst mit so viel Scharfzabelhaften Vorteile, die aus der Anwendung des Dampfpfluges, anderer Maschinen und durch die auf wissenschaftlicher Höhe geleitete Leitung des Betriebes fließen, bewiesen hat? Die mittleren Betriebe, die ständig einen Knecht beschäftigen, gehören nach Kautzky auch zu den leistungsfähigen Großbetrieben, aber sie sind sicher nicht im Stande, alle diese Vorteile sich nutzbar zu machen im Gegensatz zum bloß eine Magd beschäftigenden Kleinbauern, dessen Stellung dem Proletariat ebenso unvermeidlich ist wie der Tod. Jedenfalls auch auf die Masse dieser Kleinbauern das keineswegs zu, was Kautzky von ihrer übermenschlichen Arbeit und untermenschlichen Konsumtion sagt². Für Kautzky ist freilich das Hungern des kleinen Bauern nachgewiesen, wenn die Verpflegungskosten des Bauern, der einen Lohnarbeiter beschäftigt, 1,11 Frcs. auf den Tag betragen, während wo Lohnarbeiter beschäftigt sind, 1,27 Frcs. Er folgert daraus einfach, daß der kleinere Besitzer hungert, während der Lohnarbeiter auch seine auskömmliche Beköstigung verlangt³. Als ob die Befriedigung des Hungers sich einfach daran messen ließe, wieviel Geld für Nahrungsmittel ausgegeben würde. Es zeigt sich auch hier das absolute psychologische Unverständnis der Marxisten. Der kleine Bauer, der für seine Familie schafft und spart, hat sich gern eine Einschränkung auf, der Lohnarbeiter dagegen kein Interesse daran, daß durch Ersparungen im Haushalte der Arbeitgeber dessen Besitz allmählich schuldenfrei gemacht wird. Das Gefühl der Sättigung ist vielleicht sogar beim Bauer ein einfacherer Kost größer als bei dem anspruchsvolleren Tagelöhner. Ebenso mag der Besitzer einer kleinen Parzelle sich durchaus zufriedener befinden bei einer Arbeitsleistung, die einen Lohnarbeiter nicht so müde und geistig verkommen ließe, weil eben die Arbeit für die Familie eine ganz andere seelische Spannkraft gibt, und von der abhängt doch auch die körperliche Leistungsfähigkeit im letzten Grunde.

¹ N. Z. XIII, 2, S. 484. Dagegen Engels (XIII, 1, S. 304): "Wir haben die Gewißheit, daß auch der Groß- und Mittelbauer vor der Konkurrenz des kapitalistischen Betriebes unfehlbar erliegen muß."

² Vgl. F. D. Herx, Die agrarischen Fragen im Verhältnis zum Sozialismus, S. 56 ff., S. 78 ff.

³ N. Z. XXI, 1, S. 758; vgl. Agrarfrage S. 112.

ab. Sering¹ weist mit Recht darauf hin, wie durch Überarbeit und Unterkonsumtion im marxistischen Sinne die Ansiedler in Nordamerika einen Erdteil erobert haben. Aber es ist eine der gefährlichsten Folgen der modernen Entwicklung, daß das handarbeitende Proletariat durch das Übermaß und die Entgeistigung der Arbeit vielfach jedes Verständnis für ihren Abel verloren hat und sie nur als ein Übel betrachtet, dessen möglichste Verringerung das einzige erstrebenswerte Ziel sei. Wir sahen schon früher, wie Kautsky² die Arbeit durch ein produktives Turnen ersetzen wollte; wer früh während des Anziehens ein paar produktive Freiübungen gemacht, kann sich jedenfalls dann den lieben langen Tag allen schönen Künsten und Wissenschaften widmen; dies ist auch Bebel's Ideal³, und Atlanticus schwelgt in dem Gedanken, daß im Zukunftsstaate jeder nach höchstens 10 Jahren der Arbeit sein Lebenswerk vollbracht haben werde und dann vom 26. Lebensjahre ab in einer Villa am Meeresstrande den Rest seines Lebens verträumen könne⁴. Abgesehen davon, daß bei so leichter Erwerbung des Lebensunterhaltes die Menschheit sich so rasch vermehren würde, daß bald eine Verengung des Nahrungsspielraumes eintreten müßte, ist es für die ungeheure Mehrheit der Menschen eine psychologische Unmöglichkeit, mit zwei Stunden täglicher Arbeit⁵ ein befriedigendes Dasein zu führen, seinem Leben einen vernünftigen Inhalt zu geben. Gewiß bringt ein Übermaß von Arbeit der Selbstvernichtung nahe, aber ein Zuwenig ebenfalls. Wir können nicht zehn Stunden täglich über das Leben philosophieren und dichten oder es künstlerisch verschönen, während wir nur zwei Stunden wirklich unbewußtes Leben leben. Dilettantismus mit all seinen sittlichen Gefahren müßte die unausbleibliche Folge sein. Dieses Schwärmen für das Nichtstun seitens der Marxisten ist nur daraus zu erklären, daß sie alle ihre Vorstellungen von der Industrie abstrahierten, und der industriellen Arbeit hatte allerdings die Arbeitszerlegung mit der Freude am Werke ein gut Teil ihres sittlichen Wertes geraubt, aber der kleine Bauer schafft noch ein Ganzes, er schafft es für sich und seine Familie, selbst ein reichliches Maß von Arbeit wird seine Persönlichkeit eher heben als hinabdrücken, und darauf kommt es doch

¹ In diesem Jahrbuch 1899, II, S. 1503.

² Thomas Morus, S. 292.

³ Die Frau und der Sozialismus, S. 364.

⁴ Atlanticus. Ein Blick in den Zukunftsstaat, S. 5. Kautsky billigt durch sein Vorwort diese Ansichten; vgl. N. Z. XVI, 2, S. 661 ff.

⁵ Bebel a. a. D. S. 353 träumt von 1½ Stunden.

allein an, ob der Wert des Menschen durch die Mehrarbeit ge-
 oder verliert; nur in letzterem Falle wäre sie wirklich ein Arg-
 gegen den Kleinbetrieb.

Wir müssen den Satz von den kleinbäuerlichen Barbaren
 der Hölle, an die sie durch ihr Privateigentum gefesselt werden,
 leere Deklamationen erklären, so lange diese Kleinbauern nicht
 an ihrer Scholle so zäh festhalten, sondern auch immer wieder
 Kinder veranlassen, freiwillig solche Qualen auf sich zu nehmen,
 der Erfolg der inneren Kolonisation beweist. Die Parzellier-
 banken, die Bebel dafür verantwortlich macht, daß sich die Mar-
 Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft nicht so rein
 sekten², haben doch die Nachfrage nach kleineren Gütern nicht
 lich geschaffen, sondern sind der vorhandenen nur entgegengekom-
 es weist aber auf einen tiefen Wesensunterschied zwischen Ind-
 und Landwirtschaft hin, daß sich solche Banken nur in der
 wirtschaft finden, während man niemals etwas von dem Plane
 etwa Krupp oder die A.G. an kleine Schmiede und Schlosser
 zutun, obgleich bei 7 % Dividende das Kapital sicher auch h-
 nicht zurückgeschreckt wäre.

Läßt die Überarbeit, die der Kleinbauer auf sich nimmt,
 Kautsky, seinen Betrieb konkurrenzfähiger erscheinen, als er in-
 lichkeit ist, so werden anderseits die Leistungen des Großbetriebes
 seinen chronischen Arbeitermangel unter ihr normales Maß
 gedrückt, und diese Schwäche des Großbetriebes müßte mit
 Sozialismus verschwinden, weil er dem ländlichen Arbeiter
 gleichen Wohlstand, die gleichen Kulturbedingungen verschafft
 dem städtischen Arbeiter, somit jeder Grund für die Landflucht
 hörte³. So lange man nicht die gänzliche Aufhebung des U-
 schiedes zwischen Stadt und Land für möglich hält — und die
 bisherige Geschichte zeigt, daß keine höhere Kultur ohne Städ-
 ohne Großstädte denkbar ist —, muß man es auch für eine Un-
 lichkeit erklären, dem Landbewohner jemals die gleichen Kul-
 bedingungen zu schaffen wie dem Städter. Man mag darüber str-
 ob die Vorliebe für das Stadtleben innerlich berechtigt ist, aber
 wird kaum daran zweifeln dürfen, daß sie immer weitere Krei-

¹ Kautsky, Agrarfrage, S. 300.

² Protokoll Hannover, S. 107.

³ Agrarfrage, S. 299; vgl. S. 155 ff.

greift; in einer sozialistischen Gesellschaft würde sie ganz unwiderstehlich werden.

Das einzige, was den Landbewohner noch veranlassen könnte, die Entbehrungen des Landlebens auf sich zu nehmen und auf die wahren oder eingebildeten Genüsse der Großstadt zu verzichten, wäre die Freude am Besitze, das Bewußtsein, auf eigener Scholle sein eigener Herr zu sein: sicher kein sozialistisches Gefühl. Jedenfalls steht Kautskys Hoffnung, daß nach Vergeßenschaftung der Betriebe über 50 ha die kleineren Besitzer nichts sehnlicher wünschen würden als die Erlösung aus ihrer privatkapitalistischen Hölle in den sozialistischen Himmel, auf sehr schwachen Füßen.

Aber er hat noch andere Trostgründe, die ihm über die unangenehmen Ergebnisse der Betriebsstatistik hinweghelfen müssen. Mögen die Bauern noch so störrisch an ihrer ganz veralteten Betriebsweise festhalten, sie können dadurch den Gang der Entwicklung nicht hemmen, denn ihnen zum Troste vollzieht sich die Zentralisation auch in der Landwirtschaft mit zunehmender Geschwindigkeit und zwar auf dem Wege der Verschuldung. Nicht der Bauer ist der wahre Grundeigentümer, sondern der Hypothekargläubiger, und die Hypotheken werden immer mehr konzentriert in den Händen weniger großer Banken, Versicherungsanstalten, Sparcassen und ähnlicher Institute. Durch die Verstaatlichung dieser Unternehmungen wird es also ein leichtes sein, auch den bäuerlichen Grundbesitz in Gemeineigentum überzuführen¹. Gewiß ist die Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes ein sehr ernstes Problem, aber der Großgrundbesitzer leidet unter ihr am meisten, und Kautsky, der sich höchstens in noch nicht vom Kapitalismus ergriffenen Gegenden ein paar unverschuldete Bauern denken kann², hätte sich durch einen Blick in Eisters Wörterbuch³ leicht davon überzeugen können, daß 1896 eine Erhebung in Preußen rund $\frac{1}{3}$ der klein- und mittelbäuerlichen Güter als unbelastet ergab, während von den größeren Gütern nur $\frac{1}{6}$ frei von Hypothekenschulden waren; er würde dann auch den Glauben an die Kapitalkraft des Großgrundbesitzers aufgegeben haben, die bei der Niederkunftierung der Kleinbauern eine so wichtige Rolle spielt⁴. Sicher

¹ Agrarfrage, S. 86 ff. — Antibernstein, S. 78.

² K. Kautsky, Das Erfurter Programm, S. 28.

³ Vb. II, S. 785. Vgl. David, N. Z. XVIII, 1, S. 228 ff., 260 ff.

⁴ Kautsky, Das Erfurter Programm, S. 21. — Adler, N. Z. XIII, 2, S. 716; „Der Großgrundbesitzer wartet — da er Kapital genug hat — mit

ruhen auf dem kleinen Grundbesitz auch noch Schulden, es ist sehr fraglich, ob seine Hypothekenverpflichtungen in der großen Kreditinstitute konzentriert sind. Kautsky selbst ist einer anderen Ansicht¹, und Sering² weist mit Recht darauf gerade die Hypothekenschulden des Kleinbauern zum großen Erbteilungen entstehen, und daß daher nicht wenige großsondern die Masse der Miterben Gläubiger sind. Sering noch einen Umstand, der, selbst wenn die Besitzkonzentration Wege der Hypothek wirklich schon so weit fortgeschritten Kautsky uns glauben machen möchte, doch die daran sozialistischen Hoffnungen ganz bedeutend herabstimmen muß, folge der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes würde der Kleinbauer auch bei völliger Übertragung der Grund Hypothekenbank oder als bloßer Pächter eine ganz andere abhängigere Stellung einnehmen als etwa der zum Hause herabgedrückte Handwerker³.

Überhaupt widerspricht die führende Rolle, die Kautsky der Besitzverteilung vindiziert, seinen an anderer Stelle ausgesprochenen Ansichten, wonach die Entwicklung der Pächterweise das Grundlegende ist, die Gestaltung der Besitzverhältnisse dagegen nur ein aus ihr hervorgehendes Faktum⁴.

Die Revisionisten legen den Genossenschaften große Hoffnungen bei, Kautsky kann sich für die Bauern nicht viel davon denken, denn erstens sind die Vorbedingungen genossenschaftlicher Entwicklung nirgends schwächer entwickelt als beim Bauern⁵, die Genossenschaften verwandeln den Bauer in einen bloßen Teilarbeiter des Genossenschaftsbetriebes⁶, der unvermeidliche Genossenschaftsfraktion schwächeren Elemente um so rascher proletarisieren⁷ und wenn all das noch nicht genügt, um den Kleinbetrieb zu

den Verkäufen." Wenn Kautsky die glänzende Lage der Großgrundbesitzer aus den großen Offiziersgehältern ihrer Söhne erklärt (Erf. Progr. 1899, S. 23), so bleibt einem freilich der Verstand stehen.

¹ Agrarfrage, S. 102 ff.

² In diesem Jahrbuch 1899, II, S. 1543/44. Vgl. Hertk. Fragen im Verhältnis zum Sozialismus. Wien 1899, S. 3/4, 23.

³ a. a. D. S. 1499.

⁴ Antibernstein, S. 49.

⁵ Agrarfrage, S. 117.

⁶ a. a. D. S. 265. — Antibernstein, S. 76.

⁷ Antibernstein, S. 272.

so erkennen ja die Bauern gerade durch die Gründung von Genossenschaften die Überlegenheit des Großbetriebes an, denn „genossenschaftlicher Betrieb ist Großbetrieb“¹. Wir sehen, daß es Rautsky nicht an Gründen fehlt, aber sie sind auch danach. Jedermann weiß, daß das Land von jeher die besondere Pflegstätte genossenschaftlichen Geistes war; hätte Rautsky nur einen Blick auf die moderne Genossenschaftsbewegung geworfen, so würde er gesehen haben, daß auch da die Landwirtschaft durchaus die Führung übernommen hat. So gab es in Deutschland am 1. Juli 1904 rund 22 400 Genossenschaften, von denen nicht weniger als 18 309, also ca. 82 % landwirtschaftlicher Natur waren². Rautskys Irrtum läßt sich nur erklären aus der grob äußerlichen Auffassung, die dem Marxismus überhaupt eigen ist, daß die Arbeit unter dem einen großen Fabrikdache eo ipso zur Genossenschaftlichkeit erziehe, während die Arbeitszersplitterung des bäuerlichen Kleinbetriebs genossenschaftsfeindlich sei. Für die Behauptung, daß genossenschaftlicher Betrieb Großbetrieb sei, bringt er auch nicht den Schatten eines Beweises; alle Erfahrung sagt uns im Gegenteil, daß nur der Kleinbetrieb sich mit genossenschaftlichen Formen verträgt, daß dagegen jeder Großbetrieb herrschaftlich organisiert sein muß. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften lassen den Kleinbetrieb der einzelnen Mitglieder meist ganz unangetastet; es sind vorwiegend Kredit-, Einkaufs- oder Verkaufsgenossenschaften, ihre Produktion beschränkt sich auf die gemeinsame Verarbeitung der im Einzelbetriebe gewonnenen Urprodukte in meist kleineren Betriebsstätten. Wenigstens die besonders gedeihenden Genossenschaftsmolkereien werden wir kaum als Großbetriebe bezeichnen können. Am meisten greifen noch die Maschinen-genossenschaften in den eigentlichen Landwirtschaftsbetrieb der Genossen ein, aber auch sie führen nicht etwa die Aufhebung des kleinbäuerlichen Betriebes herbei, sondern stärken ihn nur in seinem Bestande, indem sie ihm die Vorteile des Großbetriebes zugänglich machen.

Wenn sich jetzt, nach sechs Jahren, noch keine Anzeichen des prophezeiten Genossenschaftskrachs geltend machen, so wäre dies natürlich noch kein vollgültiger Beweis gegen ihn; aber David³ zeigt uns, daß Rautsky seine Krisentheorie schematisch auf die Landwirtschaft übertragen hat — Überproduktion, Krise, Krach, Expro-

¹ Agrarfrage, S. 116.

² Bgl. Sozial. Monatshefte, Okt. 1904, S. 854.

³ Sozialismus und Landwirtschaft I, S. 555 ff.

priation der Kleinen durch die Großen —, ohne
 schiedenheiten zwischen Landwirtschaft und Industrie.
 Die Produktion läßt sich in der Landwirtschaft gar nicht
 steigern, daß plötzlich eine Überproduktion eintreten
 Bauern, die jetzt ihre Milch in die Molkerei liefern
 auch schon Milch produziert, die Genossenschaft soll
 bessere Verwertung ermöglichen; die Genossenschaft
 der Regel einen so geringen Teil des bäuerlichen
 dieser etwaige Störungen relativ leicht überstehen
 würden die größeren Besitzer stärker darunter leiden,
 Bauern, die sich leichter anpassen können.

Doch Kautsky kapriziert sich vielleicht gar nicht
 Zusammenbruch der Genossenschaften, denn gerade ihr
 ja den selbständigen bäuerlichen Betrieb um so sich
 den Bauern zu einem bloßen Teilarbeiter der Genossenschaft
 herabdrücken. Diese unheilvolle Rolle spielt noch die
 wirtschaftliche Industrie überhaupt. Für den richtigen
 es eben selbstverständlich, daß die moderne Industrie die
 und die ganz in den alten Formen befangene Landwirt-
 einfach zu folgen hat¹. Wenn ein paar hundert Bauern
 eine Zuckerfabrik liefern, so verschreiben sie sich dann
 ebenso wenn sie ihre Milch in die Genossenschaftsmolkerei
 Als ob diese Fabriken nicht ebenso sehr auf die Bedürfnisse
 der Bauern angewiesen wären, da sich bei dem Charakter
 Stoffe ein Bezug aus der Ferne meist von vornherein
 der Bauer sich nicht mehr mit der Fabrik einigen kann
 ein leichtes, den Charakter seiner Wirtschaft so zu ändern
 von ihr unabhängig wird, er baut eben im nächsten Jahr
 andere Früchte an. Mag er dabei auch zuerst etwas
 leiden; jedenfalls ist sein Verhältnis zur Fabrik ein
 als das des Hausindustriellen zu seinem Verleger; jeder
 Industrieller, der mit Spezialeinrichtungen für eine
 große Kunden arbeitet, ist meist viel abhängiger, weil
 leicht preisdrückende Konkurrenz geschaffen werden kann
 seine Betriebsrichtung durch die besonderen Maschinen
 auf lange Jahre hinaus festgelegt ist. Übrigens ist es
 so gut wie ausgeschlossen, daß ein industrieller Betrieb

¹ Kautsky, Antibernstein, S. 76.

Abnehmer der von Bauern produzierten Waren“ wird¹; der Bauer, der an die Molkerei liefert, hat doch zum mindesten noch die Kälber und die abgemolkenen Kühe zu verkaufen, ebenso muß der Rübenbauer schon um des Fruchtwechsels willen noch andere Gewächse anbauen und braucht Vieh zur Bestellung seiner Felder.

Einen wichtigen Trumpf glaubt Kautsky auszuspielen mit dem Hinweis auf die Vorschriften, die die Zuckerrfabrik ihren Lieferanten über den zu verwendenden Samen und die Düngung, die Molkerei über die Behandlung der Milchtiere macht, denn damit ist doch schlagend erwiesen, daß der Bauer gar nichts mehr in seinem Betriebe zu sagen hat, daß er zum bloßem Teilarbeiter der Fabrik geworden ist².

Wer diese Vorschriften unvoreingenommen betrachtet, wird ihnen kaum eine so verhängnisvolle Wirkung zutrauen, denn schließlich verzichtet der Bauer noch nicht auf jede Selbständigkeit, wenn er sich der Molkerei gegenüber verpflichtet „beim Melken die größte Sauberkeit zu beobachten“. Mögen auch die übrigen Vorschriften manchmal etwas tiefer eingreifen, sie alle geben nur die allgemeinsten Richtlinien und lassen der individuellen Tätigkeit des Bauern freien Spielraum; im schlimmsten Falle sind sie nichts anderes als eine etwas gewaltsame Art, um die Fortschritte der Wissenschaft auch den kleinen Betrieben zugänglich zu machen, den „gewöhnheitsfaulsten und irrationellsten Betrieb“ zeitgemäß umzugestalten. Was Kautsky an dem einen Punkte für seine Beweisführung gewönne, würde er an anderer Stelle doppelt wieder verlieren, denn gerade auf dem Umstande, daß die Fortschritte der Wissenschaft den Kleinbauern nicht zugänglich seien, hatte er ihre Konkurrenzfähigkeit mit begründet³.

Schließlich hätte es Kautsky gar nicht nötig gehabt, sich und uns durch ein paar hundert Seiten der gekünsteltsten Dialektik zu plagen, denn er hat ja noch ein Mittel, das aller Sorgen ledig machen muß. „Die menschliche Gesellschaft ist ein Organismus und kein bloßes Aggregat von Individuen, und als Organismus muß sie einheitlich organisiert sein. Es ist eine Absurdität zu glauben, in einer Gesellschaft könne ein Teil sich in der einen Richtung entwickeln und ein anderer wichtiger in entgegengesetzter Richtung. Sie

¹ Agrarfrage, S. 265.

² a. a. D.

³ Agrarfrage S. 52, 55, 98 ff.

kann sich nur in einer Richtung entwickeln. Geht der Großindustrie in der Richtung zum Sozialismus herrschende Macht in der Gesellschaft, dann müssen Gebiete für den Sozialismus ergreifen und seinen Kräften, die nicht fähig sind, aus sich selbst heraus die dieser Umwälzung zu erzeugen. Sie muß dies im Interesse, im Interesse der Einheitlichkeit, der Harmonie der Gesellschaft. Niemand könnte der modernen Gesellschaft Prognostiken stellen, als jene bürgerlichen Ökonomen triumphierend verkünden: der Weg der Industrie muß führen, der Weg zur Landwirtschaft führt zum Scheitern. Wäre das richtig, und erwiese sich die Landwirtschaft als den Sozialismus von sich abzuwehren, ohne doch den Individualismus aufdrängen zu können, dann bedeuete die Rettung sondern den Untergang der Gesellschaft, in Permanenz“¹. Diese Philosophie von der Entwicklung der Menschheit ist ganz unverständlich bei der materialistischen Geschichtsauffassung, denn wenn die Grundlagen mannigfaltiger Natur sind, so muß die Vielgestaltigkeit des Überbaues, der sich auf ihnen spiegeln. Aber diese angeblichen Materialisten sind Idealisten strengster Observanz, welche die reiche Wirklichkeit in paar armselige Formeln und Begriffe zu zwingen versuchen am Schreibtische ausgeklügelt haben. Die Einheitlichkeit der Entwicklung im Sinne Kautskys ist eine rein gedankliche, der alle realen Grundlagen fehlen. Es heißt: „Wir müssen einander wohnen die Gedanken, doch hart im Realen die Sachen“ aber manches verträgt sich im Leben recht, was in der Idee ganz unvereinbar ist.

Bernstein ist jedenfalls ein abgesagter Feind der Einheitlichkeit; ihm wäre es „eine traurige Aussicht, wenn die Zukunft entgegen ginge, die nur eine Form der Einheitlichkeit sollte“², und selbst Kautsky läßt mit sich handeln

¹ Agrarfrage, S. 295; vgl. Sozialreform und soz. Natur, S. 17.

² Bernstein, Zur Geschichte und Theorie, S. 17. „Je weiter wir in der Geschichte vorrücken, um so weniger Epochen, wo ein einziges Prinzip in voller Reinheit das Herrschen hätte, und es ist eine ganz unbiologische Vorstellung, das Produkt einer vieltausendjährigen Entwicklung, wie es die Gesellschaft darstellt, in absehbarer Zeit auf Grund einer einzigen Gestalt werden können.“

werker und Bauern von ihrer Feindschaft gegenüber dem Sozialismus zu befehren, macht er ihnen das Zugeständnis, daß ihr individualistischer Betrieb auch in der sozialistischen Gesellschaft nicht untergehen, „sondern eine neue Blüte mancher seiner Zweige“ erleben werde¹ „denn nichts ist irriger, als sich die sozialistische Gesellschaft als einen einfachen starren Mechanismus vorzustellen . . . Die mannigfachen Arten des Eigentums an den Produktionsmitteln — staatliches, kommunales, konsumgenossenschaftliches, produktivgenossenschaftliches, privates — können nebeneinander in einer sozialistischen Gesellschaft existieren. Die verschiedensten Formen des Betriebs — bureaukratischer, gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher Alleinbetrieb“² usw.

So ganz überzeugt von der absoluten Einheitlichkeit der Entwicklung ist also auch Kautsky nicht; der überspannte Idealismus und die Konstruktionswut des orthobogen Marxisten hatten ihn dazu verführt und eine ganz oberflächliche Betrachtung unseres wirtschaftlichen Lebens. Weil eine Anzahl Produkte, die früher von der Landwirtschaft hergestellt wurden, jetzt durch Industrieprodukte verdrängt worden sind, wird ganz allgemein gefolgert, daß ein immer größerer Teil der Produktion überhaupt an die Industrie übergehen müsse, daß daher die landwirtschaftliche Bevölkerung in den modernen Ländern ständig an Zahl abnehmen und an sozialer Bedeutung verlieren müsse, also sich den von der ungleich wichtigeren Industrie diktierten Gesetzen zu fügen habe³. Gewiß hat die Industrie der Landwirtschaft wirklich die Herstellung des einen oder anderen Artikels abgenommen, aber nicht entfernt so viel wie es scheint, wenn man die modernen Riesenfabriken mit den altväterischen kleinen Bauernwirtschaften vergleicht. Kautsky sagt selbst: „Die Produktion ist und bleibt Produktion für den menschlichen Konsum . . . Produzieren heißt Konsumtionsmittel für den menschlichen Gebrauch herstellen“⁴; wenn wir uns aber die Gegenstände unseres persönlichen Verbrauchs ansehen, so werden wir finden, daß hier der Erfsatz der organisierten durch die unorganisierte Materie noch eine ganz geringe Rolle spielt. Im Hausbau mag Stein und Eisen eine etwas größere Bedeutung erlangt haben als früher in holzreichen Gegenden; sehr

¹ Agrarfrage, S. 441/444.

² Am Tage nach der sozialen Revolution, S. 36/37.

³ Antibernstein, S. 68/69. — Agrarfrage S. 278—289.

⁴ N. Z. XX, 2, S. 117/118.

groß ist — wenigstens in Wohnhäusern — der Unterschied noch nicht. In Möbeln und Kleidern herrscht das Organische fast unumschränkt, ebenso bezieht der normale Mensch seine Nahrung vom Fleischer und Bäcker und nicht vom Drogerien; er zieht Bier aus Hopfen und Malz und einen reinen Naturwein noch den Erzeugnissen der chemischen Industrie vor. In den wichtigsten Gebieten des individuellen Konsums hat sich das Organische siegreich behauptet; es vermag nicht viel am Ergebnis zu ändern, daß bei den kleinen Überflüssigkeiten, mit denen wir uns unsere Wohnung verzieren, Metall und Porzellan mehr in den Vordergrund treten; unsere Bücher bestehen immer noch aus organischen Stoffen, — Lumpen und Holz —, wenn der Fabrikant nicht zu viel Schwespat hineingetan hat; allerdings hat der Schriftsteller jetzt meist die Stahlfeder statt des Gänsefieders, trotzdem wird man sein Erzeugnis nicht a priori als unorganisch bezeichnen dürfen.

Wenn in Deutschland der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion an der Gesamtbevölkerung ständig zurückgeht, so ist damit nicht gleich ein Sinken des Anteils der Landwirtschaft bewiesen; die Landwirtschaft scheidet sich nur reiner als früher vom Gewerbetreibenden in mannigfachen Formen der gewerblichen Arbeit, die früher mit dem Hausfleiß mit der Landwirtschaft verknüpft waren, es ist eben jetzt auch in der Statistik dort, wo sie hingehören: bei der gewerblichen Arbeit. Die rein rechnerischen Verluste, die sich der Landwirtschaft hieraus ergeben, werden zurückgehen und verschwinden, sobald die Scheidung reinlich durchgeführt ist, und zur Landwirtschaft nur das gezählt wird, was allein zu ihr gehört: die Urproduktion. Der Anteil dieser Urproduktion am Gesamtprodukte muß nicht sinken, wenn es richtig ist, daß in der Industrie jedes Zusatzkapital höhere Erträge abwirft, während in der Landwirtschaft das Produkt vom abnehmenden Bodenertrag gilt. Dieses Gesetz hatte sich bei Aufstellung seines Systems störend empfunden, und ihn zu einem leichtfertigen Angriff auf die wissenschaftliche Ehre Liebig's vertrat, verleitet². Nebel brachte es durch ein Zitierenfalsch dahin, denselben Liebig als Gehelfer gegen das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag anzuführen, und verkündete: „Gesetz

¹ Eigentlich müssen wir zur deutschen Urproduktion noch einen ausländischen zählen, die uns Rohstoffe und Nahrungsmittel liefert.

² Kapital I, S. 471 Anm.

mehr: der Ertrag eines Feldes steht in direktem Verhältnis zu der auf dasselbe verwendeten Arbeit und den auf dasselbe zweckentsprechend verwendeten Düngstoffen“¹. Aber Rautsky ist zu ehrlich, um nicht die Gültigkeit des Gesetzes vom abnehmenden Ertrage anzuerkennen; mag er auch sein Zugeständnis verlausulieren und das Gesetz von Zeit zu Zeit durch technische Neuerungen und verbesserte Produktionsmethoden durchbrechen lassen, für große Zeitläufe ist es doch gültig, und die Folge davon müßte bei wachsender Volkszahl eine stete, nicht bloß absolute, sondern auch relative Zunahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung sein. „Die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung kann dabei ebenfalls absolut zunehmen, relativ muß sie sich verringern“².

Wohin wir auch der agrarischen Beweisführung Rautsky's folgen mögen, überall sehen wir sie bald in unlösliche Widersprüche verwickelt entweder zur praktischen Erfahrung des täglichen Lebens oder zur eigenen Theorie. Die Widersprüche sind hier schroffer als in anderen Teilen seines Systems, weil eben der Marxismus nur von der industriellen Entwicklung abstrahiert ist und der Landwirtschaft ohne inneres Verständnis gegenübertritt. Diese städtischen Theoretiker sehen mit kaum verhehlter Geringschätzung auf die dummen Bauern herab; soweit die Landwirtschaft Maschinen und Chemikalien anwendet, mag sie ja ein ganz anständiger Beruf sein, aber wenn sie noch mit wirklichem Mist düngt und mit Ochsen und Schweinen zu tun hat, dann redet man in guter Gesellschaft lieber nicht von ihr.

Nur wer selbst einmal Landwirt war oder doch in dauernder Berührung mit dem Lande geblieben ist, sollte ein Buch über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft schreiben. Bei Rautsky werden wir die Empfindung nicht los, daß er nie einen Spaten in der Hand gehabt hat. Sicher sind ihm die sittlichen Momente des Landbaues, die Gefühle und Empfindungen, die den Bauern bei seiner Arbeit beseelen, mit seinem Werke verknüpfen, ganz fremd. Er glaubt Marx' Unfehlbarkeit damit zu retten, daß er ausführt, Marx' System gelte für die kapitalistische Form der Landwirtschaft und dürfe deshalb nicht an ihren heutigen vorkapitalistischen und nichtkapitalistischen Formen gemessen werden³, aber er übersieht dabei, daß es eben der Grundfehler des Marxismus ist, daß er eine solche einfache Übertragung der kapitalistischen Prinzipien auf die Land-

¹ Die Frau und der Sozialismus, 35. Aufl., S. 456/7.

² Rautsky, N. Z. XIX, 2, S. 23.

³ Agrarfrage, S. VII.

wirtschaft überhaupt für möglich hält. Die Ganzes wird nie restlos im Kapitalismus aufgehoben.

Bernstein beschränkt sich in seiner Besprechung der Verhältnisse auf eine kurze Wiedergabe der Zahlen gegen die von Marx aufgestellten Entwicklungssätze. Er erfahren von ihm nichts über die tieferen Gründe der Landwirtschaft ihren eigenen Weg einschlägt. In jüngeren österreichischen Sozialisten wurde Kautsky aber erst David faßte die revisionistischen Zweifeln an der marxistischen Theorie auch im Gebiete der Landwirtschaft systematisch zusammen und versuchte durch eine tieferen Betrachtung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses den Grund zu zeigen, warum die marxistische Konzentrationstheorie in der Landwirtschaft versagen mußte¹!

Dem verschlungenen Pfade der Kautskyschen Theorie gehen wir bis in die letzten Windungen nachgehen, um zu sehen, ob Kautsky schließlich selbst keinen Ausweg mehr gefunden hat. Davidsche Einwände haben wir dabei gleich erledigt. Wir können wir uns bei ihm kürzer fassen, weil wir im ständigen Gegensatz zu den Ergebnissen der praktischen Erfahrung steht, sondern im engen Zusammenhang mit den inneren Gesetzen der landwirtschaftlichen Entwicklung betrachtet. David kennt die tiefe Wesensverschiedenheit zwischen der landwirtschaftlichen Produktion und der industriellen Produktion und stehe der landwirtschaftlichen Produktion gegenüber⁴. Diese Gegenüberstellung ist entschieden viel richtiger als die zuweilen versuchte Unterscheidung in organisch und anorganisch⁵, denn die Grenzen zwischen beiden sind neuerdings so fließend geworden, daß sie selbst keine scharfe Scheidung mehr zu geben können. Wenn sie's könnte, so würden doch die wirt-

¹ Voraussetzungen, S. 61 ff.; Zur Geschichte und

² Herz, Die agrarischen Fragen im Verhältnis zu

1899. Derselbe: Agrarfrage und Sozialismus. Berlin

³ Eduard David, Sozialismus und Landwirtschafts-

triebsfrage. Berlin 1903.

⁴ a. a. O. S. 70.

⁵ Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19.

„Zukunft“ vom 4. Februar 1903.

⁶ Vgl. die Äußerung von Helmholz, die Treitschke

S. 28.

bestimmungen keineswegs mit denen der technischen Praxis zusammenfallen.

Die moderne Technik hat sich an der Textilindustrie entwickelt, und noch heute verarbeitet die Textilindustrie, wenn wir etwa von den paar Asbest- und Drahtwebereien absehen, ausschließlich organische Rohstoffe; das gleiche gilt von der Mülerei und Papierfabrikation, zwei Produktionszweigen, in denen die Mechanisierung und Automatisierung des Produktionsprozesses ganz außergewöhnliche Fortschritte gemacht hat. Die organischen Rohstoffe, die hier verarbeitet werden, sind eben praktisch anorganisch. Darauf kommt es gar nicht an, ob ein Rohstoff aus der Sphäre des Organischen oder Anorganischen stammt, sondern nur darauf, daß er so völlig aus seinem Zusammenhang mit der Natur gerissen ist, daß er jedes eigene Leben verloren hat und sich den ihm vom Menschen vorgeschriebenen Produktionsprozessen willenlos unterwerfen muß. Das Entscheidende ist, daß nur relativ wenige und einfache Gesetze in Frage kommen, daß der Mensch diese Gesetze kennt und ihnen den Produktionsprozeß genau anzupassen vermag.

Das gesamte Gebiet der Mechanik und der aus ihrem organischen Zusammenhang mit der mütterlichen Erde gerissenen Materie unterliegt einer solchen Gesetzmäßigkeit, aber sie gilt nur in viel beschränkterem Umfange für die beiden anderen Hauptelemente der Produktion: für die lebendige Natur mit ihrem Werden und Vergehen, und für den Menschen selbst mit seinem Tun und Denken; denn der Mensch ist doch schließlich ein Faktor, der niemals fehlen darf. Wir könnten deshalb die Ausführungen Davids, der nur ganz allgemein Industrie und Landwirtschaft als mechanisch und organisch einander gegenüberstellt, dahin erweitern, daß dieser Gegensatz zwischen mechanisch und organisch in jedem einzelnen Produktionszweige besteht, und daß in dem Maße, wie das organische Element — Mensch und lebendige Natur — an Bedeutung gewinnt, die Entwicklungsgesetze, die David für die Landwirtschaft aufgestellt hat, auch in der Industrie Geltung erlangen. Das Organische ist das Individuelle überhaupt, es drängt an sich zum Kleinbetrieb, weil nur so die individuellen Eigentümlichkeiten voll berücksichtigt werden können. Jeder Großbetrieb muß schablonisieren, er kann nur das Massenhafte, den Durchschnitt brauchen, individuelle Vorzüge nützen ihm nichts, ja sind ihm oft bloß hinderlich. Auch der industrielle Großbetrieb unterliegt dieser Gefahr, auch er muß vielfach in der Behandlung und Verwendung der Menschen und Materialien schablonisieren, aber

durch Spezialisierung und Arbeitsteilung ist er d gewesen, die Arbeit gewisser höherer Arbeiterschicht wendung mancher Rohstoffe besser als früher im s individuellen Vorzügen anzupassen und so die S tendenzen, die er stets mit sich bringt, auszugleichen. deren Vorteile im allgemeinen mit der Größe wach leicht, was er durch seine Vergrößerung an Einheit heit der Leitung einbüßt, überhaupt die Verluste durch Immerhin ist durch diese Reibungsverluste ein Be geben, über den hinaus nicht gegangen werden dar so groß werden, daß dadurch die technischen Gewinne vergrößerung mehr als aufgewogen werden. Die Betriebsumfang ist natürlich nach Branche und S verschieden; wie es den Ingenieuren gelungen ist, d festeren, besseren Materials zu immer größeren, kühner fortzuschreiten, so werden mit der Verbesserung des V auch die sozialen Konstruktionen der großen Untern gewaltigere Formen annehmen können, ohne daß sie ihrer eigenen Schwere zusammenbrechen müßten. befferung des Menschenmaterials würde natürlich au schaftlichen Betriebe zugute kommen; aber sie läßt si auf morgen erzielen, und das Programm einer s soll nicht mit solchen Zukunftsgrößen rechnen, es n nehmen wie sie wirklich sind. David läßt wohl auch lich vor uns das schöne Bild einer Zukunft auftau Menschen als freie Genossen den freien Boden best doch viel zu nüchtern, um die Vorbedingungen solch lichen Großbetriebes schon in der Gegenwart gekom Er weiß, wie weit die ungeheure Mehrzahl der M fernt ist von der Erkenntnis, daß die Förderung d zugleich ihr persönliches Wohlergehen fördert; er n verschwindend wenigen das soziale Gefühl hoch ger um sie allein zur höchsten Anspannung aller ihrer Kr daß die Masse aber der beiden alten Hilfsmittel nic des persönlichen Interesses oder der Beaufsichtigung liche Interesse ist naturgemäß am mächtigsten im S das Gedeihen des Betriebes und persönliches Wohle

¹ a. a. O. S. 700/1.

² a. a. O. S. 84.

sammenfallen. Jeder Großbetrieb bringt eine Abschwächung mit sich. Der industrielle Großbetrieb hat teilweise durch Akkordsysteme und Prämien das persönliche Interesse mit dem Betriebsinteresse zu verknüpfen gewußt, in der Landwirtschaft ist das meist unendlich viel schwerer, weil der Erfolg sich hier erst nach Monaten zeigt, und noch so viele andere Einflüsse — Witterung usw. — ihn bedingen, daß der Anteil, den der Arbeiter am Gelingen hat, nur sehr schwer festzustellen ist.

Wo das Gefühl des Eigeninteresses abgestumpft ist, muß es durch Zwang und Beaufsichtigung ersetzt werden. Auch hier zeigt sich wieder sofort die Überlegenheit des industriellen Großbetriebes gegenüber dem landwirtschaftlichen. Die innere Kontrolle, die darin liegt, daß ein Arbeiter dem anderen in die Hände arbeitet, daß sein Arbeitsprodukt im nächsten Augenblick Rohstoff für den nächsten Teilarbeiter wird, hatte ja schon Marx sehr richtig charakterisiert¹. David zeigt, daß infolge der Eigenart des ländlichen Produktionsprozesses der Großgutsbetrieb diese Kontrolle entbehrt². Noch schwerer aber ist bei ihm die wirksame Aufsicht seitens der Betriebsleitung. Die Industrie hat es verstanden, durch die moderne Technik den Raum zu überwinden; auf verhältnismäßig kleiner Fläche drängt sie gewaltige Produktionskräfte und große Menschenmassen zusammen. Der Leiter einer Fabrik, die vielleicht 1000 Arbeiter beschäftigt, wird meist imstande sein, an jedem Punkte, wo er gebraucht wird, in einigen Minuten zu erscheinen; der ganze Produktionsprozeß vollzieht sich unter seiner ständigen Aufsicht und Leitung; 1000 landwirtschaftliche Arbeiter dagegen werden stets über eine ungeheure Entfernung verstreut sein, kaum einmal am Tage wird der einzelne bei seiner Arbeit kontrolliert werden können, er ist fast immer sich selbst überlassen.

Was den Betriebsfaktor Mensch anbelangt, kann also der landwirtschaftliche Großbetrieb den natürlichen Vorzügen des Kleinbetriebes nur wenig entgegenstellen. Wenn wir nun bedenken, daß gerade die Eigenart des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses, die Behandlung von Tier und Pflanze, besondere Anforderungen an den Eifer und die individuelle Sorgfalt des Arbeiters stellen, so müssen dem Großgutsbetriebe auf anderen Gebieten ganz außerordentliche Vorteile zu Hülfe kommen, soll er wirklich dem kleinbäuerlichen Betriebe

¹ Kapital I, S. 309, 310.

² a. a. O. S. 157, 75.

so überlegen sein, wie Kautsky uns glauben machen zählt denn auch in der Tat eine stattliche Reihe solcher aber vor Davids Kritik können die wenigsten bestehen.

Das große Gut hat geringere Bodenverluste, Grenzen, es braucht nach Kautsky weniger Baulichkeiten, lebendes und totes Inventar¹. David meint, daß Nachteile der zu weitgehenden Parzellierung durch die beseitigt werden könne; auch der zu große Betrieb Thünen gezeigt, seine Schattenseiten, der Übergang zur Kultur lasse die Nachteile der Parzellierung mehr verschwinden². Die Ersparnisse des Großbetriebes an Kosten würden aber wett gemacht durch die größere Sorgfalt der Bauer ihnen zu teil werden lasse, wodurch sich bei ihm die quote und die Reparaturkosten bedeutend niedriger stellen. Der kleine Bauer mehr Arbeitsvieh, so könne er es doch besser verwenden als der Großgutsbetrieb, weil er die Gefährdung der Beanspruchung durch bessere Behandlung vermeiden könne. Zahlten Arbeitskräften sei eine solche Sorgfalt nicht möglich.

Ein anderer Vorteil sollte nach Kautsky dem kleinen Gut durch die Möglichkeit der Maschinenanwendung erwachsen. Daß gerade die Maschinen, die wirklich vorteilhaft sind, auch dem kleineren Betrieb direkt oder durch Maschinenzugänglich sind³, daß aber Maschinen wie der Dampfzug herein durch Bodenbeschaffenheit usw. auch für kleinere ganz unwendbar seien⁴, und daß manche Maschinen für großen Gütern Verwendung finden, keineswegs der Fall zu legen seien, sondern nur ein mangelhafter Ersatz menschlichen Arbeitskräfte⁵. Sicher ist in der Industrie der wichtigste Hebel der Entwicklung zum Großbetrieb die Optimierung von Gasmotoren und von der elektrischen Energie. Ein neuer Aufschwung des gewerblichen Kleinbetriebes aber diese Hoffnungen waren von vornherein utopisch. Die Tatsache läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß

¹ Agrarfrage S. 92—96.

² a. a. D. S. 100—107.

³ a. a. D. S. 108—117.

⁴ a. a. D. S. 220 ff.

⁵ a. a. D. S. 238/9.

⁶ a. a. D. S. 190 ff.

⁷ a. a. D. S. 242—248, 252.

wissen, meist noch lange nicht erreichten Grenze, jede Vergrößerung der Maschine eine Ersparnis an Herstellungs- und Unterhaltungskosten mit sich bringt, daß nur der Großbetrieb Spezialmaschinen mit höchster Leistungsfähigkeit anwenden kann, und daß nur bei ihm eine volle Ausnutzung von Maschine und Werkzeug möglich ist. In der Landwirtschaft liegt aber die Höchstgrenze der vorteilhaftesten Maschinengröße bedeutend tiefer. Jede Vergrößerung der Maschine bringt eine bedeutende Steigerung ihres Gewichtes mit sich. Das ist nicht schlimm in einer Fabrik, wo die Maschinen fest auf ihren Fundamenten verankert stehen oder doch durch Lauftrane spielend dorthin gebracht werden, wo man sie gerade braucht; aber durch die Beschaffenheit der Feldwege usw. ist für die meisten landwirtschaftlichen Maschinen von vornherein ein Höchstgewicht gegeben; denn die Arbeit des Maschinenpfluges z. B. läßt sich nun einmal nicht auf dem Gutshofe verrichten, sondern muß auf dem Felde selbst getan werden. Findet die industrielle Maschine ihre höchste Vollendung in der Kombination von Spezialmaschinen, so schildert David sehr anschaulich, wie in der Landwirtschaft das Ziel die isoliert wirkende Kombinationsmaschine sei¹. Auf die Vorteile, die der Industrie daraus erwachsen, daß sie ihre Maschinen Tag für Tag, womöglich Tag und Nacht, laufen läßt, während die landwirtschaftliche Maschine nur ein paar Wochen im Jahre benutzt werden kann, brauchen wir kaum näher einzugehen, sie liegen ja zu sehr auf der Hand.

Die ganzen Ausführungen Davids² über die Bedeutung der Maschine in der Landwirtschaft sind überaus klar und anschaulich; sie stützen sich überall auf das Urteil anerkannter Autoritäten, wir werden ihnen mehr Wert beilegen müssen, als den paar ganz allgemeinen Redensarten, mit denen uns Rautsky abspießen möchte³.

Rautsky hatte dem Kleinbetrieb die Möglichkeit von Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen so gut wie abgesprochen⁴, David bringt statistische Beweise für das Gegenteil⁵.

Ebenso stehen sich in betreff des Wertes und der Nutzbarkeit der Kooperation, der Arbeitsteilung zwischen Hand und Kopf und der Spezialisierung der Handarbeit, hinsichtlich der Stellung der

¹ Agrarfrage S. 233.

² a. a. D. S. 163—253.

³ a. a. D. S. 94/5, 121/2.

⁴ a. a. D. S. 100.

⁵ a. a. D. S. 359 ff.

verschiedenen Betriebe auf dem Markte und der kleineren oder Schwierigkeit von Kreditbeschaffung die Ansichten von David Rautsky² meist diametral gegenüber, nur mit dem Unterschied, daß Rautsky von uns urteilslosen Glauben verlangt, wo David in umfangreiche Beweise zu überzeugen versucht.

Wir brauchen uns nicht in weitläufige Untersuchungen einzulassen, wer von beiden in den einzelnen Punkten recht hat, denn es handelt es sich hier nicht um die Entscheidung der Konkurrenz des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes; was uns interessiert ist die Tatsache, daß in David endlich einmal ein Sozialdemokrat die einfache Übertragung der Marxschen Schablone auf die Landwirtschaft oder mit dem bloßen Zweifel nicht mehr zufrieden war, sondern unter fleißiger Benutzung des vorhandenen wissenschaftlichen Materials an eine systematische Untersuchung heranging. Im Marxismus der Mensch selbst eine geringe Rolle, denn nachdem er erst als nutzlos und kraftlosen Gattungswesen geworden, war es nur natürlich, daß er sich der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte widmen mußte. David operiert nicht mit solchen hohlen Abstraktionen, er rechnet mit Menschen von Fleisch und Blut, mit menschlichen Tugenden und menschlichen Schwächen; der Produktionsfaktor Mensch gewinnt daher an Bedeutung, und er gibt den Ausschlag zwischen Kleinbetrieb, wenigstens in der Landwirtschaft, wo die Produktionsfaktoren, die zum Großbetrieb drängen, nicht genügend sind.

Schon durch diese realistisch psychologische Richtung seiner Untersuchung würde sich David in scharfen Gegensatz zum reichten Marxismus gesetzt haben, auch wenn die Resultate seiner Untersuchung nicht so scharf der bisherigen Parteidoctrin widersprochen hätten. Wenn er aber gar, statt in die übliche Verurteilung des Kleinbetriebes einzustimmen, zu seinem begeisterten Lobredner wird, wenigstens in der westeuropäischen Landwirtschaft, die Zukunft schreibt³, so wird eine Versöhnung der entgegengesetzten Ansichten einfach undenkbar.

Bei der materialistischen Geschichtstheorie und der Konkurrenz war der Bruch durch Halbwahrheiten und theoretische Unklarheiten verkleistert worden, ebenso bei der Vererbungsstheorie; in

¹ David a. a. D. S. 80—160, 539—603.

² Rautsky a. a. D. S. 92—106.

³ a. a. D. S. 56.

der industriellen Entwicklung bestanden wohl Gegensätze, aber doch mehr über das Tempo, nicht über die allgemeinen Tendenzen; hier in der Agrarfrage erhebt sich der Konflikt in voller prinzipieller Schärfe, hier ist ein Ausgleich nicht mehr möglich, ohne daß eine der beiden Parteien sich völlig selbst verleugnete.

5. Die Krisen und der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft.

Es wäre ein vergebliches Bemühen, wollten wir aus den Marx-Engels'schen Schriften eine einheitliche Erklärung des Wesens und der Ursachen der Wirtschaftskrisen herausfinden. Mindestens zweierlei werden wir unterscheiden können, einmal die reine Theorie, die im Sinne der marxistisch zugespitzten Dialektik Hegels sich nur eine Entwicklung in Widersprüchen denken kann, und die Krisen einfach aus einigen großen Widersprüchen konstruiert, und dann die Versuche, aus einer Betrachtung der wirklich eingetretenen Krisen zur Erkenntnis der tieferen ihnen allen gemeinsamen Ursachen vorzudringen.

Wohl nur der Umstand, daß die betr. Abschnitte seines Werkes überhaupt nicht vollendet sind, hat verhindert, daß auch Marx die ganz abstrakte Krisenerklärung rein herausgearbeitet hat. Angeedeutet finden wir sie auch bei ihm¹, und es ist außer Zweifel, daß die entsprechenden Stellen bei Engels in seinem Geiste und unter seinem Einflusse abgefaßt sind. Die Engels'sche Konstruktion ist verblüffend einfach: „das gesellschaftliche Produkt wird angeeignet vom Einzelkapitalisten. Grundwiderspruch, aus dem alle Widersprüche entspringen, in denen die heutige Gesellschaft sich bewegt“, „Widerspruch der gesellschaftlichen Organisation in der einzelnen Fabrik und der gesellschaftlichen Anarchie in der Gesamtproduktion“. „In den Krisen kommt der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung zum gewaltsamen Ausbruch . . . die Produktionsweise rebelliert gegen die Austauschweise, die Produktionskräfte rebellieren gegen die Produktionsweise, der sie entwachsen sind“². So bequem eine derartige Lösung war, die das ganze ungeheuerere Problem auf ein paar einfache Sätze herausdestillierte, auf viel Verständnis bei den Massen konnte man für diese Sätze, bei denen sich alles mögliche, d. h. nichts rechtes denken läßt, nicht

¹ Kapital III, 1, S. 228—232.

² Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Berlin 1891, S. 44. — Antidühring, S. 291—297.

hoffen; ihnen mußte die Frage menschlich nahe gebracht werden, daß das geschah am besten mit der Erklärung der Krisenkonjunktion.

Es leuchtete ihnen ganz anders ein, wenn sie den Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die „Limitationsbeschränkung der Massen“¹. Wir begreifen, daß die Konsumtionstheorie, die ja nicht erst von Marx, sondern schon einem sozialistischen Gemüte sehr sympathisch sein mußte, und Bernstein² wurden sie deshalb ganz gern angenommen. Selbst macht ihnen einen dicken Strich durch die Rechnung: „Es ist eine reine Tautologie, zu sagen, daß der Mangel an zahlungsfähiger Konsumtion oder an zahlungsfähigen Konsumenten hervorgehen. Will man aber dieser Schein tieferer Begründung dadurch geben, daß die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Teil ihres Lohnes und dem Übelstand werde mithin abgeholfen, job die Arbeiterklasse Anteil davon empfängt, ihr Arbeitslohn folglich nicht zu bemerken, daß die Krisen jedesmal vorbereitet werden in der Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter größeren Anteil an dem für Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Produkts erhält“⁴. Diese Abschwächung der Konsumtionstheorie wird noch verschärft durch eine Bemerkung Engels.

Eine Aufklärung über das Krisenproblem mußte unter diesen Umständen kaum von Marx erwarten können. Der schwache Trost, wenn Bernstein den klaffenden Widerspruch zwischen 13/14 Jahren zu entschuldigen sucht, die zwischen der beiden einander ganz entgegengesetzten Anschauungen, denn gerade die spätere Stelle beschränkt sich auf die Meinungen, und während Bernstein im zweiten Band die „reife Frucht der Marxschen Forschungsarbeiten“⁵ wir mindestens das, was darin über die Krisen gesagt ist, unfertig und unausgedacht bezeichnen müssen. Die Krisen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren sich in

¹ Kapital III, 1, S. 21.

² Antibernstein, S. 139. — Agrarfrage, S. 248. — S. 249.

³ Voraussetzungen, S. 81.

⁴ Kapital II, S. 385/6. — Vgl. Antidühring, S. 308.

⁵ Voraussetzungen, S. 68.

⁶ Vgl. auch S. 442/45.

gefähr zehn Jahren gefolgt — 1815 — 1825 — 1837 — 1847 — 1857 — diese auffallende Erscheinung muß natürlich eine materielle, d. h. möglichst grob sinnliche Grundlage haben, und Marx findet sie darin, daß das fixe Kapital sich in den wichtigsten Industrien in durchschnittlich zehn Jahren verschleißt, nach zehn Jahren ist also Ersatz dieses fixen Kapitals nötig; die Industrie wird durch diesen großen Bedarf zu ungeheurer Anspannung und Überspannung angespornt, der natürlich der Krach folgen muß, sobald das verschliffene Kapital ersetzt ist¹. Die Erfahrungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts haben diese Theorie ad absurdum geführt, sie hält auch keiner einigermaßen ernsthaften Prüfung stand. Selbst einmal davon abgesehen, daß das charakteristische Kennzeichen der den Krisen vorangehenden Aufschwungsperioden nicht der Ersatz der alten Anlagen, die zu den Hausspreisen noch durchaus konkurrenzfähig sind, sondern die Vergrößerungen und Neuanlagen sind, zeigt es sich sofort, daß die Behauptung eines zehnjährigen Abnutungszyklus ganz unhaltbar ist. Aufschwung sowohl wie Krach kamen in der Regel am deutlichsten zur Erscheinung im Transportwesen, und gerade hier ist der Verschleiß der verschiedenen Teile des fixen Kapitals ein durchaus verschiedener; das rollende Material nützt sich in anderem Maße ab als der Bahnkörper und die Bahnhofsanlagen, die Lokomotiven wieder anders als die Güter- und Personenwagen, Schienen und Schwellen anders als der Unterbau. Der Ersatz des fixen Kapitals wird daher nicht auf einmal nach zehn Jahren, sondern ganz allmählich nach 5, 10, 20, 50 Jahren sich nötig machen. In den anderen Industriezweigen liegen die Dinge natürlich ganz ähnlich; bei Bauten rechnet man etwa 1 % — 5 % jährlicher Abnutzung, bei Maschinen 5 % — 20 %. Diese Krisenerklärung ist also theoretisch und praktisch ohne jede Bedeutung und auch von den Marxisten völlig aufgegeben.

Unmittelbar vor jener Stelle, wo Marx die Krisen einfach aus der Unterkonsumtion der Massen herleitet, finden wir noch ein paar Sätze, die er selbst zwar nicht direkt mit den Krisen in Verbindung bringt, die wir aber doch als Versuch eines tieferen Einbringens in ihr Wesen erkennen können. „Es ist klar, daß mit der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit und daher der Produktion auf großer Stufenleiter, 1. die Märkte sich ausdehnen und vom Produktionsort sich entfernen, 2. daher die Kredite sich verlängern müssen, und also 3. das spekulative Element mehr und mehr die Transaktion beherrschen

¹ Kapital II, S. 156.

muß“¹; schon in seiner bekannten Freihandelstrebe hatte Marx ähnliche Gedanken ausgesprochen², und sie liegen ja auch sehr nahe. Die Unübersichtlichkeit des Marktes, die seiner räumlichen Ausdehnung entspringt, birgt sicher die Gefahr von Irrtümern, und daraus entspringenden Krisen in sich. Aber, wie fast immer, sind auch hier zugleich mit dem Übel die Mittel zur Heilung des Übels entstanden. Dieselbe Verkehrstechnik, die es ermöglichte, den Absatz über die ganze Welt auszudehnen, hat selbst die fernsten Orte einander so nahe gebracht, wie früher kaum durch wenige Meilen getrennte Städte; in ein paar Stunden verbreitet der Telegraph wichtige Nachrichten über die ganze Erde und läßt jene grobe Verkennung der Marktlage nicht aufkommen, die früher so häufig Anlaß zu Krisen war; in den großen Banken, Syndikaten und Trusts wurden Mittel geschaffen, um den Krisen vorzubeugen, oder wenigstens ihren Verlauf zu mildern. Schon Engels hatte die Abschwächung der Krisengefahr durch die vervollkommnete Verkehrstechnik erkannt³, in den Kartellen und Trusts sah er dagegen den Keim zu einer weit gewaltigeren künftigen Krise⁴; aber er fürchtete doch schon, daß durch sie seine sozialistischen Hoffnungen vernichtet werden könnten, „in den Trusts schlägt die freie Konkurrenz um ins Monopol, kapituliert die planlose Produktion der kapitalistischen Gesellschaft vor der planmäßigen Produktion der hereinbrechenden sozialistischen Gesellschaft. Allerdings zunächst noch zu Ruß und Frommen der Kapitalisten. Hier aber wird die Ausbeutung so handgreiflich, daß sie zusammenbrechen muß. Kein Volk würde eine durch Trusts geleitete Produktion, eine so unverhüllte Ausbeutung der Gesamtheit durch eine kleine Bande von Couponabschneidern sich gefallen lassen“⁵. Damit verläßt er den Boden des Marxismus, denn während nach Engels' eigenen Worten Marx seinen Sozialismus begründet hatte, „auf den notwendigen, täglich sich mehr und mehr vollziehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise“⁶, gesteht hier Engels die Möglichkeit einer lebensfähigen Organisation der Wirtschaft auch für den Kapitalismus zu und setzt seine einzige Hoffnung auf die sittliche

¹ Kapital III, 2, S. 18.

² Elend der Philosophie, Anhang S. 179.

³ Kapital III, 1, S. 45, 395.

⁴ Ebenda III, 2, S. 27; III, 1, S. 97.

⁵ F. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Berlin 1891, S. 37.

⁶ Vorwort zum „Elend der Philosophie“, S. IX.

Empörung der ausgebeuteten Massen, ein Gefühl, dem er früher jede Bedeutung ausdrücklich abgesprochen hatte¹. Wenn der Glaube an den ökonomischen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft aufgegeben wird, so fällt damit jede materialistische Begründung des Sozialismus, er hört auf objektiv notwendig zu sein². Kautsky leugnet die Möglichkeit einer Einschränkung der Krisengefahr durch die Kartelle, die vielmehr Krisen bringen würden, „die weit verheerender sind, als alles was wir bisher gesehen“³.

Ebenso wenig kann er finden, daß das Verhältnis der wißbaren zu den unwißbaren Umständen, dem Bernstein⁴ so großen Wert für die Krisen beilegt, sich in der Neuzeit irgendwie im günstigen Sinne verschoben habe⁵. Die Krisengefahr muß sich im Gegenteil ständig vergrößern, weil „die kapitalistische Produktionsweise den engen, leicht übersichtlichen und kaum sich ändernden lokalen Markt der einfachen Warenproduktion in den ungeheuren, unübersichtlichen, unaufhörlichen Änderungen unterworfenen Weltmarkt verwandelt und die Zahl der Zwischenglieder vermehrt, die sich zwischen Produzenten und Konsumenten drängen. So verliert der Produzent immer mehr die Übersicht über den Markt“⁶.

Dies Bild widerspricht durchaus der Konzentrationstheorie, denn bei wenigen Riesenbetrieben muß der Markt besser zu übersehen sein, als bei dem endlosen Gewimmel der Kleinen, und Kautsky selbst ist gelegentlich direkt entgegengesetzter Ansicht, „bei dieser verhältnismäßig geringen Zahl der Produzenten und Konsumenten ist es leicht begreiflich, daß auf dem Gebiete der Produktion der Produktionsmittel (diese ist nach Kautsky heute der wichtigste Teil der Produktion geworden) heute schon die Produktion für den offenen Markt zurückgeht, und die Produktion auf Bestellungen, also die planmäßige, vorbedachte Produktion und Zirkulation zunimmt“⁷. Kautsky beweist eben mit der gleichen Unfehlbarkeit alles, was das Interesse der sozialdemokratischen Partei verlangt. Gilt's die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise zu zeigen, so ist die Weltwirtschaft

¹ Vorwort zum „Elend der Philosophie“, S. IX; vgl. Antidühring, S. 153, 162.

² Vgl. Rosa Luxemburg, Sozialreform usw., S. 8/9, 37.

³ Erfurter Programm, S. 97. — Antibernstein, S. 148–150.

⁴ Voraussetzungen, S. 73.

⁵ Antibernstein, S. 148/9.

⁶ Ebenda S. 137.

⁷ Am Tage nach der sozialen Revolution, S. 30.

ein unübersehbares Chaos, in dem sich niemand zurecht finden kann, gilt's aber die Verteidigung der sozialistischen Zukunftsträume, so wird die Leitung der Produktion eine verblüffend einfache Geschichte, ist sie jetzt schon so gut vorbereitet von den Kapitalisten, daß sie jederzeit bequem von seiten der Gesellschaft übernommen werden kann. Es geht eben nichts über eine gute Dialektik oder Lehre von der Entwicklung in Widersprüchen.

Für Bernstein ist das stete Wachstum der Krisen mindestens zweifelhaft geworden¹. Er mißt den verbesserten Verkehrseinrichtungen und dem unendlich vervollkommeneten Nachrichten dienst große Bedeutung für die Verhinderung der Krisen bei und meint, daß wenigstens in den älteren Industriezweigen immer mehr mit bekannten Größen gerechnet werden könne, also das gefährliche spekulative Moment zurücktrete². Bei der ungeheuren Ausdehnung des modernen Marktes und der fortschreitenden Vermehrung der Produktionszweige, hält er es für unwahrscheinlich, daß eine Krisis, die in einem Lande oder einer Industrie ausbricht, sofort die gesamte Geschäftswelt aller Länder in Mitleidenschaft ziehen müsse, sondern glaubt mehr an bloß partielle Krisen in einzelnen Ländern oder Branchen, er erkennt nicht, daß Kartelle, Trusts usw. den Arbeiter und die Allgemeinheit mit schweren Schädigungen bedrohen³, daß sie sich unter dem Schutze von hohen Zöllen leicht zu gefährlichen Krisenfaktoren auswachsen können⁴. Jedenfalls hat sich durch alle diese Umstände die Lage so geändert, daß sich die apodiktische Gewißheit, mit der noch das Erfurter Programm von den stets umfangreicher und verheerender werdenden Krisen sprach, nicht länger halten läßt; ohne sich in Prophezeihungen zu ergeben, meint Bernstein, daß die sozialistischen Luftschlösser eines solideren Grundes bedürfen, als der Hoffnung auf den materiellen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft⁵.

So sehr auch Engels das Eingehen auf die wirklichen Ereignisse, die „bornierte, empirische Denkmethode“ haßte, auch er konnte sich dem Eindrucke nicht entziehen, daß die Krisen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, seit dem großen Krach um die Mitte der siebziger Jahre, ein verändertes Aussehen gewonnen hatten. Hatte er sich

¹ Soj. Monatshefte 1904, S. 704.

² Voraussetzungen, S. 73 ff. — Zur Geschichte und Theorie, S. 228—230.

³ Soj. Monatshefte 1904, S. 703.

⁴ Voraussetzungen, S. 79.

⁵ Zur Geschichte und Theorie, S. 230.

früher die wirtschaftliche Bewegung als einen Kreislauf vorgestellt, dessen Spiralen immer enger und enger wurden, um im ungeheuren Zusammenprall im Zentrum zu endigen¹, so wollte der große Krach noch immer nicht kommen. Ließ sich die kapitalistische Gesellschaft nicht durch die akuten Wirtschaftskrisen umbringen, so mußte jetzt das schleichende Gift der chronischen Überproduktion und Stagnation sie um so sicherer zugrunde richten². Der Gedankengang, der dieser Theorie zugrunde liegt, ist bei Engels uralt, er findet sich schon in seinen ersten Schriften, bereits 1845 sagte er: „eine jede Industrie muß fortschreiten, um nicht zurückzubleiben und unterzugehen, sie muß sich ausdehnen, neue Märkte erobern, fortwährend durch neue Etablissements vergrößert werden, um fortschreiten zu können“³. Ganz ähnlich ein paar Jahre später: „Die moderne große Industrie kann nur bestehen unter der Bedingung, sich fortwährend auszudehnen, fortwährend neue Märkte zu erobern. Die Ausdehnung der Industrie ist bedingt durch die Ausdehnung der Märkte. Und da die Industrie auf ihrer heutigen Höhe der Entwicklung ihre Produktionskräfte unverhältnismäßig rascher vermehrt, als sie ihre Märkte vermehren kann, so entstehen jene periodischen Krisen, in denen aus Überfülle an Produktionsmitteln und Produkten die Zirkulation im kommerziellen Körper plötzlich ins Stocken gerät“⁴ usw. Aber die Krisen haben hier durchaus noch ihren akuten Charakter, bedeuten einen plötzlichen Zusammenbruch. In der Folgezeit tritt bei Engels die Erklärung der Krisen aus der mangelnden Ausdehnungsfähigkeit des Weltmarktes in den Hintergrund, sie werden einfach eine Folge der vom Kapitalismus untrennbaren Anarchie. Als dann in den achtziger Jahren der Gedanke der Überproduktion wieder auftaucht, ist es nicht die periodische Überproduktion aus Verkennung der momentanen Absatzmöglichkeiten, sondern chronische Überproduktion aus dauernder Verengung des Marktes; während früher die Krisen in gewaltsamer Weise den Ausgleich zwischen Produktion und Absatzmöglichkeit herbeiführten, ist jetzt ein solcher Ausgleich unmöglich geworden, hoffnungslos schiebt die kapitalistische Gesellschaft dahin. Diese Stagnationstheorie, die Lehre von der Krisis in Permanenz, scheint neuerdings unter den orthodoxen Marxisten mehr und mehr an Boden

¹ Antidühring, S. 294.

² Lage der arbeitenden Klassen, Vorw. S. XXII. — R. Z. 1888, S. 298. — Kapital III, 2, S. 27. — Elend der Philosophie, Vorw. S. XVIII.

³ Nachlaß II, S. 398.

⁴ Ebenda III, S. 389.

zu gewinnen. Unzweifelhaft wäre ihnen der Gedanke eines großen Welttrachs sympathischer, aber selbst Kautsky rechnet doch nicht mit der alten Sicherheit darauf, und so wird die chronische Stagnation, die allgemeine Versumpfung seine letzte Hoffnung¹, ganz ähnlich für H. Cunow². Bernstein ist anderer Ansicht, er leitet die Blüte der Industrie nicht aus der Erschließung immer neuer Absatzgebiete her, sondern vor allem aus der intensiveren Bestellung des alten Wirtschaftsgebiets. Während Kautsky sich bloß in allgemeinen Deklamationen ergeht, zeigt Bernstein durch ein paar Zahlen, daß der Export Englands ganz überwiegend nach den alten Kulturgebieten geht, während der Anteil der neu erschlossenen Länder eine lächerlich geringe Rolle spielt³. Also kann auch nicht daraus, daß keine neuen exotischen Märkte mehr eröffnet werden, Stodung und Krisis für die englische Industrie erfolgen. Wahrscheinlich würde eine Untersuchung für Deutschland zu ganz den gleichen Resultaten kommen. Aber es kommt bei Widerlegung dieser Theorie gar nicht auf zahlenmäßige Beweise an, denn sie ist von vornherein unhaltbar. Eine chronische Krisis ist eine *contradictio in adjecto*, mit dem gleichen Rechte könnten wir von einer chronischen Dampfkesselexplosion reden; sobald die wirtschaftliche Depression zum Normalzustand geworden ist, gibt es keine Krisen mehr. Aber einmal von diesen mehr formalen Bedenken abgesehen, ist überhaupt die Idee einer chronischen Überproduktion ganz widersinnig. Sie ist nur erklärlich aus dem zu weit getriebenen Materialismus, der die Entwicklung der Produktionskräfte sich gewissermaßen als einen vom menschlichen Willen unabhängigen Vorgang denkt. Nicht die Menschen lenken den Produktionsprozeß nach ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen, sondern aus sich selbst heraus, aus der inneren Fortentwicklung der Technik kommen immer größere Produktionsverhältnisse zustande. Mögen die Menschen zunehmen oder abnehmen, die Maschinen zeugen immer neue und größere Maschinen und werfen immer mehr Produkte auf den Markt⁴.

¹ Antibernstein, S. 142 ff. — Karl Marx' ökon. Lehren, S. 229. — Erfurter Programm, S. 98 ff.

² N. Z. XVII, 1, S. 428.

³ Voraussetzungen, S. 75/6.

⁴ „Die enorme Ausdehnungskraft der großen Industrie, gegen die diejenige der Gase ein wahres Kinderspiel ist, tritt uns jetzt vor Augen, als ein qualitatives und quantitatives Ausdehnungsbedürfnis“ usw. Antidühring S. 296. — „Indessen die Ausdehnung der Produktion praktisch grenzenlos ist.“

Eine solche Vorstellung, als ob die Menschen ruhig zusehen müßten, wie ihnen die materiellen Produktionskräfte über den Kopf wachsen, ist natürlich ein Unsinn selbst für den strengsten Anhänger der materialistischen Geschichtstheorie. Mögen die menschlichen Ideen und Institutionen noch so sehr durch ihre materielle Basis bedingt und beeinflusst werden, daran kann doch niemand im Ernste zweifeln, daß die menschlichen Zwecksetzungen den Gang der Produktion in allererster Linie beeinflussen¹. Gerade die Marxisten vindizieren dem Menschen eine solche Herrschaft in ihrer Zukunftsgesellschaft, und wenn sie auch der kapitalistischen Gesellschaft die Möglichkeit einer bewußten Leitung der Produktion zu höheren menschlichen Zwecken absprechen, so steht doch auch sie unter einem zwar materiellen aber durchaus menschlichen Motiv, dem Streben nach Profit. Denn natürlich strebt nicht das Kapital danach, sich zu verwerten, sondern der Kapitalist danach, sein Kapital möglichst gut zu verwerten². Der Gewinn reguliert die kapitalistische Produktionsweise. Marx selbst hat die wichtige Rolle des Gewinns in anderem Zusammenhang, aber doch so, daß eine Übertragung auf unseren Fall angängig ist, sehr richtig dargestellt. „Oder, das ist die andere Seite der Alternative, die Akkumulation erschläft, weil der Stachel des Gewinns abstumpft. Die Akkumulation nimmt ab, aber mit ihrer Abnahme verschwindet die Ursache ihrer Abnahme. Der Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise beseitigt also selbst die Hindernisse, die er vorübergehend schafft“³. Die Akkumulation bedeutet praktisch doch nichts anderes als Vergrößerung der Produktion; wenn die Höhe des Gewinns die Akkumulation reguliert, reguliert sie zugleich die Produktion, chronische Überproduktion ist ebenso unmöglich wie chronische Überakkumulation. Wenn Marx an jener Stelle fortfährt, „der Arbeitspreis fällt wieder auf ein den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechendes Niveau, ob dieses

... Bedürfnisse der Ausdehnung der Produktion, die dem Fortschritte der Technologie entspringen.“ Antikernstein, S. 142. — Vgl. Kapital III, 1, S. 226. — Luxemburg, Sozialreform, S. 32.

¹ „Weil sie erklären müssen, daß sie als Menschen nicht nach den Verhältnissen sich zu richten, sondern daß die Verhältnisse sich nach ihnen, den Menschen zu richten haben.“ Engels, Lage usw. S. 221.

² „Aber am Ende ist doch der Mensch nicht für die Ökonomie da, sondern die Ökonomie für den Menschen.“ Bernstein, Soz. Monatshefte 1903, S. 260.

³ Kapital I, S. 583/4.

nun unter, über oder gleich mit dem Niveau, welches vor Eintritt des Lohnzuwachses als normal galt“, so können wir seinen Satz füglich dahin abändern, „der Gewinn steigt wieder auf ein den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechendes Niveau, ob dieses nun unter, über oder gleich mit dem Niveau, welches vor Eintritt des Gewinnsturzes als normal galt“. Wahrscheinlich wird sich allmählich das Niveau des Gewinns senken; aber wenn auch die Industrie von chronischer Stagnation und Überproduktion jammert, weil sie nicht mehr die fetten Gewinne macht wie in den Jugendentagen des ersten Aufschwungs, so darf die ernsthafte Wissenschaft nicht in das gleiche Lied einstimmen. Es gibt doch kein für alle Zeiten gültiges Normalmaß des kapitalistischen Gewinns, sondern ganz abgesehen von den kurzen heftigen Schwankungen zwischen den Perioden des Aufschwungs und der Krisen, werden wir über lange Zeiträume hinaus bestimmte Tendenzen verfolgen können; sie kommen deutlich zum Ausdruck in der Bewegung des Zinsfußes. Freilich zur Erkenntnis der Gesetze, welche diese Bewegung beherrschen, reicht die Marxsche Wertlehre nicht aus.

Es kann uns nicht wundern, wenn angesichts dieser Schwierigkeiten ihrer Verteidigung Kautsky schließlich der Theorie von den periodischen wirtschaftlichen Krisen überhaupt nur eine sekundäre Bedeutung für das marxistische System beimißt¹; das scheint der landläufigen Ansicht zu widersprechen, denn nach dieser haben die Krisen die Aufgabe, die Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft zu offenbaren und sie so zu zerrütten, daß ein allgemeiner Zusammenbruch eintritt, in dem jeder den Sozialismus als einzige Erlösung betrachtet; „nach dieser Auffassung wird früher oder später eine Geschäftskrise von gewaltiger Stärke und Ausdehnung durch das Elend, das sie erzeugt, die Gemüter so leidenschaftlich gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem entflammen, die Volksmassen so eindringlich von der Unmöglichkeit überzeugen, unter der Herrschaft dieses Systems die gegebenen Produktivkräfte zum Wohle der Gesamtheit zu leiten, daß die gegen dieses System gerichtete Bewegung unüberstehliche Kraft annimmt, und unter ihrem Andrängen dieses selbst rettungslos zusammenbricht“². Bei der Unsicherheit, die neuerdings betreffs der Krisenfrage herrscht, ist natürlich Kautsky eine so enge Verknüpfung zwischen wirtschaftlichem Zusammenbruch und An-

¹ Antibernstein, S. 135.

² Bernstein, Zur Geschichte und Theorie, S. 222.

bruch des gelobten sozialistischen Zeitalters sehr unangenehm, er bezeichnet deshalb jede derartige ökonomische Zusammenbruchstheorie als legendär¹ und leugnet, daß sie je einen Bestandteil der marxistischen Theorie und der Anschauungen der deutschen Sozialdemokratie gebildet habe².

Diese Behauptung steht im scharfen Gegensatz zu der eben mitgeteilten Äußerung von Bernstein, den wir wohl als kompetenten Kenner der marxistischen Anschauungen bezeichnen können. Ebenso erklärte David in Hannover, daß er den Abschnitt des Erfurter Programms, der von den immer umfangreicher und verheerender werdenden Krisen redet, stets so aufgefaßt habe, daß schließlich in einer letzten umfangreichsten Krisis der Zusammenbruch erfolgen müsse; ihm schließt sich Woltmann an³. Doch für den gläubigen Marxisten gilt das Urteil von solchen Keßern garnichts, wir müssen uns also nach besseren Beweisen umsehen. Frau Zetkin gibt in Hannover die Auslegung, die Bernstein und David der Krisentheorie gegeben haben, zu und bestreitet nur, daß die sozialistische Taktik auf diesen Zusammenbruch zugespitzt sei⁴. Für Rosa Luxemburg, die kaum jemand revisionistischer Neigungen verdächtigen wird, ist die Anarchie der kapitalistischen Gesellschaft, die ihren Untergang zum unvermeidlichen Ergebnis macht, der wichtigste Grundpfeiler des wissenschaftlichen Sozialismus, die Sozialdemokratie „leitet ihr Endziel ebensowenig von der siegreichen Gewalt der Minderheit, wie von dem zahlenmäßigen Übergewicht der Mehrheit, sondern von der ökonomischen Notwendigkeit und der Einsicht in diese Notwendigkeit ab, die sich vor allem in der kapitalistischen Anarchie äußert“⁵. Nebel läßt durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems in weiten Kreisen die Überzeugung entstehen, daß es so nicht weiter gehen könne, und deshalb die Gesellschaft auf ganz anderer Grundlage neu aufgebaut werden müsse⁶.

Marx selbst hatte seinerzeit erklärt: „Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krisis. Sie ist aber auch ebenso sicher wie diese.“ Diese Auffassung ist von der materialistischen

¹ Protokoll Hannover, S. 167.

² Antiberstein, S. 43 ff., 135/6.

³ Protokoll Hannover, S. 140 u. 148.

⁴ Ebenda S. 178.

⁵ Sozialreform oder Revolution? S. 8 u. 37.

⁶ Protokoll Hannover, S. 228/9.

⁷ Nachlaß III, S. 468, ebenso Klassenkämpfe in Frankreich, S. 103.

Geschichtstheorie gar nicht zu trennen: „Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung geraten die materiellen Produktionskräfte in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen. Aus den Entwicklungsformen der Produktionskräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um, es tritt dann eine Epoche sozialer Revolutionen ein“¹. Also auch hier ist der wirtschaftliche Zusammenbruch der Ausgangspunkt der sozialistischen Gesellschaftsordnung, denn die Wirtschaftskrisis ist ja gerade für die kapitalistische Gesellschaft die Form, in der der Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse auch äußerlich zum Ausdruck kommt; in der Krisis „rebellieren die Produktionskräfte gegen die Produktionsweise“².

Aber selbst Kautsky legt den Krisen viel größere Bedeutung für die Vernichtung der bürgerlichen Gesellschaft bei; die „eine allgemeine Krisis der gesamten kapitalistischen Gesellschaft“³ kann doch nur durch den Sozialismus geheilt werden, und wenn Kautsky es scheinbar in Abrede stellt, daß er mit der unheilbaren chronischen Überproduktion einen Weltenbrand meine, dem phönixgleich die sozialistische Gesellschaft in voller Schönheit entsteigen werde, so ergibt sich aus dem Zusammenhang klar, daß er nur deshalb auf den großen Kladderadatsch verzichten will, weil er überzeugt ist, daß schon vor diesen letzten Todeszuckungen des Kapitalismus das Proletariat das Heft in die Hände bekommen und die wirtschaftliche Anarchie befeitigen werde⁴. Wenn aber trotz Kautskys Prophezeiungen der Klassenkampf allein nicht imstande sein sollte, die bürgerliche Gesellschaft zu stürzen, so bliebe eben doch die große Weltkrisis die letzte Hoffnung der Sozialisten.

Es war ja gerade der letzte große Trumpf des Marxismus gewesen, daß die Kapitalisten schließlich nicht einmal mehr das zu leisten imstande waren, was allein ihnen eine zeitweilige Daseinsberechtigung gegeben hatte, eine sachgemäße Leitung der Produktion. Wenn die Krisen die Unfähigkeit der Bourgeoisie zur ferneren Verwaltung der modernen Produktivkräfte aufdeckten, so war die Einführung des Sozialismus, mit dem die Gesellschaft „offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder anderen Leitung außer der ihrigen ent-

¹ Marx, Zur Kritik der pol. Ökonomie, S. XI.

² Antidühring, S. 297.

³ Agrarfrage, S. 248.

⁴ Antiberstein, S. 144/5.

wachsenden Produktivkräften“¹, eben das unvermeidliche Ziel, dem die Entwicklung mit Notwendigkeit entgegentrieb. Der Aufbau des Systems war ein einheitlich geschlossener, und er stand überall auf dem Fundamente der materialistischen Geschichtstheorie. Aber Kautsky verläßt dies durchaus, wenn er den Zusammenbruch nicht mehr aus ökonomischem Zwang, sondern aus ideellen ethischen Faktoren herleitet²; er redet davon, wie das Proletariat zunehme an Zahl, Geschlossenheit, Intelligenz, Selbstbewußtsein, politischer Reife³. Das Selbstbewußtsein dürfen wir von vornherein ausschalten, denn noch niemals ist daraus ein objektiver Anspruch hergeleitet worden. Die Zunahme an Zahl beweist noch nicht viel, es bliebe also vor allem die Intelligenz und Reife, aber gerade über diese beiden Punkte gehen die Ansichten sehr auseinander; jedenfalls läßt sich ihre Richtigkeit, ebenso wie die ökonomische Bedeutung des Proletariats, nicht im Wege der Deduktion beweisen, sondern nur der Erfolg kann darüber entscheiden. Nur der Erfolg kann darüber entscheiden, ob die wirtschaftlichen Zustände schon reif sind für eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Das sieht selbst Kautsky ein, aber er zieht daraus den merkwürdigen Schluß, daß wir deshalb von langwierigen Untersuchungen absehen könnten⁴. Solange der wirtschaftliche Zusammenbruch mindestens den Mißerfolg der kapitalistischen Produktionsweise gezeigt hatte, mochte eine solche Untersuchung tatsächlich unnötig erscheinen (denn schlimmer könnte es dann doch nicht werden), aber wenn Kautsky, ohne diesen Zusammenbruch erst abzuwarten, die sozialistische Wirtschaftsordnung herbeiführen will, werden wir von ihm wenigstens den Wahrscheinlichkeitsbeweis dafür verlangen müssen, daß die Gesellschaft den neuen großen Aufgaben schon gewachsen ist. Denn die Eroberung der politischen Macht, die „Diktatur des Proletariats“, beweist leider noch gar nichts für seine ökonomischen Fähigkeiten. Der historische Materialist dürfte am allerlehten mit solchen Argumenten kommen. Freilich, während Engels den Materialismus wenigstens bis an die Schwelle der sozialistischen Gesellschaftsordnung herrschen ließ, um dann allerdings mit dem „Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der

¹ Antidühring, S. 299/300. — Vgl. K. Kautsky und B. Schönlant, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, 2. Aufl., S. 13.

² Antibernstein, S. 145.

³ Ebenda S. 48.

⁴ Ebenda S. 57.

Freiheit“¹ plötzlich ein ganz idealistisches Zeitalter anbrechen zu lassen, heben die jüngeren Marxisten die materialistische Bedingtheit der Geschichte schon für die Gegenwart, wenigstens für die Sozialdemokratie, auf; „während bisher die Eroberung der ökonomischen Macht stets vorausging, und die politischen Umwälzungen nur ein Ausdruck der in der Wirtschaftsweise vorgegangenen Veränderungen waren, müssen wir zum umgekehrten Mittel greifen. In erster Linie haben wir die politische Macht zu erobern und diese zu benutzen, um auch die ökonomische Macht durch die Expropriation der bürgerlichen Gesellschaft zu erreichen“². Gerade die orthodoxen Marxisten verleugnen den historischen Materialismus, während, wie wir gleich sehen werden, die vielgeschmähten Revisionisten in Wahrheit viel konsequenter materialistisch denken; denn sie legen den Hauptwert darauf, daß vor Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung wirklich die dafür unentbehrlichen materiellen ökonomischen Voraussetzungen gegeben sein müßten.

Marx und Engels hatten sich nicht viel von Skrupeln und Zweifeln darüber plagen lassen. Die Gesellschaft ergreift Besitz von den Produktionsmitteln und damit basta! Die Sache ist ja auch furchtbar einfach, denn tatsächlich werden die Produktionsmittel schon jetzt gesellschaftlich gehandhabt, und es ist also nur die äußere Anerkennung eines längst bestehenden, wenn sie in den gesellschaftlichen Besitz übergehen. Nur schade, daß wir über die Bedeutung des Wortes „gesellschaftlich“ ganz im Unklaren gelassen werden, und daß sich hinter ihm beidemal ein ganz verschiedener Sinn verbirgt. Zuerst soll es nur den Gegensatz kennzeichnen zur Einzelproduktion. „Mitten in die naturwüchsige planlose Teilung der Arbeit, wie sie in der ganzen Gesellschaft herrschte, stellte sie die planmäßige Teilung der Arbeit, wie sie in der einzelnen Fabrik organisiert war; neben die Einzelproduktion trat die gesellschaftliche Produktion.“ „Die gesellschaftlich arbeitenden Fabriken stellten ihre Erzeugnisse wohlfeiler her als die vereinzelt Kleinproduzenten. Die Einzelproduktion erlag auf einem Gebiete nach dem andern, die gesellschaftliche Produktion revolutionierte die ganze alte Produktionsweise.“ „Da kam die Konzentration der Produktionsmittel in großen Werkstätten und Manufakturen, ihre Verwandlung in tatsächlich gesellschaftliche Produktionsmittel. Aber die gesellschaftlichen Produktionsmittel und

¹ Antidühring, S. 306.

² Bebel, Protokoll Erfurt, S. 159.

Produkte wurden behandelt, als wären sie nach wie vor die Produktionsmittel und Produkte Einzelner¹."

In allen diesen Sätzen bedeutet „gesellschaftliche Produktion“ erichtlich nichts anderes als die Zusammenfassung einer größeren Anzahl Arbeiter in einem Betriebe, als Produktion „in Gesellschaft“. Wir hätten vielleicht einen anderen Ausdruck, „gemeinschaftliche“ Produktion oder etwas ähnliches richtiger gefunden, denken uns aber jedenfalls nichts Schlimmes dabei, wenn auf den nächsten Seiten immer von „gesellschaftlicher“ Produktion die Rede ist. Doch ganz unmerklich wird diesen Worten ein ganz anderer Sinn gegeben, denn auf einmal heißt es: „Diese Lösung kann nur darin liegen, daß die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte tatsächlich anerkannt, daß also die Produktions-Aneignungs- und Austauschweise in Einklang gesetzt wird mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel. Und das kann nur dadurch geschehen, daß die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder anderen Leitung außer der ihrigen entwichenen Produktivkräften“². Gesellschaftlich ist hier nicht mehr „in Gesellschaft“, sondern „in der Gesellschaft“, „seitens der Gesellschaft“. Bedeutete es vorher nur das Zusammenfassen der Arbeiter zu größeren oder kleineren Gruppen, so sind jetzt die gegenseitigen Beziehungen der Arbeiter, die Beziehungen dieser Unternehmungen aufeinander und auf die Gesamtheit darunter zu verstehen, und stillschweigend wird angenommen, daß diese Beziehungen schon so innige und vielseitige seien, daß tatsächlich die einzelnen Unternehmungen nicht mehr für sich betrieben werden könnten, sondern gebieterisch nach einer Leitung durch die Gesamtheit, die Gesellschaft, verlangten, und daß die Gesellschaft imstande sei, diese Aufgabe zu übernehmen.

Schon früher, als wir die Wurzeln der Marxschen Wertlehre aufdeckten, hatten wir gesehen, wie sie zu Feuerbach und Hegel hinabführten³. Wir fanden dort das unverkennbar von Hegel beeinflusste Entwicklungsschema: 1. Einzelproduktion für den individuellen Bedarf, 2. kapitalistische Großproduktion für den fremden individuellen Bedarf und 3. gesellschaftliche Produktion für den gesellschaftlichen Bedarf. Feuerbachs Gedanken aber erkannten wir in dem individuellen Menschen, der in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen

¹ Antidühring, S. 289/90.

² Ebenda S. 300.

³ In diesem Jahrbuch 1905, II, S. 1261/62.

Verhältnissen zum Gattungswesen geworden war. Das gibt uns auch den Schlüssel für den hier zugrunde liegenden Gedankengang.

Einfach auf dem Wege der philosophischen Spekulation erweiterte Marx die äußere Gemeinschaft der Produzenten untereinander und mit den Konsumenten zu einer bewußten inneren Gemeinschaft. Die Gesellschaft, die produziert, und die Gesellschaft, die konsumiert, wird so durchaus eins, daß sie ebenso wenig einer besonderen Leitung, besonderer Organe bedarf, wie der Einzelproduzent, der für seinen eigenen Bedarf produziert. Marx und Engels haben sich bis zuletzt mit der rein theoretischen Weginterpretierung der kapitalistischen Produktionsleitung begnügt; ihre Jünger hatten nicht wie sie in ihren Werdejahren im Bannkreis Hegelscher Ideen gestanden, der zum Gattungswesen gewordene Mensch ist ihnen eine wüste Abstraktion, und sie vermögen sich eine Gesellschaft nicht vorzustellen, die schon so weit zum gesellschaftlichen Bewußtsein fortgeschritten ist, daß sie selbständiger Organe und Organisationen entraten kann. Daß der Kapitalist selbst überflüssig geworden ist, ist ihnen natürlich ein Axiom, seit ihm Engels schließlich als einziges die angenehme Funktion des Couponsabschneiden übrig gelassen hatte¹. Rautsky macht sich diese Lehre durchaus zu eigen². Aber er erkennt doch, daß damit noch wenig geholfen ist, denn „erst wenn die Sozialdemokratie die nötigen materiellen und intellektuellen Kräfte erworben und an sich gezogen hat, die sie befähigen, die Staatsgewalt nicht bloß zu erobern, sondern auch dauernd zu behaupten, erst dann wird die Arbeiterklasse dauernd in den Besitz der Produktionsmittel gelangen, dann wird sie aber auch wissen, was damit anzufangen“³. Freilich während Frau Zieg in Hannover triumphierend verkündete, „heute sind die Arbeiter in der Tat schon fast allein diejenigen, die den Produktionsprozeß nicht nur bewerkstelligen, sondern auch leiten“⁴, oder jener Redner in Hamburg nicht ständig mit ewigen Bedenken aufgehalten sein wollte, denn „die Proletarier besitzen längst die nötige Reife zur Leitung der wirtschaftlichen Betriebe. Glauben Sie etwa, daß, wenn wir morgen die Hamburg-Amerika Linie übernehmen sollten, es uns an Kräften dazu fehlen würde?“⁵, ist Rautsky doch zu vernünftig, um einen

¹ Antidühring, S. 299.

² Erfurter Programm, S. 102.

³ N. B. IX, 2, S. 634.

⁴ Protokolle, S. 146.

⁵ Soj. Monatshefte 1904, S. 26.

solchen kindischen Unsinn zu glauben. Das Proletariat als solches bringt nicht die nötigen Kräfte aus sich hervor, es vermag sie auch nicht aus anderen Kreisen an sich zu ziehen, wie Kautsky selbst zuerst verlangte, aber es übernimmt einfach die im Dienste des Kapitalismus herangebildeten Kräfte. „So wachsen zahlreiche organisatorische Talente heran, die auch ein proletarisches Regime mit Nutzen wird verwenden können. Wir werden die Fabrikdirektoren und Trußleiter nicht zur Untätigkeit verdammen¹.“ Unzweifelhaft ist diese Auffassung vernünftiger als die, die allein im Proletariat alle Fähigkeiten vermutet; aber die Ausföhnung mit der Wirklichkeit ist auf Kosten des historischen Materialismus erfolgt, denn diesem widerspricht es durchaus, daß das Proletariat zur Herrschaft über die Produktion gelangen kann, ehe es aus sich heraus zur Leitung derselben fähig geworden. In der Partei wird die Kautskysche Auffassung offenbar von weiten Kreisen geteilt. „In unserer Literatur ist trefflich dargestellt, daß das Personal, die Einrichtung und die Vorbedingungen zur Errichtung des sozialistischen Gemeinwesens uns von der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Entwicklung selbst geliefert werden muß, und sie liefert sie uns, darüber ist kein Zweifel. Wir brauchen nicht die leiseste Sorge darum zu haben, daß am Tage, wo wir in der Lage sind, die Einrichtungen zu treffen, auch das Personal vorhanden ist, welches diese Funktionen in der neuen Gesellschaftsform ausüben wird².“ Bebel glaubt zwar gelegentlich, daß sich zur rechten Stunde stets die rechten Männer gefunden hätten, und er hofft, daß es Kapazitäten wie Zubeil und Antrick ein kleines sein werde, die etwa auftauchenden Schwierigkeiten zu überwinden³, aber wenn ihn die rednerische Begeisterung nicht so völlig fortreißt, dann erkennt er wohl, daß das Proletariat doch noch nicht ganz so weit ist, um alles allein machen zu können, aber „was will denn die Intelligenz machen, die in den bürgerlichen Reihen sich betätigt? Glaubt Ihr die Beamten, die Techniker, die Ingenieure werden streifen, bei uns nicht mit tun wollen, wenn wir ihnen eine anständige Behandlung und eine bessere Bezahlung versprechen⁴?“ Die Anschauung, die allen diesen Äußerungen zugrunde liegt, ist so unrealistisch wie nur möglich. Durch bessere Bezahlung und bessere Behandlung hofft Bebel die organisatorischen Talente dem

¹ Am Tage nach der soz. Revolution, S. 47.

² Auer, Protokoll Berlin, S. 226.

³ Protokoll Dresden, S. 318/9.

⁴ Protokoll Hannover, S. 127.

Sozialismus dienstbar machen zu können. Beides ist ganz unwahrscheinlich. Die wirklich großen Geschäftsgenies, die gerade in einer so bewegten Übergangsperiode doppelt nötig wären, sind auch heute noch außerordentlich selten. Wer einmal im praktischen Leben gestanden hat, wird wissen, daß dort, wie eben überall, die wirklich schöpferischen Kräfte stets spärlich gesät sind. Sonst würden ja auch nicht die enormen Seltenheitspreise der großen Direktorengehälter bezahlt. An eine Erhöhung dieser Gehälter wäre in einem demokratischen Staate natürlich gar nicht zu denken, schon ihre jetzige Höhe widerspricht dem demokratischen Ideale durchaus. Nebel denkt vielleicht an die breite Masse der Ingenieure und Kaufleute, deren Besoldung heutzutage allerdings meist nicht sehr bedeutend ist. Gewiß ist es für den Ausgang der volkswirtschaftlichen Kämpfe sehr wichtig, daß diese mittleren Offiziere Tüchtiges leisten, aber noch mehr hängt der Erfolg davon ab, daß große Feldherren an der Spitze stehen. Natürlich schlummert noch manches verborgene Talent in den mittleren und unteren Schichten, doch ist es sehr fraglich, ob eine sozialistische Organisation sie schneller ans Licht zu ziehen vermöchte als eine kapitalistische.

An der besseren Behandlung im sozialistischen Staate werden wir auch füglich zweifeln können. Es würde dort extremste Demokratie herrschen, und noch niemand hat der Demokratie nachgerühmt, daß sie sich besonders gut auf die richtige Behandlung bedeutender Persönlichkeiten verstünde.

Die großen industriellen und kommerziellen Genies der Gegenwart sind doch fast ohne Ausnahme rücksichtslose, selbstherrliche Naturen, die sich bei ihren Entschlieungen nicht gern viel dreinreden lassen. Wir finden sie deshalb bei Privatunternehmungen als selbstständige Unternehmer oder dort, wo sie selbständig schalten und walten dürfen; in den Aktiengesellschaften aber nur da, wo sie mit ein paar Mitgliedern des Aufsichtsrates die ganze Sache allein machen können. Mit einer Generalversammlung, die ihnen auf Schritt und Tritt Vorschriften machen wollte, würden sie sich niemals vertragen. Noch viel weniger würden sie sich allerdings die ewige Bevormundung seitens ehrgeiziger Demagogen und turbulenter Volksversammlungen gefallen lassen. Durch eine Art natürlicher Zuchtwahl ist ein Typus des großen Unternehmers herausgebildet worden, bei dem alle egoistischen Triebe stark entwickelt sind, Selbstsucht¹ und

¹ Selbstsucht hier nicht etwa in dem Sinne des Strebens nach möglichst

Selbstbewußtsein in der Regel den Grundzug des Charakters bilden. Die sozialen Instinkte dagegen meist fast ganz verkümmert sind. Wohl mag es im Laufe von Jahrhunderten gelingen, durch künstliche Zuchtwahl diesen Typus dahin zu modifizieren, daß sich mit großen organisatorischen Fähigkeiten, mit rastloser Tatkraft und schneller Entschlossenheit ein warmes soziales Empfinden und ein freiwilliges Zichfügen in den größeren Rahmen der Gemeinschaft verbinden. Aber in absehbarer Zeit können wir noch nicht damit rechnen; wir müssen auch mit Arbeitern rechnen, wie sie sind und nicht mit irgend welchen utopistischen Idealgestalten. Der Sozialismus braucht eben ein ganz anderes Menschenmaterial als der Individualismus, und das läßt sich nicht von heute auf morgen schaffen. Das wissen auch die Revisionisten sehr gut, und sie sehen im Genossenschaftswesen das geeignete Mittel, um Menschen und Organisationen auf den Sozialismus hinüber zu leiten. Denn genossenschaftlicher Geist ist die einzige Grundlage, auf der sich wirklich ein dauerhaftes sozialistisches Gebäude erheben kann. Kautsky läßt sich natürlich auch hier nicht in Verlegenheit bringen; wir sahen früher¹, wie er dekretierte: „Genossenschaftlicher Betrieb ist Großbetrieb“, jetzt dreht er zur Abwechslung einmal den Satz herum, und wir lesen: „Der Großbetrieb dagegen bedeutet genossenschaftliche, gesellschaftliche Produktion“². Das ist ungefähr genau so geistreich, wie wenn wir sagten: „der Großstaat bedeutet demokratische Verfassung“. Unzweifelhaft ist auch der Staat gegenüber den einzeln schweifenden Wilden eine gesellschaftliche Organisation, und doch war er, so weit wir seine Entwicklung verfolgen können, meist nicht demokratisch genossenschaftlich, sondern herrschaftlich organisiert. So ist auch damit, daß nicht mehr jeder einzelne für sich arbeiten kann, sondern auf die Mitarbeit anderer angewiesen ist, noch gar nichts über die Formen gesagt, unter denen sich dieses Zusammenarbeiten vollzieht. Ob genossenschaftlich sozialistisch oder herrschaftlich kapitalistisch, das hängt vor allem von den psychologischen Voraussetzungen ab. Gewöhnlich findet sich unter 100 viel früher ein einzelner, der kraftvoll ihre Angelegenheiten zu leiten imstande ist, ehe diese 100 so weit sind, sich selbst zu regieren.

großem Besitz; dieser spielt eine relativ geringe Rolle. Das Wichtigste ist die Freude an einer großen Tätigkeit, die Möglichkeit, seine Persönlichkeit zur Entfaltung zu bringen, sei es auch durch Unterdrückung anderer.

¹ S. 207.

² Erfurter Programm, S. 111.

Nur die Praxis kann den Beweis liefern, daß es schon so weit ist im Staate und in der Ökonomie. Und diese Praxis ist für das Gebiet der Ökonomie die Wirtschaftsgenossenschaft. Auch Marx hatte die Bedeutung der genossenschaftlichen Tätigkeit nicht völlig verkannt. Offenbar durch ihn beeinflusst wurde auf dem Genfer Kongreß der Internationale von 1866 eine Resolution gefaßt, in der die Genossenschaftsbewegung als „eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft“ anerkannt wurde¹, und in der den Arbeitern empfohlen wurde, sich „eher auf Produktivgenossenschaften als auf Konsumgenossenschaften einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Systems, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an“. Allerdings fehlten schon damals die Zweifel nicht, ob es durch das kleine Mittel der Genossenschaften wirklich gelingen würde, den Sozialismus herbeizuführen, schon damals wurde die eigentliche Entscheidung gesehen im „Übergang der organisierten Gewalt der Gesellschaft, nämlich der Staatsmacht, aus den Händen der Kapitalisten und Landeigentümer in die der Arbeiter“. Der revolutionären Ungeduld dauerte es eben zu lange, auf dem Wege der genossenschaftlichen Wirtschaftsweise die Gesellschaft ganz allmählich mit sozialistischem Geiste zu durchtränken, da war es doch viel einfacher, durch eine politische Erhebung mit einem Schläge den Kapitalismus zu beseitigen.

Die politischen Kämpfe nahmen die deutsche Sozialdemokratie in den beiden ersten Jahrzehnten ihres Bestehens voll in Anspruch; neben den ungeheuren Erfolgen, die sie auf diesem Gebiete errang, verschwanden die armseligen Versuche der proletarischen Genossenschaftsbewegung. Die Konzeßion, die noch das Gothaer Programm den Lassalleanern durch die Forderung der Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe gemacht hatte, wurde deshalb bei der Programmrevision in Erfurt beseitigt. Der Berliner Parteitag 1892 ist direkt genossenschaftsfeindlich. Höchstens da, wo sie die Agitation erleichtern und gemäßregelten Parteigenossen einen Unterschlupf gewähren sollen, lassen sich Genossenschaftsgründungen unter gewissen Voraussetzungen verteidigen, „im übrigen haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften imstande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter

¹ R. Kautsky, Konsumvereine und Arbeiterbewegung. Wien 1897, S. 22.

zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern“¹.

Der Parteitag in Hannover wieder nimmt eine wohlwollende Neutralität gegenüber den Genossenschaften ein; allerdings mißt auch er den „Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse“². Die Fortschritte, welche die Genossenschaftsbewegung in der Zwischenzeit gemacht, und die Vorteile, die sie einer steigenden Anzahl von Arbeitern bot, waren eben zu groß, um sich einfach wegdekretieren zu lassen; aber sie waren doch so langsam, daß sich auf diesem Wege die volle Verwirklichung der sozialistischen Ideale nur nach langer Arbeit erhoffen ließ. Kautskys Schriftchen „Konsumvereine und Arbeiterbewegung“ spiegelt klar die Ratlosigkeit des Marxismus gegenüber den Wirtschaftsgenossenschaften wider. Er gesteht ihnen zwar zu, daß sie früher oder später berufen seien, eine nicht unwichtige Rolle im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse zu spielen (S. 31), aber vorher hat er noch mancherlei gegen sie einzuwenden. Neben ihren wirtschaftlichen Vorteilen rühmt man wohl den Konsumvereinen besonders das nach, daß sie eine treffliche Schule des Gemeinfinnes und demokratischer Verwaltung seien. Kautsky glaubt nicht daran. Der Konsumverein verbindet nicht alle Arbeiter unter einander, sondern trennt eine zahlungsfähige Oberschicht ab und entwickelt eine Interessengemeinschaft zwischen dieser und dem Bürgertum³. Der wahre Gemeinfinn dagegen ist der, der die gesamte Arbeiterschaft der Welt umfaßt, und dieser wird am besten befördert durch die politische Betätigung der Arbeiterklasse. Der weltfremde Theoretiker in Kautsky verleugnet sich eben nie. In der Theorie mag eine Idee, die die ganze Welt umfaßt, viel eher den Gemeinfinn erwecken, als das gemeinsame Wirken in einem lokalen Konsumverein, aber in der Praxis wird das erste meist auf inhaltlose, unwahre Phrasen herauskommen, so lange die Menschen noch nicht einmal imstande sind, die nüchternen Geschäfte des täglichen Lebens im kleinen Kreise schieblich friedlich zu erledigen. Nur eine ganz hochstehende geistige Elite vermag mit dem Begriffe der Menschheit oder der internationalen Arbeiterklasse schon so feste Vorstellungen zu verbinden, daß sie einen bestimmenden Einfluß auf ihr Denken und Empfinden,

¹ Protokoll S. 220, 248.

² Ebenda S. 243.

³ S. 13 ff.

auf ihr Handeln ausüben könnten, die Masse der Arbeiter ist nach ihrer ganzen Bildung dazu außer Stande. Denselben Einwand müssen wir Kautsky machen, wenn er in der Gemeindeverwaltung und in der Staatsverwaltung eine bessere Schule der Demokratie erblickt als in Konsumvereinen¹. Kautsky sagt ja selbst: „nicht jedes Gebiet des gesellschaftlichen Lebens eignet sich zu demokratischer Verwaltung. Diese wird um so eher möglich sein, je mehr alle Beteiligten in der Lage sind, in allen entscheidenden Fragen zu einem selbständigen Urteil zu gelangen“. Dem Durchschnittsarbeiter wird jedenfalls ein selbständiges Urteil über Angelegenheiten des Staates oder selbst der größeren Gemeinden ganz unmöglich sein. Auf wirtschaftlichem Gebiete hält Kautsky höchstens in technisch wenig entwickelten Gewerben, etwa in der Schuhmacherei, eine demokratische Organisation in Form von Produktiogenossenschaften für möglich. Da wo größere Fachkenntnisse gefordert werden, die im allgemeinen stets nur einer Minderheit der Beteiligten zugänglich sind, eignet sich nach ihm der Betrieb nicht für die reine Demokratie. Diese beschränkt sich hier nur darauf, durch die Vertrauensmänner der Masse bewährte Fachmänner an die Spitze zu stellen, und als einziger Maßstab bei der Wahl gelte der Erfolg. So sei das Verfahren jetzt bei den kapitalistischen Aktiengesellschaften und ihnen komme auch ein Konsumverein am nächsten².

Außerdem fehlten dem Proletariat durchaus die geeignet geschulten Kräfte zur Leitung der wirtschaftlichen Unternehmungen; soweit solche vorhanden seien, würden sie viel nötiger für den politischen und gewerkschaftlichen Kampf gebraucht³. Schon jetzt könne der Nachwuchs an geschulten und erprobten Kräften, der naturgemäß langsam vor sich gehe, mit der übrigen Bewegung nicht gleichen Schritt halten⁴. Aber daran knüpft Kautsky nicht etwa die Folgerung, daß dieses Proletariat, das noch nicht einmal die geeigneten Kräfte für die Gegenwartsgeschäfte besitzt, an die Verwirklichung seiner Zukunftswünsche erst dann gehen dürfe, wenn es in langer unermüdlicher Schulung sich die geeigneten Persönlichkeiten für die gesteigerten Aufgaben herangebildet habe.

¹ S. 16.

² S. 17.

³ S. 25. — Vgl. Protokoll Berlin, S. 224/5 (Auer), S. 242 (Theiß).
N. 3. XVII, 1, S. 600 (Adolf Braun).

⁴ Vgl. auch Fischer, Protokoll Köln, S. 132.

Wir sahen schon, wie sich der orthodoxe Marxismus über die hieraus resultierenden Schwierigkeiten hinweghilft mit der Hoffnung, daß am Tage nach der sozialen Revolution die unter dem kapitalistischen System erprobten Kräfte sich gern in den Dienst des Proletariats stellen würden.

Die Revisionisten denken zu nüchtern, um mit solchen psychologischen Unwahrscheinlichkeiten zu rechnen. Erklärte G. v. Vollmar, daß der deutschen Sozialdemokratie gar nichts Unglückseligeres passieren könne, als daß sie zur politischen Herrschaft gelange, bevor sie befähigt sei, diese Macht ersprießlich zu gebrauchen und festzuhalten¹, so betonen Bernstein und von Elm vor allem die unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sich ergeben würden, wenn das Proletariat plötzlich die Leitung der Produktion in die Hand nehmen sollte. Vom strengen Marxismus ist die Vorstellung nicht zu trennen, daß der Übergang zum Sozialismus nur in einer ungeheuren Katastrophe erfolgen kann, sei diese nun wirtschaftlicher oder politischer Natur. Auf friedlichem Wege ist ein Ausgleich undenkbar, da ja die stete Verschärfung des Klassenkampfes ein Grunddogma der Lehre bildet². Bernstein verwirft hier alle Maßregeln, die auf einen gewaltsamen Umsturz hinzielen; er weiß, daß die sozialdemokratische Partei in absehbarer Zeit noch nicht stark genug ist, um mit Gewalt die Macht an sich zu reißen. Abgesehen davon, daß sie, selbst der Zahl der sozialdemokratischen Wähler nach, nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung hinter sich hat, scheint ihm (und auch uns) sicher, daß nur ein geringer Bruchteil dieser Wähler wirklich zielbewußte Anhänger des Sozialismus sind, die große Menge sind gedankenlose Mitläufer, die zwar aus einem unklaren Gefühl heraus für einen Sozialdemokraten stimmen, auf die aber im Ernstfalle gar kein Verlaß wäre. Sobald mit einer siegreichen Revolution der gemeinsame Gegner, der Kapitalismus, unschädlich gemacht sei, würden sich die

¹ Protokoll Stuttgart, S. 106.

² Kautsky, Protokoll Stuttgart, S. 129: „Glaubt aber einer, daß der Sieg möglich ist ohne Katastrophe? Ich wünsche es, aber ich glaube es nicht.“ Die unabwiesbare Konsequenz der Kautskyschen Ansichten (vgl. Soz. Revolution) wäre das Hindrängen auf eine gewaltsame Revolution. Es ist lediglich aus politischen und strafrechtlichen Gründen zu verstehen, wenn er sich nicht dazu bekennt, sondern vorsichtig drum rum redet und höchstens in der R. Z. 1904 eine akademische Erörterung über den Generalstreik eröffnet. Als ob der Generalstreik nicht auch nach ein paar Tagen ersticken oder in blutige Revolution umschlagen müßte.

großen inneren Gegensätze dieser bunt zusammengewürfelten Masse bald offenbaren. Die Anhänger der revolutionären Taktik weisen immer auf die französische Revolution als Vorbild hin, aber unser unendlich entwickelteres und verwickelteres Wirtschaftsleben läßt sich mit jenen einfachen Verhältnissen gar nicht mehr vergleichen. Die Klassenunterschiede bedingten eine große Differenzierung der Gewohnheiten und Bedürfnisse, und diesen verschiedenartigen Bedürfnissen hat sich die Produktion angepaßt; werden die alten Klassenunterschiede auf einen Schlag beseitigt, so werden Tausende von Arbeitern plötzlich beschäftigungslos, und es ist nicht so leicht, sie in unseren Industrien oder in der Landwirtschaft unterzubringen. Jede politische Unruhe bringt das wirtschaftliche Leben in Unordnung, um wie viel mehr also müßte es eine so grundstürzende Umwälzung tun; der Marxismus hatte durch absichtliche Störungen, durch die „Revolution in Permanenz“ die neue Ordnung der Dinge heraufführen zu können geglaubt. Bernstein glaubt nicht, daß die Unruhen des äußeren und inneren Krieges der geeignete Zeitpunkt seien zur Einführung einer neuen Gesellschaftsordnung. „Wenn alle Geschäfte stocken, Handel und Wandel darniederliegen, fragen die Leute nicht, ob eine Sache sozialistisch ist, sondern ob sie ihnen zu Arbeit und Brot verhilft¹.“ Deshalb haben sich die Franzosen so rasch beidemale unter die harte Hand der Napoleons gefügt, und deshalb wird die Menge immer wieder dem Diktator zujubeln, der die Störenfriede zur Ruhe zwingt.

Die Aussichten, auf gewaltsamem Wege ans Ziel zu gelangen, sind also sehr gering; aber selbst einmal den Fall gesetzt, daß durch ein Zusammentreffen glücklicher Zufälle die Sozialisten das Staatsruder in die Hand bekämen, so begännen damit doch erst die Hauptschwierigkeiten. „Feudale Landgüter konnte man zerbrechen, und sie parzellenweise veräußern, modernen Fabriken gegenüber geht das nicht².“ „Von einer sofortigen Übernahme der gesamten Herstellung und Zustellung der Produkte kann, darüber dürfte nun wohl kein Streit bestehen, ganz und gar nicht die Rede sein. Der Staat könnte nicht einmal die Mittel- und Großbetriebe übernehmen. Aber auch die

¹ Zur Geschichte und Theorie, S. 246. (N. Z. XVI, 1, S. 750.) „Der Staat oder die oberste Vertretung der Nation, die in einer solchen Epoche alle Hände voll zu tun, den Kopf voller Sorgen hätte, müßte wahnsinnig sein, wenn sie sich dann auch noch eine Aufgabe so schwieriger Natur, wie die Einrichtung und Kontrollierung umfassender staatlicher Produktionsstätten in Masse auf-laden würde.“ Ebenda S. 242.

² Ebenda S. 232/3.

Gemeinden als Mittelglieder könnten wenig helfen. Sie könnten allenfalls diejenigen Geschäfte kommunalisieren, die am Ort für den Ort produzieren oder Dienste leisten, und sie würden damit schon recht hübsch zu tun bekommen. Aber bildet man sich ein, daß diejenigen Unternehmungen, die bisher für den großen Markt arbeiteten, plötzlich insgesamt kommunalisiert werden könnten?" Selbst in mittelgroßen Industriestädten, wie Augsburg usw., wären die Gemeinden außer Stande, die bestehenden Geschäfte in Eigenbetrieb zu übernehmen. Wenn sie um jeden Preis expropriieren wollten, müßten sie dieselben zu irgend welchen Pachtbedingungen den Arbeitergenossenschaften übergeben. „So löst sich die Frage in allen derartigen Fällen praktisch in die Frage der ökonomischen Potenz der Genossenschaften¹.“ Im Unterschied zu dem wesentlich technologischen Materialismus der reinen Marxisten legt Bernstein den Hauptwert auf die sozialpsychologischen und Organisationsfragen²; er weist die Ansicht zurück, als ob die moderne Fabrik durch sich selbst eine größere Disposition für die genossenschaftliche Arbeit erzeuge und betont die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich bei einer genossenschaftlichen Organisation der Fabrikarbeit für die Disziplin ergeben würden. „Für außergewöhnliche Zwecke mag es angehen, daß Menschen ihre unmittelbaren Leiter selbst ernennen und das Recht der Absetzung haben. Aber für die Aufgaben, welche die Leitung eines Fabrikunternehmens mit sich bringt, wo Tag für Tag und Stunde für Stunde profaische Bestimmungen zu treffen sind und immer Gelegenheit zu Reibereien gegeben ist, da geht es einfach nicht, daß der Leiter der Angestellten, der Geleiteten, in seiner Stellung von ihrer Gunst und üblen Laune abhängig sein soll. Noch immer hat sich das auf die Dauer als unhaltbar erwiesen . . . Kurz, wenn die technologische Entwicklung der Fabrik auch den Körper für die kollektivistische Produktion geliefert hat, so hat sie die Seelen keineswegs in gleichem Maße dem genossenschaftlichen Betrieb näher geführt³.“ Die Schwierigkeiten, die sich dabei ergeben, kennt auch von Elm sehr gut⁴, und Anseele, der im Center Vooruit so Bedeutendes geschaffen hat, erzählt, daß nicht etwa der Mangel an Kapital — der Vooruit wurde mit 85 Frs. 93 Cts. ins Leben

¹ Voraussetzungen, S. 93/4.

² Zur Geschichte und Theorie, S. 392/4.

³ Voraussetzungen, S. 101/2, 137.

⁴ Die Genossenschaftsbewegung, S. 6, 17. Soj. Monatshefte 1904, S. 31.

gerufen — den Fortschritten der genossenschaftlichen Bewegung entgegenstünde, sondern die Unfähigkeit der Arbeiter, ohne Herren zu arbeiten¹. Können die Arbeiter eine starke Leitung noch nicht entbehren, so vermögen sie die dazu nötigen Kräfte nicht aus sich hervorzubringen. Auch Bernstein weiß, daß „noch in der Gegenwart größerer Bedarf an mehr Intelligenz und Tüchtigkeit ist als an mehr Geld“². Ihm „handelt es sich nicht darum, wie groß die revolutionäre Armee ist, sondern wie entbehrlich heute die Hauptleute der Industrie sind“³, und er ist ehrlich genug, „den Fabrikanten und Kaufmann für ebenso notwendige Glieder unseres Gesellschaftsorganismus zu halten, wie den Gelehrten, den Künstler und den Arbeiter“⁴. Daraus ergibt sich von selbst, daß er nicht danach streben kann, durch eine siegreiche Revolution die Unternehmerklasse mit einem Schläge zu beseitigen — denn die Unfähigkeit des Proletariats, die Produktion selbst in die Hand zu nehmen, müßte bald einen um so stärkeren Rückschlag herbeiführen — sein Ziel ist vielmehr, die Arbeiter von unten auf zu erziehen für die Aufgaben, die ihnen aus dem Besitze der Macht zufallen würden. Das wichtigste Mittel bei dieser Erziehung ist die Genossenschaft und zwar in ihrer einfachsten Form als Konsumverein. Marx hatte höchstens die Produktionsgenossenschaft noch erlaubt; er konnte ja nicht anders, denn da nach ihm aller Wert und Mehrwert nur in der Produktionsphäre entstand, so konnten die Arbeiter nur, wenn sie die Leitung der Produktion an sich rissen, hoffen, diesen Mehrwert selbst zu erhalten. In der Praxis sind aber fast alle Versuche solcher Produktionsgenossenschaften kläglich gescheitert. Aus Mangel an Disziplin, wie Bernstein überzeugend nachwies. Die Hoffnungen, auf diesem Wege den Sozialismus zu verwirklichen, sind daher als utopisch zu betrachten, so lange sich die Menschen nicht gründlich geändert haben. Bedeutend besser sind die Aussichten der Konsumvereine, hier liegen in der Tat recht günstige Erfahrungen vor. Bernstein verweist besonders auf die englischen Konsumgenossenschaften; die Zahlen, die er gibt, zeigen uns, daß diese tatsächlich in verhältnismäßig kurzer Zeit schon Großes erreicht haben. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß die Bewegung so bald zum Stillstand kommen wird. Vorgeführt in diesen Konsum-

¹ R. B. XIX, 1, S. 458 ff.

² Voraussetzungen, S. 108. — v. Elm, Gen. Beweg., S. 12.

³ Zur Geschichte und Theorie, S. 244.

⁴ a. a. O. S. 395.

vereinen und auf sie gestützt, könnten die Arbeiter daran denken, die Produktion selbst in ihre Hand zu nehmen, und indem sie langsam, schrittweise, einen Industriezweig nach dem andern erobern, die Gesellschaft unmerklich in den Sozialismus hinüberleiten. Staat und Gemeinde werden zwar manche von ihren Funktionen an diese freien Genossenschaften abgeben, aber auch manche neue Funktionen auf sich nehmen; ja Bernstein ist realistisch genug zu erklären, daß selbst auf wirtschaftlichem Gebiete die Genossenschaften nie die Alleinherrschaft zu hoffen hätten; nicht alle Industrien eignen sich für den Betrieb durch sie. Zum mindesten alle neu aufkommenden Industriezweige werden zuerst eine Zeitlang nur individualistisch geleitet werden können. „Wir müssen uns mit dem Gedanken an partielle Kollektivwirtschaft vertraut machen¹.“ „Fern liegt meinem Verständnis die hier und da geäußerte Idee, daß die ganze Kulturmenschheit eines Tages eine einzige große naturalwirtschaftende Genossenschaft bilden werde. Aber daß das Obereigentum des Staates, das schon heute im Prinzip anerkannt ist, in den verschiedensten Formen weiter ausgebildet werden wird, und, unterstützt auf der andern Seite durch freie kollektivistische Schöpfungen, der ausbeuterischen Funktion des Kapitals immer engere Grenzen ziehen wird, das ist meine Überzeugung, und in ihr wurzelt mein Sozialismus².“

So schrumpft der Bernsteinsche Sozialismus schließlich dahin zusammen, daß einerseits Staat und Gemeinde ihre Befugnisse weiter ausdehnen, und daß sich dann zwischen ihre Zwangsgewalt und die einzelnen Individuen eine wachsende Zahl freier Genossenschaften einfügt und Einfluß auf das materielle und geistige Leben gewinnt. Mag man auch darüber streiten, wie weit diese Bewegung zur Genossenschaftlichkeit gehen werde, und wie weit sie heilsam sei, sicher ist sie heute überall zu spüren; mit dem Marxismus aber, dem „patentierten Sozialismus“³ wie Bernstein sagt, hat sie gar nichts mehr zu schaffen. Mit dem Marxismus haben auch die Revisionisten eigentlich nichts mehr zu schaffen. Das Fundament des Marxismus war die materialistische Geschichtsauffassung; Bernstein hält es weder für möglich noch für nötig, seinem Sozialismus eine materialistische Begründung zu geben⁴. Nach dem Marxismus kam die sozialistische

¹ Zur Geschichte und Theorie, S. 179. (Vgl. F. A. Lange, Arbeiterfrage, 5. Aufl., S. 374. v. Elm, Soj. Monatshefte 1903, S. 66.

² Bernstein, Zur Frage Sozialliberalismus oder Kollektivismus? S. 14.

³ Zur Geschichte und Theorie, S. 233.

⁴ Voraussetzungen, S. 178.

Gesellschaftsordnung mit der Unwiderstehlichkeit eines Naturgesetzes, ganz unbekümmert darum, ob die betroffenen Menschen selbst für den Sozialismus paßten, ihn wollten oder nicht. Den Revisionisten wird er bloß ein Mittel zum Zweck¹. An die Stelle des Beweises von der immanenten Notwendigkeit des Sozialismus tritt der Beweis von seiner Wünschbarkeit und Möglichkeit², „es ist also zu fragen oder zu beweisen, ob der Sozialismus die zweckmäßigste Form des gesellschaftlichen Daseins bildet, ob es die geeignetste, die unentbehrlichste Form ist, dem Zwecke der Gesellschaft gerecht zu werden“³. Und als Zweck der Gesellschaft finden wir „die Herstellung und Verbürgung des jeweiligen höchstmöglichen materiellen und geistigen Wohlstandes aller ihr Angehörigen“⁴ bezeichnet. Freilich werden wir in den Schriften der Revisionisten vergeblich den Beweis dafür suchen, daß dieses Ziel tatsächlich mit dem Sozialismus am besten erreicht werden könnte. Denn all die feinen Bemerkungen, die uns Bernstein, David und v. Elm über die psychologischen Vorbedingungen des genossenschaftlichen Zusammenarbeitens geben, zeigen doch nur, wie viele Schwierigkeiten noch überwunden werden müssen, soll durch Genossenschaften zum Sozialismus fortgeschritten werden. Sie zeigen bestenfalls, daß, wenn der Sozialismus überhaupt möglich, er höchstens auf dem Umwege über die Genossenschaften möglich sei. Ob aber durch den Sozialismus wirklich das erstrebte Ziel, „größtmögliches Glück der größtmöglichen Menge,“ am besten erreicht werden würde, dafür finden wir auch nicht den Schein eines Beweises⁵. Und das

¹ David, Agrarfrage, S. 608.

² Bernstein, Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich? S. 48.

³ Die heutige Eink.-Bewegung, S. 14.

⁴ Bernstein, Soz. Mon. 1902, S. 851. Die heutige Eink.-Bewegung, S. 15. Sozialliberalismus S. 7. Voraussetzungen S. 129. — David, a. a. O. S. 608.

⁵ Charakteristisch dafür, wie sie sich um eine klare Antwort zu drücken verstehen, ist folgende Stelle aus Bernstein (Die heutige Eink.-Bewegung, S. 39/41): „So lautet die Frage, die wir uns zu stellen haben, folgendermaßen: Ist bei dem heutigen Stande der Produktionstechnik, bei der heutigen Entwicklung der produzierenden Klassen und bei der Leistungsfähigkeit der staatlichen und freien Genossenschaften die heutige Entwicklung der Einkommen, insofern sie eine stetige Vermehrung der hohen Einkommen an Zahl und Umfang aufweist, für die Aufgaben der Volkswirtschaft noch erforderlich, oder ist sie bereits für sie gleichgültig, oder gar schon ein wachsendes Hemmnis geworden? Je nachdem wir uns bei genauer Prüfung diese Frage beantworten können, ist auch die Frage nach der wirtschaftlichen Zwecknotwendigkeit des

ist doch die Hauptsache, denn a priori ist nicht einzusehen, warum dies Ziel nicht ebenso gut oder besser durch einen ethisch verbesserten Individualismus erreicht werden sollte. Der Revisionismus hat erst den kleinsten Teil seiner Aufgabe vollbracht, indem er die Unzulänglichkeit der marxistischen Begründung des Sozialismus nachwies; das schwerste Stück, der Aufbau eines neuen sozialistischen Systems auf ganz anderer Grundlage, steht ihm noch bevor. Kaum die ersten vorbereitenden Schritte sind dazu getan, und es ist fraglich, ob es jemals wird vollendet werden. Sicher wird es nicht, wie der Marxismus, das Werk weniger Männer sein, sondern aus der Arbeit ganzer Generationen erwachsen. Die Einheit und innere Geschlossenheit des Marxismus wird es deshalb niemals erlangen. Marx-Engels hatten die Einheit ihres Systems auch nur dadurch zu wahren gewußt, daß sie die Augen geistlich verschlossen gegenüber der bunten Mannigfaltigkeit der wirklichen Welt. Sie waren nicht Realisten, wie Sombart meint, sondern absolute Idealisten. Wenn an die Stelle der Hegelschen Selbstentwicklung der Idee bei ihnen die Selbstentwicklung der Materie trat, so kann das nur ganz oberflächliche Betrachter zum Glauben verführen, daß sie damit wirklich Materialisten oder gar Realisten geworden wären. Denn das ganze Denkschema blieb ein durchaus idealistisches, in das die Materie, die Ökonomie, gewaltsam hineingesprengt wurde. Das Herausarbeiten weniger Begriffe, die in solcher Reinheit und Schärfe nie Wirklichkeit besaßen, die ganze Widerspruchsdiagnostik mit der steten Zuspitzung der Gegensätze und ihrer politischen Auflösung in großen Umschlägen war so unrealistisch wie möglich. Aber einfach war es, und ein einheitliches System ließ sich daraus errichten. Schon Engels hatte diese Einheit gefährdet, als in seinen späteren Jahren der mächtige Einfluß, den Hegel auf seine Entwicklung gehabt, zurückzutreten begann. In der materialistischen Geschichtstheorie und der Lehre von den Krisen machte er Zugeständnisse, über deren Tragweite er sich wohl selbst nie ganz klar geworden ist. Die jüngeren Marxisten sind nicht in der Zeit der großen philosophischen Systeme aufgewachsen,

Sozialismus d. h. einer Umgestaltung der Wirtschaft, wie sie der Sozialismus erstrebt, zu beantworten. Blicken Sie nunmehr um sich, betrachten Sie die heutige Gesellschaft, ihre Möglichkeiten, ihren Reichtum und ihr Elend, und es kann, denke ich, die bloße Zunahme der Zahl der Reichen und Wohlhabenden Sie keinen Augenblick hinsichtlich der Antwort auf die Frage beirren, ob das Streben des Sozialismus nach einer anderen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums berechtigt ist oder nicht."

sie kennen Hegel kaum vom Hörensagen. Die Marx'sche Art zu denken, ist ihnen deshalb innerlich fremd, sie haben sie nicht so verarbeitet, sich ganz zu eigen gemacht, daß sie damit selbständig weiter bauen könnten. Nur zwei Möglichkeiten bleiben ihnen: entweder sie ersetzen die fehlende Innerlichkeit durch äußerliches Anlernen der Marx'schen Gedanken und endloses Wiederholen derselben. Das ist der Fall bei Kautsky und den orthodoxen Marxisten. Jeden selbständigen Gedankengang haben sie darüber verlernt, und wenn sie ihn wirklich noch einmal versuchen, so straucheln und stürzen sie nach den ersten paar Schritten und greifen deshalb wieder schnell zu den Marx'schen Stützen und Krücken. In keinem einzigen wichtigen Punkte sind sie über Marx hinausgelangt; wer sich durch die grauenhafte Öde der „Neuen Zeit“ und etwa der Kautsky'schen Schriften durchgequält hat, wird wissen, daß von dieser Seite ein Fortschritt für unsere Wissenschaft nicht zu erwarten ist.

Die Revisionisten haben den anderen Weg eingeschlagen, indem sie sich innerlich frei zu machen suchten von einer Denkweise, die ihnen innerlich fremd war. Sie verzichteten auf eine Systematisierung, die unserer nüchternen realistischen Zeit nicht mehr liegt. Statt sich länger in allgemeine Abstraktionen zu verlieren, stellten sie sich auf den Boden der Wirklichkeit. Es war eine Revolution des gesunden Menschenverstandes gegen die philosophische Spekulation.

Die besten Waffen in diesem Kampfe verdankt der Revisionismus der von den echten Marxisten so unendlich verachteten bürgerlichen Nationalökonomie; der Abstand, der ihn von dieser trennt, ist tatsächlich oft kaum mehr zu bemerken. Trotzdem gehören die Hauptführer der Bewegung nach wie vor der sozialdemokratischen Partei an, die doch offiziell immer noch auf dem Boden des Marxismus steht. Denn von der 1901 selbst von Bebel¹ angekündigten Revision des Parteiprogramms hat man seither nichts mehr gehört, und Kautsky konnte, als er die fünfte Auflage seiner Erläuterungen zum Erfurter Programm herausgab, verkünden, daß er trotz der revisionistischen Angriffe an diesem seinem Werke nichts zu ändern und zu bessern wisse².

Die sich in der Theorie so schroff und unversöhnlich gegenüberstellen, ziehen in den praktischen Kämpfen des Tages friedlich an

¹ Lübecker Protokoll, S. 168.

² Das Erfurter Programm in seinem grunds. Teil erf. v. K. Kautsky. 5. Aufl. 1904. Vorwort.

demselben Strange. Aber dies ist nur scheinbar ein Widerspruch. David bezeichnete einst als das Wesen des Revisionismus „die höhere prinzipielle Bewertung der Gegenwartarbeit“¹. Das ist ja sehr richtig, aber es bezeichnet nur den Unterschied zwischen den Parteitheoretikern. Denn in ihrem praktischen Handeln hat sich die Partei, trotz allem offiziellen Bekennen zum Marxismus, niemals von diesem allein leiten lassen. Die politische Weltanschauung der Menschen wird eben auch viel mehr von den Imponderabilien des Gefühls bedingt als von noch so schön verstandesmäßig ausgeklügelten Theorien. Es ist kein Zufall, wenn die großen Vorkämpfer der deutschen Sozialdemokratie entweder Juden waren, wie Marx und Lassalle, oder als geborene Rheinländer — wie Marx und Engels — dem neuauftkommenden Preußen-Deutschland mit Unverständnis und feindseliger Verachtung gegenüberstanden. Später wiederholte sich das gleiche Schauspiel. Es ist allgemein bekannt, welche Rolle noch heute das jüdische Element innerhalb der deutschen Sozialdemokratie spielt. Bei Liebknecht und Bebel aber ist's wieder vorwiegend der Haß gegen das konservativ reaktionäre Preußen gewesen und keine ökonomischen Erwägungen, der sie in ihre Stellung hineingedrängt hat. Liebknecht blieb trotz des großen Einflusses, den im Londoner Exil Marx über ihn gewann, bis zuletzt der alte 48er; der geborene Hesse konnte seine Träume von einem demokratischen Großdeutschland nie vergessen. Bebel aber stammt aus Kurpfalz, das sich lange Zeit als der einzige ernsthafte Nebenbuhler Brandenburg-Preußens fühlen konnte, und auf dessen Kosten sich der preussische Aufstieg in erster Linie vollzog. Vom Kleinbürgerlichen, verbissenen sächsischen Partikularismus nahm er seinen Ausgang, und der polternde Kleinbürger ist er bis heute geblieben. Er ist eine von Marx so grundverschiedene Natur, daß er einfach außer Stande ist, ihn zu verstehen; seinem phantastischen Idealismus entspricht viel besser Fourier, dem er auch eine besondere Schrift gewidmet hat². Was von den Führern gilt, gilt natürlich noch viel mehr von ihrer Gefolgschaft. „Die Massen, die uns bei den Wahlen folgen, wollen doch damit nicht für die Marxschen Theorien demonstrieren“³. Nicht die materielle ökonomische Entwicklung hat unserer Arbeiterbewegung ihre besondere Form gegeben, noch ist sie ihr durch ein paar bedeutende Männer

¹ Protokoll Hannover, S. 144.

² A. Bebel, Ch. Fourier, sein Leben und seine Lehren. Stuttgart 1888.

³ Frohme in Hannover, Protokoll S. 194.

gewaltsam aufgeprägt worden; denn England hat kaum eine Spur unserer Sozialdemokratie, und doch hat sich dort die ökonomische Entwicklung noch viel entschiedener in der gleichen Richtung bewegt wie bei uns, und die beiden Männer, denen wir einen solchen verhängnisvollen Einfluß auf unsere Bewegung zuschreiben — Marx und Engels —, haben den größeren Teil ihres Lebens in England verbracht.

Wir sahen, wie ganz außerhalb der Ökonomie liegende Umstände den Ideengang der älteren Führer bedeutsam beeinflussten. Von den jüngeren mag mancher rein theoretisch durch die marxistischen Schriften zur Sozialdemokratie geführt worden sein, aber nur so verknöcherte Doktrinäre wie Kautsky konnten durch die Theorie allein, trotz der vielen Widerlegungen, welche diese durch die wirkliche wirtschaftliche Entwicklung erfuhr, dort festgehalten werden. Bei den meisten bedurfte es noch anderer Gründe, und solche fanden sich leider die Fülle. Die Unmöglichkeit, sich in positivem Schaffen schöpferisch betätigen zu können, führt leicht zur bloßen Negation, zum hoffnungslosen Radikalismus. Durch die feindselige Haltung, die unsere Behörden bis in die neueste Zeit gegen die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter, wie sie in den Gewerkschaften und Konsumvereinen zutage treten, eingenommen haben, sind diese Bildungen in ihrer Entwicklung künstlich zurückgehalten worden. Von den geistig regsamern Arbeitern rückt ja der größte Teil in die Aufseher- und Meisterposten ein; er begnügt sich mit seiner eigenen wirtschaftlichen Verbesserung und verliert mehr oder weniger das Gefühl der Gemeinschaft mit der Klasse, der er entsprossen. Immerhin gibt es neben ihnen noch eine ganze Anzahl tüchtiger Elemente, deren Fähigkeiten entweder nicht so rein wirtschaftlicher Natur sind, oder die sich ein reges Gemeingefühl gewahrt haben, und die den Zug und das Zeug in sich fühlen, für das gemeinsame Beste tätig zu sein. Der Abfluß dieser Kräfte in die Gewerkschaften und Konsumvereine ist künstlich verengt, sie werden also in die politische Bewegung gedrängt; hierher strömen aus gleichen Gründen die Angehörigen der höheren Schichten, die sich die Hebung der Arbeiterklasse zur Lebensaufgabe gesetzt haben. Eine Hypertrophie auf politischem Gebiete ist die Folge. Hier ist aber die Möglichkeit positiver Betätigung noch geringer; alle tatsächliche Macht konzentriert sich mehr und mehr in den Händen der Bürokratie, und in diese einzutreten ist so gut wie ausgeschlossen für den, der nicht die vorge-

geschriebenen Examina und die vorgeschriebene Gesinnung nachweisen kann. So bleibt nur der Radikalismus oder die Resignation.

Was sollten denn Bernstein, David, Schippel¹ anders tun? Gewiß konnten sie nur dadurch bei der Sozialdemokratie Erfurter Bekenntnisses bleiben, daß sie sich die letzten Konsequenzen ihrer Ideen selbst nicht ganz klar machten, daß sie manchmal auch vor einer gewissen Zweideutigkeit nicht zurückschreckten. Aber trotzdem dürfen wir mit der Verurteilung einer solchen Handlungsweise nicht vorschnell bei der Hand sein. Für Durchschnittsmenschen wäre schon die relativ enge Verknüpfung der wirtschaftlichen Existenz mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie ein hinreichender Entschuldigungsgrund. Ich bin überzeugt, daß bei keinem der drei dieser Grund entscheidend war. Durch einen Bruch setzten sie vor allem ihre politische Existenz aufs Spiel, verlören die Möglichkeit, die Interessen der Arbeiter auch fernerhin wirksam zu vertreten; statt daß die Arbeiterbewegung allmählich in ruhigere Bahnen lenkte, könnte sie dann ungehindert von radikalen Demagogen aufgewühlt werden. Da war es doch besser, das Opfer der äußerlichen Unterwerfung zu bringen und auf den Wandel der Zeiten zu hoffen.

Die Masse aber hängt noch am Marxismus, nicht etwa, weil sie seine wissenschaftlichen Beweisführungen versteht, sondern aus allgemeinen unklaren Empfindungen heraus, vor allem wohl, weil der Marxismus den Klassenkampfstandpunkt so scharf in den Vordergrund rückt. Sicher ist bei uns, wie die ganze soziale Gesetzgebung beweist, die offizielle Klassenvertretung weniger unverhüllt als in manchen anderen Ländern, die trotzdem keinen radikalen Sozialismus kennen. Dafür ist eben bei uns die Klassenscheidung im täglichen Leben, im persönlichen Verkehr schroffer als anderswo. Unseren höheren Klassen fehlt meist noch die selbstsichere Art, die frei von Empfindlichkeit und Überhebung die Berechtigung des Strebens des Arbeiters vor allem nach gesellschaftlicher Besserstellung anerkennt. Nicht die wirtschaftliche Not, sondern die Empörung über die schlechte Behandlung trieb jüngst die Kohlenarbeiter in den Ausstand; und diese Behandlung von oben herab, die von vornherein jede Gleichberechtigung abweist, findet der Arbeiter nicht nur an seiner Arbeitsstätte, er begegnet ihr auch sonst auf Schritt und Tritt; auch im Verkehr mit den Behörden, im Gerichtssaal oder in den Polizeistuben.

¹ Max Schippel, Grundzüge der Handelspolitik. Berlin 1902.

Solange diese allgemeinen Verhältnisse sich nicht ändern, wird keine noch so gründliche Widerlegung des Marxismus, komme sie nun von bürgerlicher Seite oder aus seiner eigenen Mitte, etwas wesentliches am Charakter der deutschen Sozialdemokratie ändern können.

Die Arbeit über den Revisionismus, welche auch der philosophischen Fakultät der Berliner Universität als Doktordissertation vorlag, war bereits im März 1905 abgeschlossen, spätere Erscheinungen konnten deshalb nicht mehr berücksichtigt werden. Übrigens ist weder in der langen Debatte, die sich an das Buch von Frau Roland Holst über den Generalsstreik angeschlossen, noch in dem endlosen Literatengezänk zwischen der „ethisch-ästhetischen“ und der „historisch-ökonomischen“ Richtung um die Redakteurstellen am „Vorwärts“ irgend ein neuer Gesichtspunkt zutage getreten. Auch die Artikelserie Brunhubers in der „Kölnischen Zeitung“ über „Die heutige Sozialdemokratie“ und die Erwiderungen Bernsteins in der „Rheinischen Zeitung“ und Cunows im „Vorwärts“ boten keine Veranlassung, irgend eine Linie an dem hier entworfenen Bilde zu verändern. Eher noch hätten Tugan-Baranowskys „Theoretische Grundlagen des Marxismus“ in die Erörterung einbezogen werden können, aber sie würden uns weit über die dieser Arbeit von vornherein gesteckten Ziele hinaus geführt haben.

Fabrik und Handwerk, Handelskammern und Handwerkskammern.

Betrachtungen aus der Praxis.

Von

Georg Sievers.

Inhaltsverzeichnis.

1. Der Tatbestand. Die Doppelbesteuerung, ihre Wirkungen und ihre Grundlagen S. 255. Anschauung von Handwerkskammern S. 257, Industrie S. 258, Großhandel S. 259, Detailhandel S. 260, Baugewerbe S. 261. Verschiedene Gruppen S. 262. Zusammengesetzte Unternehmungen S. 263. Handwerksbetriebe S. 264. — 2. Die Abhilfe. Aufklärung und vorläufige Maßnahmen S. 264. Was heißt Handwerksbetrieb? S. 265. Was heißt Handwerksbetrieb? S. 266. Wandlung des Handwerks S. 267. Einteilung der Unternehmungen S. 269. Vorschläge S. 269. Prüfungswesen für Detailgeschäfte S. 270. Lehrgang im Handwerk S. 271. Gesellengründungen und Industrie S. 271. Meisterprüfungen und Industrie S. 272. Lehrverträge S. 273. Die schwebenden amtlichen Beratungen S. 274.

1. Der Tatbestand.

Die doppelte Heranziehung gewerblicher Betriebe zu den Lasten der Handwerkskammern und der Handelskammern wird von den betroffenen Unternehmern als erhebliche Unbill empfunden, und die Erregung über den Mißstand ist groß; ließ sich doch ein Fabrikbesitzer, der auch zu beiden Körperschaften beitragen muß, dazu hinreißen, seine Veranlagung durch eine Kammer als „Erpressung“ zu bezeichnen. Diese Stimmung erklärt sich aus verschiedenen Umständen: aus dem verletzten Rechtsgefühl, daß die Doppelbesteuerung auch bei kleinen Beiträgen als Willkür empfindet, aus den Umständenlichkeiten, die der Einspruch mit sich bringt, in der

Hauptsache aber naturgemäß aus der Vervielfachung der Beitragssummen. Denn sie erreichen infolge der für die Handwerkskammern geltenden Besteuerung nach der Kopfzahl des in einem Betriebe tätigen Arbeitspersonals bei Unternehmungen, die viele Hände beschäftigen, eine nicht unerhebliche Höhe, während die Handelskammern z. B. in Preußen Zuschläge zu den staatlich veranlagten Gewerbesteuerfögen der Betriebe erheben. Dazu kam im Anfang eine unbehagliche Unsicherheit des Instanzenzuges, der erst allmählich festgelegt werden konnte. Den Umfang der Streitigkeiten kennzeichnen zwei nackte Zahlenangaben: bei der Kgl. Kreishauptmannschaft zu Leipzig waren im Frühjahr 1903 53 Fälle solcher Gewerbetreibender anhängig, die bis dahin unbestrittenermaßen der Organisation der Handelskammer angehört hatten und nun von der Handwerkskammer in Anspruch genommen wurden, und die Handelskammer für den Regierungsbezirk Köslin zu Stolp i. Pom. stellte in einer hier zu grunde gelegten Denkschrift 156 Zweifel- und Streitfälle zusammen.

Die Quellen der unerquicklichen Streitigkeiten, die mit ihren langatmigen Schreibereien an vielen Stellen die Aktenbände vermehren, liegen in den Landesgesetzen über die Handelskammern und in der Reichsgewerbeordnung, die mit der Novelle von 1897 durch die §§ 103 ff. neben die ältere Organisation der Handelskammern als Vertretungen von Handel und Industrie am 1. April 1900 die Handwerkskammern gestellt hat. Für das Verhalten der preußischen Handelskammern ist zunächst der § 3 des Landesgesetzes über die Handelskammern maßgebend, dessen wichtigste Bestimmungen als verpflichtet, zu ihren Kosten beizutragen, bezeichnen:

1. diejenigen Kaufleute (natürliche und juristische Personen), die als Inhaber einer Firma in einem der für den Bezirk der Handelskammer geföhrten Handelsregister eingetragen stehen,
2. diejenigen ein Handelsgewerbe treibenden Gesellschaften und Genossenschaften, die in einem der Handels- oder Genossenschaftsregister des Handelskammerbezirks eingetragen stehen.

Eine Ergänzung bilden die Statuten der Handelskammern, insofern sie zumeist alle diejenigen von der Beitragspflicht befreien, welche weniger als einen bestimmten Satz der Gewerbesteuer, etwa 32 Mk. zahlen. Damit scheiden von vornherein die kleineren Handel- und Gewerbetreibenden aus, da dem genannten Gewerbesteuerföß ein gewerbliches Jahreseinkommen von ungefähr 3200 Mk. entspricht.

Für die Auslegung des § 3 des preußischen Handelskammergesetzes und zwar gerade hinsichtlich der hier behandelten Frage ist

ein Urteil des Königl. Obergerwaltungsgerichts vom 9. Juni 1902 von erheblicher Wichtigkeit. Bestand bis dahin allgemein die Auffassung, daß alle im Handelsregister Eingetragenen Kaufleute im Sinne des § 3 des Gesetzes seien, so entschied das Obergerwaltungsgericht abweichend, daß nicht eine, sondern zwei Bedingungen vorlägen: „Der § 3 des Handelskammergesetzes macht in seiner hier in Betracht kommenden Nr. 1 die Beitragspflicht zur Handelskammer von der doppelten Voraussetzung abhängig, daß es sich um einen Kaufmann handelt, und dieser als Firmeninhaber im Handelsregister eingetragen steht. Danach genügt es nicht, daß die letztere Voraussetzung beim Kläger zutrifft, sondern es ist zur Feststellung der Beitragspflicht des Klägers der Nachweis erforderlich, daß dieser ein Kaufmann ist.“

Bei der Reichsgewerbeordnung handelt es sich um § 103 e der Gewerbeordnung, der die Gemeinden ermächtigt, die auf sie entfallenden Anteile an den Kosten der Handwerkskammern auf die einzelnen Handwerksbetriebe umzulegen, ohne anzugeben, was unter einem Handwerksbetrieb zu verstehen ist. Die Auswahl der Betriebe ist also Sache der Gemeinden, die sich dabei jedoch zum Teil von den Angaben der Handwerkskammern leiten lassen.

Die Auffassung der Handwerkskammern gibt also zunächst den Ausschlag für die Heranziehung der gewerblichen Betriebe, und es ist daher von Wichtigkeit, die Gesichtspunkte, von denen sie sich leiten lassen, kennen zu lernen. Zu diesem Zweck wird hier eine Auslassung aus dem Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Vorstandes einer Handwerkskammer wiedergegeben: „Hinsichtlich der Beitragspflicht der Einzelbetriebe zur Handwerkskammer und der hiermit zusammenhängenden Unterscheidung zwischen fabrikmäßigen und handwerksmäßigen Betrieben haben wir nach wie vor den Standpunkt vertreten, die Grenzen des handwerksmäßigen Betriebes möglichst weit auszudehnen, damit nicht nur die kleineren und kleinsten Betriebe zu den Kosten herangezogen werden. Wir haben Gelegenheit gehabt, diesen Standpunkt in verschiedenen Gutachten teils mit, teils ohne Erfolg zu vertreten, haben es aber neuerdings in vielen Fällen abgelehnt, Widerspruch gegen einzelne Entscheidungen der unteren Verwaltungsbehörden zu erheben; immer aber nur in den Fällen, wo das in Rücksicht auf die augenblicklich geltende Auffassung über den Charakter fabrikk- und handwerksmäßiger Betriebe geboten erschien. Wir haben uns aber zu einer endgültigen Zu-

stimmung nicht entschließen können, vielmehr vorbehalten, zu geeigneter Zeit wieder auf die Sache zurückzukommen."

Übereinstimmend wurde in einer Vollversammlung dieser Handwerkskammer gesagt: „Wir haben ein paarmal kleinere Betriebe zugewiesen erhalten, aber große Betriebe, die uns etwas bringen (so!), werden uns einfach entzogen. Auf Grund dieser Erfahrungen, das haben Sie schon aus dem Geschäftsbericht ersehen — stehen wir auf dem Standpunkt: vorläufig quittieren wir und geben uns zufrieden, d. h. wir behalten uns aber vor, in dem Augenblicke, wo in den Regierungskreisen andere Anschauungen Platz greifen, wieder von neuem hervorzutreten und zu sagen: ihr seid doch Angehörige der Handwerkskammer; wir werden dann alles versuchen, was möglich ist.“

Jede Bemerkung hierzu erscheint überflüssig!

Dagegen müssen zur Veranschaulichung der ganzen Streitfrage einige der doppelt herangezogenen Unternehmungen aus der Praxis geschildert werden. Da finden wir z. B. eine Brauerei, deren Inhaber nur die geschäftliche Oberleitung besorgt, einen Buchhalter, zwei Braumeister und durchschnittlich 26 bis 25 Arbeiter beschäftigt, außer Selterwasser durchschnittlich 14 000 bis 15 000 Tonnen Bier herstellt und 300 Mk. Gewerbesteuer zahlt. Unter den Arbeitern ist eine bestimmte Arbeitsteilung eingeführt, die sich nach den Maschinenräumen, dem Sudhause, der Mälzerei, den Keller- und Lagerräumen usw. gliedert. Es reiht sich eine Dampfmühle an, deren Inhaber sich ebenfalls auf die Oberleitung beschränkt und an kaufmännischem Personal 3 Buchhalter, 1 Lehrling, 2 Agenten und 1 Reisenden, ferner 1 Obermüller und 23 Arbeiter, einschließlich 6 handwerksmäßiger Gefellen, beschäftigt. Die Dampfmaschine hält den automatischen Betrieb mit 200 Pferdekraften im Gang. Eine Arbeitsordnung ist erlassen. Eine Möbelfabrik mag folgen. Die Inhaber leiten den Betrieb kaufmännisch und technisch; im Kontor sind 1 Geschäftsführer und 1 Buchhalter angestellt. Durchschnittlich sind 180 Arbeiter tätig, die Dampfmaschine hat 60 Pferdekraften. Zur Abwechslung sei sodann noch eine Brauerei herausgegriffen, deren Betrieb von dem Sohn der Besitzerin geleitet wird. Außer 1 Buchhalter, 1 Braumeister und 1 Kellermeister werden gegen 20 Arbeitskräfte beschäftigt. Die Dampfmaschine zählt 34 Pferdekraften, der jährliche Ausstoß beläuft sich auf 7000 hl. Zur Handwerkskammer wird sie wegen ihrer Böttcherei herangezogen: laut Mitteilung der Firma wird 1 Böttcher beschäftigt, welcher die

Lagerfässer und Gärbottiche in Ordnung zu halten hat und das Transportgefäß ausbessert, während neues Gefäß sehr selten angefertigt, sondern meistens aus Faßfabriken bezogen wird! Zu den Leidtragenden zählte auch eine der größten Wagenfabriken. Der Inhaber hat lediglich die geschäftliche Leitung, unterstützt von 1 Geschäftsführer und 3 Buchhaltern. Die Arbeiterzahl beträgt über 100, die sich auf die Stellmacherei, Schmiede, Federschmiede, Sattlerei, Lackiererei und Holzbiegerei verteilen. Die zahlreichen Arbeitsmaschinen werden durch eine Dampfmaschine mit 30 bis 35 Pferdekraften angetrieben, ferner ist eine Dynamomaschine von 12 bis 15 Pferdekraften vorhanden. Die Maschinenfabriken fehlen nicht; so wird eine vermerkt, deren Inhaber, wie in allen diesen Fällen, nur die Oberleitung haben und zwei kaufmännische und einen technischen Beamten beschäftigen, ihre durchschnittliche Arbeiterzahl beträgt 125, die durchschnittliche Jahresproduktion 250 000 Mk. Eine Fabrik von Steinpappen und Dachbedmaterialien, Rohrgeweben und Karbolinum, die durchschnittlich 100 Arbeiter hat, wird wegen ihres Böttchereibetriebes zur Handwerkskammer herangezogen, der darin besteht, daß ein Böttchergeselle die Ausbesserung der Faßlagen besorgt und außerdem alle vorkommenden, auch nicht in sein Fach schlagenden Arbeiten mitmachen muß! Ebenso ergeht es einer Eßig- und Mostrißfabrik, die ebenfalls wegen ihres sogenannten Böttchereibetriebes zur Handwerkskammer beitragen muß. Eine Dampfziegelei, Drainröhren-, Ton- und Zementkunststein-Warenfabrik, die durch eine Arbeiterzahl von 250 und eine durchschnittliche Ziegelproduktion von 7 Millionen Steinen gekennzeichnet wird, ist wegen ihrer Schmiederei, Stellmacherei, Maurerei zur Handwerkskammer herangezogen worden. Die Firma berichtet, daß sie die 5 Schmiede, 1 Stellmacher, 1 Tischler und 3 bis 4 Maurer ausschließlich mit Erneuerungs- und Ausbesserungsarbeiten für den ordnungsmäßigen Betrieb beschäftigt und daß damit für fremde Rechnung nichts ausgeführt werde. Vielleicht noch lehrreicher ist es, daß auch Getreide- und Spiritusgeschäfte von einer Handwerkskammer für beitragspflichtig erklärt wurden. So eines, dessen Umfang durch seine Gewerbesteuer von 524 Mk. gekennzeichnet wird, und das an kaufmännischem Personal außer einem Prokuristen drei Buchhalter und zwei Lehrlinge in Stellung hat. Lediglich zur Instandhaltung der eigenen Spiritusfässer werden einige Böttcher (Anfang 1904 drei) in der Reparaturwerkstatt beschäftigt, die also unmittelbar mit dem übrigen Betriebe zusammenhängt und von ihm

ebensowenig wie bei den vorerwähnten Brauereien als Handwerksbetrieb abge sondert werden kann.

Handelt es sich bei den vorstehend betrachteten Betrieben um offenbare Fabriken oder Handlungen, so fordern diejenigen Unternehmungen ein schärferes Hinsehen, die als Beispiele für die Entwicklung vielfacher Gruppen des alten Handwerks zu Handelsgeschäften zu gelten habe: sie setzen in der Hauptsache fertig eingekaufte Waren ab, produzieren in immer geringerem Umfange selbständig und nehmen nur nebenbei und gelegentlich Ausbesserungen vor. Das gilt z. B. von einer Gold- und Silberwarenhandlung, die herangezogen wird, weil einer der Inhaber gelernter Goldarbeiter ist. Arbeitskräfte werden schon seit längerer Zeit nicht beschäftigt, da von den Einnahmen zwei Drittel bis drei Viertel auf den Verkauf fertig bezogener Waren entfallen. Oder eine Färberei, die früher den Hauptanteil am Geschäft hatte, ist zusammengeschrumpft und, wie der Inhaber angibt, gleich Null, der kleine Dampfkessel werde nur von Zeit zu Zeit auf einen Tag angeheizt. Den Rückgrat bildet jetzt der Handel mit fertig eingekauften Waren, in dem ein Lehrfräulein beschäftigt wird. Ein ander Mal ist die Färberei hinter dem Ladengeschäft mit Manufaktur- und Wollwaren schon ganz zurückgetreten. Der Inhaber, der selbst nur die geschäftliche Oberleitung hat, beschäftigt zwei Verkäuferinnen im Laden und außerdem zwei Arbeiter. Weiter zurück in dieser Entwicklung sind eine Papierwarenhandlung mit Buchbinderei, deren Verhältnis zu einander dadurch gekennzeichnet wird, daß die Gewerbesteuer zu zwei Dritteln auf das Ladengeschäft und zu einem Drittel auf die Buchbinderei zu zerlegen ist, und eine Möbelhandlung und Sattlerei, auf welche dies ebenfalls zutrifft. In einer Uhren- und Silberwarenhandlung, die auch optische Artikel führt, ist wiederum die Gewerbesteuer zu zwei Dritteln auf den Handel und zu einem Drittel auf die Reparaturen und das Abziehen der Uhren zu verteilen. Sodann ein Geschäft, das außer allerhand anderen Waren, insbesondere Kurzwaren, Schuhwaren vertreibt. Diese werden zum allergrößten Teil fertig eingekauft; um sie aber leichter absetzen zu können, werden auch Ausbesserungen durch einen im Hause des Inhabers beschäftigten Schuhmacher vorgenommen. Zudem werden in einigen Fällen auf Bestellung Stiefel durch einen Schuhmacher angefertigt, und wird ein Pantoffelmacher beschäftigt. Ein ganz anderes Bild bietet ein ausgedehntes Detailgeschäft von Kolonial- und Materialwaren, Zigarren, Eisenwaren jeder Art, Haus- und Küchengeräten mit 32 Angestellten.

Aus dem Geschäft heraus ist eine Schlosserei erwachsen, die einen Meister, 3 Gesellen und 3 Lehrlinge beschäftigt und in unlöslichem Zusammenhange mit dem Gesamtunternehmen steht. Denn alle Materialien werden aus ihm entnommen, und alle Erzeugnisse der Werkstätte gehen in das Geschäft, als Bratöfen, Kartoffelquetschen usw.; das Arbeitspersonal ist vom Inhaber angestellt und bezieht bestimmten Gehalt; alle Aufträge werden im Geschäftslokal abgegeben, wie auch die ausgeführten Arbeiten im Kontor berechnet werden. Doch werden auch Bauten übernommen und alle einschlägigen Arbeiten und Ausbesserungen ausgeführt. So sind die Spielarten zahllos. Nehmen wir eine Eisen-, Glas-, Porzellan- und Spielwarenhandlung, zugleich Magazin für Haus- und Küchengeräte. Mit dem Verkauf von Beleuchtungskörpern, Badewannen, Wasserleitungs- und Toilettenartikeln hat sich die Ausführung der erforderlichen Installationen und Installation für Gas- und Wasserleitung verbunden. Die hierbei beschäftigten 2 Gehülfsen und 2 Arbeiter führen auch die im sonstigen Geschäft vorkommenden Ausbesserungen aus. Ein anderes Geschäft hat Haus- und Küchengeräte, Glas-, und Porzellanwaren, Spielsachen, Fahrräder. Der Inhaber ist wegen der „Schlosserei“ zur Handwerkskammer herangezogen, beschäftigt aber nur einen Mann mit Ausbesserungen an den im Geschäft geführten Fahrrädern, der gleichzeitig für das ganze übrige Geschäft tätig ist und kleine Geschäftsreisen für den Fahrradhandel erledigt. Da ist ferner ein Laden mit Uhren, Thermometern, Barometern, optischen Artikeln, chirurgischen Instrumenten, Artikeln zur Krankenpflege. Die Gehülfsen und der Lehrling sind nicht nur mit Ausbesserungen beschäftigt, sondern wesentlich auch als Verkäufer tätig, drei Viertel der geschäftlichen Einnahmen stammen aus dem Verkauf fertig gekaufter Waren.

Eine besondere Gruppe unter den Detailgeschäften bilden solche, die in verschiedenem Umfang Herrengarderobe liefern. Der Inhaber einer Firma z. B. beschränkt sich auf die Oberleitung und beschäftigt einen Buchhalter. In dem Laden werden Militäreffekten und Herrenwäsche verkauft, doch macht den bei weitem größten Teil des Umsatzes der Verkauf von Herrengarderobe und von Uniformen aus. Der Stoff wird von dem Schneider des Geschäfts zugeschnitten und je nach den zugegangenen Bestellungen mit allen Zutaten an 13 sogenannte Meister zur Verarbeitung übergeben, die in ihren eigenen Werkstätten arbeiten und die Kleidungsstücke vollkommen verkaufsfertig zurüclieferen. Nach den vorliegenden Angaben zahlen mindestens einige dieser Schneidermeister ebenfalls zur Handwerks-

kammer, so daß, da das gleiche auch für manche unter diesen Betrieben mitgeteilt ist, eine dreifache Belastung vorliegt, die, wie nach der Sachlage anzunehmen ist, nicht vereinzelt vorkommen dürfte: die Firma zahlt sowohl zur Handelskammer wie zur Handwerkskammer und drittens zahlen auch noch die ausführenden Schneidermeister zur Handwerkskammer. Im ganzen ein typischer Fall! Doch begegnen wir auch einem großen Geschäfte von Mode- und Manufakturwaren mit einem Buchhalter, einer Kassiererin, 5 Handlungsgehilfen, 6 Handlungslehrlingen, 6 Verkäuferinnen und einer Direktrice. Die Maßanfertigung von Herrengarderoben wird auch in diesem Falle von sogenannten Schneidermeistern ausgeführt.

Eine andere Gruppe für sich unter den aus mehreren, meist sachlich verbundenen Teilen zusammengesetzten Unternehmungen bilden die sogenannten Baugeschäfte. Nur wenige Beispiele! Die Inhaber einer doppelt beitragspflichtigen Firma haben nur die Oberleitung und beschäftigen im Kontor 2 Buchhalter, eine Buchhalterin und einen Lehrling, für die Bauten 1 bis 2 Techniker. Außer dem Häuserbau, der mit eigenen Leuten (80 bis 130) überwiegend im Auftrage Dritter ausgeführt wird, umfaßt das Unternehmen: eine Schneidemühle mit 16 bis 20 Arbeitern, eine Holzbearbeitungsfabrik mit 8 bis 10 Arbeitern, eine Zimmerei mit 30 bis 50 Mann, eine Tischlerei mit ungefähr 17 und eine Schlosserei mit 6 Mann. Es wird eine Lokomotive mit 60 Pferdekraften benutzt. Ebenso hat in einem gleichartigen Geschäft der Inhaber nur die Oberleitung und beschäftigt einen Buchhalter, sowie einen Techniker. Die Bauten werden vorwiegend im Auftrage Dritter, auch für andere Unternehmer und gemeinsam mit diesen ausgeführt, und dabei werden die Zimmerarbeiten und ein Teil der Tischlerarbeiten mit eigenen Leuten gemacht, während die anderen Arbeiten an Maurermeister vergeben werden. In der Zimmerei und der Schneidemühle sind 33 Leute tätig, in der Tischlerei 2, in der Schrotmühle 1 Mann. In der Kiesgräberei sind je nach dem Umfang der Lieferungen 20 bis 50 Arbeiter auf einige Monate beschäftigt, und mit ihr zusammen macht der Holzhandel über die Hälfte des ganzen Unternehmens aus, das mit 18 Pferdekraften arbeitet. Die ausnahmsweise genauen Angaben kennzeichnen die eigenartige Natur dieser Baugeschäfte.

An sonstigen Geschäften, die sich nicht in Gruppen einteilen lassen, seien zur besseren Beleuchtung der Mannigfaltigkeit der Streitfragen ebenfalls einige skizziert. Mein Verzeichnis erzählt also: Der

Inhaber leitet folgende durch inneren Zusammenhang mit einander verbundene Geschäfte: Zementkunststeinfabrikation, Bedachungs-, Baumaterialien-, Kohlengeschäft, Kalkmergelwerke. Hiervon wird durch die Handwerkskammer die Dachdeckerei herangezogen, in der 23 Leute tätig sind, die aber nur bei solchen Gebäuden übernommen wird, für welche die Firma auch die Materialien liefert. Ein anderer Unternehmer leitet mit einem kaufmännischen Personal von 4 Kontoristen und 2 Reisenden eine Dachpappen- und Zementwarenfabrik, sowie eine Baumaterialien- und Brennmaterialienhandlung, die sämtlich mit einander und mit Dachdeckerei, Bauklempnerei, Installation und Brunnenbau in unlöslichem inneren Zusammenhang stehen. Denn die Arbeiter der Fabrik, deren Zahl durchschnittlich 40 beträgt, aber je nach der Geschäftslage bis auf 200 steigt, sind auch bei dem Verlegen der Dachpappen tätig, wozu sie in der Fabrik angelernt werden, und ebenso werden die beiden besonderen bei Schiefer- und Ziegeldächern beschäftigten Dachdecker im übrigen auch für die Fabrikarbeiten verwendet. Gleichmäßig steht es mit der Bauklempnerei, in der ein Klempner angestellt ist, und die Maschinen von Arbeitern bedient werden, die der obigen Gesamtzahl entnommen werden, und mit dem Brunnenbau. An der Spitze dieser letzteren Betriebe stehen nicht etwa besondere Meister, sondern in der Regel Leute, die nicht auf Grund handwerksmäßiger Vorbildung, sondern infolge ihrer Bewährung in der Fabrik zum Vorarbeiter ernannt worden sind. Es ist ferner zu betonen, daß die Dachdeckerei nur da ausgeführt wird, wo auch das erforderliche Material von der Firma geliefert wird, daß übereinstimmend die Materialien für die Bauklempnerei und für den Brunnenbau, bis auf Kleinigkeiten, wie Salmiak, Salzsäure, Benzin usw., aus der eigenen Baumaterialienhandlung entnommen werden, wie auch für den Brunnenbau nur selbstfabrizierte Ringe Verwendung finden. Es handelt sich also nicht um besondere Handwerksbetriebe, sondern um organische Bestandteile des Gesamtunternehmens.

Damit ist denn wenigstens die eine Hauptabteilung vorgeführt. Die zweite bilden solche zusammengesetzte Unternehmungen, deren Einzelbetriebe nicht in einem sachlichen inneren Zusammenhang mit einander stehen, sondern nur durch die Person des gemeinsamen Unternehmers verbunden sind. Porgestalt sind darin kaufmännische Betriebe mit handwerksmäßigen zusammengegeschlossen. In diesen Fällen sind die Handwerkskammern vollkommen im Recht, wenn sie den oder die selbständigen handwerksmäßigen Betriebe zu Beiträgen

heranziehen, und es läge keine Ursache zu Beschwerden vor, wenn die Handelskammern ihrerseits nur die kaufmännischen Betriebe eines derartigen Unternehmers belasten. Hierzu sind sie indessen z. B. nach dem preussischen Gesetz über die Handelskammern nicht in der Lage, da nach § 26 Abs. 1 den Maßstab der Beiträge die staatlich veranlagte Gewerbesteuer bildet. Die Gewerbesteuer wird aber staatlicherseits nur für örtlich getrennte Betriebe eines Unternehmers zerlegt, im übrigen ist sie eine einheitliche Steuer ohne Berücksichtigung der sachlichen Unterschiede der Teile eines Unternehmens. Die Handelskammern müssen also nach strenger Auffassung ihre Zuschläge von dem ungeteilten Gewerbesteuerfuß erheben und können den handwerksmäßigen Betrieb des Gesamtunternehmens nicht freilassen. Immerhin hat man an einigen Stellen diesen Ausweg betreten. Einige Ausführungen mögen diese zweite Abteilung vor Augen bringen. X. betreibt eine handwerksmäßige Sattlerei, außerdem ein Fuhrgeschäft und eine Möbelhandlung, Y. eine Bäckerei und außerdem eine Mahlmühle und eine Schneidemühle mit Holzhandlung, Z. unterhält ein Ladengeschäft von Möbeln, Teppichen, Spiegeln, Polsterwaren und Dekorationsgegenständen und eine Tapezierwerkstatt. Eine größere Firma hat eine Schneidemühle, eine Handelsmahlmühle und eine Kundenmühle, von denen außer der Kundenmühle auch die Handelsmahlmühle zu den Lasten der Handelskammer herangezogen wurde.

Bei der Darlegung des Tatbestandes ist schließlich derjenigen Fälle zu gedenken, deren genaue Prüfung die Handelskammern davon überzeugt hat, daß es sich um Handwerksbetriebe oder um solche Betriebe handelt, deren Umfang nicht über die Grenzen des Kleingewerbes hinausgeht. Erst die Betonung, daß auf beiden Seiten Fehlgriiffe vorgekommen sind, macht den Bericht unparteiisch und das Bild vollständig. Dazu gehört freilich auch hinzuzufügen, daß die zu solcher Überzeugung gelangte Handelskammer folgerecht auch die Löschung des Betreffenden im Handelsregister herbeiführen muß, und daß dadurch wiederum oft böses Blut geschaffen wird. So gereicht der ganze Zustand vielen zum Leide, niemand zur Freude.

2. Die Abhilfe.

Eine gründliche und dauernde Beseitigung des Übelstandes ist gegenwärtig nach Lage der Gesetzgebung nicht möglich, wie schon aus den ersten Absätzen hervorgeht und hier noch des näheren erläutert werden soll. Die Kammern mußten sich vielmehr damit

begnügen, die Beteiligten über den Sachverhalt aufzuklären, auf Milderung der Beschwerden bei den zuständigen Stellen hinzuwirken und vorkommendenfalls zu prüfen, ob sie selbst bei ihrer Heranziehung etwa die richtigen Grenzen überschritten.

Den Betroffenen wurden Auskünfte über die Sachlage gegeben, die Instanzen für Beschwerden bezeichnet und geeignetenfalls der Entwurf für ein Beschwerdebild mitgeteilt.

Auf diese Weise und durch selbstständiges Vorgehen anderer sind dann in erheblicher Zahl Freistellungen von der Besteuerung der Handwerkskammern bewirkt, freilich nicht selten mit der Schaffung von Widersprüchen in den einzelnen Landes- und Reichsteilen. So werden in Preußen die Buchdruckereien je nach ihrer Größe für handwerksmäßig oder fabrikmäßig erklärt, während in Bayern auch die Großbuchdruckereien, selbst Aktiengesellschaften, als Handwerksbetriebe angesehen und den Handwerkskammern unterstellt werden!

Denn wie die Heranziehung insbesondere von Großhandlungen und Detailhandlungen zeigt, die einen oder mehrere Böttcher beschäftigen, birgt das Wort „Handwerksbetrieb“ zwei verschiedene Schwierigkeiten in sich: es ist erstens die Frage zu beantworten, was ist unter einem Handwerksbetrieb, und zweitens, was ist unter einem Handwerksbetrieb zu verstehen. Der Begriff „Betrieb“ ist der weitere, der durch den Zusatz „Handwerksbetrieb“ seine Abgrenzung erhält.

Es scheint mir zweifellos, daß ein in einem Handelsgeschäft oder einem anderen Unternehmen tätiger Böttcher nicht als Betrieb aufgefaßt werden kann. Denn ein Betrieb wird nur ein selbstständiges Unternehmen genannt, das mit anderen ebenfalls sachlich selbstständigen Unternehmungen wirtschaftliche, aus eigener Entschliebung hervorgehende Beziehungen pflegt. Wäre es anders, so gäbe es kaum eine industrielle Firma, die von der Beitragspflicht zu den Lasten der Handwerkskammern ausgenommen wäre, da sie alle unter ihrem Arbeiterpersonal irgendwelche Handwerker haben. Selbst da ist meines Erachtens von Handwerksbetrieben keine Rede, wo nicht nur einzelne, sondern mehrere gleichartige Handwerker gemeinsam beschäftigt werden, etwa bei Schmiedearbeiten, in einer Tischlerei, Stellmacherei, Kistenmacherei und dergleichen, wie das bei größeren Fabriken so vielfach der Fall ist. Man pflegt dann vielleicht von Hilfsbetrieben zu sprechen, womit deutlich gekennzeichnet wird, daß es sich nur um unselbständige, organische Bestandteile eines größeren Ganzen handelt. Demzufolge ist zunächst das Wort Handwerks-

betrieb in maßgebender Weise so zu erläutern, wie es hier geschehen ist, um Heranziehungen der geschilderten Art von vornherein unmöglich zu machen.

Dagegen muß es als ausgeschlossen gelten, eine ebensolche allgemeine, alle Zweifel behebende Bestimmung des Begriffs „Handwerksbetrieb“ zu finden. Es hieße das, die Quadratur des Kreises lösen zu wollen. Selbst wenn davon abgesehen wird, daß das Handwerk nicht nur ein wirtschaftliches Gebilde ist, sondern daß sein Inhalt ebensowohl damit zusammenhängende soziale und politische Bestandteile umfaßt, und daß seine Auffassung von der Erinnerung an frühere Zustände beeinflusst und gefärbt wird, werden die Schwierigkeiten nicht beseitigt. Es genügt, hier an die Erklärungen zu erinnern, die seitens der Vertreter des Ministeriums für Handel und Gewerbe und des Reichsamts des Innern in den Parlamenten abgegeben sind.

Die vor Beginn der modernen wirtschaftlichen Entwicklung vorhandenen Grenzlinien zwischen Handwerksbetrieben einerseits, Manufakturen und Fabriken andererseits sind inzwischen verwischt worden. Man könnte sagen, so wenig wie die Natur Sprünge macht, macht sie die moderne Volkswirtschaft: von dem kleinen Dorfkrämer bis zum Warenhause der Weltstadt, von dem „Bankier“ der Landstadt, der im Hauptberuf Getreidehändler ist, bis zur Deutschen Bank zieht sich eine ununterbrochene Reihe aneinanderschließender geschäftlicher Zwischenstufen, und nicht anders steht es mit der handwerksmäßigen Schlosserei und der Firma Fried. Krupp, mit der handwerksmäßigen Installation und der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Es seien hier die Worte des Staatssekretärs des Innern in der Reichstagsitzung am 14. Januar 1904 wiederholt: „Was ist Handwerk? Das ist in der Praxis ein ganz flüssiger Begriff. Es gibt Handwerker, die gleichzeitig Fabrikanten, andere, die gleichzeitig Händler, und wieder andere, die gleichzeitig Kaufleute sind.“ Demnach läßt sich die Frage, ob ein Handwerksbetrieb vorliegt, nur von Fall zu Fall entscheiden, und hierfür haben die Wissenschaft und die Rechtsprechung des Reichsgerichts vor allem folgende Gesichtspunkte aufgestellt: die Zahl der Arbeiter — Art der Mitarbeit des Gewerbetreibenden — Art der Arbeitsteilung — Benutzung von Maschinen, Dampf-, Gas- oder elektrischer Kraft — Größe, Art und Einrichtung der Räumlichkeiten — Größe der Produktion — Herstellung auf Vorrat oder Bestellung. Aber selbst damit ist unter Umständen kein befriedigendes Ergebnis erzielt, „da je nach dem

im Augenblick gewonnenen Eindruck bald ein Betrieb zu den Fabriken, bald zu den Motormwerkstätten gerechnet sein wird, ohne Verbindlichkeit für die Zukunft“. Mit diesem Sage, der einer Äußerung einer preussischen Gewerbeinspektion entnommen wird, ist die Veränderlichkeit der ausschlaggebenden Merkmale und die unvermeidliche Subjektivität der Beurteilung mit aller Schärfe gekennzeichnet. Und diese Veränderlichkeit wirkt überwiegend zu Ungunsten des Handwerks. Das Handwerk wandelt sich, soweit es nicht schon den Übergang vollzogen hat, mehr und mehr zum Detailgeschäft oder zum Fabrikbetriebe oder zu einem anderen kapitalistischen Unternehmen um, und die Bestrebungen zu seiner Förderung können, wenn sie Erfolg haben, diese Entwicklung nur beschleunigen. Die Handwerkskammern, die das Handwerk heben sollen und wollen, graben sich also selbst ihre Grundlagen ab: ein innerer herber Widerspruch, der den Schwierigkeiten noch eine besondere Stimmung gibt. Denn das Handwerk als solches verschwindet damit zu einem sehr beträchtlichen Teil, nicht jedoch die Handwerker, die sich vielmehr in die Träger anders gearteter Wirtschaftsformen verwandeln. So sind z. B. die „Goldschmiede“, „Uhrmacher“, „Kürschner“, „Hutmacher“, „Klempner“, „Gelbgießer“, „Sattler“ nur dem Namen nach Handwerker, in Wirklichkeit Detailhändler, die ihre Artikel fertig einkaufen und nur nebenbei als Anhängsel Ausbesserungen und kleine Bearbeitungen vornehmen. Es bezeichnet die Sachlage, wenn Bekanntmachungen der Amtsgerichte lauten: „In das Handelsregister ist bei Löschung der Firma K. N. heute die Firma M. D. hier und als Inhaber der Kürschner und Kaufmann M. D. hier eingetragen worden“, oder „In unser Handelsregister haben wir heute die Firma N. N. hier und als deren Inhaber den Geschäftsnachfolger des Uhrmachers N. N. hier, nämlich den Uhrmacher und Kaufmann J. Z. hier eingetragen.“

Die „Schuhmacherei“ unterliegt gegenwärtig derselben Umwandlung, die Schuhmacher, welche Ladengeschäfte unterhalten, verkaufen darin mehr und mehr fertig bezogene Schuhwaren. Ähnlich ist die Herstellung der Bekleidung, wie man weiß, und wie die vorgeführten Fälle lehren, schon größtenteils zu einem kaufmännischen Unternehmen geworden, und das Baugewerbe hat sich zu einem kapitalistischen Unternehmen entwickelt, das eine Anzahl von Handwerksarten einheitlich in kaufmännischer Betriebsform zusammenfaßt, ähnlich wie in früheren Zeiten im Textilgewerbe die Manufaktur

und wie auch die großen Wagenfabriken entstanden sind. Und wenn der Name Handwerk richtig dahin ausgelegt wird, daß die entscheidende Eigentümlichkeit seiner verarbeitenden und bearbeitenden Tätigkeit in dem Anteil liegt, den die menschliche Hand daran hat, so ist auch in Betriebe, die hier noch als Handwerk aufgefaßt sind, schon etwas Fremdes eingebracht, so bei der Fleischwarenherstellung die Verwendung motorischer Kraft. Denn dadurch erhält der Betrieb eine Erweiterung der Produktion, die ihm in der Rechnungsführung und im Absatz, insbesondere durch Ausdehnung über den örtlichen Markt hinaus, Eigenschaften verleiht, die dem Handwerk nicht eignen. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß der Sprachgebrauch dafür gern den Ausdruck Fabrikant verwendet, wodurch eine Übergangsstufe vom Handwerker zum Fabrikbesitzer angedeutet werden soll, und auch in der amtlichen Sprache offenbart sich diese Empfindung, indem sie sich der Bezeichnung „Motorwerkstätten“ bedient.

Damit ist schon gesagt, daß eine reinliche Scheidung im gegebenen Augenblick gar nicht möglich ist, weil ein und dasselbe Unternehmen handwerksmäßig oder kaufmännisch oder fabrikmäßig aussieht, je nachdem seine Produktionstechnik im engeren Sinn oder seine Leitung betrachtet wird. Die Produktionstechnik kann handwerksmäßig sein, die Leitung aber, der ganze Zuschnitt, die Zusammensetzung des Unternehmens kann durchaus kaufmännisch und von kapitalistischen Grundsätzen erfüllt sein: hierhin gehören die Baugeschäfte.

Wie weit die Wirkungen einer hierauf nicht Rücksicht nehmenden Auffassung reichen würden, bot z. B. der Gesetzentwurf über die Kaufmannsgerichte zu beobachten Gelegenheit. Im § 1 heißt es: „Zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Dienst- oder Lehrverhältnis zwischen Kaufleuten einerseits und ihren Handlungsgehilfen oder Handlungslehrlingen andererseits können bei vorhandenem Bedürfnisse Kaufmannsgerichte errichtet werden.“ Wollte man nun die Inhaber solcher Baugeschäfte nicht als Kaufleute betrachten, so würden für die in ihnen tätigen Buchhalter die Kaufmannsgerichte nicht zuständig sein. Leider ist vergeblich darauf hingewiesen worden, daß der Begriff Kaufleute näher zu umschreiben ist, um derartige Zweifel auszuschließen.

Unter diesen Gesichtspunkten gewinnen wir folgende Übersicht der geschilderten Fälle:

I. Handel:

A. Großhandel mit Verwendung einzelner oder mehrerer Handwerker.

B. 1. Detailhandel mit Verwendung einzelner Handwerker.

2. Detailhandel hervorgegangen aus dem Handwerk und mit Vornahme von Ausbesserungen verbunden.

II. Detailhandel in unmittelbarer Verbindung mit handwerksmäßiger Produktion, z. B. Garderobengeschäfte, gleichsam Manufakturen mit Dezentralisation, die überleiten zu:

III. Gewerbe:

A. Fabriken: Leitung und Zuschnitt kaufmännisch — Produktion fabrikmäßig.

B. Baugeschäfte: Leitung und Zuschnitt kaufmännisch — Produktionstechnik ganz oder teilweise handwerksmäßig.

C. Handwerksbetriebe: Leitung und Zuschnitt handwerksmäßig, Produktionstechnik handwerksmäßig.

Schließlich sind, wie gezeigt ist, Zusammenfügungen durch einen gemeinsamen Betriebsinhaber in sehr verschiedener Weise anzutreffen.

Kann nunmehr die Frage gestellt werden, auf welche Weise im einzelnen Fall die Zweifel über den Charakter eines Betriebes gelöst werden sollen, so muß mit Entschiedenheit betont werden, daß vor allem ein schnelles und einfaches Verfahren wünschenswert ist, das zugleich gegen Einflüsse und Rücksichten der Politik oder Verwaltung gesichert ist. Das Beste wäre freilich eine auf den Grund gehende Umgestaltung, bei der die Einheit und der Zusammenhang von Handel und Gewerbe in ihren verschiedenen Formen, namentlich hinsichtlich des Lehrlings- und des Schulwesens zur Geltung gebracht würde, aber der Gedanke ist praktisch aussichtslos. Es kann sich von vornherein nur um Flickwerk handeln. Mancherlei Vorschläge sind gemacht worden, so im Abgeordnetenhaus, es sollte den einzelnen Firmen überlassen werden, zu entscheiden, ob sie zur Handelskammer oder Handwerkskammer Beiträge zahlen wollten. Ein Gedanke, der bei näherer Betrachtung undurchführbar erscheint; denn jeder würde die Kammer wählen, deren Beiträge am niedrigsten sind, und damit gingen die sachlichen Grundlagen der Kammern verloren, wie auch die erforderliche Sicherheit ihrer Haushaltberechnungen, in die vielfach nach Maßgabe der bisherigen Verhältnisse dauernde Verpflichtungen aufgenommen sind, so für Fortbildungsschulen, Börsen, für die eigenen Geschäftsgebäude usw. Es ist vielmehr zu empfehlen, durch Abänderung der Reichsgewerbe-

ordnung und der Handelskammergesetze festzulegen, daß gegenüber den Handelskammern und Handwerkskammern alle diejenigen Betriebe, die im Handelsregister eingetragen stehen, als kaufmännisch und als nicht handwerksmäßig zu betrachten sind. In Verbindung hiermit müßte dann den Handwerkskammern das gleiche Recht auf Stellung von Anträgen für das Handelsregister eingeräumt werden, das den amtlichen Handelsvertretungen durch § 126 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit verliehen ist, und vor der Entscheidung solcher Anträge der Handwerkskammer hätte der Registerrichter die zuständige amtliche Handelsvertretung und entsprechend umgekehrt die zuständige Handwerkskammer zu hören. Außerdem wäre den Handelskammern die gesetzliche Grundlage und Anweisung zu geben, in solchen Fällen, in denen mit einem kaufmännischen Unternehmen ein sachlich trennbarer Handwerksbetrieb verbunden ist, eine Zerlegung der Gewerbesteuer vorzunehmen und den Handwerksbetrieb von Zuschlägen freizulassen.

Indessen wäre damit erst ein Stein aus dem Wege geräumt.

Eine Behandlung der Frage, die hierbei stehen bliebe, würde nur Stückwerk liefern; denn die jetzige Doppelbesteuerung stellt nicht die einzige Unzuträglichkeit dar. Vielmehr haben die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung auch hinsichtlich der Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses mißliche Zweifel hervorgerufen.

Der einschlägige § 129 unterscheidet als Betriebe, in denen die Zurücklegung der Lehrzeit erfolgen kann, in Absatz 1 Handwerksbetriebe und in Absatz 4 Großbetriebe, indem er hinzusetzt, daß an Stelle der Lehrzeit auch der Besuch einer Lehrwerkstätte oder sonstigen gewerblichen Unterrichtsanstalt treten kann. Damit scheiden also Unternehmungen aus, die oben als Detailgeschäfte mit gelegentlichen Ausbesserungen und kleineren Arbeiten bezeichnet sind: die Läden der Juweliere, Uhrmacher usw.; vorausgesetzt ist natürlich, daß sie amtlich nicht als Handwerksbetriebe, sondern als Detailhandlungen angesehen werden; die Entscheidung liegt nach § 144 a zunächst bei der Ortspolizeibehörde. Es muß dies als eine Härte bezeichnet werden, da je nach der Größe eines solchen Geschäfts jene Tätigkeit verhältnismäßig von wesentlichem Umfang sein kann, sicherlich aber ausreicht, um dem Anfänger die Übung in den Handgriffen und technischen Fertigkeiten zu gewähren, deren er für den Dienst und für die spätere selbständige Führung eines solchen Geschäfts bedarf. Er ist nicht als Handwerkslehrling, sondern als Handlungslehrling zu betrachten, der, wie in jedem anderen Geschäfts-

zweig, Kenntnis der Beschaffenheit und Behandlung der Waren erwerben soll. Zur Verhinderung von Schwierigkeiten, die für die Betroffenen sehr fühlbar sein können, wäre also eine Klarstellung dieses Punktes angezeigt.

Für die Handwerksbetriebe trifft die Reichsgewerbeordnung genauere Bestimmungen als für die übrigen Ausbildungsstellen. Der Lehrling hat die von der Handwerkskammer vorgeschriebene Lehrzeit, die mangels einer Vorschrift mindestens drei Jahre beträgt, zurückzulegen (§ 129 Absatz 1, § 130 a), soll dann die Gesellenprüfung bestehen, für die nach den §§ 131 bis 132 Prüfungsausschüsse von den Vereinigungen des Handwerks eingesetzt werden, und kann schließlich, nachdem er mindestens drei Jahre als Geselle tätig gewesen ist, zur Meisterprüfung zugelassen werden (§ 133). Auch für die Meisterprüfungskommissionen ist die Mitwirkung der Handwerkskammer vorgesehen. An diesen Aufbau knüpfen sich bestimmte Folgen. Wer die Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden, außerdem das 24. Lebensjahr zurückgelegt hat, darf in Handwerksbetrieben Lehrlinge anleiten, und wer solche Befugnis erworben und die Meisterprüfung bestanden hat, darf den Meistertitel in der Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks führen.

Dem gegenüber hat die Reichsgewerbeordnung die Einzelheiten der Ausbildung in Fabriken nicht geregelt, sondern nur die Möglichkeit einer Regelung geschaffen. Sie hat zunächst, wie bereits bemerkt, bestimmt, daß die Lehrzeit „in einem dem Gewerbe angehörenden Großbetrieb“ zurückgelegt werden kann (§ 129 Absatz 4). Die im preussischen Abgeordnetenhaus von einem Abgeordneten geäußerte Ansicht, daß in einem zur Fabrik erklärten Betriebe mit 19 Lehrlingen und 3 Gesellen „mit einem Schlage aus den 19 Lehrlingen 19 jugendliche Arbeiter“ werden, trifft daher nicht zu; aus der Gegenüberstellung „Handwerksbetrieb“ und „Großbetrieb“ ergibt sich, daß unter dem Großbetrieb hier die Fabrik gemeint ist. Die Schwierigkeiten liegen vielmehr in anderer Richtung, sie entstehen, wenn der in einer Fabrik Ausgebildete in einen Handwerksbetrieb übertritt oder einen selbständigen Handwerksbetrieb eröffnen will. Denn bisher gibt es in den Fabriken keine Gelegenheit, die Gesellenprüfung und die Meisterprüfung zu machen. Zwar sieht § 129 Absatz 4 vor, daß die Landeszentralbehörden den Prüfungszeugnissen von Lehrwerkstätten, gewerblichen Unterrichtsanstalten oder von Prüfungsbehörden, welche vom Staat für einzelne

Gewerbe eingesetzt sind, die Wirkung der Befugnis, Lehrlinge auszubilden, beilegen können, aber solche Prüfungsbehörden bestehen meines Wissens gegenwärtig überhaupt noch nicht, und gegebenenfalls wird die Prüfung bei ihnen wie bei den etwa ebenfalls solche Prüfungen zulassenden Lehrwerkstätten und gewerblichen Unterrichtsanstalten Reisen erfordern, also unter Umständen verhältnismäßig große Zeit- und Geldverluste mit sich bringen. Die Gesellenprüfungsausschüsse für Handwerksbetriebe sind eine Einrichtung, deren Benutzbarkeit für Prüflinge aus Fabriken nicht sicher ist, der Bescheid des Ministers für Handel und Gewerbe an den Verband Berliner Metall-Industrieller vom 5. August 1902 (Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung für 1902 S. 323 und 324) zeigt, daß die Handwerksprüfungsausschüsse die sich meldenden Fabriklehrlinge vermutlich prüfen dürfen, daß aber ihre Verpflichtung hierzu zweifelhaft ist und auch mit Unzuträglichkeiten, z. B. hinsichtlich der Kosten, verknüpft wäre.

Demnach kann es geschehen, daß ein ausgelernter Fabriklehrling nicht als Geselle in einen Handwerksbetrieb eintreten darf. Allerdings stellt es der angezogene § 129 Absatz 1 der regelrechten Innehaltung der festgesetzten Lehrzeit und der Erledigung der Gesellenprüfung gleich, wenn jemand das Handwerk fünf Jahre hindurch persönlich selbständig ausgeübt hat oder als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung tätig gewesen ist. Aber auch dieser Ausweg kann leicht versagen. Einmal wird jemand schwerlich ein selbständiges Handwerksunternehmen fünf Jahre ausüben, wenn er nicht Lehrlinge anzulernen berechtigt ist, und zum andern sind Stellungen wie die der Werkmeister der Zahl nach beschränkt, so daß sehr wohl aus diesen oder anderen Gründen auch ein tüchtiger Handwerker nicht in der Lage ist, der Bedingung zu entsprechen. Es bleibt dann als letztes Hilfsmittel, was § 129 Absatz 2 anordnet: „Die höhere Verwaltungsbehörde kann Personen, welche diesen Anforderungen nicht entsprechen, die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen verleihen.“

Indessen fehlt es dabei nicht an einer Einschränkung: „Gehört die Person einer Innung an, oder besteht an ihrem Wohnorte für den Gewerbebezweig, dem sie angehört, eine Innung, so ist die letztere vor der Entscheidung von der höheren Verwaltungsbehörde zu hören.“

Zudem handelt es sich hierbei nur um die Befugnis zur Lehrlingsanleitung: die Gesellenprüfung wird dadurch nicht ersetzt, und es ist somit fraglich, wie weit jemand in dieser Lage als Geselle im Sinne der einschlägigen Paragraphen der Reichsgewerbeordnung zu

gelten hat. Die Meisterprüfung dürfte ihm wohl zugänglich sein, da Handwerker zu ihr „in der Regel zugelassen sind, wenn sie mindestens drei Jahre als Geselle (Gehülfe) in ihrem Gewerbe tätig gewesen sind.“

Schließlich ist derjenigen zu gedenken, die nach Beendigung ihrer Lehre die Fabrik nicht alsbald, sondern erst nach einer Reihe von Jahren verlassen, um dann einen selbständigen Handwerksbetrieb zu beginnen oder zu übernehmen. Legen solche Personen Wert darauf, sich Handwerksmeister zu nennen, so erheben sich ähnliche Bedenken, wie sie das erwähnte Ministerialschreiben hinsichtlich der Gesellenprüfungen darlegt, und wie sie vorstehend geschildert sind. Auch hier ist anzunehmen, daß die im § 133 begründeten Meisterprüfungskommissionen berechtigt sind, Prüflinge aus Fabriken zuzulassen, doch erscheint es unsicher, ob sie dazu verpflichtet sind. An anderen Gelegenheiten fehlt es ebenfalls, wenigstens ist meines Wissens bisher kein Gebrauch von § 133 Absatz 7 gemacht, welcher lautet: „Der Meisterprüfung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen können von der Landes-Zentralbehörde die von ihr angeordneten Prüfungen bei Anstalten und Einrichtungen der im § 129 Absatz 4 bezeichneten Art gleichgestellt werden, sofern bei denselben mindestens die gleichen Anforderungen gestellt werden wie bei den im Absatz 1 vorgesehenen Prüfungen.“

In unmittelbarem Zusammenhang mit den Zweifeln über die Gesellen- und Meisterprüfungen stehen die Meinungsverschiedenheiten über die Lehrverträge für Lehrlinge in nicht handwerksmäßigen Betrieben.

Nach § 103 Absatz 1 der Reichsgewerbeordnung haben die Handwerkskammern die Interessen des Handwerks ihres Bezirks zu vertreten. Es erscheint daher selbstverständlich, daß § 103 l Absatz 1 Ziffer 1, die den Handwerkskammern die nähere Regelung des Lehrlingswesens zuweist, nur das Lehrlingswesen im Handwerk im Auge hat, und daß demzufolge Formulare für Lehrverträge, wie sie in § 126 b vorgesehen sind, von Handwerkskammern nur für das Handwerk auszuarbeiten sind.

Lehrverträge für das Gewerbe ausschließlich des Handwerks zu entwerfen, kann allein Aufgabe der Handelskammern sein, da sie z. B. nach § 1 des preussischen Gesetzes über die Handelskammern die Bestimmung haben, die Gesamtinteressen der Handel- und Gewerbetreibenden ihres Bezirks wahrzunehmen und nach § 38 Absatz 2 desselben Gesetzes befugt sind: „Anstalten, Anlagen und Einrich-

tungen, die die Förderung von Handel und Gewerbe, sowie die technische und geschäftliche Ausbildung, die Erziehung und den sittlichen Schutz der darin beschäftigten Gehülfen und Lehrlinge bezwecken, zu begründen, zu unterhalten und zu unterstützen.“ Gleichwohl hat seinerzeit eine Handwerkskammer eine Bekanntmachung erlassen, deren Überschrift und Absatz 1 von „Gewerbe“, „Groß- und Kleingewerbe“, deren Absatz 2 von Lehrverträgen überhaupt, also nach der Fassung des Absatzes 1 und der Überschrift sowohl für das Gewerbe wie für das Handwerk sprach. Daß nun im Großgewerbe Handwerkslehrlinge beschäftigt werden können, läßt sich nicht bestreiten, irrig aber wäre es, daraus die Folgerung zu ziehen, daß sich darum die Befugnisse der Handwerkskammern auch auf das Großgewerbe erstrecken. Die Handwerkskammern haben nur die Interessen des Handwerks zu vertreten, konkret der Handwerksbetriebe, die nach § 1031 der Reichsgewerbeordnung gegebenenfalls zu den Lasten der Handwerkskammern heranzuziehen sind. Eine Fabrik wird aber dadurch nicht zu einem Handwerksbetriebe, daß sie auch Handwerkslehrlinge beschäftigt. Würde an dieser konkreten Abgrenzung zwischen Industrie und Handwerk nicht festgehalten, so lassen sich die Tätigkeitsgebiete und Befugnisse der Handelskammern und Handwerkskammern überhaupt nicht trennen, und die Folgen müßten fortwährende unfruchtbare Streitigkeiten sein.

Möchten doch alle diese Fragen baldigst einer zusammenhängenden Regelung unterzogen werden, um weitere Verdrüsslichkeiten und Schädigungen zu verhüten! Das ist der Wunsch, den alle Beteiligten den gegenwärtigen Beratungen der zuständigen Ministerien und Reichsämter entgegenbringen.

Die Krankenkassen und die Volkserziehung.

Von

Stadtrat H. von Frankenberg in Braunschweig.

Inhaltsverzeichnis.

Erzieherischer Wert der sozialpolitischen Gesetzgebung S. 275; insbes. der Krankenversicherung S. 277. Gesundheitliche Einflüsse: Krankenhauspflege S. 278; ärztlicher Rat S. 281; Wohnungsfürsorge S. 286; Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten S. 288; Wöchnerinnenfürsorge S. 290; Schwangerschaftsgeld S. 293; Maßregeln gegen Trunksucht S. 294. Sittliche Einflüsse: Krankenaufsicht S. 296; ehrenamtliche Mitarbeit in Versicherungssachen S. 297. Unfallverhütung S. 298. Unfallverhütung S. 298. Unfalluntersuchungen S. 300. Schiedsgerichte S. 302. Reichsverf. Amt S. 302. Vertreter bei der unteren Verwaltungsbehörde bei der Inv. Versicherung S. 304. Ausschuß der Landesverf. Anstalt S. 305. Vergütung von Auslagen und Zeitverräumnissen S. 307. Wert größerer Einheitlichkeit der Arbeiterversicherung S. 308.

Wie bei der Erziehung des einzelnen Menschen neben Haus und Schule eine Reihe anderer Kräfte mitwirkt und den Werdegang absichtlich oder zufällig beeinflusst, so spielen auch in der Entwicklungsgeschichte des ganzen Volkes die verschiedenartigsten Lebensmächte eine Rolle. Aufgabe der Wissenschaft ist es, den Spuren dieser Einwirkungen nachzuforschen, ihr Walten nach der guten wie der schädlichen Seite hin aufzudecken und daraus diejenigen Schlüsse zu ziehen, welche für die Besserung der Verhältnisse von Vorteil sein können.

Durch die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte ist dem Beobachter auf diesem Gebiete ein reiches Feld erschlossen, das von Jahr zu Jahr ergiebigere Ernte verspricht. Die Kinderschutzbestimmungen, die Vorschriften über Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Arbeitern in Fabriken und sonstigen Großbetrieben¹, die Einschränkung der zügellosen Vertragsfreiheit durch einen gesetzlichen, dem Arbeitsvertrage und den Arbeitsordnungen

¹ Reffen, Die deutschen Handwerker- und Arbeiterschutzgesetze. Berlin 1901, S. 343 ff.

gegebenen Rahmen — alles dies sind Erscheinungen, vor denen man bei Untersuchungen über die fortschreitende Erziehung des Menschengeschlechts nicht achtlos vorübergehen darf.

Nicht minder gilt das von demjenigen Zweige unseres neuen Reichsrechts, welcher in seinen einzelnen Abteilungen die Arbeiterversicherung enthält. Von jeher haben einsichtsvolle Freunde des Volks darauf hingewiesen, daß es sehr verkehrt wäre, hierbei den versicherungswirtschaftlichen Standpunkt in erster Reihe einzunehmen und die ganze Ausgestaltung nach den Grundsätzen von Leistung und Gegenleistung zu erstreben. Rosin¹ hat diesen Unterschied mit großem Scharfsinn entwickelt und gelangt zu dem durchaus befriedigenden Ergebnisse, daß die den arbeitenden Klassen von Staats wegen zugesicherte Fürsorge im wesentlichen unabhängig ist von den Lasten, welche gewissen Personen zur Aufbringung der nötigen Mittel auferlegt sind. Um so stärker darf und muß sich in den Trägern der Versicherung und allen bei der Durchführung in Amt und Dienst beteiligten Personen das Gefühl der Verantwortlichkeit dafür ausbilden, daß diese Fürsorge dem Volke gilt und nicht Selbstzweck ist, mit anderen Worten, daß das Wohl und Wehe der neuen Körperschaften und Kasseneinrichtungen von großer Bedeutung sein kann für das Gedeihen der gesamten arbeitenden Bevölkerung.

Die weitgehendsten Hoffnungen hat man in dieser Beziehung an die auf dem Gebiete der Unfallversicherung tätigen Berufs-Genossenschaften geknüpft, auf die in erster Reihe die Worte in der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 zu passen schienen, der engere Anschluß an die realen Kräfte des Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Fürsorge werde, wie man erwarten dürfe, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde. Wer die Verhältnisse im Unfallrecht und in der Verwaltung der Berufs-Genossenschaften näher kennt, wird bei aller Achtung vor den Leistungen dieser Fürsorgestellen zugeben müssen, daß ihnen ein wesentlicher, über den ursprünglichen Rahmen des Gesetzes hinausgehender Einfluß auf die Erziehung der erwerbstätigen Kreise nicht innewohnt, und daß sie trotz einiger Erweiterungen, die durch die Reform vor fünf Jahren eingeführt sind,

¹ „Das Recht der Arbeiterversicherung“, Bd. I, S. 255 ff.

schwerlich jemals eine größere Bedeutung hierfür erlangen werden: sie sind zu sehr Unternehmerverbände, der Arbeiter steht ihrer Geschäftsführung zu fern, als daß aus ihrer Tätigkeit ein vom gegenseitigen Vertrauen getragenes, gemeinnütziges Verhältnis der Mitarbeit der Versicherten sich herausgestalten könnte.

Viel günstiger liegt die Sache bei den Landesversicherungsanstalten: an ihrer Verwaltung nehmen die Versicherten in demselben Maße wie die Arbeitgeber unter der Leitung eines unparteiischen Beamten als Vorstehenden teil, sie verfügen infolge des herrschenden Kapitalbedingungsverfahrens im Gegensatz zu der auf Prämien und Umlagen angewiesenen Berufsgenossenschaften über ansehnliche Mittel, bei deren zinstragender Anlegung sehr gut die Wünsche und Bedürfnisse der Versicherten berücksichtigt werden können, und sie sind durch die Handhabung des Heilverfahrens und durch zahlreiche andere, der Volksgesundheit gewidmete Veranstaltungen imstande, erfolgreich an den verschiedensten Orten und auf die mannigfaltigste Art zur Besserung der Lage der Beteiligten beizutragen.

Eins aber fehlt ihnen wie den Berufsgenossenschaften: die enge örtliche und persönliche Fühlung mit den Versicherten. Der Verband, innerhalb dessen die Fürsorge gewährt wird, ist sehr groß, und selbst wenn man zu dem Mittel der Bildung von Unterabteilungen (Sektionen) greifen wollte, so würde es doch nicht möglich sein, den einzelnen Versicherten nahe genug zu kommen.

Hier ist den Krankenkassen Gelegenheit geboten, ihre Wirksamkeit zu entfalten und mit den Hilfsmitteln, über die sie nach der Eigentümlichkeit ihrer Befugnisse und Machtvollkommenheiten verfügen, allenthalben in die Wohnungen und Werkstätten einzudringen. Wo die übrigen Träger der Arbeiterversicherung nur Zersplittertes, Vereinzeltet leisten könnten, da schützt die örtliche Gliederung die Krankenkassen vor dem Versagen und gibt ihnen die Fähigkeit, kräftig mit für das Volkswohl zu sorgen und zu verhindern, daß die Söhne und Töchter der heimischen Erde im Kampfe ums Dasein mehr und mehr ihre Widerstandsfähigkeit einbüßen.

Nach zwei Hauptrichtungen hin äußert sich dieser Beruf der Krankenkassen zur Volkserziehung am ausgeprägtesten, obgleich damit, wie wir sehen werden, ihre Aufgabe, der Allgemeinheit zu nützen, bei weitem nicht erschöpft ist: für die **Gesundheit** und für die **Ettlichkeit** der Bevölkerung vermögen die Krankenkassen so wichtige Dienste zu leisten, daß ihre Bedeutung jedem unbefangenen Beobachter klar vor Augen treten muß. Über viele Punkte herrscht heut-

zutage unter den Rassenmitgliedern, den bei der Verwaltung mitwirkenden Arbeitgebern, den Rassenbeamten und Ärzten starke Meinungsverschiedenheit: hier aber ist trotz der sonstigen Mannigfaltigkeit in den Anschauungen die beste Gelegenheit zu einmütigem Schaffen und Vorwärtstommen gegeben, es handelt sich nur darum, daß man das Trennende zurücksetzt und sich dem Gewinne nicht verschließt, der aus gemeinsamer Verfolgung eines guten Zieles entspringt.

Die Fürsorge für die Volksgesundheit liegt selbstverständlich den Rassenverwaltungen am nächsten: wenn bei dem einzelnen Kranken treu und gewissenhaft ohne kleinliche Sparsamkeit die Vorschriften des Gesetzes und des Statuts erfüllt werden, so ist dadurch schon mittelbar auch der Gesamtheit genügt. Jedes Rassenmitglied, das an sich selbst die segensreiche Wirkung einer geordneten Krankenkassenverpflegung erfahren hat, vermag in dem engeren oder weiteren Kreise, mit dem es in Wohnung und Werkstatt, bei der Arbeit und bei der Erholung zusammen kommt, die gewonnene Belehrung und Erweiterung seines Gesichtsfeldes gut zu verwerten. Vor allen Dingen gilt dies von denjenigen, welche einige Wochen oder Monate in einem Krankenhaus, einer anderen Heilanstalt, einem Kurorte oder einer Genesungsstätte verbracht haben. Wenn es aller aufgewendeten Mühe ungeachtet oft in derartigen Zeiten der Rassenfürsorge nicht ganz gelingt, den Krankheitskeim auszurotten, so schließt ein solcher Pflegeabschnitt auf der anderen Seite doch auch häufig den Keim zur Entwicklung größerer Sorgfalt und Achtsamkeit gegen schädliche Einflüsse in sich, der Kranke lernt erkennen, was ihm selbst nachteilig ist, welche Gefahr durch ihn der Umgebung droht, wie man sich gegen die Ansteckung am leichtesten und sichersten schützt, welche Art der Ernährung am zuträglichsten, welche Arbeitsverrichtung am wenigsten bedenklich ist: „Jeder entlassene Pflegling soll in seinem Kreise ein Gesundheitsapostel werden!“ — Dieses in bezug auf die Lungenheilstätten ausgesprochene Wort läßt sich auf die Insassen zahlreicher anderer Stätten der Krankenfürsorge anwenden. Es gehört dazu allerdings zunächst, daß von beiden Seiten, durch die Krankenkassen wie durch die Patienten, die schwer auszurottende Abneigung gegen die Krankenhäuser immer gründlicher überwunden wird. Bei den Rassen sind es meistens finanzielle Erwägungen, die sie davor zurückschrecken lassen, in der ausgiebigsten Weise Anstaltspflege zu gewähren, und nachdem manche Krankenhäuser, dem Steigen der Anforderungen und Ausgaben für ärztlichen und sonstigen Bedarf nachgebend, ihre Verpflegungssätze sehr erheblich erhöht haben, ist es

begreiflich, wenn sich die Kassenleitung hier und da gegen die Einweisung in die Anstalt sträubt, weil sie sich einfach ausrechnet, um wie viel billiger das Krankengeld und die ärztliche Versorgung außerhalb des Krankenhauses sein würde. Da nach der herrschenden, freilich bestrittenen Meinung ein Zwang, die Anstaltspflege darzubieten, gegenüber den Krankenkassen nicht geübt werden kann¹, so behält es bei der ambulanten Behandlung häufig sein Bewenden, es sei denn, daß sich auf Antrag des Kranken die Armenverwaltung der Sache annimmt und für die Unterbringung Sorge trägt, um dann Erstattung nach den Sätzen des § 57 Rr. V. G. von der Krankenkasse zu fordern, bei denen letztere etwas günstiger fortzukommen pflegt. Dennoch ist dies Widerstreben, dies Abschieben der Fürsorge auf die Armenverwaltung mit dem Umwege der Erstattung in obigen Grenzen nicht zu billigen: es drängt die Kassenmitglieder, die nach Gesetz und Statut ein wohlverworbene Fürsorgerecht haben, auf den unwillkommenen Weg der Armenunterstützung, es setzt den Wert der Kassenleistungen und der Anstaltspflege herab, und es drückt denjenigen Krankenhäusern, in welche die Armenbehörde ihre Patienten zu schicken gewohnt ist, den Stempel des Unzulänglichen, des Notbehelfs in den Augen vieler Beteiligten auf. Wenn nun auch die politischen Rechte (Reichstagswahlbefugnis usw.) regelmäßig durch dies Verfahren keinen Abbruch erleiden, weil § 77 des R. V. G. vorschreibt, daß eine vom Armenverbande vorgeschossene, von der Krankenkasse nach § 57 dafür erstattete Aufwendung nicht mehr als Armenunterstützung betrachtet werden soll, so wird hierdurch doch an der Tatsache nichts geändert, daß einstweilen die Armenhilfe hat beantragt werden müssen². Es kommt hinzu, daß nicht selten die Krankenkassen den ihnen mitgeteilten Ersatzanspruch des Armenverbandes aus unzutreffenden Gründen abzulehnen pflegen — etwa weil die Kassenverwaltung der Krankenhausbehandlung nicht zugestimmt, weil der Kassenarzt die ärztliche Versorgung nicht in den Händen behalten habe und dergl. —, sodaß mancher an sich begründete Erstattungsantrag, den die Armenbehörde nachhaltig und entschieden bis zur

¹ Sahn, Rr. Verf. G., 3. Aufl., S. 100 unter e; Urteil des Herz. Braunschweigischen Verwaltungsgerichtshofs in der „Arbeiterversorgung“, Bd. 14, S. 333 und des Großh. Badischen Verw. Ger. Hofes in Regers Entsch. Bd. 16, S. 39. — Anderer Meinung ist der Königl. Bayerische Verw. Ger. Hof (das. Bd. 20, S. 440; Bd. 22, S. 254; Bd. 23, S. 254) und das Königl. Sächsische Ministerium, dessen Ansicht indes vielfachen Widerspruch gefunden hat.

² Wegen der Familienunterstützung vgl. außerdem S. 280 Anm. 2.

Klage und Entscheidung zu bringen versäumt, durch das mangelnde Entgegenkommen der Krankenkasse im Sande verläuft¹. Aufgabe zielbewußter Rassenvorstände ist es, in dieser Beziehung Wandel zu schaffen und grundsätzlich die vom Arzte für nötig erklärte Anstaltspflege auf Rassenkosten zu bewilligen, ohne die Armenverwaltung dazwischen treten zu lassen. Je bereitwilliger die Rassenverwaltung sich hierfür zeigt, desto eher wird sie im Stande sein, rechtzeitig einer Verschlimmerung des Gesundheitszustandes und den Folgen davon (dauerndes Siechtum, Lähmung, Tod) entgegenzutreten und mittelbar Ausgaben zu sparen, die sonst unvermeidlich wären. Die Kranken aber werden an den ihnen vor Augen tretenden Beispielen erkennen, wie wichtig die durchgreifende, gründliche Behandlung ist, die in den Krankenhäusern mit wenigen Ausnahmen geboten wird: darin liegt das beste Kampfmittel gegenüber dem schon erwähnten, verbreiteten Vorurteil, durch welches so viele Rassenmitglieder veranlaßt werden, sich in unvernünftiger Weise der Anordnung, das Krankenhaus aufzusuchen, mit Gründen aller Art zu widersetzen. Bald soll das Essen in der Anstalt zu schlecht, bald der Arzt zu grob gewesen sein, auf Gerüchte und auf Erzählungen von Hörensagen wird eine abfällige Ansicht über den Betrieb aufgebaut, und so lange als möglich sträubt sich der Patient gegen die Überführung. Die Krankenkasse ist hier in der Lage, aufklärend, überzeugend, bestimmend zu wirken, indem sie den Beteiligten den Wert der Anstaltsfürsorge im rechten Lichte erscheinen läßt und nötigenfalls die anders geartete („ambulante“) Krankenunterstützung verfaßt, wenn die von ihr sachgemäß dargebotene Krankenhauspflege abgelehnt wird. Es spielen freilich oft auch die Rücksichten auf die Einkommensverhältnisse der Familie mit: der Ernährer, dem die Kasse bisher während der in eigener Behausung verbrachten Krankheitszeit ein Krankengeld von 1,50 Mk. und mehr zahlte, fürchtet seine Angehörigen der Not und Entbehrung aussetzen, wenn er sie verläßt und in die Anstalt geht. Immerhin steht dann der Familie ein Anspruch auf das halbe Krankengeld zu², und es ist erfreulich, daß die letzte Krankenversicherungsnovelle seit dem 1. Januar 1904 die Dauer der Rassenleistungen auch in

¹ Hahn (Anm. zu § 77 Rr.V.G.) nimmt mit Recht an, daß nicht schon das Bestehen, sondern erst die Durchführung des Ersatzanspruches die Unterstützung der armenrechtlichen Eigenschaft entleidet.

² Aber nur, wenn die Krankenkasse, nicht wenn der Armenverband auf seine Rechnung das Mitglied im Krankenhause unterbringen läßt.

dieser Beziehung bis zum Ablauf der 26. Woche vom Beginn des Krankengeldbezuges ab erweitert hat. Außerdem fällt für die Entschließung des kranken Familienhauptes ins Gewicht, daß fortan die Seinigen nicht mehr für seinen Unterhalt, für stärkende Nahrung, für Wartung und Pflege zu sorgen haben, daß ihnen dadurch manche Aufwendung erspart und Gelegenheit zu anderer, entgeltlicher Tätigkeit eröffnet wird. Ein Hauptgrund, der schließlich ins Treffen zu führen ist, besteht darin, daß die Aufnahme des Kranken in der Anstalt seine Umgebung, falls er an einer ansteckenden Erkrankung leidet, der hiermit verknüpften ständigen Gefahr entzieht, daß also, zumal wenn die gesetzlichen und polizeilichen Bestimmungen über die Wohnungsdesinfektion immer vollständiger zur Durchführung gelangen, für eine größere oder geringere Zahl anderer ein gesundheitlich nicht zu unterschätzender Vorteil erzielt wird.

Aber auch, wenn wir von dem schwersten und erfolgreichsten Geschütz der Kassen, der Krankenhausbehandlung, absehen und ihre sonstigen Leistungen betrachten, bietet sich in reicher Fülle Gelegenheit zu erzieherischem, nützlichem Wirken. Das Verhältnis zwischen Arzt und Patient kann sich bei richtiger Handhabung in befriedigendster Weise entwickeln¹. Es ist durchaus nicht nötig, zu der viel umstrittenen Frage: „Kassenarztzwang oder freie Arztwahl?“ in diesen Ausführungen Stellung zu nehmen, obgleich ich nie ein Hehl daraus gemacht habe, daß ich für manche Betriebe (besonders für die mit erhöhter Gefahr verknüpften Berufszweige) die Tätigkeit der Kassenärzte infolge der größeren, reicheren, nach und nach gesammelten Erfahrung als sehr ersprießlich betrachte. Vom idealen Standpunkte aus angesehen, kann natürlich jeder Arzt durch seine größeren oder geringeren Beziehungen zu den Krankenkassen günstigen Einfluß auf das gesundheitliche Wohlergehen der Bevölkerung üben, und es ist nicht zu viel behauptet, wenn man mit der Möglichkeit rechnet, daß dem gesamten ärztlichen Stande dieser Zusammenhang nützt, obgleich in medizinischen Kreisen, zum Teil durch die Schuld der Krankenkassenverwaltungen, zum Teil aber auch durch andere Einwirkungen hervorgerufen, die Meinung stark verbreitet ist, es sei die reichs-gesetzliche Krankenversicherung dem Ärztestande eher zum Schaden als zum Vorteil ausgeschlagen. Die Wahrheit wird hier, wie so

¹ Über die Aufgaben des Arztes auf dem Gebiete der sozialen Medizin vgl. Lennhoff in der von ihm herausgegebenen „Mediz. Reform“, Bd. 13, Nr. 8, S. 57.

oft, in der Mitte zu finden sein. Niemand wird ernstlich leugnen können, daß dem Arzte, der seine Aufgabe im Verkehr mit den Krankenkassen und den bei denselben in Betracht kommenden Arbeitgebern richtig erfaßt und pflichtgetreu durchführt, ein hohes, edles Ziel gesteckt ist. Dem einzelnen Kranken gegenüber wird er ein unparteiischer, wohlwollender Berater sein, der vor leichtsinnigen Schritten warnt, der aber zugleich einer übertriebenen Vorsicht entgegentritt und zu dem Versuch, die Arbeit bei genügend vorgeschrittener Genesung wieder aufzunehmen, mit freundlichem Ernst ermuntert. Die Versicherten im allgemeinen vermag er durch belehrende Vorträge mit den Eigentümlichkeiten vertraut zu machen, die ihr Beruf in sich birgt, er kann ihnen gute Ratschläge zur Vermeidung von Erkrankungen, zur baldigen Heilung einer an sich unbedeutenden Krankheit, zum richtigen Verhalten bei Unfällen und dergl. geben. Die Arbeitgeber werden von ihm auf nachteilige Betriebseinrichtungen hingewiesen, deren Beseitigung zur Verhütung von Gewerbekrankheiten oder Unfällen nötig erscheint, und wenn seine Vorstellungen in dieser Beziehung etwa vergeblich bleiben sollten, so wird eine Verständigung mit dem Gewerbeinspektor oder mit der Polizeibehörde die Herbeiführung besserer Zustände in vielen Fällen möglich machen. Nicht minder bedeutsam und von erzieherischem Werte ist die Stellung des Arztes gegenüber der Verwaltung der Krankenkasse (Rechnungsführer, Vorstand, Generalversammlung). Er soll sich nicht darauf beschränken, lediglich seinen Dienstvertrag auszuführen und nach Gesetz und Kassenstatut in jedem Krankheitsfalle zu verfahren, wohl aber ist er dazu berufen, Anregungen zu geben und auf wunde Punkte hinzuweisen, wo er sie entdeckt. Nicht als „Arbeitnehmer“ der Kasse, wie es der übermütigen Auffassung einzelner Machthaber innerhalb der Krankenkassenverwaltungen wohl entspräche, auch nicht als ein vorwiegend vom Spartrieb befehlter Bundesgenosse fiskalisch denkender Rechnungsführer, die in jedem Kranken einen Simulanten erblicken möchten, sondern als sachverständiger, von wissenschaftlichen Grundsätzen geleiteter Beirat der Kassenleitung darf er sich fühlen, damit sein Wort und sein Handeln der Gesamtheit zum Heile diene. Es gibt zahlreiche Fragen, in denen das Krankenversicherungs-gesetz aus wohl-erwogenen Gründen den einzelnen Krankenkassen freie Hand gelassen und das Recht eingeräumt hat, durch ihr Statut den Rahmen der Unterstüzungen enger oder weiter zu spannen: hier ist das Gebiet, auf dem ein tüchtiger Arzt sein Wissen und seine Erfahrung zeigen

kann, um die Beteiligten zu Ergänzungen der Fürsorge zu ermuntern, wenn er sie für zweckmäßig und ausführbar hält, oder vor übergroßer Ausdehnung der Leistungen zu warnen, wenn er Bedenken dagegen hegt. Bekanntlich bildet bei Beginn der Krankheit die Beobachtung einer kurzen Zwischenzeit, bevor das Krankengeld im Falle der Erwerbsunfähigkeit beansprucht werden darf, die gesetzliche Regel (§ 6 Nr. 2 R. V. G.). Allmählich hat man sich indes davon überzeugt, daß diese von verschiedenen Seiten lebhaft angefeindete „Karenzzeit“, in der man ein unentbehrliches Mittel zur Bekämpfung der Simulation erkennen zu müssen glaubte¹, je nach Lage der örtlichen und sonstigen Verhältnisse ganz unbedenklich aufgegeben werden kann, wenn nur zugleich von der Befugnis Gebrauch gemacht wird, zum Schutze gegen Ausbeutung wirksame Bestimmungen über die Krankmeldung, sowie über das Verhalten und die Beaufsichtigung der Erkrankten zu treffen. Dabei ist nicht selten mit Erfolg der vermittelnde Standpunkt eingenommen, der die Zahlung des Krankengeldes zunächst von der Beobachtung der Karenzzeit abhängig macht, der aber, wenn die Erwerbsunfähigkeit etwas länger (eine Woche, 14 Tage usw.) dauert, die Nachzahlung des Krankengeldes für die ersten Erkrankungsstage gestattet. Auch findet man bei vielen Kassen die statutarische Anordnung, daß das Krankengeld nicht vom dritten Tage nach der Erkrankung ab, sondern schon vom zweiten Tage an gewährt werde, und daß die Karenzzeit bei Betriebsunfällen oder überhaupt bei äußeren Verletzungen, selbst wenn sie außerhalb des Dienstes eintreten, vollständig wegfallen soll. Was für die einzelne Kasse das Wichtigste ist, läßt sich schwer feststellen, wenn man nicht einen genauen Überblick der Mitglieder und ihrer Eigentümlichkeiten besitzt, wie ihn nur die Erfahrung gibt. „Eins schickt sich nicht für alle“, und wenn alte, gut ausgestattete Fabrikkrankenkassen mit geringem Wechsel im Mitgliederbestande getrost die Karenztage über Bord werfen, ohne Schaden befürchten zu müssen, so ist bei einer Ortskrankenkasse, deren Mitgliederzahl je nach der Jahreszeit auf und nieder schwankt, bei der fortwährender Wechsel in der Beschäftigung stattfindet, und die Erreichung des gesetzlichen Reservefonds große Mühe macht, im Gegenseite dazu Vorsicht geboten. Der Arzt weiß dann häufig am besten zu sagen, wie viel Vertrauen die Kasse ihren Mitgliedern schenken kann, und ob sich ein Entgegen-

¹ Nr. 151 der Reichstagsdrucksachen, 8. Legislaturperiode, 1. Session (1890), S. 46 ff.

kommen betreffs der Karenztage nicht bitter rächen wird. In ähnlicher Weise liegt es ihm ob, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob die Mitberücksichtigung der in die Woche fallenden Feiertage (Himmelfahrt, Bußtag, Neujahr usw.) bei der Auszahlung des Krankengeldes empfehlenswert ist, ob vielleicht sogar auch für die Sonntage diese angebracht erscheint, was im Ergebnis der Erhöhung des Krankengeldes um ein Sechstel gleichkommen würde, ob die Dauer der Krankenunterstützung ohne unbillige Belastung der Beteiligten von 26 auf 39 oder gar auf 52 Wochen angängig, und ob das Krankengeld statt mit 50 v. H. des bei der Beitragsberechnung zugrunde gelegten Lohnsatzes fortan in Höhe von 60 bis 75 v. H. desselben gewährt werden kann. Die Begehrlichkeit der Mitglieder ist selbstverständlich leicht geweckt; hiervor muß der Arzt sich hüten, er darf sich nicht hindern lassen, seiner Meinung Ausdruck zu geben, auch wenn sie der Erweiterung der Rassenleistungen ungünstig ist, und muß danach streben, sich die Eigenschaft einer Vertrauensperson zu sichern, deren Wort etwas bei den Verhandlungen der Kasse gilt, an denen teilzunehmen nur eine äußerst kurzfristige Verwaltung ihre Ärzte hindern wird. Reich und mannigfaltig ist daneben das den Ärzten offenstehende Feld praktischer, erzieherischer Betätigung innerhalb der Krankenaufsicht. Ob es ratsam ist, jeden Erkrankungsfall nicht nur durch das Mitglied und dessen Angehörige, sondern auch durch den Arbeitgeber melden zu lassen, der das Fehlen des Arbeiters in der Werkstatt wahrnimmt und bisweilen darüber wertvolle Aufschlüsse zu geben weiß, ob die Krankenaufsicht den Mitgliedern selbst (im Ehrenamte, gegen Vergütung usw.) zu überlassen oder bezahlten Krankenbesuchern anzuvertrauen ist, erscheint häufig sehr zweifelhaft; um so willkommener muß bei dem schwerwiegenden Schritte nach der einen oder anderen Richtung hin die ärztliche Raterteilung und Hilfe sein. Eine besonders wichtige Erwägung besteht darin, ob die Krankenkasse die ärztliche Hilfe auf die Familienangehörigen der Mitglieder ausdehnen soll¹, und wie sich in gesundheitlicher und finanzieller Hinsicht diese Maßregel äußern wird. Die Kosten einer solchen Erweiterung der Rassenleistungen sind sehr erheblich, zumal dann, wenn auch Arzneien, Heilmittel usw. auf gemeinsame Kosten angeschafft und geliefert werden, der Erfolg aber spricht unleugbar sehr für die Einführung wenigstens in denjenigen Verhältnissen, bei

¹ Vgl. den Aufsatz in diesem Jahrbuch Bd. XXIII, Heft 1, S. 109 ff.: „Die reichsgesetzliche Familienversicherung“.

welchen es sich um feste, dauernd beschäftigte Arbeiter und deren Familien handelt. Es ist hoffentlich nur eine Frage der Zeit, daß die Krankenkassen kraft gesetzlicher Vorschrift allgemein diesen wichtigen Schritt zu tun genötigt werden. Die jetzigen Bestimmungen über die Beitragsbemessung reichen für derartige Mehrleistungen nur in seltenen Fällen vollkommen aus; vor allen Dingen ist geringe Hoffnung vorhanden, einzelne Kassenmitglieder im Wege freiwilliger Zusatzversicherung (§§ 21 Nr. 5, 22 R.V.G.) für den Gedanken der Familienkrankenpflege zu gewinnen¹. Man kann freilich behaupten, daß es der den Krankenkassen grundsätzlich zugestandenen Selbstverwaltung entspricht, wenn sie selbst die Entscheidung darüber treffen, wie und in welchem Umfange sie die Familienversicherung einführen wollen. Verhängnisvoll wäre es aber, hiermit über den Kopf der Ärzte hinweg vorzugehen. Weises Maßhalten muß die Regel für die Entschlüsse des Vorstandes und der Generalversammlung bilden: beide dürfen sich weder von einem ehrgeizigen, nach vermehrter Tätigkeit verlangenden Ärzte zu Schritten verleiten lassen, die nicht zu den Verhältnissen und der Vermögenslage der Kasse passen, noch einer engherzigen Sparsamkeit huldigen, die jede Verbesserung ängstlich scheut und die Kassenleistungen auf den allernotwendigsten Umfang beschränken möchte. Bei den Bemühungen, hier einen sachgemäßen Ausgleich der Interessen zu erzielen, können Ärzte, Mitglieder und Arbeitgeber zeigen, ob sie für die wichtigen in ihre Hand gelegten Befugnisse die nötige Reife besitzen. Sehr kommt den Arbeitgebern in solchen Fällen, wenn die Versicherten gern die eine oder die andere Ausdehnung der Kassenfürsorge durchgeführt sehen möchten, die Vorschrift in § 21 Nr. 1 a R.V.G. zu statten, wonach über die Beurlaubung der Karenzzeit, über die Zahlung von Krankengeld auch an Sonn- und Feiertagen und manche andere Erweiterung die Vertretung der Arbeitgeber getrennt von der der Versicherten Beschluß zu fassen hat. Mit Recht bemerkt die Begründung zu der Krankenversicherungsnovelle von 1892² hierzu:

„Diese Erschwerung einer die gesetzliche Regel abändernden Beschlußfassung, welche durch die Verpflichtung der Arbeitgeber, die dadurch entstehende Mehrbelastung an ihrem Teile mitzutragen, gerechtfertigt wird und in der Bestimmung des § 31 Absatz 2 bereits einen Vorgang findet, dürfte ein ausreichendes Gegengewicht

¹ Ebenda S. 118.

² Nr. 151 a. a. O. S. 47.

gegen die etwaige Neigung der Versicherten zu einer unbesonnenen Beschlußfassung bilden. Die darin liegende Bürgschaft gegen übereilte Beschlüsse wird übrigens noch dadurch verstärkt, daß einem auf Beseitigung der Karenzzeit lautenden Beschlusse von der höheren Verwaltungsbehörde die Genehmigung versagt werden kann, wenn sich herausstellt, daß die dadurch entstehende Mehrbelastung der Kasse mit ihren statutenmäßigen Einnahmen nicht gedeckt werden kann."

Durch diese Ausnahmenvorschrift, welche den Arbeitgebern eine Art Vetorecht einräumt, wird deren Rechtsstellung ungefähr dieselbe, als wenn schon jetzt die von vielen Seiten für die in Aussicht stehende Vereinfachung und Zusammenschmelzung der Arbeiterversicherung empfohlene gleichmäßige Beteiligung von Versicherten und Arbeitgebern an der Tragung der Lasten und an der Verwaltung Gesetz geworden wäre: der eine Teil ist darauf angewiesen, sich des Einverständnisses des andern möglichst zu vergewissern. Dem Arzt fällt hierbei, sofern er seinen Beruf richtig auffaßt und sich vor Einseitigkeiten hütet, die Rolle des „ehrlichen Maklers" zu, deren Ausübung dem verständigen Fortschritt auf dem Gebiete der Krankenkassenfürsorge dienen wird und zugleich die Versicherten wie die Arbeitgeber in richtigem, sozialpolitisch und gesundheitlich heilsamem Denken schulen hilft, während jeder Teil für sich allein leicht auf Irrwege geraten könnte.

Die Gesundheitspflege in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung wird wesentlich beeinflusst durch die Wohnungsverhältnisse. Nicht nur die oben schon erwähnte Ansteckungsgefahr, sondern auch der sonstige Zusammenhang, in dem die Heimstätte des Arbeiters mit seinem und seiner Familie Wohlbefinden steht, weist die Krankenkassen mit Notwendigkeit darauf hin, der Wohnungsfrage betreffs ihrer Mitglieder einige Aufmerksamkeit zu schenken¹. In manchen Städten bedarf es des Eingreifens der Kassen nicht mehr, weil dort auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Vorschriften schon eine geregelte Wohnungsaufsicht seitens des Staates, der Gemeinde usw. eingerichtet ist. Anderwärts steckt diese Art der behördlichen Fürsorge noch in den ersten Anfängen oder fehlt vollständig: hier ist es erklärlich, wenn die Krankenkassen in dem berechtigten Streben, ihren

¹ Vgl. den Bericht von Frau Henriette Fürth über den ersten allgemeinen deutschen Wohnungskongreß auf S. 362 des 10. Jahrgangs der völkstüml. Ztschr. f. prakt. Arb.versicherung.

Krankenbestand im Laufe der Zeit hinabzumindern und vorbeugende Mittel anzuwenden, sich mit den Unterkunftsräumen ihrer Mitglieder etwas näher befassen und beim Vorhandensein von Übelständen Anträge an die zuständige Stelle richten. Es entspricht dem Zwecke derartiger Ermittlungen, wenn sie sich nicht auf das Befichtigen von Wohnungen erkrankter Mitglieder beschränken, obgleich die in den meisten Klassen geltenden Vorschriften über die Krankenaufsicht nur hierfür eine Unterlage geben. Daß die gesunden Mitglieder sich weigern würden, den Beauftragten der Klasse Einblick in ihre Wohnräume zu gestatten, ist mit verschwindend geringen Ausnahmen nicht vorauszusetzen. Selbst da, wo eine behördliche Wohnungsstatistik geführt wird, ist der bei einer Krankentassenumfrage ermittelte Tatbestand daneben nicht ohne Wert. Beispielsweise sei auf den 10. Bericht über die im Jahre 1904 von der Ortskrankenkasse der Kaufleute zu Berlin veranstaltete Wohnungs-enquete hingewiesen¹, nach welchem in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober 1904 die Wohnräume von 662 männlichen und 510 weiblichen, zusammen 1172 Personen untersucht sind, worunter sich 88 männliche (= 13,29 %) und 78 weibliche (= 15,29 %), zusammen 166 Patienten (= 14,16 %) befanden, denen kein Bett zur alleinigen Verfügung stand. Unter diesen Kranken litten 10 männliche (= 11,36 %) und 17 weibliche (= 21,79 %), insgesamt 27 (= 16,26 %) an der Lunge. Während bei 68 Kranken die Wohnungsverhältnisse bis auf die Teilung des Bettes mit anderen Personen als gut zu bezeichnen waren, wurden in feuchten oder dunklen Wohnungen 152 Kranke (93 männliche, 59 weibliche) angetroffen, bei denen es sich um folgende Leiden handelte: an der Lunge 26, an den übrigen Atmungsorganen 10, an Magen und Darm 13, an den Augen 3, an Nasen- und Geschlechtsorganen 4, an den Nerven 9, an Blutarmut 8, an Rheumatismus 24, am Herzen 5, am Unterleib 6, verschiedene Krankheiten 44. Nachforschungen solcher Art sind für die Krankentassen auch deshalb von großer Wichtigkeit, weil sie sich bei der Stellungnahme zu der Frage, ob erkrankte Mitglieder in ihrer Wohnung zu belassen oder ins Krankenhaus einzuweisen sind, sehr wesentlich durch den Wohnungsbefund leiten lassen werden, über den regelmäßig ein Eintrag in der Mitgliederliste erfolgen wird. Das schon gekennzeichnete Hand-in-Hand-gehen mit dem Arzte führt alsdann zu derjenigen Entschließung, welche für alle Teile am zweckmäßigsten ist.

¹ „Volkstüml. Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung, Bd. 11, S. 5.

Eine besondere Behandlung erfordert die Aufgabe, welche den Krankenkassen bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erwächst. Hier treffen die beiden in den Vordergrund unserer Ausführungen gestellten erzieherischen Zwecke, die Sorge für die Gesundheit und für die Sittlichkeit des Volkes, miteinander zusammen, und es ist deshalb wohl gerechtfertigt, dies Tätigkeitsfeld der Kassen nach der einen wie nach der anderen Richtung hin zu beleuchten. Es ist im höchsten Grade interessant zu beobachten, wie die Gesetzgebung, den wechselnden Anschauungen und Strömungen folgend, bemüht gewesen ist, beiden Rücksichten gerecht zu werden, wie aber zuletzt die gesundheitlichen Erwägungen doch den Hauptausschlag gegeben haben. Ursprünglich gab man den Krankenkassen das Recht, durch Statut (bei der Gemeindefrankenversicherung durch Beschluß) zu bestimmen, daß denjenigen Versicherten, welche sich eine Krankheit durch geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen hätten, kein Krankengeld zukommen solle, während verständigerweise die Gewährung ärztlicher Behandlung, Arznei usw. auch diesen Patienten nicht entzogen werden durfte¹. Diese in der Novelle von 1892 im wesentlichen unverändert übernommene Vorschrift ist im Laufe der Jahre lebhaft und erfolgreich angefeindet; vor allen Dingen gebührt der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten das Verdienst, immer wieder durch ihre Veröffentlichungen und Aufrufe sowie durch Hinweis auf ein entsprechend verfaßtes, gemeinverständliches Merkblatt auf die große Gefahr hingewiesen zu haben, die in der Benachteiligung erwerbsunfähiger Geschlechtskranker zu erblicken ist². Die Befürchtung liegt nahe, daß sie, um nicht mittellos dazustehen, ein beginnendes Leiden zu verbergen suchen, und dadurch für sich und ihre Umgebung im höchsten Grade nachteilige Folgen herbeiführen. Nur verhältnismäßig wenige Krankenkassen haben hieraus Veranlassung entnommen, die Einschränkung des Krankengeldbezuges für Geschlechtskranke, die aus dem Musterstatut des Bundesrats fast allenthalben Eingang gefunden hatte, aus freien Stücken zu beseitigen. Wenn die Kassenverwaltung grundsätzlich in den ihr bekannt werdenden Fällen Krankenhauspflege bot, so war immerhin darauf zu rechnen, daß die Mitglieder im Vertrauen hierauf etwaige Er-

¹ §§ 6a Nr. 2, 26a Nr. 2 R. V. G.

² Vgl. Bd. 9 S. 22 der „Vollstündl. Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung“; „Arbeiterversorgung“ Bd. 20 S. 71, 258 und 598.

krankungen alsbald melden. Wo diese wohlwollende Handhabung indes nicht in Übung war, da haben sich Mißstände gezeigt, deren Beseitigung um so dringender geboten war, als in manchen Berufsarten durch die Eigentümlichkeit der Beschäftigung eine Gefährdung der gesamten Bevölkerung drohte (z. B. bei Bäckern, Schlachtern, Kellnern, Barbieren und Friseuren u. dgl.). Es ist erfreulich, daß die Gesetzgebung sich trotz des Widerspruchs der Kreise, welche die Bestrafung der Unfittlichkeit höher als die Abwehr gemeingefährlicher Krankheiten stellten, zu durchgreifender Abhülfe entschlossen hat. Dies ist durch die Novelle von 1903 (mit Wirkung vom 1. Januar 1904 ab) geschehen, welche den Ausschluß des Krankengeldes bei Zuziehung der Krankheit durch geschlechtliche Ausschweifungen¹ nicht mehr gestattet. Die Begründung der Regierungsvorlage spricht durchaus zutreffend davon, daß die bisher angewendete Bestimmung nicht selten Anlaß dazu gegeben habe, geschlechtliche Krankheiten zu verheimlichen und zu verschleppen². Ihre Beseitigung durch Streichung der betreffenden Worte darf als nicht unwesentlicher Fortschritt bezeichnet werden. Damit ist folgerichtig auf der Bahn weitergegangen, die schon einige Jahre vorher bei Umgestaltung der Invalidenversicherung betreten war. Dort schloß nach § 17 des Invaliden- und Alters-Vers.-Gesetzes von 1889 eine durch geschlechtliche Ausschweifungen herbeigeführte Erkrankung die Gleichstellung der betreffenden Unterbrechungszeit mit geleisteten Beiträgen aus. Bei Beratung der Novelle von 1899 im Reichstage fand sich zunächst weder in der Kommission³ noch im Hause eine Mehrheit für die Streichung dieser Vorschrift. Erst in der dritten Lesung wurde sie durchgeführt⁴. Wer sich vergegenwärtigt, wie sehr die Verbreitung

¹ Über den Begriff der „geschlechtlichen Ausschweifungen“ ist viel hin und her gestritten worden: die eine Meinung hält den Ausdruck nur auf eine Mehrzahl von Handlungen für anwendbar, die andere vertritt den Standpunkt, daß auch ein einmaliger Verstoß gegen die Gebote der Sitte den gesetzlichen Tatbestand erfülle.

² Motive S. 9.

³ Ein in der Kommission gestellter Streichungsantrag wurde, offenbar weil er als aussichtslos galt, zurückgezogen, vgl. den Kommissionsbericht S. 1729.

⁴ Gehard und Düttmann (Z. V. G., 2. Aufl., Anm. 26 zu § 30 S. 201) haben nicht ganz unrecht, wenn sie bemerken, daß nach dem Inhalt der Verhandlungen die Bedeutung der Bestimmung von manchen Seiten sehr überschätzt sei, und daß sie jedenfalls nur in verschwindend geringen Fällen Anwendung gefunden habe. Aber um so leichter dürfe man sich entschließen, sie abzuschaffen.

von Geschlechtskrankheiten durch deren Verheimlichung begünstigt wird, kann die Beseitigung der Sonderstellung Geschlechtskranker in beiden Beziehungen nur beifällig begrüßen (vgl. Rosin, Recht der Arbeiterversicherung, Bd. II S. 385 bei Anm. 37).

Noch ein zweites Vergleichsgebiet, auf dem gesundheitliche und sittliche Erwägungen in einem gewissen Widerstreit gestanden haben, mag berührt werden: die Wöchnerinnen-Fürsorge. Das ursprüngliche R. Ges. betr. die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883 ging den allein richtigen Weg, indem es unterschiedslos allen Wöchnerinnen die Gewährung der Unterstützung zusicherte¹, ohne Rücksicht auf eheliche oder außereheliche Entbindungen. Das landwirtschaftliche Unfall- und Kranken-Vers. Gesetz vom 5. Mai 1886 führte indes in § 135 eine Sonderung ein und verneinte den Anspruch bei außerehelichen Geburten. Doch nur sechs Jahre dauerte der merkwürdige Rechtszustand, daß den gewerblichen Wöchnerinnen eine Wohlthat gewährt wurde, die man den land- und forstwirtschaftlichen Wöchnerinnen zu versagen für nötig gefunden hatte. Durch Art. 32 der Novelle von 1892 fiel mit dem 1. Januar 1893 diese Ungleichheit, und seitdem steht allen weiblichen Mitgliedern einer Zwangskasse (vgl. S. 294 Anm. 1) die Anwartschaft auf diese Beihilfe zu, ja es gehört sogar die Wochenbettunterstützung zu denjenigen Mindestleistungen der Orts- usw. Krankenkassen, auf deren Gewährung die wegen Erwerbslosigkeit aus der Kasse Ausgeschiedenen einen Anspruch haben, wenn sie mindestens drei Wochen ununterbrochen versichert waren, und die Entbindung vor Ablauf fernerer drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Kasse eintritt (§ 28 Rr. V. G.). Freilich hat man, um die Krankenkassen nicht übermäßig durch derartige Aufwendungen zu belasten, in § 20 Rr. 2 das. die Anordnung getroffen, daß nur denjenigen, welche innerhalb des letzten Jahres, vom Tage der Entbindung ab gerechnet, mindestens sechs Monate hindurch auf Grund des Rr. Vers. G. errichteten Kasse oder einer Gemeindekrankenversicherung angehört haben, der Anspruch gebühre; andernfalls würde eine Schwangere durch Eintritt in ein kurzes, nur etwa 10—12 Tage dauerndes Arbeitsverhältnis mit

¹ Allerdings beschränkt sich die Wochenbettunterstützung sowie die noch zu erörternde Fürsorge für Schwangere auf die Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- und Innungskrankenkassen, während die leider noch immer, besonders in ländlichen Bezirken bestehende Gemeindekrankenversicherung und die eingeschriebenen Hilfskassen nicht zur Gewährung dieser Wohlthat verpflichtet, ja noch nicht einmal dazu berechtigt sind.

ganz geringen Beiträgen sich den Unterstützungsbezug sichern können. Inhaltlich ist aber allmählich die Leistung der Krankenkassen sehr erweitert: anfangs währte die Bezugszeit drei, seit 1893 mindestens vier Wochen, und vom 1. Januar 1904 ab ist sie allgemein auf sechs Wochen ausgedehnt. Der Arzt ist dadurch regelmäßig der schwierigen Prüfung überhoben, die ihm § 137 Abs. 5 der R. Gew. Ordnung zumutet¹. Es ist sehr bestritten, ob bei der Ausstellung des dort geforderten Gutachtens lediglich auf die Gesundheit der Mutter Rücksicht zu nehmen ist, oder ob auch die Tatsache in Betracht gezogen werden kann, daß neugeborene Kinder fast immer zur Kräftigung ihres Zustandes die mütterliche Pflege, häufig auch die Ernährung durch Muttermilch dringend bedürfen. Landmann (bei § 137 Abs. 5 R.G.D.) und Melken (Die deutschen Arbeiterschutzgesetze S. 862 d) bejahen die Frage, während Schöder und Kayser-Steiniger in ihren Erläuterungen des genannten Paragraphen auf ablehnendem Standpunkte stehen. Für die mildere Auffassung der erstgenannten Schriftsteller läßt sich anführen, daß in den Verhandlungen des Reichstages und seiner Kommission, denen die Bestimmung infolge eines Vermittelungsantrages ihre Entstehung verdankt, wiederholt auf die dem Kinde zu gewährende Pflege hingewiesen ist. Es wurde geltend gemacht, daß das Interesse von Mutter und Kind die längere Fernhaltung von der Arbeit fordere, daß bei einer häuslichen Beschäftigung das Kind nicht der mütterlichen Pflege entbehre, daß dagegen die zeitigere Fabrikbeschäftigung namentlich in solchen Fällen (z. B. bei Fehl- und Totgeburten), in denen die Wöchnerin durch die Sorge für das Kind nicht in Anspruch genommen werde, wohl angängig erscheine. Indes dies alles sind Gesichtspunkte, die in erster Reihe der Arzt zu berücksichtigen hat, welcher um Ausstellung des Zeugnisses angegangen wird. Der Fabrikbesitzer, der nach Vorlegung eines ordnungsmäßigen ärztlichen Zeugnisses eine Arbeiterin nach Ablauf der vierten, aber vor Ablauf der sechsten Woche nach der Entbindung wieder einstellt, macht sich auf keinen Fall strafbar, wenn auch durch Verständigung mit dem Fabrikarzt oder in anderer Weise dahin gewirkt werden kann, daß die vorzeitige Wiederaufnahme der Arbeit unterbleibt. Dies

¹ § 137 Abs. 5 R.G.D. lautet: „Wöchnerinnen dürfen während vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während der folgenden zwei Wochen nur beschäftigt werden, wenn das Zeugnis eines approbierten Arztes dies für zulässig erklärt.“

wird jetzt, nachdem die Unterstützungsrechte der Wöchnerinnen unter allen Umständen bis zu sechs Wochen ausgedehnt sind, um so eher durchführbar sein. Die Krankenkasse hat sogar bei der Gefahr, die in der Überanstrengung schwächerer Frauen liegt und sowohl diese als die Kasse schädigt, ein großes Interesse daran, die allzu zeitige Rückkehr in die Arbeit zu verhindern. Nachdem durch die Erweiterung der Rassenleistungen die Rechtslage der Entbundenen sich besser gestaltet hat, darf man annehmen, daß sie nicht mehr auf beschleunigten Wiedereintritt in den Löhnerwerb hindrängen und sich mit der Wöchnerinnenunterstützung in der 5. und 6. Woche nach der Niederkunft begnügen. Da diese die Hälfte des Durchschnittsverdienstes ausmacht, der auf etwa 8—10 Mk. wöchentlich geschätzt werden mag, so beträgt der Ausfall in jeder der beiden Wochen ungefähr 4—5 Mk. Soviel ist die Ruhe und Schonung der Mutter, die Pflege und Wartung des neugeborenen Kindes jedenfalls wert. Das Kr. V. G. ist aber in seiner jetzt geltenden Fassung noch weiter gegangen: es widmet seine Fürsorge nicht allein den Wöchnerinnen, sondern es gestattet auch im Wege der statutarischen Mehrleistung eine Unterstützung der Schwangeren nach verschiedenen Richtungen hin. Nach § 21 Nr. 4 kann Schwangeren, welche mindestens sechs Monate der Kasse angehören¹, eine der Wöchnerinnenunterstützung gleiche Unterstützung wegen der durch die Schwangerschaft verursachten Erwerbsunfähigkeit bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen gewährt werden, auch ist es zulässig, freie Gewährung der erforderlichen Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden im Statut zuzusichern. Es ist der freie Wille der Generalversammlung, ob sie diese Einrichtung treffen und die Genehmigung der „höheren Verwaltungsbehörde“ dazu beantragen will. Entschließt sie sich dazu, dann muß die Vergünstigung allgemein eingeräumt und darf nicht im Einzelfalle vom Belieben des Vorstandes abhängig gemacht, auch nicht den ehelich Entbundenen zugestanden, den außerehelichen Wöchnerinnen aber verweigert werden². Es ist durchaus zu billigen, daß hier ebenso wie bei der Wochenbett-

¹ Es ist also die Verpflichtung der Kasse an strengere Voraussetzungen als bei der Wöchnerinnenunterstützung nach § 20 Kr. V. G. geknüpft: dort genügt für die Begründung des Anspruchs eine insgesamt 26 Wochen betragende Mitgliedschaft in einer oder mehreren Zwangsklassen, hier muß in der in Anspruch genommenen Kasse unmittelbar vor dem Eintritt des Unterstützungsfalls eine ununterbrochene sechsmonatige Mitgliedschaft vorliegen.

² Vgl. n., Kr. V. G. bei § 21 Nr. 4.

unterstützung die Frage des sittlichen Verschuldens hinter gesundheitlichen Erwägungen zurückgetreten ist. Das erzieherische Wirken der Krankenkassen liegt auf einem anderen Gebiete als dem der Bekämpfung des außerehelichen Geschlechtsverkehrs mit Straf- und Zuchtmitteln. Von besonderer Bedeutung ist es, daß die ärztlichen und die Hebammendienste in der ganzen Schwangerschaftszeit bei Bedarf zur Verfügung stehen, auch wenn ihre Inanspruchnahme sich auf mehr als sechs Wochen erstreckt; es ist nicht ratsam, von der — rechtlich allerdings unanfechtbaren — Befugnis Gebrauch zu machen, statutarisch diese Leistungen ebenfalls auf die Dauer von sechs Wochen insgesamt einzuschränken. Die Gewährung von Schwangerschaftsgeld¹ ist dagegen nur für eine Höchstdauer von sechs Wochen unter Zusammenrechnung der etwaigen einzelnen Abschnitte der Erwerbsunfähigkeit statthaft. Immerhin ist es, wo die Krankenkasse von der wertvollen Berechtigung des § 21 Nr. 4 Rr.B.G. Gebrauch gemacht hat, den Arbeiterinnen möglich, vor und nach der Entbindung sich zweimal sechs Wochen zu schonen und dadurch für sich wie für das Kind Kräfte zu gewinnen.

So erfreulich die Einführung der Schwangerschaftsunterstützung ist, und so eifrig die Kassenverwaltungen unter Beirat der Ärzte auf die Änderung ihrer Statuten in dieser Beziehung bedacht sein sollten², muß es bedauert werden, daß die gesetzgeberische Eile, mit der die Krankenversicherungsnovelle von 1903 abgefaßt ist, an einer anderen Stelle zur Benachteiligung der Kassenmitglieder und ihrer Ehefrauen geführt hat. In § 21 Nr. 5 Rr. B. G. ist von Familienkrankenpflege die Rede (vergl. oben S. 284—285). Durch die vom 1. Januar 1904 Gesetz gewordene Fassung ist die Möglichkeit, den Frauen der Mitglieder im Falle der Niederkunft eine ähnliche Unterstützung wie den versicherten weiblichen Personen zu geben, durch Streichung der früher im Gesetz stehenden Worte: „im Falle der Entbindung“ ausgeschlossen. Die Befugnis, statt dessen eine Für-

¹ So nennt Hahn a. a. O. die Unterstützung treffend im Gegensatz zum Krankengeld, weil Schwangerschaft im allgemeinen nicht als Krankheit gilt, so lange es sich nicht um verwickelte Fälle handelt.

² Es ist selbstverständlich, daß die Verpflichtung der Krankenkassen, bei wirklichen Erkrankungen von Schwangeren und Wöchnerinnen die gewöhnliche gesetzliche und statutarische Unterstützung zu leisten, durch die erwähnten Sonderbestimmungen nicht berührt wird. Die Abgrenzung zwischen den normalen Folgezuständen der Schwangerschaft oder der Niederkunft und etwaigen „Anomalien“ (Krankheiten) ist freilich nicht leicht.

sorge für Schwangere eintreten zu lassen, bietet nicht genügenden Ersatz. Es ist deshalb zu wünschen, daß man bald den gemachten Fehler ausgleicht und die Wöchnerinnenunterstützung, die sich bei den Ehefrauen der Mitglieder in manchen Fabrik- und anderen Krankenkassen sehr bewährt hatte, unbeschadet der sonstigen, inzwischen zugestandenen statutarischen Vergünstigungen wieder einrichtet¹.

Wenn bei der Fürsorge für die Wöchnerinnen die sittlichen Erwägungen hinter der Rücksicht auf die Volksgesundheit ebenso zurücktreten mußten, wie dies bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten durch die Krankenkassen der Fall ist, so dürfen sich auf einem anderen Gebiete die Vertreter beider Standpunkte die Hand reichen: bei den Maßregeln gegen die Trunksucht und deren Folgen. Nach dem geltenden Rechte sind die Krankenkassen und Gemeindefrankenversicherungen befugt, durch ihr Statut zu bestimmen, daß Personen, welche sich eine Erkrankung durch Trunkfälligkeit zugezogen haben, kein Krankengeld gewährt wird — also ganz dieselbe Einschränkung der Unterstützung, welche bei den durch eigene Schuld geschlechtlich Erkrankten früher zulässig war und oben besprochen ist. Die Gewährung ärztlicher Behandlung, Arznei usw. kann nicht entzogen werden; auch würde an sich nichts entgegenstehen, die Krankengeldzahlung nicht vollständig zu beseitigen, sondern etwa auf die Hälfte einzuschränken, obgleich anzuerkennen ist, daß der wohlerrwogene Zweck des Gesetzes, Trinken kein bares Geld in die Hände zu geben, dadurch nicht erreicht würde. Die meisten Krankenkassen haben von der gesetzlichen Befugnis Gebrauch gemacht und lassen, soweit mir bekannt ist, durchweg das gesamte Krankengeld wegfallen. Dabei wird an der Ausdrucksweise des Gesetzes: „durch Trunkfälligkeit“ allgemein festgehalten²; es wäre auch offenbar unstatthaft, über den gesetzlichen Rahmen im Statut hinauszugehen

¹ Daß § 21 Nr. 5 Kr.V.G. in seiner jetzigen Form die Gewährung von Wochenbettunterstützung von Mitgliederfrauen ausschließt, wird von der überwiegenden Mehrheit der Schriftsteller und Spruchbehörden angenommen. Die von Sachn für seine gegenteilige Meinung geltend gemachten Gründe sind zwar scharfsinnig, aber nicht überzeugend.

² Unter „Trunkfälligkeit“ versteht die herrschende Meinung gewohnheitsmäßiges Trinken übergroßer Mengen von alkoholhaltigen Getränken. Berausende Mittel anderer Art (Opiumrauchen, Haschisch, Äther, Einspritzungen von Morphinum, Kokain u. dgl.) fallen nicht unter den Begriff, obwohl es zu wünschen wäre, daß die Gesetzgebung auf derartige Fälle erweitert würde.

und bei jeder Krankheit, deren Ursache auf Alkoholgenuß im Übermaß, also auf einmalige Betrunktheit zurückzuführen ist, das Anrecht auf Krankengeld zu verfallen. Statthaft ist es jedoch, auch bei Verletzungen, die sich ein Trunkenbold durch Sturz in der Verauschtigkeit zugezogen hat, von der Entziehungsbefugnis wie bei Magen-, Leber-, Herzkrankheiten, Delirien der Trinker usw. Gebrauch zu machen, doch wird es sich in derartigen Fällen, um nicht den Heilerfolg zu gefährden und die pflichtmäßig zu leistende ärztliche Behandlung gar zu lang und kostspielig werden zu lassen, für die Kassenverwaltung im Interesse aller Mitglieder empfehlen, den Kranken in eine Krankenanstalt zu überweisen¹, da die im § 7 Kr. V. G. geforderten Voraussetzungen (wenn der Zustand oder das Verhalten des Kranken fortgesetzte Beobachtung erfordert oder Anforderungen an die Pflege stellt, denen in der Familie des Patienten nicht genügt werden kann) zutreffen werden. Die Schwierigkeit, im Einzelfalle zu ermitteln, ob man es mit einem durch Trunkfälligkeit Erkrankten zu tun hat, ist bei dem System der freien Arztwahl ziemlich groß: der Kranke wird bestrebt sein, sich denjenigen Arzt zur Behandlung und Begutachtung auszusuchen, dem er den geringsten Scharfblick zutraut, und dem er nicht schon als Freund des reichlichen Alkoholgenusses bekannt geworden ist. Bei der Annahme bestimmter Kassenärzte ist die Handhabung der Schutzvorschrift nicht so erschwert. Die betreffenden Vertrauensärzte werden, zumal wenn der Kassenvorstand sie möglichst lange im Amte läßt und nicht dem häufigen Wechsel zuneigt, bald über ein ansehnliches Maß von Personenkenntnis verfügen; die Kasse kann sie darin durch Aufstellung von Trinkerlisten unterstützen. Sehr wichtig aber ist, einerlei ob freie Arztwahl oder Kassenarztzwang besteht, daneben eine geregelte Krankenaufsicht, bei der nicht das einseitige Kasseninteresse, sondern auch das Wohl der Mitglieder mit für den Kampf gegen den Alkoholismus und seinen bösen Begleiterscheinungen spricht. Es ist erfreulich, daß die Überzeugung von der Schädlichkeit des unmäßigen Trinkens immer mehr Eingang in den Kreisen der arbeitenden, versicherten Bevölkerung findet, und daß sich bei den Vorständen der Krankenkassen lebhafter Eifer für die Bestrebungen der Mäßigkeitsvereine

¹ Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Krankenkassen auch dann, wenn sie kein Krankengeld, sondern wie hier nur ärztliche Behandlung, Arznei usw. zu leisten haben, sich mit Erfolg auf den Krankenhauszwang des § 7 Kr. V. G. berufen können.

zeigt¹. Was dies Gebiet und die hier zu entfaltende erzieherische Wirksamkeit betrifft, so muß nachdrücklich der Wunsch geäußert werden, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vorkämpfern für vollständige Enthaltbarkeit (Abstinenz) und den Verfechtern der milderer Richtung (Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke) fernerhin nicht der guten Sache schaden und den Krankenkassenverwaltungen die Freude rauben, an einem gedeihlichen Werke nach Kräften mitzuarbeiten. Die Mitwirkung der Kassen ist übrigens nicht auf die Ermittlung derjenigen Fälle beschränkt, in welchen die Ausschließung des Krankengeldes wegen Herbeiführung der Erkrankung durch Trunksucht statutarisch anwendbar ist. Eine bedeutende Rolle spielt daneben die schon erwähnte Krankenaufsicht, bei der eine sachgemäß ausgearbeitete Krankenordnung mit ihren Vorschriften über die Krankmeldung, das Verhalten und die Überwachung der Kranken die Grundlage bildet (§ 26 a Absatz 3 Rr. V. G.). Der Krankenbesucher wird sein Augenmerk darauf zu richten haben, ob sich das erkrankte Mitglied — wie es die meisten Krankenordnungen vorschreiben, und die Ärzte in vielen Fällen noch ausdrücklich zu bestimmen pflegen — vom Genuß geistiger Getränke fernhält. Bei Zuwiderhandlungen tritt Ordnungsstrafe bis zum dreifachen Betrage des Krankengeldes ein, auch kann im Wiederholungsfalle Einweisung in eine geschlossene Krankenanstalt verfügt werden.

Es versteht sich von selbst, daß die Krankenaufsicht in verständiger Weise, frei von Kleinlichkeit und Nachsicht, ausgeübt werden muß. Im Notfalle wird der Vorstand der Krankenkasse, der über die Verhängung von Ordnungsstrafen gegen das zur Anzeige gebrachte erkrankte Mitglied zu befinden hat, und die Aufsichtsbehörde dafür zu sorgen haben, daß die Krankenbesucher nicht willkürlich vorgehen, oder daß nicht Strafen verhängt werden, die in auffälligem Mißverhältnis zu dem etwa begangenen Verstoß des Kranken stehen². Wenn es gelingt, die Kassenmitglieder bei der Überwachung der Kranken im rechten Sinne nutzbringend zu beteiligen, so ist damit

¹ Den Vorträgen und Kursen zur Bekämpfung des Alkoholismus, welche von dem Berliner Zentralverband ins Leben gerufen sind und bereits in zahlreichen deutschen Städten Nachahmung gefunden haben, ist weitgehendste Förderung zu wünschen; vgl. Bd. 21 Nr. 5 S. 70 ff. der „Mäßigkeitsblätter“ (Mitteilungen des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, e. V.). Die Krankenkassenzeitschriften können damit Hand in Hand vorgehen.

² Über das Ordnungsstrafrecht der Krankenkassen vgl. die „Vollstündliche Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung“, Bd. 9 S. 34.

ein wesentlicher Fortschritt erzielt, der nicht nur für die Patienten und ihre gesundheitsmäßige, von Ausschreitungen fernbleibende Lebensweise, sondern auch für die Krankenbesucher selbst von erzieherischem Vorteil ist. Sie lernen den Wert des alten Versicherungssatzes: „Alle für einen und einer für alle“ recht würdigen, indem sie an dem Erfolge ihres Wirkens erkennen, wie weit man mit gemeinsamen Kräften gelangen kann; sie fühlen sich in dem Getriebe des wirtschaftlichen Räderwerks als nützliche Glieder und werden zugleich veranlaßt, der Mitarbeit der übrigen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die sich den Aufgaben der Kassenverwaltung widmen, dieselbe Achtung zu zollen, die sie bei treuer Pflichterfüllung für sich beanspruchen dürfen. Unparteiisches, gerechtes Handeln wird ihnen als Richtschnur vor Augen gestellt, und durch den Einblick in die Verhältnisse vieler Kassenmitglieder, durch die Erfahrungen, die sie im Laufe der Zeit sammeln, klärt sich ihr Urteil über manche Frage: nicht das Klassenbewußtsein des Arbeiters, der in den Unternehmern eine ihm geschlossen und feindselig gegenüberstehende Macht erblickt, sondern der Sinn für Recht und Billigkeit wird durch den Kampf gegen Betrug und Heuchelei in den Herzen der Beteiligten geweckt. Sie gelangen zu der Überzeugung, daß es keine schlimmere Art der Ausbeutung gibt, als diejenige, welche dem einzelnen Kassenmitgliede im Wege der Simulation einen mühelosen, unehrlichen Gewinn auf Kosten der Gesamtheit verschaffen möchte, und wenn sie sich in dem Bestreben, solchen Nachenschaften kräftigen Widerstand zu leisten, mit einsichtsvollen, um den guten Fortbestand der Krankenkasse besorgten Arbeitgebern begegnen, so ist der dadurch erzielte sozialpolitische Nutzen wahrlich nicht gering anzuschlagen.

Wenn die Krankenkassen in dieser Weise zur sozialpolitischen Schulung ihrer Mitglieder und zur Heranbildung brauchbarer, der Allgemeinheit nützlicher Staatsbürger beitragen können, so ist ferner darauf hinzuweisen, daß die Wirksamkeit der Beteiligten in den Kassen gewissermaßen die Vorstufe darstellt zu einer umfassenderen Mitarbeiterschaft an der Durchführung der Arbeiterversicherung und anderer, dem Wohle der arbeitenden Bevölkerung gewidmeter Gesetze. Allerdings gibt es zur Zeit in Deutschland erst wenig Spruchbehörden, die über Krankenversicherungsfragen unter Zuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten urteilen. Einige Bundesstaaten haben indes hiermit bereits einen Versuch gemacht, und es ist nichts darüber bekannt geworden, daß sich aus dieser Mitwirkung des Laienelements Schwierigkeiten oder gar Fehlsprüche

ergeben hätten — man darf im Gegenteil annehmen, daß die Sachkenntnis und das Verständnis für die Anforderungen des täglichen Erwerbslebens derartige Beisitzer besonders geeignet zur Prüfung des Tatbestandes und zur Anwendung der maßgebenden Rechtsätze macht, ebenso wie dies seit anderthalb Jahrzehnten bei den Gewerbegerichten und seit Anfang Januar 1905 bei den viel angefeindeten Kaufmannsgerichten der Fall ist. Die nächste Novelle zum Krankenversicherungsgesetz wird daher vielleicht auch hier eine Erweiterung bringen, von der man vermutlich eine leichtere, dem Verkehrsbedürfnis besser angepasste Handhabung der Krankenfürsorge in Streitfällen zu erwarten hat. Einstweilen müssen sich die Krankenkassen damit begnügen, die bei der Durchführung ihrer Selbstverwaltung geübten Kräfte anderen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, die nicht unmittelbar mit ihrem Betriebe zusammenhängen, nämlich der Unfall- und der Invalidenversicherung. Freilich ist bei der Unfallversicherung das Recht, an der Verwaltung teilzunehmen, in der ersten Instanz auf die Arbeitgeber beschränkt, abgesehen von der vereinzelt (bei Knappschaftskassenvorständen und deren Organen) ausgeübten Befugnis¹, die Feststellung der Entschädigungen, Renten usw., hauptsächlich in gewissen einfach liegenden Fällen, einem besonderen Ausschuss zu übertragen (§ 69 Absatz 2 Gew. U. V. G.), und von der Vorbereitung der Unfallverhütungsvorschriften. Wegen der letzteren bestimmt § 113 Absatz 2 daselbst, daß zur Beratung und Beschlussfassung über dieselben, sowie zur Begutachtung der nach § 120 e Absatz 2 R. G. D. in bestimmten Arten von Anlagen zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit von den Landeszentral- und Polizeibehörden zu erlassenden Vorschriften die Vorstände der Berufsgenossenschaften Vertreter der Arbeiter mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl wie die beteiligten Vorstandsmitglieder zuzuziehen haben. Handelt es sich um Vorschriften, die nur für einzelne Sektionen der Berufsgenossenschaft Gültigkeit haben sollen, so sind zur Begutachtung durch die Sektionsvorstände in entsprechender Weise Vertreter der Arbeiter mit einzuladen². Um jedem derselben von vornherein einen Überblick dessen zu geben, worauf es bei der Beratung ankommt, ist ihnen mit der Einladung der Entwurf der Vorschriften zuzustellen, welcher der Beratung und Beschlussfassung oder Begutachtung unterliegen soll.

¹ v. Woedtke-Caspar, Unf. Vers. Gesetz, 5. Aufl., S. 375 Anm. 3.

² § 113 Abs. 4 Gew. U. V. G.

Die Regierungsbegründung¹ betont ausdrücklich, es komme darauf an, bei dem Erlaß der Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter in den beteiligten Betrieben eine Sicherung gegen Willkür und Unbilligkeit zu gewinnen; bei den gegen die Betriebsunternehmer erlassenen Bestimmungen zur Verhütung von Unfällen, die sich, ohne die Arbeiter unmittelbar zu berühren, auf die Betriebseinrichtungen bezögen, sei die Mitwirkung der Arbeiter deshalb willkommen, weil sie ein direktes Interesse nicht nur an der Verhütung der Unfälle, sondern auch daran hätten, wie die geplanten Einrichtungen auf ihre Leistungsfähigkeit einwirkten. Die Vertreter der Arbeiter werden nach § 114 Gew. U. V. G. von den unten (§. 305) näher zu besprechenden, in der Hauptsache aus den Krankenkassen und Gemeindekrankenversicherungen durch Wahl hervorgegangenen Ausschüssen derjenigen Landesversicherungsanstalten gewählt, auf deren Bezirke sich die Berufsgenossenschaft oder Sektion erstreckt, wobei nur Versicherte wählbar und wahlberechtigt sind². Dem Reichsversicherungsamt, welchem bei der Beschlußfassung mindestens je ein nichtständiges Mitglied aus dem Kreise der Arbeitgeber und der Versicherten³ angehören muß, ist das Recht der Genehmigung der Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften vorbehalten; vorher kann dasselbe anordnen, daß zur Begutachtung der Vorschriften oder einzelner Teile durch die Sektionsvorstände auch die Vertreter der Arbeiter zuzuziehen sind, und daß bei Abänderung der ursprünglichen Fassung durch die Genossenschaftsversammlung oder durch die Vorschläge des Reichsversicherungsamts eine nochmalige Beratung und Beschlußfassung des Vorstandes unter Mitwirkung der Arbeitervertreter stattzufinden habe. Die Beteiligung der letzteren ist durch diese in § 115 Gew. U. V. G. enthaltene Bestimmung erheblich erweitert und soll nach der gesetzgeberischen Absicht überall da erfolgen, wo der Entwurf durch die Genossenschaftsversammlung oder das Reichsversicherungsamt in materieller Beziehung abgeändert ist (Kommissionsbericht, Reichstagsdrucksachen von 1898/1900 Nr. 703 S. 125 fg.). Es kann nicht bezweifelt werden, daß sich unter den Mitgliedern der Krankenkassen manche Personen befinden, die sich durch ihre

¹ Reichstagsdrucksachen von 1884, Nr. 4 S. 77.

² Das Nähere vgl. in § 114 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 ff.

³ § 18 Nr. 3 des Gesetzes, betr. die Abänderung der Unf. Vers. Gesetze, vom 30. Juni 1900 in der Fassung der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 5. Juli 1900 (R. G. Bl. S. 573).

Kenntnis der in Frage kommenden Betriebe und der am häufigsten in denselben vorkommenden Unfälle hervorragend zur Begutachtung der Unfallverhütungsvorschriften eignen, und daß der Überblick, den die Tätigkeit im Vorstande, in der Generalversammlung und im Krankenaufsichtsdienste einer Orts-, Fabrik-, Innungsrankenkasse usw. gibt, auf diese Weise dem Nachbargebiete der Unfallverhütung und -versicherung nutzbar gemacht werden kann.

In ähnlicher Weise, aber nicht mit solcher Entschiedenheit, ist der Zusammenhang zwischen der Unfall- und der Krankenversicherung bei der Untersuchung über die Ursachen und den Verlauf von Betriebsunfällen gewahrt. Nach § 65 Gew. U. V. G. kann an den Untersuchungsverhandlungen ein von dem Vorstande der Krankenkasse, welcher der Getötete oder Verletzte zurzeit des Unfalls angehört hat, bestellter Bevollmächtigter teilnehmen; zu diesem Zwecke ist dem Rassenvorstand von der Einleitung der Untersuchung rechtzeitig Kenntnis zu geben, so daß derselbe auf seine Kosten einen Vertreter dazu entsenden kann, wenn er es für zweckmäßig hält¹. Die frühere Vorschrift (§ 54 des Unf. V. G. von 1884), wonach auf Kosten der Berufsgenossenschaft zu solchen Untersuchungen ein hierzu ein für allemal gewählter Rassenbevollmächtigter zuzuziehen ist, hat leider dem praktischen Bedürfnisse nicht entsprochen, weil nach den in der Begründung des neuen Gesetzes (Nr. 523 der Reichstagsdrucksachen von 1900 S. 82 zu §§ 54—56) erwähnten Beobachtungen viele Krankenkassen nur ungern an die Wahl der Vertreter gegangen sind, und weil die gewählten Vertreter nicht selten bei den Untersuchungen gefehlt oder, wenn sie erschienen sind, kaum etwas zur Aufklärung beizutragen vermocht haben. Der Einrichtung ist daher auf der einen Seite kein Wert für die Arbeiter beizumessen, auf der anderen Seite hat sie den Krankenkassen Mühe und nutzloses Schreibwerk, den Genossenschaften aber erhebliche Ausgaben verursacht. Freilich sind auch einzelne Fälle vorgekommen, in denen die Krankenkasse ein Interesse daran besaß, durch einen Bevollmächtigten von dem Gange der Unfalluntersuchung Kenntnis zu nehmen; für diese genügt es aber, ihr in Zukunft die Befugnis hierzu offen zu halten und deshalb dem Rassenvorstande von der Einleitung der Untersuchung Nachricht zu geben. Es bleibt ihm dann überlassen, den Bevollmächtigten für die im Interesse der Krankenkasse entwickelte Tätigkeit zu entschädigen; die hierfür nötigen Ausgaben fallen unter die Ver-

¹ v. Woedike-Caspar a. a. O. S. 368 Anm. 4.

waltungskosten der Krankenkasse¹. Man muß bedauern, daß die Krankenkassen durch ihre eigene Schuld diese Gesetzesänderung veranlaßt haben, die ihnen die Aufwendungen für die Beteiligung an der Feststellung des Unfalls aufbürdet und teils aus diesem Grunde, teils wegen der Notwendigkeit, Zeit und Ort einzelner Termine bei der Ortspolizeibehörde zu erfragen, das Mitwirkungsrecht der Kassen mehr als bisher auf dem Papiere stehen läßt, während bei verständigem Zusammenwirken ein guter Erfolg zu erzielen wäre. Während auch hier erst die Verschmelzung der Arbeiterversicherung (vgl. unten S. 308—309) Abhilfe zu bringen geeignet ist, enthält erfreulicherweise § 64 Abs. 2 Gew. U. V. G. eine Verbesserung insofern, als den beteiligten Krankenkassen das Recht eingeräumt ist, bei der Ortspolizeibehörde die Einleitung einer Unfalluntersuchung auch dann durchzusetzen, wenn die genannte Behörde selbst im Zweifel darüber ist, ob die gesetzlichen Voraussetzungen dafür (Versicherungspflicht des betreffenden Unternehmers, Unfall im Betriebe usw.) wirklich vorliegen. Die Begründung² hatte anerkannt, daß die Krankenkassen ein erhebliches Interesse daran haben, möglichst bald diejenigen Unterlagen festgestellt zu sehen, auf Grund deren sich beurteilen läßt, ob demnächst eine Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaft eintreten werde. Die letzte Konsequenz dieser durchaus zu billigen Anschauung zog dann der Reichstag³, indem er die Krankenkassen den Berufsgenossenschaften gleichstellte und dem Ermessen der Ortspolizeibehörde auch ihnen gegenüber die Frage, ob tatsächlich ein Betriebsunfall vorgekommen sei, und deshalb eine Untersuchung erfolgen müsse, bei dem Vorliegen eines Untersuchungsantrages der Krankenkasse entzog. Das ist ein wichtiger Fortschritt: eine nicht geringe Zahl von Unfällen ist bisher um deswillen nicht entschädigt, weil die Beteiligten aus Rechtsunkenntnis es unterlassen haben, die geeigneten Schritte zur Durchführung ihrer Ansprüche zu tun, und weil die ihnen nächste behördliche Stelle es an zweckmäßiger Raterteilung aus Mangel an eigener genügender Erfahrung fehlen ließ⁴. Wie häufig ist wohl die Dienstbeschädigung von Wege-

¹ In der Reichstagskommission (Bericht, Nr. 703a der Drucksachen von 1898—1900 S. 78) fand der Antrag, die fraglichen Kosten auch fernerhin den Berufsgenossenschaften aufzuerlegen, keine Mehrheit.

² S. 81 a. a. D.

³ Kommissionsbericht Nr. 703a a. a. D. S. 77 bei § 53.

⁴ Vgl. „Die Beratung Bedürftiger in Rechtsangelegenheiten“, Heft 70 der Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, S. 66 ff.

arbeitern, die Verletzung der im Kleinbetriebe tätigen Familienangehörigen ungemeldet und ununtersucht geblieben, weil der Ortsvorsteher mit mehr Sicherheit als Sachkenntnis erklärt hat, die Betroffenen „seien nicht in der Unfallkasse“. Jetzt kann in derartigen Fällen die Krankenkasse den Stein ins Rollen bringen, und sie wird dies um so bereitwilliger tun, als ihr bei einer über 13 Wochen hinaus währenden Dauer der Unfallkrankung die Berufsgenossenschaft die ferneren Kosten der Fürsorge ersetzen muß. Auf ein tüchtiges Beamtenpersonal, das den Krankenkassenmitgliedern in dieser Hinsicht behülflich ist, sollten Generalversammlung und Vorstand der Krankenkasse daher das größte Gewicht legen: die Mehrkosten für den geschulten Kassen- und Rechnungsführer werden bald durch das aufgewogen, was er der Kasse bei richtiger Handhabung erspart und seitens der Erfazpflichtigen einbringt.

Wenn wir gesehen haben, daß schon in der ersten Instanz des Unfallverfahrens die Mitwirkung der Krankenkassen und ihrer Mitglieder nicht ganz unbedeutend ist, so steht ihnen bei der Zusammenfassung der über die Berufungen urteilenden „Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung“ und des Reichsversicherungsamts, dem die letzte Entscheidung über die Rekurse in Unfallangelegenheiten gebührt, eine weitergehende Befugnis zu: hier sind die Krankenvorstände die Urwähler, aus deren Mitte, von ihnen selbst, die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten bei der unteren Verwaltungsbehörde (§. 304) gewählt werden, und diese wählen dann in ähnlicher Weise ihrerseits den Ausschuß der Landesversicherungsanstalt. Letzterer hat die Befugnis, die Beisitzer der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung zu bestimmen, und nach Anordnung der Landeszentralbehörde wählt er für die an das Schiedsgericht gelangenden Unfallsachen aus der Mitte der Unternehmer und der in den betreffenden Betrieben beschäftigten Personen eine gleich große Zahl von Beisitzern, deren Sachkunde und Fachkenntnis sie besonders geeignet für dies Ehrenamt erscheinen läßt (§ 3 ff. des Gesetzes, betr. Abänderung der U. V. G. vom 30. Juni 1900).

Ebenso wählen die Beisitzer der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, soweit sie dem Arbeiterstand angehören, sechs Vertreter der Versicherten (und nach Bedarf Stellvertreter derselben) als nichtständige Mitglieder des Reichsversicherungsamts, wobei je zwei auf den Bereich des Gewerbe- und des Bau-Unfallversicherungsgesetzes, auf die Land- und Forstwirtschaft, sowie auf die See-Unfallversicherung entfallen. In ähnlicher Art werden von den

Vorständen der Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden sechs Vertreter der Arbeitgeber derartiger Betriebe zu nichtständigen Beisitzern im Reichsversicherungsamt erkoren (§ 11 daselbst), und die bisherige Tätigkeit unserer obersten Spruchbehörde in Unfallsachen bürgt dafür, daß diese Personen bemüht sind, die Fühlung der Rechtspredung mit dem gewerblichen und wirtschaftlichen Leben noch inniger zu gestalten, als es einem lediglich aus Beamten zusammengesetzten Gericht beim besten Willen möglich sein würde. Das danken wir aber, wenn man auf den Ursprung zurückgeht, zum nicht geringen Teil den Krankenkassen und der Vorbildung, die sie dem einzelnen Beisitzer mit auf den Weg geben, sodaß er auch größeren Aufgaben teilnahmvolles Verständnis entgegenzubringen vermag.

Nicht anders, nur noch stärker entwickelt ist die Mitwirkung der Krankenkassen und ihrer Mitglieder bei der Handhabung der Invalidenversicherung. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß in großen Gebieten des Deutschen Reiches (leider in Preußen noch nicht allgemein) den Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- und Innungskrankenkassen die Aufgabe zufällt, die Einziehung der Invaliden- mit den Krankenversicherungsbeiträgen zugleich zu besorgen und auf diese Weise als örtliche Hebestellen der Landesversicherungsanstalten sich nützlich zu machen¹. Die Kassenverwaltung, welche dafür verantwortlich ist, daß möglichst vollständig und richtig Marken verwendet werden, wird im Interesse der Versicherten wie der Arbeitgeber darauf bedacht sein, den Anforderungen des Gesetzes zu entsprechen, damit nicht durch die unterlassene Markentklebung Personen um die Rentenanwartschaft gebracht, Ordnungsstrafen verhängt und sonstige unliebsame Erörterungen hervorgerufen werden, die dem „Klebegezet“ anfänglich so viel Feindschaft zugezogen haben. Die Vorstandsmitglieder der Kasse haben alle Ursache, den Kassenführer in diesen Angelegenheiten nach Kräften zu unterstützen. Sodann räumt das J. B. G. den Krankenkassen einen Einfluß auf die Vorbereitung der Rentenanträge ein, indem es im § 59 ff. bestimmt, daß in allen zweifelhaften Fällen, in denen die Stellungnahme ungünstig des Rentenbewerbers in Frage kommen könnte, die untere

¹ Über die Ausbreitung dieses sog. „Einzugsverfahrens“ (§ 148 ff. J. B. G.) gibt ein übersichtliches Bild Rosin im 2. Band seines „Rechts der Arbeiterversicherung“ S. 497 fg. Die Hauptgebiete sind Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Braunschweig und die Hansestädte, daneben kommen eine Anzahl von Gemeinden und Verbänden in Betracht (Gebhard und Düttmann, S. 650), bei denen das Beispiel der Stadt Hildesheim von Einfluß gewesen ist.

Verwaltungsbehörde (Magistrat, Landrats-, Bezirksamt usw.) in mündlicher Verhandlung, bei welcher der Bewerber zu erscheinen Gelegenheit erhält, für Erörterung der Angelegenheit unter Zuziehung je eines Vertreters der Arbeitgeber und der Versicherten Sorge zu tragen hat. Diese Vertreter, deren Tätigkeit nach meinen Beobachtungen sich sehr ersprießlich und wertvoll gestalten kann, werden von den Vorständen der im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde vorhandenen Zwangskrankenkassen, sowie von den Vorständen derjenigen eingeschriebenen oder auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen gewählt, welche die im § 75 a Kr. V. G. vorgesehene Bescheinigung der Zentralbehörde über Gewährung der gesetzlichen Mindestleistungen besitzen, und deren Bezirk sich über den Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde nicht hinaus erstreckt¹. Für die in Gemeindekrankenversicherungen und landesrechtlichen Einrichtungen ähnlicher Art versicherten Personen haben die betreffenden Verwaltungsstellen oder Behörden das Wahlrecht. Die auf diese Weise zur Mitarbeit bei der Behandlung von Rentenansprüchen berufenen Vertreter, die regelmäßig aus der Mitte der versicherten Kassenmitglieder und ihrer Arbeitgeber entnommen werden, erlangen im Laufe der Zeit eine sehr umfangreiche Erfahrung in Rentensachen, und wie sie von Anfang an ihre in der Krankenkassenverwaltung gewonnenen Kenntnisse für die Geschäfte der Invalidenversicherung verwenden können, so nützt umgekehrt ihre zunehmende Schulung in den Fragen, die sich aus dem K. V. G. ergeben, den übrigen Mitgliedern und Arbeitgebern ihrer Krankenkasse, da sie bei Gelegenheit in Vorstandssitzungen und Generalversammlungen Mitteilungen allgemeiner Art machen und vor gewissen Fehlern warnen werden, die häufiger vorgekommen und ihnen aufgefallen sind. Beispielsweise ist ein Arbeiter, der als begutachtender Vertreter es selbst mit erlebt hat, daß eine invalid gewordene Ehefrau keine Rente erlangen konnte, weil sie von der gesetzlichen Befugnis Gebrauch gemacht und bei der Heirat die Hälfte ihrer Invalidenversicherungsbeiträge auf Antrag zurückerhalten hatte, am besten in der Lage, in den Kreisen der Versicherten auf die Gefährlichkeit dieser Beitrags-erstattung hinzuweisen, deren Bedeutung als Danaergeschenk schon

¹ Die neue Gesetzesfassung vom 13. Juli 1899 kommt in bemerkenswerter Weise den früher ausgeschlossenen Hilfskassen entgegen. Nur die „Zentralkassen“, die großen, über ganz Deutschland sich ausdehnenden Hilfskassen, von denen viele in Hamburg, Altona, Berlin usw. ihren Sitz haben, sind außerhalb des Wahlverfahrens geblieben, weil ihre Vertretung zu schwierig erschien.

vor einem Jahrzehnt von dem damaligen Präsidenten Bödiker und anderen erkannt ist. Ebenso vermag ein solcher Vertreter den Wert der freiwilligen Versicherung, die Bedingungen der Erlangung von Invaliden- und Altersrente, die Beziehungen zur Kranken- und Unfallversicherung der Beteiligten leichter verständlich zu machen und von der Inanspruchnahme von Winkelskonsulenten abzuraten, die sich mit derartigen Fragen gern befassen, ohne die nötige Zuverlässigkeit und Erfahrung zu besitzen.

Diese Vertreter bilden nur den Unterbau, aus dem der Ausschuß der Landesversicherungsanstalt hervorgeht (§ 76 Abs. 2 F. V. G.), wobei die Versicherten und die Arbeitgeber wie in allen ähnlichen Fällen getrennt abstimmen und wählen. Die Befugnisse des Ausschusses ergeben sich aus dem Statut und aus § 71 daselbst, wonach ihm auf alle Fälle vorbehalten bleiben muß: die Wahl der nicht beamteten Mitglieder des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt, sowie die Wahl der Beisitzer der Schiedsgerichte (S. 302), die Feststellung des Voranschlages, die Zustimmung zu Beschlüssen des Vorstandes, welche die Erwerbung, die Veräußerung oder die Belastung von Grundstücken der Versicherungsanstalt betreffen, sofern nicht nach dem pflichtmäßigen Ermessen des Vorstandes Gefahr im Verzuge ist, ferner die Beschlußfassung über die Bildung von Rückversicherungsverbänden, über die Abänderung des Statuts und die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes. Alles dies sind Angelegenheiten, zu deren Beurteilung die Vorstandsmitglieder einer Krankenkasse besser als mancher andere befähigt sind, weil sie — wenn auch in viel engerem Rahmen — mit der Handhabung von Versicherungs- und Verwaltungsgrundsätzen vertraut und an die Beratungsformen einer Körperschaft gewöhnt sind. Die Wahl der Schiedsgerichtsbeisitzer (vergl. auch § 104 F. V. G.) wird mit Recht als eine besonders wichtige Befugnis der Ausschußmitglieder angesehen. Um zu vermeiden, daß ein Widerstreit der Meinungen und Wünsche eintritt, ist ferner vorgeschrieben, daß die Mitglieder des Schiedsgerichts weder Mitglieder des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt noch Vertreter der Arbeitgeber oder der Versicherten bei einer unteren Verwaltungsbehörde oder Beisitzer einer Rentenstelle¹ sein dürfen;

¹ Über die Rentenstellen vgl. Näheres in den Schriften des „Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit“, Bb. 70 a. a. O. S. 73 ff. Da die Rentenstellen bisher nur ganz vereinzelt in Betracht kommen, sind sie an dieser Stelle nicht eingehender besprochen.

ihre Zugehörigkeit zum Ausschusse der Landesversicherungsanstalt würde dagegen kein Hindernis bilden¹, sondern vielleicht sogar zur Herbeiführung einer gleichmäßigen Handhabung des J. V. G. durch den Vorstand der Landesversicherungsanstalt im Einvernehmen mit den im Schiedsgericht und im Reichsversicherungsamt anerkannten Rechtsgrundsätzen dienlich sein.

Was das Reichsversicherungsamt betrifft, so schreibt § 110 J. V. G. vor, daß dessen Entscheidungen in den Spruchangelegenheiten dieses Gesetzes² in der Besetzung von mindestens vier Mitgliedern, einschließlich des Vorsitzenden, unter welchen sich je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten befinden muß, und unter Zuziehung eines richterlichen Beamten erfolgen. Als Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten gelten auch für das Gebiet des J. V. G. die auf Grund der U. V. G. zu nichtständigen Mitgliedern des Reichsversicherungsamts gewählten Vertreter der Betriebsunternehmer und der Arbeiter, ohne Beschränkung auf die Angelegenheiten ihres besonderen Berufszweigs (vergl. oben S. 302—303).

So ist denn bis in die oberste Instanz hinauf dafür gesorgt, daß die Arbeitgeber und die Versicherten mit bei der Verwaltung und Rechtsprechung zu Worte kommen, obwohl mancher Wunsch der Beteiligten in dieser Beziehung noch unerfüllt geblieben ist. In einem Punkte sind neuerdings die in Krankentassentreisen aufgestellten Forderungen mehr als bisher berücksichtigt: nenngleich die Tätigkeit der Arbeitgeber und der Versicherten, um den Grundsätzen der Selbstverwaltung und des uneigennütigen Zusammenwirkens für das Gemeinwohl zu entsprechen, die Eigenschaft eines Ehrenamts nicht einbüßen darf, ist es doch vollkommen recht und billig, den Vertretern nicht nur ihre baren Auslagen, Reisekosten und dergl.

¹ So auch Gebhard und Düttmann, J. V. G., 2. Aufl., S. 476 Anm. 10 bei § 104.

² Im einzelnen kommen dabei hauptsächlich die Entscheidungen über Revisionen gegen Entscheidungen der Schiedsgerichte über Invaliden-, Kranken- und Altersrentenanprüche in Betracht, ferner Entscheidungen über eine Anfechtung von Beschlüssen der Organe der Versicherungsanstalten, über vermögensrechtliche Streitigkeiten bei Veränderungen des Bestandes derselben und über Ersatzansprüche gegen Verurteiltenoffenschaften. Beschlüsse, durch welche Revisionen ohne mündliche Verhandlung zurückgewiesen werden, erfolgen in der Besetzung von drei Mitgliedern, unter denen sich je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten befinden muß.

angemessen zu ersetzen, sondern ihnen auch für Zeitversäumnis eine Summe zu gewähren, die wenigstens bei den Versicherten ungefähr dem verloren gegangenen Arbeitsverdienst gleichkommt; bei den Unternehmern ist selbstverständlich kein voller Ersatz ihrer Gewinneinbuße möglich, aber es empfiehlt sich, ihnen wie bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten einen mäßigen Pauschbetrag zu erstatten, um ihre Arbeitsfreudigkeit nicht durch sehr menschliche Erwägungen zu beeinträchtigen, zumal da die Ablehnung der Wahl in den Kassen vorstand nur aus den Gründen zulässig ist, aus welchen das Amt eines Vormunds abgelehnt werden kann¹. Das R.V.G. sieht deshalb in § 34 a Absatz 1 die Möglichkeit vor, daß durch das Kassenstatut eine Entschädigung für den durch Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte den Mitgliedern des Vorstandes erwachsenden Zeitverlust und entgehenden Arbeitsverdienst bestimmt wird, während die Ersetzungbarer Auslagen daneben als etwas Selbstverständliches erwähnt wird. Wenn auch § 616 B.G.B. als Regel aufstellt, daß dem Arbeiter bei verhältnismäßig kurzer Behinderung, die durch einen in seiner Person liegenden Grund unverschuldet verursacht ist, die vertragsmäßige Vergütung weitergezahlt werden soll, so ist diese Bestimmung doch bekanntlich kein öffentliches, zwingendes Recht, und sie ist deshalb häufig durch Arbeitsordnung, Dienstvertrag usw. außer Kraft gesetzt. Es entspricht daher der Billigkeit, in derartigen Verhältnissen seitens der Krankenkasse Ersatz zu leisten, und die meisten Kassenstatuten haben dementprechende Vorschriften aufgenommen. Vielleicht noch zweckmäßiger ist die Regelung in § 92 F.V.G. Dort ist zwar ebenfalls die ehrenamtliche Eigenschaft bei Arbeitgebern wie Versicherten betont, es ist aber gestattet, im Statut für die Versicherten ganz allgemein einen Pauschbetrag für Zeitverlust auszusetzen, wenn nicht die Gewährung der Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst vorgezogen wird²; für die Arbeitgeber kann, soweit sie zu den am Orte der Behörde wohnhaften Vertretern gehören, unter Wegfall des Ersatzes für bare Auslagen ein Pauschbetrag für Zeitverlust durch das Statut zugebilligt werden — eine

¹ § 34 a R.V.G. Die Wahrnehmung eines auf Grund der Unfall- und der Invalidenversicherung übernommenen Ehrenamtes steht der Führung einer Vormundschaft gleich. Nach zweijähriger Amtsdauer kann Wiederwahl für die nächste Wahlperiode abgelehnt werden. Ähnliche Vorschriften gelten für die Invaliden- und die Unfallversicherung (§ 94 Inv.V.G., § 43 Gew.U.V.G.), jedoch besteht für die Versicherten kein Zwang zur Übernahme des Ehrenamtes.

² Weymann, Anm. 2 u. 3 zu § 92 F.V.G.

sehr zweckmäßige Bestimmung, von der inzwischen ausgiebiger Gebrauch gemacht ist¹. Sie überhebt die entscheidende Stelle der im Einzelfalle lästigen, von den Beteiligten oft als kleinliche Maßregel empfundenen Prüfung, ob wirklich Zeit- oder Verdienstverlust eingetreten sei. Das Unfallrecht beschränkt sich dagegen auf die Bestimmung, daß die Vertreter der Arbeiter bei Beratung der Unfallverhütungsvorschriften Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst und für Reisekosten nach festen, von der Genossenschaft zu bestimmenden Sätzen und nach Feststellung durch den Vorsitzenden des Genossenschaftsvorstandes erhalten, während bei den Vorstandsmitgliedern der Berufs-genossenschaft und bei deren Vertrauensmännern eine Entschädigung für den durch Wahrnehmung der Genossenschaftsgeschäfte ihnen erwachsenden Zeitverlust im Statute vorgesehen werden kann; die Höhe dieser Entschädigung unterliegt der Genehmigung des Reichsversicherungsamts (§§ 114, 44 Gew. U. B. G.).

Als eine Musterkarte verschiedenartiger Vorschriften stellt sich hiernach die Regelung der Vergütung an die ehrenamtlich in der Arbeiterversicherung tätigen Personen dar. Und dies führt uns zu der Schlußbetrachtung, wie sehr die erzieherische Bedeutung der Krankenkassen gewinnen würde, wenn man sich entschließen könnte, größere Einfachheit und Einheitlichkeit in unserer Arbeiterversicherung platzgreifen zu lassen. Es sind wahrlich hohe Kulturaufgaben, die den Krankenkassen gestellt werden, und es ist zu wünschen, daß die Versicherten und die Arbeitgeber bei der Erfüllung ihrer Obliegenheiten nicht der Versuchung verfallen, Parteipolitik zu treiben, sondern die Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung frei von derartigen Rücksichten anzustreben. Ein wesentlicher Fortschritt würde in der Gleichstellung beider Teile betreffs der Beitragsleistung und demgemäß auch betreffs der Verwaltungsrechte liegen¹. Die ebenmäßige Verteilung der Rechte und Pflichten bietet den besten Schutz gegen Übertreibungen nach der einen oder anderen Seite hin. Zu dieser Maßregel aber müßte zunächst — gewissermaßen als Vorläufer für die Verschmelzung mit der Invaliden- und der Unfallversicherung — eine weitere kommen: die Zusammenlegung verschiedener, an einem

¹ Bedauerlich ist, daß die Vorschrift auf die Schiedsgerichtsbeisitzer nach der Fassung des § 104 Abs. 5 Z. B. G. nicht anwendbar ist, vgl. Gebhard und Düttmann, Anm. 2 zu § 92 S. 448.

² „Vollständ. Zeitschrift für prakt. Arbeiterversicherung“, Bd. 10 S. 243.

Orte nebeneinander bestehender Orts- und freien Hilfskassen zu einer einzigen und deshalb leistungsfähigeren Kasse. Die Zersplitterung hat auf dem Gebiete der Krankenversicherung unendlich viel geschadet, sie wird auch fernerhin ihren nachteiligen Einfluß ausüben, bis man durchgreifend Abhilfe schafft. Es kann nicht davon die Rede sein, daß der Wettstreit, der Wettbewerb zwischen mehreren Krankenkassen hier förderlich sei: die Bedingungen für das Bestehen der einzelnen Kassen weichen zu stark von einander ab, die Hilfskassen können sich die rüstigen, gesunden Mitglieder aussuchen und die gebrechlichen, mit einem Leiden behafteten, ein ungünstiges Risiko bietenden Personen, die sich zur Aufnahme melden, auf Grund ärztlicher Untersuchung oder auch ohne diese wegen nicht einwandfreier Gesundheit zurückweisen. Die Folge ist dann, daß die zuständige Zwangskasse die Betreffenden unweigerlich als Mitglieder führen und im Bedarfsfalle, der oft schon nach wenigen Tagen oder Wochen eintritt, unterstützen muß. Dieser Dualismus bringt die Zwangskassen in eine schwierige Finanzlage und hindert sie meistens, die oben erwähnten, an sich höchst wünschenswerten Mehrleistungen zu gewähren.

Es wird heute viel für eine einheitliche Volksschule gesprochen und geschrieben, obgleich die Fachmänner über deren Wert durchaus nicht gleicher Meinung sind. Wenn die vorstehenden Ausführungen dem erzieherischen Wirken der Krankenkassen und ihrer Bedeutung für die ganze Bevölkerung gewidmet sind, so liegt die Schlußfolgerung nahe, daß die einheitliche Volksversicherung am besten dazu geeignet sein wird, die einzelnen Beteiligten und die Gesamtheit auf der Bahn des Kulturfortschritts vorwärts zu bringen.

Beiträge zur Organisation der Fürsorgetätigkeit in Rußland.

Von

Baron Otto von Burhoevden.

Inhaltsverzeichnis.

Arbeitsstätten. Doma Trudolubia S. 311–317. Entstehung S. 312. Kronstadt, Priester Johannes S. 313. Sonstige Verbreitung S. 314. — Die St. Petersburger Anstalten S. 317–323. Arbeitsanstalt für Damen S. 317. Für gebildete Männer S. 322. Andere St. Petersburger Anstalten S. 323.

Um die Bedeutung der freiwilligen Armenpflege und Arbeits-
hülfe in Rußland in rechtem Licht zu zeigen, muß daran erinnert
werden, daß es in diesem Hundertmillionen-Lande keine Zwangs-
arbeitshäuser gegen professionelle und vagierende Bettler gibt, keine
vorbeugenden Rettungshäuser für die verwahrloste Jugend, keine
Anstalten zur Ausbildung von Hausvätern, wie das Rauhe Haus
und Johannesstift, weder ein Zwangs- noch ein Fürsorgeerziehungs-
gesetz, keine organisierte staatliche Armenpflege mit Orts- und Land-
armenverbänden, wo es keinen Fortbildungsunterricht gibt, und die
Zahl der Volksschulen noch zu gering ist, um obligatorischen Schul-
besuch gesetzlich einführen zu können.

Arbeitsstätten. Doma Trudolubia.

Da sind denn die jetzt bestehenden 200 Arbeitsstätten,
Doma Trudolubia, eine Wohltat, wo jedem Arbeitsbedürftigen
Gelegenheit zum Arbeitsverdienst geboten wird, gleichviel, ob er zu
den entlassenen Sträflingen gehört, die es am schwersten haben,
wieder Arbeit zu finden, nachdem sie im Gefängnis das Vertrauen
der guten Gesellschaft eingebüßt, ob er aus dem Krankenhaus kommt,

kaum genesen, entkräftet durch Medizin und wenig nahrhaftes Essen; er mag zu jenen bedauerlichen Existenzen gehören, die einst bessere Tage gesehen, die aber in ihrer Jugend sich zu keinem Broterwerb vorbereiteten, er mag der redlichste Arbeiter sein, der aber plötzlich durch von ihm unverschuldete Krisis in der Industrie oder Handelswelt seine Arbeit verloren hat.

In 200 Anstalten wird die Möglichkeit gegeben, ein Stück Brot zu erwerben, statt auf der Straße zu betteln, und in etwa 100 anderen, auch *Doma Trudolubia* genannten, wird den Kindern die Schule, das Rettungshaus, die Erziehungsanstalt geboten, in welcher sie praktisch in einem Handwerk unterrichtet werden, das ihnen bald eine kleine Vergütung ermöglicht und sie vor dem Ausbeuten ihrer Eltern schützt, die sie sonst auf die Straße zum Betteln oder Stehlen, oder in die Fabrik senden würden, sie dort sittlicher Gefahr aussetzend.

Ähnlich wie in Deutschland Pastor von Bodelschwing durch die professionellen Bettler in Viefelfeld, die sich für arbeitssuchende Durchreisende ausgaben, zu dem Gedanken gebrängt wurde, ihnen statt unentgeltlich in den Küchen der Anstalten für Epileptische Suppe und Brot geben zu lassen, Arbeit anzubieten, die darin bestand, einen steilen Berg abzutragen, um eine bessere Straße herzustellen, und als diese beendet war, und die Arbeiter um weitere Beschäftigung baten, seine erste Arbeiterkolonie in Wilhelmsdorf gründete, ähnlich wie diese scheinbar unbedeutende Veranlassung den Anstoß gab, die Arbeitshilfe in Deutschland durch fernere 35 Arbeiterkolonien zu organisieren — so waren es auch in Rußland, und zwar in Kronstadt, in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, die professionellen Bettler, die durch eine originelle, anderweitig wohl kaum stattgefundene Klage vor dem Friedensrichter unsere Aufmerksamkeit auf die Arbeitsnot lenkten und uns bewogen, zuerst zeitweilige Arbeiten zu organisieren, wie z. B. die Keller mit Eis zu füllen, die Straßen zu reinigen, in der Schiffswerft ihre physischen Kräfte zu gebrauchen und endlich das erste, sogenannte *Dom Trudolubia*, Arbeitsamkeitshaus, für sie mit beständiger Arbeit, im Jahre 1882 zu eröffnen, im selben Jahre, in welchem Pastor von Bodelschwing seine erste Arbeiterkolonie eröffnete.

Es ist von kulturhistorischem Interesse, zu betrachten, worin die Gerichtsklage der Kronstädter Bettler bestand, in Folge deren fast 300 Anstalten im Verlauf von 22 Jahren in Rußland gegründet wurden.

Ein energischer Kriegsgouverneur von Kronstadt, Admiral Lessowsky, sah viele Bettler auf den Straßen unbehindert ihrer Profession nachgehen und ernannte eine Kommission zur Untersuchung, wer von ihnen gesund und arbeitsfähig sei; die Krüppel und Kranken sollten unbehindert bleiben, aber die Gesunden und Kräftigen dem Gericht übergeben werden, da der Bettel in Rußland gesetzlich verboten ist. — Unter Tausenden von Bettlern fanden sich 60, die zur Arbeit fähig waren, und diese wurden vom Friedensrichter zu 1½ Monat Gefängnishaft verurteilt. Alle 60 appellierten an das Friedensrichterplenum, und ihre Klage enthielt die untertänigste Bitte: statt auf 1½ doch auf 3 Monat im Gefängnis bleiben zu dürfen, da sie im Winter keine Arbeit fänden, wohl aber im Frühjahr, wenn die ausländischen Schiffe kommen, auf denen sie als Umlader der Waren gebraucht würden.

Als die Mitglieder einer bescheidenen Parochialverbindung zu wohlthätigen Zwecken (Zerkownoe Popetschilelstwo) davon erfuhren, daß es arme Menschen gibt, die aus Arbeitsnot das Gefängnis der Freiheit vorziehen, beschloßen sie, Arbeiten zu organisieren und richteten für sie Arbeiterwohnungen ein. — Als dann am 13. März 1881 Rußlands Wohltäter, Kaiser Alexander II., durch die Nihilisten erschlagen worden war, beschloß am anderen Tage das Komitee des genannten Kronstädter Kirchenkuratoriums (am 14./2. März), dem Zar-Märtyrer ein Denkmal zu setzen, und zwar für Arbeitssuchende das erste Dom Trudolubia in Rußland zu gründen. Mit 100 Rubel, die ein Obrist Lasky zu diesem Zweck spendete, begann ein Komitee Sammlungen zu organisieren, die in zwei Jahren die Summe von 50 000 Rubeln ergab, für welche zwei Häuser gebaut und nach einem Feuerschaden freigewordene Plätze angekauft wurden. Die Anstalt war auf Hoffnung des Erfolges und im Glauben an ihre Notwendigkeit gegründet worden, und diese Hoffnung hat sich glänzend erfüllt.

Nach den ersten zwei Jahren segensreicher Tätigkeit des Kronstädter Dom Trudolubia trat für mehrere Monate die Zeit schwerer Sorge um die Existenzmittel der Anstalt ein; denn die Geldsammlungen hatten seit dem Herbst des Jahres 1883 aufgehört, da der Präsident des Komitees Kronstadt verließ. Da brachte im Frühjahr 1884 die „Nowoe Wremia“, die am meisten in Rußland verbreitete Zeitung, einen kurzen Artikel mit der Erzählung, wie eine Kaufmannsfrau in Kronstadt durch das Gebet des Priesters Johannes von ihrer Krankheit geheilt worden war. Die Erzählung

ging durch alle Zeitungen, und der Priester Johannes war mit einem Schläge zu einer in ganz Rußland bekannten Persönlichkeit geworden, die jetzt auch in anderen Ländern, besonders in England und Amerika, großes Ansehen genießt. Alle Stände in Rußland, vom unwissenden armen Bauern bis zum reichen Fürsten und bis zu den Großfürstinnen, streben danach, wenigstens einmal im Leben vom Priester Johannes gesegnet zu werden. Dazu pilgern Tausende von weit und breit nach Kronstadt und harren geduldig, bis sich dazu Gelegenheit bietet. Denn der Priester Johannes ist häufig auf Reisen, um an Krankenlagern zu beten oder Sterbende in ihrer letzten Stunde, wie z. B. Kaiser Alexander III. in Livadia, zu trösten. Die Vielen, die durch die Gebete des frommen Priesters Gesundheit oder Linderung ihrer Leiden erlangten, bewiesen sich dankbar und opferten nach Kräften, der schlichte Mann seine Kopfen, der reiche Kaufmann Tausende von Rubeln, denn jeder weiß, daß Väterchen Joann Kronstadtsky alles, was er erhält, an Arme und Wohltätigkeitsanstalten verteilt. So gelangte das Kronstädter Dom Trudolubia seit 1884 allmählich zu großem Reichtum und besitzt jetzt eine halbe Million Rubel an unantastbarem Kapital und noch eine halbe Million in sieben Häusern.

Das Beispiel der Kronstädter Arbeitsanstalt fand Nachahmung. Im Jahre 1886 wurden in St. Petersburg zwei Doma Trudolubia gegründet, darunter die erste evangelische Arbeitsanstalt von Pastor Masing. Sie fing mit 500 Rubeln ganz klein an, in einer Mietwohnung von drei Zimmern. Am Ende des ersten Jahres hatte die Anstalt eine Jahreseinnahme von 10 000 Rubeln zu verzeichnen. Jetzt besitzt sie ein dreistöckiges Steingebäude mit Arbeits- und Schlafräumen, einem Saal für Versammlungen, mit Küche, Speisesaal und Vorratskammern, mehrere Wirtschaftsgebäude, Wasch- und Badehaus auf eigenem Grundstuck und großen Gemüsegarten. Gegen 300 bis 400 Mann im Jahr finden Arbeit, Obdach und Nahrung in der Anstalt, die Gemüse aller Art auf ihrem Grundstuck baut und damit ihre Einwohner das ganze Jahr ernährt. Nebenbei werden die Abfälle verbraucht, um eine ganz ansehnliche Herde von Rasse-Portshire-Schweinen zu ziehen, die einen wesentlichen Teil der Einnahmen bilden.

Die Verbreitung der Doma Trudolubia in anderen Städten Rußlands fand auf folgende Weise statt: Im Jahre 1887 wurde dem damaligen Minister des Innern, dem Grafen Demetrius Tolstoy, ein Projekt unterbreitet, warm empfohlen durch ein Schreiben im

Auftrag der verewigten Herzogin von Mecklenburg-Strelitz, Großfürstin Katharina von Rußland, worin ein Beamter sich erbot, die Idee der freiwilligen Arbeitshilfe, welche sich in Kronstadt, St. Petersburg und der Gouvernementsstadt Pleskau gut bewährt hatte, durch öffentliche Vorträge in anderen Städten Rußlands bekannt zu machen und durch Gründung ähnlicher Anstalten zu verwirklichen. Das Projekt wurde sofort angenommen, und der Beamte erhielt den Auftrag, 19 der größten Städte Rußlands in zwei Jahren zu diesem Zweck zu besuchen. Trotz vieler Widersprüche und Hindernisse, auf welche die Idee anfangs stieß, vor allem weil in Rußland das Almosengeben beim Volk und auch vielfach in der ungebildeten Kaufmannschaft als Mittel gilt, Vergebung der Sünden zu erlangen, fanden sich doch in jeder Stadt Anhänger der Idee. — Der Segen des Väterchen Joann Kronstadtsky und auch dessen häufige Geldspenden zur Gründung ähnlicher Anstalten, nach dem Vorbild der Kronstädter, fiel schwer in die Waagschale, und so entstanden im Verlauf einiger Jahre in Smolensk, Kiew, Lombow, Kasan, Orel, Samara, Saratow und in einigen anderen Städten die ersten zehn Doma Trudolubia, auch in Mitau die erste Arbeiterkolonie nach deutschem Muster.

Da starb 1889 der Minister des Innern, Graf Tolstoy, der sich für dieses Mittel, um den Bettel in Rußland zu verringern, lebhaft interessiert und dasselbe aufs wärmste unterstützt hatte. Es kam ein anderer Minister, der sich über die Arbeitsanstalten, die in jüngster Zeit meist ohne Kapital auf Hoffnung gegründet worden waren, geäußert hatte: „Das sind Pilze nach dem Regen“, die bekanntlich ebenso schnell umfallen, wie sie emporstießen. Und diese Ansicht, daß nämlich nur eine durch Kapital gesicherte Anstalt lebensfähig sei und Bestand habe, wird ja von vielen auch anderweitig geteilt. Infolge solcher Anschauung des neuen Ministers ruhete die Verbreitung der Idee der Doma Trudolubia zwei Jahre, bis es gelang, den Finanzminister Witte für die Sache zu interessieren, und zwar vom Standpunkt eines Mittels, um die Volksarbeit in Rußland zu fördern. Er schrieb darüber einen Brief dem Minister des Innern, der jetzt seine Ansicht änderte und bereit war, die Verbreitung der Arbeitsanstalten zu fördern. Die öffentlichen Vorträge und Reisen des Beamten wurden seit 1892 wieder begonnen und hatten in drei Jahren den Erfolg, daß 30 neue Anstalten in verschiedenen Städten Rußlands gegründet wurden, wobei Väterchen Joann mit Spenden im Betrage von 50 000 Rubeln geholfen hatte.

Da trat in die Geschichte der Arbeitshilfe in Rußland mit dem 1./13. September 1895 ein neues Moment ein, und zwar von größter Bedeutung für deren Entwicklung. Kaiser Nikolaus II. erließ ein Manifest und Ukas an den Senat, in welchem mitgeteilt wurde, daß die junge Kaiserin Alexandra die bestehenden Arbeitsanstalten, *Doma Trudolubia*, unter ihr hohes Protektorat nehme und mittelst eines Komitees unter ihrem höchstseignen Präsidium die Gründung ähnlicher Anstalten fördern wolle. In das Komitee wurden von der Kaiserin zehn Mitglieder auf drei Jahre ernannt.

Da fand denn auch der damalige Minister des Innern es für geboten, mit Allerhöchster Genehmigung eine halbe Million Rubel als Grundkapital dem Komitee ihrer Majestät aus Mitteln seines Ministeriums zur Disposition zu stellen. Der damalige Finanzminister, Staatssekretär Witte, wollte auch seinerseits der Sache förderlich sein und erwirkte die allerhöchste Genehmigung, aus Reichsmitteln eine jährliche Subvention von 236 000 Rubeln dem Komitee zur Verfügung zu stellen. Es sind dann auch Privatspenden in die Hände des Komitees gefallen, dessen Kapital sich jetzt, nach neun Jahren, auf eine Million Rubel beläuft.

Unter so günstigen Verhältnissen hat sich die Zahl der *Doma Trudolubia* in neun Jahren von 44 auf 300 vermehrt, und manche derselben haben schon aus dem genannten Komitee bedeutende Summen, besonders zum Bau oder Kauf von Häusern, meist als unverzinsliches Darlehn erhalten. Das Komitee ihrer Majestät hat sich dann auch zur Aufgabe gestellt, die 300 privaten Wohltätigkeitskuratorien, von denen die meisten eine Arbeitsanstalt zu versorgen und zu leiten haben, in ihrer Tätigkeit einheitlich zu dirigieren. Zu diesem Zweck wurden einmal die Hausväter der Anstalten zu einer Beratung berufen, ein anderes Mal eine Konferenz der Verwaltungsmitglieder, um ihre Meinungen über nähere Beziehungen und wechselseitige Hülfsleistung der Gesellschaften und Anstalten zu ermitteln.

Ihre Majestät hat als Protektorin des ganzen Kuratoriums der Arbeitshilfe aus eigenen Mitteln ein Kapital von 75 000 Rubeln gestiftet, um allmählich eine Spezialbibliothek von Werken über Armenpflege und Arbeitshilfe anzulegen, und außerdem ein Kapital von 100 000 Rubeln gestiftet, um alle drei Jahre Prämien für die besten selbständigen Bücherwerke und auch Übersetzungen auszuteilen. Das Komitee hat diese Werke teils durch seine Mitglieder, teils durch Fachmänner prüfen lassen und dann über die Zuerkennung der Prämien abgestimmt. In Hunger- und Mißerntezeiten haben

zwei der Komiteemitglieder im Auftrage der hohen Präsidentin des Komitees, in letzter Zeit auch der angestellte Inspektor des Komitees, in dessen Auftrage, in verschiedenen Gouvernements des europäischen wie auch asiatischen Rußlands Arbeiten organisiert und Anstalten ins Leben gerufen, um die Not der Hungernden zu lindern.

Die Doma Trudolubia in St. Petersburg.

Nach diesen allgemeinen Mitteilungen gehen wir zur Betrachtung einiger der 32 St. Petersburger Arbeitsanstalten über. Wir haben schon des evangelischen St. Petersburger Arbeitshauses (auch Dom Trudolubia) erwähnt, das bereits 1886 gegründet wurde. Die meisten der übrigen jetzt bestehenden Anstalten dieser Art sind zehn und mehr Jahre später entstanden. So z. B. die

Arbeitsanstalt für Damen. Die Erziehung junger Mädchen in Rußland aus bessern Ständen ist meist nicht dazu angetan, ihnen einen Broterwerb zu ermöglichen. Die Internatserziehung für adlige Fräulein in den sogenannten Adelsinstituten gibt ihnen außer Schulbildung einige theoretisch-praktische Kenntnisse in fremden Sprachen und Musik, während die Töchter des Mittelstandes in den Gymnasien und Progymnasien eine vielleicht gründlichere Schulbildung, ohne fremde Sprachkenntnisse, erhalten. Die besten Schülerinnen beider Gruppen von weiblichen Lehranstalten ergreifen die Lehrerinnen- und Gouvernantenlaufbahn, und manche erhalten Anstellungen in staatlichen und kommerziellen Bureaux, besonders wenn sie das Telegraphieren, Stenographieren, die doppelte Buchführung und das Kopieren auf der Schnellschreibemaschine erlernt haben. Aber verhältnismäßig sind nur wenige so glücklich, angestellt zu werden: Von den 1500 bis 2000 jungen Mädchen, die jährlich nach Beendigung des Instituts oder Gymnasiums eines Broterwerbes dringend bedürfen, insbesondere seitdem die ökonomischen Verhältnisse des Adels sich bedeutend verschlimmert haben, findet kaum der dritte Teil eine Anstellung und beständigen Erwerb. Das Hindernis dazu ist nicht Mangel an Arbeitslust, Fleiß oder gutem Willen, sondern der Mangel an praktischen Kenntnissen und die ungenügende Zahl solcher Anstalten, wo diese Kenntnisse erlangt werden können. Diesem großen Bedürfnis Rechnung zu tragen, wie auch ein spezieller Fall drückendster Armut einer Oberstenwitwe, brachten auf den Gedanken, die Gründung einer speziellen Arbeitsanstalt für gebildete Frauen in Angriff zu nehmen, da die schon be-

stehenden Doma Trudolubia für Frauen in St. Petersburg weder der einfachen Arbeit, die ihnen daselbst geboten wird, noch des Milieus wegen geeignet sind, von Damen aufgesucht zu werden.

Ein Mitglied des Komitees der Kaiserin Alexandra machte im Jahre 1896 demselben den Vorschlag: es sei bereit, solche Anstalt mit Hilfe einer zu gründenden Gesellschaft ins Leben zu rufen, falls das Komitee zu diesem Zweck die einmalige Summe von 1500 Rubeln bestimmen wollte. Nach der betreffenden Zusage wurde die Gesellschaft und die Anstalt von dem genannten Komiteemitglied mit Hilfe einer demselben bekannten Dame organisiert. Nachdem eine passende Wohnung in einem der besseren Stadtteile gemietet war, wurde die schon erwähnte Oberstenwitwe, welche ihre Erziehung in einem Adelsinstitut erlangt hatte, aufgefordert, die Schnellschreibemaschine Remington in einem Geschäft solcher Maschinen zu erlernen, um als Lehrerin dieses Faches in der neuen Anstalt, mit 20 Rubel monatlichem Gehalt, zu fungieren. Sie nahm das Anerbieten an und erhielt nach Erlernung des Schnellschreibens ein Zimmer in der Anstaltswohnung, während ihre zwei Töchter im Institut und der Sohn im Kadettenkorps untergebracht waren.

Raum war die Anstalt eröffnet, so meldeten sich täglich gegen 20 bis 30 junge Mädchen und Frauen, die um Arbeit oder um die Möglichkeit, das Schnellschreiben zu erlernen, baten. Die Räumlichkeiten der Wohnung gestatteten aber nicht, mehr als 50 Damen zurzeit aufzunehmen.

Im Rechenschaftsbericht für das Jahr 1897 wird die Lage solcher arbeitssuchenden Damen folgendermaßen geschildert: „Die moralische Erniedrigung wird von der gebildeten Frau mehr empfunden als alle materiellen Übel zusammen genommen. Das Bewußtsein eigener Unfertigkeit und mangelhafter Kenntnisse, um sich das Brot zu verdienen, wird ängstlich vor den Augen der Gleichgültigen verheimlicht. Man kann sich schwer die Lage solcher Damen denken, wenn sie durch den Tod ihrer Eltern oder des Gatten, ohne Mittel, ohne Hilfe und Rat, sich in der großen Stadt vor das Dilemma gestellt sehen: Hungertod oder moralischen Untergang zu wählen.“

Im ersten halben Jahre der Anstaltstätigkeit fanden Arbeit in der Anstalt 61 Damen, im zweiten Jahre (1897) 182. Sie wurden von der Vizepräsidentin des Verwaltungsrates um ihre Verhältnisse und pekuniäre Lage befragt, und ihre Aussagen im Personalbuch verzeichnet. Wir entnehmen aus demselben folgende kurze Charakteristik, ohne Angabe der Namen:

a) Ein Fräulein von 22 Jahren, vollständige Waise, beendigte ihre Erziehung im Smolna-Stift; gänzlich ohne Existenzmittel.

b) Ein Fräulein von 33 Jahren, beendigte den Kursus im Gymnasium von Gatschina; ganz ohne Mittel.

c) Erbliches Edelfräulein, 40 Jahre alt, mit häuslicher Bildung; lebte bis zu ihrem 32. Jahre in Reichtum; nach dem Tode ihrer Eltern verarmte sie total und wurde von ihrer Amme, ihrer früheren Leibeigenen, aufgenommen.

d) Die Witwe eines Stabskapitän's, 42 Jahre alt, beendigte den Kursus des Gymnasiums und besitzt ein Universitätsdiplom; sie erhält 8 Rubel 20 Kopeken monatlich Pension und muß damit zwei unmündige Kinder ernähren.

e) Ein Fräulein von 22 Jahren, beendete den Gymnasialkursus mit einer Medaille; sie hat für einen gelähmten Vater zu sorgen, ist aber ganz ohne Mittel.

f) Ein erbliches Edelfräulein, 18 Jahre alt, beendete den Kursus im Helenenstift in der Reihe der ersten Schülerinnen. Sie wohnt bei ihrer kranken Mutter, die ganz ohne Mittel.

g) Ein Fräulein von 26 Jahren, beendete den Kursus im Katharinen-Gymnasium und erlernte doppelte Buchführung; sie erhält ihren hochbetagten Vater; ohne feste Existenzmittel.

So geht es Seite für Seite des Buches fort und fort, das Bild größten Elends. Worin die Hilfe bestand, die solchen Unglücklichen von der Anstalt gewährt wurde, nachdem ihre Lage von den Damen des Verwaltungsrates geprüft worden war, ist aus folgendem zu ersehen: Von den 182 Damen erhielten bis zum 1. Januar 1898 38 durch die Vermittlung der Anstalt folgende Anstellungen mit Gehalt von 15 bis 60 Rubel monatlich: 7 erhielten Anstellungen in den Bureau's verschiedener Eisenbahnverwaltungen; 3 bei staatlichen Behörden: im Ministerium der Eisenbahnen, der Reichskontrolle und 6 in dem Zentralstatistischen Bureau; je eine: in der Kanzlei eines Friedensrichters und auf der Telegraphenstation, als Lehrerinnen in Schulen und Familien, in Privatbureau's usw. Meist konnten sie ihre auf der Schnellschreibemaschine erlangten Kenntnisse in ihren Stellungen anwenden. Zwei Damen fanden Aufnahme im Heim für Konvaleszenten. Die übrigen 83 Damen verließen die Anstalt nach durchschnittlich dreimonatlichem Aufenthalt. Zum 1. Januar 1898 verblieben 52 Damen, die die Anstalt zu besuchen fortsetzten.

Da die Hauptbeschäftigung der Damen im Erlernen des Schnellschreibens und im Kopieren auf Bestellung bestand, mußten Schreib-

maschinen im Preise von 250—350 Rubel die Maschine angeschafft werden, deren Zahl im zweiten Jahr bis sieben stieg, und die das Wertvollste des Anstaltsinventars bildeten. Die hohe Protektorin bewies ihr Wohlwollen durch eine Schenkung von 1000 Rubeln zum Zwecke der Anschaffung neuer Schreibmaschinen. Den Damen, welche das Schnellschreiben erlernt hatten, wurde Gelegenheit zum Erwerb durch Kopieren auf Bestellung gegeben. Es wurden ferner ein Hektograph und Mimeograph angeschafft. Der Zuspruch zum Erlernen des Remington war so groß, daß gleichzeitig 40 Damen sich meldeten. Im Jahre 1897 waren es 29 Damen, die Bestellungen auf der Schnellschreibemaschine, im Korrigieren und in Übersetzungen ausführten und zusammen die Summe von 1000 Rubeln erwarben.

Ferner wurde eine professionelle Arbeitsabteilung geschaffen, ein theoretisch-praktischer Näh- und Schneiderekursus eingeführt. Zu diesem Zweck waren im Verlauf der ersten zwei Jahre fünf Nähmaschinen angeschafft. Es waren 70 Damen, die in dieser Abteilung zusammen 1127 Rubel erworben hatten, während die Anstalt im ganzen 1705 Rubel für Bestellungen dieser Art erhielt. Damals wurde von den Arbeitenden 10 % des Arbeitslohnes zum Besten der Anstalt abgezogen, in späteren Jahren 20 %. Aber diese Abzüge wurden den Damen in Form eines Freitisches zum Frühstück und Mittag zurückerstattet. Man zieht die schwere Lage der Damen in Betracht, die fortbauert, so lange sie nicht eine Spezialität erlernt haben, die ihnen die Möglichkeit zum selbständigen Broterwerb gibt.

Der Freitisch wird durch die Vorsteherinnen zweier Volksküchen unentgeltlich der Anstalt geliefert; das Essen wird täglich aus den Küchen abgeholt. Eine andere Vergrößerung der Anstalt besteht darin, daß die Verwaltung den bedürftigen Damen Geldsubsidien und Darlehen zu notwendigen Ausgaben in kleinen Summen von 3—20 Rubel geben kann. Oft fehlt den Damen die Fußbekleidung oder ein warmer Überzieher, ohne welche sie bei der bitteren Winterkälte oder bei strömendem Regen die Anstalt nicht besuchen können. Da ist denn solches Darlehen, welches mit 50 Kopeken monatlich vom Arbeitslohn abgetragen wird, eine große Notwendigkeit. Die Mittel zu solchen Subsidien und Darlehen stammen von zwei Republikanern, Faure, dem Präsidenten Frankreichs, und dem Amerikaner Stokes, die bei ihrem Besuch in St. Petersburg diese Gaben der Kaiserin Alexandra zur Verfügung stellten.

Zu den anfangs vom Zentralkomitee der Doma Trudolubia gegebenen 1500 Rubeln kamen im Verlauf der ersten anderthalb

Jahre noch an Schenkungen 4200 Rubel, durch die Arbeit der Anstalt 3100, durch eine Lotterie 775 und eine Vorlesung 89 Rubel. Im ganzen also gegen 9700 Rubel, während die Ausgaben 8700 Rubel betrugen. In dem ersten Rechenschaftsbericht wurde darauf hingewiesen, daß wegen Mangels an Raum die Verwaltung vielen bedürftigen Damen den Eintritt habe versagen müssen, und es wurde die Berechnung aufgestellt, daß mit 6000 Rubeln einmaliger Gabe es gewagt werden könnte, eine größere Wohnung zu mieten, um anstatt bloß 50 Damen täglich gegen 100 zu beschäftigen und zu unterrichten. Das Zentralkomitee beschloß im Jahre 1898, diese 6000 Rubel zu geben, und die Anstalt hatte nun in geräumiger Wohnung die Möglichkeit, eine mit jedem Jahr größere Zahl von Damen zu beschäftigen. Das ersieht man aus folgendem:

Es wurden beschäftigt und unterrichtet

im Jahre 1896	61 Damen
" " 1897	182 "
" " 1898	224 "
" " 1899	268 "
" " 1900	283 "
" " 1901	340 "
" " 1902	396 "
" " 1903	456 "
" " 1904	fast 500 "

Die Einnahmequellen der Anstalt haben sich insofern geändert, als infolge schlimmer Verhältnisse von Handel und Industrie die milden Gaben sich um die Hälfte verringerten, während die Einnahmen aus der Arbeit sich vergrößerten, was jedenfalls eine erfreuliche Erscheinung ist und den Fortschritt in der Arbeit beweist. Seit 1902 hat das Zentralkomitee nochmals die Summe von 6000 Rubeln der Anstalt bestimmt, aber nicht auf einmal gegeben, sondern auf sechs Jahre verteilt und zwar so, daß im Jahre 1902 1500 Rubel, im Jahr 1907 aber bloß 500 Rubel ausgezahlt werden sollen. Das Komitee will damit die Verwaltung der Anstalt daran gewöhnen, allmählich anderweitige Hülfe zu suchen oder die Tätigkeit einzuschränken. Der Verwaltungsrat hat infolgedessen beschlossen, allmählich die Einnahmen der Anstalt durch 'erhöhte Bezahlung für den Unterricht in verschiedenen Arbeitszweigen zu vermehren. So wird jetzt für den Kursus im Schnellschreiben, der einen Monat dauert, 2 Rubel statt 1 Rubel erhoben, für den Kursus von sechs Wochen im Zuschneiden 10 Rubel statt 5 Rubel und außerdem für praktischen Unterricht im Nähen 3 Rubel monatlich

verlangt. Wenn die Einnahmen sich noch ferner verringern sollten, wird man zu größeren Abzügen von dem Arbeitslohn greifen müssen. Aber bis dahin wird der Verwaltungsrat alle Kräfte anstrengen, um es nicht dazu kommen zu lassen. Im Rechenschaftsbericht für das Jahr 1903 ist folgende Zusammenstellung für sieben Jahre gemacht worden:

	Im Jahre 1897	im Jahre 1903
erwarben die Damen in allen		
Arbeitsbranchen	2135 Rubel,	2448 Rubel.
In sieben Jahren erhielten sie	25 537 Rubel,	
	26 Damen erhielten Stellen.	
In sieben Jahren wurden	201 Damen angestellt,	
	54 Damen erhielten 299 Rubel	
	als Subsidien u. Darlehen.	
In sieben Jahren erhielten	315 Damen 2471 Rubel,	
	159 Damen erhielten Freitisch,	
	täglich 35 bis 45 Personen,	
	236 Damen erlernten das Schnell-	
	schreiben.	
In sieben Jahren	945 Damen,	
	61 Damen erlernten das Nähen	
	u. Schneidern.	
In sieben Jahren	195 Damen.	
	1897	1903
Die Einnahmen betrugen	9194 Rubel,	9171 Rubel.
Davon milde Gaben	5211 "	2537 "
Durch Arbeit und Unterricht	3035 "	4048 "

Hieraus ist zu entnehmen, daß trotz der gesteigerten Zahl der Damen (von 61 bis 500), die an den Wohlthaten der Anstalt partizipierten, sich die Einnahmen auf derselben Höhe erhielten, während die Ausgaben nur um 400 Rubel sich steigerten, also mit denselben Mitteln mehr geleistet wurde.

Das Doma Trudolubia für gebildete Männer. Hier werden bis 25 Herren täglich und gegen 150 im Jahr, meist durch Arbeit für Abonnenten auf Zeitungsausschnitte beschäftigt: es ist ein Bureau, wie das Pariser Argus de la presse. Außerdem werden Albums aus illustrierten Journalen und Zeitungsartikeln angefertigt. So bildeten 4 Bände über den Chinesisch-Europäischen Krieg ein Album, welches der frühere Statthalter von Port Arthur für 1200 Rubel kaufen ließ. Die Verwaltung der Anstalt erhielt gegen 250 Zeitschriften, viele von ihnen unentgeltlich, und aus ihnen

werden für 300 Abonnenten Zeitungsausschnitte über die sie interessierenden Fragen gemacht. Der Tageslohn beträgt 40—60 Kopeken.

Anderer St. Petersburger Doma Trudolubia. Es gibt unter ihnen 7 Häuser für Kinderarbeit. Die Knaben werden mit Tischler-, Schuster- und Buchbinderarbeiten beschäftigt, die Mädchen im Nähen; sie erhalten eine kleine Aufmunterung und Bezahlung für geleistete Arbeit und Fleiß. Ferner gibt es drei große Doma Trudolubia für einfache Arbeiter, die von der Polizei unbeschäftigt auf der Straße angetroffen und in die Anstalten geleitet werden, wo ihnen Kost und Nachtquartier und einige Kopeken für ihre Arbeit gewährt wird. Am Abend können sie fortgehen und anderweitig vorteilhaftere Arbeit suchen, bis sie wieder auf den Straßen arbeitslos gefunden werden. Diese drei Anstalten sind von dem früheren Stadthauptmann, Generaladjutanten Kleigels, dem jetzigen Generalgouverneur von Kiew ins Leben gerufen.

Endlich sind die übrigen St. Petersburger Doma Trudolubia teils von kirchlichen Gemeindefurororien für bedürftige Gemeindeglieder, teils von Gesellschaften, die einen speziellen Zweck verfolgen, gegründet, z. B. um schwangeren Frauen in der Zeit ihrer geschwächten Arbeitsfähigkeit Arbeit und Obdach zu gewähren. Diese Gesellschaft hat zwei Anstalten. Ein anderes Doma Trudolubia ist für Verstümmelte und Krüppel gegründet worden. Diese Art Anstalten werden für die verstümmelten Krieger aus dem Russisch-Japanischen Kriege wahrscheinlich in großer Zahl entstehen.

Literatur.

Festgaben für Adolph Wagner zur siebenzigsten Wiederkehr seines Geburtstages. In Dankbarkeit und Verehrung dargebracht von Georg Adler, Rodolfo Benini, Costantino Bresciani, Vito Cusumano, Heinrich Diezel, Carlo F. Ferraris, Augusto Graziani, Michael Hainisch, W. Hasbach, M. von Heckel, Wilhelm Kähler, Fedele Lampertico, Achille Loria, Karl Oldenberg, Karl Rathgen, Arthur Spiethoff, Camillo Supino, Ferdinand Tönnies. Leipzig 1905. C. F. Wintersche Verlagshandlung. 4°. 343 S.

Achtzehn Nationalökonomien, und zwar ausschließlich ehemalige Mitglieder des staatswissenschaftlichen Seminars von Adolph Wagner — ohne diese Begrenzung des Kreises der Mitarbeiter wäre die Zahl der zur Mitarbeit an der Festgabe Bereiten wohl allzu groß geworden — haben sich vereinigt, ihrem alten Lehrer diese von der Verlagshandlung in ein würdiges und vornehmes Gewand gehüllte Festgabe darzubringen. Es ist, wie die Vorrede richtig bemerkt, eine bunte Schar, die sich zu diesem Werke der Dankbarkeit und Verehrung zusammengefunden hat: Deutsche und Ausländer, Vertreter verschiedener wissenschaftlicher Richtungen, Angehörige verschiedener Parteien, Junge und Alte sind unter ihnen. Aber mögen die wissenschaftlichen und politischen Standpunkte der einzelnen Mitarbeiter noch so sehr voneinander abweichen, in einem Punkte sind sie alle einig: in dem Gefühl der Dankbarkeit für die wissenschaftlichen Anregungen, die sie einst als Lernende von Adolph Wagner empfangen haben, der ihnen wissenschaftliche Zucht bot und dabei ihnen doch ihre volle wissenschaftliche Freiheit ließ. Und ihre Arbeiten zeigen zugleich, daß die Saat, die Adolph Wagner in seinen Seminarübungen gesät hat, auf fruchtbaren Boden gefallen und reichlich aufgegangen ist.

Es ist naturgemäß, daß sich der ganz überwiegende Teil der in dem Festbande vereinigten Arbeiten auf den beiden Gebieten bewegt, auf denen die Fülle der von Adolph Wagner ausgegangenen Anregungen besonders groß ist, nämlich einmal auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft und der Finanzpolitik, zum anderen auf dem der theoretischen Volkswirtschaftslehre. Dem letzteren Gebiet können dabei unbedenklich

einige Beiträge zur Literaturgeschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus hinzugerechnet werden und ebenso die statistisch-kritischen Arbeiten von Benini und Bresciani. Dagegen sind Arbeiten rein wirtschaftsgeschichtlichen Charakters in der Festgabe nur spärlich vertreten, wie nachstehende Übersicht der Gegenstände, die in dem Sammelbande behandelt werden, ergibt: Mit den Anfängen der Marxschen Sozialtheorie und ihrer Beeinflussung durch Hegel, Feuerbach, Stein und Proudhon beschäftigt sich G. Adler. Der Bevölkerungstheorie und ihrer Geschichte sind die Beiträge von Diezel und Hasbach gewidmet. Die historische Berechtigung des Merkantilismus untersucht Supino, während Loria die allgemeine Bilanz des Staatssozialismus zu ziehen versucht, wobei er dem System „Wagner-Cobden“ vor den Systemen „Bastiat-Cobden“ und „Wagner-List“ den Vorzug gibt. Lampertico behandelt eine klassische Digestenstelle (die Auslassungen des römischen Juristen Paulus über die Natur des Geldes) in der Wirtschafts- und Rechtsgeschichte. Rein theoretischer Natur sind die Abhandlungen von Oldenberg „Zur Preistheorie“ und von Spiethoff über die Quantitätstheorie in ihrer Verwertbarkeit als Hauffetheorie. Auch die Untersuchungen von Tönnies über die Entwicklung der Technik und von Hainisch über die Entstehung des Kapitalzinses verfolgen trotz ihres historischen Gegenstandes zugleich ausgesprochen theoretische Ziele; Tönnies erörtert insbesondere den Unterschied zwischen Werkzeug und Maschine. Vollständig historischen Charakter dagegen trägt die Studie von Cusumano über den Verkauf des Münzregals von Messina im Jahre 1488. Bresciani bietet eine Besprechung der Hauptergebnisse der preussischen Einkommens- und Vermögensstatistik, während Benini sich mit der Frage der graphischen Darstellung statistischer Ergebnisse beschäftigt. Er macht dabei sehr interessante Vorschläge über die Verwendung von Diagrammen nach logarithmischem Maßstab, die eine äußerst einfache und übersichtliche Darstellung z. B. der Verteilung des Einkommens in verschiedenen Jahren gestatten. Mehr in das wirtschaftspolitische Gebiet endlich fällt der Bericht Ferraris über einige Formen der kommunalen Sozialpolitik Italiens.

Zu der Gruppe der finanzwissenschaftlichen Arbeiten gehören die Beiträge von Graziani, M. von Hedel, Kähler und Rathgen. Graziani behandelt einige Reformfragen des italienischen Steuersystems, M. von Hedel schildert den Prozeß der fortschreitenden Subjektivierung, den die Gewerbesteuer in der Entwicklung der modernen Personalbesteuerung durchzumachen hat; Kähler bietet uns mühsam gesammelte Materialien zu volkswirtschaftlichen Studien über das deutsche Unterrichtswesen, die in den beiden Staaten, auf die sie sich beziehen — Preußen und Sachsen — in einigen Hauptpunkten eine interessante Übereinstimmung der Verhältnisse erkennen lassen; Rathgen endlich berichtet in Fortführung seiner früheren Studien über die japanische Volkswirtschaft und das japanische Finanzwesen über die japanische Finanzpolitik „zwischen zwei Kriegen“, d. h. in der Periode von 1895 bis 1904, und läßt uns dabei zugleich einen Einblick in die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung Japans während dieser Zeit gewinnen.

Es kann nun selbstverständlich nicht die Aufgabe dieser Besprechung sein, zu jedem einzelnen der genannten Beiträge hier kritisch Stellung zu nehmen oder auch nur über den Inhalt der einzelnen Arbeiten genauer zu referieren. Es seien hier nur über die Beiträge, die dem Spezialarbeitsgebiete des Referenten angehören oder die sein besonderes Interesse erweckt haben, einige Bemerkungen, teils referierender, teils kritischer oder wenigstens ergänzender Art hinzugefügt.

Die Arbeiten Hasbachs und Diezels zur Bevölkerungstheorie stehen untereinander in einem gewissen Zusammenhange und ergänzen sich. Hasbachs Abhandlung, die Bewunderung über die umfassenden Kenntnisse des Verfassers auf dem Gebiete der älteren sozialwissenschaftlichen Literatur hervorrufen muß, auch wenn man sich manchmal zum Widerspruch gegen seine Urteile über die Bedeutung der wissenschaftlichen Leistung der einzelnen Autoren gereizt fühlt, ist rein literarhistorischer Art und erweitert unsere Kenntnisse darüber, daß fast alle Bestandteile des Bevölkerungsgesetzes, das gewöhnlich als das Malthusische bezeichnet wird, schon lange vor Malthus vorhanden waren. Als originell kann nach H. bei Malthus nur die Verbindung angesehen werden, in die er, aber auch erst von der zweiten Auflage seines Werkes an, das Bevölkerungsprinzip mit dem Gesetz des abnehmenden Bodenertrages bringt, sowie die Schärfe und Rücksichtslosigkeit, mit der er die sozialpolitischen Konsequenzen aus seinem Bevölkerungsprinzip zieht. Alle wesentlichen Teile desselben fand er aber schon bei älteren Autoren vor. Insbesondere auf zwei bisher noch nicht eingehender behandelte der letzteren lenkt Hasbach unsere Aufmerksamkeit, auf Sir Mathew Hale und auf John Bruckner, von denen der letztere namentlich die biologischen Elemente, die in dem Malthusischen Bevölkerungsprinzip eine so große Rolle spielen, schon vor Malthus sehr eingehend entwickelt hat.

Während Hasbach nur mit der literarischen Vorgeschichte der Malthusischen Lehre sich beschäftigt, zu ihr selbst aber nicht näher Stellung nimmt, dreht sich die Untersuchung Diezels um die Frage ihrer Wichtigkeit und die Art und Weise, wie sie für die Zukunft des menschlichen Geschlechts zu deuten ist, ob pessimistisch oder optimistisch. Und zwar hat sich Diezel hierbei eine doppelte Aufgabe gestellt. Er will einmal nachweisen, daß der „Kern“ der Malthusischen Lehre auch durch die vehementen neuerdings von Oppenheimer erhobenen Angriffe nicht erschüttert wird, und zum anderen, daß Malthus nicht der Pessimist gewesen ist, als den man ihn gewöhnlich hinstellt, sondern daß er über die zukünftige Entwicklung der Menschheit optimistisch gedacht hat, weil er dem Menschen die Kraft zutraute, mit zunehmender Kultur seine Triebe durch die Vernunft zu zügeln und damit das verhängnisvolle Naturgesetz, unter dessen Herrschaft die Geschichte des Menschengeschlechts allerdings bisher gestanden habe, in Zukunft außer Kraft zu setzen. Zu dem zweiten Punkt ist nur wenig zu bemerken. Es ist Diezel zuzugeben, daß nach den von ihm angeführten Stellen Malthus nicht mehr als der trasse Pessimist angesehen werden darf, den die traditionelle Auffassung in ihm erblickt. Malthus hat vielmehr für die Zukunft die Möglichkeit offen gelassen, bez. er hofft mit Sicherheit darauf, daß mit

steigender Kultur und Wohlhabenheit auch der arbeitenden Klassen sein „Naturgesetz“ durch die menschliche Vernunft gebrochen werde. Daß die Stellen, in denen Malthus für die Zukunft Großes von der Wirksamkeit des „moral restraint“ und seiner allgemeinen Verbreitung auf alle Klassen der Gesellschaft erwartet, so übersehen werden konnten, erklärt sich wohl daraus, daß Malthus an verschiedenen anderen Stellen, insbesondere bei der Besprechung von Erscheinungen der Vergangenheit mit dem Ausdruck des Bedauerns feststellt, daß die moralische Hemmung in der Geschichte sich bisher meist als unzureichend erwiesen habe, Not und Lasten überflüssig zu machen, da die Menschen gegen die Stimme der Vernunft lieber ihren Leidenschaften und Trieben gehorchten. Der nicht ganz widerspruchsfreie Charakter des Malthusischen Systems, der sich aus seinem Pessimismus für die Vergangenheit und seinem Optimismus für die Zukunft ergibt, macht es mir überhaupt zweifelhaft, ob es zweckmäßig ist, bei der Untersuchung der wirtschaftlichen Bedeutung der Bevölkerungszunahme immer an die Gedanken von Malthus anzuknüpfen und seine Formulierungen zum Ausgangspunkt der Untersuchung zu machen. Die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten, die, wie sich bei der Besprechung des anderen Punktes der Diezelschen Abhandlung sogleich zeigen wird, immer noch darüber bestehen, welche Sätze eigentlich zum Kern der Malthusischen Theorie gehören und welche nicht, lassen ein solches Vorgehen jedenfalls nicht als ratsam erscheinen. Bei der anderen Aufgabe, die sich Diezel gestellt hat, wandelt er zumeist in den Spuren der schon von Julius Wolf an Oppenheimer geübten Kritik, die er nur verschiedentlich etwas genauer zu formulieren sucht und noch durch einige neue Einwendungen erweitert. Er berührt sich hier teilweise auch mit meinen Ausführungen gegen Oppenheimer (in meiner Schrift „Deutschland am Scheidewege“, S. 36—37 und 40—54), die ihm aber entgegen zu sein scheinen. Alles, was Diezel dabei sagt, um das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages gegen die Einwände Oppenheimers zu verteidigen, wird man vollkommen unterschreiben können, und der Angriff Oppenheimers auf Malthus erscheint mir nach dieser Richtung in der Tat nach der eingehenden Widerlegung, die jedes einzelne der Oppenheimerschen Argumente erfahren hat, vollkommen abgeschlagen. Allein das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages stellt nur einen, wenn auch einen sehr wichtigen Teil des Malthusischen Bevölkerungsprinzips dar, es ist noch nicht das ganze Bevölkerungsprinzip. Und es kann daher das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages richtig sein, ohne daß deshalb auch das Malthusische Bevölkerungsprinzip in seiner ganzen weiten Fassung richtig zu sein brauchte. Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages behauptet ja weiter nichts, als daß in einem großen Zweige der Produktion die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit unter gewissen Voraussetzungen abnimmt. Noch nicht einmal darüber, wie sich gleichzeitig die Gesamtproduktivität der Arbeit entwickelt, ob die Progressiv- oder die Degressivtendenz in ihr überwiegt, behauptet das Gesetz etwas, und darüber läßt sich ja in der Tat, wie auch Diezel treffend betont, überhaupt keine allgemeine Regel aufstellen, sondern das ist in jedem einzelnen Falle quaestio facti. Von diesem richtig verstandenen Gesetz des ab-

nehmenden Bodenetrags bis zu dem eigentlichen Malthus'schen Bevölkerungsprinzip ist dann aber noch ein ungeheurer Sprung. Das Malthus'sche Bevölkerungsgeſetz in der auch von Diezſel als richtig akzeptierten Oppenheimer'schen Faſſung ſtellt eine Behauptung auf, die weit über das Geſetz des abnehmenden Bodenetrags hinausgeht und aus dieſem ſich gar nicht mehr ableiten läßt. Denn es beſagt beſtimmtlich, daß die Bevölkerung jedes vollbeſetzten Landes, von zeitweiligen Erleichterungen abgesehen, auf die Dauer überall hart gegen ihren Nahrungsſpielraum preßt, falls nicht moralische Selbſtbeſchränkung die Zuwachſrate in genügendem Maß vermindert, und daß, wo dies nicht der Fall iſt, Not und Laſter die überſchießende Volksmenge vernichten. Wenn das die richtige Formulierung der Malthus'schen Bevölkerungstheorie iſt, dann vermag ich allerdings ihren Kern nicht mit Diezſel in der relativ harmloſen Behauptung zu ſehen, daß Volksvermehrung, ſolange ein gewiſſer Dichtigkeitsgrad der Bevölkerung noch nicht erreicht ſei, als „Wohlſtandsurſache“, ſobald dieſer Grad dagegen überſchritten ſei, als „Elendsurſache“ wirke. Der Kern und das Weſentliche der Malthus'schen Bevölkerungslehre ſcheint mir dann vielmehr darin zu liegen, daß für vollbeſetzte Länder, ſoweit nicht „die Stimme der Vernunft“ ſich Gehör verſchafft, Not und Elend in gewiſſem Umfange für notwendig erklärt werden, um den über das eigentlich erlaubte Maß hinausgehenden Bevölkerungszuwachs wieder zu vernichten. Wenn Diezſel zwar zugibt, daß Malthus gelehrt habe, daß das Elend der Gegenwart zu einem großen Teile, den man biſher nahezu gänzlich überſehen habe, nicht die Folge verkehrter menſchlicher Einrichtungen ſei, ſondern den „Geſetzen der Natur und den Trieben der Menſchen“ entſpringe, aber leugnet, daß dieſe Behauptung den eigentlichen Kern ſeiner Theorie darſtelle, ſo widerſpricht dieſer Auffaſſung der ganze biſherige Verlauf des Streits um die Malthus'sche Lehre. Gerade dieſer Punkt iſt es doch gewesen, der Malthus die leidenschaftlichen Angriffe von ſozialiſtiſcher und anderer Seite zugezogen hat, und auch der Widerſpruch Oppenheimer's gegen Malthus geht in letzter Linie auf dieſes Moment zurück. Sollten die zahlreichen Gegner des Malthus, die in ſeiner Lehre vor allem den Verſuch einer Rechtfertigung der Not und des Elends der heutigen Geſellſchaft erblickten, das Bevölkerungsprinzip wirklich alle ſo mißverſtanden haben, daß ſie ihre Einwände gegen einen Punkt richteten, der den eigentlichen Kern der Theorie gar nicht traf? Über die Frage der Wichtigkeit dieſes, wie mir ſcheint, Fundamentalsatzes der Malthus'schen Theorie gleitet Diezſel auffallend ſchnell hinweg. Alles, was er hierüber bemerkt, iſt, daß er die Berechtigung des Vorwurfs zugibt, Malthus habe den Einfluß der ſozialen Organisaſion auf das menſchliche Elend zu niedrig, den Einfluß des Bevölkerungsmoments zu hoch angeſchlagen — es ſcheint mir indeſſen, nebenbei bemerkt, ein ganz ausſichtsloſes Unternehmen, Malthus in dieſem Punkte widerlegen oder korrigieren zu wollen. Denn er hat ſich nirgends im Zusammenhang und präziſe darüber ausgeſprochen, in welchem Verhältnis nach ſeiner Anſicht ſich einerſeits verkehrte ſoziale Einrichtungen bez. andere Faktoren und anderſeits das Streben der Bevölkerung, ſich über die vorhandenen Subſiſtenzmittel

hinaus zu vermehren, in die Schuld an dem Elend der Gegenwart, also insbesondere an der jetzigen Höhe der Sterblichkeit teilen.

Es sollte mich freuen, wenn man aus dem raschen Hinweggehen Diezels über diesen Punkt schließen dürfte, daß er die in Frage stehende These des Malthusianismus, die er allerdings als nicht zum Kern des Bevölkerungsprinzips gehörig angesehen wissen will, ohne weiteres preisgibt. Denn auf dieser Basis läßt sich vielleicht in Zukunft einmal eine Einigung der Nationalökonomien über das, was richtig ist an der Malthusischen Theorie und das, was als falsch auszuscheiden ist, erzielen. Von dieser Theorie gehört m. E. im Grunde überhaupt nur der Teil in die Nationalökonomie, der sich mit der von Diezel näher erörterten Frage beschäftigt, wie sich die Produktivität der Arbeit unter dem Einflusse der Bevölkerungszunahme verändert. Alle Erörterungen dagegen über den Zusammenhang zwischen Not und Bevölkerungszunahme fallen aus dem Bereich der Volkswirtschaftslehre heraus. Das ist wohl auch der Grund, weshalb die meisten Nationalökonomien sich in Verlegenheit befinden, an welcher Stelle ihres Systems sie die Malthusische Theorie besprechen sollen, und für sie keinen recht passenden Platz finden können. Dieser Teil der Fragestellung des Malthusianismus ist, darin gebe ich Gulenburg recht, „unökonomisch“ gedacht. Betrachtungen der zuletzt erwähnten Art gehören nicht mehr der Nationalökonomie, sondern der allgemeinen Sozialwissenschaft, wenn nicht gar der Philosophie an; ist doch von solchen Betrachtungen auch sehr leicht der Übergang zu metaphysischen Spekulationen über die Notwendigkeit des Elends in der Weltordnung im allgemeinen vollzogen.

Wenn man auf der vorhin bezeichneten Basis zu einer Einigung über die Malthusischen Lehren kommt, dann wird man freilich nicht mehr sagen können, daß Malthus in allem wesentlichen recht behalte. Denn historisch hat ohne Zweifel die vorhin bekämpfte These, das sei nochmals im Gegensatz zu Diezel betont, ein ganz wesentliches Stück seines „Prinzips“ gebildet. Es heißt das letztere geradezu seines charakteristischsten Bestandteils berauben, wenn man in ihm nur eine nüchterne Erörterung darüber sehen will, daß die Bevölkerungsvermehrung, sobald sie über ein gewisses Maß hinausgeht, eine Ursache abnehmender Produktivität der Arbeit werden kann. Was Malthus sich zu beweisen vorgesetzt hatte, war vielmehr das, daß im ganzen bisherigen Verlauf der Menschheitsgeschichte im allgemeinen die Bevölkerung immer die Tendenz gehabt habe, sich schneller zu vermehren als die Unterhaltsmittel zunahmen, und daß daher Not und Elend notwendig waren, um das Gleichgewicht zwischen Bevölkerung und Subsistenzmitteln wieder herzustellen. Das scheint mir die spezifische These der Malthusischen Bevölkerungstheorie zu sein und zugleich diejenige, der sie in erster Linie ihre historische Bedeutung verdankt. Gerade diese These ist aber als unbewiesen und mit den Mitteln exakter Forschung überhaupt wohl unbeweisbar abzulehnen. —

Zum Schluß nur noch einige Bemerkungen zu den Arbeiten von Spiethoff, Oldenberg und Hainisch. Spiethoff gibt in Fortsetzung seiner krisentheoretischen Studien eine kurze Untersuchung der Quantitätstheorie

in ihrer Verwertbarkeit als Hauffetheorie. Das Hauptergebnis, zu dem er dabei kommt, ist folgendes: Die Vermehrung des Geldumlaufs kann unmöglich die alleinige oder auch nur die hauptsächlichste Ursache für die Hauffebewegung sein, da das Wesentliche hierfür das Vorhandensein müßigen Kapitals ist, ohne dessen Vorhandensein die Geldvermehrung lediglich eine Preisrevolution hervorruft, ohne aber eine Vermehrung der Produktion und des Verbrauchs nach sich zu ziehen. Die Vermehrung des Geldumlaufs kann aber allerdings den Anstoß dazu geben, daß das Kapital für die Inaugurierung einer Hauffe verwendet wird. Dieses Ergebnis bietet Spiethoff dann neues Material zur Widerlegung der Sombart'schen Krisenerklärung, deren Bekämpfung ja von einer ganzen Reihe von Nationalökonomern mit großem Eifer aufgenommen worden ist, und durchaus mit Recht, da sie einen bedauerlichen Rückschritt in wissenschaftlicher Hinsicht darstellt. Mit dem Hauptresultat der Spiethoff'schen Untersuchung kann ich mich vollkommen einverstanden erklären; ich möchte nur darauf hinweisen, daß eigentlich schon von Michaelis (in seiner Arbeit über die Handelskrisis von 1875, Volkswirtschaftliche Schriften, Bd. I, S. 237 ff.) alles Wesentliche über die Rolle, welche die Geldvermehrung bei der Entstehung von Hauffebewegungen spielen kann, gesagt worden ist.

Die Ausführungen Oldenbergs „Zur Preistheorie“ enthalten viel scharfsinnige und treffende Bemerkungen; insbesondere ist seine Behandlung des Kapitalgewinns und des Arbeitslohnes als Unterarten des „Leihpreises“ originell und erweist sich nach mancher Richtung fruchtbar, insofern sie auf einzelne Bestimmungsgründe des Kapitalgewinnes und des Arbeitslohnes neues Licht wirft und sie in ihrer Bedeutung besser erkennen läßt. Auch die Auseinandersetzung mit der Ausbeutungstheorie faßt neue mit schon bekannten Gesichtspunkten in der Oldenberg eigentümlichen gedrängten Schreibweise in lehrreicher Weise zusammen. Der grundlegende erste Abschnitt der Arbeit, der die Bestimmungsgründe der Warenpreise behandelt und mit einem rückhaltlosen Bekenntnis zu dem objektiven Kostengesetz schließt, das nach Oldenberg auch angesichts des mit untauglichen Mitteln ausgeführten subjektivistischen Umlammerungsversuchs seine volle Bedeutung behält, hat mich dagegen nicht recht befriedigt. Er läßt vor allem eine Auseinandersetzung mit den preistheoretischen Untersuchungen von G. Cassel (s. insbesondere die Aufsätze in den Jahrgängen 55 und 57 der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft) vermissen, m. E. dem Besten und Wertvollsten, was seit langer Zeit auf dem Gebiete der Preistheorie geschrieben worden ist. Ich glaube kaum, daß Oldenberg nach dem Studium dieser gehaltvollen Arbeiten seine preistheoretischen Anschauungen in allen Punkten wird aufrechterhalten können. Ich gestehe offen, daß mir selbst erst durch Cassel das richtige Verständnis für die Probleme der Preistheorie und die Art, wie ihre Lösung in Angriff zu nehmen ist, aufgegangen ist, und daß Cassel mir insbesondere für das Verhältnis, das zwischen der alten Produktionskostentheorie und der neuen Grenznutzentheorie besteht, die richtigen Worte gefunden zu haben scheint.

Die Untersuchung von Hainisch über „Die Entstehung des Kapital-

zinses“ stellt sich durch ihre Ergebnisse in einen gewissen Gegensatz zu der unmittelbar vorangehenden Arbeit von Oldenberg. Während Oldenberg bei der Erklärung des Kapitalgewinns die Abstinenztheorie mit der Produktivitätstheorie zu einer einheitlichen Lösung des Problems zusammenzufügen sucht, glaubt Hainisch durch seine Untersuchung über den Ursprung des Kapitalzinses nachgewiesen zu haben, daß historisch die Produktivitätstheorie des Kapitals nicht begründet sei. Nach Hainisch ist es nicht möglich, in der Ethnographie, Wirtschafts- und Rechtsgeschichte auch nur einen Beleg dafür zu finden, daß der Zins aus der Leihe eines Werkzeugs oder eines Geräts entspringen wäre, wie es die Produktivitätstheoretiker seit Thünen in den Beispielen voraussetzen, an denen sie die Entstehung des Kapitals demonstrieren wollen. Aus den von Hainisch beigebrachten Zeugnissen ergibt sich vielmehr, — wofür weiter auch psychologische und andere Gründe sprechen —, daß der erste Kapitalzins auf dem Gebiete der Landwirtschaft entsprungen ist, und daß der Urtypus des zinstragenden Kapitals die Kuh gewesen ist. Von diesem Urtypus aus hat sich dann, wie H. annimmt, der Begriff der Verzinslichkeit des Darlehens allmählich zunächst über das Gebiet der Landwirtschaft und schließlich über das Gesamtgebiet des Wirtschaftslebens weiter verbreitet, bis der heutige Zustand erreicht war. Ich bin zwar nicht in der Lage, die historische Beweisführung Hainischs im einzelnen nachzuprüfen, aber ich gestehe ohne weiteres, daß mir die Erklärung, die er für den historischen Ursprung des Kapitalzinses gibt, aus den von ihm entwickelten inneren und äußeren Gründen sehr einleuchtend und überzeugend erscheint. Allein der Verfasser ist in einem Irrtum über die Tragweite der Ergebnisse seiner Untersuchung befangen, wenn er glaubt, durch sie irgend etwas gegen die Produktivitätstheorie bewiesen zu haben. Es sind doch zwei total verschiedene Probleme, einmal die Untersuchung des historischen Ursprungs des Kapitalzinses, und zum anderen die Erklärung seiner wirtschaftlichen Entstehung. Nur die letztere Aufgabe haben sich aber die Kapitalzinstheorien gestellt; sie wollen zeigen, aus welcher Quelle die Entschädigung entspringt, welche der Schuldner dem Darleiher für die Nutzung des Kapitals zahlt, bez. sie fragen, ob der Darleiher diese Entschädigung durch irgend eine wirtschaftliche Leistung, die er verrichtet, oder wegen irgend welcher besonderen Eigenschaften der Kapitalgüter mit Recht beanspruchen kann, oder aber ob diese Entschädigung auf einer Ausbeutung beruht. Die Frage dagegen, in welcher Gestalt uns im Wirtschaftsleben der Kapitalzins historisch zuerst entgegentritt, geht die Kapitalzinstheorien als solche gar nichts an. Demgemäß ist es aber auch unberechtigt, von den Zinstheorien irgend einen Fingerzeig über die Formen und ihre historische Aufeinanderfolge zu erwarten, in denen sich die Zinszahlung nach und nach im wirklichen Leben tatsächlich entwickelt hat. Und ebensowenig brauchen die Zinstheorien bei der Wahl der Beispiele, an denen sie die wirtschaftliche Entstehung des Zinses veranschaulichen wollen, irgend welche Rücksicht auf die Reihenfolge zu nehmen, in welcher die einzelnen Arten des Kapitalzinses nacheinander entstanden sind. Sie werden vielmehr ihre Beispiele so wählen, daß der Tatbestand, den sie erläutern sollen, aus

ihnen besonders klar hervortritt, gleichviel welche Rolle der in dem Beispiel angenommene Fall in der wirklichen Geschichte der betreffenden Erscheinung gespielt hat, ob er ihren früheren oder erst ihren späteren Entwicklungsstufen angehört. Nach diesem durchaus richtigen Grundsatz sind die Begründer der Produktivitätstheorie verfahren; sie leiten die Entstehung des Zinses aus der Verwendung geliehener Werkzeuge oder Geräte ab, nicht etwa, weil sie glauben, daß der Zins aus dieser Form des Darlehens historisch entsprungen wäre, sondern einfach, weil an dieser Form des Kapitals die produktivitätssteigernde Wirkung der Kapitalverwendung am deutlichsten sich offenbart. Ich bin so weit entfernt, in den Ergebnissen der Untersuchung Hainischs eine Widerlegung der Produktivitätstheorie zu sehen, daß ich in ihnen im Gegenteil eine Bestätigung dieser Theorie erblicke. Die Darlehensfälle, bei denen nach Hainisch in der Wirtschaftsgeschichte zuerst Zins entrichtet worden ist, sind sämtlich solche, in denen die Produktivität des Kapitals leicht zu erkennen ist, wie auch Hainisch selbst gelegentlich hervorhebt.

Frankfurt a. M.

L. Pohle.

Rehm, Dr. Hermann, Professor der Rechte an der Universität Straßburg: *Modernes Fürstenrecht*. München 1904. J. Schweitzers Verlag (Arthur Sellier). XII und 476 S.

Dieses umfangreiche Werk gibt eine Darstellung der Rechtsbeziehungen, in welchen die Mitglieder der Dynastien in den monarchischen Staaten nach heutigem Recht und heutiger Gewohnheit stehen. Und zwar behandelt es sowohl ihre privatrechtlichen als ihre öffentlich-rechtlichen Beziehungen, und diese Zweiteilung gibt zugleich das Gerüst für das System des ganzen Werkes ab. Der Verf. schickt ihm einen allgemeinen Teil voraus, in welchem er die Stellung des landesherrlichen Hauses und Hausrechtes zum Staate, das Wesen der landesherrlichen Familiengewalt, den Begriff des landesherrlichen Hauses, die Faktoren der fürstlichen Hausgesetzgebung (Monarch, Agnaten) und die Rechtswirkungen der Haus-Mitgliedschaft erörtert. In dem „privaten Fürstenrecht“ stellt der Verf. den gegenwärtigen Rechtszustand hinsichtlich des Erwerbs und des Verlustes der Familienmitgliedschaft, sowie den Weg zur Entscheidung von Streitigkeiten darüber, dann das Vermögensrecht der regierenden Familien dar, in dem „öffentlichen Fürstenrecht“ dagegen die Gliederung des landesherrlichen Hauses, seine öffentlichen Rechte (Autonomie, Disziplin), die rechtliche Natur der Hausgewalt, sodann die Thronfolge, Vormundschaft, Regentschaft, Pflegschaft (*ventris nomine*) und die sonstige Rechtsstellung der Hausmitglieder dem Staat gegenüber, sowie schließlich deren Stellung im Völkerrecht. Den Beschluß macht eine Auseinandersetzung über das Recht der sog. „vormals regierenden Fürstenhäuser“.

Das ganze Werk zeigt die Vorzüge, welche auch die bisherigen Schriften des Verf. auszeichnen: große Gründlichkeit bei fleißiger Bewertung der Literatur und eines umfassenden historischen Materiales; es teilt auch ihre schwachen Seiten: trockene, manchmal schwer verständliche Form der Darstellung und eine eigentümliche Enge des Gesichtskreises.

Dies zeigt sich schon bei dem Anlaß, dem das Werk seine Entstehung verdankt. Der Verf. selbst berichtet uns in der Vorrede, daß die heutige deutsche Staatsrechtslehre größtenteils der Anschauung huldigt, das Staatswesen könne Thronanwartschaftsrechte jeder Art durch seine Gesetzgebung einseitig aufheben oder schmälern, ohne dadurch eine Rechtsverletzung zu begehen. Der Verf. sei anderer Ansicht, und das Studium dieser Einzelfrage, die Beweisführung über sie habe die Durcharbeitung der ganzen Materie unter dem Gesichtspunkt der Umgestaltung dieses Rechtsstoffes im modernen Staate notwendig gemacht. So habe er sich denn zu einer systematischen Darstellung des Fürstenrechts insgesamt entschlossen. Für die monographische und systematische Bearbeitung der ganzen Materie wird dem Verf. jeder Dank wissen, der ihre Schwierigkeiten kennt, auch wenn er seine Ansichten nicht teilt. Bei alledem versteht man die Wärme, ja Begeisterung des Verf. für die Rechte der Agnaten, als ob dies die bedauerungswürdigsten Geschöpfe der Welt wären, nicht recht. Stellenweise wird der Verf. in ihrer Verteidigung fast pathetisch, was sonst nicht eben der Fehler des Verf. ist. Er präzisirt seine Lehre auf S. 7 in folgender Weise: „Auch jetzt noch bildet die Thronfolge einen selbständigen Gegenstand des fürstlichen Hausrechtes. Die Thronfolge ist ein Gegenstand des Staatsrechtes geworden, aber daneben ein selbständiger, d. h. vom Staatsrecht unabhängiger des Hausrechtes geblieben. Nicht unter, sondern koordiniert, neben dem Landesstaatsrecht regelt das Hausrecht die Thronfolge. Das öffentliche Recht eines Landes zerfällt in zwei voneinander unabhängige Rechtsteile, in Landesstaatsrecht und in fürstliches Hausrecht. Die fürstliche Familie besitzt ein vom Staat unabhängiges Recht an der Krone. Der Staat hat ihr's nicht gegeben, und der Staat kann ihr's wider ihren Willen nicht einseitig nehmen. Hausrecht ist somit unabhängig vom Staatsrecht, vom Staatsrecht des Landes.“

Bald scheint es, der Verf. meine mit seiner These bloß den deutschen Gliedstaat (siehe insbes. S. 26), dann aber formuliert er sie sofort wieder als allgemein gültige. Im Deutschen Reich kann man sich ja natürlich derlei subjektive „Rechte“ sehr wohl denken, weil, wie es sich im Lippeschen Fall zeigte, zu ihrem Schutze die Bundesgewalt, insonderheit der Bundesrat berufen ist. Das ist schon deshalb begreiflich, weil der Bundesrat das Kollegium der regierenden Herren darstellt und selbstverständlich die Legitimation seiner Mitglieder seiner Kontrolle unterstellt sein muß. Was soll man aber mit den Aufstellungen des Verf. dem souveränen Staat gegenüber beginnen? Man denke sich die Stellung eines russischen oder österreichisch-ungarischen oder spanischen Prinzen durch ein staatliches Gesetz ohne seine Einwilligung modifiziert. In Holland wird man ja Ähnliches vielleicht bald erleben. Was soll man mit der Lehre des Verf. anfangen, daß ein solches Gesetz „Unrecht“ enthalte, weil es dem „Hausrecht“ widerspreche? Wie kann ein Gesetz im Einheitsstaat Unrecht schaffen? Und sodann sollte der Verf., als gewiegter Jurist, doch nicht solche Sätze aufstellen, wie S. 23: Rechte der Agnaten seien durch den Staat „nicht entziehbar“, oder

S. 7: der Staat „kann“ sie nicht einseitig nehmen. Wenn er es aber doch tut? Du lieber Himmel, die Staaten haben noch viel schlimmere Dinge getan, Monarchen geköpft, Dynastien verjagt. Ab esse ad posse valet conclusio. Nach dem „Können“ hat der Jurist überhaupt nicht zu fragen, sondern nur nach dem „Dürfen“.

Man kann schwer ernst bleiben, wenn man S. 25 wörtlich liest: „Die Herrscherstellung des regierenden Hauses blieb eine in ihrer Existenz von Volk und Staat unabhängige.“ Die „Herrscherstellung“ soll also ihre Existenz auch ohne Volk behalten können! Es ist überaus schön, einen so vortrefflichen Juristen wie den Verf. wiederum wie in den Zeiten des seligen Naturrechts die Begriffe „recht“ und „gerecht“ verwechseln zu sehen. Mit Unrecht beruft sich der Verf. zum Beweis dessen, daß auch der heutige Staat nicht das Monopol der Rechtssetzung besitze, auf das Völkerrecht. Eine Zwiespältigkeit des Rechtsbegriffs, wie sie der Verf. zwischen „Hausrecht“ und „Staatsrecht“ spielen lassen möchte, hat die Geschichte allerdings wiederholt gezeigt. Scheinbar wenigstens. So wenn im Mittelalter Staatsrecht und Kirchenrecht, wenn in der ständischen Zeit Fürstenrecht und Landesrecht als voneinander unabhängige Rechtssysteme, so, wenn im Naturrecht des 17. und 18. Jahrhunderts selbst „Rechte“, so mit uns geboren, dem Staat gegenüber angenommen wurden.

Aber solche scheinbar außerstaatliche Rechte hatten die Möglichkeit ihrer Realisierung in sich; die Kirche hatte sie in ihren geistlichen Machtmitteln, die Stände, Verbände, Individuen im 17. und 18. Jahrhundert im „Recht“ des Widerstandes oder der Revolution. Wie aber ein um seine Thronanwartschaft durch Staatsgesetz oder Staatsvertrag Gebrachter einem souveränen Staat gegenüber ein „Recht“ soll innehaben können, wenn er doch offenbar dauernd der Möglichkeit darbt, es zu realisieren, ist schwer begreiflich. Würde man hier noch von „Rechten“ sprechen können, um wie viel mehr müßte es der Fall sein bei den Monarchen und ihren Familien, die durch revolutionäre oder kriegerische Akte um den Thron selbst gekommen sind. Der an sich gewiß löbliche historische Sinn, der jeden Juristen ziert, ist hier in eine Don-Quixoterie ausgeartet, welche kaum in den Zeiten Metternichs und der heiligen Allianz ernst genommen worden wäre, und es klingt wie Ironie, wenn das Buch mit dem Titel „Modernes Fürstenrecht“ bedacht worden ist.

Indes, diese Bemerkungen sollen mehr die unglückliche Form treffen, die der Verf. seinen Gedanken gegeben hat, als diese selbst. Denn daß einseitige Entziehung oder Beschränkung der Agnatenrechte — den Notstand, Friedensschlüsse u. dgl. etwa ausgenommen — in unserer Staatspraxis trotz aller Theorie als ungerecht und unzulässig empfunden werden, das scheint mir der Verf. allerdings bewiesen zu haben, und er zeigt darin eine viel tiefere Einsicht in das eigentliche Wesen der modernen Monarchie, als die herrschende Lehre. Die Vertreter dieser letzteren übersehen oder wollen übersehen, wie starke despotische Elemente in der modernen Monarchie übrig geblieben sind, und konstruieren sich am Schreibtisch eine schöne Theorie, welche mit der Praxis keineswegs übereinstimmt. Logisch mag ihr Verfahren allerdings sein. Als ob hier, wo

es nur Kompromisse gibt, die Logik irgendeine Rolle spielte! Nein, der moderne Monarch ist noch immer der Herr seines Staates, und wenn jene Autoren noch so oft betonen mögen, daß er dann nicht ihr „oberster Diener“ oder ihr „oberstes Organ“ sein könne, so hat das 19. Jahrhundert nichtsdestoweniger beide Gedankenreihen miteinander schlecht und recht verknüpft, und das ist die moderne Monarchie. Der Verf., der in dieser Beziehung, wie er übrigens selbst bemerkt hat, der Lehre des Referenten sehr nahe steht, hat hierbei nur das Übersehen begangen, daß er alle despotischen Elemente der modernen Monarchie als „patrimoniale“ anspricht. Das ist aber ein großer Irrtum! Patrimonial ist das Institut der Thronfolgeordnung im Einheitsstaat überhaupt nicht, im zusammengefügten Staat nur als gewöhnliche Eigentums- und Erbrechtsordnung. Primogenitur, Zurücksetzung oder Ausschluß des weiblichen Geschlechtes, Ausschluß des Testamentes, Vormundschaft des proximus agnatus sind nicht patrimonial, sondern patriarchal.

Wien, Sommer 1905.

Bernasik.

Sternberg, Dr. Theodor: Allgemeine Rechtslehre. I. T.: Die Methode. II. T.: Das System. (Sammlung Gösschen Nr. 169 u. 170.) 1904. 209, 197 S. Geb. je Mk. 0,80.

Wurzel, Dr. Karl Georg: Das Juristische Denken. Studie. Wien 1904, Perles. VI und 102 S. Kr. 2,—.

Die beiden, dem Stoff und der Anlage nach ganz verschiedenen vortrefflichen Arbeiten zeigen wir hier gemeinsam an, da beide bedeutsame Symptome der so kräftig einsetzenden antidogmatischen Strömung sind, die in Ehrlich's an dieser Stelle schon besprochenem Werke (Zahrbuch XXVIII, S. 760) ihren bisher bedeutendsten Ausdruck gefunden hat.

Sternberg gibt eine kurzgedrängte Enzyklopädie der Rechtswissenschaft, und zwar im zweiten Teile den eigentlichen Rechtsstoff: Allgemeine Rechtslehre und systematische Darstellung des deutschen Reichsrechts, im ersten alles übrige, nämlich Philosophie und Geschichte des Rechts, Theorie der Rechtsgeschichte, Theorie und Geschichte der Rechtswissenschaft. Bei dem knapp bemessenen Raum einerseits und der herrschenden Arbeitsteilung anderseits kann der so ungeheuren Stoff umfassende zweite Teil auf erheblichen wissenschaftlichen Wert keinen Anspruch erheben, obwohl die geschickte Darstellung und einzelne Abschnitte, wie die Theorie der Persönlichkeit (II, 45 ff.) zu loben sind. Um so besser geraten ist der erste Teil, der des Verfassers eigentliches Fachgebiet darzustellen scheint, so daß man nur im Interesse der Würdigung des Werkes bedauern kann, daß es nicht bei diesem ersten Bande verblieben ist. Aus dem reichen Inhalt sei hervorgehoben: Unterschied von Recht und Moral (I, 13 ff.); Einfluß des Individualismus auf die Rechtsgeschichte (113 ff.); Assimilation des ethischen und logischen Urteilens (125 ff.); Jurisprudenz und Theologie (129); Kritik der traditionellen Hermeneutik, deren Ergebnis ist: „ein materialer Unterschied zwischen Interpretation und Gesetzgebung existiert nicht“ (138). Hier wie im ganzen Buch mangelt es nicht an durchaus originellen Gedankengängen;

des Autors Verhältnis zu den ihn beeinflussenden Theoretikern wäre aber besser erkennbar gewesen, wenn St. — wie auch andere Mitarbeiter der Sammlung Götschen — sich nicht veranlaßt gesehen hätte, statt sachlich und persönlich zutreffender Literaturangaben vielfach nur auf andere Nummern der Sammlung zu verweisen, dabei gewiß nicht dem eigenen Triebe folgend.

Wurzels Arbeit, die zu dem besten gehört, was seit Thering über juristische Technik geschrieben worden ist, leidet daran, daß sie vielfach gegen Schatten kämpft, eine Menge von älteren Theorien widerlegt, nachdem sie schon längst eine stillschweigende Verabschiedung gefunden haben. Immerhin ist es gut, auch einer möglichen Auferstehung gleich vorzubeugen, wie dies Wurzel gegenüber der Stufenleiter der üblichen Interpretationsweisen — Analogie bis Antinomienlösung — mit überzeugenden Argumenten tut (13 ff.). An Stelle dieser ineinander verschwimmenden Methoden und anderer Auslegungskünste setzt er Subsumption, „Projektion (eines im formulierten Rechte vorkommenden Begriffs in die Wirklichkeit)“ und Analogie, je nachdem ein Rechtsfall unter einen Rechtsbegriff gewiß, oder nicht gewiß, oder gewiß nicht fällt (43 ff.). Es ist klar, daß in den beiden letzten Fällen fremde Einflüsse auftreten müssen (61), von denen Wurzel, sich beschränkend, die ethischen und ökonomischen untersucht (62 ff.). Die Arbeit, die durch fortlaufende Beispiele aus der Praxis einen besonders lebendigen Reiz erhält, schließt (98 ff.) mit dem Wunsch nach Annäherung der Jurisprudenz an die anderen Sozialwissenschaften.

Wir gedenken auf die beiden so erfreulichen und wertvollen Arbeiten bald in einem die ganze Bewegung umfassenden Zusammenhange zurückzukehren.

Bologna.

Hermann U. Kantorowicz.

Földes, Dr. Béla, Professor an der Budapester Universität: *A Társadalmi gazdaságtan elemei.* (Die Grundlagen der Sozialökonomie.) Vierte, umgearbeitete Auflage. Budapest 1905, Verlag des Athenaeum. 519 S.

Im 1896er Jahrgang dieses Jahrbuches habe ich (S. 301 f.) auf die ersten Auflagen der Volkswirtschaftslehre und der Wirtschaftspolitik des Professors an der Budapester ungarischen Universität, Hofrates Földes, aufmerksam gemacht. Seither erschien auch der dritte Band seines Systems, die „Staatshaushaltslehre“, deren Anzeige der Leser im „Finanzarchiv“ (Bd. 18, erste Hälfte, S. 497 f.) nachsehen mag. Die beiden erstgenannten Bücher kamen mehrfach, in stets verbesserten neuen Ausgaben heraus. Daher gilt das Lob, das man schon den ersten Auflagen füglich spenden konnte, in hohem Maße auch für die jetzt neu aufgelegte theoretische Volkswirtschaftslehre. Ihre Darstellung ist anschaulicher geworden, Doktrinarismus der Ansichten macht sich darin jetzt weniger bemerkbar. Der Verf. beherrscht die kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung, zeigt sich als Kenner der realen Verhältnisse der Vergangenheit wie Gegenwart, und zugleich als geschulter Denker; neben anregenden spekulativen Ausführungen erfreut er durch seinen

realistischen Blick und durch eine stets interessante Benutzung der Statistik; viele Partien des Buches geben von seiner Originalität Zeugnis. Ich erwähne nur seine Lehre von der Konkurrenz, seine Güterlehre und seine Theorie der Produktionskosten. (In der Bevölkerungslehre teilt er den Standpunkt von Malthus.) Seine Definitionen tragen nicht privatorökonomischen, sondern sozialwirtschaftlichen Anschauungen Rechnung; dergleichen trachtet er überall eine sozialethische Auffassung zur Geltung zu bringen. Seine realistische und ethische Betrachtung der Gesellschaft kommt auch in dem ausgezeichneten und knappen Abriss der Geschichte der Volkswirtschaftslehre zum Ausdruck, welcher die letzten achtzig Seiten des Buches füllt.

In Kürze kann ich meine Schätzung des Lehrbuches von F. nicht besser ausdrücken, als durch die Behauptung, daß seine Übertragung ins Deutsche nützlicher wäre, als etwa die Übersetzung von Marshall's Volkswirtschaftslehre und von Nitti's Finanzen. Ich möchte lebhaft wünschen, daß der Verf. selbst eine deutsche Ausgabe seines Systems bereite; seine vollkommene Beherrschung der deutschen Sprache und sein eiferner Fleiß ermöglichen ihm das.

Wien.

E. Schwindland.

Engelbrecht, Th. H.: Die geographische Verteilung der Getreidepreise in den Vereinigten Staaten von 1862 bis 1900. Berlin 1903, Paul Parey. Mit 24 Kärtchen auf 8 Tafeln. gr. 8. VI u. 108 S.

In seinem großen, auch an dieser Stelle¹ näher gewürdigten Werke über die Landbauzonen der außertropischen Länder (1899) hat der Verfasser in einer zuvor nirgends erzielten Vollständigkeit ein nach einheitlichem Plane zusammengestelltes Bild des Anbaus der bedeutsamsten Feldfrüchte und der Viehhaltung auf statistischer Grundlage entworfen. Er hat es hierbei aber nicht bloß bei der einfachen Zusammenstellung dieser Tatsachen bewenden lassen, sondern sich bemüht, die Erscheinungen der einzelnen Länder nach einem von ihm zur Anwendung gebrachten und begründeten zweckmäßigen Verfahren unter einem gemeinsamen, die Vergleichbarkeit zulassenden Gesichtspunkte näher ins Auge zu fassen. Wie er auf diesem Wege dahin gelangt ist, der landwirtschaftlichen Betriebslehre insbesondere lohnende Aussichtspunkte zu eröffnen, waren seine Untersuchungen nicht weniger darnach angetan, die allgemeine volkswirtschaftliche Erkenntnis in bezug auf die Teilnahme der verschiedenen außerhalb des Tropengebietes belegenen Länderstriche des Erdballs an der Gewinnung von pflanzlichen und tierischen Nahrungsmitteln in wesentlichen Dingen zu bereichern. In der vorliegenden Arbeit erhalten jene Forschungen nun gewissermaßen eine Ergänzung, insofern sie die den Anbau beeinflussenden Preise der Feldfrüchte und ihre Bedeutung für jenen in seiner mehr extensiven wie intensiven Gestalt einer näheren Würdigung unterziehen. Der Anfang wird mit den Vereinigten Staaten gemacht, mit einem der Länder, von denen aus sich die Störungen in der Preisbildung beim Getreide während der letzten Jahrzehnte auf dem

¹ Vgl. in diesem Jahrbuch XXIII, 4, 1899, S. 1588.

Weltmärkte vornehmlich fühlbar gemacht haben. Ebenso sind ferner das hieran beteiligte Indien und Rußland, dann aber alle übrigen europäischen Staaten, aus denen geeignete Unterlagen zu Gebote stehen, nach und nach heranzuziehen. Die Veröffentlichung kommt gelegen zu einer Zeit, in welcher die Getreidepreise und ihre zollpolitische Gestaltung ein hervorragendes Interesse in Anspruch nehmen.

Das zugrunde gelegte und verwertete Material sind die für den Anfang des Dezember gültigen Preise von Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Buchweizen, Kartoffeln und Heu, wie sie aus den Nachrichten zahlreicher Ernteberichterstattungen als Durchschnittsergebnisse der örtlichen Preiserscheinungen von dem Ackerbauamt der Union veröffentlicht werden. Und zwar werden für die Jahre 1862 bis 1900 außer dem Gebiete der Vereinigten Staaten im ganzen auch deren Einzelstaaten sowohl nach einzelnen Jahren wie nach fünf- und zehnjährigen Abschnitten in betracht gezogen. Beziehen sich die ausführlicheren Nachweise auf amerikanische Geld- und Getreidemaße, ist für größere Abschnitte auch eine Umrechnung in metrisches Gewicht und deutsche Reichswerte gegeben. An diese grundlegenden Nachweise reihen sich dann solche über das Sinken wie über das gegenseitige Verhältnis der Preise, über ihre Bewegung an den hauptsächlichen Marktplätzen des Nordens, über die Durchschnittspreise des nach England und nach Hamburg seewärts eingeführten Getreides wie über die Dezemberpreise des inländischen Getreides in England.

Auf diesen Unterlagen fußend ist nun Engelbrecht an deren weitere Ausnutzung herangetreten zunächst in der Weise, daß er die Preistatsachen zu ihrer gründlicheren Erkenntnis zunächst in graphischer Form zur Darstellung gebracht hat. Dabei ist er allerdings nicht der üblichen Weise gefolgt, Kurvenreihen herzustellen, welche den zeitlichen Verlauf der Preisbewegung zum leichtfaßlichen Ausdruck bringen. Vielmehr war sein Absehen dahin gerichtet, den gleichzeitigen örtlichen Preisstand für das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten, die hierin bestehenden Übereinstimmungen oder Abweichungen in den einzelnen Landesteilen, dieses aber je für drei sich folgende größere Zeitabschnitte, ersichtlich zu machen. Zu dem Ende hat er sich jener in der Meteorologie üblichen Darstellungsweise bedient, auf der Landkarte die Orte mit gleichen Erscheinungen, hier also die mit gleicher Preishöhe, durch Linien zu verbinden. Die so eingezeichneten Linien nennt er Isotimen, den Isothermen und Isobaren usw. nachgebildet, den Namen abgeleitet von η τιμή = die Schätzung; der Wert, der Preis. Bei den Preiskarten ist er ähnlich verfahren wie bereits früher mit seinen Zonenkarten zur Abgrenzung des Anbaues. Es läßt sich nicht leugnen, daß durch solche Art der graphischen Darstellung das Studium der Preisverhältnisse namentlich im Hinblick auf die örtlichen, durch höheres oder geringeres Angebot und Nachfrage beeinflussten Vorgänge wesentlich gefördert wird. Die in dieser Beziehung außerordentlich anschaulichen Isotimenkarten würden aber noch gewonnen haben, wenn in die Grenzlinien der Einzelstaaten auch deren Namen zugleich eingesetzt worden wären, um erforderlichenfalls das Nachschlagen in einem Handatlas überflüssig zu machen. Mehr aber noch wird man entbehren,

daß die Zonen des Anbaues der behandelten Feldfrüchte nicht angegeben worden sind, da doch erst im Zusammenhang mit ihnen die Preislinien die vollere Beleuchtung erfahren haben würden.

Engelbrechts Absehen ist aber nicht allein dahin gegangen, ein für die gehörige Betrachtung der Preisbildung geeignetes Material vorzulegen, er hat ebenfalls dieses selbst zu erschließen getrachtet. Dabei freilich beschränkt er sich in der Hauptsache auf die Schilderung der hierbei beobachteten Tatsachen in ihren räumlichen und zeitlichen Gestaltungen. Denn wenn er gleich die Ursachen der Erscheinungen andeutet, hat er es doch von vornherein als außerhalb des Rahmens seiner gegenwärtigen Arbeit liegend betrachtet, durch Heranziehung der diese ursächlichen Erscheinungen belegenden Größen ihre Bedeutung schärfer statistisch abzuwägen. Wie z. B. Anbau und Ernten, Ausdehnung des Verkehrsnetzes, Verbilligung der Transportkosten, Wert der Edelmetalle sich verhielten, ist nicht oder bloß gelegentlich einmal ziffernmäßig belegt worden. Doch wenn auch solche umfassendere und tiefere Untersuchung der die Preisbildung beeinflussenden Faktoren unterblieben ist, gewährt die eingehende Kennzeichnung dieser selbst wie daneben der Hinweis auf die begleitenden Umstände eine Fülle von beachtenswerten Aufschlüssen. So wird für jede der sieben genannten Fruchtarten, einzeln und zwar unter steter Rücksicht auf die gleichzeitigen Erscheinungen der übrigen, der Inhalt der Zsitimentarten genauer dargestellt und gewürdigt. Hier nun zeigt sich, daß mit Ausnahme des Buchweizens und der Kartoffeln eine auffallende Übereinstimmung in der räumlichen Preisgestaltung obgewaltet hat, so nämlich, daß regelmäßig der niedrigste Stand am mittleren Missouri-Flusse im Staate Nebraska, ferner in Iowa, Kansas und Süddakota, der höchste einestheils in den Neu-Englandstaaten, andernteils im äußersten Südosten angetroffen wurde. Dabei erfolgte zeitlich meistens im Gebiete der niedrigsten Preise der geringste, in dem der hohen der erhebliche Preisniedergang, so daß sich mehr und mehr die Richtung für eine Annäherung der Preise ergeben hat. Allerdings bekundeten Hafer wie Mais in der Zeit von 1881 bis 1890 eine auffällige Unterbrechung des Preisniederganges. Die beiden, von den anderen abweichenden Fruchtarten Buchweizen und Kartoffeln haben ihre niedrigsten Preise andauernd im Norden der Union erkennen lassen, diese bei einem fortgesetzten Ansteigen nach Süden dergestalt, daß sie in den südlichen Küstenstaaten von Süd-Carolina bis Texas am höchsten standen, wie Engelbrecht hervorhebt, lediglich bedingt durch das Klima.

Um die bei aller Ähnlichkeit der Zsitimentarten für Getreide hervortretenden Besonderheiten im Preisverhältnisse der einzelnen Arten näher zu würdigen, wird dann das gegenseitige Verhältnis der Preise noch besonders ins Auge gefaßt. Hierbei sind die Preise des Weizens, des Hafers und des Mais, als der drei verbreitetsten Getreidearten, zum Maßstab ausersehen worden. Aus dieser mit Einsicht angestellten und auf genauere Kenntnis der nordamerikanischen Anbauverhältnisse fußenden Betrachtung wird man bereits näher in den inneren Zusammenhang der Preisbeziehungen der verschiedenen Arten und in die Bedeutung, welche Klima, Anbau, Ernten und Verkehrsbelegenheit haben, eingeführt. Ebenso

wird das relative Sinken der Preise durch Vergleichung der beiden Jahrzehnte 1871—1880 und 1891—1900 besprochen. Aber auch der zeitliche Verlauf der Kurven der absoluten Preishöhe seit 1862 erfährt eine nähere Beachtung, wobei in geographischer Hinsicht fünf Abschnitte: die nördlichen Staaten von Nebraska bis New York, die Neu-Englandstaaten, die Südstaaten, die Pazifikküste, endlich das Steppengebiet zwischen Sierra Nevada und dem Felsengebirge als bedeutsame Gebiete je nach ihrem allgemein volkswirtschaftlichen und namentlich Absatz wie nach ihren besonderen landwirtschaftlichen Verhältnissen unterschieden werden. Der Verfasser begnügt sich hier aber nicht bloß, das Auf- und Absteigen der Preise hervorzuheben, sondern auch wenigstens andeutungsweise aus den greifbarsten Ursachen zu erklären. Schließlich werden auch noch die Preise des überseeischen Getreides in den großen europäischen Importhäfen, zumal in England und Hamburg im Zusammenhalt mit den amerikanischen kurz berücksichtigt. Wie man aus diesen Erörterungen entnehmen kann, entsprechen im großen und ganzen die diesseitigen Preise denen der Neu-Englandstaaten und Süd-Carolina's. Auch die Rückgänge der Preise in jenen transatlantischen Gebieten, wo diese am höchsten zu stehen pflegten, fielen mit denen in den europäischen Freihandelsstaaten zusammen. Ja, beim Roggen war dieses Fallen teilweise noch stärker erfolgt und das wesentlich unter dem Drucke der russischen Zufuhren.

Hat der Verfasser sich durch die gründliche Behandlung unter Anwendung eines übersichtlichen und zweckmäßigen Verfahrens, wie es seine Notimentarten ermöglichen, das entschiedene Verdienst erworben, ein so wichtiges Gebiet wie die Statistik der Getreidepreise für die an dem Anbau hauptsächlich beteiligten Staaten in Angriff zu nehmen, darf man, nachdem was er einstweilen für die Vereinigten Staaten dargeboten hat, vertrauensvoll dem Fortgange der umfassenden und mühevollen Arbeit entgegensehen. Erst wenn diese zum Abschlusse gelangt ist, wird es darauf ankommen, auf die ursächlichen Erscheinungen in ihrem Zusammenhange weiter einzugehen. Jedenfalls haben hierzu Engelbrecht's treffliche Sammlung, Bereitstellung und Durchbringung eines umfassenden, beachtenswerten Materials einen sicheren, unverrückbaren Grundstein gelegt.

Dresden-Neustadt.

Paul Kollmann.

Eglen, Joseph: Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages seit Justus von Liebig. Eine dogmengeschichtliche Untersuchung. München 1905. J. Schweizer Verlag (Arthur Sellier).

Der Verfasser gibt uns in dem vorliegenden Werke eine dogmengeschichtliche Untersuchung über das wichtigste Gesetz unserer Land- und Forstwirtschaftslehre. Er zergliedert diese in zwei Hauptteile, von denen der erste die Zeit vor, der zweite die Zeit seit dem Aufkommen der internationalen landwirtschaftlichen Konkurrenz umfaßt. — Das Werk bildet bei dem umfangreichen und gründlichen Literaturstudium des Verfassers einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für die Geschichte unserer Landwirtschaftswissenschaft und kann als ein Einführungsmerk in die Landwirtschaftslehre empfohlen werden. Es ist dabei zu bedauern, daß

der Verfasser nicht zunächst — wenigstens im Vorwort — eine Definition des „Gesetzes des abnehmenden Bodenertrages“ gegeben hat, da dadurch das Verständnis insonderheit des ersten Teiles seines Buches für den Laien wesentlich erleichtert worden wäre. Denn der Name des Gesetzes ist an sich zwar dem Nationalökonomem geläufig, aber — für weitere Kreise unbekannt und — einst recht unglücklich gewählt. Wenn der Leser den Namen des Gesetzes liest, wird er stets geneigt sein, an die ersten Differenzen, d. h. an eine direkte Abnahme der Bodenerträge zu denken und nicht an die zweiten Differenzen, die das Gesetz umfaßt, an die Abnahme in der Zunahme der Bodenerträge.

Was das Gesetz selbst anbelangt, so mag vorausgeschickt werden, daß eine strenge Proportionalität zwischen dem größeren Produktionsaufwande (P) und dem hierdurch erhöhten Reinertrage (R) überhaupt nicht — auch zunächst nicht — (vgl. S. 270) existiert. Wir haben es hier vielmehr mit einer reinen mathematischen Gesetzmäßigkeit $[R = f(P)]$ anderer Art zu tun, deren Klarlegung in Folge der mit zu geringer Genauigkeit angestellten Versuche bislang kaum möglich ist. Daß sich kleine Strecken der aus der Funktion resultierenden Kurve gradlinig in erster Annäherung natürlich ausgleichen lassen, kann und soll nicht bestritten werden.

Daß ein Mann wie Liebig die Gültigkeit des Gesetzes in einzelnen Punkten verkannt haben sollte, daß er — um ein krasses Beispiel zu wählen — der Ansicht gewesen sei, durch vermehrten künstlichen Düng entsprechend undenkbar große Pflanzenmassen in einem kleinen Blumentopfe zu erzielen, möchte ich nicht annehmen; wenngleich der Verfasser Ansichten unseres großen Chemikers anführt, die deutlich zeigen, daß dieser sich hierin keine volle Klarheit verschafft hat (S. 5 u. f.). — Aber das lag an der damaligen Zeit. Das Liebig'sche „Gesetz des Minimum“, welches besagt, daß der Pflanzenertrag von demjenigen Pflanzennährstoff abhängt, welcher verhältnismäßig im Minimum im Boden vorhanden war, beherrschte alle großen Geister; kein Wunder, daß damals ein Darüberhinwegschweifen der Gedanken ins Große unmöglich war. Seitdem haben wir — wie dies Erlen an der Hand der Geschichte der Landwirtschaftswissenschaft sehr gut darlegt — unsere Anschauung ständig erweitert. Wir fanden das Gesetz des Minimum nicht nur gültig für die Pflanzennährstoffe, sondern auch für alle anderen Vegetationsbedingungen, so für das Klima, für die physikalischen Bodeneigenschaften, die Bodenbearbeitung; ja schließlich — wenn wir noch weiter gehen wollen — auch für alle privatwirtschaftlichen Verhältnisse, durch welche wir einen Teil der Vegetationsfaktoren nicht zweckmäßig zu steigern vermögen. Diese letzteren sowie vornehmlich auch u. a. das Klima und das Zusammenwirken von Boden und Klima bewirken, daß wir mit der Steigerung unseres Bodenertrages zu einer Grenze kommen müssen; und so tritt dann das „Gesetz des abnehmenden Bodenertrages“, welches schon vor Liebig (vgl. das Vorwort des Verf.) längst bekannt war, in Kraft. Dieses Ineinanderausgehen dieser beiden Gesetze hätte vom Verfasser schärfer ausgesprochen werden können; auch hätte er wenigstens den Versuch machen können, die vorbesprochene Art der Gesetz-

möglichkeit vielleicht an der Hand der Statistik oder an der Hand gegebener wirtschaftlicher Verhältnisse zu untersuchen.

Es ist schade, daß der Verfasser das sehr lesenswerte Werk nicht abschließen konnte, ohne aus seinen geschichtlichen Deduktionen auf die Politik überzugreifen; denn hierbei sind ihm nach verschiedener Richtung hin Irrtümer unterlaufen, welche gern vermieden werden konnten. Seine Ausführungen im zweiten Teil werden nach und nach einseitiger, und das ganze Werk nimmt einen etwas tendenziösen Charakter an, wodurch es in den Augen der Fachgenossen an objektivem Wert verliert.

Für die Viehhaltung hat m. E. das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages gleichfalls volle Gültigkeit (vgl. S. 256); denn selbst bei unbegrenzt möglichem Zulauf von Kraftfuttermitteln muß sich die Größe des Viehstapels nach der in der Wirtschaft erzeugten Rauhfuttermenge richten. Diese besteht, wenn wir vom Getreidebau zur Viehzucht übergehen wollten, im Winter lediglich aus dem in der Wirtschaft erzeugten Heu. Hält der Landwirt mehr Vieh, als der mittleren Ernte an Rauhfutter entspricht, so muß er, da er dies unbedingt notwendige Futtermittel auch nicht käuflich erwerben kann, in Jahren der Futternot das Plus an Vieh an den Markt werfen und — da dies jeder Landwirt unter diesen Umständen tun muß — es zu Schleuderpreisen verkaufen. Wir vermögen also in einer Wirtschaft den Viehstapel nicht beliebig zu vergrößern, ohne daß mit der Erhöhung der Produktionskosten der Reinertrag stark sinkt.

Der Umstand, daß das auf ärmerem Boden gewachsene Heu gehaltreicher an Nährstoffen ist — eine Ansicht, die von Bott (S. 117) keineswegs allgemein ausgesprochen ist und kaum allgemeine Gültigkeit beansprucht (S. 264) — ist hierbei vollkommen belanglos; denn es kommt hier ja nicht auf den Nährstoffreichtum an, den man durch Zulauf von Kraftfuttermitteln zu ersetzen vermag, sondern auf die Menge des erzeugten gesunden Rauhfutters.

Wie steht es nun aber mit der Gewinnung desselben in unserem Binnenlande? — Bei seinem Eintreten für den Freihandel führt der Verfasser — wie dies so häufig von den Freihandelspolitikern geschieht — einen Vergleich mit England und Dänemark herbei. Das Futter müsse ebenso gut wachsen; denn wir hätten in den meisten Gegenden Deutschlands die gleiche jährliche Regenmenge wie in den ungünstigen Distrikten der genannten Freihandelsstaaten (vgl. S. 264). Es ist hier dem Verfasser der gleiche Irrtum unterlaufen, welcher schon so oft in unserer Politik und Literatur begangen ist. Die Bodenfeuchtigkeit, welche für den Pflanzenwuchs in Betracht kommt, hängt nicht nur von der Niederschlagsmenge, sondern genau in gleicher Weise von der Verdunstungsmenge ab. Die atmosphärische Wasserverdunstung ist aber in unserem Binnenlande ungefähr doppelt so groß als im Seeklima und somit auch erheblich größer als in den genannten Ländern. Den Pflanzen steht dadurch also bei uns viel weniger Wasser während der Vegetationszeit zur Verfügung. Daß der Futterbau ferner wesentlich höhere Anforderungen an die Bodenfeuchtigkeit stellt als der Getreidebau, ist in demselben Moment begründet; denn die Gras- und Kleearten müssen mit ihrer viel größeren

Blattoberfläche viel größere Wassermengen aus dem Boden aufnehmen und verdunsten als das Getreide. Hat der Boden hierzu aber nicht das nötige Wasser, so können diese Pflanzen überhaupt nicht, oder nur sehr kümmerlich gedeihen. Hierin liegen die Hauptgründe, weshalb wir in Deutschland nicht vornehmlich zur Viehhaltung übergehen können. — Ist es nicht auch einleuchtend, daß, wenn sich unser Land mehr für die Viehhaltung eignen würde, die Landwirte auch jetzt viel mehr zu derselben übergehen würden; denn die Viehhaltung weist nicht nur in ihren Erträgen im allgemeinen geringere Schwankungen auf als der Ackerbau, sondern sie ermöglicht auch, durch die extensivere Bewirtschaftung des Landes an Arbeit zu sparen und somit der größten Kalamität unserer Landwirtschaft, der Arbeiternot, entgegenzutreten. Daß sich die Viehhaltung in Deutschland rentiert, beweisen aber die Gegenden unseres Vaterlandes, in welchen Klima und Boden für den Futterbau geeignet sind — Die von Eßlen für den Freihandel angeführten Gründe sind somit m. E. vollkommen hinfällig.

Betrachten wir das Werk als Ganzes, so dürfte es nicht nur großen geschichtlichen Wert haben, sondern sich auch in seiner schlichten, klaren Darstellung unter den Lesern, welche es aus Interesse für die Landwirtschaft in die Hand nehmen, viele Freunde sichern.

Kiel.

Alfred Mitscherlich.

Doren, Alfred: Deutsche Handwerker und Handwerkerbruderschaften im mittelalterlichen Italien. Berlin 1903, L. Prager. 8°. VI und 160 S.

Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, aus der deutschen und italienischen Literatur zu sammeln und zusammenzustellen, was bisher über die Rolle bekannt geworden ist, die deutsche Handwerker und Handwerkerverbände im mittelalterlichen Italien gespielt haben. Er hat das gedruckt vorliegende Material dann erweitert und ergänzt aus den Ergebnissen mehrjähriger eigener archivalischer Forschungen über das Wirtschaftsleben des mittelalterlichen Florenz. Auch hier handelt es sich um Dinge, die vom Verfasser schon in anderem Zusammenhang behandelt sind. Das Buch bringt also nicht neue Tatsachen, sondern will nur durch die Zusammensetzung verstreuter Nachrichten einen Überblick über das ermöglichen, was man bisher weiß, und das ist nach der eigenen Aussage des Verfassers sehr lückenhaft und im einzelnen — weil fast immer Nebenprodukt auf andere Zwecke gerichteter Studien — wenig durchgearbeitet, oft nur notizenhaft. — Allgemeiner bekannt waren bisher schon die Forschungen von Kerschbaumer, De Waal, Simonsfeld, daneben das, was die Arbeiten von Böhlmann, Stieba, neuerdings auch Schulte nebenbei brachten.

So hat sich der Verfasser zweifellos eine wenig dankbare Aufgabe gestellt. Er mußte vorher wissen, daß es ihm nicht gelingen könne, zu neuen Ergebnissen zu kommen oder aus bekannten Resultaten ein fesselndes Gesamtbild zu schaffen. Damit soll das Verdienstliche seiner Zusammenstellung in keiner Weise bestritten werden; und wenn es ihm gelungen ist, das aus unzureichenden Zutaten bereitete Gericht doch noch schmackhaft

zu machen, so ist das einer offensichtlichen Begeisterung für sein Forschungsgebiet zu danken, die, besonders in den ersten allgemeinen Abschnitten, befißt und für das Buch einnimmt. Sehr hübsch ist der erste Abschnitt, in dem in klangvoller Sprache geschildert wird, durch welche Volksschichten Deutschland mit dem mittelalterlichen Italien in Berührung kam: Kaufleute, Studenten, Soldknechte, Pilger und endlich Handwerker. — Das zweite Kapitel zählt dann die einzelnen Berufe auf, in denen überhaupt deutsche Gewerbetreibende nachweisbar sind; ihre Zahl ist recht respektabel. Im dritten Kapitel werden wir über einzelne wichtigere Berufsarten unterrichtet: Buchdrucker, Baugewerbe einschließlich der Architekten und unter Heranziehung der Maler, persönlich Bedienstete. Hier bringt das Buch nur ganz Allgemeines und läßt eigentlich etwas unbefriedigt. Schon hier kommt einem die Empfindung, als ob es dem Verfasser weniger darauf angekommen wäre, sein Thema wirklich zu runden — soweit das Material reicht —, als für die Resultate seiner eigenen Florentiner Forschungen eine Folie zu schaffen. Dazu stehen aber die auf eigener und auf fremder Vorarbeit beruhenden Teile quantitativ in einem zu wenig günstigen Verhältnis. Dieser Eindruck wird in den weiteren Kapiteln, die die Bruderschaften behandeln, — die ohne und mit gewerblicher Grundlage — noch verstärkt. Hier wird man neben dem Dorenschen Buch immer noch zur eigenen Information die Quellen zur Hand nehmen müssen, weil ihre Verwertung zu skizzenhaft, zu wenig gerundet ist. Mir ist das besonders hinsichtlich der Arbeiten von de Waal, Paoli und auch Simonsfeld aufgefallen. Durch diesen Mangel, den der Verfasser vielleicht als solchen gar nicht empfindet, wird der Wert der Arbeit etwas beeinträchtigt. Sie läßt doch bei dieser und jener Frage im Stich, auf die man Antwort erwartet, und auf die sie Antwort bringen könnte.

Und wenn ich mir dann noch eine Bitte dem Verfasser gegenüber gestatten darf, so ist es die um Einschränkung der Verwendung von Häufungen gleichwertiger Sätze oder Satzglieder (s. S. 5). Sie ist naturgemäß eine Form des eindringlichen, manchmal auch des anschaulichen Erzählens und Malens, aber sie darf doch nur mit Vorsicht an gewissen präponderierenden Punkten der Darstellung angewendet werden. Naturgemäß hat gerade, wer von seinem Thema gepackt ist, am meisten die Versuchung ihrer Anwendung zu bekämpfen.

Berlin, November 1905.

H. Grandke.

Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt.
Zusammengestellt im Reichs-Marine-Amt. Berlin 1905. XIX und 280 S.

Die vorliegende Begründung und Materialsammlung reiht sich den Denkschriften von 1897 über „Die Seeinteressen des Deutschen Reichs“ und 1900 über „Die Steigerung der deutschen Seeinteressen von 1896/98“ als Ergänzung und Weiterführung an. Die äußere Einteilung ist beibehalten, hat jedoch wesentliche Erweiterungen sowie eine stärkere Berücksichtigung der internationalen Entwicklung erfahren. Abgesehen davon, daß sich hier das ganze einschlägige Material bequem vereinigt findet,

bietet diese amtliche Publikation infolge einer beträchtlichen Anzahl neuer, hier zum erstenmal veröffentlichter Daten, rein wissenschaftlichen Ertrag und positive Förderung. Auf dem Wege zu einer Seewirtschaftspolitik als Wissenschaft — deren Möglichkeit hier dahingestellt bleiben kann — bietet sie nicht zu unterschätzende, wenn nicht unentbehrliche Hilfsmittel. —

Im folgenden soll der Inhalt der Denkschrift, soweit er neu oder von allgemeinerem Interesse ist, kurz resümiert werden.

Aus dem ersten Abschnitt über die Bevölkerungsbewegung ist hervorzuheben, daß, während in allen früheren Volkszählungsperioden die Bevölkerung durch Wanderungen stets verloren hatte, zum erstenmal seit Begründung des Reichs 1895/1900 ein Zuwachs durch Wanderungen (+ 0,4 % gegen — 1,8 % 1890/95) zu verzeichnen war, und daß die schätzungsweise Ermittlungen auch für 1903 einen Zuwachs ergeben: Diesem Resultat der Wanderungsbilanz entspricht der weiter anhaltende Rückgang der überseeischen Auswanderung, die 1894/1904 von 0,80 ‰ auf 0,47 ‰ der Bevölkerung sank und im Durchschnitt nur noch $3\frac{3}{4}$ % des Geburtenüberschusses absorbiert. — Nächste den Vereinigten Staaten (1,89 %) hat Deutschland die stärkste Bevölkerungszunahme (1,5 % p. a.) und den größten Geburtenüberschuß (13,9 ‰) aufzuweisen, der mit über 800 000 beinahe so groß ist wie die Zahl der in Frankreich Geborenen. Trotzdem erheben sich die deutschen Sterbeziffern nur ganz wenig über die französischen. — Die Zahl der Einwanderer aus den benachbarten europäischen Staaten ist erheblich gestiegen, besonders aus Österreich-Ungarn, Italien und den Niederlanden; ebenso wächst das deutsche Element in den Nachbarstaaten, während es in den überseeischen Ländern stark zurückgeht: der Charakter der Wanderungsbewegung zeigt eine veränderte, kontinentale Tendenz. — 1900 befanden sich im Auslande 3 000 000 geborene Deutsche und 700 000 Reichsangehörige.

Der Anteil des Seehandels am Außenhandel (Abschnitt II) stieg 1894/1904 von 66 auf 70 % des Spezialhandels, die Einfuhr zur See von 69,6 auf 73,9 % der Gesamteinfuhr, die Ausfuhr zur See von 61,6 auf 64,6 % der Gesamtausfuhr. Der Landhandel stieg in dieser Zeit um 48 % (von 2,5 auf 3,7 Milliarden Mark), der Seehandel dagegen um 75 % (von 4,9 auf 8,5 Milliarden Mark) oder von dem $1\frac{1}{2}$ -fachen auf mehr als das Doppelte des Landhandels. Das Wachsen des Seehandels ist am stärksten nach Übersee mit 93 % oder 1,9 Milliarden, während der Seeverkehr mit den europäischen Ländern nur um 16 % oder 1,2 Milliarden wuchs. Die Einfuhr aus den außereuropäischen Ländern stieg von 1377 auf 2570 Mill., von 32,0 % auf 37,4 % der Gesamteinfuhr oder um 87 %, die Ausfuhr von 610 auf 1268 Mill., von 19,9 % auf 23,9 % der Gesamteinfuhr oder um 108 %. Das Ergebnis zeigt deutlich das relative Zurückbleiben des Landhandels hinter dem Seehandel. — Der deutsche Außenhandel stieg in der Berichtsperiode von 7,8 auf 12,2 Milliarden, dem Gewichte nach um 60 %, dem Werte nach um 66 %; in der gleichen Zeit nahm der

Spezialhandel Englands um 38 %, der Vereinigten Staaten um 59 % zu. — Noch deutlicher wird die große Steigerung des deutschen Spezialhandels, wenn man die letzten 20 Jahre vergleicht. Setzt man den Handel von 1882/84 gleich 100, so ergeben sich für 1902/04 als Verhältniszahlen bei Frankreich 109, Großbritannien 131, Vereinigte Staaten 158 und Deutschland 171, das somit unter den Großstaaten hinsichtlich der prozentualen Zunahme an erster Stelle steht. — Gehoben hat sich hauptsächlich die Einfuhr von industriellen Rohstoffen (um 1,5 Milliarden) sowie die Ausfuhr von Fabrikaten (um 1,6 Milliarden), während die Ausfuhr jener um 600 Millionen und die Einfuhr dieser um 400 Millionen stieg. Der Anteil der Nahrungs- und Genußmittel an der Gesamteinfuhr sank von 36,5 auf 30,7 %, derjenige der industriellen Rohstoffe dagegen stieg von 42,3 auf 50,1 %. Der Anteil der Fabrikate an der Gesamtausfuhr stieg von 63,4 auf 65,8 %, macht also heute $\frac{2}{3}$ der Gesamtausfuhr aus. — Zu erwähnen ist endlich noch, daß heute beinahe $\frac{1}{3}$ des gesamten deutschen Seehandels den indirekten Weg über fremde Häfen wählt. (1903 bewegten sich durch die Niederlande und Belgien 1,5 Milliarden nach und 700 Millionen aus Deutschland.)

Der Schifffahrtsverkehr (Teil III) der deutschen Häfen hob sich 1893/1903 auf das anderthalbfache (von 27 $\frac{1}{2}$ auf 42 Mill. Netto-t) und übertraf in seiner Zunahme alle anderen Staaten (30—46 %) mit Ausnahme Japans, das mit einer Verfünffachung des Verkehrs an der Spitze steht. Der deutsche Aufschwung betrug im Küstenverkehr 3,6 Millionen t (63 %), im Verkehr mit den außerdeutschen europäischen Häfen 6,4 Millionen (41 %) und im überseeischen Verkehr 4,4 Mill. t (74 % oder sechsmal so viel als die Bevölkerungszunahme). Die Seeverkehrsleistungen der beladenen deutschen Schiffe stiegen im überseeischen Verkehr von 1893 bis 1898 und 1903 von 24 auf 30 und 45 $\frac{1}{2}$ Milliarden Seemeilentonnen. Noch stärker war die Steigerung im Verkehr zwischen außerdeutschen Häfen (von 19 $\frac{1}{2}$ auf 28 $\frac{1}{2}$ resp. 55 $\frac{1}{4}$ Millionen Tonnen). Die deutsche Flagge hob ihre Beteiligungsziffer im deutschen Verkehr von 52 auf 59 %, im überseeischen Verkehr allein von 69 auf 79 %, im europäischen Verkehr von 31 auf 35 %. — Der Anteil der Ostsee sank von 35,9 auf 29,2 % des Raumgehalts, während die numerische Dichtigkeit des Verkehrs in der Ostsee verhältnismäßig stärker zunahm als in der Nordsee. Der Wechselverkehr zwischen Nord- und Ostsee stieg 1896/1903 um 34 %, der Verkehr im Kaiser-Wilhelm-Kanal um 182 %, der Gesamtküstenverkehr um 63 %. — Die Eröffnung der großen Kanäle brachte eine ganz wesentliche Erweiterung des Schlepperdienstes. — Von Interesse ist die Entwicklung der geographischen Verteilung des Seeverkehrs. Die stärksten Fortschritte werden im Verkehr mit Südamerika, Afrika (besonders am Indischen und Roten Meere), Australien und vor allem für Ostasien und Kleinasien verzeichnet, welch' letztere Verdreifachungen und Vervielfachungen des Verkehrs aufweisen. Im Verkehr mit Nordamerika beginnt erst 1903 wieder eine starke Aufwärtsbewegung. In Europa ist der Aufschwung nach 1898 im Verkehr mit dem Norden sehr

gering, nach Westen und Süden dagegen sehr stark, am auffälligsten nach Südeuropa, für das vor 1898 ein starker Rückgang zu beobachten war, seitdem aber ein Aufschwung, der nur noch von der afrikanischen und asiatisch-australischen Fahrt übertroffen wird — im wesentlichen ein Verdienst der deutschen Reederei. — Schließlich sei noch auf die bedeutsame Tatsache hingewiesen, daß der Auslauf der beladenen Schiffe rascher zugenommen hat als der Einlauf, und zwar hauptsächlich seit 1900; die Zeitschrift schließt mit Recht daraus, daß der lebhafteste Export nach Übersee zu einem guten Teil über die letzte Depressionsperiode hinweggeholfen hat. —

Die deutsche Reederei (Teil IV), deren Initiative die vorstehend skizzierte Entwicklung zum erheblichen Teil zu danken ist, hat seit 1899 einen Aufschwung genommen, wie er weder im Ausland noch in irgend einer früheren Periode zu beobachten ist. Die seit 1898 erfolgte Zunahme der Handelsflotte von 1,55 auf 2,35 Mill. Netto-t übersteigt die Zunahme des viermal längeren Zeitraums 1871/98 um 170 000 t und beträgt das dreifache der vorhergegangenen Periode 1891/98. Die Dampfertonnage hat sich in den letzten 7 Jahren verdoppelt, die Leistungsfähigkeit der Handelsflotte hat sich dementsprechend, von $3\frac{1}{4}$ auf $7\frac{2}{3}$ Mill. Netto-t, d. i. um 34 % erhöht, während sich die Transportleistungsfähigkeit der Welthandelsflotte in der gleichen Zeit um 70 %, diejenige Englands um 47 % vermehrte. Der Anteil Deutschlands an der Welthandelsflotte stieg 1898/99 bis 1905/06 von 7,9 auf 9,9 % nach dem Raumgehalt, von 8,3 auf 10,2 % nach der Leistungsfähigkeit. Den Bestand von 1894/95 gleich 100 gesetzt, vermehrte sich bis 1905/06 die Dampferflotte Englands auf 159, Frankreichs auf 145, der Vereinigten Staaten auf 203, die Welt dampferflotte auf 191, diejenige Deutschlands aber auf 292.

Das Kapital der Aktiengesellschaften in Hamburg und Bremen stieg 1899/1905 von 273 auf 443 Millionen. Davon notierten Ende 1899 220 Mill. Mk. Aktien mit 287 Millionen Kurswert, Mitte November 1905 notierten 295 Mill. mit 438 Mill. Mk. Kurswert. Der Kurswert der Aktien stieg somit von 130 auf 148 oder um beinahe 14 %. — Der Wert der Handelsflotte stieg von 327 Mill. 1895 auf 426 Mill. 1899 und 810 Mill. 1905, hat sich mithin in dieser Zeit verzweieinhalbfacht. Der Neubeschaffungswert im Fall eines Verlustes wurde 1899 auf $\frac{3}{4}$ Milliarden und wird heute auf erheblich mehr als eine Milliarde geschätzt. — An Subventionen wurden gezahlt von Deutschland durchschnittlich jährlich 8 Mill., von England 20 Mill., von Japan 20 Mill. und von Frankreich 47 Mill.; die Entwicklung in Deutschland kann somit mit Recht „als das Produkt freier Tätigkeit der Interessenten“ angesehen werden.

Die Entwicklung des Schiffbaus (Teil V) hat mit dem Aufschwung der Reederei gleichen Schritt gehalten: der Anteil am Weltschiffbau sank 1894/1904 bei Großbritannien von 79 auf 61 % und stieg bei Deutschland von 9 auf 10 %. Die stärkste Steigerung erfuhr die Leistungsfähigkeit unserer Werften in den letzten 6 Jahren; in dieser Zeit hat sich das Werftareal verdoppelt, stieg die Zahl der Hellinge von

136 auf 165, der Slipß von 10 auf 21, der Trockendocks von 6 auf 14, der Schwimm docks von 17 auf 35, nahm die Zahl der Arbeiter um 7000 zu. Sie beträgt zurzeit in den 28 größten Privatwerften der Enquete 41 000, in den 3 kaiserlichen Werften 16 400. Im ganzen Seeschiffbau sind mehr als 60 000 Arbeiter beschäftigt. — Die Jahresproduktion hob sich von 130 000 Tonnen 1894/99 auf 206 000 Tonnen 1899/1904, die gleichzeitig im Bau befindlichen Schiffe haben sich in dieser Zeit dem Raumgehalt nach um 50 % (von 250 000 auf 375 000 Tonnen), der Transportleistungsfähigkeit nach um 66²/₃ % (von 728 000 auf 1 107 000 Tonnen) vermehrt. — Die Zahl der Aktiengesellschaften stieg 1900/05 von 14 auf 17, ihr Kapital von 57 auf 85 Mill. Mk., der Kurswert der notierten Aktien von 50 auf 80 Mill. oder durchschnittlich von 166 auf 180. — Die Gesamtproduktion der letzten 6 Jahre überstieg 750 Mill. Mk. — Auf die interessanten Tabellen über die Entwicklung des Bedarfs und seine Deckung kann hier nur hingewiesen werden, immerhin sei erwähnt, daß die deutsche Schiffbauindustrie bereits 1903 soweit vom Ausland unabhängig war, daß sie von dorthier nur noch 1,7 bzw. 2,5 % des Rohmaterials bezog gegen 27,2 bzw. 25,9 % i. J. 1899. — Der Wert des deutschen Werftkapitals stieg 1899/1905 von 110 auf 180 Mill. Mk. = 60 %.

Teil VI gibt eine Übersicht über die „Erweiterungen, Veränderungen und Verbesserungen der deutschen Seehäfen seit 1899“. Danach wurden von 1900 ab 186 Mill. Mk. in Hafenanlagen neu investiert und weitere 86 Mill. zu gleicher Verwendung in Aussicht genommen. Vor allem haben Bremen und Hamburg ihr Leistungsvermögen bedeutend gesteigert, jenes um 50, dieses um 75 %. Lübeck hat nunmehr die Tiefe des modernen Seehafens; der neue Emden Seehafen erweist sich bereits als zu klein, die Anlage von Dockhäfen mit Schleusen ist beschlossen. (Zu erwähnen ist hier der Bau einer großen Schiffswerft und die Errichtung einer Bricketfabrik durch das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat. Hier ist die rasche Entwicklung wohl zum guten Teil der Rührigkeit des Oberbürgermeisters Fürbringer zu danken.) In Harburg und Stettin sind ebenfalls neue Häfen im Bau, Danzig hat den Kaiserhafen mit fast 200 000 qm Fläche eröffnet, Königsberg ist endlich wieder Seehafen geworden, und auch alle kleineren Häfen verzeichnen erhebliche Neuanlagen und Vertiefungen.

Die Denkschrift verweist neben diesen Fortschritten auf die Anstrengungen der im Westen vorgelagerten fremden Häfen, sich „durch die gewaltigsten finanziellen Opfer“ immer mehr zum Umschlagsplatz für einen Teil des deutschen Handels zu machen. — Inzwischen deutet die Höhe und Verteilung der neu bewilligten Summen auf einen ununterbrochenen Ausbau der heimischen Anlagen. —

Die Hochseefischerei (Teil VII) hat sich im letzten Jahrzehnt stark entwickelt, und zwar hauptsächlich im Nordseegebiet, wo seit 1894 92, seit 1898 39 neue Dampfer eingestellt wurden, der Gesamt-raumgehalt der Fischereiflotte von 57 000 auf 97 000 bzw. 128 000 cbm stieg und die Fischereigesellschaften sich beträchtlich vermehrten. — Volkswirtschaftlich am bedeutsamsten ist das Aufblühen der Heringss-

fischerei, deren Ertrag sich in 5 Jahren auf 200 000 Faß (à 125 kg) resp. 5 Millionen Mk. verdoppelte. — Der jährliche Durchschnittsfang der Ostseehochseefischerei stieg von $2\frac{2}{3}$ Mill. 1894/98 auf $3\frac{1}{10}$ Mill. 1899/1904, weist also jedenfalls keinen Rückgang auf wie bisher immer behauptet worden ist. Die hier nach den Berichten der Oberfischmeister für die einzelnen Gebiete gegebenen Zahlen liefern zum erstenmal ein deutliches Bild, wo bisher lediglich Dunkel herrschte. Besonders stark ist das Anwachsen der Erträge an der Ostküste Schleswig-Holsteins (von 800 000 1897 auf 4,1 Millionen 1904). Bemerkenswert ist ferner der Versuch, den Kaiser-Wilhelm-Kanal zu einem ergiebigen Heringsereservoir zu gestalten, ein Versuch, der heute als gelungen bezeichnet werden darf: die Erträge stiegen hier von 1903 auf 1904 von 9000 auf 18 000 Wall. — Der jährliche Ertrag der deutschen Seefischerei stieg 1899/1905 von 20 auf 26—30 Millionen Mark, ist aber immer noch nicht imstande, mehr als $\frac{1}{3}$ des heimischen Fischbedarfs zu decken (die Mehreinfuhr beträgt 67,5 %). — Der Gesamtwert der Nordseefischerei beläuft sich auf ca. 200 Mill. Mk., daran ist England mit mehr als der Hälfte, Deutschland nur mit 6 % beteiligt. Der Gesamtmengeertrag stieg 1892/1902 von 575 auf 940 Mill. kg, der Anteil Deutschlands von 3 auf 6 %, ist also immer noch verschwindend gegenüber dem Anteil Englands, der konstant 80 % beträgt. — (Die Frage, ob eine Überfischung der Nordsee stattfindet, wird zurzeit von der Internat. Kommission für Meeresforschung wissenschaftlich geprüft.)

Eine ganz außerordentliche Steigerung hat der deutsche Besitz an Seekabeln (Teil VIII) erfahren: er stieg von 6000 km 1899 auf 30 000 km 1905. Zu erwähnen sind die beiden transozeanischen Kabel, die der Deutsch-Niederländischen Telegr.-Ges. in Köln gehörigen Kabel Menado—Jap—Guam und Shanghai—Jap, endlich das kleine Kabel Constanza—Constantinopel. — Seit 1899 besitzt Deutschland ein eigenes Seekabelwerk in Nordenham sowie zwei Kabeldampfer, das Kapital der Kabelgesellschaften beträgt zurzeit 70 Mill. Mk., der investierte Wert 80 Mill. Mk. — Der Anteil Deutschlands am Weltkabelnetz (450 000 km) stieg von 2 % 1898 auf $4\frac{1}{2}$ % 1903 und $6\frac{2}{3}$ % 1905 und ist immer noch unverhältnismäßig gering.

Der IX. Teil, Kapitalanlagen im Auslande, speziell Übersee, gibt die Resultate einer entsprechend der Erhebung von 1900 bei den konsularen Vertretern veranstalteten Umfrage. Die Erhebungen von 1898 wurden 1900 und 1904 wiederholt. Trotzdem ist das Ergebnis an sicheren und positiven Daten auffallend gering. Für Europa und einen Teil auch der außereuropäischen Länder beschränkt sich der Bericht auf die Wiedergabe der Handelsumsätze, auch da, wo (wie z. B. für England) anderes Material bereits vorhanden ist. Immerhin sind die Resultate, soweit sie vorliegen, durchaus beachtenswert. Insgesamt ergibt sich für die Anlagen im Orient und den überseeischen Ländern von 1898 bis 1904 eine Steigerung von 1000 bis 1500 Millionen Mk., von 7—7,7 Mill. auf 8—9,2 Milliarden Mk. Im einzelnen entfallen (die Zahlen von 1898 in Klammern) auf die Vereinigten Staaten und Kanada 2500—3000 (2025) Mill., die Ostküste Südamerikas 1300 bis

1600 (1000—1300) Mill., dessen Westküste 500—550 (370—420) Mill., auf die Länder um das amerikanische Mittelmeer auf 1080—1200 (1000—1250) Mill., auf Australien 300—400 Mill., Ostasien 400 bis 450 Mill., Südostasien 250 Mill., auf Afrika 1325—1350 (1898 ausschließlich Ägypten 970—980) Mill., auf die Türkei 300—350 (1898 einschl. Ägypten 400) Mill. — Der deutsche Besitz an auswärtigen Effekten, 1892 von Schmoller auf 10 Milliarden, bald darauf von Koch auf 12 Milliarden geschätzt, wird für Ende 1905 mit mindestens 16 Milliarden eingestellt, darunter $3\frac{1}{2}$ —4 Milliarden überseeische und orientalische Effekten. — (Die ausländischen Depots der großen Banken betrugen bereits 1902 bei 163 Instituten über 1 Milliarde Mk. gegen 290 Mill. i. J. 1893.) Die Gesamtsumme der deutschen Interessen im Auslande wird zwischen 30 und 40 Milliarden liegend angenommen, ein Kapital, dessen Jahresertrag in jedem Fall das Defizit der Handelsbilanz von jährlich $1\frac{1}{2}$ Milliarde zur Genüge deckt, selbst wenn man den Anteil aus Handelsschiffahrtsgewinnen nicht — wie es die Denkschrift tut — mit $\frac{1}{3}$ einstellt.

Daran schließen sich zwei Übersichten über die Entwicklung der deutschen Überseebanken sowie des deutschen Versicherungsgeschäfts. Die 4 ältesten Überseebanken verteilten 1894 387 542 Mk., 1904 dagegen 2 566 500 Mk. Dividende. Anfang 1906 werden 13 Banken mit 100 Millionen Mk. Kapital über 70 Niederlassungen verfügen. — In den von der Reichsstatistik erfaßten Zweigen des Versicherungsgeschäfts stammen 13 % der Prämieinnahme aus dem Ausland.

Endlich sind diesem Teil der Denkschrift zwei äußerst interessante Anlagen beigegeben: eine „Zusammenfassung der Berichte der diplomatischen und konsularen Agenten der Republik Frankreich über das französische Vermögen im Auslande und ein „Exposé über den Einfuhrüberschuß im Vereinigten Königreich“ (nebst angehängten Aufstellungen über britische Kapitalanlagen im Auslande). Danach sind an französischen Kapitalien investiert in Europa 21 Milliarden, in Asien 1100 Millionen, in Afrika 3,7 Milliarden, in Zentralamerika 290 Millionen, Nordamerika 1 Milliarde, Südamerika 2,7 Milliarden, in Australien 57 Millionen, im ganzen 30 Milliarden Fr., zum größten Teil in Wertpapieren angelegt. (Staatsanleihen, Eisenbahnen, Bergwerke, Kanäle.) Als „tröstliche Schlußfolgerung“ der Enquete wird angezeigt, „daß die französische Finanzgruppe an Macht und an Tatkraft den anderen nicht nachsteht“. („Kurz, da wo die Industrie große Kommanditäre oder eine elegante und sorgfältige Ausführung braucht, findet man sicher französische Unternehmungen.“)

Das englische Exposé des Board of Trade will über die Deckung des jährlichen Einfuhrüberschusses in Höhe von durchschnittlich 3284,4 Millionen Mk. Rechnung ablegen. Es ergeben sich zunächst mit Hilfe einer interessanten Methode über 2 Milliarden jährliche Brutto-Einnahmen der Reederei; davon gehen ab 255 Millionen, die im Ausland verausgabt werden (31 Mk. pro Registertonne), so daß 1826 Millionen Mk. verbleiben. (Eine zweite von Giffen angewandte Methode ergibt

1836 Millionen.) Hierzu treten die Einnahmen aus ausländischen Kapitalanlagen; von der Einkommensteuer wurden erreicht 1891/92 1106 Mill., 1901/02 1227 Mill. Mk. Diese Summe umfaßt nur Effekten, Coupons und Eisenbahnen, nicht die Erträge aus industriellen Unternehmungen. Die Gesamtsumme veranschlagte Giffen 1898 auf 90 Mill. Pfd. St. Zusammen mit den Erträgen der Reederei (90 Mill. Pfd. St.) wird mithin der Einfuhrüberschuß von 160 Mill. Pfd. St. reichlich gedeckt. — Die Emissionen zeigen 1898/1902 einen jährlichen Durchschnitt von 896,6 Mill. Mk., trotz der drei Kriegsjahre, gegen 979,2 Mill. im Durchschnitt des vorhergegangenen Jahrzehnts. — Als wesentliches Resultat ergibt sich, daß der Einfuhrüberschuß erheblich übertroffen wird hauptsächlich durch die Erträge aus ausländischen Kapitalanlagen — ein Beitrag zur Lehre von der „passiven“ Handelsbilanz. Damit erklärt sich auch die große Veränderung der Handelsbilanz (der Einfuhrüberschuß stieg von 98 Mill. Pfund in den 80er, auf 148 Mill. Pfund in den 90er Jahren). Das im Ausland investierte Kapital — bei Annahme einer 5%igen Verzinsung — stieg von 600 Mill. Pfd. 1880/81 auf 1100 Mill. 1890/91 und 1206 Mill. Pfd. 1900/1901; dessen Ertrag unterhält $1\frac{1}{2}$ Millionen Erwerbstätige oder 7 Millionen der englischen Bevölkerung. — Die Entwicklung wird überall da die gleiche sein, wo die wachsende Einfuhr nicht durch eine gleich stark wachsende Ausfuhr gedeckt werden kann.

Der X. Teil gibt eine Übersicht über die Kolonien, der XI. bringt einige Zahlen aus der Konsum- und Einkommen-Statistik (so stieg der Zuckerkonsum von 8,4 kg 1886/91 auf 12,4 kg 1898/99 und 17,2 kg 1903/04, der Weizenkonsum von 70 kg 1889/94 auf 87 kg 1894/98 und 92,2 kg 1898/1904), Teil XII gibt einen Überblick über die Vermehrung der konsularischen Vertreter, Teil XIII über die deutschen Schulen (4285 nachgewiesene), Kirchen und Missionen, Teil XIV endlich über die Ausgaben für Flotte und Landheer und ihre Stellung im Haushalt der wichtigsten Großstaaten. Danach stiegen die Marineausgaben 1899/1903 von 2,76 auf 3,59 Mk. pro Kopf, 1893/1903 um 2,08 Mk.; die Prokopfbelastung beträgt bei England 17,7 Mk., in Frankreich 6,4 in den Vereinigten Staaten 3,72 Mk., in Rußland 2,02 Mk. Die Marineausgaben stiegen 1893/1903 (in Mill. Mk.) in Großbritannien von 291 auf 734, in Frankreich von 203 auf 251, in Rußland von 110 auf 254, in den Vereinigten Staaten von 124 auf 349, in Deutschland von 81 auf 210. Die „unproduktiven Ausgaben“ machten im Reich und den Bundesstaaten zusammen 1899 26,92 %, 1903 nur noch 24,63 % aus. — Schließlich folgt in einem XV. Teil eine internationale Übersicht der Linienschiffe und großen Kreuzer. — Die Denkschrift ist durchaus geeignet, über ihren augenblicklichen Zweck hinaus dauernd als Materialsammlung zu dienen; der Umstand, daß in ihr ein wesentlicher Teil der deutschen Volkswirtschaft während und nach der letzten Depressionsperiode dargestellt ist, sichert ihr neben dem aktuellen ein ganz spezifisches Interesse.

Halensee.

A. Koppel.

Flores, A., Profesor de la universidad de Barcelona: *La reforma arancelaria, consideraciones y materiales*. Vol. I Alemania: Cuaderno I: Bosquejo de la politica comercial alemania durante el gobierno de los tres ultimos cancilleres. Madrid 1905. p. XVI u. 237.

In dem Vorwort zu dem angezeigten Buche hebt der Finanzminister aus dem letzten konservativen Kabinett Villaverde — Antonio Garcia Aliz — hervor, daß Spanien bisher für die Regelung seiner handelspolitischen Beziehungen mit dem Ausland nicht die Menge Vorarbeiten und Studien besessen hätte, wie das in anderen Ländern — vor allem in Deutschland — der Fall wäre. Um nun bei der kommenden Neuregelung der Handelsverträge besser gerüstet zu sein, hatte das Ministerium dem Professor der Nationalökonomie an der Universität Barcelona Dr. A. Flores den Auftrag erteilt, die hierzu notwendigen vorbereitenden Studien zu unternehmen. In erster Linie sind die Handelsbeziehungen mit Deutschland Gegenstand der Untersuchung gewesen, und der vorliegende Band bildet den ersten Teil dieser „Betrachtungen und Materialien“. Er behandelt die deutsche Handelspolitik von 1890—1905; ihm sollen drei weitere Bände folgen, von denen der zweite und dritte den deutsch-spanischen Handel und der vierte Materialien enthalten werden.

Die Veröffentlichung des Buches ist gestattet worden, da — wie ein königlicher Erlass hervorhebt — die darin wiedergegebenen statistischen Zahlen bekannt seien, und das Werk jedes Lob und jede Empfehlung verdiene. Man kann sich diesem Urteil durchaus anschließen. Trotz seines nicht allzu großen Umfanges gibt das Buch eine ausgezeichnet orientierende Übersicht der deutschen Handelspolitik, ihrer treibenden Ursachen und ihrer Tendenzen.

Ausgehend von einer kurzen Schilderung der handelspolitischen Lage vor 1890 wird eingehend das Zustandekommen der Caprivischen Handelsverträge und der weiteren Verträge dargestellt. Der Hauptteil des Buches (S. 43—160) bringt die Entwicklung des deutschen Handels während der Dauer der Verträge. Der Verfasser beschränkt sich jedoch nicht darauf, den Warenverkehr mit den einzelnen Ländern zu schildern, sondern gibt gleichzeitig eine genaue Darstellung von der „Industrialisierung“ Deutschlands und der Lage der Landwirtschaft. Namentlich dem letzteren Punkt widmet er eine ungemein eingehende Untersuchung. Es muß anerkannt werden, daß alle diese Betrachtungen durchaus objektiv gehalten sind.

Den Rest des Buches nehmen die Vorbereitung und das Zustandekommen des neuen Zolltarifs und Ausführungen über den Tarif selbst ein. Der Verfasser, der sich freilich längere Zeit in Deutschland aufgehalten hat, schildert mit einer für den Ausländer seltenen Kenntnis der innerpolitischen Zustände die Kämpfe um den Zolltarif, die Tätigkeit der verschiedenen Organisationen und Vereinigungen und die Verhandlungen im Reichstag. Zum Schluß wird eine Übersicht über die Verträge gegeben, die schon auf Grund des Tarifs abgeschlossen sind.

Der Verfasser beherrscht das ungeheure Material, das er für die Arbeit verwendet hat, vollständig. Man wird nicht viele von Aus-

ländern geschriebene Bücher finden, die so unter Benutzung auch der entferntest liegenden Quellen eine gleichzeitig erschöpfende wie tendenzfreie Schilderung deutscher Verhältnisse geben. Man darf den weiteren Bänden mit Erwartung entgegensehen.

Mar Westphal.

Peterla, Otto: Das Wasserrecht der Weistümer. Prag 1905. Calvesche Hof- und Universitätsbuchhandlung. gr. 8°. VI u. 83 S. 3 Mk.

Die immer mehr zunehmende Verunreinigung der Wasserläufe durch die Fabrikabwässer und durch die Schwemmanalisation größerer Gemeinden, die wachsende Bedeutung der Wasserläufe als Quellen elektrischer Energie und die immer stärker hervortretende Notwendigkeit der Zurückhaltung der atmosphärischen Niederschläge zur Verhütung von Hochwasserschäden, zur Speisung von Kanälen und zur Verbesserung des Fahrwassers natürlicher Wasserstraßen sowie zu Zwecken der Landeskultur haben bewirkt, daß einem der am meisten vernachlässigten Rechtsgebiete, dem Wasserrechte, in neuester Zeit endlich wieder die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die der gesetzlichen Regelung entgegenstehenden Schwierigkeiten sind allerdings ganz außerordentlich. Durch das Einführungsgesetz zum B. G. B. (Art. 65) ist die Regelung der wasserrechtlichen Verhältnisse der Landesgesetzgebung überlassen worden, aber selbst durch die Beschränkung auf das Gebiet des einzelnen Bundesstaates haben sich die Schwierigkeiten kaum vermindert. Im Königreiche Sachsen wurde vor sechs Jahren der Entwurf eines Wassergesetzes der öffentlichen Kritik übergeben, aber erst im laufenden Winter ist dem sächsischen Landtage eine entsprechende Gesetzesvorlage zugegangen. Gegen das in Bayern geplante neue Wassergesetz werden namentlich aus industriellen Kreisen schwere Bedenken laut. In Preußen hat man nach einem vor über einem Jahrzehnt unternommenen Versuche allem Anschein nach den Mut überhaupt verloren und nur im letzten Jahre notdürftig ein Gesetz zur Verhütung von Hochwassergefahren zustande gebracht. Besonders empfindlich fühlbar macht sich bei diesen gesetzgeberischen Versuchen der Mangel ausreichender Vorarbeiten, einer zuverlässigen Feststellung der geschichtlichen Entwicklung der einzelnen wasserrechtlichen Verhältnisse in Deutschland, so daß es nicht verwunderlich ist, wenn der Gesetzgeber auf die Anschauungen des römischen Rechts zurückgreift.

Unter diesen Umständen ist eine Arbeit, wie die oben angezeigte, von vornherein dankbar zu begrüßen. Denn wenn sie auch nur das Recht der Weistümer, d. h. mit anderen Worten das Wasserrecht unter der Grundherrschaft, also im wesentlichen ländliche Verhältnisse behandelt, so dürfte es doch nicht zweifelhaft sein, daß sich manche dieser Rechtsbestimmungen teils bis auf die heutige Zeit erhalten haben, teils aber verdienen, in unseren Tagen wieder zur Anwendung gebracht zu werden. Es dürfte das letztere umso weniger Schwierigkeiten begeben, als die genossenschaftlichen Bestrebungen unserer Zeit in vielen Punkten mit mittelalterlichen Anschauungen verwandt sind. Was nun den Inhalt der vorliegenden Schrift betrifft, so erörtert der Verfasser im ersten Kapitel die rechtliche Zugehörigkeit der Gewässer. Danach sind vier

Arten von Gewässern zu unterscheiden: 1. die unter dem Schutze und der Hoheit des Königs stehenden schiff- und flößbaren Gewässer; 2. die unter der Schutzgewalt des Grundherrn stehenden „gemeinen“ Wasser (größere Bäche und Gemeindebrunnen), die zur Deckung des Wasserbedarfs der Gemeindegemeinden dienen; 3. die „wilden Wasserläufe“ (Gießbäche, Gebirgs- und Regenwässer u. dgl.), an denen der Grundstücksbesitzer ein bevorzugtes, wenn auch mannigfach beschränktes Nutzungsrecht hatte und 4. die stehenden oder zum Verbrauch bestimmten Gewässer, die sich im Eigentum des Grundbesitzers befinden. Über das Eigentumsrecht an den drei anderen Arten von Gewässern schweigen die Weistümer sich aus. Weit aus am wichtigsten für die Weistümer sind die unter 2. genannten „gemeinen“ Gewässer. Das II. Kapitel behandelt im einzelnen die verschiedenen Arten der Wassernutzung, und zwar zunächst die allgemeinen Benutzungsrechte: zum Viehtränken, zur Trinkwasserversorgung, zum Baden, Waschen und Schöpfen sowie die zur Regelung dieser Benutzungsweisen erlassenen obrigkeitlichen Vorschriften über die Leitung des Wasserlaufs, seine Zugänglichkeit und Reinhaltung. Die Nutzung der privaten Gewässer (vgl. oben unter 3. und 4.) unterlag Beschränkungen, die bestimmt wurden durch den eigenen Bedarf des Benutzers, die Forderung der Unschädlichkeit der Benutzung gegenüber den Nachbarn und durch die Rücksicht auf den Wasserbedarf einer schon bestehenden Dorfmühle. Eingehender erörtert wird dann die Benutzung des Wassers als Triebkraft für die Mühlen aller Art, als Tragkraft für Fahren, Flöße und Schiffe und als Düngkraft zur Bewässerung. Als Nebennutzungen kamen in Betracht die Anhegerungen, die Gold-, Stein-, Sand- und Treibholzgewinnung und die Fischerei. Hinsichtlich der letztgenannten Nutzung betont der Verf., m. E. mit Recht, die Selbstständigkeit des Fischereirechts. „Die Sucht der Grundherren, das nutzbare Fischereirecht, das wie das Jagdrecht ursprünglich den freien Markgenossen zustand, in ihre Hände zu bekommen, hat in den grundherrlichen Gemeinden oft zur vollständigen Ausschließung der Bauern von der Fischereiberechtigung geführt“, während im übrigen die freie Wassernutzung der Gemeindeglieder fortbestand. Die Erklärung eines Gewässers als Bannwasser bezog sich nur auf das Fischereirecht, ließ dagegen die eigentliche Wassernutzung unberührt. Die im III. Kapitel erörterte Wasserarbeit bezog sich auf die Instandhaltung und Räumung der Wasserläufe und auf die Abwehr schadendrohender Gewässer. Dabei wurde unterschieden zwischen künstlichen und natürlichen Wasserläufen. Die Instandhaltung der ersteren lag dem Besitzer der Anlage, der der Verkanal oder Graben diente, ob. Dagegen war die Instandhaltung der natürlichen Wasserläufe entweder Aufgabe der ganzen Gemeinde oder aber der Anlieger. Die allgemeine Hülfsleistung war insbesondere Pflicht bei Hochwassergefahr. Das gemeinsame Interesse an einer geordneten Wasserwirtschaft führte zur Bildung öffentlich-rechtlicher, mit Zwangsbefugnissen ausgestatteter Wassergesellschaften oder -genossenschaften, die den Gegenstand des IV. Kapitels bilden. Die eingehendsten Vorschriften über den genossenschaftlichen Wasserbau enthalten die tirolischen Weistümer. Die Leistungen des Genossen hatten den

Charakter einer öffentlichen Last, und soweit der Besitz eines Grundstücks in der Gemeinde dafür maßgebend war, den einer Reallast. Sie bestanden zunächst in Naturalleistungen (Hand- und Spanndiensten usw.), gingen dann aber allmählich in Geldbeiträge über. Eine besondere Art der Wassergenossenschaften bildeten die Flößerei- und Schifffahrtsgenossenschaften, von denen die Murgschifferschaft in der Grafschaft Eberstein und die Rheingengenossenschaft am bekanntesten sind. Das letzte Kapitel behandelt die Wasserbehörden und die Strafbestimmungen für die Vergehen gegen wasserrechtliche Vorschriften. Im allgemeinen bildete die Handhabung der Wassergerichtsbarkeit einen ungesonderten Zweig der allgemeinen Rechtspflege und Verwaltungstätigkeit. Von den wenigen besonderen Wassergerichten hat das kaiserliche Wassergericht in der Wetterau hohes Ansehen erlangt. Der öffentlich-rechtliche Charakter der wasserrechtlichen Bestimmungen der Weistümer hatte zur Folge, daß ihre Verletzung öffentliche Strafen nach sich zog, die sich als Ordnungsstrafen darstellen. Daneben bestanden natürlich privatrechtliche Entschädigungsansprüche des in seinem Rechte verletzten Nutzungsberechtigten.

Diese kurzen Andeutungen werden genügen, den reichen Inhalt der vorliegenden Arbeit erkennen zu lassen. Eins wird man dabei allerdings nicht übersehen dürfen. Nach der Darstellung Peterkas hat es den Anschein, als ob die von ihm festgestellten wasserrechtlichen Bestimmungen im wesentlichen allgemeine Rechtsanschauung im Rechtsgebiete der Weistümer gewesen seien. Ich gebe gern zu, daß dies für viele Punkte sein kann; der Beweis aber, daß es der Fall ist, wäre doch noch ausführlicher zu erbringen. Der Verf. bemerkt zwar verschiedentlich, daß zahlreiche Weistümer dies oder jenes vorschreiben. Es wäre zweckmäßig gewesen, in solchen Fällen alle Belegstellen anzumerken. Man wäre dann eher in der Lage, nachzuprüfen, ob aus dem Vorhandensein einer Bestimmung an den verschiedensten Orten Deutschlands auf eine allgemeine Anschauung geschlossen werden kann. Aber auch so verdient die Abhandlung alle Beachtung.

Dresden.

August Karst.

Paffel, Theodor, Dr.: Der internationale Steinkohlenhandel, insbesondere seine wirtschafts-statistische Gestaltung im Jahrzehnt 1891/1900. Essen 1905. G. D. Baedeker. 214 S.

Das Buch stellt nicht etwa die Morphologie des Kohlenhandels dar, sondern ist eine deskriptive wirtschaftsgeographische Studie — ein „Baedeker“ der Kohlengebiete — und eine Statistik des Kohlenabflusses. Die Zukunft gehört nach Ansicht des Verfassers der amerikanischen Kohle, mit welcher in Asien jene aus Neu-Südwaless in Wettbewerb treten wird. Englands Kohलगewinnung werde in etwa fünfzig Jahren „ganz enorm zurückgehen“. „Die Folge wäre eine größere Umgestaltung in der internationalen Kohlenversorgung, die ihre Rückwirkung auf Englands Weltmachtsstellung nicht verfehlen dürfte.“

Wien.

E. Schwindland.

Römer, Ernst, Bücherrevisor in Berlin: Die Bücherrevisoren-Praxis in Deutschland und England. Propagandistisches Handbuch der Bücherrevision. Berlin 1905, E. C. Römers Verlag.

Es ist mit Freude zu begrüßen, wenn aus einem wirtschaftlich nützlichen Stande bewußt und energisch Tendenzen hervortreten, welche dem Stande größeres Ansehen und einen größeren Wirkungskreis erschaffen möchten. Derartiger Tendenzen darf man auch dann noch sich freuen, wenn man ihre objektive Berechtigung bestreitet, denn i. a. bedarf der Standesführer einer künstlichen Vergrößerung des Zieles, will er in sich und in seinem Kreise wirken. Aber in einem Falle ist solchen Tendenzen gegenüber Vorsicht geboten: Liegt die wirkliche oder vermeintliche Rückständigkeit des Standes in bezug auf Ansehen und Wirkungskreis im Stande selbst, in dem Mangel seiner Leistungen, in der Unzulänglichkeit eines erheblichen Teils seiner Mitglieder, dann haben die Standesführer an dieser Stelle einzusetzen; tun sie es nicht, wenden sie sich zunächst nach außen, dann geschieht ihnen recht, wenn sie auf Widerstand stoßen. Auch der Stand selbst tut gut, solchen Führern nicht zu folgen, denn sie bereiten mit ihren vorzeitigen Ansprüchen nach außen hin einen Misserfolg oder nach einem vorübergehenden Erfolge eine Reaktion vor und sind ihrem Stande schließlich eher schädlich als nützlich.

Die inneren Verhältnisse des deutschen Bücherrevisorenstandes sind, in ihrer Gesamtheit gesehen, überaus traurig. Auf einige wenige Tüchtige und Verlässliche kommt allenthalben eine ganze Schar sachlich Unzulänglicher und moralisch nicht Einwandfreier. Es wäre wirklich einmal eine Abhandlung wert, wenn jemand der breiten Öffentlichkeit zeigen wollte, was sich alles als Privathandelslehrer und Bücherrevisor durch die Welt schlägt; die Öffentlichkeit würde bei dieser Gelegenheit sich vermutlich wundern, wenn sie sähe, welche Personen gelegentlich durch Gerichte und Handelskammern als Bücherrevisor, Buchsachverständiger oder wie diese Vertrauensfunktion sonst sich nennen möge, vereidigt oder, wenn man will, beeidigt worden sind. Man würde sehen, daß dieser Stand an Ansehen und Wirkungskreis weit mehr besitz, als er gerechter Weise beanspruchen kann.

Bücherrevisor Ernst Römer verschweigt in seinem Buche die tatsächlichen Zustände seines Standes nicht (S. 119, 123, 270 f.). Aber er sieht in ihnen nicht die schwere Wunde, von deren Heilung eine Gesundung in allererster Linie abhängt. Römer beschäftigt sich in den Teilen seines Buches, welche die Hebung des Standes zum Ziele haben, in der Hauptsache mit der gesetzlichen Zwangsrevision der Aktiengesellschaften (S. 262) und der Gesellschaften m. b. H. (S. 263); eine gesetzliche Regelung der Rechtsstellung der Bücherrevisoren nach Art derjenigen der Patentanwälte ist dem Verf. sehr sympathisch. Wohl spricht der Verf. über freie Organisationen der Bücherrevisoren (S. 268), aber über ihre Wirksamkeit nach innen hören wir wenig. Ich glaube nicht, daß es nötig ist, über diese Anregungen zur Hebung des Bücherrevisorenstandes, ausgehend von einem seiner Angehörigen, etwas Kritisches zu sagen.

Das Buch Römers hat aber auch noch einen anderen Teil. Es bezeichnet sich selbst als „propagandistisches Handbuch“. Ich kann mir darunter zwar nicht recht etwas vorstellen, aber ich sehe, daß der Verf. bestrebt ist, neben dem Teile, welcher der Propaganda dient, eine Darstellung der Rechtsverhältnisse der deutschen und eine Darstellung der rechtlichen und technischen Verhältnisse der englischen Revisoren zu geben.

Eine geordnete Darstellung der Rechtsverhältnisse der deutschen Revisoren in Handbuchform war gewiß ein Bedürfnis. Aber R. befriedigt es oft recht unvollständig, nicht einmal die Kommentatoren sind alle benutzt worden. Am meisten hat Staub beisteuern müssen; das Kapitel über die Rechtsstellung des Gründerrevisors ist eine fast wortgetreue Wiedergabe der Staubschen Ausführungen zu H.G.B. §§ 192 bis 194.

Die Darstellung der englischen Verhältnisse ist besser. Aber auch in diesem Teile fehlt jede Zucht. Die Gedanken stehen in Form und Reihenfolge da, wie sie dem Verf. gekommen sind, und das Material breitet sich vor uns aus fast genau so, wie der Verf. es fand.

Das Resultat im einzelnen und im ganzen entspricht der Methode. Ich bin keineswegs der Ansicht, daß man methodisch geschult sein müsse, ehe man ein fachliches Buch schreibt; ich kenne manchen, dem die Natur so viel davon mitgegeben hat, als er braucht, und manchen auch, dem die Schule nichts half. Aber ohne methodisches Arbeiten geht es nun einmal nicht. Der Verf. ist anderer Meinung gewesen, er hat ein Buch geschrieben im Bewußtsein, der Regeln der Methodik nicht zu bedürfen. Das Vorwort hebt an mit den Worten: „Das vorliegende Buch ist nicht nach den Regeln strenger Methodik geschrieben, und es erhebt auch durchaus nicht den Anspruch, ein ‚wissenschaftliches‘ Werk zu sein. Das Buch will ausschließlich praktischen Zwecken dienen.“ Diese Art kannte Keimede Fuchs auch schon. Hier wird der Mangel zum Verdienst gestempelt, aber beseitigt wird er dadurch nicht, wenigstens so lange nicht, als die Regeln der Methodik nicht das Gegenteil von „Praktisch“ sind.
Schmalenbach.

Schriften des Vereins für Socialpolitik, Leipzig 1900, 1903, 1905, Dunder & Humblot.

Bd. 89. Eisenbahntarife und Wasserfrachten. Studien zur Frage der Gebührenerhebung auf Binnenwasserstraßen von M. Rossmann, R. Kustermann, St. Bernaczynski, B. Weryho, C. Heubach. Herausgegeben und eingeleitet von Walther Loß. 498 S.

Bd. 100. Die Schifffahrt der deutschen Ströme. Untersuchungen über deren Abgabewesen, Regulierungskosten und Verkehrsverhältnisse. 1. Bd. Mit Beiträgen von G. Bindewald, D. G. Giersberg, G. Seibt. 341 S.

Bd. 101. Dasselbe. 2. Bd. Geschichtliche Entwicklung der Rheinschifffahrt im 19. Jahrhundert von Eberhard Gothein. 306 S.

Bd. 102. Dasselbe. 3. Bd. Mit Beiträgen von W. Nasse, F. Schulte, A. Birmingham. 553 S.

Kurs, Victor: Über den Artikel 54 der Reichsverfassung. Berlin 1902.

Die Erhebung von Schiffsabgaben auf dem Rhein. Denkschrift des Arbeitsausschusses der Rheinschiffahrtsinteressenten. Mainz 1905.

Die letzte Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik in Mannheim sollte die theoretische Erörterung der Frage der Erhebung von Schiffsabgaben zur vollen wissenschaftlichen Läuterung und Klarheit bringen; dies war die ideale Aufgabe, die sie zu lösen hatte, nachdem die Frage der Erhebung von Abgaben auf den bisher abgabenfreien offenen Strömen durch den Beschluß des Preussischen Abgeordnetenhauses zu dem Wasserstraßengesetz vom 1. April 1905 aus dem Stadium theoretischer Vorerrwägungen in die Reihe der Fragen unmittelbarer praktischer Tagespolitik vorgerückt worden war.

Vom Verein für Socialpolitik waren auf Beschluß des Ausschusses vom 24. September 1897 Untersuchungen veranstaltet worden, die die Verhältnisse der deutschen Wasserstraßen mit Rücksicht auf die Fragen der Konkurrenz zwischen diesen Straßen und den Eisenbahnen und die Erhebung von Abgaben von ersteren zum Gegenstand hatten. Die einzelnen Stromgebiete sollten von verschiedenen Bearbeitern hinsichtlich ihres Abgabewesens, ihrer Regulierungskosten und ihrer Verkehrsverhältnisse untersucht werden. Die Arbeiten liegen nunmehr in vier Bänden vor.

Auf eine eingehende Besprechung der einzelnen Arbeiten muß verzichtet werden. Da die vollständige Durchführung des Programms des Vereins für Socialpolitik nicht gelungen ist, beschränke ich mich auf eine kurze Skizzierung des Inhalts und des Standpunktes der Verfasser und hebe nur das hervor, was hinsichtlich der Wasserstraßenabgabenfrage zu bemerken ist.

Als erster erschien 1900 ein Sammelband „Eisenbahntarife und Wasserfrachten“, mit einer Einleitung von Loß und fünf Einzelschriften: M. Roßmann, Die Getreide- und Mehltarife der bayrischen Staatsbahnen; R. Rostermann, Die Beförderung von Brotgetreide und Mehl auf den bayrischen Staatsbahnen; St. Pernaczynski, Die Eisenbahntarife und Wasserfrachten für Getreide und Mehl in der Provinz Posen, ihre Geschichte und ihre Wirkungen; P. Weryho, Die Eisenbahntarife Rußlands für Getreide und Mehl im letzten Dezennium (1889—1899) und E. Heubach, Skizzen über Verkehrsentwicklung, Frachtpreise und Verkehrspolitik am Oberrhein und Südwestdeutschland. — Loß nahm in seinem Votum gegen die Schiffsabgaben Stellung. Er begründete die Ablehnung hauptsächlich damit, daß gegenüber den Eisenbahnen, die ihre Tarifpolitik, wenigstens soweit der Getreideverkehr in Betracht kommt, in den Dienst einer agrarischen Schutzpolitik gestellt hätten, die gebührenfreien Wasserstraßen das notwendige volkswirtschaftliche Korrelat bilden müßten. Bezüglich der Arbeit von Heubach ist zu erwähnen, daß sie keine erschöpfende Darstellung der Verkehrsverhältnisse des südwestdeutschen Gebietes gibt; sie sucht durch Hervorhebung einzelner markanter Tarifrelationen ein annäherndes Bild der

tariflichen Eigenarten der den Verkehr der Rheinschiffahrt in den ober-rheinischen Häfen übernehmenden Bahnen zu skizzieren.

Dem Bande „Eisenbahntarife und Wasserfrachten“ folgte im Jahre 1903 der erste Band des unter dem Titel „Die Schiffahrt der deutschen Ströme“ zusammengefaßten Werkes, das die eigentlichen vom Verein für Socialpolitik veranlaßten Untersuchungen enthält (Band 100 bis 102 der Schriften).

Band 100 enthält eine Arbeit von Bindewald über „Die Entwicklung des Abgabewesens und die Regulierungskosten der Elbschiffahrt 1871 bis 1900“, ferner eine Abhandlung von Giersberg, „Die Bedeutung der Wasserstraßen im östlichen Deutschland für den Transport landwirtschaftlicher Massengüter“, endlich eine Arbeit von Gustav Seibt, „Die Warthe-schiffahrt“. Die erstgenannte Arbeit berücksichtigt leider gar nicht die Verkehrs- und Wettbewerbsverhältnisse, auch ist der Verfasser, wie B. Kurs in seiner Kritik in der „Zeitschrift für Binnenschiffahrt“ nachweist, bei der Benutzung des Materials nicht immer kritisch genug verfahren, so daß also auch das Elbgebiet in den Untersuchungen des Vereins für Socialpolitik nicht die seiner Bedeutung entsprechende Bearbeitung gefunden hat.

Giersberg geht in der zweiten Arbeit nicht von der Wasserstraße aus, um die natürlichen und durch finanzielle Aufwendungen verbesserten Stromverhältnisse derselben darzulegen und daran anknüpfend ihren Verkehr und ihre Bedeutung für das allgemeine Verkehrsleben zu schildern, sondern als seinen Ausgangspunkt nimmt er einen bestimmten Verkehr, nämlich den Transport der landwirtschaftlichen Massengüter in den östlichen Provinzen, um den Anteil, den Wasserstraßen und Eisenbahnen an demselben besitzen, zu untersuchen. Die Arbeit Giersbergs läßt also für die in Betracht kommenden Wasserstraßen die Fragen der Abgaben und der für die Schiffahrt gemachten Aufwendungen unerörtert. Im allgemeinen beurteilt Giersberg das Verhältnis zwischen Wasserstraße und Eisenbahn, soweit der Osten der Monarchie in Betracht kommt, in einem der Schiffahrt ungünstigen Sinne. Er stellt die landwirtschaftlichen Interessen durchaus in den Vordergrund und sieht als die Hauptförderungs-mittel derselben die weitere Ausbildung des Eisenbahnnetzes und niedrige, den Selbstkosten angepasste und den direkten Absatz vom Produzenten an den Konsumenten fördernde Staffeltarife an.

Seibt ist der einzige Bearbeiter, der einen ganzen Flußlauf als einheitlichen Verkehrsweg nach allen Richtungen hin erörtert, also sowohl die Bedeutung desselben für das Staatsbudget wie die Verkehrsleistungen desselben eingehend prüft. Seine Arbeit kann als Muster für ähnliche Untersuchungen hingestellt werden; sie gibt in ansprechendster Form vollen Aufschluß über alle in Betracht kommenden Fragen. Leider ist der von ihm behandelte Fluß — die Warthe — ein solcher, daß der von Seibt gezogene Gewinn für die Kenntnis unserer gesamten Strom- und Schiffahrtsleistungen nicht sehr ins Gewicht fällt; kommt doch Seibt auf Grund seiner am Wartheverkehr gemachten Beobachtungen zu dem Ergebnis, daß es besser gewesen wäre, die Wartheregulierung wäre im Jahre 1869 nicht beschlossen worden.

Die Bände 101 und 102 der Schriften des Vereins für Socialpolitik befassen sich mit der Rheinschiffahrt. Der erste, 1903 erschienen, enthält die geschichtliche Entwicklung der Rheinschiffahrt im 19. Jahrhundert, von Prof. Gothein¹, die, als Ergänzung und Erweiterung der früheren Arbeit von Eckert², nunmehr die Geschichte der bedeutendsten deutschen Binnenwasserstraße zur abschließenden Darstellung gebracht hat. Band 102, erschienen im Juli 1905, bringt eine umfassende Darstellung der technischen Verhältnisse und der Kosten der Rheinwasserstraße sowie der Verkehrsverhältnisse der Rheinschiffahrt von W. Kasse, sowie eine Darstellung der Entwicklungsgeschichte der Gütertarife der mit der Rheinschiffahrt konkurrierenden Eisenbahnen und der Rheinschiffahrtsfrachten aus der Feder des Unterzeichneten. An beide Arbeiten schließt sich eine Abhandlung über die Schiffahrtsabgabenfrage, soweit sie die Rheinschiffahrt berührt, von Prof. A. Wirminghaus. Ich muß natürlich davon absehen, die Arbeiten einer Besprechung zu unterziehen, ich will an dieser Stelle nur hervorheben, daß wir es als unsere Hauptaufgabe betrachtet haben, ein möglichst erschöpfendes, systematisch geordnetes Material zur Beurteilung der einschlägigen Verhältnisse zusammenzutragen.

Überblickt man die Gesamtheit der vom Verein für Socialpolitik herausgegebenen Veröffentlichungen über die deutschen Ströme, so kann man eine wesentliche Bereicherung unserer Kenntnis der deutschen Binnenschiffahrt bezüglich ihrer historischen Entwicklung sowie ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse leider nur für den Rhein und die Warthe konstatieren, während die Stromgebiete der Weichsel, Oder und Weser gar keine, das der Elbe nur eine teilweise Bearbeitung gefunden haben. Man muß dieses Ergebnis bedauern, aber es erscheint erklärlich, wenn man weiß, welche Schwierigkeiten gerade bei Arbeiten dieser Art die außerordentliche Sprödigkeit und Unübersichtlichkeit des Materials bietet, das zudem sehr zerstreut und meist auch schwer zugänglich ist. Es muß späteren Arbeiten vorbehalten bleiben, die noch offenen Lücken auszufüllen. Eine wesentliche Erleichterung würde vorhanden sein, wenn wir über das Tarifwesen der deutschen Eisenbahnen größere Klarheit besäßen. Eine auf Grund amtlicher Materialien bearbeitete Geschichte der Tarifentwicklung seit der Tarifreform, nicht nur der preussisch-hessischen Staatsbahnen, sondern auch der übrigen deutschen und der ausländischen Eisenbahnen, soweit sie in direkten Verkehr mit den deutschen Bahnen stehen, würde bei der engen Verknüpfung, in der der Wasserstraßenverkehr mit dem Eisenbahnverkehr steht, sehr viel zur Kenntnis der Verkehrsgeschichte und zur Feststellung des Aktionsbereiches der deutschen Wasserstraßen in den einzelnen Hauptarten des Verkehrs beitragen.

Die Frage der Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf den offenen Strömen hat durch die Untersuchungen über die Verkehrsverhältnisse der Ströme, soweit solche geliefert worden sind, eine direkte Förderung oder Klärung kaum erfahren. Wie Loß (Band 89) entscheidet sich zwar auch

¹ Vergl. die Besprechungen von Seibt in diesem Jahrbuch 1904, XXVIII, 4, S. 1537.

² ebenda.

Wirminghaus (Band 102) gegen die Einführung von Schiffsabgaben. Indem er die lediglich vom Interessenstandpunkt der Rheinschifffahrt aus gegen die Schiffsabgaben erhobenen Einwendungen als berechtigt anerkennt, stellt er sich aber andererseits auch durchaus auf den Boden der finanzpolitischen Erwägungen, die die Abgabefreiheit von Rhein und Elbe als unvereinbar mit der Idee der Gerechtigkeit ansehen, weil die viel schwächeren und verkehrsärmeren östlichen Wasserstraßen Abgaben tragen müssen, von denen die ungleich leistungsfähigeren großen Ströme befreit sind. So ist er zur Lösung dieses Widerspruchs gezwungen, sich für grundsätzliche Abgabefreiheit auf sämtlichen Wasserstraßen auszusprechen. Die Gründe, die er hierfür anführt, entnimmt er aber allgemeinen volks- und staatswirtschaftlichen Erwägungen. Das Material, das die Untersuchungen über die deutschen Ströme zutage gefördert haben, ließ sich hierzu aus dem Grunde nicht verwenden, weil vergleichbares Material für alle deutschen Ströme eben nicht geliefert worden ist.

Grundlegend für die Frage der Schiffsabgaben ist nach wie vor das Werk von H. Schumacher¹ geblieben: „Zur Frage der Schiffsabgaben“. (Berlin, Julius Springer. 1901.) Was Schumacher vertritt, sind weniger die Schiffsabgaben als solche, als ein finanz- und verkehrspolitisches System, in welchem die Schifffahrt sämtlicher Binnenwasserstraßen durch eine Gegenleistung in Form von Gebühren für Ausgaben des Staates, die dem Kultur- und Wohlfahrtszweck desselben entspringen, in einen engeren organischen Zusammenhang unter sich und mit den übrigen Verkehrsmitteln gebracht werden soll. Schumacher betont bei dem gegenwärtigen Zustande zwei Ungereimtheiten, daß nämlich 1. diejenigen Wasserstraßen, die unter den bestehenden die leistungsfähigsten Verkehrswege sind, mit Abgaben nicht belastet werden dürfen, dagegen auf den Wasserstraßen, die als künstliche schon wegen der zeitraubenden Schleusungen in ihrer Leistungsfähigkeit zurückstehen, Abgaben mit peinlicher Sorgfalt erhoben werden, 2. daß die Durchführung des Rentabilitätsprinzips abhängig gemacht ist von einem Umstande, der wirtschaftlich nur als zufällig bezeichnet werden kann, nämlich davon, ob die Ausgestaltung einer Wasserstraße zu einem leistungsfähigen Verkehrswege durch Regulierung oder Kanalisierung vorgenommen wird. Dem gegenüber konstruiert Schumacher ein ideales System einheitlicher Wasserstraßenpolitik, in welchem durch die Mittel, die der Verkehr selbst aufbringt, die Wasserstraßen zu einem über die Höhe ihrer jetzigen Leistungsfähigkeit weit hinausreichenden Mittel zur Verbilligung der Produktionskosten für die gesamte Volkswirtschaft werden können. Er ist der Überzeugung, daß dann auch dem jetzigen Wettbewerb zwischen Wasserstraße und Eisenbahn ein System gegenseitiger Interessenverknüpfung beider Verkehrsmittel folgen werde. Schumachers Grundgedanke ist also der, die im Verkehrsleben bestehenden Ungleichheiten zu beheben dadurch, daß der Leistungsfähigere den Schwächeren stützt und fördert. Diesen Gedanken hat er in mustergültiger, formvollendeter Weise

¹ Vgl. die Besprechung von Eckert in diesem Jahrbuch 1902, XXVI, 1. S. 420 ff.

in seinen logischen Konsequenzen ausgebaut. In seinem Referat auf der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik trat er auch lebhaft für die Rautelen ein, die zweckdienlich erscheinen, um diesem Grundgedanken bei der Wiedereinführung der Schiffsabgaben auf den offenen Strömen die praktische Durchführung zu sichern, d. h. eine fiskalische Entartung des Gebührenprinzips zu verhindern.

Schumachers Theorie hat nun freilich durch den § 19 des Wasserstraßengesetzes vom 1. April 1905 den ersten Schritt in die Wirklichkeit getan, aber es darf nicht vergessen werden, daß dieser § 19 doch in erster Linie einem Kompromisse sein Dasein verdankt, und seine Einschaltung in das Gesetz hauptsächlich in Rücksichtnahme auf agrarische Tendenzen erfolgt ist. Der starke Widerspruch, der sich auf der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik gegen Schumachers Ausführungen richtete — mit einer einzigen Ausnahme sprachen sich sämtliche Redner gegen die Schiffsabgaben aus —, wird daher hoffentlich das Gute haben, daß, wenn der § 19 zur Ausführung gelangt, alle diejenigen Gedanken gesetzlich verwirklicht werden, die bei der neuen rechtlichen Ordnung die Keime zu einem weiteren Aufblühen der deutschen Binnenschifffahrt zu bilden bestimmt sind. In erster Linie ist die baldige Einsetzung eines Wasserstraßenbeirates zu fordern.

Von den literarischen Gegnern Schumachers hat einer meines Erachtens vollen Erfolg gehabt: es ist Kurs, der sich in mehreren Schriften gegen Schumachers Interpretation des Artikels 54 der Reichsverfassung wandte (Victor Kurs, Über den Artikel 54 der Reichsverfassung. Berlin 1902; derselbe, Artikel 54 der Reichsverfassung und die Schiffsabgaben). Neben Schumacher hatten noch andere Freunde der Schiffsabgaben, vor allem Minister Budde, Geh. Oberregierungsrat Peters und der frühere Ministerialdirektor Wölflhausen, die Wiedereinführung von Schiffsabgaben unter Aufrechterhaltung des Artikels 54 für zulässig erklärt. Die von Kurs geübte Antikritik ist meines Erachtens durchaus zutreffend. Das Entscheidende kann in diesem Falle nur das Volksbewußtsein sein, und dieses würde sich mit Recht gegen jede künstliche Auslegung wenden. Auch Wirminghaus spricht seine Ansicht dahin aus, daß die Wiedereinführung von Schiffsabgaben auf dem Rhein und der Elbe nur unter Abänderung des Artikels 54 der Reichsverfassung und der Rhein- bzw. Elbschiffsabgabe zulässig sei.

Auch der scharfe Widerspruch, der von den Schiffsabgabeninteressenten am Rhein und an der Elbe gegen die Schiffsabgaben erhoben wird, ist als durchaus berechtigt anzuerkennen. Für diese beiden Ströme bedeutet die Wiedereinführung eine sehr harte Maßnahme, darüber kann gar kein Zweifel bestehen, auch wenn die Abgaben, für Tonnenkilometer berechnet, vorerst nur einige hundertstel Bruchteile eines Pfennigs betragen. Am schwersten wird dadurch der Oberrhein belastet, und im Interesse der oberrheinischen Hafenstädte muß jedenfalls eine Staffelung nach fallenden Sägen mit der wachsenden Entfernung gefordert werden. Am ausführlichsten begründet wird der Widerspruch der Rheinschiffsabgabeninteressenten in der Denkschrift des von Handelskammern, Privaten und wirtschaftlichen Vereinen eingesetzten Arbeitsausschusses: „Die Erhebung

von Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein". (Mainz 1905.) Die Denkschrift zerfällt in vier Abschnitte. (1. Die Rechtslage hinsichtlich der Erhebung von Abgaben auf dem Rhein. Von der Großh. Handelskammer Mainz. 2. Der Verkehr und die Schiffahrtsabgaben. Vom Verein rheinischer Binnenschiffahrtsinteressenten, Ruhrort. 3. Die Aufwendungen der Rheinuferstaaten, Gemeinden und Privaten auf den Rhein. Von der Handelskammer Düsseldorf. 4. Die wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Aufgaben der Wasserstraßen und der Schiffahrt, ihr Einfluß auf Industrie und Gewerbe und ihr Verhältnis zu den Eisenbahnen. Von den Handelskammern Duisburg, Mannheim und Ruhrort.) Eingehend wurden in der Denkschrift alle Vorzüge der Abgabefreiheit nachgewiesen. Die Ausführungen haben nur den einen Mangel, sie treffen nicht den Kern der Frage, der eben darin liegt, daß die Schiffahrtsabgaben der Ausgangspunkt einer neuen großen Entwicklung der Binnenschiffahrt werden sollen. Gelangen die Schiffahrtsabgaben zur Einführung — und nach der ganzen politischen Konstellation ist meiner Ansicht nach ein Zweifel daran kaum möglich —, dann wird den Rheinschiffahrtsinteressenten, in erster Linie den wirtschaftlichen Körperschaften, die überaus dankbare Aufgabe zufallen, die Keime der neuen Entwicklung zum Besten des Staatsganzen zur vollen Entfaltung zu bringen, eine Aufgabe, die hoffentlich dazu beitragen wird, die streitenden Gemüter mit der neuen Ordnung der Verhältnisse auszuföhnen.

Berlin.

Fr. Schulte.

Nachschrift. Zu dieser Anzeige der neueren Binnenschiffahrtsliteratur möchte ich zwei Bemerkungen hinzufügen, die eine über die Unvollständigkeit der betreffenden Schriften des Vereins für Socialpolitik, die andere über meinen prinzipiellen Standpunkt, der von dem unseres geehrten Mitarbeiters Dr. Schulte abweicht.

ad 1. Seit ich den Vorsitz im Ausschuß übernahm (1890), sind etwas über 60 Bände Schriften erschienen, mit Beiträgen von einigen hundert Mitarbeitern. Die Gewinnung derselben war für mich und die anderen Spezialleiter der einzelnen Enquêtes so unendlich schwierig und zeitraubend, daß noch kürzlich einer dieser Herren mir sagte: „Einmal und nicht wieder“. Wir verfügen über keine großen Geldmittel, können weder große Reisekosten noch Honorare zahlen, die der Arbeit entsprächen; von ältern Gelehrten und Beamten, Geschäftsleuten, Gutsbesitzern und Arbeitern gelingt es nur selten, einzelne zu Beiträgen heranzuziehen, weil sie zu beschäftigt mit eigenen großen Arbeiten und sonst mit Pflichten überhäuft sind. So bleiben hauptsächlich jüngere Herren, die mit ihren Studien nahezu oder ganz fertig sind, zu uns aus der Seminarzeit her Beziehungen haben, in der Referendar- und Assessorzeit, als Volontäre oder Anfänger der Handelskammerkarriere sich die nötige Zeit noch erübrigen können, halb aus Gefälligkeit und Freundschaft für ihre Lehrer, halb um sich einen Namen zu machen und um wissenschaftlich tätig zu sein, einen Beitrag übernehmen. Das Schlimmste aber ist, daß, wenn man nach monatelangen Unterhandlungen endlich 15—20 Herren für

eine Enquete festgemacht hat, nun nach wenigen Monaten, oft erst nach 1—2 Jahren die Abfragen kommen; der Betreffende hat eine Stelle, ein Amt, gibt das Mandat zurück, oft freilich mit mancherlei Exzerpten, Altenabschriften usw., die aber für einen neuen Mitarbeiter nicht immer leserlich und brauchbar sind. Im Moment, wo der Druck beginnen soll, entsteht dann die Frage, ob man jetzt noch jemand finden kann. So ist die Bearbeitung der Elbe, der Oder, der Weichsel immer wieder angefangen, nicht zu dem Ende gekommen, das wir wünschten, für das Herr Dr. Gustav Cohn, ich und andere sich redliche Mühe gegeben haben.

ad 2. Ich stimme mit Herrn Dr. Schulte darin überein, daß man in der heutigen praktischen Wassergebührenfrage entweder (wie Birmingham) für Beseitigung aller Gebühren oder (wie Schumacher) für mäßige niedrige Gebühren auf allen inländischen Wasserstraßen sein muß. Die reichsrechtliche Vorfrage halte ich für indifferent. Mögen die Reichsregierung und der Reichstag so oder so entscheiden, kein Vernünftiger wird leugnen können, daß ein unter ganz anderen Umständen geschaffener, mit unserem Reichsrecht im übrigen gar nicht zusammenhängender Artikel das nicht hindern kann und darf, was jetzt sachlich das Richtige ist. Aller Scharfsinn der Verteidiger des Alten scheint mir daher ziemlich wertlos.

Für den Standpunkt von Birmingham kann man nun — *meo voto* — sein, wenn man gar keine weiteren großen und teuren Wasserbauten in Deutschland wünscht oder erwartet, und wenn man zugleich die Finanzen der deutschen Staaten für so mit Überschüssen gesegnet hält, daß die Aufhebung der bisherigen Kanalgebühren für sie eine Kleinigkeit wäre.

So weit ich die Dinge übersehe, treffen diese Voraussetzungen nicht zu. Wir wollen in Deutschland noch große Wasserbauten machen; der neue Kanal nach Hannover ist nicht möglich ohne Gebühren; wir wollen den Rhein bis Basel, den Neckar bis Rannstatt, den Main bis Aschaffenburg schiffbar für Schiffe von praktischer Wirksamkeit machen. Aber die Kosten für alles Derartige sind nur aufzubringen, wenn wir das Gebührenprinzip annehmen, für jeden Strom und seine Nebenflüsse eine einheitliche Zentralstelle mit einer Kasse schaffen, die nicht allein, aber wesentlich durch die Gebühren gespeist wird. Für mich gibt es daher nur den Schluß: Wer noch an eine Zukunft der deutschen Wasserstraßen glaubt, wer hofft, daß ihre weitere Vervollkommnung einen ganz großen Aufschwung für die deutsche Volkswirtschaft bedeute, der muß für den Standpunkt von Schumacher sein. Daß er in Mannheim wenig Beifall fand, ist natürlich, liegt in den an sich berechtigten Lokalinteressen, die aber nicht für ganz Deutschland maßgebend sein können. Ein witziges Mitglied des Ausschusses unseres Vereins sagte, er habe sich bei all' den Reden gegen Schumacher an den Kopf gefaßt und gefragt: Bin ich denn etwa fehl gegangen und aus Versehen, statt in die Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik, auf die Mannheimer Schifferbörse gekommen?

Dezember 1905.

Gustav Schmoller.

Weill, Dr. Georg: Die Lage der Kanalschiffer in Elsaß-Lothringen. Straßburg i. E. 1905, Verlag von Joseph Singer. X u. 191 S.

Die vorliegende treffliche Arbeit ist ein Muster sorgfältiger Untersuchung und klarer, knapper Darstellung. Schon die Art und Weise der Studien des Verfassers, daß er selbst mit den Schifffahrttreibenden ihre Lage erörtert und durch Reisen auf Kanalschiffen eigenen Augenschein von den darzustellenden Zuständen genommen hat, ist dieser anschaulichen und der Wirklichkeit gemäßen Schilderung förderlich gewesen.

Zunächst sichert der Verfasser die Grundlagen für seine Untersuchung der Lage der Kanalschiffer: er bespricht die geographische Verteilung des Kanalnetzes, die Bauart und Verwaltung der Kanäle, gibt einen historischen Überblick über die Entstehung der Kanalschifffahrt und ihres Gewerbes und schildert den Kanalverkehr und seine Regelung. Eingehend beschäftigt sich weiter der Verfasser mit den Fahrzeugen, stellt ihre Zahl und Beschaffenheit fest, erläutert ihre Fortbewegungsmethode, ihren Bau und die Rechtsverhältnisse an ihnen und berührt dann noch ihre Schifffahrtsunterbrechungen.

Nach Erledigung dieser Voraussetzungen geht Weill auf die Schifferbevölkerung selbst ein: ihren Umfang, ihre wirtschaftliche und rechtliche Gliederung, ihre Tätigkeit und Lebensweise. — Bei der Untersuchung über das Einkommen der Schiffer kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß die Lage der angestellten Schiffsführer (patrons oder contre-maitres) eine recht befriedigende ist, weniger die der (in nur geringer Anzahl vorhandenen) Schiffsknechte und die der Pferdeführer (charretiers). Erheblich aber ist das Einkommen der selbständigen Schiffer zurückgegangen, welches unter dem der angestellten Schiffsführer bleibt. Für diesen Rückgang macht Weill die Politik der Regierung, insbesondere die seit 1896 eingeführten hohen Kanalabgaben verantwortlich, welche zumal den kleinen Schiffer empfindlich treffen. Eine Besserung erwartet er von einer Aufhebung oder doch Milderung dieser Abgaben, von der Steigerung der technischen Leistungsfähigkeit des Kanalnetzes und der Einführung mechanischer Kraft zur Fortbewegung der Schiffe. Selbst einer Verstaatlichung des ganzen Schifffahrtbetriebes ist der Verfasser nicht abgeneigt.

Oskar Poensgen.

Ashley, W. J.: The progress of the German working classes in the last quarter of a century. London 1904. Longmans, Green and Co. XIII und 164 S.

So mancher Leser wird das vorliegende Büchlein vermutlich nicht ohne Bedenken in die Hand nehmen. Man weiß, daß sein Verfasser die schützöllnerischen Bestrebungen Chamberlains unterstützt. Es liegt also der Verdacht nahe, daß es sich um eine einseitige, tendenziöse Verherrlichung der sozialen Fortschritte des schützöllnerischen Deutschland handelt, daß für die englische Tarifreform unter den englischen Arbeitern Stimmung gemacht werden soll. Dieses Ziel schwebt Ashley auch ohne Zweifel vor, aber er versteht es, seine Absicht zu erreichen, ohne dem wissenschaftlichen Charakter der Arbeit irgendwie Abbruch zu tun. Was

Ashley in erster Linie, und zwar mit durchschlagendem Erfolge, bekämpft, das sind die Vorstellungen über die schlechte Lage der arbeitenden Klassen im Deutschen Reiche, mit denen manche englische Freihändler den antisozialen Charakter jeder Schutzollpolitik beweisen wollen.

Ashley zeigt zunächst in sehr bemerkenswerten, an seinen Beobachtungen reichen Darlegungen, wie wenig die Daten der englischen und deutschen Sozialstatistik ausreichen, um einen wissenschaftlich fundamentierten Vergleich zwischen der Lage hier und dort zu ziehen. Das deutsche Volk besitzt nicht nur eine ganz andere soziale Struktur (zahlreiche Bauern, ausgedehnte Gelegenheiten zu nebenberuflicher Tätigkeit), sondern auch andere Konsumtionsgewohnheiten. Es mag sein, daß die obere Schichte der Arbeiterklasse sich in England in besserer Lage befindet als im Deutschen Reiche; dagegen scheint die unterste Schichte in England schlimmer daran zu sein. Wahrscheinlich ist das Interieur der englischen Arbeiterwohnung günstiger zu beurteilen, aber die äußeren Umgebungen sind in Deutschland zweifellos freundlicher, gesünder und sauberer. Deutsche wie englische Sozialpolitiker sind nicht selten geneigt, die Fortschritte im Auslande zu übertreiben, um den Ehrgeiz der Heimat zu eifrigerer Arbeit auf dem Gebiete der sozialen Reform anzuregen.

Wie immer aber auch diese Verhältnisse beschaffen sein mögen, auch wenn der englische Arbeiter im Vergleiche zum deutschen viel besser gestellt wäre, als es in der Tat der Fall ist, ein zwingender Beweis für die sozialpolitischen Wirkungen der Schutzoll- oder Freihandelspolitik kann aus der vergleichenden Betrachtung leibiglich der gegenwärtigen Situation unmöglich gewonnen werden. England hat in der ganzen Entwicklung einen ungeheuren Vorsprung gehabt. Man muß also untersuchen, ob die relativen Fortschritte der Arbeiter während der letzten fünfundsiebenzig Jahre in Deutschland oder in England erheblicher ausgefallen sind. Ashley unterläßt es aber auch, diese Frage in bestimmter Weise zu beantworten, sondern begnügt sich mit dem Nachweise, daß die arbeitenden Klassen in Deutschland, und zu diesen rechnet er auch die bäuerliche Bevölkerung, jedenfalls eine sehr bedeutende Erhöhung ihres sozialen Niveaus erzielt haben. Das Realeinkommen ist gewachsen, die Arbeitszeit ist stark verkürzt worden, hier und da schon auf das in England übliche Ausmaß, die Sterblichkeit hat sich vermindert, die Spartasseneinlagen haben zugenommen, die Wohnungs- und Konsumtionsverhältnisse erscheinen günstiger, Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung sind stetig verbessert worden, Genossenschaften und Gewerkschaften gewinnen täglich an Bedeutung. Einen besonders schwerwiegenden Beweis für den durchaus gesunden Charakter der ökonomischen und sozialen Konstitution des Deutschen Reiches erblickt Ashley in der relativ raschen Überwindung der Wirtschaftskrise von 1901/02. Ashley besitzt eine so weitgehende Kenntnis der deutschen Literatur, daß seine Darlegungen auch vielen deutschen Lesern willkommen sein werden.

Ob die Fortschritte in Deutschland nun „wegen“ oder „trotz“ der schutzöllnerischen Politik realisiert worden sind, auch diese Frage will Ashley in dieser Arbeit nicht weiter prüfen. Es kommt ihm gegenüber

den Einseitigkeiten der englischen Freihändler nur darauf an, seinen Landsleuten zu zeigen, wie die deutschen Arbeiterverhältnisse in Wirklichkeit beschaffen sind.

H. Herkner.

Shaw, Bernard: The common sense of municipal trading. London 1904. Archibald Constable & C. 120 S.

Die Frage, ob eine Gemeinde die Rehrichtabfuhr oder die Wasserzuleitung durch eigene Angestellte oder durch einen selbständigen Unternehmer im Lohn besorgen läßt, führt in England zur Erörterung allgemeiner Prinzipien. Die publizistischen Organe der Unternehmerschaft bezeichnen es als verwerflichen Munizipalsozialismus, wenn die Gemeinden wichtige Dienste in eigener Regie ausführen lassen, während die sozial angehauchten Kreise darin ein nutzbringendes Geschäft, ein vorteilhaftes municipal trading sehen.

B. Shaw, der erfolgreiche Lustspieldichter, hat als mehrjähriges Mitglied des Londoner Graffschaftsrates ein kurzweiliges Büchlein über die Vorteile und Schwierigkeiten des kommunalen Betriebes verfaßt, dessen Ausführungen man mit Nutzen liest.

Er geht davon aus, daß Gemeinden Anlehen unter 4% anbringen und schon deshalb produktive Anlagen mit wirtschaftlichem Erfolg betreiben können. Sie könnten daher die Wasser- und Lichtversorgung, das lokale Verkehrswesen und den Bau von Wohnhäusern in die Hand nehmen, denn die privaten Erwerbsgesellschaften, welche heute derartige Zwecke verfolgen, sind nicht besser daran, als die Gemeinden. Betriebsleiter könne man sich beschaffen, wie man etwa eine Maschine erwirbt. Überhaupt könne ein Gemeindebetrieb ebenso gut gedeihen wie eine Aktiengesellschaft. Die London and Nordwestern Railway erzeuge bereits alle ihre Bedarfsartikel, von den Lokomotiven bis zu den hölzernen Stelzfüßen, selbst. „A mob of ratepayers acting through a municipal authority is in precisely the same position. The ratepayers are just as stupid and short-sighted as ordinary joint stock shareholders . . . A body of clergyman's widows can lay an Atlantic cable if they have money enough or an illiterate millionaire start a newspaper . . . A manager worth £ 10 000 a year can be hired as certainly as a navy.“ Ja, eine Gemeinde könne einen Betriebsleiter mit geringeren Opfern fesseln, als eine Gesellschaft, weil die Anstellung bei ihr ganz sicher ist, weder besondere repräsentative Pflichten auferlegt, noch die persönliche Unabhängigkeit des Beamten ähnlich beeinträchtigt wie ein privater kaufmännischer Dienst. Die Karriere sei auch nicht ungünstiger, da sie von kleineren Gemeinden zu größeren führe, und eine Bewerbung ohne Beeinträchtigung der innergehabten Stelle möglich sei. Mithin könne eine Gemeinde Kapital wie Arbeit unter günstigen Bedingungen beschaffen. Nur setze die Errichtung eines kommunalen Betriebes einen entsprechenden Absatz voraus.

Allerdings gibt es zwischen Unternehmungen gleicher Art erhebliche Unterschiede: bei öffentlichen Ausschreibungen weichen die Angebote voneinander mitunter um 100 % ab. Eine derartige Verschiedenheit der

Leistungsfähigkeit der Unternehmen rühre offenbar von der Verschiedenheit ihrer Leiter her in der Raschheit der Auffassung, im Ideenreichtum, in der Kühnheit und Geschicklichkeit der Ausführung sowie in der Fähigkeit, ihre Mitarbeiter anzuspornen. In dieser Hinsicht haben nun die kommunalen Betriebe den Vorteil, Anregungen seitens ihrer Beisitzer oder aus der Öffentlichkeit zu empfangen.

Anderseits muß freilich eine Gemeinde die normalen Arbeitsbedingungen und Tarife, welche die Arbeitervereinigungen durchgesetzt haben, ohne weiters respektieren. Dies ist jedoch kein wirtschaftlicher Nachteil, denn die allzu niederen Löhne der privaten Unternehmer verursachen den Gemeinden große Lasten in der Armenversorgung wie Polizei. In den Londoner Docks mit ihren gelegentlichen und demoralisierten Arbeitern ereignet sich durchschnittlich viertelstündlich ein Unfall, der Spitalsbehandlung nach sich zieht. So tragen die Steuerzahler einen erheblichen Teil der Betriebskosten der Docks, während die Dividenden dieser in fremde Taschen fließen. Die höheren Löhne machen sich daher bezahlt durch Vermeidung der sozialen Kosten, welche Demoralisierung, Trunksucht, Verbrechen und gesundheitswidriges Leben verursachen. Arbeitslöhne, welche unter den Existenzkosten zurückbleiben und die Grundlage mancher privaten Unternehmung bilden, erfordern mithin einen Zuschuß aus öffentlichen Mitteln, wenn nicht der vorzeitige Tod diese Schuld der Allgemeinheit tilgt. Und doch verbessere gerade in den Kreisen der minder gut entlohten Arbeiter jede Lohnerhöhung in verhältnismäßig starkem Maße die Lebenshaltung. Die Frage, ob der Lohn 18 sh beträgt oder 24 sh, oder ob jener eines Mannes, der 24 sh erhält, auf 30 sh erhöht zu werden vermag, habe daher die größte Bedeutung.

Auch sonst kann die soziale Ergiebigkeit eines öffentlichen Betriebes trotz eines geringen wirtschaftlichen Ertrages sehr hoch sein. Der Impuls privater Unternehmer erlahmt, wenn die Aussicht auf Gewinn abnimmt. Nun ergeben aber gerade Betriebe, welche vom sozialen Gesichtspunkt aus nicht harmlos erscheinen, oft mehr Profit als solche, welche sozial wohlthätig wirken. Ja, die Gewinnsucht des Unternehmers läßt das öffentliche Interesse oft auch dort außer acht, wo er ihm ohne Gefährdung seiner eigenen Interessen dienen könnte: so werden die Preise möglichst hoch gehalten, obzwar ihre Ermäßigung den Absatz zu mehrern vermöchte. So stehen die privaten und die sozialen Interessen einander entgegen. Diesen letzteren hat aber der öffentliche Betrieb zu dienen.

Eine Schwierigkeit liegt freilich in der Überwindung der natürlichen Trägheit des Bureaucraten, denn das Streben nach Gewinn ist viel kräftiger, als der Gemeingeist und allgemeine Bedürfnisse. Auch aus diesem Grunde erscheint Shaw die Teilnahme der Arbeitsführer an der Verwaltung der Gemeinden erspriesslich. Sie sind, meint er, in der Regel vortreffliche Gemeinderäte, weil sie von ihren Mandanten viel strenger beurteilt werden, als ihre Kollegen aus dem Mittelstande.

Abgesehen von besonderen Ansprüchen an die englische Gesetzgebung, stellt Shaw noch das allgemeine Prinzip auf, das unfundierte und das niedrige Einkommen von Gemeindeabgaben möglichst zu entlasten, um

nicht zu den Kosten der Gemeindebetriebe solche Personen heranzuziehen, deren Groschen moralisch ihren persönlichen Zwecken nicht entzogen werden dürfen.

Wien.

E. Schwindland.

Findh, Kurt von: Handlexikon der sozialen Gesetzgebung. Berlin 1906. Verlag von Alfred Unger. 398 S.

Die soziale und Gewerbegesetzgebung ist ein Schmerzenskind der Gesetzgeber wie auch der zahlreichen Personen, die sie studieren oder praktisch anwenden wollen. Selten kommt ein neuer Kommentar heraus, der nicht schon in wenigen Monaten durch neue Gesetze, Bundesratsvorschriften oder sonstige Anordnungen in einzelnen Teilen überholt wäre. Dabei wird durch die Fülle von Einzelheiten, die man an ganz verschiedenen Stellen der Rechtsquellen zu suchen hat, die Gewinnung eines systematischen Überblicks sehr erschwert. Neben der systematischen Behandlung des Stoffes hat hier deshalb auch die lexikalische, alphabetische ein besonders dankbares Feld. Als Beispiel davon verdient die genannte Arbeit eine rühmende Erwähnung. Der Verfasser behandelt die gesamte Arbeiterversicherung sowie die Arbeiterschutzgesetzgebung, wie sie in der Gewerbeordnung, im Kinderschutzgesetz und Handelsgesetzbuch enthalten ist, die Sondergerichte für Arbeiter und Handelsangestellte (Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichtsgesetz), das Handwerkerrecht der Gewerbeordnung und das Wichtigste über die Errichtung stehender Gewerbebetriebe und genehmigungspflichtiger Anlagen. Auch auf das Bürgerliche Gesetzbuch — welches unter den Stichworten selbst nicht aufgeführt ist — wird in einzelnen Punkten (z. B. bei Aufrechnung gegen den Lohn, Zurückbehaltung desselben, Ansprüche der Diensthoten usw.) Bezug genommen. Die Stichworte sind im allgemeinen sachgemäß ausgewählt, und bei einiger Kenntnis der Materie wird man auch bei solchen, die dem Reuling nur wenig sagen, wie z. B. Abänderung, Verzeichnis u. dgl. in der Regel bald auf die richtige Spur kommen. Die bei den einzelnen Stichworten gegebenen Erläuterungen habe ich, soweit ich sie prüfen konnte, sachgemäß und fehlerfrei gefunden. Sie würden an Wert noch wesentlich gewinnen, wenn nicht bloß — wie zumeist geschehen ist — die betreffenden Gesetzstellen, sondern auch die sonstigen Unterlagen, wie die Erkenntnisse hoher Gerichtshöfe, Ministerialanweisungen usw. angegeben wären, so daß man die eigenen Ansichten des Verfassers deutlicher von diesen unterscheiden könnte. Im allgemeinen kann das Werk als ein neues, eigenartiges und ergiebiges, auch trotz der großen Zahl der einzelnen Stichworte bei einiger Findigkeit recht praktisch verwendbares Hilfsmittel für die bequeme Handhabung der sozialen Gesetzgebung angesehen werden.

Georg Evert.

Bued, H. A.: Der Zentralverband deutscher Industrieller. 1876—1901. Druck. Deutscher Verlag. Berlin.

In drei stattlichen Bänden hat der Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller die Geschichte dieses wichtigsten deutschen Wirtschaftsverbandes niedergelegt. Am 15. Februar 1901 feierte dieser

sein fünfundzwanzigjähriges Bestehen, und das umfangreiche Geschichtswerk sollte ursprünglich an diesem Tage erscheinen. Die außerordentliche berufliche Beanspruchung und Erkrankungen des Geschäftsführers haben die Fertigstellung indes bis zum Herbst 1905 verzögert. Die Hinausschiebung des Vollendungstermines ist der wirtschaftlichen Geschichtsschreibung indes nur zugute gekommen, weil der Verfasser es sich nicht hat nehmen lassen, wenigstens nun noch die außerordentlich interessanten sozialpolitischen Entwicklungen der letzten vier Jahre über das Jubiläumsjahr 1901 hinaus der Darstellung anzufügen. Die handelspolitische Darstellung bricht leider bereits mit 1901 ab.

So erhalten wir denn in dem Buedtschen Werke einen historischen Überblick über die gesamte deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik Deutschlands im letzten Menschenalter, so, wie sie sich im Auge eines praktischen Sachkenners, der fast bei allen wichtigen Ereignissen persönlich beteiligt war oder wesentlich mitgewirkt hat, widerspiegelt; kein absolut objektives, aber ein vom Standpunkt des deutschen Großunternehmers leidenschaftslos erfaßtes Bild, mit außerordentlich reichem persönlichen Einschlag. Keine pragmatische Geschichtsdarstellung mit klarer Hervortreibung der ökonomischen Kausalzusammenhänge, sondern mehr eine politische Chronik, die die Bedeutung der Männer der parlamentarischen Parteien und der wirtschaftlichen Interessenverbände für die Organisation der deutschen Industrien und die Gestaltung unserer handels-, steuer- und sozialpolitischen Gesetzgebung unter einem bestimmten Gesichtswinkel einseitig, scharf und charakteristisch beleuchtet.

Daß es an dieser Stelle unmöglich ist, auf Einzelheiten der Darstellung oder auch nur auf die wichtigsten Punkte dieser Geschichte überflüchtig kritisch einzugehen, wird jeder begreifen, der auch nur in Umrissen sich den Umfang der auf den 2000 Seiten des Werkes beschriebenen Vorgänge und Tatsachen vergegenwärtigt.

Das Buedtsche Werk holt bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts aus und gibt in der Einleitung auf mehr als hundert Seiten eine im wesentlichen auf W. Weber gestützte Geschichte des deutschen Zollvereins; sie baut auf diesem Fundament alsdann die Vorgeschichte und die Gründungsgeschichte des Zentralverbandes auf. Er ist als eine Reaktionsbewegung der Industrie, und zwar zunächst mehr der mittleren als der großen Industrie gegen die Freihandelspolitik auf den Plan getreten, ohne daß über seine positiven Aufgaben zunächst eine klare Übereinstimmung bestand. Zum Beispiel war unter den vielgestaltigen Plänen, deren Verwirklichung der Zentralverband seine Kräfte widmen sollte, „die Assoziation der Arbeit für industrielle Zwecke“ genannt worden, sowie „die Zentralisation des Fabrikbetriebes, soweit es in Anbetracht der auf geschichtlichem Grunde erwachsenen Dezentralität der deutschen Industrie möglich ist“, Aufgaben, die heute bei den Mitgliedern des Zentralverbandes leichter einem Verständnis begegnen dürften, als es 1876 der Fall war.

Mit großer Ausführlichkeit schildert Bued die erste Tätigkeit des Zentralverbandes bei der Vorbereitung des Zolltarifs von 1879, die ihm mit einem Schläge die Führung unter den deutschen Interessen-

organisationen verschaffte, ihn zugleich aber auch in den nach Bued durchaus unbegründeten Ruf schwärzester Hochschützöllnerei brachte. Damit schließt die erste bedeutsame Periode in der Geschichte des Zentralverbandes. Während sie vornehmlich von zoll- und handelspolitischen Aufgaben in Anspruch genommen war, treten diese in der folgenden Periode mehr in den Hintergrund, und die „sozialpolitische“ Ära der Tätigkeit des Zentralverbandes begann, in der die Namen Haßler, Zende, Bued (1887 zum Geschäftsführer des Zentralverbandes ernannt) charakteristisch hervortreten.

Zur Schilderung der Anschauungen, Arbeiten und Erfolge des Verbandes auf dem sozialpolitischen Gebiete sind der zweite und der dritte Band des Werkes ausschließlich bestimmt. Auf sie legt Bued den Hauptnachdruck in seiner Geschichtsschreibung. Die gesamte wirtschafts- und handelspolitische Betätigung aber wird im zweiten Teil des ersten Bandes im Anschluß an die Personalien- und Geschäftschronik tagebuchartig erledigt.

Diese handelspolitische Chronik läßt die Hauptvorgänge der zollpolitischen Wendung von 1876 bis 1879, da der Zentralverband zu ihnen ausnahmslos Stellung genommen hat, mit einer gewissen figurlichen Plastik vor uns vorüberziehen. Die handelnden Personen treten vielfach in Rede und Gegenrede auf, und ein gut Teil der politisch-organisatorischen Technik, die zur Durchführung der historischen Wandlung erforderlich war, kommt klarer als in einer rein ökonomisch-kausalen Betrachtung zutage.

Der Eintritt in die neuen Zollverhältnisse mit seinen Schwierigkeiten für einzelne Plätze und Industrien, die Zurückhaltung des Zentralverbandes von weiteren Zollanträgen, die Entwicklung der Zollpolitik der Konkurrenzstaaten, besonders Amerikas, bis zum Anbruch des „neuen Kurfes“, der Ära Caprivi, wird an einer Summe von Einzeltatsachen illustriert, die reservierte, überwiegend kritische und doch später zustimmende Haltung des Zentralverbandes gegenüber den neuen Handelsverträgen ausführlich begründet und die Notwendigkeit einer besseren Vorbereitung künftiger Handelsverträge dargelegt. Die Darstellung berührt nun die weiteren handelspolitischen Arbeiten des Jahrzehnts 1890—1900 unter Berücksichtigung der Interessen der einzelnen Industrien und der deutschen Exportkaufleute, die Errichtung des wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung späterer Handelsverträge in Konkurrenz mit der privaten Zentralstelle und den Kampf um das neue doppelte Zolltariffschema, in dem der Interessenkonflikt der verschiedenen Gewerbebezüge zum Austrag kommt. Dabei ist der Schilderung der Pufferstellung des Zentralverbandes zwischen den extrem-agrarischen Wirtschaftsparteien und den mehr freihändlerisch gerichteten Industrie- und Konsumentenkreisen ein breiter Raum eingeräumt. Die endgültige Stellungnahme des Zentralverbandes zu dem Ende 1901 dem Reichstag vorgelegten Zolltarifgesetz findet sich leider in dem Bued'schen Werke, dessen erster Band mit diesem Zeitpunkt abbricht, nicht mehr. Vielleicht entschließt sich der Verfasser, diesen notwendigen Abschluß seiner Darstellung in dem angekündigten vierten Bande, der vorläufig nur die

Arbeiten des Zentralverbandes auf den außerhalb der Handels- und Sozialpolitik gelegenen Gebieten umfassen soll, nachzutragen.

Der zweite und dritte Band des Werkes, der die Sozialpolitik behandelt, ist insofern vielleicht noch interessanter als der erste handelspolitische Band, weil dieser angesichts der oftmals divergierenden wirtschaftlichen Interessen eine überwiegend vermittelnde Tätigkeit des Zentralverbandes in entsprechend objektiver Kühle darzustellen hatte, während die sozialpolitische Haltung des Zentralverbandes deutscher Industrieller bekanntlich in fast allen Fragen des Arbeiterrechts eine hervorragend einseitige ist und denn auch bei ihrem dokumentarischen Niederschlage in dem Buedschen Werke dem Schilderungsrelief einige bitter-scharfe Linien verleiht. Die um Objektivität bemühte Darstellung kann die subjektive Grundanschauung des Verfassers und des Zentralverbandes in diesen Fragen nicht verleugnen, z. B. in der Charakterisierung der sozialpolitischen Gegner des Zentralverbandes, in der Auswahl der sozialpolitischen Aussprüche von Regierungsvertretern und in der einseitigen Herausstreichung des Wohlfahrtsgedankens vor dem Rechtsgedanken bei der Würdigung der sozialpolitischen Gesamtaufgaben. „Die Gruppe von Berlepsch, die ein Blatt, *Soziale Praxis*, an sich gebracht hat, daß so lange rein sozialdemokratischen Interessen gebient hatte“ (Vb. II S. 564) und „von der Rücksicht befreit, die ihnen (v. Berlepsch und v. Rottenburg) eine verantwortliche staatliche Stellung bis dahin auferlegt hatte, eine lebhafte agitatorische Tätigkeit für soziale Reformen entwickelte, die . . . den Forderungen der Sozialdemokratie . . . Vorschub leisteten“ (S. 269), bringt den interessierten Chronisten gelegentlich doch völlig um seine Objektivität. Die sozialpolitischen Wandlungen des Grafen Posadowsky, der zuerst „eine anscheinende Gefügigkeit“ gegenüber den „weitgehenden Forderungen der Sozialisten und Sozialdemokraten“ bewiesen, sodann zum gerechten Abwägen der Gesamtinteressen bei der Fortführung der sozialpolitischen Aufgaben sich durchgerungen (Vb. II S. 568), um schließlich wieder (Vb. III S. 490) nach dem Fall der Zucht hausvorlage, „trotz seiner Überzeugung von der Staatsgefährlichkeit der Sozialdemokratie, den Wünschen und Forderungen der Sozialdemokratie und ihrer Helfer aus den bürgerlichen Kreisen Entgegenkommen zu erweisen“, erscheinen in Bueds Darstellung auch nicht gerade in gleichmäßig neutralem Lichte. In Vb. I S. 297 freilich steht — das scheint eine nicht ganz unwichtige Ergänzung zu dieser Charakteristik — eben die Tatsache verzeichnet, daß der Staatssekretär am 11. Dezember 1901 im Reichstage dem Zentralverbande gegenüber „eine sehr kühle und ablehnende Haltung“ annahm. Der Aufsehen erregende Brief Bueds vom 19. Dezember 1900 aber an die „Berliner Neuesten Nachrichten“ hat leider keine Aufnahme in das Geschichtswerk gefunden, sonst würden die Wandlungen des Grafen Posadowsky dem Leser wesentlich anders erscheinen als in der von Bued gewählten Darstellungsform. Daß schließlich die gesamte Schilderung der sozialpolitischen Tätigkeit des Zentralverbandes von einer ausgesprochenen Tendenz beherrscht ist, gibt Bued in der Einleitung zu Band II und III nicht nur zu, sondern hebt es als ein Hauptverdienst seiner Darstellung hervor. Diese Tendenz muß als

Grundlage für eine zuverlässige Beurteilung der Buedschen Geschichtsschreibung stets im Auge behalten werden. Die Gruppierung der Tatsachen und die Auswahl der sozialgeschichtlichen Dokumente wird dann durchsichtiger. Bued schreibt nämlich: „Ich habe mir die Aufgabe gestellt, in dem zweiten und dritten Bande den altemässigen Beweis für alle Zeit zu liefern und damit festzustellen, daß der Zentralverband die in der ewig denkwürdigen Botschaft des ersten großen deutschen Kaisers vom 17. November 1881 verkündeten sozialen Reformen und deren spätere Durchführung auf den Gebieten der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes nachdrücklich und wirkungsvoll, wie wenige, in ersterm mühevoller und umfassender Arbeit gestützt und gefördert hat.“ So sehr anzuerkennen ist, daß die deutsche Arbeiterversicherung und die damit verknüpften Aufgaben des unfall- und krankheitsverhütenden Arbeiterschutzes in der Industrie, zumal der Großindustrie die stärksten Träger, ja sogar Vorbilder gefunden haben, so schießt die von Bued formulierte Tendenz in diesem Umfange zum mindesten über das objektiv Beweisbare hinaus. Wir wissen alle, welche gewaltigen und bedenklich ersten Gebiete des Arbeiterschutzes trotz jahrelanger Diskussion immer noch der Bestellung harren, weil der Widerspruch der Industrie den sozialpolitischen Eingriff hindert. Von entscheidender Wichtigkeit für die Würdigung der Buedschen Tendenz ist aber der Umstand, daß sie auf die soziale Botschaft Kaiser Wilhelms II. vom 4. Februar 1890, die doch unserer Zeit um zehn Jahre näher liegt und die Bestimmung hat, „die fernere Entwicklung unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Gott ruhender Großvater sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Teil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat“, nicht mit einer Silbe eingeht! Jene Botschaft ireilich spricht davon, daß es auch eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Arbeit so „zu regeln, daß der Anspruch der Arbeiter auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleibt“ und daß „für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gesetzlich geordnete Arbeitervertretungen zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern“ ins Leben gerufen werden sollen.

Wie weit der Zentralverband diese Fortentwicklung des von Kaiser Wilhelm I. entworfenen sozialpolitischen Programms zu fördern bereit gewesen und noch heute bereit ist, das beleuchtet ein, freilich nicht als Antwort auf die Botschaft, sondern bei Beratung der Unfallversicherung am 18. September 1892 gefallener Ausspruch Bueds: „Leider gehe man bei der Beurteilung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter häufig von diesem Ideale (der sittlichen und intellektuellen Gleichheit der Menschen) aus, und verlange, von ihm ausgehend, vollständige Gleichberechtigung. Auf politischem und rechtlichem Gebiete bestehe diese Gleichberechtigung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Die Gleichberechtigung aber auf das soziale und wirtschaftliche Gebiet übertragen zu wollen, sei ein Unding“ (Vd. II S. 210). Und zur Erhärtung der Beweisraft seiner Ausführung verwies Bued damals auf das — Militär, bei dem es sicher schlecht aufgenommen werden würde, „wenn man in die Kasernen gehen und die soziale Gleichberechtigung

zwischen dem einfachen Soldaten und dem Obersten predigen wolle . . .“ Beide, die Werkstatt wie das Militär, aber seien in dieser Beziehung gleich! Da im September 1905 auf der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik Dr. M. Tille, der bis vor kurzem Stellvertreter Buecks im Zentralverbande war, das gleiche Argument vertreten hat, so scheint festzustehen, daß die innere Bereitwilligkeit des Zentralverbandes zur wirklichen Erfüllung der sozialen Botschaft im Geiste des Erben ihres Verkünders denn doch eine beschränkte und die von Bueck ausgesprochene Bemeisendenz seines Buches nach dieser Richtung einfach eine Unmöglichkeit ist. Vielleicht wäre es für den Historiker Bueck nicht ganz unnütz, wenn freilich auch unangenehm gewesen, wenn er für seine Darstellung auch die 1900 erschienene Charakteristik des Zentralverbandes deutscher Industrieller, die Max Schippel unter dem landläufigen Titel „Der Zentralverband der Scharfmacher“ mit Aufwand von allerlei Material verfaßt hat, berücksichtigt hätte. Immerhin ist das sozialpolitische Glaubensbekenntnis, das der Verfasser im Namen des Zentralverbandes am Schlusse des III. Bandes ablegt, eine zur Not ausreichende Resumierung aller der charakteristischen Rundgebungen des Zentralverbandes gegenüber den Bestrebungen der Arbeiter, die auf Erweiterung ihrer Rechte in der gewerblichen Arbeitsverfassung abzielen.

Soviel zur Würdigung des Standpunktes des Chronisten bei der Abfassung der beiden Bände über die sozialpolitische Tätigkeit des Zentralverbandes. Die ausgesprochene Absicht einer eigenartigen, bisher nicht erprobten Beleuchtung für den Gang durch die moderne Sozialpolitik verleiht dem Buche zugegebenermaßen einen gegenüber der handelspolitischen Chronik noch erhöhten Reiz, und es wird verständlich, warum die Bände II und III noch mehr Interesse wecken als Band I.

Der Inhalt der letzten beiden Bände ist schnell skizziert. Band II behandelt das Hilfskassenwesen und die Arbeiterversicherung oder vielmehr in erster Linie natürlich die Beratungen und Beschlüsse des Zentralverbandes zu diesen Fragen und gibt knappe Ausblicke auf die Arbeiterbewegung, besonders die Sozialdemokratie und die Versuche, sie zu bekämpfen. Der dritte Band beschäftigt sich mit dem Arbeiterschutz und den mannigfachen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. Eine Übersicht von Dr. Jakrzewsky, einem Beamten des Zentralverbandes, über die Ergebnisse der Arbeiterversicherung nebst zugehörigen Tabellen ist dem zweiten Bande zum Schlusse angefügt, dem dritten Bande ist eine aus der Feder des stellvertretenden Geschäftsführers, Regierungsrat a. D. Dr. Leibig, geflossene Einleitung vorangeschickt, die die gewerbliche Entwicklung und die Gewerbepolitik Preußens vom Dreißigjährigen Kriege bis 1869 (1890) und die Anfänge der Arbeiterschutzgesetzgebung von 1839 an, auf 15 Seiten behandelt. Den Abschluß des Wertes bildet die Schilderung der Krimmitschauer Textilarbeiteraussperrung und des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier und die chronologische Übersicht über die Zusammenschlußbestrebungen der Arbeitgeber, die Bildung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände und des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände. Über die Gründe dieser Doppelorganisation der doch einheitliche Zwecke verfolgenden Arbeitgeberverbände schweigt sich

der sehr knapp gehaltene Bericht aus. Ein Anhang zu diesem Bande liefert eine nach dem Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften und dem Reichsarbeitsblatt zusammengestellte Statistik der Gewerkschaftsbewegung, eine chronologische Übersicht über die Sitzungen und ein Verzeichnis der Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Der Gebrauch des wesentlich für Nachschlagezwecke bestimmten Buches ist durch die Beifügung eines in seiner Ausführlichkeit geradezu vorzüglichen Inhaltsregisters wesentlich erleichtert.

Waldemar Zimmermann.

Pfleggart, A.: Das Verhältnis der Hausindustrie zur Kranken- und Unfallversicherung. Im Auftrage des Schweizerischen Industrie-Departements dargestellt. I. Teil. Zürich 1905, Buchdruckerei Conzett & Cie. XV und 170 S.

Das eidgenössische Kranken- und Unfallversicherungsgezet, welches durch die Volksabstimmung vom 20. Mai 1900 verworfen worden ist, hatte es unterlassen, die Versicherungspflicht der Hausindustriellen, also einen bei der starken Vertretung der Hausindustrie in der Schweiz überaus wichtigen Gegenstand, mit hinreichender Klarheit zu umschreiben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade diese Unterlassungssünde dem Geetze viele Gegner erzeugt hat. Soll also den eidgenössischen Versicherungsplänen in Zukunft eine bessere Aufnahme beim Volke gesichert werden, so ist es unerlässlich, nicht nur über die Stellung der Hausindustriellen im Versicherungswerke vollkommene Klarheit zu verbreiten, sondern das Problem auch in einer Weise zu lösen, die keine berechtigten Interessen empfindlich verletzt. Aus diesen Erwägungen heraus hat das Industrie departement die vorliegende Studie veranlaßt. Während dem Verfasser im allgemeinen der Arbeitsplan durch die Fragestellung der Behörde gegeben war, ist er immerhin insofern selbständig vorgegangen, als er die Fragen im engen Anschlusse an bestimmte Hausindustrien zu lösen versucht. Und mit anerkennenswertem Mute hat er sofort diejenige Industrie herausgegriffen, welche die allergrößten Schwierigkeiten einschließt: die ostschweizerische Stickerie. Weist sie doch große und kleine Unternehmer, Fabrikanten, Zwischenglieder und Arbeiter, Groß- und Klein-, Fabrik- und Hausindustriebetriebe, Haupt- und Hilfsindustriezweige und Beschäftigungen in außerordentlicher Mannigfaltigkeit der Typen auf. Die Grundsätze, nach denen hier die Versicherungsfrage entschieden wird, berühren nicht allein den Wettbewerb der verschiedenen Betriebssysteme untereinander, sondern ganz besonders auch den Wettbewerb zwischen den schweizerischen Arbeitskräften einerseits und den vorarlbergischen und deutschen Arbeitskräften anderseits, soweit sie auf Rechnung St. Galler Firmen beschäftigt werden. Die Untersuchungen, welche der Verfasser vorlegt, beweisen, daß er auch die Fähigkeit besitzt, die schwierigen Aufgaben, die er sich gestellt hat, zu bewältigen. In scharfsinniger und gründlicher Weise werden die Vertragsverhältnisse zwischen den verschiedenen Gliedern der Industrie daraufhin untersucht, ob sie als Dienst- oder Werkverträge zu konstruieren, und ob die Beteiligten als selbständige oder unselbständige Hausgewerbetreibende anzusehen sind. Diese juristische Bearbeitung des

Stoffes bietet auch dem Nationalökonom und Sozialpolitiker in schätzenswerter Weise die Möglichkeit, das Wesen der ganzen Verhältnisse noch schärfer zu erfassen. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnisse, daß die Einbeziehung des Einzelsticker in die Versicherungsorganisation zunächst nicht ratsam erscheine. Wollte man dem Fergger als dem unmittelbaren Auftraggeber Versicherungsbeiträge zugunsten des Einzelsticker aufbürden, so würde auf die Beschäftigung der versicherungsfreien österreichischen und deutschen Einzelsticker eine Prämie gesetzt werden. Wollte man aber die ganze Beitragslast dem Einzelsticker zuschieben, so würde seine ohnedies schwierige Stellung gegenüber der fabrikmäßigen Schiffslickerei noch mehr bedroht werden. Deshalb scheint eine abwartende Haltung wenigstens solange angezeigt, bis der Gedanke der obligatorischen Versicherung bei der Bevölkerung festere Wurzel gefaßt haben wird.

In den allgemeinen Ausführungen über Begriff, Wesen und Formen der Verlagsindustrie stützt sich der Verfasser hauptsächlich auf die bekannten Arbeiten von Bücher, Schmoller, Schmiedland, Sombart, Stieba und A. Weber. Der Fortsetzung seiner Studien darf man mit Interesse entgegensehen.

H. Herfner.

Blaustein, Dr. Arthur: Die Entstehung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung im deutschen Sattlergewerbe. (Volksw. Abhandl. d. Bad. Hochschulen VI, 3.) Tübingen und Leipzig 1902. 139 S.

Noch vor wenigen Jahren durften ernste Männer dem Zweifel Ausdruck geben, ob es zu rechtfertigen sei, wenn unter Aufwendung von vieler Mühe so wenig bedeutungsvolle Erscheinungen des Wirtschaftslebens wie unsere lange Zeit bekanntlich recht schwach gebliebenen gewerkschaftlichen Organisationen zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung gemacht würden. Verf. hat sich ganz selbständig eine derartige Aufgabe für das Sattlergewerk in dem Zeitraum bis zur erneuten Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung in den 80er Jahren — also gerade für die schwierigste Periode — gestellt, und er hat sich von ihr nicht abbringen lassen, ehe er nicht die vielverschlungenen Fäden beinahe vollkommen entwirrt und die weiten Umwege vor dem Zustandekommen einer lebensfähigen Organisation aufgedeckt hatte. Er hat unter emsiger Durchforschung einer umfangreichen und große Schwierigkeiten bietenden Literatur, ferner unter Benutzung von Berliner Magistratsakten und endlich unter Einholung persönlicher Erkundigungen eine Arbeit geliefert, welche auf dauernden Wert Anspruch erheben darf und von unseren Sozialpolitikern wohl beachtet zu werden verdient. Nicht nur ist jeder Baustein nach streng wissenschaftlicher Methode geprüft und eingefügt, sondern es ist vor allem über dem einzelnen auch stets nach den größeren Zusammenhängen gesucht worden. Indem unser Autor die in dem einen engen Kreise hervorgetretenen Persönlichkeiten bis zu ihren Anlagen und den Motiven ihres Handelns zu ergründen trachtet, gibt er wichtige Aufschlüsse über die psychologischen Grundlagen der gesamten Arbeiterbewegung jener Zeit; indem er die unter den Sattlern damals herrschenden Anschauungen, die von ihren Führern verfolgten Ideen und die benutzten Agitationsmittel

anschaulich macht, die vorschwebenden Ziele, die eingetretenen Hemmungen und Reibungen, die Entwicklung der Technik auf die Organisationen, die Folgen der Veränderungen der Krankenversicherungsgesetzgebung und die behördlichen Eingriffe in diesem einen Berufszweige klarlegt, bringt er zu der Bedeutung jener Faktoren für die ganze damalige Gewerkschaftsbewegung vor.

Nur durch die peinliche Gewissenhaftigkeit seiner Detailforschung konnte insbesondere der außerordentliche Idealismus der wichtigeren handelnden Persönlichkeiten überzeugend nachgewiesen und die Tatsache ins rechte Licht gerückt werden, daß gerade die enge Verbindung der gewerkschaftlichen Bestrebungen mit der Agitation für die fernsten Ziele der Sozialdemokratie das Interesse an den Organisationen auch in den langen Jahren einigermaßen wach erhalten hat, in denen dank der Unreife der Arbeiterschaft für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß weder an eine Er kämpfung besserer Lebensbedingungen, noch an die Durchführung brauchbarer Unterstützungseinrichtungen innerhalb der gewerkschaftlichen Vereine zu denken gewesen ist. Wer alle die Enttäuschungen der beiden Jahrzehnte genau verfolgt, wird es begreiflich finden, daß sich die Hoffnungen der leitenden Personen darum zunächst an die Wirkung der vorherigen Revolutionierung der Geister durch die sozialdemokratischen Lehren anklammern konnten, weil erwartet werden durfte, daß die zum „Klassenbewußtsein“ erweckten Arbeiter auch leicht für die wirtschaftlichen Bestrebungen der Gewerkschaften zu interessieren sein würden. Wer aber die wichtige Unterstützung der gewerkschaftlichen Bewegung durch die politische erst richtig eingeschätzt hat, wird es nicht minder leicht verstehen, daß seit dem erneuten Aufleben der Organisation in der Veltungszeit des Sozialistengesetzes nun umgekehrt mit allem Nachdruck daran gearbeitet worden ist, die Berufsgenossen unter dem — ihnen mittlerweile immer einleuchtender gewordenen — Rufe nach der Verbesserung ihrer materiellen Lage, nach Abwehr wirtschaftlicher Bebrückungen, zu sammeln, um sie durch die gewerkschaftlichen Kämpfe und durch die erzielte Hebung ihres ganzen Kulturzustandes zu immer brauchbareren Streitern für die Sozialdemokratie zu erziehen. —

Zu wünschen wäre vielleicht noch geblieben, daß Verf. mit einigen wenigen sehr leicht zugänglichen Zahlen und Daten am Schlusse des Büchleins eine flüchtige Andeutung der weiteren Entwicklung geboten hätte. Sind doch gerade die Erfahrungen aus dem jüngsten Stadium der Gewerkschaftsbewegung ganz dazu angetan, auch die letzten Zweifel an der Berechtigung einer Untersuchung nach Art der vorliegenden zum Verstummen zu bringen. Aber auch schon ohne diese Ergänzung wird die Blaufsteinsche Arbeit den aufmerksamen Leser zu der Überzeugung führen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands eben wegen der schwer ergründbaren Vermischung beruflicher und politischer Bestrebungen an wissenschaftlichem Interesse ganz gewiß nicht so weit, wie oft angenommen worden ist, hinter den erfolgreicheren, dafür aber auch schon viel erforschten englischen Trade unions zurückstehen.

J. Schmöle.

Annarul statistic al României 1903 (Annuaire statistique de la Roumanie). Bucuresci 1904.

Das erste statistische Jahrbuch für das Königreich Rumänien ist herausgegeben unter der Leitung des damaligen Direktors der rumänischen Statistik, Dr. Creanga, eines früheren Jüngers der Berliner alma mater. Der Herausgeber hat es sich angelegen sein lassen, alles in Rumänien vorhandene statistische Material in gedrängter, präziser Form zusammenzustellen, und es muß hervorgehoben werden, daß ihm diese Aufgabe in vorzüglicher Weise gelungen ist. Das Jahrbuch ist in 15 Abschnitte gegliedert. Der erste Abschnitt enthält die Klimatologie des Landes, der zweite die politische Einteilung, der dritte und vierte Stand und Bewegung der Bevölkerung. Der fünfte behandelt das Unterrichtswesen, der sechste das Medizinalwesen, der siebente und achte das Militärwesen und das Beamtentum. Sehr umfangreich, auf ca. 50 Seiten, ist im neunten Kapitel die Landwirtschaft behandelt. Noch ausführlichere Daten werden im elften Kapitel über Industrie und Handel geboten. Die letzten Abschnitte geben eine Übersicht über das Verkehrswesen, die Staats- und Kommunal финанzen, sowie die Kreditinstitutionen. Namentlich dankenswert ist, daß der Herausgeber sich nicht auf die Darstellung der gegenwärtigen statistisch erfassbaren Lage Rumäniens beschränkt hat, sondern daß er alle vorhergehenden Jahre mit berücksichtigt, für die es statistische Ausweise gab, ähnlich wie dies im *Annuaire statistique de la France* der Fall ist¹. So kann denn das vorliegende, in der üblichen Tabellenform abgefaßte Jahrbuch zugleich als ein Spiegelbild der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Rumäniens für die letzten 3—4 Jahrzehnte aufgefaßt werden, und es ist nicht unwesentlich, wenigstens die wichtigsten Momente dieser Entwicklung, soweit die Statistik dazu ausreicht, kurz vorzuführen. Die Erntestatistik, die bis 1862 zurückreicht, zeigt, daß die Ernteflächen sich seit 1862/66, was Weizen, Mais, Gerste anlangt, etwa rund verdoppelt haben, die Weizenfläche ist von 697 200 ha auf ca. 1,6 Millionen ha, die Maisfläche von rund einer Million auf 2,1 Million ha gestiegen. Dabei sind die Durchschnittserträge auf den Hektar sich etwa gleich geblieben, sie schwanken um 12—13 hl sowohl für Weizen als für Mais. Es herrscht also in Rumänien offenbar das Bestreben, die Ernteerträge nicht durch Intensivierung der Kultur, sondern durch die Flächenausdehnung zu steigern, gerade wie in Rußland auch. Nur dürfte die Lage der Bauernschaft in Rumänien womöglich eine noch elendere sein: die 463 554 Bauern, die auf Grund der Gesetze von 1864 und von 1878 Grundeigentümer geworden sind, besaßen zusammen nur 1 810 311 ha Land, noch nicht ein Siebentel der gesamten Bodensfläche Rumäniens! Es erscheint kaum als eine erhebliche Verbesserung, wenn wir erfahren, daß daneben der Staat noch in der Zeit von 1868—96 ca. 407 812 ha in Parzellen, also offenbar an Bauern verkauft hat —

¹ Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich bringt leider zu wenig historische Übersichten, was namentlich beim Studium der Handels-, aber auch der Landwirtschaftsstatistik sehr störend ist.

der Bauernbesitz würde unter Berücksichtigung dieser Verkäufe immer erst ein Sechstel des rumänischen Bodens umfassen. Dabei ist der Verkaufspreis im Verhältnis zu dem doch recht geringen Erntewert ein sehr hoher, er beträgt nahezu 400 Lei (Frank) per Hektar! Der weitaus größte Teil des rumänischen Bodens befindet sich in den Händen der großen Bojaren, und es verschlägt wenig, bezw. beweist eher die kulturelle Rückständigkeit des rumänischen Großgrundbesitzes, wenn wir aus der Statistik gleichzeitig erfahren, daß nur 930 000 ha, also ca. 18 % der ca. 5 Millionen ha umfassenden gesamten Erntefläche Rumäniens auf die Besitzer (soll wohl heißen: Betriebe) von über 100 ha Saatfläche entfallen — weitaus der größte Teil des rumänischen Aders wird eben an Bauern im Teilbau vergeben, wobei dann von einer Hebung der Intensität keine Rede sein kann. Die Gesamternte Rumäniens in den Jahren 1900—1903 hat im Durchschnitt betragen 24,6 Millionen hl Weizen, 2,7 Roggen, 8,2 Gerste, 6,6 Hafer, 31 Mais, zusammen ca. 73,1 Millionen hl. Davon mögen etwa 10 Millionen hl für Saat abgehen, so daß ca. 63 Millionen verbleiben, wohl ca. $4\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen. Von diesem restierenden Quantum sind ca. 2,32 Millionen Tonnen im Durchschnitt der Jahre 1900—1903 ausgeführt, also über die Hälfte der Nettoernte! Es ist da kaum zu bezweifeln, daß ein Teil der Ausfuhr, gerade wie in Rußland, auf Kosten der Ernährung des Landvolkes bewirkt wird. 1877/1880 betrug die Ausfuhr an allen Getreidearten erst rund eine Million Tonnen — es erscheint fast, als ob seitdem eine Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse des rumänischen Volkes eingetreten ist. Interessant ist der Vergleich, daß zwei benachbarte, nicht weniger fruchtbare, dabei gleich stark (Serbien), resp. erheblich dünner bevölkerte Balkanstaaten, Serbien und Bulgarien, eine, relativ betrachtet, weit geringere Ausfuhr haben, nämlich kaum 100 kg per Kopf der Bevölkerung Getreide exportieren, gegen 400 kg per Kopf bei Rumänien. Die Erklärung ist einfach die, daß Serbien und Bulgarien Bauernländer sind, deren Landbevölkerung nicht in der Art zum Abverkauf ihrer Erzeugnisse gezwungen ist, wie die von den Bojaren beherrschte Bevölkerung Rumäniens. Allerdings, das ist ja richtig: die Bedeutung Rumäniens für den Getreideimport und auch den Kapitalmarkt Westeuropas ist eine erheblich höhere, als die der anderen Balkanstaaten. Der Export hat sich in den letzten Jahren um 350—374 Millionen Lei, der Import um 270—292 Millionen herum bewegt. An (staatlichen) Eisenbahnen gab es 1902 3176 km, für die ein Anlagekapital von 779,4 Millionen Lei aufgewandt war. Die gesamte Staatschuld betrug 1. April 1904 ca. 2043 Millionen Lei; für den Dienst derselben mußten 85,4 Millionen Lei aufgewandt werden. Es sind also kaum 40 % der Staatschuld für produktive Eisenbahnanlagen verwandt worden, welche letzteren 1900—1903 einen Reinertrag von 20 Millionen Lei abgeworfen, also das Anlagekapital mit nur 2,6 % verzinst haben. Zum Teil mag daran der zu teure Bau schuld sein; es ist auffallend, daß bei dem durchweg ebenen Terrain Rumäniens die Eisenbahnen noch erheblich teurer gekommen sind als in Rußland. Auffallend hoch ist die Anzahl der Analphabeten: sie beträgt rund vier Fünftel der Bevölkerung. Von 714 000 Kindern im

schulpflichtigen Alter besuchten 1902 regelmäßig die Schule erst 196 461. Auch in bezug auf die geistige Kultur dürfte daher Rumänien kaum etwas vor Rußland voraus haben. Immerhin zeigt Rumänien nach der Statistik das Bild eines rasch aufstrebenden Landes, die Produktion und der Handel steigen, und man bemüht sich auch, die geistige Kultur Westeuropas sich anzueignen. Alle Anerkennung verdient jedenfalls die vorzügliche Organisation der Statistik, wie sie aus dem vorliegenden Jahrbuch zu ersehen ist: die genaue Erkenntnis der eigenen Zustände ist am meisten dazu angetan, den Gedanken reifen zu lassen, daß an eine Anzahl von Mängeln die bessernde Hand angelegt werden muß.

Berlin.

Carl Ballod.

Caster, Dr. Wilhelm van, Rgl. bayr. Bezirksamtsassessor, Privatdozent der Rechte an der Universität Freiburg i. B. (jetzt Professor in Gießen): Das Badische Budgetrecht in seinen Grundzügen. I. Teil: Geschichtliche Entwicklung. Tübingen und Leipzig 1901, J. C. B. Mohr. 8°, III und 272 S. (6 Mk.).

Buchenberger, Dr. Adolf, Großh. bad. Finanzminister: Finanzpolitik und Staatshaushalt im Großherzogtum Baden in den Jahren 1850—1900. Zugleich ein Beitrag zur deutschen Finanzpolitik. Heidelberg 1902, Carl Winter. 8°, VIII und 264 S. (geb. 7 Mk.).

Voigtel, Max, Doktor der Staatswissenschaften in Heidelberg: Die direkten Staats- und Gemeindesteuern im Großherzogtum Baden, eine Darstellung ihrer Entwicklung und Ergebnisse von 1886—1901. Jena 1903. Gustav Fischer. 8°. 119 S. (2,80 Mk.).

Georgi, Dr. jur. Otto, Königl. sächs. Geheimer Rat, Oberbürgermeister a. D., Mitglied der Ersten Kammer: Der Staatshaushalt des Königreichs Sachsen seit dem Jahre 1880. Ein Beitrag zur Beurteilung der gegenwärtigen Finanzlage. Leipzig 1903. Duncker & Humblot. 8°. 136 S.

Rositz, Hans von: Grundzüge der Staatssteuern im Königreich Sachsen. Jena 1903. Gustav Fischer. 8°. VIII und 244 S.

Schwarz, O. (Geh. Ober-Finanzrat und vortragender Rat im Finanzministerium) und **Struk, Dr. G.** (Geh. Finanzrat und vortragender Rat im Finanzministerium): Der Staatshaushalt und die Finanzen Preußens. Unter Benutzung amtlicher Quellen. 3 Bde. Berlin 1902, 1904. Guttentag.

Eine Reihe wertvoller Monographien zu den Finanzverhältnissen deutscher Bundesstaaten sind in den letzten Jahren erschienen. — Über die badischen Finanzverhältnisse waren wir 1863 durch Regenauer und 1889 durch die vortreffliche Darstellung von Philippovich unterrichtet worden. Die drei zur Besprechung vorliegenden Schriften ergänzen jene älteren, indem sie die Darstellung bis zur Gegenwart fortführen und auch die staatsrechtlichen Budgetfragen einer Erörterung unterziehen.

Die Galkersche Arbeit ist eine verdienstvolle und interessante Materialsammlung über die Entwicklung des badiſchen Budgetrechts und ſoll die Grundlage für eine dogmatiſche Darſtellung deſſelben bilden. Als wichtigſte Quelle dienen ihm neben der Verfaſſung die Landtagsverhandlungen: die Vorlagen der Regierung und die Beſchlüſſe des Landtages, die Kundgebungen der Regierung und die Äußerungen hervorragender Parlamentarier. — Galker unterſcheidet im Anſchluß an Seydel zwei Typen des Budgetrechts in Deutſchland. Die bayriſche Verfaſſung vom 26. Mai 1818 kann als Repräſentant der älteren Verfaſſungen des 19. Jahrhunderts, darunter derjenigen aller größeren deutſchen Mittelſtaaten dienen: ihre budgetrechtlichen Beſtimmungen wurzeln geſchichtlich in dem Steuerbewilligungsrechte der alten Landſchaft; der König bedarf der Zuſtimmung der Stände zur Erhebung aller direkten Steuern, zur Erhebung neuer indirekter Auflagen ſowie zur Erhöhung oder Veränderung der beſtehenden; es wird daher den Ständen das Budget zur Prüfung vorgelegt, worauf ſie über die zu erhebenden Steuern beraten und beſchließen. Dieſe Grundlage iſt in der bayriſchen Praxis beibehalten und bewahrt: die Stände haben das Recht der Steuerbewilligung und das Recht der Budgetprüfung, nicht aber das Recht der Budgetfeſtſtellung. Nach dem preußiſchen und dem ihm nachgebildeten deutſchen Budgetrecht ſind dagegen alle Einnahmen und Ausgaben auf den Etat zu bringen, welcher unter der Mitwirkung des Landtages oder Reichstages in Geſetzesform feſtgeſtellt wird: den Parlamenten ſteht hier das Ausgabebewilligungsrecht zu.

Die badiſche Verfaſſung vom 22. Auguſt 1818 iſt in vielen Teilen, ſo auch im Budgetrecht, ſtark von der bayriſchen beeinflusst. Ihre Artikel 53 ff. beſtimmen: „Ohne Zuſtimmung der Stände kann keine Auflage ausgeſchrieben und erhoben werden.“ „Das Auflagengeſetz wird in der Regel für zwei Jahre gegeben.“ „Mit dem Entwurf des Auflagen-Geſetzes wird das Staatsbudget und eine detaillierte Überſicht über die Verwendung der verwilligten Gelder von den früheren Etatsjahren übergeben.“ Die Beſtimmungen der badiſchen Verfaſſung ähneln ſonach der bayriſchen: die Entwicklung ihrer Handhabung war aber eine andere. Die Zweite Kammer nahm bald weitergehende Rechte bei der Budgetfeſtſetzung in Anſpruch: es wurde gekämpft um das Recht der Ausgabenbewilligung, um den Geſetzescharakter des Budgets, um die Mittel, mittelſt deren Budgetüberſchreitungen und die Nichterfüllung einer Budgetpoſition geheilt oder verfolgt werden können, darum, ob es bei ihnen der Nachbewilligung durch die Stände bedarf, oder ob die Stände bei Abweichungen vom Budget, welche ſie nicht billigen, nur das Recht der Vorſtellung und Beſchwerde und eventuell der Anklage haben, und ob ſie befugt ſind, derartige Poſten, welche nicht budgetmäßig vorausgibt ſind, beim nächſten Budget als Einnahme einzufetzen; um die Vollſtändigkeit und um die Spezialifierung des Budgets; um die Fragen, ob und wie weit Übertragungen von einer Poſition des Budgets auf eine andre zuläſſig ſind, und ob Kredite, welche in einer Budgetperiode nicht verbraucht ſind, auf die nächſte übergehen oder erlöſchen; um das Recht der Zweiten Kammer, Ausgaben, welche die Regierung nicht vor-

geschlagen hat, ohne Zustimmung der Regierung in das Budget einzustellen, und um die Frage, ob die Regierung durch die Aufnahme der Beträge für solche Positionen in das Finanzgesetz gebunden sei; um die Grenze zwischen dem Bewilligungsrecht der Stände und dem Organisationsrecht der Krone. Fast auf der ganzen Linie ist es der Zweiten Kammer gelungen, die ihr durch die geschriebene Verfassung verliehenen Rechte auszuweiten: zur Bewilligung der Steuern mußte ihr das Budget vorgelegt werden, es wurde über die einzelnen Positionen verhandelt, Vereinbarungen über sie fanden statt, Abweichungen wurden diskutiert und moniert. Fehlte auch das Recht der Ausgabenbewilligung in der geschriebenen Verfassung, so lag es doch im Keime in dem Steuerbewilligungsrecht enthalten, und die Regierung hatte einen schweren Stand, fortwährend Vereinbarungen über die Ausgaben mit der Kammer zu treffen, in Konfliktfällen aber darauf zu verweisen, daß die Kammer verfassungsmäßig gar kein Recht der Ausgabenbewilligung habe. In der Sache gab die Regierung meistens nach, und auch die Redeschlachten um die Prinzipien verstummten nach 1848. Im Gesetz, den Staatsvoranschlag und die Verwaltung der Staats-Einnahmen und -Ausgaben betreffend, vom 22. Mai 1882, welches den Charakter eines Verfassungsgesetzes trägt, fanden eine Reihe dieser Errungenschaften ihre Kodifikation. Im besonderen bestimmt Art. 5: „Jede Position (des Budgets) unterliegt der ständischen Beschlußfassung.“ — Das Büchlein Calkers enthält viel des Interessanten; haben sich doch an der Entwicklung des badiischen Budgetwesens hüten wie drüben hervorragende Männer in außergewöhnlich großer Anzahl beteiligt, deren Auslassungen großenteils wortgetreu wiedergegeben sind; unter vielen anderen nenne ich nur: Nebenius, Duttlinger, Rottel, Welcker, Zachariae, Winter, von Voeth, Regenauf, Bluntschli und Buchenberger.

Das Werk Buchenbergers ist eine Festschrift zum fünfzigjährigen Regierungsjubiläum des Großherzogs Friedrich: das letzte größere Werk des dahingeshiedenen Agrar- und Finanzpolitikers. Vortrefflich wird es durch die der Einleitung entnommenen eigenen Worte des Verfassers charakterisiert: „Es erschien naheliegend und wohlangebracht, in einem Zeitpunkt, in dem der Fürst des Landes sich anschickt, die seltene Feier des fünfzigjährigen Regierungsjubiläums zu begehen, denjenigen Teil der Regierungstätigkeit, der in den Aufstellungen und Ergebnissen des Staatshaushalts seinen Niederschlag gefunden hat, in einer Anzahl Zahlenbilder vorzuführen, also auch einmal auf dem Weg der Statbetrachtungen, d. i. in knappster und übersichtlichster Form einen Beitrag zur Kenntnis dessen zu liefern, was alles zur Hebung der materiellen, geistigen und sittlichen Zustände des Landes durch die unermüdbliche Regierungsfürsorge einer langen, gottgesegneten Regententätigkeit geleistet worden ist. Denn wie nüchtern auch die Ziffernreihen eines Staatshaushalts dem Auge sich darbieten mögen, für denjenigen, welcher diesen Ziffern mit Aufmerksamkeit und Verständnis folgt, spiegeln sie deutlich und klar die kulturelle Entwicklung selber wider, die das Land in einem bestimmten Zeitraume durchlaufen durfte. Aus den Zahlen über das Anwachsen der Steuerkraft und der sonstigen Einnahmequellen lassen

sich bemerkenswerte Schlüsse ziehen auf Art und Umfang der Wohlstandshebung. An der Art und dem Maß der Ausgabegestaltung, insbesondere für Justizpflege, für Bildung und Unterricht, für Wissenschaft und Kunst, für Förderung und Pflege der werbenden Stände, für Verkehrswesen, läßt sich ein Urteil gewinnen über Inhalt, Richtung und Umfang der jeweiligen Regierungstätigkeit und über das Maß der Fürsorge, welche kulturellen Zwecken verschiedenster Art in jedem Zeitraum regierungsseitig zuteil wurde. So verdichten sich in der vergleichenden Betrachtung, die die jüngste Gegenwart mit der rückwärts liegenden Zeit verknüpft, die Zahlenreihen der Staatshaushaltsergebnisse zu einem bemerkenswerten Kulturbild, das über die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse, aber auch darüber Aufschluß erteilt, von welchen Grundsätzen die Regierung des Fürsten mit Zustimmung der Volksvertretung bei Verwendung der Staatsmittel in einem längeren Zeitraum sich hat leiten lassen.“ Im I. Abschnitt werden unter Bezugnahme auf die oben besprochene Galkersche Schrift die formelle und materielle Ordnung des Staatshaushalts und die Budgetrechte der Volksvertretung, im besonderen die zurzeit im Vordergrund stehende Frage des Rechts der Ausgabeninitiative erörtert. Die beiden folgenden Abschnitte zeigen das günstige Ergebnis des Haushalts seit 1870: die Einnahmen des ordentlichen Etats haben, mit Schwankungen in den einzelnen Perioden, 1870—99 im ganzen nicht nur ausgereicht, den ordentlichen, sondern auch den außerordentlichen Bedarf zu decken und noch über 11 Millionen Mark Überschüsse ergeben. Die Überschüsse der einzelnen Rechnungsjahre werden nicht in das Budget des folgenden Jahres als Einnahme eingestellt, sondern dem Betriebsfonds der allgemeinen Staatsverwaltung zugeführt; Fehlbeträge werden zunächst aus diesem entnommen. So wirkt der Betriebsfonds als ein Ausgleichsfonds. Er war Ende 1899 auf 21²/₃ Millionen Mark angewachsen. Aus ihm wird durch das Etatsgesetz ein „eiferner Bestand“, seit 1894/95 9,5 Millionen Mark, für den Kassenverkehr ausgeschieden, um jederzeit die Zahlungsverpflichtungen pünktlich einhalten zu können. Die diesen Betrag übersteigenden „Überschüsse des Betriebsfonds“ bilden eine Kassenreserve der Finanzverwaltung; aus ihnen werden die außerordentlichen Ausgaben gedeckt, soweit es sich nicht um Einkommen werbende Anlagen handelt. Nur für solche wird der Staatskredit in Anspruch genommen. Mit Hilfe der Überschüsse des Betriebsfonds und der Ausgestaltung des außerordentlichen Etats werden die im Vollzuge des Etats unvermeidlichen Unsicherheiten für die gesamte Finanzgebarung unschädlich gemacht. „Ungewöhnlich günstigen Beeinflussungen der Finanzabschlüsse, wie sie jahrweise vorkommen können und beispielsweise in den Jahren 1898 und 1899 vorgekommen sind, sollte ein maßgebender Einfluß auf die Finanzgebarung vorwiegend nur im Bereich des außerordentlichen Etats, d. h. der einmaligen Ausgaben verstattet werden.“ (S. 25.) Es ist das der Grundsatz, den auch Miquel bei seiner meisterhaften Leitung der preussischen Finanzen stets in den Vordergrund gestellt hat. Ein besonderes Moment der Unsicherheit ist in den Staatshaushalt durch seine Abhängigkeit vom Reichsfinanzwesen hineingetragen. Der IV. Abschnitt beleuchtet die hieraus entstehenden Mißstände, tritt energisch für

eine durchgreifende Reichsfinanzreform ein und widerlegt die Gründe, welche von ihren Gegnern für eine weitere Abhängigkeit der einzelstaatlichen Finanzen vom Reichshaushalt geltend gemacht werden. — Die nächsten sechs Abschnitte sind den Staatsausgaben und ihrer Entwidlung, die folgenden fünf den Einnahmen und der Reform der Ertragsteuern gewidmet, die beiden letzten behandeln das Staatsvermögen, die Domänenpolitik und die Amortisationskasse. Aus dem reichen Inhalt, welcher vielfach Fragen der Finanzpolitik auch über die badischen Grenzen hinaus betrifft, will ich hier nur drei Punkte erwähnen. Unter den Staatsausgaben ist der persönliche Aufwand am meisten gestiegen; bei der allgemeinen Staatsverwaltung waren 1872 4500, 1900 9145 Beamte beschäftigt, deren Gehalt (und Wohnungsgeld) nebst anderen persönlichen Ausgaben 1872 10, 1900 27 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark betrug; in den ausgeschiedenen Verwaltungszweigen (ohne Main—Neckar-Bahn) stiegen die Beamtenzahl von 3279 auf 5379, ihre Bezüge von $\frac{2}{3}$ auf über 6 Millionen Mark. Die Ruhegehälter und Witwenversorgungen hoben sich von 1 $\frac{1}{2}$ auf 5 $\frac{1}{4}$ Millionen. Von den gesamten ordentlichen Staatsausgaben beträgt der persönliche Aufwand bei der allgemeinen Staatsverwaltung 1872 33,2 %, 1900 43,7 %, bei den ausgeschiedenen Verwaltungszweigen 15,1 % und 27,7 %. (S. 50.) Im folgenden zeigt Buchenberger, daß die Gehaltsaufbesserungen in ungleich höherem Maße den mittleren und unteren, als den höheren Beamten zugute gekommen sind, und fährt dann (S. 63) fort: „Die vorstehenden Betrachtungen würden sehr mißverstanden werden, wenn ihnen die Deutung gegeben werden wollte, als ob die den mittleren und unteren Beamten gewährten Gehaltsbezüge über das Bedürfnis einer angemessenen Gehaltsnormierung hinausgegangen wären. Es kann sogar eingeräumt werden, daß auch nach der Tarifreform von 1894 die Gehaltsverhältnisse mancher Beamtengruppen in der mittleren und unteren Abteilung der Abänderung nach oben wohl bedürftig sind. Das aber weisen obige Ausführungen zwingend nach, daß schon im Jahre 1894 triftiger Anlaß gewesen wäre, auch an eine Revision der Bezüge der höheren Beamten in durchgreifender Weise, als dies tatsächlich geschehen ist, heranzutreten; und daß bei einer allfälligen abermaligen Revision des Gehaltstarifs dieses Versäumnis jedenfalls nachgeholt werden sollte. Die Strömungen der Zeit sind freilich einem solchen Vorhaben nicht besonders günstig. Aber es würde keine gute, den nachhaltigen Interessen des Landes förderliche Politik sein, wenn über den Interessen der unteren und mittleren Beamten die Interessen jener Beamten, welche in den leitenden Stellen des Justiz-, Verwaltungs- und Finanzwesens sowie im höheren Unterrichtswesen tätig sind, vernachlässigt werden wollten. Es ist und bleibt eine Politik der sozialen Beamtenfürsorge des Staats, auch die in bescheidensten Stellungen amtierenden Beamten ökonomisch so zu stellen, daß sie bei einer ihrer Stellung entsprechenden Lebensführung materieller Sorgen enthoben sind und nicht unter dem Drucke ungenügender Existenzmittel die Berufsfreudigkeit verlieren. Es ist aber nicht minder eine und zwar in eminentem Maße durch die öffentlichen Interessen des Landes selber gebotene und bei dem ständigen Wachsen des staatlichen Aufgabebereichs

immer dringlicher werdende Politik, zu verhüten, daß durch allzu große Zurückhaltung in dem Maß der Entlohnung des Staatsdienstes in den höheren Beamtungen besonders qualifizierte Kräfte mehr und mehr den lohnenderen privaten Erwerbsmöglichkeiten sich zuwenden. Es würde namentlich beklagenswert sein, wenn die zum großen Vorteil des Staats herkömmliche Rekrutierung eines namhaften Teiles des wissenschaftlich gebildeten Beamtentums aus den Beamtenfamilien selber in Zukunft noch mehr, als seit Jahren der Fall, eingeschränkt werden würde, weil die ökonomische Situation zahlreicher Beamtenfamilien den Geldopfern nicht mehr gewachsen ist, welche nicht nur das Studium selber, sondern auch nach beendetem Studium noch Jahre hindurch die ungenügenden Gehaltsbezüge der meisten Kandidaten des höheren Staatsdienstes erheischen.“ Mit so vortrefflichen Worten weist der badische Finanzminister auf eine der bedenklichsten Erscheinungen in der Entwicklung des Beamtenwesens während des letzten Menschenalters hin. Die jüngste Zeit hat oft genug gezeigt, daß die Gefahr bereits besteht, und daß der Staat manche tüchtige Kräfte eingebüßt hat. Hervorgehoben mag noch werden, daß diese scheinbar demokratische Weiterbildung des Gehaltssystems tatsächlich einen stark plutokratischen Charakter trägt: nur Angehörige wohlhabender Familien können sich schließlich dem höheren Staatsdienst widmen, und immer breitere Schichten der Bevölkerung werden von ihm tatsächlich ausgeschlossen. — Außer der Eisenbahnschuld hat Baden keine Staatsschulden: vielmehr verfügte die „Amortisationskasse“ Ende 1900 über einen Aktivbestand von mehr als 30 Millionen Mark (S. 110). Die Eisenbahnschuld beläuft sich nur auf 355³/₄ Millionen, während das Anlagekapital 544¹/₄, also 188¹/₂ Millionen Mark mehr betragen hat. Die für die Zwecke der Eisenbahnen aufgenommenen Anleihen sind Amortisationsanleihen; das Tilgungsprozent stellt sich im Durchschnitt der Jahre 1882/1901 auf 1,87 %/o. Die Überschüsse des Bahnbetriebes sind uneingeschränkt den Eisenbahnen selbst nutzbar gemacht, und sogar in außergewöhnlich günstigen Jahren sind aus ihnen keine Mittel für allgemeine Staatszwecke verwendet worden. Trotzdem haben die Eisenbahngesellschaften bis 1900 nicht ausgereicht, um die Verwaltungskosten und Passivzinsen der Eisenbahnschuldentilgungskasse, die Tilgungsquoten und Ersatzleistungen zu decken: sie blieben um 41,4 Millionen Mark hinter diesen zurück. Durch Dotationen, welche die Eisenbahnschuldentilgungskasse seit 1880 aus Mitteln des Allgemeinen Staatshaushalts empfängt, und durch Überweisung von Post- und Telegrapheneinnahmen hat sie 78,2 Millionen erhalten, so daß sich in ihr ein Überschuß von 36,8 Millionen befindet. (S. 121 ff.) — Bei der Begebung der Anleihen hat sich Baden, anders wie das Deutsche Reich und Preußen, den jeweiligen Geldmarktverhältnissen angepaßt und einen Zinssatz gewählt, bei welchem der Begebungsskurs nur wenig unter Pari stand. Nur die 3¹/₂prozentige Anleihe von 1898 (28 Millionen) ist mit 92,57 %/o untergebracht worden, 1901 ist Baden zum 4prozentigen Typ zurückgekehrt und hat einen Begebungsskurs von 99,12 %/o erzielt.

Voigtel bietet uns eine interessante statistische Untersuchung über die Subjekte, Objekte und Erträge der direkten Staats- und Gemeindesteuern in Baden von 1886 bis 1901. Bei den Gemeinden sind auch einige andere Zweige der kommunalen Finanzwirtschaft nachgewiesen. Durch Berechnung der Kopfquoten und Prozentfäße ist das Bild schärfer gezeichnet. Wer sich für die badischen Finanzverhältnisse einschließlich der Gemeindefinanzen interessiert, wird in der Studie Voigtels einen zuverlässigen Führer finden.

Die Arbeiten von Georgi und Rostiz über das Königreich Sachsen ergänzen sich. Beide sind an ihre Untersuchungen herangegangen, um sich selbst Klarheit zu verschaffen. Während Rostiz die geschichtliche Entwicklung des Staatssteuersystems verfolgt, prüft Georgi die materielle Ordnung des sächsischen Staatshaushalts an seiner Ausgestaltung während der beiden Jahrzehnte seit 1880. Veranlaßt hierzu wurde er durch den dem Landtage 1902/3 gemachten Vorschlag der Regierung, 50 % Zuschlag zur Staatseinkommensteuer zu erheben. Das Steueraufkommen (ohne Zuschläge) hat sich von 1880/81 bis 1902/3 von 44¹/₄ auf 104³/₄, also um 60¹/₂ Millionen Mark gehoben, der Überschuß aus der Nutzung des Staatsvermögens nur von 84¹/₄ auf 89³/₄, also um 5¹/₂ Millionen; dagegen sind die Zuschüsse lediglich für innere Staats- (nicht für Reichs-)zwecke von 105¹/₂ auf 195¹/₂ Millionen, um 90 Millionen Mark gewachsen; das Steuersystem ist also für die erfolgte Steigerung des Staatsbedarfs nicht entwicklungsfähig genug gewesen; das Steueraufkommen hätte um rund 24 Millionen mehr wachsen müssen, um — ohne Zuschläge — mit dem Anwachsen des Staatsbedarfs Schritt zu halten (S. 11, 5). Besonders stark ist die Zunahme des Personalbedarfs. Immer mehr werden Ausgaben aus dem Ordinarium ins Extraordinarium verwiesen. Es belief sich 1880/81 auf 1 Million, 1890/91 auf 31¹/₂, 1898/99 auf 113¹/₂ Millionen (S. 45). Die Verwaltungsüberschüsse der vorletzten Budgetperiode werden nach einem Übereinkommen zwischen der Regierung und den Ständen ins außerordentliche Budget eingestellt; in den zwanzig Jahren von 1880 bis 1899 waren es 117¹/₂ Millionen Mark (S. 54). Zu einem recht erheblichen Teile hat aber der Staatskredit als Deckungsmittel herangezogen werden müssen. Von 1880/81 sank die Staatsschuld bis 1890/91 von 689³/₄ auf 626³/₄ Millionen, ist dann aber bis 1898/99 auf 829³/₄ Millionen gestiegen; zu dieser Zeit war von einer 1898 bewilligten Anleihe von 112 Millionen erst ein Teil gegeben; 1900 und 1902 sind zwei weitere Anleihen von 110 und 100 Millionen bewilligt. Im wesentlichen, meint Georgi, seien die Schulden für die Bedürfnisse der Staatseisenbahnen gemacht worden (S. 55 f.). Nur durch größte Sparfamkeit auf allen Gebieten, besonders aber im Bauwesen, kann eine Zunahme der Schulden und die Erhöhung der Steuern vermieden werden. Zum Teil ist der Mehraufwand für die Erfüllung der mannigfaltigsten Kulturaufgaben gemacht worden. „Es kann allerdings der Vorwurf nicht erspart werden, daß man in diesen Beziehungen nicht genug mit den verfügbaren Mitteln gerechnet hat; das liegt aber wieder in der Unklarheit und Unsicherheit unseres Staatsbudgets. Zwei Faktoren sind

es hauptsächlich, die die Vorstellung erweckt und weit verbreitet haben, daß wir reicher sind, als der Wirklichkeit entspricht. Das sind die Einnahmen aus unseren Eisenbahnen und die Überweisungen vom Reiche. Die ersten waren zeitweise sehr hoch und haben dadurch dem Staate einen höheren Standard of life aufgeprägt, namentlich aber die Ansprüche an den Staat ungemein gesteigert; sie wirkten um so gefährlicher, als die Art der Budgetaufstellung über ihre Höhe täuschte und dazu verführte, die Überschüsse schlechtthin zur Deckung allgemeiner Staatsbedürfnisse zu verwenden, und damit eine dauernde Erhöhung der Staatslasten zu übernehmen, ohne zu berücksichtigen, daß diese Überschüsse zum Teile vom Kapitale geflossen waren, daß ferner ein Unternehmen wie das Staatseisenbahnnetz zu seiner Fortentwicklung große Reserven braucht, und daß es überhaupt, seiner Natur nach, großen Schwankungen unterliegt. Die zweiten aber haben sich aus ähnlichen Gründen als ein Danaergeschenk erwiesen" (S. 133 f.). Georgi fordert, daß die Verzinsung und die Tilgung der Eisenbahnschuld in das Budget der Eisenbahnen eingestellt werde, und zwar nicht nach bloßen Durchschnittsberechnungen, sondern auf Grund der Berechnung nach bestimmten Anleihen und nach dem Zeitpunkt ihrer Verwendung (S. 84). Neben einem ordentlichen Etat für die Eisenbahnen soll auch ein besonderer außerordentlicher Etat für sie aufgestellt werden, sie sollen also eine vom Staatshaushaltsetat vollkommen abgeforderte Etatsbehandlung erfahren. Für die Deckung ihrer außerordentlichen Etats soll, soweit möglich, durch ihren ordentlichen Etat Vorsorge getroffen werden. Rechnungsmäßige Überschüsse der Eisenbahnen gegenüber dem Etat sollen nicht dem allgemeinen mobilen Staatsvermögen zufallen, sondern in erster Linie außerordentliche Ausgaben für die Eisenbahnen decken. Etatsmäßig ist festzustellen, was von den Eisenbahnüberschüssen zu den allgemeinen Staatsaufgaben verwendet werden darf (S. 86 f.). Aus den Überschüssen könnte ein Ausgleichsfonds angesammelt werden zur Deckung von Defizits im Ordinarium der Eisenbahnen (S. 94). In der Frage der Eisenbahngemeinschaft tritt Georgi, von großen Gesichtspunkten geleitet, einer sächsisch-offiziösen Schrift entgegen, welche 1903 in Dresden unter dem Titel erschienen ist: „Auf dem Weg zur Eisenbahn-Gemeinschaft? Ein Beitrag zur sächsischen Eisenbahnfrage, von einem Fachmann.“ Georgi wünscht eine Eisenbahngemeinschaft, freilich nicht nach preussisch-hessischem Muster, sondern eine auf bundesstaatlicher Grundlage beruhende Organisation, wobei es den einzelnen Staaten unbenommen ist, durch Sonderverträge engere Gemeinschaften innerhalb jener Organisation zu bilden. — Daß Georgi das heutige finanzielle Verhältnis der Bundesstaaten zum Reiche ebenso wie Buchenberger mißbilligt, ist selbstverständlich. Er meint, daß die Matrikularbeiträge nur dann aufgehoben werden dürfen, wenn direkte Reichsteuern eingeführt werden; diese sollen für das ganze Reich einheitlich ausgestaltet, aber nur ausbühlfweise erhoben werden; er denkt an eine selbständige, von den einzelstaatlichen Steuern abgetrennte Reichseinkommensteuer (S. 128 ff.). Hiermit verläßt Georgi wohl den Boden realer Politik. Es ist kaum denkbar, wie das Einkommen einer Person nach zwei verschiedenen Einkommensteuergesetzen, welche gleichzeitig nebeneinander

bestehen, dem Reichseinkommensteuergesetz und dem Staatseinkommensteuergesetz, veranlagt wird.

Rostitz füllt eine empfindliche Lücke der finanzwissenschaftlichen Literatur aus. Er stellt auf Grund der Landtagsverhandlungen, namentlich der Königlichen Dekrete und der Deputationsberichte der beiden Kammern die geschichtliche Entwicklung der direkten Staatssteuern im Königreich Sachsen seit dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts dar. Durch die Ausbildung eines einheitlichen Staatswesens um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert war die Entwicklung eines Steuersystems für das ganze Gebiet erforderlich geworden, in welchem auch die veralteten Steuerprivilegien fallen mußten. Die Reformen von 1834 und 1843 entsprachen diesen Bedürfnissen: die mannigfaltigen Steuern der verschiedenen Gebietsteile wurden beseitigt; an ihre Stelle traten die staatliche Gewerbe- und Personalsteuer von 1834 und die Grundsteuer von 1843. Ihnen sind die beiden ersten Kapitel gewidmet. Im dritten wird die zweite Reformperiode behandelt, welche 1868 beginnt und 1874/78 zur Einführung der Allgemeinen Einkommensteuer unter gänzlicher Aufhebung der Gewerbe- und Personalsteuer und unter Ermäßigung der Grundsteuer führt. Die dritte und letzte Reform wird in den neunziger Jahren vorbereitet: 1902 wurde unter Beibehaltung der Grundsteuer eine auf das bewegliche Vermögen beschränkte Vermögenssteuer eingeführt, gleichzeitig wurden die Steuersätze der Einkommensteuer erhöht und die Steuerpflichtigen bis zu 3100 Mark Einkommen mit Kindern von 6—14 Jahren erleichtert. Von der Einkommensteuer handelt das vierte Kapitel, das sechste von der Vermögenssteuer, das fünfte bringt eine Einkommensteuerstatistik. In die Darstellungen des positiven Rechts und der Steuergeschichte sind vielfach steuertheoretische Erörterungen eingestreut. In ihnen wird man dem Verfasser nicht überall beistimmen können. So überzeugen mich seine Ausführungen gegen die Lehre, daß die Grundsteuer bei Eigentumsübertragungen durch Kapitalsabzug vom Grundstückswerte amortisiert werde, nicht. Wie es sich aus der herrschenden Lehre ergeben soll, „daß nach einer Reihe von Besitzwechseln der Wert des Grundstücks mehr oder weniger, unter Umständen vollständig, aufgefressen und auf den Staat mit übergegangen sein müßte“, vermag ich nicht einzusehen. Die Wertverminderung findet doch nur einmal, beim Auflegen dieser Steuer statt, und es verharrt dann der Zustand, daß das mit der Steuer belastete Grundstück um den kapitalisierten Betrag der Steuer weniger wert ist, als es ohne die Steuer sein würde; wird dann die Steuer aufgehoben, so tritt eine entsprechende Werterhöhung ein, die als Gewinn dem dermaligen Eigentümer zufällt. Rostitz gibt die Richtigkeit der von ihm bekämpften Auffassung wohl wieder zu, wenn er sagt: „sondern die Steuern werden nur als Unterhaltungs- bzw. Produktionskosten, wie andere Kosten veranschlagt und beeinflussen insofern allerdings den Preis“ (S. 35). — Sehr interessant sind die Schlußbemerkungen über die inneren Zusammenhänge der Entwicklung, über die Abhängigkeit der Fortbildung des Steuersystems von der äußeren Staatsverfassung, von der Entwicklung des Staatsbürgerrechts, vor allem

aber von der wirtschaftlichen Entwicklung: das Grundeigentum ist von den anderen Erwerbsquellen überflügelt worden, diese sind daher als Steuerquellen in den Vordergrund gerückt; ferner haben die reiche Differenzierung des gewerblichen Lebens und die Entwicklung des Kreditverkehrs die Technik der Ertragssteuern veralten lassen.

Schwarz und Struß haben ihre Darstellung des Staatshaushalts und der Finanzen Preußens 1904 zum Abschluß gebracht. Die ersten Lieferungen habe ich im Jahrbuch 1900 S. 1220 f. und 1901 S. 371 f. angezeigt und dabei auf den Plan des Ganzen und seine Bedeutung hingewiesen. Das nun vollendet vorliegende Werk hat die Erwartungen vollaus erfüllt, welche wir an das Unternehmen der beiden verdienten Finanzbeamten knüpften. Mit Unterstützung von namhaften Mitgliedern der Ministerial- und Zentralbehörden ist den Verfassern gelungen, was sie erstrebt haben: „für weitere Kreise des In- und Auslandes das Material für das Verständnis und eine zutreffende Beurteilung der Finanzen Preußens, seines Budgets und seiner Finanzverwaltung zu geben, dem Parlamentarier aber und dem sonst auf ein genaueres Studium des Staatshaushaltsetats Angewiesenen zugleich gewissermaßen einen Kommentar zu dem Etat zu bieten“ (Struß Bb. I, Vorwort zur ersten Lieferung S. V). Unter den Händen wuchs der Stoff, so daß er zwei starke Bände von 1399 und 2011 nebst 295 und 423 Seiten Anlagen und einen dritten Band von 330 und 90 Seiten füllt. Wir wissen es den beiden Verfassern sowie der Verlagsbuchhandlung Dank, daß sie der Verlockung einer gekürzten Darstellung widerstanden haben: nur in der Ausführlichkeit und Genauigkeit, mit welcher jeder einzelne Titel behandelt ist, wobei doch die Übersichtlichkeit nicht Schaden gelitten hat, konnte ein brauchbares Hilfsmittel für das Verständnis des Etats im ganzen sowie in seinen einzelnen Teilen entstehen. Wir freuen uns, daß Miquel die Anregung zu diesem Werke gegeben hat. Sein Wunsch war ja auch, daß Fachgelehrte sich Jahr für Jahr dem Studium der Preussischen Etats widmen möchten. Die Grundlage dafür haben Schwarz und Struß geschaffen: ihr schönster Erfolg dürfte es sein, wenn nunmehr der Wunsch Miquels in Erfüllung gehen würde. — Gegenüber dem ursprünglichen Plane, den ich seinerzeit mitgeteilt habe, weist das fertige Werk einige Änderungen auf, die hier noch Erwähnung finden mögen: Die Zuschußverwaltungen sind nicht vollständig von Schwarz bearbeitet; das VIII. und IX. Buch (Finanzministerium; Justizverwaltung) hat Struß verfaßt. Zu den beiden ursprünglich in Aussicht genommenen Bänden (I. Überschufverwaltungen; II. Zuschufverwaltungen) ist ein dritter aus der Feder von Schwarz dazugekommen; er behandelt die öffentliche Schuld, die beiden Häuser des Landtages und die Allgemeine Finanzverwaltung; im Anhang werden Nachträge und einige allgemeine Bemerkungen zur formellen Ordnung des Staatshaushalts, soweit darüber nicht bereits bei den Spezialsetats gehandelt ist, gebracht. Ein einheitliches Register für sämtliche drei Bände schließt den letzten Band ab.

Rönigsberg i. Pr.

Otto Gerlach.

Hartwig, Dr. J.: Der Lübecker Schoß bis zur Reformationszeit (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Herausgeg. von Gustav Schmoller. Bd. XXI, Heft 6). Leipzig 1903. Duncker & Humblot. 237 S.¹.

Dieses Buch, dem man eine genaue Kenntnis der Literatur über die Finanzen deutscher Städte des Mittelalters nachrühmen muß, gibt eine eingehende Darlegung der direkten Steuern der Stadt Lübeck bis zur Reformation. Eine Einleitung, die der Herr Verfasser m. E. besser in den Anhang verwiesen hätte, behandelt die Geschichte des Wortes Schoß und gibt dann einen Überblick über das Urkundenmaterial: die niederdeutschen Redaktionen des lübischen Rechts, die Burspraken, die Steuerordnung, bis Schoßregister und die Chroniken.

Mit Abschnitt III: Alter und Entstehung des Schoßes beginnt die Behandlung des Themas (9—13). Die älteste Erwähnung des Schoßes findet der Herr Verfasser in dem Privileg Heinrichs des Löwen für das Lübecker Domkapitel von 1164: „nulla eis (dem Kapitel) in collectis ad opus civitatis faciendis imponatur necessitas.“ Anfangs eine freiwillig (bede!) und unregelmäßig gezahlte Steuer, wurde er bald zu einer regelmäßigen Zwangsabgabe, und zwar wahrscheinlich seit 1226, wo die Stadt Reichsstadt wurde. Schoßpflichtig waren alle Bürger, d. h. alle Inhaber des Bürgerrechtes. Inhaber dieses Rechtes aber war ursprünglich nur der Grundeigentümer, der auf städtischem (also nicht kirchlichem oder klösterlichem) Boden angesessen war. Seitdem jedoch Handel und Gewerbe aufkamen und damit ein Kaufmannsstand, dessen Wohlhabenheit sich auf den Besitz von mobilem Kapital gründete, seitdem die in der Zunft organisierten Handwerker Bürgers Recht und Pflicht erlangten, war die alte Beschränkung auf den Grundbesitz nicht mehr durchführbar, und so verpflichtete denn der Stadtrat die ganze männliche Einwohnerschaft zum Eintritt ins Bürgerrecht (S. 22). Das bedeutete faktisch die Aufnahme des Handwerks in den Bürgerverband, die Erweiterung der alten Grundeigentümergemeinde zu einer Gemeinde aller wirtschaftlich Selbständigen (S. 23). Dabei ist es die Jahrhunderte hindurch geblieben: „der Bürger blieb . . . Träger der Steuerlast“ (S. 32). Im Verwaltungsweg wurde ihr auch das Vermögen der juristischen Personen, der Innungen und Kompagnien (Kaufmannsgenossenschaften), sowie der ruhenden Erbschaften unterworfen. Der Umkreis der schoßpflichtigen Gegenstände ist damit schon umschrieben: Schoßobjekte *κατ' ἐξοχήν* waren die Immobilien (S. 41), dazu trat bald die fahrende Habe, der mobile Besitz. Und zwar wurde sowohl das Vermögen wie das Einkommen getroffen, denn das Mittelalter kennt keinen Unterschied zwischen beiden.

¹ Das Buch ist von Koppmann besprochen worden in den Hanfschen Geschichtsblättern 1903, S. 181—199. Ich kann aber nicht finden, daß seine Ausführungen und Zusätze von erheblicher Bedeutung seien.

² Auch die städtischen Beamten — im ganzen 200 — waren steuerfrei. Ihre Steuerfreiheit ruht aber auf anderen Voraussetzungen; sie ist, wie der Herr Verfasser zutreffend bemerkt, als ein Teil ihrer Befoldung aufzufassen (57—64).

Steuerfrei blieb das Vermögen der Privilegierten. Das war in erster Linie der gesamte Besitz der toten Hand. Nur „ab omnibus personis laicalibus“ verlangte der Stadtrat die Steuer (S. 52), also auch nicht von den *piae causae*, den Stiftungen und Wohltätigkeitsanstalten: dem Heiligen Geisthospital, den Siechenhäusern, den Fremdenherbergen, den Armenhäusern. Auch nicht von den geistlichen Bruderschaften, den Klerikern und Kirchenbeamten. Erst die Reformation hat dieses sehr ausgedehnte Vorrecht radikal beseitigt (S. 51 bis 57)². Aber schon weit früher hat die Stadt selbst sich durch eine lebhaftere Amortisationsgesetzgebung zu helfen gesucht. Diese begann mit dem Verbot (um 1225), Immobilien an Kirchen zu übertragen (7. Abschnitt: die Maßnahmen zum Schutz der Steuerkraft, S. 67 bis 89). Damit sollte ein weiteres Wachstum des kirchlichen Grundbesitzes, der ja damals noch einziges Steuerobjekt war, nicht des kirchlichen Besitzes überhaupt verhindert werden (S. 71). Auch den Klerikern soll in keiner Weise mehr Grundeigentum zugewiesen werden, ebensowenig den ermierten Rittern, Hofleuten und Gästen. Gegen solche Neuerungen hat sich die Kirche wohl anfangs (im 13. Jahrh.) gewehrt, aber zu dauernden Konflikten zwischen ihr und der Stadt ist es nicht gekommen, denn diese war klug genug, in praxi nicht zu rigoros gegen den Grunderwerb durch die Kirche vorzugehen, sondern ihn zuzulassen, wenn der Erwerber durch einen privatrechtlichen Vertrag (mit dem Verkäufer) das Weiterbestehen der Schoßpflicht anerkannte. 1296 wurde dieser Zustand gesetzlich fixiert. Aus den Störungen, zu denen auch diese Bestimmungen wieder führen konnten und führten, erwuchs dann ein besonderes Grundbuchrecht und das Institut der Treuhänder. Der Abschnitt, in dem diese Entwicklung nachgewiesen wird (S. 81—86), gehört zu den wichtigsten der ganzen Arbeit, nicht nur für den Historiker, sondern auch für den Juristen.

Der Schoß zerfiel in drei Teile: den eigentlichen Schoß oder Hauptschoß, den Vorschoß und den Feuerstellenschoß (8. Abschnitt: die Elemente des Schoßes, S. 90—103). Am eingehendsten betrachtet der Herr Verfasser den Vorschoß. Der herrschenden Ansicht entgegen weist er nach, daß wir in ihm nicht eine allgemeine Kopfsteuer, sondern einen Zuschlag zu dem Schoß der Hausbesitzer zu sehen haben. In Verbindung mit dem eigentlichen Schoß wirkte er, aber gerade wegen seiner Partialität, progressiv nach oben. Endlich traf ein besonderer Feuerstellenschoß noch alle die, welche eine eigne Feuerstelle hatten. Die Höhe des Schoßsatzes, d. h. des von der Steuereinheit zu bezahlenden Steuerbetrages, wechselte selbstverständlich je nach der Finanzlage der Stadt und war seit 1436 in beständigem Rückgang (9. Abschnitt: die Höhe des Schoßes, S. 104—117). Schoßeinheit war die Mark Silbers, eine Rechnungsmünze, deren Wert gesetzlich taxiert war, und die erst im 15. Jahrh. durch die neue, reelle Steuereinheit von 100 Mk. ersetzt wurde.

Mit dem 10. Abschnitt: die Verwaltung des Schoßes (S. 118—132) beginnt die Darstellung der Verwaltungsorganisation. Für gewöhnlich wurde der Schoß vom Räte festgesetzt, der aus dem Ver-

treter der Stadtgemeinde ihr Herr geworden war. Nur bei außerordentlichen Anlässen ließ er Vertreter der Bürgerschaft mitraten, aber ohne sich an eine bestimmte Form der Vertretung zu binden und ohne ihr Einfluß auf die Verwaltung des Schoßes, seine Erhebung, Verrechnung, Verwendung einzuräumen. Die Bürgerschaft hat dagegen wiederholt remonstriert, aber nur zweimal mit Erfolg (in der demokratischen Periode von 1406 bis 1416 und 1528); erst der Kassaregier von 1665 hat ihr einen dauernden Einfluß auf die Verwaltung gegeben. Bis dahin blieb die Oberleitung der gesamten Finanzverwaltung dem Ratsausschuß, der in Lübeck wie in den meisten norddeutschen Städten, in Hamburg z. B., in den Städten des Ordensstaates den Namen *Kämmerei* führte. Die Verwaltung des Schoßes aber unterstand nicht ihr, sondern anfangs dem gesamten Räte und seit dem 14. Jahrh. einer besonderen Steuerbehörde, den Schoßherren, welche aus der Mitte des Rates delegiert wurden (anfangs zwei, später vier Ratsherren). Den Reinertrag ihrer Verwaltung lieferten sie an die Kämmererei ab; auch in Lübeck also bestand, wie in den meisten Städten, das System der Sonderhaushaltung¹. Nächste Aufgabe der Schoßherren war die Ermittlung der schoßpflichtigen Personen (11. Abschnitt: S. 133—144). Schon um 1260 war die Bevölkerung zu diesem Zweck in Schoßregister eingetragen, die aber erst seit 1458 fortlaufend erhalten sind. Es gab ihrer verschiedene: 1. ein Hauptregister, dem alljährlich ein Hausumgang vorausging. Sie entstanden also in derselben Weise wie heutzutage die bevölkerungsstatistischen Aufnahmen und sind darum, wie bekannt, die wichtigste Quelle der historischen Bevölkerungsstatistik². Sie verzeichnen fast ausschließlich die Haushaltungsvorstände. Spezialregister zur Erleichterung der Schoßerhebung gab es für die Gäste (die fremden Kaufleute, die sich längere Zeit Geschäfte halber in der Stadt aufhielten und schoßpflichtig waren), für die Knochenhauer, die heimlichen und die säumigen Schoßer, den Vorschöß und den Feuerstellenschoß. — Die Ermittlung der schoßpflichtigen Gegenstände (12. Abschnitt: S. 145—153) erfolgte

¹ Vgl. über dieses System und seine Überwindung in dem Territorialstaat dieser Zeit meine zentrale Finanzverwaltung im Deutschordensstaate Preußen am Anfang des 15. Jahrh. (Schmollers Forschungen XXIII, 2. Leipzig 1904), S. 98 ff. Ich habe dort ausgeführt, wie das System der Abrechnung mit den Beamten des Ordensstaates der Zentralbehörde einen Einblick in einen Teil der lokalen (Sonder-)Verwaltung gewährt (a. a. O. S. 111 ff. und meine Abhandlung: Entstehung und Komposition des Marienburger Treklerbuches — Offenbacher Programm 1905 — S. 26 ff.). Man faßt das Verfahren aber tiefer und richtiger, wenn man feststellt, daß das Abrechnungsverfahren sich in den Jahren 1399—1409 noch weiter ausbildet und in dieser allmählichen Ausbildung ein bewußtes Hinarbeiten auf das Ziel der fiskalischen Kasseneinheit im Ordensstaat erblickt. Dadurch erklärt sich manches anders, als ich es dort getan habe; meine Gesamtaufassung von der Finanzverwaltung des Ordensstaates wird aber nur bestätigt.

² Der Herr Verfasser gründet auf sie seine Berechnung der Bevölkerung Lübecks im Mittelalter. Er rechnet für die Jahre 1460—1503 eine Durchschnittsziffer von 23 000 Einwohnern heraus, ein sehr plausibles Resultat, das mit den Berechnungen Reiskners (Die Einwohnerzahl deutscher Städte mit besonderer Berücksichtigung Lübecks. Jena 1902) im wesentlichen übereinstimmt.

seit der Mitte des 13. Jahrh. durch Selbsteinschätzung ohne jede Deklaration. Die Steuerpflichtigen erschienen vor dem Steuereinnahmer und warfen ihr Geld in die Schoßkiste. Die Schoßherren überließen also den schwierigsten Teil der Schoßveranlagung, die Ermittlung der individuellen Steuerbeträge, den Bürgern selbst, denen ja der Steuerfuß aus der Bursprafe bekannt war. Dieses ganze Verfahren, auf Vertrauen gegründet, war, wie ersichtlich, nur in der kleinen mittelalterlichen Stadt möglich, wo das Gemeinwesen nur geringen Umfang hatte, einer den andern kannte, der Gemeinfinn entwickelt war. Es kommt dazu, daß Lübeck die Stadt des Kaufmanns war, der die Erkundung seiner Vermögensverhältnisse damals ebensowenig liebte wie heute. Trotz alledem wurde selbst hier seit dem 15. Jahrh. allmählich die öffentliche Erlegung des Schoßes eingeführt, im 16. Jahrh. kamen auch allgemeine direkte Deklarationen und behördliche Taxationen in Aufnahme, und nur in Bremen ist die alte heimliche Selbsteinschätzung bis nach 1870 in Kraft geblieben. — Im Anschluß an diese Ausführungen geben die Abschnitte 14—17 (S. 156—191) Einzelheiten aus der Praxis der Erhebung der Steuern. — Abschnitt 18: der Ertrag des Schoßes (S. 192—205) enthält tabellarische Übersichten über die Schoßerträge von 1306—1506 (mit Unterbrechungen), über das Verhältnis des offenen zum heimlichen und zum gesamten Schoß (seit 1459) und über die Höhe der einzelnen Steuersummen mit allen dabei notwendigen finanzstatistischen Erörterungen, um abschließend im 19. Abschnitt (S. 206—212) die Stellung des Schoßes im Lübeckischen Staatshaushalt zu betrachten — für den Historiker wohl das interessanteste Kapitel. Die Haupteinnahmequellen der Stadt am Anfang ihrer Entwicklung waren das städtische Grundeigentum (Verkauf desselben, Wurtzins, Pachten) und der Zoll. Dazu traten die Regalien, das Wein-, Gerichts-, Münz- und Mühlenregal, die Gebühren aller Art, die Erträge aus eignen Unternehmungen und endlich der Schoß. Bis in die Mitte des 15. Jahrh. war er die einzige Steuer, da Lübeck indirekte Steuern nicht kannte, und lieferte bedeutende Erträge. Seitdem ging er zurück und wurde durch andere Einnahmequellen in den Hintergrund gedrängt. —

Ich stehe nicht an, die Arbeit für eine der gründlichsten Detailstudien zur Geschichte der städtischen Finanzverwaltung zu erklären, die wir in den letzten Jahren erhalten haben, wenn sie auch an Paul Sanders bekanntes Buch über Nürnberg wegen ihrer stofflichen und zeitlichen Beschränkung nicht heranreicht. Sie regt zu allgemeinen Betrachtungen an und gibt Gelegenheit zu vergleichenden Beobachtungen. So kann man jetzt mit Leichtigkeit die Rückwirkung der großen Geschichte Lübecks auf seine Finanzen verfolgen (vgl. schon jetzt bei Hartwig, S. 113—117: Schoßfuß und politische Geschichte). Das Verhältnis der Kirche zur städtischen Finanzverwaltung und die Änderung, welche die Reformation in diesem Verhältnis veranlaßt hat, reizt gleichfalls zu umfassenderen Nachforschungen, die man wohl an Max Webers tiefdringende und gedankenreiche Abhandlungen über „die protestantische Ethik und den Geist des Kapitalismus“ anknüpfen möchte. Endlich gibt sie Anlaß zu interessanten Vergleichen zwischen der allgemeinen Ver-

waltung der mittelalterlichen Stadt und des Territorialstaates, und ich bezweifle, ob der Herr Verfasser auch dann noch die mittelalterliche Stadt den Mikrokosmos des modernen Staates (S. 1) genannt hätte, wenn er diesem Vergleich nachgegangen wäre. Die Technik ihrer Verwaltung im einzelnen mag moderner anmuten, in der Gesamtorganisation derselben ist ihr der Territorialstaat voraus (vgl. unsere Anmerkung oben S. 393).

Aber auch so ist es ein hohes Lob für eine Untersuchung von dieser Art, wenn man von ihr sagen darf, daß sie nicht in Mikrologie ausgeartet, sondern zu höheren Gesichtspunkten fortgeschritten sei und sie anrege.

Gießen, im Oktober 1905.

Albert Klein.

Helfferich, Karl: Das Geld im russisch-japanischen Kriege. Berlin 1906, Mittler & Sohn. IX und 240 S.

Das H.'sche Buch ist dem Nachweis gewidmet, daß Gold schwerer sei als Eisen und daß es Rußlands überlegene finanzielle Rüstung gewesen sei, die ihm trotz stetiger Mißerfolge auf dem Kriegsschauplatz zuguterletzt doch einen günstigen Frieden verschafft habe. . . Der Nachweis der finanziellen Überlegenheit Rußlands über Japan wird von H. auch tatsächlich sehr klar und eindringlich vor die Augen geführt: Die Kriegsausgaben Japans waren nur etwas geringer als die Rußlands; im Verhältnis zum ordentlichen Budget, das bei Japan etwa sechsmal (in Wirklichkeit, unter Ausschluß der Monopolkosten und der Kosten der staatlichen Eisenbahnen, nur viermal) niedriger war als bei Rußland, stellten sie für das erstere Land eine sehr schwere Belastung dar. Man könnte nun freilich bemerken, daß die japanische Staatsschuld vor dem Kriege, wie dies auch aus einer Gegenüberstellung bei H. (S. 236) zu ersehen ist, geringfügig war im Verhältnis zur russischen (1170 gegen 14 350 Millionen Mark), und daß selbst nach dem Kriege die gesamte Belastung auf den Kopf der Bevölkerung geringer geblieben ist, bei einem freilich um $\frac{1}{3}$ — $\frac{1}{4}$ geringeren Ertrage der reinen Steuereinnahme (Rußlands Staatsschuld von 17 118 Millionen Mark auf 140 Millionen Bevölkerung ergibt einen Kopfanteil von 122 Mark, Japans Schuld von 3846 Millionen, auf eine Bevölkerung von 50 Millionen verteilt, einen solchen von 77 Mark). Wichtig aber ist, daß eine Fortdauer des Krieges Japan finanziell schwerer getroffen hätte als Rußland, wenn man auch von der H.'schen Darstellung den Eindruck gewinnt, daß er die finanzielle Leistungsfähigkeit des heutigen Rußland doch zu günstig beurteilt. H. verwahrt sich freilich selbst sehr energisch gegen Vorwürfe, die ihm in dieser Beziehung (auf seine in der Marine-Rundschau Oktober und Dezember 1904 erschienenen Aufsätze) gemacht worden sind, und man wird auch sagen müssen, daß ihm die Widerlegung einiger vulgär russenfeindlichen Vorstellungen sehr gut gelungen ist, so vor allem der (freilich von keinem ernsthaft zu nehmenden Wirtschaftspolitiker verfolgten) Meinung, welche das Vorhandensein des sog. „freien Barbestandes“ des russischen Staatsschatzes überhaupt bezweifelte, sowie der Vorstellung, daß der stete Überschuß im ordentlichen Etat Rußlands im Laufe der letzten 10—12 Jahre nur ein erdachter ge-

wesen sei. H. rühmt Rußland nach, daß es mit einer Strenge wie kein anderer Staat den Grundsatz durchzuführen gesucht habe, daß auf den außerordentlichen Etat nur solche Ausgaben gebracht werden, die der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes dienlich seien (darunter sind in der Hauptsache die Kosten für den Neubau der — nebenbei bemerkt, auf lange Zeit hinaus ertraglosen — asiatischen und nordrussischen Eisenbahnen gemeint). Namentlich im Verhältnis zur Rechnungsführung im Deutschen Reiche, wo sogar Fehlbeträge vorhergehender Jahre auf den außerordentlichen Etat gesetzt wurden, schneide Rußland nicht ungünstig ab . . . Man kann offen zugeben, daß die Rechnungsführung in der Budgetaufstellung im Deutschen Reiche weniger den finanzwissenschaftlichen Grundsätzen entspricht als dies in Rußland der Fall ist. Aber H. hätte dann auch, der Gerechtigkeit halber, gleich zeigen müssen, um wie viel geringer die Verschuldung des Deutschen Reiches ist und eine um wie viel geringere Last an indirekten Steuern das deutsche Volk zu tragen hat: würden in Deutschland ebenso hohe Branntwein-, Tabak-, Bier- und Zuckersteuern erhoben wie in Rußland, so könnte Deutschland mit Leichtigkeit 600—700 Millionen Mark mehr an Steuern vereinnahmen als heute . . . H. rühmt ferner an den russischen Finanzen, daß seit 1901 sogar die Aufwendungen für die Vermehrung des rollenden Materials der Staatsbahnen auf den ordentlichen Etat gebracht, desgleichen bereits seit 1895 Ausgaben für Steigerung und Verbesserung der Betriebsfähigkeit der Bahnen, welche Ausgaben doch als neue Kapitalinvestitionen aufzufassen wären. Hier ist der Punkt, wo die wegwerfenden Bemerkungen H.s über Schriftsteller, die eine andere Auffassung vertreten (gemeint sind die Darstellungen Mohrbachs, die auf den Aufsätzen von Butmi und Scharapow fußen, sowie Ausführungen bei Lehmann-Parvus) wenig angebracht sind. Tatsache ist doch, daß während der großen Eisenbahnverstaatlichungsära die meisten Privateisenbahnen dem Staate in einem geradezu jammervollen Zustande (mit einem gänzlich veralteten rollenden Material, zum Teil verfaulten Schwellen, verbrauchten Schienen) übergeben wurden, und daß große Aufwendungen zur „Verbesserung und Ergänzung“ notwendig waren, um die betreffenden Bahnen überhaupt in einem betriebsfähigen Zustande zu erhalten. Faßt man also diese Art Ausgaben als neue Kapitalinvestition auf, dann müßte vorher unbedingt der Übernahmewert der Privatbahnen entsprechend herabgesetzt werden, was aber nicht geschehen ist. H. gibt übrigens selbst an einer Stelle (S. 40) zu, daß es strittig sein könne, wieweit diese Art Ausgaben als Betriebsausgaben oder als neue Kapitalanlagen anzusprechen wären, fügt aber gleich im folgenden Satz hinzu, daß Ausgaben für Vermehrung und Verbesserung des rollenden Materials offensichtlich als neue Kapitalanlagen anzusehen seien. Nun, offensichtlich ist dies doch nicht; H. hätte sich doch sagen müssen, daß ein beträchtlicher Teil des rollenden Materials jährlich ersetzt werden muß. Im preussischen Eisenbahnetat gibt es bekanntlich einen Posten im Ordinarium für den Ersatz des rollenden Eisenbahnmaterials, der Schienen usw., einen anderen im Extraordinarium für Neubeschaffungen, die als neue Kapitalinvestitionen aufzufassen sind. Sieht man von diesem strittigen Punkte ab, dann läßt sich freilich

zeigen, daß die russischen Staatsbahnen nicht unbeträchtliche Betriebsüberschüsse ergeben. H. zitiert nach Wittschewsky¹, daß diese Betriebsüberschüsse von 1892 bis 1901 von 24,2 auf 109,3 Millionen Rubel gestiegen sind. Er hätte hinzufügen können, daß dieses Anwachsen der fortschreitenden Verstaatlichung zuzuschreiben ist und der verhältnismäßige Überschuß nicht gestiegen, sondern gesunken ist. Unerwähnt läßt H. auch, daß selbst der Rußland so freundlich gesinnte Wittschewsky (a. a. O.) sogar bei Außerachtlassung der Ausgaben für „Vermehrung und Verbesserung“ des Eisenbahnmaterials für 1901 ein Eisenbahndefizit von 35 Millionen Rubeln herausrechnet, sobald man nämlich die Verzinsung der Eisenbahnanleihen mit in die Rechnung hineinbezieht. Das heißt also, daß die russischen Staatsbahnen 1901 anstatt einer Verzinsung von 4% des investierten Kapitals höchstens eine solche von 3% ergeben haben. Stellt man aber auch nur die Hälfte der im Jahre 1901 auf über 80 Millionen Rubel gestiegenen Ausgaben für „Verbesserung und Verstärkung“ des Eisenbahnmaterials als laufende Betriebsausgaben ein, so sinkt die Verzinsung sofort unter 2%. Und dies vor der Eröffnung der Mandschureibahn, die laut Voranschlag 9 Millionen Rubel an halbjährigem Betriebsfehlbetrag bringen sollte. In den Kriegsjahren 1904 und 1905 dürften freilich auch die asiatischen Bahnen Betriebsüberschüsse ergeben haben, sofern man nämlich die Truppentransporte zu gewöhnlichem Tarif verrechnen würde. Aber dafür waren eine Menge von „Verstärkungen und Verbesserungen“ erforderlich, die in Friedenszeiten nicht gemacht worden wären . . .

Ähnlich fraglich wie bei der Besprechung des russischen Eisenbahnbudgets erweist sich die H.'sche Argumentation bei dem Hinweis (S. 49), daß die ungünstige Lage des russischen Bauernstandes in ganz anderen Verhältnissen ihre Wurzel habe als in der russischen Finanzpolitik und daß die letztere in einer Entlastung des russischen Bauernstandes sehr weit gegangen sei. Es sei eine Mythe, daß die Erfolge der russischen Finanzpolitik durch Ausfagung des Bauernstandes erzielt worden wären . . . H. weiß wahrscheinlich nicht, daß er mit diesen Thesen nicht etwa nur die Behauptungen ungenügend informierter deutscher Sensationsblätter bekämpft, sondern zugleich die communis opinio der russischen unabhängigen Fachliteratur. Ja nicht nur das: die Meinung, daß der Bauer trotz aller (von H. so gerühmten) Steuererlässe der 80er Jahre noch immer furchtbar überbürdet ist, vertreten sogar diejenigen höchsten russischen Staatsmänner, die überhaupt sich mit den russischen Agrarverhältnissen befaßt haben. So hat im November 1903 in einer Kommissionsitzung der Geheimrat Schwanebach (nachheriger Verweser des Landwirtschaftsministeriums) ausführlich dargelegt, wie in den zentralen neun Gouvernements die bäuerlichen Steuern im Jahrzehnt 1891 bis 1900 — also nach den Steuernachlässen — noch immer nominell 480 Millionen Rubel ausgemacht hätten, von denen aber nur 407 Millionen beigetrieben werden konnten. Durch das überaus strenge Beitreiben der Steuern

¹ Archiv für Eisenbahnwesen 1904, III.

waren aber die Bauern so herabgekommen, daß sie in den Jahren des Mißwachses im buchstäblichsten Sinne des Wortes verhungert wären, wenn nicht die Regierung ihnen für Nahrungsmittel und Sämereien 204 Millionen Rubel bewilligt hätte . . . Also, meint Schwanebach, wäre es wohl vernünftiger gewesen, für 200 Millionen Steuern gar nicht erst beizutreiben; denn dieses Beitreiben geschah in den reichen Erntejahren, in denen das Getreide billig war, die Bauern hatten da bedeutend mehr Getreide verkaufen müssen, als sie in den Mißjahren wiedererhielten¹. Daß die Ablösungszahlungen von den Bauern nicht zu erschwingen sind, hat übrigens die russische Regierung jetzt selbst anerkannt, indem sie jene für 1906 zur Hälfte, für 1907 ganz erlassen hat (es ist ziemlich unwahrscheinlich, daß sie je wieder erhoben werden). H. wird vielleicht einwenden, daß die Gesamtsumme der Ablösungszahlungen, die nur 80—90 Millionen Rubel ausmacht, doch im russischen Staatsbudget eine zu winzige Rolle spielt. Das scheint allerdings so, — aber nur für den, der die näheren Zusammenhänge nicht kennt. Wären diese Zahlungen nicht vorhanden gewesen, so hätte der russische Bauer nicht aus Not Land hinzupachten und Getreide zu Schleuderpreisen auf den Markt werfen müssen, es wäre nicht die in der ganzen Welt völlig einzigartige Erscheinung eingetreten, daß bei gleichbleibenden oder sogar sinkenden Getreidepreisen auch in den bereits längst durch Eisenbahnen erschlossenen Gebieten ein stetiger Hochgang der Landpreise und der Pachten zu erreichen gewesen wäre . . . Außerdem bedeuten 80 bis 90 Millionen Rubel auf der Farm in Wirklichkeit $\frac{1}{3}$ — $\frac{1}{2}$ des gesamten russischen Getreideexportes, auf dem sich der russische Außenhandel im wesentlichen aufbaut. Also unmittelbar und mittelbar ist es doch der russische Bauer gewesen, der das ganze Schwergewicht des so riesig angeschwollenen russischen Budgets zu tragen gehabt hat. Die russische Industrie führt fast nichts aus (von Naphta allenfalls abgesehen). An einer Stelle scheint H. den richtigen Zusammenhang zu ahnen, indem er sagt, daß bei Aufhebung der Leibeigenschaft die Bauern zu wenig Land erhalten hätten (S. 50). Unverständlich ist nur, daß er nicht die doch so naheliegende Folgerung gezogen hat, daß es auf daselbe herauskommt, ob man zu wenig hat oder für das wenige zu viel zu zahlen hat.

Alles in allem: Das H.sche Buch ist eine ausgezeichnete Wiedergabe der russischen offiziellen und offiziellen Darstellungen; es entbehrt sicher auch nicht des eigenen, selbständigen sachmännischen Urteils, soweit es der gekulte westeuropäische Finanztheoretiker haben kann; es versagt aber doch wohl da, wo es auf eine genauere, durch längeren Aufenthalt im Lande und durch genaueste Verfolgung der ganzen volkswirtschaftlichen Literatur in russischer Sprache erworbene nähere Kenntnis der Zusammenhänge der russischen Volkswirtschaft ankommt.

Carl Ballod.

¹ Ausführlicher Bericht im Westnick Finanzow (Finanzboten), Nov. 1903.

Migulin, P. P. (Professor an der Universität Charkow): *Der Krieg und unsere Finanzen.* Charkow 1905. X und 215 S. (Russisch.)

M. ist Verfasser eines sechsbändigen Werkes, das die Entwicklung des russischen Finanz-, Eisenbahn- und Bankwesens behandelt und kann zurzeit neben dem Petersburger Professor Chodskij wohl als der beste Kenner des russischen Finanzwesens angesprochen werden, und dies um so mehr, als M. umfassende Archivistudien gemacht, zu denen ihm der jetzige russische Ministerpräsident Graf Witte die Genehmigung verschafft hat. M. ist entschiedener Anhänger der russischen Weltpolitik, d. h. russischer Imperialist, er ist zugleich felsenfest von der großen Entwicklungsfähigkeit der Produktivkräfte Rußlands und überhaupt der gesunden Grundlage der russischen Finanzen überzeugt. . . . Aber wohlgemerkt: nicht bei dem bisherigen Gebaren der russischen Regierung, sondern unter der Voraussetzung von Reformen größten Stils: dadurch unterscheidet sich M. in markanter Weise von Helfferich. M. klagt zunächst bitter darüber, daß die jetzige russische Regierung zu Beginn des russisch-japanischen Krieges sich wohl bei Bankiers Rats erholt, es dagegen, ganz ungleich der Regierung Alexanders II. zu Beginn des Türkienkrieges 1877/78, völlig verabsäumt habe, von unabhängigen Männern der Wissenschaft Gutachten einzufordern. Dadurch sei es gekommen, daß eine ganze Reihe verfehlter finanz- und steuerpolitischer Maßnahmen getroffen worden wären, die die Staatsfinanzen schwer geschädigt hätten. Schon der Zinsfuß der ersten, in Paris aufgenommenen Anleihe wäre ein ungerechtfertigt hoher gewesen, da er 7% betragen habe. Die Regierung hätte, so meint M., anders verfahren sollen, sie hätte nach dem Vorbild Englands zur Zeit des Burenkrieges nur kurzfristige Anleihen bzw. Schatzwechsel zu einem wenn auch erhöhten Zinsfuß aufnehmen sollen, die sie dann später, nach Beendigung des Krieges, leicht zu einem günstigen Zinsfuß hätte ablösen können. Ob nach einem verlorenen Kriege die kurzfristigen Wechsel günstiger hätten untergebracht werden können, ist freilich die Frage. Daneben aber wäre es geboten gewesen, den Eisenbahnbau nicht, wie sie es wirklich getan, zu beschränken, sondern im Gegenteil denselben stark auszuweiten und zu dem Zwecke Anleihen im Betrage von 300 bis 500 Millionen Rubel im Auslande abzuschließen. M. ist der Überzeugung, daß diese Anleihen, wenn die Regierung das feierliche Versprechen gegeben hätte, daß sie zu keinem anderen als lediglich zu einem produktiven Zwecke verwendet werden würden, zu einem sehr günstigen Zinsfuß resp. Kurs hätten realisiert werden können. Neben dem Eisenbahnbau wären im größten Maßstabe Chausseen zu bauen; die dazu verwendeten Gelder würden vollkommen der Bevölkerung zugute kommen. Mit Hilfe einer solchen produktiven Verwendung auswärtiger Anleihen im Inlande, meint M., wäre es gelungen, die Staatseinnahmen aus indirekten Steuern, Branntwein, Zöllen usw. nahezu um den Betrag dieser Anleihen zu erhöhen; denn die Bevölkerung hätte doch sofort die erarbeiteten Gelder in Waren umgesetzt. . . . Auch hätte man mit Bewässerungsanlagen großen Stils in der südsibirischen Steppe, vor allem aber in Zentralasien vorgehen können. Bei dem faktischen Baumwollenerwerb der

letzten Jahre würden europäische Kapitalisten solche Darlehen, die zur künstlichen Bewässerung zwecks Ausdehnung der Baumwollkulturen in Zentralasien bestimmt worden wären, als eine durchaus gesicherte Kapitalanlage angesehen und zu einem günstigen Zinsfuß verschafft haben . . . Sodann, meint M., wären die Goldmünzen von 5 und 10 Rubeln aus dem Verkehr zu ziehen gewesen; an ihrer Stelle hätten Papiernoten und in beschränkter Anzahl 15-Rubelstücke herausgegeben werden sollen. Auf diese Art hätte die Regierung in unauffälliger Weise, ohne die Goldwährung zu gefährden, ihre Ressourcen um 500—600 Millionen Rubel vermehren können. Auch die 150 Millionen im Umlaufe befindlicher vollwertiger Silbermünzen hätten aus dem Verkehr gezogen und durch Papier ersetzt, das Silber aber verkauft werden können. M. weist darauf hin, daß in den Jahren 1896—1903 im ganzen für 587 Millionen Rubel kleine Scheine zu 1, 3, 5 und 10 Rubeln aus dem Verkehr gezogen und durch Goldmünzen ersetzt seien. Diese Scheine könnten bequem wieder emittiert werden, einfach weil der Verkehr kleinere Geldzeichen brauche. Weiter plädiert M. für die Errichtung einer zentralen Landbank und einer Industriebank; die erstere müßte den Zweck haben, den gesamten Getreidehandel zu zentralisieren, Standardtypen aufzustellen und dem Landwirt günstigere Verkaufsbedingungen zu verschaffen. Bezüglich der zukünftigen finanziellen Entwicklung bzw. Gelbbeschaffung für den durch die Kriegsanleihen gestiegenen Dienst der Staatsschuld verweist M. auf eine Reihe von Steuererhöhungen, die aber zum Teil recht problematischer Natur sind. Zunächst rät M. zu einer starken Steuererhöhung auf Auslandspässe, um den Abfluß von Geld ins Ausland, der durch die zahlreichen Auslandsreisen von Russen zu verzeichnen ist, einzudämmen. Dieses Projekt hat fast in der ganzen russischen Presse eine schroffe Zurückweisung erfahren. (Eine gewisse Erhöhung der Gebühren für Auslandspässe, von etwa 15 auf 20 Rubel für je 6 Monate, ist bereits zu Anfang des Krieges vorgenommen worden.) Von der Einführung einer Einkommensteuer erwartet M. nicht viel; er schätzt ihren Ertrag (jedemfalls viel zu niedrig) auf nur 10 Millionen Rubel. Dagegen ist zu bemerken, daß Prof. Chodsky den Ertrag einer recht mäßigen Einkommensteuer von $2\frac{1}{2}\%$ bereits für 1894 zu ca. 35 Millionen Rubeln veranschlagt hat. M. betont, daß Rußland bereits eine sehr hohe (etwa von fünffacher Höhe der deutschen) Gewerbesteuer hätte, die 68 Millionen einbringe, und daß diese Steuer nach Einführung einer Einkommensteuer zurückgehen könnte. Daneben hält aber M. eine recht beträchtliche Erhöhung der Erbschaftsteuer für sehr wohl angänglich; die letztere beträgt heute 1% (bei direktem Erbübergange von Eltern zu Kindern) bis 8%, dabei zahlt der Adel für ländliche Liegenschaften bei direkter Vererbung keine Steuer. Auch einer Erhöhung der Umsatzsteuer beim Besitzwechsel redet M. das Wort, betont aber zugleich, daß diese Steuer für kleinere Objekte schon heute mit ihren 4% zu hoch sei und erniedrigt werden müßte, dafür müßten größere Objekte schärfer getroffen werden. Ob aber eine Erhöhung der Besitzwechselsteuer über 4% hinaus für größere Objekte durchführbar ist ohne empfindliche Beeinträchtigung des Besitzwechsels, ist mindestens fraglich. Man wird aber M. allenfalls beistimmen können,

wenn er die mögliche Mehreinnahme aus einer Erhöhung der Erbschafts- und Besitzwechselsteuer auf 15 Millionen Rubel veranschlagt. Alsdann erwartet M. noch von einer Erhöhung der Tabaksteuer 5 und von einer Erhöhung der Gewerbesteuer 5 Millionen Rubel Mehreinnahmen. Damit ist aber die Reihe der rationellen Steuererhöhungen, die M. vorschlägt, erschöpft. Denn eine Steuer auf denaturierten Spiritus, die 10 Millionen Rubel einbringen soll, wie es M. hofft, ist ein Unding; ein derart besteuert denaturierter Spiritus wird ganz unmöglich mit Petroleum und Benzin konkurrieren können. Desgleichen ist die erhoffte Mehreinnahme von 10 Millionen Rubel als Steuer auf ausgeführtes Petroleum recht problematisch, nicht minder ein Mehreingang von 10 Millionen aus einer Erhöhung der Personentarife. Eine Erhöhung der Personentarife hat bereits zu Anfang des Krieges stattgefunden; es wurde über dieselbe überall bittere Klage geführt. Sehr geklagt wird von den russischen Landwirten über die (relative) Höhe der russischen Getreidefrachten, welche dem Produzenten nur einen sehr geringen Verdienst übrig lasse, — da wird eher eine künftige russische Reichsduma eine Herabsetzung fordern. Alles in allem berechnet M. theoretisch den Ertrag der von ihm vorgeschlagenen Steuererhöhung auf 65 Millionen Rubel, welche Summe gerade dem Mehraufwand für den angewachsenen Zinsendienst entsprechen würde. Schließlich fordert M., ähnlich wie fast alle Semstwoleute, die Einführung des allgemeinen, obligatorischen Schulunterrichts, weil nur auf diese Weise eine schnelle Ausnutzung der Produktivkräfte Rußlands zu erwarten sei. M. schätzt den zu diesem Zwecke erforderlichen Aufwand auf ca. 100 Millionen Rubel jährlich. Er verrät aber nicht, wo diese Summe herkommen soll . . . Denn es ist etwas zu optimistisch gedacht, wenn er einfach meint, ein Mehraufwand von 100 Millionen für Schulen würde sich alsbald in einer fast ebenso hohen Mehreinnahme von bereits bestehenden Steuern umsetzen . . . In der Tat liegt doch das Problem erheblich schwieriger. Als weiteres erschwerendes Moment für die russischen Finanzen kommt hinzu die von der Regierung bereits beschlossene Herabsetzung bez. (für 1907) Aufhebung der Ablösungszahlungen, die auf 76 Millionen Rubel veranschlagt waren. Für die notorisch sehr schlecht bezahlten Eisenbahnbediensteten ist von der Regierung bereits eine Jahreszulage von 15 Millionen Rubel bewilligt worden, ebensoviel für die Post- und Telegraphenbeamten; auch das Heer soll eine Zulage von 21 Millionen, die Polizei eine solche von 19 Millionen Rubeln erhalten. Es ist jedoch sicher, daß man damit nicht auskommen wird, sondern eine beträchtliche weitere Erhöhung wird bewilligen müssen. Kurzum, die russischen Staatsmänner müssen mit einer Erhöhung der Ausgaben für Schulzinsen, Schulen, Eisenbahnen usw. im Betrage von vielleicht 250 Millionen Rubeln, dabei aber zugleich zunächst auf Steuerausfälle (Ablösungszahlungen) rechnen, die die etwaigen Steuererhöhungen paralysieren könnten. Der Optimismus eines Witte scheint ja allerdings unverwundlich zu sein . . . Ohne die Einführung einer ganzen Anzahl von Staatsmonopolen (z. B. auf Zucker, Tabak, Naphtha) resp. ohne eine gewisse, wenn auch mäßige Zinsreduktion bezw. Erhöhung der bestehenden und Einführung einer Couponsteuer

für die bis jetzt steuerfreien Schuldtitel wird es kaum noch gehen . . . Zugleich ist die energischste Inangriffnahme von landwirtschaftlichen usw. Meliorationen zwecks Entwicklung der Produktivkräfte des Landes unumgänglich notwendig. Hierzu aber dürften freilich neue Männer, unter denen auch Migulin unzweifelhaft eine Rolle spielen wird, berufen werden müssen . . .

E. Ballod.

Meyer, Hermann: Die Einkommensteuerprojekte in Frankreich bis 1887. Berlin 1905, Carl Heymanns Verlag.

In Frankreich haben die direkten Steuern bisher noch wenig Boden gewonnen, namentlich sind alle Versuche zur Einführung einer Einkommensteuer vergeblich gewesen. Mehr als drei Viertel der gesamten Steuereinnahmen von rund 3,5 Milliarden Frs. fließen aus indirekten Verbrauchssteuern und Zöllen sowie dem in Frankreich sehr mannigfach ausgestalteten System von gebührenartigen Abgaben, während nur etwa 17% direkten Steuern entstammen.

Unter diesen hat, wie erwähnt, die Einkommensteuer keinen Platz. Die direkten Steuern bilden ein Ertragsteuersystem, in dem die Hauptglieder die Grundsteuer, die Personal- und Mobiliarsteuer, die Tür- und Fenstersteuer und die Patentsteuer darstellen, die ihre Entstehung und im wesentlichen auch ihre heutige Gestalt der Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts verdanken. Daneben besteht die durch Gesetz vom 29. Juni 1872 geschaffene Steuer auf die Erträge aus beweglichen Werten (*taxe sur le revenu des valeurs mobilières*), eigentlich eine Steuer auf Einkünfte aus dem Besitz aus Wertpapieren, die im Jahre 1902 einen Ertrag von 79,7 Millionen Frs. verzeichnete, endlich eine ganze Reihe von kleineren Abgaben, die sog. *taxes spéciales assimilées aux contributions directes*, in der Hauptsache Luxussteuern auf Pferde, Wagen, Velocipede, Automobile, Billards mit einem Gesamtertrage von 43,4 Millionen Frs.

Angeichts seiner inneren politischen Entwicklung, seiner großen, inneren, gegen die ungleichmäßige Verteilung des Besitzes gerichteten Kämpfe muß es wundernehmen, daß gerade in Frankreich die schwächsten Schultern relativ am schwersten an Steuerlasten zu tragen haben, daß gerade hier die Einkommensteuer, die eine Verteilung dieser Lasten nach der Leistungsfähigkeit ermöglicht und die, wenn auch nicht als einzige Steuerquelle, so doch zum mindesten als Korrektiv gegenüber den indirekten Steuern dienen kann, keinen Boden gefunden hat. Angeichts dessen kann eine Untersuchung, die hierauf Antwort gibt, indem sie die Einkommensteuerprojekte in Frankreich und die Gründe ihres Scheiterns von Anfang an verfolgt, Anspruch auf Beachtung erheben. In seiner Schrift hat der Verfasser die verschiedenen Anläufe zur Schaffung einer Einkommensteuer in Frankreich vom frühen Mittelalter an mit bemerkenswerter Sorgfalt zur Darstellung gebracht. Dadurch wird manches interessante Licht auf die Frage geworfen, weshalb trotz immer wiederholter Versuche, sie in das französische Steuersystem einzuführen, die Einkommensteuer in diesem noch immer nicht vertreten ist. Leider ist die Arbeit nur bis zum Jahre 1887 fortgeführt, die neueste Zeit also nicht mit

behandelt. Dies muß deshalb als ein Mangel empfunden werden, weil gerade vom Jahre 1887 ab die Einkommensteuerfrage in Frankreich in ein neues Stadium tritt. Während bis dahin die Regierung ihr zwar zeitweise sympathisch gegenübergestanden, die Kammer dagegen zu ihrer Einführung sich nicht hatte entschließen können, wurde am 10. Februar 1887 in der Deputiertenkammer ein Zusatz zum Finanzgesetz angenommen, durch welchen die Regierung zur Vorlegung eines Einkommensteuergesetzes entworfenem aufgefordert wurde. Weshalb nunmehr in den letzten zwei Jahrzehnten, trotzdem Regierung und Volksvertretung im Prinzip sich für ihre Schaffung ausgesprochen hatten, die Einkommensteuer der französischen Gesetzgebung noch immer fern geblieben ist, darauf bleibt die Arbeit die Antwort schuldig. Im Interesse der Vollständigkeit des Gesamtbildes wäre eine Fortführung der Untersuchung bis zur Gegenwart erwünscht gewesen.

In der Entwicklung der Bestrebungen auf Schaffung einer Einkommensteuer in Frankreich kann man zwei Hauptperioden unterscheiden, von denen die eine die Zeit bis zur Revolution am Schlusse des 18. Jahrhunderts, die zweite die Zeit nach derselben umfaßt. Das springende Unterscheidungsmoment der beiden Perioden ist, daß in der ersten die Steuer lediglich als eine Einnahmequelle betrachtet, und das Einkommen als eine steuertechnisch verhältnismäßig bequem erfassbare Bemessungsgrundlage angesehen wird, während in der zweiten das Hauptgewicht von ihren Anhängern darauf gelegt wird, daß mit ihrer Hilfe eine Verteilung der Steuerlast nach der Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen möglich wird.

Die Einkommensteuern der ersten Periode, namentlich in ihrer ursprünglichsten Form, haben mit unseren heutigen Einkommensteuern wenig Gemeinsames. Sie waren keine laufend erhobenen Abgaben, sondern Beihilfen, welche die Könige bei besonderen Gelegenheiten von ihren Untertanen erhoben. Solche Gelegenheiten waren in allererster Zeit der Ritterschlag eines Sohnes des Feudalherrn, die Vermählung einer Tochter oder in Fällen der Gefangenschaft der Herren die Notwendigkeit, ein Lösegeld zusammenzubringen. Allmählich, namentlich mit der Zunahme und der wachsenden Ausdehnung der Kriegszüge, vermehrten sich auch die Gelegenheiten, in denen diese Beihilfen, aides genannt, nötig wurden. Sie wuchsen sich allmählich zu Kriegsteuern aus, die nach dem Einkommen erhoben wurden. Die erste allgemeine Einkommensteuer dieser Art erhob im Jahre 1147 Ludwig VII. zur Deckung der Unkosten seines Kreuzzuges. Sie bestand anscheinend in 5 % vom Gesamteinkommen seiner Untertanen ohne Unterschied der Stände. Das Beispiel fand Nachahmung, und namentlich im 13. und 14. Jahrhundert wurden die aides vom Einkommen und Vermögen, die allmählich auch im einzelnen weiter ausgebaut wurden, zu einer öfter auftretenden Steuerform. Einen gewissen Höhepunkt der Entwicklung stellen die vom Könige Johann mit Zustimmung der Generalstände in den Jahren 1355 und 1356 angeordneten allgemeinen Steuern vom Einkommen dar, deren Ertrag ausschließlich zur Deckung der Kriegskosten verwendet werden durfte. Es wurde alles Einkommen von 5 Livres bis zu 100 Livres mit 5 % und

das Einkommen über 100 Livres mit 2 % Steuern belegt. Die Steuer erfaßte das Einkommen bei Nichtadligen bis zu 1000, bei Adligen bis zu 5000 Livres, das Einkommen jenseits dieses Maximums blieb steuerfrei. Mit der Einkommensteuer war außerdem eine Vermögenssteuer verbunden, insofern als von einem Mobiliarvermögen über 5 Livres 5 % an Steuer zu zahlen waren. Einkommen- wie Vermögenssteuer waren allgemein.

Mit den heutigen Grundsätzen hinsichtlich der Besteuerung des Einkommens stehen die vorgenannten Steuern geradezu im Widerspruch. Der Steuerfuß ist nicht der mit höherem Einkommen wachsenden Leistungsfähigkeit entsprechend progressiv gestaltet; infolge der Begrenzung der der Besteuerung unterliegenden Maximalsummen wirkt er im Gegenteil umgekehrt progressiv, d. h. der Anteil des Steuersatzes am Einkommen wächst, je niedriger dieser ist. Der höchsterhobene Steuersatz konnte 102 Livres betragen, d. h. bei einem Einkommen von 10 000 Livres 1,02 %, während er bei einem Einkommen von 100 Livres 4 Livres = 4 %, bei einem von 40 Livres 2 Livres = 5 % betrug. Ebenso kannten die Steuern keine Freilassung eines Existenzminimums oder die Berücksichtigung der Familienverhältnisse. Im Gegenteil wurden für jedes Kind über 15 Jahre noch 10 Solz zur Steuer hinzugerechnet.

Wie bereits erwähnt, waren die Einkommensteuern keine laufend erhobenen, sondern nur einmalige, außerordentliche Abgaben. Regelmäßige Steuern bildeten sich erst im Laufe des 15. Jahrhunderts mit der Schaffung der stehenden Heere aus. Hier erlangten zunächst die indirekten Steuern, namentlich Salzsteuer, Steuern auf Wein und andere Getränke die Hauptbedeutung. Einkommensteuerprojekte tauchten zwar gleichfalls auf, sie fanden auch in der Steuer eines „Zehnten“ (*dixième*) im Jahre 1710 und eines „Zwanzigsten“ (*vingtième*), der zuerst 1719 eingeführt wurde, eine gewisse Verwirklichung, es waren aber Steuern, die mit den Grundprinzipien der Einkommensteuer wenig gemein hatten, und die mit der Revolution zu Grunde gingen. Diese bildet den Ausgangspunkt der modernen Steuergeschichte Frankreichs, den Beginn der vorher gekennzeichneten zweiten Periode.

Das Jahrzehnt der französischen Revolution stellt eine der wichtigsten Epochen in der Geschichte der Einkommensteuerprojekte in Frankreich dar. Abgesehen davon, daß in ihr die Steuer auf eine vollständig neue Basis gestellt wurde, gibt sie den Schlüssel für die Erkenntnis, weshalb in Frankreich bei den gesetzgebenden Körperschaften eine so tief gewurzelte Abneigung gegen die Einkommensteuer bestand, daß ein Jahrhundert hindurch alle Bestrebungen, die auf ihre Schaffung hinzielten, scheiterten, während sie bei vielen anderen Staaten ihren Einzug in das Steuersystem hielt. Während der Revolution, unter der Herrschaft des Nationalkonvents und des Direktoriums wurde die Einkommensteuer zum Instrument, um den Besitzenden ihr Vermögen oder große Teile desselben zu nehmen. Durch die Verzerrung des an sich richtigen Prinzips der Progression bis zur Einkommens- und Vermögenskonfiskation wurde die Steuer zu einem Erpressungsmittel und dadurch für die Zukunft mit einem kommunistischen Odium belastet, das ihr in Frankreich bis in die

Gegenwart anhaften geblieben ist und erheblich dazu beigetragen hat, ihre Einführung zu verhindern.

Die erste Einkommensteuer, die wegen der Grundsätze, auf denen sie aufgebaut war, auch schon eher den Namen einer solchen verdient, wurde von der konstituierenden Nationalversammlung geschaffen. Diese erblickte ihre Aufgabe bei der Neuordnung des Steuersystems darin, dieses unter Beseitigung aller Privilegien in Steuersachen auf den Prinzipien der Allgemeinheit und Gleichmäßigkeit aufzubauen und den einzelnen seiner Leistungsfähigkeit entsprechend heranzuziehen. Als die zweckmäßigste Grundlage zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit wurde das Einkommen angesehen und infolgedessen eine Einkommensteuer geschaffen, die zwei Quellen des Einkommens, das unbewegliche und das bewegliche unterschied, und dementsprechend in eine Grundsteuer und in eine Besteuerung alles übrigen Einkommens, die Mobiliarsteuer, zerfiel. Beide Steuern zusammen bildeten ein Ganzes, das man in seiner Wirkung mit einer allgemeinen Einkommensteuer vergleichen darf, wenngleich nicht außer acht zu lassen ist, daß das eine Glied, die Grundsteuer, eine Ertragsteuer darstellt, und als solche nach der heutigen Auffassung von der Einkommensteuer nicht in diese hineingehört. Die Mobiliarsteuer war eine Repartitionssteuer, die auf 60 Millionen Livres kontingentiert war und aus 5 verschiedenen Steuerarten bestand. Unter diesen verdient die quote mobilière von 5 % des nach der Miete geschätzten Einkommens die meiste Beachtung, da sie den heutigen Einkommensteuergesetzen am nächsten kommt. Ihr unterfielen die Einkünfte aus der Industrie, dem Mobiliarvermögen und den öffentlichen und privaten Gehältern. Um das Einkommen zu ermitteln, wurden ihr weder Deklaration noch obrigkeitliche Einschätzung, sondern die gezahlte Miete zu Grunde gelegt, und das Einkommen durch Multiplikation der Miete mit einer progressiven Skala ermittelt. Von dem so ermittelten Einkommen wurden 5 % für Staatszwecke erhoben, während bei der Grundsteuer 16²/₃ % vom Reineinkommen gefordert wurde. Der niedrigere Satz bei der Mobiliarsteuer wurde mit dem Hinweis begründet, daß das mobile Einkommen wesentlich verschieden sei von dem Einkommen aus Immobilienbesitz, und daß für seine Höhe hauptsächlich maßgebend die Intelligenz, die Arbeitstüchtigkeit, die Sorgen und Mühen des Besitzers wären, welche den Ertrag des Kapitals stets unsicher machen, während der Grundeigentümer sein Einkommen bei sich zu Hause ohne große Mühe beziehen könne. Es war also hier schon eine Tendenz zur Unterscheidung zwischen fundiertem und unfundiertem Einkommen vorhanden. Dagegen fehlte noch der progressive Steuerfuß; man glaubte damals eine Besteuerung der Leistungsfähigkeit schon durch eine proportionale Besteuerung des Einkommens zu erreichen. Ebenso fehlte die Freilassung eines Existenzminimums, da Steuerbefreiungen als entwürdigend für einen freien Staatsbürger angesehen wurden, wie sich in folgenden Worten Robespierres in der Assemblée Constituante interessant widerpiegelt: „Wenn Sie in einem Gesetz bestimmen, daß die untersten Schichten des Volkes von der ehrenvollen Pflicht, zu dem Bedürfnis des Vaterlandes beizusteuern, befreit sein sollen, so dekretieren Sie die Aristokratie des Reichthums, und

alsdann muß sich eine Klasse von Heloten bilden, und die Gleichheit und Freiheit für immer verschwinden.“

Diese von der Nationalversammlung geschaffenen Steuern hatten nicht das finanzielle Ergebnis, das man von ihnen erwartete, es fehlte das für die Erhebung der Grundsteuer erforderliche genaue Kataster, es fehlten die für die Schätzung und Einziehung der Mobiliarsteuer notwendigen Verwaltungsorganisationen. Immerhin aber war es eine Steuer, die sich in maßvollen Grenzen hielt, und die als Vorläufer späterer, weiter ausgebauter Einkommensteuern empfehlenswert erschien. Mit dem Fortschreiten der Revolution aber gelangte die Einkommensteuer in andere Bahnen, sie wurde, wie erwähnt, für die Schreckensherrschaft ein Mittel zur Begründung ihrer Zwangsanleihen, und diese sind zu einem großen Teile mit schuld daran, „daß die Franzosen bis heute noch einen gewissen Horror vor einer progressiven Einkommensteuer haben.“ Zunächst wurde mit dem System der Proportionalität gebrochen, und die Progression eingefügt. Dies war ein Fortschritt, solange sich die Progression in verständigen Grenzen hielt. Diese Grenzen wurden durch die Zwangsanleihe vom 3. September 1793 durchbrochen. Es wurde — wie es zuerst von Montesquieu angeregt worden war — zwischen notwendigem, reichlichem und überflüssigem Einkommen unterschieden. Das ziemlich niedrig normierte notwendige Einkommen war frei von der Anleihe, das reichliche Einkommen, das bis 9000 Livres bemessen wurde, war einer Besteuerung unterworfen, die progressiv von 10—50 % anstieg, alles höhere Einkommen wurde als überflüssig angesehen und einfach eingezogen. Die Ermittlung des Einkommens fand durch Deklarationen statt, die durch eine Prüfungskommission nachgeprüft wurden. Dieser Zwangsanleihe, die mit einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer mit Deklarationszwang, Freilassung eines Existenzminimums usw. viel Ähnlichkeit hat, folgten in den Jahren 1795 und 1799 noch zwei weitere, auf ähnlichen Grundsätzen aufgebaute, die dazu beitrugen, die Abneigung gegen jede Einkommensteuer weiter zu vertiefen. Es kam hinzu, daß noch eine ganze Reihe ähnlicher Steuergesetze mehr lokaler Natur mit Gültigkeit für einzelne Städte und Provinzen geschaffen wurden.

Diese Tatsachen geben eine Erklärung, wenn nach der Revolution fast ein halbes Jahrhundert vergeht, ehe die Idee einer Einkommensteuer wieder auf der Tagesordnung erscheint. Unter dem Einfluß der Erfolge der im Jahre 1842 in England von Robert Peel wieder eingeführten income tax, vor allem unter dem Druck des Defizits im Staatshaushalt, das eine Vermehrung der Staatseinnahmen dringend erforderlich erscheinen ließ, fand auch die Einkommensteuer wieder Anhänger. Im Jahre 1848 legte die Regierung selbst der Nationalversammlung ein Projekt vor, das die in 5 Klassen genau bezeichneten Einkommen mit einer 2 % igen Steuer, die als Repartitionssteuer gedacht und für 1849 auf 60 Millionen Frs. kontingentiert war, belegen sollte. Es war die Steuerfreiheit kleiner Einkommen sowie der Militärpersonen, Einschätzung durch Gemeindefunktionen, Reklamation gegen die Festsetzungen der Kommission vorgesehen. Nachdem der Entwurf, weil die Kommission,

an die er verwiesen worden war, ihn in manchen Stücken geändert hatte, von der Regierung zurückgezogen worden war, wurden teils von dieser, teils aus der Mitte der Nationalversammlung noch eine Reihe weiterer Projekte zum Vorschlag gebracht, von denen jedoch keines realisiert wurde. Den geplanten Steuern war außerdem nicht die Aufgabe zugebacht, die bestehenden direkten Steuern zu ersetzen, sie sollten vielmehr neben diese treten und lediglich eine Einnahmequelle mehr werden, um die zerrütteten Finanzen aufzubessern. Bei einzelnen Projekten sollten sie außerdem noch Nebenzwecke erfüllen. So spielte in dem Entwurf des Finanzministers Goudchaux das Bestreben, der Landwirtschaft zu helfen, eine Rolle. Dadurch, daß seine Einkommensteuer hauptsächlich auf das bewegliche Kapital in Industrie und Handel abzielte, die Bodenrente dagegen unberührt bleiben sollte, hoffte er, das bewegliche Kapital zu zwingen, die Landwirtschaft aufzusuchen und dadurch den landwirtschaftlichen Kredit zu heben. Infolge der vielen mitspielenden Nebenmomente, die die eigentlichen Aufgaben der Einkommensteuer mehr in den Hintergrund treten ließen, war die Periode, die etwa die Zeit von 1848—70 umfaßte, für die Entwicklung der ganzen Frage wenig fruchtbar.

Durch den unglücklichen Krieg der Jahre 1870—71 und die an Deutschland zu zahlende Kriegskontribution wurden an die finanzielle Leistungsfähigkeit Frankreichs ausnehmend hohe Anforderungen gestellt. So sehr sich die Regierung durch Erhöhung und Vermehrung der Stempel- und Einregistrierungsabgaben, der Zölle und indirekten Steuern zu helfen suchte, um den gesteigerten Bedarf zu decken, so ist es doch erklärlich, daß diese Abwälzung der Hauptlasten auf die Winderbemittelten das Verlangen nach der Auffuchung von Wegen wachrief, die die Möglichkeit eines Lastenausgleiches eröffneten, und daß dadurch auch die Einkommensteuer wieder in den Kreis der Debatte trat. Sie erscheint hier wieder in einem neuen Stadium im Bereich der Betrachtungen; ihre finanzielle Ergiebigkeit spielt zwar gleichfalls eine Rolle, jedoch nicht weniger soll ihr die sozialpolitische Aufgabe eines Opferausgleiches zufallen. Es erscheinen eine ganze Reihe von Vorschlägen, meist der englischen income tax nachgebildet vor der Nationalversammlung, mit denen sich die Budgetkommission des Jahres 1871 zu befassen hatte. Obwohl die Regierung, an ihrer Spitze Thiers, von einer Einkommensteuer nichts wissen wollte, weil dieser befürchtete, daß bei der noch immer herrschenden Unruhe im Lande nach dem unglücklichen Kriege die Möglichkeit der Umbildung einer Einkommensteuer nach dem Muster der berücktigten Zwangsanleihen des Konvents nicht ausgeschlossen sei, hatte doch der Gedanke bereits so tief Wurzel gefaßt, daß die Budgetkommission sich mit dem Projekt befaßte und entgegen dem Willen der Regierung den Plan einer Einkommensteuer ähnlich der income tax vor der Versammlung zur Vorlage brachte.

Die Einkommensteuer der Kommission war keine allgemeine, sie nahm von der Besteuerung die Zinsen der 3, 4, $4\frac{1}{2}$ und 5 % igen französischen Staatspapiere und der anderen Effekten des Staates, ferner die Erträge aus dem Immobiliarkapital aus. Die Steuer erstreckte sich daher nur auf das Mobiliareinkommen, das in dem Projekt in 4 Klassen eingeteilt war, hauptsächlich zu dem Zwecke, um durch Anpassung an den

Charakter jedes Einkommens die unbeliebte Deklaration zu vermeiden. Von der Progression wollte auch diese Steuer noch nichts wissen, sie normierte den Steuerfuß auf 3 % und für Pensionen, Besoldungen und Gehälter auf 2 %. Bei den Steuern der ersten drei Klassen, nämlich Einkommen aus Wertpapieren, ausgenommen die französischen Staatsrenten, aus den Besoldungen und aus den Zinsen aus Darlehen jeglicher Art sollte die Steuer durch Zurückbehaltung des betreffenden Betrages bei der Auszahlung erhoben werden. Nur bei der vierten Klasse, den Reinerträgen der Banken, des Handels und der Industrie, überhaupt der Gewinne aus allen Unternehmungen, Spekulationen u. dgl. war eine Deklaration nicht zu umgehen. Hier sollten jedoch die Steuerpflichtigen das Recht erhalten, zur besseren Vermeidung des Bekanntwerdens in der Öffentlichkeit ihre Deklaration schriftlich an Spezialkommissare zu machen, die darüber das Amtsgeheimnis zu wahren gehabt hätten. Zur Kontrolle der Deklarationen waren in jedem Departement Spezialjurys vorgesehen, deren Verhandlungen nicht veröffentlicht wurden, und gegen deren Entscheidung eine Reklamation nicht möglich sein sollte. Diese Deklaration bezog sich aber nur auf den bestimmten, in die betreffende Klasse fallenden Teil des Einkommens; eine allgemeine Deklaration war nicht vorgesehen. Für die letztgenannte Klasse, sowie für diejenige der Gehälter ufw. konnten die Einkommen unter 1500 Frcs. eine Steuerbefreiung erhalten. Der Ertrag der Steuer wurde von der Kommission auf 80—100 Mill. Frcs. geschätzt. Der Entwurf scheiterte an dem Widerstande Thiers, der die Nationalversammlung vollständig auf seine Seite zu ziehen verstand. Aus dem gleichen Grunde scheiterten auch alle weiteren Projekte, unter denen das der Abgeordneten Fèvre und Bamberger noch genannt werden mag, weil hier zum ersten Male das Prinzip der Progression bewußt zur Anwendung kam, und für fundiertes Einkommen ohne Freilassung eines Minimums eine solche von $2\frac{1}{2}$ %—5 %, für unfundiertes Einkommen, unter Freilassung der Einkommen unter 1200 Frcs., eine solche von $\frac{1}{2}$ —3 % vorgesehen war. Das einzige positive Ergebnis der ganzen langwierigen Verhandlungen über die Einkommensteuer war das Gesetz vom 29. Juni 1872 der *taxe sur le revenu des valeurs mobilières*.

Am 1. Januar 1876 trat die neue Verfassung der Republik in Kraft, die *Assemblée nationale* wurde ersetzt durch Deputiertenkammer und Senat; die bisherige stark konservative Strömung nahm eine mehr republikanische Färbung an. Infolgedessen gewannen auch die Chancen einer Einkommensteuer. Die Budgetkommission für das Jahr 1877 beauftragte ihren Vorsitzenden Gambetta und vier andere Mitglieder mit der Aufgabe, einen Plan zu einer allgemeinen Reform der Staatsfinanzen auszuarbeiten, und Gambetta glaubte dieses Ziel am vollkommensten durch eine Einkommensteuer erreichen zu können. Der von ihm ausgearbeitete Entwurf entsprach allerdings diesem Ziel insofern nicht, als er sich damit begnügte, nach englischem Muster die Einkommen rein äußerlich in 5 Klassen zu teilen und die schon bestehenden direkten Steuern unter diese zu verteilen. Sein System war also keine Einkommensteuer, sondern nur ein verbessertes Ertragssteuersystem. Es ist in der Deputiertenkammer nicht zur Verhandlung gekommen, weil politische Ereignisse das Interesse an

Steuerfragen verdrängten. Diese traten wieder für einige Zeit in den Hintergrund, erst Anfang der 80er Jahre erschienen sie erneut ernstlicher in dem Kreis der Erörterungen. Bei den nunmehr auftauchenden Vorschlägen hat man zwischen zwei Richtungen zu unterscheiden, einer, die z. B. der Abgeordnete Silhol vertrat, alle vorhandenen Ertragssteuern durch eine einzige Einkommensteuer zu ersetzen, einer zweiten, die durch die Abgeordneten Marion und Leydet vertreten wurde, zunächst auf erhebliche finanzielle Einnahmen aus der Einkommensteuer zu verzichten, ihre Sätze vielmehr möglichst niedrig zu gestalten und sie gewissermaßen überhaupt erst einmal in das Steuersystem einzuführen, sie hier zu erproben, um sie dann später eventuell weiter auszubauen. Es handelte sich bei diesen Entwürfen übrigens schon um wirkliche Einkommensteuern, in denen ernstlich mit der Progression gerechnet, ein Existenzminimum freigelassen und auch die Familienverhältnisse und ihr Einfluß auf die Leistungsfähigkeit berücksichtigt wurden. Nur mit der Deklaration vermochten sich die Verfasser noch nicht zu befreunden, woraus sich die Zerlegung in verschiedene kleine, beinahe selbständige Teile erklärt, durch die das Ganze dann manches von seinem einkommensteuerartigen Charakter einbüßte.

Rücksicht auf die bestehenden Steuern und Anpassung der Einkommenbesteuerung an das bestehende System ist auch der Grundgedanke, der sich durch die Reformvorschläge Ballues hindurchzieht, die Meyer als die sorgfältigsten und durchdachtsten von allen bisher proponierten bezeichnet. Auch Ballue verzichtete in seinem Bestreben, in die Verteilung der Lasten eine größere Gerechtigkeit zu bringen, auf die Wahl einer einzigen Einkommensteuer, auch er übernahm die fünf verschiedenen Klassen, wobei er allerdings die kleineren Erträge freiließ, im ganzen aber war auch sein System keine Einkommensteuer, sondern nur ein „System von scheinbar subjektiv angehauchten Ertragssteuern“. Was bei ihm neu war, war die Einführung einer Mietsteuer an Stelle der alten *taxe d'habitation*, der er die Aufgabe übertragen wissen wollte, als Steuer der Kompensation für die die ärmeren Klassen stärker bedrückenden indirekten Steuern zu wirken. Während bei den bisherigen Vorschlägen die Miete nur ein Mittel sein sollte, um mit ihrer Hilfe das Einkommen zu berechnen, war Ballues Projekt eine wirkliche Mietssteuer. Er unterschied in seinem ersten Projekt 8 verschiedene Miets- und 8 verschiedene Gemeindefklassen und besteuerte die Miete mit Prozentsätzen, die zu der Größe der ersteren direkt, zu der der zweiten indirekt anstiegen. Die ganz kleinen Mieten sollten von der Steuer befreit sein. Durch dieses Vorgehen glaubte er eine Besteuerung des Einkommens von 1,31—2,17 % zu erhalten. Eine Berücksichtigung der Familienverhältnisse war vorgesehen. Steuerpflichtig sollte jeder sein, auch der sein eigenes Haus bewohnende Eigentümer und ebenso auch die freie Wohnung genießenden Beamten. In den Kammern hatte Ballue mit seinen Plänen kein Glück, sie scheiterten an dem heftigen Widerstande des Finanzministers Léon Say, auch fand die Umwandlung der alten Quotitätssteuern viele Gegner. Indessen bei dieser Ablehnung handelte es sich nicht um die Abweisung des Einkommensteuergedankens überhaupt,

sondern mehr um die Abwägung der Form, in der er geboten wurde. Die ganze Gestaltung des französischen Steuerwesens, die übermäßige Entfaltung der indirekten Steuern drängten auf die Schaffung direkter Steuern überzeugender als alle Vernunftgründe hin, und die Wahlen des Jahres 1885 standen schon in erheblichem Umfange unter dem Schladtruf „für die Einkommensteuer“. Auch die Regierung konnte sich diesem Drängen nicht mehr entziehen, und das Ministerium Goblet stellte in seiner Deklaration vom 11. Dezember 1886 als wichtigste Aufgabe seines Programms hin, die Wünsche des Volkes in dieser Hinsicht zu befriedigen. Das wichtigste Endergebnis aller dieser Strömungen war, daß am 10. Februar 1887 der von vier Abgeordneten gestellte Antrag, dem Finanzgesetz den Zusatz: „Le Gouvernement est invité à présenter un projet de loi d'impôt sur le revenu, unique et progressif“ hinzuzufügen, nach Ablehnung der Worte unique et progressif mit 261 gegen 227 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen wurde.

Hiermit schließt, wie bereits zu Anfang hervorgehoben wurde, die im übrigen sehr sorgfältige und übersichtliche Darstellung ab. Trotz der Annahme der vorgenannten Resolution ist es zur Schaffung eines Einkommensteuergesetzes bisher noch nicht gekommen. Allerdings äußert der Verfasser im Vorwort die Ansicht, daß jetzt, „wo an der Spitze des französischen Finanzministeriums in Pierre Merlou ein überzeugter Anhänger der Einkommensteuer stehe, der wiederholt im Parlament für die Einführung eingetreten sei, das Ende der Reformation wohl nicht in allzu weiter Ferne liegen dürfte“, ob aber diese Ansicht nicht noch immer etwas zu optimistisch, wird man abwarten müssen. Die allgemeinen Bedingungen für eine Einkommensteuer liegen, was aus der ganzen Geschichte der Einkommensteuerprojekte hervorgeht, insofern ungünstig, als ihre Einführung, wenn sie das alte Ertragsteuersystem ersetzen soll, ein Experiment darstellt, vor dem der Franzose zurückschreckt, weil damit ein ihm höchst unsympathisches Eindringen in seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse verbunden ist. Soll aber die Einkommensteuer neben den alten Ertragsteuern geschaffen werden, so entsteht in mancher Beziehung einmal die Gefahr der Doppelbesteuerung, ferner aber wird sie voraussichtlich so vorsichtig auftreten, daß sie wenig mehr als ein Schein-dasein fristet und ihre Aufgabe, die Zensiten nach ihrer Leistungsfähigkeit heranzuziehen und als Ausgleich gegenüber den die unteren Klassen vorwiegend belastenden indirekten Steuern zu wirken, wenig oder gar nicht erfüllen kann.

Georg Sydow.

Eingefendete Bücher

— bis Ende November 1905 —

1. Drucksachen amtlichen Charakters (Staaten und Selbstverwaltungskörper).

Veröffentlichungen des Kaiserl. Aufsichtsamts für Privatversicherung.
4. Jahrgang. Nr. 2. Juli 1905. Berlin 1905, J. Guttentag. 4°.

Mitteilungen über den Kaiser Wilhelm-Kanal aus dem Verwaltungsberichte des Kaiserlichen Kanalamtes für das Rechnungsjahr 1904. Berlin 1905. 4°. 61 S.

Die Volkszählung vom 1. Dez. 1900 im Bremischen Staate. II. Band. II. Teil. (Zählung der Gebäude und Wohnungen. Sonderdarstellungen zur allgemeinen Statistik und zur Wohnungsstatistik). Herausg. vom Bremischen Statistischen Amt. Bremen 1905, 8°.

Tabellarische Übersichten des Hamburgischen Handels im Jahre 1904, zusammengestellt von dem Handelsstatistischen Bureau. Hamburg 1905. 4°. I, 84 S., II, 126 S., III, 156 S., IV, 25 S.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Barmen. Jahrgang 1904. Barmen 1905. VIII u. 68 S.

Übersichten aus der Berliner Statistik für das Jahr 1904 (Auszug aus dem 29. Jahrgang des Statistischen Jahrbuches der Stadt Berlin). Herausg. vom Statistischen Amt der Stadt Berlin. Berlin 1905, B. Stankiewicz. 8°. 64 S.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. 29. Jahrgang, enthaltend die Statistik des Jahres 1904 (zum Teil auch 1905). Im Auftrage des Magistrats herausgegeben von Prof. Dr. E. Hirschberg. Berlin 1905. 8°. XIV u. 420 S.

Ungarische Statistische Mitteilungen. Budapest 1905, Pester Buchdruckerei-Akt.-Ges.

Neue Serie. 9. Bd. Volkszählung in den Ländern der ungarischen Krone i. J. 1900. 4. Teil: Die Berufstätigkeit der Bevölkerung. XV, 99 u. 1019 S.

Neue Serie. 13. Bd. Auswärtiger Handel im Jahre 1904. 168, 349 S.

Neue Serie. 14. Bd. Volkszählung. 6. Teil: Arbeitszeit und Arbeitslohn des zur Industrie gehörigen Beamten- und sonstigen Hülfspersonals. XVII u. 849 S.

Statistisches Jahrbuch der Haupt- und Residenzstadt Budapest. VI. Jahrg. 1903. Redigiert von Prof. Dr. F. Thirring. 4°. 301 S.

Mitteilungen des statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt.

Nr. 3. F. Mangold; Basels Staatseinnahmen und Steuerverteilung 1888—1903. Basel 1905. 4°. XXIII u. 80 S.

Finanzielles und wirtschaftliches Jahrbuch für Japan. Herausg. vom Kaiserl. Finanzministerium. 5. Jahrgang. Tokio 1905, Staatsdruckerei. 8°. VI, 181 u. 30 S.

Ministère des Finances. Service de la Statistique générale des Finances. Bureau de la Statistique du Commerce extérieur. Bucarest 1905. 8°.

Commerce extérieur de la Roumanie et Mouvement des Ports en 1904. LVII u. 352 S.

Royaume de Belgique. Ministère de l'Industrie et du travail. Office du travail. Bruxelles 1905.

Annuaire de la Legislation du Travail. Publié par l'Office du Travail de Belgique. 8. année, 1904. XVIII u. 595 S.

Italienische amtliche Statistik.

Ministero delle Finanze. Direzione Generale del Demanio.

Bolletino di Statistica e di Legislazione comparata. Anno IV, vol IV. Anno V, vol. I—IV.

Ministero di Agricoltura, Industria e Commercio, Direzione Generale della Statistica.

Statistica dei Debiti, comunali e provinciali per mutui al 31 dic. 1896, 1899 e 1900.

Statistica industriale. Riassunto delle Notizie sulle condizioni industriali del regno. Part II.

Statistica degli scioperi avvenuti nell'industria e nell'agricoltura durante l'anno 1901.

Direzione Generale della Statistica.

Annali di Statistica.

Ministero degli Affari esteri.

Emigrazione e Colonie. Vol. I. Europa. Parte III.

Ministero delle Finanze.

Relazione sull'amministrazione del demanio e delle tasse sugli affari per l'esercizio finanziaria 1903—1904. Roma 1905. 4°. 266 S.

Premier Recensement Général de la Population de l'Empire de Russie, 1897. Redigé par Nicolas Troïnitsky,

Relevé Général pour tout l'Empire de résultats du dépouillement des données du premier recensement de la population en 1897. II. 4°. LI u. 417 S.

Nineteenth Annual Report of the Commissioner of Labor 1904.

Wages and Hours of Labor. Washington 1905. 8°. 976 S.

Department of Commerce and Labor. Bureau of the Census. Washington 1905. 4°.

Bulletin 21. Commercial Valuation of Railway Operating Property in the United States: 1904. 88 S.

Bulletin of the Bureau of Labor. Washington 1905.

No. 59. July 1905. Wages and Hours of Labor, 1890—1904.

Retail Prices of Food, 1890—1904. 387 S.

New York State Departement of Labor. Albany 1904. 8°.

Third Annual Report of the Commissioner of Labor for the twelve months ended September 30, 1903. 329 S.

Seventeenth Annual Report of the Board of Mediation and Arbitration for twelve months ended September 30, 1903. 363 S.

2. Drucksachen von Arbeitsnachweisen, Genossenschaften, Handels-, Gewerbe-, Handwerker- u. Landwirtschaftskammern; Gewerkvereinen; anderen Arbeitsvertretungen; Geschäftsberichte von gemeinnützigen Instituten und Erwerbsgesellschaften.

Handelskammer zu Grefeld, errichtet 1804. Jahresbericht für 1904. 4°. 55 S.

Bericht der Handelskammer Dresden über das Jahr 1904. III. Teil: Statistik. 8°. 67 S.

Jahresbericht der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg für den Zeitraum vom 1. Januar bis Ende Dezember 1904. 2. und 3. Teil. Oldenburg. 8°. 100 S.

Geschäftsbericht der Handwerkskammer zu Berlin für die Zeit vom 1. Juli 1904 bis 31. Mai 1905. 8°. 159 S.

Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für 1904. VIII. Jahrgang. Herausgegeben von Dr. Hans Crüger. Berlin 1905, J. Guttentag. 8°. LXXVII u. 234 S.

Der Centralverband deutscher Industrieller 1876—1901. Vom Geschäftsführer H. A. Bued. 2. und 3. Band. Berlin 1905, J. Guttentag. 8°. XXXI u. 808 S.; XLVII u. 749 S.

Jahresbericht des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund für das Jahr 1904. II. (Statistischer) Teil. Essen 1905. 4°. 54 S.

Jahresbericht des Vereins Jugendheim für das Jahr 1904/5. 8°. 19 S.

3. Drucksachen von Gesellschaften u. s. w.

Mitteilungen der Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung e. V. Frankfurt a. M. Dresden 1905, D. V. Böhmert. 8°.

Heft 5, Teil 1 u. 2. Hans Wüstendörfer: Studien zur modernen Entwicklung des Seefrachtvertrags. 216 S.

Probleme der Fürsorge. Abhandlungen der Zentrale für private Fürsorge in Frankfurt a. M. Dresden 1905, D. V. Böhmert. 8°.

1. Bd. H. Neubauer: Der Arbeitsmarkt in der Presse zu Frankfurt a. M. vom 1. Okt. 1900 bis 30. Sept. 1901 nebst einer Erhebung über die gleichzeitige Tätigkeit der privaten und gemeinnützigen Institute für Arbeitsvermittlung. 180 u. 67 S.

Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. Leipzig 1905, Dunder & Humblot. 8°.

72. Heft. E. Münsterberg: Generalbericht über die Tätigkeit des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit 1880—1905.

73. Heft. Die heutigen Anforderungen an die öffentliche Armenpflege im Verhältnisse zur bestehenden Armengesetzgebung. Hauptbericht: Buehl u. R. Flemming. Mitberichte: Fleischmann und Schwander. 184 S.

74. Heft. Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Hauptbericht: Brugger; Mitberichte: Finkelstein u. Marie Baum. 125 S.

Schriften der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Jena 1905, G. Fischer. 8°.

Nr. 4. I. Denkschrift über das Verbot der Verwendung des weißen Phosphors in der Zündhölzchenindustrie.

II. Denkschrift über das Verbot der gewerblichen Nachtarbeit der Frauen. 49 S.

Schriften des Vereins für Socialpolitik. Leipzig 1905, Dunder & Humblot. 8°.

Bd. 114. Adolf Günther und René Prévot: Die Wohlfahrts-einrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland u. Frankreich. 275 S.

Bd. 120. Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte.

4. Bd. 1. Heft. Königreich Sachsen. Mit Beiträgen von G. Häpe, R. Heinze, L. Ludwig-Wolf, J. Hübschmann. 185 S.

4. Bd. 2. Heft. Königreich Württemberg von Dr. E. Springer. 113 S.

Veröffentlichungen des deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen. Leipzig 1905, B. G. Teubner. 8°.

Bd. XXXII. Dr. Behrend: Gründung, Einrichtung und Verwaltung von obligatorischen kaufmännischen Fortbildungsschulen, 193 S.

Veröffentlichungen des Deutschen Vereins für Versicherungs-Wissenschaft. Herausgegeben von Dr. A. Manes. Berlin 1905, E. S. Mittler & Sohn. 8°.

Heft VI. Die Steuergesetzgebung der deutschen Bundesstaaten über das Versicherungswesen. 119 S.

Volkswirtschaftliche Zeitfragen. Vorträge und Abhandlungen, herausgegeben von der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin. Berlin 1905, L. Simion Nachf. 8°.

Heft 215. Paul Arndt: Die Bedeutung der Handelshochschule für den Kaufmann. 31 S.

Veröffentlichungen der historischen Landes-Kommission für Steiermark.

XX. Anton Mell: Regesten zur Geschichte der Familie von Teufenbach in Steiermark. I. 1074—1547. 189 S.

XXI. Anton Mell: Das Archiv der Steirischen Stände im steiermärkischen Landesarchive. Bericht über die vorläufige Ordnung. S. 190—247.

Address by the Right Hon. James Bryce on the Aims and Programme of the Sociological Society. With First Annual Report and List of Members. 8°. 47 S.

4. Zeitschriften; periodische Erscheinungen.

Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Jena. Herausgegeben von Prof. Dr. Pierstorff. Jena 1905, G. Fischer. 8°.

2. Bd. 2. Heft. **Walter Hef:** Einfache und höhere Arbeit. Eine sozialpolitische Untersuchung zum Arbeitsvertrag des bürgerlichen Gesetzbuches. 77 S.

Historische Bibliothek. Herausg. v. d. Redaktion der Historischen Zeitschrift. München u. Berlin 1905, H. Oldenbourg. 8°.

19. Bd. **Georg von Below:** Die Ursachen der Rezeption des römischen Rechts in Deutschland. XII u. 166 S.

Juristisch-psychiatrische Grenzfragen. Zwanglose Abhandlungen. Hrsg. von A. Finger, A. Hoche, J. Bresler. Halle a. S. 1905. C. Marhold. 8°.

2. Bd. Heft 7/8. **Camerer und Landauer:** Geisteschwäche als Entmündigungsgrund. 46 S.

3. Bd. Heft 1/3. **Ernst Lohsing:** Das Geständnis in Strafsachen. 142 S.

3. Bd. Heft 4. **A. Cramer:** Über Gemeingefährlichkeit vom ärztlichen Standpunkte aus. 16 S.

Mitteilungen des Vereins zur Förderung der Handelsfreiheit. Berlin 1905, L. Simion Nachf. 8°.

Nr. 1. **Dr. Heinrich Dieckel:** Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag und das Phantom der amerikanischen Industriekonkurrenz. 51 S.

Münchener volkswirtschaftliche Studien. Herausgegeben von Lujó Brentano und Walther Loß. Stuttgart und Berlin 1905, J. G. Cotta. 8°.

71. Stück. **Richard Heyner:** Zur Entstehung des Kapitalismus in Venedig. 129 S.

72. Stück. **Max Mißke:** Die handelspolitische Reaktion in Deutschland. Eine historisch-politische Studie. 240 S.

Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. S. Herausgegeben von Prof. Dr. J. Conrad. Jena 1905, G. Fischer. 8°.

50. Bd. **Hans Kluge:** Die volkswirtschaftlichen Grundlagen für die Haftung des Tierhalters im Bürgerl. Gesetzbuch. 50 S.

51. Bd. **Erwald Troch:** Die wirtschaftliche Bedeutung der staatlichen und provinziellen Bodenkreditinstitute in Deutschland für den ländlichen Besitz. 152 S.

Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Herausgegeben von Gustav Schmoller und Max Sering. Leipzig 1905, Duncker & Humblot. 8°.

Bd. XXIII, Heft 5. **Richard Vahr:** Gewerbegericht, Kaufmannsgericht, Einigungsamt. XI u. 180 S.

Bd. XXIV, Heft 1. **Hugo Nachel**: Der große Kurfürst und die ostpreussischen Stände 1640—1688. XIV u. 345 S.

Bd. XXIV, Heft 2. **Otto Zeibels**: Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie. XII u. 271 S.

Bd. XXIV, Heft 3. **Walter Frisch**: Die Organisationsbestrebungen der Arbeiter in der deutschen Tabakindustrie. 252 S.

Bd. XXIV, Heft 5. **Julius Wolff**: Die argentinische Währungsreform von 1899. 131 S.

Bd. XXV, Heft 1. **Franz Hochstetter**: Die wirtschaftlichen und politischen Motive für die Abschaffung des brittischen Sklavenhandels im Jahre 1806/1807. 120 S.

Lhünen-Archiv. Organ für exakte Wirtschaftsforschung, herausg. von Richard Ehrenberg. Jena 1905, G. Fischer. 8°.

1. Ergänzungsheft. **Friedrich Dettweiler**: Die Handarbeit in der Landwirtschaft. Bearbeitet auf Grund von Erhebungen des „Mecklenburgischen patriotischen Vereins“ und des „Vereins kleiner Landwirte in Mecklenburg“. X, 228, 8, 87, 11 S.

Volkswirtschaftliche und wirtschaftsgeschichtliche Abhandlungen. Herausgegeben von W. Stieda. Jena 1905, G. Fischer. 8°.

N. F. 5. Heft. **Paul Albrecht**: Das Domänenwesen im Herzogtum Sachsen-Altenburg. 173 S.

Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Herausgegeben von R. Bücher. Tübingen 1905, H. Laupp. 8°.

Ergänzungsheft XVII. **Jakob Strieder**: Die Inventur der Firma Fugger aus dem Jahre 1527. 126 S.

Social Sciences Series University of Missouri Studies. 1905.

Vol. I. **Jesse Eliphalet Pope**: The Clothing Industry in New York, 339 S.

Bibliothèque socialiste. Société nouvelle de libr. et d'édition. Paris 1905. 8°.

Nr. 28—29. **Edouard Dolléans**: Robert Owen (1771—1858). 225 S.

Studies in History, Economics and Public Law. Edited by the Faculty of Political Science of Columbia University. 1905.

Vol. XIX, N. 3. **George Gorham Groat**: Trade Unions and the Law in New York. 134 S.

5. Bücher und Broschüren.

Arnold, Rudolf: Die Handelsbilanz Deutschlands von 1889 bis 1900. Berlin 1905. Fr. Siemenroth. 8°. 204 S.

Åström, Adolf: Über das Wasserrecht in Nord- und Mitteleuropa. Eine systematische Darstellung vom Gesichtspunkte des Schwedischen Eigentumsrechts. Leipzig 1905, A. Deichert (G. Böhme). 8°. 310 S.

Biermann, W. E.: Anarchismus und Kommunismus. Leipzig 1906, A. Deichtersche Ver.-Buchh. Nachf. (G. Böhme). 8°. 177 S.

- Brescher, R.:** Erläuterungen zum Gesetz vom 30. März 1888. R. G. Bl. Nr. 33, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter. Graz 1906, Styria. 8°. 167 S.
- Brunhuber, Robert:** Die heutige Sozialdemokratie. Eine kritische Wertung ihrer wissenschaftlichen Grundlagen und eine soziologische Untersuchung ihrer praktischen Parteigestaltung. Jena 1905, G. Fischer. 8°. IV u. 212 S.
- Busch, Wilhelm:** Die Kämpfe um Reichsverfassung und Kaisertum 1870 bis 1871. Tübingen 1906, J. C. B. Mohr. 8°. 157 S.
- Caspari, Otto:** Die Soziale Frage über die Freiheit der Ehe. 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1905, Sauerländers Verlag. 8°. 187 S.
- Dechesne, Laurent:** La Wallonie et la question des races en Belgique. Liège 1905, E. Gnuse. 8°. 22 S.
- Syndicats ouvriers belges. Paris 1906, Ancienne maison L. Larose & Forcel. 8°. 120 S.
- Dehn, Paul:** Wilhelm der Erste als Erzieher. In 711 Aussprüchen aus seinen Rundgebungen und Briefen planmäßig zusammengestellt. Halle a. S. 1906, H. Geseuius. 8°. 328 S.
- Weltpolitische Neubildungen. Mit einer Einleitung v. Dr. Alexander von Beez. 2. Aufl. Berlin 1904, Allgem. Verein für deutsche Literatur. 8°. 297 S.
- Diehl, Karl:** Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. 12 Vorlesungen. Jena 1906, G. Fischer. 8°. 228 S.
- Drossum, A. C.:** Das Königreich Norwegen als souveräner Staat. Berlin 1905, Puttkammer & Mühlbrecht. 8°. 144 S.
- Endres, Max:** Handbuch der Forstpolitik mit besonderer Berücksichtigung der Gesetzgebung u. Statistik. Berlin 1905, J. Springer. 8°. 823 S.
- Ehlen, Joseph:** Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages seit Zustus von Liebig. Eine dogmengeschichtliche Untersuchung. München 1905, J. Schweitzer. 8°. VIII u. 286 S.
- Fellner, Friedrich:** Das System der Rentengüter und seine Anwendung in Ungarn. Von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften preisgekrönt. Berlin 1905, Puttkammer & Mühlbrecht. 8°. 177 S.
- von Finkh, Kurt:** Handlexikon der Sozialen Gesetzgebung. Die Rechte und Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Für Fabrikanten, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter und deren Vertretungen, sowie für Behörden. Berlin 1906, A. Unger. 8°. 398 S.
- Festgaben für Friedrich Julius Neumann zur siebenzigsten Wiederkehr seines Geburtstages.** Tübingen 1905, H. Laupp. 8°. 403 S.
- Frahne, Kurt:** Die Textilindustrie im Wirtschaftsleben Schlesiens. Ihre wirtschaftlichen und technischen Grundlagen, historisch-ökonomische Gestaltung und gegenwärtige Bedeutung. (Tübinger Dissertation.) Tübingen 1905, H. Laupp. 8°. XII u. 273 S.
- Geromini, J.:** Die Grundlagen und Zeitfragen der Landwirtschaft. Konstanz, E. Adermann. 8°. 181 S.

- Grunzel, Joseph:** System der Industriepolitik. Leipzig 1905, Dunder & Humblot. 8°. 393 S.
- Gelferich, Karl:** Das Geld im russisch-japanischen Kriege. Berlin 1905, E. S. Mittler & Sohn. 8°. 240 S.
- Heusler, Andreas:** Deutsche Verfassungs-geschichte. Leipzig 1905, Dunder & Humblot. 8°. 298 S.
- Hertner, Heinrich:** Die Arbeiterfrage. Eine Einführung. Vierte erweiterte und umgearbeitete Auflage. Berlin 1905, J. Guttentag. 8°. 642 S.
- Idl:** Pflichten des Menschen in ihrer praktischen Anwendung. Die 10 natürlichen Gebote an dem Wege gesammelt. Bamberg, Handels-Druckerei. 8°. 76 S.
- Jellinek, Georg:** Das Recht des modernen Staates. 1. Bd.: Allgemeine Staatslehre. 2. Aufl. Berlin 1905, E. Haring. 8°. 797 S.
- Johannes, W.:** Herr Jean Jaurès und Nietzsche. Eine Auseinandersetzung zwischen Individualismus und Sozialismus. 1.—3. Tausend. Köln 1905, E. Roemke & Co. 8°. 43 S.
- Knapp, Georg Friedrich:** Staatliche Theorie des Geldes. Leipzig 1905, Dunder & Humblot. 8°. 397 S.
- Krabbe, G.:** Die Lehre der Rechtsouveränität. Beitrag zur Staatslehre. Groningen 1906, J. B. Wolters. 8°. 254 S.
- Lamp, Karl:** Das Problem der Städtischen Selbstverwaltung nach österreichischem und preussischem Recht. Eine verwaltungsrechtliche Studie in drei Vorträgen und einem Anhange. Leipzig 1905, Dunder & Humblot. 8°. 168 S.
- Láng, Ludwig, Prof. a. d. Universität Budapest, f. ungar. Handelsminister a. D.:** Hundert Jahre Zollpolitik. Autorisierte Übersetzung aus dem Ungarischen von Alexander Rosen. Wien und Leipzig 1905, E. Fromme. 8°. 620 S.
- v. Langsdorff und Mammen:** Volkswirtschaft für jedermann. Gemeinfaßlich dargestellt vom deutsch-nationalen Standpunkt. Berlin 1905, H. Hobbing. 8°. 392 S.
- Levy, G.:** Die Stahlindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika in ihren heutigen Produktions- und Absatzverhältnissen. Berlin 1905, J. Springer. 8°. VIII u. 364 S.
- Lol fondamentale de l'Empire Russe.** Projet d'une constitution russe, élaboré par un groupe de la Ligue de l'Affranchissement (Constitutionalistes — Démocrates russes). Préface de Pierre Struve, directeur de l'Osvobojudenie. Paris 1905, Soc. nouvelle de librairie et d'édition. 8°. 139 S.
- Martin, H.:** Die forstliche Statistik. Ein Handbuch für leitende und ausführende Forstwirte sowie zum Studium und Unterricht. Berlin 1905, J. Springer. 8°. 361 S.
- Marg, Paul:** Die Unternehmerorganisationen in der deutschen Buchbinderei. Ein Beitrag zur Frage der freien Interessenvertretungen im deutschen Erwerbsleben. Tübingen 1905, J. C. B. Mohr. 8°. 259 S.

- Meline, Jules:** Die Rückkehr zur Scholle und die industrielle Überproduktion. Übersetzt von R. Hans Eblem Herrn zu Putlig-Groß-Pantow. Berlin 1906, Paul Parey. 8°. 277 S.
- Meyer, Hermann:** Die Einkommensteuerprojekte in Frankreich bis 1887. Berlin 1905, C. Heymanns Verlag. 8°. 190 S.
- Mehoud, Léon:** La théorie de la personnalité morale et son application au droit français. 1. partie. Paris 1906, Libr. générale de droit et de jurisprudence. 8°. 484 S.
- Mohr, P.:** Handelsverträge Marokkos mit einem statistischen Anhang über den Außenhandel Marokkos. Charlottenburg 1905, A. W. Ziefeldt. 8°. 57 S.
- Oswalt, G.:** Vorträge über wirtschaftliche Grundbegriffe. Jena 1905, G. Fischer. 8°. 182 S.
- Pfleghart, A.:** Die Rechtsverhältnisse der elektrischen Unternehmungen. Im Auftrage der Direktion der öffentlichen Bauten des Kantons Zürich vom gesetzgebungspolitischen Standpunkt aus erörtert. Zürich 1905, Selbstverlag der Direktion der öffentlichen Bauten, Zürich I. VII u. 148 S.
- Philippovich, Eugen von:** Grundriß der politischen Ökonomie. 2. Bd.: Volkswirtschaftspolitik. 1. Teil. Dritte, durchgesehene Auflage. Tübingen 1905, J. C. B. Mohr. 8°. 365 S.
- Reinde, O.:** Die Verfassung des deutschen Reichs nebst Ausführungs-gesetzen. Berlin 1906, J. W. Müller. 8°. 336 S.
- Reinsch, P. S.:** Colonial Administration. (The Citizens Library.) New York 1905, The Macmillan Comp. 8°. 422 S.
- Rießer, Geh. Justizrat Dr.:** Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Großbanken mit besonderer Rücksicht auf die Konzentrationsbestrebungen. Vorträge, gehalten in der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung zu Berlin. Jena 1905, G. Fischer. 8°. X u. 284 S.
- Rignano, Eugenio:** Los von der Erbschaft. Deutsch von Otto Südekum. Berlin-Leipzig 1905, C. Wiganb. 8°. XIV u. 99 S.
- Rundstein, E.:** Die Tarifverträge im Französischen Privatrecht. Leipzig 1905, C. L. Hirschfeld. IX u. 121 S.
- Schallmayer, W.:** Beiträge zu einer Nationalbiologie. Nebst einer Kritik der methodologischen Einwände und einem Anhang über wissenschaftliches Kritikerwesen. Jena 1905, J. Costenoble. 8°. 255 S.
- Schaub, F.:** Der Kampf gegen den Zinswucher, ungerechten Preis und unlauteren Handel im Mittelalter. Von Karl dem Großen bis Papst Alexander III. Eine moralhistorische Untersuchung. Freiburg 1905, Herdersche Verlagsbuchhandl. 8°. 217 S.
- Schellwien, J.:** Die Lebensfallversicherung. Halle a. S. 1905, C. A. Raemmerer & Co. 8°. 87 S.
- Schilder, E.:** Agrarische Bevölkerung und Staatseinnahmen in Österreich. Leipzig und Wien 1906, F. Deuticke. 8°. 176 S.

- Schlüter, Otto:** Die Siedelungen im nordöstlichen Thüringen. Ein Beispiel für die Behandlung siedelungsgeographischer Fragen. Berlin 1903, Costenoble. 8°. 453 S., 6 Karten, 2 Tafeln.
- Schroeder, Ferdinand:** Die Gerichtsferien. Aachen 1905, R. Barth. 8°. 63 S.
- Schwab, Marie:** Chamberlains Handelspolitik. Mit einem einleitenden Vorwort von Prof. Dr. Adolph Wagner. Jena 1905, G. Fischer. 8°. XV u. 123 S.
- Schippel, Max:** Amerika und die Handelsvertragspolitik. Berlin 1906, Sozialistische Monatshefte. 8°. 133 S.
- Sellmann, Edwin R. A.:** Principles of Economics. With Special Reference to American Conditions. New York 1905, Longmans, Green and Co. 8°. XLVI u. 613 S.
- Steinberg, J.:** Die Konzentration im Bankgewerbe. Berlin 1906, Fr. Siemenroth. 8°. 61 S.
- Wendlandt, W.:** Die Förderung des Außenhandels. Winke für den deutschen Industriellen und Kaufmann zur Verwertung der bestehenden Export- und Import-Förderungsstellen. Halle a. S. 1905, Gebauer-Schwetsche. 8°. 158 S.
- Wolff, Hellmuth:** Der Speßart. Sein Wirtschaftsleben. Mit Tabellen und einer Speßartkarte. Aschaffenburg, C. Kolbsche Buchh. 8°. 482 S.
- Wopfner, Hermann:** Das Tiroler Freistiftrecht. Ein Beitrag zur Geschichte des bäuerlichen Besitzrechtes. Innsbruck 1905, Wagner'sche Universitätsbuchdruckerei. 8°. 111 S.
- Zierisch, Walter:** Antonio Serra, ein Beitrag zur Geschichte der Nationalökonomie. Bonn 1905, C. Georgi. 8°. 100 S.
- Zimmermann, F. B. R., A. Johanning, v. Frankenberg, R. Stegemann:** Betrieb von Fabriken. (Teubners Handbücher für Handel und Gewerbe. Herausgeg. von v. d. Borch, H. Schumacher und R. Stegemann.) Leipzig 1905, W. G. Teubner. 8°. 436 S.

6. Separatabzüge.

- Brentano, Enjo:** Der Streit über die Grundlage der deutschen Wehrkraft. (Sonderabdruck aus „Patria“, Jahrbuch der „Hilfe“ 1906.) Berlin 1906, Buchverlag der „Hilfe“. 8°. 95 S.
- Dolléans, Edouard:** La monnaie et les prix. (Extrait des questions monétaires contemporaines.) Paris 1905, Libr. de la société du recueil J. — B. Sirey et du Journal du Palais. 8°. 132 S.
- Jodisch-Poppe, R.:** Die patrimoniale Verfassung und Verwaltung der Standesherrschaft Forst und Pförten nebst Beiträgen zu ihrer Sozialgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der gutsherrlich-bäuerlichen und der lehnherrlich-ritterschaftlichen Verhältnisse. Nach den Akten des gräflich von Brühl'schen Archivs. (Sonderabdruck aus den „Niederlausitzer Mitteilungen“, Band IX.) Guben 1905, A. König. 8°. 236 S.

Jahrbuch
für
Gesetzgebung, Verwaltung
und
Volkswirtschaft
im
Deutschen Reich.

Des „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege des Deutschen Reiches“
Neue Folge.

Dreißigster Jahrgang.

Herausgegeben

von

Gustav Schmoller.

Zweites Heft.



Leipzig,

Verlag von Dunder & Humblot.

1906.

Alle Rechte vorbehalten.

Pietriſche Hofbuchdruckerei Stephan Weibel & Co. in Altenburg.

Inhaltsverzeichnis.

I. Größere Aufsätze.

	Seite
Selektive Gesichtspunkte zur generativen und kulturellen Völkerentwicklung. Von Wilhelm Schallmayer.	1
Municipal-Sozialismus und städtisches Anleihenwesen in England. Von A. Plate	51
Die Auswanderung als weltwirtschaftliches Problem. Von Karl Rathgen	83
Studien zur Kolonialpolitik der Niederlande. I. Die Kohrzuckerindustrie auf Java und die Eingeborenen. Von G. R. Anton	97
Zur neuesten Entwicklung des deutschen Auslandsbankwesens. Von Richard Rosendorff	157
Über die Betriebsmittelgemeinschaft der deutschen Eisenbahnen. Von Schwabe	189
Die Ausführung des Preussischen Gesetzes über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900. Von Paul Röhne	199
Der englische Staatsdienst. Von Julius Hatschel	223
Bericht über die 25. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. Von Emil Münsterberg	295
Die Kosten der Arbeit und der Lebenshaltung der Arbeiter in den Ver- einigten Staaten von Amerika. Von E. L. Heiß	311
G. F. Knapps neue Geldtheorie. Von Walther Loß	357
Diehls Erläuterungen zu Ricardos Grundgesetzen. Von W. Hasbach	375

II. Literatur.

- Simmel, Georg: Die Probleme der Geschichtsphilosophie. Eine erkenntnis-
theoretische Studie. Zweite, völlig veränderte Auflage. (D. Hinke.) S. 389.
- Menger, Anton: Neue Sittenlehre. (S. U. Kantorowicz.) S. 394.
- Seligman: Principles of Economics. (Somary.) S. 396.
- von Wieser, Fr. Frhr.: Über Vergangenheit und Zukunft der österreichischen
Verfassung. (Somary.) S. 398.
- Vornhag, C.: Preussische Staats- und Rechtsgeschichte. Mit einer Rechtskarte
des preussischen Staates. (B. Loewe.) S. 399.
- Rachel, Hugo: Der große Kurfürst und die ostpreussischen Stände 1640—88.
(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, herausg. von G. Schmoller
und M. Sering XXIV, 1). (D. Hötsch.) S. 402.

- Brunhuber, R.: Die heutige Sozialdemokratie. (G. Schmoller.) S. 405.
- Herkner, H.: Die Arbeiterfrage. Eine Einführung. (Fr. Boese.) S. 409.
- Sombart, Werner: Sozialismus und soziale Bewegung. (Fr. Boese.) S. 410.
- Bäumer, Gertrud: Die Frau in der Kulturbewegung der Gegenwart. (Grenzfragen des Nervens und Seelenlebens, herausg. von Löwenfeld und Kurella, Heft 12.) (E. Gnaud-Kühne.) S. 415.
- Brooks, J. G.: Soziales Wechselstieber. Autorisierte deutsche Bearbeitung von H. Heße. (Fr. Boese.) S. 416.
- (Solvay.) Principes d'orientation sociale. Résumé des études de M. Ernest Solvay sur le productivisme et le comptabilisme. (Fr. Boese.) S. 417.
- Vermant, R.: Les régies municipales en Angleterre. (J. Reblich.) S. 418.
- Entwicklung der eingetragenen Genossenschaften in Preußen während des letzten Jahrzehnts. Bearbeitet von der Statistischen Abteilung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse. (W. Prion.) S. 423.
- Baernreither, J. M.: Jugendfürsorge und Strafrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika. (L. Kagenstein.) S. 426.
- Rose, H. A.: Der Selbstmord im 19. Jahrhundert nach seiner Verteilung auf Staaten und Verwaltungsbezirke. (Ergänzungsheft 90 zu den Stimmen aus Maria Laach.) (P. Kollmann.) S. 430.
- Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform. Herausgegeben von G. Aschaffenburg. 1. Jahrgang 1905. (H. u. Kantorowicz.) S. 433.
- Groat, George Gorham: Trade Unions and the Law in New York, a study of some legal phases of labor organizations. (Studies in history, economics and public law, vol. XIX, Nr. 3.) (L. v. Wiese.) S. 434.
- Untersuchungen über die Lage der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsgewerben. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 99.) (Cl. Heß.) S. 436.
- Zimmermann, F. W. R., A. Johanning, von Frankenberg und R. Stegemann: Betrieb von Fabriken. (Teubners Handbücher f. Handel und Gewerbe, herausg. von v. d. Vorholt, Schumacher und Stegemann.) (Cl. Heß.) S. 439.
- Trautvetter, Erich: Das neue Zolltarifrecht. Ein Leitfad. (R. Wiedenfeld.) S. 443.
- Roscher, W.: System der Finanzwissenschaft. Fünfte, vermehrte Auflage bearbeitet von D. Gerlach. (R. Th. Heberg.) S. 444.
- Heberg, R. Th.: Finanzwissenschaft. (E. Schwiedland.) S. 447.
- Steiniger, Erwin: Die jüngsten Reformen der veranlagten Steuern in Österreich. (M. Treichl.) S. 448.
- Eingeseandete Bücher S. 451.

Selektive Gesichtspunkte zur generativen und kulturellen Völkereentwicklung.

Von

Wilhelm Schallmayer.

Inhaltsverzeichnis.

1. Der Gesichtspunkt der Auslese im allgemeinen. Vererbungsvorgänge und Erscheinungen S. 2. — 2. Die Modifikationen der natürlichen Auslese unter der kulturellen Entwicklung: Panmixie und Kontrafektion. Das Problem ihrer Korrektur S. 5. — 3. Auslese unter den Kulturwerten S. 17. — 4. Verschiedene Einwendungen betreffs der Selektion der Erbqualitäten S. 22. — 5. Der angebliche Antagonismus zwischen psychischer und sanitärer Begabung S. 31. — 6. Sanitäre und keimhygienische Gehindernisse S. 39.

Die Auffassungen und Einwände, die Herr Prof. Tönnies im ersten Abschnitt seiner Artikelserie „Zur naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre“ im Januarheft 1905 dieses Jahrbuchs bezüglich des bekannten Preisausschreibens und insbesondere bezüglich meiner „Vererbung und Auslese“ (Jena 1903) vorbrachte, erscheinen mir, leider mit nur geringen Ausnahmen, als nicht zutreffend. Es erschien mir wünschenswert, daß die irrigen Auffassungen und Urteile des angesehenen Referenten einer so angesehenen Zeitschrift wenigstens zum Teil nicht unberichtigt bleiben, und so entschloß ich mich in diesem Falle, nicht ohne Zögern, den Herausgeber des Jahrbuchs im Februar vorigen Jahres zu bitten, einer Berichtigung Aufnahme zu gewähren. Dieser ging schließlich über das Erbetene hinaus, indem er mir, höchst dankenswerter Weise, Raum zu einer Neubesprechung der kontroversen Probleme an dieser Stelle anbot, die jedoch erst nach Veröffentlichung jener Artikelserie des Herrn Prof. Tönnies erscheinen sollte.

Ehe ich in die Diskussion der Auffassungen, Meinungen und dialektischen Folgerungen des Herrn Referenten eintrete, sei es mir gestattet, über den Gedankengang meiner „Vererbung und Auslese“ Bericht zu erstatten.

1.

Die Grundlagen sämtlicher Ausführungen meines Buches bilden, entsprechend seinem Titel, einerseits unsere Kenntnisse über biologische Vererbung, anderseits der Selektionsgedanke, der sowohl auf die generative, als auch auf die nicht biologisch vererbare kulturelle Entwicklung der Menschheit und ihrer einzelnen Zeugungs- und Kulturkreise Anwendung findet.

Sind diese „Prinzipien“ der Darwinschen Deszendenztheorie nicht genügend zuverlässige Grundlagen, wie Prof. L. in seiner „Kritik des Preisausschreibens und ihrer Erläuterungen“ meint? (S. 28.)

Bezüglich der Selektion gibt es allerdings unter den gegenwärtigen Biologen auch solche, die ihre führende Rolle bei der Umwandlung der Arten nicht anerkennen. Aber „die gefeiertsten Biologen, Männer von so leuchtenden Namen wie E. Haeckel und A. Weismann“, befinden sich doch nicht unter ihnen. Haeckel hält an der Darwinschen Auffassung fest, und für Weismann hat die Auslese bekanntlich sogar eine noch größere Bedeutung. Übrigens ist das Selektionsprinzip an und für sich eine ganz unanfechtbare Abstraktion aus unbestrittenen Tatsachen und kann darum auch von den einseitigsten Lamarckisten und Neovitalisten nicht an und für sich abgelehnt werden. Darwin selbst, der, wie allgemein anerkannt wird, bei allen seinen Äußerungen eine mustergültige Vorsicht und Zurückhaltung übte, sagt hierüber: „Die starke Macht des Prinzips der Zuchtwahl ist nicht hypothetisch“¹, und begründet diesen Satz sofort mit einer Fülle von Tatsachen, die an Beweiskraft kaum etwas zu wünschen übrig lassen. Die ganze sogenannte Krise des Darwinismus bezieht sich nur auf die Größe der Rolle, welche die Selektion bei der Entwicklung des Tier- und Pflanzenreiches gespielt hat.

Was anderseits unsere Kenntnis der biologischen Vererbung anlangt, so haftet ihr allerdings noch sehr viel Unvollkommenheit an. Immerhin hat die in den letzten Jahrzehnten erworbene Kenntnis der merkwürdigen Vorgänge bei der Reifung der weiblichen und der männlichen Keimzellen und bei ihrer Vereinigung (Amphimixis) schon zu sehr wertvollen Aufschlüssen für die Erklärung vorher unverständlicher Vererbungsstatsachen geführt. Die Auscheidung je einer

¹ „Entstehung der Arten“, übersetzt von Haeck (Reklam), S. 57.

Hälfte der überkommenen Erbmasse bei der Reifung einer jeden Keimzelle bedingt eine gewisse Einschränkung der Vererbung. Da nun, wie die Tatsachen lehren, unter den zahlreichen Keimzellen einer Person niemals auch nur zwei durchaus die gleichen Erbelemente enthalten, so müssen bei den Reifungen ungemein zahlreiche voneinander verschiedene Halbierungen der Vererbungssubstanz stattfinden. Die Gesetze, nach denen die bei diesen Halbierungen entstehenden verschiedenen Kombinationen der Erbelemente stattfinden, sind uns noch völlig unbekannt. Doch ist klar, daß hierbei ein Teil des Ahnenerbes verloren gehen muß, falls nicht von den zahlreichen Keimzellen eines Individuums die relativ wenigen, die zur Befruchtung und Entwicklung gelangen, sich zufällig gegenseitig so ergänzen, daß sie zusammen alle in der überkommenen Keimsubstanz dieses Individuums vorhandenen Ahnenvarianten jedes Erbelementes enthalten.

Eine weitere, das Verständnis der Vererbung sehr erschwerende Komplikation der Vererbungserscheinungen wird dann durch die Vereinigung je einer halben Erbmasse zweier Individuen bei der Befruchtung verursacht. Denn diese führt wieder zu mannigfachen Kombinationen der Elemente oder Elementgruppen, aus denen die Vererbungssubstanz besteht. Auf diesen verschiedenen Kombinationen beruht u. a. auch der Wechsel zwischen der Entwicklung und der Latenz ererbter Anlagen. Vererbt werden können nämlich nicht bloß jene Anlagen, welche die Entwicklung des Individuums bestimmen und dadurch für unser Wahrnehmungsvermögen mehr oder weniger manifest werden, sondern auch jene, die zwar in seinem Keimplasma vorhanden sind, aber bei der gegebenen Kombination der Erbelemente die Bedingungen ihrer Entwicklung nicht finden. Es bedarf nur einer gewissen Konjunktur der Erbelemente in einer späteren Generation, um sie an einer Ontogenese Anteil nehmen zu lassen. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß alle jene Eigenschaften eines Individuums, die es nicht erst während seines (embryonalen und späteren) Lebens unabhängig von seinem Keim erworben hat, auf ererbten und darum weiter vererbzbaren Anlagen beruhen, gleichgültig, ob sie auch bei seinen Eltern oder deren Vorfahren manifest gewesen waren oder nicht. Da nun diese Neukombinierung der Erbelemente die Hauptquelle der Variation ist, so sind auch die Variationen mit wenigen Ausnahmen ererbt. Es ist also irrig, durch sie den Nachbereich der Vererbung als geschmälert anzusehen, und auch die herkömmliche Gegenüberstellung von Vererbung und Variation ist sonach hinfällig. Diese große Rolle der latenten

Vererbung wird oft verkannt, was zu einer Unterschätzung der Tragweite der Vererbung führt.

Andererseits erfährt die Tragweite der Vererbung eine beträchtliche Einschränkung durch die Weismannsche Lehre, welche die Vererbbarkeit der von den Individuen funktionell erworbenen Abänderungen ihres Organismus bestreitet und m. E. in äußerst hohem Grade unwahrscheinlich macht¹. Ich rechne demgemäß nirgends mit der Vererbbarkeit vom Individuum funktionell erworbener Änderungen und stehe somit gegenüber dem Einwurf einer Überschätzung des Bereiches der Vererbung auf um so festerem Boden.

Obgleich nun die Vererbungswissenschaft noch sehr viele dunkle Punkte aufweist, an deren Erforschung übrigens gerade die Gegenwart in fruchtbarster Weise arbeitet, so ist man doch durch mannigfache Erfahrungstatsachen in den Stand gesetzt, das Ergebnis der Paarung zweier bestimmter Individuen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit vorausszusehen, die um so größer wird, je genauer wir über die Qualitäten der Vorfahren unterrichtet sind. Die Tierzüchter lassen sich von diesbezüglichen Kenntnissen mehr leiten als von den manifesten Eigenschaften der zu paarenden Individuen, und Darwin sagt über diesen Punkt: „Will man über den Wahrscheinlichkeitserfolg (der Paarung) sich ein Urteil bilden, so ist der Stammbaum eines Renners von größerem Wert als seine äußere Erscheinung“². Das gilt für die psychische Vererbung ebenso wie für die übrige. Die ganze Tier- und Pflanzenzucht mit ihren bewundernswerten Ergebnissen beruht auf solchen Wahrscheinlichkeitsprognosen und kann als ein großartiger experimenteller Beweis für die von allen Tierzüchtern ausnahmslos angenommene große Bedeutung der Vererbung, einschließlich der latenten Vererbung, betrachtet werden.

Die erblichen Anlagen der Individuen sind bei allen Arten, und besonders auch beim Menschen, verschieden, und soweit diese Anlagen als Ausrüstungen für den Daseinskampf zwischen den Individuen und den Gesellschaften, denen sie angehören, in Betracht kommen, wie besonders die sanitären, die intellektuellen und die ethischen Anlagen, haben die individuellen Varianten verschiedenen

¹ Auch H. Semon's Werk „Die Mneme“ (Leipzig 1904) hat daran nichts geändert; vgl. Weismann's neueste Publikation im Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie III, 1 (Febr. 1906): Semon's „Mneme“ und die „Vererbung erworbener Eigenschaften“.

² „Das Variieren der Tiere und Pflanzen im Zustand der Domestikation“, deutsch von B. Carus. Stuttgart 1868, 1. Bd. S. 63.

Wert für die Individuen und Gesellschaften. Hinsichtlich dieser Werte ist keine Generation eines Volkes jemals der vorausgehenden oder der nachfolgenden gänzlich gleich, teils weil die voneinander verschiedenen Individuen sich nicht in gleichem Maße fortpflanzen, teils weil die Kinder nicht ganz den Eltern gleichen, und auch die Kinder derselben Eltern verschiedene Erbanlagen besitzen. Es können also gute Erbanlagen einer oder mehrerer, möglicherweise aller Kategorien in der nächsten Generation bei einer relativ größeren Anzahl von Individuen auftreten als in der vorausgegangenen, oder auch umgekehrt. Außer einer Zu- oder Abnahme der relativen Häufigkeit oder Verbreitung gewisser Anlagen von einer bestimmten Qualität sind auch Steigerungen oder Verschlechterungen der Tüchtigkeitsgrade von Einzelanlagen oder von Anlagekomplexen bei einzelnen oder mehreren Individuen der folgenden Generationen möglich.

In der einen wie in der anderen Hinsicht hängen diese Änderungen hauptsächlich von der natürlichen Auslese sowie von der geschlechtlichen Zuchtwahl ab, in geringerem Maße auch von verschiedenartigen äußerlich bedingten Modifikationen der Ernährung der in den Keimzellen der jeweils lebenden Generation enthaltenen Erbkörperchen. Sie können sich im Laufe der Generationen bald nach der einen, bald nach der anderen Richtung, unter Umständen aber auch andauernd in einer Richtung, bewegen, sei es der aufsteigenden oder der absteigenden; sie können hinsichtlich der einen Anlagenkategorie eine günstige, hinsichtlich der anderen eine ungünstige Richtung haben, und sie können in einer Kategorie sich langsamer oder rascher verschlechtern oder verbessern als in anderen. Strenge Auslese zwingt die betreffende Entwicklung in die Richtung zu besserer Anpassung, ein Nachlassen der Auslese gestattet auch minder angepassten Varianten, an denen es kaum jemals fehlt, sich fortpflanzen und zu verbreiten. Aus Gründen, die S. 254 und 168 des besprochenen Buches dargelegt sind, ist die Verschlechterung guter Anlagen („gut“ teils hinsichtlich der Anpassung an die Bedürfnisse des Individuums, teils an jene der Gesellschaften) in sehr viel rascherem Tempo möglich als eine noch höhere Bervollkommnung, d. h. Besseranpassung an die Bedürfnisse des Individuums sowie der Gesellschaft.

2.

Beim Menschen ist die natürliche Auslese und die geschlechtliche Zuchtwahl stark beeinflusst worden durch die Sozial- und Kultur-

entwicklung, insofern seitdem in mancher Hinsicht die Überlegenheit im Daseinskampf der Individuen und der Gesellschaften weniger von erblichen Anlagen als vielmehr von nicht biologisch vererbbaaren Vorzügen und Vorteilen abhängig wurde. Sobald die nicht biologisch erblichen Kulturgüter eines Volkes sich in solchem Maße entwickelt haben, daß sie im Daseinskampf schwerer in die Waagschale fallen als die erblichen Werte, hört die Auslese auf, die erblichen Fähigkeiten mit der bisherigen Strenge zu kontrollieren. Dieser Grad von Kulturhöhe kann, abstrakt gedacht, als Grenzlinie zwischen Natur- und Kulturvölkern gelten.

Manche psychische und auch physische Reimeigenschaften, die vordem zu den unerläßlichen Existenzbedingungen für das Individuum oder für menschliche Gesellschaften gehört hatten, haben bei den Kulturvölkern infolge einer vikariierenden Wirkung von Kulturrerungenschaften und sozialen Einrichtungen aufgehört, für das Individuum bzw. die Gesellschaft lebenswichtig zu sein, was zur Folge hatte, daß Personen bzw. sozialisierte Personengruppen, welche diese Anlagen in geringerer Güte bzw. seltener besaßen, dessentwegen nun nicht mehr der Ausmerzung verfielen; daß also die natürliche Auslese nicht mehr zugunsten der Erhaltung oder gar Steigerung jener Erbqualitäten eingreifen konnte; daß, mit einem Worte, die Bedingungen der „Panmixie“ für sie gegeben waren. Andauernde Panmixie führt aber innerhalb des betreffenden Zeugungsfreies unvermeidlich zu einem Rückgang der Güte oder Funktionsfähigkeit des betreffenden Organs.

Ein einfaches und darum überzeugendes Beispiel der Wirkung von Panmixie ist der unbestrittene Rückgang der Tüchtigkeit des menschlichen Gebisses, der natürlich nicht als Folge der zahnärztlichen Tätigkeit aufzufassen ist, wie es kürzlich in einer vielfach sehr gerühmten Kritik des Entartungsproblems durch einen Professor der Hygiene allen Ernstes als üblich vorausgesetzt wurde, sondern als Folge der verminderten Lebenswichtigkeit des menschlichen Gebisses, die schon mit den ersten Anfängen der menschlichen Kultur sich ergab. Je mehr die durch Auslese geleitete Entwicklung des menschlichen Gehirns (und infolge davon auch der menschlichen Hände usw.) zum Gebrauch von Werkzeugen für die Zerkleinerung der Nahrung (wie auch für die Abwehrung von Feinden und für den Angriff auf diese, sowie auf Beutetiere) führte, und je mehr der Mensch die ihm von der Natur dargebotenen Rohinstrumente (Steine, Knüppel usw.) künstlich vervollkommnete, desto weniger hing die Existenzfähigkeit des

Menschen von der Stärke und sonstigen Tüchtigkeit seines Gebisses und der Beißmuskulatur usw. ab, desto schwächer und mangelhafter konnte also das Gebiß werden, ohne den Untergang der mit mangelhaften Gebissen ausgestatteten Individuen und Zeugungsgruppen zu verursachen¹. Infolge dessen konnten sich auch Individuen mit minder guten Varianten des zum Beißen dienenden Organsystems erhalten und an der Fortpflanzung der Rasse teilnehmen, so daß in dieser nun mehr und mehr auch solche Individuen vertreten waren, deren Gebiß nicht mehr jene vorzügliche Beschaffenheit hatte, die vorher ein ganz allgemeiner Rassecharakter gewesen war und gewesen sein mußte. Ein ungeheurer Fortschritt in dieser Richtung trat ein mit der Erfindung der Feuerbereitung, die einerseits eine weitere Vervollkommnung der Werkzeuge und anderseits eine solche Zubereitung der dem Menschen zu Gebote stehenden Nahrungsmittel gestattete, daß die Zähne beim Zerkleinern und Rauen der Nahrung nur noch eine verhältnismäßig leichte Aufgabe hatten. Und da die Ernährungstechnik noch jetzt im Fortschreiten begriffen ist, so ist auch eine weitere Verkümmern des menschlichen Gebisses zu erwarten; denn die Tüchtigkeit eines jeden Organs ist unter Mitwirkung der natürlichen Auslese zustande gekommen und bedarf der unverminderten Fortdauer gleichgerichteter Auslesewirkungen, um von der erreichten Anpassungshöhe nicht herabzugleiten. Auch hier gilt also (wie auf vielen anderen Gebieten) der Satz: Je länger und je besser ein kultureller Ersatz für erbliche Vorzüge besteht, desto unentbehrlicher wird dieses kulturelle Surrogat, auch da, wo es anfänglich nur zum Ausgleich von Unvollkommenheiten ererbter Funktionen, also nur zu deren Unterstützung, nicht zu deren Ersatz diente.

Diese Anschauung hatte sich mir zuerst hinsichtlich meines ärztlichen Berufsfaches aufgedrängt, und ich formulierte sie in einer vor 15 Jahren veröffentlichten kleinen Schrift² in folgender Weise: „Je höher die Leistungen der therapeutischen Medizin steigen, desto mehr

¹ Auch die sonstige relative Wehr- und Waffenlosigkeit des menschlichen Organismus, dessen Hauptwaffe eben das Gehirn ist, ist gleichfalls dadurch verursacht, und man kann zuverlässig prophezeien, daß auch bezüglich der Befähigung zu großen Muskelleistungen die künftige Erbentwicklung der Menschheit nach abwärts gerichtet sein wird, weil die Fähigkeit zu technischer Kraft-erzeugung den Auslesewert großer Muskelkraft ungemein stark vermindert hat.

² „Über die drohende körperliche Entartung der Kulturmenschheit.“ Neu-wied 1891, S. 7 f.

werden die folgenden Generationen der Medizin bedürfen. Die Medizin nützt wohl dem jeweiligen Individuum, aber auf Kosten der Gattung Denn je mehr die Medizin leistet, desto mehr Individuen von unterdurchschnittlicher sanitärer Erbqualität nehmen an der Fortpflanzung teil.“ In Übereinstimmung mit dieser Ansicht steht die Tatsache, daß z. B. die Häufigkeit künstlicher Geburten bei uns schon ca. 7 % aller Geburten beträgt, während „bei den wilden Völkerschaften die Geburten gewöhnlich schnell und glücklich erfolgen und die frisch Entbundenen sofort ihren gewohnten Geschäften nachgehen“¹. Auch wilde Tiere, die natürlich von jeher einer unbittlich strengen Auslese auch in dieser Hinsicht ausgesetzt waren, gebären nahezu immer ohne Schwierigkeit, während z. B. bei unseren Rühen, unter denen die Strenge der diesbezüglichen Auslese infolge der mannigfachen menschlichen Fürsorge schon seit Jahrtausenden sehr viel geringer ist, schwierige Geburten schon ziemlich oft vorkommen.

Aber die Einschränkungen, welche die natürliche Auslese durch die Leistungen der Heilkunde und der Hygiene erfährt, sind nicht besonders groß im Vergleich zu den durch manche andere soziale Einrichtungen bewirkten. Schon das Aufkommen der Feuerbereitung und dann die weiteren Fortschritte der Ernährungstechnik haben zur Verminderung der ererbten Widerstandskraft des menschlichen Organismus, insbesondere zu einem durchschnittlichen Sinken der ererbten Tüchtigkeit unseres Verdauungssystems, sicher mehr beigetragen als die verhältnismäßig junge und in mancher Hinsicht wenig leistungsfähige Heilkunde nebst der allerdings viel wirksameren Hygiene.

Von großem Einfluß auf den Entwicklungsgang sowohl der sanitären als auch der psychischen Anlagen war ferner ohne Zweifel die allmähliche Entwicklung des Besitztums und der Rechtsordnung. Solange die Besitz- und Rechtsverhältnisse noch nicht so entwickelt waren, daß sie instande gewesen wären, geistig und körperlich schwächliche Personen in Vorteil gegenüber anderen zu setzen, vermochten nur Personen mit gewissen persönlichen Vorzügen samt ihren Familien über die infolge von Mißwachs, Wildmangel usw. von Zeit zu Zeit eintretenden Perioden großer Nahrungsnot hinwegzukommen, sei es, daß sie durch überlegene Muskelkraft oder Geschicklichkeit in der Handhabung der Waffen, oder durch größere Klugheit und persönliche Autorität in den Stand gesetzt waren, sich besser als andere einen zum Überleben ausreichenden Anteil an den erreichbaren dürftigen

¹ A. Schröder, Lehrbuch der Geburtshilfe. Bonn 1882, S. 235.

Existenzmitteln zu verschaffen, sei es, daß sie sich unter denen, die dem gleichen Mangel ausgesetzt waren, durch größere Widerstandskraft ihrer Konstitution auszeichneten; in diesem Falle gegen den Hunger, in anderen Fällen gegen Kälte oder andere gemeinschaftliche Kalamitäten. Was also nach solchen schweren Zeiten von einem primitiven Volk oder Stamm oder einer Horde übrig blieb, übertraf aller Wahrscheinlichkeit nach entweder an sanitärer Widerstandsfähigkeit oder an körperlicher Kraft und Gewandtheit oder an Intelligenz oder an sonstigen Eigenschaften, durch welche andere sich bestimmen ließen, für ihre Erhaltung mit zu sorgen, das Niveau der früheren Bevölkering.

Die Auslesewirkungen solcher Zeiten auf die Familien- und Sozialanlagen erscheinen zu verwickelt, als daß ihre Erörterung in diesem beschränkten Rahmen versucht werden könnte. Nur soviel ohne weiteres klar, daß die im individualistischen Daseinskampf stark machenden Vorzüge ohne Schaden für das Individuum geringer sein konnten, wenn es einer vollkommener sozialisierten Gruppe angehörte, die den Daseinskampf nach außen gemeinschaftlich führte, während innerhalb der Gruppe der individualistische Daseinskampf mehr oder weniger ethisch geregelt war. Der hohe Auslesewert entwickelter Sozialanlagen schmälert also, als stärkerer Konkurrent, den Auslesewert der mannigfachen zum individualistischen Daseinskampf tüchtig machenden Erbauerrüstungen, und noch beträchtlich stärker fällt die (im Vergleich zu den Sozialanlagen eines unendlich rascheren Fortschritts fähige) kulturell-ethische Entwicklung in die Waagschale der Auslese.

Man ist sehr geneigt zu glauben, daß bei Naturvölkern mehr die Sinnesschärfe, die körperliche Gewandtheit und die gesundheitliche Widerstandskraft des Körpers durch die natürliche Auslese gezüchtet werde, bei den Kulturvölkern hingegen die intellektuelle Begabung. Diese Annahme ist jedoch ganz unbegründet. Denn bei Kulturvölkern mit weitgehender Arbeitsteilung können sich nicht etwa nur Schwachsichtige, Schwerhörige und Taubstumme, Muskelschwache und Ungelenke, Kränkliche usw., sondern auch Personen mit ganz geringen intellektuellen Anlagen das zur Gründung und Erhaltung einer Familie nötige Existenzminimum andauernd erwerben. Manche bei uns verbreitete Erwerbsarten vertragen sich mit einer beträchtlich geringeren natürlichen Intelligenz, als z. B. bei einem Jägervolk jeder einzelne besitzen muß, um in den periodisch wiederkehrenden Zeiten großen Wildmangels, in denen nur die besten Jäger noch Erfolg haben, sich und seiner Familie das Leben zu fristen.

Ein unverkennbares Beispiel für die Wirkungen der Panmixie liefert u. a. auch der Ersatz der menschlichen Milch durch Tiermilch bei der Ernährung der Säuglinge. In manchen Gegenden, so auch in meiner schwäbisch-bayerischen Heimat, wurde den eben Geborenen bis vor kurzem fast allgemein vom ersten Tage an Kuhmilch statt der Mutterbrust gereicht. Unter solchen Umständen hatten die Kinder von stillungsunfähigen Müttern *ceteris paribus* natürlich genau dieselbe Lebenschance wie die von stillungsfähigen Müttern; denn gestillt wurden ja weder die einen noch die anderen. So waren für die Stillungsfunktion die Bedingungen der Panmixie gegeben, und deren Folgen blieben nicht aus; denn Anomalien der Brüste (und ihrer Warzen) sind in diesen Gegenden ungemein häufig und bedingen auch da, wo die Mütter — gemäß den von den heutigen Ärzten propagierten Anschauungen — gern stillen möchten, ungemein oft den Verzicht auf diese Ernährungsweise¹. Bevor es üblich wurde, die Milch von Tieren zur Ernährung von Säuglingen zu verwenden, waren Frauen mit unzulänglichem Stillvermögen nur ausnahmsweise, nur wenn ihnen Ammen zur Verfügung standen, in der Lage, ihre Kinder aufzuziehen. Die natürliche Auslese duldete also keine Vererbung solcher Anomalien; d. h. Panmixie in diesem Punkt war ausgeschlossen — übrigens ein Zustand, der in manchen hochkultivierten Ländern, so in China und Japan, auch heute herrscht, weil eben dort das natürliche Säugen der Kinder immer und allgemein beibehalten wurde.

Kurzsichtigkeit kommt, soviel wir wissen, bei Angehörigen von Naturvölkern nur selten vor, und wir müßten uns wundern, wenn das anders wäre. Denn es ist anzunehmen, daß die natürliche Auslese unter primitiven sozialen Verhältnissen eine häufigere Vererbung und größere Ausbreitung dieses Defekts, der unter solchen Daseinsbedingungen seine Träger in empfindlichen Nachteil versetzt, stets verhinderte. Bei uns hingegen gibt die Leistungsfähigkeit des Gesichtsinns nicht mehr den Ausschlag für das Gedeihen des einzelnen und der Völker, es herrscht in diesem Punkt Panmixie, und deren Folge ist die weite Verbreitung der Kurzsichtigkeit usw. Bei einigen von unseren schon länger domestizierten Haustieren, dem Hund und dem Pferd, ist nach Weismann² Kurzsichtigkeit jetzt schon als eine häufige Eigenschaft nachgewiesen: ein Beweis, daß die Panmixie, und nicht etwa die Vererbung der funktionell erworbenen Schädigungen

¹ Nur bezüglich dieser Tatsache selbst s. D. Hollinger, „Über Säuglingssterblichkeit“ usw. im Korresp.-Bl. der D. Ges. f. Anthr. XXX, 1899, S. 119.

² „Vorträge über Deszendenztheorie“, II, 1902, S. 165.

des Sehorgans durch Überanstrengungen beim Lesen und Schreiben usw., die Ursache des Überhandnehmens dieses Übels ist. Für diese Haustiere hängen eben, gerade wie beim Kulturmenschen, Leben und Fortpflanzung nicht mehr vom Besitz eines scharfen Sehvermögens ab, und ähnlich verhält es sich mit der Schärfe des Gehörs und des Geruchsinns; auch in dieser Hinsicht stehen wir durchschnittlich hinter den Naturvölkern zurück, und ebenso unsere Haustiere hinter ihren wildlebenden Verwandten.

In analoger Weise wurde mit der durch die hohe Stufe der menschlichen Intelligenz ermöglichten Entwicklung einer äußeren Ordnung des sozialen Lebens durch Sitten- und sonstigen Zwang die Abhängigkeit des sozialen Lebens der Menschen von speziellen sozialen Instinkten immer geringer, so daß letztere zu ganz unbestimmten und schwachen Erbanlagen verkümmern konnten, die, wenn ihrer spontanen Entwicklung überlassen, durchaus unzulänglich wären, um den Bestand selbst einer primitiven menschlichen Gesellschaft zu ermöglichen. Auch in diesem Punkt zeigt sich ein (durch Auslesehemmungen bedingter) Antagonismus zwischen der kulturellen und der erblichen Entwicklung¹.

Soweit wir für die Rückbildungen erblicher Anlagen einen vollwertigen Ersatz oder gar eine Überkompensation durch kulturelle Errungenschaften erlangt haben und noch weiter zu erlangen hoffen dürfen, können diese Rückbildungen kaum als bedauernswert und jedenfalls nicht als Entartungen² im strengen Sinn des Wortes angesehen werden. So könnten wir uns z. B. über die zweifellose Tatsache, daß unsere Erbentwicklung in Hinsicht auf die Leistungsfähigkeit und sanitäre Widerstandskraft unseres Gebisses nach abwärts gerichtet ist, mit der Erwägung trösten, daß wir in unserer Ernährungstechnik einen vollen Ersatz, und mehr als bloß das, für die tadellosen Gebisse besitzen, mit denen die gänzlich vor-kulturellen Vorfahren des Menschen allgemein ausgestattet waren — wenn nicht

¹ Eingehender ausgeführt in meinen „Beiträge zu einer Nationalbiologie“. Jena 1905, S. 54—59.

² Unter Entartung verstehe ich eine mit verschlechterter Funktionsfähigkeit eines oder mehrerer Organe einhergehende und zu geringerem Angepaßte sein an die Existenzbedingungen führende Erbentwicklung von Generationsfolgen. Daß die so verstandene Entartungsfrage ein Ergebnis der selektiven Deszendenztheorie ist, scheint mir Prof. Tönnies mit Unrecht zu bestreiten. Die vor Darwinischen Arbeiten über Entartung kommen für das heutige Entartungsproblem nur als Bausteine in Betracht.

die Statistik auf einen gewissen Zusammenhang der Qualität der Gebisse mit der sanitären Allgemeinkonstitution ihrer Besitzer hinwies¹.

Es wäre freilich sehr gewagt, aus dieser Beobachtung im Verein mit der Tatsache der schon seit Jahrtausenden fortschreitenden Degeneration unseres Gebisses den Schluß zu ziehen, daß die Durchschnittsgüte der sanitären Erbanlagen bei den Kulturvölkern im Rückgang begriffen sei. Es ist überhaupt nicht leicht, diese Frage mit Sicherheit zu entscheiden. Viele glauben sie mit dem Hinweis auf die gegenwärtige beträchtliche Zunahme der durchschnittlichen Lebensdauer bei den meisten Kulturvölkern einfach verneinen zu können, wobei sie außer acht lassen, daß die Lebensdauer nicht nur von den ererbten sanitären Qualitäten, sondern in sehr hohem Grade auch von den äußeren Lebensbedingungen abhängt. Wo letztere beträchtlich günstiger geworden sind, ist sogar der Fall denkbar, daß die durchschnittliche Lebensdauer einer Bevölkerung oder einzelner von ihren Altersklassen oder ihren Besitz- und Standesklassen höher wird, während gleichzeitig ein durchschnittlicher Rückgang ihrer sanitären Erbqualitäten, ihrer generativen Widerstandsfähigkeit, stattfindet. Tatsächlich hat ja bei den Völkern, die sich einer Zunahme der durchschnittlichen Lebensdauer erfreuen, etwa gleichzeitig ein beträchtlicher wirtschaftlicher Aufschwung und eine Besserung der Lebenshaltung speziell der breiten unteren Volksschichte stattgefunden, und außerdem ist es etwa gleichzeitig der Hygiene gelungen, die vormalig verheerenden Wirkungen der Blattern, der Cholera, des Typhus und anderer Volksseuchen auf einen winzigen Bruchteil ihres früheren Umfangs einzuschränken². Auch wird kein Verständiger behaupten, daß es eine Verbesserung der Rasse bedeute, wenn z. B. infolge der erhöhten Fürsorge für Tuberkulöse die durchschnittliche Lebensdauer der Gesamtbevölkerung sich heben würde. Vielmehr hätten wir, soweit die Verlängerung der Lebensdauer von Personen mit erblicher Disposition

¹ S. Westergaard, „Mortalität und Morbidität“. Jena 1901, S. 245 ff. — Auch die umfassenden Untersuchungen der „Zentralstelle für Zahnhygiene“ in Dresden führten zu dem Ergebnis, daß Kinder mit schlechteren Zähnen durchschnittlich auch ein geringeres Körpergewicht und — schlechtere Zensuren hatten, und daß schlechtbezahnte Rekruten um ein Drittel weniger taugliche Soldaten liefern als gutbezahnte. Beiläufig bemerkt, widersprechen auch diese Tatsachen der von Prof. Tönnies vertretenen Meinung, daß gute intellektuelle Anlagen in der Regel mit schlechten sanitären verbunden seien und umgekehrt.

² Ich verweise auf den lehrreichen Artikel „Volksgeundheit“ von Karl Jentsch in Hardens „Zukunft“ vom 22. April 1905.

zu Tuberkulose Hand in Hand mit ihrer stärkeren Beteiligung an der Erzeugung von Nachkommenschaft einherginge, offenbar den Fall, daß die Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer der Gesamtbevölkerung sogar mit einer Verschlechterung des Durchschnitts der generativen sanitären Widerstandsfähigkeit einherginge; freilich nur vorübergehend; denn bald würde sich als Ergebnis der Rassenverschlechterung trotz aller Gunst der äußeren Lebensbedingungen wieder ein Rückgang der mittleren Lebensdauer einstellen. Nach J. B. Haycraft¹ hat sich in England in den 50 Jahren von 1840 bis 1890 die Lebensaussicht des mittleren Lebensalters in der Tat verschlechtert und scheint noch in weiterem Rückgang begriffen zu sein, trotz der Besserung der äußeren Lebensbedingungen.

Aber selbst wenn wir überzeugt sein könnten, daß die Gunst der äußeren Lebensbedingungen eine etwaige Verminderung der generativen Widerstandskraft gegen lebensfeindliche Einflüsse andauernd ausgleichen und sogar überwiegen werde, so dürften wir uns dennoch dabei nicht beruhigen; denn sowohl vom individualistisch-eudaimonistischen als auch vom sozialdynamischen Standpunkt aus betrachtet, ist ein Leben, das nur dank günstigerer äußerer Verhältnisse eine gewisse Dauer zu erreichen vermag, nicht gleichwertig mit einem Leben, das dieselbe Dauer unter ungünstigeren äußeren Verhältnissen zu erreichen vermag. Und selbst wenn ersteres nicht minderwertig wäre, so müßten wir dennoch eine Verschlechterung der sanitären Erbkonstitutionen bedauern, weil es eben nicht unbedingt nötig ist, daß die Besserung der äußeren Lebensbedingungen mit einer Verschlechterung der erbten zusammenfalle, vielmehr kann und soll das Niveau der erbten sanitären Tüchtigkeit einer Bevölkerung auch bei einer durchschnittlichen Besserung der äußeren Lebensbedingungen erhalten und wohl auch noch erhöht werden. Wir haben also triftigen Anlaß zu dem Bestreben, uns die Wirkungen gebesserter Lebenshaltung nicht durch eine gleichzeitige Einbuße an der erbten gesundheitlichen Widerstandsfähigkeit schmälern zu lassen.

Dazu kommt, daß die physiologischen Erbgüter eines Volkes für dieses in mancher Hinsicht höheren Wert haben als die nicht vererbaren Traditionsüter, mittels deren wir uns günstigere äußere Lebensbedingungen zu schaffen vermögen. Die erblichen Vorzüge eines Volks, die psychischen mit einbegriffen, können ihm von einem anderen Volk weder geraubt werden, wie wirtschaftliche Güter, noch abgelernt und

¹ „Natürliche Auslese und Rassenverbesserung“, deutsch von Kurella. Leipzig 1895, S. 72—80.

nachgeahmt, wie wissenschaftliche und technische Errungenschaften und soziale Einrichtungen. Auf die Dauer, sofern dabei die wechselnde Gunst oder Ungunst geschichtlicher Konjunkturen als ausgegaltet gedacht werden darf, bilden also die generativen Anlagen, insbesondere die psychischen, den allerwichtigsten Faktor der Überlegenheit bzw. der Schwäche im Wettkampf der Völker.

Ein anderer Vorzug der biologischen Erbwerte ist, daß sie (z. B. im Gegensatz zu wissenschaftlichen Kenntnissen) nicht nur mühelos auf folgende Generationen übertragen, sondern sogar, wie die künstliche Tierzucht beweist, bei richtiger Zuchtwahl andauernd gesteigert werden können. Andererseits ist die erreichbare Kulturhöhe eines Volkes, sowohl hinsichtlich der Übernahme der von den Vorfahren geschaffenen Kulturwerte als auch hinsichtlich der Neuschaffung solcher, nicht unabhängig von seiner psychischen Durchschnittsbegabung sowie von der Häufigkeit und Höhe hervorragender Begabungen. Mit der — hauptsächlich von der Art der Selektion abhängenden — Zu- oder Abnahme der Häufigkeit und der Höhe guter Erbanlagen erweitern bzw. verengern sich die Grenzen des durch Erziehung und Unterricht, durch Forschung und durch soziale Organisation Erreichbaren. Die Kulturentwicklung ist nicht so ausschließlich, wie die Marxisten und auch manche andere Nationalökonomien meinen, von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig, sondern es spielen u. a. auch die ererbten psychophysiologischen Grundlagen des Wissens und der Zivilisation eine wichtige Rolle dabei.

Bisher war nur von Einschränkungen der natürlichen Auslese unter den Erbanlagen durch die Konkurrenz seitens momentan überlegen machender kultureller Surrogate die Rede; nur von der Panmixie, nicht von der umgekehrten Auslese oder Kontraselektion. Die Sozialentwicklung hat aber auch Zustände herbeigeführt, die bewirken, daß die Träger wertvollerer Erbanlagen gerade infolge der Vorzüge, die sie diesen Anlagen verdanken, in der Fortpflanzung relativ zurückbleiben. Ich verweise auf meine Ausführungen über die gerade bei den höheren Ständen — und unter diesen wiederum gerade bei den begabtesten Gliedern am meisten — überhand nehmenden Einschränkungen der Fortpflanzung¹, über die

¹ S. 159—168, 111 ff., 127 ff., 140 ff. des besprochenen Buches. Vergl. hierüber auch die einschlägige von S. N. Steinmetz in der Zeitschrift für Sozialwiss. VIII, 1, 1904 veröffentlichte statistische Arbeit und meine Abhandl. über „Die soziolog. Bedeutung des Nachwuchses der Begabteren“ usw. im „Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie“ II, 1, 1905.

kontra-selektorisches Wirkung der modernen Behordnungen und der Kriege, ferner über solche Wirkungen der gegenwärtig so ungeheuer verbreiteten Geschlechtskrankheiten¹, von denen die oberen Stände, hauptsächlich weil sie später heiraten, relativ häufiger befallen werden als die übrige Bevölkerung, und die, wie besonders von Blaschko überzeugend dargetan wurde, gerade unter den Studenten überaus stark grassieren.

Auch abgesehen von Auslesehemmungen und -Umkehrungen hat unsere Kultur einige schädliche Einwirkungen auf unsere Erbentwicklung mit sich gebracht. Hierher gehören vor allem die häufigen durch den Alkoholismus bewirkten Reimdegenerationen, aber auch solche, die von Syphilis herrühren, während allerdings andere, so z. B. die durch Malaria bewirkten, durch die Kultur eine Eindämmung erfahren.

Sollen und können wir nun die Einschränkungen der natürlichen Auslese unter den biologischen Erbwerten und das progenitorische Übergewicht der erblich minder Tüchtigen beseitigen?

Letzteres, d. h. eine Besserung unserer sexuellen Zuchtwahl², ist, wenn auch zum Teil nicht leicht zu erreichen, doch unbedingt anzustreben.

Was hingegen den Verzicht auf Einschränkungen der natürlichen Auslese anlangt, so kann gar nicht davon die Rede sein, daß er einem Kulturvolk zugemutet werden könnte. Denn es liegt im Wesen der Kultur, daß sie, je höher sie steigt, desto mehr imstande ist und darauf ausgeht, das mit der natürlichen Auslese unzertrennlich verbundene Elend einzuschränken. Glücklicherweise bedürfen wir der — nur durch vorzeitige Vernichtung entwickelter oder in der Entwicklung begriffener Individuen wirkenden — natürlichen Auslese gar nicht, um die Erbentwicklung vor Verschlechterung zu bewahren und ihr sogar die Richtung nach aufwärts zu geben; denn sexuelle Auslese vermag uns für jeden Verzicht auf natürliche Auslese mehr als nur vollen Ersatz zu leisten.

Was nun die Vervollkommenung dieser sexuellen Zuchtwahl anlangt, so mag man dabei nur an eine lediglich freiwillige denken, wie es

¹ Vergl. hierüber auch meine Abhandlung „Infektion als Morgengabe“ in der „Zeitschrift für Bekämpfung der Geschlechtskrankh.“ II, 1904, S. 389—419.

² Wie S. 2/3 u. S. 11 des besprochenen Buches bemerkt ist, gebrauche ich den Begriff der geschlechtlichen Auslese, um ihn dem der natürlichen Auslese gegenüberstellen zu können, in einem gegen Darwins Gebrauch erweiterten Sinn.

unserem individualistischen Sinne genehm ist, oder man mag für Personen der allerschlechtesten Keimbefchaffenheit Eheverbote für wünschenswert, ja dringend notwendig halten, wie dies der Verfasser aus mehrfachen Gründen tut, in beiden Fällen bedürfen wir hierzu vor allem der Anlegung von Stammrollen zur Erforschung der individuellen Keimqualitäten. Diese Dokumente, die wohl nur als staatliche Einrichtung genügende Zuverlässigkeit und allgemeine Verbreitung erlangen würden, sollten nicht nur über direkt feststellbare Erbqualitäten jeder einzelnen Person, sondern, soweit irgend tunlich, auch über die zur indirekten Erkenntnis der zu erforschenden Erbanlagen geeigneten Tatsachen geeignete Angaben enthalten, und zwar nicht nur bezüglich der sanitären Konstitution, sondern auch bezüglich der verschiedenartigen intellektuellen oder künstlerischen oder technischen Begabungen, des Temperaments und des Charakters usw. Diese Einrichtung wäre ebenso fruchtverheißend für die weitere Erforschung der Vererbungs-gesetze, als sie unerläßlich zur Gewinnung zuverlässiger Anhaltspunkte für die Beurteilung der Keimqualitäten jeder einzelnen Person ist, sei es nur für die private Vererbungshygiene, oder sei es auch für eine öffentliche.

Freilich bedarf es, um der Forderung einer rassedienslichen sexuellen Zuchtwahl allgemeine Anerkennung zu verschaffen, einer Weiterbildung unserer ethischen Anschauungen im Sinn einer generativen Entwicklungsethik, die nicht ausschließlich die Interessen der jeweils lebenden Generationen eines Gemeinwesens berücksichtigt und die aller künftigen Generationen ignoriert. Eine solche Weiterentwicklung ist keineswegs völlig aussichtslos. Hat sich doch auch in der Vergangenheit der Geltungsbereich sittlicher Pflichten mit steigender Zivilisation von der Familie auf eine immer größere Menschengruppe ausgedehnt, schließlich sogar über die sich vergrößernden Gemeinwesen hinaus auf alles, was Menschenantlig trägt. Dieser Entwicklungsgang berechtigt zu der Hoffnung einer weiteren Entwicklungsmöglichkeit unserer ethischen Anschauungen und der entsprechenden Praxis auch in der Richtung einer generativen Ethik, wenn nur die Ersprißlichkeit und Notwendigkeit dieser Richtung erkannt und andererseits die Grundsätze einer solchen Ethik mit allen der Gesellschaft und dem Staat verfügbaren Kräften gepflegt werden. Und die natürliche Auslese unter den Völkern wird dafür sorgen, daß diese Entwicklungsmöglichkeit auch verwirklicht wird. Denn das Volk, das sie zuerst pflegt, wird ja dadurch für die Zukunft sich einen großen Vorsprung vor anderen Völkern verschaffen.

3.

Mit den letzten, die Ethik betreffenden Sätzen haben wir bereits das Gebiet der Auslese unter den Kulturwerten betreten, mit deren Betrachtung der zweite Teil des Buches beginnt, während seine größere erste Hälfte sich mit der Untersuchung der Vererbung und Auslese der menschlichen Erbanlagen unter verschiedenen gesellschaftlichen Zuständen befaßt. Der Herr Kritiker meint: Vermutlich „soll damit den Vorschriften der Erläuterungen (zur Preisfrage) entsprochen werden“. Aber ich hatte schon in meiner Schrift von 1891 (S. 3) die Gültigkeit der „Prinzipien der Entwicklungslehre“ nicht nur für die organisch-erbliche, sondern auch für die kulturelle Entwicklung des Menschen hinsichtlich seiner Vergangenheit wie auch seiner Zukunft betont.

Die Auslese unter den Kulturwerten oder Traditionsgütern findet indirekt statt, nämlich durch Selektion unter den Individuen und Gesellschaften, die sich dieser Kulturwerte als Waffen im Daseinskampf bedienen. Prof. T. behauptet nun (S. 46), diese „soziologische Erweiterung der Selektionstheorie vergrößert die subtile Lehre Darwins dahin, daß die bessere Chance des Überlebens . . . einfach verwechselt wird mit dem Recht des Stärkeren in der Natur, also (!) mit der Tatsache, daß die großen Fische die kleinen fressen, daß der Raubvogel regelmäßig Sieger über den Singvogel . . . u. dgl. m.“ Dieser Vorwurf der Vergrößerung und Verwechslung Darwinscher Begriffe verbannt aber seine Existenz lediglich dem Umstand, daß der Kritiker in Wirklichkeit meine Begriffe vergrößert und verwechselt, indem er den Begriff der überlegenen gesellschaftlichen Anpassung oder Ausrüstung zum Bestehen des teils friedlichen, teils gewalttätigen intersozialen Daseinskampfes einfach (mittels des Wörtchens „also“, das hier ganz unbefugt ist) identifiziert „mit der Tatsache, daß die großen Fische die kleinen fressen“ usw. Ich glaube nicht, daß ein ruhiger Leser folgender Sätze (S. 213f.) meines Buches zu solcher Auffassung kommen kann: „ . . . Alle Kulturwerte, die nicht durch Vererbung, sondern nur durch Tradition, auf geistigem Wege, den nachkommenden Generationen überliefert werden, sind einer ständigen Auslese ausgesetzt: Sind sie geeignet, den Personen oder den Gesellschaftskörpern, in deren Besitz sie sich befinden, direkt oder indirekt Überlegenheit über andere Personen oder andere Gesellschaftskörper im Kampf um die Existenzmittel¹ zu ver-

¹ Die Ironie des Herrn Kritikers, mit der er z. B. fragt: „War es die Jahrbuch XXX 2, hrsg. v. Schmoller.

leihen, so werden sie sich erhalten und ausbreiten auf Kosten der unvollkommener an die Daseinsbedingungen angepassten Kulturwerte anderer Personen und Gesellschaftskörper, deren mangelhafte Kultur hierdurch dem Untergang geweiht ist.“ „Demnach müssen alle Kulturerrungenschaften, alle gesellschaftlichen Einrichtungen, die sexuelle Ordnung durch Sitte und Recht, einschließlich der Familienordnung, die Eigentums- und Wirtschaftsordnung, die politische Organisation, die religiösen Einrichtungen, die Höhe und Ausbreitung der sittlichen und wissenschaftlichen Bildung, die Entwicklung der Technik, der Rechtspflege usw. unter dem Gesichtspunkt der Ausrüstung zum sozialen Daseinskampf betrachtet werden, und ihre fortschreitende Entwicklung, die in der Anpassung an die steigenden Erfordernisse sozialer Machtentfaltung besteht, als Ergebnisse dieses Kampfes.“ „Schon in der Natur ist der Daseinskampf, der sich zwischen Individuen und auch zwischen deren Verbänden abspielt, nur zum kleinsten Teil ein gewalttätiger und offener, und beim Menschen hat die zunehmende Zivilisation noch die besondere Tendenz, diese Art des Daseinskampfes einzuschränken und zu ersetzen durch den friedlichen Wettbewerb um die Existenzmittel und um die Möglichkeit der Fortpflanzung.“ Dieser Gedankengang stimmt mit der Darstellung des Herrn Ref. betreffs des „Rechtes des Stärkeren in der Natur“ gewiß nicht überein, steht hingegen, obgleich er es bestreitet, ganz und gar im Einklang mit der Darwinschen Anschauungsweise. Aber die Frage, ob auch Darwin so gedacht hat oder gedacht hätte, scheint mir nebensächlich gegenüber der Frage, ob das Gedachte richtig ist oder nicht. Gesezt, die „soziologische Erweiterung der Selektionstheorie“ entspräche Darwins Auffassung nicht, wäre denn das für die Wissenschaft etwa Grund genug, sie abzulehnen? Es stünde schlimm um die Wissenschaft, wenn sie über die Anschauungen irgend einer Autorität, und wäre es auch eine so große wie die Darwins, nicht mehr hinausgehen dürfte.

Herr L. macht (S. 68) in der von ihm ausgiebig gepflegten Frageform auch den Einwurf, meine Hinweise auf die gesellschaftlichen Sitten und Einrichtungen in China und auf die sonstigen Faktoren, welche bei diesem Volk „die bei anderen Nationen wirksamen Ursachen der Degeneration und des Ver-

überlegenheit der griechisch-römischen Tragödie über die keltischen Barden, die Cäsar siegreich machte“ (S. 48), ist also schlecht angebracht. Wie soll man sich gegen solche Mißverständnisse schützen?

falls nicht haben aufkommen lassen“¹, hätten mit der Deszendenztheorie nichts zu schaffen. Er meint: „Übrigens soll die Auslese doch zur Entstehung neuer, höherer Rassen, also wohl auch Völker führen, und nicht zur chinesischen Versteinerung der alten“ (S. 69). Noch ausdrücklicher wird von ihm (S. 70) die Zugehörigkeit der konservativen Auslese zum Darwinismus geleugnet². Darin scheint mir nun Herr L. zu irren. Die Prinzipien der (Darwinischen) Deszendenztheorie³ beziehen sich, allgemein gefaßt, auf die Bedingungen und Ergebnisse des „Daseinskampfes“ der Organismen. Unter ungefähr gleichbleibenden Daseinsbedingungen gleichen sich die mit jeder neuen Generation sich einstellenden (individuellen) Änderungen immer wieder aus, in diesem Normalfall besteht also das Ergebnis des Daseinskampfes nicht in einer merklichen Artentwicklung. Hin- gegen unter wesentlich veränderten äußeren Daseinsbedingungen führt die natürliche Auslese allmählich zu merklichen Umänderungen der Art entweder in der Richtung zu komplizierterer Organisation oder auch in umgekehrter Richtung. In solcher Umänderung von Arten besteht unter jenen besonderen Umständen zuweilen die einzige Möglichkeit, ihr Aussterben zu verhindern. Es gibt zwar auch noch andere Umstände, die eine Weiterentwicklung begünstigen, im wesentlichen aber ist die Umwandlung nur ein Spezialfall unter den Bedingungen, von denen die Behauptung im Daseinskampfe jeweils abhängt. Übrigens ist auch in dem kritisierten Buch (S. 291) betont, daß nach Darwin eine fortschreitende Entwicklung nicht etwas an sich notwendiges ist, daß vielmehr die Notwendigkeit der Entwicklung nur auf der Notwendigkeit der Anpassung an veränderte Lebensbedingungen beruht, und daß die Entwicklung still stehen könne, soweit die äußeren Existenzbedingungen sich nicht ändern und die erreichte Anpassung an die zur Zeit gegebenen äußeren Lebensbedingungen schon eine ausreichende ist. Der Einwand des Herrn Kritikers, daß das Entartungsproblem einschließlich der Betrachtung der Bedingungen, unter denen Entartung eintritt oder vermieden

¹ Nach dem Original gesperrt gedruckt.

² In gleicher Auffassung wirft er auch Ruppins Verflachung der Deszendenztheorie vor.

³ Natürlich war jeder Bearbeiter der Preisfrage berechtigt, unter der Deszendenztheorie, von der sie spricht, die mit dem Auslesegedanken verbundene Darwinische Gestaltung derselben zu verstehen.

wird, mit den Prinzipien der Deszendenztheorie nichts zu tun habe, ist also, wie schon S. 431 bemerkt, ungerechtfertigt¹.

Wenn er (S. 47) erklärt, die Mangelhaftigkeit des Familiensinnes sei mehr eine natürliche als eine kulturelle Eigenschaft, so möchte ich erwidern, daß es sich da doch wohl nur um ein ungünstiges Größenverhältnis des Wertes, der auf Befriedigung des natürlichen Familiensinnes gelegt wird, zu den mit ihm konkurrierenden und stark wachsenden Kulturwerten handeln kann. Es sind die mit der Kultur aufkommenden neuen Werte und Bestrebungen, deren Konkurrenz zur Unterdrückung der aus dem natürlichen Familien- oder Fortpflanzungssinn stammenden Motive führt. — An gleicher Stelle fragt Herr L., ob es der mangelhafte Familiensinn war, der solche Völker, bei denen der Familiensinn nachließ, im Wettbewerb unterliegen ließ, auch wenn sie in Reichtum, Wissenschaft und Technik, besonders in der Waffen- und Kriegstechnik, weit überlegen waren. Es ist selbstverständlich, daß es für die Erhaltungsfähigkeit eines Volkes oder einer Rasse weder ausschließlich auf Familiensinn, noch ausschließlich auf Kriegstechnik usw. ankommt, sondern auf die Resultante aller der Faktoren, von denen die Stärke in der friedlichen und in der gewalttätigen Völkern Konkurrenz abhängt. Und wenn Herr L. weiter fragt, ob „die Entwicklung der Technik, der Rechtspflege usw. ebenfalls Merkmale sind, die für den Wettbewerb ums Dasein entscheidend sind“, so ist die Antwort auch hier nicht schwierig: Ihr Besitz ist mitbestimmend für die Konkurrenzkraft der Gemeinwesen und kann wie jeder andere Faktor, der die Stärke eines Gemeinwesens beeinflusst — das sonstige Kräfteverhältnis, einschließlich der Gunst oder Ungunst der Konjunktur, als gleich vorausgesetzt —, der einen Wagschale zum Übergewicht über die andere verhelfen. Es handelt sich da um gar nichts anderes als um den dem Biologen bekannten Begriff des „Selektionswertes“, der bezüglich der kulturellen Ausrüstung kein anderer sein kann als bezüglich der Erbausrüstung. In diesem Sinn erlebigen sich eine ganze Anzahl kritisierender Fragen. Der in der formalen Logik so beliebte Absolutismus in bezug auf das Verhältnis von Ursache und Wirkung entspricht nur selten (wenn überhaupt jemals), und so auch hier nicht, den

¹ Die chinesische Kultur ist übrigens, trotz der üblichen Annahme, niemals stille gestanden, und vermutlich war auch die erbliche Entwicklung der Chinesen niemals zur „Versteinerung“ gelangt: zwei grundverschiedene Entwicklungen, die aber Herr L. in seiner Dialektik leider nicht konsequent auseinanderhält.

tatsächlichen Verhältnissen. In der formalen Logik wird gewöhnlich vorausgesetzt, daß eine Ursache eine Wirkung bedingt, und darauf beruht auch obige dialektische Kritik. In der Natur aber wird immer eine Wirkung durch das Zusammenwirken einer Mehrheit von Faktoren oder Bedingungen zustande gebracht. Mit einer Dialektik, die der tatsächlichen Kombination der verursachenden Faktoren sowie auch der Wirkungen nicht gerecht wird, kann man die Wirklichkeit nicht begreifen, sondern nur Verwirrung stiften.

Wenn ich sage, daß die Erhaltung, Ausbreitung und Entwicklung von Kultureinrichtungen, z. B. der Monogamie oder der Familienordnung zwischen Eltern und Kindern oder der Wehrordnung usw., von dem Schicksal der Gesellschaften abhängt, von denen sie hervorgebracht oder angenommen worden sind, so darf diese Abhängigkeit wieder nicht als eine unbedingte aufgefaßt werden. Unter Umständen kann ja auch ein lahmer Hase sein Leben fristen und sich fortpflanzen, und doch sagt der Darwinist nicht mit Unrecht, das Schicksal des Hasen hänge von seiner Schnelligkeit ab, letztere habe hohen Selektionswert für ihn.

Der Herr Kritiker fragt u. a. auch: „Was heißt Vermehrung der Gesellschaftskörper?“ Nun ist aber in meinem Buch nirgends von einer Vermehrung der Gesellschaftskörper die Rede, und so haben auch die ausgebreiteten Ausführungen (S. 48—50) von T. über Kolonisation, über das Gleichnis von Mutterland, Tochter- und Pflanzstädten, über ungeschlechtliche Fortpflanzung der Gemeinwesen durch Tochterstädte, über die Analogie zwischen Staaten und Organismen usw., Ausführungen, die sich aus der Tönnies'schen Kritik der Ammons'schen Gesellschaftslehre¹ hierher verirrt haben, nicht das Geringste mit meinem Buch zu tun. Denn ich meines- teils habe die Analogie zwischen Staaten und Organismen, weil sie oft irreführt, gar nicht akzeptiert, obwohl Herr T. behauptet, daß meine „Darstellung völlig auf den extravaganten Folgerungen Schöffles beruht“², sondern ich schrieb sogar ausdrücklich: „Der Volkskörper besteht aus Individuen, aber er ist kein Individuum“ (S. 175). Wenn also hier die Tönnies'sche Kritik Schöffles zugleich als eine Kritik meiner Anschauungen erscheint, so

¹ J. Tönnies, „Ammons's Gesellschaftstheorie“, Archiv für Sozialwissenschaft, 1904, speziell S. 90.

² Eine Angabe, die übrigens auch sonst nicht überall zutrifft, wo Herr T. es meint. Was ich wirklich von Schöffle habe — und das ist allerdings nicht wenig — ist von mir überall getreulich angegeben.

muß ich das als unzutreffend ablehnen. Vielmehr wunderte es mich, daß ein anderer Kritiker (im ausgesprochenen Gegensatz zu mir) zu einer so ungebührlich oberflächlichen Auffassung der Preisaufgabe sich bekannte, wonach sie wesentlich im Aufdecken solcher Analogien und Gleichnisse bestünde, also in unfruchtbarer wissenschaftlicher Causerie.

4.

Von den sehr zahlreichen übrigen Einwendungen des Herrn Kritikers betrifft eine die wichtige Frage, welches die erblich wertvolleren Individuen sind. Die von mir hauptsächlich in Betracht gezogenen Anlagengruppen sind die sanitären, die ethischen und die intellektuellen. Daß ich speziell auch den ethischen Anlagen großen Wert beilege, geht nicht nur aus meinen Erörterungen über die Verhinderung der Fortpflanzung von Verbrechernaturen (S. 302 u. a.) und über die Notwendigkeit, die sittlichen Anlagen im allgemeinen zu vervollkommen (S. 309), sondern u. a. auch aus folgenden Worten hervor (S. 252): „Auf die Dauer hängt der Grad der kulturellen Entwicklung und im Zusammenhang damit die politische Machtstellung (der Völker) von den generativen Anlagen ab, insbesondere von den sozialen, unter denen wieder die ethischen die wichtigste (!) Rolle spielen.“ Wenn ich also, wie z. B. S. 128, sage, daß „man bei den sozial höher stehenden Klassen¹ durchschnittlich eine

¹ Herr L. setzt dafür mit Vorliebe schlechthin „die besitzenden Klassen“, so z. B. S. 65 seiner Kritik, wo er sogar auf S. 338 f. meines Buches verweist. Dort ist aber von „den in bezug auf soziale Leistungen höher stehenden Personen, insbesondere den höher Gebildeten“, die Rede. Daß ich von der Gruppierung der Bevölkerung nach Wohlhabensklassen, wie sie eben in verschiedenen statistischen Arbeiten gegeben war, gelegentlich Gebrauch machte, geschah nur deshalb, weil die wohlhabenden Klassen die Gebildeten größtenteils in sich schließen und mit letzteren die Geselligkeit gemein haben, ihre Fortpflanzung in engeren Schranken zu halten, als die übrige Bevölkerung es durchschnittlich tut. Demgemäß ist z. B. S. 166 bemerkt: „Dazu kommt noch, daß sehr wahrscheinlich innerhalb der Klasse der Wohlhabenden gerade die generativ Wertvolleren, wie Gelehrte, Künstler, höhere Beamte, Offiziere, katholische Geistliche, sich wiederum schwächer fortpflanzen als die, welche in der Hauptsache nur die Früchte der sozialen Leistungen anderer genießen.“ Auch unterließ ich es nicht, bei jeder Gelegenheit dem Mißverständnis vorzubeugen, als ob ich voraussetze, daß die Besitztümer entsprechend dem generativen Wert der Personen verteilt seien. Daß dies weder bezüglich des selbst erworbenen und noch weniger bezüglich des erbten Besitzes der Fall sei, ist z. B. S. 124 ausdrücklich bemerkt. Meine Voraussetzung ist nur, daß selbst unter unseren gegenwärtigen sozialen Zuständen der Mechanismus der sozialen Auslese, des sozialen Auf- und Nieder-

größere Begabung, als die Gesamtbevölkerung sie durchschnittlich hat, für die von unserer Kultur gestellten Aufgaben voraussetzen darf“, oder wenn S. 159 von einer „Abnahme der Begabung gerade für die Aufgaben unserer Kultur“ die Rede ist, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß diese größere Begabung auch die ethischen Anlagen in sich schließen muß. Vergeblich würde man nach einer Stelle in meinem Buche fahnden, in der direkt oder implizite gesagt wäre, daß ich unter der kulturell wertvolleren Begabung nur die intellektuelle verstehe; für das Gegenteil aber ließen sich außer den erwähnten noch andere anführen.

Dennoch behauptet Herr T. nicht nur, daß ich, so oft ich von den generativ wertvolleren Anlagen oder von den Begabteren spreche, lediglich an die intellektuelle Begabung denke, sondern auch, daß ich dabei überhaupt nichts anderes im Sinn haben könne (S. 61), und so kommt er (S. 65) zu der Angabe: „Das ganze Argument unseres Autors beruht darauf, daß er für ‚Abnahme der Begabung‘, was nach dem Zusammenhang (?) immer heißt: der intellektuellen Fähigkeiten, nach Belieben einsetzt: Abnahme der höchsten generativen Werte.“ Auch bei den Chinesen ziehe ich nach des Kritikers Angabe nur die Züchtung der Intelligenz in Betracht, wie aus meinem Hinweis auf die Beamten- und Gelehrtenaristokratie hervorgehen soll. Ich glaube im Gegenteil die hohe ethische Entwicklung dieses Volkes noch mehr als seine intellektuelle hervorgehoben zu haben. Herr T. läßt ganz außer Betracht, was ich geradezu für selbstverständlich hielt, daß auch ethische Qualitäten von großem Einfluß auf den Erfolg bei der Beamten- und Gelehrtenlaufbahn sind. Sowohl in China als bei uns sind zu derartigen Erfolgen und zu kulturellen Leistungen außer der entsprechenden intellektuellen Begabung auch gewisse moralische Qualitäten und folglich auch die Anlagen zu ihnen erforderlich, wie Ehrgeiz, Fleiß, Energie und Ausdauer, Selbstbeherrschung und alle jene Gemüts Eigenschaften, die uns eine Person, unabhängig von ihrer äußeren Erscheinung und ihrer Intelligenz, sympathisch zu machen vermögen. Herr T. wird kaum leugnen wollen, daß von solchen ethischen und sozialen Eigenschaften die sozialdienliche Leistungsfähigkeit und der Erfolg kaum weniger

steigend, bei aller Unvollkommenheit doch nicht so schlecht funktioniert, daß man nicht annehmen dürfte, daß den bestehenden Klassen im Durchschnitt ein wenigstens etwas höheres Maß angeborener Befähigung für die Aufgaben unserer Kultur eigen sei als den Besitzlosen.

abhängen als von intellektuellen Anlagen. [Mit dieser Auffassung stehe ich natürlich nicht allein. J. B. kann ich auf Francis Galton¹ verweisen, der unter den Eigenschaften, die er bei Gelehrten in der Regel vereinigt fand, hauptsächlich ethische Qualitäten — neben Gesundheit und angeborener Neigung zur Wissenschaft — nennt². In Übereinstimmung damit steht ja auch die von Herrn Tönnies³ selbst berichtete Meinung von Sir Rich. Temple, daß mit bloß intellektueller Begabung ohne Ausdauer, Geduld, Energie, Mut usw. nicht viel Wertvolles zu erreichen sei.] Es ist also unrichtig, obgleich es Herr T. sehr oft wiederholt und es für „offenbar“ (S. 59) ausgibt, daß es mir nur um die intellektuelle Begabung zu tun sei, wie auch die ebenfalls mit größter Bestimmtheit mehrfach wiederholte Behauptung nicht richtig ist, daß meine Folgerungen auf der — allerdings völlig unzulässigen — „Voraussetzung beruhen, daß der generative Wert mit der intellektuellen Fähigkeit zusammenfalle oder ganz und gar dadurch bedingt sei“. Die an diese Bemängelung geknüpften polemischen Folgerungen sind also hinfällig.

Gingegen macht Prof. T. bezüglich der kontrafektorischen Wirkung unserer Wehrorganisation einen Einwand, den ich, obwohl er nur einen geringfügigen Punkt betrifft, dennoch mit Vergnügen erwähne, weil ich mich durch denselben in der Erkenntnis der Sache gefördert finde, was ich leider von keinem zweiten seiner so ungemein zahlreichen sonstigen Einwürfe sagen kann. Er bemerkt, daß die Kurzsichtigkeit gerade bei den gelehrten Berufsarten viel häufiger ist als bei den übrigen, daß also, sofern man berechtigt ist, bei den gebildeten Ständen eine durchschnittlich etwas höhere psychische Begabung vorauszusetzen als durchschnittlich bei der übrigen Bevölkerung, die moderne Wehrorganisation bezüglich der psychischen Begabungen günstig selektorisches wirke. Obwohl hierauf zu bemerken ist, daß die Befreiung vom Militärdienst gerade bei den Kopfarbeitern nicht die Wirkung zu haben pflegt, die sie bei den Handarbeitern im allgemeinen hat, nämlich einen Vorsprung bezüglich des Heiratsalters vor den Militärtauglichen, daß also der Einwand beinahe belanglos ist, so bekenne ich doch gern, daß ich

¹ „English Man of Science“ usw. 1874, S. 230.

² In dem Vortrag, den Galton 1904 vor der Soziologischen Gesellschaft in London gehalten hat, nennt er als Eigenschaften, die u. a. für die bewußte menschliche Auslese zu berücksichtigen wären: Gesundheit, Energie, Geschicklichkeit, Männlichkeit und gewinnende Gemütsart.

³ Im 3. Heft 1905 dieses Jahrbuchs, unter „Eugenik“, S. 280.

erst durch die Bemerkung des Herrn L. auf dieses Verhältnis überhaupt aufmerksam gemacht worden bin. Jedoch eine prinzipielle Verkenennung der Tatsache, daß ein und dieselbe soziale Einrichtung verschiedene Anlagengruppen in verschiedener Richtung selektorisch zu beeinflussen vermag, kann mir gewiß nicht nachgesagt werden.

Es handelt sich also hier nur um einen in jeder Hinsicht unbedeutenden Punkt. Hingegen hat meine (schon 1891 aufgestellte) These, daß bezüglich der sanitären und militärdienstlichen Tüchtigkeit der Bevölkerung unsere Wehrorganisation und die modernen Kriege eine der natürlichen Auslese gerade entgegengesetzte Auslesewirkung haben, überhaupt keinen Einwand, geschweige eine Widerlegung erfahren. Leider unterläßt der Herr Kritiker nicht bloß hier einen Hinweis auf das, was an meinen Thesen von seinen Einwürfen unberührt bleibt, obgleich die unbestrittenen Punkte wichtiger sind als die bestrittenen. Sofern der Leser, der das Buch selbst nicht kennt, nicht antikritisch liest, empfängt er fast überall den Eindruck, als ob alle meine Thesen in allen Punkten vernichtet seien, und er muß folglich selbst unter der (sicher nicht zutreffenden) Voraussetzung, daß sämtliche Einwendungen des Kritikers richtig wären, dennoch ein sehr irriges Bild von dem besprochenen Buch erhalten.

Hinsichtlich der während des individuellen Lebens erwerbaren Keimschädigungen behauptet Herr L., daß z. B. die von Syphilis herrührenden den Rasseprozeß gar nicht beeinträchtigen, da die den geschädigten Keimen entsprossenen Individuen samt ihren Nachkommen sehr bald durch die natürliche Auslese ausgemerzt würden. Darauf ist zu erwidern, erstens, daß schon die Annahme baldiger Ausmerzung nicht hinsichtlich aller Grade der von Syphilis herrührenden Degenerationen zutrifft (und noch weniger hinsichtlich aller Grade der durch Alkoholismus bewirkten Degenerationen, die zum Teil mit normaler Fruchtbarkeit einhergehen. Aber von ihnen schweigt der Herr Referent wieder. Warum?); zweitens, daß das Ergebnis der natürlichen Auslese der Wahrscheinlichkeit nach um so besser ausfallen wird, je besser das der Auslese zu Gebote stehende Material im Durchschnitt ist. Dieser Durchschnitt wird aber durch die syphilitischen Keimdegenerationen verschlechtert, wenn auch nur angenommen wird, daß die von solcher Degeneration Betroffenen ohne diese Schädigung denselben generativen Durchschnittswert hatten wie die Gesamtbevölkerung; und noch bedeutender wird die Verschlechterung, wenn die Keimschädigungen, wie die syphilitische, sogar vorwiegend wertvollere Reime betreffen, die nur infolge der erlittenen

Reimschädigung der Ausmerzungen verfallen. Ich denke dabei besonders an die unverhältnismäßig starke, ungeheuerlich zu nennende Beteiligung der Studenten an den sexuellen Infektionskrankheiten. Ferner läßt Herr T. sowohl betreffs der mit Syphilis als auch der mit Gonorrhoe behafteten Männer ganz außer Rechnung, daß sie nach Beseitigung der Infektiosität ihres Übels fruchtbare Ehen eingehen könnten. Heiraten sie aber bei noch vorhandener Infektiosität, so tritt nach der Geburt des ersten Kindes ungemein häufig Unfruchtbarkeit der gonorrhöisch infizierten Frau ein, und oft erfolgt auch diese einmalige Befruchtung nicht. Nicht günstiger verhält es sich, wenn ein Gatte mit noch virulenter Syphilis behaftet ist. Es ist mir schlechthin unverständlich, wie man die Schädigung der Rassenentwicklung durch solche Eheschließungen ernstlich bestreiten kann, während ich mich über die Betonung der Schwierigkeiten, die der vorgeschlagenen Maßregel selbstverständlich entgegenstehen, nicht wundere. Im übrigen verweise ich auf meine ausführlichen Erörterungen dieses Problems in Band 2, Heft 10 der „Zeitschrift für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“.

Wenn nun die Personen, bei denen eine überdurchschnittliche intellektuelle und ethische Begabung zur Entfaltung gekommen ist, sich aus mancherlei Gründen nur unter dem Durchschnittsmaße und zu einem großen Teil überhaupt nicht fortpflanzen, so müssen diese wertvollen Erbanlagen naturnotwendig immer seltener und geringer werden, und die kulturelle Begabung eines Volkes könnte auf diese Weise — wenn nicht vorher die ausmerzende Völkerkonkurrenz diesem Verlauf der Volksentartung ein jäheres Ende bereiten würde — mit der Zeit sogar weit unter die der Australneger herabsinken. Einer Rassenmischung bedürfte es hierzu nicht. Doch, wie gesagt, lange bevor es soweit kommen könnte, würde ein solches an Begabung herunterkommendes Volk trotz aller Errungenschaften des Wissens, der Technik und der sozialen Organisation und mit allen angehäuften wirtschaftlichen Gütern außerstande sein, die erreichte Kulturhöhe und politische Machtstellung zu bewahren, geschweige, wie es die Völkerkonkurrenz erfordern könnte, zu steigern, würde also durch letztere vorzeitig und unsanft in seinem absteigenden Entwicklungsengang gestört und teils ausgemerzt, teils zur Umkehr gezwungen werden.

Wer das Seltener- und Schwächerwerden der wertvolleren generativen Anlagen infolge relativ zu geringer Fortpflanzung ihrer Inhaber leugnet und sich damit tröstet, daß deren schwächere Fortpflanzung durch Produktion ähnlicher Individuen seitens der übrigen Be-

völkerung andauernd ersetzt werde, ohne daß dadurch die generative Durchschnittsqualität der Bevölkerung allmählich minderwertig werde, macht sich entweder eine mystische und mit feststehenden naturwissenschaftlichen Tatsachen unvereinbare Vorstellung vom Wesen der Vererbung oder verflöcht gegen arithmetische Grundsätze. Wenn also Prof. L. (S. 60) erklärt: In Wahrheit werden die oberen sozialen Schichten immer auf den Reservefonds der Gesamtkraft des Volkes für ihre Erneuerung angewiesen sein, so ist das gleichbedeutend mit der Annahme der Unvermeidlichkeit des erbqualitativen Niedergangs der Kulturvölker. Nun ist es zwar eine vielverbreitete Vorstellung, daß die generative Entartung eines jeden Volkes oder doch der Kulturvölker und im Zusammenhang damit auch ihr kultureller und politischer Niedergang als ein entwicklungsnotwendiger Verlauf zu betrachten sei, analog dem Altern der Individuen, und auch Herr L. scheint ihr zu huldigen. Denn er spricht (S. 66) von „den leidigen Phänomenen des Alterns, die im sozialen und im individuellen Leben unerbittlich zunehmen“ und (S. 58) analog von „Jugend“ eines Volkes. Diese durch falsches Analogisieren aufgekommene Anschauung ist aber, wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe, zweifellos irrig, sie ist durch gar nichts begründet und erweist sich unter jedem Gesichtspunkt als unhaltbar¹.

¹ Erfreut, diese von mir seit langem vertretene Anschauung auch in einer neueren Schrift J. Conrads zu finden, zitierte ich den betreffenden Conradschen Satz in meiner Preisschrift (S. 365). Daß Tönnies ihn in seiner Kritik (S. 66) reproduzierte, ersahene mir unmotiviert, wenn nicht von Voltmann in phantastischer Kühnheit öffentlich behauptet worden wäre, Prof. Conrad habe sich als Preisrichter durch meine Zitate bestechen lassen.(!) Deshalb mag mir die (eiblich erhärtbare) Erklärung gestattet werden, daß ich jenes Zitat, wie auch, mit einer einzigen Ausnahme, die anderen Zitate aus Conradschen Schriften erst nach der Preisverteilung und ohne Prof. Conrads Wissen der Preisschrift hinzufügte. Ich hatte an eine solche Deutung leider nie gedacht. Jene einzige Ausnahme aber war von mir gemacht worden, um die Conradsche Behauptung, daß die geringere Geburtenfrequenz der besser situierten Klassen mehr als ausgeglichen werde durch die größere Kindersterblichkeit bei den unteren, zu widerlegen (S. 160—166), konnte also weder den Zweck noch die Wirkung haben, Professor Conrad für meine Arbeit zu bestechen. Näheres hierüber enthält der Anhang meiner „Beiträge zu einer Nationalbiologie“, Jena 1905, S. 248 ff. Wenn Tönnies kürzlich meinte: „Der eine (Preisrichter) erkennt an Stil und Gebantenbildung seinen lieben Vetter, der andere findet in demselben Werke seine eigenen Lieblingstheorien wieder, die vernünftigen Ansichten“, die er selbst für die einzig richtigen hält“, so trifft auch davon gar nichts, wohl aber vielfach das Gegenteil, auf die von mir eingereichte Arbeit zu, wie auch keinerlei Beziehungen, auch nicht solche entferntester oder indirektester Art, zu irgend einem der drei bzw. fünf Preisrichter bei mir vorhanden waren.

Die von L. angestellte Berechnung, welche ergibt, daß die sozial tieferstehenden Bevölkerungsschichten, indem sie die höheren Schichten an Zahl um das zwanzigfache übertreffen, jedenfalls mehr Individuen eines gewissen Grades von geistiger Begabung liefern als die obere Schichte, auch wenn sich unter den Nachkommen der letzteren relativ mehr gut begabte Individuen befinden, ist für meine Betrachtung völlig belanglos. Denn für die qualitative Rasseentwicklung kann es sich durchaus nur um das relative Fortpflanzungsmaß handeln, vor allem um die Frage, ob sich die generativ wertvollere oder die andere Hälfte einer Bevölkerung stärker vermehrt.

„Eine seltsame Anwendung der Deszendenztheorie, die uns lehren will, daß ihr Hauptgesetz . . . in der menschlichen Kulturwelt nicht gelte, ja durch ihre Bedingungen aufgehoben werde!“ ruft Herr L. (S. 60) aus — die Seltsamkeit liegt aber nur in der ganz unzutreffenden Auffassung des Herrn Ref. — und er fügt hinzu: „Wenn wir glauben dürfen, daß die Natur . . . insbesondere der Verebelung des Menschen — in absehbaren Zeitläuften — günstig ist¹, so dürfen wir glauben, daß sie in diesem ihren (um anthropomorphisch zu reden) Absehen sich durch keine menschlichen Vorkehrungen, die

¹ In einer späteren Publikation („Zur naturwissensch. Gesellschaftslehre“, 2. Abschn., 4. Heft 1905 dieses Jahrbuch, S. 62) bekundet Prof. Tönnies einigermaßen das Gegenteil dieses „Glaubens“. Denn da schreibt er, wieder auf meine „Auslese“ Bezug nehmend: Wir wissen nicht, „inwiefern etwa gerade die Entartung von Völkern integrierendes Element der Gesamtentwicklung sein möchte, also gleichsam im Plane (!) der Natur vorgezeichnet sei, die ja fortwährend auch hochentwickelte Arten und Varietäten untergehen läßt, teils um (!) höher entwickelte, teils aber auch, um minder hoch entwickelte leben und sich verbreiten zu lassen“. Es sei keineswegs unwahrscheinlich, daß man durch die Mittel und Wege zur Abwehr einer etwa vorhandenen Gefahr der Entartung des eigenen Volkes „dem Plan (!) und (noch anthropomorphischer zu reden) den Absichten der Natur entgegenarbeitet; wo denn freilich wieder mit einiger Zuversicht sich voraussagen läßt, daß die Natur solcher Versuche spotten wird, wie das Meer der Kinderfestungen im Sande, und daß menschliche Kunst so wenig dem Tod der Völker wie dem der Individuen auf die Dauer begegnen kann“. Die Natur „spottet“ der Kinderfestungen im Sand, nicht aber der auf bessere Kenntnis ihrer Gesetze gegründeten, dem Meere trohenden Leuchttürme und Schiffe, die nie entstanden wären, wenn man stets das Spotten der Natur gefürchtet hätte. Mit Vermutungen über etwaige „Pläne der Natur“ befaßt sich die heutige Wissenschaft nicht, und wir dürfen froh sein, daß sie sich von solcher Teleologie endlich losgesagt hat. Daß die Natur überhaupt Pläne hat, ist zu bezweifeln, jedenfalls aber dürfen wir durch solche Spekulationen unseren Raskül nicht stören lassen. Ob Einwürfe solcher Art noch wissenschaftlichen Wert beanspruchen können, scheint mir mehr als zweifelhaft.

ihr scheinbar entgegen sind, wird stören lassen. Im Gegenteil, auch diese menschlichen Vorkehrungen gehören ihr an, sie sind in ihrem Plan (!) vorgezeichnet, sie sind Mittel, deren sie für ihre Zwecke (!) bedarf. Denn auch die Kultur ist etwas Natürliches.“ Das letztere war stets auch meine Auffassung. Aber Herr T. vergift hier — an anderer Stelle betont er es —, daß auch in der Natur die Auslesebedingungen zum Untergang einer Art usw. führen können, und daß die Natur, soviel wir wissen, einen „vorgezeichneten Plan“ oder „Zweck“ nicht kennt. Was Herr T. hierüber sagt, scheint mir nicht bloß anthropomorphisch „geredet“, wie er vorgibt, sondern gründlich anthropomorph und teleologisch gedacht. A priori gibt uns der Darwinismus gar keine Gewähr dafür, daß beim Menschen die Bedingungen zu einer weiteren generativen Höherentwicklung immer gegeben sein werden und gegenwärtig noch gegeben sind. Er schließt nicht a priori aus, daß einmal die Bedingungen für ein Aussterben des Menschengeschlechtes oder für ein Herabsinken von seiner jetzigen Erbentwicklungshöhe gegeben sein können. Und erst recht schließt er nicht aus, daß bald dieser, bald jener Teil der Menschheit — nicht zufolge eines unglaublichen „Planes der Natur“, sondern lediglich infolge der Konjunktur der äußeren Verhältnisse, zu denen auch die Änderungen der Existenz- und Auslesebedingungen gehören — einer Degeneration und dann, infolge der Völkerkonkurrenz, auch einem mehr oder weniger vollständigen biologischen Absterben verfällt. Und meine These ist ja, daß sich die Völker des europäischen Kulturkreises unwissentlich solche Auslesebedingungen geschaffen haben, welche zum Niedergang der ererbten Tüchtigkeit führen. Hingegen die „seltsame“¹ Anwendung der Deszendenztheorie, die uns lehrt, daß ihr Hauptgesetz in der menschlichen Kulturwelt nicht gelte,“ kam mir niemals in den Sinn. Nur das wollte ich zeigen, wie die Wirkung der darwinistischen Prinzipien unter den speziellen Verhältnissen, die unsere Kulturentwicklung herbeigeführt hat, sich gestaltet.

Herr T. wendet auch ein (S. 69), der Verfall eines Volkes habe mit seiner erblichen Entartung nichts zu tun, ein Rückgang der Bevölkerungszahl könne erfolgen, auch wenn die wertvollsten Individuen sich stark vermehren sollten, im Volk als einer Gesamtheit bilden diese eine zu geringe Quote. Dagegen ist in erster Linie zu erwidern,

¹ Übrigens hat sich schon Ch. Darwin einer derartigen „seltsamen Anwendung der Deszendenztheorie“ schuldig gemacht. Ich verweise auf den bekannten Bericht von A. R. Wallace über ein Gespräch mit Darwin („Menschliche Auslese“ in „Zukunft“ vom 7. Juli 1894).

daß in meinem ganzen Buch fast gar nicht, wie es doch Herr T. hier und an anderen Stellen aufgefaßt zu haben scheint, von Genies die Rede ist; vielmehr handelt es sich bei mir fast durchweg um die Erörterung des Falles, daß die an Erbqualitäten weniger wertvolle Hälfte einer Bevölkerung sich schwächer reproduziert als die andere Hälfte. Wenn dadurch die erbliche Tätigkeit nachläßt — daß dies eine unausbleibliche Wirkung sein würde, bestreitet Herr T., wie erörtert, mit Unrecht; hier nimmt er aber hypothetisch Entartung an —, ist dann seine Widerstandskraft im Daseinskampf der Völker nicht geschwächt? Kann es nicht leichter durch andere überwunden und schon dadurch teils sofort, teils durch den folgenden Druck des Siegers, an Zahl zurückgedrängt werden? Wenn hingegen nicht nur die Individuen mit hervorragenden Erbwerten, sondern überhaupt die generativ wertvollere Hälfte einer Bevölkerung sich stärker vermehrt als die übrige Bevölkerung, so wird sich die Konkurrenzkraft eines solchen Volkes gegenüber anderen, bei denen weniger gute Auslese stattfindet, erhöhen — versteht sich: *ceteris paribus* — und dadurch ist auch für die Vermehrung seiner Individuenzahl eine — natürlich nicht die einzige — Bedingung erfüllt. Es darf doch nicht so ganz außer acht gelassen werden, daß die Vermehrung der Bevölkerungszahl auch an äußere Bedingungen geknüpft ist. Sie ist bedingt einerseits durch kulturelle, insbesondere wirtschaftliche und hygienische Fortschritte, anderseits durch das Verhältnis zu anderen Völkern, d. h. durch die Widerstands- und Expansionskraft gegen sie, die natürlich ihrerseits unter anderem von der kulturellen Entwicklung nicht unabhängig ist. S. 245 des besprochenen Buches steht mit gesperrten Lettern: „Der definitive Sieg im Daseinskampf der Völker hängt . . . sowohl von ihrer kulturellen als generativen Entwicklung ab.“ Selbstverständlich kann ein Volk seine Konkurrenzkraft auch unausgenützt lassen und sie insbesondere dadurch herabsetzen, daß es von der durch seine Überlegenheit gegebenen Vermehrungsmöglichkeit keinen Gebrauch macht. Hier, wie bezüglich verschiedener anderer Einwände, muß darauf hingewiesen werden, daß die Konkurrenzkraft eines Volkes niemals ausschließlich von einer Bedingung, von einem Faktor, sondern immer von einer Kombination von Faktoren abhängt, von denen die Unerläßlichkeit des einen die des anderen nicht auszuschließen braucht. Das läßt Herr T. (wie mancher andere) bei seinen dialektischen Einwänden allzuoft außer acht, was ihn natürlich jedesmal zu falschen Anschauungen und Urteilen führt.

5.

Das Hauptargument des Herrn Kritikers, das für ihn — damals wenigstens — feststand wie ein Dogma, so daß er kein Bedenken trug, daraus weitgehende Deduktionen abzuleiten, auf die sich sein bankeotterklärendes Gesamturteil hauptsächlich stützte, ist der angebliche Antagonismus zwischen sanitärer und psychischer (speziell intellektueller) Erbegabung.

Es scheint mir beachtenswert und lehrreich, daß er gelegentlich auch von „Muskelstärke“ ganz im Sinn von tüchtiger Gesundheit spricht, so z. B. S. 67 seiner Kritik. Analog ist in „Eugenik“ (z. B. S. 289) von dem Gegensatz zwischen Muskelstärke und psychischer Begabung die Rede. Auch sonst behandelt er „Kraft und Gesundheit“ als natürlich verbundene Dinge, obgleich die gesundheitliche Konstitution auch bei relativ geringer Ausbildung der Muskulatur recht gut sein kann und umgekehrt. Dieselbe Nichtauseinanderhaltung ist bemerkenswerterweise auch bei anderen Autoren zu finden. So vertauscht z. B. auch A. Candolle, wo er von dem Wechselverhältnis zwischen physischer und geistiger Stärke spricht, schwächliche Gesundheit beliebig mit geringer Muskelstärke, was mir ein Zeichen von Verschwommenheit dieser Anschauung zu sein scheint. Natürlich ist Muskelstärke — die übrigens nicht von dem ererbten Faktor allein abhängt, sondern auch von den, bei unserer Betrachtung auszuscheidenden Wirkungen des Gebrauchs oder Nichtgebrauchs der Muskulatur — nicht identisch mit dem, was man unter dem allgemeinen Begriff angeborener sanitärer Tüchtigkeit versteht. Auch hat Muskelkraft heutzutage für die meisten Berufsarten nur noch geringen Wert, während doch eine möglichst widerstandsfähige sanitäre Konstitution bei keiner Berufsart, auch nicht bei den Kopfarbeitern, als entbehrlich oder geringwertig gelten kann.

Dieses Zusammenwerfen und beliebige Vertauschen von geringer Muskelkraft mit schwacher sanitärer Begabung scheint mir auf den Ursprung jenes bei uns einigermaßen vulgären Glaubens an einen Antagonismus zwischen geistiger und sanitärer Begabung hinzuweisen. Der Bauer, Zimmermann, Schmied und sonstige Handwerker, der von seinen Muskeln starken Gebrauch macht, hat ja unverkennbar durchschnittlich ein viel kräftiger entwickeltes Muskel- und Knochen-System als der stubensitzende Gelehrte und sonstige Kopfarbeiter, und außerdem sind letztere nicht gerade selten auch mit einer schwäch-

lichen und leicht hinfälligen Gesundheit behaftet. Hätten aber die Stubensitzer von Jugend an die Lebensweise der Bauern und Handwerker und diese die Lebensweise der Stubensitzer geführt und sich außerdem etwa den geistigen Anstrengungen und Erregungen des Forschers, Künstlers usw. ausgesetzt, so wäre es wahrscheinlich umgekehrt. Mit anderen Worten: es handelt sich hier nicht um germogene und ererbte, sondern um funktionell erworbene Zustände oder Eigenschaften. Ob letztere vererbbar sind oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Ich meinerseits halte ihre Vererbbarkeit für äußerst unwahrscheinlich und habe diese Überzeugung auch ausführlich begründet. Jedenfalls handelt es sich bei meinen diesbezüglichen Erörterungen nur um Reimanlagen, was natürlich auch der Kritiker bei seinen Einwänden fortwährend im Auge behalten muß. Aber diese Unterscheidung, die man ja früher ziemlich allgemein außer acht ließ, wird auch jetzt noch von sehr vielen Autoren, selbst wenn sie den Unterschied kennen, nicht immer berücksichtigt, so auch von Herrn T. nicht, und zwar nicht nur in diesem Punkt. So erklärt es sich, daß die in Wirklichkeit unbegründete Meinung von dem Bestehen des genannten Antagonismus in manchen Köpfen entstehen und vulgär werden konnte. Im klassischen Altertum, wo die geistige Ausbildung und Betätigung nicht, wie meistens bei uns, mit sündhafter Vernachlässigung der Körperpflege, besonders der Gymnastik, Hand in Hand zu gehen pflegte, huldigte schwerlich jemand der Tönnies'schen Meinung.

Herr T. beruft sich für diese auf das, was Francis Galton über die Beziehungen zwischen Genie und Wahnsinn sagt. Ich muß darum hier nochmals erklären, daß die „Genies“ bei allen vom Herrn Kritiker behandelten Problemen in meinem Buch so gut wie keine Rolle spielen. Leider hat er meine wohlbegründete Zurückhaltung gegenüber der so viel besprochenen und so wenig geklärten Geniefrage nicht geachtet. Genies sind ja auch viel zu selten, als daß sie für den Rasseprozeß stark oder gar vorwiegend in Betracht kämen. In dem besprochenen Buch handelt es sich um die quantitativ nicht unbeträchtliche Schicht der kulturell oder psychisch (intellektuell und ethisch) Begabten oder Begabteren, und an vielen Stellen sogar ausdrücklich um die an generativen Werten über dem Durchschnitt stehende Hälfte der Bevölkerung. Über die psychisch Begabten urteilt aber derselbe Galton, auf den sich Herr T. gegen mich beruft, ganz anders. Schon in seiner Schrift von 1874 „English Man of

Science“ (S. 230) nennt G., indem er eine Übersicht über Eigenschaften gibt, die er bei Gelehrten in der Regel vereinigt fand, schon an zweiter Stelle Gesundheit (Tatkraft, Gesundheit, Ausdauer in der Verfolgung eines Zieles, geschäftliche Gewohnheiten, Unabhängigkeit der Ansichten und angeborene Neigung zur Wissenschaft). Das stimmt nicht zu der Behauptung des Herrn Kritikers, daß die nicht seltenen pathologischen Begleiterscheinungen des Genies „nur den besonders ausgeprägten Fall einer allgemeineren Erscheinung darstellen.“ Die Kombination eines starken und gesunden Geistes mit einem gesunden Körper (*mens sana in corpore sano*) wäre demnach eine Anomalie! Übrigens wissen wir auch von manchen Genies, daß ihre leibliche und geistige Gesundheit mindestens nicht unter dem Durchschnittsniveau ihrer Zeitgenossen stand. Von einem natürlichen Antagonismus der genannten Art kann folglich auch beim Genie keine Rede sein. Man denke nur an alle die Geistesriesen, die trotz des starken Übergewichts ihres psychischen Lebens über ihr leibliches dennoch ein hohes Alter erreichten, was gerade bei solchen Geistern nicht ohne sehr gute sanitäre Anlagen möglich gewesen wäre. Denn daß übermäßige geistige Regsamkeit und ein ungewöhnliches Maß psychischer Erregungen den leiblichen Funktionen nicht förderlich sind, darin stimme ich mit Herrn T. überein. Nur sehe ich im Gegensatz zu ihm die „schwächliche Leiblichkeit“, die man bei so manchen Männern von hervorragender Lebhaftigkeit des Geistes und Gemütes findet, nicht ohne weiteres und schlechtthin als eine ererbte an, sondern ziehe auch die äußeren Bedingungen der Leiblichkeit und Gesundheit gebührend mit in Rechnung. Für die vorliegende Frage der Korrelation kommt es aber nur auf die ererbte Keimbesechaffenheit an.

Daß Galton in den drei Jahrzehnten, die seit der genannten Publikation verfloßen sind, keinen Grund gefunden hat, seine Meinung, die der von T. vertretenen gerade entgegengesetzt ist, zu ändern, darüber unterrichtet uns ja der erwähnte T.sche Artikel „Eugenik“, der übrigens zeigt, daß sein Verfasser jenes Argument, mit dem er seine richterliche „Bankrotterklärung“ über meine Arbeit hauptsächlich begründet hat, schon jetzt nicht mehr mit der damaligen Sicherheit vertritt. Während er damals sein Verdict ohne weiteres aus der Annahme eines so gut wie regelmäßigen Antagonismus zwischen sanitärer und geistiger Begabung ableitete, sagt er in „Eugenik“: „Normale Körperbeschaffenheit garantiert im allgemeinen einen

Durchschnittsverstand¹, aber auch nicht mehr. Jedenfalls wächst der Verstand nicht proportional mit der Körpergröße, Muskelstärke, Sehschärfe usw. Eher umgekehrt" (S. 289). Auch dieses bescheidenere „Eher umgekehrt“ halte ich nur für eine durchaus unbegründete Meinung. Übrigens ist auf Körpergröße und Muskelstärke (und soweit es sich nicht um militärische Tauglichkeit handelt, selbst auf Sehschärfe) unter den gegenwärtigen Daseinsbedingungen kein großes Gewicht zu legen, und sie sind nicht identisch mit der sanitären Begabung, um die es sich bei mir handelt. Auch ist es mir noch nie in den Sinn gekommen, zu glauben oder gar zu behaupten, daß der Verstand proportional mit der Körpergröße, Muskelstärke, Sehschärfe usw. wachse. I. richtet diesen Satz gegen Galton. An Galtons Meinung ist aber unbestreitbar mindestens das richtig, daß es eine Menge von Personen gibt, bei denen gute intellektuelle und ethische Anlagen mit guten sanitären vereinigt sind. Wollte man also nach der Methode der Tierzüchter einen Menschentypus züchten, der gute intellektuelle, ethische und sanitäre Anlagen in sich vereinigt, so würde es an Material, um eine solche Züchtung einzuleiten, jedenfalls nicht ganz fehlen, und dieses würde sich ja gerade infolge der Züchtung vermehren, so daß letztere später in größerem Umfang fortgesetzt werden könnte. Ich bemerke das nur gegenüber dem prinzipiellen Einwand des Kritikers, kann aber zugleich darauf hinweisen, daß mein Buch sich mit derartigen Problemen positiver und direkter Züchtung gar nicht befaßt. Dazu kommt alsdann, daß auch jener angebliche Antagonismus nichts weiter ist als eine „Illusion“ des Herrn Kritikers, die „uns vorgegaukelt wird“ (wenn ich mich seiner Bezeichnungen bedienen darf).

Ich meinstenfalls brauche ja das von Galton vertretene Gegenteil nicht zu beweisen; denn ich habe eine gesetzmäßige oder regelmäßige oder auch nur besonders häufige Vereinigung von guten sanitären Anlagen mit guten intellektuellen und ethischen nirgends behauptet oder vorausgesetzt. Bei mir ist nichts weiter vorausgesetzt, als daß diese Anlagengruppen in einem Individuum ebensogut vereint wie nicht vereint sein können, und niemand wird leugnen, daß diese Annahme der Wirklichkeit entspricht. Welche Kombinationen die häufigeren sind, wissen wir bis jetzt nicht.

Wenn Herr I. (S. 281 seiner „Eugenik“) sagt, daß „namentlich bedeutender Verstand oft mit zarter Gesundheit und ebenso oft

¹ Auch das ist eine allzukühne, weil gänzlich unbewiesene Annahme.

mit geringen sittlichen Qualitäten verbunden“ ist, und (offenbar in Konsequenz davon) behauptet, daß „gerade die Steigerung der intellektuellen Qualitäten auch die Gefahr eines weitergehenden Verfalls der sittlichen und sympathischen Gefühle bedeutet“ (ebenda), so ist auch hier wieder ersichtlich, daß er die Notwendigkeit außer acht läßt, die (nicht vererbaren) Wirkungen des äußeren Faktors auf den inneren oder ererbten Faktor bei der Untersuchung des letzteren in Abrechnung zu bringen. Es ist offenbar unzulässig, die entwickelten sittlichen und sanitären Qualitäten ganz ausschließlich den ererbten Faktoren zuzuschreiben, ohne den Anteil der bald günstigen, bald ungünstigen äußeren Entwicklungsbedingungen, die während des individuellen Lebens auf die ererbten ethischen und sanitären Anlagen einwirken und das Entwicklungsergebnis mächtig beeinflussen, zu berücksichtigen. Ich verweise auf meine an anderer Stelle über das Verhältnis der intellektuellen zu der ethischen Begabung gemachten Ausführungen¹.

Solange nicht etwas anderes bewiesen oder doch wahrscheinlich gemacht ist, scheint es mir das Richtige zu sein und überhaupt nichts anderes übrig zu bleiben, als die Voraussetzung zu machen, daß gute und schlechte sanitäre Anlagen bei der Bevölkerungshälfte, die mit wertvolleren psychischen Anlagen geboren ist, ungefähr ebenso oft vorkommen wie bei der anderen Hälfte. Zu einem Aufgeben dieses neutralen Standpunktes zugunsten der von Herrn T. vertretenen Meinung, die jeglicher empirischer und theoretischer Begründung entbehrt, liegt wahrlich nicht die geringste Veranlassung vor. Weit eher kommt unbestreitbar der gerade entgegengesetzten Galtonschen Ansicht wissenschaftlicher Wert zu; denn diese beruht auf statistischen Erhebungen und Untersuchungen, die teils von ihm selbst, teils von Karl Pearson und seiner Schule angestellt worden sind. Doch liegt meiner „Auslese“ diese Galtonsche Ansicht nirgends zugrunde. Der von mir eingenommene Standpunkt ist vorsichtiger gewählt, und diese Vorsicht ist geboten, weil eben die Entwicklung der sanitären wie der geistigen Tüchtigkeit nicht nur von den diesbezüglichen ererbten Anlagen, sondern auch von den äußeren Entwicklungsbedingungen abhängt. Das Beobachtungsmaterial, mittels dessen eine überwiegende Häufigkeit der einen oder der anderen Kombination bewiesen werden soll, müßte also von der Art sein, daß für alle verglichenen Fälle gleiche äußere Entwicklungs-

¹ „Beiträge zu einer Rationalbiologie.“ Jena 1905, S. 47 f.

bedingungen angenommen werden könnten. Nur ein sehr großes Beobachtungsmaterial wird sich in genügend große Gruppen teilen lassen, die der Forderung genügen, daß innerhalb dieser die äußeren Entwicklungsbedingungen als annähernd gleich betrachtet werden können.

In meiner „Auslese“ ist also nur vorausgesetzt, daß gute sanitäre und gute psychische (d. h. intellektuelle und ethische) Anlagen in einer Person vereinigt sein können, und daß es tatsächlich Personen gibt, bei denen sie vereinigt vorkommen. Auf die Frage der Häufigkeit dieser Vereinigung brauchte ich mich gar nicht einzulassen, und sie wäre bei dem fast gänzlichen Mangel der hierzu nötigen statistischen Unterlagen auch nicht beantwortbar gewesen. Dementsprechend konnte ja auch Herr T. nicht einmal versuchen, den Beweis für seine Behauptung zu erbringen, den er doch erst hätte erbringen müssen, bevor er seine Annahme zum Umwerfen meiner Sätze verwerten durfte. Auf manchen mag ja schon das häufige Wiederholen einer Behauptung wie ein Beweis wirken, jedoch die Wissenschaft gewinnt dabei nichts.

Selbst wenn tatsächlich geistig begabtere Personen in größerer Verhältniszahl mit schwächerer Gesundheit behaftet wären als durchschnittlich die übrige Bevölkerung, so wäre doch damit der von T. behauptete Antagonismus hinsichtlich der ererbten Anlagen noch lange nicht bewiesen. Aber soweit meine Übersicht über die Tatsachen reicht, ist es außerdem auch sehr unwahrscheinlich, daß psychisch begabtere Personen an Gesundheit durchschnittlich hinter der übrigen Bevölkerung zurückstehen. Jeder Unterrichtete wird eine ganz hübsche Liste hochbetagt gewordener großer Gelehrter, Künstler, Staatsmänner, Strategen usw.¹ aus dem Stegreif aufzuzählen wissen

¹ Nur folgende seien hier genannt (in chronologischer Reihe): Pythagoras 75 Jahre, Gautama-Buddha 80, Kongfutse 73, Demokritos mehr als 100, Sokrates mit 70 Jahren hingerichtet, Plato erreichte 80, Seneca 85, Gion. Bellini 90, Kopernikus über 70, Michelangelo 89, Tizian 99, Palestrina 80, Galilei 78, Pierre Corneille 78, Hobbes fast 92, Murillo 72, Locke 72, Newton 84, Leibniz 70½, Seb. Bach 65½, Voltaire 83½, Franklin 84½, Kant 80, W. Herschel fast 84, Lamarck 85½, Volta 82, Laplace 80, Goethe 82½, Alex. v. Humboldt fast 90, St. Geoffroy St. Hilaire 72, Gauß 78, Schopenhauer 72½, Meyerbeer 72½, Molke 90½, Fehner 86½, Ch. Darwin 71, Rich. Wagner 70, Bismarck 83, Ad. Menzel fast 90, Herb. Spencer 83. Wenn auch einige hiervon sogar zeitlebens sich gewiß nicht einer vollkommenen Gesundheit erfreuen konnten, so hätten sie doch ihr hohes Alter nicht ohne überdurchschnittliche sanitäre Anlagen erreichen können. Und die Genannten sind fast alle sogar hohe Genies.

und außerdem auch persönlich einige Männer kennen, die nicht nur intellektuell, sondern auch sanitär recht gut begabt sind und dabei auch in keiner Weise den Eindruck machen, daß sie an sittlichen Anlagen unter dem Durchschnitt stehen¹. Auch manche statistische Erhebungen machen es wenigstens wahrscheinlich, daß das Vorhandensein von guter sanitärer Verfassung mit guter geistiger Leistungsfähigkeit, sowie von schlechter sanitärer Konstitution mit geringer geistiger Tüchtigkeit sogar beträchtlich häufiger beobachtet wird als die Kombination von sanitärer Untüchtigkeit mit geistiger Tüchtigkeit. Obige Bedenken gelten freilich auch hier.

Daß Galton, der während seines langen Lebens dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zugewendet hat, bei Gelehrten kräftige Gesundheit besonders häufig fand, wurde gelegentlich schon erwähnt. In Übereinstimmung damit steht es, wenn S. R. Steinmetz bei seinen statistischen Erhebungen über den „Nachwuchs der Begabten“² fand, daß die führenden Geister Hollands fast alle aus hervorragend gesunden Familien hervorgegangen zu sein scheinen. Andererseits hatten die statistischen Erhebungen, die Othmar Spann³ im Auftrag der „Zentralstelle für private Fürsorge“ in Frankfurt a. M. gepflogen hat, das Ergebnis, daß die Gruppe der Kinder „mit günstigen Schulauskünften“ (hinsichtlich „intellektueller Anlagen, Fortschritte in den Schulleistungen, Fleiß und Aufmerksamkeit, moralischer Qualifikation“ usw.) bedeutend mehr gute sanitäre Konstitutionen enthält als die mit mittelmäßigen Schulauskünften, und diese wieder wesentlich mehr als die mit ungünstigen Schulauskünften. Damit stimmen auch die schon S. 12 (Fußnote) erwähnten Ergebnisse der umfassenden Untersuchungen der „Zentralstelle für Zahnhygiene“ in Dresden an Schulkindern überein. Auch ich habe als

¹ Mit den Merkmalen für die Qualität der ethischen Anlagen ist es weit schlechter bestellt als bezüglich der intellektuellen und gar der sanitären Anlagen. Denn die öffentliche Meinung verlangt auf ersterem Gebiet den Schein einer weitgehenden Uniformität, und wir stellen demgemäß einerseits nur bescheidene Durchschnittsforderungen an jeden einzelnen, ohne Rücksicht auf die individuellen Verschiedenheiten der ethischen Anlagen und begünstigen andererseits auf jede Weise ein systematisches Verbergen aller jener moralischen Anlagen und Defekte, welche der von der öffentlichen Meinung gesetzten Norm nicht entsprechen.

² „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ VII, 1, 1904, S. 17.

³ Nach einem Referat der Beilage zur „Allg. Zeitung“ vom 11. Okt. 1905: „Untersuchungen über die uneheliche Bevölkerung in Frankfurt a. M.“ Verlag von D. B. Böhmert, 1905.

Arzt Fälle von schwächlicher sanitärer Konstitution, die nach L. gerade bei den geistig Begabten besonders häufig vorkommen soll, sehr viel öfter bei Personen gefunden, bei denen auch die geistige Tüchtigkeit kaum den Durchschnitt erreichte, und ich vermute, daß mit dieser meiner persönlichen Erfahrung auch die der meisten anderen Ärzte übereinstimmt. Herr L., der nicht Arzt ist, kennt natürlich solche Fälle weniger, wohl aber viele Fälle der von ihm betonten Kombination und versteigt sich infolgedessen nicht nur zu der ungeheuerlichen Behauptung, daß „man bei Männern und Frauen, die mit dem tuberkulösen Übel einer verkrümmten Wirbelsäule behaftet sind“, sowie auch bei den zur LungenSchwindsucht Disponierten „fast regelmäßig ungewöhnliche Geistesgaben bemerkt“, sondern läßt sich durch seine einseitige Erfahrung auch zu kritischen Deduktionen verleiten, die ebenso bestimmt wie unbegründet sind. Zur Förderung unserer Erkenntnis kann es jedenfalls nicht dienen, wenn man eine jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehrende Behauptung nicht etwa nur als gleichwertig der abweichenden vorsichtigen Annahme des kritisierten Autors entgegensetzt, sondern erstere wie ein höheres, keinem Zweifel unterliegendes Urteil, ja ungefähr wie einen feststehenden Behr Satz aufführt und als Hebel zur kritischen Vernichtung des wissenschaftlichen Kalküls des anderen verwertet, dem man auf solcher Grundlage obendrein Vorgaukelung von Illusionen, Zirkelgänge u. dgl. nachsagt.

Übrigens, selbst gesetzt, der Herr Kritiker könnte beweisen und hätte bewiesen, daß Vereinigung von guten psychischen mit guten sanitären Anlagen selten vorkomme, so wäre doch dadurch noch keine der in dem besprochenen Buch gemachten Voraussetzungen und Folgerungen widerlegt oder auch nur erschüttert, geschweige das Ganze bankerott, was er doch dargetan zu haben vorgab.

6.

Was das positive Programm des Buches anlangt, so erklärt Herr L. (S. 52), gesetzliche Ehehindernisse seien mein eigentliches Programm, und fährt dann fort: „Geschlechtskranke, Gewohnheitsverbrecher, chronische Alkoholisten, psychopathisch Belastete, mit Tuberkulose und anderen¹ Krankheiten Behaftete sollten von der Ehe ausgeschlossen werden. Indessen wird diese Forderung einstweilen

¹ Das wären also alle Kranke! Herr L. hätte das beschränkende „einige“ des Originals nicht weglassen sollen.

noch, außer etwa in Bezug auf die zwei ersten Kategorien, das sittliche Gefühl wider sich haben. Jedenfalls würde es zu viele Grenz- und Streitfälle geben.“ So der Referent. Die letzten zwei Sätze wird wohl jeder Leser als kritische Einwände des Referenten auffassen, was dieser sicher nicht beabsichtigt hat; denn es sind meine Anschauungen, die er mit ihnen zur Darstellung bringt. Ich muß das um so mehr betonen, weil auch seine kritische Dialektik im folgenden gerade diesen meinen Standpunkt außer acht läßt.

Daß derartige gesetzliche Ehehindernisse mein eigentliches Programm seien¹, ist unzutreffend. Nach meiner eigenen Auffassung spielen sie nicht einmal die erste Rolle, weder hinsichtlich der Bedeutung, die ich ihnen zumal, noch hinsichtlich des Raumes, der ihrer Erörterung gewidmet ist. Eine mindestens nicht geringere Rolle spielen verschiedene zur öffentlichen Hygiene gehörige Forderungen, und das allergrößte Gewicht ist gelegt auf die mannigfachen Beeinflussungen der ethischen Anschauungen sowohl der Jugend als auch der Erwachsenen zugunsten einer Höhererschätzung der natürlichen Werte im Sinne einer — auch rasse- oder keimbiologischen Pflichten anerkennenden — „Entwicklungsethik“. Das hat ein anderer Referent desselben Buches richtig erkannt, indem er bemerkt, die Forderung einer Fortbildung der Ethik im Sinn einer generativen Entwicklungsethik scheine ihm die engste Formel des Inhalts meines Buches zu sein². Beträchtlich geringeres Gewicht, etwa soviel, wie auf die sanitären Ehehindernisse, soweit sie bei mir für eine nähere Zukunft überhaupt in Betracht kommen, ist auf die Empfehlung einer Wehrsteuer gelegt, die den Zweck verfolgt, den Vorsprung der Militäruntauglichen im Heiratsalter zu beseitigen. Von den übrigen in dem Buch vertretenen Forderungen erwähne ich Maßregeln verschiedener Art zur Verminderung des Unterschiedes im Heiratsalter der oberen und der unteren Stände, zu welchem Behufe u. a. die Erhebung eines angemessenen Beitrages von jedem Heiratsenden, soweit nicht schon sonst für seine Witwe und Kinder vor-

¹ Auch in seiner „Eugenik“ gibt T. diesem Irrtum wieder Ausdruck, indem er (S. 278) bemerkt, daß ich ähnlich wie J. Delage „nur an Zwang (zur Erreichung eugenischer Ziele) gedacht“ habe. Tatsächlich ist es mir, wie auch Galton, in erster Linie darum zu tun, eine Bewegung der öffentlichen Meinung zugunsten der Eugenik einzuleiten. Der „Zwang“ spielt nur eine ganz untergeordnete Rolle, wie wir sehen werden.

² Weinzingen, „Zeitschrift für Sozialpolitik und Verwaltung“, 1904, S. 253.

gefordert ist, zu einer staatlichen Witwen- und Waisenversicherung, sowie Maßregeln zur Erzielung eines frühen Heiratsalters und eines größeren Kinderreichtums bei den auf dem Gebiet der geistigen Arbeit erfolgreichen Personen, befürwortet werden. Auch Reformen der Besitz- und Einkommenverteilung und -besteuerung werden in Betracht der erörterten nachteiligen Beeinflussung des Masseprozesses durch allzugroße Besitzunterschiede in theoretische Erwägung gezogen, und noch manches andere mehr.

Herr T. erklärt, meinem Eintreten für gesetzliche Ehehindernisse sanitärer Art den schärfsten Widerspruch entgegenzusetzen. Er fargt hierbei auch nicht mit ironischen Fragen und Wendungen. Wenn er übrigens angibt (S. 59), daß ich zur Verhütung der Fortpflanzung physischer Gebrechen „die Gewalt der medizinischen Polizei und des Strafgesetzbuches anspannen“ wolle, und gegen den Versuch polemisiert, unser Leben durch Strafgesetze zu solidifizieren (S. 55), so möchte ich darauf hinweisen, daß doch — gerade im Unterschied zu den neuen Gesetzen verschiedener Unionstaaten, die z. B. die Eheschließung Geschlechtskranker mit Strafe bedrohen — mein Vorschlag dahin geht, solche Ehen, anstatt sie mit Strafen zu bedrohen, lieber gar nicht erst zustande kommen zu lassen, indem eben die erforderliche staatliche Ehebewilligung nicht erteilt wird.

Herr T. stellt die Umgehung der von mir vorgeschlagenen Eheverbote durch Konkubinat nicht nur in Parallele mit dem Verzicht freisinniger Katholiken auf die kirchliche Trauung, sondern verleiht ihr sogar den Anstrich einer heroischen Handlung. Er läßt dabei eine ausdrückliche Voraussetzung jener Eheverbote außer acht, nämlich die, daß sie von der öffentlichen Meinung gebilligt sein müßten, woraus folgt, daß Personen, die ein solches Eheverbot durch Konkubinat zu umgehen wagten, der öffentlichen Verachtung verfallen würden. Übrigens werden solche Verbindungen wie die, deren künftige Verhinderung in Rede steht, schon heute, wenn auch leider nicht allgemein und nicht intensiv genug, mit sittlicher Mißbilligung betrachtet, und für die geforderte Zukunftsmaßregel ist eine noch besser erzogene öffentliche Meinung als Voraussetzung angenommen¹. Gegen

¹ Vgl. S. 358 des besprochenen Buches: „Die Gesetzgebung würde nie weiter zu gehen brauchen, als es das allgemeine sittliche Bewußtsein verlangt, würde aber rückwirkend die öffentliche Meinung befestigen. Das Gesetz würde dann nicht allzuoft zur Anwendung zu kommen brauchen, jedenfalls nicht gegen Menschen, die auf Ehre halten. Denn Eheschließungen, die dem generativen Interesse offenbar schädlich wären, würden von letzteren schon aus Furcht vor der öffentlichen Meinung gar nicht mehr gewünscht werden.“

diese Voraussetzung verstößt das von L. gemalte Bild, daß sich das geforderte Eheverbot „gegen rechtschaffene Leute wende, die ihre durch Eintracht (!) geheiligte Ehe höher schätzen als die staatlich privilegierte Ehe.“ Und wenn Herr L. weiter einwendet: „Gegen ein durch starke Bedürfnisse unterstütztes Gewissen werden äußere Mächte immer vergebens kämpfen“, so erwidere ich darauf, daß auch das vom Gewissen der großen Mehrheit abweichende „Gewissen“ von Polygamisten usw., wie auch das der Diebe, „durch starke Bedürfnisse“ unterstützt sein kann. Es gab Zeiten und gibt noch Völker, wo z. B. das Diebesgewissen mit dem Gewissen der Allgemeinheit, der öffentlichen Meinung, mehr harmonierte, als dies gegenwärtig bei uns der Fall ist. Eine ähnliche Umwandlung der sittlichen Grundsätze, wie sie sich zugunsten der Eigentumsordnung vollzogen hat, scheint mir zugunsten des generativen Interesses auch möglich und erstrebenswert. Auch auf dem sexuellen Gebiet haben sich ja ähnliche Wandlungen vollzogen, so daß wir heutzutage für das Gewissen z. B. eines Polygamisten oder anderer Sexualverbrecher, obgleich es auch durch starke Bedürfnisse unterstützt ist, weder Duldung noch Achtung haben.

Den Mitteln und Wegen, eine analoge Umwandlung der öffentlichen Meinung und die Einbürgerung entsprechender ethischer Grundsätze zu erreichen, ist in dem Buch besondere Aufmerksamkeit und eine ziemlich eingehende Erörterung gewidmet. Ich freue mich, aus dem Bericht über die jüngsten Ausführungen Galtons, den Herr L. in diesem Jahrbuch kürzlich gebracht hat, zu ersehen, daß sie sich nicht nur in dieser Hinsicht, sondern auch sonst in den wesentlichsten Punkten mit meinen Anschauungen decken.

Daß das generative Interesse dem Gefühl des Volkes gegenwärtig fremd ist, berechtigt nicht zu dem Ausspruch, daß die Bemühungen, es mit dem Denken und Fühlen des Volkes in innige Verbindung zu bringen, für immer zur Erfolglosigkeit verdammt sind. Gegenwärtig ist ja das generative Interesse sogar dem Gesichtskreis der meisten Gebildeten noch fremd, und bis vor kurzem war das überhaupt allgemein so. Für etwas Unbekanntes konnte sich natürlich das Volksgefühl nicht erwärmen. — Da aber die kühle Erkenntnis für sich allein nicht Kraft genug haben würde, so erscheint es mir nicht überflüssig, auch die Sozialpädagogik und den ganzen Suggestionsapparat, über den Staat und Gesellschaft verfügen, zugunsten des generativen Interesses zu Hilfe zu rufen.

Reiß für eine nähere Zukunft schienen und scheinen mir nur solche rasse- und keimdienstliche Maßregeln, die zugleich im Namen

von anerkannten sozialdienstlichen und individualistischen Interessen sich empfehlen, nämlich die Verfassung der vom Staat zu erteilenden Ehebewilligung erstens an Verbrechernaturen, zweitens an Personen, die mit einer noch infektiösen Geschlechtskrankheit behaftet sind. Im sozialdienstlichen Interesse sind ja Maßregelungen von Verbrechern bisher schon üblich, leider nicht auch in rassebiologischen. Für die zweite Kategorie wäre das Ehehindernis kein lebenslängliches, sondern auf die Dauer der Infektiosität beschränkt, und die Maßregel würde nur den sonst anerkannten Grundsätzen der staatlichen Fürsorgepflicht für die gesundheitlichen Interessen der einzelnen und der Gesellschaft entsprechen. Daß sie auch dem Rasseinteresse dienen würde, wie ich an anderer Stelle¹ ausführlicher dargelegt habe, sollte ihr mindestens nicht zu schlechterer Aufnahme gereichen.

Ein anderer Einwurf, den Prof. L. gegen mich und die Züchtungspolitiker vorbringt, lautet, wir wüßten nicht, daß man immer nur eine Eigenschaft auf Kosten der anderen züchten könne, und in seiner „Eugenik“ (S. 278 f.) weist er darauf hin, daß dieser Einwand auch von Havelock Ellis und von Max Nordau² gegen Galton vorgebracht worden ist. Dieser Einwand ist aber keineswegs

¹ „Infektion der Morgengabe“, I. c. — Das „redliche Ausdenken“ der „bis zur Lächerlichkeit absurden Idee“ ist schon dort, wie ich glaube, ziemlich gründlich besorgt. Auch ist da auseinandergesetzt, warum mir eine Ausdehnung der Maßregel auf weibliche Eheandidaten entbehrlich erscheint, wodurch sich die überraschende Annahme des Herrn Kritikers erledigt, ich hätte an letztere „überhaupt gar nicht gedacht“! Der richterliche Grundsatz: In dubio pro reo scheint mir auch für Kritiker empfehlenswert, schon um die Autoren nicht zu weit-schweifiger Ausführlichkeit zu zwingen. — Ganz unzutreffend ist es, wenn Herr L. (S. 55) meint, daß bei diesem Vorschlag „lieberliche und gewissenlose Männer vorausgesetzt werden“. Vielmehr wird von mir (S. 350 ff.) sehr eingehend ausgeführt, daß in der großen Mehrzahl der in Betracht kommenden Fälle gar nicht gewissenlose, sondern nur Durchschnittsmenschen vorausgesetzt werden, zum Teil auch sehr gewissenhafte Männer. Vor allem kommen jene in Betracht, die ohne zu wissen, daß sie mit einer noch infektiösen Geschlechtskrankheit behaftet sind, in die Ehe treten. Ihre Zahl ist wahrscheinlich viel größer als die der übrigen in Betracht kommenden Fälle. In vielen anderen Fällen sind die Verhältnisse so gelagert, daß der Eheandidat sich in einer moralischen Zwangslage befindet. Übrigens würde die Einrichtung sicher auch die Folge haben, daß die jungen Leute im großen und ganzen etwas mehr Vorsicht gegenüber der Ansteckungs-gefahr üben würden. Wer den ungeheuren Umfang des vorhandenen Übels nicht kennt oder nicht erfährt, der beachtet natürlich nur die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung des Abhilfsvorschlages selbstverständlich entgegenstehen.

² Das umfangreiche Werk „Entartung“, das Nordau vor Jahren veröffentlicht hat, ist für das Entartungsproblem völlig unfruchtbar. Mit der wissenschaftlichen Entartungsfrage hat es nichts zu tun.

stichhaltig. Der Rennpferdzüchter z. B. zielt gewiß nicht ausschließlich auf Schnelligkeit; denn das renntüchtige Pferd soll zugleich ein in jeder Hinsicht gesundes, ein fruchtbares, frommes usw. Pferd sein. Er züchtet also auf eine wünschenswerte Kombination von Eigenschaften und hat dabei Erfolg. Freilich kann man auf eine Eigenschaft vorwiegend hinzüchten, wenn man dies will. Der Züchter kann aber auch zwei oder mehrere Eigenschaften als ungefähr gleichwertig berücksichtigen, wenn ihm das vorteilhaft erscheint. Im großen und ganzen erzielte die Tierzucht, sofern sie gut geleitet war, stets gerade das, wonach sie strebte. Das ist besonders von Weismann in eindrucksvoller Weise dargelegt worden. Es ist selbstverständlich, daß die Ziele einer auf Menschen angewandten Züchtungspolitik andere wären als die der Haustierzüchtung, folglich auch ihre Methoden und Ergebnisse. Die Haustierzucht hatte natürlich keine Rücksicht auf Eigenschaften zu nehmen, die ihren Tieren zu einer selbständigen Lebensfähigkeit notwendig wären. Freilich gab sie sich manchmal auch einer unzweckmäßigen Einseitigkeit hin, indem sie, um ein ins Auge gefaßtes Züchtungsziel möglichst rasch zu erreichen, andere notwendige Rücksichten, z. B. die auf die sanitäre Konstitution, vernachlässigte. Doch das waren Züchtungsfehler, nicht Notwendigkeiten.

Was den ebenfalls von Nordau bei derselben Gelegenheit aufgestellten Satz anlangt, es komme nicht sowohl auf die Auslese besonderer Individuen an — denn jedes Individuum habe wahrscheinlich latente¹ Qualitäten der besten Art in sich — sondern auf die Herstellung guter Bedingungen für die Entwicklung guter Qualitäten, die Eugenik müsse also nicht als eine biologische, sondern als eine ökonomische Frage betrachtet werden, so ist ja diese Ansicht schon recht oft seitens ökonomischer Soziologen, besonders marxistisch gefärbter, geäußert worden, und außer Nordau haben auch andere Ärzte etwas verwandte Ansichten bekundet. So meinte z. B. Dr. H. Gutchison² in der Diskussion über jenen Vortrag Galtons, es scheine ihm nicht so sehr eine Verbesserung des Rohmaterials der Rasse, als vielmehr des Milieu notwendig. Seine Ausführungen lassen aber erkennen, daß er unberechtigter Weise als zweifellos voraussetzt, daß die erbten Anlagen durch die äußeren Lebensbedingungen in vererbbarer

¹ Nordau gebraucht hier das Wort „latente“ in einem Sinn, der mit dem biologischen Begriff der Latenz (S. 3) unvereinbar ist; denn germinologisch latente Anlagen sind äußerer Beeinflussung kaum zugänglich.

² „Sociolog. Pap.“ I. Vol. 1905, S. 58.

Weise beeinflusst werden. Die entgegengesetzte Anschauung und die Gründe hierfür scheinen ihm ganz unbekannt zu sein.

Herr T. nimmt auf diese Meinung insofern Bezug, als er in seiner „Eugenik“ bemerkt, man werde oft meinen, den Kindern aus eugenisch verwerflichen Ehen müsse nur eine besondere Sorgfalt zugewendet werden, und wenn man in der angenehmen Lage sei, dies zu können, so habe es mit der Gefahr nicht so viel auf sich. Dagegen ist zunächst zu sagen, daß die äußeren Lebensbedingungen allerdings die individuelle Entwicklung beeinflussen, daß es aber sehr fraglich ist, ob und in welcher Weise sie die erbten und vererbaren Anlagen ändern¹. Aber selbst wenn sich schlechte Anlagen auch in vererbbarer Weise durch gute äußere Lebensbedingungen verbessern ließen, so bliebe es trotzdem sowohl hinsichtlich der elterlichen oder Familieninteressen wie hinsichtlich des Rassebienstes ausichtsreicher, diese Sorgfalt günstigen Reimanlagen zuteil werden zu lassen, die dann zweifellos ein günstigeres Ergebnis liefern würden als ebenso behandelte schlechte Anlagen. Der ungünstige Erbfaktor kann eben durch die bei der individuellen Entwicklung mitwirkenden äußeren Faktoren nie in Null verwandelt werden. Nur Selektion beseitigt die ungünstigen Anlagen zugunsten guter.

Dies gilt auch bezüglich der von Herrn T. befürworteten Verhinderung der Verbindungen zwischen Personen mit gleichartigen fehlerhaften Anlagen: Falls nicht die Fortpflanzung solcher Individuen eine Einschränkung erfährt, ist mit der empfohlenen Maßregel für die Rasseentwicklung so gut wie nichts zu gewinnen. Zwar würden die fehlerhaften Anlagen infolge dieser Maßnahmen zunächst nicht ganz so oft in die Erscheinung treten als bei der Verbindung miteinander, sondern öfter latent bleiben; aber das würde nicht ausschließen, daß die mangelhaften Anlagen als latente unter Umständen sogar überhand nähmen, worauf es selbst bei fortgesetzter Anwendung der empfohlenen Maßregel sehr schwierig oder unmöglich würde, ihre Latenz auch ferner zu erzielen.

Die Gründe, weshalb ich besondere Maßregeln gegen die uneheliche Fortpflanzung der eheuntauglichen Personen für entbehrlich halte, sind in dem besprochenen Buch ausführlich erörtert. Einer von ihnen mag hier ergänzt werden: Nach den schon einmal erwähnten statistischen Erhebungen von Dthmar Spann traten von 1000 lebend geborenen ehelichen Knaben 660,5 in das 20. Lebens-

¹ Sieh hierüber meine Arbeit „*Wirkungen gebesserter Lebenshaltung*“ usw. im „*Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie*“, I, 1, 1904, S. 57 ff.

jahr, während von 1000 außerehelich geborenen nur 181,5 dieses Alter als uneheliche erreichten; und wenn auch zu berücksichtigen ist, daß ein Teil der unehelichen legitimiert oder adoptiert wird, so wird man doch mit Spann annehmen dürfen, daß etwa dreimal weniger von den unehelichen zur Fortpflanzung kommen als von den ehelichen. Bezüglich der Gründe, die gegen die Wahrscheinlichkeit einer Zunahme der außerehelichen Fortpflanzung als Folge der geforderten Maßregeln sprechen, muß ich auf das Buch selbst (S. 361 ff.) verweisen.

Zu meiner Bemerkung, daß es töricht wäre, vor besonderen Maßregeln gegen die uneheliche Fortpflanzung Eheuntauglicher zurückzusprechen, falls solche — entgegen meinen Ausführungen — nötig sein würden, erklärt Herr T.: „Vermutlich wird an eine chirurgische Operation gedacht.“ Ich hielt es nicht der Mühe wert, diesen nur akademisch betrachteten Punkt näher zu erörtern, bemerkte aber, daß es doch wohl nicht unbedingt nötig ist, dabei nur an eine chirurgische Operation oder — was moderner wäre und Sentimentalen gewiß viel weniger schrecklich erschiene — an Sterilisation mittelst Röntgenstrahlen zu denken; denn statt dessen läßt sich doch auch an mancherlei vermögensrechtliche und andere Einrichtungen denken, die den Beteiligten mit Rücksicht auf ihre eigenen Interessen den Verzicht auf rasseschädigende außereheliche Fortpflanzung als geboten erscheinen ließen.

Von einem Tauglichkeitszeugnis für uneheliche Fortpflanzung ist bei mir nirgends die Rede, weshalb die ironische Bemerkung des Herrn Ref., daß „die jungen Männer das Tauglichkeitszeugnis ja wohl am Gute tragen müssen“, wieder gegenstandslos ist.

Soweit meine Erörterungen über sanitäre Ehehindernisse nicht auf Gewohnheitsverbrecher¹ und auf Personen, die mit einer noch

¹ Ich glaube zwar nicht, daß alle Gewohnheitsverbrecher Verbrechernaturen sind; da jedoch die Maßregel in diesen Fällen Strafcharakter hätte, so wäre es nicht empfehlenswert, im Einzelfall entscheiden zu wollen, ob wirklich eine Verbrechernatur vorliegt oder nicht. Die Durchschnittsbeschaffenheit der moralischen Anlagen der Gewohnheitsverbrecher ist sicher von der Art, daß durch ihre unterschiedslose Ausscheidung die Rasse in Hinsicht auf die moralischen Anlagen nur gewinnen könnte. Daß von den Kindern der Gewohnheitsverbrecher viele ganz brauchbare Glieder der Gesellschaft werden können, bezweifle ich nicht; es handelt sich hier aber nur um den Durchschnittswert der Nachkommenschaft von Gewohnheitsverbrechern. Die zwar wenig zahlreichen, aber zum Teil sehr umfangreichen Verbrecherstammbäume, die bisher publiziert worden sind (neuerdings hat J. Förger sie um einen sehr interessanten vermehrt: „Die Familie Zero“, Archiv für Rassen- und Ges.-Biol. II, 4, 1905, S. 494—559), sprechen sehr

infektiösen Geschlechtskrankheit behaftet sind, Bezug haben, bezwecken sie hauptsächlich die Begründung der Forderung offizieller Anlegung von Familienerbtafeln, teils um die Erbqualitäten jeder einzelnen Person kennen zu lernen, teils zur Förderung der Vererbungslehre im allgemeinen. Natürlich kann diese Einrichtung, auch wenn sie einmal zu bestehen angefangen haben wird, erst nach Generationen brauchbare Ergebnisse liefern. Bis dahin wird sich, vorausgesetzt, daß die darauf gerichteten Bestrebungen nicht erfolglos bleiben, die öffentliche Meinung u. a. auch hinsichtlich der gegenwärtig übertriebenen Hochschätzung der individualistischen Interessen wohl soweit geändert haben, daß es nicht dasselbe ist, ob sich mein Vorschlag auf unsere Tage oder auf jene noch ziemlich ferne Zukunft bezieht. Herr T. hat das nicht auseinandergehalten. Seine Einwände, die auch sonst so mancherlei (in Frageform gekleidete) Mißverständnisse enthalten, beruhen durchwegs auf der unzutreffenden Voraussetzung, daß es sich auch da um Vorschläge für unsere Tage handle, wo letzteren nur eine Vorbereitung zugebacht ist; ohne diese Voraussetzung werden sie gegenstandslos.

Aus diesem Mißverständnis erwuchs auch der in seiner „Eugenik“ (S. 281) vorgebrachte Einwand: „Es würde unter den gegenwärtigen (!) sozialen Verhältnissen eine Grausamkeit sein, die durchschnittliche intellektuelle Befähigung einer Nation auf das Niveau ihrer besseren Hälfte zu erheben. Denn es würde die Menschen ihres Glends um so bewußter machen, unter dem sie jetzt schwer genug leiden.“ Daß z. B. der Ethiker Th. Lipps¹ jedes auf geistige Einengung des Volkes gerichtete Streben unter allen Umständen für das „Allerunsittlichste“ hält, was es überhaupt geben kann, sei nur beiläufig erwähnt. Auch wer den von T. betonten eudaimonistischen Standpunkt mit ihm teilt, wird dennoch auch diesen seinen Einwurf für gegenstandslos halten müssen. Denn es muß wohl jedem, der sich mit dem Züchtungsgeanken einigermaßen ver-

zuungunsten dieser Nachkommenschaft. Und wenn auch bei der im ganzen geringen Ausdehnung solcher Untersuchungen kein übermäßiges Gewicht darauf gelegt werden darf, so zeigen anderseits die Erfahrungen der Tierzüchter nicht nur, daß Gemüts- oder Charakteranlagen sich vererben, sondern auch, daß durch konsequente Nichtfortpflanzung von Individuen, bei denen die nicht gewünschten Gemüts Eigenschaften zur Entwicklung kamen, allmählich eine Beseitigung der betreffenden Anlagen oder eine solche Einschränkung derselben erzielt wird, daß die unerwünschte Eigenschaft nie mehr oder nur noch selten bei einem Individuum der gezüchteten Rasse erscheint.

¹ „Die ethischen Grundfragen“, 2. Aufl., Hamburg 1905, S. 97.

traut gemacht hat, als ausgeschlossen erscheinen, daß, zumal mittels der Methoden, deren Anwendung auf den Menschen allein ernstlich in Betracht kommen kann, eine so plötzliche Höherzüchtung der Intelligenz einer Nation möglich ist. Daß aber in einer fernen Zukunft die sozialen Verhältnisse gerade mit den gegenwärtigen identisch sein sollen, wäre sehr gewagt anzunehmen.

In seiner „Eugenik“ fragt Herr T., ob die Ausschließung von Personen mit erblicher Disposition zur Phthise, zu Herzfehlern, Hernien, Myopie nicht gar zu viele treffen würde. Ich weiß nicht, ob eine derartig extrem rigorose Liste, die sogar Myopische als eheuntauglich behandelt, von irgend jemand aufgestellt worden ist. Diesbezüglich schrieb ich vor 15 Jahren: „Es wäre durch nichts geboten, übermäßig scharf vorzugehen. Würde man stets nur etwa 1—2% der geschlechtsreifen Bevölkerung durch Verjagung der Ehebewilligung ausschließen, so würden in den ersten Zeiten nur die allerschädlichsten Krankheitsanlagen davon betroffen werden. Allmählich würden diese in geringerer Häufigkeit vorkommen; dann würden also schon etwas weniger verderbliche Krankheitsanlagen, die zuvor noch unberücksichtigt geblieben waren, mit unter jene 1—2% fallen und so fort.“

Besonders überrascht war ich über folgende von T. in seiner Kritik (S. 54) an mich gerichtete Frage: „Sollen diese (sanitären Ehehindernisse) nur unter den unteren Klassen statthaben?“ Auch S. 62 bringt er eine Bemerkung, die erkennen läßt, daß er bei mir, was nur als Folge eines Vorurteils erklärlich ist, etwa Ammonsche Anschauungen voraussetzt. Diese Voraussetzung ist extrem unzutreffend. Verschiedene andere Rezensenten haben meine „Auslese“ für sozialistisch oder gar sozialdemokratisch angehaucht erklärt. Von Vorliebe für unsere heutige Geburtsaristokratie und die werdende Plutokratie kann darin sicher nichts als etwa das Gegenteil entdeckt werden. Höchstens könnte die Tendenz, die sanitär, intellektuell und ethisch besser beanlagten Personen ohne irgendein Standes- oder Rassevorurteil in bezug auf Fortpflanzung zu begünstigen, in einem neuen Sinn aristokratisch genannt werden. Da Herr T. auch in seiner „Kritik der Preisaufgabe“ (S. 33) die Bemerkung macht: „Eine klare Bestimmung, daß nach dem Muster dieses Buches (Ammons „Gesellschaftsordnung“) oder doch gemäß der Anregung, die es gegeben habe, das Problem behandelt werden solle¹, wäre er-

¹ Auch im vorigen Heft meint Prof. T. wieder, es sei verlangt worden, daß „auch das Ammonsche Argument zugunsten der ‚Gesellschaftsordnung‘ verwertet werde“.

sprießlich gewesen,“, so erlaube ich mir die Frage, ob denn von den Preisschriften, außer der Woltmannschen, die ja doch nach des Herrn T. eigenem Urteil verhältnismäßig sogar zu wenig gewürdigt wurde, sonst auch nur einer etwa Ammonsche Anschauungsweise und Richtung nachgesagt werden kann. Und wie kann Herr T. angesichts der Tatsache, daß der erste Preis einer Arbeit zuerkannt wurde, die sowohl der „Tendenz oder Parteilstellung“ des Preisstifters als der der Preisrichter so wenig entspricht, dennoch die dem Preisausschreiben „angehängte Versicherung, daß die Preisrichter die Arbeiten nur nach ihrer wissenschaftlichen Durchführung, ohne Rücksicht auf die Tendenz oder Parteilstellung des Verfassers, beurteilen werden“, als wertlos erklären (S. 44)? Ich sehe hierin einen Beweis von Vorurteil¹.

Der vorher erwähnten Forderung, es solle in Form von offiziellen Familienerbtafeln die Vorbedingung für die Kenntnis der Erbqualitäten jeder Person geschaffen werden, stimmt Herr T. unter dem Vorbehalt zu, „daß diese überaus wichtige Forschung nicht in den

¹ In seiner letzten Publikation beruft sich Prof. T. auf ein kleines Heftchen (30 Pf.) „Am Krankenlager deutscher Wissenschaft“, mit der Bemerkung, daß ihr Verfasser, Dr. G. J. Meyer, „ein offenbar völlig Neutraler“, die famosen Erläuterungen ganz im Sinn von T. verurteile. Deshalb ersuchte mich Herr Prof. Ziegler, in seinem Namen hier zu erklären, daß auch Herr Dr. G. J. Meyer ein Manuskript zum Wettbewerb eingesandt hatte. Prof. Ziegler bemerkt hierzu: „Im allgemeinen werden die Namen der Konkurrenzteilnehmer geheim gehalten, allein es ist dabei vorausgesetzt, daß diese ihrerseits zur Bekanntgabe ihres Namens keine Veranlassung geben und nicht etwa in Veröffentlichungen den Anschein erwecken wollen, als ob sie unbeteiligte und unparteiische Beurteiler der Sache wären.“ — Meyer will dartun, daß „die alten, die überlieferten Gesetze“ als „Erscheinungen der Vererbung, ererbte Einrichtungen“ aufzufassen sind, wobei ich ihm nicht zu folgen vermag. Seine schon von Prof. T. erwähnte Alternative, daß entweder keiner der 60 Bewerber die Fehler und Unklarheiten der „Erläuterungen“ bemerkt hat, oder daß sie aus Furcht geschwiegen haben, ist gleichfalls nicht stichhaltig. Denn die Aufgabe der Bewerber bestand m. E. nicht in unfruchtbarer Kritik der „Erläuterungen“, sondern in möglichst fruchtbarer Beantwortung der Preisfrage. — Übrigens paßten diese Erläuterungen zur Preisfrage auch mir so wenig, daß ich meine Beteiligung an der Bewerbung von der Antwort auf eine Anfrage abhängig machte, die ich an Herrn Prof. Hädel richten ließ, ob eine Arbeit, die sich hauptsächlich nur an das in der Titelfrage gestellte Thema halten würde, ohne sich von den in den Erläuterungen enthaltenen Auffassungen und Urteilen wesentlich leiten zu lassen, trotzdem Aussicht auf Berücksichtigung habe, worauf eine durchaus ermutigende Antwort eintraf. Auf diesen Bescheid berief ich mich bei der Einreichung meiner Arbeit, mit der Bemerkung, daß sie nur im Vertrauen auf diese Antwort ausgeführt wurde.

Dienst der Gesetzgebung, ebenso wenig in den Dienst vorgefaßter Theorien gestellt werde, sondern um ihrer selbst willen, aus schlecht-hin unbefangenen wissenschaftlichen Interesse geschehe.“ Verdient eine Forschung wirklich in unserer Wertschätzung tiefer zu stehen, wenn sie als praktisch fruchtbar gedacht wird? Nach meinem Dafürhalten stünde die Wissenschaft, die „nur um ihrer selbst willen“ getrieben würde, nicht höher im Rang als irgendein geistiger Sport, etwa das Schachspiel. Mir scheint, die Würde der Wissenschaft kann dadurch, daß sie sich in den Dienst des Gemeinwohls stellt, nur gewinnen. — Doch Herr T. spricht auch von einer vorgefaßten Theorie, in deren Dienst nach meinem Sinn die Erblichkeitsforschung gestellt werden solle. Welches ist diese vorgefaßte Theorie? Etwa wieder die Ammonsche? Herr T. kann ihr nicht viel ablehnender gegenüberstehen als ich. Welche also? Ich erkläre mich außerstande, darauf auch nur vermutungsweise eine Antwort zu geben und bin gezwungen, auch hier an eine irrig vorgefaßte Meinung des Herrn Ref. zu glauben. Der Zweck der geforderten Statistik ist kein anderer als der, die verschiedenen Keimqualitäten eines jeden Individuums möglichst richtig schätzen zu lernen, um mit der Zeit immer besser beurteilen zu können, was für die Familie und die Rasse von der generativen Verbindung zweier bestimmter Personen zu erwarten ist, wobei übrigens, um der Tragweite der Vererbung besser gerecht zu werden, nicht bloß die Chancen hinsichtlich der nächsten Generation, also der Kinder, sondern auch hinsichtlich der auf diese folgenden Generationen mit in Rechnung zu ziehen sind. An welche vorgefaßte Meinung könnte denn hier überhaupt gedacht werden? Übrigens könnten ja mindestens bis zum Ablauf mehrerer Generationen die verlangten Feststellungen höchstens insofern eine praktische Wirksamkeit zur Folge haben, als sie die Aufmerksamkeit und das Interesse des großen Publikums für solche Gesichtspunkte erwecken würden.

Es wären noch so manche Punkte richtig zu stellen; doch die bisherigen Ausführungen haben schon allzuviel Raum beansprucht. Auch schwere Bedenken betreffs verschiedener von Prof. Tönnies in seinem 2. Abschnitt (4. Heft 1905) vorgebrachter sozialbiologischer Anschauungen müssen deshalb unerörtert bleiben.

Ich schließe mit aufrichtigem Dank an den Herrn Herausgeber für das mir hier gewährte Gastrecht.

Munizipalsozialismus und städtisches Anleihewesen in England.

Von

A. Plate.

I.

Inhaltsverzeichnis.

I. Die englischen Städte, das Parlament und die ministeriellen Zentralbehörden S. 51—64. — II. Der Munizipal-sozialismus in den englischen Städten S. 64—82. Wasserwerke S. 65. Gas- und Elektrizitätswerke S. 68. Straßenbahnen S. 71. Andere Betriebe S. 74. Arbeiterwohnungen S. 75.

Neben dem Kampfe zwischen Schutzzoll und Freihandel ist in England zurzeit eine der heftigst umstrittenen Fragen die des „Municipal Trading“, des Munizipalsozialismus¹. Unter „Munizipalsozialismus“ faßt man im allgemeinen alle diejenigen Bestrebungen zusammen, die dahin zielen, den Gemeinden, und speziell den Städten, die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen zur praktischen Durchführung der sogenannten sozialen Ideen zu geben. Hierzu gehört auch die Übernahme, die Kommunalisierung bestimmter Betriebe — insbesondere kommen Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen in Betracht —, die bisher mehr oder minder privatwirtschaftlich ausgebeutet wurden, und die auch ihrer Natur nach im wesentlichen nur in privatwirtschaftlichen Formen geleitet werden können. Der Begriff „Municipal Trading“, mit dem der Engländer speziell diese Ge-

¹ Leider fehlt uns noch immer ein besseres Wort. Die Ausdrücke „Verstaatlichungen“, „Vergemeindlichungen“ sind ebenso unschön und haben sich nicht recht eingebürgert.

meindetätigkeit bezeichnet, ist also nicht so umfassend, wie der Ausdruck „Municipal-Sozialismus“!

Die nachstehenden Betrachtungen sind im wesentlichen dem Municipal-Sozialismus im Sinne des Municipal Trading gewidmet, so wie er uns heute in den englischen Städten entgegentritt. Zu einer richtigen Beurteilung dieser ganzen Bestrebungen ist es aber unumgänglich nötig, zuvor die Entwicklung des Städterechts in England und seine heutigen Grundlagen kurz darzustellen.

I. Die englischen Städte, das Parlament und die ministeriellen Zentralbehörden.

Seit den großen Arbeiten Gneists gilt uns England als das klassische Land der Selbstverwaltung. Es ist höchst auffallend, daß sich fast 40 Jahre lang kein Gelehrter zu einer eingehenden Nachprüfung der von Gneist aufgestellten Behauptungen und Grundsätze entschlossen hat. Eine kritische Würdigung hat uns erst Redlich in seinem ausgezeichneten Werke über englische Lokalverwaltung¹ gegeben, und zwar weist er auf Grund von sehr eingehenden Untersuchungen überzeugend nach, daß Gneists Theorien im großen und ganzen unrichtig sind. Nach Gneist ist Selbstverwaltung „eine innere Landesverwaltung der Kreise und Ortsgemeinden nach den Gesetzen des Landes durch persönliche Ehrenämter unter Aufbringung der Kosten durch kommunale Grundsteuern“². Verwaltung faßte Gneist in diesem Sinne ausschließlich als Ausübung obrigkeitlicher Funktionen auf. Dies Ideal glaubte Gneist in der englischen Städteverfassung des 18. Jahrhunderts verwirklicht zu sehen. Nun läßt sich aber von einer eigentlichen städtischen Verwaltung in England im 18. Jahrhundert überhaupt nicht sprechen. Die Macht in den Städten lag zu jener Zeit in den Händen einiger weniger, des Select Body, einer Körperschaft, die sich durch Option ergänzte, und die ein willenloses Werkzeug der Könige und später des Parlaments war. Erst die Ideen, denen das Reformgesetz vom Jahre 1832 seine Entstehung verdankt, wodurch das Wahlrecht zum Parlament im Sinne einer repräsentativen Demokratie ausgestaltet wurde, haben zu einer Neubelebung der städtischen Verwaltung geführt. Erst durch

¹ Leipzig 1902. Englische erweiterte Ausgabe in 2 Bdn. von Redlich und Pirft, London 1903.

² Redlich a. a. O. S. 747.

die Städteverordnung von 1835 (Municipal Corporations Act) wurde die Möglichkeit einer wirklichen eigenen Verwaltung geschaffen. Und der ganz neue Gedanke, daß die Städte nicht nur Träger obrigkeitlicher Funktionen, sondern daß sie auch zu wirtschaftlicher Selbstverwaltung berufen seien, bedeutet nicht, wie Gneist meinte, einen Abfall vom Prinzip des Selfgovernment, sondern, wie Redlich¹ ausführt, den notwendigen, den Zeitbedürfnissen entsprechenden Ausbau des Systems der Städteverwaltung. Nicht das Selfgovernment im Gneistschen Sinne bildet den Grundpfeiler der englischen Kommunalverwaltung, sondern das Prinzip, „daß die gesamte Tätigkeit des Staates im Inneren . . . allezeit und ausnahmslos eine Funktion der „Localities“ vorstellt, d. h. der Lokalverbände. Nur mit dem Worte Lokalverwaltung wird daher das Wesen dieser nationalen Verwaltungsorganisation bezeichnet“².

Das Hauptverdienst der Städteordnung von 1835 war, daß sie das städtische Wahlrecht auf eine repräsentative Basis stellte. Im übrigen enthielt sie lediglich formelles Recht und zog dem städtischen Unternehmungsgeist so enge Schranken, daß sie nur den Anfang einer großen Reform bildet, die erst am Ende des 19. Jahrhunderts ihren vorläufigen Abschluß gefunden hat. Eine umfassende Kodifikation des materiellen Städterechts ist erst in dem Public Health Act von 1875 enthalten. An den Begriff der Public Health, der Volkshygiene, hat die Gesetzgebung in erster Linie die Ausdehnung des Wirkungskreises der städtischen Verwaltungskörper angeschlossen. Die Städteordnung von 1835 mit ihren Nachträgen ist im Jahre 1882 als Municipal Corporations Consolidation Act neu publiziert worden. —

Die englische Stadtgemeinde ist, wie die preußische, eine Einwohnergemeinde. Die Verwaltung wird vom Town Council geführt. Dies besteht aus Councillors, Aldermen und dem Mayor. Die Councillors werden von den stimmberechtigten Gemeindegliedern gewählt, die Aldermen von den Councillors, und zwar je auf sechs Jahre. Weder Aldermen noch Councillors sind besoldet. Beide wählen den Mayor (Bürgermeister). Die eigentliche Verwaltung liegt beim Council, das in eine Reihe von Komitees geteilt ist. Diese Komitees arbeiten, besonders in den größeren Städten, ganz selbständig. Eine gewisse Kontrolle besteht hauptsächlich dadurch, daß

¹ a. a. D. S. 758 ff.

² a. a. D. S. 808.

sie gezwungen sind, ihre Etats dem aus Mitgliedern sämtlicher Komitees gebildeten Finanzkomitee vorzulegen. Der Mayor hat eine rein repräsentative Stellung. Ein wesentlicher Einfluß auf die Verwaltung ist ihm schon deshalb versagt, weil sein Amt nur von einjähriger Dauer ist. An der Spitze der inneren Verwaltung steht der Town Clerk. Da derselbe lebenslänglich oder doch in der Regel viele Jahre sein Amt bekleidet, ist sein Einfluß natürlich sehr groß.

Die städtische Gesetzgebung ist noch besonders deshalb wichtig, weil die Grundsätze des Städterechts im wesentlichen auf die übrigen kommunalen Einheiten übertragen sind, zunächst durch den Local Government Act von 1888 auf die höheren Verbände, die Grafschaften (Counties), aus denen die Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern ausscheiden (County Boroughs), und sodann durch den Local Government Act von 1894 auf die niederen Verbände, die städtischen und ländlichen Sanitätsbezirke (Urban und Rural Districts), und schließlich auf die Kirchspiele (Parishes). Hier interessieren nur die Urban Districts. Während in den eigentlichen Boroughs, auf welche die Städteordnung Anwendung findet, die Sanitätspflege (Public Health) dem städtischen Council anvertraut ist, hat die Gesetzgebung außerhalb der Boroughs hierfür besondere städtische und ländliche Distrikte geschaffen. Nun ist aber der Begriff der Public Health ein so dehnbarer und in England auch so ausgedehnt, daß die Town Councils in den Boroughs und die District Councils in den Urban Districts im wesentlichen denselben Wirkungskreis haben. Der Hauptunterschied, der aber hier nicht in Betracht kommt, ist der, daß nur den Boroughs die Polizeigewalt zusteht. Im folgenden sind daher mit dem Ausdrucke „Stadt“ die erwähnten Boroughs und Urban Districts gemeint. —

In England wird die gesetzgebende Gewalt bekanntlich vom Parlamente ausgeübt. Der englische Ausdruck „Law“ ist aber viel umfassender als unser „Gesetz“. Alles, was wir als „Verordnung“ bezeichnen, ergeht in England in der Form eines Gesetzes oder kann wenigstens in eine solche Form gekleidet werden. Auch heute noch ist es ein Grundsatz des englischen Rechts, daß alle Verwaltung sich in Form der Gesetzgebung zu vollziehen hat¹, und ein weiterer Grundsatz ist, daß alle diejenigen Vorschriften, durch die dem Staatsbürger Pflichten auferlegt werden, vom Parlament beschlossen, d. h.

¹ Redlich a. a. O. S. 682 ff.

in Gesetzesform erlassen werden müssen¹. Wenn man sich diese beiden Prinzipien vergegenwärtigt, wird man den weitgehenden Einfluß des Parlaments auf die Ausgestaltung des kommunalen Lebens ohne weiteres verstehen. Entwickelt hat sich die auf die eigentliche innere Verwaltung bezügliche Tätigkeit des Parlaments in der Form eines Billigkeitsrechts (Law of Equity) für solche Fälle, wo das Common Law, das ungeschriebene Gewohnheitsrecht, nicht ausreichte. Das betreffende Individuum oder die betreffende Korporation wandte sich an das Parlament mit einer Petition, und dies erteilte einen Bescheid in Form eines Personal Act oder einer Private Bill. Und dies ist ein weiterer charakteristischer Zug des englischen Rechts: Die Gesetzgebung erfolgt nicht so sehr, wie bei uns, von oben, sondern der Gesetzgeber wartet auf Anregung von unten. Das hat sein Gutes, insofern es den Gesetzgeber vor übereilten Schritten bewahrt, es hat aber auch seine großen Nachteile, da der Gang der Gesetzgebung fraglos sehr verzögert wird. Theoretisch läßt sich gegen jenes Prinzip nichts einwenden, wonach der Gesetzgeber nur allgemeine Normen aufstellen und es den einzelnen Gemeinden überlassen soll, entsprechend ihren Bedürfnissen an ihn um Gewährung spezieller Befugnisse heranzutreten², — in die Praxis umgesetzt, kann dies aber zu großen Übelständen führen. Denn erstens ist es sehr fraglich, ob alle Gemeinden zur rechten Zeit erkennen, was ihnen nottut, und dann besteht die große Gefahr, daß infolge einer Klassenherrschaft, die in jeder größeren Gemeinde mehr oder minder besteht, Maßregeln unterlassen werden, die der betreffenden Verwaltung unangenehm sind, deren Durchführung aber im Interesse der Allgemeinheit geboten erscheint.

Die Form, in der das Parlament auf die innere Verwaltung der einzelnen Städte einen Einfluß ausübt, ist die der Private Bill. Durch Private Bills werden den Städten auch neue Befugnisse wirtschaftlicher Art erteilt, z. B. das Recht, Gasanstalten oder Wasserwerke aufzukaufen oder einzurichten, Straßenbahnen zu betreiben usw. Vielfach hat sich das Parlament veranlaßt gesehen, nachdem es mehrere gleichartige Private Bills erlassen hatte, die betreffende Materie durch ein allgemeines Gesetz (General Statute) zu regeln oder durch einen Adoptive Act, der von den Städten durch einfachen Beschluß angenommen werden kann.

¹ Hedlich a. a. O. S. 21 ff.

² Hedlich und Hirst a. a. O. I, S. 367.

Das Parlament stellt aber nur die gesetzlichen Normen auf, um die Durchführung im einzelnen kümmert es sich so gut wie gar nicht. Doch kann das Parlament jederzeit zur Untersuchung von Mißständen Kommissionen (Select Committees) einsetzen oder die Regierung resp. die Krone zur Einsetzung von Royal Commissions veranlassen. Von diesen Befugnissen hat das Parlament einen weitgehenden Gebrauch gemacht. Hier mögen nur die Untersuchungen über das Municipal Trading in den Jahren 1900 und 1903 und die über Zurückzahlung von Kommunalanleihen im Jahre 1902 genannt sein. Die Protokolle der Kommissionsitzungen werden gedruckt und bieten ein zwar sehr trodenes, aber überaus wertvolles Material.

Die eigentliche fortlaufende Kontrolle darüber, ob die städtischen Verwaltungen im Einklang mit Recht und Gesetz handeln, liegt nicht dem Parlament, sondern anderen Behörden ob, denen im Laufe der letzten Jahrzehnte auch ein weitgehendes Ordnungsrecht für solche Gegenstände übertragen ist, die früher vom Parlament im Wege der Gesetzgebung geregelt wurden.

In erster Linie ist hier das Local Government Board zu nennen, in zweiter Linie kommen das Handelsministerium (Board of Trade), das Landwirtschaftsministerium (Board of Agriculture), das Unterrichtsministerium (Board of Education) und in gewisser Beziehung auch das Home Office, die Zentralbehörde für das Polizeiwesen, in Betracht. Die Entstehung und Entwicklung dieser Behörden, insbesondere des Local Government Board, ist überaus interessant. Ganz allmählich, fast unmerklich, schlägt ein neues, dem englischen Recht ursprünglich völlig fremdes System Wurzel: Die Einrichtung von ministeriellen Zentralbehörden mit mehr oder minder großer Selbständigkeit und Machtbefugnis. De iure ist freilich noch heute der Wirkungskreis des Parlaments unbegrenzt, und de iure haben die Zentralbehörden ihre Befugnisse nur precario. Aber auch hier wird jene Entwicklung vor sich gehen, die sich in der englischen Geschichte so oft wiederholt: daß ein System formell unangetastet bleibt, wenn es sich mit den Tatsachen auch in keiner Weise mehr in Einklang bringen läßt. Es sei hier nur an die Stellung des Königs gegenüber dem Parlament erinnert. Ihre Entstehung danken jene Zentralbehörden allerdings einem rein praktischen Bedürfnis. Parlamente, und insbesondere das englische, sind stets von einer gewissen Schwerfälligkeit. Die vielen im Laufe des 19. Jahrhunderts neu aufgetretenen Ideen, insbesondere die sogenannten sozialen Ideen, stellten so erhebliche Anforderungen, daß das Parlament sich

genötigt sah, einen Teil seiner Tätigkeit auf andere Behörden zu übertragen. Zuerst, bereits im Jahre 1834, wurde für die Armenpflege das Poor Law Board geschaffen. Ihm folgte im Jahre 1871 das Local Government Board als oberste Sanitätsbehörde, der auch die Funktionen des Poor Law Board später übertragen wurden. Die Tätigkeit des Local Government Board zerfällt heute in drei Hauptgebiete: Es ist höchste Armenpflegebehörde, höchste Sanitätsbehörde und Kommunalaufsichtsinstanz. Am selbständigsten ist das Local Government Board auf dem Gebiete der Armenpflege. Hier hat es ein weitgehendes, ganz selbständiges Aufsichts- und Verwaltungsrecht. Doch scheidet dieses Gebiet für unsere Betrachtungen ganz aus, da die Armenpflege nicht Sache der spezifisch kommunalen Körperschaften ist, sondern innerhalb besonderer Distrikte (Unions) von besonderen Behörden (Boards of Guardians) gehandhabt wird. Weniger selbständig ist das Local Government Board als oberste Sanitätsbehörde. Ein allgemeines Verwaltungsrecht hat es hier nicht. Es hat zwar eine gewisse Aufsicht über Anstellung, Führung und Entlassung bestimmter Sanitätsbeamten, aber nur in den Fällen, wo die betreffende Gemeinde staatliche Zuschüsse (Grants in Aid) annimmt. Städte, die sich dieser Kontrolle entziehen wollen, verzichten auf die Zuschüsse. Ferner hat das Board Ortsstatute — Bye Laws — über sanitäre Angelegenheiten zu genehmigen. Besonders hervorzuheben ist hier aber die Befugnis des Local Government Board und des Board of Trade, durch vorläufige Verordnungen (Provisional Orders), die der Bestätigung durch das Parlament bedürfen, den Gemeinden Rechte wirtschaftlicher Art, deren Ausübung unter den Begriff des Municipal Trading fällt, zu verleihen. Am beschränktesten sind die Befugnisse des Local Government Board als Kommunalaufsichtsbehörde: sie bestehen in der Genehmigung von Anleihen, soweit diese nicht bereits vom Parlament genehmigt sind, ferner in dem Recht der Rechnungsrevision (Audit), anomalerweise aber nur den County Boroughs und Urban Districts, nicht den dazwischenstehenden Municipal Boroughs gegenüber. Die Municipal Boroughs unterliegen in finanzieller Beziehung überhaupt keiner direkten und fortgesetzten Kontrolle; im äußersten Falle könnte ein Eingreifen des höchsten Gerichts, des High Court, herbeigeführt werden.

Die vom Local Government Board eingesetzten District Auditors sind insbesondere berechtigt, Ausgaben zu beanstanden, die dann eventuell von dem betreffenden Beamten zu tragen sind. Der Beamte

kann gegen jede Beanstandung entweder durch ein besonderes Rechtsmittel, das sogenannte Writ of Certiorari, die Entscheidung des ordentlichen Gerichts anrufen, oder er kann sich an das Local Government Board als höhere Instanz wenden. Im übrigen kann jeder Steuerzahler beim Audit zugegen sein und, wenn der Auditor Ausgaben nicht beanstandet, die nach Ansicht des Steuerzahlers ungesetzlich sind, eine Entscheidung des High Court herbeiführen. Die Zwangsbefugnisse des Local Government Board sind, abgesehen von dem Gebiete der Armenpflege, sehr beschnitten. Im allgemeinen ist es hier auf die ordentlichen Gerichte angewiesen. Ein direktes Zwangsrecht kann das Board nach dem Public Health Act von 1875 nur dann ausüben, wenn durch eine Untersuchung die Verpflichtung einer Gemeinde zu einer sanitären Anordnung festgestellt wird, und die Gemeinde sich weigert. In diesem Falle hat das Board das Recht, die Maßregel auf Kosten der Gemeinde durch einen Dritten ausführen zu lassen; aber — und das ist wichtig — das Board kann nur auf Beschwerde von Interessenten einschreiten.

Auf das Anleihewesen kommen wir noch zurück. Hier mag nur erwähnt werden, daß, falls eine Gemeinde mit Zahlung von Zinsen säumig ist, das Board im Interesse der Gläubiger die Steuern mit Beschlagnahme belegen darf; und ferner, daß nach Sektion 301 des Public Health Act von 1875 das Local Government Board, falls eine Gemeinde den ihr durch das genannte Gesetz auferlegten Verpflichtungen nicht nachkommt, zwangsweise eine etwa erforderliche Anleihe zu Lasten der Gemeinde aufnehmen kann. Im übrigen beschränkt sich die Tätigkeit des Board auf das Recht der Inspektion, seine Anordnungen haben mehr den Charakter eines Rates.

Insofern besteht zwischen den englischen und z. B. unseren preussischen Zentralbehörden noch ein wesentlicher Unterschied, aber es mehrten sich die Anzeichen dafür, daß eine weitere Ausbildung der Befugnisse der Zentralinstanzen in England zu erwarten ist. Es mag hier nur auf zwei neuere Gesetze hingewiesen werden, das Unterrichtsgesetz von 1902 und den Light Railways Act von 1896. Nach Sektion 17 des Unterrichtsgesetzes wird in den Städten ein Komitee für Unterrichtszwecke gebildet, und die Bestimmungen darüber müssen — hierin liegt die Neuerung — vom Board of Education bestätigt werden. Nach dem Light Railways Act erlangen die Bestätigungen des Board of Trade, soweit es sich um unwichtigere

Bahnprojekte handelt, ohne weiteres Gesetzeskraft, d. h. ohne daß das Parlament sich hierbei eine Mitwirkung vorbehalten hätte. „Es ist dies eine wichtige Neuerung im englischen Verwaltungsrecht und bedeutet die höchste Machtkonzession, die bisher vom Parlament einer Zentralbehörde eingeräumt worden ist¹.“

Jeder Privatmann, jede öffentliche und jede private Korporation, die Konzessionen wirtschaftlicher Natur — es kommen insbesondere Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen in Betracht — erlangen will, kann beim Parlament eine Private Bill einbringen. Das Verfahren hierbei ist überaus kompliziert und kostspielig und sehr charakteristisch für die englische Gesetzestechnik. Für die Vertretung der Bills dem Parlamente gegenüber ist die Bestellung besonderer Agenten erforderlich. Das Verfahren ist nun verschieden, je nachdem gegen eine Bill opponiert oder nicht opponiert worden ist. Hiermit hat es folgende Bewandnis: Da derartige Bills unter Umständen bereits erworbene Rechte berühren, und da das englische Gesetz ganz besonders dem Schutze solcher Rechte geneigt ist, so ist allen denjenigen Personen und Körperschaften, denen durch eine Private Bill ein Unrecht zugefügt werden könnte, das Recht der Opposition, der sogenannte Locus Standi eingeräumt worden. Eine genaue Definition des Locus Standi gibt es nicht. Beide Häuser des Parlaments haben darüber bestimmte Grundsätze — Standing Orders — aufgestellt, im übrigen wird die Frage, ob ein Locus Standi gegeben sei, von Fall zu Fall entschieden. Hervorzuheben ist Standing Order 130 des Unterhauses, derzufolge Wettbewerb — Competition — den Locus Standi begründet. Tatsächlich werden Oppositionen gegen Private Bills in den meisten Fällen auf den Einwand gestützt, daß durch Gewährung der beantragten Konzession einem schon bestehenden Betriebe unzulässige Konkurrenz geschaffen würde. Im Oberhause gehen alle Unopposed Bills an den Chairman of Committees, vor dem die parlamentarischen Agenten, sowie die Einbringer der Bill zu erscheinen haben. Der Chairman hat nun sehr weitgehende Befugnisse. Er kann die Entfernung ihm nicht genehmer Klauseln aus dem Gesetz oder die Einschlebung ihm wünschenswert erscheinender Klauseln in das Gesetz verlangen. Die Entfernung solcher Klauseln kann der Chairman nicht nur deshalb verlangen, weil sie gegen die Gesetze verstoßen, sondern auch deshalb,

¹ Redlich und Hirst a. a. O. II, S. 356.

weil sie unzumutbar (objectionable on ground of policy) sind¹. Fügt sich die Partei diesem Verlangen nicht, so kann der Chairman das Passieren der Bill verhindern, indem er sie einfach unter den Tisch fallen läßt. De iure könnte zwar jedes Mitglied des Oberhauses die Bill aufnehmen und entgegen der Ansicht des Chairman im Plenum zur Beratung und Abstimmung bringen; dieser Fall ist aber seit Menschengedenken nur ein einziges Mal vorgekommen². Der Chairman hat also, soweit es sich um Unopposed Private Bills handelt, eine Machtbefugnis, die zweifellos der Idee einer parlamentarischen Regierung direkt konträr und nichts weiter, als eine zur Gewohnheit gewordene praktische Übung ist. Opponierete Bills dagegen gehen an besondere Komitees, vor denen die Parteien kontradiktorisch verhandeln.

Auch im Unterhaus ist die Behandlung der Opposed und Unopposed Bills verschieden. Letztere gehen an die sogenannte Unopposed, erstere gehen an Select Committees. Eine besonders eingehende Prüfung wird denjenigen Bills zuteil, durch die polizeiliche oder sanitäre Befugnisse nachgesucht werden, die über den Rahmen der durch die allgemeinen Gesetze gegebenen Befugnisse hinausgehen. Solche Gesetze unterliegen seit 1882 der Prüfung durch das Police and Sanitary Committee³.

Über den Locus Standi entscheiden im Oberhaus die einzelnen Komitees, im Unterhaus besteht ein besonderes Court of Referees.

Jede Private Bill unterliegt zwar einer dreimaligen Lesung im Plenum. Tatsächlich hat auch, wie schon gesagt, jedes Mitglied das Recht, eine Private Bill im Plenum zur Beratung zu bringen. Das geschieht aber äußerst selten. Entschieden wird das Schicksal dieser Bills in den einzelnen Komitees. Sämtliche Private Bills werden jährlich in Bausch und Bogen vom Parlament angenommen durch eine sogenannte Omnibus-Bill. Den Zentralbehörden ist ein gewisser Einfluß insofern gegeben, als sie jede Private Bill mit einem Gutachten versehen. Die Komitees des Unterhauses sind gemäß einer Standing Order zu einer Berücksichtigung dieser Gutachten ausdrücklich verpflichtet, für die Komitees des Oberhauses fehlt eine

¹ Report from the joint Select Committee of the House of Lords and the House of Commons on Municipal Trading pp. von 1900. (In der Folge als „Report I“ zitiert.) S. 30.

² Report I, S. 21.

³ Report from the Select Committee on Repayment of Loans by Local Authorities von 1902. (In der Folge als „Report III“ zitiert.) S. 5. — Report I, S. 42.

entsprechende Vorschrift. Wenn auch die Bedeutung dieser Gutachten keineswegs gering ist, so ereignet es sich doch häufig genug, daß die Entscheidung der Komitees im entgegengesetzten Sinne ausfällt.

Gegen dies ganze Verfahren sind gewichtige Bedenken geltend zu machen. In erster Linie ist es unendlich schwerfällig und kompliziert, ohne auf der anderen Seite die Garantie für eine wirklich gründliche und objektive Prüfung der Gesetze zu gewähren. Die Arbeitslast der Komitees und Chairmen ist sehr groß, und ihnen steht nicht der nötige Beamtenapparat zu Gebote. Insbesondere bei Opposed Bills kommt es häufig vor, daß das betreffende Komitee seine Aufmerksamkeit lediglich auf die streitigen Punkte richtet, und daß die Bill im übrigen ohne weiteres passiert. Erst nachträglich tritt dann vielleicht zu Tage, daß ein Präzedenzfall geschaffen worden ist, der von der bisher vom Parlament befolgten Praxis durchaus abweicht¹. Sodann fehlt dem Verfahren die Gleichmäßigkeit. Die Mitglieder des Komitees wechseln häufig, die Ansichten der Komitees innerhalb der beiden Häuser variieren, und zwischen den Anschauungen der Mitglieder des Oberhauses und denen des Unterhauses bestehen in manchen Punkten große Verschiedenheiten. Ferner ist der Einfluß, den die Zentralbehörden auf die Komitees durch ihre Gutachten haben, ein ganz verschiedener und bewirkt so eine weitere Ungleichartigkeit. Das Oberhaus verhält sich den Gutachten der Zentralbehörden gegenüber im allgemeinen ablehnender, wie das Unterhaus. Aber auch im Unterhaus ist das Police and Sanitary Committee das einzige, mit dem z. B. das Local Government wirkliche Fühlung hat. Endlich, doch nicht am wenigsten, leidet das ganze Verfahren unter der geradezu ungeheuren Kostspieligkeit, mit der es verknüpft ist. Einige Zahlen mögen dies illustrieren: Innerhalb 7 Jahren, von 1891—98, sind für das Einbringen — Promoting — von Private Bills und für Opposition gegen Bills verausgabt worden:

Von Municipal Boroughs	555 000 £ ²
Von Urban Districts	174 000 "
Von der Stadt London	94 000 " ³

¹ Diese doch eigentlich haarsträubende Tatsache ist sowohl von dem Chairman of Committees im Oberhause, dem Earl of Morley, wie von dem Permanent Secretary des Board of Trade, Sir Courtenay E. Boyle, zugegeben worden. Report I, S. 307, 357.

² 1 £ (Pfund Sterling) = 20,40 Mk., 1 £ = 20 sh. (Shilling), 1 sh. = 1,02 Mk., 1 sh. = 12 d (Pence), 1 d (Penny) = 8 1/2 Pfg.

³ Redlich und Hirst a. a. D. II, S. 346.

Ein gewisser Schutz gegen derartige Ausgaben ist den Steuerzahlern durch den höchst eigenartigen Borough Funds Act aus dem Jahre 1872 gegeben. Dies Gesetz verbannt seine Entstehung einem gerichtlichen Erkenntnis, durch das den Städten das Recht, auf Kosten der Steuerzahler Private Bills einzubringen, ein für alle Mal versagt wurde. Infolge der Opposition der Städte kam es zu dem Gesetz von 1872. Seine wichtigste Bestimmung dient dem Schutze von bereits gesetzlich genehmigten privaten Wasser- oder Gasunternehmungen. Es dürfen nämlich Private Bills, die die Errichtung ähnlicher Unternehmungen bezwecken, nicht eingebracht werden, — wiederum ein sehr weitgehender Schutz erworbener Rechte. Im übrigen können die städtischen Gemeinden zwar Bills einbringen, aber erst nach Erledigung eines geradezu lächerlich umständlichen Verfahrens. Das betreffende Borough Council muß zweimal über die Einbringung beschließen; sodann werden sämtliche Steuerzahler zu einer Versammlung einberufen, die ebenfalls einen zustimmenden Beschluß zu fassen hat. Außerdem muß noch das Local Government Board der Einbringung der Bill zustimmen. Es würde zu weit führen, auf die einzelnen Bestimmungen einzugehen. Diese Vorschriften bezogen sich sowohl auf das Einbringen von Bills, wie auf das Opponieren dagegen. Eine Vereinfachung dieses Verfahrens erfolgte durch ein Gesetz von 1902, wonach wenigstens die Zustimmung der Steuerzahler zu dem Opponieren gegen Bills abgeschafft wurde. Eine große praktische Wirkung des Gesetzes ist bei der Kompliziertheit der Bestimmungen ausgeschlossen; die ganze Bill ist allmählich „zu einer zwar lästigen, aber ungefährlichen Formalität geworden“¹.

Interessant ist nur das Erfordernis der Zustimmung des Local Government Board zur Einbringung einer solchen Bill. Formell hat das Board dadurch eine Kontrolle der parlamentarischen Gesetzgebung und einen weitgehenden Einfluß auf die städtische Verwaltung. Es scheint aber, daß das Local Government Board von der Befugnis, seine Zustimmung zu verweigern, kaum jemals Gebrauch macht, wenigstens ist dies in den Verhandlungen vor den Enquetekommissionen über Municipal Trading und Rückzahlung von Anleihen niemals zur Sprache gekommen. Der Borough Funds Act findet keine Anwendung in solchen Fällen, wo die betreffende Stadt-

¹ Hedlich a. a. O. S. 370.

gemeinde eine Befugnis (Power) durch eine Provisional Order erlangen kann.

Diese ganze Private Bill Legislation wird den Anforderungen an die neuzeitliche Gesetzgebungs- und Verwaltungstechnik in keiner Weise gerecht.

Sehr viel einfacher ist das Verfahren vor denjenigen Zentralbehörden, die das Recht haben, durch Provisional Orders den Gemeinden neue Befugnisse wirtschaftlicher Art zu verleihen. Hier kommen vor allem das Local Government Board und das Board of Trade in Betracht. Das Local Government Board kann insbesondere auf Grund des Gas and Waterworks Facilities Act von 1870 die Erlaubnis zur Errichtung von Gasanstalten geben. Außerdem kann es Private Bills ergänzen, z. B. in dem Fall, wenn durch eine solche Bill einer Stadt zur Aufnahme einer Anleihe zu einem bestimmten Zwecke die Genehmigung des Parlaments erteilt worden ist, und sich nachträglich herausstellt, daß der aufgenommene Betrag nicht ausreicht¹. Das Board of Trade hat hier weitergehende Befugnisse. Seine Provisional Orders beziehen sich auf Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen (Tramways) und Light Railways². Wie schon die Bezeichnung „Provisional Order“ andeutet, ist ihre Wirksamkeit bedingt, und zwar durch Genehmigung des Parlaments. Diese Genehmigung erfolgt entweder ausdrücklich durch einen besonderen Provisional Order Confirmation Act oder stillschweigend durch Zeitablauf. Auch hier finden wir wieder einen sehr weitgehenden Schutz von erworbenen Rechten. Ebenso wie jeder Interessent einer Private Bill opponieren kann, steht es ihm frei, gegen eine Provisional Order Einspruch zu erheben. Die Prüfung erfolgt dann durch das Parlament, oder mit anderen Worten: die Provisional Order wird in solchem Fall zur Private Bill. Deshalb scheuen sich die genannten Zentralbehörden auch im allgemeinen, Befugnisse, wie sie bisher vom Parlament noch nicht erteilt worden sind, selbständig zu gewähren. Vielmehr suchen sie in solchen Fällen durch persönliche Rücksprachen die Ansicht der maßgebenden Persön-

¹ Report I, S. 76.

² Die Tramways und Light Railways unterliegen ganz verschiedenen Bestimmungen; auf jene bezieht sich der Tramways Act von 1870, auf diese der Light Railways Act von 1896. Das Wertwürdige ist nun, daß, wie bei den Verhandlungen vor den Kommissionen über das Municipal Trading wiederholt festgestellt wurde, niemand imstande ist, irgend einen Unterschied zwischen Tramways und Light Railways anzugeben. (Report I, S. 12.)

lichkeiten der beiden Häuser zu sondieren. Andererseits stehen aber die Zentralbehörden keineswegs in einer starren Abhängigkeit vom Parlament, sondern können vielmehr eine gewisse Kontrolle über das Parlament ausüben und sogar unter Umständen Private Bills tatsächlich suspendieren. Angenommen, das Parlament hat durch eine Private Bill eine Stadt zur Errichtung eines Rathauses ermächtigt, die Aufnahme der dazu nötigen Anleihe aber an die Genehmigung des Local Government Board geknüpft: dann kann das Board seine Genehmigung z. B. davon abhängig machen, daß die Stadt zuvor bestimmte sanitäre Maßregeln, die das Board für erforderlich hält, zur Ausführung bringt¹.

Fraglos ist die Bearbeitung der Provisional Orders durch das Local Government Board und das Board of Trade viel sorgfältiger, wie die der Private Bills durch das Parlament, und das Board prüft viel schärfer im einzelnen Fall, ob eine Stadt nicht Befugnisse beansprucht, die zu Bedenken Veranlassung geben. Auch bezüglich der Rückzahlung von Anleihen ist das Parlament nachsichtiger wie das Local Government Board; während letzteres nie mehr wie 60 Jahre, und nur neuerdings, so weit es sich um Arbeiterwohnungen handelt, 80 Jahre Frist für Rückzahlung bewilligt, hat das Parlament diese Frist verschiedentlich bis auf 100 und in einem Fall sogar bis auf 110 Jahre bemessen. Die Städte haben deshalb unter Umständen ein Interesse daran, sich an das Parlament anstatt an das Board zu wenden, und dies ist nicht schwer, da sie nur eine Klausel einzufügen brauchen, zu deren Bewilligung die Zentralbehörde nicht zuständig ist. Tatsächlich ist eine solche Umgehung des Local Government Board trotz der großen Unkosten, die eine Private Bill verursacht, nicht selten. Man kann also de facto, soweit Provisional Orders zulässig sind, von einer konkurrierenden Tätigkeit der Zentralbehörden und des Parlaments sprechen, und so ist wiederum eine Durchbrechung jenes obersten Grundsatzes aller gesetzgebenden Tätigkeit, der Gleichmäßigkeit und Einheitlichkeit, möglich.

II. Der Munizipalsozialismus in den englischen Städten.

Nachdem im vorstehenden in großen Zügen die formellen Grundlagen klargelegt sind, auf denen sich das englische Städteleben, besonders in gemeinwirtschaftlicher Beziehung, aufbaut, sollen hinsichtlich

¹ Report I, S. 79.

der einzelnen Betriebe die gesetzlichen Bestimmungen hervorgehoben und soll im Anschluß daran dargestellt werden, in welchem Umfange die Städte von den Möglichkeiten, ihren Wirkungskreis zu vergrößern, Gebrauch gemacht, und wie sie finanziell dabei abgeschnitten haben.

1. Wasserwerke.

Die Städte bedürfen zur Anlage eines Wasserwerkes im allgemeinen keiner besonderen Genehmigung. Unter Umständen wird ein solches Unternehmen sogar zu denjenigen sanitären Maßregeln zu rechnen sein, zu deren Durchführung die Städte gemäß dem Public Health Act von 1875 gezwungen werden können. Die schon erwähnte Bestimmung des Borough Fund Act von 1872, wonach Städte kein Konkurrenzwerk gegen ausdrücklich genehmigte private Wassergesellschaften gründen dürfen, wird durch den Public Health Act aufrechterhalten, jedoch wird den Privatgesellschaften dies Monopol nur dann gewährleistet, wenn sie imstande und willens (able and willing) sind, den Konsum genügend zu befriedigen. Im Streitfall entscheidet ein besonderes Schiedsgericht. Stets aber bedürfen die Städte der Genehmigung des Local Government Board dann, wenn sie für das Wasserwerk eine Anleihe aufnehmen wollen, und das wird bei Übernahme oder Begründung eines solchen Unternehmens wohl stets erforderlich sein. Im Jahre 1902 gab es — abgesehen von den Urban Districts — in 193 Städten i. e. S. (Boroughs) öffentliche Wasserwerke. Es betrug:

Das Anlage- und Betriebskapital inkl. Anleihen	56 943 016 £
An Anleihen insgesamt aufgenommen	56 167 879 „
Davon zurückbezahlt	6 611 162 „
Demnach Betrag der noch ausstehenden Anleihen	49 556 717 „
Betrag der Schuldentilgungsfonds	1 678 337 „
Durchschnittl. jährliche Einnahmen für die Jahre 1898—1902	<u>3 186 965 „</u>
Desgleichen Betriebskosten	1 154 209 „
„ jährliche Kapitalsrückzahlungen und Dotierungen	
des Schuldentilgungsfonds	395 198 „
„ Zinsenzahlungen	1 520 164 „
„ Rückstellungen für Abnutzung	27 266 „
	zus. 3 096 837 £
Demnach überstiegen die Einnahmen die Ausgaben jährlich	
durchschnittlich um	<u>90 128 „¹</u>

¹ Report from the joint Select Committee of the House of Lords and the House of Commons on Municipal Trading pp. von 1903. (In der Folge als „Report II“ zitiert.) S. 232.

Nehmen wir das Anlagekapital rund mit 50 Millionen und das Reineinkommen mit 90 000 £ an, so verzinst ersteres sich mit etwas über $\frac{1}{6}$ %. Besonders hervorzuheben sind die minimalen Rückstellungen für Abnutzung, die nur etwas mehr als $\frac{1}{2}$ ‰ betragen.

Die finanziellen Abschlässe der Wasserwerke der einzelnen Städte variieren außerordentlich. Das ist ja auch ganz natürlich, da die Anlagekosten für solche Werke und demgemäß auch ihre Rentabilität mehr wie bei anderen Betrieben von den Terrainverhältnissen abhängig sind. Überschüsse weisen z. B. auf:

Liverpool	(723 430 Einw.). . .	9 333 £
Bolton	(175 444 "). . .	14 500 "
Leeds	(450 142 "). . .	15 467 "
Sheffield	(432 940 "). . .	19 920 "

Verluste finden sich unter anderen bei:

Hastings	(65 528 Einw.). . .	4 877 £
Manchester	(604 392 "). . .	7 745 "
Swansea	(94 514 "). . .	9 085 "
Birmingham	(858 873 "). . .	22 232 " ¹

Ganz eigenartig ist die Geschichte der Wasserversorgung Londons. London nimmt überhaupt unter den englischen Städten in jeder Beziehung eine Sonderstellung ein. Die Scheu der englischen Gesetzgebung, althergebrachte Zustände zu ändern, ist besonders London gegenüber zur Geltung gekommen, nicht zu seinem Vorteil. Die Kodifikation des Städterechts von 1835 hatte auf London keinen Bezug, erst durch den Local Government Act von 1888 und insbesondere durch den Local Government Act von 1899 ist seine Verwaltung einigermaßen den modernen Anforderungen entsprechend gestaltet worden. London bildet eine selbständige Grafschaft, mit dem London County Council als höchster Verwaltungsbehörde. Die 28 Bezirke, in die London eingeteilt ist, haben aber den Charakter selbständiger Städte (Metropolitan Boroughs) mit eigenen Councils. Die Befugnisse des London County Council und der übrigen Councils sind völlig systemlos abgegrenzt worden. Teilweise ist das London County Council zuständig, teilweise sind es die übrigen Councils, und teilweise kreuzen sich sogar die Befugnisse. Eine ganz gesonderte, durch uralte Tradition geheiligte Stellung nimmt die City of London ein. Ihr gegenüber sind die Befugnisse des London County Council äußerst gering. So kommt es, daß die meisten

¹ Report II, S. 234 ff.

Provinzialstädte in vieler Beziehung, z. B. was Beleuchtung und Straßenreinigung anbetrifft, London weit überlegen sind. Auch die Wasserversorgung Londons war bis vor kurzem alles andere als einwandsfrei. Es bestanden acht große Privatgesellschaften, die ihren Verpflichtungen in keiner Weise gerecht wurden, und die andererseits so lukrativ wirtschafteten, daß sie zuletzt — 1902/03 — zwischen $7\frac{1}{4}$ und $12\frac{1}{2}$ % Dividende zahlten. Sehr anschaulich schildert Singheimer¹ den anfänglichen Konkurrenzkampf zwischen diesen Gesellschaften: „Mit allen Mitteln suchten die Wassergesellschaften einander die Kunden abzufragen. In zahlreichen Straßen wurde das Pflaster aufgerissen, um die Röhren rivalisierender Gesellschaften aufzunehmen. Straßen, die früher von einer einzigen Gesellschaft versorgt wurden, wurden nun von mehreren Gesellschaften versorgt. Wenn nur ein einziger Kunde in einer Straße erobert werden konnte, begann man eine Röhre in diese Straße zu führen. Ein fortgesetztes Wiederaufbrechen der Straßen erfolgte, um neue Kunden anzuschließen, die nach kurzer Zeit an eine andere Wassergesellschaft abfielen und so zur Wiederholung desselben Spieles trieben.“ Da diese wüste Konkurrenz die Gesellschaften natürlich selbst schädigte, so kamen sie zu einer Vereinbarung, wobei die Konsumenten womöglich aber noch schlechter fuhren, denn die Wassertarife wurden höher, während die Leistungen der Gesellschaften zurückgingen. Die fortgesetzten Klagen über die ungenügende Quantität des gelieferten Wassers und seine schlechte Beschaffenheit führten endlich zu dem Metropolitan Water Act von 1902, wodurch eine besondere Behörde, das Metropolitan Water Board, geschaffen wurde mit der Befugnis zum — nötigenfalls zwangsweisen — Ankauf der Privatgesellschaften. Die Mitglieder des Board werden gewählt vom London County Council, vom Common Council der City of London, von den Councils einzelner Metropolitan Boroughs und einigen anderen Behörden. Die Verhandlungen mit den Gesellschaften sind vor kurzem zum Abschluß gebracht worden mit dem Ergebnis, daß das Board rund 50 Millionen £ zu zahlen hat. Die Auszahlung hat entweder in bar oder in Anteilscheinen der Anleihe, zu deren Aufnahme das Board ermächtigt worden ist, zu erfolgen. Die Einnahmen des Board bestehen in Wassergeldern, die in den einzelnen Städten und Grafschaften als Steuern erhoben werden. Das Board darf mit den Wassergeldern unter die von den Privatgesellschaften

¹ Der Londoner Grafschaftsrat. Bd. I. Stuttgart 1900. S. 318.

erhobenen Sätze nur dann heruntergehen, wenn der besonders zu bildende Wasser-Fonds (Water Fund) dadurch keine Einbuße erleidet. Wenn auch die finanziellen Opfer, mit denen die Privatgesellschaften aufgekauft wurden, ganz enorm sind, und wenn sie auch eine erhebliche Vermehrung des Steuerdrucks zur Folge haben werden, so sind diese Opfer doch durch die Verhältnisse durchaus gerechtfertigt.

2. Gas- und Elektrizitätswerke.

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Befugnis der Städte zur Errichtung von Gaswerken sind im Gas and Water Works Facilities Act von 1870 sowie im Public Health Act von 1875 enthalten. Die Städte haben im allgemeinen die unbeschränkte Befugnis, Gasanstalten selbst zu errichten oder Privatgesellschaften im Wege gütlicher Vereinbarung aufzukaufen. Wo bereits obrigkeitlich genehmigte private Gesellschaften die Versorgung mit Gas in den Händen haben, dürfen die Städte ein Konkurrenzwerk nicht errichten, sie müßten denn durch ein besonderes Gesetz dazu ermächtigt werden. Das Parlament hat aber eine derartige Private Bill bisher nicht erteilt. Auch wenn eine Stadt die Gasleitung über die städtischen Grenzen hinauslegen will, ist ein besonderes Gesetz erforderlich.

Im Jahre 1902 gab es in 97 Boroughs öffentliche Gaswerke. Es betrug:

Das Anlage- und Betriebskapital inkl. Anleihen	24 028 116 £
An Anleihen insgesamt aufgenommen	22 757 422 „
Davon zurückgezahlt	4 259 835 „
Demnach Betrag der ausstehenden Anleihen	18 497 587 „
Betrag der Schuldentilgungsfonds	1 334 077 „
Durchschnittl. jährliche Einnahmen für die Jahre 1898—1902	<u>5 833 360 £</u>
Desgleichen Betriebskosten	4 465 625 £
„ jährliche Kapitalszurückzahlungen und Dotierungen	
der Schuldentilgungsfonds	281 366 „
„ Zinsenzahlungen	611 572 „
„ Rückzahlungen für Abnutzung	79 672 „
	zusf. 5 438 535 £
Demnach überstiegen die Einnahmen die Ausgaben jährlich um	<u>394 825 „¹</u>

Das Anlagekapital verzinst sich also mit 2 %. Für Abnutzung werden jährlich ca. $\frac{2}{5}$ % zurückgestellt. Die finanziellen Ergebnisse der Gasanstalten sind demnach, wenn auch keineswegs glänzend, so

¹ Report II, S. 232.

noch erheblich besser als bei den Wasserwerken. Insbesondere die Gasanstalten in den größeren Städten werfen teilweise ganz erhebliche Beträge ab; so z. B. in:

Bolton	20 933 £
Birmingham	22 813 "
Nottingham (239 753 Einw.).	24 180 "
Salford (228 983 ").	26 415 "
Manchester	66 419 (!) "

Einige unbedeutende Städte weisen Verluste auf, z. B.:

Burslem (39 766 Einw.).	1 213
Devonport (75 334 ").	2 804 1.

Die Versorgung Londons mit Gas liegt noch heute in den Händen von Privatgesellschaften. Alle Versuche der Verstädtlichung sind bisher, dank dem großen Einflusse, den die Gesellschaften im Parlament haben, gescheitert. Anfangs bekämpften sich die Gesellschaften, von denen es 1870 nicht weniger als 15 gab, aufs äußerste. Aber ebenso wie die Wassergesellschaften kamen sie auf Kosten der Konsumenten zu einer Verständigung. Durch den Metropolis Gas Act von 1860 wurden die einzelnen Gesellschaften auf genau abgegrenzte Bezirke beschränkt. Auf den Gaspreis hat das Parlament schon seit den vierziger Jahren einzuwirken sich bemüht. Nach einigen mißglückten Versuchen ist jetzt das System der gleitenden Skala (Sliding Scale) eingeführt. Als Normalpreis wurde derjenige Preis festgesetzt, bei dem eine Dividende von 10 % zur Verteilung kommt. Jede Überschreitung des Normalpreises hat eine entsprechende Verkürzung der Dividende zur Folge². Dies System hat sich im wesentlichen bewährt. Heute wird London von drei großen Gesellschaften mit Gas versorgt, die 1901 eine Dividende von 4 bzw. 5 bzw. 12³/₄ % ausstalten³.

Die Verbreitung der Elektrizität als Beleuchtungsquelle in den englischen Städten bietet ein schlagendes Beispiel dafür, wie der natürliche Gang einer Entwicklung durch verkehrte gesetzliche Maßnahmen aufgehalten werden kann. Der Electric Lighting Act von 1882 bestimmte im wesentlichen folgendes:

Das Board of Trade kann Gemeinden und Privatgesellschaften durch Provisional Orders zur Errichtung von Elektrizitätswerken ermächtigen. Die Gemeinden haben den Privatgesellschaften gegen-

¹ Report II, S. 234 ff.

² Einzheimer a. a. O. S. 253 ff.

³ Vermaut, Les régies municipales en Angleterre. Courtrai 1903. S. 35.

über ein Zwangskaufrecht, und zwar zunächst nach 21 Jahren seit Begründung der Gesellschaft und dann immer nach 7 Jahren. Die Folge dieser Bestimmungen war, daß viele Städte, die sich einerseits scheuten, auf diesem Gebiete, wo die Erfahrungen noch gering waren, die Initiative zu ergreifen, die sich aber andererseits die Ausbeutung doch sichern wollten, sich zur Errichtung von Elektrizitätswerken durch Provisional Orders ermächtigen ließen, von den ihnen erteilten Befugnissen aber einstweilen keinen Gebrauch machten. Das Board konnte dann weder die Städte hierzu zwingen, noch konnte es etwa für eine solche Stadt einer Privatgesellschaft eine zweite Konzession erteilen. Dazu kam, daß die Bestimmungen für die Privatgesellschaften auch wegen der kurzen Zwangskauffrist von 21 Jahren äußerst ungünstig waren. Infolgedessen gab es Ende der achtziger Jahre, wo bei uns das elektrische Licht bereits eine weite Verbreitung gefunden hatte, in England nur eine verschwindende Zahl derartiger Werke. Erst durch den Electric Lighting Act von 1888 wurde hier Abhülfe geschaffen. Nach dieser Akte verlieren die vom Board of Trade erteilten Orders ihre Gültigkeit, wenn nicht binnen zwei Jahren davon Gebrauch gemacht wird; und die Zwangskauffrist wird von 21 auf 42 bzw. von 7 auf 10 Jahre verlängert. Über den Kaufpreis entscheidet, falls keine Einigung zustande kommt, ein Schiedsgericht. Das Unternehmen soll entsprechend dem Marktwerte der Gebäude, Maschinen usw. bezahlt werden. Der Zwang zum Verkauf sowie der Wert der Konzession sind, wie ausdrücklich bestimmt ist, nicht in Anrechnung zu bringen.

Im Jahre 1902 gab es in 102 Boroughs öffentliche elektrische Beleuchtungsanlagen. Es betrug:

Das Anlage- und Betriebskapital inkl. Anleihen	12 508 997 £
An Anleihen insgesamt aufgenommen	11 764 422 "
Davon zurückgezahlt	571 944 "
Demnach Betrag der ausstehenden Anleihen	11 192 779 "
Betrag der Schuldentilgungsfonds	398 636 "
Durchschnittl. jährliche Einnahmen für die Jahre 1898—1902	<u>1 136 455 £</u>
Desgleichen Betriebskosten	662 559 £
" jährliche Kapitalsrückzahlungen und Dotierungen	
der Schuldentilgungsfonds.	204 737 "
" Zinsenzahlungen	260 896 "
" Rückstellungen für Abnutzung	19 970 "
	<u>zuf. 1 148 162 £</u>
Demnach überstiegen die Ausgaben die Einnahmen um	<u>11 707 £¹</u>

¹ Report II, S. 232.

Für Abnutzung wird demnach jährlich etwa nur $\frac{1}{6}\%$ zurückgestellt. Das Anlagekapital verzinst sich also überhaupt nicht, vielmehr ist ein jährliches Defizit vorhanden.

Im einzelnen erzielten z. B. Überschüsse:

Sheffield	3 251 £
Leeds	3 763 "
Manchester	9 526 "
Liverpool	11 194 "

Dagegen hatten u. a. Verluste:

Cheltenham (49 439 Einw.).	2 247 £
Birmingham	3 819 "
Salford	5 898 ¹

Insbesondere die kleineren Städte weisen durchweg, zum Teil verhältnismäßig sehr schwere Verluste auf. Das ist in erster Linie wohl auf eine ungenügende technische Leitung zurückzuführen, auf die es gerade bei elektrischen Unternehmungen besonders ankommt.

3. Straßenbahnen.

Nach dem Tramways Act von 1870 kann eine öffentliche Korporation ebenso wie eine Privatgesellschaft durch Provisional Order des Board of Trade das Recht zur Anlage von Straßenbahnen erlangen. Die Korporationen können ferner die Privatgesellschaften aufkaufen, entweder im Wege der Vereinbarung oder durch Zwangskauf nach frühestens 21 Jahren. Eine Folge des starken kapitalistischen Einflusses im Parlament war es, daß die Korporationen durch das Gesetz nur die Befugnis erhielten, die Bahnen anzulegen; selbst betreiben durften sie dieselben nicht. In Sektion 19 des Gesetzes heißt es ausdrücklich, daß Korporationen nicht befugt sein sollen, Wagen laufen zu lassen und dafür Abgaben zu erheben. Trotz dieses allgemeinen Grundsatzes hat aber das Parlament Anfang der siebziger Jahre durch spezielle Gesetze verschiedenen Städten das Recht verliehen, selbst den Betrieb zu übernehmen. Schon im Jahre 1872 erließ aber das Unterhaus eine Standing Order, der zufolge in Zukunft den Städten auch durch Spezialgesetz das Recht zum Betrieb von Straßenbahnen nicht mehr gegeben werden sollte. Die Folge war, daß entweder Privatgesellschaften die Linien bauten und betrieben, oder daß die Städte die Linien bauten und den Betrieb dann an Privatgesellschaften verpachteten. Dieser Zustand blieb bis 1882. In diesem Jahre versuchte die Stadt Huddersfield, die Bahnen angelegt hatte, vergeblich, einen Pächter zu bekommen. Es

¹ Report II, S. 234 ff.

blieb der Stadt schließlich nichts übrig, als sich an das Parlament mit der Bitte zu wenden, den Betrieb selbst eröffnen zu dürfen. Das Parlament sah die Zwangslage ein und erteilte die Erlaubnis auf die Dauer von sieben Jahren. Die Konzession wurde dann von Zeit zu Zeit erneuert. Andere Städte, die mit denselben Anträgen wie Huddersfield kamen, wurden abschlägig beschieden. Erst 1892 gelang es wieder einigen Korporationen, unter den der Stadt Huddersfield gestellten Bedingungen die Erlaubnis zum Betrieb von Straßenbahnen zu erhalten. Im Jahre 1896 wurde die obenerwähnte Standing Order aufgehoben, und gegenwärtig können die Städte sowohl vom Parlament durch Sondergesetz, wie durch das Board of Trade durch vom Parlament zu bestätigende Provisional Order das Recht zum Betrieb von Straßenbahnen erlangen. Diese ganze Entwicklung läßt das Unsystematische der englischen Gesetzgebung und Verwaltung wiederum klar zutage treten.

Besondere Schwierigkeiten macht die Anlage und der Betrieb von Straßenbahnen deshalb, weil es oft in der Natur der Sache liegt, daß die Bahnen nicht auf das Gebiet einer Gemeinde beschränkt bleiben können. Das Board of Trade hat Anträge auf eine Ausdehnung der Betriebe auf andere Gemeinden grundsätzlich abgelehnt. Dagegen hat das Parlament, besonders seit 1899, derartige Befugnisse verschiedentlich erteilt¹.

Im Jahre 1902 gab es in 29 Boroughs Straßenbahnen, die von der Korporation gebaut waren und auch selbst betrieben wurden. 16 Boroughs hatten Bahnen gebaut, aber den Betrieb verpachtet. Es betrug insgesammt:

Das Anlage- und Betriebskapital inkl. Anleihen	9 751 153 £
An Anleihen insgesamt aufgenommen	9 441 741 "
Davon zurückbezahlt	870 817 "
Demnach Betrag der ausstehenden Anleihen	8 572 924 "
Betrag der Schuldentilgungsfonds	368 459 "
Durchschnittl. jährliche Einnahmen für die Jahre 1898—1902	1 483 317 "
Desgleichen Betriebskosten	1 000 911 £
" jährliche Kapitalzurückzahlungen und Dotierungen	
der Schuldentilgungsfonds	155 704 "
" Zinszahlungen	177 077 "
" Rückstellungen für Abnutzung	50 307 "
	<u>auf. 1 883 999 £</u>
Demnach überstiegen die Einnahmen die Ausgaben um	99 318 £ ²

¹ Report I, S. 353 ff.

² Report II, S. 232.

Für Abnutzung, die gerade hier sehr schnell ist, wird demnach etwa nur $1\frac{1}{2}\%$ jährlich zurückgestellt. Das Anlagekapital verzinst sich mit etwas über 1% , und zwar ist die Verzinsung bei den verpachteten Bahnen erheblich höher als bei den selbst betriebenen. Einzelne größere Städte erzielten erhebliche Überschüsse, z. B.:

Liverpool	19 804 £
Sheffield	20 515 "
Leeds	20 876 "

Verluste hatten u. a.:

Birmingham	2 251 £
Huddersfield (95 047 Einw.) .	4 779 "
Blackburn (129 216 ") .	5 120 "
Portsmouth (189 133 ") .	6 146 " ¹

Auch auf London finden die Bestimmungen des Tramways Act von 1870 Anwendung. Nach diesem Gesetz hat bei der Erteilung von Konzessionen zum Bau und Betrieb von Straßenbahnen die betreffende Lokalbehörde (Local Authority) und insbesondere die betreffende Wegebehörde (Road Authority) ihre Zustimmung zu geben. Während nun im übrigen die Local Authority gleichzeitig Road Authority ist, trifft das für die Grafschaft London nicht zu. Local Authority ist hier nach dem Gesetze das County Council, Road Authorities dagegen sind die einzelnen Metropolitan Boroughs. Die Folge ist, daß das County Council keine Bahn ohne Zustimmung des betreffenden Borough anlegen darf, eine gewiß für das Council sehr lästige Konsequenz. Sowohl von dem Recht des Zwangsrechts den Privatgesellschaften gegenüber, wie von dem Recht, selbst Bahnen anzulegen, hat das Council seit dem Jahre 1891 einen intensiven Gebrauch gemacht. Im Jahre 1897 kaufte es etwa 75 km Straßenbahnen auf und verpachtete den Betrieb auf 14 Jahre an die North Metropolitan Tramway Company unter folgenden Bedingungen:

1. Die Gesellschaft zahlt jährlich eine feste Pacht von £ 45 000.
2. Sie zahlt auf den Kaufpreis der Gebäude usw. jährlich 5 bezw. 6 %.
3. Falls die Bruttoeinnahmen diejenigen des Jahres 1895 übersteigen, zahlt die Gesellschaft $12\frac{1}{2}\%$ von der Mehreinnahme. Die Abgaben der Gesellschaft beliefen sich:

1899 auf 71 954 £	1902 auf 76 841 £
1900 " 75 623 "	1903 " 75 222 "
1901 " 74 685 "	

¹ Report II, S. 234 ff.

Die Politik des County Council auf diesem Gebiete geht jetzt dahin, den Betrieb der Straßenbahnen möglichst selbst zu übernehmen. Voraussichtlich werden daher auch die jetzt verpachteten Linien nach Ablauf der Pachtzeit vom Council weiter betrieben werden. Anfang 1903 teilte sich in der Grafschaft London das County Council mit zehn Privatgesellschaften in den Betrieb der Straßenbahnen. Die Gesamtlänge betrug ca. 190 km, wovon 146 km dem Council gehörten. 80 km davon waren verpachtet, 66 km wurden vom Council selbst bewirtschaftet¹. In den letzten Jahren hat das Council wiederum kleinere Linien aufgekauft, ferner eine ganze Anzahl neuer, insbesondere unterirdischer Linien fertiggestellt. Die finanziellen Ergebnisse, die das Council erzielt hat, sind hinter denen der Privatgesellschaften sehr zurückgeblieben. Das liegt zum großen Teil daran, daß das Council weit höhere Löhne zahlt. Das Council schneidet ferner seinen ganzen Betrieb nicht so sehr auf Erzielung möglichst hoher Profite zu, als daß es sich bestrebt, die Straßenbahnen allen Klassen der Bevölkerung möglichst dienstbar zu machen. Insbesondere sind die Fahrpreise ermäßigt, und ist der Betrieb, speziell mit Rücksicht auf die arbeitende Bevölkerung, erheblich vermehrt worden.

4. Andere Betriebe.

Die bisher genannten Betriebe (Wasser- und Gaswerke, elektrische Beleuchtungsanlagen, Straßenbahnen) kommen hauptsächlich bei der Darstellung des Municipal Trading der englischen Städte in Betracht. Sehr lukrativ sind für manche Städte die Märkte. Im übrigen sind zu erwähnen: Bade- und Waschhäuser, Häfen und Docks, Hotels, Theater, Spielplätze und Rennbahnen, Herstellung von Gas- und elektrischen Apparaten, Crematorien, Verkauf von Eis und sterilisierter Milch usw. usw. Seit dem Telegraph Act von 1899 sind die Städte auch zur Anlegung von Telephonen befugt, doch haben bisher nur wenige hiervon Gebrauch gemacht. Es würde zu weit führen, hier noch auf Einzelheiten einzugehen. Bemerkenswert ist, daß in England verhältnismäßig sehr wenige Städte im Besitze von Krankenhäusern sind. In London z. B. sind fast sämtliche Krankenhäuser private Unternehmungen, die zum größten Teil ausschließlich auf freiwillige Beiträge angewiesen sind. Wenn nun auch in England auf diesem Wege gewaltige Summen aufgebracht werden

¹ Report of the London County Council für 1902—03, S. 86 ff.

und die Krankenhäuser keineswegs durchweg schlecht gehalten sind, so bedarf es doch keines Beweises, daß das ganze System auf einer unsicheren Basis beruht. Jede größere wirtschaftliche Krisis muß sich natürlich empfindlich bemerkbar machen. Gerade auf diesem Gebiete ist auch eine zuverlässige staatliche Kontrolle geboten, und die ist in England, wenn auch nicht ganz, so doch mehr als wünschenswert ausgeschaltet.

5. Arbeiterwohnungen.

Es ist kaum angängig, den Bau von Arbeiterwohnungen durch Korporationen unter den Begriff des Municipal Trading zu bringen, denn es liegt in der Natur der Sache, daß ein Gewinn dabei nicht erzielt wird, und auch grundsätzlich nicht erzielt werden soll. Dagegen deckt der weitergehende Ausdruck „Municipal-Sozialismus“ diese Bestrebungen völlig. Der Bau von Arbeiterwohnungen ist eine soziale Maßnahme ersten Ranges, deren Studium besondere Aufmerksamkeit erfordert. Es kommt hinzu, daß in England schon im Jahre 1890 durch den Housing of the Working Classes Act die Befugnisse bezw. die Verpflichtungen der Städte zum Bau von Arbeiterwohnungen gesetzlich geregelt sind, und daß fast alle größeren Städte auf diesem Gebiete eine lebhafteste Tätigkeit entfaltet haben. Bei uns, besonders in Preußen, sind die Gesetzgebung und auch die Städte zurückhaltender gewesen. Die *lex Urbica*, die erst nach langem Kampfe durchging, ist auf Frankfurt a. M. beschränkt. Von preussischen Städten haben im wesentlichen nur Düsseldorf und Köln Interesse für den Bau von Arbeiterwohnungen gezeigt. Der neue preussische Gesetzentwurf zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse schlägt nur eine Reihe von kleinen, insbesondere gesundheitspolizeilichen Maßnahmen vor. In einigen deutschen Bundesstaaten ist man weiter gegangen. Die Stadt Ulm baut schon seit mehreren Jahren Arbeiterwohnungen. In Sachsen und Württemberg begünstigt die Gesetzgebung derartige Bestrebungen. Daß in England auf diesem Gebiete soviel mehr getan worden ist, hat wohl hauptsächlich darin seinen Grund, daß die Wohnungsverhältnisse in den großen englischen Städten sehr schlecht sind, jedenfalls sehr viel schlechter als bei uns. Besonders schwierig ist eine Lösung des Problems in England auch deshalb, weil der englische Arbeiter eine große Abneigung gegen Mietskasernen hegt. Er wohnt lieber etwas teurer und oft sehr viel schlechter, wenn er nur sein eigenes Haus hat. Eine weitere Schwierigkeit liegt in den englischen Grundbesitz-

verhältnissen. In vielen Teilen Englands, insbesondere auch in London, herrscht das sogenannte Leasehold-System. Der Grundeigentümer (Freeholder) verpachtet Grund und Boden an den Hauseigentümer (Owner), und zwar in der Regel für die Zeit von 99 Jahren. Nach Ablauf dieser Zeit fällt auch das vom Owner gebaute Haus an den Freeholder zurück. Der Owner verpachtet nun wieder für kürzere Zeit an den eigentlichen Mieter (Occupier)¹. Die Folge dieses Systems ist eine Wohnungsverteuerung, da Freeholder und Owner auf ihre Kosten kommen müssen, und da ferner die Vereinigung großen Grundbesitzes in den Händen weniger auf diese Weise begünstigt wird.

Der Housing of the Working Classes Act von 1890, der durch den Housing Act von 1903 ergänzt wurde, zerfällt in sieben Teile. Der erste Teil handelt von ungesunden Bezirken (Unhealthy Areas), der zweite von ungesunden Wohnhäusern (Unhealthy Dwelling-houses) und der dritte von Arbeiterwohnhäusern (Working Class Lodging Houses). Die übrigen Teile enthalten unwesentliche Bestimmungen. Die beiden ersten Teile beziehen sich auf alle Städte, auch auf die Urban Sanitary Districts und auf London. Bezüglich des dritten Teils ist das Gesetz ein sogenannter Adoptive Act, d. h. es steht den Städten frei, ihn durch einfachen Beschluß anzunehmen.

Die Bestimmungen des ersten Teils des Gesetzes sind im wesentlichen folgende: Es ist die Pflicht jedes Sanitätsbeamten, dem Council einen offiziellen Bericht zu erstatten:

1. Wenn Häuser usw. als menschliche Wohnungen ungeeignet sind;
2. wenn die Engigkeit oder die schlechte Beschaffenheit von Straßen, Häusern oder Gruppen von Häusern oder der Mangel an Licht und Luft oder sonstige hygienische Mängel eine Gefährdung der Gesundheit der betreffenden Bewohner verursacht.

Zu dieser Berichterstattung ist der Sanitätsbeamte zunächst auf Grund eigener Kenntnis verpflichtet. Außerdem muß er berichten, wenn zwei zuständige Friedensrichter oder mindestens zwölf Steuerzahler sich über die gesundheitsgefährdende Beschaffenheit eines bestimmten Bezirkes beklagen. Die betreffende städtische Behörde hat die Verhältnisse auf Grund des Berichts eingehend zu prüfen und gegebenen Falls einen Beschluß dahin zu fassen, daß der Bezirk ungesund ist, und daß ein Verbesserungsprojekt (Improvement

¹ Hugo, Städteverwaltung und Munizipalsozialismus in England. Stuttgart 1897, S. 270 ff.

Scheme) aufgestellt werden muß. Die Ausarbeitung des Projekts hat dann unverzüglich zu erfolgen. In dem Projekt sollen insbesondere vorgesehen werden: Die Verbreiterung der Zugänge zu dem betreffenden Areal, die Unterbringung derjenigen Arbeiter und ihrer Familien, die infolge der Ausführung des Projekts ihre Wohnungen verlassen müssen, und die Einrichtung aller notwendig erscheinenden sanitären Maßregeln. Diejenigen Grundflächen, die eventuell zwangsweise zu enteignen sind, müssen genau bezeichnet werden. An Stelle der Stadt kann auch der Grundbesitzer, dem das betreffende Areal gehört, im Wege freier Vereinbarung die nötigen Änderungen unter Aufsicht der städtischen Behörden ausführen. Der Plan ist öffentlich bekannt zu machen und bedarf sodann der Genehmigung des Local Government Board. Die Bestätigung erfolgt in Form einer Provisional Order, nachdem das Projekt zuvor von der betreffenden Behörde an Ort und Stelle geprüft worden ist. Die Provisional Order mußte früher vom Parlament in allen Fällen ausdrücklich bestätigt werden. Seit 1903 ist diese Genehmigung unter Umständen nicht erforderlich, z. B. dann, wenn ein Projekt ohne Zwangsenteignung durchgeführt werden kann. Anstatt dies Projekt selbst auszuführen oder es durch den Grundbesitzer ausführen zu lassen, kann die städtische Behörde das zwangsweise oder durch Vereinbarung erworbene Areal auch verkaufen oder verpachten unter der Bedingung, daß der Käufer oder Pächter die Ausführung übernimmt. Für den Fall, daß die Stadt selbst die neuen Arbeiterwohnungen baut, ist sie gesetzlich verpflichtet, dieselben nach Ablauf von zehn Jahren zu verkaufen, falls nicht die bestätigende Behörde davon absieht. Dahingehende Anträge werden aber stets genehmigt. Falls binnen fünf Jahren, nachdem ungesunde Wohnungen niedergerissen sind, die betreffende Stadt das Land weder verpachtet, noch verkauft und auch sonst keine Anstalten zur Ausführung des Projekts gemacht hat, kann die bestätigende Behörde die Versteigerung des Landes unter Festsetzung eines Mindestpreises anordnen. Dem Käufer wird die Errichtung der erforderlichen Wohnungen dann natürlich zur Bedingung gemacht. Auch kann seit 1903 das Local Government Board eine Gemeinde durch Vermittlung der ordentlichen Gerichte zur zwangsweisen Durchführung eines Verbesserungsprojektes anhalten. Wenn es zur Zwangsenteignung kommt, so wird das Land mit den Gebäuden nach dem Marktwert bezahlt, doch werden folgende sehr wichtige Einschränkungen gemacht:

1. Wenn die Rente, die ein Haus abwirft, dadurch besonders

gestiegen ist, daß das Haus zu ungesetlichen Zwecken benutzt wurde, oder dadurch, daß es übermäßig stark bewohnt war, so wird der Berechnung der Entschädigung eine solche Rente zu grunde gelegt, die unter normalen Verhältnissen erzielt worden wäre.

2. Wenn der Zustand des Hauses gesundheitsgefährlich war, so werden diejenigen Kosten, die erforderlich gewesen wären, um das Haus in einen bewohnbaren Zustand zu setzen, abgezogen.
3. Wenn der Zustand des Hauses derart war, daß es auf keine Weise zum Bewohnen durch Menschen hergerichtet werden konnte, so kommt bei Feststellung der Entschädigung nur das Land und der Wert der Abbruchmaterialien in Anrechnung.

Etwaige Einnahmen, die der städtischen Behörde in Ausführung dieses Gesetzes zufließen, sind an einen besonderen Fonds, den „Dwelling-house Improvement Fund“, abzuführen. Die Ausgaben sind zunächst aus diesem Fonds und sodann aus den Steuereinkünften und aus Anleihen zu bestreiten.

Der zweite Teil des Gesetzes handelt von ungesunden Wohnhäusern und bestimmt im wesentlichen folgendes: Der Sanitätsbeamte hat, eventuell auf Antrag von mindestens vier Steuerzahlern, die zuständige städtische Behörde aufmerksam zu machen, wenn einzelne Wohnhäuser in einem so gefährlichen oder gesundheitschädlichen Zustande sich befinden, daß sie zu menschlichen Wohnungen ungeeignet sind. Falls die städtische Behörde hierauf binnen einer bestimmten Frist nichts veranlaßt, können die betreffenden Steuerzahler sich beim Local Government Board beschweren, und dies kann die städtische Behörde zwangsweise zu weiterem Vorgehen anhalten. Die städtische Behörde hat den Eigentümer eines gefahrbringenden Hauses unter Androhung von Strafe aufzufordern, es binnen sieben Tagen zu räumen, nötigenfalls, insbesondere wenn der Eigentümer sich weigert, genügende Verbesserungen vorzunehmen, kann die Niederreißung des Hauses angeordnet werden. Kommt der Eigentümer dieser Aufforderung nicht binnen drei Monaten nach, so erfolgt der Abbruch durch die Stadt auf seine Kosten. Dem Eigentümer steht Appell an das ordentliche Gericht mit aufschiebender Wirkung zu.

Diese Bestimmungen finden sowohl auf Unhealthy Dwelling-houses wie auf hinderliche Bauten (Obstructive Buildings) Anwendung, und unter Obstructive Buildings versteht das Gesetz solche, welche den freien Zutritt von frischer Luft hindern oder sonstwie andere Gebäude gesundheitschädlich machen. Auch solche

Häuser können zwangsweise entfernt werden. Der Grund und Boden wird mit dem Haus zwangsenteignet; der Grundeigentümer kann sich mit der Stadt aber auch dahin vergleichen, daß er den Grund und Boden behält und entweder selbst das Haus niederreißt oder dieß der Stadt überläßt. Für die Entfernung des Hauses wird er natürlich entschädigt. Die Feststellung der Entschädigung erfolgt in ähnlicher Weise wie unter dem ersten Teil des Gesetzes. Soweit das von der Stadt erworbene Land nicht zur Durchführung der Bestimmungen des Gesetzes erforderlich ist, darf es mit Zustimmung des Local Government Board verkauft werden. Ein besonderes Projekt muß aufgestellt werden:

1. wenn das erworbene Land als Straße verwendet werden soll;
2. wenn es zum Bau von Arbeiterwohnungen verwendet oder gegen anderes Terrain ausgetauscht werden soll, das sich zum Bau von Arbeiterwohnungen besser eignet und dazu bestimmt wird;
3. wenn aus sanitären Gründen die Niederlegung eines oder mehrerer Häuser oder ihre Wiederherstellung geboten erscheint und das betreffende Terrain zu klein ist, um als „Unhealthy Areal“ im Sinne des ersten Teils des Gesetzes angesehen zu werden.

Auch hier ist Bestätigung des Projektes durch das Local Government Board vorgesehen. Eine Bestätigung dieser Order ist aber nur dann erforderlich, wenn binnen zwei Monaten gegen das Projekt Widerspruch erhoben wird. Das Board kann in solchen Fällen verlangen, daß für die Wiederbehausung der in Frage kommenden Arbeiter hinreichend gesorgt wird. Auch hier kann das Local Government Board durch Vermittelung der ordentlichen Gerichte die Gemeinden zur Durchführung eines Verbesserungsprojektes zwingen.

Der dritte Teil des Gesetzes handelt von Arbeiterwohnungen (Working Class Lodging Houses). Wie schon erwähnt, ist den Städten die Annahme dieses Teils freigestellt. Den Städten wird durch diese Bestimmungen das Recht verliehen, im sanitären Interesse — eventuell zwangsweise — Land sowie Arbeiter-Logierhäuser (Lodging Houses) zu kaufen oder zu pachten oder solche Häuser selbst zu errichten. Hervorzuheben ist noch die Bestimmung des Gesetzes von 1903, wonach auch für die Einrichtung der nötigen Läden Vor Sorge getroffen werden kann. Die durch Ausführung dieser Bestimmungen hervorgerufenen Kosten sollen in derselben Weise wie die in Ausführung der Public Health Acts entstandenen Ausgaben be-

stritten werden. Anleihen dürfen auch zu diesen Zwecken aufgenommen werden.

In allen Fällen darf nach dem Nachtragsgesetz von 1903 von Arbeiterhäusern, die von mehr als 30 Personen bewohnt sind, erst dann Besitz ergriffen werden, nachdem das Local Government Board ein entsprechendes Wiederbehausungsprojekt genehmigt oder auf Wiederbehausung ausdrücklich verzichtet hat. Endlich ist durch das Nachtragsgesetz den Gemeinden das Recht verliehen, auch außerhalb ihres Gebietes die in Frage kommenden Arbeiter anzusiedeln.

Auf Grund dieses Gesetzes haben nun insbesondere die Städte, aber auch einzelne Landgemeinden, eine sehr bedeutende Tätigkeit entfaltet. So hat das Local Government Board an Anleihen bewilligt, ausschließlich London:

1899	364 347 £
1900	608 512 "
1901	689 296 "

und der Betrag der ausstehenden Anleihen belief sich Ende 1902 auf 6 927 434 £¹. Unter dem dritten Teile des Gesetzes waren bis 1900 an 27 Städte und 3 Landgemeinden bewilligt worden: 496 000 £². Das Verfahren ist natürlich in den einzelnen Städten ganz verschieden; manche unternehmen den Wiederaufbau oder den Neubau von Arbeiterhäusern grundsätzlich selber, andere dagegen suchen in erster Linie Privatunternehmer zum Bau von Arbeiterwohnungen heranzuziehen; nur wenn dies nicht gelingt, entschließen sie sich notgedrungen selbst zum Bauen. Manche Städte haben, besonders unter dem ersten Teil des Gesetzes, große Projekte zur Ausführung gebracht, andere, insbesondere Hull, sind unter dem Teil 2 mehr schrittweise vorgegangen. Dies letztere Verfahren ist erheblich billiger, da hierbei fast sämtliche Kosten auf den betreffenden Grund- oder Hauseigentümer abgewälzt werden, der es im allgemeinen vorzieht, die notwendigen Änderungen selbst vorzunehmen, als sich für einen verhältnismäßig geringen Preis seinen Besitz zwangsenteignen zu lassen. Außerdem läuft die betreffende Stadt hierbei keinerlei Risiko. Das Vorgehen von Hull gewinnt daher immer mehr Boden und ist u. a. auch von Liverpool und Manchester neuerdings angenommen worden. Die Arbeiterwohnungen sind entweder große Mietskasernen, in denen die einzelnen Wohnungen meist aus 2 bis

¹ Local Government Board Report 1903/04. S. c. X, c. VI.

² Report I, S. 74.

4 Zimmern nebst Zubehör bestehen, oder es sind kleine, aneinandergebaute Einzelhäuser, oder Einzelhäuser mehr ländlichen Charakters mit kleinen Vorgärten usw. (Cottages), oder endlich Arbeiter-Logierhäuser (Lodging Houses) mit Schlafzellen und gemeinschaftlichem Eßsaal, Rauch-, Lesezimmer usw.

Es wird nicht uninteressant sein, an einem Beispiel, wofür London gewählt ist, zu zeigen, in welcher Weise und in welchem Umfange für die Verbesserungen und Vermehrung von Arbeiterwohnungen Sorge getragen ist. Schon der Vorgänger des London County Council, das Metropolitan Board of Works, hatte unter älteren Gesetzen der Verbesserung ungesunder Quartiere seine Aufmerksamkeit zugewandt und ca. 20 ha gesäubert, auf denen 28876 Personen wohnten. Das Terrain war durchweg an große Privatgesellschaften verkauft worden, die sich zur Wiederbebauung der betreffenden Arbeiter verpflichteten. Als das London County Council die Erbschaft des Metropolitan Board antrat, hatte es noch projektmäßig für 4000 Personen Wohnungen zu schaffen. Das Council versuchte vergebens, an Privatgesellschaften das betreffende Land unter der Bedingung des Wiederaufbaues von Arbeiterwohnungen zu veräußern. Es blieb ihm daher nichts anderes übrig, als selbst mit dem Wiederaufbau der niedergerissenen Häuser vorzugehen.

Unter Teil III des Housing Act ist das Council zuerst im Jahre 1893 vorgegangen und hat ein großes Logierhaus gebaut, wo 324 Arbeiter in getrennten Schlafzellen Unterkunft finden können. In dem Haus befinden sich ein Speiseraum, Lese- und Erfrischungsraum, Badeeinrichtung, Waschhaus, Laden usw. Der Preis beträgt 6 d, also ca. 50 Pfg. für die Nacht. Ein zweites Logierhaus (Carringtonhouse) ist vor einiger Zeit eröffnet worden. Dies kann 800 Arbeiter aufnehmen. Die gemeinschaftlichen Räume, insbesondere das Lesezimmer, sind sogar mit einem gewissen Luxus eingerichtet.

Prinzipiell hat sich aber das Council erst 1898 zu einem Vorgehen unter Teil III des Housing Act entschlossen und als Grundsatz für alle derartigen Unternehmungen aufgestellt, daß dadurch die Steuerzahler nicht höher belastet werden sollen. Was das Council in den letzten Jahren auf diesem Gebiete geleistet hat, mögen folgende Ziffern beweisen: Für Säuberung von ungesunden Bezirken unter den Housing Acts sind bis März 1904 insgesamt ausgegeben worden: 2386492 £. Diese Summe ist, als im sanitätspolizeilichen Interesse verausgabt, ganz aus dem Steuereinkommen aufgebracht worden. Die Kosten der in Verbindung mit der Säuberung eines ungesunden

Bezirkess oder ähnlicher Maßregeln errichteten Wohnungen beliefen sich auf 1731 903 £. In dieser Summe sind auch die Kosten des Landes, den es als Bauland für Arbeiterwohnungen hat (Housing Value), enthalten, bezw. soweit Teil III des Gesetzes in Betracht kommt, der tatsächlich für das Land gezahlte Preis.

Für das Rechnungsjahr 1903/04 betrugen die Einnahmen und Ausgaben:

	Einnahmen	Ausgaben
unter Teil I des Gesetzes von 1890 .	46 666 £	44 043 £
„ „ II	5 602 „	4 986 „
„ „ III	31 096 „	27 849 „

Soweit es sich um freiwillige Bauten handelte, ergab sich ein Überschuß von 4348 £, soweit der Bautätigkeit aber eine gesetzliche Verpflichtung zugrunde lag, zeigte sich ein Verlust von 1576 £¹.

Bis März 1903 hatte das Council insgesamt 19 428 Personen untergebracht in 3881 Wohnungen mit 9552 Zimmern und 324 Schlafstellen². Auch einige der Metropolitan Boroughs haben im Bau von Arbeiterwohnungen bereits Bedeutendes geleistet. Ein großes Projekt kommt zurzeit in der Stadt Chelsea zur Ausführung. Auf einem der Stadt von einem großen Grundbesitzer verhältnismäßig billig überlassenen Terrain sollen im ganzen elf Häuserblöcke in sechs Stockwerken errichtet werden, in denen 1300 Personen Unterkunft finden. Die einzelnen Wohnungen bestehen aus einem, zwei oder drei Zimmern nebst Zubehör. An Mieten hofft die Stadt 3 sh 6 d bis 4 sh, bezw. 6—7 sh, bezw. 8 sh 6 d bis 9 sh 6 d wöchentlich zu erhalten. Bei Vermietung sämtlicher Räume werden die Mieten ca. 4 % des Anlagekapitals, das auf 69 708 £ veranschlagt ist, ausmachen³. Ein Profit wird aber nach Abzug der dem Schuldentilgungs- und den Abnutzungsfonds zuzuführenden Beträge und der laufenden Unkosten, Mietsausfälle usw. wohl kaum übrig bleiben.

¹ Report of the Housing of the Working Classes Committee of the (London County) Council von 1903/04, S. 2 ff.

² Report of the (London County) Council 1902/03, S. 28 ff.

³ Municipal Journal vom 11. November 1904.

(Ein zweiter Aufsatz folgt.)

Die Auswanderung als weltwirtschaftliches Problem¹.

Von

Karl Rathgen, Heidelberg.

Inhaltsverzeichnis.

Veränderung der Tatsachen S. 83. — Zusammenhang der Auswanderung mit der Wanderbewegung überhaupt S. 85. — Verschiebung des Ausgangspunktes und des Charakters der europäischen Auswanderung S. 86. Gründe der Wanderungen S. 88. Abwehrtenenz der Zuwanderungsländer S. 90. — Internationale Regelung S. 91. — Entwicklungstendenz der europäischen Massenwanderung S. 92.

Wenn man bei uns von Auswanderung spricht, so denkt man an eine Erscheinung, die uns in ihren wesentlichen Zügen bekannt ist, an die deutsche Auswanderung, wie sie nach ihren Ursachen und Folgen zuerst in den vierziger Jahren und dann wieder seit den siebziger Jahren vielseitig und gründlich untersucht und erörtert ist. Wir denken an den Strom deutscher Arbeitskraft, der über See fast ausschließlich nach den Vereinigten Staaten gegangen ist und dort vor allem in der Erschließung der nördlichen Zentralstaaten, in der Entwicklung der großen Städte des Nordens sich betätigt hat. Wir haben geklagt über den Verlust an Volkskraft, wir haben geträumt von ihrer Erhaltung für das Deutschtum, wir haben uns zu trösten gesucht mit den mancherlei wirtschaftlichen Vorteilen und seelischen Anregungen, die uns die Auswanderung gebracht hat, wir sind stolz gewesen auf die Erfolge deutscher Tatkraft auf neuem Boden. In diesem Gedankenkreise bewegen sich,

¹ Referat, erstattet dem Internationalen Kolonialkongreß 1905 in Berlin. Plenarsitzung vom 6. Oktober 1905 vormittags.

soweit ich sie kenne, auch die neuesten Erörterungen des Auswanderungsproblems in Deutschland.

Sehen wir aber auf die Tatsachen, wie sie sich in den letzten 15 Jahren gestaltet haben, so springt in die Augen die völlige Veränderung aller Dinge. Gehen Sie in die Auswandererhallen in Hamburg oder auf die enormen Personendampfer, die Cuxhaven oder Bremerhaven verlassen, gefüllt mit wimmelnder Menschheit: wo sind Freiligraths Schwarzwaldmädchen, die uns in unserer Kindheit gerührt haben, wie verschwinden die deutschen Laute in dem Babel Osteuropas! Jiddisch, russisch und ruthenisch, polnisch, slowakisch, tschechisch, magyarisches, rumänisch, die ganze Sprachenkarte Osteuropas wird lebendig. Und weiter: Unter deutscher Flagge liegen in Genua am Ponte Federico Guglielmo und im Hafen von Neapel die großen Auswandererschiffe und alle italienischen Dialekte ertönen aus der schwarzen Menge.

Ganz nüchtern ausgedrückt: An der Masse der europäischen Auswanderer hat der Deutsche keinen hervorragenden Anteil mehr. Ja noch mehr: Die letzte Volkszählung zeigt uns, daß das Deutsche Reich ein Einwanderungsland geworden ist. Von 1871 bis 1895 hatte es fast 2,5 Millionen Menschen mehr abgegeben als aufgenommen, von 1895 bis 1900 dagegen hat sich die Bevölkerung um 94 000 Köpfe stärker vermehrt als der Geburtenüberschuß betrug. Die Zahl der im Auslande geborenen, in Deutschland gezählten Personen ist allein von 1890 bis 1900 von 509 000 auf 824 000 gestiegen, obgleich die Volkszählungen zu einer Jahreszeit stattfinden, in der die Zahl der in Deutschland arbeitenden Ausländer am niedrigsten ist.

Damit drängen sich ganz neue Probleme auf, die in anderen Ländern noch mehr als in Deutschland die Öffentlichkeit beschäftigen. In den Vereinigten Staaten, in Australien entsteht eine wachsende Bewegung auf Auslese unter den Einwanderern. In England steckt man die herkömmlichen Phrasen vom freien Asyl in die Tasche und macht Gesetze gegen die unbeschränkte Zuwanderung. Als das Merkwürdigste in der neuen Entwicklung mag aber erscheinen, daß die Vereinigten Staaten selbst zum Auswanderungslande werden und viele Tausende von Ansiedlern in die kanadischen Nordwestprovinzen entsenden.

Es ist also nötig, daß wir die uns geläufigen Vorstellungen etwas revidieren. Gerade ein Kolonialkongreß darf sich nicht beschränken auf die Betrachtung bloß der deutschen Auswanderung.

Wir müssen sie hinstellen in den allgemeinen Zusammenhang der internationalen Wanderungen.

Sofort wird uns viel klarer entgegentreten, als wenn wir isoliert die „deutsche Auswanderung“ betrachten, wie die eigentliche Auswanderung zusammenhängt mit der ganzen großen Wanderbewegung der Massen. Wohl hebt sich die Einzelwanderung der Unternehmer, der Kaufleute, der Industriellen, der Techniker, der Angehörigen der liberalen Berufe zur zeitweisen Erwerbstätigkeit im Auslande klar ab von der Massenwanderung. Wohl können wir theoretisch von ihr sondern die zeitweise, oft periodische Wanderung der Lohnarbeiter in die Gegenden höheren Lohnes. Aber praktisch vermischt sich diese zeitweise Arbeiterwanderung mit der Auswanderung. Die heutige Massenwanderung der Italiener und Slaven hat im wesentlichen als zeitweise Arbeiterwanderung begonnen. Wenn heute über ein Viertel der slowakischen Einwanderer in die Vereinigten Staaten schon mindestens einmal vorher dort gewesen ist, so zeigt uns dies, daß hier noch der Zustand der zeitweisen Arbeiterwanderung vorherrschend ist. Das Neue und Eigenartige ist hier nur, daß diese Wanderung über See auf weite Entfernungen vor sich geht. Denn auf kurze Entfernungen sind solche Wanderungen zum Ausgleich der Lohnbedingungen verschiedener Gegenden ja alt. Wir haben in Deutschland Hollandgänger gehabt, lange ehe es Sachfengänger gab. Die Westgalizier gingen zumeist ins österreichische Nachbargebiet, namentlich nach Ostgalizien, sie gingen und gehen noch in Menge als landwirtschaftliche Arbeiter nach Schlesien und Posen und weiter hinein nach Deutschland. In den neunziger Jahren begannen sie in Masse nach den Vereinigten Staaten zu ziehen, zumeist als Wanderarbeiter, in den letzten Jahren immer mehr als dauernde Auswanderer. So entsendet Italien in Massen Wanderarbeiter in die Nachbarländer so gut wie nach Argentinien, wie seit Mitte der achtziger Jahre in die Vereinigten Staaten. In Massen kommen sie zurück mit dem ersparten Lohn nach einer Saison, nach ein paar Jahren. Aber in immer größeren Mengen bleiben sie drüben hängen, lassen Angehörige nachkommen und in demselben Maße wächst die Wanderung, die von vornherein der Absicht nach wirkliche Auswanderung ist. Und wie so ganze Landstriche in Süditalien, in Apulien, in der Basilicata entvölkert werden, so wird einem genau das gleiche im Peloponnes erzählt. Nicht nur dort finden wir die überseeische Arbeiterwanderung. Vor einem Duzend Jahren schon wurde mir von Sachverständigen in England erzählt, daß jährlich 40 bis 50 000 Bauhandwerker aus

dem Vereinigten Königreich nur zur Bauaison in die Vereinigten Staaten wandern. Ob aus England nach den amerikanischen Industrie-revieren oder von Oberhessen nach Westfalen: in unserer Zeit raschen billigen Verkehrs macht es keinen großen Unterschied. Der österreichische Entwurf eines Auswanderungsgesetzes zieht ganz folgererecht die Konsequenzen, wenn er alle zeitweise Arbeiterwanderung über die Grenzen in seinen Bereich zieht, wie ja auch Italiens Gesetz von 1901 wenigstens den überseeischen Wanderarbeiter in seinen Schutz nimmt. Wir haben aus Deutschland derartige Wanderung nur in geringem Maße. Doch ist nichts genaues darüber bekannt, da die deutsche Rückwanderung nicht ermittelt wird. Deutschland ist für diese Art Wanderungen vor allem Zuwanderungsland. Von dieser Zuwanderung geht aber ein Hauptteil gerade in die Gegenden, welche der Hauptausgangspunkt der deutschen Auswanderung sind: den deutschen Osten. Und damit entsteht jener unheilvolle *Circulus vitiosus*, der die deutsche Auswanderung vor allem dauernd in Gang hält: Der deutsche Landarbeiter wandert ab, weil der polnische zuwandert, und der polnische wandert zu, weil der deutsche abwandert. Es ist immerhin ein Gewinn, wenn von dieser Abwanderung heute der größte Teil in Deutschland bleibt. Die Beurteilung der Wanderung vom nationalen Standpunkte wird eine andere, wenn z. B. der Mecklenburger früher in Massen nach Amerika ging, heute aber unter den Auswanderern wenig zu finden ist, so stark auch heute noch die Abwanderung dort ist.

Wir stehen also vor der Tatsache, daß die europäische Auswanderung ihren Ausgangspunkten nach wie ihrem Charakter nach in den letzten 12 bis 15 Jahren eine andere geworden ist. Ihren Ausgangspunkten nach: noch um 1890 lag ihr Schwerpunkt im Nordwesten Europas. Zwei Drittel der Einwanderer in Amerika kamen aus Großbritannien und Irland, Skandinavien und Deutschland. Die große amerikanische Wirtschaftskrisis ließ seit 1893 die ganze Einwanderung stark einschrumpfen, 1897 (mit 230 000) auf zwei Fünftel der Zahlen von 1891 bis 1892 (580 000). Als aber 1898 die Einwanderung wieder zu wachsen begann, da kam etwas ganz Neues: bis dahin war mit jedem wirtschaftlichen Aufschwung auch die deutsche Auswanderung wieder gewachsen, so Anfang der siebziger Jahre, 1880, 1891. Jetzt nahm die deutsche Auswanderung so gut wie gar nicht wieder zu, und dem geringen Anwachsen 1902/03 folgte 1904 schon wieder der Rückgang. 1891/92 kam über ein Fünftel der Einwanderer in die

Union aus Deutschland, 1903/04 nur ein Zwanzigstel. Auch die britische Einwanderung in die Union stieg nicht so stark wie früher, aber doch nur, weil die Auswanderung aus dem Vereinigten Königreich in die britischen Kolonien stark gewachsen ist. Nur die Skandinavier haben ihre alte Höhe wieder erreicht. Immerhin stellten die alten drei Auswanderungsgebiete 1903/04 zusammen nur mehr ein Viertel bis ein Fünftel der enorm gewachsenen Einwanderung, während Österreich-Ungarn, Italien und Rußland fast zwei Drittel der Einwanderer, über eine halbe Million, stellten; daneben gingen 100 bis 150 000 Einwanderer allein aus Italien nach Südamerika! Wie sich früher in Deutschland der Schwerpunkt verschoben hat vom Südwesten nach dem Nordwesten und nach dem Osten, so ist für ganz Europa der Schwerpunkt verschoben von Nordwesten nach Süden und Osten.

Auch ihrem Charakter nach hat sich die Auswanderung verschoben. Ihren Kern bildeten in älterer Zeit die Leute, die eine neue, selbständige Existenz, vor allem als Landwirte, erstrebten. Nach dem letzten Zensus finden wir in den Vereinigten Staaten über eine halbe Million selbständiger Farmer, davon vier Fünftel in den zwölf nördlichen Zentralstaaten, die in Deutschland geboren waren, also ohne die ungezählten Farmer, die Kinder deutscher Einwanderer waren. Gewiß waren auch viele andere als Landwirte unter den Auswanderern, aber bei diesen überwogen die gelernten Arbeitskräfte.

Ganz anders die neue süd- und osteuropäische Auswanderung. Wir sahen: sie entstand als Arbeiterwanderung. Und so überwiegt hier auch jetzt ganz der ungelernte Arbeiter, der, soweit er nicht als Erd- oder Steinarbeiter sein Brot findet, in die Bergbau- oder Industriereviere, vor allem in die Kohlen- und Eisengegenden, sich wendet. Früher also eine starke Zuwanderung von Leuten, die selbständig werden wollten, heute eine Einwanderung von Leuten, die in der Masse unselbständig bleiben, von der ein anderer erheblicher Teil den städtischen Kleinhandel verstärkt oder den Boden für eine unerfreuliche ausbeuterische Heimarbeit abgibt, wie die große jüdische Einwanderung aus Osteuropa, die jetzt über 100 000 Köpfe im Jahre ausmacht.

Das ist der Boden, von dem aus die Exklusionstendenzen der neuen Einwanderungsgesetzgebung sich erklären, die sofort mit der neuen Einwanderung beginnen, so in den Vereinigten Staaten 1882 und vor allem 1891. Auch eine wesentliche Verschärfung dieser Maßregeln über das Gesetz von 1903 hinaus wird nicht, wie man

oft wohl gesagt hat, die deutsche Auswanderung wesentlich treffen. Ob diese so niedrig bleibt, wie jetzt, wird von anderen Dingen abhängen.

Das führt mich zu den Gründen der europäischen Massenwanderungen. Es handelt sich dabei ja um Volksmassen, welche alle früheren Völkerwanderungen an Zahl weit hinter sich zurücklassen.

Wenn wir die überseeischen Einwanderungszahlen, die europäischen Auswandererzahlen, das sehr ungenügende Material über die Arbeiterwanderungen in Europa zusammenstellen, dann ist es wohl nicht zu viel gesagt, wenn wir die Zahl der Menschen, die zeitweise oder dauernd zu Erwerbszwecken über die Grenzen ziehen, auf jährlich $1\frac{1}{2}$ bis 2 Millionen schätzen. Was ist es denn, was alle diese Menschen treibt?

Zum Teil sind es natürliche Gründe. Es gibt immer unruhige Köpfe, jugendlich unternehmungslustige Menschen, Sanguiniker, Leute, die hinaus wollen aus heimatlicher Enge und Stille. Je leichter und bequemer der moderne Verkehr geworden ist, je mehr die Kenntnis von guter Erwerbsgelegenheit sich verbreitet, um so weniger wird die so veranlaßte natürliche Wanderbewegung aufhören. Der viel berufene germanische Wandertrieb ist freilich nur ein Wort ohne klare Vorstellung, wenn man nicht damit die Massensuggestion meint, die gelegentlich ganze Landstriche überfallen hat, was wieder gar nicht spezifisch deutsch ist.

Bei den politischen Gründen brauche ich nicht lange zu verweilen. Zeiten politischer Gärungen und Neubildungen bringen auch die Wanderungen in Gang. Wir brauchen in Deutschland nur an die Zeiten nach 1848, nach 1866 und 1870 zu erinnern. Die schweren Lasten, welche der Aufbau des italienischen Einheitsstaates seinen Bewohnern brachte, spielen bei der italienischen Auswanderung mit. Im ganzen glaube ich, daß politische Ereignisse mehr den Anlaß als den Grund zur Auswanderung abgeben.

Die treibenden Motive liegen tiefer im menschlichen Wesen. Im 17. und in manchen Fällen auch im 18. und bis ins 19. Jahrhundert hinein sind es religiöse Überzeugungen gewesen, die so stark waren, daß sie auch die damaligen Menschen aus ihrer gebundenen Existenz lösrissen. Im 19. Jahrhundert sind es die wirtschaftlichen Motive geworden, die, alles beherrschend, die Menschen vorwärts trieben, der Drang nach wirtschaftlicher Besserung aus dem Druck bestehender Verhältnisse heraus. Und so verschieden die Auswanderung aus den verschiedenen Ländern ihrem Wesen nach ist:

entscheidend ist fast überall, wenn wir von der jüdischen Auswanderung absehen, ein Grund: die Agrarverfassung, die Verteilung des landwirtschaftlich benutzten Bodens. Denn das ist ja das Merkwürdige an den Massenwanderungen, daß sie sich zu einem so großen Teile rekrutieren aus der vermeintlich seßhaftesten und stabilsten Bevölkerung, der landwirtschaftlichen. Der Städter, und namentlich der Großstädter, ist viel seßhafter. Es sind die beiden Extreme der Agrarverfassung, die den Boden der starken Wanderbewegung, der binnenländischen, wie der Außenwanderung bilden: der große geschlossene Besitz und der übermäßig zersplitterte Zwergbesitz, was beides ja vereint vorkommen kann, wie in Irland, wie in Teilen Italiens. Der große Besitz treibt zur endgültigen Abwanderung, Zwergbetrieb ist oft mit zeitweiser Wanderung verbunden, die dann zur dauernden Abwanderung führt. Wir brauchen das nicht im einzelnen zu verfolgen: in Irland wie in England, im deutschen Südwesten um 1850, im deutschen Osten um 1870, im Latifundienlande Böhmen und in der Bodenzersplitterung Westgaliziens, überall dieselbe Erscheinung. Auf die großen Aufgaben, die der Agrarpolitik hier gestellt sind, brauche ich nur hinzuweisen.

Aber zu allen diesen Gründen kommen noch die künstlichen. Seit es eine Auswanderung gibt, hat es Leute gegeben, die von ihr leben, die einen Gewinn machen wollen durch Anwerbung von Auswanderern, durch Vermittelung von Passageverträgen usw. So hat alle Auswanderergesetzgebung den naheliegenden Mißbräuchen in dieser Richtung, der Kontrolle der Agenten, der Auswandererschiffe usw., ihre Aufmerksamkeit vornehmlich zugewendet. Aber nicht davon habe ich zu reden. Nur auf eines möchte ich aufmerksam machen: Nicht um die Agenten und solche Leute handelt es sich am letzten Ende, sondern darum, daß die Auswandererbeförderung zum Gegenstand ganz großer konzentrierter Unternehmungen mit sehr großem Kapital geworden ist, an denen Tausende durch die Dividende, als Angestellte interessiert sind. Das war für die Durchführung des Auswandererschutzes unzweifelhaft ein großer Fortschritt. Aber es bedeutet auch etwas anderes: daß solche Unternehmungen gezwungen sind, ihr großes Kapital beschäftigt zu halten und ein starkes Interesse an dem Fortgang der Auswanderung haben. Für die beiden großen deutschen, wie für die großen englischen Gesellschaften ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, daß dem Rückgang der deutschen und zum Teil der nordwesteuropäischen die ungeheure Zunahme der osteuropäischen Auswanderung gefolgt ist. Wie von Bremen und Hamburg in den

letzten Jahren neben 16—28 000 deutschen 160—270 000 ausländische Auswanderer befördert sind, so reisten aus britischen Häfen 1903/04 neben $\frac{1}{4}$ Million britischen 170—180 000 ausländische Passagiere nach außereuropäischen Ländern. Diese große kapitalistische Organisation, welcher die Auswanderung ein Selbstzweck ist, welche den Auswanderer sucht, gibt aber wiederum einen der Gründe, warum in den Einwanderungsländern die Stimmung gegen die unterschiedslose Zulassung aller Einwanderer wächst.

Man ist oft darüber erstaunt. Bieten doch die Einwanderungsländer noch unendlich viel Platz. Gegen selbständige Existenzen oder solche, die möglichst rasch selbständig werden wollen, hat man dort auch heute nichts. Aber gegen die Unselbständigen. Und das hängt zuletzt mit der Verschiebung der sozialen Machtverhältnisse zusammen. Wir können das am deutlichsten in Australien sehen.

So lange die Kolonie ein reines Ausbeutungsgebiet für das Mutterland ist, schiebt es in die Kolonien seine unerwünschten Elemente ab, Verbrecher, Vagabunden, Arme. Dann setzt sich das Interesse der Kolonie durch: die Deportation fällt, die Abwehr beginnt. Aber noch herrscht das Interesse des Unternehmers an der Beschaffung von Arbeitskräften. Die Einwanderung wird auf alle Weise unterstützt, bis das labour vote entsteht. Mit dem Stimmzettel in der Hand verfechten die kleinen Selbständigen und die Lohnarbeiter ihr Interesse, daß sie nicht durch starke Zuwanderung aus dem hohen Niveau kolonialer Lebenshaltung herausgedrückt werden. Es ist dieselbe Tendenz, aus der sich das erstaunliche Sinken der Geburtenfrequenz erklärt. So bekämpft man zuerst die unterstützte Einwanderung, so wendet man sich gegen die Einwanderung von Angehörigen fremder Rassen, von minderwertigen Angehörigen der eigenen Rasse, so kämpft man gegen den Lohndruck, den kontraktlich gebundene Arbeiter ausüben, indem man ihnen den Zutritt verweigert. So 1891 in den Vereinigten Staaten, 1901 in Australien. Und in Europa entsteht eine Strömung, welche die Verdrängung Einheimischer durch tieferstehende ärmere Fremde bekämpft. Was wir im deutschen Osten matt beklagen, hat in England die öffentliche Meinung tief erregt: daß auf jeden einheimischen Auswanderer ein niedriger stehender Einwanderer kommt.

Schickt man die unerwünschten Elemente aus Amerika zurück, werden die Schifffahrtsgesellschaften vorsichtiger, solche Elemente zur Beförderung aufzunehmen, dann entsteht für die Zwischenwanderungsländer die Gefahr, gerade diese minderwertigen Elemente bei sich zu

behalten. Es ist bekannt, welche Mühe unserer Verwaltung dadurch entsteht. In England verschafft sich eben jetzt der Staat die Mittel, dieses Rückstaues Herr zu werden.

Wenn die von manchen erhobene Forderung sich durchsetzen würde, daß Amerika und England Einwanderer nur zuließen, wenn sie im Besitze eines Passes sind, wie würde das erst zurückwirken?

Das aber führt auf ein neues Problem, das von verschiedenen Seiten, anscheinend unabhängig voneinander, gleichzeitig gestellt wird: Ist es möglich, auf die Dauer damit durchzukommen, daß jedes Land unabhängig vom andern an der Wanderbewegung herumarbeitet? Jedes Gesetz, jede Verwaltungsmaßregel wirkt ohnehin auf die anderen an der Aus- und Ein- und Durchwanderung interessierten Länder. Schon jetzt wirken amerikanische Organe vielfach mit bei der Kontrolle in den Einschiffungshäfen. Italien schickt Inspektoren in die Einwanderungsgebiete. Schon der Schutz des Auswanderers, zu dem alle neuen Auswanderungsgesetze sich durchgerungen haben, macht internationales Hand-in-Handarbeiten nötig. Ist er im wesentlichen doch auch entstanden durch Einwirkung von außen her: als Rückwirkung der amerikanischen Schutzmaßregeln. Jetzt ist es eine Hemmung des Auswandererschutzes, daß die Beförderung sich andere Wege sucht, wenn man auf dem einen die Zügel zu stramm zieht. Die Geschäfte der schweizerischen Agenten, sagt man, haben den Vorteil von der straffen Kontrolle, der die Passagevermittlung in Italien unterworfen ist. Wie gut wäre eine gemeinschaftliche Kontrolle der Agenten, welche die Anwerbung der Landarbeiter für den deutschen Osten vermitteln. Also schon in dieser Beziehung wären internationale Abmachungen wünschenswert, ebenso für die Bekämpfung der Verschleppung von Krankheiten. (Ist doch die ägyptische Augenkrankheit erst durch die osteuropäischen Einwanderer nach den Vereinigten Staaten gebracht.) So ist sie wünschenswert für die Bekämpfung des Verbrecher- und Landstreichertums. Kein Staat hat das Recht, solche Elemente seinen Nachbarn aufzuhalsen.

Ja, man kann noch weiter gehen: Könnte nicht international ein gewisses Mindestmaß von wirtschaftlichen und kulturellen Anforderungen für die internationalen Wanderer festgesetzt werden?

Ansätze zu allem diesen gibt es ja schon. Es würde sich nur darum handeln, sie auszubauen. Utopisch freilich klingt insbesondere noch der Gedanke einer internationalen Organisation des Arbeitsnachweises, um die heutige massenhafte Arbeiterwanderung planvoller, zweckmäßiger zu gestalten, dem Zufall, dem gelegentlichen Elend zu

entrücken. Fehlt doch noch die erste notwendige Voraussetzung: die nationale Organisation des Arbeitsnachweises, die eine der großen Forderungen der Sozialpolitik der Zukunft ist.

Durch die Umwandlung des Charakters der internationalen Wanderungen in den letzten 15 Jahren muß auch unser Urteil über Bedeutung und Wirkungen der Auswanderung sich modifizieren. Über die Bedeutung der Lieferung von Arbeitskräften für das Zuwanderungsland brauchen wir an sich keine langen Worte zu machen. Aber wie steht es mit den tiefer gehenden Wirkungen? Ganz allgemein: je niedriger das Kulturniveau der Wanderermassen, um so geringer ihr Einfluß auf das Volk, dem sie sich angliedern. Das ist ja immer unser letzter Trost gewesen gegenüber der deutschen Auswanderung, daß sie dazu beigetragen hat, dem großen neuen Volke über dem Ozean einen Einschlag deutschen Wesens, einen Zuschuß aus der deutschen Geistes- und Gedankenwelt zu geben. Wenn in den Vereinigten Staaten nicht rein die englische Gedankenwelt herrscht, wenn dort die Macht des düstern Puritanismus, wenn die Macht der Sklavenbarone gebrochen ist, so hat die deutsche Einwanderung gewiß einen Anteil daran. Aber es ist doch schon hier nicht zu verkennen, daß dieser Einfluß immer geringer geworden ist. Die älteren Auswanderer brachten eine gefestigtere Gedankenwelt mit sich, als die späteren. Der große Einfluß deutscher Wissenschaft und Kultur auf amerikanisches Geistesleben in neuester Zeit ist doch wohl mehr durch unmittelbare Beziehungen der Amerikaner zu uns, als durch Vermittelung der Auswanderer bewirkt. Von den heute dort zuwandernden Massen ist kein Kultureinfluß zu erwarten. Widerstandslos gehen sie in den überseeischen Nationalitäten auf, und selbst eine Gefährdung des Kulturniveaus fürchtet der zuversichtliche, fast übertrieben scheinende Optimismus der neuen Nationen nicht. So läge ein Kulturgewinn für die Menschheit nur in der Hebung der wandernden Massen, wie sie ja schon durch die Arbeiterwanderung in Gegenden höherer Kultur in der Lebenshaltung bewirkt wird.

Und wohin geht die Tendenz der Entwicklung der europäischen Massenwanderung? Es ist ein gefährliches und undankbares Unternehmen prophezeien zu wollen. Mir ist ein englischer Warnungsruf aus dem Jahre 1872 erinnerlich, der damals viel erörtert wurde. Da hieß es: geht die Entwicklung weiter wie jetzt, und kehrt England nicht um in seiner Wirtschaftspolitik — und bekanntlich ist das trotz Chamberlain bisher noch nicht geschehen — so wird das Vereinigte Königreich höchstens 26 bis

30 Millionen Menschen erhalten können, aller weiterer Volkszuwachs muß in unerhörter Wanderung sich neue Wohnsitz suchen. Nun — wir wissen ja, daß die Auswanderung groß war, aber heute leben eben doch in Großbritannien und Irland trotz des Rückganges der irischen Bevölkerung über 43 Millionen.

Man weist oft auf unsere natürliche Volksvermehrung hin und berechnet Zukunftsziffern der Bevölkerung und die notwendige Auswanderung. Ich bin skeptisch gegenüber solchen Voraussagen. Ist nicht doch die wahrscheinliche Tendenz der Entwicklung eher so:

Wenn das moderne Wirtschaftsleben beginnt und das feste Gefüge der alten Ordnung lockert, wenn alte Erwerbsgelegenheiten gestört und die Menschen aus dem Herkommen aufgerüttelt werden, dann beginnt die Unruhe, beginnt die Umschau nach besserer Erwerbsgelegenheit. So begann die deutsche Auswanderung im Südwesten auf dem ältesten Kulturboden Deutschlands. Als man sich aber dort in die neuen Verhältnisse gefunden hatte, ging die Massenbewegung zurück. Später als im Westen, kam im Osten Deutschlands die Umwälzung, und damit entstand auch dort die große Unruhe. Von dort aus kann man das weiter nach dem Osten und Süden verfolgen. Je besser und energischer eine Bevölkerung sich den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen anpaßt, um so eher kommt die große Wanderbewegung zur Ruhe. Auch für den deutschen Nordosten ist die Zeit der Massenauswanderung vielleicht doch nur ein Übergangsstadium gewesen, ein Anpassungsvorgang, so schwierig dort die Anpassung ist, bei dem Vorherrschen des Großgrundbesitzes und bei der geringen industriellen Entwicklung. Seit 1894/95 ist auch aus dem deutschen Osten die ungeheure Masse der Abwandernden nicht ins Ausland gegangen, sondern in Deutschland geblieben. Es ist höchst fraglich, ob unsere Auswanderung, nachdem sie jetzt über ein Jahrzehnt einen so niedrigen Stand hatte, je wieder einen solchen Massencharakter annehmen wird, wie früher. Das hängt freilich von der weiteren Entwicklung unseres Wirtschaftslebens und unserer Wirtschaftspolitik ab. Gehört doch das ganze Auswanderungsproblem schließlich hinein in den Zusammenhang mit den anderen großen Fragen des Staats- und Kulturlebens.

Ist aber meine Annahme richtig, daß die Zeit der eigentlichen Massenwanderung vorbei ist, so wird damit eine gewisse Auswanderung in mäßigem Umfange nicht aufhören, schon wegen der persönlichen Beziehungen der früher Ausgewanderten. Es wird nicht aufhören, daß Deutsche ins Ausland gehen, um ihre Lage zu verbessern, um Luft

zu bekommen für ihre Tatkraft und Unternehmungslust. Ich würde es nicht für ein Glück halten, wenn die Leute alle still zu Hause sitzen bleiben wollten. Aber ich hoffe, daß diese Wanderung aufhört, eine Massenwanderung zu sein von Bauernsöhnen und den tüchtigsten Elementen unserer Landarbeiter. Solche Leute können wir selber brauchen, und eine Erweiterung deutschen Kultureinflusses unter fremden Völkern bedeutet eine solche Wanderung eben auch nicht. Ich hoffe, daß diese Wanderung immer mehr in der Weise, wie sie das in großem Umfange in England und Schottland, wie sie das in den Hansestädten ist, wie sie es im wachsenden Maße schon in Westdeutschland ist, eine mehr zeitweise Einzelwanderung von Gliedern des städtischen höheren Mittelstandes wird, eine Bewegung von höher kultivierten Elementen, die bewußt an deutscher Art festhalten, eine Bewegung zur Betätigung von Unternehmungslust und Organisationstalent, eine Bewegung, die dem deutschen Volke zugute kommt durch Ausdehnung seines Wirtschaftsbereiches, durch Vermehrung seines Reichtums, durch Erweiterung seines Gesichtskreises, durch Vertiefung seiner Denkart.

Studien zur Kolonialpolitik der Niederlande.

I. Die Rohrzuckerindustrie auf Java und die Eingeborenen.

Von

G. K. Anton in Jena.

I.

Inhaltsverzeichnis.

Die Anfänge der Rohrzuckerindustrie Javas S. 95. Ihre Gestaltung, Entwicklung und Wirkung im Kultursystem S. 99. Übergang von der Regierungskultur des Kultursystems zur freien der Gegenwart S. 119. Sogenannte freie Exportindustrie neben derjenigen des Kultursystems S. 123. — Rohrzuckerbereitung der Javanen für ihren eigenen Konsum S. 129. — Heutige Gestalt der Exportindustrie S. 132 ff. Grundlegende Rechtsnorm für die Beziehungen zwischen Unternehmer und eingeborenem Verpächter und Arbeiter S. 133. Beschaffung der Arbeiter S. 134. Beschaffung des Rohmaterials, hauptsächlich durch Pachtung von Land der Eingeborenen. Regelung der Pachtung durch die Ordonnanzen von 1871, 1895, 1900. Kompliziertheit dieser Regelung und ihre Ursache S. 136—151. Beurteilung des in den Pachtordnungen enthaltenen Eingeborenen-Schutzes S. 152.

Das Zuckrohr, *saccharum officinarum*, ein im ostindischen Archipel entweder einheimisches oder aus seinem wahrscheinlichen Ursprungslande, dem Gangesdelta, eingeführtes Gewächs, wird heute auf Java in verschiedenen Sorten gebaut, deren Auswahl vornehmlich von der Art des Bodens abhängt. Wie die Hauptfrucht des Ackerbaus der Eingeborenen, der nasse oder Sawah-Reis, zu seinem Gedeihen viel Wasser benötigt, so auch das Zuckrohr. Dieser Umstand bringt es mit sich, daß diejenigen Felder, die sich am besten

Anmerkung. Maße: 1 Picol = 61,76125 Kilo,
1 Bouw = 7096,5 Quadratmeter.

für den nassen Reisbau eignen, auch die besten Bedingungen für eine gute Zuckerrohrernte darbieten. Wir finden daher den Zuckerrohrbau auf Java vorwiegend in der gut bewässerbaren Tiefebene, auf Feldern, die abwechselnd dem Bau des Reises und dem des Zuckerrohrs dienen. Als Java noch keine Eisenbahnen hatte, war ein weiteres Erfordernis für die Lage der Fabriken die Nachbarschaft von Landstraßen oder Wasserläufen, in nicht zu großer Entfernung von der Meeresküste. Die Nähe von Wäldern, die früher das Brennmaterial lieferten, ist heute kaum noch nötig. Die verbesserten Einrichtungen ermöglichen es den meisten Fabriken, nur mit dem ausgepreßten Rohr unter geringer Zuhülfenahme von Rohrblatt zu heizen.

Ob die Kenntnis von der Bereitung des Zuckers aus dem Zuckerrohr von Vorderindien oder von China nach Java gelangte, wissen wir nicht. Die Tatsache, daß sie den alten Römern schon bekannt war, und die von diesen gebrauchte Bezeichnung *saccharum*, die augenscheinlich mit dem Sanskritworte *sarkara* oder *sakara* zusammenhängt, deuten auf Hindustan als Ursprungsland der Zuckerindustrie, und das Wort *gula*, das der Javane für Zucker anwendet, stimmt fast ganz überein mit dem Sanskritworte *guda*, das gekochten Zucker oder Zucker in seinem rohesten Zustande bezeichnet, in dem der Sirup noch nicht von ihm getrennt ist. So liegt die Vermutung nahe, daß die Hindus, die Java vor der Ankunft der Araber und Europäer kolonisierten, die Lehrmeister der Javanen in der Zuckerbereitung gewesen sind.

Freilich die ersten, die nachgewiesenermaßen auf Java Zucker aus Zuckerrohr gewannen — die Eindickung zuckerhaltiger Palmsäfte ist historisch viel älter und den Javanen vermutlich seit den frühesten Zeiten bekannt gewesen —, waren Chinesen. Während heute der Javane das Zuckerrohr entweder noch in der Art seines ursprünglichen Gebrauches roh genießt, indem er es in kleine Stücker zererschneidet und sie kaut, oder in primitivster Weise aus ihm Zucker für eigenen Konsum bereitet, die Gewinnung im großen aber ganz vorwiegend in der Hand europäischer Fabrikanten liegt, konnte man in den Tagen der alten ostindischen Kompagnie von einer chinesischen Zuckerindustrie auf Java sprechen. Schon 1650 arbeiteten 20 chinesische Zuckermühlen in der Umgebung Batavias. Nach zeitweiligem Rückgange, der insbesondere durch die mit der holländischen Macht ausdehnung verbundenen Feldzüge und Arbeitermangel hervorgerufen war, dehnte sich die Industrie bald wieder aus. R. B. van den Berg in seiner vortrefflichen Quellenstudie: „*De Suikerindustrie op Java*“

onder het bestuur van de oostindische Compagnie“ im Economist 1892, zählt für dieselbe Gegend 1710, also erst 100 Jahre nach der Ankunft der Holländer, bereits 130 Zuckermühlen auf, deren Besitzer hauptsächlich Chinesen und nur vier Europäer waren. Die Kompagnie sah die Unternehmungen sehr gern und erwartete um so mehr steigende Gewinne, als mit der Zunahme des Kaffee- und Teekonsums in Europa der Zuckerbedarf gleichfalls steigen mußte. Der Zucker ging nach Niederland, Persien, Surate, der Malabarfüste und Japan. Eine Mühle vermahlte in 24 Stunden 15 000 Zuckerrohrsteden und erhielt aus ihnen 4860 niederländische Kannen Saft, die 500 Pfund Zucker erster und zweiter und 200 Pfund dritter Qualität, zusammen $5\frac{3}{5}$ Picol und außerdem noch Sirup ergaben. Das ist ein Resultat, das bei den durch Büffel getriebenen Mühlen als kein schlechtes erscheint. Es lehrt uns zugleich, daß die Betriebe, nach heutigem Maßstab gemessen, klein waren. Dies erhellet auch aus den Kosten und dem Gewinn des Unternehmers. Graf van den Bosch, der spätere Schöpfer des Kultursystems, macht darüber in seinem 1818 erschienenen Werke „Nederlandsche Bezittingen in Azie, Amerika en Africa“ folgende Angaben. Die Verarbeitung des Zuckerrohrs und die Unterhaltung einer Plantage von 4—500 Morgen Land einschließlich des Ankaufs von Büffeln und Karren, habe 9000 Reichstaler jährlich verschlungen, während der Chineser aus dem Verkaufe seines Ertrages von 1800 bis 2000 Picol Zucker 7600 Reichstaler, aus dem des Sirups 1400 erzielte und an den Gegenständen des täglichen Bedarfs, die er seinen Arbeitern lieferte, noch weitere 1000 Reichstaler gewann. Insgesamt standen also 10 000 Reichstaler Einnahmen 9000 Reichstälern Ausgaben gegenüber, so daß sich ein Gewinn von nur 1000 Reichstälern pro Mühle bei einem Preise von 4 Reichstälern = 10 fl. ergab, zu dem die Kompagnie den Picol Zucker den Fabrikanten abnahm. Diese waren gezwungen, den Zucker an sie zum vorher festgestellten Preise abzuliefern; die Kompagnie drückte ihn, wenn der von ihr erzielte Gewinn nicht groß genug ausfiel. Das zur Gewinnung des Rohmaterials erforderliche Land wurde meist den Fabrikanten als Lehn gegeben, die auf ihm wohnenden Reisbauern hatten die Feldarbeit zu verrichten. Wo sie nicht ausreichten und bei der Fabrikation des Zuckers waren chinesische Arbeiter und landbesitzlose Söhne von Eingeborenen tätig, die, in anderen Distrikten angeworben, wohl weniger ihr Hunger als ihre Obrigkeit in die Zuckermühlen trieb; auf eine Mühle entfielen durchschnittlich 100 Arbeiter.

Die Schwankungen des in jener Zeit vornehmlich aus Westindien versorgten Zuckermarktes und lokale Umstände, wie das Teurerwerden des Reises, des Brennholzes und der javanischen Ölkuchen zum Düngen der Zuckerrohrfelder, wirkten in den folgenden Jahrzehnten bald mehr bald weniger ungünstig auf die javanische Zuckerindustrie ein. Hatte man 1680—1709 an 28 500 000 Pfund nach Persien verkauften Zuckers noch 106 % gewonnen, so drückte 1742 Westindien den Preis so sehr, daß die Schiffe jetzt Javazucker als Ballast luden. 1779 war die Anzahl der in der Umgebung Batavias arbeitenden Mühlen auf 55 gesunken, von denen 26 Chinesen, 24 Europäern und 5 der Kompagnie gehörten. 1790/2 freilich ergaben die Amsterdamer Auktionen wieder 46³/₄ fl. für den Picol, der auf Java 11¹/₄ fl. gekostet hatte. Als dann um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert die Kompagnie zusammenbrach, und die politischen Stürme der napoleonischen Zeit die Niederlande und ihren Kolonialbesitz heimsuchten, wäre vermutlich die Industrie zugrunde gegangen, hätte nicht die Regierung die Fabrikanten durch erhebliche Vorschüsse unterstützt. Wie sehr diese und die politischen Ereignisse die Industrie beeinflussten, geht daraus hervor, daß Java 1808 noch 95 000 Picols Zucker produzierte, wenige Jahre später, nachdem inzwischen das Erteilen von Vorschüssen eingestellt worden war, und die Kontinental Sperre Napoleons den Absatz sehr eingeschränkt hatte, 1813 nur noch 10 000 Picols. In derselben Zeit hatte die Kontinental Sperre den Zuckerpreis in Europa von 118 Gulden pro 100 Kilo in 1805 auf 720 Gulden in 1811 gehoben. Damit war ein besonderer Anreiz zu Versuchen gegeben, um auf der Entdeckung des preussischen Chemikers Marggraf, der 1747 den ersten Zucker aus Runkelrüben dargestellt hatte, eine sich rentierende Fabrikation aufzubauen, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts zur gefürchteten Konkurrentin der Rohrzuckerindustrie heranwachsen sollte.

1813 ging das eben französisch gewordene Java auf wenige Jahre in den Besitz der Engländer über, die die Landrente als allgemeine Grundsteuer der Eingeborenen einführten, aber keine bessernde Hand an die Zuckerindustrie legten. Erst 10 Jahre, nachdem die Niederlande die Herrschaft über Ostindien wieder erlangt hatten, erholte sie sich, vor allem infolge staatlicher Vorschüsse, die schon unter der alten Kompagnie und im Anfang des 19. Jahrhunderts in Übung, in der Mitte der zwanziger Jahre von der Regierung wieder aufgenommen wurden. So kam es, daß die Zuckerausfuhr Javas von 19 795 Picols im Jahre 1826 auf 108 640 im Jahre 1830 und 120 297 in 1831 anstieg.

Ob in diesen Zahlen wirklich ein Beweis für die Behauptung der Gegner des Kultursystems erblickt werden kann, die javanische Zuckerindustrie sei im besten Zuge gewesen, sich aus eigener Kraft zu hoher Blüte zu entwickeln, das erscheint mir deshalb fraglich, weil ja diese wachsenden Ausfuhrziffern doch erst zutage traten, nachdem ihr die Regierung ihre Sorge wieder zugewendet und insbesondere den Fabrikanten Vorschüsse geleistet hatte. Jedenfalls konnten jene Zahlen in den Augen des Grafen van den Bosch, der 1830 die Zügel der indischen Regierung in die Hand nahm, um so weniger ins Gewicht fallen, als der steigenden Ausfuhrmenge wieder sinkende Zuckerpreise parallel liefen. 1831 erreichten sie mit 13,80 Gulden pro Picol ihren tiefsten, im Ruin mehrerer Fabriken sich ausdrückenden Stand; sie waren jetzt fast einen Gulden niedriger als 1825, während sie 1828 mit 17,60 Gulden ihren Höhepunkt erklommen hatten. So stand es van den Bosch wohl außer Frage, daß auf dem bisherigen Wege der finanzielle Vorteil für die Staatskasse, den er von dieser Kultur sich versprach, nur äußerst langsam und bei den wechselnden Preisen nicht ohne bedenkliche Rückschläge zu erzielen war. Andererseits erwartete er von der internationalen Abschaffung des Sklavenhandels eine Verringerung der Zuckerproduktion Westindiens und damit eine Hebung der Zuckerpreise. Er hoffte zugleich, daß diese günstige Zeitlage der Zuckerindustrie Javas um so mehr zugute kommen werde, als die englisch-ostindische Zuckerproduktion, die damals neben der westindischen allein in Betracht kam, sowohl hinsichtlich des Bodens wie des Preises der Arbeitslöhne ihm vor der javanischen erheblich benachteiligt dünkte. So faßte er den Entschluß, der Zuckerindustrie Javas in viel energischerer Weise unter die Arme zu greifen, als es sein Vorgänger getan.

Es war seine ursprüngliche Mission, aus Ostindien diejenige Steigerung der ostindischen Einnahmen zu erzielen, die erforderlich war, um die ostindischen Ausgaben ohne Zuschüsse des Mutterlandes zu bestreiten. Die ungünstige Lage, in welche die Lostrennung Belgiens und die ihr widerstrebende Politik Wilhelms I. die holländischen Finanzen brachte, erlaubten Holland den Luxus unrentabler Kolonien nicht, zum mindesten sollten sie sich selbst genügen. Konnten sie über ihre eigenen Bedürfnisse hinaus noch zu denen des Mutterlandes beitragen, so mochte das theoretisch ansehnlich sein, die wachsende Finanznot des Mutterlandes mußte es entschuldigen. In ihr liegt die Erklärung dafür, daß van den Bosch anfängliche

Aufgabe, nur das Sichselbstgenügen des ostindischen Haushalts anzustreben, schon sehr bald aus den Augen verloren und die Erzielung möglichst großer ostindischer Überschüsse zugunsten des Mutterlandes zum Leitstern der Politik wurde.

Die Steigerung der ostindischen Einnahmen, die schon durch jenen ursprünglichen Auftrag und natürlich noch viel mehr durch diese Erweiterung bedingt war, hoffte van den Bosch durch Ausdehnung der von seinen Vorgängern übernommenen Regierungskaffeekultur und durch Einführung neuer Regierungskulturen nach deren Vorbilde zu bewirken. Insbesondere faßte er hierbei Indigo und Zucker ins Auge, daneben Pfeffer, Tabak, Tee und Zimmt. Diese sechs Kulturen pflegt die genauere holländische Terminologie als die Kulturen des von ihm eingeführten „Kultursystems“ zu bezeichnen, und der Regierungskaffeekultur, die als solche viel älter ist, gegenüber zu stellen. Der bei uns übliche Sprachgebrauch pflegt auch diese letztere, die den größten finanziellen Ertrag geliefert hat, und ihre größte Ausdehnung unter der Herrschaft des Kultursystems erfuhr, mit zu verstehen, wenn vom Kultursystem die Rede ist. Wir haben es hier ausschließlich mit der wichtigsten der beiden Hauptkulturen zu tun, die erst van den Bosch als Regierungskulturen einführte, mit dem Zucker.

Ich sagte, daß bei ihrer Gestaltung ihm die Regierungskaffeekultur als Vorbild diente. In den Preanger Regenttschaften im Westen Javas seit den Tagen der alten Kompanie in Übung, beruhte sie im wesentlichen darauf, daß ein Teil der Reis bauenden Dorfbevölkerung ausgewählt wurde, um mit Urwald bestandenes Hochland zu roden und in Kaffeeärten zu verwandeln, deren Ernte der Regierung abzuliefern war. Diese Kaffee pflanzenden Eingeborenen waren für ihre Tätigkeit von dem Fünften befreit, den sie von ihrer Reisernte nach alter Sitte als Steuer zu entrichten hatten, so daß sie nur noch den Zehnten aufzubringen brauchten, der neben jenem Fünften ihrem Häuptling persönlich gebührte. Außerdem erhielten sie bei der Ablieferung des Kaffees eine kleine Bezahlung. Bei dem Bau des Zuckerrohrs konnte es sich nun nicht, seinen Wachstumsbedingungen entsprechend, um von der Reisflur der Dörfer abgelegenes Bergland handeln, sondern es drehte sich — wie auch beim Indigo, mit dessen Regierungsanbau das Kultursystem anfang — um die Reisflur selbst. Und zwar um die Reisflur in solchen Gegenden, wo die Bauern noch mit keiner Regierungskultur belastet waren, demzufolge aber den staatlichen Fünften aufzubringen

hatten, der den Kaffeepflanzern der Preanger erspart blieb und im übrigen seit den Tagen der englischen Zwischenherrschaft zur „Landrente“ geworden war. Van den Bosch meinte, daß es für diese Eingeborenen doch auf dasselbe hinausliefe, ob sie den fünften Teil ihrer Reisernte dem Staat als Landrente abtraten oder aber auf dem fünften Teil der Flur, auf der bisher die Reisernte gewonnen wurde, keinen Reis, sondern Zucker für die Regierung bauten, sofern sie nur, wie der Kaffeepflanzer der Preanger bei der Ablieferung des Kaffees eine kleine Bezahlung empfang, für die im Vergleich zum Reisbau schwerere Arbeit beim Anbau des Zuckerrohrs auch eine Vergütung erhielten. Eine solche, die aus dem Überschuß des Nettoerlöses vom Zuckerverkauf über den Betrag der sonst für jene Felder geschuldeten Landrente sich leicht werde schöpfen lassen, interessiere zugleich den Eingeborenen an der Zuckerkultur.

Es trat also bei diesem ursprünglichen Plan die Aussonderung von einem Fünftel der dörflichen Reisflur und seine Bebauung mit Zuckerrohr an die Stelle der Landrente, in ganz ähnlicher Weise, wie in den Preangern der Reisbauer, der im Hochlande Kaffee pflanzen mußte, nun den fünften Teil seiner Reisernte nicht mehr abzutreten brauchte. Wie ich gleich vorwegnehmen will, verlor sich jedoch dieser Gedanke häufig bei seiner Ausführung: im allgemeinen haben die Dörfer, die einen Teil ihrer Fluren für die Regierungskulturen hergaben, gleichwohl die bisherige Summe der Landrente aufbringen müssen.

In der entwickelten Weise war jedenfalls eine viel raschere und viel größere Ausdehnung des Zuckerrohranbaus zu erzielen, als wenn diese wie bisher der privaten Initiative der von der Regierung unterstützten Zuckerfabrikanten überlassen blieb. Aber mit der Ausdehnung des Anbaus war noch keine Gewähr für eine entsprechende Ausdehnung der Fabrikation geboten. Bisher hatten sich beide dadurch im Gleichgewicht gehalten, daß in den Gegenden des Kommunalbesitzes an der Dorfslur die Fabrikanten mit der Dorfgemeinde periodische Vereinbarungen trafen, in denen die Dorfhäupter sich und ihre Eingefessenen verpflichteten, auf einem den Wünschen des Fabrikanten entsprechenden Teil der Flur Zuckerrohr für ihn zu bauen, er hingegen die für die ausgefonderte Fläche geschuldete Landrentenzahlung an die Regierung übernahm und außerdem einen gewissen, mit dem Werte des Zuckerrohrs steigenden Pflanzlohn der Gemeinde entrichtete. Wo kein Kommunalbesitz herrschte, war die Vereinbarung komplizierter, aber unter Mitwirkung der Dorfobrigkeit

den Interessen des Fabrikanten ebenso dienstbar. Dem Unternehmer, der den in dieser Weise seinem Bedarf angepaßten Rohstoff in seiner Fabrik zu Zucker verarbeiten ließ, hatte die Regierung wohl Vorschüsse gewährt, ihm aber im übrigen Initiative wie Verkaufsrisiko ganz überlassen. Jetzt wollte nun die Regierung die Initiative des Zuckerrohrbaus übernehmen und ihn möglichst ausdehnen. Wie war es da zu bewirken, daß der wachsenden Rohrmenge eine entsprechende Ausdehnung der Fabrikation parallel lief?

Zwei Wege boten sich. Der logisch einfachste, aber, wie sich bald zeigte, wirtschaftlich unmögliche bestand darin, daß Rohrlieferant und Zuckerfabrikant dieselbe Person wurden. Wenn die Regierung die vorhandenen Fabriken in Staatsbesitz überführte und erforderlichenfalls erweiterte und neue ins Leben rief, so hatte sie es ganz in ihrer Hand, Rohstoffproduktion und Fabrikation einander anzupassen. Ob sie jemals ernsthaft an die Beschreitung dieses Weges gedacht hat, ist mir nicht bekannt. Die fünf Fabriken, die sie in der Residentschaft Madium selbst betrieb — ich weiß nicht, ob sie Fortsetzungen jener fünf Zuckermühlen waren, die 1779 die ostindische Kompagnie besaß — erwiesen sich als für die Tätigkeit von Staatsbeamten so ungeeignet, daß sie ungeheure Kosten verschlangen und bereits 1838 an private Unternehmer abgetreten wurden. Der demzufolge fast ausschließliche Weg, auf dem die Regierung die von ihr gewollte Ausdehnung der Fabrikation erreichte, blieb daher nicht die völlige Ersetzung der Fabrikanten durch die Regierung, sondern die Vereinbarung mit ihnen.

Die Kontrakte, die sie mit den Fabrikanten schloß, enthielten anfangs in der Regel nicht nur die Verpflichtung der Regierung zur Lieferung einer bestimmten Menge von Roh- und Hülfsstoffen in Gestalt des Zuckerrohrs und des Brennholzes, sowie zur Stellung der Arbeiter für die Fabrik gegen einen festgesetzten niedrigen Lohn, sondern die Regierung versprach auch zinslose Vorschüsse für die täglichen Betriebsausgaben und zur Errichtung neuer Fabriken. Diesen Verpflichtungen des einen Kontrahenten stand die des anderen gegenüber, den ganzen Ertrag an Zucker, der aus dem gelieferten Rohr erzielt wurde, zu einem vereinbarten Preise, auf den das gelieferte Rohr und in allmählicher Tilgung alle gewährten Vorschüsse eingerechnet wurden, der Regierung abzuliefern, die ihn für ihre Rechnung im Mutterlande verkaufen ließ.

Indem die Regierung in dieser Weise zur Rolle des Zuckerrohrpflanzers auch die des Zuckerverkäufers übernahm, beschränkte sie

zwar die privaten Unternehmer, die bisher Pflanze, Fabrikant und Verkäufer gewesen waren, auf die Stellung des bloßen Fabrikanten, regte aber eben dadurch, daß sie dem Unternehmer die Anbauinitiative und das Verkaufsrisiko nahm, wie auch durch ihre Vorschußgewährung sehr dazu an, ein solches Kontraktverhältnis mit ihr einzugehen. Es trat hinzu, daß die Verträge der ersten Jahre auch in der speziellen Ausgestaltung des Verhältnisses von Leistung und Gegenleistung besonders vorteilhaft für die Unternehmer waren. So konnte es nicht ausbleiben, daß die Zuckerrfabrikation sich ganz in dem Maße ausdehnte, das die Regierung wünschte. —

Um ihrer kontraktlichen Verpflichtung zur Beschaffung des Rohmaterials und der Stellung der Arbeiter für die Zuckermühlen zu genügen, hatte die Regierung anfänglich ihre Beamten beauftragt — vergleiche ihren Beschluß vom 13. August 1830, Nr. 4, der die neuen Grundlagen für den Zuckerrohrbau legte und seine Einführung bezw. Ausbreitung in allen dafür geeigneten Gegenden Javas befahl —, mit der Bevölkerung solcher Dörfer, deren Reisfelder für die Zuckerrohrkultur geeignet und sowohl hinsichtlich der Beschaffung des Brennholzes wie der Abfuhr des fabrizierten Zuckers günstig gelegen waren, freiwillige Übereinkünfte zu schließen, kraft deren die Eingeborenen auf einen Teil ihrer Reisflur unter Leitung ihrer Dorfhäupter und unter Aufsicht von Regierungsbeamten Zuckerrohr bauen und gegen eine geringe Bezahlung an die Fabrikanten abliefern sollten. Sehr bald schon zeigte sich aber, daß weder diese Bezahlung noch die anfangs in Aussicht gestellte Befreiung von der Landrente ein genügender Antrieb war, um die Eingeborenen in dem Tempo, das die Regierung wünschte, zum Abschließen solcher freiwilligen Übereinkünfte zu bewegen. Infolge dessen trat der Zwang an die Stelle freier Vereinbarung.

Die Beamten, die ihn durchführen sollten, glaubten anfänglich, der soeben erst nach dem langen und furchtbaren Javakriege gegen Dhipo Negoro eingetretene Frieden im Lande werde hierdurch aufs neue in Frage gestellt werden, und erblickten im Wunsch der Regierung nur eine lästige Vermehrung ihrer Arbeiten. Aus im Grunde ihres Herzens Widerstrebenden wurden sie jedoch bald zu überzeugten Anhängern des neuen Systems dank den „Kulturprozenten“, Lantiemen, mit denen die Regierung sie an der Ausdehnung der Kulturen in kluger Weise zu interessieren mußte. Infolge dieser Extraeinnahme, die mit jeder Zunahme des Rohranbaues wuchs, machte die anfangs nicht sehr günstige Stimmung unter ihnen alsbald einem allgemeinen

Wetteifer Platz, um immer neue Gelegenheiten für die Errichtung neuer Fabriken ausfindig zu machen.

Wie unter den Beamten, so bestand auch anfangs unter den Kolonisten geringe Neigung, auf die Wünsche der Regierung einzugehen und mit ihr einen Zuckerkontrakt abzuschließen, so daß sich zuerst nur Chinesen meldeten. Bald aber erkannte man allgemeiner die großen Vorteile, die die Regierung in diesen ersten Verträgen den Unternehmern darbot, und die Nachfrage übertraf fast das Angebot. Bei der Freigebigkeit der Regierung lief man ja kaum irgendwelches Risiko, wenn man Zuckerfabrikant werden wollte. Anlage- und Betriebskapital brauchte man nicht mitzubringen, weil es die Regierung vorschob, die außerdem auch alles verschaffte, was zum Betriebe notwendig war. So kam es, daß die javanische Zuckerindustrie nicht nur mit Riesenschritten sich ausdehnte, sondern auch sehr rasch ihren Charakter änderte: neben die bisher vornehmlich in chinesischen Händen befindlichen kleinen Zuckermühlen tritt eine wachsende Zahl größerer Mühlen, deren Besitzer immer mehr Europäer werden. Schon im Jahre 1833 zählte man nicht weniger als 177¹ Unternehmungen, die auf Grund der neuen Regierungskontrakte arbeiteten, und eine Fläche von 26880 Bouws war für sie mit Zuckerrohr bepflanzt. Die Bedeutung dieser Zahlen kommt uns besser zum Bewußtsein, wenn wir mit ihr die Anbaufläche des Jahres 1830 vor Einführung des Kultursystems vergleichen. Habe ich für diese auch keine genaue Zahl, so läßt sich doch von ihr eine ungefähre Vorstellung aus der Menge des 1830 ausgeführten Zuckers ableiten. Wie ich oben erwähnte, belief sie sich auf 108640 Picols. Nach dem damaligen Stande der Technik wurden 15—20 Picols Zucker von einem Bouw Zuckerrohranpflanzung gewonnen. Demzufolge entsprach die ausgeführte Menge einer Anpflanzung von ca. 6000 Bouws. In nur drei Jahren war also die Anpflanzung für den Export bereits mehr als vervierfacht worden, dank dem angewendeten Zwang und der den Beamten zuteil werdenden Lantien! —

Die große Freigebigkeit der Regierung förderte zwar die Zunahme der Zuckerfabriken, sie hatte aber auch ihre Rehrseite, indem

¹ G. Th. van Deventer, ein hervorragender Kolonialpolitiker ethischer Richtung, der viele Jahre auf Java verbrachte, und dem ich für die Durchsicht dieser Druckbogen sehr verbunden bin, hält die Ziffer für zu groß; es hätten 1835 nur 42 Zuckerkontrakte bestanden. Ich entnahm obige Zahlen den Motiven (Memorie van Toelichting) des Kulturgebetsentwurfes von 1865. Kl. Ausgabe der Verhandlungen über diesen Entwurf. 1866. S. 109/10.

sie die Fabrikanten des Sporns zu guter Leistung beraubte. Da die Unternehmer wohl an der Menge aber nicht zugleich an der Qualität des abgelieferten Zuckers interessiert waren, so ließ das Fabrikat oft sehr viel zu wünschen übrig. Mitunter soll der Regierung Zucker geliefert worden sein, von dem es zweifelhaft schien, ob es eigentlich Zucker oder Schlamm war. In solchen Fällen entschieden sachverständige Händler den Streit zwischen beiden Kontrahenten, aber meist zuungunsten der Regierung, indem sie ihrer Entscheidung allein den süßen Geschmack des Fabrikats zugrunde legten. Begreiflicherweise konnte daher Javazucker bei den damals schon an sich gedrückten Weltmarktpreisen keinen hohen Preis erzielen.

Das Gesagte und die großen Verluste bei den fünf Regierungsfabriken erklären es, daß bei dieser ersten Regelung der Beziehungen zwischen Regierung und Fabrikanten diese zwar gute Geschäfte machten, nicht aber die Regierung. Ihre Statistik, die mit dem Jahre 1836 anhebt, ergibt für dieses einen Gewinn von 394 746 Gulden (Motive zum „Cultuurwetsonwerp“ 1865, p. 163), dann aber bis zum Jahre 1844 einschließlich andauernde recht erhebliche Verluste, die 1842 mit 2902996 ihren höchsten Stand erreichten. Der Verkauf des Zuckers in Niederland ergab in diesem Jahre 4198219 fl., während die der Regierung erwachsenen Kosten 7101215 fl. betrugen. Die Regierung war aber gerade in jenen Jahren auf das lebhafteste an ostindischen Überschüssen interessiert, auf welche diese Verluste natürlich drückten. Es trat hinzu, daß damals auch der Kaffee noch nicht viel mehr als 18 Cent für das halbe Amsterdamer Pfund einbrachte, und die Zinnpreise unter 40 fl. gesunken waren. So sah sich das Kolonialministerium in nicht geringer Verlegenheit durch die Verluste, die die Finanzen bei der Zuckerkultur erlitten.

Man versuchte ihr zunächst durch Einschränkung der Kultur in solchen Gegenden abzuhelpen, wo sie schlechte Erträge lieferte, hatte jedoch mit diesem Mittel, das die Anbaufläche 1836 auf 23 109 Bouws und die Anzahl der Kontraktfabriken 1838 auf 66 verringerte, umfoweniger Erfolg, als schon in den nächstfolgenden Jahren die Not der mutterländischen Finanzen zur Wiedereinführung der Kultur in den eben erst von ihr befreiten Distrikten und zu ihrer Ausdehnung Veranlassung gab. Ende 1840 war die Anbaufläche bereits wieder auf 31 989, 1842 auf 36 670 Bouws gestiegen.

Nun entschloß man sich, die Fabrikanten an der Qualität ihres Produktes zu interessieren. Es wurde erreicht, indem man ihnen nicht mehr die gesamte fabrizierte Menge abnahm, sondern ein Drittel

davon zum Selbstverkauf unter der Bedingung überließ, daß die übrigen zwei Drittel, die der Regierung zu liefern waren, von besserer Qualität seien als bisher. Diese Maßregel wurde 1854 noch mehr zugunsten der Fabrikanten dadurch abgeändert, daß die Regierung die Lieferung einer bestimmten Menge Zuckers von guter Qualität sich ausbedang, den ganzen Rest aber, ob er auf $\frac{1}{3}$ oder mehr sich belief, den Fabrikanten überließ. Sie ermöglichte diesen, für einen Teil ihres Produkts von dem im Vergleich zum Kontraktpreise der Regierung erheblich höheren Weltmarktspreise Nutzen zu ziehen. Sie wurden so zugleich an der Menge wie an der Qualität ihres Fabrikates interessiert und bekamen in den höheren Einnahmen die außerdem noch durch zinslose Vorschüsse der Regierung verstärkten Mittel in die Hand, um in ihren Fabriken die für die Hebung der Qualität wie Vermehrung der Menge erforderlichen kostspieligen Verbesserungen der Technik anzubringen. So erreichte die Maßregel ihren Zweck. Die Qualität des der Regierung abgelieferten Zuckers hob sich fortan stetig, ohne daß die Menge eine Beeinträchtigung erfuhr. Die auf Befehl der Regierung mit Zucker bestellte Fläche Javas, die 1842 36 670 Bouws betragen hatte, stieg von da ab und erreichte ihr Maximum im Jahre 1852 mit 42 276 $\frac{1}{2}$ Bouws während des Zeitraums 1830—63, über den die dem Kulturgebietswurf angehängte Statistik sich verbreitet. Gleichzeitig verwandelten sich die bisherigen Verluste von 1845 ab in Gewinne, die mit einem einzigen Rückschlag im Jahre 1848, in dem sich ein Verlust von 1 756 894 fl. ergab, andauerten bis 1863. Während dieser Periode wurde der höchste Gewinn, ein freilich exzeptionell hoher infolge der gestiegenen Zuckerpreise, mit 13 438 079 im Jahre 1857 erzielt, bei einer Anbaufläche von 40 645 Bouws. Die Kosten des der Regierung gelieferten Zuckers stellten sich in diesem Jahre auf 9 276 049, während sie aus dem Verkaufe 22 714 128 fl. erhielt, wovon etwas weniger als $\frac{1}{10}$, 1 095 750 fl., für in Ostindien selbst verkauften Zucker. 1857 wurde zum ersten Mal nicht der gesamte Regierungszucker im Mutterlande verkauft und dies in der Folgezeit fortgesetzt. Die Gewinne in den übrigen Jahren halten sich meist in der Höhe von $\frac{1}{6}$ — $\frac{1}{2}$ des Gewinns von 1857, in den Jahren 1850—53 noch niedriger, 1851 am niedrigsten mit 110 132 fl. bei einer noch um 1000 Bouws größeren Anbaufläche. Insgesamt lieferte die Zuckerkultur der Regierung in der Zeit von 1836—63 63 880 084 fl. Gewinn während neunzehn Jahren, und 11 868 473 fl. Verlust während neun Jahren, die hauptsächlichsten Verluste mit 9 929 579 fl.

in der Periode 1837—1844, den nahezu völligen Teil der Gewinne in der Periode 1845—63 mit 61 728 444 fl. Zieht man die Verluste von den Gewinnen ab, so hat die Regierung bis Ende 1863 42 $\frac{1}{2}$ Millionen Gulden aus der Zuckerkultur gezogen, im Durchschnitt der Jahre 1831—63 jährlich 1 287 878 fl., in den Gewinnjahren 1845—63 nach Abzug des niedrigsten und höchsten Gewinnes durchschnittlich 4 978 286 fl. im Jahre.

Diese Gewinne, die von 1845 ab die Regierung erzielte, bejeitigten keineswegs die Gewinne der Fabrikanten, die vielmehr fortführen, reichen Nutzen aus ihrem Kontraktverhältnis zu ziehen. Nur daß die Steigerung dieses Nutzens, wie sie als Folge technischer Verbesserungen und steigender Weltmarktpreise möglich wurde, jetzt nicht mehr ihnen ausschließlich, sondern auch der Regierung zugute kam. Die Vorteile, die bisher allein die Fabrikanten und nun Fabrikanten und Regierung aus der Zuckerkultur zogen, hatten jedoch eine Rehrseite: sie wurden erkaufte durch einen harten Druck auf die eingeborene Bevölkerung. Ist es auch — ganz abgesehen von anderen Ursachen — schon angesichts des Einflusses, den die Bewegung des Weltmarktpreises auf die Höhe der Gewinne ausübt, völlig unzulässig, die bei der Zuckerkultur erzielten Gewinne in ihrem ganzen Betrage als Äquivalent des Drucks anzusehen, der auf den Eingeborenen lastete, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß sie die Leidtragenden waren. Die außerordentlich zahlreiche Literatur über das Kultursystem läßt kein anderes Urteil aufkommen. Wohl aber berechtigt sie nicht zu dem Schlusse, daß dieser Druck die notwendige Folge des Systems war. Ein Blick auf die tatsächlichen Zustände wird dies deutlicher machen.

Wir gewinnen von ihnen am besten eine Vorstellung, wenn wir unter teilweiser Führung eines Zeitgenossen, der 14 Jahre auf Java lebte und 1862 seine Erfahrungen als Zuckerfabrikant veröffentlichte (Hasselman: *mijne ervaring als Fabriekant in de Binnenlanden van Java*), von einem Unternehmer ausgehen, der zum Zweck des Betriebs einer von ihm zu errichtenden Zuckerfabrik soeben einen Kontrakt mit der Regierung abgeschlossen hat.

In ihm verpflichtete sich diese zunächst, eine bestimmte Fläche, sagen wir 400 Bouws Reisfelder der Eingeborenen mit Zuckerrohr zu bepflanzen und für die Anpflanzung bis zur Reife des Rohrs Sorge zu tragen. Die Auswahl der Felder, ihre Bearbeitung, kurz die ganze Leitung der Anpflanzung liegt der Regierung ob, die sie durch ihre Beamten in der Weise bewirken läßt, daß die javanischen

Bauern ein Fünftel ihrer Reisfelder für die Anpflanzung herzugeben und pro Bouw des Flächenraums vier Familienhäupter als Arbeiter zu stellen haben. Es können also die 400 Bouws Rohrpfanzung, zu denen sich die Regierung verbunden hat, nur in einer Gegend angelegt werden, in welcher den Bauern mindestens 2000 Bouws Reisfelder zur Verfügung stehen; doch ist dieses Verhältnis, dessen strikte Befolgung im Interesse des Nahrungsspielraums der Eingeborenen lag, nicht selten zu deren Ungunsten verschoben worden. Ist das Rohr herangereift, so schägt die Regierung ab, wieviel Picols Zucker aus ihm ausgebracht werden können, läßt es schneiden und nach der Fabrik transportieren. Namentlich diese letzteren Arbeiten wie auch die Beschaffung und der Transport des Brennholzes nach der Fabrik waren eine schwere Last für die Bevölkerung, weshalb die Regierung sich schon 1836 genötigt sah, hierauf bezügliche kontraktliche Verpflichtungen nicht mehr zu übernehmen, sondern diese umgekehrt dem anderen Kontrahenten aufzuerlegen. Mit welchem Erfolge, das wird gleich sich zeigen.

Der Unternehmer, der inzwischen auf seine Kosten, eventuell mit Vorschuß der Regierung, die Zuckerfabrik errichtet und mit den erforderlichen Maschinen ausgestattet hat, ist verpflichtet, die Rohrernte der 400 Bouws zu Zucker zu verarbeiten und — seit 1842, wie wir oben gesehen haben — $\frac{2}{3}$ des gewonnenen Zuckers der Regierung zum vereinbarten Kontraktpreise abzuliefern. Um diesen für sich günstiger zu gestalten, drückte ihn die Regierung von 1837 ab, indem sie angesichts der großen Nachfrage, die sich damals nach den für die Unternehmer so gewinnreichen Zuckerkontrakten entwickelt hatte, die Kontrakte in Submission ausgab und den Zuschlag demjenigen erteilte, der sich zur Lieferung des Zuckers für den niedrigsten Preis erbot. Das übrige Drittel des Fabrikates behält der Unternehmer, um es nach seinem Belieben in der für ihn vorteilhaftesten Weise zu verwerten. So lange die Fabrikation dauert, haben Regierungsbeamte Zutritt zur Fabrik und können sich so davon überzeugen, daß keine unzweckmäßige Fabrikationsmethode das schließliche Ergebnis benachteiligt.

Wie seit 1836 der Bau der Fabrik, der Schnitt und der Transport des Rohres, so sollte auch seine Verarbeitung zu Zucker dem Fabrikanten allein obliegen, der sich das Brennholz und die erforderlichen Arbeiter selbst zu beschaffen hatte, unter Entrichtung von drei Gulden jährlich an die Regierung für jeden von ihm beschäftigten Arbeiter, der dafür seiner staatlichen Frondienste und anderer allgemeinen Lasten ledig werden sollte.

Wie die Motive des Kulturgefegentwurfes lehren, haben sowohl diese Dienstbefreiung der für den Unternehmer tätigen Arbeiter wie jene Verpflichtungen des Fabrikanten in der Regel nur auf dem Papier gestanden. Abgesehen von einigen Orten der Oede Javas, wo man die Bestimmungen energisch durchgeführt, und wahrscheinlich infolge hiervon eine freie Industrie der Bevölkerung in Verbindung mit der Zuckerkultur sich entwickelt habe, sei der tatsächliche Zustand stets so gewesen, daß alle Arbeiten und Bedürfnisse, für welche die Fabrikanten mit eigenen Mitteln aufzukommen verpflichtet waren, der eingeborenen Bevölkerung auferlegt blieben, die hierfür eine sehr geringe Bezahlung, mitunter auch gar keine empfing. Die neuen Kontraktbestimmungen vom 4. Juni 1847 Nr. 1 bestätigten nur den bereits tatsächlich bestehenden Zustand, indem sie anordneten, wenn der Fabrikant keine genügende Menge freiwilliger Arbeiter sich zu beschaffen vermöchte, so habe ihm die Verwaltung hierbei behülflich zu sein. Die Motive des Kulturgefegentwurfes entschuldigen dieses Zugeständnis damit, daß nach so langer Verwahrlosung der die Fabrikanten zur Beschaffung freiwilliger Arbeit verpflichtenden Vorschriften es unmöglich gewesen sei, sie nun auf einmal durchzuführen. Mir ist es wahrscheinlicher, daß nicht diese damals, 1847, zehn Jahre lang geübte Außerachtlassung der Vorschriften, sondern vielmehr die Natur der Javanen es erklärt, daß sie ohne die sie zwingende Mitwirkung ihrer Obrigkeit sich zur Arbeit für die Fabrikanten nicht bereit fanden. Die Ausnahme der Oede Javas erklärt sich viel mehr durch den dortigen Volkscharakter, der im Gegensatz zu dem von Mittel- und Westjava sich weit mehr dem Typus eines modernen Erwerbsmenschen nähert. —

Hat nun der Unternehmer den in dieser Weise gewonnenen Zucker abgeliefert, so erhält er den Kontraktpreis abzüglich der ihm gewährten Vorschüsse, darunter auch des sogenannten Pflanzlohnes, den die Regierung den Javanen, die das Zuckerrohr für die Fabrik bauten, ausgezahlt hat. Er betrug anfangs 3—4 Gulden für jeden aus dem geernteten Zuckerrohr gewonnenen Picol Zucker und wurde 1847 in der Weise reduziert, daß, wenn mehr als 30 Picols Zucker aus der Rohrmenge eines Bouws ausgebracht wurden, für jeden überschießenden Picol weniger zu entrichten war. Die Fabrik unseres Beispiels gewann 40 Picol Zucker aus der Rohrmenge eines Bouws, und der auf ein Bouw entfallende Pflanzlohn betrug 110 Gulden. In sie hatten die vier Familienhäupter, die als Arbeiter pro Bouw zu stellen waren, sich zu teilen, so daß 27,50 fl. auf jedes Haupt

entfielen. Sie wurden verdient in 52 Arbeitstagen, da ein Arbeiter für die Bearbeitung und Bepflanzung eines Boums bis zur Rohrreife 205—210 Tage gebraucht haben würde, hier aber vier sich in die Arbeit teilten. Das bedeutete pro Familienhaupt einen halben Gulden täglich und wäre gewiß als eine völlig ausreichende Entlohnung anzusehen gewesen, wenn in der Tat, wie von den Bosc beabsichtigt hatte, der Zuckerrohrbau den Javanen nur soviel Reisflur entzogen hätte, als zur Aufbringung ihrer Landrente erforderlich war, und diese durch die Rohrlieferung wirklich ersetzt worden wäre. Auf die Größe der entzogenen Reisflur komme ich gleich zu sprechen; was die Landrente anlangt, so erwähnte ich schon, daß tatsächlich die Rohrlieferung nicht an ihre Stelle sondern neben sie trat. Demzufolge ist der halbe Gulden nicht als bloßes Äquivalent der Mehrarbeit zu beurteilen, die der Zuckerrohrbau im Vergleich zum Reisbau erfordert, sondern wir müssen fragen, ob in ihm eine ausreichende Vergütung sowohl für die aufgewendete Arbeit als auch für die Abtretung des Bodens lag.

Von einer solchen könnte nur die Rede sein, wenn die Zuckerrohr pflanzenden Eingeborenen aus dieser Tätigkeit mindestens soviel zogen, als sie sonst von ihren Feldern bei der Bebauung mit Reis gezogen haben würden. Da das Rohr zum Reifen 12—14 Monate gebraucht, so muß das Feld für seinen Anbau 15—16 Monate lang, meist vom April bis zum Juli des folgenden Jahres zur Verfügung stehen. Würde es nicht mit Zucker bestellt, so würde es seinem Besitzer in dieser Zeit die Ernte eines zweiten Gewächses, eine Reisernte und in der Regel hieran anschließend wieder die Ernte eines zweiten Gewächses gewähren. Oft um diese drei und immer um die beiden ersten Ernten kommt der Javane infolge des Zuckerrohrbaues, der nur dann vorteilhaft für ihn sein kann, wenn er ihm mehr einbringt als den Wert der ausfallenden Ernten. Für die damalige Zeit und die Gegend unseres Beispiels — Japara — schätzt ihn Hasselman auf 100—110 Gulden. Das ist eine Summe, der die 110 Gulden Pflanzlohn gerade entsprechen.

Erscheint hiernach seine Höhe in unserem Beispiel als angemessen, so dürfen wir doch nicht übersehen, daß diese Höhe nur in diesem Falle, aber keineswegs allgemein den Eingeborenen gesichert war. Denn der Pflanzlohn, der in anderen Fällen nur 2—3 Gulden für den Picol betrug, wurde ja in Wirklichkeit nicht nach den ausfallenden Ernten ermittelt, sondern nach der aus dem Rohr erzielten Zuckermenge. Offenbar ist es aber ein sehr unbilliger Maßstab, für

die Entlohnung der Rohr bauenden Eingeborenen das Ergebnis der Zuckerfabrikation zugrunde zu legen. Denn hiermit wurde die Bevölkerung nicht nur von der guten und schlechten Bodenqualität, die auch gute und schlechte Reisernten ergeben hätte, abhängig gemacht, sondern die Vergütung für das, was sie an Land und Arbeit hergeben mußte, richtete sich nun auch nach guter und schlechter Tätigkeit des Fabrikanten, guten und schlechten Fabrikationsmethoden. Für diese aber waren doch die Rohr pflanzenden Eingeborenen gar nicht verantwortlich, ganz abgesehen davon, daß sie gar keine Aussicht auf Vergütung hatten, wenn Überschwemmung oder schlechtes Wetter ohne ihr Verschulden die Rohrernte mißlingen ließ. Außerdem wirkte dieser Maßstab technischen Verbesserungen entgegen, weil die Ausbeute aus dem Rohr bei verbesserten Fabrikationsmethoden eine größere wurde, der Fabrikant aber zu solchen Kapitalaufwendungen weniger Neigung empfinden mußte, wenn er das steigende Ertragnis an Zucker durch den mit ihm steigenden Pflanzlohn wieder eingeschränkt sah.

Läßt schon die bisherige Schilderung erkennen, daß die Last der Regierungszuckerkultur groß für die Eingeborenen war und im Pflanzlohn durchaus nicht immer ein ausreichendes Gegengewicht fand, so verbüstert sich die Lage der Eingeborenen noch mehr, wenn wir nun die vorhin angedeutete Tatsache näher ins Auge fassen, daß ihnen keineswegs nur soviel Reisflur entzogen wurde, als für die Aufbringung der Landrente erforderlich gewesen wäre.

Diese sollte $\frac{1}{5}$ der Ernte betragen. Es wurden aber häufig größere Flächen als $\frac{1}{5}$ ihres Reislandes der Bevölkerung genommen, mitunter, wie die Motive des Kulturgesetzentwurfes erzählen, alles Reisland einer großen Anzahl von Dörfern, indem man dort, wo man zusammenhängende Pflanzungen haben wollte, einfach den Dörfern alles Land entzog. Ihren Bewohnern blieb dann nichts übrig, als sich mit den Bewohnern anderer Dörfer zu verständigen und von ihnen sich Reisland anweisen zu lassen, bis sie nach der Rohrernte ihr Land von der Regierung zurück erhielten, die nun das Land jener anderen Dörfer in derselben Weise nutzte. Zwar war schon 1836 bestimmt worden, daß keine geregelte Pflanzung bei den Fabriken selbst angelegt werden dürfe, sondern die Anpflanzung hofweise zu geschehen, hier ein Teil, dort ein Teil. Diese Vorschrift blieb jedoch ebenso auf dem Papier stehen wie die Leistungen, die die Fabrikanten aus eigenen Mitteln zu vollbringen hatten. Bei der Auswahl des Landes für die jährliche Anpflanzung achtete man

nicht auf das Interesse der Bevölkerung und das, was zu seiner Beherzigung vorgeschrieben und kontraktlich ausbedungen war, sondern allein auf das, wodurch man sich eine gute Rohrernte zu sichern glaubte.

Es hing dies zum Teil damit zusammen, daß man mit der Qualität des Bodens zu wenig bekannt, viele Fabriken in Gegenden errichtet hatte, wo sie besser nicht hingehörten. Der geringe Ertrag, den sie gaben, führte dann dazu, durch ausgedehntere Anpflanzungen größere Ernten erzielen zu wollen. So überschritt man das erlaubte $\frac{1}{6}$, ohne sich darum zu kümmern, ob man damit dem Reisbau zuviel Land nahm. Das hatte die weitere Folge, daß die Einteilung von vier Arbeitern pro Bouw nicht inne gehalten werden konnte, daß man sich mit weniger Arbeitern begnügen mußte, was die einzelnen wieder mehr belastete, sie zu sehr ihrer Reiskultur entzog. Anderseits bewirkten die ausgedehnteren Pflanzungen wieder, daß man mehr Arbeiter auf dem Lande nötig hatte und daher zu wenig übrig behielt für die Fabriken, die anfänglich bei noch unvollkommenen Fabrikationsmethoden um so mehr Menschen gebrauchten. So kam es, daß mitunter die ganze Bevölkerung eines Dorfes in Dienst gestellt wurde, und wenn dies noch nicht genügte, Arbeiter herbeigeholt wurden aus vier- bis fünfständiger Entfernung. Die herbeigeholten mußten dann drei Tage in der Fabrik bleiben und empfangen einen Tagelohn von 10 Cent, von dem sie natürlich nichts mit nach Hause brachten. Kein Wunder, daß berebte Klagen ergingen. Auch ein amtlicher Bericht des Kolonialministers an den König vom 7. August 1853 wies darauf hin, wie die uralten Eigentums- und anderen Rechte der Javanen in Ansehung des Gebrauches ihrer Reisfelder und des Genußes von deren Ernte gestört, und wie der Unterschied der Stände und ihre Vorrechte vernichtet wurden, indem man alle Klassen der Dorfbevölkerung zur Arbeiterklasse erniedrigte.

Aber die Zuckerkultur entzog nicht nur den Eingeborenen vielfach einen zu großen Teil ihres Reislandes, die jährliche Umwandlung von Reisfeldern in Zuckerrohrfelder und von diesen wieder in Reisfelder verminderte auch den Ertrag des Landes, das jeweils dem Reisbau überlassen blieb, weil sie der Bevölkerung nicht genug Zeit ließ zu gründlicher Bearbeitung ihrer Felder und ihr das Wasser beschränkte. Häufig arbeiteten die Fabriken, die damals meist noch Mühlen waren, vom Mai bis November; infolgedessen wurde das von ihnen als Triebkraft benötigte Wasser, welches

sie den für den Reisbau und die zweiten Gewächse angelegten und seit ewigen Zeiten für diese Kulturen benutzten Leitungen der Eingeborenen entnahmen, allzulange deren Reisfeldern vorenthalten, während zugleich das Zuckerrohr so spät vom Felde kam, daß kein zweites Gewächs mehr auf ihm gebaut werden konnte.

Es kann sonach keinem Zweifel unterliegen, daß die Wirtschaftsführung der Eingeborenen, um mit den Motiven des Kulturgegesetzentwurfes zu reden, durch die Zuckerkultur völlig auf den Kopf gestellt wurde, und daß die Gegner des Kultursystems Recht haben, wenn sie meinen, daß die tatsächlichen Zustände einen harten Druck auf die im Regierungskulturdienst tätigen Eingeborenen erkennen ließen. Gleichwohl wird ein unbefangenes Urteil ihnen darin nicht beipsichtigen können, daß dieser Druck die unvermeidliche, notwendige Folge des Systems von den Vösch gewesen sei. Denn offenbar sind alle Mißstände, die uns entgegentraten bis auf einen angeblichen, von dem ich gleich sprechen werde, solche, die sehr wohl zu vermeiden gewesen wären, ohne den eigentlichen Kern des Systems irgendwie zu beeinträchtigen, Mißstände, die nicht auf die Gedanken von van den Vösch als deren notwendige Folge sich zurückführen lassen, sondern ihre Ursache ganz außerhalb dieser Gedanken haben. Soviel Reisland aussondern als zur Aufbringung des als Landrente geschuldeten Teiles der Reisernte erforderlich war und auf diesem Lande das viel kostbarere Zuckerrohr für die Regierung bauen, unter Freistellung von der Landrente und Zahlung einer kleinen Vergütung für die im Vergleich zum Reisbau schwerere Arbeit: das war der wesentliche Kern des Systems, wie es von den Vösch entworfen hatte. In ihm liegt nirgends auch nur die geringste Notwendigkeit dafür eingeschlossen, daß bei der Ausführung dieser Gedanken die Freistellung von der Landrente unterbleiben, weit mehr Land den Eingeborenen entzogen werden und hieraus alle jene ihre Wirtschaftsführung umwälzenden und die Betroffenen schädigenden Nachteile erwachsen mußten, die ich oben skizzierte. Deren Grund lag nicht in den Gedanken von van den Vösch, sondern in letzter Linie in den politischen Ereignissen in Europa. Diese, insbesondere der holländisch-belgische Krieg, mit ihren finanziellen Anforderungen nötigten die Regierung, möglichst viel aus Java herauszuziehen zum Nutzen des Mutterlandes. Hierauf ist es in letzter Linie zurückzuführen, daß die das Interesse der Bevölkerung wahrenenden Vorschriften vielfach nur auf dem Papier standen, und die Verwaltung gegenüber ihnen widersprechenden Mißbräuchen ihre Augen zudrückte. Auch hätte, um

solche wirksam zu verhindern, nicht nur keine Geldnot im Mutterlande herrschen, sondern auch die indische Verwaltung ein viel zahlreichereres europäisches Beamtenpersonal besigen müssen, als es ihr damals zur Verfügung stand.

Unter dieser doppelten Voraussetzung waren alle Mißbräuche vermeidbar bis auf den angedeuteten angeblichen, der in meinen Augen keinen Mißbrauch darstellt: von den Bosch hatte zuerst die Bevölkerung durch „freiwillige Übereinkunft“ zum Bau von Zuckerrohr veranlassen wollen, und man hat es als einen Übelstand hingestellt, daß dieser Gedanke nicht ausgeführt wurde, sondern Zwang an die Stelle der Freiwilligkeit trat. Hierin liegt meines Erachtens kein Mißbrauch, sondern die natürliche Folge des damaligen sozialen Zustandes der Javanen auf dem Lande, unter denen Proletarier noch so gut wie unbekannt waren. Ein javanischer Bauer arbeitet nicht für fremden Dienst, wenn er nicht dazu gezwungen wird: wie unter anderm die lehrreichen Erfahrungen sogenannter „freier“ Unternehmer auf Java aus jener Zeit beweisen, auf die ich weiter unten zurückkomme. Ein einigermaßen ausgedehnter Zuckerrohrbau war unmöglich ohne Zwang, und dieser Zwang war moralisch ebensowenig verwerflich wie unser Zwang zur Steuerzahlung, kein Mißbrauch, sondern die notwendige Konsequenz der tatsächlichen Verhältnisse. —

Die Mißbräuche, die an die Ausführung des Kultursystems bei der Zuckerkultur und den übrigen Kulturen aus dem dargelegten Grunde sich knüpften, führten 1848 zu einer Hungersnot und teilweisen Fortwanderung der Bevölkerung aus der Gegend von Demak und Grobogan. Man brachte sie sowohl damit in Verbindung, daß die Zuckerkultur den Eingeborenen zu viel Land nahm und keine genügende Zeit für den Reisbau auf den ihnen verbleibenden Feldern ließ, als auch mit den besonderen Anforderungen, die die dortige Regierungstabakskultur an die Bevölkerung stellte. Die ungünstigen Wasserverhältnisse werden ebenfalls mitgewirkt haben; verursachen sie doch noch heute Hungersnöte in jener Gegend, trotz der inzwischen erbauten großen Wasserwerke. Wie dem nun auch sei, die Klagen fanden lautes Echo im Mutterland, das seit der Verfassungsänderung von 1848, die der Volksvertretung Einfluß auf die kolonialen Angelegenheiten gab, ein viel lebendigeres koloniales Interesse an den Tag legte. Eine amtliche Untersuchung über die Wirkungen der Zuckerkultur erfolgte und wurde durch den vorhin erwähnten Bericht des Kolonialministers an den König vom 7. August 1853 abgeschlossen, der die hauptsächlichsten Mißstände

darlegte. Zugleich hatten die Interessen Javas und seiner Bevölkerung in der zweiten Kammer einen warmherzigen und sachverständigen Befürworter in der Person des Barons van Hoevell gefunden, der unermüdlich gegen die Schäden zu Felde zog, die mit dem Kultursystem verbunden waren. So kam es, daß die Regierung, die in ihren damaligen Entwurf einer ostindischen Verfassung keinen Artikel über das Kultursystem hatte aufnehmen wollen, gleichwohl hierzu von der Kammer genötigt wurde. Es ist der Artikel 56 des Regierungsreglements von 1854, das gewissermaßen die Verfassungsurkunde Ostindiens bildet, wie sie durch die Änderung der Verfassung des Mutterlandes von 1848 notwendig geworden war.

Nach diesem Artikel hat der Generalgouverneur die Regierungskulturen, soweit tunlich, in Stand zu halten und in Übereinstimmung mit den Befehlen des Königs dafür Sorge zu tragen, daß 1. diese Kulturen nicht den Anbau ausreichender Nahrungsmittel verhindern, 2. die Verfügung über die von der Bevölkerung zu ihrem eigenen Gebrauch urbar gemachten Felder, soweit sie nötig ist, mit Billigkeit und Achtung vor bestehenden Rechten und Gebräuchen erfolge, 3. bei der Verteilung der Arbeit in derselben Weise verfahren werde, 4. daß die Entlohnung der betroffenen Eingeborenen unter Vermeidung schädlichen Hinauftreibens eine solche sei, die ihnen aus der Regierungskultur bei gleicher Arbeit mindestens denselben Vorteil gewähre wie der freie Landbau, 5. die Beschwerden, soweit tunlich, beseitigt werden, die nach einer hierfür besonders angestellten Untersuchung sich in Ansehung dieser Kulturen etwa herausstellen würden, 6. eine Regelung vorbereitet werde auf der Grundlage von freiwilligen Übereinkünften zwischen den betroffenen Gemeinden und Personen, die als Übergang zu einem Zustande dienen könne, bei dem die Dazwischentunft der Verwaltung überhaupt nicht mehr nötig sei. Die Maßregeln, die der Generalgouverneur auf Grund dieser Ermächtigung treffe, sollten alljährlich im kolonialen Weißbuch aufgeführt werden.

Die Unbestimmtheit des Ausdrucks in diesem Artikel, sowohl die Worte Billigkeit, schädliche Hinauftreibung, soweit tunlich, als auch die Unsicherheit darüber, was mit der gleichen Arbeit bei freiem Landbau gemeint war, ob als Bauer im eigenen eingeborenen Betriebe oder als Tagelöhner bei einem freien mit der Regierung nicht im Kontraktverhältnis stehenden europäischen Unternehmer, läßt ihn als Ausfluß gesetzgeberischen Unvermögens erscheinen. Treffend charakterisiert ihn als solchen de Vouter in seinem „Staats- en

Administratief Recht van Nederlandsch-Indie“; er erklärt ihn aus einer sogenannten konziliananten Politik, die dadurch, daß sie scheinbar viel und in der That nichts sagt, den Streit der Parteien vermeiden will und nach Ausdrücken sucht, durch die sie alle wenigstens für einen Augenblick zum Schweigen bringt. Die Tendenz war offenbar die, die Regierungskultur von ihren Mängeln zu befreien und die freie Kultur zu ermutigen. Jede jeweilige ostindische Regierung sollte nach ihrer eigenen Einsicht diesem Zweck entsprechen und die Übergangszeit regeln.

Inwieweit auf die Aufnahme dieser Bestimmungen in die ostindische Verfassung von 1854 neben humanitären Bestrebungen auch der Umstand hinwirkte, daß mit der Änderung der mütterländischen Verfassung von 1848 das Privatkapital Einfluß auf die kolonialen Angelegenheiten erhalten hatte, entzieht sich der Feststellung. Jedenfalls mußten die großen Überschüsse, die damals Ostindien abwarf, und die vornehmlich aus dem Regierungskaffee, Zucker und Indigo flossen, das Privatkapital mit Reiz erfüllen und ihm den Wunsch, diese Gewinnquellen allein auszuschöpfen, um so näher legen, als in jenen Tagen die aus der Reaktion gegen staatliche Bevormundung des Wirtschaftslebens früherer Jahrhunderte geborene Doktrin vom Unpassenden wirtschaftlicher Unternehmungen für die Staatsstätigkeit die Gemüter beherrschte.

Es sollte jedoch noch ein Menschenalter vergehen, ehe dieser Wunsch in Ansehung der Zuckerkultur sich vollständig erfüllte. Erst 1890 wurden die letzten Reste der Regierungszuckerkultur beseitigt, während die Regierungstabak-, Tee-, Indigo- und Zimtkulturen schon in den Jahren 1862—65 ihr Dasein beschloßen. Tabak, Tee und Zimt, weil bei ihnen der Staatskasse Verluste statt der erhofften Gewinne erwachsen waren, der stets gewinnreich gewesene Indigo hingegen, weil die Regierung den sehr starken Druck, den diese Kultur für die Bevölkerung bedeutete, um so weniger andauern lassen wollte, als trotz dieses Druckes eine starke Abnahme des Ertrages aus dem Indigo zu erwarten stand, im übrigen aber der Fortfall der mutmaßlich sich verringernden Gewinne durch den gleichzeitigen Fortfall der Verluste aus dem Tabak, Tee und Zimt für die Staatsfinanzen kompensiert werden mußte.

Die längere Lebensdauer der Regierungszuckerkultur erklärt sich nicht etwa aus einer Abneigung der Regierung gegen ihre Abschaffung. Sie hat im Gegenteil, als das Haupt der Liberalen, Frans van de Putte, Kolonialminister war und die günstige Finanz-

lage des Mutterlandes ostindische Überschüsse weniger notwendig machte, ebenfalls schon in der Mitte der sechziger Jahre, die Beseitigung der erzwungenen Anpflanzungen vorgeschlagen und die Blüte der Zuckerkultur auf das Interesse der freien Übereinkünfte mit den Eingeborenen abschließenden Unternehmer gründen wollen, unter gleichzeitiger Anerkennung und Regelung der Rechte der Eingeborenen auf ihr Land. Damit fand sie jedoch keine Gegenliebe bei der Kammer, der es damals zu weitgehend erschien, daß die Regierung den Eingeborenen volles Eigentum an ihrem Lande zuerkennen wollte anstatt bloßen erblich-individuellen Besitzes, und die deshalb den Kulturgebietentwurf van de Puttes zu Falle brachte; auch mag hierbei mitgewirkt haben, daß viele die Zeit für freie Übereinkünfte auf Java noch nicht gekommen glaubten und befürchteten, die Zuckerindustrie werde zugrunde gehen, wenn man die bisherige Bedingung ihrer Existenz, den Zwang, durch die Freiheit ersetzte. Daß diese Befürchtung nicht unbegründet war, wird uns weiter unten die Betrachtung der sogenannten freien Zuckerindustrie zeigen, wie sie in geringem Umfange neben der des Kultursystems bestand. Hier möchte ich nur noch daran erinnern, daß bei der Regierungszuckerkultur der Zwang nicht zugleich den ausschließlichen Vorbehalt der Gewinne für die Staatskasse bedeutete, vielmehr die Gewinne zwischen Regierung und Unternehmern verteilt wurden; in der Tat war ja diesen, wie wir gesehen haben, die Fabrikation des Zuckers in keineswegs unvorteilhafter Weise überlassen. So konnte hier das Privatkapital nur den Wunsch hegen, es möchte ihm auch der Gewinnanteil der Regierung noch in den Schoß fallen, und die Beschränkung aufhören, die der Ausdehnung seiner gewinnbringenden Tätigkeit durch das Erfordernis des jedesmaligen Kontraktabschlusses mit der Regierung im Wege stand, ein Erfordernis, das außerdem noch Gelegenheit zu willkürlicher Bevorzugung darbot. Dieser Wunsch aber konnte nach dem alten Sage vom Sperling in der Hand, der immer besser ist als die Taube auf dem Dache, ein besonders lebhafter deshalb nicht sein, weil die Bereitwilligkeit der Regierung zu seiner Erfüllung zugleich an die Beseitigung der Zwangsanpflanzung und Zwangsarbeit geknüpft war, diesem Risiko aber das Privatkapital seine Unternehmungen noch nicht aussetzen wagte.

So erklärt es sich aus dem Widerstande der privaten Unternehmer, daß die Zuckerkultur als Zwangskultur der Regierung länger am Leben blieb, während zugleich die günstigere Finanzlage

des Mutterlandes es mit sich brachte, daß der Zwang sich in einen geringeren Druck auf die Bevölkerung umsetzte. Zunächst wurde 1860 die alte Regel des Grafen van den Bosch, nach welcher nicht mehr als ein Fünftel des Reislandes der Eingeborenen für die Zuckerkultur in Anspruch genommen werden durfte, neu eingeschränkt und, wie scheint, nun auch durchgeführt. Weiter ermöglichte es die vorgeschrittene Technik und die bessere Finanzlage, in Ansehung bereits bestehender Zuckerrfabriken dort, wo sie dem Reisbau der Eingeborenen zu viel Wasser nahmen, ihnen diesen Wasserverbrauch nach vorausgegangener 18monatlicher Kündigung zu entziehen und die Verwendung von Dampf als Triebkraft vorzuschreiben, unter Übernahme der halben Kosten der neuen Einrichtung auf die Regierung. Neu ins Leben tretende Unternehmungen hatten sich gleich mit Hilfsdampfkräften zu versehen. Die Wirkung dieser Vorschrift drückt sich darin aus, daß 1868 11 Kontraktsfabriken ausschließlich mit Dampf, 29 mit Dampf und Wasser und 57 nur mit Wasser als Triebkraft der Mahlvorrichtungen arbeiteten. Endlich hoffte die Regierung den auf der Bevölkerung lastenden Druck auch durch Erneuerung einer Bestimmung zu erleichtern, die, wie wir gesehen haben, schon 1836 ergangen, aber noch nie durchgeführt worden war. Ich meine die Vorschrift, nach welcher die Fabrikanten sowohl für das Schneiden und den Transport des Rohres wie für die Arbeit in der Fabrik keine Arbeiter mehr von der Verwaltung erhalten sollten, sondern sie sich selbst zu besorgen hatten. Der Kolonialminister Franssen van de Putte meinte 1863, daß bei Zahlung entsprechend guter und regelmäßiger Löhne die Fabrikanten sehr wohl imstande seien, sich Arbeiter hierfür zu beschaffen. Nicht an der Unmöglichkeit der freien Arbeit habe es gelegen, wenn bisher keine freiwilligen Arbeiter zu bekommen waren, sondern an anderen Umständen, nämlich an zu geringen Löhnen und schlechter Behandlung. Diese Ansicht des Kolonialministers war angesichts der seit 1830 mehr als verdoppelten eingeborenen Bevölkerung Javas gewiß weniger unrichtig wie dieselbe Auffassung, als sie uns in den zwanziger Jahren bei der ostindischen Regierung begegnete. Dennoch glaube ich aus der gleichzeitigen Gestaltung des Arbeitsverhältnisses in den neben den Kontraktsfabriken bestehenden freien Fabriken, auf die ich noch zurückkomme, entnehmen zu müssen, daß die plötzliche Verweisung aller bestehenden Fabriken auf freiwillige Arbeit, wenn sie nicht nur auf dem Papiere erfolgte, den Stillstand des größten Teiles von ihnen bedeutet haben würde. In der That scheint denn auch dieser

neue Anlauf der Regierung zur Einführung des freien Arbeitsvertrags damals ebenso erfolglos geblieben zu sein wie der von 1836.

Wir werden weiter unten sehen, ob sich das gleiche von seiner Anordnung im Zuckergesetz von 1870 sagen läßt, das ihn wie überhaupt freie Übereinkunft mit den Eingeborenen als Korrelat der völligen Aufhebung der Regierungszuckerkultur vorschrieb, diese aber nicht mit einem Male, sondern schrittweise beseitigte. Durch die allmähliche Aufhebung brach die Regierung den Befürchtungen die Spitze ab, die von der Beseitigung der Zwangskultur den Ruin der Zuckerindustrie erwarteten, und ermöglichte dieser, sich rechtzeitig vorzubereiten und Formen zu finden, unter denen sie nicht nur weiter leben, sondern sich zu ihrer heutigen hohen Blüte entwickeln konnte. Der Charakter dieser Formen und die Ursache dieser Blüte betrachten wir später. Erst möchte ich noch schildern, wie die Regierungszuckerkultur ihre letzten Tage durchlebte.

Das Gesetz vom 21. Juli 1870, das der damalige Kolonialminister de Waal den Kammern abzurufen mußte, trat in Ansehung der Zuckerkultur an die Stelle des oben erwähnten Regierungsreglements, Art. 56. Es beseitigte den direkten Nutzen der Zuckerkultur für die Staatskasse, indem die neuen Kontrakte den Fabrikanten die freie Verfügung über ihr ganzes Produkt überließen, entzog ihnen aber nicht mit einem Male die hilfreiche Hand der Verwaltung zur Beschaffung des Rohmaterials und der Arbeiter. Vielmehr bestimmte es nur, daß keine weitere Ausdehnung der Regierungskulturen stattfinden dürfe, die vorhandenen aber bis 1878 als solche bestehen bleiben sollten. Erst von da ab sollte ihre Fläche jährlich um $\frac{1}{18}$ eingeschränkt werden, so daß der letzte Rest der Regierungszuckerkultur erst 1891 beseitigt war. In dem Maße nun, als von 1879 an die erzwungenen Anpflanzungen kleiner wurden, hatten die Fabrikanten die für ihre Betriebe erforderliche Anbaufläche dadurch in ihrem bisherigem Gesamtumfang zu erhalten, daß sie die als Regierungskultur ausfallende Anpflanzung auf eigene Rechnung übernahmen. Hierzu sollten sie freie Vereinbarungen mit der Bevölkerung treffen oder auch wohl an anderen Stellen Land von den Eingeborenen pachten in Gemäßheit der Pachtordonnanz von 1871, welche die zwar bereits seit 1819 mögliche, in der Blütezeit des Kultursystems aber nicht genehmigte und jedenfalls bis 1870 noch kaum geübte Verpachtung eingeborenen Landes näher regelte. Soweit es sich dann um das Schneiden des Rohres, seinen Transport und die Arbeit in den Fabriken handelte, sollten ebenfalls freie Vereinbarungen

der Unternehmer mit den Eingeborenen die Regel bilden, nur ausnahmsweise den Fabrikanten, die hierbei schon bisher die Hilfe der Regierung genossen hatten, sie auch weiterhin noch einige Zeit gewährt werden dürfen.

Der Unternehmer stand hinsichtlich seiner Verfügung über Land und Wasser und über die Arbeitskräfte der Eingeborenen unter Kontrolle der Verwaltung und hatte zum Nutzen der Eingeborenen für die Abtretung ihres Landes, die ohne ihre Zustimmung $\frac{1}{5}$ der bürftlichen Reisflur nicht überschreiten durfte, eine als Pachtschilling anzusehende Entschädigung zu entrichten, die durch eine Kommission, erforderlichenfalls durch den Richter festgestellt wurde. Soweit die Anpflanzung noch im Zwangsdienst geschah, hatte er weiter den Pflanzlohn für die Dienstpflichtigen an die Regierung abzuführen und eine Belohnung für die Häupter der betroffenen Dörfer und Kulturprozente für die anderen eingeborenen Beamten zu zahlen. Außerdem wurden die Zuckerrohrfelder nun endlich davon befreit, wovon sie schon von den Bosc befreit wissen wollte: so lange die Regierungskultur noch bestand, also bis 1890, brauchte für sie keine Landrente entrichtet zu werden.

Der Staat empfing während der Übergangszeit weder die Landrente von ihnen, noch wie bisher den größeren Teil des Fabrikationsergebnisses in Zucker, das er, wie ich sagte, den Unternehmern völlig überließ. Er begnügte sich abgesehen vom Ausfuhrzoll auf Zucker mit einem in Geld zahlbaren „Zins“, der bemessen wurde nach dem Ertrage der gesamten Anpflanzungen der Fabriken, sowohl der noch erzwungenen wie der bereits freiwilligen. Verzichtete der Unternehmer auf die erzwungene Arbeit der Eingeborenen zum Zweck der Anpflanzung, so wurde der Zins um $\frac{1}{3}$ vermindert, verzichtete er auch auf die Mitwirkung der Verwaltung, um den erforderlichen Boden für freie Anpflanzungen zu erhalten, so sollte er an Stelle des mit dem Ertrage sich ändernden Zinses einen noch kleineren festen Betrag von 25 fl. pro Bouw entrichten.

Es gab 1870 95 Fabriken auf Java, die im Kontraktverhältnis zur Regierung standen und über eine Anpflanzung von 38 984 Bouws geboten, die zu 4862 Dörfern gehörten und von 220 706 Dienstpflichtigen bearbeitet wurden. Durchschnittlich war für jedes Bouw Rohrpfflanzung 6,5 Bouws Land verfügbar und 5,7 Arbeiter. Nachdem eine Ordonnanz des Generalgouverneurs die zur Ausführung des in seinem Wortlaut sehr unbestimmten Gesetzes erforderlichen Vorschriften erlassen und einen Modellkontrakt aufgestellt hatte,

ließen sich 94 von den 95 Fabrikanten bewegen, ihre Kontrakte auf Grund der neuen Bestimmungen abzuändern. Für diese 94 Fabriken wurde berechnet, daß Pachtzuschlag, Pflanzlohn und Gelbzins durchschnittlich 41,50, 107,50 und 106 Gulden pro Bouw ergeben würden, während auf jede von ihnen eine Anbaufläche von 407 Bouws entfiel.

Die Wirkung des die Regierungszuckerkultur in der dargelegten Weise allmählich beseitigenden Gesetzes entsprach zunächst nicht den Erwartungen. Eine Kommission der zweiten Kammer kam nach ausführlicher Untersuchung zu dem Ergebnis, daß bei der Ausführung des Gesetzes weder die Interessen der Staatskasse und der Industrie genug im Auge behalten noch die Rechte und Interessen der Eingeborenen genügend beherzigt wurden. Es ergab sich, daß dem Staate ein Schaden von 1½ Millionen Gulden erwuchs und nennenswerte Vorteile für die Eingeborenen nicht abfielen, so daß die Unternehmer den größten Nutzen gezogen hatten. Diese Feststellung vermochte jedoch die weitere Ausführung des Gesetzes ebensowenig zu hindern wie die Furcht, die Einschränkung der Regierungskultur werde die Zuckerindustrie zugrunde richten. Die Erfahrung lehrte das Gegenteil. De Router, dem ich hier folge, meint, die Entziehung der Staatshilfe habe die Unternehmer zu verdoppelter Anstrengung angepornt, es sei ihnen bald gelungen, den Verlust an erzwungener Abtretung von Land reichlich zu ersetzen durch freiwillige Pachtverträge mit den Eingeborenen, und ebensowenig habe ihnen die Gelegenheit gefehlt, freie Arbeiter in genügender Anzahl mieten zu können. Soviel ist sicher: seit der Einschränkung der erzwungenen Kultur ist in der Tat die Zuckerproduktion Javas beständig gestiegen, dank den Bemühungen der Unternehmer. Ob aber die freiwilligen Pacht- und Arbeitsverträge, auf denen die Industrie heute ruht, die Bezeichnung freiwillige wirklich verdienen, das ist eine andere Frage, mit der wir uns noch zu beschäftigen haben.

Eine viel ernstere Gefahr als sie in der wachsenden Beseitigung der Regierungsanpflanzungen lag, bedrohte die javanische Zuckerindustrie in der Mitte dieser Übergangsperiode 1879—91. Die großen Fortschritte der Rübenzuckerindustrie und die sie ermutigende Zoll- und Prämienpolitik Europas führte 1884 zur ersten Zuckerkrisis; der starke Preisfall wurde für die Fabrikanten auf Java um so fühlbarer, als die 1883 in der Residentschaft Cheribon erstmals in größerem Umfange auftretende Serehkrankheit des Zuckerrohrs ihre Produktionskosten noch erhöhte. Da auch noch eine Geld- und Kreditkrisis sich

einstellte, so sahen viele Unternehmer ihren Bankerott vor Augen. Die Zuckerindustrie Javas wäre vielleicht zugrunde gegangen und jedenfalls außerordentlich geschädigt worden, hätte sie in dieser schweren Zeit nicht bei der Regierung tatkräftige Hilfe gefunden.

Zwei Gesetze ergingen, von denen das eine den Ausfuhrzoll auf Javazucker für die Zeit von 1887—92 suspendierte. Das andere befreite die Unternehmer, die, wie wir gesehen haben, seit 1871 außer Pflanzlohn und Pacht für die Eingeborenen der Regierung eine Geldsteuer, den Zins, sowohl für die erzwungene wie für die freie Anpflanzung schuldeten, von der Bezahlung dieses Zinses in folgender Weise. Soweit er für die freien Anpflanzungen zu entrichten war, die seit 1879 immer mehr an die Stelle der erzwungenen traten, wurde er ganz aufgehoben, hingegen für die Regierungsanpflanzungen, so lange diese überhaupt noch bestanden, also für die Zeit von 1887 bis 1891 auf die Hälfte reduziert. Die erlassene Hälfte, 423 260 fl., sollte jedoch in den Jahren 1892/96 mit jährlich einem Fünftel der Summe nachgezahlt werden. Die Mehrheit der Kammer erblickte mit der Regierung in diesem Zins einen Pachtschilling und schaffte ihn damals nur vorläufig ab. Indessen hat kein späterer Gesetzgeber ihn je wieder eingeführt. Weiter ermäßigte die Regierung die Tarife auf den Staatsseisenbahnen, und gewährte 1888/89 sogar kostenlosen Transport für in höher gelegenen und von der Serehkrankheit noch nicht betroffenen Teilen Javas gezogene Zuckerrohrstiedlinge. Es hatte sich herausgestellt, daß durch Verwendung solcher als Pflanzmaterial für die Pflanzungen in den Niederungen die Serehkrankheit sich am besten bekämpfen lasse.

Diese werktätige Staatshilfe, bei der es sich, wie wir oben sahen, allein in Ansehung des „Zinses“ um einen Erlaß von 106 bzw. 53 Gulden per Bouw handelte, rettete die Zuckerindustrie. Weiteres Entgegenkommen der Regierung durch die völlige Aufhebung des bis 1892 nur suspendiert gewesenen Ausfuhrzolles im Jahre 1898 und die Selbsthilfe der Unternehmer, wie sie sich in der Errichtung agrikulturchemischer Versuchstationen, technischen Verbesserungen und ihrem 1893 erfolgenden Zusammenschluß zum Syndikat der Zuckerfabrikanten äußerte, ließen die gerettete Industrie nicht nur wieder Atem schöpfen, sondern haben sie auch in den letzten 15 Jahren, von vorübergehenden durch Weltmarktskonjunkturen hervorgerufenen Rückschlägen abgesehen, zu einem der blühendsten, man kann wohl sagen, zu dem heute blühendsten Erwerbszweige des niederländischen Ostindiens heranwachsen lassen.

Wie ich erzählte, hat van den Bosch im Anfange, 1830, versucht, die Eingeborenen zum Aufbau des Zuckerrohrs für die Unternehmer, die mit der Regierung Verträge schlossen, im Wege freiwilliger Übereinkünfte zu bewegen. Es mag ihm dabei vorgeschwebt haben, daß die damals auf Java bereits vorhandene Zuckerexportindustrie geringen Umfangs kraft solcher Übereinkünfte arbeitete, von denen ich es zunächst dahingestellt sein lasse, ob sie die Bezeichnung freiwillige wirklich verdienten. Nicht alle von diesen Zuckerindustriellen schlossen dann nach 1830 auf Grund der van den Boschschen Bestimmungen einen Kontrakt mit der Regierung; es waren wohl meist neue Bewerber, aus denen die Industrie des Kultursystems hervorging. Ihr standen als angeblich freie Industrie jene älteren Fabrikanten gegenüber, deren Anzahl keine Vermehrung erfuhr, so lange das Kultursystem blühte; die Regierung konnte ja kein Interesse daran haben, sich selbst Konkurrenten zu schaffen. Eine Mittelstellung zwischen beiden Arten nahmen die viel zahlreicheren Unternehmer ein, die zwar einen Kontrakt abgeschlossen hatten, aber neben der Ernte von den erzwungenen Anpflanzungen auch Rohr verarbeiten durften, das sie durch freiwillige Übereinkünfte mit der Bevölkerung sich beschafften. Diese Übereinkünfte, die hier nur auf das Rohmaterial, bei jenen älteren Unternehmungen auch auf die Beschaffung der Arbeiter sich bezogen, sind von den Gegnern des Kultursystems im Vergleich zu dessen Zwang als viel vorteilhafter für alle Beteiligten erachtet worden. Ich habe nun zu untersuchen, ob sie darin Recht haben, ob wirklich von einer Exportindustrie gesprochen werden kann, die neben der des Kultursystems als freie bestand und von dieser sehr zu ihrem Vorteil sich unterschied.

Ich habe dabei wie bisher überhaupt nur die Zuckerexportindustrie im größeren Teile Javas im Auge, der unter direkter Verwaltung der holländischen Regierung stand, nicht aber die damals noch kaum nennenswerten Unternehmungen in den Fürstenländern Surakarta und Djocakarta und auf den sogenannten „partikulieren landen“, mittelalterlichen Lehnsherrschaften nicht unähnlichen Gebilden im Besitz von Europäern und Chinesen.

Dem Unternehmer, der, ohne einen Vertrag mit der Regierung zu schließen, auf Java Zucker fabrizieren wollte, standen zur Beschaffung des Zuckerrohrs zwei Wege offen: er konnte erstens javanischen Bauern, die auf ihren Feldern Zuckerrohr gepflanzt hatten, deren Ernte ablaufen, — was ihm gar keine Sicherheit hinsichtlich ihrer Menge wie ihrer Güte gewährte und deshalb untunlich für

ihn war. Er konnte zweitens mit javanischen Bauern eine Übereinkunft treffen, kraft welcher sie gegen eine bestimmte Vergütung auf ihren Feldern eine bestimmte Menge Zuckerrohr, dessen Stedlinge er beschaffte, unter seiner Oberleitung bauten und ihm die Ernte abgelieferten. Der naheliegende Gedanke, daß sich ihm auch noch eine dritte und vierte Möglichkeit geboten habe, nämlich der Kauf oder die Pacht von Land der Eingeborenen oder der Regierung, auf dem er dann selbst mit freien Arbeitern Zuckerrohr gezogen hätte, übersieht, daß wir uns in den ersten dreißig Jahren der Herrschaft des Kultursystems befinden, in denen es so gut wie unverändert bestand. In dieser Zeit hatte die Regierung gar kein Interesse daran, Landbau und Industrie privater Europäer zu fördern, in denen sie unwillkommene Mitbewerber erblicken mußte. Sie verkaufte und verpachtete damals weder Domanialland zu diesem Zweck, noch erlaubte sie den Eingeborenen, ihr Land an nicht Eingeborene zu verkaufen, noch genehmigte sie in dieser Zeit seine Verpachtung an Fabrikanten. Die einzige Bewirtschaftungsmöglichkeit eingeborenen Landes zugunsten privater Unternehmer, die sie zuließ, ergab sich aus den Bestimmungen des Regierungsreglements vom 16. Mai 1829, Art. 116, desjenigen von 1836, Art. 102, und der Publikation vom 25. Dezember 1838. Hiernach war es zur Fortsetzung nützlicher privater Unternehmungen und zum Betriebe von neuen gestattet, über das Bebauen von Land, die Lieferung besonderer Produkte und Transportmittel und das Leisten persönlicher Dienste Übereinkünfte mit den Eingeborenen und zwar „mit den Ältesten und Vornehmsten ihrer Dörfer“ abzuschließen, nachdem eine zu diesem Zweck vorgenommene Untersuchung die Zustimmung der Dorfeingewesenen zu der sie bindenden Vereinbarung ergeben hätte.

Diese Vorschrift, die uns zugleich über die Beschaffung der Arbeiter orientiert, indem sie nicht nur die Lieferung besonderer Produkte, in unserem Falle des Zuckerrohrs, sondern auch das Leisten persönlicher Dienste von solchen Übereinkünften abhängig macht, nimmt sich auf dem Papier wunderschön aus. Hat sie aber auch in Wirklichkeit die Freiwilligkeit jener Übereinkünfte gewährleistet? Wie es um sie tatsächlich bestellt war, das erkennt der mit javanischen Zuständen nicht vertraute Leser am besten, wenn wir an der Hand der zeitgenössischen Schilderung Hasselmans uns in die Rolle eines solchen freien Unternehmers versetzen.

Der Unternehmer hat zunächst ein Stück Land nötig, auf dem er seine Fabrik und sonstigen Betriebsräume errichten kann. Um es

zu bekommen, wendet er sich an die Regierung, die ihm ein zeitlich beschränktes Baurecht (opstal) erteilt, wenn er ihr eine Übereinkunft vorlegt, kraft deren sich die eingeborenen Besitzer jenes Stückchen Landes bereit erklärt haben, es dem Unternehmer unter gewissen Bedingungen hierzu abzutreten. Auch muß aus dem Formular der Übereinkunft hervorgehen, daß der lokale Verwaltungsbeamte die Dorfeingewohnten zusammengerufen und ihr Einverständnis festgestellt hat.

Wie ist nun aber die Übereinkunft zustande gekommen? Der Unternehmer, der die Ländereien jenes Dorfes als für seine Zuckerraffinerie geeignet erachtet, hat sich nicht etwa zuerst an die Dorfbewohner gewendet, sondern an den Regenten, den höchsten eingeborenen Beamten der Verwaltungsabteilung, in der das Dorf liegt. Da die Eingeborenen nicht gewöhnt sind, nach eigenem Willen und eigener Wahl zu handeln, so hätten sie unserem Unternehmer keine definitive Antwort erteilt, bevor sie wußten, wie ihre Häupter über die geplante Unternehmung dachten. Deshalb ist es viel zweckmäßiger, sich gleich zuerst an den Regenten zu wenden. Ihm teilt der Unternehmer seine Absichten vertraulich mit, erbittet seinen freundlichen Rat und ruft seine brüderliche Hilfe an. Nun möge jeder sich selbst ausmalen, so schreibt Hasselman wörtlich, was dabei zwischen diesen beiden Freunden verhandelt wird, von denen der eine ein gewinnstüchtiger Spekulant ist, der andere ein gutartiger einfacher Eingeborener, von dessen Moral nicht viel erwartet werden kann, den nicht nur die holländische Regierung mit Macht und Ansehen bekleidet hat, sondern der auch kraft der Sitten und Gebräuche seines Volkes geehrt, vergöttert und gefürchtet wird von seinen Untergebenen.

Hat der Unternehmer sich im Charakter des Regenten nicht getäuscht, so entsteht bald ein engerer Verkehr zwischen beiden. Sie gehen zusammen an den Ort, wo der Unternehmer seine Fabrik errichten möchte, der Regent läßt den eingeborenen Distriktsbeamten kommen und durch ihn der Bevölkerung mitteilen, was von ihr gewünscht wird, fügt auch selbst ein paar unschuldige Worte hinzu. Der Unternehmer ist damit eingeführt. Die Bevölkerung weiß fortan sehr gut, woran sie sich zu halten hat. Zwar ist nichts von größerer Bedeutung gesagt worden, aber doch weiß nun jeder, was der Regent will. Die zur Abtretung des in Frage stehenden Stück Landes nötige Übereinkunft wird jetzt schnell erledigt, und bei ihrer späteren Bestätigung durch den höchsten europäischen Provinzbeamten, den Residenten, wird die Bevölkerung nie etwas anderes sagen, als daß

sie mit ihr ganz einverstanden sei und sie aus freien Stücken abgeschlossen habe.

Nun hat unser Unternehmer das zur Errichtung seiner Fabrik erforderliche Land und will mit dem Aufbau der Gebäude beginnen. Welche Arbeiter stehen ihm dafür zur Verfügung? Die Drangtani, die Land besitzenden Dorfeingewesenen wollen nicht, die grundbesitzlosen Menumpangs, deren Anzahl damals nur höchst selten größer war als der Bedarf der Drangtani erforderte, und die häufig auch durch Schulden an ihren Wirt gebunden sind, können nicht, und eine dritte Klasse, die als Arbeiter in Betracht zu ziehen war, Vagabunden, gab es damals in Gegenden, in denen der freie Verkehr noch wenig durchgedrungen war, nur selten. Was tut bei dieser Sachlage unser Unternehmer? Er geht wieder zu seinem Freunde, dem Regenten, erzählt ihm von seiner Verlegenheit und bittet um seine Hülfe. Und siehe, der Regent ist ein vortrefflicher Freund! Am folgenden Tage sind wirklich Arbeiter da. Sie lassen ihn zwar bald wieder im Stich und sind brutal genug, um zu sagen, daß sie zu wenig Lohn empfangen, zu viel arbeiten müßten, kurzum sie sagen alles, nur die Wahrheit nicht, daß sie nicht arbeiten wollen. Und wiederum holt unser Unternehmer den Rat seines Freundes ein, der sich abermals nicht unbezeugt läßt. Nach Ablauf einer gewissen Zeit erzählt man sich im Lande, daß unser Unternehmer mit Hülfe von freien Arbeitern seine Gebäude errichtet hat, ja der Unternehmer ist jetzt an diese Arbeitsweise so sehr gewöhnt, daß er nun auch selbst erzählt, bei ihm sei alles frei.

Neben dem Bau der Fabrik muß der Unternehmer sich das erforderliche Rohmaterial für eine Reihe von Jahren sichern. Der ihm allein offenstehende Weg ist der Abschluß der vorhin erwähnten Übereinkunft mit den Ältesten und Vornehmsten des Dorfes, kraft deren die ganze Gemeinde verpflichtet wird, auf einem Teil ihres Landes Zuckerrohr für unseren Unternehmer zu pflanzen. Die Dauer des Vertrages darf fünf Jahre nicht überschreiten, der Resident kann sie nach Belieben fortsetzen. Hat der Unternehmer, was nicht immer leicht ist, die Ältesten und Vornehmsten herausgefunden, worunter die Regierung auch die Dorfhäupter verstand, so unterhandelt er mit ihnen, und alles kommt nun darauf an, daß er diese Leute für sich zu interessieren weiß. Ist ihm das gelungen, und der Vertrag demzufolge abgeschlossen, so überreicht er ihn zur Bestätigung dem Residenten, der ihn seinerseits dem Regenten zur Begutachtung überschießt. Der Regent befiehlt nun, daß an einem bestimmten Tage nicht nur

die Ältesten und Vornehmsten sondern alle arbeitsfähigen Männer des Dorfes vor seinem Hause sich einfänden. Dort wird untersucht, ob die Gekommenen mit den einzelnen Artikeln des Vertrages, den ihre Ältesten und Vornehmsten abschlossen, einverstanden sind. Dabei soll der prüfende Beamte, so lautet die Vorschrift, die Geladenen auf ihre Rechte und Interessen aufmerksam machen, um jeder Irreführung und jeder Handlung gegen ihr Interesse vorzubeugen.

Für den Unternehmer ist diese Untersuchung von der höchsten Bedeutung. Der Regent kann seine Fragen so stellen, daß dem Eingeborenen zugleich sichtbar wird, ob er mit ja oder mit nein antworten soll; er kann am Tage vorher mit geringer Mühe die Gemüter ganz in der Richtung beeinflussen, die er zu haben wünscht; er kann die Untersuchung so leiten, daß die Bevölkerung, obwohl den Meisten die Übereinkunft nicht gefällt, sich dennoch mit ihr einverstanden erklärt. So ist es sehr wesentlich für den Unternehmer, daß er gleich von vornherein diese wichtige Person sich zum Freunde macht.

Ist schließlich auf Grund der in solcher Weise bewirkten und erwießenen Zustimmung der Beteiligten die Übereinkunft bestätigt und registriert worden, so ist damit doch noch keine Bürgschaft dafür geboten, daß nun die Dorfbewohner ihrer vertragsmäßig übernommenen Verpflichtung auch ordentlich nachkommen werden. Der Unternehmer mußte den Eingeborenen, um sie zu einer anderen Kultur als der ihnen gewohnten Reiskultur zu bewegen, in der Regel Vorschüsse leisten, die bei Ablieferung der Ernte eingerechnet wurden. Wenn aber die Eingeborenen die Anpflanzung schlecht behandelten, war das vorgestreckte Geld verloren. So hing die Rückerstattung der Vorschüsse oft ganz vom guten Willen der Schuldner ab. Eine eventuelle Klage auf Schadensersatz war für den Unternehmer belanglos, da der Eingeborene außer seinem Feld, das nicht verkauft werden durfte, in der Regel nichts besaß. Das Risiko bei diesen Übereinkünften war daher kein kleines für den Unternehmer; es konnte nur dadurch verringert werden, daß er sich der wohlwollenden Unterstützung der Verwaltung versicherte. Hatte er diese auf seiner Seite, bestrafte die Verwaltung diejenigen, die ihren vertragsmäßigen Verpflichtungen nicht nachkamen, als Kontraktbrecher, so hatte die Sache keine Not, und seine Unternehmung entbehrte weder des Rohmaterials noch der Arbeiter.

Es hing also bei dieser Regelung alles vom Takt des Unternehmers und seinen Beziehungen zur eingeborenen und europäischen Obrigkeit

ab. Wer geschickt war und vorsichtig, der konnte auf Grund jener Übereinkünfte alles, was er wünschte, getan bekommen. Hielten seine Anforderungen an die Bevölkerung sich in billigen Grenzen, und trug er dafür Sorge, daß der verdiente Lohn wirklich in die Hände derjenigen kam, die ihn verdient hatten, so war auch die Bevölkerung ihm dankbar und zugetan. Hasselman erzählt von Fabriken, die in dieser Weise arbeiteten, bei denen alles ruhig und gelassen zuging, und die Bevölkerung still und zufrieden ihren Wohlstand durch die Arbeit für die Fabrik sich mehren sah, während andere Fabriken, die auf derselben Grundlage beruhten, nicht aus den Schwierigkeiten herauskamen. Fortgesetzt liefen hier Klagen beim Residenten ein; bald hatte sie der Fabrikant, bald die Bevölkerung erhoben. —

Offenbar verdient diese Industrie nicht die Bezeichnung einer freien. Treffend führt Hasselman aus: der Javane, weil er überzeugt war, daß er arbeiten mußte, ob nun gezwungen für eine Kontraktfabrik des Kultursystems oder angeblich freiwillig für die mit Zustimmung seiner Obrigkeit errichteten sogenannten freien Unternehmungen, schloß jene Übereinkünfte. Denkt man aber einmal die Umstände weg, unter denen man ihn zu ihrem Abschluß brachte, kündigte man ihm an, daß es ihm vollkommen frei stehen solle, ob er arbeiten wolle oder nicht, und daß man dies wirklich ernstlich meine — dann wäre der echte Javane, der landbesitzende Dorfbewohner, zu keinem europäischen Unternehmer gegangen, und die sogenannte freie Industrie hätte allein aus Bagabunden und überschießenden Menumpangs ihre Arbeiter nehmen können, deren es damals nur sehr wenige gab. — Wer aber dieses 1862 gefällte zeitgenössisches Urteil für falsch oder doch stark übertrieben erachtet, dem möchte ich das eigene Zugeständnis der Kolonialregierung entgegen halten.

In den Motiven ihrer Verordnung vom 26. November 1895, die neue Regeln über die Verpachtung von Land der Eingeborenen an Nichteingeborene aufstellte, finden sich nämlich die bemerkenswerten Sätze: unter der Herrschaft der oben von mir erwähnten Vorschriften von 1829, 36 und 38, die jene Übereinkünfte zuließen, besaß die Regierung kein Mittel, um darüber zu wachen, daß diese freiwillige Kultur nicht auch auf Zwang beruhte. Die Bestimmung, mit ganzen Dörfern unter Vermittelung der Ältesten und Vornehmsten Übereinkünfte abzuschließen, bot den Unternehmern die Gelegenheit, durch Versprechungen und Geschenke die eingeborenen Häupter zu bewegen, der Bevölkerung ein nicht geringeres Joch aufzuerlegen,

als sie es infolge des Kultursystems bereits zu tragen hatten. So wurde ein Zustand erzeugt, der sich von der Regierungskultur nur dadurch unterschied, daß er noch unregelmäßiger wirkte und noch nachteiliger für die Eingeborenen war.

Es muß mithin als ein Märchen gelten, daß in der Glanzzeit des Kultursystems (1830—63) neben seiner auf Zwang beruhenden Zuckerelexportindustrie auch eine freie Exportindustrie bestanden habe. Nur insofern kann man von einer solchen sprechen, als ihre Fabrikanten frei in der Verwertung ihres Produktes waren. Eine Freiheit, die, wie wir sahen, den Unternehmern im Kultursystem, die mit der Regierung Kontrakte abgeschlossen hatten, erst nach 1844 teilweise und nach 1870 in vollem Umfang zuteil wurde.

Ich kann nicht entscheiden, ob die Zuckerunternehmungen, die schon vor der Einführung des Kultursystems auf Java vorhanden waren, nach der Seite ihrer Arbeitsverfassung wirklich freie oder auch nur sogenannt freie gewesen sind. War auch in jener Zeit durch Vorschriften, die die Regierung bald nach der Wiedererlangung der holländischen Herrschaft über Inseln 1818 und 1819 erlassen hatte, das Abschließen von Übereinkünften mit ganzen Dörfern oder mit deren Häuptern, die das ganze Dorf verpflichteten, verboten und vorgeschrieben worden, die Kontrakte individuell mit jedem Eingeseßenen abzuschließen, der durch sie verpflichtet würde, so bleibt es doch eine offene Frage, ob diese Vorschrift damals auch wirklich ausgeführt worden ist. Wie wir oben sahen, ist sie in der Zeit von 1829—63 nicht mehr befolgt und durch die gegenteilige Bestimmung ersetzt worden, die den Abschluß mit den „Ältesten und Vornehmsten“ der Dörfer vorschrieb. Heute hingegen ist sie zu neuem Leben erweckt und, wie ich noch darlegen werde, erblickt die Regierung gerade darin, daß die Übereinkünfte mit den Eingeborenen nicht mehr dorfsweise, sondern individuell abgeschlossen werden müssen, die wesentliche Garantie ihres freiwilligen Zustandekommens.

Ob dem so ist, und ob wir in der Tat heute von einer auch in ihrer Arbeitsverfassung freien Zuckerelexportindustrie Javas sprechen können, das will ich weiter unten erörtern. Zuvor möchte ich noch kurz der Zuckerindustrie gedenken, die keine Exportindustrie ist, und zur Zeit des Kultursystems jedenfalls die einzige war, die auf keinem Zwang zugunsten fremder Unternehmer beruhte. Ich meine die eigene Zuckerindustrie der Javanen, die auf einigen ihrer Felder

Zuckerrohr für sich selber bauten und dort, wo sie es ernteten, in sehr primitiver Weise zu Zucker verarbeiteten.

Die Schilderung, die Hasselman von ihr gibt, zeigt uns die Javanen bei diesem Zuckerrohrbau als schlechte Landwirte, die von dem, was sie bei der Bestellung der häufig benachbarten Regierungsfelder sehen können, zum Teil auch selbst dort gelernt haben, gleichwohl keinen Nutzen ziehen. Infolgedessen war nicht nur die Ernte von geringerer Güte, sondern dieselbe Fläche lieferte auch $\frac{3}{4}$ weniger an Rohr als die Regierungskultur. Da Hasselman aus eigener Anschauung berichtet, so mag dies für die Abteilung Rudus, in der er wohnte, damals zutreffend gewesen sein. In anderen Gegenden, insbesondere in der Oсте Java, scheinen jedoch die Eingeborenen bei dieser Kultur für eigene Rechnung rationeller verfahren zu sein, was zum Teil gewiß damit zusammenhängt, daß hier, infolge der Mischung mit maduresischem Blute und anderer Einflüsse, der Volkscharakter ein anderer und viel unternehmerder ist als im übrigen Java. Nur für dieses wird man daher das Urteil Hasselmans unterschreiben können, nach welchem der im Vergleich zum Ertrag der Regierungsfelder schlechtere Ausfall seiner Ernte dem javanischen Zuckerrohrplanzer keineswegs schmerzlich gewesen sei; denn er habe auch die viel geringere Mühe, die ihm seine Ernte bereitet hatte, mit dem viel größeren Arbeitsaufwand verglichen, den das bessere Rohr der Regierungsfelder verkörperte, und sich mehr gefreut, daß dieser ihm erspart geblieben¹.

Noch primitiver als der Anbau war die Verarbeitung des Rohrs. In der Regel errichtete hierzu der Javane, sobald das Zuckerrohr reif wurde, auf seinem Rohrfelde eine einfache Bambushütte, zehn Ellen lang und sechs Ellen breit. Zwei zu Zylindern bearbeitete Baumstämme, die aufrecht nebeneinander stehen, bilden die Mahlwalzen, die ein Büffel in Bewegung setzt. Während sie sich gegeneinander drehen, wird das Zuckerrohr zwischen sie geschoben, von ihnen ergriffen und ausgepreßt. Der durch die Pressung aus dem Rohr geprückte Saft läuft herab auf ein irdenes Gefäß, das

¹ J. F. L. Gehner, ein Fabrikant von reicher Erfahrung, dem ich wertvolle technische Einzelheiten verdanke, führt diese Ersparnis vornehmlich darauf zurück, daß der Javane nicht mit jährlicher Erneuerung seiner Anpflanzung rechnet, sondern in manchen Gegenden bis zu sechs und mehr Schnitte von ihr nimmt. Gehe infolgedessen auch seine Produktion bis zu 15 Picols pro Boun zurück, so erzielt er doch noch einen Gewinn, weil er das Rohr in der Regel nicht auf guten Sawahfeldern baue und seine Verarbeitung nach dem Markte regle.

in den Boden eingegraben ist und etwas Kalk enthält, um das Sauerwerden des Zuckersaftes zu verhindern. Von Zeit zu Zeit wird dann aus diesem Gefäß der Saft geschöpft und in zwei offene eiserne Pfannen gebracht, die auf einem aus Steinen mit Lehm kunstlos erbauten Herde stehen. Hier wird nun der Saft zu einem dicken Brei eingekocht und dann in kleine irdene Schüsseln ausgegossen. In ihnen erstarrt er zur Form kleiner brauner Kuchen, die als solche dem eigenen Konsum des Fabrikanten dienen oder bei reichlicherer Erzeugung auf dem Wochenmarkt zum Verkaufe gelangen.

Eine einfachere und geräuschlosere Zuckersfabrik als die geschilderte kann man sich schwer vorstellen. Der ganze Fabrikationsprozeß bedarf nur zweier Personen, die eine schneidet auf dem Felde das Rohr und bringt es zur Hütte, die andere sitzt niedergekauert vor den Mahlzylindern und steckt immer zwei Rohrstecken zwischen sie, ein Kind beaufsichtigt die Mühle. Sind ein paar Felder abgearbeitet, und wird die Entfernung von den anderen zur Hütte für unsere Javanen zu groß, so ziehen sie es vor, die Fabrik abzubringen und mehr in der Nähe der noch mit Zuckerrohr bestandenen Felder wieder aufzubauen, was bei ihrer primitiven Einrichtung im Handumdrehen geschehen ist.

Hasselman schrieb 1862. Daß seitdem keine wesentlichen Fortschritte in der Zuckerrohrkultur und Zuckerbereitung der Javanen für ihren eigenen Bedarf erzielt worden sind, geht unter anderem aus der Schilderung hervor, die J. D. Robus im *Archief voor de Java-Suikerindustrie* 1894 von der inländischen Zuckerrohrkultur in der Abteilung Tangerang der Residentenschaft Batavia gegeben hat. Das Rohr wurde hier von den Eingeborenen noch ganz in ähnlicher Weise kultiviert, wie es um 1780 auch europäische Unternehmer kultivieren ließen; die Beschreibung von J. Hooyman und Andrieß Teisseire 1779 und 1785 (*Verhandelingen v. h. Bataviaasch Genootschap N. I. V.* 2^o druk. 1827) zeigt dies deutlich. Nur in der Ostsee Javas hat sich der Zuckerrohrbau als Volkskultur mehr entwickelt; man findet heute dort Anpflanzungen, die von denen der europäischen Fabriken sich gar nicht unterscheiden. Dagegen ist die Fabrikation des Zuckers für den inneren Markt der Eingeborenen wohl noch auf ganz Java eine so primitive, wie sie Hasselman 1862 beschrieb, wenigstens soweit sie die Javanen selbst betreiben; denn die geringen technischen Fortschritte, wie sie Robus 1894 in Tangerang konstatierte, wurden von ihm nicht in einer javanischen, sondern in der Zuckermühle eines

Chinesen angetroffen, die für den javanischen Konsum arbeitete. Sie hatte statt der beiden hölzernen Mahlzyylinder drei eiserne, die ebenfalls aufrecht standen und an ihrem oberen Rande mit einem Kranz von ineinander greifenden Zähnen versehen waren. Der mittlere Zylinder wurde durch drei Büffelgespanne gedreht, und das Rohr, das zwischen ihm und dem rechten Zylinder hindurchgegangen, dann noch ein zweites Mal zwischen ihm und dem linken ausgepreßt. Der Saft floß an den Zylindern herab auf eine fast horizontale Bohle, die den größten Schmutz zurückhielt und den so etwas gereinigten Saft in ein Zementgefäß laufen ließ, aus dem er durch Pumpen in die Eindampfungspfannen gebracht wurde. Der fertige, noch sehr unreinliche Zucker von dunkelbrauner Farbe, den Eingeborene wie Chinesen dem Zucker der europäischen Fabriken weit vorziehen, wurde damals zu Batavia mit 10 und 11 fl. verkauft, 1891 sogar mit 16 fl. für den Picol. Die Mühle produzierte täglich 6—7 Picol, aber trotz der etwas verbesserten Mahlmethode und der eisernen Zylinder war die Pressung noch eine so schlechte, daß nur 50 % des möglichen Saftes gewonnen wurde, was den geringen Ertrag von 4—5 % des Rohrwertes ergab. Das Vorhandensein dieser eigenen Industrie der Javanen übersehen Paasche, wenn er in seiner kürzlich erschienenen „Zuckerproduktion der Welt“ (Leipzig 1905, Teubner) den minimalen javanischen Konsum des in den Exportfabriken Javas erzeugten Zuckers auf mangelnde Kaufkraft der dichtgedrängten Bevölkerung zurückführt; sie scheint zu arm zu sein, um größere Mengen für den Unterhalt ihrer 28 Millionen Menschen zu beanspruchen. Nicht hierin, sondern in ihrer Vorliebe für das Erzeugnis ihrer eigenen Industrie und ihren auch aus Palmsäften bereiteten Zucker liegt der Grund.

Ich kehre zur Zuckerexportindustrie Javas zurück. Sie hat heute, wie ich bei meiner Bereisung der Insel selber gewahr wurde, infolge der Konkurrenz des Rübenzuckers eine hohe Stufe technischer Vervollendung erreicht, mögen auch noch manche Fabriken gerade in dieser Beziehung als rückständig erscheinen. Wie ich dargelegt habe, erwuchs ihre heutige Gestalt aus zwei Wurzeln: aus den sogenannten freien Unternehmungen, wie sie vor dem Kultursystem in geringerem Umfange bestanden und während seiner Herrschaft keinen erheblichen Zuwachs erfuhren, einerseits und aus den Unternehmungen des Kultursystems andererseits, mit andern Worten aus denjenigen, die seit 1830 zu ihrer Grundlage mit der Regierung vereinbarte, wieder-

holt und zuletzt 1870 abgeänderte Kontrakte hatten, deren letzte 1890 erloschen. Die modernen Zuckerexportfabriken auf Java erscheinen teils als Fortsetzung dieser beiden Arten von Unternehmungen, von denen auch die sogenannten freien, wie ich nachgewiesen zu haben hoffe, in ihrer Arbeitsverfassung auf Zwang beruhten, teils sind sie seit 1870 bzw. 1890 neu ins Leben getreten. Ihre Inhaber sind heute völlig frei in der Verwertung ihres Erzeugnisses, die Gewinnchance wird ihnen ungeschmälert zuteil, wie sie anderseits auch das geschäftliche Risiko tragen und die Initiative des Unternehmens haben. In dieser Beziehung völlig moderne Unternehmer, haben sie auch ihre Arbeiter und ihr Rohmaterial sich heute selber zu beschaffen, indem sie zu diesem Zweck Verträge mit den Eingeborenen schließen, deren freiwilliges Zustandekommen die Gesetzgebung durch spezialisierte Vorschriften ebenso zu erzwingen sucht wie ihre Übereinstimmung mit dem Gemeinwohl.

Den hauptsächlichsten Schutz für die freie Willensbetätigung der Eingeborenen erblickt der Gesetzgeber heute darin, daß er den früher üblichen Abschluß von Verträgen „mit ihren Vornehmsten und Ältesten“, die dann das ganze Dorf verpflichteten, verboten hat. Schon 1863 brachte Franssen van de Putte das bereits 1819 anbefohlene Prinzip wieder zur Geltung, nach welchem Übereinkünfte mit Eingeborenen nicht mehr dorfweise, sondern individuell mit jedem Eingeborenen abzuschließen waren, der sich durch sie verpflichtete. Die gleiche liberale Auffassung, die damals die konservative in der Kolonialpolitik abgelöst hatte, begegnet uns acht Jahre später, als der Gesetzgeber die Verpachtung von Land der Eingeborenen an Nicht-eingeborene, um Zweifeln über ihre schon seit 1819 anerkannte Zulässigkeit zu begegnen, in sein „agrarisches Gesetz“ von 1870 aufnahm, und der Generalgouverneur sie in seiner Ordonnanz von 1871 des näheren regelte: auch die Pachtverträge müssen individuell abgeschlossen werden, ein Prinzip, an dem die die Pachtordonnanz von 1871 ersetzenden späteren Ordonnanzen von 1895 und 1900 gleichfalls festhalten.

Hat nun diese individuelle Vereinbarung wirklich die ihr zugeschriebene Bedeutung? Sichert sie in der Tat die Freiheit des Vertragsschlusses für den Eingeborenen, und bietet sie in Verbindung mit den übrigen gesetzlichen Vorschriften eine genügende Fürsorge für das gemeine Wohl, mit anderen Worten ausreichenden Schutz für die berechtigten Interessen der Eingeborenen, ohne zugleich das Gedeihen der Zuckerindustrie zu gefährden? — Bei der Beantwortung

dieser Fragen scheide ich die Beschaffung des Rohmaterials von der Beschaffung der Arbeiter.

Was zunächst die letztere anlangt, so mangelt es heute auf Java nicht mehr an Arbeitern, die sich aus freien Stücken, will sagen, nicht mehr infolge offener oder versteckter Veranlassung ihrer Obrigkeit, zur Arbeit anbieten. Es ist dies die natürliche Folge der überaus starken Volksvermehrung, die die Volksziffer Javas in den letzten 30 Jahren zu einer Höhe anschwellen ließ, die für dieses noch fast ausschließlich ackerbauende Land, seiner tropischen Fruchtbarkeit ungeachtet, den Charakter der Übervölkerung trägt. Damit wuchsen jene sozialen Klassen der Menumpangs und der Bagabunden, mit anderen Worten: ein javanisches Proletariat trat ins Leben. Und diese Leute, nicht durch äußeren Zwang, wohl aber durch den inneren Zwang ihres Hungers getrieben, vermieteten sich nun als Arbeiter bei den europäischen und sonstigen Unternehmern. Schon in den siebziger Jahren, als man eine Untersuchung über die geplante Abschaffung der Vertragsbruchstrafe anstellte, hatten die um ihre Meinung befragten höchsten Provinzbeamten Javas, die Residenten, darin übereingestimmt, daß diejenigen Javanen, die sich dem Landbauunternehmer als Arbeiter anboten, vielfach nichts anderes als Bagabunden waren, oder wie es der Resident von Kebiri ausdrückte: die Mehrheit der Arbeiter besitzt nichts und führt ein vagabundierendes Leben. Heute ist die Zahl dieser Leute noch mehr gewachsen, und vornehmlich aus ihnen rekrutieren sich gegenwärtig die Arbeiter in der Zuckerindustrie. Der landbesitzende Bauer ist ebensowenig wie früher aus freien Stücken zur Arbeit im fremden Dienste geneigt, weshalb er in der Regel immer nur einen Teil seines Bodens an die Industrie verpachtet, den ganzen Boden nur dann, wenn er anderswo ein größeres oder besseres Stück Land für seinen Reisbau zu pachten vermag.

Der kein Land besitzende Menumpang und der Bagabund sind zwar bereit, aus freien Stücken sich einem Unternehmer zu verbinden, aber da sie in dem herrlichen Java mit seinem ewigen Sommer viel geringere Bedürfnisse haben als die Arbeiter in Europa und schon mit geringer Kraftanstrengung ihre Notdurft sich beschaffen, so sind sie ebenso geneigt, wieder davon zu laufen, sobald sie nur ein paar Pfennige verdient haben: womit natürlich dem Unternehmer nicht gedient ist. Was nützt ihm das Angebot von freien Arbeitern, das ihm heute zur Verfügung steht, wenn die gemieteten nicht bei ihm bleiben? Ihm kommt es darauf an, einen Stamm von Arbeitern

zu haben, auf die er sicher zählen kann. Um sie beisammen zu halten, machte es der „freie“ Unternehmer in den Zeiten des Kultursystems gerade so wie es in unseren Tagen zum Beispiel beim Bau der Kongoeisenbahn geschehen ist: er sorgte dafür, daß sie in der Nähe der Fabrik Gelegenheit fanden, wo sie nach getaner Arbeit ihren liebsten Vergnügungen frönen konnten, die bei diesen Menschen im Glücksspiel, im eigenartigen Tanz von Tänzerinnen, dem „tandak“, und im Opiumrauchen bestehen. So ging ihr geringer Verdienst gleich wieder aus ihrer Tasche, sie blieben und dachten nicht daran fortzulaufen.

Es ist mir unbekannt, inwieweit heute die Unternehmer ähnliche Veranstaltungen treffen; wohl aber wird heute ein Mittel angewendet, das auch damals schon üblich war und selbst von der Regierung benutzt wurde. Man gibt dem Arbeiter Vorschüsse auf seinen Lohn, in der Regel schon beim Engagement, da man ohne diesen Köder ihn überhaupt nicht bekommen würde, und dann während der Dauer des Arbeitsvertrages. Diese Vorschüsse scheinen ein sehr alter Gebrauch zu sein und kommen nicht nur bei reinen Arbeitsverträgen vor. Beim Kultursystem bediente sich ihrer die Regierung zur Beschaffung von Karrenführern und Kulis. Da es an genügenden Transportmitteln für Rohr und Zucker gebrach, wurden durch Vermittelung der Verwaltung den Eingeborenen Vorschüsse zur Anschaffung von Karren und Zugvieh gegeben. Heute soll der Gebrauch so verbreitet sein, daß eine Fabrik, die keine Vorschüsse gewährte, keine Arbeiter bekäme.

Dieses Vorschußsystem in Verbindung mit der erwähnten Entziehung eines javanischen Proletariates verschafft der freien Industrie ihre Arbeiter auch dort, wo sie der wohlwollenden Mitwirkung der Obrigkeit entbehrt, die natürlich auch heute noch hinter den Kulissen vielfach vorhanden ist. Dagegen vermögen beide Momente die Arbeiter für den Unternehmer nur in sehr unvollkommener Weise zusammen zu halten. Wenigstens besagt die amtliche Statistik, daß vom 1. Januar 1873 bis ultimo Dezember 1875 nicht weniger als 9000 Fälle von Kontraktbruch bestraft wurden. Die zweite Kammer des Mutterlandes nahm 1877, sehr im Gegensatz zu den Zuckerindustriellen, einen Beschluß an, der zur Aufhebung der Kontraktstrafe führte, die in einer Buße von 16—21 fl. oder Zwangsarbeit von 7—12 Tagen an öffentlichen Werken bestand. Seit 1879 ist Kontraktbruch nur in den Fällen strafbar, in denen bewiesen werden kann, daß der Eingeborene die Absicht zum Kontraktbruche

bereits hatte, als er den Kontrakt einging, und damit so gut wie straflos. Es existiert daher auch keine Statistik mehr, aus der wir über die Anzahl der Kontraktbruchsfälle uns unterrichten könnten. Sicherlich ist aber das Übel heute, wo die Strafe fortgefallen ist, nicht geringer und jene Meinung eines Residenten immer noch zutreffend, nach welcher ein eingeborener Arbeiter, der 15 oder 20 Tage im Monat arbeite, als ein guter Arbeiter zu betrachten sei. Für den Unternehmer läßt es sich nur mildern durch die wohlwollende Mitwirkung der Obrigkeit. Trägt er Sorge, sich die eingeborenen Häupter zu Freunden zu machen, so wird für ihn manche Schwierigkeit nicht nur in der Beschaffung, sondern auch in der Erhaltung der Arbeitskräfte fortfallen; nur daß diese dann im Grunde genommen nicht mehr ausschließlich aus freien Arbeitern bestehen. Daß derartiger versteckter Zwang auch heute noch seine Rolle spielt, findet unter anderem amtliche Bestätigung in der Kabinettssmissive des Generalgouverneurs vom 3. Februar 1894, die nicht bloß Dorfhäupter und noch höhere Beamte der Zwangsausübung beschuldigt, sondern auch hervorhebt, daß in einigen Residentschaften in direktem Gegensatz zu dem seit 1863 angenommenen Prinzip kommunale Arbeitsverträge statt individueller geschlossen waren, und die Dorfhäupter selbst sich nicht gescheut hatten, hierbei als verummumte Fabriksdelegierte aufzutreten.

So glaube ich wohl, daß in dem entwickelten Sinne kein Mangel an freien Arbeitern herrscht, und die Arbeiterfrage in der javanischen Zuckerelexportindustrie erheblichere Schwierigkeiten den Unternehmern nicht bereitet, bezweifle aber stark, ob die Vorschrift des individuellen Vertragschlusses die Arbeiter immer vor der Beeinträchtigung ihrer freien Entschließung schützt. Eine andere Frage, auf die ich hier nicht einzugehen habe, ist es, ob diese freie Entschließung überhaupt ein erstrebenswertes Ziel der Kolonialpolitik darstellt. —

Ich komme nun zweitens zur Beschaffung des Rohmaterials. Welche Wege stehen heute dem Unternehmer offen, um das erforderliche Zuckerrohr zu gewinnen? Zu der, wie wir früher sahen, schon seit 1818 bestehenden Möglichkeit, Übereinkünfte mit den Eingeborenen zu treffen, kraft welcher diese auf ihren Feldern Zuckerrohr bauen und die Ernte zum vereinbarten Preise dem Unternehmer abliefern, sind seit 1870 die zwar schon vorher zulässige, jetzt aber erst zweifel-freie und geregelte Pachtung von Land der Eingeborenen und die Erbpacht von Domanialland getreten. Dagegen hielt die Regierung bis heute fest am obersten Grundsatz ihrer Landpolitik — deren

neuere Gestaltung ich in diesem Jahrbuche, Jahrg. 1899, S. 1337 ff. besprochen habe —: weder Land der Eingeborenen noch Domanialland durch Verkauf in das Eigentum von Nichteingeborenen übergehen zu lassen. Da wir es hier nur mit Zuckerindustriellen zu tun haben, so scheidet auch die Erbpacht von Domanialland infolge seiner Beschaffenheit und der Wachstumsbedingungen des Zuckerrohrs für unsere Betrachtungen aus. Denn diese Bedingungen sind die gleichen wie die des Sawahreises, Zuckerrohr kann daher in der Regel nur auf Reisboden der Eingeborenen gebaut werden, nicht hingegen auf solchem, aus dem der größte Teil des Domaniallandes besteht, und der entweder bereits gerodeter und namentlich mit Kaffee beplanter oder noch gar nicht gerodeter Urwaldboden an den Abhängen der Berge ist. Demzufolge kommt für die Zuckerkultur im Gegensatz zu der des Kaffees Domanialland — dessen Vererbpachtung außerdem den Landbau der Eingeborenen nicht berühren würde — gar nicht oder doch sehr viel weniger in Betracht als Reisland der Eingeborenen. Es genügt deshalb, zu untersuchen, ob die Übereinkunft mit den Eingeborenen über den Bau von Zuckerrohr und Lieferung von dessen Ernte und ob die Verpachtung ihres Landes an die Zuckerindustriellen den Interessen der Bevölkerung ebenso gerecht wird wie denen der Industrie. Da ferner 1894 beide Möglichkeiten für die Beschaffung des Rohmaterials durch eine Verordnung berührt wurden, die die Errichtung neuer Zuckersfabriken an bestimmte, in einer zweiten Verordnung von 1899 abgeänderte Bedingungen knüpft, so ist weiter zu prüfen, welche Bedeutung diesen Bedingungen innewohnt.

Wie ich oben hervorhob, dürfen seit 1863 Übereinkünfte mit Eingeborenen nicht mehr dorfweise abgeschlossen werden. Damit sind nicht nur reine Arbeitsverträge gemeint, die wir bisher ins Auge faßten, sondern ebenso die Vereinbarungen wegen des Anbaus bestimmter Produkte und der Lieferung ihrer Ernte. Ob in deren heute erforderlichem individuellen Abschluß ein ausreichender Schutz für die Eingeborenen liegt, das will ich bei den Pachtverträgen erörtern, die in der gleichen Weise abgeschlossen werden müssen, da für sie mein Material reichlicher fließt. Wir dürfen annehmen, daß dasjenige, was wir bei den Pachtverträgen hinsichtlich des individuellen Abschlusses finden werden, auch Geltung hat bei den Übereinkünften über Anbau und Ernteverkauf, die zudem für Zuckerrohr weniger gebräuchlich sind als für andere Kulturen, wie Tabak zum Beispiel. Während diese Übereinkünfte, die als wirklich freiwillige

die Unternehmer von der Zuverlässigkeit und Tüchtigkeit der sie eingehenden Eingeborenen abhängig machen, vor 1870, wie ich geschildert habe, doch nur dem Namen nach „freie“ Vereinbarungen waren, sollen sie heute wirklich freiwillige sein und zufriedenstellende Resultate ergeben. Ich meinerseits glaube, daß es mit dem freiwilligen Zustandekommen dieselbe Verwandtnis hat wie mit dem der individuellen Pachtverträge, wovon ich gleich sprechen werde. Was die im übrigen zufriedenstellenden Ergebnisse anlangt, so leite ich sie nicht aus dem Erfordernis des individuellen Abschlusses, sondern aus ihren gegen früher wesentlich veränderten sonstigen Bedingungen her, wie sie in der Abschaffung des Kultursystems und dem Umstande vorliegen, daß der freie Unternehmer heute nicht mehr ausschließlich auf solche Vereinbarungen angewiesen ist, sondern auch Regierungsland erbpachten und Land der Eingeborenen pachten kann. Die letztere Möglichkeit zur Beschaffung des Rohmaterials macht den Unternehmer von der Zuverlässigkeit und Tüchtigkeit des vertragsschließenden Eingeborenen weit unabhängiger, da er erforderlichenfalls mit fremden Arbeitern das gepachtete Land bebauen kann; auf sie beschränke ich meine Ausführungen.

Um die Bedeutung des individuellen Abschlusses der Pachtverträge zu erfassen, haben wir davon auszugehen, daß die javanische Bodenverfassung sowohl kommunalen wie individuellen Besitz aufweist. Der individuelle, der als erblich individueller jedenfalls schon vor dem Kultursystem bestand, kann seit 1870 in „agrarisches Eigentum“ verwandelt werden, eine Besitzform, die dem privaten Grundeigentum in den europäischen Kulturstaaten sehr nahe kommt. Der kommunale findet sich als Kommunalbesitz mit festen oder mit wechselnden Anteilen und als unverteilter Kommunalbesitz. Die Zuckerfabriken stehen heute meist in Gegenden des Kommunalbesitzes; zum Teil mag dies damit zusammenhängen, daß in den Zeiten des Kultursystems die Verwaltung, die damals von der Bodenverfassung der Eingeborenen nur geringe Kenntnis hatte, auch in den Gegenden des Individualbesitzes bei der Anlage von Regierungsfeldern es viel bequemer fand, mit ganzen Dörfern zu verhandeln, statt mit den Besitzern der einzelnen Parzellen, und so nicht selten die individuelle Bodenverfassung in die kommunale zurückverwandelt haben soll.

Es handelt sich also bei der Verpachtung von Land zum Zwecke des Zuckerrohranbaus weniger um erblich-individuell und in agrarischem Eigentum besessenes, bei welchen Besitzarten der Vertragschluß notwendig individuell sein muß, als um Kommunalbesitz.

Auch für ihn schreibt die Pachtordnung von 1871 vor, daß mit jedem Anteilhaber ein besonderer schriftlicher Pachtvertrag abzuschließen sei, den zwei Mitglieder der Dorfverwaltung hinsichtlich der Unterschrift des Verpächters zu beglaubigen haben. Einige Jahre später wurde, wenn die Pacht auf nicht mehr als ein Erntejahr sich erstreckte, die Aufnahme von mehreren Verträgen in ein und dieselbe Akte erlaubt, aber auch dann mußte ihr Abschluß individuell erfolgen mit jedem Teilhaber, nicht etwa durch das Dorfhaupt.

Es erhebt sich nun zunächst die Frage, ob diese Vorschrift auch ausgeführt worden ist. Ein hoher indischer Beamter, der damalige Inspektor der Regierungskulturen, van Gorkom, wurde mit der Untersuchung ihrer Wirkung beauftragt und stellte hierbei 1876 fest, daß bei den sehr zerstreuten Anteilsrechten der einzelnen Dorfgemeinden der individuelle Abschluß dem Unternehmer zu viel Mühe bereite. Er könne nicht hier ein Stückchen, dort ein Stückchen Land von den einzelnen Teilberechtigten pachten, sondern bedürfe großer aneinander gereihter Flächen. Um sie zu bekommen, müsse er alle möglichen Kunstgriffe anwenden, durch Prämien und Geschenke sich den Einfluß des Dorfhauptes sichern, so daß die Verpachtung von Kommunalfeldern tatsächlich doch nicht durch die individuellen Teilberechtigten, sondern durch die Gemeinde oder das Gemeindefürstentum geschehe. Es sei daher besser, sie auch gesetzlich zuzulassen als Verpachtung namens der Gemeinde durch das Dorfhaupt und mit dem Erfordernis der Zustimmung seitens der Mehrheit der Teilberechtigten.

Der Rat von Indien wollte von diesem Vorschlage, der den seit 1863 angenommenen Prinzipien ins Gesicht schlage, nichts wissen; eine nochmalige Untersuchung der tatsächlichen Verhältnisse, die der Generalgouverneur anstellen ließ, ergab, daß Gorkoms Behauptung, die Verpachtung geschehe tatsächlich nicht durch die Inhaber der Anteile sondern durch die Gemeinde, weit davon entfernt war, richtig zu sein. Wie die Motive zur Pachtordnung vom 26. November 1895, denen ich dieses Ergebnis entnahm, mit ihm vereinigen können, was sie zu seiner Begründung anführen, ist mir unverständlich geblieben. Sie fahren nämlich fort: das Dorfhaupt verleihe wohl seine Mitwirkung zur Verpachtung und seine Bemühungen seien vielfach größer als mit seinen Amtspflichten verträglich wäre, aber seine Macht gehe doch niemals so weit, daß es ohne Zustimmung oder mit Verkürzung der Rechte des derzeitigen Inhabers dessen Anteil an einen Nicht-eingeborenen verpachten könne. Und selbst dort, wo die Bemühungen des Dorfhauptes weiter gingen als wünschenswert, gelange der aus-

bedungene Pachtzins gleichwohl immer in die Hände des individuellen Verpächters. Letzteres hatte van Gorkom nicht bestritten, sondern nur dargelegt, daß der Pachtordonnanz von 1871 ungeachtet die Verpachtung tatsächlich durch die Gemeinde oder deren Haupt erfolgte. Nichts anderes besagt aber der eben zitierte Satz der Motive für jeden, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht und aus meiner Schilderung der sogenannt freien Industrie zur Zeit des Kultursystems sich erinnert, wie es um die freiwillige Zustimmung der Eingeborenen steht, wenn ihre Obrigkeit dem Unternehmer über ihre Amtspflichten hinausgehende Mitwirkung verleiht.

Mit van Gorkoms Auffassung stimmt auch überein, daß die Zuckerfabrikanten selbst noch 1877 in der kommunalen Verpachtung eine Lebensbedingung der freien Zuckerindustrie erblickten, und daß die Ausführung der Pachtordonnanz sehr zu wünschen übrig ließ. Zur Sicherung des individuellen Vertragschlusses und der übrigen Bestimmungen, die die Willensfreiheit und das Interesse der Eingeborenen schützen sollten, enthielt sie die Vorschrift, daß jeder Pachtvertrag vom zuständigen Verwaltungsbeamten zu bestätigen und zu registrieren sei bei Strafe seiner Nichtigkeit. Dieses wichtige Kontrollmittel versagte völlig. Wie ich der Encyclopaedie van Nederl.-Indië entnehme, wurden noch 1893 nur 8729 Bouws verpachtet mit Registrierung der Pachtverträge, 104307 Bouws hingegen ganz ohne solche. 1889 hatten sich noch 237 Unternehmungen an jene Vorschrift gehalten, in den vier folgenden Jahren nur noch 206, 61, 94, 73. Allerdings beziehen sich diese Ziffern auf Pachtverträge überhaupt und nur auf die der zweiten Pachtordonnanz von 1895 kurz vorhergehenden Jahre. Da indessen in den Jahren 1889–94 die Pachtordonnanz von 1871 sich längst eingelebt hatte, so ist der Rückschluß gerechtfertigt, daß es in den Jahren 1871–89 um ihre Durchführung jedenfalls nicht besser bestellt gewesen sein wird als in der Zeit von 1889–94. Ebenso der andere, daß die Pachtverträge zum Zweck des Zuckerrohrbaues keine Ausnahme bilden können, da weitaus die meisten Pachtverträge zu diesem Behuf abgeschlossen wurden.

Die angeführten Zahlen lehren uns verstehen, warum die Klagen über unerlaubten Druck, den die Unternehmer auf die Dorfhäupter ausübten, um Reisbauern zur Verpachtung zu bewegen, trotz der Pachtordonnanz nicht verstummen sondern lauter wurden mit der Ausdehnung der Industrie. In Verbindung mit anderen Klagen, wie sie namentlich aus den Residentschaften Besuki, Pasuruan und Surabaja ertönten, brachten sie den Gesetzgeber zu der Überzeugung,

daß eine neue Pachtordnung erforderlich sei. Mehrere Untersuchungen, darunter auch von den Zuckerfabrikanten aus freien Stücken veranstaltete, lieferten das Material zur neuen Regelung. Sie ergaben unter anderem, daß der Unternehmer in der Regel intermittierende Kontrakte mit den Eingeborenen abschloß, bei denen der Verpächter das Land periodisch für die Zucht seiner eigenen Gewächse zurück erhielt: was zugleich im landwirtschaftlich technischen Interesse lag, um der Bodenerschöpfung durch Fruchtwechsel vorzubeugen. Auch zeigte sich jetzt, 1894, daß die Fabrikanten im Gegensatz zu ihrer Meinung von 1877 nun daran zweifelten, ob die dorfweise Verpachtung ihnen mehr Vorteile verschaffen könnte als die individuelle. Dies bestärkte die Regierung in der Auffassung, nach welcher die durch van Gorkom vorgeschlagene dorfweise Verpachtung nur die Tür für noch größere und eingreifendere Mißbräuche öffnen würde. Sie war wohl der Meinung, daß der aus den neuen Untersuchungen ersichtbare Zwang lebiglich durch die mangelhafte Ausführung der Pachtordnung von 1871 und insbesondere des in ihr vorgeschriebenen individuellen Vertragschlusses zu erklären sei. Dieser müsse durchaus beibehalten werden.

Da es aber schwer fiel, für die widerstreitenden Interessen den richtigen Ausgleich zu finden, anderseits die erwähnte Statistik mit erschreckender Deutlichkeit zeigte, wie wenig die Schutzbestimmungen der Ordnung von 1871 gewirkt hatten, so entschloß sich die Regierung, einstweilen wenigstens weitere Beeinträchtigungen berechtigter eingeborener Interessen zu verhindern, indem sie die Neuerrichtung von Fabriken 1894 an ihre vorgängige Erlaubnis knüpfte. Ich komme weiter unten auf die Verordnung, in der sie es tat, und die Bedingungen zurück, unter denen die Erlaubnis erteilt wird. Ein Jahr später und wohl früher, als die Regierung selbst gehofft hatte, erging dann ihre neue Pachtordnung von 1895. In ihr hielt sie am Erfordernis des individuellen Abschlusses fest, machte aber die Ausübung des den Anteilhabern am Kommunalbesitz gewährten Verpachtungsrechtes vom Willen der Mehrheit ihrer Genossen abhängig.

Die Erwägungen, die sie hierbei leiteten, waren folgende. Die Annahme, daß die Zuckerindustrie nicht die genügende Menge Landes bekomme, wenn sie sich mit den individuellen Anteilhabern verständigen müsse, und deshalb bei Aufrechterhaltung dieser bisherigen Vorschrift nur bestehen könne, indem sie den die Eingeborenen zwingenden Einfluß dieses oder jenes Machthabers mißbrauche, hielt

sie für irrig. Die Industrie bedürfe nicht der Verpachtung durch die Gemeinde oder deren Haupt, sondern lediglich ihrer Mitwirkung nach bereits erfolgtem Zustandekommen der individuellen Pachtverträge, um nämlich nun innerhalb der Dorfgemeinschaft diejenigen Vereinbarungen zu treffen, die dem individuellen Verpächter den Genuß seines Anteils auf so lange Zeit sichern, als das auf ihm gepflanzte Zuckerrohr nötig hat, um geerntet werden zu können. Das gleiche gelte hinsichtlich der Wasserbeschaffung für die Rohrplantagen. Beispielsweise habe bei Kommunalbesitz mit jährlicher Neuverteilung der Teilberechtigten seinen Anteil nur auf zwölf Monate, müsse aber seinen Genuß bei der Verpachtung an einen Zuckerindustriellen diesem 16—18 Monate lang einräumen; das sei allerdings ohne Zustimmung der Gemeinde unmöglich. Wenn jedoch diese Sachlage dafür angeführt werde, daß in solchen Gegenden die Verpachtung nicht individuell erfolgen könne, sondern durch die Gemeinde geschehen müsse, so sei dieser Beschluß unbegründet. Nicht müsse die Gemeinde hier der Verpächter sein, wohl aber wegen der Folgen der Verpachtung für sie als Interessent in Betracht kommen, der eine derartige Verpachtung zu hindern vermöge. Das individuelle Verpachtungsrecht der Anteilhaber sei daher beizubehalten, aber zugleich an die Zustimmung der Gemeinde zu knüpfen. Mache sie von ihrem Widerspruchsrechte keinen Gebrauch, so folge daraus von selbst, daß sie einverstanden sei und es auf sich nehme, zu den erforderlichen Vereinbarungen innerhalb der Gemeindeglieder mitzuwirken, mit anderen Worten, daß sie dann auch die Folgen der Verpachtung tragen wolle.

Die Pachtordonnanz von 1895 führte dieses Zustimmungsrecht in der Weise ein, daß den individuellen Pachtverträgen zwei Drittel der gesamten teilberechtigten Gemeindeglieder zustimmen mußten und ihre Zustimmung als erfolgt angesehen wurde, wenn nicht binnen eines Monats mehr als ein Drittel der Teilberechtigten an der Reisflur des Dorfes Beschwerde gegen die Verpachtung erhoben hatte. Diese Vorschrift erwies sich bald als zu schwerfällig, weil bei der Verpachtung von Gründen, die der Unterabteilung eines Dorfes selbständig gehörten, nicht nur deren Teilberechtigte sondern auch die der übrigen Unterabteilungen mit zu sprechen hatten. Die jüngste Pachtordonnanz vom 27. August 1900 (Staatsblad no. 240. Herziening der regelen omtrent de Inland'sche grondverhuringen op Java en Madoera), die an die Stelle der Ordonnanz von 1895 trat, hat deshalb die Zustimmung auf die Teilberechtigten

nur an dem Boden, der unter sie zur Verteilung gelangt, beschränkt; wenn mindestens ein Drittel von ihnen widerspricht, darf die Verpachtung nicht genehmigt werden. Hierdurch sind die Schwierigkeiten, die sich bei der praktischen Anwendung der Vorschrift ergaben, erheblich verringert, wenn sie auch nicht völlig beseitigt werden konnten, so lange das Prinzip der individuellen Verpachtung und der Zustimmung der Teilberechtigten aufrecht erhalten bleibt. Das aber erachtet die Regierung im Interesse der Eingeborenen für durchaus geboten.

Hat sie darin Recht? Mich vermag die dargelegte Motivierung ihres Standpunktes nicht zu überzeugen. Zunächst scheint es mir juristisch nicht haltbar zu sein, dem Inhaber eines zeitlich beschränkten Nutzungsrechtes dessen Verpachtung auf längere Zeit zu erlauben als er selbst die Nutzung hat, und aus dem bloßen Fehlen des Widerspruches von mehr als einem Drittel der Teilberechtigten zu schließen, daß die Gemeinde die Folgen dieser rechtlichen Unmöglichkeit auf sich nimmt. Diese Konstruktion tut der tatsächlichen Lage Gewalt an. Aus ihr folgt meines Erachtens nicht die komplizierte Lösung der Ordonnanz sondern die Verpachtung durch die Gemeinde. Sie ist die Eigentümerin der kommunalen Felder. Die Verpachtung von solchen auf längere Zeit als die teilberechtigten Gemeindeglieder ihre Nutzung haben, hängt nicht von deren Willen sondern vom Willen der Gemeinde als der Eigentümerin ab. Wozu da die umständliche Konstruktion der individuellen Pachtverträge mit Widerspruchsrecht der Gemeinde anstatt einfach die Verpachtung durch die Gemeinde zuzulassen und sie von der Zustimmung der Mehrheit der Gemeindeglieder abhängig zu machen, wie van Gorkom es 1877 vorgeschlagen hatte? War diese nicht auch insofern viel mehr am Platze, als sie das komplizierte Austauschverfahren nach erfolgter Pacht überflüssig gemacht hätte? Der Fabrikant benötigt zusammenhängende Landkomplexe, die Anteile, die er individuell pachtet, liegen aber meist zerstreut; es bedarf daher häufig des Austausches von gepachteten Strecken gegen nicht gepachtete, was einer kleinen Revolution im Haushalt der Gemeinde gleichkommt und ohne Mitwirkung der Dorfhäupter gar nicht zu bewirken ist. Ich vermag nicht zu erkennen, inwiefern die Lösung Gorkoms größeren Mißbräuchen die Tür geöffnet hätte. Der bei ihr mögliche Zwang auf den Willen der Eingeborenen ist auch bei der komplizierten Lösung der Ordonnanzen von 1895/1900 keineswegs ausgeschlossen. Daß er bei den individuellen Pachtverträgen der Ordonnanz von 1871 vorhanden war, habe ich

bargelegt; daß das 1895 eingeführte und 1900 noch im Sinne erleichterter Zwangsübung modifizierte Widerspruchsrecht eines Drittels der Teilberechtigten die Zwangsmöglichkeit in höherem Maße verringern würde als die Zustimmung der Mehrheit der Teilberechtigten zur Kommunalverpachtung, das war doch nicht anzunehmen. So hätte die Zulassung der Kommunalverpachtung mit Zustimmung der Mehrheit der teilberechtigten Gemeindeglieder wenigstens den Vorzug größerer Einfachheit und einwandfreier juristischer Konstruktion besessen. —

Ebenso wenig wie der individuelle Abschluß der Pachtverträge scheinen mir die übrigen Bestimmungen die Freiheit der Pachtverträge zu verbürgen und denjenigen Schutz der eingeborenen Interessen, den sie verwirklichen wollen, zu gewährleisten. Betrachten wir sie uns näher, in der Gestalt, die ihnen die Pachtordnung vom 27. August 1900 und ihre Ausführungsvorschriften vom gleichen Tage gegeben haben.

Die Pachtverträge müssen vom Pächter in zwei Exemplaren schriftlich aufgesetzt und amtlich bestätigt werden. Nach der alten Ordnung von 1895 war das eine Exemplar in der Sprache des verpachtenden Eingeborenen abzufassen, entweder sundanesisch oder javanisch, und bei allen Streitigkeiten sollte dieser im Besitz des Eingeborenen befindliche Text entscheiden. Die Erfahrung lehrte indessen, daß die Eingeborenen geringen Wert auf den Besitz ihres Exemplares legten. Man hat deshalb 1900 an Stelle dieses Erfordernisses vorgeschrieben, daß vor der Bestätigung der Inhalt des Pachtvertrages den beteiligten Eingeborenen in ihrer Sprache vorgelesen und erforderlichenfalls erläutert werden muß, das eine Exemplar aber nicht mehr dem Verpächter auszuhandigen sondern von der Verwaltung sorgfältig aufzubewahren ist.

Um die der Bestätigung vorausgehende Prüfung in eiligen Fällen auch durch eingeborene Beamte bewirken zu können, die meist des Holländischen nicht mächtig sind und in ihren Beziehungen zu den europäischen Beamten sich der auf Java üblichsten Verkehrssprache, des Malaiischen zu bedienen pflegen, ist es heute gestattet, den Vertrag auch in dieser aufzusetzen. Die Prüfung erfolgt durch einen mit ihr beauftragten lokalen Beamten in Gegenwart der Parteien und erstreckt sich darauf, ob zwischen ihnen Willensübereinstimmung besteht, und keine gesetzlichen Gründe gegen den Vertrag sprechen. Wie wenig freilich diese schöne Vorschrift die Verwirklichung der gesetzgeberischen Absicht verbürgt, läßt sich daraus entnehmen, daß nicht nur die

Verpächter sondern auch die Dorfingewesenen und die niederen eingeborenen Beamten ganz oder fast ganz in Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen, ihres Geistes und Zweckes sich befinden. Die offiziellen Übersetzungen der Pachtordnung und ihrer Motive sind für sie fast völlig unverständlich, ja selbst für hohe eingeborene Beamte wie die Regenten nicht immer ganz erfassbar. Wenigstens sagt dies ausdrücklich ein Sachverständiger, H. E. Steinmeß, im Vorwort zu seiner popularisierenden Übersetzung und Erläuterung jener Ordnung, die der Februarlieferung 1902 der auf Java erscheinenden Zeitschrift für innere Verwaltung beigelegt war und jenem Übelstande zu steuern sucht.

Findet bei der Prüfung der Beamte nichts, was der Bestätigung entgegensteht, so sendet er dann den Vertrag mit einem entsprechenden Vermerk dem für die Bestätigung zuständigen Beamten des Bezirks, in dem das verpachtete Land liegt. Dieser kann eine neue Prüfung anordnen, muß aber binnen eines Monats seine Bestätigung geben oder verweigern. Seine Entscheidung, gegen welche der Rechtsweg offen bleibt, ist in ein besonderes Register einzutragen und wird aus diesem, wenn sie verweigernd ausfiel, später in den amtlichen Bericht übernommen, den die Kolonialverwaltung alljährlich den Rammern im Mutterlande vorlegt.

Erst die Bestätigung gewährt dem Pächter das Recht, das Land in Gebrauch zu nehmen. Für ihre Erteilung sind genaue Direktiven gegeben. Sie darf nicht schon verweigert werden, wenn der Beamte die Verpachtung als nachteilig für die Interessen der Eingeborenen erachtet, weil ihm z. B. der Pachtschilling zu niedrig vorkommt, sondern nur dann, wenn der Vertrag den gesetzlichen Erfordernissen nicht genügt.

Um nur die wichtigsten zu nennen, so habe ich das des individuellen Vertragsschlusses und die zur Verpachtung von Anteilen am Kommunalbesitz notwendige Zustimmung von zwei Dritteln der Teilberechtigten bereits eingehend besprochen. Der gleichen Absicht, die Willensfreiheit der Vertragsschließenden zu wahren, dient die fernere Vorschrift, die Bestätigung zu verweigern, wenn der Eingeborene unter dem Einfluß von Zwang, Betrug oder Irrtum in die Verpachtung willigte. Ihr entspricht die dem Interesse der Pächter dienende Bestimmung, keine Genehmigung zu erteilen, wenn sich ergibt, daß der Eingeborene kein Recht auf den Boden hatte, den er verpachtete, sei es, daß er überhaupt kein solches besaß oder durch einen mit einem anderen Pächter bereits abgeschlossenen Vertrag sich der Möglichkeit

begab, dasselbe Land noch einmal zu verpachten. Nicht das spezielle Interesse der Vertragsschließenden, sondern das allgemeine der Gemeinschaft, zu der die verpachtenden Eingeborenen gehören, haben zwei Vorschriften im Auge. Die eine schließt den als Gemeinweide dienenden unverteilten Besitz, mit anderen Worten das für den ausschließlichen Gebrauch durch das Vieh eines oder mehrerer Dörfer abge sonderte Terrain von der Verpachtung aus, während die andere zu verhindern sucht, daß die Industrie einen zu großen Teil der dörflichen Reissflur pachtet und hierdurch während der Monate, in denen der Reissbau auf den nicht verpachteten Teilen in Angriff genommen werden muß, ihm zuviel Wasser entzieht oder sonst das Interesse der Eingeborenen benachteiligt. Dem vorzubeugen, soll daher die Bestätigung verweigert werden, wenn während jener Zeit mehr als ein Drittel der dörflichen Reissflur dem Landbau der Eingeborenen entzogen werden würde, und hieraus ein Nachteil für ihre Bewässerungs- oder sonstigen Interessen erwüchse.

Was die Regelung der Pachtzeit anlangt, so ist ihre Maximalgrenze bei der Verpachtung agrarischen Eigentums 20 Jahre, bei erblich individuellem Besitz und bei Kommunalbesitz mit festen Anteilen 12 Jahre, bei Kommunalbesitz mit periodischer und unperiodischer Neuverteilung und bei unverteilttem Kommunalbesitz $6\frac{1}{2}$ Jahre, endlich bei Amtsfeldern, die den Dorfhäuptern an Stelle einer Bezahlung ausgesondert werden, ein Jahr. Diesen Zeitgrenzen liegt der Gedanke zugrunde, den Eingeborenen nicht auf längere Zeit verpachten zu lassen, als er selbst die Verfügung über seinen Anteil besitzt; soweit es sich aber um dauernde Verfügung bei erblich individuellem Besitz und agrarischem Eigentum handelt, will die Grenze einer Verpachtung auf so lange hinaus vorbeugen, daß sie in ihrer Wirkung auf den sorglosen Eingeborenen dem Verkaufe seines Landes gleich käme, und so jene Schutzbestimmung umgangen würde, die den Verkauf an Nichteingeborene verbietet. Die Grenze von $6\frac{1}{2}$ Jahren für Kommunalbesitz ohne feste Anteile erlaubt den Zucker- und Indigo-Unternehmungen, bei denen Anpflanzungen um die drei Jahre Regel sind, ihr Areal innerhalb der Pachtzeit zweimal durchzugehen, mit anderen Worten von jedem abwechselnd okkupierten Drittel des gepachteten Ganzen zwei Ernten zu bekommen. Ich erwähnte bereits, daß die Pachtkontrakte in der Regel intermittierende Kontrakte sind: die jeweils vom Unternehmer der sonst drohenden Bodenerschöpfung halber nicht zu nutzenden beiden Drittel nutzt solange der Verpächter für seine eigenen Gewächse.

Eigentümlich berühren europäisches Empfinden die Bestimmungen der Ordonnanz, die sich auf die Zahlung des Pachtschillings beziehen. Es darf nämlich die Vorauszahlung der Pachtsumme nicht gestattet werden, wenn sie früher erfolgt als mit Beginn des fünfzehnten Monats, der vor dem Kalenderjahr liegt, in welchem der Pächter den gepachteten Boden in Gebrauch nehmen will. Bei Verpachtungen auf längere Zeit hat die Zahlung im gleichen Betrage für jedes Jahr zu geschehen, die Vorauszahlung des ersten dieser Beträge darf vor dem eben genannten Zeitpunkt nicht stattfinden, die der übrigen nicht vor dem Anfang des Kalenderjahres, das demjenigen vorhergeht, auf welches sie sich bezieht. Zahlungen, die hiermit in Widerspruch stehen, sind nichtig, und ihre Rückforderung ist nicht zugelassen, so daß der eingeborene Verpächter also das Recht haben würde, die bereits erfolgte Zahlung noch einmal zu verlangen. Ob er es freilich mit Erfolg ausüben könnte, und ob hierin ein ausreichender Schutz gegen vorzeitige Zahlung liegt, das erscheint mir zweifelhaft.

Die Ursache dieser merkwürdigen Vorschriften haben wir in einem der größten Krebsgeschäden der sozialen Zustände Javas, dem schon oben erwähnten Vorschußsystem, zu erblicken. Es würde zu weit führen, wenn ich hier näher darauf eingehen wollte. Bereits 1808 hatte Daendels verboten, Vorschüsse auf die Ernte zu gewähren, „wodurch der Reisbauer um die Früchte seines Schweißes und seiner Arbeit mit unerhörtem Wucher geprellt würde.“ Nach der Ordonnanz von 1895 war die Vorauszahlung des Pachtschillings vor Anfang desjenigen Jahres verboten, das dem vorhergeht, in welchem der Pächter das gepachtete Land in Gebrauch nehmen wollte. Dies hatte zur Folge, daß in den letzten Monaten des Jahres, in welchen der Eingeborene für den Ankauf von Saatreis, zur Bezahlung von Steuern usw. gerade das meiste Geld nötig hat, der Industrielle sich gehindert sah, ihm dadurch zu Hülfe zu kommen, daß er einen Teil seines Landes pachtete und jetzt schon den Pachtschilling vorauszahlte. Sowohl zu seinem eigenen Schaden als zu dem der Industrie sah sich der eingeborene Reisbauer infolge dessen häufig genötigt, zur Befriedigung seines Geldbedarfs sich an einen begüterten Genossen oder auch einen chinesischen Geldleiher zu wenden. Diese machten von seiner Verlegenheit Gebrauch, um zu ganz niedrigem Preise seine Reisfelder zu pachten, in der Absicht, sie später mit gehörigem Gewinn dem Industriellen anzubieten oder, wenn für ihn ihre Bedingungen zu ungünstig waren, es für eigene Rechnung in Bebauung zu nehmen. Um derartigen Machinationen von eingeborenen und

chinesischen Zwischenpächtern, die die verpachtenden Reisbauern schädigten und der Industrie das Land verteuerten oder ganz entzogen, entgegen zu treten, wurde in der Ordonnanz von 1900 die für die Vorauszahlung der Pachtsumme erlaubte Zeitgrenze um drei Monate erweitert. Infolge dessen kann nun der Industrielle gerade in der Zeit des stärksten Geldbedarfs auf Seiten der Verpächter in Konkurrenz mit jenen Gelbleihern treten. Der naheliegende Gedanke C. Th. van Deventers — in seiner im ministeriellen Auftrage verfaßten ausgezeichneten Overzicht van den economischen toestand der Inlandsche Bevolking van Java 1904 —, es wäre doch viel besser gewesen, die Vorherbezahlungsfrist nicht von 12 auf 15 Monate auszu dehnen, sondern von 12 auf 3 Monate einzuschränken und für die Übergangszeit den Verpächtern zinslose Regierungsdarlehen zu gewähren, würde nach der Ansicht von Fabrikanten, wie sie im „Nieuwe Courant“ 1905, Nr. 131, geäußert wurde, nur dazu führen, daß nach ein paar Jahren die Verpächter nicht nur wieder ebenso tief bei privaten Gläubigern verschuldet, sondern nun auch noch Schuldner der Regierung wären. Die ganze Zeitbestimmung sei überflüssig. Denn für diejenigen, die es selbst einsehen, daß der Pachtschilling besser nicht vor den 15 Monaten gezahlt werde, wäre sie nicht nötig, für andere aber, die sich an sie nicht halten wollten oder könnten, ohne jeden Nutzen. Wo Pächter und Verpächter einig seien, lasse sich die frühere Vorschußzahlung nicht verhindern, sie brauche ja nur unter einem anderen Namen zu erfolgen. —

Hätte sich die Geldverlegenheit der eingeborenen Verpächter vielleicht dadurch noch mehr mildern lassen, daß man vorschrieb, die in Ansehung des verpachteten Landes zu leistenden Steuern gehen auf den Pächter über? Nur unter der Voraussetzung, daß dann der Pachtschilling nicht um die vom Pächter aufzubringenden Steuern gekürzt wurde. Außerdem sprachen nach der Meinung des Gesetzgebers gegen diesen Übergang so wichtige Bedenken, daß er sich vielmehr genötigt sah, ausdrücklich zu erklären: die Verpflichtung zur Leistung der Steuern in Geld und in Arbeit bleibt auf denen ruhen, die als Rechthabende auf den Boden nach lokalem Gebrauch hierfür verantwortlich sind. Die Regierung verschloß sich zwar keineswegs der Erkenntnis, daß es wünschenswert sei, die Steuerleistung auf den Pächter übergehen zu lassen, um dem vorzubeugen, daß der Eingeborene, der sein Land verpachtet hatte, sein Dorf verließ und hierdurch die Lage der übrigen Dorfgenossen verschlechterte. Denn

diese hatten in solchen Fällen die auf ihn entfallenden Dienste mit zu leisten und die von ihm zu zahlende Landrentensteuer mit aufzubringen, während er selbst als nicht mehr Grundbesitzer Gefahr lief, auf eine tiefere Stufe in der eingeborenen Gesellschaft hinabzusinken. Wurde er hingegen, dank dem Übergang seiner Verpflichtungen auf den Pächter, von der Dienstleistung und Steuerzahlung für Land, dessen Genuß er nicht mehr hat, befreit, so fiel für ihn dieser wichtige Grund zum Verlassen seines Dorfes fort, und die Dorfgemeinschaft wie die Steuerklasse befanden sich wohl dabei, weil der Pächter seine Leistungen übernahm. Unüberwindliche Schwierigkeiten prinzipieller und praktischer Art machten es indessen der Regierung unmöglich, diesen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Das hier zugrunde liegende Problem ist ein solches, das näheres Eingehen rechtfertigt.

Die Steuern, die der Javane zu zahlen hat, sind solche in Arbeit und solche in Geld. Seine Belastung in Arbeit kommt entweder dem Staate zu gute, dem er sie in Gestalt der heute immer mehr beschränkten „Herrendienste“, für Straßenbau zum Beispiel, und der noch vorhandenen Reste des Dienstes für die Regierungskulturen als „Kulturdienste“ leistet, oder sie nützt der Dorfgemeinschaft in Gestalt der „Dessadienste“, die den Javanen heute jedenfalls weit mehr in Anspruch nehmen als seine Dienste für den Staat.

Schon die nähere Betrachtung der Herrendienste zeigt uns die Unmöglichkeit, sie auf den Pächter zu übertragen. Diese Dienstpflicht ist nämlich nicht in allen Teilen Javas in derselben Weise geregelt. Sie ruht vielfach nicht ausschließlich auf Personen, die Acker- oder Gartenland besitzen, sondern auch auf solchen, die eine eigene Hütte haben. Der Pflichtige, der sein Land verpachtete aber im Besitz seiner Wohnung blieb, würde infolge dessen doch der Verpflichtung zum Herrendienste nicht enthoben worden sein. Weiter ist die Dienstpflicht dort, wo sie auf dem Boden ruht, oft nicht seiner Größe proportional; wer zehn Bouws besitzt, muß gleichwohl nicht mehr Dienste leisten als der Besitzer von nur einem. Verpachtet der Eingeborene nun bloß einen Teil seines Landes — und dies ist die Regel bei allen Pachtverträgen —, so würde er infolge dessen in demselben Maße herrendienstpflichtig bleiben, wie wenn er nichts verpachtet hätte. Auch ist es praktisch außerordentlich schwierig, den Teil der Dienstpflicht zu berechnen, der auf den Pächter übergehen müßte, und noch schwerer, einen billigen Maßstab für die Umrechnung dieses Teiles in Geld zu finden, das der Pächter an Stelle der vom

Verpächter zu leistenden Dienste zu zahlen hätte. Nur ganz rohe Schätzungen der vom Verpächter geschuldeten täglichen Dienste würden sich ergeben und in Geld umgerechnet werden müssen auf Grund der Annahme eines durchschnittlichen Tagelohnes, was sehr ungleichmäßige Resultate ergäbe. Noch größer endlich wäre die Schwierigkeit, dafür zu sorgen, daß die vom Pächter gezahlte Summe auch wirklich für den Zweck verwendet würde, für den sie aufgebracht wurde: nämlich um die Genossen des Verpächters, die nicht verpachteten, von den durch den Pächter übernommenen Diensten verhältnismäßig zu entlasten. Sie ist um so weniger zu lösen, als das vom Verpächter zu leistende Äquivalent in Geld in jedem Jahr eine verschiedene Höhe hätte und sich über eine verschiedene Anzahl von Dorfgemeinden verteilen müßte: je nachdem ein größerer oder kleinerer Teil der Dienstpflichtigen bei der Verpachtung beteiligt wäre. Diese Schwierigkeiten werden noch fühlbarer, wenn es sich nicht nur um Herrendienste sondern auch um Kulturdienste und vor allem um Defizitendienste handelt.

Was sodann die Steuern in Geld anlangt, so stand ihrer Übertragung auf den Pächter folgendes entgegen: zunächst die durch zahlreiche Untersuchungen festgestellte Tatsache, daß der eingeborene Verpächter nur einen Teil seines Landes an private Unternehmer zu verpachten pflegt und bei Verpachtungen auf längere Zeit in der Regel intermittierende Kontrakte eingeht, so daß das gepachtete Land nicht während der ganzen Pachtzeit ohne Unterbrechung im Besitze des Pächters bleibt, sondern periodisch zum Verpächter zurückkehrt. Es wird also in den meisten Fällen das Band zwischen dem Verpächter und seinem Lande durch die Verpachtung nicht zerschnitten. Erschien aus diesem Grunde für die große Mehrzahl der Fälle jene Furcht, daß der Verpächter sein Land und sein Dorf verlassen werde, unbegründet, so meinte der Gesetzgeber andererseits, daß bei Übertragung der Steuerzahlung auf den Pächter doch keine genügende Sicherheit für die wirkliche Entlastung des Verpächters dargeboten werde. Einmal bliebe ja der Verpächter in Ansehung derjenigen Teile seines Landes, die er nicht verpachtet hätte, und hinsichtlich der verpachteten während der Zeit, für die sie bei intermittierendem Kontrakt in seinen Gebrauch zurückkehrten, steuerpflichtig, und sodann wäre bei der gegenwärtigen Organisation der Steuererhebung in den Dörfern auch nicht die geringste Bürgschaft dafür vorhanden, daß die vom Pächter für das gepachtete Land gezahlte Landrente von der vom Verpächter zu zahlenden Summe auch wirklich in Abzug gebracht

würde. Zu diesem Bedenken gesellten sich noch große praktische Schwierigkeiten. Wie sollte der auf das verpachtete Land entfallende Landrentebetrag richtig berechnet werden, da seine Flächengröße nicht genau bekannt ist, den Angaben der Dorfgenossen aber hier kein großes Vertrauen beigelegt werden kann? Waren sie doch daran interessiert, eine möglichst große Summe dem Pächter zuzuschieben. Und wie sollte dieser beim Vertragsschlusse den auf ihn übergehenden Landrenteteil richtig ermessen und bei der Vereinbarung des Pacht- schillings entsprechend berücksichtigen können, wo doch die Verpachtung gewöhnlich schon lange Zeit vor der Umlegung der Landrente in den Dörfern stattfindet, und ein heute geltender Landrentesatz in Zukunft erhöht oder erniedrigt werden kann? —

Aus diesen Erwägungen heraus hat der indische Gesetzgeber davon abgesehen, mit der Pachtung auch die Verpflichtung zur Steuerleistung in Arbeit und in Geld auf den Pächter übergehen zu lassen. Ob sie freilich in allen Stücken zutreffen, ob insbesondere die Bedenken gegen den Übergang der Landrente auf den Pächter schlagende Argumente sind, das erscheint mir um so zweifelhafter, als seit einigen Jahren in der Abteilung Sidoarbjo die Verpachtung in der Art erfolgt, daß die Dörfer $\frac{1}{3}$ ihrer Flur dem Unternehmer zur Verfügung stellen, der dafür seinerseits die für die ganze Dorf- flur geschuldete Landrentezahlung übernimmt. Was der Unternehmer auf diese Weise für die Nutzung des Landes entrichtet, ist mehr als die Summe, die früher die Verpächter als Pachtschilling erhielten. Van Deventer erhebt gegen diese Regelung, die für den Fabrikanten viel Unsicherheit und viele Schwierigkeiten beseitige, den Einwurf, sie lasse keinen Raum für selbständige Entschlüsse des individuellen Anteilhabers an der Dorf- flur und hindere ihn so, wenn er ver- pachten wolle, sich die vorteilhaftesten Bedingungen auszumachen. Seinem Einwand, der außer acht läßt, daß Anteilhaber und Pächter beim Vertragsabschluß sich nicht als gleich starke Kontrahenten gegen- überstehen, fügt er aber selbst hinzu, das Ergebnis sei indessen für alle Anteilhaber zusammen günstiger, und das Sidoarbjosche System beseitige zweifellos zahllose sonst bei der Verpachtung vorkommende Übelstände. Ich meinerseits möchte in ihm geradezu das Ei des Columbus erblicken, und die große Kompliziertheit des Pacht- systems im übrigen Java, wie sie aus meiner Schilderung hervorgeht, als Konsequenz des Prinzipes vom individuellen Vertragsabschlusse erklären. Könnte die Regierung an Stelle ihres starren Festhaltens an diesem doktrinären Grundsatz sich entschließen, der Logik der

Tatsachen Rechnung zu tragen, wie sie es in Sidoardjo gethan, sie würde mit viel geringerer Mühe ein viel besseres Ergebnis erzielen, die Interessen der Eingeborenen besser schützen und zugleich der Industrie dienen. —

Die dargelegten Bestimmungen über die Verpachtung von Land der Eingeborenen an Nichteingeborene richten sich keineswegs, wie von Holland feindlicher Seite behauptet worden ist, nur gegen Ausländer, sondern gegen alle, ob sie Holländer oder Ausländer sind, die bei der Pachtung von Land der Eingeborenen diese zu über-vorteilen in die Lage kommen. Der Gesetzgeber hat mit ihnen in das Verhältnis zwischen dem pachtenden Unternehmer und dem ver-pachtenden Eingeborenen eingegriffen, indem er ein gewisses Maß des Schutzes für die Eingeborenen festsetzte, damit sie nicht bei ihren Beziehungen zum Privatkapital den kürzeren zögen. Es fragt sich nun, wie wir dieses Maß zu beurteilen haben.

Ich sagte schon oben, daß die Pachtordnung denjenigen Schutz der eingeborenen Interessen, den sie verwirklichen will, mir nicht zu gewährleisten scheine. Aus folgenden Gründen: zunächst ist die Durchführung ihrer Bestimmungen nicht genügend gesichert. Ich zeigte bereits, daß die frühere Pachtordnung von 1871 sehr wenig befolgt wurde. Obwohl sie die Richtigkeit der Pachtverträge aussprach, wenn diese nicht amtlich bestätigt und registriert wurden, arbeiteten doch viele Unternehmungen auf Grund von Verträgen, die sie gar nicht hatten bestätigen lassen. Die jetzt geltende Ordnung spricht nicht mehr die Richtigkeit solcher Verträge aus, sondern bedroht sie mit Strafe von 50—100 Gulden; auch kann der wegen ungesetzlicher Okkupation des Landes bestrafte Unternehmer, wenn er gleichwohl die Okkupation andauern läßt, wiederholt zur Verantwortung gezogen werden, und damit die für den Einzelfall geringe Strafe ihn doch empfindlich treffen. Sie kann dies, wie die Motive sehr richtig sagen, aber sie braucht es nicht, wie ich hinzufüge. Die Schwere der Strafe hängt hier davon ab, wie oft sie die Rechtsprechung anwendet. Nichts hindert diese, sich mit einmaliger Bestrafung zu begnügen, ja überhaupt sich nicht einzumischen. Denn wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter. Die vielen Kontrakte, die unter der Herrschaft der Ordnung von 1871 nicht bestätigt und deshalb ungesetzlich waren, gelangten gleichwohl nicht vor den Richter; soll es nun, wo statt der Richtigkeit die Strafe eintreten würde, anders sein? Ich halte das für unwahrscheinlich, wenn auch zuzugeben ist, daß die Strafandrohung die Unternehmer

zur Nachsichung der Bestätigung in ganz anderem Maße angereizt zu haben scheint als jene frühere Androhung der Nichtigkeit. Wenigstens wurden nach dem amtlichen Jahresbericht über die Lage der Kolonien 1898 insgesamt 52 970 Pachtverträge registriert, die sich auf 1 773 376 Bouws erstreckten, das waren 21 264 Verträge mit 450 406 Bouws mehr als in 1897, dem ersten Wirkungsjahre der Ordonnanz von 1895. Von der 1898 verpachteten Fläche waren 25 Bouws agrarisches Eigentum der Verpächter, 94 921 erblich individueller Besitz und Kommunalbesitz mit festen Anteilen, 59 150 Bouws anderer Kommunalbesitz und 23 241 Amtsfelder der Häupter.

Wenden wir uns von der Durchführung des gewährten Schutzes zu diesem selbst, so habe ich schon auseinandergelegt, warum ich im Hauptprinzip des gegenwärtig geltenden Rechtes, in der Notwendigkeit des individuellen Abschlusses der Verträge, eine ausreichende Garantie der Willensfreiheit der Eingeborenen nicht zu erblicken vermag, daß ihren Willen zwingende Machtmißbräuche unter dieser Voraussetzung ebenso möglich sind, wie beim Vertragschluß und der Verpachtung durch die Gemeinde. Auch die übrigen Vorschriften, die sich auf dem Papier sehr schön ausnehmen und für die guten Absichten des Gesetzgebers bededtes Zeugnis ablegen, schließen keineswegs diese Möglichkeit aus. Sie würde doch nur dann nicht vorliegen, wenn die in Betracht kommenden Eingeborenen — nicht etwa die geriebenen Bewohner der Handels- und Küstenstädte, sondern die javanischen Reisbauern — ebenso kluge und ihrer Obrigkeit frei gegenüber stehende Menschen wären wie die Unternehmer. Eigentümlicherweise sieht sie der Gesetzgeber ungefähr als solche an, wenigstens heißt es in den Motiven der Ordonnanz:

„Der Gesetzgeber betrachtet den Eingeborenen nicht als Minderjährigen und hat daher der Verwaltung nicht die Rolle des Vormundes zugewiesen, der für ihn zu urteilen und zu entscheiden hat. Wäre er dieser Auffassung gewesen, so hätte er der Verwaltung ein absolutes Vetorecht zuerkannt, kraft dessen sie alle Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Eingeborenen hätte hindern können, die nach ihrer amtlichen Beurteilung die Interessen der eingeborenen Verpächter benachteiligten. Der Gesetzgeber meinte vielmehr, daß dem eingeborenen Verpächter ein höherer Standpunkt zusteht als der eines Kindes, das noch keinen Begriff von dem besitzt, was es zu seinem eigenen Vorteil tun oder lassen kann. Er erblickt in ihm einen Erwachsenen, der für seine verkehrten Handlungen verantwortlich

bleibt, aber zugleich durch ihn in die Lage gesetzt wird, möglichst wenig verkehrte Handlungen zu seinem Nachteil zu begehen. Aus diesem Grunde verbietet die Ordonnanz einige Handlungen und Bedingungen, der mit der Prüfung der Pachtverträge beauftragte Beamte macht den Eingeborenen hierauf aufmerksam und sucht sein Interesse mit der Stütze der gesetzlichen Vorschriften zu fördern. Wird dieses Streben jedoch auf eine Weise vereitelt, die der Verwaltung jeden Grund zur Verweigerung ihrer Bestätigung des Vertrages nimmt, bemühen sich zum Beispiel Pächter und Verpächter mit Erfolg, die Beamten irre zu führen, indem sie einige ihrer Handlungen sorgfältig verbergen oder sie in eine Form kleiden, die ihre eigentliche Bedeutung dem prüfenden Beamten entgehen läßt, so hört auch für die Verwaltung jede Veranlassung auf, um mit Hilfe der ihr zustehenden Befugnis der Bestätigungsverweigerung dem Eingeborenen einen Schutz aufzudringen, den er mit Vorbedacht für sich unerreichbar gemacht hat."

Mit dieser Auffassung vom eingeborenen Verpächter als einem Erwachsenen, der keines Vormundes mehr bedarf, sondern nur eines freundlichen Beraters, steht eine Bemerkung der Motive in Widerspruch. Sie lautet: die Erfahrung hat gelehrt, daß die Verpächter wenig Wert auf den Besitz eines Exemplares des Pachtvertrages legen, so daß es in mehr als einer Hinsicht zweckmäßig erschien, diese Aktenstücke durch die Verwaltung verwahren zu lassen, anstatt sie ihnen, wie dies auf Grund der Ordonnanz von 1895 geschehen mußte, selbst in die Hand zu geben. Nimmt man zu dieser Bemerkung die andere hinzu, nach der das Motiv der Verpachtung durchgehend in nichts anderem als in der Notwendigkeit liegt, um für die Bezahlung der Landrente oder andere dringliche Zwecke zu einem bestimmten Zeitpunkt bares Geld zu erlangen, und erinnert man sich weiter der erwähnten Vorschrift, die die Vorherzahlung des Pachtschillings frühestens im fünfzehnten Monat vor Beginn desjenigen Kalenderjahres erlaubt, in welchem der Pächter das gepachtete Land in Gebrauch zu nehmen beabsichtigt, so liegt die furchtbare Geldmisere der Eingeborenen klar zutage. Ebenso ihre Handlungsweise, im Fall dringender Geldnot ihr Land zu verpachten um jeden Preis, ohne die hieraus für sie entspringenden späteren Folgen zu überlegen und insbesondere ohne zu ermessen, ob der vereinbarte Pachtschilling ihnen einen genügenden Ersatz für dasjenige bietet, was sie selbst bei eigener Bewirtschaftung aus dem Lande gezogen haben würden. Das beweist, daß wir es in Wirklichkeit nicht mit Erwachsenen sondern

mit Kindern zu tun haben, die die Folgen ihrer Handlungen nicht zu übersehen vermögen. Bei der notorischen Tüchtigkeit der holländischen Kolonialbeamten¹, die ein Elitekorps bilden, hätte daher der Gesetzgeber richtiger die Verwaltung als den Vormund der Eingeborenen betrachten und statt seiner wohlmeinenden aber komplizierten Bestimmungen einfach die Verwaltungsbeamten anweisen sollen, die Verpachtungen nicht zu erlauben, wenn sie nach ihrer pflichtmäßigen Überzeugung die Interessen der Verpächter und das Gemeinwohl benachteiligten. Das hätte freilich ebensowenig wie die Ordonnanz von 1900 dagegen Sicherheit geboten, daß der Eingeborene, dem die Verpachtung an den Unternehmer nicht gestattet wurde, nun aus dem Regen in die Traufe kam, indem seine Notlage ihn zum eingeborenen oder chinesischen Wucherer führte. Hiergegen war nur durch die Erschließung von gesunden Kreditquellen und genossenschaftliche Vereinigung der Reisbauern zu helfen: höchst dankenswerte Aufgaben, wie sie in der Tat in den letzten Jahren in Angriff genommen worden sind und mit dem Namen eines leider viel zu früh verstorbenen Verwaltungsbeamten, des Assistent-Residenten de Wolff van Westerrode, immer verknüpft bleiben werden. Es würde aber zu weit führen, hier auf diese Reformen einzugehen, in denen ich einen der wichtigsten Hebel für die wirtschaftliche Hebung der Eingeborenen erblicke.

Übrigens hat der Gesetzgeber die Vorschriften seiner Pachtordonnanz selber für nicht ausreichend erachtet. Es geht dies daraus hervor, daß er die Interessen der Eingeborenen und mit ihnen das Gemeinwohl durch eine zweite Verordnung zu schützen für nötig hielt, durch die oben auch schon erwähnte von 1894. Sie wurde nach der Pachtordonnanz von 1895 nicht etwa eingezogen, sondern, wie diese selbst, nur revidiert und in ihrer Anwendung, die auf Zuckerunternehmungen beschränkt gewesen war, auch auf solche von Indigo ausgedehnt. In ihrer gegenwärtigen Gestalt vom 21. September 1899 trägt sie den Titel: Ordonnanz zum Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Eingeborenen in den Kulturzentren Javas und Maduras. Diese Tat des indischen Gesetzgebers (Staatsblad 1899 n. 263. Ausführungsvorschriften im Bijblad n. 5432) haben wir erst noch zu betrachten, ehe wir zu einem abschließenden Urteil gelangen können.

¹ Kein Sachkenner wird ihrer generellen Beurteilung beipflichten können, wie sie neulich von der Parlamentärstribüne herab erfolgte.

(Fortsetzung folgt.)

Zur neuesten Entwicklung des deutschen Auslandsbankwesens.

Von

Richard Rosendorff, Berlin.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung S. 157. — I. Die deutschen überseeischen Banken S. 159—167. 1. Deutsche Überseeische Bank S. 159. 2. Deutsch-Asiatische Bank S. 163. 3. Bank für Chile und Deutschland S. 164. 4. Brasilianische Bank für Deutschland S. 165. 5. und 6. Deutsche Zentralamerikabank und Deutsch-Südamerikanische Bank S. 167. — II. Die deutschen Kolonialbanken S. 168—171. 1. Deutsch-Westafrikanische Bank S. 169. 2. Deutsch-Ostafrikanische Bank S. 169. — III. Die deutschen Banken im Orient und in den Balkanstaaten S. 172—177. 1. Banca Generala Romana S. 172. 2. Deutsche Palästina-Bank S. 174. 3. Orientbank und Deutsche Orientbank S. 174. 4. u. 5. Marmorosch Bank & Co. und Banque de Crédit S. 176. — Anlagen S. 177.

Seitdem ich in diesem Jahrbuch (XXVIII, 4) vor 1½ Jahren die Entwicklung der deutschen überseeischen Banken dargestellt habe, hat das deutsche Bankwesen im Auslande einen bedeutsamen Aufschwung genommen. Derselbe dokumentiert sich nicht nur in einer rapiden Ausdehnung und glänzenden Entwicklung der vier alten überseeischen Banken, sondern vor allem auch in der Begründung neuer derartiger Institute in bisher noch nicht von den deutschen Banken okkupierten Ländern, in der Begründung von Kolonialbanken in den deutschen Kolonien und schließlich in der Eroberung des Orients und der Balkanstaaten durch die deutschen Banken.

Zwar haben die deutschen Banken schon seit vielen Jahren in den verschiedensten Formen vom Bankgeschäfte des Auslandes zu profitieren gesucht, und ihre überseeischen Tochterunternehmungen haben es sogar,

wie wir wissen, zu großer Blüte gebracht, allein die Entwicklung ging in früheren Jahren doch sehr langsam vonstatten, und die Gründungen und Beteiligungen im Auslande sind bald hier, bald da, mehr sporadisch erfolgt, keineswegs ist man aber mit solcher Planmäßigkeit und solchem Zielbewußtsein vorgegangen, wie in jüngster Zeit.

Während bis Ende 1903 nur 6 eigentliche deutsche Bankunternehmungen im Auslande mit 32 Filialen bestanden, verfügt Deutschland jetzt über 12 derartige Institute mit etwa 60 Niederlassungen, und für die nächste Zeit ist die Errichtung weiterer Filialen durch die Auslandsbanken bereits in Aussicht genommen. Dazu tritt noch eine große Anzahl von Kommanditierungen und Gründungen ausländischer Banken sowie Abschlüsse von Interessengemeinschaften mit nordamerikanischen Firmen.

Die Ursache für diese Erscheinung hat man einmal darin zu erblicken, daß die Organisation der Großbanken innerhalb Deutschlands zu einem gewissen Abschluß gelangt ist, sodann aber auch in der Tatsache, daß die Banken in jüngster Zeit mehr denn je der Richtung des deutschen Handels folgen, und seine Bemühungen, nicht nur die alten Absatzgebiete im Auslande mit Gütern zu versorgen, sondern auch neue zu erwerben, und die Produkte des Auslandes heranzuziehen, möglichst zu unterstützen suchen, da ja die Chancen dieser Bestrebungen, für den Kaufmann um so größer sind, je mehr er dazu die Hilfe des heimischen Bankiers in Anspruch nehmen kann¹.

Wie sehr der „Zug der Banken ins Ausland“ dem allgemeinen „Zuge der Zeit“ entspricht, zeigt auch die Tatsache, daß selbst die Banken von solchen Ländern, denen man sonst gerade keine allzu große Initiative nachrühmen kann, dem Bankgeschäfte im Auslande eine größere Aufmerksamkeit als früher widmen. So hat Frankreich soeben eine große überseeische Bank, die Banco Franco-Argentino mit einem Kapital von 125 Millionen Francs und den Crédit Franco-Egyptien mit 12¹/₂ Millionen Francs errichtet. Die österreichische Regierung betreibt eingehende Studien zur Gründung einer Bank in

¹ So heißt es in dem Geschäftsbericht der Dresdner Bank für 1905: „Nachdem unsere Geschäftsorganisation für Deutschland hierdurch im wesentlichen zum Abschluß gebracht sind, betrachten wir es für die nächsten Jahre als eine unserer Hauptaufgaben, unsere ausländischen Geschäftsverbindungen, insbesondere auch in den überseeischen Gebieten, mit denen Deutschland in regem Handelsverkehr steht, zu erweitern und zweckmäßig auszugestalten.“

Schina, und die österreichischen Banken beeilen sich der Konkurrenz, die ihnen Deutschland im Orient und in den Balkanstaaten neuerdings macht, möglichst tatkräftig zu begegnen¹.

I. Die deutschen überseeischen Banken.

Bei der Betrachtung der Entwicklung der deutschen überseeischen Banken an Hand der Geschäftsberichte für 1904/05 fällt ins Auge, wie sehr ihr Wohl und Wehe auch in der jüngsten Vergangenheit von den Währungsverhältnissen in den überseeischen Ländern beeinflusst worden ist. Soweit dieselben sich auf einer schlechten Grundlage befanden, hat dieser Umstand wiederholt zur Folge gehabt, daß günstige Wirtschaftsverhältnisse den Banken nicht in dem Maße zu gute gekommen sind, wie dies sonst der Fall gewesen wäre.

1. Die Deutsche Überseeische Bank.

Der Einfluß der Währungsverhältnisse auf die Prosperität des Bankgeschäfts zeigt sich zunächst bei der Entwicklung der Argentinischen Abteilung der Deutschen Überseeischen Bank. So hat zwar die Besserung in wirtschaftlichen Verhältnissen Argentiniens im Laufe der Jahre 1904 und 1905 große Fortschritte gemacht, allein dies ist doch in den Resultaten der bankgeschäftlichen Tätigkeit nicht völlig zum Ausdruck gekommen. Denn infolge des stark gestiegenen Geldumlaufes war der Zinsfuß während des ganzen Jahres ein sehr niedriger, und die Konkurrenz verschärfte sich daher auf allen Gebieten des Bankgeschäfts noch mehr wie früher. —

Diese starke Zunahme des Geldumlaufes, d. h. des umlaufenden Papiergeldes ist aber eine Folge des Konversionsgesetzes, welches, aus währungspolitischen Gründen erlassen, zwar das weitere Steigen der Valuta Argentiniens verhindert, aber eine so gewaltige Vermehrung des Papierumlaufes herbeigeführt hat, daß diese Inflation außerordentlich schädigend wirkte². Infolgedessen hat die Regierung die endgiltige Regelung der Währungsverhältnisse in Aussicht genommen

¹ Schon seit langen Jahren hat die Österreichische Länderbank das Bankgeschäft im Orient kultiviert. Sie ist an der Banque de Salonique, der Serbischen Kreditbank und der Rumänischen Kreditbank beteiligt und hat jüngst gemeinsam mit der erstgenannten Bank Filialen in Kairo und Alexandrien ins Leben gerufen. Der Wiener Bankverein hat eine Filiale in Konstantinopel errichtet und plant weitere in Smyrna, Beirut und Ägypten. Die Unionbank hat sich an der Cassa di Sconto in Alexandrien und Kairo beteiligt usw.

² Vgl. hierüber Wolf, Die Argentinische Währungsreform, bes. S. 114 ff.

und den Kammern bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf zu-
gehen lassen.

Auch für Chile haben die Jahre 1904 und 1905 einen Aufschwung
in Handel und Industrie gebracht, wozu die lebhafteste Bewegung in der
Salpeter- und Kupferindustrie, sowie die Aufschließung großer Ländereien
für die Viehzucht wesentlich beitrug. Trotzdem waren die Verhältnisse
des Landes doch noch nicht konsolidiert genug, um die Wiedereinführung
der Goldwährung, die am 1. Januar 1905 stattfinden sollte, zu
ermöglichen. Sie mußte daher bis zum 1. Januar 1910 verschoben
werden, und die Anhänger der Papieremission haben die Ausgabe
von weiteren 30 Millionen Pesos Papiergeld mit Zwangskurs durch-
gesetzt, für die erst allmählich eine Goldreserve geschaffen werden muß.
Der Wechselkurs, der im Monat Juni 17 d erreichte und überstieg,
fiel infolgedessen im November wieder bis auf 15³/₄ d. Diese großen
Schwankungen des Wechselkurses waren um so nachteiliger, da sie
sich in den beiden Vorjahren in mäßigen Grenzen bewegt hatten. —

Leider ist die Durchführung der drei großen Pläne, die in Chile
seit Jahren die öffentliche Meinung beschäftigt haben, dem deutschen
Kapital nicht zugute gekommen. Der Bau der Transandinischen Eisen-
bahn ist von einem Nordamerikanischen Syndikat unter Zinsgarantie
des chilenischen Staates übernommen, die Arbeiten der Kanalisation
der Hauptstadt Santiago sind einem französischen Konsortium zuge-
schlagen worden, und der Ausbau des Hafens von Valparaiso soll
nach den Plänen des holländischen Ingenieurs Jakob Krauß innerhalb
zweier Jahre öffentlich ausgeschrieben werden¹.

Im Jahre 1905 war die Gründungstätigkeit, die sich die Er-
schließung der Ländereien für die Schafzucht und die Errichtung neuer
Salpeterwerke zur Aufgabe machte, besonders lebhaft, da sie durch
die oben erwähnte neue große Papiergeld-Emission außerordentlich
unterstützt wurde. Die weitere Folge hiervon war die Auswanderung
großer Geldsummen ins Ausland zur Bezahlung von Maschinen usw.
Hierdurch sank der Wechselkurs auf London bis auf 14¹/₁₆ d. Unter
diesen Umständen hält die Leitung der Deutschen Überseeischen Bank
eine Ernüchterung der Spekulation für sehr wünschenswert.

Wenn die ungünstigen Währungs- und Geldverhältnisse die Ent-
wicklung der Chilenischen und Argentinischen Abteilung der Deutschen
Überseeischen Bank hemmten, so hat die Währungsreform in Mexiko

¹ Dagegen ist der Bau der elektrischen Straßenbahn in Valparaiso durch
ein deutsches Syndikat ausgeführt worden.

die Ertragnisse der Mexikanischen Abteilung wesentlich gefördert. Man nimmt auch an, daß die Beständigkeit der Währung das Einströmen ausländischer Gelder fördern wird, die bisher trotz des hohen Zinsfußes im Lande sich durch die großen Kursschwankungen zurückschrecken ließen. Auch die Silberbergwerke zogen Vorteil von dem erhöhten Preise des Barrensilbers, besonders da die Beeinträchtigung, welche die Einstellung der freien Silberprägung den Minen verursachen wird, teils durch Steuerentlastung, teils durch die von der Regierung getroffenen Maßregeln zur besseren Regulierung des Silberpreises, teils durch die höheren Kurse wieder ausgeglichen werden dürfte. Auf den Wechselkurs, der bisher bekanntlich großen Schwankungen unterworfen war, übte das Bekanntwerden der Reformvorlage einen großen Einfluß aus. Der Kurs stieg sprunghaft von 1,81 bis auf 2,07. Dazu kam, daß sowohl die Regierung eine Reihe von Arbeiten im Interesse der Landeskultur vornahm, als auch seitens Privater neue Unternehmungen ins Leben gerufen wurden. Das Jahr 1905 hat bereits einen großen Teil der auf die Währungsreform gesetzten Hoffnungen verwirklicht¹. Namentlich Europa hat ein wachsendes Interesse für mexikanische Unternehmungen bekundet und besonders Paris sich an der Kapitalserhöhung einer Reihe von Banken und industriellen Gesellschaften beteiligt, was eine Kurssteigerung der meisten Bank- und Industrieaktien zur Folge hatte.

An allen diesen Ereignissen hatte die Filiale der Deutschen Überseeischen Bank einen großen Anteil.

Dagegen hatte die Spanische Abteilung unter den ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen Spaniens sehr zu leiden. Denn einerseits hatte das Land infolge der ungünstigen Witterung eine Mißernte, andererseits machte sich der Verlust der kolonialen Absatzgebiete für die Baumwollenindustrie sehr fühlbar.

Unter diesen Umständen war für die Filiale der Deutschen Überseeischen Bank, welche ihre Tätigkeit am 7. März eröffnete, eine gewisse Zurückhaltung geboten. Trotzdem hat sich ihr Geschäft zufriedenstellend entwickelt: Ob der ausländische, insbesondere der deutsche Handel sich das spanische Absatzgebiet im bisherigen Umfange erhalten kann, wird, wie der Bericht ausführt, von den neuen Handelsverträgen in erster Linie abhängen. „Es läßt sich nicht verkennen, daß in den industriellen Kreisen eine starke Strömung zugunsten der Erhöhung

¹ Nach der „Frankf. Ztg.“ sollen bereits im letzten Jahre etwa 80 Mill. ausländischen Kapitals in Mexiko investiert worden sein.

der Schutzzölle besteht, während anderseits eine Bewegung an Umfang gewinnt, welche durch Zugeständnisse in den Tarifen und bessere Ausführbedingungen der heimischen Bodenkultur größere Ausfuhrmöglichkeiten zu schaffen trachtet". Die Entwicklung dieser Dinge wird natürlich auf die weitere Prosperität der Spanischen Abteilung der Deutschen Überseeischen Bank von großem Einfluß sein¹. Immerhin hat dieselbe im Jahre 1905 befriedigend gearbeitet.

Im Jahre 1905 hat die Deutsche Überseeische Bank ihren Wirkungskreis auch auf Peru und Bolivia ausgedehnt. Ersteres hat für Deutschland die bedeutsame Folge gehabt, daß es dem deutschen Kapital gelungen ist, in Peru gegen den bisher dort vorherrschenden englischen Einfluß erfolgreich anzukämpfen. Die Deutsche Überseeische Bank hat nämlich im Herbst 1905 der Regierung von Peru einen Vorschuß von 600 000 Pfund gegeben und neuerdings eine 6 prozentige Anleihe von 3 Millionen Pfund übernommen, woran auch das Haus Speyer in London und New-York und die Banque Française in Paris beteiligt ist. Die Emission soll einen internationalen Charakter tragen und auch in Deutschland erfolgen. Der Erlös der neuen zum Ausbau des Eisenbahnnetzes dienenden Anleihe soll durch die zu bauenden Linien und die Tabaksteuer gesichert werden.

Der Abschluß dieser Geschäfte ist um so bemerkenswerter, als bisher die Peruvian Korporation, die im Jahre 1890 die gesamte Peruanische Staatsschuld ablöste und dafür von der Regierung eine Art finanzieller Monopolstellung erhielt, der Bankier von Peru war. Dem Eindringen des deutschen Kapitals in Peru ist der Boden dadurch geebnet worden, daß die Regierung mit der Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Korporation vor einigen Jahren in Rückstand kam und letztere bei den Einigungsverhandlungen keine Zugeständnisse machen wollte, da sie der alleinige Geldgeber zu sein glaubte². Die Deutsche Überseeische Bank beteiligte sich auch an der

¹ In Spanien ist außerdem noch die Deutsche Bank durch ihre Beteiligung bei der Firma Guillermo Vogel & Co. und seit 1906 auch die Dresdner Bank durch Kommanditierung der Firma Fährndrich & Co. interessiert. Unter diesen Umständen dürfte es vielleicht nur eine Frage der Zeit sein, daß sich die deutschen Bankinteressen in Spanien zu einer Deutsch-Spanischen Bank, nach dem Muster der Banca Commerciale Italiana vereinigen.

² Deutschland tritt übrigens nicht, wie vielfach in den Tageszeitungen behauptet wird, mit diesem Geschäft zum erstenmal als Geldgeber in Peru auf. Schon im Jahre 1868 hat die Darmstädter Bank der Regierung von Peru einen Vorschuß gegeben, zu dessen Deckung sie Guano geliefert erhielt, den sie nach den

Gründung der „Compania National Salinera“, der die Verwaltung des Salzmonopols übertragen ist.

Was schließlich die Entwicklung der neuen Bolivianischen Abtheilung anbelangt, so hofft man besonders von dem Bau verschiedener neuer Eisenbahnlinien zu profitieren, da bisher die günstige Entwicklung des Geschäfts durch die mangelhaften Verkehrsverhältnisse oft sehr erschwert wurde.

2. Deutsch-Asiatische Bank.

Im Jahre 1904 brach der Krieg mit Rußland und Japan aus und gab anfangs zu der Besorgnis Anlaß, daß auch China in denselben verwickelt werden würde, wodurch ein Rückschlag auf die Deutsch-Asiatische Bank natürlich unausbleiblich gewesen wäre. Glücklicherweise hat China es verstanden, seine Neutralität zu wahren und kann sogar auf ein günstiges Jahr zurückblicken. Hiervon hat die Deutsch-Asiatische Bank profitiert und weist ein Ergebnis auf, welches das des günstigen Vorjahres noch übertrifft. Sogar der schwankende chinesische Wechselkurs hat dieses Ergebnis nicht zu beeinflussen vermocht. Am Effektenbestand ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Sowohl die deutsche Niederlassungsgesellschaft in Tientsin wie die deutsche Hanko-Niederlassungsgesellschaft sind in Liquidation getreten und gedenken nach Beendigung des gesetzlichen Sperrjahres erstere 100 % und letztere 40 % des eingezahlten Kapitals zur Ausküttung zu bringen.

Die Schantung-Eisenbahn hat sich, nachdem am 1. Juni 1904 die ganze Strecke dem Verkehr übergeben wurde, sehr gut entwickelt. Auch die Schantung-Bergbaugesellschaft hat befriedigende Resultate erzielt.

Die Generalversammlung vom 28. Juni 1904 beschloß, angesichts der großen Ausdehnung des Geschäftes das Kapital der Bank um $2\frac{1}{2}$ Millionen auf $7\frac{1}{2}$ Millionen Shanghai-Taels zu erhöhen. Die Aktien wurden zum Kurse von 150 % und einem Umrechnungskurse von 2,50 Mk. für den Shanghai-Tael an ein Konsortium begeben,

getroffenen Vereinbarungen zu realisieren hatte. Einige Jahre nach der Perfektion dieses Geschäftes geriet die Regierung jedoch mit der Couponzahlung der peruanischen Anleihe in Stockung und im Jahre 1878 traten Mißstände ein, die durch die sinkenden Preise des Guanos und dadurch veranlaßt wurden, daß die Regierung große Restforderungen der Darmstädter Bank bestritt. Letztere sah sich infolgedessen genötigt, schon 1878 für etwaige Ausfälle ca. $\frac{1}{2}$ Million in Reserve zu stellen. Eine definitive Abrechnung seitens der Regierung mit der Bank ist bis heute noch nicht erfolgt.

und es hat eine vorläufige Einzahlung von 25 % auf das neue Aktienkapital stattgefunden, wobei das Agio in Höhe von 315 430 Taelen dem Reservefonds zugeflossen ist. Die Resteinzahlung ist Anfangs dieses Jahres erfolgt, da die Bank ihren Geschäftsbetrieb auf Singapore und Kobe auszudehnen beabsichtigt.

Die Deutsch-Asiatische Bank strebt schon lange darnach, das Privileg zur Ausgabe von Banknoten zu erhalten. Die Befugnis hierzu kann ihr auf Grund des § 3 des Schutzgebietsgesetzes und des § 34 des Gesetzes über die Konsulargerichtsarbeit sowie nach Maßgabe der Kaiserlichen Verordnung über die Ausgabe von Banknoten in den Schutzgebieten vom 30. Oktober 1904 erteilt werden. Voraussichtlich werden diese Bestrebungen binnen kurzem von Erfolg gekrönt werden.

3. Bank für Chile und Deutschland.

Die Entwicklung dieser Bank beeinflusste dieselben Faktoren wie die bei der Chilenischen Abteilung der Deutschen Überseeischen Bank gekennzeichneten. Sehr interessant sind die Ausführungen des Berichtes über die Ausgabe des neuen Staatspapiergeldes:

„Diese vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt aus bedauerliche Maßnahme bedeutet ein Kompromiß, welches die diametral sich entgegenlaufenden Ansichten im Lande über die Natur der Umlaufmittel und die Bedeutung ihrer Menge gezeitigt haben.

Die Konzeption, welche das Gesetz — entgegen dem Vorschlag der Regierung — den Ansichten macht, welche von der künstlichen Geldvermehrung eine Zinsfußermäßigung und erhöhte wirtschaftliche Wohlfahrt erwarten, ist aber, an den Einzelbestimmungen des Gesetzes gemessen, nicht so groß, als es auf den ersten Blick erscheinen könnte, denn es sind in den Deckungsfonds nicht allein ca. 15 Millionen Pesos Gold, wie oben erwähnt, gelegt worden, sondern es werden weiterhin monatlich $\frac{1}{2}$ Million Pesos Gold aus den Zolleinnahmen für die auf den 1. Januar 1910 verschobene Einlösung des Papiergeldes zurückgestellt; endlich wird ein Betrag von 20 Millionen Pesos in Pfandbriefen der Hypothekentasse, einem gut fundierten Papier, für den Einlösungsfonds angekauft. Nur die restlichen 10 Millionen Pesos aus dem Erlös der neuen Papiergeldaussgabe werden der Staatskasse überwiesen.

Insgesamt wird im September 1905, dem Zeitpunkt, zu welchem die neuen 30 Millionen Pesos Papier ganz in Umlauf gesetzt sein werden, der Einlösungsfonds in Gold und Effekten ca. 72 Millionen Pesos enthalten, gegen ca. 80 Millionen Pesos Papierumlauf.

In Zusammenhang mit weitergehenden Befürchtungen, die während der Verhandlungen über die Papiergeldausgabe in den Kammern zeitweilig auftraten, wich der bis dahin ziemlich beständig um $16\frac{3}{4}$ d sich bewegende Wechselkurs vorübergehend bis auf $15\frac{3}{4}$ d, konnte sich jedoch unmittelbar nach Zustandekommen des Gesetzes in seiner nunmehrigen Form wieder auf 16 d und darüber heben.“

4. Die Brasilianische Bank für Deutschland.

Die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse Brasiliens beeinflusste auch die Entwicklung der Brasilianischen Bank für Deutschland außerordentlich günstig. Von besonderer Bedeutung war die Stabilität des Wechselkurses. Im Februar wurde eine sechsmonatliche Schatzwechselanleihe von 12500 contos de Reis begeben, an deren Übernahme auch unsere Bank beteiligt war. Die besseren Verhältnisse fanden insbesondere in einer Kurssteigerung der inneren und äußeren Anleihen des Landes ihren Ausdruck. Auf den brasilianischen Handel dürfte es eine günstige Wirkung ausüben, daß zwei neue Unternehmungen mit Hilfe deutschen Kapitals in Angriff genommen worden sind, um die Küstenschifffahrt zu betreiben.

Für den deutschen Geschäftsverkehr hält der Bericht es für dringend wünschenswert, daß der Gewährung von Vorzugszöllen an die Vereinigten Staaten von Amerika nicht eine weitere Differenzierung des Zolltarifs folgt, denn eine solche würde eine künstliche Verschiebung der Handelswege und Beunruhigungen des ganzen Handelsstandes zur Folge haben.

Die Konzession sämtlicher Niederlassungen der Bank, welche 1908 abläuft, ist von der Regierung auf 10 Jahre verlängert. Zu den Kosten einer vom hamburgischen Staate entsandten wissenschaftlichen Kommission zur Untersuchung der Verbreitungsursachen des Gelben Fiebers hat die Bank in Anbetracht der auch sie nahe berührenden Wichtigkeit der Sache beigetragen.

Das Gesamtergebnis der Bank ist hauptsächlich aus dem Grunde ein wesentlich besseres als im Vorjahre, weil sich neuerdings in Rio nach längerer, durch die Verhältnisse gebotenen Zurückhaltung, wieder mehr Gelegenheit zu nutzbringender Betätigung fand.

Der soeben erschienene neueste Geschäftsbericht der Brasilianischen Bank für Deutschland (das Geschäftsjahr ist am 30. Juni 1905 abgelaufen) zeigt, daß diese Bank sich im abgelaufenen Jahre besonders glänzend entwickelt hat. Die Dividende ist von 8 auf 10 % ge-

stiegen. Dies ist eine Folge der besseren wirtschaftlichen Verhältnisse Brasiliens und der Finanzlage des Landes, die dank der in den letzten Jahren dem Auslande gegenüber verfolgten Finanzpolitik sich weiter gefestigt hat. Letzteres findet in den Kursen der brasilianischen äußeren Staatsanleihen einen markanten Ausdruck. Es notierten im Vergleich zum Vorjahre (1. Juli).

Die 4½prozentige Anleihe von	1888	93	% gegen	84	%
" 5 " " "	1903	98	" " "	93	"
" 5 " Funding loan	1898	105¾	" " "	102	"
" 5 " Rescissions bonds		87½	" " "	77½	"

Die auch für das Bankgeschäft wichtigste Erscheinung war die während des ganzen Jahres andauernd steigende Tendenz des Wechselkurses, welcher von Mitte vorigen Jahres bis Ende August den hohen Stand von 18 d erreichte, seitdem allerdings wieder bis auf etwa 16 1/8 d gefallen ist. Diese Steigerung des Wechselkurses erklärt sich einmal aus den schon hervorgehobenen Ursachen allgemeiner Natur, zweitens aber daraus, daß eine Reihe von brasilianischen Einzelstaaten und Städten große Anleihen in Europa abgeschlossen hat, deren Gesamtbetrag sich auf etwa 8½ Millionen beläuft. Unter ihnen ist an erster Stelle die von der Dresdner Bank in Verbindung mit der Banque de Paris des Pays-bas übernommene Anleihe von 3800 000 £ zu nennen, die der Staat Sao Paulo zum Ankauf der Sorokabanabahn abschloß. Diese Anleihe ist von um so größerer Bedeutung, als es hierbei zum ersten Male dem deutschen Kapital gelungen ist, erfolgreich gegen das bisher in Brasilien fast allein herrschende englische Kapital anzukämpfen und auch die deutsche Industrie an den für den Bahnbau benötigten Lieferungen zu beteiligen.

So erfreulich die Wertsteigerung der Valuta zu begrüßen war, so hat sie doch in mancher Beziehung schädigend auf das Bankgeschäft gewirkt, weil sie sich in zu raschem Tempo und nicht ohne spekulative Nachhülfe vollzog, was eine allgemeine Geldknappheit zur Folge hatte und auch auf den Export der Landesprodukte sowie die Industrie von schädigendem Einfluß war. Immerhin war doch das Geschäft so lebhaft, daß alle Niederlassungen der Bank davon außerordentlich profitierten; selbst die Filiale in Porte Alegre, die auf das erste volle Geschäftsjahr zurückblickt, hat bereits festen Fuß gefaßt und sehr gut gearbeitet. — Die weitere Entwicklung Brasiliens wird im wesentlichen davon abhängen, ob es der Regierung gelingen wird, ihr Kaffee-Valorisationsprojekt in Zusammenhang mit der Valutareform zu einem befriedigenden Abschlusse zu bringen.

5. und 6. Deutsche Zentralamerikabank und Deutsch-Südamerikanische Bank.

Im Jahre 1905 ist die Zahl der überseeischen Banken um zwei vermehrt worden.

Die Deutsche Bank gründete in Verbindung mit der Deutschen Überseeischen Bank, dem Bankhaus Lazard-Speyer-Elissen und der Schweizerischen Kreditanstalt die Deutsche Zentralamerikabank mit dem Sitz in Berlin und einer Filiale in Guatemala. Das Aktienkapital beträgt 10 Millionen Mark, wovon bisher 25 % eingezahlt sind. Weitere Filialen sollen in Costarica, Honduras, Nicaragua und Salvadore in Aussicht genommen sein¹. Wie der Geschäftsbericht der Deutschen Bank pro 1905 ausführt, soll die neue Bank ihre Tätigkeit auf die Mittelamerikanischen Staaten ausdehnen, um dem dort bestehenden recht ansehnlichen deutschen Handel eine Stütze zu bieten und denselben weiter zu fördern. Die Deutsche Bank hat in Guatemala auch bereits vor Jahresfrist durch Interessenahme an einem Eisenbahnbaugeschäft (der Guatemala-Railway-Co.) festen Fuß gefaßt.

Die Dresdner Bank gründete in Verbindung mit dem Schaffhausenschen Bankverein und der Nationalbank für Deutschland die Deutsch-Südamerikanische Bank in Berlin, Hamburg und Buenos-Aires mit einem Aktienkapital von 20 Millionen Mark, wovon bisher

¹ Schon früher hat die im Jahre 1872 gegründete Deutsche Nationalbank in Bremen, auf deren Programm die Pflege des überseeischen Geschäfts stand, Beziehungen zu Guatemala unterhalten. Dieselben bestanden in der Finanzierung von Kaffeavorrathsgeschäften gegen Verpfändung von Plantagen. Im Jahre 1902 erlitt die Bank hieran jedoch große Verluste, da vulkanische Naturereignisse eine reiche Kaffeernte vernichteten und die Plantagen beschädigten. Hierdurch wurde das ganze Geschäft in Mitleidenschaft gezogen, und die Bank gezwungen, in Guatemala Plantagen zu übernehmen. Die diesbezüglichen Engagements waren so groß, daß die Bank nach Abschreibungen von $\frac{3}{4}$ Millionen das Guatemala-Konto 1904 noch mit 3 470 000 Mk. zu Buch stehen hatte. Die Belastung mit diesem ertraglosen Engagement mag wohl mitbestimmend gewesen sein, daß die Deutsche Nationalbank sich jetzt mit der Nordwestdeutschen Bank fusioniert. Immerhin besitzt erstere doch auch so wertvolle überseeische Beziehungen, daß man mit Rücksicht hierauf dem neuen Institut den Namen der Deutschen Nationalbank geben will. Das Guatemala-Konto wird vollständig zur Abschreibung gelangen. Da die Darmstädter Bank, welche die Durchführung der erwähnten Fusion übernommen hat, mit der Nordwestdeutschen Bank liiert ist, so gibt ihr diese Transaktion willkommene Gelegenheit, ihre überseeischen Beziehungen auf diesem Wege auszudehnen.

25 % eingezahlt sind, und die weiteren Einzahlungen je nach dem Bedarf der Geschäftsentwicklung einberufen werden sollen¹.

II. Die deutschen Kolonialbanken.

Während England, Frankreich, die Niederlande und andere Länder die Entwicklung ihrer Kolonien durch die Begründung von Bankinstituten aller Art tatkräftig unterstützt haben, haben in den deutschen Kolonien trotz vielfacher Anregung bis zum Jahre 1904 keine selbstständigen deutschen Bankinstitute bestanden². Der Betrieb von Geld- und Wechselgeschäften wurde in diesen Ländern vielmehr nur im Nebengeschäft von den größeren dort ansässigen Handelsfirmen wie der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, der Deutsch-Westafrikanischen Handelsgesellschaft, der Firma Hansing & Co. und anderen besorgt. An der Durchführung von Kolonialunternehmungen haben die deutschen Banken allerdings tatkräftig mitgearbeitet. An dieser Stelle sei beispielsweise nur erwähnt: die Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft für Südwestafrika, die Neuguinea-Kompagnie, die Swakopmunder Niederlassung, die Damara & Namaqua Handelsgesellschaft, die Deutsche Kolonialgesellschaft für Süd-Westafrika, die Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft Dar-es-Salam-Mrogoro.

Der Grund dafür, daß man bis zum Jahre 1904 von der Errichtung selbstständiger Bankinstitute Abstand genommen hatte, ist der, daß die Handelsumsätze des Schutzgebietes zu geringe waren, um in Anbetracht der hohen Unkosten ein Bankunternehmen als rentabel erscheinen zu lassen. Wenn nunmehr trotzdem der Versuch gemacht worden ist, sowohl in Deutsch-West- wie in Deutsch-Ostafrika eine Bank zu konstituieren, so konnte man dies nur in Anlehnung an in diesen Ländern schon bestehende Handelsunternehmungen erreichen. Hierdurch hofft man die Unkosten auf einem so niedrigen Niveau zu erhalten, daß sie nicht von vornherein die Lebensfähigkeit der neuen Unternehmungen unterbinden.

¹ Im Jahre 1905 schloß die Dresdner Bank einen Interessengemeinschaftsvertrag mit der Firma Morgan in New York zum Zwecke der gemeinsamen Durchführung internationaler Emissionen. Dieser Vertrag hat dazu geführt, daß die Dresdner Bank sich anfangs 1906 an der Durchführung der Kapitalserhöhung der Sovereign Bank of Canada beteiligte. Ähnliche Verbindungen bestehen bereits zwischen der Deutschen Bank und Speyer & Co., S. Bleichröder und Ladenburg, Thalmann, sowie der Diskontogesellschaft und Kuhn, Loeb & Co. in New York. Die Berliner Handelsgesellschaft ist bei Hallgarten & Co. kommanditistisch beteiligt.

² Vgl. die Aufsätze darüber von Eichholz in der Zeitschrift f. Kolonialpolitik 1904, Nr. 4, 8—10.

³ Über Frankreich vgl. Rosenborff im Bankarchiv 1904, Nr. 10.

1. Die Deutsch-Westafrikanische Bank.

Der unmittelbare Anstoß zur Gründung dieses Institutes wurde dadurch gegeben, daß die British Banc of West-Africa im deutschen Schutzgebiet eine Filiale errichten wollte; hierdurch wäre die Abhängigkeit des Geldverkehrs dieses Landes von England, die sich besonders in dem fast ausschließlichen Gebrauche englischen Silbers, trotzdem deutsches Geld die Handelsmünze ist, zeigt, noch mehr verstärkt worden. Um dies zu verhindern, gründete die Dresdner Bank in Verbindung mit der Deutsch-Westafrikanischen Handelsgesellschaft im Herbst des Jahres 1904 die Deutsch-Westafrikanische Bank mit einem Aktienkapital von 1 Million Mark. Ihr Wirkungskreis erstreckt sich auf die Schutzgebiete Togo und Kamerun. Eine Erhöhung des Aktienkapitals über 5 Millionen Mark bedarf der Bestätigung durch den Reichskanzler. Es ist in Aussicht genommen, ihr das Notenprivileg zu erteilen. Mit Rücksicht hierauf darf sie nur folgende Geschäfte machen:

1. Gold und Silber in Barren und Münzen kaufen und verkaufen.
2. Wechsel und wechsellähnliche Papiere mit einer Laufzeit von höchstens sechs Monaten diskontieren, kaufen und verkaufen; aus diesen Papieren müssen jedoch, soweit sie nicht von kaiserlichen Behörden ausgestellt sind, entweder mindestens zwei als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete haften, oder es muß die zweite Unterschrift für den Fall der Vorlegung des Wechsels zum Akzept sichergestellt sein, oder es müssen den mit nur einer Unterschrift versehenen Wechseln die Seeverschiffungspapiere derjenigen Waren, auf deren Valuta der Wechsel gezogen ist, beigegeben sein.
3. Zinsbare Darlehne auf nicht länger als sechs Monate gegen Verpfändung von Papieren der unter Ziffer 2 genannten Art, und auf nicht länger als vier Monate gegen sonstige bewegliche Pfänder erteilen.
4. Schuldverschreibungen des Reiches, eines deutschen Staates, eines deutschen Schutzgebietes oder einer kommunalen Korporation der westafrikanischen Schutzgebiete, sowie Schuldverschreibungen, deren Verzinsung vom Reiche oder einem deutschen Staate garantiert oder die vom Bundesrate auf Grund des § 1807 Abs. 1 Nr. 4 des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Anlegung von Mündelgeldern für geeignet erklärt sind, kaufen und verkaufen.

5. Für Rechnung von Privatpersonen, Anstalten und Behörden Inkassos besorgen und gegen Deckung Zahlungen leisten und Anweisungen oder Überweisungen auf ihre Zweiganstalten, Agenturen oder Korrespondenten ausstellen.
6. Für fremde Rechnung Effekten aller Art sowie Edelmetalle gegen Deckung kaufen und nach vorheriger Überlieferung verkaufen.
7. Verzinsliche und unverzinsliche Gelder im Kontokorrent- und Depositengeschäft sowie im Giroverkehr aufnehmen.
8. Wertgegenstände in Verwahrung und Verwaltung nehmen.
9. Mit Genehmigung des Reichskanzlers sich bis zur Höhe eines Drittels des eingezahlten Grundkapitals an Unternehmungen mit gleichartigen Betriebsvorschriften beteiligen.

2. Die Deutsch-Ostafrikanische Bank¹.

In Deutsch-Ostafrika hat sich das Fehlen einer deutschen Bank schon seit längerer Zeit nachteilig fühlbar gemacht und zur Folge gehabt, daß das Schutzgebiet von Sansibar kommerziell abhängig wurde, besonders da sich dort Filialen der Chartered-Bank of India und der Nationalbank of India befinden. Die Kolonialverwaltung bemühte sich daher seit vielen Jahren, hier die Errichtung einer deutschen Bank herbeizuführen. So hat die Kaiserliche Regierung schon im Jahre 1890 der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft das Recht zur Errichtung einer Bank mit dem Notenprivileg gegeben, ohne daß hiervon angesichts der Schwierigkeiten, mit denen eine deutsche Bank in Ostafrika zu kämpfen gehabt hätte, Gebrauch gemacht worden wäre. Erst nachdem der Gesetzentwurf betreffend die Garantie des Reichs für die Eisenbahn von Dar-es-Salam nach Mrogoro die Zustimmung des Reichstages gefunden hatte, und damit günstigere Aussichten für die Zukunft der Kolonie eröffnet worden waren, zeigten sich die an der Ostafrikanischen Eisenbahn interessierten Banken unter der Voraussetzung der Verleihung des Notenrechts dazu bereit, zusammen mit den beiden größten dort ansässigen Firmen, der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft und Hanfing & Co. an der Gründung einer Deutsch-Ostafrikanischen Bank mitzuwirken. Das Kapital der neuen Bank beträgt 2 Millionen Mark, die Geschäfte, die die Bank betreiben darf, sind dieselben, wie die der Deutsch-Westafrikanischen Bank konzedierte.

Außerdem hat sie jedoch das Recht, nach Bedürfnis des Verkehrs auf Rupien lautende Noten bis zum dreifachen Betrage des eingezahlten

¹ Zu folgenden Ausführungen vgl. die Denkschrift über die Errichtung der Deutsch-Ostafrikanischen Bank vom 4. März 1905.

Grundkapitals auszugeben. Für den Betrag ihrer im Umlauf befindlichen Banknoten ist sie verpflichtet, jederzeit mindestens $\frac{1}{3}$ in Metallgeld, Reichssaffenscheinen oder Reichsbanknoten in ihren Kassen im ostafrikanischen Schutzgebiet als Deckung bereit zu halten. Die Deckung für den Rest muß aus diskontierten Wechseln, sowie in täglich rückzahlbaren Guthaben bei ersten Banken bestehen. Falls der Notenumlauf der Bank sich auf mehr als den doppelten Betrag ihres Vorrats beläuft, hat sie von der Mehrausgabe eine Steuer von 5 % an den Fiskus zu zahlen.

Die Schaffung dieser, mit dem Rechte der Notenausgabe ausgestatteten Bank ist bereits bei der Neuordnung des Münzwesens des Deutsch-Ostafrikanischen Schutzgebietes als Schlußstein dieser Neuordnung vorgesehen worden. Neben der Rücksicht auf die Bequemlichkeit des Geldverkehrs machte nämlich noch der Gesichtspunkt die Ausgabe papierner Geldzeichen für Deutsch-Ostafrika notwendig, daß angesichts der durch die Handelsbewegung hervorgerufenen Schwankungen im Geldbedarf zur Vermeidung der Gefahr von zeitweiligen Geldklemmen eine Instanz vorhanden sein muß, die mittels der Ausgabe von Noten die Metallzirkulation durch ein elastisches Umlaufmittel zu ergänzen imstande ist.

Dazu kommt ein weiterer Gesichtspunkt. Die Neuordnung des ostafrikanischen Geldwesens¹ ist bekanntlich in der Weise erfolgt, daß man die Rupie als Münzeinheit beibehalten und ihr einen festen Kassenkurs in deutscher Reichswährung beigelegt hat. Die bloße Beilegung eines festen Kassenkurses in Rupienwährung an die Reichsgoldmünzen hat jedoch an sich noch nicht die Wirkung, den Kurs der Rupie gegenüber der Reichsmark für den freien Verkehr festzulegen. Die Festlegung des Wertverhältnisses zweier verschiedener Arten von Geld erfolgt am sichersten dadurch, daß der Staat beide Arten von Geld gegeneinander nach einem festen Kursverhältnis einwechselt. Diese unmittelbare Umtauschverpflichtung konnte jedoch in unserem Fall dem Fiskus nicht auferlegt werden², weil man nicht die Absicht hatte, Reichsgoldmünzen in Deutsch-Ostafrika selbst in Umlauf zu bringen, da den Bedürfnissen des dortigen Geldverkehrs durch einen Silberumlauf in Verbindung mit papierenen Geldzeichen genügt

¹ Vgl. die Denkschrift über die Neuordnung des Münzwesens des Deutsch-Ostafrikanischen Schutzgebietes vom 19. April 1904, sowie den Aufsatz darüber von Rosen dorff im Finanzarchiv (XXII. Jahrg., Bd. 1).

² Anderer Ansicht Heyn im Bankarchiv, Jahrg. IV, Nr. 10.

werden kann. Auch erscheint ein stärkerer Abfluß von Reichsgoldmünzen nach Afrika im Interesse der Geldverhältnisse des Reiches selbst nicht als erwünscht.

Infolgedessen kann die erstrebte Stabilität des Kurses der ostafrikanischen Rupie nur durch eine planmäßige Beeinflussung der Wechselkurse erreicht werden. Zu diesem Zwecke sind Operationen erforderlich, für welche die Vermittelung durch eine Bank nahezu unerlässlich ist. Bis zur Begründung der Deutsch-Ostafrikanischen Bank hat man sich einstweilen damit geholfen, daß man die erforderlichen Bankoperationen der Legationskasse in Dar-es-Salam übertragen hat. Nunmehr hat aber die Bank durch Vertrag mit der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes die Regulierung des Rupienkurses übernommen, indem sie sich verpflichtet hat,

1. soweit es ihr Kassenbestand in Dar-es-Salam gestattet, bei ihrer Geschäftsstelle in Berlin an Private Schecks auf ihre Niederlassung in Dar-es-Salam auf ostafrikanisches Landesgeld zu einem Kurse zu verabsolgen, der 134,25 Mk. für 100 Rupien nicht überschreiten darf.
2. in Dar-es-Salam gegen Einzahlung von Rupien deutscher Prägung Schecks auf ihre Geschäftsstelle in Berlin zu verabsolgen, sobald die Rupien zu einem Kurse von 132,50 Mk. oder niedriger angeboten werden.

Um der Bank die Erfüllung dieser Verpflichtungen zu ermöglichen, hat es die Kolonialverwaltung übernommen, der Bank eventuell im Wege der Neuprägung die erforderlichen Beträge von ostafrikanischen Landesmünzen in Dar-es-Salam gegen Bareinzahlung bei der Legationskasse und zwar zum Kurse von 100 Mk. für 75 Rupien zur Verfügung zu stellen. Außerdem hat sich die Verwaltung dazu bereit erklärt, die sich in Dar-es-Salam etwa ansammelnden Überschüsse in Rupien gegen Anweisung auf die Legationskasse anzunehmen.

Der zweite zwischen dem Gouverneur von Deutsch-Ostafrika abgeschlossene Vertrag trifft Fürsorge für die Regelung des inneren Geldverkehrs der Kolonie.

III. Die deutschen Banken im Orient und in den Balkanstaaten¹.

Die Verbindung Deutschlands mit dem Orient und den Balkanstaaten hat ihren Ursprung in den Beziehungen, welche die deutschen

¹ Vgl. auch W ü f f e l m a n n in Revue Économique Internationale 1905, Nr. 3.

Banken seit langer Zeit zu diesen Ländern unterhalten. Die Türkei, Bulgarien, Serbien, Rumänien genießen bei den deutschen Banken einen großen Kredit für ihre Anleihen, und diese Beziehungen finanzieller Natur haben auch die Beteiligung des deutschen Kapitals an den industriellen Unternehmungen dieser Länder zur Folge gehabt. Auch die Banken des Balkans arbeiten zum großen Teil mit deutschem Gelde, wenn auch der französische und vor allem der englische Einfluß dort noch sehr mächtig ist. Die erste Rolle spielt im orientalischen Bankwesen die 1863 gegründete Ottoman-Bank, eine englisch-französische Gründung mit einem Aktienkapital von 15 Millionen türkischen Pfund. Außer der Zentrale in Konstantinopel und den Niederlassungen in Paris und London hat diese Bank 38 Filialen in der Türkei und 3 in Ägypten. Zu den englischen Orient-Banken gehören noch die Banque d'Athènes mit einem Aktienkapital von 20 Millionen Drachmen, die Nationalbank of Egypte mit einem Aktienkapital von 2½ Million türkisch Pfund und schließlich die kürzlich mit einem Kapital von 500 000 Pfund gegründete Abessinische Staatsbank, an welcher die Bank für Handel und Industrie interessiert ist, und deren Aktien durch letztere kürzlich in Deutschland zur Zeichnung aufgelegt wurden.

1. Banca Generala Romana.

Die erste deutsche Bankgründung in Rumänien ist bereits im Jahre 1897 erfolgt. Da nämlich Handel und Industrie dieses Landes unter dem Mangel einer großen Kreditbank litten, so traten rumänische Persönlichkeiten von hohem Range an die Diskonto-Gesellschaft mit der Anregung heran, dort eine große deutsche Kreditbank zu gründen¹. Die Verhandlungen hierüber führten auch zum Ziele, und noch in demselben Jahre wurde durch die Diskonto-Gesellschaft und S. Bleichröder die Banca Generala Romana in Bukarest mit einem Aktienkapital von 10 Millionen Lire gegründet, welche inzwischen Zweigniederlassungen in Braila, Constanza und Crajova errichtet hat. Obgleich in der der Begründung der Bank folgenden Zeit die außerordentliche Mißernte eine schwere Krisis hervorgerufen hat, ist es der Bank doch gelungen, in gedeihlicher Entwicklung fortzuschreiten. Sie hat in den Jahren 1898 bis 1901 Dividenden von 5, 5, 7, 8 %, verteilt, in den darauf folgenden Jahren allerdings so schwere Verluste gehabt, daß sie sich davon erst 1904 wieder erholen konnte. Diese Verluste hatten ihren Ursprung in Operationen, die den

¹ Denkschrift der Diskonto-Gesellschaft, S. 217.

Getreideexport betrafen. Die Bank führt infolgedessen derartige Operationen nicht mehr für eigene Rechnung, sondern nur noch kommissionsweise aus.

2. Die Deutsche Palästina-Bank.

Nicht viel später als die eben genannte Bank wurde die deutsche Palästina-Bank gegründet, die es jedoch nicht zu einer nennenswerten Bedeutung gebracht hat. Sie ging aus der deutschen Palästina- und Orient-Gesellschaft m. b. H. hervor und wurde im Jahre 1899 mit einem Aktienkapital von 450 000 Mk. ins Leben gerufen. Das deutsche Bankhaus von der Heydt & Co. ist vorzugsweise an ihr beteiligt. Ihr Zweck ist, wie schon der Name besagt, Pflege der Beziehungen zwischen Deutschland und Palästina. Das Geschäft der Bank ist durch den Wettbewerb des Crédit Lyonnais außerordentlich beeinträchtigt worden. Trotzdem erzielte sie in den ersten Jahren ihres Bestehens 5 % Dividende und vermochte ihren Geschäftskreis so auszudehnen, daß im Jahre 1901 eine Kapitalserhöhung auf 800 000 Mk. nötig wurde. Im Jahre 1903 wurde die Bank jedoch von so schweren Verlusten betroffen, daß sie sich auch im nächsten Jahre noch nicht davon erholen konnte. Sie hatte nämlich à méta mit einem anderen Bankhause einem Geschäftsmanne Waren-Accreditive eröffnet, laut denen unter bestimmten Modalitäten Vorschüsse auf Warenversciffungen gegen Auslieferung der Verladungsdokumente zu leisten waren. Diese Waren mußte die Bank übernehmen, und der Markt für dieselben ist dann derart abgestaut, daß man die Waren nur mit sehr großen Verlusten realisieren konnte. Infolgedessen konnte die Bank 1903 und 1904 nicht nur keine Dividende verteilen, sondern mußte auch ihr Aktienkapital um 200 000 Mk. unter gleichzeitiger Erhöhung durch Ausgabe von Vorzugsaktien herabsetzen; man hofft jedoch, im laufenden Jahre wieder 5 % Dividende zu erzielen.

3. Die Orientbank und die Deutsche Orientbank.

Zu der weiter zunehmenden Bedeutung des Orients für Deutschland haben außer den eingangs genannten Ursachen noch verschiedene andere Gründe mitgewirkt, so die günstige Entwicklung der Mittelmeerländer, die planmäßige Förderung unserer Handelsbeziehungen zur Levante seitens unserer Schifffahrt und der Eisenbahnverwaltungen, vor allem aber das gewaltige Werk des Anatolischen Bahnbaus durch die Deutsche Bank.

Im Hinblick auf das letztgenannte Unternehmen lag die Annahme nahe, daß die Deutsche Bank als Verbündete der Ottomanenbank eines Tages in Konstantinopel, sei es mit einer Filiale, sei es mit einer selbständigen Bankgründung hervortreten würde. Es ist ihr jedoch die Nationalbank durch die Gründung der Orientbank im Jahre 1904 zuvorgekommen¹. Als Gründer fungierte hierbei außerdem die Banque Nationale de Grèce. Das Kapital der neuen Bank beträgt 10 Millionen Gold-Francs. Ihr Sitz ist Athen, Filialen hat sie bisher in Konstantinopel, Saloniki, Smyrna, Alexandrien, Kairo und Hamburg eröffnet, in Pyräus und Kalamata in Aussicht genommen; sie beabsichtigt eine Ausdehnung ihres Filialnetzes über den ganzen Orient.

Die Orientbank befaßt sich mit bankgeschäftlichen Transaktionen aller Art und widmet der Pflege der finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen des Orients mit dem Auslande ihre besondere Aufmerksamkeit.

Kurze Zeit nach ihrer Gründung errichtete sie eine Filiale in Hamburg, wobei sie sich das Recht sicherte, sich der in 15 Jahren aufgebauten und über 50 Häfen ausgedehnten Organisation der Levantelinie bedienen zu dürfen. Man hofft, daß diese Filiale von großer Bedeutung für die Orientbank sein wird, da der deutsche Handel mit dem Orient zum größten Teil über Hamburg geht. Wie man hört, sind auch die Hoffnungen, die man auf die Hamburger Filiale hinsichtlich der Ausdehnung der Levantelinie auf die nordischen Häfen gesetzt hatte, in Erfüllung gegangen.

Im Jahre 1905 schloß die Orientbank eine Interessengemeinschaft mit der deutschen Palästina-Bank. Dieselbe bezieht sich auf zwei Punkte. Es ist vorgesehen, daß

1. jede der beiden Banken dort keine Filialen gründet, wo die andere bereits vertreten ist.
2. Die Banken sich gegenseitig Geschäfte zuweisen.

Allein so gut sich anfänglich die in der Orientbank vereinigten griechischen und deutschen Interessen zu vertragen schienen, so zeigte es sich doch bald, daß ein Zusammenleben beider Elemente auf die Dauer nicht möglich war. Infolgedessen entschloß man sich schon Ende des Jahres 1905, die „Tätigkeit der Orientbank mehr auf

¹ Die Bank für orientalische Eisenbahnen, ein Schweizer Institut in Zürich, woran auch deutsches Kapital beteiligt ist, ist eine Trustgesellschaft und gehört nicht hierher, ebensowenig die Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich.

ihre griechische Interessensphäre zu konzentrieren und für die Länder am Mittelmeer ein Bankinstitut von rein deutschem Charakter zu errichten“ (Jahresbericht der Nationalbank für 1905)¹.

Die Deutsche Orientbank wurde demgemäß in den ersten Tagen des Jahres 1906 mit dem Sitz in Berlin und zwar von der Interessengemeinschaft Dresdner Bank-Schaffhausenscher Bankverein in Verbindung mit der Nationalbank mit einem Kapital von 16 Millionen Mark gegründet. Sie übernahm die in Konstantinopel und Hamburg bestehenden Niederlassungen der Orientbank und hat die Errichtung von Filialen in Alexandrien² und Kairo in Aussicht genommen. — Mit der Banque Nationale de Grèce und der Orientbank in Athen, an welcher letzteren die Nationalbank mit einem nicht erheblichen Betrag beteiligt geblieben ist, sind freundschaftliche Vereinbarungen über das Vorgehen im Orient getroffen.

4. und 5. Marmorosch Bank & Co. und Banque de Crédit.

Das weitere Vordringen der deutschen Banken in den Balkanstaaten wird gekennzeichnet durch die Umwandlung des alten Bukarester Bankhauses Marmorosch Bank & Co. in eine Aktiengesellschaft unter Mitwirkung der Bank für Handel und Industrie und der Berliner Handelsgesellschaft³ und durch die Gründung der Banque de Crédit

¹ Nach der „Frankfurter Zeitung“ soll sich der Generaldirektor der Griechischen Nationalbank, Herr von Streit, über die Gründe dieser Trennung folgendermaßen geäußert haben: Die Griechische Nationalbank habe sich zur Errichtung der Orientbank s. Z. mit einem deutschen Institute verbündet, um der gänzlichen Erstarrung der Geschäftsverbindungen zwischen Deutschland und Griechenland seit dem Staatsbankerott schließlich ein Ende zu setzen, und um in der Türkei die Bank eines mächtigen Staates zur Seite zu haben. Bei Eingehung des Gesellschaftsverhältnisses sei völlige Gleichheit festgesetzt worden, jedoch mit der Zusicherung, daß in Geschäftsführung und Verwaltung das griechische Element überwiege. Indessen seien bald dadurch Schwierigkeiten entstanden, daß die Nationalbank für Deutschland Einflußnahme auf die Einzelheiten der Verwaltung und der Personalangelegenheiten angestrebt und so Verzögerungen in den Beschlüssen des Verwaltungsrats zum Schaden der erforderlichen Einheitlichkeit und Schnelligkeit hervorgerufen habe. Auch sei ihrerseits sowie seitens ihrer mitwirkenden Organe eine gewisse Neigung zu Versuchen hervorgetreten, dem deutschen Elemente die Oberhand zu verschaffen. Dem habe die Nationalbank Griechenlands selbstverständlich entgegengewirkt und eine neue Regelung sei notwendig geworden.

² Dieselbe ist bereits eröffnet worden.

³ An der Umwandlung ist auch die Pester Ungarische Kommerzialbank beteiligt.

in Sofia unter Mitwirkung der Diskontogesellschaft, der Norddeutschen Bank in Hamburg und S. Bleichröder.

Das Grundkapital der erstgenannten Bank beträgt 8 Millionen Lei. Die Umwandlung ist derartig vollzogen worden, daß die neu errichtete Société de Crédit das Bankhaus erworben und ihre Firma in Banca Marmorosch, Bland & Co., Societate Anonima in Bukarest, umgewandelt hat. Von dem Aktienkapital hat die Darmstädter Bank und die Berliner Handelsgesellschaft je 1 200 000 Lei übernommen. Vor kurzer Zeit ist dasselbe dann von 8 auf 10 Millionen erhöht worden.

Die Banque de Crédit ist mit einem Aktienkapital von 3 Millionen Goldleva gegründet worden und soll in Bulgarien großen Sympathien begegnen. Sie ist dazu bestimmt, „der wirtschaftlichen Entwicklung dieses aufstrebenden Balkanstaates im allgemeinen und seinem Verkehr mit Deutschland im besonderen zu dienen“ (Jahresbericht der Diskonto-Ges. für 1905). Die Gründung dieser Bank hat aber zur Folge gehabt, daß sich auch französisches und ungarisches Kapital in Bulgarien etabliert hat. Die Banque de Paris et des Pays Bas und die Pester Ungarische Kommerzialbank haben nämlich kurze Zeit darauf in Sofia die Banque Générale de Bulgarie mit einem Aktienkapital von 4 Millionen Francs ins Leben gerufen.

I. Die deutschen Auslandsbanken.

1. Deutsche Überseeische Bank.

(Deutsche Bank.)

Berlin		Valdivia	} Chile
Buenos-Ayres	} Argentinien	Osorno	
Bahia-Blanca		Mexiko	
Cordoba		Barcelona (Spanien) 1904	
Valparaiso		Lima (Peru) 1905	
Antofagasta	} Chile	Druo 1905	} Bolivien
Iquique		La Paz 1905	
Concepcion		Montevideo (Uruguay) in Aussicht	
Santiago de Chile			

2. Deutsch-Asiatische Bank.

(Diskonto-Gesellschaft, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Darmstädter Bank, Berliner Handelsgesellschaft, Rationalbank, Schaaffhausenscher Bankverein.)

Shanghai (Hauptniederlassung)	Tsinanfu 1904
Berlin	Peking 1905
Kalkutta	Yokohama 1905
Hongkong	Singapore
Tientsin	Kobe (Japan) } (in Aussicht)
Tsingtau	Hamburg
Hankau	

3. Brasilianische Bank für Deutschland.

(Diskonto-Gesellschaft, Norddeutsche Bank in Hamburg.)

Hamburg
Rio de Janeiro
Sao PauloSantos
Porto Alegre 1904**4. Bank für Chile und Deutschland.**

(Diskonto-Gesellschaft, Norddeutsche Bank in Hamburg.)

Hamburg
Valparaiso
Santiago
ConcepcionTemuco 1905
La Paz 1905
Druro 1905
Antofagasta in Aussicht**5. Deutsche Zentralamerika-Bank. 1905.**

(Deutsche Bank, Deutsche Überseeische Bank, Lazard = Speyer = Glissen, Schweizerische Bankanstalt.)

Berlin
Guatemala
Kostarika (in Aussicht)Honduras
Nicaragua
Salvador } (in Aussicht)**6. Deutsch-Südamerikanische Bank. 1906.**

(Dresdner Bank, Schaaffhausenscher Bankverein, Nationalbank für Deutschland.)

Berlin
Hamburg

Buenos-Ayres

7. Deutsch-Westafrikanische Bank. Hamburg 1904.

(Dresdner Bank, Deutsch-Westafrikanische Handelsgesellschaft.)

Berlin
Lome (Togo)

Duala (Kamerun)

8. Deutsch-Ostafrikanische Bank. 1905.

(Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, Deutsche Bank, Diskonto-Gesellschaft, Bleichröder, Delbrück Leo & Co., von der Heydt & Co., Mendelssohn & Co., Sal. Oppenheimer jr. & Co., Robert Warshawauer & Co.)

Berlin
Dar-es-SalamSanfibar
Mombassa } (in Aussicht)**9. Deutsche Palästina-Bank.**

(Von der Heydt & Co.)

Berlin
JaffaJerusalem
Haifa (1905)**10. Banca Generala Romana.**

(Diskonto-Gesellschaft, Bleichröder.)

Bukarest
BrailaConstanza
Grajova**11. Banque de Crédit. 1905.**

(Diskonto-Gesellschaft, Bleichröder, Norddeutsche Bank.)

Sofia

12. Deutsche Orientbank. 1906.

(Dresdner Bank, Schaaffhausenscher Bankverein, Nationalbank.)

Berlin
Hamburg
KonstantinopelAlexandrien
Kairo (in Aussicht)

II. Die Bilanzen der alten deutschen überseeischen Banken pro 1904/05¹. Aktiva.

	Nicht eingesetztes Aktien- Kapital	Kasse (ev. inkl. Bank- guthaben)	Wechsel	Eigene Effekten	Konfort- Betei- ligungen	Konto- forrent- Debitoren	Bank- gebäude und Grundstücke	Dar- lehne	Lombard
Deutsche Überseeische Bank 1904 1905	4 800 000 7 800 000	24 521 916 24 254 096	44 402 757 56 409 798	4 996 453 7 004 284 ²	121 910 650 653	47 572 762 63 922 267	1 560 513 1 162 877	— —	— —
Bank für Chile und Deutschland	7 500 000	1 572 034	2 434 111	—	—	15 355 554	302 359	9 876 720	—
Brasilianische Bank für Deutschland (für die Zeit vom 30./6. 03—30./6. 04 und 30./6. 04—30./6. 05)	— —	14 589 939 18 046 904	21 632 668 27 025 208	2 541 888 2 535 258	—	2 861 599 3 255 279	1 084 991 1 278 965	— —	11 192 428 16 248 210
Deutsche-Asiatische Bank . .	1 875 000	inkl. Sorten 3 757 271	In Shanghai, Peking 8 434 791	2 595 341	—	10 907 823	342 151	—	—

12*

¹ Für die vorhergehenden Jahre vgl. meinen Aufsatz in diesem Jahrbuche XXVIII, 4.
² Darunter 4 200 000 Deutsche Staatsanleihen.

Passiva.

	Attien- kapital	Reserve- fonds	Spezial- Reserve- fonds	Valuta- Aus- gleichs- fonds	Akzepte	Depositen	Konto- orrent- Kreditoren	Gewinn	Zan- tione	Divi- den- den	Vor- trag	Deffre- dere Konto
Deutsche über- seeische Bank 1904	20 000 000	2 288 308	—	—	3 589 617	45 047 999	55 755 828	1 549 639	—	—	—	—
Deutsche Bank 1905	20 000 000	2 031 769	—	—	1 788 837	62 763 837	69 616 648	1 805 602	—	—	—	—
Bank für Chile und Deutschland. . .	10 000 000	78 752	78 752	—	45 055	Dep. Girocont. Kredit in Chile 15 774 064	Kreditoren in Europa 11 463 175	—	8 695	200 000	38 943	—
Brasilian. Bank für Deutschland vom 30./6. 03—30./6. 04	10 000 000	723 782	—	—	573 852	6 940 278	33 162 937	—	34 782	800 000	402 038	—
30./6. 04—30./6. 05	10 000 000	782 236	—	—	1 314 194	7 479 837	46 033 112	—	52 173	1 000 000	412 010	—
Deutsche Asiatische Bank	7 500 000	590 935	327 995 ¹	375 942	876 131	—	17 466 954	—	27 717	531 250	115 462	20 000

In Taelen

Gesamtumsatz der Deutschen Überseeischen Bank von einer Seite des Hauptbuches.

	In Millionen Mark	
	1904	1905
Kassa-Konto	2499,0	3163,0
Wechsel-Konto	150,9	256,0
Kontokorrent-Konto	3590,0	4570,0
Akzepte	11,2	11,8
Diverse	12,8	16,1
Summa	6264,9	8417,9

¹ Davon Kto auf 2 1/2 Mill. Taelen — 314 430 Taelen.

III. Banque Générale Roumaine.

Passiva. (Fracs.)

	1898	1899	1901	1902	1903	1904
Capital.	10 000 000	10 000 000	10 000 000	10 000 000	10 000 000	10 000 000
Compt. cour. crédit.	10 901 426	19 776 716	17 642 701	8 608 718	15 772 279	20 320 615
Compt. de gages.	3 126 517	4 092 843	5 982 231	4 872 377	8 991 802	11 153 408
Dépôts de titres.	10 341 072	20 204 058	16 316 331	16 148 529	17 594 807	24 517 937
Bénéf. net.	505 991	710 486	765 838	—	—	717 865
Fonds de rés. statut.	—	45 493	81 018	119 310	119 310	119 310
Fonds de rés. spec.	—	56 104	118 018	165 981	62 135	62 135
Deposants de marchandises.	—	—	1 735 649	—	—	—
Fonds de pension.	—	—	41 000	43 050	45 200	45 200
Garants de Hypothèques.	—	—	—	—	—	6 987 232

Activa.

	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904
Actionnaires.	5 000 000	2 500 000	2 500 000	2 500 000	—	—	—
Caisse.	180 084	567 714	774 443	695 089	914 993	846 601	657 060
Portef. commerc.	6 329 343	6 152 271	4 356 607	3 073 520	3 957 150	6 379 078	6 342 510
Effets de comm. et marchandises en gage.	3 123 764	3 017 015	4 089 172	5 945 658	5 044 277	9 117 981	11 112 104
Dépôt de titres.	16 341 072	23 615 513	20 204 058	16 316 331	16 148 529	17 594 807	24 517 937
Compt. cour. débit.	7 422 725	10 435 107	19 356 176	16 380 734	11 577 109	16 862 493	22 824 216
Fonds publ. et particip. financ.	1 842 285	2 888 729	3 451 952	2 204 377	1 778 597	1 302 532	1 576 808
Mobilier.	36 732	28 895	20 292	55 857	29 015	30 972	4
Immeubles.	—	—	126 500	254 700	404 448	356 068	405 821
Céréales en dépôt.	—	—	—	3 497 870	—	—	—
Marchandises en consignation.	—	—	—	1 735 649	—	—	—
Perte nette.	—	—	—	—	103 845	—	—
Hypothèques en garantie.	—	—	—	—	—	—	6 987 232

IV. Deutsche Palästina-Bank.

Aktiva.

	Land-Konto	v. d. Seydt	Filiale Jerusalem	Filiale Jaffa	Div. Debitoren
1899	49 310	36 984	151 718	127 605	11 615
1900	49 310	Bankguthaben 22 522	199 777	222 779	—

	Kassakonto	Wechselkonto	Mobilien	Effektenkonto
1901	51 584	273 675	5294	—
1902	170 336	257 663	4765	20 050
1903	97 246	464 484	4483	31 546
1904	157 637	375 722	6951	28 396 ¹

Passiva.

	Kapitalkonto	Diverse Kreditoren	Gewinn und Verlust	Reservefonds
1899	365 000	5 681	6 515	—
1900	450 000 ²	11 758	31 131	1500

	Kapitalkonto	Reservefonds	Kreditoren	Depositen	Gewinn und Verlust
1901	450 000	3026	516 357	102 536	43 195
1902	800 000	4407	385 455	116 483	45 617
1903	800 000	6408	509 742	115 602	59 807
1904	800 000	6408	622 215	172 687	27 334

V. Dividenden.

	Deutsch-Asiatische Bank	Brasil. Bank f. Deutschland	Deutsche Überseeische Bank	Bank f. Chile u. Deutschland
1904	10	8	8	8
1905	10 (voraussichtlich)	10	8	8

	Deutsche Palästina-Bank	Banque Gén. Roumaine
1898	—	5
1899	0	5
1900	5	7
1901	5	8
1902	4	0
1903	0	0
1904	0	6

¹ Deutsche Reichsanleihe, Pfandbriefe, Stadtanleihe.² 450 000 ÷ 85 000 fehlende Einzahlungen.

VI. Weitere Interessen der deutschen Banken am ausländischen Bankgeschäft.

1. Deutsche Bank¹.

Filiale: London.

Kommanditen: Wien: Rosenfeld & Co.

Gründungen: Banca Commerciale Italiana, Mailand.

Schweizer Bankverein, Basel.

Beteiligung: Sovereign Banc of Canada.

Interessengemeinschaft: Speyer & Co., New York.

Beteiligungen aus früheren Jahren:

Wien: Güterbod, Hornitz & Co.

1871—79. German Bank of London.

1872—85. Knoblauch & Lichtenstern, New York.

1873—77. Weiskweiler & Goldschmidt, Paris.

1872—85. Deutsch-Belgische La Plata-Bank, La Plata-Staaten.

2. Dresdner Bank.

Filiale: London.

Kommandite: Madrid, Fährndrich & Co.

Gründungen: Banca Commerciale Italiana, Mailand.

Aktiengesellschaft von Speyr & Co., Basel.

Beteiligung: Sovereign Banc of Canada.

Interessengemeinschaft: J. P. Morgan & Co., New York.

3. Direktion der Diskonto-Gesellschaft.

Filiale: London.

Kommandite: Buenos-Ayres, Ernesto Tornquist & Co.

Gründungen: Banca Commerciale Italiana, Mailand.

Banque Internationale de Bruxelles, Brüssel.

Compagnie Belge, anciennement A. de Bary & Co., Antwerpen.

Von 1872—73 beteiligt an der Deutsch-Belgischen La Plata-Bank.

Interessengemeinschaft: Ruhn, Loeb & Co., New York.

4. Berliner Handelsgesellschaft.

Beteiligungen: Labouchère, Lyons & Co., A.-G. in Amsterdam.

Hallgarten & Co., New York.

Gründungen: Schweizerischer Bankverein, Basel.

Banca Commerciale Italiana, Mailand.

Banque Internationale de Bruxelles, Brüssel.

Banca Marmorosch Blank & Co., Bukarest.

5. Bank für Handel und Industrie².

Beteiligung: Wechselstuben-Aktiengesellschaft Merkur, Wien.

Gründungen: Amsterdamsche Bank, Amsterdam.

Ungarische Escompte- und Wechselbank, Budapest.

Banca Commerciale Italiana, Mailand.

Banque Internationale de Bruxelles, Brüssel.

Bankers Trading Syndicate, London. (Dadurch auch indirekt bei S. Zaphet, London.)

Banca Marmorosch Blank & Co., Bukarest.

Banc of Abyssinia.

Beteiligungen aus früheren Jahren:

Duttscha & Co., Wien 1867 (jetzt umgewandelt in Aktienges. Merkur).

Paris 1856—70 und 1873.

New York bei G. vom Baur & Co. 1856.

Brüssel 1871.

¹ Im Jahre 1905 trat ein Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank in den Aufsichtsrat der Banque d'Outremer, Brüssel, ein.

² Im Jahre 1905 wurden enge Beziehungen zwischen der Bank für Handel und Industrie und dem Crédit Anversois in Antwerpen hergestellt.

6. Kommerz- und Diskontobank.

Seit 1872 Interessengemeinschaft mit London & Hanseatic-Bank, Ltd. (Von 40 000 Aktien à 10 £ eingezahlt besitzt sie 19 302.)

7. Rationalbank für Deutschland.

1904—05 Orientbank in Athen, Konstantinopel, Saloniki, Smyrna, Alexandrien, Kairo, Hamburg.

Gründung: Credito Italiano, Rom.

8. Mitteldeutsche Kreditbank.

War bis 1877 an der German Bank of London durch Aktienbesitz beteiligt.

9. S. Gleichröder.

Interessengemeinschaft mit Ladenburg, Thalmann in New York.

10. A. Schaaffhausenscher Bankverein.

Gründungen: Banque Internationale de Bruxelles, Brüssel.

Aktiengesellschaft von Speyr & Co., Basel.

VII. Die Auslands- und Kolonialbanken einiger anderer Länder.

Einen Einblick in die Stellung der gleichartigen Institute des Auslandes geben die nachstehenden Tabellen, deren Zahlen schon einen Beleg für die enormen Vorteile liefern, die man dort aus den überseeischen Bank- und Finanzgeschäften schon seit langem gezogen hat. Gegenüber etwa 60 Niederlassungen von 12 deutschen Auslandsbanken gibt es allein 32 englische Kolonialbanken mit Sitz in London und 2104 Niederlassungen in den Kolonien sowie 18 sonstige englische Überseebanken mit 175 Niederlassungen.

Frankreich hat 18 Kolonial- und Auslandsbanken mit 104 Filialen. Ferner haben zwei große französische Bankinstitute 27 Niederlassungen in den Kolonien und überseeischen Ländern (eine weitere Anzahl von Niederlassungen in europäischen Ländern). Und im Juni vorigen Jahres ist eine reine überseeische Bank, die Banco Franco-Argentino mit einem Kapital von 125 Millionen Francs, wovon zunächst 35 Millionen eingezahlt werden sollen, hinzugetreten.

Die Niederlande verfügen über 16 Auslandsbanken mit 68 Niederlassungen.

Rußland hat für seine asiatischen Nachbarreiche zwei große ausländische Banken geschaffen. In Österreich plant man die Errichtung einer Überseebank für China und ist bereits mit den Vorbereitungen für dieses Unternehmen beschäftigt. Gleichzeitig haben die österreichischen Banken ihren Wirkungskreis im Orient und in den Balkanstaaten außerordentlich erweitert. (S. die Anm. auf S. 159.)

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben durch Verschmelzung von zwei Bankinstituten sich in der International Banking Corporation

eine Auslandsbank mit 17 Niederlassungen in Ostasien, Indien, Mexiko und England geschaffen, während das Kolonialbankwesen sich hier gleichfalls zu entfalten beginnt.

I. Die englischen Colonial Banks.

N a m e	Zahl der Nieder- lassungen	Kapital £	Davon eingesahstes Kapital £	Dividende für 1903
				Prozent
1. African Bkg. Corp., L. . . .	34	800 000	400 000	6
2. Australian Joint Stk. Bk. . .	71	547 301	154 529	—
3. Bank of Adelaide, L. . . .	44	500 000	400 000	8
4. Bank of Afrika, Limited . .	65	3 000 000	1 000 000	12
5. Bank of Australasia	167	1 600 000	1 600 000	12
6. Bk. of British N. Amerika . .	47	1 000 000	1 000 000	6
7. Bk. of British W. Africa . .	11	150 000	60 000	8
8. Bk. of Calcutta (15 Rs. = 1 £)	—	100 000	66 667	5
9. Bk. of Mauritius	1	125 550	125 550	6
10. Bk. of Montreal	67	2 876 710	2 876 713	10
11. Bk. of New S. Wales	209	2 000 000	2 000 000	10
12. Bk. of New Zealand	134	500 000	452 370	5
Do. Pref.	—	500 000	500 000	5
Do. 4 % Guaranteed Stk. . . .	—	1 000 000	1 000 000	4
13. Bank of Victoria	74	2 400 000	1 061 250	3 ³ / ₄
Do. Pref. Shares		416 760	416 760	5
14. Canad'n Bk. of Commerce . .	127	1 740 000	1 740 000	7
15. Chr. of Ind., Aust. & China . .	26	800 000	800 000	11
16. Colonial Bank	13	2 000 000	600 000	7
17. Com. Bkg. Co. of Sydney . .	146	1 000 000	1 000 000	10
18. Commercl. Bk. of Aust. L. . .	102	95 282	95 282	—
Do. Pref. Shares		2 117 350	2 117 350	3
19. Delhi and London Bk. L. . .	7	437 625	337 625	4
20. Engl., Scot. and Austrl. . . .	92	1 078 875	539 437	4
Do. Perp. Stock	—	2 690 442	2 690 442	4
21. London Bk. of Australia . . .	53	1 104 818	375 883	2 ¹ / ₂
Do. Pref. Shares		171 930	171 930	5 ¹ / ₂
22. Mercantile Bk. of India, L. . .	10	375 000	187 500	5
Do. B. Shares		750 000	375 000	5
23. Natal Bk., Lim., A.	26	258 840	129 420	14
Do. B. Shares		1 482 320	370 580	14
24. Natnl. Bk. of Australasia . . .	133	2 384 880	1 192 440	3 ¹ / ₂
Do. Pref. Shares		305 780	305 780	5
25. Natnl. Bk. of India, L. . . .	20	1 200 000	600 000	10
26. Natnl. Bk. of N. Zealand, L. .	34	750 000	250 000	12
27. Natnl. Bk. of S. Africa . . .	72	1 100 000	1 100 000	8
28. Nethrlnds. Bk. of S. Africa . .	6	400 000	400 000	—
29. Queenslnd. Natnl. Bk., L. . .	53	—	413 227	—
Do. Insc. Deposit Stock		—	3 116 621	3 ¹ / ₂
Robinson S. African Bkg. . . .	—	in Liquidation		—
30. Royal Bk. of Queensland . . .	16	—	457 539	3 ¹ / ₂
31. Standard of S. Africa., L. . .	148	6 193 900	1 548 525	17
32. Union Bk. of Australia, L . . .	128	4 500 000	1 500 000	10
Summe	2 136	50 353 366	35 528 420	

II. Die englischen Foreign Banks.

N a m e	Zahl der Nieder- lassungen	Kapital £	Davon eingezahltes Kapital £	Dividende für 1903 Prozent
1. Anglo-Austrian Bank . . .	8	2 000 000	2 000 000	6 ¹ / ₄
2. Anglo-Californian Bank, L.	1	599 400	299 700	8
3. Anglo-Egyptian Bank . . .	7	1 500 000	492 570	12 ¹ / ₂
4. Anglo-Foreign Bkg. Co., L.	—	420 000	420 000	7 ¹ / ₇
5. Anglo-Italian Bank, L. . .	—	50 000	50 000	10
6. Bank of Egypt	4	1 000 000	500 000	16
7. Bank of Roumania	1	300 000	300 000	6 ² / ₈
8. Bank of Tarapaca & Ar- gentina	17	1 500 000	750 000	6
9. British Bank of S. America	9	1 000 000	500 000	8
10.* Comptoir Rat. d'Escompte de Paris	140	6 000 000	6 000 000	5 ¹ / ₂
11.* Crédit Lyonnais	250	10 000 000	10 000 000	10
12.* Deutsche Bank, Berlin . .	9	9 000 000	9 000 000	12
13.* Disconto-Gesellschaft . . .	3	8 500 000	8 500 000	8 ¹ / ₂
14.* Dresdner Bank	17	8 000 000	8 000 000	7 ¹ / ₂
15. Hongkong and Shanghai Bkg. Corp. (10 \$ = 1 £)	26	1 000 000	1 000 000	34
16. Imperial Bk. of Persia . .	8	650 000	650 000	8
17. Imperial Ottoman Bank . .	39	10 000 000	5 000 000	7
18. Jonian Bank	6	315 510	315 510	6
19. London & Brazilian Bk., L.	15	1 500 000	750 000	12 ¹ / ₂
20. London & Rio Plate Bk., L. London & San Francisco Bank, L.	13	1 500 000	900 000	19
Abforbiert durch die Bank of California				
21. London of Mexico & S. America, L.	—	800 000	400 000	10
22. London, Paris & Amer., L.	1	500 000	400 000	8
23. National Bank of China, L. (10 \$ = 1 £)	1	323 624	242 718	—
24. National Bk. of Egypt . .	20	2 500 000	2 250 000	7
25.* Société Générale	545	10 000 000	10 000 000	6 ¹ / ₄
26.* Swiss Bankverein	3	1 600 000	1 600 000	7
27.* Yokohama Specie Bank (10 Yen = 1 £)	1	1 800 000	1 800 000	12
Summe	1 143	82 358 534	72 120 498	
Davon ab als fremde Banken die 8 mit * bezeichneten . .	968	54 900 000	54 010 000	
Niederlassungen	175	27 458 534	17 220 498	

III. Die französischen Kolonialbanken.

N a m e	Anzahl der Nieder- lassungen	Kapital in Francs	Dividende für 1903	
1. Banque de Guadeloupe	3	3 000 000	0	} in Prozenten
2. Banque de Guyana	3	600 000	23,7	
3. Banque de Martinique	2	3 000 000	4	
4. Banque de Réunion	2	3 000 000	9,5	
5. Banque de l'Afrique Occidentale	2	3 000 000	5	
6. Banque de l'Algérie	6	1 500 000	6	
7. Banque de Tunisie	16	20 000 000	4	
8. Banque de l'Indo-Chine	3	4 000 000	30	
9. Crédit foncier colonial	13	24 000 000	5	} in Francs
10. Banque nationale d'Haiti	2	5 000 000	24	
11. Banque de l'Afrique du Sud	6	10 000 000	?	
12. Banque nationale de St. Domingo	2	4 000 000	?	
13. Compagnie Algérienne	16	25 000 000	37,50	
14. Crédit Algérien	2	8 000 000	50	
15. Crédit foncier et agricole d'Algérie	21	15 000 000	12,50	
16. Crédit foncier Egyptien	1	80 000 000	?	
17. Crédit foncier Franco-Canadien	3	4 784 000	?	
18. Comptoir Nat. d'Escompte de Paris	24 ¹	—	—	
19. Crédit Lyonnais	21 ¹	—	—	
20. Banco Franco-Argentino	1	125 000 000	—	
21. Crédit Franco Egyptien	1	12 500 000	—	
Summe	137	329 384 000		

¹ In fremden Ländern bezw. den Kolonien.

IV. Die niederländischen Kolonialbanken.

N a m e	Anzahl der Nieder- lassungen	Kapital in Florins	Dividende für 1903 Prozent
1. Nederlandsche Bank voor Zuid-Africa	4	9 600 000	7
2. Transvaalsche Bank en Handels-Vereeniging	2	3 000 000	7
3. Nederlandsch-Indische Escompto-Maatschappij	8	6 000 000	8
4. Nederlandsch - Zuid - Afrikanische Hypothekenbank	2	2 000 000	10
5. Nederlandsch - Amerikanische Hypothekenbank	1	1 000 000	6 ³ / ₄
6. Nederlandsch - Amerikanische Land-Maatschappij	1	5 000 000	6 ¹ / ₂
7. Nederl.-Indische Hypothekenbank	1	500 000	7 ¹ / ₂
8. Northwestern & Pacific-Hypoth.-Bk.	2	1 860 000	7,40 ¹ / ₂ pro Anteil
9. Overijseische Hypothekenbank	1	1 000 000	0
10. Pretoria Hypotheken-Maatschappij	1	2 000 000	20
11. Borneo-Sumatra-Maatschaappij	1	1 200 000	5
12. Javasche Bank	9	6 000 000	9,3
13. Koloniale Bank	3	10 000 000	0
14. Nederl. Handels-Maatschappij	22	45 000 000	7
15. Nederl.-Indische Handelsbank	7	12 000 000	5
16. Surinaamsche Bank	2	700 000	15,75 fl. pro Anteil
Summe	67	98 260 000	

VIII. Gesamtentwicklung der älteren deutschen überseeischen Banken von 1889—1904.
 (1889 Brasilianische Bank für Deutschland, Deutsche Überseeische Bank, Deutsch-Asiatische Bank.
 1904 inf. Bank für Chile und Deutschland und Deutsche Palästina-Bank.)

	Ein- gezähltes Kapital	Kassen- bestände	Wechsel- bestände	Lombard- bestände	Debitoren	Akzepte	Depositen	Kreditoren	Reserven	Dividenden und Zantiemen
1889	11 675 000	7 889 772	13 869 927	3 947 986	12 514 257	387 523	1 780 621	26 715 779	672 299	504 800
1904	42 567 500	50 234 705	89 932 236	11 192 429	93 960 409	6 398 853	67 762 343	144 671 544	6 474 141	3 734 450

Summe aller Geschäftserträge von der Gründung bis 1904 (Dividenden und Zantiemen)
 32 231 400 Mark.

Über die Betriebsmittelgemeinschaft der deutschen Eisenbahnen.

Von

Schwabe,

Geh. Regierungsrat a. D.

Inhaltsverzeichnis.

Preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft S. 189. — Geplante Anschlüsse an diese Gemeinschaft S. 190. — Heidelberger Programm S. 191. — Bayerischer Vorschlag einer Güterwagengemeinschaft S. 192. — Notwendige Ergänzungen S. 195.

Mit dem 1. April 1897 hat die zwischen Preußen und Hessen durch den Staatsvertrag vom 27. Juni 1896 vereinbarte und durch das Gesetz vom 16. Dezember 1896 genehmigte Eisenbahn-Betriebs- und Finanzgemeinschaft begonnen.

Seitdem ist der hessische Staatseisenbahnbesitz mit dem preussischen zu einer Betriebsgemeinschaft vereinigt. Die Verwaltung der vereinigten Bahnen wird nach den für die preussischen Staatseisenbahnen geltenden Vorschriften geführt. Die preussischen und die hessischen Linien werden als einheitliches Netz verwaltet. Die Betriebseinnahmen und -ausgaben werden, mit bestimmten Ausnahmen, als gemeinsam angesehen, und der Überschuf unter beide Staaten nach einem bestimmten Maßstabe geteilt. In dem Etat, der der Verwaltung der vereinigten Bahnen zugrunde gelegt wird, erscheint indessen der Hessen gebührende Anteil als Ausgabe, so daß sich dort der Betrag, um den die Betriebseinnahmen die Betriebsausgaben übersteigen, als Betriebsüberschuf der preussischen Staatseisenbahnen darstellt.

Die oberhessischen Staatsbahnen sind der Kgl. Eisenbahndirektion in Frankfurt a. M. zugeteilt, die übrigen hessischen Staatsbahnlinien gehören im Verein mit benachbarten Staatsbahnstrecken zu der am 1. Februar 1897 eingesetzten Kgl. preussischen und großherzoglich hessischen Eisenbahndirektion in Mainz.

Die während dieses achtjährigen Zeitraumes, besonders für Hessen, erzielten überaus günstigen finanziellen Ergebnisse, sowie die in dieser Zeit gewonnene Überzeugung, daß durch die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft die wirtschaftlichen Interessen Hessens in höherem Grade als früher gefördert und die Hoheitsrechte in keiner Weise beeinträchtigt worden sind, hatten bei den süddeutschen Staaten, und zwar in erster Reihe bei Württemberg, infolge der ungünstigen Eisenbahnerträge¹ Anregung gegeben, der Frage eines Anschlusses an die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft näher zu treten.

Infolge der entgegenkommenden Aufnahme, welche diese Anregung preußischerseits fand, hatten die Ressortminister von Preußen, Bayern, Württemberg und Baden am 29. September 1904 in Heidelberg eine Konferenz zur Herbeiführung eines engeren Zusammenschlusses der Staatsbahnen abgehalten und sich vorbehaltlich der Zustimmung der beteiligten Staatsministerien im Prinzip über die Bildung einer Betriebsmittelgemeinschaft verständigt.

Über die Beweggründe, welche die württembergische Regierung zu ihrem Vorgehen veranlaßt haben, gibt folgende auszugsweise wiedergegebene Erklärung des württembergischen Staatsrates von Balz Aufschluß. Derselbe bemerkt u. a.:

„Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so ständen wir in Deutschland vor weiteren großen wirtschaftlichen Aufgaben. Zu den bevorstehenden Konkurrenzkämpfen bedürften Handel, Industrie und Landwirtschaft der tatkräftigen Unterstützung des Verkehrs. Insbesondere werde alles daran zu setzen sein, für eine beschleunigte Beförderung der Güter zu sorgen und den Fuhrpark, den erhöhten Anforderungen

¹ Übersicht der in Betracht kommenden Staatsseisenbahnen im Etatsjahr 1903:

Staatsbahnen	Länge km	Anlage- kapital Mark	Geleistete			Be- triebs- koeffi- zient %	Ver- zinsung des Anlage- kapital %
			Lo- mo- ti- ven	Per- sonen-	Güter- tonnen-		
			Millionenkilometer				
1. Verein. preußische und hessische. .	33 262,52	8 538 805 331	594,2	16145,4	29340,2	59,37	7,24
2. Bayerische. . .	6 133,6	1 452 882 614	71,66	1601,7	3040,2	71,01	3,47
3. Württembergische	1 824,12	617 543 038	28,22	746,0	823,79	68,61	3,37
4. Badische. . . .	1 582,63	639 619 956	33,85	796,2	1193,6	71,61	3,82
5. Sächsische. . . .	2 695,36	1 025 833 951	44,48	1497,5	1693,6	66,86	4,61
6. Mecklenburgische Friedrich Franz	1 092,83	115 082 583	8,25	177,15	150,1	69,95	5,14
7. Oldenburgische	497,94	59 310 525	4,96	139,38	151,0	64,04	7,06
Summe 2—7	13 825,88	3 910 272 673	192,02	4957,93	7052,29		

entsprechend, so auszurüsten, daß die durch Wagenmangel und Verkehrsstockung entstehenden Kalamitäten möglichst vermieden würden. Und gerade auf diesem Gebiete könne die angestrebte Vereinigung unter Wahrung der ökonomischen Rücksichten große Erfolge erzielen. Er möchte hier nur nebenbei nicht unterlassen, dem Vorurteil gegenüber zu treten, als ob für die württembergische Regierung bei ihrem Vorgehen vor allem der finanzielle Gesichtspunkt oder gar das Begehren, seine Finanzen auf Kosten Preußens zu verbessern, maßgebend gewesen wäre. Freilich werde ein finanzieller Vorteil erwartet, aber nicht auf Kosten Preußens, sondern durch die mit jedem Großunternehmen und mit jeder Gemeinschaftsverwaltung an sich verbundene, verhältnismäßige Verbilligung des Betriebes und durch sonstige Verkehrsvereinfachungen, Erleichterungen und Verbilligungen, und dieser Vorteil müsse jedem der beteiligten Staaten in gleicher Weise zugute kommen.

Die Meinung der württembergischen Regierung gehe gerade dahin, daß unter Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der einzelnen Mitglieder durch Zusammenfassen der Kräfte ein möglichst großer Wirtschaftseffekt erzielt werden sollte. Auf denjenigen Gebieten, wo sich die Kräfte frei entfalten könnten, sollten sie durch keinerlei Bindung geniert sein. Da aber, wo durch ein Zusammenwirken für alle ein großer Wirtschaftseffekt erzielt werden könne, wollen wir uns die Hände reichen.“

In ähnlicher Weise sprach sich auch der großherzoglich badische Geh. Legationsrat Dr. Kühn aus. Derselbe bemerkt u. a.: „Baden begrüßt den Gedanken eines engeren Zusammenschlusses der deutschen Eisenbahnverwaltungen, weil dessen Verwirklichung geeignet sei, die Vereinfachung, Erleichterung, Beschleunigung und Verbilligung des Verkehrs, alle wichtigen allgemeinen Interessen zu fördern, weil die Gemeinschaft allen Beteiligten Vorteil bringen werde, weil sie unter Wahrung der Hoheitsrechte eines jeden Staates eingegangen werden könne, und vor allem im deutschen Interesse, weil sie sich als ein weiteres wichtiges Band unter den Bundesstaaten darstellen werde.“

Aus diesen Erklärungen geht hervor, daß eine Eisenbahngemeinschaft mit Preußen nach dem Vorgange von Hessen ganz ausgeschlossen ist, daß es sich vielmehr in erster Reihe um Wahrung der Hoheitsrechte und um die volle Selbständigkeit der Beteiligten handelt, und daß nur unter dieser Voraussetzung auf die Vereinfachung, Erleichterung, Beschleunigung und Verbilligung des Verkehrs Bedacht genommen werden soll. In welcher Weise unter diesen Um-

ständen das gesteckte Ziel, insbesondere die zwar weniger betonte, in Wirklichkeit aber den Ausgangspunkt der Bestrebungen bildende Erhöhung des Ertrages der Eisenbahnen erreicht werden soll, ist nicht näher angegeben, und ist auch aus nachstehendem, der zu bildenden Eisenbahnbetriebsmittelgemeinschaft zugrunde gelegten, sogenannten Heidelberger Programm nicht zu ersehen.

- I. Einheitliche Handhabung auf national deutscher Grundlage, aber ohne Beeinträchtigung der Hoheits- und Besitzrechte der einzelnen Staaten.
- II. Größtmögliche Beseitigung der wirtschaftlich schädlichen Leerläufe.
- III. Unbeschränkte und gegenseitige Benutzung des Güterwagengemeinschafts.

Wir glauben ein näheres Eingehen auf dieses Programm unterlassen zu können, da dasselbe von Bayern sowie demnächst auch von Sachsen und Mecklenburg nicht angenommen worden ist.

Wie der bayerische Verkehrsminister v. Frauendorfer in der Abgeordnetenversammlung erklärte, schlägt Bayern vor, ein Gemeinschaftsverhältnis zu schaffen, das minder tief in die Verhältnisse der einzelnen Verwaltungen eingreifen, der Gemeinschaft einen mehr förderativen Charakter wahren und die Beteiligten mit einem geringeren finanziellen Risiko belasten würde, als die bisherige Gemeinschaftsform. Mit Rücksicht hierauf schlägt Bayern vor, die Eisenbahnbetriebsmittelgemeinschaft auf eine Güterwagengemeinschaft zu beschränken, da der Güterwagenverkehr in der ganzen Gemeinschaftsfrage weitaus die wichtigste Rolle spielt und gerade auf diesem Gebiete von einer Gemeinschaft die weitaus überwiegenden Vorteile sowohl für den allgemeinen Verkehr wie für die einzelnen Eisenbahnverwaltungen zu erwarten sind. Diese Güterwagengemeinschaft würde hiernach in folgender Weise zu regeln sein.

1. Jede Verwaltung stellt ihren Güterwagenpark zur Verfügung der Gemeinschaft, sie benutzt daher die Wagen der Gemeinschaft unbeschränkt.
2. Jede Verwaltung beschafft und erneuert den eigenen Güterwagenpark und besorgt die regelmäßige Unterhaltung.
3. Beschädigungen, durch welche die Lauffähigkeit eines Güterwagens oder seine Benutzbarkeit beeinträchtigt wird, sind von der Verwaltung, in deren Bahngebiet sie eintreten oder entdeckt werden, auf eigene Kosten nach noch zu vereinbarenden Bestimmungen zu beseitigen.

4. Diejenigen Verwaltungen, welche den gemeinschaftlichen Güterwagenpark nach einer höheren als der nach ihrem eigenen Wagenpark treffenden Quote in Anspruch nehmen, haben an die Gemeinschaft für die zu wenig vorgehaltenen Wagen eine entsprechende jährliche Pauschalvergütung zu leisten.
5. Jede Verwaltung hat das Recht und die Pflicht, allmählich so viele Güterwagen zu beschaffen, als sie dauernd nach dem Maße der Inanspruchnahme des gemeinschaftlichen Wagenparks trifft.
6. Die Verwaltungen verpflichten sich, die Neubeschaffung ihrer Güterwagen nach einheitlichen Musterzeichnungen vorzunehmen.
7. Über die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinschaft wird ein Jahresausgleich aufgestellt, und
8. für die Wahrnehmung der Geschäfte der Gemeinschaft wird eine der betreffenden Verwaltungen als geschäftsführende Verwaltung aufgestellt.

Eine nach diesen Leitsätzen gebildete Güterwagengemeinschaft würde dem allgemeinen Verkehr und ebenso den Eisenbahnverwaltungen durch die Festsetzung der allgemeinen Freizügigkeit der Güterwagen, die tunlichste Beseitigung der schädlichen Leerläufe, die Beschleunigung des Wagensumlaufs, durch Erleichterungen in der Betriebsführung, durch die eintretende Kostenersparnis usw. im wesentlichen dieselben Vorteile in bezug auf das Gütertransportwesen zuwenden, wie eine Gemeinschaft nach den württembergischen Punktationen; freilich ohne daß es eines Gemeinschaftsamtes mit weitgehenden Einengungen der Selbstverwaltungstätigkeit der einzelnen Gemeinschaftsteile bedürfte. Unsere Vorschläge beschränken sich aber nicht lediglich auf den Güterwagenverkehr, wir sind vielmehr weiter mit Anträgen hervorgetreten, deren Annahme nach unserer Auffassung auch hinsichtlich der Lokomotiven sowie der Personen- und Gepäckwagen eine weitgehende gegenseitige Ausnutzung und damit wesentliche Vereinfachungen und Kostenersparnisse gewährleisten würde. Diesen bayerischen Vorschlägen nähern sich auch die Anschauungen der sächsischen Regierung, da das Reichseisenbahnprojekt sowie eine Betriebsgemeinschaft mit Preußen an maßgebenden Stellen in Sachsen keine Unterstützung finden.

Ebenso hat sich die mecklenburgische Regierung dem Verlangen nach einer völligen Eisenbahngemeinschaft gegenüber ablehnend ausgesprochen. Von der oldenburgischen Regierung liegt jedoch noch keine entscheidende Erklärung vor.

Was endlich die Stellung Preußens betrifft, so hatte sich der

Eisenbahnminister v. Budde bei den Debatten über die Personentarifreform im Abgeordnetenhaus in folgender Weise ausgesprochen:

„Mit einem einheitlichen Tarif in Deutschland wäre ein großes Ziel erreicht. Die süddeutschen Verwaltungen haben viel höhere Ausfälle durch diese Reform als Preußen, Hessen und namentlich als Sachsen. Die süddeutschen Staaten erhoffen nun eben aus den Ersparnissen, die ihnen die Betriebsmittelgemeinschaft bringt, ihre erheblichen Ausfälle zu decken. Es ist aber noch nicht mit Sicherheit zu übersehen, ob die Betriebsmittelgemeinschaft überhaupt bewirkt werden kann, denn die Schwierigkeiten, die sich sowohl in politischer wie in finanzieller Beziehung ergeben, sind doch sehr groß. Ich kann mich nur auf die allgemeine Bemerkung beschränken, daß die Verhandlungen gute Fortschritte genommen haben, daß aber ihr Ende heute noch nicht zu übersehen ist. Dagegen möchte ich heute meine Ansicht dahin darlegen, daß ich eine Betriebsmittelgemeinschaft, wie sie geplant ist, ohne eine gleichzeitige Personentarifreform überhaupt nicht für denkbar halte, dagegen aber eine Personentarifreform ohne Betriebsmittelgemeinschaft für durchführbar.“ Welche Stellung jedoch die preußische Regierung gegenüber den bayerischen Vorschlägen einnimmt, ist bisher nicht bekannt geworden. Wenn vom nationalen Gesichtspunkt aus zu bedauern ist, daß in dem bayerischen Vorschlage einer Güterwagengemeinschaft mit einem mehr föderativen Charakter von einem großen, idealen und nationalen Grundgedanken im Sinne von Artikel 42 der Reichsverfassung wenig zu bemerken ist, so muß anderseits zugegeben werden, daß gegenüber dem großen Verwaltungsapparat der Betriebsgemeinschaft das Heidelberger Programm zu unbestimmt ist, und wohl schwerlich die erwarteten finanziellen Vorteile bieten wird. Da überdies die Vorschläge der süddeutschen Staaten den gemeinsamen Fehler haben, auf die einfachen Verkehrsverhältnisse derselben berechnet zu sein, dagegen auf die großartige Entwicklung des Kohlen-, Roß- und Erzverkehrs¹ der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft und auf die zur Bewältigung dieses fast ununter-

¹ Auf den preußisch-hessischen Staatseisenbahnen wurden im Jahre 1903 befördert:

Steinkohlen	85 242 855 Tonnen
„ „Briketts.	2 663 567 „
„ „Roß	12 567 639 „
Braunkohlen	14 673 262 „
„ „Briketts.	7 824 509 „

Übertrag 122 971 832 Tonnen,

brochen steigenden Verkehrs notwendigen Reformen keine besondere Rücksicht zu nehmen, so bedarf es für Preußen, auch bei Zustimmung zu der bayerischen Güterwagengemeinschaft einer Erweiterung und Vervollständigung des derselben zugrunde zu legenden Programmes. Wird hierbei von der Einschränkung der Umwege im Güterverkehr abgesehen, da diese Angelegenheit, nach den Erklärungen der verschiedenen Regierungen, schon in befriedigender Weise geregelt zu sein scheint, so bedürfen doch folgende Punkte noch der Berücksichtigung:

Verminderung der Betriebskosten:

1. Durch Verminderung der Leerläufe.
2. Durch Beschleunigung des Wagenumlaufes.
3. Durch Erhöhung der Tragfähigkeit und Einführung der Selbstentladung.
4. Durch Einführung eines auf Verminderung der Betriebsausgaben und Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen gerichteten Tariffsystems.

Was zunächst die Verminderung der Leerläufe betrifft, so würde sich nach offizieller Mitteilung schon eine jährliche Ersparnis von $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark ergeben, wenn von den Leerläufen der deutschen Bahnen von 4 Milliarden Achskilometern nur 5–6%, das Achskilometer zu $1\frac{1}{2}$ Pf. berechnet, vermindert werden könnten. Obgleich nun diese Ersparnis für 1 Achskilometer noch höher geschätzt werden kann, so kommt doch dessen ungeachtet diese durch eine schärfere Kontrolle zu erzielende Ersparnis weniger in Betracht, weil der Verminderung der Leerläufe durch die Verkehrsverhältnisse enge Grenzen gezogen werden. In dieser Beziehung wird der Hinweis genügen, daß in allen Kohlenrevieren¹ der Versand an Kohlen, Eisen usw. weit größer ist als der Empfang in umgekehrter Richtung,

	Übertrag	122 971 832 Tonnen,
Erde	12 334 183	"
Erze	14 922 516	"
Roheisen, Walzeisen und bearbeitetes Eisen	20 418 871	"

Zusammen 170 647 402 Tonnen.

Dagegen betrug der Gesamtgüterverkehr auf den	
bayerischen Staatsbahnen. . .	21 651 542 Tonnen,
württemberg. " . . .	9 714 952 "
badischen " . . .	15 138 499 "

zusammen 46 504 993 Tonnen.

¹ Im Ruhrrevier betrug im Jahre 1902

der Versand . . .	56 384 059 Tonnen,
der Empfang. . .	33 788 667 "

und eine Beseitigung dieses Mißstandes nicht durch verschärfte Kontrolle, sondern durch Einführung ermäßigter Rücklabetarife und der dadurch ermöglichten Gewinnung neuer Fracht für die sonst leer zurücklaufenden Kohlenwagen zu gewinnen ist.

Was ferner die Beschleunigung des Wagenumlaufes betrifft, so stehen wir vor der auffallenden Tatsache, daß der Wagen-
umlauf¹ heute noch ebenso gering ist wie vor 50 Jahren; er betrug
z. B. auf den preussischen Bahnen

im Jahre 1852 . . . 16 338 km

im Jahre 1903 . . . 16 319 km.

¹ Der Wagenumlauf jeder Güterwagenachse betrug:

Jahr	Kilometer	Jahr	Kilometer	Jahr	Kilometer
1851	14 318	1861	14 880	1871	15 410
1852	16 338	1862	15 540	1872	15 067
1853	15 198	1863	15 113	1873	15 098
1854	15 803	1864	16 065	1874	14 979
1855	15 030	1865	16 051	1875	14 563
1856	14 490	1866	15 518	1876	14 353
1857	15 315	1867	15 704	1877	14 835
1858	14 723	1868	16 125	1878	14 570
1859	13 350	1869	16 043	1879	15 182
1860	14 333	1870	15 915	1880/81	13 868
im Durchschnitt	14 890		15 701		14 793
täglich	49,6		52,3		49,3

Jahr	Kilometer	Jahr	Kilometer	Jahr	Kilometer
1881/82	14 887	1891/92	16 659	1901	15 667
1882/83	15 285	1892/93	15 913	1902	16 809
1883/84	15 933	1893/94	16 201	1903	16 319
1884/85	15 520	1894/95	16 124		
1885/86	14 846	1895/96	16 721		
1886/87	15 202	1896/97	16 653		
1887/88	15 880	1897/98	16 745		
1888/89	16 665	1898/99	16 675		
1889/90	16 894	1899	16 814		
1890/91	17 217	1900	16 566		
im Durchschnitt	15 833		16 507		16 262
täglich	52,8		55,0		54,2

im Jahre 1903 auf den Württembergischen Staatsbahnen 17 723 km,
 „ „ „ „ Bayerischen „ 17 088 „
 „ „ „ „ Preussisch-Hessischen „ 16 764 „
 „ „ „ „ Badischen „ 16 160 „
 „ „ „ „ Sächsischen „ 12 304 „
 „ „ „ „ deutschen Privatbahnen 14 034 „
 „ „ „ „ allen deutschen Bahnen. 16 336 „

d. h. während des verfloßenen halben Jahrhunderts legten die Wagen im Durchschnitt täglich nur etwa 54 km zurück, und brachten somit, da diese in 3 Stunden durchfahren werden, täglich nur 3 Stunden auf der Fahrt und 21 Stunden auf den Stationen zu.

Da die preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft zurzeit etwa 230 000 offene Güterwagen mit einem Wert von $\frac{1}{2}$ Milliarde Mark besitzt, so ist ersichtlich, von welcher Bedeutung eine Beschleunigung des Wagenumlaufs sein muß. Dieselbe ist allerdings nicht durch größere Fahrgeschwindigkeit der Güterzüge, sondern durch Abkürzung des Aufenthaltes auf den Stationen, insbesondere durch Beschleunigung der Be- und Entladung zu erreichen. Zu diesem Zweck dient vornehmlich die auf den englischen und amerikanischen Bahnen von jeher eingeführte Einrichtung der offenen Güterwagen zur Selbstentladung. Welche Vorteile dies in bezug auf die Abkürzung des Aufenthaltes auf den Stationen und die Ersparnis an Entladungskosten bietet, ist daraus zu ersehen, daß bei den auf verschiedenen Strecken der Reichsbahnen eingeführten Talbotschen Selbstentladern von 25 t Ladegewicht der Aufenthalt von einer Stunde auf der Entladestation zur Entladung eines aus 20—25 t-Wagen bestehenden Zuges genügt, und dabei die Kosten der Entladung fast ganz wegfallen, während auf den Berliner Bahnhöfen die Entladezeit von 12 Stunden für die höchstens 15 t fassenden Wagen sich nicht als ausreichend erwiesen hat und nunmehr um eine Stunde verlängert werden soll; dabei betragen die Entladekosten eines 15 t-Wagens mittels Handarbeit 5 Mk. oder rund 33 Pf. für eine Tonne. So wünschenswert auch bei dem sonst und allgemein beklagten Arbeitermangel, bei den steigenden Arbeitslöhnen sowie bei den Bestrebungen auf Abkürzung der Arbeitszeit die allgemeine Einführung der Selbstentladung¹ sein würde, so scheint bei uns die Zeit dafür noch nicht gekommen zu sein. Es wird daher zunächst nur darauf ankommen, die Selbstentladung für den Massenverkehr, soviel als möglich unter Beförderung in geschlossenen Zügen, einzuführen, wobei die Be- und Entladung auf den Privat-Anschlußgleisen erfolgt, deren Besitzer die Kosten zur Einrichtung der Selbstentladung übernehmen und durch eine entsprechende Tarifiermäßigung entschädigt werden.

Mit der Einführung der Selbstentladung für den Massenverkehr wird übrigens nicht nur der Wagenumlauf außerordentlich beschleunigt,

¹ Bei der allgemeinen Einführung der Selbstentladung auf den preussischen Bahnen würde den Frachtempfängern eine jährliche Ersparnis von zusammen 12 Millionen Mark erwachsen.

sondern es wird auch erreicht, Wagen von 20 t und mehr Ladegewicht einzuführen und in geschlossenen Zügen zu befördern, dadurch den übermäßigen Rangierdienst einzuschränken, sowie überhaupt die Betriebsausgaben noch weiter und zwar erheblich zu ermäßigen und die Leistungsfähigkeit der Bahnhöfe wie der Bahnen selbst zu erhöhen. Alle diese Reformen, deren finanzieller Erfolg überraschend groß sein dürfte, sind allerdings, wie die Erfahrung gelehrt hat, ohne Mitwirkung der Verfrachter nicht ausführbar. Es kommt daher darauf an, diese Mitwirkung an der Verminderung der Betriebsausgaben durch eine Tarifbildung zu gewinnen, welche als Entschädigung dafür einen entsprechenden Teil der Betriebskosten in Form einer Tarifiermäßigung gewährt. Da übrigens schon jetzt der Kohlen- und Erzverkehr nahezu die Hälfte des gesamten Güterverkehrs bildet, und überdies von den in Deutschland gewonnenen 199 Millionen Tonnen Kohlen und Erzen 156 Millionen Tonnen auf Preußen kommen, so ist die preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft auch ohne Bildung einer Betriebsmittel- oder Güterwagengemeinschaft in der Lage, die vorerwähnten Reformen einzuführen, welche die Leistungsfähigkeit der Bahnen erhöhen und eine weitere erhebliche Steigerung der Überschüsse der preussischen Staatseisenbahnverwaltung zur Folge haben werden.

Wenn wir zum Schlusse noch einen Rückblick auf die Verhandlungen werfen, so dürfte das Urteil wohl übereinstimmend dahin gehen, daß die bisherigen Ergebnisse nach keiner Richtung hin als befriedigend angesehen werden können. Auch ist wenig Aussicht vorhanden, daß bei weiteren Verhandlungen ein günstigerer Erfolg, besonders im nationalen Sinne, zu erreichen sein wird, da Bayern nach Punkt 8 seiner Vorschläge die Führung der Güterwagengemeinschaft nicht etwa wie im Heidelberger Programm der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft einräumt, sondern auch für eine andere der beteiligten Verwaltungen, wahrscheinlich Bayern, offen halten will. Gegenüber dieser Sonderstellung Bayerns, der sich ja auch Sachsen und Mecklenburg bereits angeschlossen haben, wird preussischerseits ernstlich zu prüfen sein, ob es ratsam ist, Opfer für eine derartige Gemeinschaft zu bringen, die in keiner Richtung einen entsprechenden Ersatz bietet und eine Gefährdung der glänzenden Entwicklung¹ der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft befürchten läßt.

¹ Im Jahre 1895/96 überschritten die Einnahmen mit 1 036 894 006 Mk. die erste Milliarde, während im laufenden Etatsjahr, also nach Verlauf eines Jahrzehnts, die Einnahmen mit 1 062 225 000 Mk. schon in den ersten sieben Monaten eine Milliarde überschritten.

Die Ausführung des Preussischen Gesetzes über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900¹.

Von

Dr. Paul Köhne,
Amtsgerichtsrat.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung S. 199. — I. Die materiellen Voraussetzungen. Gesetzgebung S. 200. Die Gesetzesauslegung durch die Behörden S. 203. Deren praktische Folgen S. 205. Reformwünsche S. 206. — II. Das gerichtliche Verfahren. Schriftlichkeit und Mündlichkeit S. 209. Langsamkeit S. 211. Vorläufige Anordnungen S. 212. Jugendgerichte S. 214. — III. Die Ausführung der F. E. Familienpflege und Anstaltspflege S. 215. Heranziehung geeigneter Familien S. 216. Privaterziehungsanstalten S. 217. Kommunale und Staatsanstalten S. 218. Mängel der Anstalten S. 219. Staatsaufsicht über die Anstalten S. 220. Reformwünsche S. 220. — IV. Schluß. Probleme der Volkserziehung S. 221.

Seit dem 1. April 1901 ist das Preussische Fürsorgeerziehungsgesetz in Kraft. Für vier Jahre, bis zum 31. März 1905 liegen authentische Berichte über dessen Wirksamkeit in der vom Rgl. Ministerium des Innern bearbeiteten „Statistik über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger und über die Zwangserziehung Jugendlicher“ vor.

Mit großen Hoffnungen ist die Einführung des Gesetzes begleitet gewesen; auch an Besorgnissen hat es anderseits nicht gefehlt.

¹ Der Arbeit liegt ein Vortrag zugrunde, welchen der Verf. am 27. November 1905 in der Zentralstelle für Jugendfürsorge in Berlin gehalten hat.

Enttäuschung und Entmutigung ist seither vielfach zu Worte gekommen¹. Es ist daher an der Zeit, zu prüfen, inwieweit das Gesetz soziale Notstände beseitigt hat, wo die Grenzen seiner Wirksamkeit liegen, und wo sich Fehler in der Ausführung bemerkbar gemacht haben. Eine solche Prüfung muß von der Massenbeobachtung, wie die Statistik sie bietet, ausgehen; sie darf aber auch auf Einzelbeobachtung nicht verzichten, selbst wenn die letztere nicht allgemein gültige Ergebnisse bietet. Denn nur der Einzelbeobachtung ist es möglich, individuelle Gesichtspunkte zu finden, die Höhen und Tiefen zu bezeichnen, welche bei der statistischen Durchschnittsmessung nivelliert werden.

I.

Voraussetzungen für die Anwendbarkeit der Fürsorgeerziehung.

Nach dem Preuß. Allg. Landrecht §§ 90, 91, 266 II, 2 sollte sich das Vormundschaftsgericht derjenigen Kinder annehmen, welche von ihren Eltern grausam mißhandelt oder zum Bösen verleitet werden, oder denen der erforderliche Unterhalt versagt wird. Die Elternrechte sollten eingeschränkt und die Erziehung der Kinder auf Kosten der Eltern anderen Personen anvertraut werden. Die Ausführbarkeit dieser Vorschriften scheiterte in den meisten Fällen an dem Umstande, daß die Eltern weder willens noch instande waren, Kosten aufzubringen und zu zahlen. Zwar hat das Bundesamt für Heimatwesen in wiederholten Entscheidungen² ausgesprochen, daß Kinder, welche seitens der Polizei ihren Eltern wegen Mißhandlung oder Vernachlässigung fortgenommen worden sind, dadurch unterstützungsbedürftig im Sinne der Armengesetze werden; indessen haben diese Entscheidungen im vorigen Jahrhundert eine über den Einzelfall hinausragende Bedeutung nicht gehabt. Nur einzelne große Gemeinden, unter ihnen in erster Linie Berlin, haben es damals für ihre Pflicht erachtet, die Mittel herzugeben, welche zur Rettung mißhandelter und verwahrloster Kinder erforderlich waren.

Durch das Zwangserziehungs-gesetz vom 13. März 1878 wurden dann öffentliche Mittel für solche Kinder zur Verfügung gestellt,

¹ Drucksachen des Preuß. Hauses der Abg. 20. Leg.-Per. I. Sess. Nr. 260, Sten. Berichte des Abg.-Hauses 1904 S. 2958 ff., des Herrenhauses 1904 S. 147 ff.

² Vgl. Entsch. Bd. 3 S. 45; Bd. 16 S. 91; Bd. 19 S. 27, 75; Bd. 23 S. 121; Bd. 32 S. 148.

welche im Alter zwischen 6 und 12 Jahren eine strafbare Handlung begangen haben. Natürlich konnte dieses Gesetz nur eine sehr beschränkte Wirksamkeit üben.

Nach § 1666 B.G.B. hat das Vormundschaftsgericht die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßregeln zu treffen, wenn das geistige oder leibliche Wohl eines Kindes dadurch gefährdet wird, daß der Inhaber der elterlichen Gewalt das Recht der Sorge für dessen Person mißbraucht, das Kind vernachlässigt, oder sich eines ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens schuldig macht. Das Vormundschaftsgericht kann insbesondere anordnen, daß das Kind zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungsanstalt oder einer Besserungsanstalt untergebracht werde. Nach § 1838 B.G.B. kann in Fällen, in denen nicht dem Vater oder der Mutter die Sorge für die Person des Kindes zusteht, dessen Unterbringung auch dann angeordnet werden, wenn sie notwendig wird, ohne daß ein Verschulden der Erzieher vorliegt. Auch die Ausführbarkeit dieser Bestimmungen scheitert vielfach an der Kostenfrage. Die Motive zum B.G.B.¹ sagen ausdrücklich, daß dessen Vorschriften eine landesgesetzliche Pflicht zur Kostenbedeckung nicht begründen! Die Möglichkeit, die Lücke auszufüllen, gewährt Art. 135 E.G. zum B.G.B.; für Preußen ist die Ausfüllung vorgenommen durch das Gesetz vom 2. Juli 1900. Es läßt die F.C. gegen Minderjährige unter 18 Jahren in drei Fällen zu²:

1. Wenn die Voraussetzungen des § 1666 oder § 1838 B.G.B. vorliegen und die F.C. erforderlich ist, um die Verwahrlosung des Minderjährigen zu verhüten;
2. wenn der Minderjährige eine strafbare Handlung begangen hat, wegen deren er in Anbetracht seines jugendlichen Alters strafrechtlich nicht verfolgt werden kann, und die F.C. zur Verhütung weiterer sittlicher Verwahrlosung erforderlich ist;
3. wenn die F.C. außer diesen Fällen wegen Unzulänglichkeit der erziehlichen Einwirkung der Eltern oder sonstigen Erzieher oder der Schule zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens des Minderjährigen notwendig ist.

Der unter Ziff. 2 bezeichnete Fall der Zulässigkeit der F.C. entspricht der Vorschrift des alten preussischen Zwangserziehungsgesetzes. Er hat zu Zweifeln nicht Anlaß gegeben, andererseits aber

¹ S. 1156.

² § 1.

nur eine beschränkte Wirksamkeit. Im Etatsjahre 1904 ist auf Grund des § 1 Ziff. 2 F.E.G. nur gegen 10,9 % aller Überwiesenen F.E. angeordnet.

Heiß umstritten dagegen ist die Bedeutung der Ziff. 1.

Als das Gesetz in Kraft trat, wurden Kinder, welche durch Verschulden ihrer Gewalthaber gefährdet und ohne bereite Mittel waren, der F.E. ohne weiteres überliefert. Die Praxis konnte sich dabei auf die Motive zum F.E.G. S. 12 stützen, welche die Notwendigkeit des neuen Gesetzes damit begründeten, daß die landrechtlichen Schutzvorschriften in allen denjenigen Fällen versagten, in denen der Vater zur Tragung der durch die vormundschaftliche Anordnung entstehenden Kosten unfähig war. Stutig wurden die Gerichte zunächst, als speziell in Berlin der Versuch unternommen wurde, solche Kinder, welche schon längere Zeit von ihren Eltern entfernt und freiwillig in die Pflege der Waisenverwaltung genommen waren, sich auch inzwischen einwandfrei geführt hatten, nunmehr der F.E. zu unterwerfen, um einen Teil der Kosten von dem Armenverbande auf den Staat abzumwälzen. Es lag auf der Hand, daß dieser Versuch fehlschlagen mußte. Er gab aber Anlaß, das Verhältnis der Armenpflege zur F.E. überhaupt einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen. Dies Verhältnis ist schon in den gesetzgebenden Körperschaften bei Beratung des F.E.G. gestreift worden, wenngleich die daraus entstehenden Probleme damals nicht erschöpfend erörtert sind. Es bedarf ja nur der Erwähnung, daß durch die F.E. den Armenverbänden ein Teil ihrer Armenlasten, dem Fiskus ein Teil seiner Strafvollstreckungskosten abgenommen wird. Der erste Regierungsentwurf schlug deshalb eine Verteilung der Kostenlast in der Weise vor, daß je ein Drittel der Kosten von dem Staate, der Provinz und dem Ortsarmenverbande zu tragen sei. Die Beforgnis, daß die Ortsarmenverbände aus finanziellen Gründen Anträge auf F.E. unterlassen würden, führte zu dem Vorschlage der Regierung, die Kosten zwischen dem Staat und der Provinz gleich zu teilen. Im Herrenhause fand auch dieser Vorschlag Widerspruch, und es kam dann schließlich eine Einigung dahin zustande, daß der Staat zwei Drittel, die Provinz nur ein Drittel der Kosten zu zahlen hat. Die Ortsarmenverbände waren also schließlich von jeder Kostenpflicht befreit, während sie doch eine Erleichterung ihrer Armenlast durch Aufnahme unterstützungsbedürftiger Kinder in die F.E. genossen. Daß ihnen in § 15 F.E.G. die Kosten des Transports und der ersten Ausstattung des Zöglingss aufgelegt sind, fällt hiergegen kaum ins Gewicht.

Ob man sich bei Beratung des Gesetzes dieser Folgen ganz klar geworden ist, wird schwer festzustellen zu sein; daß nicht die Absicht bestand, die Armenverbände finanziell zu erleichtern, ist anzunehmen. Dies ist in scharfer Weise von dem Kammergericht als oberster preussischer Spruchbehörde zum Ausdruck gebracht¹. Das Kammergericht hat ausgesprochen, daß nur die Notwendigkeit besonderer erziehlicher Einwirkung auf den Minderjährigen oder aber ein Versagen der Armenpflege die Anordnung der F.C. rechtfertige, während bei Kindern, deren Trennung von den Gewalthabern zwar geboten, bei denen aber besondere erzieherische Einwirkung nicht erforderlich sei, die Armenverbände die erforderlichen Mittel zu anderweiter Unterbringung zu gewähren haben. Nur wenn ein Armenverband der ihm obliegenden Pflicht nicht genüge, und Beschwerde nicht zum Ziele führe, sei auch gegenüber solchen Kindern F.C. angezeigt. Das Kammergericht stützt sich auf die schon oben zitierten und eine neuere Entscheidung des Bundesamts für Heimatwesen², welche eine sogenannte künstliche Hilfsbedürftigkeit für solche Kinder annehmen, deren Fortnahme aus der bisherigen Umgebung vom Vormundschaftsrichter verfügt ist, und deren Unterhaltungskosten nach Entfernung von ihren unterhaltungspflichtigen Verwandten nicht bestritten werden können.

Das Kammergericht hindert durch diese Entscheidungen eine zu weitgehende Abwälzung der Armenlasten auf den Staat; es bringt den Grundsatz zur Anerkennung, daß Anordnungen, welche das Vormundschaftsgericht innerhalb der Grenzen seiner Zuständigkeit getroffen hat, von allen anderen staatlichen Organen anzuerkennen sind, und es steckt endlich einer uferlosen Ausdehnung der F.C., welcher die ausführenden Organe nicht gewachsen sein würden, ein Ziel.

Besonders mag darauf hingewiesen werden, daß es unwürdig ist, wenn der Vormundschaftsrichter Beschlüsse auf Grund der §§ 1666, 1838 B.G.B. faßt, ohne daß er die Durchführung seiner Anordnungen erwirken kann, weil ihm andere Behörden die Rechtshilfe versagen. Freilich ist dieser Notstand auch durch das Kammergericht nicht völlig aus der Welt geschafft. Denn weder diese Behörde noch das Bundesamt für Heimatwesen sind in der Lage, die Ortsarmenverbände zur Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber gefährdeten Kindern anzuhalten; vielmehr steht dieses Recht nur den Bezirksausschüssen zu, welche sich

¹ Vgl. Jahrb. für Entsch. des Kammergerichts Bd. 23 S. A 32, 37, 50; Bd. 24 S. A 158; Bd. 25 S. A 201.

² Entsch. Bd. 34 S. 79.

aber vielfach auf die Seite der sich weigernden Ortsarmenverbände gestellt haben. Indessen hat das Kammergericht für diesen Fall ausgesprochen, daß dann die F.C. auch bei solchen Kindern zulässig ist, welche nur durch ihre Umgebung gefährdet, aber nach Verpflanzung in einen reinen Boden der Verwahrlosung nicht ausgesetzt sind¹.

Es stellt sich also nach der Judikatur des Kammergerichts die Rechtslage so dar, daß bei Kindern, welche nur durch Schuld ihrer Umgebung in ihrer körperlichen, geistigen oder sittlichen Entwicklung gefährdet sind, der Vormundschaftsrichter anderweite Unterbringung anzuordnen und mangels der erforderlichen Mittel der Armenverband die Pflégskaftskosten zu zahlen hat. Sofern sich der Armenverband weigert und auch durch den Bezirksauschuß nicht zur Zahlung angehalten wird, oder sofern eine einfache Verpflanzung des Kindes in reinen Boden nicht genügt, vielmehr eine besondere pädagogische Einwirkung erforderlich ist, welche der Vormund und die übrigen Organe der Vormundschaftsverwaltung nicht leisten können, so hat die F.C. einzutreten. Es entspricht diese Auslegung dem Wortlaut des Gesetzes, welcher die F.C. trotz des Tatbestandes der §§ 1666, 1838 B.G.B. nur für den Fall¹ zuläßt¹, daß sie notwendig ist, die Verwahrlosung des Minderjährigen zu verhüten.

Diese richtigen Grundsätze sind aber vielfach von den unteren Instanzen in äußerlicher und schemenhafter Art zur Anwendung gebracht; sie haben dadurch der günstigen Wirkung des Gesetzes geschadet.

Der Satz, die F.C. dürfe nur das letzte Mittel zur Rettung gefährdeter und verwahrloster Kinder sein, wird dahin verkehrt, sie setze voraus, daß die subjektive Verwahrlosung durch äußere Handlungen besonders stark in die Erscheinung getreten ist. Der Anordnung der F.C. wird wohl gelegentlich mit der Bemerkung widersprochen, das in Betracht kommende Kind sei noch nicht oder noch nicht sehr subjektiv verwahrlost. Man muß sich nun klar über den Begriff der subjektiven Verwahrlosung sein. Verwaltungsbehörden und Richter fassen ihn dahin auf, daß das Kind nicht nachweislich eine strafbare Handlung begangen, nicht vagabundiert oder dauernd die Schule veräuht hat. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß nicht entfernt alles, was ein Kind Böses tut, zur Kenntnis der Behörden gelangt,

¹ Jahrb. für Entsch. des R.G. Bd. 22 S. A 241: Fürsorgeerziehung Minderjähriger im Jahre 1901, bearbeitet im Königl. Preuß. Ministerium des Innern S. 51.

daß aber auch eine Verwahrlosung eingetreten sein kann, die sich noch nicht in schlechten Taten geäußert hat. Man muß das Wort „Verwahrlosung“ in seinem wortgetreuen Sinn auffassen. Verwahrlost ist ein Kind, das sich nicht in angemessener Verwahrung befindet, das also zu Hause der nötigen körperlichen Pflege und Reinlichkeit, der Erziehung in den fundamentalsten sittlichen Grundbegriffen entbehrt. Verwahrlost ist ein Kind, das Schmutz, Schande und Elend von klein auf gesehen hat, das nie gelernt hat, den Blick nach oben zu richten. Solche Kinder bedürfen besonderer erzieherischer Einwirkung, auch wenn sie nicht gerade gestohlen haben. Daß dies nicht anerkannt wird, hat die Wirkung des F.E.G. schwer beeinträchtigt.

Völlig unzulässig muß es aber erscheinen, daß Waisenverwaltungen in ihrer Eigenschaft als Vertreter des Kommunalverbandes oder der Gemeindebehörden sich die beschränkende Auslegung des F.E.G. durch das Kammergericht zu eigen machen, ja sie möglichst auszuweiten suchen, in ihrer Eigenschaft als Vertreter der Ortsarmenverbände sich aber der Judikatur des Kammergerichts bezüglich ihrer Unterstützungspflicht nicht fügen. Die Konsequenz müßte sie dazu führen, entweder entgegen dieser Rechtsprechung die F.E. für alle diejenigen mittellosen Kinder zu betreiben, für welche die Voraussetzungen der §§ 1666, 1838 B.G.B. vorliegen, oder aber im Sinne des Kammergerichts ihre Unterstützungspflicht für solche Kinder anzuerkennen, zu deren Rettung einfache Trennung aus ihrer bisherigen Umgebung genügt.

Vielfach beruhigen sich die Gemeindebehörden mit dem Hinweis auf § 1793 B.G.B., durch welchen dem Vormunde bzw. Pfleger die Pflicht auferlegt wird, für die Person des Mündels zu sorgen. Diese Pflicht besteht theoretisch; sie in schwierigen großstädtischen Verhältnissen zu erfüllen, ist nur in seltenen Ausnahmefällen möglich. Die Vormünder gerade der hier in Betracht kommenden Kinder sind meist geschäftlich ungewandt; sie sind auf Rat und Hülfe des Vormundschaftsrichters in allen nicht ganz alltäglichen Dingen angewiesen. Diese Hülfe zu gewähren, erfordert das nobile officium des Vormundschaftsrichters. In kleineren Städten wird er dabei kaum mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Anders aber in Großstädten. Um für alle diejenigen Kinder ausreichend zu sorgen, welche durch die Maschen des Fürsorgeerziehungsgesetzes hindurchfallen, bedarf er einer großen, alle Gesellschaftsschichten umfassenden Personenkenntnis; er bedarf ferner einer genauen Kenntnis der Vereinstätigkeit auf dem Gebiete der Waisenfürsorge und des Erziehungswesens, einer Kenntnis des Zueinandergreifens der öffentlichen und privaten Armen-

pflege u. dergl. m. Solche außerhalb der Rechtsphäre liegenden Kenntnisse können sich nur diejenigen Richter aneignen, welche aus besonderer Neigung eine langjährige Praxis als Vormundschaftsrichter haben d. h. eine kleine Minderheit.

Es muß daher als Aufgabe der großstädtischen Waisenverwaltungen betrachtet werden, die vorhandene Lücke auszufüllen. Ihnen liegt es ob, die zersplitterten Kräfte zu sammeln und ihnen die Richtung zu geben im Kampfe gegen die Gefahren, welche die städtische Jugend bedrohen. Es dürfte dies bei guter Organisation ohne erhebliche Belastung der Gemeindefassen möglich sein, wenn die Stadtverwaltungen sich Zentralstellen für Jugendfürsorge schaffen oder auch nur angliedern, in denen alle Fäden der öffentlichen und freiwilligen Jugendfürsorge zusammenfließen. Eine Gemeindebehörde, welche zwar Maßregeln auf Grund der §§ 1666, 1838 B.G.B., nicht aber die F.C. für notwendig erachtet, müßte jederzeit imstande sein, geeignete Pflegestellen anzugeben und die Mittel flüssig zu machen, um die Kinder in diesen Pflegestellen zu erhalten. Bei der weit ausgebreiteten und sich stetig steigenden Privatwohlthätigkeit fehlt es an solchen Mitteln nicht; wohl aber vielfach an der Fähigkeit, sie in die richtigen Kanäle zu leiten.

Wie die Dinge jetzt liegen, bleiben die meisten auf Grund des B.G.B. erlassenen Beschlüsse des Vormundschaftsgerichts unausgeführt, jezt zum Schaden der betroffenen Kinder und des Ansehens der Behörden.

Die Beschränkung der eigentlichen F.C. auf die schon im fortgeschrittenen Maße verderbten Kinder findet in der Statistik ihren deutlichen Ausdruck. Während die Zahl der im Jahre 1904 wegen Verschuldens ihrer Eltern zur Verhütung ihrer Verwahrlosung Überwiesenen nur 15,3 % aller Überwiesenen beträgt, ist die Zahl der schon Verwahrlosten, deren völliges sittliches Verderben verhütet werden soll, 63,9 % der sämtlichen Überwiesenen. Von Jahr zu Jahr steigt die Prozentzahl der Verstorbenen, sinkt die Prozentzahl der nur Gefährdeten. Im Jahre 1904 waren von allen Überwiesenen fast ein Drittel, nämlich 2929 bereits bestraft, darunter 1542 mit Gefängnis. Es mag hier im Anschluß an die englischen Erfahrungen darauf hingewiesen werden, wie unzweckmäßig die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe vor oder während der F.C. ist. Auch in England wie in Deutschland hat die F.C. einen strafrechtlichen Ausgangspunkt. Man hat sie zuerst nach der Freiheitsstrafe in Anwendung gebracht, dann wahlweise neben ihr und jezt

nur noch statt ihrer¹. Wir sollten uns diese aus längerer Praxis geschöpfte Erfahrung zunutze machen. Einzelne Provinzialbehörden klagten auch lebhaft darüber, daß häufig die F.E. durch Strafvollstreckung unterbrochen und dadurch paralysiert werde².

Grund der Bestrafung weiblicher Fürsorgezöglinge bildet in starkem Maße die Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften; die Fürsorge für Mädchen nimmt sich mehr und mehr der Prostituierten an. Dies ergibt sich ohne weiteres aus der Abnahme der weiblichen Schulpflichtigen, der Zunahme der weiblichen nicht mehr Schulpflichtigen sowie aus der Tatsache, daß die Zahl der weiblichen, im Alter von 17 bis 18 Jahren stehenden Überwiesenen im Jahre 1904 mehr als $\frac{1}{5}$ aller weiblichen Überwiesenen umfaßt. Im Jahre 1901 waren 59 % der überwiesenen Mädchen noch schulpflichtig, 41 % nicht mehr schulpflichtig; 1904 waren 43 % schulpflichtig, 57 % schulentlassen, 22,4 % standen im Alter von 17 bis 18 Jahren³.

Diese Entwicklung ist zu beklagen. Die Besserungsaussichten für Prostituierte sind ganz minimale und lohnen nicht entfernt die dafür aufgewendeten Kosten. Dies wird in den Berichten zahlreicher Provinzialbehörden bestätigt; in der Statistik des kgl. Ministeriums des Innern werden deren Erfahrungen dahin zusammengefaßt⁴: „So große Schwierigkeiten sich auch aus der erziehlichen Behandlung dieser Personen ergeben mögen, so viel Enttäuschung auch die darauf verwandte Mühe bringen mag, so hat das Fürsorgeerziehungsgesetz jedenfalls die nicht hoch genug anzuschlagende Wirkung, die Prostitution der Jugendlichen in ihrem ganzen erschreckenden Umfange aufzuzeigen und zu ihrer energischen Bekämpfung mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen und sozialen Mitteln anzuregen.“ Man kann diesen Ausführungen vorbehaltlos zustimmen und dennoch zu der Überzeugung kommen, daß die Bekämpfung der Prostitution in anderer Weise zu geschehen hat als durch Einsperrung sechzehn- und siebzehnjähriger Mädchen in Erziehungsanstalten. In diesen Erziehungsanstalten haben sie reichlich Gelegenheit, gegenseitig einen sittenverderbenden Einfluß auszuüben; darüber klagten lebhaft diejenigen Mädchen, welche noch im Anfange der geschlechtlichen Bescholtenheit

¹ Reicher, „Die Fürsorge für die verwahrloste Jugend. I. Teil: Der Kinder-schutz in England“, S. 8—13.

² Statistik für das Rechnungsjahr 1904, S. LXXXI.

³ Ebenda S. XLIII.

⁴ Statistik für das Rechnungsjahr 1903, S. XXXVIII.

stehen. Daß eine Besserung der Verdoerbenen nur selten erreicht wird, beweist das Zugeständnis der amtlichen Veröffentlichung, die durchaus mit den privaten Beobachtungen des Verf. übereinstimmt. Die Willensschwäche, das Bedürfnis nach geschlechtlicher Reizung läßt den Prostituierten den Aufenthalt in der Anstalt als Qual erscheinen; sie fallen in ihre alten Fehler zurück, sobald der äußere Zwang aufgehoben wird. Einzelne Ausnahmen ändern natürlich nichts an der Regel. Überdies läßt sich das Bedenken nicht von der Hand weisen, daß der Nachfrage nach Prostituierten eine Anzahl noch wenig verdoener Mädchen zum Opfer fallen, wenn eine große Zahl schon prostituiert durch Einschließung in Anstalten dieser Nachfrage entzogen werden.

Die Bekämpfung der Prostitution kann nur Erfolg haben, wenn sie durch Ermöglichung frühzeitiger Eheschließung, durch eine großzügige Wohnungspolitik und auf dem hier behandelten Gebiete durch Schutz für die gefährdeten Mädchen geschieht. Denn, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist die Prostitution eine fortgeschrittene Form der Verdoertheit; gelingt es, die durch die Umgebung geschlechtlich gefährdeten und die ganz im Beginne der Verdoertheit stehenden Mädchen in reine Umgebung zu bringen, darf man eher auf Erfolg rechnen, als wenn man die Besserung völlig verdoener versucht.

Alles zusammengekommen stimmen die Berichte zahlreicher Behörden darin überein, daß die Richtung, welche bei Anordnung der F.E. eingeschlagen wird, eine falsche sei. Treffend und charakteristisch sagt der Landesdirektor der Provinz Brandenburg, daß die Gerichte die Verwaltungsbehörden vielfach in die Lage des Arztes versetzen, der zu spät gerufen wird¹. Mit Unrecht wird die Schuld dem Kammergerichte zur Last gelegt; sie liegt vielmehr auf Seite der untergeordneten Behörden, welche die von dem obersten Gerichte ausgesprochenen Rechtsgrundsätze äußerlich, nicht aber ihrem Geiste entsprechend anwenden, vielfach sogar in ihr Gegenteil verkehren. Wenn z. B. der Oberpräsident der Provinz Schlesiens berichtet², daß die Stadt Breslau sich weigere, Kindern Armenunterstützung zu gewähren, welche auf Grund des § 1666 B.G.B. anderweit untergebracht werden sollen, daß der Bezirksausschuß diese Weigerung für berechtigt erklärt habe, daß aber dennoch das Vormundschaftsgericht papierne Beschlüsse

¹ Verwaltungsbericht des Provinzialausschusses über die Fürsorgeerziehung und Waisenflege für 1904, S. 2.

² Statistik für das Rechnungsjahr 1903, S. 25.

auf Grund des § 1666 B.G.B. fasse, ohne sich um deren Ausführung zu kümmern und F.E. erst bei eingetretener sittlicher Verwahrlosung der Minderjährigen anordne, so widerspricht diese Praxis ganz direkt der Rechtsprechung des höchsten Gerichtshofs.

Das Ergebnis der vorstehenden Ausführungen ist dahin zusammenzufassen, daß es der bisherigen Praxis nicht gelungen ist, allen mißhandelten, verwahrlosten, besonders aber den gefährdeten Kindern ausreichenden Schutz zu gewähren, daß dies durchaus möglich ist, auch ohne Änderung des Gesetzes und der leitenden Rechtsprechung durch freundliches Zusammenwirken der Behörden, durch eine Vertiefung und praktische Anwendung der Wissenschaft vom Kinde, durch eine Bekämpfung jeder Schablone und bureaukratischen Handhabung des Gesetzes. Auf diesem Gebiete mehr als anderswo sollte der Geist des Buchstabens Herr werden.

II.

Das gerichtliche Verfahren.

Die Vorschriften über das gerichtliche Verfahren sind enthalten in den §§ 3 und 4 des Gesetzes. Ergänzend treten die Bestimmungen hinzu, welche durch das Preussische Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom 21. September 1899 für alle diejenigen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit gegeben sind, die durch Landesgesetz den ordentlichen Gerichten übertragen werden.

Die F.E. ist hiernach vom Vormundschaftsgerichte durch Beschluß anzuordnen, nachdem das Vorhandensein ihrer Voraussetzungen für erwiesen erachtet ist. Das Vormundschaftsgericht beschließt von Amts wegen oder auf Antrag. Antragsberechtigt sind die Landräte und Vorsteher der Rgl. Polizeibehörden sowie in größeren Städten die Gemeindevorstände. Vor der Beschlußfassung soll das Vormundschaftsgericht, soweit dies ohne erhebliche Schwierigkeiten geschehen kann, die Eltern, den gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen und in allen Fällen den Gemeindevorstand, den zuständigen Geistlichen und den Leiter der Schule, welche der Minderjährige besucht, hören. Auch hat, wenn die Beschlußfassung nicht auf Antrag erfolgt, das Vormundschaftsgericht dem Landrat, dem antragsberechtigten Gemeindevorstande, dem Vorsteher der Rgl. Polizeibehörde unter Mitteilung der Akten Gelegenheit zu einer Äußerung zu geben. Diese Vorschriften enthalten für den Richter die Nötigung zu einer umfangreichen Tätigkeit. Er muß nicht nur ermitteln, welche Um-

stände eine Gefährdung des Minderjährigen bewirken, sondern auch, ob nicht die Beseitigung dieser Umstände ohne das äußerste Mittel der F.G. sich ermöglichen läßt. Er muß das Alter des Minderjährigen zweifelsfrei feststellen, bedarf dazu einer Geburtsurkunde und muß mithin ermitteln, wo die Geburt gemeldet ist. Um den Schulleiter zu hören, muß er Nachforschungen anstellen, welche Schule der Minderjährige besucht, um den Geistlichen zu hören, welcher Konfession er ist. Legt mithin das Gesetz dem Richter eine umfangreiche materielle Ermittlungstätigkeit auf, so gibt es doch andererseits keinerlei Vorschriften über die Formen, in welche diese Tätigkeit zu bannen ist. Dem Gesetze kann für den Regelfall ebenso durch ein schriftliches wie durch ein mündliches Verfahren oder auch ein kombiniertes genügt werden. Man kann dies durchaus billigen; die Verhältnisse liegen auf dem Lande und in kleinen Städten so viel einfacher als in Großstädten, daß es wohl fehlerhaft wäre, das Verfahren allerorts in die gleiche Schablone zu pressen. Der Richter in kleinen Orten muß, wenn er seine Stelle ausfüllt, ebenso wie Landrat und Gemeindevorstand eine genaue Kenntnis der ihm unterstellten Bevölkerung haben; er muß in so naher Fühlung mit den übrigen Behörden stehen, daß er in kürzester Frist durch ein zwischen Mündlichkeit und Schriftlichkeit kombiniertes Verfahren imstande ist, seine Entscheidung zu treffen. Wenn dennoch Klage über Langsamkeit des Verfahrens auch aus kleinen Orten ertönt, so muß angenommen werden, daß der Fehler auf der persönlichen Seite liegt.

Die Erfahrungen, welche der Verf. im folgenden zur Kenntnis bringt, sind ausschließlich in Berlin gesammelt; sie haben aber anscheinend für fast alle Großstädte Geltung.

Am einfachsten gestaltet sich das Verfahren, wenn es vom Polizeipräsidenten in Antrag gebracht wird. Dem Antrage wird stets ein gut entworfenes und sorgfältig ausgearbeitetes Formular beigelegt, welches angibt, wo die Geburt des Minderjährigen gemeldet, welcher Konfession er ist, welche Schule er besucht, wer seine gesetzlichen Vertreter sind usw. Die Anträge des Komunalverbandes enthalten so ausführliche Mitteilungen nicht; es muß vom Richter zu ihrer Beschaffung die Hilfe der Polizei in Anspruch genommen werden. Noch viel ungünstiger liegt die Sache, wenn das Verfahren von Amts wegen eingeleitet ist, weil dann gewöhnlich Polizei und Gemeindevorstand die gerichtlichen Akten zur Einsicht fordern, das Umherfinden sehr viel Zeit in Anspruch nimmt, während deren die Tätigkeit des Richters völlig lahm gelegt ist. Selbst in dem günstigsten

Fälle aber, wenn der Antrag vom Polizeipräsidenten ausgeht, ist das Verfahren schwerfällig und schleppend, ohne durch Gründlichkeit den Nachteil der Langsamkeit auszugleichen. Die Eltern und Vertreter des Kindes werden gewöhnlich in einem gerichtlichen Termine gehört; die Äußerungen des Gemeindevorstandes, des Geistlichen und Schulleiters werden schriftlich eingeholt. Die Antwort des Schulleiters erfolgt meist rasch und ist natürlich von erheblichem Einfluß auf die richterliche Entscheidung. Das gleiche gilt von der Äußerung des Geistlichen, sofern dieser das Kind und seine Familie schon vorher kennt. In der Großstadt ist das nicht allzu häufig der Fall. Gibt er aber sein Gutachten auf Grund einmaliger Recherche ab, die er selbst oder durch eine Hülfsperson vorgenommen hat, so kann natürlich dieses Gutachten ein besonderes Gewicht nicht beanspruchen. Am schlimmsten steht es mit den Äußerungen des Gemeindevorstandes. Seine lokalen Organe sind in Berlin und wohl auch in anderen Großstädten die Waisenräte. Es ist nun wohl eine kaum bestrittene Tatsache, daß der Bedarf an ehrenamtlichen Organen in Großstädten ein so erheblicher geworden ist, daß er bei weitem nicht mehr ausreichend mit Männern besetzt werden kann, welche den ihnen gestellten Aufgaben gewachsen sind. Das gilt insbesondere von den Waisenräten. Sie gehören den verschiedensten gesellschaftlichen Schichten und Berufsständen an, sind von sehr verschiedener Hingabe, Pflichttreue und Befähigung; neben einigen, welche die segensreichste Wirksamkeit entfalten, sind zahlreiche andere, welche die Aufgaben, die ihnen das B.G.B. und das F.G.G. zuweist, nur mühsam und ganz äußerlich erfüllen. Der Verkehr über den Gemeindevorstand zu den Waisenräten ist ein so langsamer und schwerfälliger, daß er fast stets mehrere Monate, mitunter auch noch längere Zeit in Anspruch nimmt. Die Äußerung, welche dann eingeht, entschädigt meist nicht für die lange Wartezeit. Da der Richter nicht weiß, auf Grund welcher Nachforschungen die Äußerung entstanden ist, und wie der Recherchent qualifiziert war, so kann er dieser Äußerung besonderes Gewicht nicht beimessen. Mitunter freilich gibt der Gemeindevorstand sein Gutachten lediglich auf Grund einer Einsicht der Gerichtsakten ab. Indessen auch ein solches Verfahren dürfte, wenngleich es gegen den Wortlaut des Gesetzes nicht verstößt, doch dessen Geiste nicht entsprechen. Denn es kann nicht Aufgabe des Gemeindevorstandes sein, das gerichtliche Verfahren nachzuprüfen; vielmehr soll er das vom Richter beschaffte Material vom Standpunkte der von ihm vertretenen Interessen ergänzen. Das gleiche gilt in dem Falle, daß der Kommunalverband

Beschwerde gegen richterliche Beschlüsse einlegt und sich zu deren Begründung Einsicht in die Gerichtsakten erbittet.

Die lange Dauer des gerichtlichen Verfahrens bildet eine stetig wiederkehrende Klage der Verwaltungsbehörden. Sie würde die günstige Wirksamkeit des Gesetzes völlig aufheben, wenn nicht durch dessen § 5 ein Abhülfmittel gegeben wäre. Es darf nämlich wegen Gefahr im Verzuge die vorläufige Unterbringung eines Minderjährigen auf öffentliche Kosten auch vor Erlass des endgültigen Beschlusses von dem Vormundschaftsgerichte angeordnet werden.

Die Bedeutung dieser Vorschrift ragt weit über die Grenzen des F.E.G. hinaus; sie dient vielfach auch zur vorläufigen Durchsetzung richterlicher Beschlüsse auf Grund der §§ 1666, 1838 B.G.B. Das Kammergericht hat nämlich ausgesprochen¹, daß wegen Gefahr im Verzuge der § 5 F.E.G. auch dann in einem anhängigen Fürsorgeerziehungsverfahren zur Anwendung gebracht werden darf, wenn die Voraussetzungen zur Anwendung der endgültigen F.E. nicht vorliegen. Wenn also der Richter der Ansicht ist, daß nur die reichsrechtlichen Schutzvorschriften in Anwendung gebracht werden dürfen, wenn es aber trotz Gefahr im Verzuge eines längeren Schriftwechsels mit den Armenbehörden oder freiwilligen Liebesorganisationen, wenn es einer Pflegerbestellung für den Minderjährigen bedarf, so braucht der Richter nur eine Aktennotiz zu machen, daß das Verfahren betreffend Anordnung der Fürsorgeerziehung eingeleitet werde, um mit Hilfe des § 5 F.E.G. die sofortige Entfernung des Minderjährigen aus seiner gefährdenden Umgebung durchzusetzen. Sind dann Mittel und Wege gefunden, den Minderjährigen angemessen unterzubringen, ohne zu dem äußersten Mittel der F.E. zu greifen, so stellt der Richter das weitere Verfahren ein und hebt seinen Beschluß auf vorläufige Unterbringung auf.

So wohlthätig die Wirksamkeit des § 5 F.E.G. in seiner durch die kammergerichtliche Rechtsprechung geschaffenen Ausdehnung ist, so bedenklich ist die Begründung, welche das Kammergericht seiner Rechtsauffassung gibt. Diese Rechtsauffassung könnte mit dem Hinweis darauf gerechtfertigt werden, daß in dem Augenblicke, wo man zu dem Nothbehelf des § 5 F.E.G. greift, dieser das einzige Mittel ist, um die drohende Verwahrlosung des Minderjährigen zu verhüten².

¹ Jahrb. f. Entsch. des Kammergerichts, Bd. 26 S. A 192.

² So schon begründet vom Verf. in den Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit, Heft 64 S. 139.

Statt dessen stellt das Kammergericht den Satz auf, daß die vorläufige Unterbringung überhaupt keine Erziehungsmaßregel sei, sondern nur die Trennung des Kindes von seiner bisherigen Umgebung bezwecke¹. Diese Begründung machen sich zahlreiche Verwaltungsbehörden zunutze, indem sie Minderjährige in Armenhäusern oder an anderen Stellen unterbringen, in welchen von Erziehung keine Rede sein kann.

Die kammergerichtliche Auffassung dürfte dem Grundgedanken des Gesetzes nicht gerecht werden. Das F.G. ist, wie schon sein Name sagt, in allen Teilen ein Erziehungs-gesetz. Es ist überhaupt undenkbar, daß der Staat Kinder längere Zeit ohne Erziehung lassen will. Das Kammergericht meint nun zwar, daß die Erziehungspflicht dem Vormunde unter Aufsicht des Gemeindevorstandes und Vormundschaftsrichters obliege, und daß es für diese Organe den Vorwurf der Pflichtwidrigkeit in sich schließe, wenn man annähme, sie ließen das im Armenhause oder anderswo untergebrachte Kind ohne Erziehung; allein diese Auffassung wird den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht. Der Vormund kann nur das Kind wirklich erziehen, welches sich in seiner häuslichen Gemeinschaft oder unmittelbaren Umgebung befindet. Durch gelegentliche Besuche kann wohl eine zufällige Einwirkung geübt werden, nicht aber eine planmäßige Erziehung geschehen. Daß eine stetige Aufsicht seitens des Gemeindevorstandes in großen Städten nicht geübt wird, daß sie seitens des Vormundschaftsrichters, dem wohl an 10 000 Mündel unterstehen, nicht geübt werden kann, ist jedem bekannt, welcher in diese Verhältnisse Einblick gewonnen hat. Gerade aber in der ersten Zeit nach der Entfernung aus schlechter Umgebung bedürfen die Kinder besonders sorgfältiger Erziehung.

Wenn aber selbst dem natürlichen Grundsatz, daß ein Kind niemals ohne Erziehung bleiben darf, Rechnung getragen wird, so fehlt es doch vielfach an dem nötigen Einvernehmen zwischen Polizeibehörden und Kommunalverbänden, welches ermöglichen würde, den Minderjährigen sofort in die Stelle zu bringen, in welcher er nach endgültiger Anordnung der F.G. belassen werden kann. So kommt es, daß ein Kind in den ersten Monaten Erziehungsgrundsätzen unterworfen wird, welche anderen Platz machen müssen, sobald sie eben ihre Wirksamkeit zu äußern beginnen. So kommt es ferner, daß ein Kind aus einer achtklassigen Stadtschule durch die Polizei in eine

¹ Vgl. die ähnlichen Ausführungen im Jahrb. f. Entsch. des Kammergerichts Bd. 23 S. A 38 und besonders Bd. 25 S. A 25.

sechsklassige Anstaltsschule, und von dort nach Verlauf eines halben Jahres durch den Kommunalverband in eine dreiklassige oder noch geringere Landschule versetzt wird.

Es wird versucht werden müssen, das gesamte Verfahren zu beschleunigen und ein Einvernehmen aller beteiligten Behörden unter richterlicher Leitung herbeizuführen.

Es ist erstaunlich, daß in Deutschland dieselben Erfahrungen so oft wiederholt werden müssen. Wir haben längst gelernt, daß das heimliche und schriftliche Verfahren für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten ebenso unbrauchbar ist wie für das Strafverfahren; wir haben es dennoch im Fürsorgeerziehungsverfahren wieder eingeführt. Bei der Beratung des Gesetzes glaubte man nicht, daß die Praxis in den alten Fehler des Vielschreibens verfallen würde; von einer gesetzlichen Festlegung der Mündlichkeit nahm man nur um deswillen Abstand, weil die Anhörung aller Beteiligten sich nicht immer in mündlichen Verhandlungen werde ermöglichen lassen¹. Die Praxis aber, welche die Mündlichkeit fast ganz ausgeschaltet hat, zeitigt dieselben Nachteile, welche man auf anderen Gebieten des Rechtslebens früher bereits erfahren hat. Es kann auch hier nur eine Reform helfen, welche dem Prinzip der Mündlichkeit Geltung verschafft. Natürlich ist diese Mündlichkeit kein Axiom, das bis in seine letzten Konsequenzen durchgeführt zu werden braucht. Ergeht der richterliche Beschluß auf Grund einer mündlichen Verhandlung, so schadet es nichts, wenn der Geistliche oder Schulleiter dabei fehlen und ihre Auffassung vorher schriftlich zu den Akten gegeben haben. Wohl aber ist erforderlich, daß in großstädtischen komplizierten Verhältnissen Polizei- und Gemeindebehörden in den Spruchsitzen des Vormundschaftsrichters durch besonders qualifizierte Beamte vertreten sind. Es ist ferner erforderlich, daß diesen Sitzungen Ärzte, Pädagogen, möglichst auch Psychologen beiwohnen, und dem Richter als Sachverständige zur Verfügung stehen. Man wird solche Personen meist garnicht zu laden brauchen; wird das Verfahren ausgestaltet, wie es das wirkliche Bedürfnis fordert, so werden sie von selbst erscheinen, weil sie durch das forensische Material einer Bereicherung ihrer eigenen Wissenschaft sicher sind. Bei solcher Behandlung der vormundschaftsrichterlichen Geschäfte wird auch bei uns wie in anderen Ländern die Tatsache in die Augen springen, daß Straffälligkeit, Laster, Verwahrlosung, Elend Winderjähriger derselben Wurzel entspringen und von derselben Stelle

¹ Bericht der Herrenhaus-Kommission, Druckf. 1900, Nr. 31 S. 9 f.

bekämpft werden müssen¹. Das Bedürfnis nach Jugendgerichten macht sich unabweisbar geltend. Es könnte durch Verwaltungsanordnungen in beschränkter Weise schon jetzt Befriedigung finden; es wird später die Hilfe der Gesetzgebung dafür in Anspruch genommen werden müssen².

III.

Die Ausführung der Fürsorgeerziehung.

Das Gesetz stellt den Kommunalverbänden ganz gewaltige und zum Teil neue Aufgaben pädagogischer Art. In der kurzen Zeit seines Bestehens können diese Aufgaben natürlich nicht gelöst sein. Sie sind aber vielfach noch kaum in Angriff genommen. Es wäre eine vornehme Pflicht der Kommunalverbände, Pädagogen größten Stils zur Erfüllung ihrer Aufgaben heranzuziehen, ihnen eine freie und selbständige Stellung zu gewähren, die Bestimmung der Ausführung der Erziehung zu überlassen, ihnen die Sammlung eines Erfahrungsmaterials aufzugeben, welches der gesamten Volkserziehung zugute käme.

Die Entwicklung der Rechtsprechung, welche dahin geführt hat, daß fast ausnahmslos verderbte Kinder der F.G. überwiesen werden, hat zur Folge, daß die erste Unterbringung hauptsächlich in Anstalten und nur ausnahmsweise in Familien erfolgt.

Im Jahre 1904 wurden zuerst nach ihrer Überweisung zur F.G. untergebracht³.

in Anstalten	4423 = 68,9 %
in fremden Familien . . .	899 = 14,0 %
in der eigenen Familie . .	27 = 0,4 %

aller Überwiesenen, während der Rest in Krankenanstalten, Gefängnissen u. dgl. m. Aufnahme fand.

Die Familienerziehung bildet daher in der Regel die zweite Staffel der Erziehungsarbeit. Es ist natürlich nicht angängig, die Zöglinge bis zu ihrer Volljährigkeit in Anstalten zu halten, es muß ihnen Gelegenheit gegeben werden, sich in der Freiheit zu bewähren. Es wird, falls nicht eine gründliche Änderung der bisherigen Praxis erfolgt, auch in Zukunft die Anstaltspflege gegenüber der Familien-

¹ Bgl. Baernreither, „Jugendfürsorge und Strafrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika“, Leipzig 1905, S. VI u. X.

² Bgl. des Verf. Aufsatz in der „Deutschen Juristenzeitung“ 1905, S. 579.

³ Statistik für das Rechnungsjahr 1904, S. LXI.

pflege überwiegen. Bei Kindern, welche aus Schmutz und Elend herausgerissen werden, denen die sittlichen Grundbegriffe ganz fehlen, wird eine Familienerziehung von Anfang an nur dann zulässig erscheinen, wenn sie so zarten Alters sind, daß die bisherigen Eindrücke tiefe Spuren in ihrer Seele noch nicht zurückgelassen haben.

Die Familienerziehung von Fürsorgezöglingen, gleichgültig ob sie sofort einsetzt oder der Anstaltsdisziplin nachfolgt, ist eine überaus schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe. Diese Aufgabe kann nicht einfach durch bürgerliche Ehrbarkeit, sie kann nur durch pädagogisches Geschick gelöst werden. Zunächst ist es zweifellos, daß eine genügende Anzahl zur Aufnahme von Fürsorgezöglingen geeigneter Familien nicht zur Verfügung steht, und daß die Familienunterbringung in zahlreichen Fällen recht viel zu wünschen übrig läßt. Wir müssen die Pflegeeltern, wenngleich nach anderer Richtung, ebensosehr für ihre Aufgaben erziehen wie die Zöglinge. Um Aufsicht und Verwaltung zu erleichtern, ist es mit Recht vielfach üblich geworden, die Zöglinge kolonienweise in kleineren Städten oder ländlichen Ortschaften unterzubringen und der ganzen Kolonie einen Vertrauensmann als Fürsorger zu bestellen. Gewöhnlich werden hierzu Geistliche oder Lehrer gewählt. Diese müssen regelmäßig wiederkehrende formularmäßige Berichte über Ergehen und Erziehung der Zöglinge erstatten. Solche Berichte haften aber nicht selten an der Oberfläche. Sie geben Aufschluß über Verhalten des Kindes in der Schule und in der Familie meist nur durch ein Prädikat, wie es in Schulzeugnissen üblich ist; daneben berichten sie sehr kurz über den Gesundheitszustand der Zöglinge, geben an, wie ihre Schlafstellen sind, u. dgl. m. Ob aber die Fürsorger sich die Erziehung der Pflegeeltern angelegen sein lassen, ob sie darauf dringen, daß die Kinder als Familienmitglieder behandelt werden, ob sie ihre Ausgaben und Einnahmen, ihr Vergnügen und ihre Arbeit kontrollieren, ob sie die Strenge ihrer Pflegeeltern mildern, deren Schwäche ausgleichen, darüber erfährt die Öffentlichkeit und wohl auch der vorgesetzte Kommunalverband selten etwas¹. Es ist aber durchaus nötig, daß alles dies geschieht, daß darüber berichtet wird, und daß die Berichte auch der Öffentlichkeit übergeben werden, damit Erfahrungen ausgetauscht und für die Allgemeinheit verwertet werden.

¹ Als vorbildlich kann der Bericht bezeichnet werden, welchen Pastor Kohn in Sieversdorf erstattet hat, und welcher dem Verwaltungsberichte des Brandenburgischen Provinzialverbandes über die Fürsorgeerziehung und Waisepflege für 1904 beigegeben ist.

Die große Mehrzahl aller Zöglinge ist, wie erwähnt, in Erziehungsanstalten untergebracht und zwar, da die öffentlichen bei weitem nicht ausreichend Raum haben, zumeist in solchen, welche von Vereinen gegründet und von ihnen geleitet sind¹. Dies muß als erheblicher, wenn auch zurzeit schwer vermeidbarer Nachteil bezeichnet werden.

Es werden nämlich dadurch die Privatanstalten ihrer eigentlichen Aufgabe, freie Liebestätigkeit zu üben und den rauen Eingriff des Staates entbehrlich zu machen, entzogen. Sie werden indirekt zu erheblicher Machtfülle emporgehoben, ohne daß doch die Pflichtenfülle und vor allen Dingen die über sie geübte Aufsicht ihren erweiterten Rechten ausreichend entspricht. Die Kommunalverbände aber glauben ihrer Pflicht genügt zu haben, wenn sie die ihnen überwiesenen Minderjährigen irgendwo unterbringen, während doch mindestens ihre moralische Verantwortung sehr viel weiter geht, nämlich dahin, daß die besten Mittel zur Erziehung und Besserung der Fürsorgezöglinge in Anwendung kommen. Von diesem Gesichtspunkt aus muß es z. B. für unstatthaft erklärt werden, daß schwer erziehbare Kinder, welche noch schulpflichtig sind, in Anstalten gebracht werden, an deren Spitze Hausväter stehen, die pro loco geprüft sind, und die ein ungeprüftes Erziehungspersonal zur Seite haben. Man mag die segensreiche Tätigkeit der Diakonen noch so hoch schätzen und sich auch der Einsicht nicht verschließen, daß pädagogisches Talent weder durch Prüfungen erworben wird noch von dem Umfange der Kenntnisse abhängig ist, und dennoch überzeugt sein, daß es unzulässig ist, Kinder, welche die Vorteile einer großstädtischen Schule genossen haben, zwangsweise in eine Anstalt zu versetzen, an welcher nur ein pro loco geprüfter Lehrer tätig ist. Die Kommunalverbände sind natürlich ohne jeden Einfluß auf die Erziehungsmethoden und Erziehungsgrundsätze, welche in diesen Anstalten herrschen; sie haben anscheinend kaum je versucht, solchen Einfluß zu gewinnen. Es erscheint nach manchem, was darüber in die Öffentlichkeit bringt — leider bringt viel zu wenig in die Öffentlichkeit — zweifellos, daß die Arbeit in diesen Anstalten nicht überall als Erziehungsmittel in einer Art Verwendung findet, welche zur Arbeitsfreudigkeit führt, und den späteren Lebenserwerb sichert. Beides aber ist durchaus notwendig. Man kann nicht behaupten, wie es vielfach geschieht, daß

¹ Von den im Rechnungsjahre 1904 überwiesenen Fürsorgezöglingen befanden sich am 31. März 1905 in Königl. Erziehungsanstalten 169, in kommunalen 742, in kirchlichen 712, in privaten 2774, in Arbeitshäusern bzw. Landarmenanstalten 35, in Krankenhäusern u. dgl. m. 76 (Statistik Tab. VII).

die Arbeit schon an sich ein Erziehungsmittel sei. Sie kann es sein, wenn sie richtig geleitet und getrieben wird; sie kann aber ebenso ein hartes, verbitterndes und zur Empörung reizendes Strafmittel bilden. Nur diejenige Arbeit dürfte in Erziehungsanstalten von den Zöglingen verlangt werden, welche diesen eine Mehrung ihrer Fertigkeiten und Kenntnisse bringt, deren Nutzen für ihr späteres Fortkommen ihnen ohne weiteres klar ist, und welche geeignet ist, sie mit Freude am Geschaffenen zu erfüllen. Verwerflich hingegen ist jegliche Arbeit, welche diesen Anforderungen nicht genügt, besonders auch dann, wenn sie dazu dient, für die Anstalten oder ihre Mutterorganisationen Geld zu verdienen. Bei solcher Arbeit haben die Zöglinge das Gefühl des sklavischen Zwanges, welcher verbittert, aber nicht erzieht. Im weitesten Umfange wird solche verwerfliche Arbeit von Fürsorgezöglingen noch jetzt gefordert. Eine kürzlich erschienene Schrift trägt nach dieser Richtung hin ein recht betrübendes Material zusammen¹.

Es ist deshalb zu fordern, daß die Kommunalverbände langsam aber stetig nach Maßgabe ihrer vorhandenen Mittel die eigenen Anstalten vermehren und in ihnen die richtigen Erziehungsmethoden in Anwendung bringen. Zur Zeit kann man leider nicht behaupten, daß die öffentlichen Anstalten durchweg den Privatanstalten überlegen seien. Es gibt auch kommunale Anstalten, welche Zöglinge mehrere Jahre einschließen und dann entlassen, ohne sie zu qualifizierter Arbeit vorgebildet zu haben, obwohl die Zöglinge das Alter überschritten haben, in welchem sie noch in die Lehre treten können. Das mag in ländlichen Verhältnissen vielleicht zulässig sein; gegenüber der städtischen Bevölkerung muß es als unzulässig erachtet werden.

Die kommunalen Anstalten wären die geeignetsten Stellen zur Ausbildung eines Erziehungspersonals in großem Maßstabe. Der Mangel geeigneter Erzieher aller Grade bietet eine ständige Klage und ein ernstes Hindernis für den Erfolg der Erziehungsarbeit. Würden die Kommunalverbände ihre Aufgabe weiter fassen, als es nur gerade der Wortlaut des Gesetzes verlangt, so würden sie an ihre Anstalten Ausbildungskurse für Erzieher in einem Umfange anschließen, welche ihr eigenes Bedürfnis übersteigt, aber dennoch ihren in Privatanstalten untergebrachten Zöglingen zugute käme. Statt dessen behelfen sie selbst sich jetzt zum Teil mit ungeeignetem Personal; sollen doch sogar frühere Schulleute als Aufseher Anstellung gefunden haben.

¹ Agahb, „Gewerbliche Kinderarbeit in Erziehungsanstalten“, Leipzig 1905.

Auch im übrigen kann die Tätigkeit der kommunalen Anstalten noch nicht als ausreichend bezeichnet werden. Es fehlt am Austausch der Erfahrungen und am Durchbruch großer pädagogischer Gesichtspunkte. Die amtlichen Berichte geben weder ein ausreichendes Bild von der äußeren Handhabung der Ordnung noch von dem in den Anstalten herrschenden Geiste. Es ist natürlich sehr schwer, Einblick in diese Verhältnisse zu erlangen. Aber selbst der oberflächliche Besucher kann sich häufig eines Kopfschüttelns nicht erwehren. So z. B. wenn in einer kommunalen Anstalt schulentlassene männliche Zöglinge nachts zusammen eingeschlossen werden, ohne daß ein Aufseher bei ihnen oder im Nebenzimmer schläft. Unangenehm berührt bei vielen Anstalten der gefängnisartige Charakter, welcher durch hohe Mauern, verschlossene Tore, bewaffnetes Aufsichtspersonal in die Erscheinung tritt. Daß solche Mittel, welche der Erziehungsarbeit sichtlich Eintrag tun, wohl entbehrlich sind, beweisen andere Anstalten, welche gleichartige Zöglinge in offenen Pavillons ohne jedes äußerlich erkennbare Gewaltmittel beherbergen. Gelegentliches Entweichen einzelner Zöglinge ist sicherlich ein geringeres Übel als die Gefährdung des Erziehungserfolges an allen.

Aber noch viel schlimmere Dinge bringen in die Öffentlichkeit. Gerichtlich festgestellt sind vor kurzem barbarische Mißhandlungen von Zöglingen einer großen rheinischen Erziehungsanstalt. Auch aus anderen Gegenden hört man Ähnliches, wenngleich natürlich eine zweifelsfreie gerichtliche Feststellung nicht oft erfolgt. Daß aber Mißhandlungen nicht nur seltene Ausnahmen sind, ergibt sich aus der Tatsache, die auch in der amtlichen Statistik zugestanden wird, daß vielfach Zöglinge Straftaten begangen haben, um die Erziehungsanstalt mit dem Gefängnisse zu vertauschen¹. Es wird nicht ernstlich bestritten werden dürfen, daß Anstalten, in welchen sich solches ereignet, der ihnen übertragenen Aufgabe nicht gewachsen sind. In der Seele des Zöglings darf niemals das Gefühl aufkommen, daß seine Erzieher des menschlichen Wohlwollens entbehren, und daß die Erziehung ein Übel sei, härter als die Strafe².

Wenn man aber von solchen brutalen Mißhandlungen der Zöglinge hört, so fragt man sich: wo bleibt die Aufsicht, der in Preußen alle Anstalten unterliegen? Natürlich wird es niemals möglich sein, jede einzelne im Affekt begangene Ausschreitung zur Kenntnis der

¹ Statistik für das Jahr 1902, S. VIII.

² In Amerika hört die körperliche Züchtigung nach und nach auf, ein anerkanntes Disziplinarmittel zu sein (vgl. Baernreither a. a. O. S. 79).

Aufsichtsbehörde zu bringen. Jedoch dürfte es der letzteren nicht entgehen, wenn die Mißhandlung zum Anstaltsprinzip erhoben ist. Eine Erklärung für das Versagen der Aufsicht kann nur in dem Umstande gefunden werden, daß die Aufsicht Beamten übertragen ist, welche, mit anderen Aufgaben schwer belastet, den Anstalten nur gelegentliche Besuche abstatten können. Überdies wird die Aufsicht von verschiedenen Instanzen geübt, welche jede nur einem Teile des Betriebes ihre Aufmerksamkeit schenkt.

Eine wirksame Aufsicht wird nur zu erreichen sein, wenn dafür besondere Provinzialbehörden geschaffen werden nach dem Muster der in den Vereinigten Staaten überaus segensreich wirkenden Boards of Charity¹. Diese Behörden könnten einen Staatsbeamten zum Vorsitzenden haben; sie müßten in sich vereinen Pädagogen, Ärzte, Bau sachverständige, Geistliche und eine Anzahl Privatpersonen, welche in der Kindesfürsorge tätig sind. Solche Kollegien hätten die Anstalten regelmäßig zu revidieren; sie wären zur direkten Abstellung geringfügiger Mängel, zur Anzeige erheblicher Mängel zu ermächtigen; sie könnten auch Aufsicht führen über aus den Anstalten entlassene Zöglinge; vor allen Dingen aber müßten sie durch regelmäßige Veröffentlichung ihrer Erfahrungen und Beobachtungen auf deren Austausch hinwirken und Reformen die Bahn weisen.

Denn zahlreiche Fragen bedürfen noch der öffentlichen Erörterung, der pädagogischen Vertiefung und der ausreichenden Beantwortung, zunächst einmal die große Frage der Spezialisierung der Anstalten. Welche Art Zöglinge ist zusammen zu nehmen; dürfen unverdorbene Waisenkinder und Fürsorgezöglinge, schulpflichtige und schulentlassene zusammen erzogen werden? Bedarf es nicht besonderer Anstalten nur für solche Kinder, welche dem in den Hilfsschulen untergebrachten Schülermaterial entsprechen? Nach der amtlichen Statistik sollen zwar von den im Rechnungsjahre 1904 untergebrachten Zöglingen 90,9 % geistig gesund und nur 9,1 % geistig nicht normal gewesen sein². Indessen stimmen diese Zahlen so wenig mit anderen Beobachtungen überein, daß Zweifel an ihrer Richtigkeit nicht unterdrückt werden können. Ein bekannter Psychiater teilt mit, daß von 200 von ihm untersuchten Fürsorgezöglingen nur 73 geistig normal waren³. Die Differenz erklärt sich wohl daraus, daß die Grenzen

¹ Vgl. Baernreither a. a. O. S. 41 ff.

² Statistik S. LI.

³ Wändemöller in der Allg. Zeitschr. f. Psychiatrie Bd. 56, wiederholt von Puppe auf dem 27. Deutschen Juristentag, Sten. Ber. S. 350. j

zwischen geistiger Gesundheit und Abnormität nicht scharf, sondern durch unzählige Zwischenstufen ausgefüllt sind. Es bildet eine ständige Klage der Anstaltsleiter, daß ihrer Erziehungsarbeit durch psychisch defekte Zöglinge fast unüberwindliche Schwierigkeit in den Weg gelegt wird. Über die Methoden, welche für die Erziehung psychisch defekter Kinder in Anwendung zu bringen sind, gibt es gute theoretische Vorarbeiten, welche aber gerade für das uns hier beschäftigende Kindermaterial praktisch noch nicht ausgenutzt sind¹.

Auch sonst gibt es der Fragen genug, die der Beantwortung harren. Das belgische Altersstufensystem², das amerikanische Markenbelohnungs(merit)System³ und manche andere Einrichtungen, welche sich im Auslande bewährt haben, werden der sorgfältigsten Prüfung auf ihre Verwendbarkeit für unsere Verhältnisse unterzogen werden müssen.

IV.

S c h l u ß.

Die vorstehenden Ausführungen haben zu zeigen versucht, welche Mängel der Ausführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes noch anhaften. Es wurde auch ungefähr die Richtung angegeben, in welcher sich Reformversuche zu bewegen haben. Genaue Einzeldorschläge konnten indessen noch nicht gemacht werden. Denn die Reformen haben sich nicht auf das enge Gebiet des F. E. G. zu beschränken; sie müssen weit darüber hinaus die gesamte Volkserziehung, die Verwaltung und teilweise auch das gerichtliche Verfahren ergreifen. Die Kindesforschung hat theoretisch schöne Ergebnisse gezeitigt, welche aber größtenteils der praktischen Verwendung noch entbehren. Sie hat gezeigt, daß zu fruchtbarem Erfolge nur durch ein Zusammenwirken von Psychiatern, Psychologen und Pädagogen zu gelangen ist. Unabweisbar ergibt sich die Forderung eines Zusammenwirkens auch für die praktische Behandlung des Kindes. Heute fehlt es an solchem völlig. Der Richter, welcher die F. E. anordnet, tut dies nach äußerlichen Merkmalen, ohne von dem Seelenleben des Kindes Kenntnis zu nehmen, in den meisten Fällen selbst, ohne es zu sehen. Eine persönliche Vernehmung, welche zwar im Gesetz nicht

¹ Vgl. „Die Kinderfehler“. Zeitschrift für Kinderforschung, herausgegeben von Trüper und Ufer.

² Vgl. Reicher, „Die Fürsorge für die verwahrloste Jugend“, Teil I, S. 102.

³ Baernreither a. a. O. S. 78.

vorgeschrieben, aber doch bei dessen Beratung als regelmäßig notwendig vorausgesetzt wurde¹, hätte zur Zeit in Großstädten keinen Zweck. Denn ohne die Hilfe von Ärzten und Pädagogen ist es dem Richter in der kurzen Spanne Zeit, welche ihm für einen Termin zur Verfügung steht, unmöglich, einen Einblick in die Seele eines Kindes zu gewinnen. Ist der richterliche Beschluß einmal ergangen, so entschwindet das Kind dem Gesichtskreise des Richters; den Erfolg seiner Tätigkeit, welcher am meisten geeignet wäre, ihn mit Begeisterung und Eifer zu erfüllen, sieht der Richter fast nie. Das Kind wird von einem Verwaltungsbeamten übernommen, welcher vielfach dadurch seiner Pflicht genügt zu haben glaubt, daß er es in einer privaten Erziehungsanstalt unterbringt, in der gerade ein Platz offen ist. Ob dieses Kind gerade in diese Anstalt paßt, wird nicht immer ausreichender Prüfung unterzogen. Der Psychiater kommt nur in extremen Fällen zu Worte. Die Scheidung nach Konfessionen wird strengstens durchgeführt, die Scheidung nach pädagogischen Grundsätzen nicht.

Nur wenn alle diejenigen, welche sich theoretisch mit der Kindesforschung befassen und praktisch der Kindesfürsorge zu dienen berufen sind, einträchtig zusammenwirken, wird es möglich sein, die großen Probleme der Volkserziehung zu lösen. Einer befriedigenden Lösung bedarf es aber im Interesse der körperlichen, sittlichen und geistigen Entwicklung der Nation.

¹ Vgl. Bericht der Abg. Kommission (Druckf. 1900 Nr. 183 S. 11).

Der englische Staatsdienst¹.

Von

Julius Hatschek.

Inhaltsverzeichnis.

1. Geschichte des Amtsrechts: Das Mittelalter S. 223. — 2. Die Neuzeit bis zum Ausgange des 18. Jahrhunderts S. 230. — 3. Die Burke-Pittsche Reform und ihre Folgewirkungen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts S. 238. — 4. Der englische Staatsdienst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts S. 248. — 5. Das heutige Amtsrecht S. 258. — 6. Kritische Würdigung: englischer und deutscher Staatsdienst, eine Parallele S. 279. — Anhang: Zur Statistik des englischen Staatsbeamtentums S. 291.

1. Geschichte des Amtsrechts: Das Mittelalter.

Durch unsern Ausdruck „Staatsbeamte“ sind in England zwei vollkommen voneinander gesonderte Kategorien von Staatsorganen umfaßt: die Inhaber der Public offices und die Civil servants. Erstere sind Inhaber von Ämtern (public offices), welche mit dem Publikum in direkte Berührung kommen und diesem gegenüber eine Reihe von Amtspflichten zu erfüllen haben (Renton a. a. O. vol. 9 p. 276): „public offices, that is to say, such as involve some duty to the public.“ Die Civil servants sind Mitglieder des

¹ Aus meinem englischen Staatsrecht. II. Bb.: Die Verwaltung.

Literatur: Für die Geschichte: Maitland and Pollock a. a. O. I, S. 262 ff. Fortescue, The Governance of England, ed. Plummer 1885 passim, besonders S. 326 ff. Stubbs, Constitutional History I, S. 379 ff. R. Eaton, Civil Service in Great Britain, A history of abuses and reform. New York 1880. Für das heutige Recht: Renton, Encyclopaedia of the Laws of England Vol. IX, p. 276 ff. und die dort Zitierten. Gneist, Verwaltungsrecht I, S. 230 ff. Orders in council relating to Civil Service 1903 und Highmore, Inland Revenue 1896, p. 138 ff.; außerdem die Blaubücher und andere Literaturangaben an entsprechendem Orte weiter unten.

Civil service, die gewöhnlich kein selbstständiges imperium, sondern nur die Weisungen des Dienstherrn auszuführen haben. Es sind meist — wie Gneist treffend sagt — Bureaubeamte. Für beide Klassen von Beamten gilt prinzipiell ein verschiedenes Recht, wie wir bald sehen werden. Dies ist nur historisch zu erklären.

Im Mittelalter bis zum 13. Jahrhundert ungefähr wurde der Staatsdienst in England durch Vergebung von Ämtern zu Lehen geführt. Es waren die *serjeanties*, die großen oder kleinen (*grand* oder *petit serjeanty*), durch welche die Hofämter, und da diese mit dem Staatswesen und seinen Funktionen damals innig verbunden waren, auch die Staatsämter besorgt wurden. So wurden wichtige Amtsstellen im Schatzamt (*Exchequer*) besetzt: z. B. das Amt der *Chamberlains* des *Exchequer*, welche bei der Empfangnahme von Kroneinkünften tätig wurden, das Amt eines Großmünzmeisters, (*S. Dialogus de sacaccario* ed. Hall 1904 Introd.) u. a. m.

Als diese Ämter mit der Zeit — wie alle Lehen — erblich wurden, begannen sie dem König lästig zu werden. (*S. Stubbs I, p. 379 ff.*) Auch verlangten die steigenden Bedürfnisse des Staatswesens größere Vorbildung, und diese war damals nur bei der Geistlichkeit zu finden. Die Verwendung von Klerikern an Stelle der alten Erbämter, griff immer mehr um sich, als der Kanzler die oberste Leitung des Staatswesens an Stelle des bisherigen Reichsoberrichters, des *justiciarius capitalis*, erlangte und mit ihm, der selbst gewöhnlich Geistlicher war, auch ein ganzes Heer von Geistlichen als Träger niederer Ämter in die Hofkanzlei und den damals mit ihr verbundenen *Exchequer*, die beiden Hauptbehörden des Landes zu jener Zeit, einzog.

Die Verwendung von Klerikern brachte als Vorteil außer ihrer besonderen Bildung noch die Unmöglichkeit des Erblichwerdens der Ämter. So herrschte die Geistlichkeit in den Verwaltungsbehörden des Landes bis zur Reformation. Sie war es, welche dem englischen Amtsrechte ein eigentümliches Gepräge verlieh, dessen letzte Überreste noch heute zu finden sind: so z. B. in der Bezeichnung des Beamten als *clerk* (= *clericus*) oder *official* (= *officialis*) selbst im heutigen englischen Sprachgebrauch. Darauf deutet ferner die dem englischen Amtsrechte noch heute eigene Unterscheidung der Ämter (*offices*) in solche '*durante bene placito*', d. h. auf Widerruf und solche, welche '*quam diu bene se gesserit*', d. h. auf Lebenszeit vergeben werden, hin. Die Einteilung ist eben auf das kanonische Recht zurückzuführen. (*S. Rehm in Hirths Annalen* Jahrg. 1884, S. 565 ff.)

Die Befetzung der Ämter mit Klerikern hatte aber noch den unschätzbaren Vorteil, daß sie das Ämterbefetzungsrecht in die Hände des Königs legte. Freilich galt dies vorwiegend nur für die obersten Staatsämter, für die mittleren und unteren¹ hingegen war seit dem Beginn des 14. Jahrhunderts ein steter Kampf zwischen Königtum und Ständen, insbesondere der Landaristokratie, wer die Ämter besetzen sollte. Der König wollte das Recht der Ämterbefetzung allein ausüben, die Stände, insbesondere die großen Magnaten, wollten ihre Patronage im Anschlusse an die erblichen Hofämter und Lebensrechte nicht aufgeben. Es hing immer von der Kraft des jeweiligen Königs ab, wie weit er noch ein Ämterbefetzungsrecht der Großen neben sich duldbete.

Die wesentlichste Voraussetzung für des Königs Recht war, daß die Ämter nicht auf Lebenszeit² oder für eine bestimmte Reihe von Jahren, sondern auf Widerruf verliehen wurden. Dies verlangten auch die der bisherigen Mißwirtschaft überdrüssigen Mitglieder des Unterhauses im Jahre 1406 (Rot. Parliamentorum III, p. 587 und 589a). Unter Heinrich V. wird auch diese kraftvolle Ämterpolitik durchgeführt. Aber schon während der Minderjährigkeit seines Sohnes Heinrich VI. wird das Prinzip der widerruflichen Anstellung wieder aufgegeben. Eine Ordre im Staatsrat vom 28. Januar 1423 sanktioniert den alten Schlenbrian, indem sie gestattet, daß alle Beamten die Ämterverleihungen aus der Hand des verstorbenen Königs hätten, dieselben solange sie ihres Amtes gehörig walteten, wieder bestätigt verlangen dürften „*acsi habuissent statum ad terminum vitae in officiis praedictis*“ (Proceedings of the Privy Council vol. III p. 23).

Diese Schwäche der Regierung und dann namentlich die Rosenkriege vollendeten das, was noch zur Vorherrschaft der hohen Aristokratie

¹ Eine Übersicht derselben, sofern der König (Bd. III) über sie verfügen durfte, gibt der Liber Niger (zit. in Plummer's Fortescue a. a. O. S. 328): „The King appoynted of offices outward to rewarde his household services after they desertes (= Verdienst) to be parkers, some foresters, waryners, keepers of manors, baylywicks, constableschippes, portershippes, receivours, corrodges, wardes marriages, and many other things of value, in portes, townes and cities etc. and for his chapelmen, chyrches prebendes, free chapelles, and pensions“ . . . Dazu die vielen Stellen der Zolleinnehmer und Zollkontrolleure in den Häfen. —

² Manche waren sogar auf immer vergeben, was technisch „in feodo“ hieß, andere auf Lebenszeit, d. i. „ad terminum vitae“.

Jahrbuch XXX 2, hrsg. v. Schmoller.

kratie bei der Ämterbesetzung gefehlt hatte. Die hervorstechendsten Übelstände, die dadurch herbeigeführt und erst von den Tudors beseitigt worden sind, waren folgende:

Vor allem eine allzuhäufige Ämterakkumulation in den Händen hervorragender Magnaten und Favoriten der Könige. Bezeichnend hierfür ist die in den Verhandlungen des Staatsrates von 1436 (*Proceedings a. a. D.* vol. V, p. 3.) aufgestellte *Maxime*, die dem Könige bei Ämterverleihungen anempfahlen wird: „To advertise the King that he yeve offices to suche persones as the offices were convenient to, not to hieghe estat as mal office, nether to lowe estat a grete office“.

Tatsache ist es, daß Vereinigungen von 12 Ämtern und darüber in einer Hand damals nicht zu den Seltenheiten gehörten¹.

Der andere Übelstand, hervorgerufen durch die Adelsherrschaft, war die Laxeit der Amtsausübung. Es war natürlich, daß die in einer Hand zu Duzenden akkumulierten Ämter nicht persönlich ausgeübt werden konnten, sondern nur durch Stellvertreter. Das, was so die Großen praktizierten, riß allmählich als allgemeine Sitte ein. Dagegen versuchten nun Unterhausresolutionen und Gesetze anzukämpfen, jedoch ohne Erfolg. Im Jahre 1401 im ersten Parlamente Heinrich IV. petitionieren die Gemeinen, daß die Zolleinnehmer und Kontrolleure in den Häfen sich nicht durch andere Personen vertreten lassen, sondern ihr Amt selbst an Ort und Stelle ausüben und vor allem ihren Amtswohnsitz nicht verlassen sollten, da der König durch das bisherige Stellvertreterunwesen nicht weniger als 10 000 Marken alljährlich verloren habe (*Rot. Parl.* III 439 b.) Die Bitte wird zum Gesetz erhoben (1 Hen. IV c. 13).

¹ So war der Herzog von Gloucester unter Heinrich VI: Chamberlain of England, Constable of Gloucester, Justice of Chester and of North and South Wales, Constable of Dover Castle and Warden of the Cinque Ports, Assisenrichter, Chamberlain and Custos of all Forests South of Trent, Captain of Guisnes und Captain von Calais. Wärmid unter Eduard IV. war: Steward or Senechal of England, Great Chamberlain of England, Constable of Dover Castle and Warden of the Cinque Ports; Custos, Justiciar and Justice in Eyre of all Forests South of Trent, Warden of the East and West Marches, Chief Justice of South Wales, Constable of Cardigan Castle, Steward of the Courts of Cardigan and Camarthen, Admiral, Captain of Calais, Lieutenant of Ireland, Senechal of the Manor, Master Forester and Keeper of the Park of Ffekenham, Master of the King's Mules and Falcons im Gutshof 'Newhouse' in der Nähe von Charing. (Siehe diese Aufzählung in *Blummers Fortescue* a. a. D. S. 388.)

Im Jahre 1402 begegnen uns jedoch frische Klagen und ein neues Gesetz ähnlichen Inhalts (Rot. Parl. III 506 b und St. 4 Hen. IV c. 20). Im Jahre 1406 ergeht von neuem die Weisung, daß die Zollbeamten ihre Ämter ausüben sollten: „sans depute ou substitut faire“ (Rot. Parl. III 587 a). In den Jahren 1411 und 1433 werden diese Gesetze teils im Parlament, teils im Staatsrat wieder eingeschärft, aber gerade die fortwährende Wiederholung und Einschärfung der Gesetze in so rascher Aufeinanderfolge und so kurzer Zeit zeigen an, wie sehr dieser Übelstand verbreitet war.

Mit der Ämterkumulierung hing natürlich auch das Vorherrschen von Sinecuren zusammen, was der König selbst unterstützte. So erzählen uns auch die Staatsprotokolle aus jener Zeit, wie Hofbeamte und Staatsräte zu ihrer „Erholung“ solche Sinecuren erhielten (Proceedings a. a. D. vol. IV 284 und V 143), und Fortescue möchte diese üble Praxis einschränken und nur auf ein Minimum reduziert wissen mit den Worten (Governance a. a. D. ch. 17 in fine): „such men as serve the kyng about his person or in his counsell mowe have in ther contrays a parkershippe for ther disporte when they come home for such an other office as thay mey wele kepe by ther deputies“.

Endlich bildete sich damals das heraus, wovon das englische Amtsrecht bis auf den heutigen Tag nicht frei geworden ist, die Patronage, oder wie sie damals hieß, die „brockage“. Nicht bloß, daß wie heute auch schon damals die hohen Würdenträger und Minister solche Stellenvergebungen vornahmen¹, auch die großen Lords machten reichlich von der brockage für ihre Günstlinge Gebrauch. Fortescue nennt sie (a. a. D. ch. 17) die „brokers“ der königlichen Ämterbesetzung, das heißt Stellenvermittler innerhalb ihres lokalen Wirkungskreises².

¹ So wurden alle Finanzbeamten damals vom Treasurer auf Anempfehlung des Staatsrats ernannt (17 Ric. II, c. 5, 1 Hen. IV, c. 13), damals wie heute präsentierte der Lordkanzler zu bestimmten Kronpfünden (Rot. Parl. III, 587 a. Proceedings a. a. D. vol. III, 16; vol. IV, 175), Ämter und Kirchenpfünden in dem Herzogtum Lancaster, wenn sie unter 5 £ jährlicher oder 2 d täglicher Einkünfte waren, vergab der Kanzler von Lancaster in seinem Bezirke (Proceedings a. a. D. IV, 105). Einige Ämter verließ der Marschall von England (Rymer Foedera VIII, p. 115).

² S. z. B. Paston, Letters II, 96 f. Ein Großer wendet sich an John Paston mit der Bitte: „desyre the nomynacion . . . eythyr of the countrollor

Vergeblich wurde gegen die „brockage“ schon frühzeitig angekämpft. Im Jahre 1386 wird eine Kommission eingesetzt nach „offices et ministres faitz par brogage et de leurs brogours“ zu forschen (Proceedings a. a. O. I p. 5). Im ersten Parlamente Heinrich IV. klagen die Gemeinen das: „Justices de Pees sont faitz par brocage“ (Rot. Parl. III 444 c.). Durch die Geschäftsordnung des Staatsrats von 1406 wird festgesetzt, daß Amtsanstellung nur in Gemäßheit der Gesetze und nicht durch irgend jemandes Vermittlung („et nemy par mediation et instance a part“ Rot. Parl. III 586 a) gemacht werden sollte. Im Jahre 1410 erklären die Gemeinen, daß die Abnahme der Zölle auf die Tatsache zurückzuführen sei, daß die Zollbeamten „sovent ont este faitz par brocage“ (Rot. Parl. III 625 b). „Brocage“ wurde auf diese Weise ein Rechtssterminus wie Pension, Gehalt usw. So wurde denn jedem hohen Staatsbeamten oder anderer Person in der Umgebung des Königs verboten: „de prendre de nully des liges nostre sieur le Roy Brogage, Presentes, ne Dounes quelconques“ (Rot. Parl. III 433 b sig. fer III 537 a und 626 b: ‘donne ou brocage’; III 637 a, IV 11 a, 79 a und c.).

Fortescue selbst rügt in seinem Buche „Governance of England“ ch. XVII (am Ausgange des 15. Jahrhunderts) diese Übelstände. Sein Hauptaugenmerk ist gerichtet auf die wachsende Feudalisierung der Ämter, hervorgerufen und begünstigt durch die Vergebung von solchen an die Großen, die daraus ein Geschäft machten und die in ihren Händen angesammelten Ämter innerhalb ihres Wirkungskreises weitergäben, um sich einen mächtigeren Einfluß zu schaffen, als selbst der König ihn hätte („And this hath causyd many men to be such braggers [brokers] and suytours to the kyng, ffor to have his offices in ther contraes to thaym selff, and to ther men, that almost no man in sume contray durste take an office of the kyng, but he ffirst hat the good will of the said bragers and engrossers of offices“). Niemand, selbst nicht der königliche Beamte, sei seiner Stellung sicher, wenn er sich nicht mit diesen Stellenmaklern auf guten Fuß gesetzt hätte. Dadurch würde er zum

or serchorship of Yarmuth, for a servant of yowrez (b. i. er selbst), and yeerly as longe as I myght have the officez . . . I shall geve my maister youre sone v. marke toward an haukeney.“ Ein andermal schreibt John Paston der jüngere an seine Mutter (II, 412): „I trsyte we shall be sped of . . . ofyseys metly for us, for my mastyr the Erle of Oxyntorthe bydeth me axe and have.“

Unterbeamten, nicht des Königs, sondern der großen Lords, und wenn diese die um sich greifende Feudalisierung der Ämter damit rechtfertigten, daß ja eigentlich die von ihnen belehnten Beamten auch immer die des Königs seien, da sie, die Lords, ja selbst des Königs Vasallen wären, so antwortet Fortescue darauf: „Nemo potest duobus dominis servire“. In Wahrheit dienten die von den Lords belehnten Beamten nicht dem Könige, sondern ihrem Lehensherrn. Den Lehnendienst der Untervasallen hatte der König mit Recht zu fordern, auch ohne daß er sie zu Beamten machte. Er führe bei dieser Feudalisierung der Ämter eher schlechter als besser¹, denn die Lords würden diese Feudalisierung nur auf Kosten der königlichen Macht erhalten. Als Mittel zur Abhülfe schlägt Fortescue vor, daß niemand mehr als ein Amt, und nur aus der Hand des Königs empfangen sollte („yf every of hem hade but on office and served non other man but the kyng . . . yff thai were holliche and only his servantes, and every of hem had but on office“).

Sehr hübsch faßt Fortescue bereits 1471 seine Vorschläge in einem — in Frankreich geschriebenen — Staatsmemorandum (abgedruckt bei Plummer a. a. O. S. 348 ff.) in folg. Worten zusammen:

„6. Item it is thoughte good that the king geve noone of his offices, though it be but of parkirship, tany manne save only to his owne servauntes, and that every of his officeres be sworne that he is with no man in service, nor hath nor wil take of any man while he serveth the king, pencion

¹ Er sagt: „To this sane such lordes and other men, such as axen off the king offices ffor their servantes, that thai and all thair servantes shall alwey serve the kyng, and his officers shul do hym the bettir service; ffor thai woll helpen hym tho do so, and suffre non in thair companye, but suche as woll do so. Wher to may be said, that it is trewe thai shall do the kyng service while thai be in thair companie; but so shulde thai have done, though the kyng had never made thaym his officers. Wherefore the kyng shal not be the bettir served, that he hath yeven his offices to thair servantes, but rather worse. Ffor owre lord said, Nemo potest duobus dominis servire. And so the kyng shall lese the offices, as ffor any syngular service he shall have ffor hem, or that the same officers shulde thinke them self by hold unto the kyng ffor ther offices, which his hyghnes hath yeven them at the contemplacion off ther maisters, and ffor nu reward off any service that thai have done, or shul doo unto hym self. Be consideracion wheroff ther olde maistirs shall be bettir served be thaym than thei were be fore; and so be more myghty in thair contraes to do what them liste; and the kyng in lasse myght, and have the fewer officers to repress hem when thai do a mysse.“

fee or clothing, except onle of the king. For thanne the king shall have holiche the mighte of his lande, which is most rewlyd by his officeres as they have beene before these daies. And the king shal mow thenne rewarde with offices, such as oughte to be rewarded, without amenuissing of the revenues of his croune. And yit shalbe good that no manne have II offices, excepte the servauntes and officers of the kynges howse, which may have, whaune they deserve it, a parkership or suche an other office as they may wele kepe by a suffisante depute. Which depute thanne shalbe sworne to serve noon other man save his master that serveth the king. And in like fourme the king may rewarde his counseillours temporel with such offices whanne he woll. Ffor it is not like but that he woll avaunce the spirituell menne of his counseill with benefices as they shalbe worthy“.

Freilich! diese gutgemeinten Vorschläge Fortescues sollten erst in der Folgezeit verwirklicht werden. Der kraftvolle Tudor Heinrich VIII., unter dem die Verwaltungsorganisation Englands bedeutende Schritte nach vorwärts tat, mußte die königliche Amterbesetzung wieder zu Ehren zu bringen¹. Aber die oben angeführten Übel sind, wie wir unten noch sehen werden, erst durch die Burke-Pittsche Verwaltungsreorganisation, 400 bis 500 Jahre später als Fortescue lebte und schrieb, beseitigt worden, die Patronage sogar erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts.

2. Die Neuzeit bis zum Ausgange des 18. Jahrhunderts.

Die beginnende Neuzeit sah noch alle die genannten Mißstände. Sie führten dazu, daß der dingliche Charakter dem Amtsbegriff erhalten blieb, und daß das kanonische Recht, sofern es in das englische Amtsrecht einrang, sich diesem Verbindlichungsprozesse eher anpaßte, als es ihn, wie ursprünglich erwartet worden war, aufhielt. Es trägt auch selbst den Keim in sich, dem officium dinglichen Rechtscharakter zu verleihen².

Als die Reformation den Zusammenhang mit Rom abschnitt, da gerieten die kanonischen Grundsätze über Simonie und das Verbot

¹ Siehe Brewer, Henry VIII., vol. I, p. 70—72.

² Deshalb sagt auch Fortescue von dem Amte (office) (Governance a. a. O. ch. XVII): „so as that office is to hym also profitable as wolde be a hundred s. off fee or rente, which is feire lyvyng for a yoman.“

des Amterkaufs in Vergessenheit. Sie wurden auch schon früher nicht streng gehandhabt. Das weltliche englische Amt, „office“ (officium) war nun, wie wir oben gehört haben, um so eher Gegenstand des Eigentumserwerbs, Veräußerlichkeit der Ämter, gerade so wie im damaligen Frankreich (S. Esmein, Cours élém. d'histoire du droit français 1898 a. a. D. S. 401 ff.) an der Tagesordnung.

Unter Eduard VI. wird eine königl. Kommission eingesetzt, um die durch Veräußerlichkeit der Ämter entstandenen Mißstände aufzudecken und Vorschläge zu ihrer Beseitigung zu machen. Sie empfiehlt vor allem, daß der König die Verwaltung aller Ämter selbst in die Hand nehmen, sie mit tüchtigen Personen besetzen solle, welche alle Einkünfte und Sporteln in die Staatskasse durch Vermittelung des Generaleinnehmers (receiver general), halbjährlich, einzahlen sollten, nachdem sie zuvor ihr fixiertes Salair abgezogen hätten.

Vor dem Vorbild des französischen Königs, der die Ämter selbst verkaufe, wird gewarnt, und dies als unehrenhaft verworfen¹.

¹ Der Bericht dieser Kommission ist in Form eines Manuskripts erhalten, das sich im Britt. Museum unter der Marke Hargrave 321 fol. 588—93 findet und die Überschrift führt: „Concerning office, officers and fees“. Es soll aus der Zeit „Eduard IV.“ stammen, doch ist dies nur ein Schreibversehen des röm. IV. für „VI.“ Daß es sich nur um Eduard VI., nicht um Eduard IV. handeln kann, davon überzeugt uns schon der erste Blick, so die Erwähnung der Sternkammer als Polizeigericht, wie es erst durch die Tudors eingerichtet worden ist. Ich will im folgenden nur den wichtigsten Teil des Manuskripts wieder geben:

„A Commission was sent forth to examine the behaviour of officers and ministers of all sorts whose examination and oppression were found to be so great that by the fines imposed on them the king filled his empty coffers to the begynn, with General loud of his subjects, and he displaced those corrupted officers and placed better in their steede to the great benefitte and ease of the Commanwealth . . .

. . . it is ordeyned that Justices or Commissioners should goe through England to hear and determine tresspasses and oppression of the people and divers other things done within 25 yeares before.

It is therefore humbly submitted to your honourable Consideration (offenbar haben wir es hier mit einem Report der Kommission an das Privy Council zu tun!), whether it will not suite, as well within His Majesties honor as proffitt, to resume all such offices as shall be forfeited to his Royal Hands and to retaine them by placing able clerks as officers to execute the same and giving them competent allowances out of the proffitt of the office, and all such officers so assigned to be bound in Recognizances to keep a

Zur Ausführung dieser Vorschläge reichte offenbar damals die Macht des Königs nicht aus. Man brachte es nur zuwege, durch Gesetz den Verkauf der richterlichen Ämter zu verbieten (5 u. 6 Edw. VI. c. 16). Damit schuf man wenigstens die Grundlage einer Rechtstheorie, die wir gleich näher kennen lernen werden, und die wenigstens die Richterämter im 18. Jahrhundert dem modernen Staatsgedanken, der persönlichen Amtspflichterfüllung ujm. näher brachte.

Das ausschlaggebende Moment, das jenen im kanon. Recht schon vorhandenen Keim der Verdinglichung des officium zur Ämterveräußlichkeit weiter entfaltete, war die Tatsache, daß seit den Stuarts der König immer weniger in der Lage war, die auf die Kosten seiner Hofhaltung rabizierten Ausgaben für Ämter derart mit Beamtenmaterial zu füllen, wie es den gesteigerten Aufgaben der Staatsverwaltung entsprochen hätte. Auch die den schon bestehenden Ämtern ausgesetzten Gehälter waren unzureichend. Es mußte

true book to be administrated to them (when they enter those places) of all the particular business which shall be in their severall places per annum and to be true accomptants to his Majestie of the profitts thereof deducting on by their own yearly allowances and payments in the overplus halfyearly to the receipt of Exchequer or to one whom his Majestie shalbe pleased to make his receiver generall of allmoneyes so arising. By which means his Majestie may know in one year what every office is worth per annum and consequently the totall of the yearly Revenue the greatness whereof may in some sorte to be guessed att (though in a worse instance) by example of the king of France.

Johnson saith in his Relations of kingdoms fol. 109 that king raised only by the sales of office, which is not good, honourable, nor profitable as his Majestie keeping them in his own hands in 20 yeares space 139 Millions, which is after the rate of 7 Millions per annum. And that monsieur Rinall Thesaurier to the Duke of Mayns reported about 22 yeares since that his Majestie had improved the Ralme of France by the sales of offices from the Revenue of 2 Millions of pounds per annum to 5 Millions Sterling per annum.

It is also humbly submitted to your Lordships Consideration, whether it was not now advantage that the benefitt and exposition of his Majesties Service of a Commission of oyer and terminer were granted to any Lord Treasurer, Lord Privy Seal and others of eminent association to punish those delinquents by fines and forfeiture of their offices into his Majesties hands, whom the Commission of inquiry shall discover, for it is doubtful whether the Star Chamber properly consider most offences inquirable, whose recognizances are proper to a commission of oyer and terminer. And the Star Chamber will be to narrow for the noumerous Company of delinquents . . .“

Kompensation auf anderem Wege gewährt werden. Deshalb duldeten die Könige, daß einerseits neue Clerks als Beamten in die schon bestehenden Ämter aufgenommen und von den Leitern dieser letzteren bezahlt wurden, sodann daß die Leiter selbst ihre Haupteinnahmequelle nicht aus dem vom Könige bezogenen Salair, sondern aus Sporteln und Geschenken (*gratuities*) holten. Sehr belehrend, wie diese neuen Clerks unter den Stuarts in die Staatsverwaltung einziehen, und wie sie aus anderen als königlichen Geldmitteln bezahlt werden, sind 2 Manuskripte, die sich im britt. Museum finden, und von denen das eine jene Clerksstellen aufzählt, welche vom Könige kein Gehalt beziehen — eine Liste, die unter Elisabeth noch unbekannt ist — das andere zeigt, wie diese Clerks aus den Sporteln bezahlt zu werden pflegten.

Das eine ist betitelt „A Catalogue of the Nobilitie of England and a Collection as well of his Majesties Courts of Record as his Highness most honourable household, the Councils of the North, of Wales, Marches, the Counsell at Law“ 1618. (Br. Mus. M. S. S. 4257.) Es ist offenbar ein „Staatshandbuch“ aus der Zeit Jacob I. Da heißt (p. 10 ff.) es, folgende Ämter erhielten vom Könige kein Gehalt: im Gerichtshof für Lebensgefälle (Court of Wards and Liveries) erhalten die Clerks of Liveries kein Gehalt vom Könige, desgleichen eine Reihe von Clerks in dem obersten Reichsgerichte, in der Star Chamber, in den Court of Request, im Staatssekretariat¹. Doch wird in der Admiralität, dem Rüstungsamt (Ordnance), dem Münzamt den Beamten außer dem Gehalt noch ein „Dyett“ d. h. ein Unterhaltungsgeld als Surrogat der

¹ Es heißt da, daß die folgenden Bureau's Beamte hätten, welche keine Fees vom König erhalten würden (S. 10):

Im Court of wards and liveries: der Clerk of Liveries no fee of the king.

Im Court of Chancery: der Registrerverwalter, der Master of the Suppoena Office, Examiners, die berücktigten 6 Clerks, die Inrollers of letters patent usw.

Der Clerk of the Statutes, die 4 Cursitors, die 4 Clerks of the bagge, die Clerks of the Rolls, die 4 Clerks des Privy Seal.

Im der King's Bench: der Secretary oder Secondary Keeper of the writts and rolls.

Im dem Court of Common Pleas: die 3 Protonotare, der Clerk of Warrants der keeper of the Seal, clerk of outlawries.

Im der Star Chamber: die Judges und zwar der Erzbischof von Canterbury der Lord Chancellor, der Lord Treasurer, der Bischof von London „and

früher üblichen Verköstigung (30 s. die Woche) aus königl. Geldmitteln bezahlt. Die Tatsache, daß dies hier noch besonders hervorgehoben wird, während es zur Zeit von Elisabeth¹ beinahe für die meisten Staatsbehörden noch ganz selbstverständlich war, zeigt, wie sehr sich die Loslösung vom königl. Geldbeutel vollzogen hat. Wir sehen demnach eine Reihe von Amtsstellen, die nicht aus königl. Mitteln besoldet werden.

Daß diese sich anderweitig aus Sporteln zu entschädigen suchen, zeigt das andere Manuskript, betitelt „A late Inquiry by his ^{Mies} Commissioners after exacted fees and Innovated offices“ 1623 (Br. Mus. M. S. S. Harl. 4194). Hier wird unter anderm von den Clerks des Protonotariats im Common pleas-Gerichtshofe, und vom Clerk of the Warrant offices erzählt (p. 3), sie ließen sich durch einen Deputy vertreten, und bezögen Sporteln seit 3 oder 4 Jahren für jedes Schriftstück. Die Clerks der Treasury hätten aber schon seit dem 31. Reg.-Jahr der Königin Elisabeth Sporteln von den Parteien bezogen (p. 5).

Man sieht demnach: Die Umbildung beginnt unter den ersten Stuarts. Neue Clerks bringen ein als Aushülfe der schon bestehenden Amtsleiter, werden insolge dessen von ihnen besoldet und erhalten auch in Form von Parteisporteln ihre Entschädigung, jedenfalls aber nicht aus der königl. Kasse.

Wie sehr dies in der Folgezeit zum System erhoben wird, ergibt

the rest of the Privy Council.“ Sobann 4 Attorneys, der Register und die Examiners.

Im Court of Requests: 3 Attorneys und der Examiner,

Im Staatssekretariat: die 4 Clerks of the Signet (die Clerks des Parlaments werden zum Staatssekretariat gezählt und hier bezahlt).

Im königl. Hofhalt: Gentlemen of the Privy Chamber und der Chief Almoner.

Von den Befehlshabern der Städte und Burgen: Der Constable des Castle of Dover und der Captain von Guernsey. Jedoch erhalten die Captains von Jersey, Man und den Scillyinseln Gehalt aus königl. Mitteln.

¹ Bezeichnend sagt eine Beschreibung der Geschäftsordnung des Staatsrats aus der Zeit Carl I. (31. Oktober 1625, Br. M. M. S. S. 34 324 fol. 238 ff.): „Concerning the Private Councill of the most high and Mighty King of Great Britain, France, Scotland, Ireland etc.“: „The said secretaries (sc. die Staatssekretäre) being 2 . . . and allowed 1400 lib. yearly to bestown upon intelligence, cash 100 lib. payable out of the expenses, began in the time of the King James for in the time of Queen Elizabeth there were many gift of transporting of cloth and boardrooms and the like given to Secretary Walsingham and others to defray intelligence . . .“

der Report on Fees, Salaries (Commons Papers vol. x. 1783/1785), der uns für die Zeit Georg III. berichtet, daß im Staatssekretariat der Staatssekretär des Innern als *fixes Salair* 100 £ bezöge, d. i. das alte Amtsalair, das durch Patent verliehen wurde, sodann ein jeden Augenblick entziehbares Salair (vom Könige!), sog. *Salary at pleasure* 5580 £, ferner als Anteil an den Sporteln des Departements 2336 £ 12 s. 8 d., von Einkünften der London Gazette, die unter seiner Oberleitung stand, ungefähr 298 £, schließlich an Sporteln aus dem Kolonialamt 184 £. Davon mußte er unter anderm für die Gehälter der Beamten 895 £ und an Beiträgen zu den Gehältern der höheren Beamten (Unterstaatssekretäre usw.) 800 £ zahlen. Auch Beleuchtung und Beheizung des Amtes lag ihm ob (Coal, Candle sind mit 214 £ veranschlagt). Der Chief Clerk des Home office erhielt überhaupt kein Gehalt. Doch bezog er aus Sporteln 266 £, aus Geschenken (*gratuities*) 423 £ u. a. m.

Man wird nun begreifen, weshalb die englischen Könige seit der Zeit der Stuarts das Dinglichwerden des Amtes förderten. Es war nur eine Kompensation für die mangelhafte Bezahlung: diese Zulassung von Sporteln, die mitunter das königl. Gehalt in den Schatten stellten, dieses Anstellungsrecht von Aushilfsbeamten, Clerks, das den Oberbeamten zugestanden wurde, die *patronage*, die ja als ein nutzbringendes, mit dem eigenen office verbundenes Recht galt.

So wurde das office ein dingliches Recht, mit eigentumsähnlichem Charakter. Es konnte, wenn es nicht gerade ein richterliches Amt war, veräußert¹ und verpfändet werden. Der Erwerb und

¹ Bezeichnend für den damaligen Verkauf von Ämtern ist folgende Notiz in der Biographie und Korrespondenz des Lord Clarendon:

Lister, *Life and Correspondance of Lord Clarendon* 1838, vol. II, p. 141: „I told your Lordship in my last that Mr. Caesar one of the Six Clerks (sc. in der Chancery) was dead. Two have offered for the place one 8000 £, the other 9000 £ whereas formerly eight or nine years since 6000 £ was ordinarily given. At latter end of the Earl of Portland's time he being Treasurer a bill being a foot in the Star Chamber against the Six Clerks for extorted fees, a contract was made but not finished with these Clerks for 15 000 £ paid to His Majesty; so their several bills to be taken off the file and reversion of their places granted unto their sons, or whom else they should name under the board Seal of England.“ Statt also daß die pflichtvergessenen Clerks ihres Amtes entsetzt würden, geht die Krone mit ihnen den Pakt ein, die gegen sie angebrachten Klagen niederzuschlagen und ihnen das Vorschlagsrecht auf ihre Stellen einzuräumen, wenn sie 15 000 £ an die Krone zahlten!

Vol. II a. a. D. S. 455: Einer der Klageartikel gegen den Lord Clarendon,

Verlust von Ämtern (offices) vollzog sich nach den Grundsätzen dinglicher Rechte und Cruise trägt, bezeichnend genug, die Lehre von den Offices noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts (A Digest of Law respecting Real Property. 1. Ausg. 1804—1806, 4. Ausg. 1895) in der Lehre vom Sachenrecht vor (ähnlich Chitty Treatise on the Prerogative, London 1820. Ch. VII. p. 81 ff). Die juristische Auffassung dieses Netzes von dinglich gewordenen Ämtern gibt Chitty zu Anfang des 19. Jahrhunderts wieder p. 81: „There are various inferior offices inseparably annexed to others of a superior nature . . . and in this case it is an established rule, that the superior office must be granted with all its ancient rights, privileges, appurtenances, the king cannot reserve them to himself or grant them to another, even though the superior office was vacant.“ Also nicht bloß, daß mitunter das office Eigentum wurde, auch das Zubehör zum office, nämlich das Anstellungsrecht zu niederen Ämtern, die patronage war dingliches Recht, das sogar dem Könige gegenüber gesichert war¹.

Nach außen traten dem Publikum nur die Offices resp. ihre Träger gegenüber, sogar im Beginn des 19. Jahrhunderts. Die im Innern des ‚Office‘ beschäftigten Clerks, die die Staatsverwaltungsmaschine im Gange erhielten, waren nur Hilfsarbeiter des oberen Amtsträgers, die das Beamtenrecht und die offizielle Amtsorganisation nicht kannten; sie, die Clerks wurden aus der Masse communis, dem ‚Fond‘ des Amtes bezahlt, der aus den Parteisporteln gebildet wurde. An diesem ‚Fond‘ hatten alle Oberbeamten des Amtes einen Quotenanteil, den Löwenanteil und den eigentlichen Gewinn der Leiter des Amtes, der „patentierete“ Amtsträger. Die Clerks waren

Reichsfanzler, zieh ihn des Ämterverkaufs („that he had corruptly sold several offices contrary to the law“). Darauf verteidigte er sich wörtlich wie folgt: „This charge I utterly deny.“ As the sale of certain offices (fügt der Biograph hinzu) was of that time sanctioned by custom and deemed legal, it is probable that this denial applied not to his having sold offices, but to his having sold them, contrary to law.“

¹ Dementsprechend wurde auch am Ausgange des 18. Jahrhunderts die damals auferlegte Beamtensteuer 1 s. von 20 s. steuerbaren Beamten Einkommens, wenn sie nicht gleich bei der Auszahlung des Gehalts abgezogen werden konnte, von den Land Tax Commissioners, den Kommissären der Grundsteuer, eingekauft und erhoben: (31 Geo II, c. 22 s. 1—6; 32 Geo II, c. 33 s. 5). Siehe auch Burns, The Justice of the Peace 1793, vol. III, p. 242 (verbo „office“).

die mindergewerteten Hilfsarbeiter, ihre Chefs, die officers, die dem Publikum gegenüberstanden, die eigentlichen Beamten (Eaton a. a. O. 130 f.).

Trefflich drückt Eaton diesen Gedanken mit den Worten aus: „Until 1810 (b. i. der Act 50 Geo. III c. 117, welche zum ersten Male öffentliche, auf Staatseinkünfte gelegte Pensionen einführte, die dem Parlamente alljährlich vorzulegen waren) „those employed in any department appear to have been little more than private clerks, employees of the head of the department. They were not in law, recognized as public officials and at all they were paid out of a fund made up of the fees collected in the department or office; and the balance of the fund like the appointing power itself was treated as a part of perquisites of the minister or head of the office“.

Aus dieser inferioren Stellung als eine Art von „Privatangestellten“ (private clerks) der obersten Amtsträger und Reichsminister rücken in der Folge die Unterbeamten in die Position von Staatsorganen auf. Zwei Momente, die beide im Zusammenhang mit der Burke-Pittschen Behördenorganisation stehen, tragen dazu bei: die Abschaffung von Sinecuren, wodurch die Zahl der „Offices“ bedeutend vermindert, die der Clerks sehr vermehrt wurde, sodann die Reform des Staatsdienstes seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Von beiden Momenten wird in den nächsten Paragraphen die Rede sein. Dadurch sind es die Clerks, die heute den Charakter des englischen Amtsrechts bestimmen, nicht aber die alten offices. Wie sehr sich die Zeiten nach dieser Richtung geändert haben, wird daraus am besten erhellen, daß 1784 die Zahl der Clerks im Home office etwa 6—10 betrug (Report on Fees, Salaries a. a. O.) während sie heute ungefähr 200 ausmacht (Civil Service Estimates 1902/3 p. 89 ff.)

Deshalb gibt es heute ein doppeltes Amtsrecht, das alte der „offices“, das beispielsweise auch noch Gneist als das Amtsrecht schildert, und das neue Recht des „Civil Service“. Auch das erstere hat heute noch Bedeutung und muß hier im folgenden skizziert werden. Sind auch die obersten Amtsträger der Verwaltung, die Reichsminister, meist solche Public Officers, so muß man sich vor Augen halten, daß der Staatsbeamte in England, der Civil Servant, „der“ Staatsbeamte ist, der nach langen Mühen im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus der Rolle eines „Privatangestellten“ des Ministers zu einem öffentlichen Organ des Staates aufgestiegen ist. Es ist nun, um mit Sir Trevelyan, jenem um die englische Staats-

dienstorganisation so hoch verdienten Mann, zu sprechen, zur Tatsache geworden: „Public administration is not personal at all; it is a delegation; it is in the nature of a public trust, and as such it must be subjected to general rules and guarantees“ (2. Report of the Civil Service Inquiry Commission C.P. 1875 N.R. 1226 p. 107). Freilich beginnt diese Auffassung erst jetzt feste Wurzeln zu fassen und nur allmählich. Denn noch 1890 konnten Zweifler auftreten, die die Notwendigkeit von Staatspensionen für Staatsbeamte in Frage stellten (Second Report of the Royal Commission on Civil Establishments C.P. 1890 N.R. 5545 p. XX.)!

Auch die public offices erfuhren, wie wir gleich sehen werden, im Laufe des 19. Jahrhunderts als Folgewirkung der Burke-Pittschen Reformen eine Modifikation, die von ihnen den Charakter von privaten bürgerlichen Rechten abstreifte und ihnen den modernen Charakter von Staatsorganen gab. Es waren insbesondere hier drei Momente, die dies bewirkten: die Übernahme aller Staatsämter und ihrer Gehälter, die zu Anfang des 19. Jahrhunderts, auf die königliche Zivilliste rabiziert waren, auf die Staatskasse, die damit verbundene Abschaffung der Parteiporteln als Bezahlung der Beamten, sowie die regelrechte Aufstellung von Ruhegehältern (pension), die nunmehr aus der Staatskasse gezahlt, nicht wie bisher aus der königlichen Zivilliste bestritten zu werden brauchten und nicht wie früher gnadenweise gegeben wurden.

Diese Momente haben auch beide Klassen von Staatsbeamten, die Public Officers und die Civil Servants einander näher gerückt, so daß sie wenigstens in zwei Punkten nach gleichem Rechte behandelt werden, nämlich in bezug auf die Haftbarkeit für ihre Amtshandlungen und ihr Pensionsrecht. Freilich ist auch hier die Gleichstellung nicht vollkommen, wie wir bald sehen werden, aber eine Darstellung kann ohne weiteres für diese beiden Punkte einheitlich vorgenommen werden.

3. Die Burke-Pittsche Reform und ihre Folgewirkungen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts.

I. Die durch die Kriege des 18. Jahrhunderts stark angeschwollene Staatsschuldenlast erreichte während des mit den Nordamerikanischen Kolonien geführten eine Höhe, die das Volk veranlaßte, das Parlament um gründliche Abhilfe anzugehen. Um 1780 erscholl von allen Seiten der Ruf nach 'Economical Reform' d. h. nach Einschränkung der Staatsausgaben. Überall bildeten sich

Klubs und Komitees, welche durch Petitionen das Unterhaus bestürmten, Sparsamkeit im Staatshaushalt einzuführen¹.

Eine gewisse Voreingenommenheit hierfür war im Unterhaus schon vorhanden. Hier ging nämlich das Bestreben der Whigs dahin, der vielen Amtsinsekuren in der Staatsverwaltung lebig zu werden, da sie allein dazu dienten, den Einfluß des Königs im Parlamente durch bestecherische Verleihungen solcher Ämter zu steigern, was allgemein als der Volksfreiheit schädlich anerkannt wurde. Hatten dies doch die „Juniusbriefe“ damals zur Genüge dem Volksbewußtsein eingeprägt.

Kurzum es gährte mächtig im Volke.

In richtiger Würdigung der Verhältnisse trat damals Edmund Burke mit einem Reformplan vor das Unterhaus. Am 11. Februar 1780 hielt er hier seine berühmte Rede „on Economical Reform“ (siehe Works I 228 ff.)

Sie umfaßt eine Reorganisation der gesamten britischen Verwaltung². Hier interessiert uns nur der den Staatsdienst betreffende Teil.

In dem dritten seiner Reformvorschläge sagt er: „Es mögen alle Ämter, welche dem Staate mehr Last als verhältnismäßigen Gewinn bringen, aufgehoben werden“ („That all offices which bring more charge than proportional advantage to the state . . . ought . . . to be taken away . . .“). — Bei diesem Anlasse erwähnte er auch die Frage, ob es nicht der Staatsklugheit mehr entspräche, die Beamtengehälter und -pensionen aus der Staatskasse, und nicht wie bisher aus den Erträgen der Sporteln zu bestreiten. Durch seine Erörterungen lieferte er die Grundlage einer Beamten-gesetzgebung und Besoldungspolitik, welche für das ganze 19. Jahrhundert bestimmend geworden ist.

Burke fand, als er den Reformplan vorlegte, im Amtersorganismus eine Reihe von Sinekuren vor, z. B. im damaligen Rechnungshof (exchequer). Diese wollte er nicht schlangweg beseitigen, sondern als Form von Ruhegehältern belassen.

Anders sei natürlich mit den Sinekuren des Hofstaats und der Krondomänen zu verfahren³. Sie seien, da sie nur der Bestechung

¹ Siehe darüber Jephson, The rise and progress of the platform, 1892. I. Cap. 1.

² Dargelegt in meinem englischen Staatsrecht, Bd. II. (Die Verwaltung.) S. 128 ff.

³ Bei dieser Gelegenheit schüttet er auch die ganze Schale seines Spottes

von Abgeordneten durch die Regierung bident, ohne weiteres abzuschaffen. Aber die vorhin erwähnten müßten für wohlverdiente Beamte verwendet werden.

Denn Grundsatz jeder Staatsverfassung sei, daß öffentlicher Staatsdienst vom Staate bezahlt werden müsse, und zwar über den täglichen Lohn hinaus, den Beamte bisher nach Gutdünken der Krone erhielten („concerning it to be a fundamental part of the constitution of this country, that there must be means of rewarding public service, those means will be incomplete and indeed wholly insufficient for that purpose if there should be no further reward for that service, than the daily wages it receives during the pleasure of the crown“).

Die Krone bleibe allerdings oberster Richter, ob und wenn Staatspensionen zu gewähren seien, doch müsse das Parlament, um Mißbrauch zu verhüten, das Maß des gesamten Pensionsverleihungsrechts bestimmen und kontrollieren. Sodann sollten diese Pensionen von den Söhnen geerbt werden dürfen, damit sie diese Gelder „durch die ehrfurchtgebietenden Hände väterlicher Güte, nicht durch die Bande sklavischer Abhängigkeit von der Krone“ zugewiesen erhielten.

Was für ein seltsames Schauspiel müßte es doch sein, den Sohn eines verdienten Staatsministers um Brot betteln zu sehen vor den Türen eben jenes Hauses, in dem sein Vater die Ausgaben eines Weltreiches geleitet und das Glück und den Ruhm seines Vaterlandes gefördert hätte!

So hatte Burke damals die beiden von der spätern Zeit wenigstens teilweise realisierten Postulate für das Beamtenpensions-

auf diese Sinekurenwirtschaft im Hofstaate: Diese Paläste (gemeint sind die Sinekuren usw.) seien wohl wahre Embleme jeder Regierung. Ihre Bewohner seien zwar zu Grunde gegangen, aber noch bestünden ihre Kastellane und ihre Beamten. Tüchtige Staatsmänner hätten sich zwar daran versucht, in den königlichen Hofstaat Ökonomie und Sparsamkeit zu bringen, aber sie wären kläglich gescheitert. Denn „der Spießdreher der königlichen Küche war Parlamentsmitglied!“ und sollte es auch ferner bleiben. Diensthofen und Lieferanten des königlichen Haushalts mußten unbezahlt bleiben: denn „der Spießdreher der königlichen Küche war Parlamentsmitglied!“ Der Schlaf wollte insofgebeffen dem Könige nicht kommen, aber: „der Spießdreher der königlichen Küche war Parlamentsmitglied!“ Richter wurden nicht bezahlt, Allianzen mit dem Auslande wegen Geldmangels gebrochen, alle Räder der inneren und auswärtigen Verwaltungsmaschine standen still: „denn der Spießdreher der königlichen Küche war Parlamentsmitglied!“ („because the turnspit in the King's kitchen was a member of Parliament“) und sollte es auch ferner bleiben, um dadurch den königlichen Einfluß im Parlament zu erhalten.

wesen vorgezeichnet: parlamentarische Kontrolle der Beamtenpensionen und die Versorgungspflicht des Staats auch den Hinterbliebenen des Beamten gegenüber.

Daneben streifte er auch die Grundsätze einer richtigen Besoldungspolitik. Aus den Volkspetitionen, so sagte er, habe er entnommen, daß es eine Reihe von Amtsstellungen in England gebe, die Sporteln bezögen, welche weit über ihre wirklichen Leistungen hinausgingen. Da aber eine parlamentarische Untersuchung der Frage damals fehlte, sie lag erst 1785 vor, so enthielt er sich einer eingehenderen Besprechung des Gegenstandes. Nur soviel stellte er fest, daß, wenn das Prinzip einer ausreichenden Entschädigung für effektiven Staatsdienst gefordert werde, Uniformität der Besoldung von Übel sei. Was für eine Art von Beamtenarbeit angemessen, sei Betrug und Entmutigung für eine andere. Jedenfalls seien Männer abzuweisen, die ohne Gehalt dem Staate dienen wollten, denn dies verhindere treue Amtsverwaltung und nähre nur Habsucht und Raubgier der Beamten. Denn sei Reichtum Macht, so sei umgekehrt Macht auch immer begehrt, Reichtum anzuziehen, auf die eine oder andere Weise, und wenn Menschen keinen anderen Weg zur Beschaffung ihrer Einkünfte vor sich sähen, als sie sich selbst zu verschaffen, dann fänden sie eine unendliche Zahl solcher Mittel hierzu. („For as wealth is power, so all power will infallibly draw wealth to itself by some means or other: and when men are left no way of ascertaining their profits but by their means of obtaining them, those means will be increased to infinity.“)

In diesen Worten lag die schärfste Verurteilung der bisherigen Besoldungspolitik durch Sporteln und durch Nebeneinkünfte, in deren Vermehrung die damaligen Beamten Englands gradezu erfinderisch waren. Fixe Beamtengehälter wollte Burke.

II. Die Realisierung der Burkeschen Forderung blieb zum Teile dem jüngern Pitt, zum Teile dem folgenden 19. Jahrhundert vorbehalten.

Wie weit Pitt hierbei der Not gehorchte, wie weit dem eigenen Triebe, läßt sich nicht feststellen. Soviel ist sicher, daß zu den Vorarbeiten der Vergangenheit die Not der napoleonischen Kriege hinzutreten mußte, um das Rad ins Rollen zu bringen.

Umfassende offizielle Enqueten fallen in die Periode der Amtstätigkeit Pitts des Jüngern, die sich nur mit der Verwaltungsorganisation beschäftigen; eine der wichtigsten hierbei ist die einer königlichen Kommission, die zwei Jahre hindurch tagte, vom

31. Dezember 1783 bis 1. Dezember 1785. Ihre Aufgabe war, in die Höhe der Beamtenbesoldungen Einblick zu erhalten, was Burke, wie wir oben hörten, als Postulat der nächsten Zukunft bezeichnet hatte. Der Auftrag dieser Untersuchungskommission lautete:

„To examine and report what officers and clerks were employed in the same, what was the nature of their duties, services attendance; what were their salaries, fees, gratuities, perquisites and emoluments, received, by each of them or their substitutes, what they may and ought lawfully to have and receive . . .“

Sodann kommt hier die im Jahre 1780 eingesetzte Kommission „on public Accounts“ in Betracht, die ihre Arbeit erst 1786 abschloß. Schließlich wären hier noch die ungefähr um die gleiche Zeit tagende Kommission über die Kronendomanänenverwaltung und namentlich die Unterhausenquete „on finance“ zu nennen, welche letztere (1797—1803) die ganze englische Verwaltungsorganisation zum Gegenstande hatte. Dazu kommen noch eine Reihe Enqueten, die, teils von der Krone, teils vom Unterhaus eingesetzt, bis in die 50er Jahre des 19. Jahrhunderts zu tagen pflegten¹. Infolge davon fielen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die meisten Sinekuren hinweg. Aber abgesehen davon wurde das Ergebnis dieser Untersuchungen nun unter anderem zu Reformen auf dem Gebiete des Besoldungs- und Pensionswesens der Staatsbeamten ausgenutzt. Auf dem

¹ Ergebnisse derselben: Thirteen Reports of C. Committee appointed to consider what Checks have been established to control Public Expenditure in Gr. Br. and Ireland 1807—12 (davon namentlich der 3. Report). Three reports of Commons Committee to consider what Offices in the United Kingdom and in the Foreign Dominions of His Majesty come within the purview of the resolution of the House on sinecure Offices Sparts 1810—12; Eleven Reports of Commons Committee on Finance 1817—18 (davon namentlich der 1. Report): Report of Commons Committee on what Reductions can be made in the Salaries and Emoluments of Offices held during pleasure of the Crown by Members of either House of Parliament (evidence and appendix C. P. 1831, Nr. 337); Report of the Committee of the House of Commons on the nature, tenure and emoluments of sinecure Offices in the United Kingdom, 1834. Report of Commons Committee on the Sinecure Offices in the Colonies and Compensations for Offices abolished, 1835. Two Reports of Treasury Committee on the Fees and Emoluments of Public Offices C. P. 1837 Nr. 72, 162, 277. Schließlich Report of Commons Committee on the Salaries and Emoluments of Offices held during the pleasure of the Crown by Members of Parliament, Judicial Offices in the Law Courts, and on the Expense of Diplomatic Establishments, C. P. 1850 Nr. 611.

Gebiete des Besoldungswesens galt es zwei Übelständen namentlich abzuhefen: dem Sportelwesen und dem Mangel der parlamentarischen Kontrolle über die Staatsbesoldungen¹, da sie bisher alle aus der königlichen Zivilliste bestritten worden waren.

Beide Übelstände hingen auf das innigste miteinander zusammen; denn gerade nur wegen der Voraussetzung, daß der größte Teil der Gehälter aus der Zivilliste gezahlt werden mußte, waren sie derart unzureichend, daß die Nebenemolumente aus Sporteln und Geschenken eigentlich den Hauptanziehungspunkt der damaligen Beamtenlaufbahn bildeten. Diese Sporteln wurden nicht nur von Privatparteien, sondern auch im amtlichen Verkehr der Staatsbeamten untereinander erhoben.

Um ein annäherndes Bild der Besoldungspolitik am Ausgange des 18. Jahrhunderts zu geben, seien nur die folgenden Zahlen der im Exchequer üblichen Beamteneinnahmen für 1780, angeführt:

An Sporteln, die aus vom Parlamente unkontrollierten Staatsgeldern gezahlt wurden	51 751 £ 18 s 5 d
An Gehaltseinkünften aus der königl. Zivilliste	8 008 £ — s 5 d
An Sporteln, die von den Parteien gezahlt wurden	22 929 £ 15 s 3 d
Zusammen	82 689 £ 14 s 1 d

Aus diesen Zahlen ergibt sich, einen wie großen Teil an den Beamteneinkünften damals die Sporteln hatten, wie geringfügig schließlich der aus der Zivilliste gezahlte Teil war, und wie wenig das Parlament auf diese Beamteneinkünfte Einfluß nehmen konnte.

Die Commissioners of Public Accounts von 1780 empfahlen daher in ihrem sechsten Report die Einführung fixer Gehälter der Beamten. Nur betreffs des Exchequer (Rechnungshofs) wurde dies 1783 (Gesetz: 23 Geo III c. 82) eingeführt und ein Fonds hier eingerichtet, in den die Sporteln der verschiedenen Amtsstellen gezahlt werden sollten. Aus ihm sollten zunächst die fixen Saläre gezahlt, der Überschuf im Verhältnis von 1:2 zwischen der königlichen Zivilliste und dem sinking fund, der zur Abtragung von Staatschulden eingerichtet war, aufgeteilt werden. Als dann 1787 der konsolidierte Staatsfonds eingerichtet war, sollten jene Überschüsse nun ganz in ihn, also in die Staatskaffe fließen (59 Geo III c. 19).

Die parlamentarische Enquete, die von 1783—1785 tagte, empfahl ebenfalls die Einführung fester Gehälter.

¹ Siehe zu folgendem außer dem oben Angeführten Return on Public Income and Expenditure 1869 vol. II p. 637 und Second Report on Civil Establishments 1888 (C. P. 5525, p. 421 ff.

Die im Jahre 1785 (gemäß der Acte 25 Geo III c. 19) eingesetzte Untersuchungskommission wies dringend auf die Notwendigkeit, fixe Beamtengehälter für alle Verwaltungsbehörden einzuführen, hin. In jedem Verwaltungsdepartement sollte ein Fonds eingerichtet werden, aus welchem die freien Salärs zu bestreiten wären, das Fehlende sollte aus vom Parlamente bewilligten Geldern gedeckt werden. So wurden denn auch wirklich in allen Behörden Fee-Funds eingeführt. Damit hörte das Sportelunwesen keineswegs auf. Während es nun schon 1834 für die Exchequerbehörde abgeschafft wurde, blühte das Fee-Fundsystem in den übrigen Behörden noch bis 1848, trotzdem es den Nachteil hatte, daß dem Parlamente jeder Einblick in die Höhe der Beamtengehälter, die daraus gezahlt wurden, verschlossen blieb —, keine Silbe davon war in den dem Parlament alljährlich vorgelegten Rechenschaftsberichten und der Übersicht über Staatseinnahmen und -ausgaben zu finden, und dies alles, trotzdem ein Unterhauskomitee von 1837 (C. P. 1837 Nr. 162 und 277) die Abschaffung der Sportelwirtschaft, Zahlung der Gebühren in Stempel-form und Aufhebung der Fee-Funds gefordert hatte.

Erst 1848 veranlaßte ein Unterhauskomitee, On Miscellaneous Expenditure (C. P. 1847/48 Nr. 543) die Einzahlung aller Sporteln nicht mehr, wie bisher, in die verschiedenen Fee-Funds, sondern in die Staatskasse. Nun erst konnten seit 1849/50 alle Beamtengehälter und Pensionen in ihrer Gänze vom Parlamente bewilligt werden, wodurch sie auch unter seine vollständige Kontrolle kamen.

Die Gehälter der Richter, die bisher teils ebenfalls auf die Zivilliste gelegt waren, teils aus Sporteln bestanden hatten, wurden unter dem Einflusse der Reformideen in folgender Weise geregelt:

Der größte Teil der englischen und ein Teil der irischen wurde schon seit 1799 und dann 1832 gleich nach der Thronbesteigung Wilhelm IV. durch Gesetz auf den konsolidierten Fonds übernommen. Im Jahre 1852 wurden die Gehälter der Richter des Kanzlergerichtshofs (15/6 Vict c. 87), im Jahre 1854 (17/8 Vict. c. 94) auch die der schottischen Richter auf den konsolidierten Fonds angewiesen. Seit dieser Zeit sind alle Richtergehälter, auch die später geschaffenen, aus derselben Geldquelle gezahlt worden. (Siehe Index to the Statutes in Force II. (1902) p. 1061, 1136 und 1152.)

Die Gehälter der Subalternbeamten in den Gerichtshöfen, die bisher meist aus Sporteln bestanden hatten, wurden nach einer gründlichen Ausmerzung der Sinecuren, welche bis in die Mitte des

19. Jahrhunderts fortbauerte, anfangs aus Fee-Funds bestritten, bis dann 1866 die Act 29/30 Vict c. 101 einen Teil dieser Beamten auf den konsolidierten Fund wies, einem andern die jährliche Parlamentsbewilligung der Gehälter sicherte. Dieselbe Act veranlaßte auch, daß die seit 28/9 Vict c. 45 in Stempelform gezahlten Gerichtsgebühren in die Staatskasse und nicht mehr in die Fee-Funds flossen.

Die Beamten des diplomatischen Staatsdienstes hatten eine Sonderbehandlung in der Gehaltsregulierung durchzumachen.

Ein Komitee des Unterhauses von 1831 (C. P. 1831 Nr. 337) empfahl, daß die Kosten der auswärtigen Missionen der königlichen Zivilliste abgenommen und auf den erforderlichen Fonds gewiesen werden sollten. Die Konsulardienstgehälter sollten aber aus jährlichen Parlamentsvoten bestritten werden. Diese Empfehlung wurde 1832 (durch 2/3 Will IV c. 116) ausgeführt, wobei festgesetzt ward, daß die auf den konsolidierten Fonds gewiesenen Ausgaben für den diplomatischen (Gehalt und Pension) gewöhnlich nicht höher als 180 000 £ jährlich betragen dürften.

1869 wurden dann durch Gesetz diese Ausgabe (32/33 Vict. c. 43) ebenso wie die Konsulardienstgehälter dem konsolidierten Fonds abgenommen und der jährlichen Parlamentsbewilligung vorbehalten.

Auf diese Weise hat nunmehr bei Feststellung der meisten Beamtengehälter das Parlament das letzte Wort zu sagen.

Die Reform der Beamtenpension, die unbedingt deren Lösung von der königlichen Zivilliste forderte, begann mit der Einsetzung jenes vorhin erwähnten Unterhauskomitees, das vom 31. Dezember 1783 bis zum 1. Dezember 1785 tagte. Dasselbe empfahl dringend die Einrichtung von Pensionen, welche den Beamten unabhängig von jeder Willkür und Laune verliehen werden sollten („an establishment, which should entitle him to a provision upon retirement, not dependent upon caprice or accident, or arising from perpetuation of abuses, but known and certain, free from competition of individuals, or animadversion of the public“). Wie erinnert das doch an Burkes Wunsch, daß diese Zahlungen nicht nach der Dringlichkeit des Pensionswerbers sondern nach der Billigkeit der Forderung und dem Verdienst geleistet würden.

Im Jahre 1803 wurde durch Schatzamtsverordnung eine Art Pensionswesen für die Zollbeamten eingerichtet. Demnach sollten die

Pensionen aus den Bruttoerträgen der Zölle gezahlt werden. Ein Unterhauskomitee von 1808 (on Public Expenditure) empfahl dann die Erweiterung dieser Maßnahmen auf die übrigen Verwaltungszweige. Dem entsprach auch ein Gesetz von 1810 (50 Geo III c. 117), welches zugleich anordnete, daß dem Parlamente jährlich eine Übersicht über die Pensionen vorgelegt würde, damit es durch sein Votum sie bewilligen könnte. Freilich bezog sich diese parlamentarische Kontrolle nur auf jene Verwaltungsbehörden, welche keinen „Fee-Fund“ eingerichtet hatten, also nicht auf die Beamten des Schatzamts, der Staatssekretariate, des Staatsrats (Privy Council) und des Handelsamtes. Hier wurden, vom Parlamente unkontrolliert, die Beamtenpensionen aus der für jedes Departement eingerichteten „Fee-Fund“ bestritten. Aber auch für die übrigen Departements war anfangs die parlamentarische Pensionskontrolle keine vollständige. Das Parlament hatte zwar Pensionen in Vausch und Vogen zu bewilligen, erfuhr aber niemals die Namen der Pensionswerber und die Begründetheit ihrer Ansprüche. Erst seit 1820 wurde es auch hierüber informiert.

Die große Last, die dem Staate aus der Tragung der Pensionen erwuchs, führte dazu, 1821 die Pensionslast auf die Interessenten selbst abzumwälzen. Durch Gesetz (Geo IV c. 113) wurde ein sog. Superannuation-Fund gegründet und zwar durch prozentuale Abzüge von den Beamtergehältern. Freilich ward vorgesehen, daß, wenn ein Beamter vor seiner Pensionierung stirbe, seine Angehörigen die gemachten Abzüge zurückerhielten. —

Diese letztere Bestimmung erwies sich doch als höchst unpraktisch und führte 1824 zur Auflösung dieser Pensionsfonds.

Dieselben wurden dann wieder 1829 (auf Anempfehlung eines Unterhauskomitees von 1828) eingerichtet.

Seit 1832 wurden dann auch die bisher auf Fee-Funds gewiesenen Pensionen dem Parlament zur Votierung vorgelegt und gelangten so unter Parlamentskontrolle.

Seit 1836 (415 Will IV c. 24) beschränkte sich jedoch die Parlamentskontrolle nur auf die Zuschüsse des Parlaments, also nur auf die Pensionsgelder, abzüglich der Gehaltsreduktionen, die sich jeder Beamte zur Füllung des Pensionsfonds gefallen lassen mußte. Sie betrugen bei Jahresgehältern unter 100 £ $2\frac{1}{2}$ % und bei höheren 5 % des Gehaltes. Von 1848/9 wurden sie nicht mehr in den Pensionsfonds, sondern in die Staatskasse gezahlt, bis schließlich

1857 (durch 20/1 Vict. c. 37), die Gehaltsabzüge ganz aufhören und der Staat allein Träger der Pensionslast¹ wurde.

Damit war freie Bahn geschaffen für die Acte von 1859 (22 Vict. c. 26), durch welche das englische Pensionswesen ganz auf seine heutige Grundlage gestellt wurde.

Nun erst war der Grundgedanke Burkes verwirklicht, daß der Staat allein die Ruhegehälter zahlen und das Parlament darüber seine Kontrolle üben mußte.

Die Durchsetzung der übrigen Ideen Burkes über den Staatsdienst und ihre Fortentwicklung war erst der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorbehalten. Der Rufer im Streite, Edwin Chadwick führt, wie er selbst sagt, nur Burkesche Ideen weiter. (Siehe über Chadwick noch mein englisches Staatsrecht Bd. I S. 4 u. Bd. II.)

¹ Freilich wird jetzt wieder behauptet und von der Regierung zugestanden, daß die Gehälter der Clerks so bemessen werden, daß sie 18 % weniger als der Marktwert ihrer Arbeit betrage, was ebenfalls auf eine Art „Steuer“ hinauslaufe. Auch beschwerten sich die Beamten, daß bloß 50 % unter ihnen das pensionsberechtigende Alter erlangen und diese 50 % auch im Durchschnitt höchstens 7 Jahre sich ihres Pensionsgenusses erfreuen.

Eine königliche Kommission von 1903 suchte namentlich die erste Beschwerde damit zu entkräften, daß Abzüge vom Arbeitswerte für Pensionszwecke der Beamten ebenso „Geld sei, wie Bargeld“, ein hinkendes Argument!

Schließlich beklagen sich die Beamten darüber, daß der 1857 aufgehobene Pensionsfond von 1 Mill. £ nunmehr mit Zinseszinsen 4 Mill. £ betragen würde, und daß dieses Geld niemals an die Berechtigten rückgezahlt worden sei. Sehr gut sind die Beschwerdepunkte zusammengefaßt in der Times vom 2. Juni 1905 mit folgenden Worten: Civil servants however, now complain that they are in a still worse position under the existing law. They contend that, although no formal deduction is made from salaries for pensions, as much as 18 per cent. is practically deducted or deferred. In other words, salaries for active service are, they say, fixed at sums which are 18 per cent. less than the full market value of the services rendered. This contention is borne out by variout eminent Treasury and other public officials, who have admitted that this deferment is made in assessing the value of services. Nevertheless no account is kept. The million saved up to 1857 has never been repaid, and by this time it would, at compound interest, represent four millions. It has not been ascertained what the saving by deferment since 1857 has amounted to, and the point is one which the Royal Commission of 1903, though their attention was called to it, did not take up. Another strong point made by the Civil servants of to-day is that only about 50 per cent. of their body live to receive their pensions, and that on the average these only survive their retirement seven years.

The Royal Commission of 1903 made the important admission that deferred pensions are as much remuneration for services as an immediate money payment.

4. Die Geschichte des englischen Staatsdienstes seit der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Chadwicks Plan, der nur eine Fortwirkung Burkescher Ideen ist¹, in England aber bis zu seiner Zeit ein vollkommenes Novum war, sollte nun in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts seine Realisierung erfahren.

Zwei Momente waren es vor allem, die jenem Gedanken Nachdruck verliehen: Vor allem die französische Revolution von 1848, welche die leitenden Spitzen in England aus ihrer Ruhe aufschreckte, und ihnen nahelegte, die dem Volke so verhaßte politische Patronage d. h. die Amterbesetzung nicht nach Verdienst, sondern nach politischem Einfluß und Beziehungen, aufzugeben. (S. Trevelyan im Report 1875 III. Teil cfr. Quarterly Review I 1889 p. 453). Sodann der Umstand, daß seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts das Parlament vollkommenste Übersicht und Kontrolle über Gehälter und Beamtenpensionen (superannuations), wie wir oben sahen, gewonnen hatte. Dies war ja eben der letzte Ausläufer der Burkes-Pittschen Verwaltungsreorganisation. Wollte aber diese nur den Einfluß der Krone schmälern, indem sie alle Arten von Gehältern der Beamten, ihre Feststellung und Kontrolle, dem Parlamente zuwies und dieses letztere gleichsam gegen üblen Einfluß der Krone sicherte, so mußte jetzt irgendeine Kautel gefunden werden, welche das Volk dem Parlamente gegenüber in Schutz nahm. Denn die parlamentarische Regierung stand nunmehr in der Blüte, und hätte es in der Mitte der 50er Jahre einen Edmund Burke gegeben, so hätte er nunmehr gegen „undue influence“, auf die Amterbesetzung ausgeübt durch das Parlament, wettern können. Zustände, wie sie damals in den Vereinigten Staaten von Nordamerika herrschten und noch heute herrschen, schwebten als schreckliches Vorbild vor Augen (Civil Service Papers 1855 p. 150).

Im Jahre 1853 (12. April) wurde mittelst Treasury Minute die denkwürdige Kommission eingesetzt, welche die Reorganisation des englischen Staatsdienstes ins Werk setzen sollte. Zwei schon damals

¹ Chadwick selbst sagt darüber: (Papers relating to the reorganisation of the Civil service 1856, p. 222): „Should the principles proposed (d. h. sein Plan) be allowed a fair operation Her Majestys Government with succeed in doing what Mr. Burke attempted“ — Übrigens stand Chadwick wie es scheint (Richardson, The Health of Nations, vol. I, p. 327) unter dem Einflusse französischer Ideen.

hervorragende Staatsmänner, Sir Stafford Northcote und Sir Charles Trevelyan, der ausgezeichnete Biograph Macaulays, wurden die führenden Mitglieder jener Kommission. Sie erhielten insbesondere den Amtsauftrag, nachzuforschen „so as to attain every practicable security for the public that none but qualified persons will be appointed“ (C. P. 1855 Nr. 439).

Die Mißstände, welche die Kommission aufdeckte, bestätigten nur die Antipathie des Volkes gegen die politische Patronage. Sie zeigten, wie sehr die Mehrzahl des englischen Staatsdienstes nur aus politischen Beweggründen, aus persönlichen Beziehungen der Abgeordneten und Minister die Daseinsberechtigung zog (oder wie der Report „on the organisation of the permanent Civil Service 1854 p. 7 sagt: „and numerous instances might be given in which personal or political considerations have led to the appointment of men of very slender ability, and perhaps of questionable character, to situations of considerable emoluments, over the heads of public servants of long standing and undoubted merit“). Und nicht bloß unqualifizierte Personen, sondern sogar solche von zweifelhaftem Charakter bekleideten damals die obersten Stellen des permanenten Dienstes (staff appointments), und dies sogar sehr oft über den Kopf anderer bewährter Beamter hinweg. Aber nicht bloß in den oberen Stellen, auch in den niederen Amtsstellen dieselbe Leistungsunfähigkeit! Eltern von Söhnen, die aus geistigem oder körperlichem Defekt sonst nirgends zu brauchen waren, fanden ihre Verwendung im Staatsdienst, ja manche Eltern betrachteten es als gute Kapitalanlage, alles daran zu setzen, um den jungen Mann unterzubringen, weil das Gehalt und eventuell die seit 1833 gewährte Pension eine gute Verzinsung dieses aufgewendeten Geldes darstellten (Report a. a. D. p. 4 und 6). Ein angesehenen Staatsmann, der an der Spitze einer der damals bedeutendsten Zentralstellen der Verwaltung stand, sagte, daß ihm während der langen Zeit seiner Amtsführung und seiner langen Erfahrung nur vier Fälle bekannt seien, wo junge Männer nach ihrer Tüchtigkeit und Fähigkeit als Staatsbeamte angestellt worden waren (Report a. a. D. p. 14).

Überdies herrschte nur die Vorrückung im Amt nach dem Dienstalter (by seniority), um die Minister aller Verantwortlichkeit zu entheben, was das Übel sehr verschlimmerte. Der Report der Northcote Commission empfahl die Einrichtung einer selbständigen Prüfungsbehörde für Staatsdienstkandidaten, die Einführung von freien, jedermann offenen Staatsprüfungen (sog. open

competition), Gehaltsabstufungen nach einer festen Skala, Vorrücken im Staatsdienste nur nach Verdienst, ja sogar Konduitenlisten, die vom Vorgesetzten zu führen wären (Report 1854 p. 20), und schließlich die Vorkehrung, daß die einzelnen Zweige des Staatsdienstes für das Avancement eine Einheit bilden sollten, und dieses Avancement nicht wie bisher nur innerhalb des Zentraldepartements, für das man ursprünglich aufgenommen worden sei, erfolgen sollte.

Alle diese Forderungen brauchten den Rest des 19. Jahrhunderts, um verwirklicht zu werden, damals stießen sie auf heftigen Widerstand, denn sowohl die um ihre Söhne besorgten Väter der hohen Aristokratie als auch die Mitglieder des Unterhauses, die um ihre durch Verminderung des Stelleneinflusses bedrohten Sitze besorgt sein mochten, waren dagegen¹. Vorläufig begnügte sich eine königliche Order in Council vom 21. Mai 1855 (Orders in Council relating to Examinations for the Home Civil Service etc. 1903 p. 3 f.) damit, eine Staatsprüfungskommission einzusetzen, die aus drei unbezahlten Mitgliedern sowie einer Reihe besoldeter Prüfungskommissare und einem besoldeten Sekretär bestand. Diese Kommission sollte die Befähigung der Kandidaten zum Staatsdienst auf das von jeder Zentralstelle vorgeschriebene Alter, auf die körperliche Tauglichkeit und jenen Bildungsnachweis prüfen, den jede Zentralstelle im Vereine mit der Staatsprüfungskommission (den sog. Civil Service-Commissioners) festzustellen hatte.

Trotz allem war man damals noch weit davon entfernt, einen freien Wettbewerb einzuführen.

Daß, was die Northcote Commission vor allem forderte, die sog. open competition, wonach sich jeder zur Staatsprüfung melden konnte, wurde damals jedenfalls noch nicht eingeführt. Nur die

¹ Gladstone erklärte dies damals in einem privaten Memorandum wie folgt (Morley a. a. O. I, 509 f.): „The existing corps of civil servants do not like the new plan, because the introduction of well-educated, active men, will force them to bestir themselves, and because they cannot hope to get in their own ill-educated sons, appointed under the new system. The old established political families habitually batten on the public patronage — their sons legitimate and illegitimate their relatives and dependents of every degree, are provided by the score. Besides the adventuring disreputable class of members of parliament, who make God knows what use of the patronage, a large number of borough members are mainly dependent upon it for their seats.“ —

jog. 'limited competition', wie sie heute nur noch im diplomatischen Staatsdienst besteht, wurde damals für alle Zweige desselben eingerichtet. Das will sagen, daß zwar die Befähigung der Kandidaten für den Staatsdienst durch die oben erwähnte Kommission geprüft wurde, daß aber nur je zwei bis drei Kandidaten für eine offene Stelle zur Staatsprüfung zugelassen wurden, welche der Departementchef, zu dem die offene Stelle ressortierte, zuvor nominiert hatte. Von diesen zwei bis drei Kandidaten erhielt derjenige die Amtsstelle, welcher die Prüfung am besten bestanden, der, wie es technisch heißt, die meisten „marks“ erhalten hatte. Gleichzeitig wurde die Pensionsgesetzgebung 1859 dahin abgeändert, daß nur ein von der Staatsprüfungskommission ausgestelltes Zertifikat den Pensionsanspruch gewährte (22 Vict. c. 26 s. 17).

Die Mißstände, die der Krimkrieg in der englischen Verwaltung aufdeckte, machten auch den Ruf nach Reorganisation des Staatsdienstes wieder laut ertönen, und eigene Klubs zur Durchsetzung des Zieles bildeten sich, was in England immer ein Zeichen dafür ist, daß die agitierte Sache lebhaft die Volksmeinung erfaßt hat. Zuerst fiel die Patronage im indischen Staatsdienst, und hier brauchte man mit ihr, da sie vorwiegend in Händen der wenig beliebten Direktoren der ostindischen Kompagnie lag, nicht mit Glaceehandschuhen umzugehen (Eaton p. 178 ff.). Dies geschah 1858. Für den englischen Staatsdienst erfolgte aber dies Aufgeben der Patronage erst in den Jahren 1870—1875.

Die Order in Council vom 4. Juni 1870 sanktionierte nur das, was kurz zuvor die Mehrzahl der Departementchefs auf Gladstones Anregung¹ aus freier Wahl eingeführt hatte: die open competition, den freien Wettbewerb (Morley a. a. O. 315). Aber durchaus nicht für alle Departements. Ein jener Order beigegebener Anhang zählt jene Zweige des Staatsdienstes auf, welche open competition einführten. Es ist allerdings die Mehrzahl, aber das Foreign office ist nicht in jeder Liste unter den aufgezählten, und es herrscht heute noch für diesen Staatsdienstszweig 'limited competition'.

Gleichzeitig ward auch ein doppelter Standard für den wissenschaftlichen Befähigungsnachweis eingeführt, der der aristokratischen Struktur der englischen Gesellschaft würdig war. Für die höheren Ämter, die nicht bloß Manipulationsdienst waren, verlangte man einen Bildungsnachweis, der nur auf Universitäten zu erlangen war.

¹ Ganz besonderes Verdienst erwarb sich darum damals der Finanzminister Lowe. Siehe Morley, Gladstone I, 314 f.

Man nannte spöttisch im Volksmunde diejenigen, die unter Nachweis dieser Befähigung in den Staatsdienst eintraten, die Clerks der „Regulationi“, die übrigen die der „Regulationii“.

Dadurch schuf man unübersteigbare Barrieren zwischen diesen beiden Arten des Staatsdienstes, und die Möglichkeit, daß nun junge Leute von der Universitätsbank weg ohne jegliche Erfahrung die höchsten Sprossen der permanenten Staatsdienstleiter erklimmen durften, während ihre Altersgenossen, die mitunter dieselbe Tüchtigkeit im Staatsdienst und sogar bessere Verwendbarkeit im Laufe der Zeit aufweisen konnten, als jene „Herrlein“, immer zu untergeordneten Subalternstellen verurteilt schienen. Der Klassenneid war jetzt durchaus nicht beseitigt, das Gegenteil war eher der Fall (First Report 1875 p. IV ff.).

Dazu kam noch, daß die alten Spitzen des permanenten Beamten-tums die sog. „staff appointments“ erhalten blieben. Sie waren von jeglicher Prüfung exemptiert und rekrutierten sich aus den Clerks der Zentralstellen oder ganz und gar von außerhalb des Staatsdienstes. Man wollte nicht dem Minister ganz die Hände binden, damit er hervorragende „Intelligenz“ für den Staatsdienst anwerbe.

So hatte dieser jetzt vier Stufen. Zu unterst die Schreiber (writers), dann die Beamten mit niederer Staatsprüfung (Lower division Clerk), dann die Beamten mit höherer Staatsprüfung (gew. Universitätsbildung) (Higher division Clerks) und zu oberst die sog. „Staff appointments“, entweder die „alte Garde“ oder die neu eingeführte „Intelligenz“, die keine Prüfung zu machen hatten und doch die obersten Stellen (principal Clerks oder permanent secretaries) des Bureaudienstes innehatten. —

Was der Northcote Commission vorgeschwebt hatte, die Einteilung der Beamten einfach nach rein mechanischer Tätigkeit und nach Tätigkeit von höherer geistiger Arbeit, um eine regelrechte und unentbehrliche Rangstufenfolge für das Advancement einzuführen, vor allem aber um den gesamten Staatsdienst für die Zwecke des Vorrückens als Einheit einzurichten, wurde so illusorisch. Namentlich das letztere war dringend geboten, um die speziell befähigten an ihren richtigen Platz zu bringen. Derjenige, der z. B. für das Schatzamt befähigt war, war nicht im Local Government Board zu einer Arbeit zu zwingen, die er nicht leisten konnte und umgekehrt. Diese spezifische Befähigung konnte aber nur erst im Verlaufe der Praxis der Beamten erklärt werden, jedenfalls nicht zur Zeit der Staatsprüfung. Und gerade dies war unter den gegebenen Verhältnissen ausgeschlossen, solange eine Einheit des Staatsdienstes

nicht existierte, solange man in seinen Avancementsverhältnissen auf das Zentralbureau, für das man zufälligerweise gleich nach der Staatsprüfung gewählt worden, beschränkt war. Die Avancementsbeschränkung auf das Bureau des Dienstantritts war aber eine notwendige Folge, solange innerhalb des Staatsdienstes keine Uniformität der Rangstufen bestand. Wie hätte man auch einen „Chief Clerk“ der einen Zentralstelle durch einen „Principal Clerk“ der andern ersetzen dürfen. Daß dieser Übelstand bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben ist, werden wir bald sehen.

Der andere Übelstand, der durch die neue Ordnung der Dinge seit 1870 entstanden, war die Tatsache, daß es jeder Zentralstelle überlassen war, zu bestimmen, ob sie von ihren Beamten das Bestehen des „niederen“ oder „höheren“ Examens verlangte. Verlangte sie das „niedere Examen“, dann wurden natürlich die „Spitzen“ des Bureaus (staff appointments) von auswärts, d. h. überhaupt nicht aus dem Kreise der Beamtenschaft genommen. Verlangten sie das „höhere Examen“, dann war das Bureau mit einer „überflüssigen Intelligenz“ überfüllt, die natürlich nur zu Schreiberdiensten verwendet werden konnte, weil man ihrer zuviel hatte. Was als Leitmotiv aus diesen Mißständen herausklang, war Fehlen einer guten Beamtenrangordnung, die den Ehrgeiz des Individuums entfacht.

Um diesen Übelständen abzuhelpen, wurde 1874 die zweite der berühmten Staatsenqueten, die sog. „Playfair Commission“ unter dem Vorstehe des Lord Playfair bestellt. Sie sollte über die Art, wie die Aufnahme der Kandidaten nach bestandener Prüfung in die einzelnen Departements stattfände, berichten und Vorschläge über die Einrichtung von verschiedenen Rangstufen innerhalb der beiden bestehenden Arten von Clerks und über eine weniger kostspielige Art der Verwendung von niederen Clerks, welche den Manipulationsdienst versehen sollten, machen (Gaton p. 237). Durch verhältnismäßig hohe Gehälter hatte man nämlich diese Klasse von Clerks inzwischen für die Aussichtslosigkeit jedes weiteren Avancements zu entschädigen gesucht¹.

Auf Anempfehlung dieser Kommission wurde die königliche Order im Staatsrate vom 12. Februar 1876 erlassen, welche wenigstens für den niederen Staatsdienst, die sog. „lower division“ feste Staatsprüfungstermine und nicht wie früher bloß nach Bedarf, je nachdem offene Stellen zu besetzen waren, einführte. Eine Liste jener Kandidaten, welche die Prüfung bestanden hatten, sollte geführt werden,

¹ Edinburgh Review 1889, vol. 158, p. 463.

und zwar ohne Rücksicht, ob es sich um eine eben zu besetzende Vakanz handelte oder nicht. Die erfolgreichen Kandidaten sollten auf der Liste nach dem Alphabet zu stehen kommen und aus dieser je nach Bedarf und Befähigung den einzelnen Departements, die gerade Beamte brauchten, von den Civil Service Commissioners zugesendet werden. Die Möglichkeit von Überweisungen von einem Zweige des Staatsdienstes in den anderen sollte gegeben sein und so endlich die Einheitlichkeit des letzteren, die bis jetzt immer noch fehlte, eingeführt werden. Es sollten ferner zwei verschiedene Klassen von Clerks etabliert werden, deren Prüfungsnachweis verschieden hoch anzusetzen war: eine „Lower Division“ mit geringeren Prüfungsanforderungen und eine „Upper Division“ (oder wie sie seit der Zeit hieß: eine „New Higher Division“) mit höheren Prüfungsanforderungen. Innerhalb dieser Rangstufen sollten verschiedene Gehaltsgrade eingerichtet werden und ein Clerk nur dann von einer Rangstufe in eine höhere einrücken, wenn der unmittelbare Dienstvorgesetzte ein befriedigendes Zeugnis (certificate) dem Bewerber ausgestellt hätte. Für beide Klassen von Clerks sollte ein Alter für den Eintritt im Mindest- und Höchstmaß vorgeschrieben werden. Schließlich sollte, was bisher unmöglich gewesen und dessen Fehlen Neid und Eifersucht hervorgerufen hatte, unter den Clerks verschiedener Klassen ein Teil dadurch beschwichtigt werden, daß in Zukunft ein Aufsteigen aus einer Klasse, also von der niederen in die andere, die höhere, bei besonderem Fleiße gestattet wurde. Alle diese Vorschläge der Playfairkommission, sofern sie die „niederen Clerks“ der „Lower Division“ betrafen, wurden durch die königliche Order in Council vom 12. Februar 1876 realisiert. Bezüglich der höheren Klasse wurde nur vorgesehen, daß ein Aufsteigen in höhere Gehaltsstufen nur dann stattfinden sollte, wenn ein vom Schatzamt festgestelltes Bedürfnis für das Amt mit der höheren Gehaltsstufe vorliege und dies zuvor festgestellt worden wäre (§. 5 der Order).

Daß nur einige Departements aus freiem Willen das Playfair-schemata für die „höheren Clerks“ akzeptierten, erklärte sich daraus, daß es damals ebenso wie heute unmöglich war, die neuen „höheren Clerks“ überall einzuführen, weil noch zu viel andere vom „alten Eisen“ vorhanden waren und sind. Die Ridley Commission, die 1880—90 tagte, und deren Resultate unsere besten Quellen für die Gestaltung der englischen Verwaltungsorganisation in den letzten Jahrzehnten sind, vermochte nur soviel durchzusetzen, daß wenigstens die meisten Vorschläge der Playfairkommission nunmehr auch für die

höheren Clerks verwirklicht wurden. Die „Upper Division“ des Playfairschema sollte, sofern sie als Zwischenstufe zwischen dem niederen Beamtenstand und den „Spitzen“ des Departements gedacht war, aufgegeben, hingegen der höhere Dienst inkl. den staff appointments aus höher vorgebildeten Personen einheitlich gestaltet werden. Freilich das Gehaltsschema, das die Playfairkommission für die höheren Clerks eingeführt wissen wollte, sowie die einheitliche Gestaltung des höheren Staatsdienstes wird nur teilweise verwirklicht und nur allmählich, bis die ältere Generation ausstirbt oder in Ruhestand versetzt wird.

Die beiden Orders in Council vom 21. Mai und 15. August 1890 verwirklichen die Vorschläge der Ridley Commission. Sie haben 1898 eine Konsolidation in der Order vom 28. November 1898 erfahren. Hervorgehoben sei nur noch, daß durch diese neue Order auch für die niederen Clerks, die nunmehr „Clerks of the Second Division“ heißen, die Zahl der Gehaltsstufen vermehrt, dadurch indirekt die Möglichkeit einer Disziplinierung durch den Vorgesetzten gesteigert wurde; sodann ist für beide Arten von Clerks: für die der Second und die der First Division (wie die höheren Clerks jetzt heißen), eine Reihe von Amtspflichten festgestellt. Auch wird nunmehr eine Art von Konduitenliste in jedem Departement geführt: das sog. Attendance Book, in welchem genau täglich die Stunde aufgezeichnet wird, wann die Beamten ins Bureau kommen, und wann sie das Bureau verlassen. Bemerkenswert ist noch, daß seit 1890 nicht mehr die Treasury allein die Kontrolle von Reorganisationen innerhalb eines Verwaltungsdepartements führt, wie bis zu jener Zeit, sondern daß ein Komitee, bestehend aus vier Beamten, von dem Schatzamt für ein Kalenderjahr ernannt wird. Es besteht aus einem Vertreter der Treasury, der Civil Service Commissioners und zwei anderen Vertretern anderer Departements, immer soll aber auch ein Vertreter desjenigen Departements zugezogen werden, innerhalb dessen eine neue Stelle freiert werden oder eine alte besser dotiert werden soll. Das Komitee heißt „consultative“ und soll die Treasury darüber nur beraten, ob die Zustimmung zu einer Reorganisation innerhalb eines Departements zu geben sei. Bei Meinungsdivergenzen über die Notwendigkeit der Reorganisation zwischen dem Schatzamt und dem Chef des der Reorganisation bedürftigen Departements, entscheidet endgültig das Schatzamt, aber gewöhnlich nur nach vorhergehender Anhörung des „Consultative Committees“ (§. 16—18 der Order vom 15. August 1890).

So hatte jede der drei genannten Kommissionen dazu beigetragen, dem englischen Staatsdienst immer mehr den Charakter eines modernen zu geben. Die Northcote-Kommission hat die berufsmäßige Ausbildung, die Playfair-Kommission durch Einrichtung der Gehaltsstufen und Vorrückung innerhalb derselben nur auf Grund eines Zeugnisses des Vorgesetzten, eine Art Disziplinargewalt und eine einheitliche Dienstpflicht geschaffen, wonach nun jeder Beamte gehalten ist, wenn er zu den niederen Clerks gehört, sich unter bestimmten Voraussetzungen in ein anderes Departement übersetzen zu lassen.

Die Ridley-Kommission hatte dieselbe Einheitlichkeit der Dienstpflicht und Disziplinargewalt sowie planmäßige Gehaltsstufen für den „höheren Staatsdienst“ vorzubereiten gesucht.

Nach 15 jähriger Erfahrung muß man aber sich zugestehen¹, daß dies nur in sehr beschränktem Sinne gelungen ist. Das 'alte Eisen' herrscht noch immer vor, und nicht die First Class Clerks der Order von 1890.

Drei wichtige Anomalien im heutigen höheren Staatsdienste sind geblieben.

Vor allen die, daß eine Einheitlichkeit des höheren Staatsdienstes noch immer ein leerer Wahn ist. (S. auch Parl. Papers 1894 Nr. 415 Nr. 8.) Nicht etwa daß wirklich ganz heterogene Dienstzweige der Verwaltung wie z. B. innere Verwaltung und Finanzwesen durch Barrieren voneinander getrennt wären, die keine Transferierung von einem Dienstzweige in den anderen gestatteten, sondern solche Barrieren bestehen selbst innerhalb dessen, was wir Kontinentale als innere Verwaltung zusammenfassen: Sie bestehen zwischen 'Local Government Board, Board of Trade und Home Office', d. i. zwischen Ministerium für Selbstverwaltung, für Handel und Ministerium für Inneres.

Warum bestehen sie? Weil die Gehaltsstufen innerhalb dieser Zentralstelle verschieden sind, sodaß die Avancementaussichten in dem einen Departement ungleich günstiger liegen als in dem anderen¹. Durch Überweisung eines höheren Beamten — mag sie durch Dienstesrückichten noch so geboten sein — in ein anderes Departement, wo die Aussichten ungünstiger liegen, würde der betreffende überwiesene Beamte sehr geschädigt. Umgekehrt würde bei einer noch so nötigen Transferierung eines höheren Beamten in ein Departement mit

¹ Siehe auch darüber die Debatte im Unterhause (1903) Parl. D. vol. 120 p. 959 ff.

besseren Avancementverhältnissen, die schon vorhandenen Anwärter auf die höhere Stelle sich sehr in ihren „Rechten“ verletzt fühlen¹.

Dazu kommt noch, daß die Rangkategorien innerhalb des höheren Staatsdienstes vollkommen verschieden sind. Dort heißt der eine First Class Clerk, der hier Principal Clerk ist, beide mit verschiedenen Gehältern; wie soll da ein vielleicht noch so nötiger Austausch der Beamten stattfinden!

Ferner ist die Kontrolle des Schatzamtes bei Reorganisation von Zentralstellen, insofern es sich darum handelt, eine Amtsstelle der alten Garde durch die neuen First Class Clerks zu ersetzen, eine höchst mangelhafte, weil sie übermenschliche Diensterfahrung voraussetzt und nur von Leuten prästiert werden könnte, die ein Lebensalter wie Noach haben. Und dann was versteht es auch z. B. von Armeeverwaltungsfragen und ihrer technischen Erledigung? Trotz der Bestimmung der Order von 1890, wonach ein beratendes Komitee über die streitigen Reorganisationsfragen sich schlüssig werden sollte, läuft alles schließlich auf die Entscheidung der permanenten Spitze des Schatzamtes hinaus. Treffend sagt eine der Bureauspitzen des Schatzamtes von dessen Kontrolle in Reorganisationsfragen:

„The adequacy of Treasury control is a thing which requires a vast amount of knowledge which practicably no human being can acquire in the course of his official life . . In the case of the Army there can be no one man who understands the whole of the Army expenditure, it requires a number of men. So again in the case of the Navy, with the exception, perhaps, of one man, I do not know anybody who can be said to understand the whole of the naval expenditure“².

Schließlich ist der Vorschlag der Midley-Kommission, wonach das reine 'Schreibgeschäft' den niederen Clerks überlassen bleiben, während für die oberen Posten der Konzeptsdienst und die höhere Verwaltungstätigkeit vorbehalten bleiben sollen, keineswegs durchgeführt. Noch immer haben untergeordnetes Schreibgeschäft höhere Beamte und mitunter wichtige Verwaltungstätigkeit die niederen zu erledigen, was bei diesen große Mißvergnügtheit hervorruft. Bezeichnend für

¹ Parl. D. a. a. D. p. 962. So gilt Home office darüber als besser besolbet, denn der im Local Government Board dient.

² Zit. in Ninteenth century 1903, vol. 54 p. 335. Dieser Artikel, sodann der in derselben Zeitschrift von 1900, vol. 48 p. 42 ff. und schließlich der in der Westminster Review von 1903, vol. 73 p. 874 ff. sind treffliche Stützen dieser Anomalien des englischen Staatsdienstes.

diese Gemenglage ist, daß innerhalb dreier Jahre (21. März 1890 bis 18. Dezember 1893) von 112 vakant gewordenen Stellen des höheren Staatsdienstes 97 unbefetzt gelassen werden konnten, weil man ihren Geschäftskreis auch durch niedere Beamten versehen lassen konnte. Schuld an diesem Übelstande trägt vor allem der Ehrgeiz der Departementchefs, die in ihrem Departement zu leistende Arbeit sehr hoch einzuschätzen und dafür, ungebührlich viel, höhere Beamte verlangen¹.

5. Das heutige Amtsrecht.

I. Das Recht der offices (S. dazu Renton, vol. 9 p. 276 ff.).

Der Erwerb des Amtes vollzieht sich durch Ernennung gewöhnlich seitens der Krone. Diese Ernennung erfolgt entweder durch letters patent, wie z. B. bei den Lords der Admiralität, den höhern Richterämtern oder durch Übergabe der Amtssymbole, wie im Falle des Reichskanzlers oder der Staatssekretäre durch Übergabe der Amtssiegel, oder durch warrant resp. commission unter königl. Handzeichen, wie im Falle der Ernennung von Kolonialgouverneuren usw. Allerdings sagt die strenge Rechtsregel, daß jedes wirkliche office nur durch schriftliche Urkunde vergabt werden kann (Rechtsfall *M' Mahon v. Lennard* 6. H. L. 970). Doch wird unangefochtene Ausübung des Amtes schon seit altersher als Präsumption der ordnungsmäßigen Bestallung angesehen (Renton a. a. O. und die dort zit. Rechtsfälle).

Die Officer werden entweder auf Lebenszeit (during good behaviour), wie z. B. alle Richterämter des Supreme Court in England und Irland und des Court of Session in Schottland, oder (at pleasure) auf Widerruf verliehen.

Im allgemeinen pflegen gewöhnlich die Ämter auf Widerruf verliehen zu werden. Wo aber eine ausdrückliche Bestimmung fehlt, ist anzunehmen, daß ein von der Krone verliehenes Amt auf Lebenszeit verliehen sei. (In re *Tufnell* 1876. 3. Cl. D. 178. *Stenton v. Smith* [1895] App. Cas. 228. *Dunn v. R.* [1896] 71. Q. B. D. 116, *Dightons Case* 1 Vent. 82.)

Das Gehalt der offices ist durchaus nicht nach einem einheitlichen Schema oder Plan geregelt. Als allgemeiner Rechtsatz gilt nur das, daß alle Besoldungen von Gehältern gegen Entgelt (sog. assignments) ebenso ungültig sind, als Verkaufs- und Kaufverträge über

¹ Siehe Parl. Papers 1894, Nr. 515 p. 10.

Ämter. Diese letzteren hat insbesondere die Act 5 u. 6 Edw. VI. für Richterämter und 49 Geo. III. c. 126 für alle übrigen Ämter verboten. Dagegen kann im Falle des Bankrottes eines Beamten ein Teil seines Gehaltes zur Deckung der Masseschulden verwendet werden (S. 53 der Bankruptcy Act von 1883, 46 u. 47 Vict. c. 52 s. 53).

Das Amt erlischt abgesehen von Tod auch durch die Amts-entziehung (Amotion or Suspension). Ämter, die auf Lebenszeit vergeben worden sind, können nur wegen pflichtwidriger Erfüllung der Amtspflicht, Nachlässigkeit in ihrer Erfüllung und Abstrafung wegen eines Delikts, das die Fortführung des Amtes unmöglich macht (Anson II, 214 u. 1 Burrow 539) entzogen werden. Zu diesen letzteren gehören jedenfalls diejenigen Delikte, welche als schwere Verbrechen (treason oder felony) bezeichnet werden; diese bewirken ex lege, wenn sie zur Verurteilung führen, den Verlust des Amtes, die forfeiture (33/4 Vict c. 23 s. 2, 7). Der Verlust des Amtes, das auf Lebenszeit vergabt ist, kann, wenn das Amt mittelst Patent vergabt war, nur im Prozeß des Scire facias, also nur im Wege gerichtlichen Verfahrens durchgeführt werden (über das Scire facias s. Anson a. a. O.). Bei den übrigen auf Lebenszeit angestellten Beamten kann der Amtsverlust vom Oberen, das ist von der Krone, ausgesprochen werden; doch ist zur Überprüfung dieser Amtsentsetzung ein gerichtliches Verfahren gegeben, das der Entsetzte einleiten kann: nämlich das mittelst der Verwaltungsklage des „mandamus“, gerichtet auf Einsetzung in das Amt durch die dazu kompetente Autorität (Menton a. a. O. o. 9, 278).

Bei den bloß auf Widerruf verliehenen Ämtern findet eine Amtsentsetzung ohne weiteres statt. Dieselbe liegt auch schon in der Tatsache stillschweigend eingeschlossen, daß dem Amtsträger ein Nachfolger bestellt ist (Smith v. Lathom 1833, 9 Bing. 69, 692 u. Gill v. Reg. 1854, 8 Moore P. N. C. C. 138). Ein Disziplinarverfahren vor eigenen Disziplinarhöfen kennt das engl. Recht nicht.

Für die Kolonien ist den Kolonialgouverneuren durch 22 Geo III. c. 75 die Befugnis erteilt, Inhaber von Ämtern, die von der Krone unter Kontrafsignatur des Kolonialsekretärs für die Kolonien in London verliehen worden sind, abzusetzen. Der Appell dagegen geht an das Privy Council. Hingegen sind die Juristen der Ansicht, daß sich dieses Appellrecht nicht bezöge auf Ämter, die durch Kolonialakte geschaffen, oder vom Kolonialgouverneur verliehen werden.

Bezüglich der Richter in den Kolonien ist das Absetzungsrecht des Gouverneurs für die Kolonien, die nicht Selbstverwaltung haben, ohne weiteres anerkannt. Dagegen erheben die selbstverwaltenden Kolonien den Anspruch, daß nur auf Adresse der legislativen Körperschaften hin eine solche Absetzung vorgenommen werden könnte. Der Rechtszustand ist aber heute der, daß dem Gouverneur kein Absetzungsrecht eingeräumt ist (ausgenommen in Victoria, der austral. Kolonie, wo durch deren Supreme Court Act von 1890 S. 14 dieses Recht dem Gouverneur eingeräumt ist).

Die Absetzung kann also in den selbstverwaltenden Kolonien nur durch Adresse der Legislatur, gerichtet an die Krone in London, erfolgen; doch kann der Kolonialgouverneur, wie im Judge Bothby Case die Verwerfung der Adresse anraten, was für die engl. Praxis d. i. den König unzulässig wäre. Für Canada ist ausdrücklich durch die British North America Act von 1867 S. 99 vorgeschrieben, daß auf Adresse des Senats und der Commons des Dominion of Canada der Generalgouverneur die Absetzung von Richtern vornehmen könne. Ein Appell nach London in diesem Falle ist ausgeschlossen (Renton a. a. O. I, 247 f. und Todd Parliamentary Government in the Colonies 2. Ed. 1894 p. 838).

II. Das Recht des Civil Service.

Angehöriger des Civil Service und zwar des permanenten Civil Service kann gewöhnlich nur derjenige werden, der eine Staatsprüfung bestanden und ein Zertifikat hierüber von der Civil Service Commission erhalten hat. Doch kann auf Grund rechtlicher Ermächtigung (S. VII. der Order vom 4. Juni 1870), wenn der Departementchef in Verbindung mit dem Schatzamt übereinstimmt, die Civil Service Commission von der Notwendigkeit einer Prüfung dort dispensieren, wo außerordentliche Fachkenntnis verlangt wird, die man im gewöhnlichen Lauf des Staatsdienstes nicht erlangen kann.

Die Civil Service Commission ist eine Behörde bestehend aus

¹ In diesem Falle werden von den Civil Service Commissioners Zertifikate ohne Prüfungsnotwendigkeit ausgestellt. Die Zahl derselben beträgt zwischen 1870—1894: 3979. (Parl. D. [1896], vol. 38 p. 203). Es handelt sich dabei meist nur um die sog. Staff Appointments.

Daß diese noch heute existieren und zwar die Bedeutung haben, daß die dazu gerechneten Personen kein Prüfungszertifikat eines upper division Clerk nötig haben: siehe Parl. D. vol. 94 (1901) p. 264. Die Staff Appointments sind von den upper division scharf geschieden in der Treasury Minute vom 10. August 1889.

zwei Commissioners, die besoldet sind, einer Zahl von Clerks, Examiners (Prüfern) und einem Registraturbeamten. Die Vertretung der Behörde im Parlament ist in der Weise vorgeforgt, daß einer der Civil Service Commissioners Lord ist und als solcher dem Oberhause angehört (H. D. vol. 227 p. 513 und Todd II, 329).

Diese Behörde prüft, resp. läßt nun die Kandidaten gegen Zahlung von Staatsprüfungsgeldern¹ (entrance fees) auf die Voraussetzungen vom Staatsdienst prüfen:

1. die wissenschaftliche Befähigung, nach Regulativen, wie sie von den Civil Service Commissioners im Vereine mit den Departementchefs und unter Genehmigung des Schatzamtes festgestellt werden (S. IV der Order vom 4. Juni 1870). Die Prüfung besorgen besondere Examiners und assistant-examiners². Je nach dem verlangten höheren oder niedrigeren Bildungsnachweis unterscheidet man die Clerks als solche der I. und der II. Division.
2. Die Altersgrenzen sind für jedes Departement und für die verschiedenen Arten von Clerks (das ist Clerk 1. und 2. Klasse, First und Second Division Clerks) verschieden vorgeschrieben: mindestens 22. und höchstens 24. Lebensjahre für den Eintritt (S. 2 der Order vom 15. August 1890), wo nicht abweichende Normen von den Departementchefs festgestellt sind;
3. die körperliche Befähigung³.

Mit dem Zertifikat, das ihm als Prüfungszeugnis ausgehändigt wird⁴, tritt er vor den Departementchef, oder wird wenn er bloß „niederer

¹ Dieselben werden zur Bestreitung der Kosten des Prüfers (Examining Department) verwendet. Parl. D. vol. 114 p. 1227.

² Über deren Eigenschaften s. Parl. Deb. vol. 133 p. 1426: „High distinction in some branche or branches of study according the need of the service at the time.“ Auch gelegentliche Prüfer können zugezogen werden. Nach dem letzten Report der Civil Service Commission (C. P. 1905 Nr. 2656) wurden 1904 einmal (August) 212 Kandidaten für die First Class Division und 1373 Kandidaten für 120 Stellen der Second Class Division geprüft.

³ Mitunter wird, wenn die körperliche Tauglichkeit fürs erste Mal nicht befriedigend ausfällt, sie ein zweites Mal bei demselben Kandidaten nachgeprüft; so sind von 150 Kandidaten, deren körperliche Tauglichkeit vorerst ungenügend gewesen, 84 im Jahre 1904 noch einmal untersucht und für tauglich befunden. Report a. a. O.

⁴ Ein solches Zertifikat lautet:

Whereas by an Order of Her late Majesty Queen Victoria in Council dated 4th June, 1870, as amended by a subsequent Order of 19th August, 1871, it is provided that no person, except as therein excepted, shall

Clerk" sein soll, vor jenen Chef geschickt, für den er nach Meinung der Civil Service Commission paßt (S. 8 der Order vom 29. November 1898). Im betreffenden Departement muß er eine Probezeit (probation) von einem Jahre durchmachen und zwar, wenn er niederer Clerk ist (S. 10 der oben zit. Order). Ein höherer Clerk muß eine Probezeit von zwei Jahren durchmachen (S. 3 der Order vom 15. August 1890). Nach dieser Probezeit wird der Clerk erst „definitiv“ oder wie die Order sagt „finally appointed to the Public Service“.

Die Anstellung erfolgt durch den Chef des Departements, das ist gewöhnlich ein Minister. Sie vollzieht sich ganz formlos. Aus der Anstellung durch den Minister ergeben sich gar keine Rechtsbeziehungen zwischen Ansteller und Angestellten, insbesondere keine „kontraktlichen“, wie die englische Rechtsterminologie sagt (Renton

be employed either permanently or temporarily in any Department of the Civil Service until a Certificate of Qualification shall have been issued by the Civil Service Commissioners.

And Whereas X. Y.

hereinafter called the candidate whom it is proposed to appoint to the situation of

a. I. (or Second Division) Clerk

has been examined under the directions of HIS MAJESTY'S CIVIL SERVICE COMMISSIONERS;

AND WHEREAS the said CIVIL SERVICE COMMISSIONERS have ascertained respecting the said candidate.

THAT he is within the limits of age prescribed for the situation to which he desires to be admitted;

THAT he is free from any physical defect or disease which would be likely to interfere with the proper discharge of his duties;

THAT his character is such as to qualify him for such situation; and

THAT he possesses the requisite knowledge and ability to enter on the discharge of his official duties;

Now this is to Certify that the said candidate is qualified to be admitted on probation to the situation above-mentioned.

DATED this.....day of
.....One thousand }
nine hundred and

Date of Birth as stated to the Commissioners.

a. a. D. 3. p. 42: „In this as in other branches of the public service, the relation between superior and subordinate is not contractual in its nature; all alike are servants of the crown“). Daher kann auch ein Clerk seinen Departementchef nicht auf Zahlung des rückständigen Gehalts klagen, wie dies auch im Rechtsfall *Ridley* gegen Lord Palmerston im Jahre 1822 (3 B. und B. 275) festgestellt wurde.

Der im Civil Service Angestellte ist ad nutum seines Vorgesetzten absetzbar. Das ist das formale Recht. Wie dies durch die Parteifitte des Konventionalismus umgebildet, ja in sein Gegenteil verkehrt worden ist, werden wir gleich weiter unten sehen. Ein Teil der Angehörigen des Civil Service hat eine allgemeine Dienstpflicht d. h. sie müssen sich je nach Bedarf, wenn sie z. B. in einem Departement überflüssig geworden sind (redundant), in ein anderes versetzen lassen. Ausdrücklich vorgeschrieben ist dies nur für die niederen Clerks, die der sogenannten Second Division (§. 11 der Order vom 29. November 1898). Es kommen keine Versetzungen der höheren Clerks in andere Departements vor (Second Report on Civil Establishments a. a. D. Ev. 10459).

Zu den Amtspflichten gehört vor allem, daß sich die Angehörigen des Civil Service von jeder politischen Betätigung fernhalten¹. Ausdrücklich ist durch Order in Council vom 28. November 1884 vorgeschrieben², daß jeder derselben seine Stellung und sein Amt

¹ Verboten ist ihnen nicht bloß Teilnahme an der Parteipolitik, sondern auch Teilnahme an jeglicher Diskussion öffentlicher Angelegenheiten. Siehe Parl. D. vol. 54 p. 489 und vol. 133 p. 1307—1309. Daß auch Betätigung in der Kommunalverwaltung sogar als county councillor durch eine Treasury Minute von 1894 ausgeschlossen ist, siehe Parl. D. vol. 68 p. 538. Doch kann der Departementchef Ausnahmen zulassen. Ein ausdrückliches Verbot liegt nicht vor, nur das Gebot, die vorgeschriebenen Amtsstunden einzuhalten, was mit der Tätigkeit in der Selbstverwaltung wenig vereinbar ist. Siehe Parl. D. (1894) vol. 26 p. 1569 und vol. 28 p. 1237 f. Für Schottland scheint diese Amtspflicht nicht so streng beobachtet zu werden. Siehe Parl. D. vol. 68 p. 1374.

² Doch ist diese Verordnung durch kein Gesetz ermächtigt, sondern trafa der Dienstgewalt der Departementchefs ergangen. So sagte der Kronjurist (Solicitor General) am 18. Mai 1893, Parl. D. vol. XII p. 1241: „There are no Acts of Parliament unrepealed, that deal specially with the electoral privileges of Civil servants. Whatever regulations are made with reference to the action of subordinate officials in the Civil Service, are made not under authority of any section of an Act of Parliament, but under the inherent authority of Heads of Departments to make regulations for discipline and government of those under their control.“

niederlegen muß, wenn er als Wahlkandidat für das Unterhaus auftritt. Doch darf er politischen Vereinen¹ jeglicher Art, sofern sie nicht ungesetzlich, angehören. Kein Angehöriger des Civil Service darf sich an einer Handelsgesellschaft beteiligen oder ein Amt innerhalb einer solchen annehmen, wenn ihn solche Beteiligung innerhalb der gewöhnlichen Amtsstunden (10 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm.) in Anspruch nehmen könnte (S. 11 der Order vom 21. März 1890 und vom 15. August 1890). Das ist aber auch die einzige Schranke, die im Verhältnis zu dem deutschen Rechtsauffassung geläufigen Verbote, Gewerbe oder Handel, oder einen Nebenberuf ohne Genehmigung des Vorgesetzten, zu treiben, geringfügig ist².

Faktisch aber kann infolgedessen kein dem permanenten Staatsdienst Angehöriger, also kein sogenannter Civil servant, einer Handelsgesellschaft oder Erwerbsgenossenschaft seine Kräfte weihen, ausgenommen etwa einem Konsumvereine oder dergl. mehr (s. darüber und zum folg. Edinburgh Review vol. 193 [1901] p. 378 ff.).

Anderseits dagegen steht es mit den Ministern und denjenigen Departementchefs, die mit dem Kabinette ihr Amt wechseln. Nichts steht im Wege, daß diese mit ihrer Ministerstellung die eines einträglichen „Direktorpostens“ verbinden, und so wurde wiederholt darüber geklagt, daß solche Verbindungen sehr häufig vorkämen (Parl. D. 4. ser vol. 66 pp. 971—1051, vol. 88 pp. 397—476 und report of select Committee of the House of Commons on Members of Parliaments Personal interest C. P. 1896 Nr. 274). So wurde 1899 behauptet, daß im damaligen Ministerium von etwa 44 Political officers nicht weniger als 25 Direktorstellen großer Geschäftsunternehmungen inne hätten. Das Verfehlte liegt auf der Hand. Man denke sich einen Kriegsminister, der an einer Waffenfabrik, einen Finanzminister, der an einer auf der Börse spekulierenden Bank beteiligt ist, und dergleichen mehr. Ein Mitglied des Unterhauses

¹ Siehe H. D. vol. 323 (1888) p. 383 (First Lord of Treasury): „and it must distinctly understood that while a wide discretion is left to Civil servants as to the Political Organizations to which they may belong in their private capacity, they are not at liberty to join any Association which is illegal“ — Es steht aber auch nicht im Ermessen der Departementchefs, zu bestimmen, welchem politischen Verein der betreffende Beamte angehören darf und welchem nicht, H. D. vol. 324 (1888) p. 51. Nur den Finanzbeamten scheint jegliche Teilnahme an politischen Vereinen verboten zu sein, H. D. vol. 323 p. 1090.

² Parl. D. vol. 116 (1903) p. 445.

drückte in den zit. Unterhausdebatten dieses Mißverhältnis sehr drastisch mit den Worten aus: „If Ministers of the Crown are allowed to have large interests, direct or indirect, in firms providing munitions of war, I know no greater danger to the peace of the country or its security. It is not that any Minister you can imagine sitting in this House would ever deliberately, for the sake of promoting his own private interests, engage in war . . . But there is again the subtile influence of the constant action of a man's permanent interest upon his judgement. It does give him a bias without knowing it.“

Kräftige Premier's, wie z. B. Gladstone einer war, verboten ihren Regierungsmitgliedern die Beteiligung an Handelsgesellschaften. Auch Lord Salisbury versuchte Ähnliches bei seinem Regierungsantritt von 1895. Aber mit welch' geringem Erfolg, das zeigen die oben zit. Unterhausdebatten von 1899.

Das Merkwürdige ist, daß trotz all' dem die Burtische Act von 1782 zu Recht besteht, wonach ein Unterhausmitglied keinen Vertrag mit der Regierung abschließen und auch keinen Anteil an solchem Vertrage haben darf (22 Geo IV. c. 45). Wenn er aber, sagen wir $\frac{9}{10}$ solcher Aktien von Unternehmen, die mit der Regierung abschließen, besitzt, Direktor der Aktiengesellschaft wird und die Anteilsscheine geschickt auf als Strohmänner benützte Verwandte verteilt, so darf er dies ohne weiteres tun.

Zu den Amtspflichten gehört ferner die Amtsverschwiegenheit und die Pflicht zur Leistung von täglich 7 Arbeitsstunden. Der jährlich zu bewilligende Urlaub beträgt für die II. Division 14 Tage, für die I. Division 36—48 Tage (S. 8 und 7 der zit. Order von 1890). Das Gehalt ist vorläufig nur für die niederen Clerks (Second Division) einheitlich geregelt, und für die höheren Clerks nur soweit, als in den betreffenden Departements das Playfairschema akzeptiert ist.

Es ist im allgemeinen für die Second Division ein Anfangsgehalt statuiert, der 70 £ beträgt. Nun wächst das Gehalt stufenförmig mit der jährlichen Dienstzeit und zwar von 70—100—190—250 £. Doch muß man immer, wenn die Staffel von 100 resp. 190 resp. 250 £ erklommen werden soll, ein Zeugnis des unmittelbaren Amtsvorgesetzten (gew. der höhere Clerk, der den Amtsraum des Bewerbers überwacht, und außerdem der Abteilungschef des Departements, einer der permanenten Unterstaatssekretäre) über die gute Amtsführung beibringen. Im übrigen erfolgt das Aufsteigen innerhalb der Gehaltsstaffel bis zu 250 £ nach dem Dienstalter

(by seniority). Man erreicht durchschnittlich in dem 25. Dienstjahre das Gehalt von 250 £ (2. Report on Civil Establ. a. a. D. p. XVI.) (s. auch S. 3–5 der Order vom 21. März 1890).

Ein Gehalt von mehr als 250, das durch jährliche Gehaltszulage bis zu 350 £ sich steigern kann, wird sich nur dann ergeben, wenn besonderes Verdienst vorliegt (S. 6 der zit. Order: „according to positive merit and not according to seniority“).

Auch kann ausnahmsweise bei besonderen Leistungen eine Erhebung des „niedereren“ Clerks in die „First Division“, oder was dieser gleichkommt, erfolgen. Jedoch nur nach einer Dienstzeit von acht Jahren und auf Grund eines Zertifikats, das die Civil Service Commission auf Anempfehlung des Departementchefs¹ und des Schatzamts auszustellen hat (S. 12 der zit. Order)

Die Gehaltsskala in den einzelnen Zentralstellen ist für die höheren Clerks sehr verschieden. Es gibt Departements, in denen das Anfangsgehalt des Clerks 250 £ beträgt und bis zu 1200 £ anwächst (2. Rep. a. a. D.).

Die Ridley-Kommission hat folgende Gehaltsstufen für die „First Division“ vorgeschlagen:

Anfangsgehalt:

3. Grad:	200 £	und jährliche Zulage von	20 £	bis zu	500 £.
2. „	600 £	„	„	25 £	800 £.
1. „	850 £	„	„	50 £	1000 £.

und seit 1890 geht man daran, diese einheitliche Gehaltsskala überall durchzuführen. Vorläufig ist man aber noch sehr vom Ziele entfernt².

Die Entlassung eines Beamten kann de jure jederzeit erfolgen. Der Departementchef kann jeden Beamten jederzeit entlassen, wenn es das öffentliche Wohl erheischt. Wie fest aber einmal ein angenommener Clerk im Sattel sitzt, geht am besten daraus hervor, daß man sich für gewöhnlich scheut, auch erwiesenermaßen untüchtige Clerks

¹ Die Initiative muß vom Departementchef ausgehen, Parl. D. vol. 68 p. 280. Daß dies aber nicht sehr häufig geschieht, siehe die Unterhausdebatte vom 14. Mai 1893, Parl. D. vol. 11 p. 1681 ff., insbes. 1691. Die in der Lower Division zugebrachte Dienstzeit wird immer bei der Pensionierung mit angerechnet. Desgleichen wenn sich der Clerk der Lower Division aus eigener Initiative der Prüfung für den höheren Staatsdienst unterzieht, Parl. D. vol. 82 p. 283.

² Zwischen 1891–1899 wurden bloß 124 solcher neuer „I. Class Clerks“ angestellt, vol. 75 (1899) p. 850.

³ Parl. D. vol. 109 (1902) p. 684.

zu entlassen, weil sonst das ganze Unterhaus hinter den Fersen des Departementchefs ist (Second Report a. a. O. E. V. 10541 ff.), und daß die Order in Council vom 15. August 1890 (konfirmiert für alle Civil Servants durch die Klausel 18 der Order vom 29. November 1898) in clause 10 zur zwangsweisen Versetzung in den Ruhestand den Departementchef noch besonders ermächtigen mußte. Diese letztere kann namentlich dann erfolgen, wenn der Amtsträger das 65. Lebensjahr erreicht hat. Daß zu dieser zwangsweisen Versetzung in den Ruhestand ausdrückliche Vorschrift nötig war, zeigt am besten, wie wenig in der Praxis der Rechtsatz geübt wird, wonach der Departementchef ohne weiteres die Amtsentsetzung des Civil Servant herbeiführen kann.

III. Das englische Pensionsrecht der Staatsbeamten.

Daselbe ruht heute im wesentlichen auf den beiden Gesetzen von 1859 (22 Vict c. 26) und von 1887 (50/1 Vict c. 67). Das erste Gesetz in dieser Materie, das aus der Regierungszeit Wilhelm IV. von 1834 stammt (4/5 Will IV. c. 24), ist heute bis auf einige wenige unbedeutende Punkte obsolet.

Es ist folgendes rechtens. Dreierlei Arten von Entschädigungen, die nach abgelaufener Dienstzeit dem Beamten resp. seinen Hinterbliebenen gewährt werden, sind zu unterscheiden: der eigentliche Ruhegehalt (superannuation allowance), sodann die compensation allowance, das ist die Entschädigung, die ein Beamter für den Verlust des Amtes erhält, der durch Änderungen der Behördenorganisation notwendig geworden war; schließlich das Witwen- und Waisengeld, sog. compassionate allowance. Außerdem kommen noch eine Reihe von Extravergütungen (gratuities) in Betracht, die wir gleich nachher kennen lernen werden.

1. Der eigentliche Ruhegehalt, die superannuation allowance. Jeder Civil Servant, der ein Ruhegehalt anspruchig macht, muß das Certificate nachweisen, das er vor Eintritt in den Staatsdienst von den Civil Service Commissioners ausgestellt erhalten; sodann daß er seine gesamte Zeit vom Diensteintritt an im Staatsdienst verbracht und sein Amtseinkommen ausschließlich aus Staatsmitteln bezogen, schließlich daß er mindestens 10 Jahre dem Staate gedient hat. Hat er sich vor dem 60. Lebensjahre aus dem Staatsdienst zurückziehen müssen, so muß er entweder ein ärztliches Zertifikat vorweisen, daß er aus Gesundheitsrücksichten unfähig ist, sein Amt weiter zu verwalten, es wäre denn, daß er noch vor jenem Zeit-

punkte, daß ist vor dem 60. Lebensjahre wegen Dienstunfähigkeit seines Amtes enthoben worden. Das Schatzamt stellt jedenfalls, wenn der die Pension Ansprechende aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt hat, eine besondere Untersuchung des Gesundheitszustandes an, in Gemäßheit der Schatzamtsverordnung vom 10. Dezember 1892 (Highmore Inland Revenue Regulation Acts, London 1896, p. 149). Erlangt der betreffende Beamte in diesem Falle seine Gesundheit wieder, so kann er wieder zum Dienst einberufen werden; er hat aber kein Recht darauf¹. Der Ruhegehalt beträgt $\frac{1}{60}$ der Dienstbezüge des letzten Dienstjahres für jedes wirklich abgeleistete Dienstjahr; er kann höchstens $\frac{40}{60}$ betragen.

Dieser Normalruhegehalt kann aber auch gekürzt werden, wenn der Beamte sein Amt schlecht verwaltet hat.

Anderseits kann er auch eine Steigerung über die normale Skala hinaus erfahren, wenn der Beamte ganz besonders sich im Staatsdienste hervorgetan oder wenn er sich im Dienste seine Dienstuntauglichkeit zugezogen hat. Die in diesem Falle zu beobachtende Skala ist durch besondere Schatzamtsverordnung, die auf Grund des Gesetzes von 1887 (S. 1) im September 1887 erlassen worden ist, geregelt (Highmore a. a. O. 173).

Auch sonst kann eine Steigerung des Ruhegehalts, aber allerdings nur nach der Normalstaka, erfolgen, wenn der Beamte zur Ausübung seines Amtes nur durch den Besitz einer besonderen berufsmäßigen oder fachtechnischen Vorbildung befähigt war. In diesem Falle wird dem Pensionsansprüchigen außer der wirklich geleisteten Dienstzeit eine Reihe von Jahren in Anrechnung gebracht, deren Zahl nach der Art des Amtes usw. wechseln.

In ähnlicher Weise werden in Gemäßheit der Act 39/40 Vict c. 53 Staatsbeamten, welche in ungesunden Klimaten sich aufhalten müssen, für Pensionszwecke je zwei für drei Jahre angerechnet (S. 2).

Vor Ableistung eines 10. Dienstjahres kann überhaupt keine Pension angesprochen werden. Doch kann im Gnadenwege dem Beamten eine Abfindungssumme (gratuity) gewährt werden, die dann so vielmal den letzten Monatsgehalt beträgt, als der Beamte Dienstjahre aufzuweisen hat.

Jeder Beamte, der ein Ruhegehalt vor dem 60. Lebensjahre bezieht, muß, wenn seine Gesundheit es gestattet, jedes ihm neu übertragene Amt übernehmen. In diesem Falle wird ihm nach Vorschrift

¹ Siehe Parl. D. vol. 73 p. 601.

der Treasury ein Abzug am Ruhegehalt gemacht, da er nicht unbilligerweise vollen Ruhegehalt und neuen Gehalt gleichzeitig beziehen kann. Doch kommen auch Ausnahmen bei besonderen Verdiensten vor (Highmore 173).

2. Die Compensation Allowance. Dieselbe wird, wie gesagt, den Inhabern von Ämtern, welche infolge einer Reorganisation der Behörden um ihr Amt kommen, gewährt.

Zu seinem Ruhegehalt, das er normaler Weise zu beziehen hätte, wobei auch Dienstzeit unter fünf Jahren Pensionsansprüche verleiht, bekommt er noch außer den entsprechenden Sechzigsteln eine Reihe von Zuschlagsjahren und zwar:

bei einer effektiven Dienstzeit von unter 5 Jahren	1 Zuschlagsjahr,
" " " " " 5—10	3 "
" " " " " 10—15	5 "
" " " " " 15—20	7 "
" " " " " über 20	10 "

3. Das Witwen- und Waisengeld (Compassionate allowance). Ein solches wird nur für den Fall gezahlt, als der verstorbene Beamte in Ausübung seiner Dienstpflicht ums Leben gekommen ist. Der Tarif ist auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (§. 1 der Act von 1887: 50/1 Vict c. 67) mittels Treasury Warrant vom September 1887 vorgeschrieben (siehe Highmore a. a. O. S. 171) wie folgt: Witwen von Gefängnisbeamten, Irrenasylbeamten und den in den Werkstätten der Flotte und des Heeres Beschäftigten (Skala I) erhalten $\frac{10}{100}$ des ehemaligen Gehaltes, mindestens 15 £ jährlich, außerdem für jedes Kind bis zur Erreichung des 15. Lebensjahres $\frac{1}{10}$ der Witwenpension, zusammen aber für alle Kinder nicht mehr als die Witwenpension der Witwen von allen obigen Staatsbeamten. (Skala II) Hinterbliebene Witwen aller übrigen Staatsbeamten erhalten: $\frac{10}{100}$ des Gehalts, nicht mehr als 10 £ jährlich, und für jedes Kind unter 15 Jahren soviel mal 1 £ als dieses Lebensjahre zählt, für alle zusammen aber nicht mehr als 50 £ und nicht weniger als 10 £ jährlich. Nach Skala III wird die Witwenpension von Beamten, die nur gemietet waren, berechnet. Sie beträgt für die Witwe $\frac{8}{10}$ des Gehalts, höchstens 10 £ jährlich, für jedes Kind bis zur Vollenbung des 15. Lebensjahres 16 sh für jedes Lebensjahr, doch zusammen für alle Kinder nicht mehr als 40 £ und nicht weniger als 8 £ jährlich.

Alle Pensionen werden aus der Staatskasse gezahlt. Abzüge an Gehalt für die Zwecke eines Beitrags zur Pension, wie sie bis 1857 üblich waren, sind nunmehr durch 20/1 Vict c. 37 abgeschafft.

Alle Ruhegehälter sind von der staatlichen Einkommensteuer, der Income Tax befreit (22 Vict c. 26 S. 16).

Diejenigen Beamten, welche nicht zum permanenten Staatsdienst gehören, sondern mit jeder Regierung wechseln, also vor allem die Minister und die parlamentarischen Unterstaatssekretäre u. a. m., haben ein eigenes Pensionschema nach der Political Offices Pension Act 1869 (32/3 Vict c. 60). Das Gesetz findet jedoch keine Anwendung auf den Lordkanzler und nicht auf die beiden Kronjuristen, den Attorney- und Solicitor General, wohl aber auf den General-auditeur der Armee judge advocate general (S. 1). Größtenteils werden diese Pensionen aus dem Consolidated Fund gezahlt (S. 5 und 8). Die Höhe der Pension beträgt:

Natur des Amtes	Höhe der Pension
1. First Lord der Admiralität und jeder Träger der oben genannten Ämter mit einem Gehalt v. mind. 5000 £	höchstens 2000 £ und nur nach mindestens 4 Dienstjahren.
2. Ämter mit einem Gehalt von 2000—5000 £	höchstens 1200 £ und nur nach mindestens 6 Dienstjahren.
3. Ämter mit einem Gehalt von 1000—2000 £	höchstens 800 £ und nur nach mindestens 10 Dienstjahren.

Gefordert wird hierbei durchaus nicht, daß die Dienstzeit ununterbrochen gewesen sei. Alle anderen daneben bezogenen Staatsgehälter und Pensionen werden auf jene politische Pension angerechnet und von ihr in Abzug gebracht. Außerdem muß, wer eine solche „politische Pension“ anspricht, nachweisen, daß er für seinen Lebensunterhalt auf deren Bezug angewiesen ist (Act 1834: 4/5 Will IV c. 24 S. 8 und 1869 Act zit. S. 7).

Dieser Nachweis ist essentiell. Eine Vergabe der Pension an Mitglieder der Oppositionspartei, die ehemals Minister waren, durch die Regierung ist nicht üblich (Morley, Gladstone III p. 107 f. Note.). Es kann nach der Parteietikette nur durch die Parteifreunde, wenn sie wieder zur Regierung gelangen, erfolgen. Gladstone schreibt darüber (a. a. O.): „You are probably aware that during the 50 years which have passed since the system of political and civil pensions was essentially remodelled, no political pension has been granted by any minister except to one of those with whom he stood on terms of general confidence and cooperation...“

Als Grund hierfür führt er an: die notwendige Prüfung der Privatverhältnisse und die beschränkte Zahl der zu vergebenden Pensionen (12), welche es natürlich nötig macht, eine Auswahl unter konkurrierenden Kandidaten vorzunehmen, was beides eigentlich nur

die Parteifreunde, wenn sie am Ruder sind, tun könnten. Er selbst sagt: „The examination of private circumstances, such as I consider the Act to require, is from its own nature difficult and invidious: but the examination of competing cases in the ex-official corps is a function, that could not, I think, be discharged with the necessary combination of free responsible action, and of exemption from offence and suspicion. Such cases plainly may occur.“

Für den Kolonial- und Diplomatendienst gelten einige Besonderheiten. S. darüber mein englisches Staatsrecht, II. Bd.

Desgleichen für die Richter des Reichs, die der obersten Gerichtshöfe und die County Court judges. Deren Pension ist wie ihr Gehalt auf den Consolidated Fund gewiesen, unterliegt also nicht alljährlicher parlamentarischer Bewilligung (36/7 Vict. c. 66 ss. 13 und 15 und 51/2 Vict. c. 43 s. 24).

Besonderheiten gelten ferner für Militärpersonen und die Polizei. Letztere wird aus einem für das ganze Königreich bestehenden Pensionsfonds, zu dem die Kommunalverbände und der Staat beitragen, versorgt (Act von 1890: 53/4 Vict. c. 45 und von 1893: 56 Vict. c. 10).

Für die Kommunalbeamten existiert keine von Staats wegen angeordnete Altersversorgung. Nur für die von den Armenunionen angestellten Beamten ist durch Pensionsgesetz (Poor law officers Superannuation Act 1896: 59/60 Vict. c. 50) Vorsorge getroffen. Danach ist folgendes rechtens:

I. Die Pensionsberechtigung tritt ein, wenn der Beamte infolge geistiger oder körperlicher Schwäche sein Amt zu versehen ungeeignet wird oder wenn er das 60. Lebensjahr erreicht hat und 40 Jahre bereits im Dienst ist oder wenn er 65 Jahre alt geworden ist.

II. Auch wider seinen Willen kann die Zurrufesetzung eintreten, wenn der Beamte das 65. Lebensjahr erreicht hat und die Kommunalbehörde es im öffentlichen Interesse für angemessen findet.

III. Die Skala des Ruhegehalts ist: $\frac{10}{60}$ seines Gehalts der letzten 5 Jahre nach 10 Jahren, und fortschreitend $\frac{1}{60}$ für jedes Jahr bis zu $\frac{40}{60}$ als Maximum.

IV. Jeglicher Dienst bei einer Kommunalbehörde oder einer Behörde, deren Befugnisse auf eine Kommunalbehörde übertragen werden, wird in das pensionsberechtigende Alter eingerechnet.

V. Wer infolge eines Delikts von betrügerischer Art seines Amtes verlustig wird, verliert den Pensionsanspruch, wenn nicht die

bei Personen, die die compensation allowance beziehen (Act von 1871, 34 und 35 Vict c. 36 und Act von 1882 45/46 Vict c. 44). Die Ablösungssummen können immer in Execution gezogen werden (Crowe v. Price 1888, 22 Q.B.D. 429).

IV. Die Haftpflicht der Staatsbeamten.

Der oberste Grundsatz des englischen Rechts in dieser Frage ist, daß jeder Beamte prinzipiell für jede seiner Handlungen, gleichviel ob er sie als Privatmann oder in Ausübung seines Amts gesetzt hat, verantwortlich ist (Dicey, Law of the Constitution, 6th ed. p. 189 und Anson II, 477). Es gibt im englischen Recht keine Deckung durch den Auftrag des Vorgesetzten, daher der Beamte, der den Auftrag des höheren zu vollziehen hat, ein materielles Prüfungsrecht an diesem Auftrag ausüben muß, namentlich ob dieser nicht rechtswidrig sei (ausgenommen Militär. Siehe Law Q. R. 17 p. 87 ff.). Nicht einmal der Auftrag des Souveräns schafft dem Beamten die schützende Deckung bei rechtswidrigen Handlungen, oder wie der berühmte Richter Cockburn im Rechtsfall *Feather v. Reg.* 1865 gesagt hat: „As the Sovereign can not authorise wrong to be done, the authority of the Sovereign would afford no defence to an action brought for an illegal act committed by an officer of the Crown.“

Natürlich unterliegen Minister wie andere Staatsdiener der allgemeinen Haftpflicht, doch werden Klagen gegen sie nur in ihrer Eigenschaft als Privatleute angenommen, was aber durchaus nicht alle in Ausübung ihres Amts begangenen Handlungen vor jeder Haftbarkeit schützen will (*Raleigh v. Goschen* 1897 L.T.R. 36). Am allerwenigsten sind Minister durch „allgemeine Staatsnotwendigkeit“ für ihre Handlungen unverantwortlich. Im berühmten Falle *Entick v. Carrington* (19 St. Trials 1030) wurde festgestellt: „Betreffs des Arguments der ‚Staatsnotwendigkeit‘ oder einer Unterscheidung zwischen ‚Staatsverbrechen‘ und anderen, so versteht das common law nicht diese Art der Argumentation und ignoriert jede Distinktion dieser Art.“

Die Verantwortlichkeit der Beamten ist entweder eine strafrechtliche oder eine zivilrechtliche; eine disziplinäre kennt das englische Recht nicht. Auch dem Parlamente sind sie nicht nur nicht verantwortlich, sondern durch Parteisitte ist der Grundsatz sanktioniert, daß ihre Tätigkeit im Parlamente keiner Kritik unterzogen werden darf¹.

¹ Mr. Asquith in Parl. D. vol. 104 p. 45: „There is no rule better
Jahrbuch XXX 2, Hftg. v. Schmoller.

Die strafrechtliche ist die der anderen Staatsbürger, nur kommen hier noch besondere spezifische Amtsdelikte wie Bestechung (*corruption*), Erpressung (*extortion*), Rechtsbeugung (*oppression*), vor allem auch Verletzung des Amtsgeheimnisses in Betracht. Diese letztere ist durch Act 52/3 Vict c. 52 (S. 1, 3, 8) unter besondere Strafsanktion gestellt, insbesondere der Bruch des Amtsgeheimnisses (auch seitens eines mit dem Staate kontrahierenden Lieferanten), die Mittheilung von Festungsplänen usw. usw.

Ebenso besteht die zivilrechtliche Haftung der Beamten, ohne daß sie den anderen Staatsbürgern gegenüber privilegiert werden. Doch kann ein Staatsbeamter, der für die Regierung sich kontraktlich verpflichtet hat, aus diesem Vertrage nicht geklagt werden. Das Recht, das für die übrigen Personen des bürgerlichen Rechtsverkehrs besteht, das privatrechtliche Mandat oder englisch Recht des „Principal and Agent“ kommt für Staatsbeamte nicht zur Anwendung (s. *Dunn v. Macdonald* 1897 1 Q. B. D. 555).

Die Zivilklage gegen einen Beamten, der durch rechtswidriges Handeln einen Privaten schädigt, kann nicht nur gegen ihn selbst, sondern auch gegen seinen Amtsvorgesetzten, sofern ihn dieser durch Dienstbefehl veranlaßt hat, erhoben werden (*Raleigh v. Goschen* 1897, 14 L. T. R. 36 und *Cobbett v. Gray* 1849, 4 Exch. Rp. 729). Doch ist der Amtsvorgesetzte wegen bloßer Nachlässigkeit seines Untergebenen, selbst wenn er diesen angestellt hat, nicht verantwortlich. Eine culpa in eligendo gibt es hier nicht (*Nicholson v. Mounsey* 1812, 15 East 384; *Canterbury v. Reg.* 1842, 4 S. T. T. R. I. N. S. 767).

Für schädigende Handlungen des Beamten, die sich nur als unmittelbare Folgen der pflichtgemäßen Ausübung der Amtsgewalt darstellen, wird überhaupt keine Haftpflicht eintreten. So wenn ein Beamter in Ausübung seiner Amtsgewalt Äußerungen tut, die an und für sich betrachtet eine Beleidigung darstellen. Für solche Fälle ist dies ausdrücklich durch Rechtspruch festgestellt (*Sutton*

established for the conduct of Parliamentary debate, and none which is more essential to the due conduct of administration, than that the permanent officials of Government Departments should not be brought into Parliamentary debate. The persons who are responsible for the action of Departments are the Parliamentary heads of those Departments. They rely, and they rely with confidence, upon the devoted and selfsacrificing assistance, which they can always command from those who are in the permanent service of the State . . .“

v. Johnstone 1 T. R. 493), wird aber auch auf andere Handlungen in regelrechter Ausübung der Amtsgewalt anzuwenden sein (s. Renton a. a. O. vol. 5, 183).

Aber auch bei an sich normenwidrigem Handeln der Beamten tritt nicht immer Haftbarkeit der Beamten ein. Die hierher gehörigen Ausnahmen sind die folgenden:

1. Handlungen in Ausübung rechtmäßigen Waffengebrauchs. Wann der Waffengebrauch rechtmäßig, ist an anderer Stelle ausgeführt worden. (Siehe mein *Englisches Staatsrecht*, Bd. II). Hier sei nur so viel hervorgehoben, daß Beamte und loyale Bürger in bezug auf den rechtmäßigen Waffengebrauch einander gleichstehen, Beamte hierbei kein besonderes exculpierendes Privileg haben. Einen administrativen Waffengebrauch kennt das englische Recht nicht. Ein Beamter, der zu den Waffen greift, ist nur ein „bewaffneter Bürger“, selbst wenn er in Ausübung seiner Amtspflicht zu den Waffen greift. Prägnant drückt dies das *Blau-buch* über die *Featherstone Krawalle* im Jahre 1893 aus (C.P. 1893 Nr. 7234 p. 10): „Officers and soldiers are under no special privilege and subject to no special responsibilities as regards this principle of the law. A Soldier for the purpose of establishing civil order is only a citizen armed in a particular manner.“

2. Acts of State d. h. Handlungen in Ausübung der königl. Prärogative seitens der Krone oder ihrer Diener, können, wenn sie nicht rechtswidrig sind, den Handelnden nicht verantwortlich machen. Der Gerichtshof begnügt sich bei Untersuchung solcher Fälle nicht mit der Versicherung des verklagten Beamten, daß der Akt, den er vorgenommen, ein Staatsakt „Act of State“ war. Eine solche Berufung nützt ihm nichts, der Gerichtshof untersucht immer noch die Frage der Rechtmäßigkeit eines solchen Act of State (s. *Walker v. Baird* 1892 App. Cas. 491). Dieser Rechtszustand wäre somit noch keine Ausnahme von der prinzipiellen Verantwortlichkeit der Beamten für ihre rechtswidrigen Handlungen. Nun aber kommen die Ausnahmen:

a) Der Vizekönig von Irland, der Lord Lieutenant, genießt in bezug auf alle Acts of State d. h. diejenigen Akte, die er in seiner Amtseigenschaft gesetzt hat, während der Dauer seiner Amtsführung vollständige Immunität, und kein Gericht in Irland kann gegen ihn Klagen annehmen, was eben während seiner Amtsführung vollständige Immunität auch von den englischen Gerichten begründet,

da die Zuständigkeit der englischen Gerichte durch den Mangel des Domizils in England respektive durch das Fehlen des *forum delicti commissi*, das ja nur in Irland sein könnte, ausgeschlossen ist.

b) In gleicher Privilegierung finden sich nach der Act 21 Geo III, c. 70 §. 1 der Generalgouverneur von Indien, das ist der Vizekönig, sodann die Gouverneure von Madras und Bombay sowie jedes Mitglied ihrer Beiräte.

c) Acts of state, selbst wenn sie schädlich sind und Schaden bringen, können niemals von einem Ausländer zum Gegenstand einer Klage gemacht werden, wenn sie an ihm im Ausland verübt worden sind. Besonders häufig wird dieser Grundsatz den Eingeborenen der sog. Native States von Indien gegenüber praktiziert, trotzdem sich diese meistens unter englischem Protektorate befinden. Hingegen gelten die Angehörigen von Indien, das ist des Kaiserreichs Indien, in Beziehung auf den obigen Rechtsatz natürlich nicht als Ausländer vor den englischen Gerichten (s. zum vorhergehenden Renton a. a. O. vol. 1 p. 104, ferner Tupper, *Our Indian Empire*, London 1893).

3. Richter genießen für alle Handlungen in Ausübung ihres Amtes, sowie für alle bei dieser Gelegenheit gesprochenen Worte absolute Immunität. Selbst wenn sie wissen, daß sich die Sache anders verhält, und gegen ihr besseres Wissen beleidigende Worte gesprochen haben, sind sie hierfür unverantwortlich (Floyd v. Barker 1608 in Cokes Report vol. 12 p. 24, der älteste Rechtsfall in dieser Materie; der jüngste ist Anderson v. Gorrie 1895, 10. B. 668¹⁾). Aber nicht bloß die Richter des High Court und der übrigen höheren Gerichte, auch alle Richter niederer Jurisdiktion z. B. die Graffchafts- und Friedensrichter genießen dieselbe Privilegierung. Nur müssen sie wirklich auch in Ausübung ihres Amtes sein.

¹ Aus Anlaß des Rechtsfalls Anderson v. Gorrie (1894) erklärte der darüber im Oberhause interpellierte Lordkanzler den Rechtszustand wie folgt: „An action did not lie against a Judge at the instance of a suitor who thought himself injured by the judgement of the Judge. The immunity of the Judges from such action was of great importance in the interests of justice. For centuries Judges had been appointed in this country against whom no imputation could be made, and their high character was due in a great measure to their independence, not only of plaintiff and defendant, but their independence of the Government also. There was no pecuniary remedy for a suitor against a Judge, but any Judge could be removed from his office by an Address from both Houses of Parliament.“ *Parl. D.* vol. 43 (1896) p. 304 f. Siehe auch a. a. O. §. 351.

Wenn ein niederer Richter, trotzdem er zur Entscheidung des Streitfalls nicht kompetent ist, sich dennoch ungehörige Ausdrücke erlaubt, schwindet sofort die Immunität, die nur dem kompetenten niederen Richter schützend zur Seite steht (Houlben v. Smith 1850, 140 D. B. 841; Calder v. Halket 1839, 3 Moo. Pr. C. C. 28). Diese Immunität deckt auch die Rechtsbeistände (s. zum vorhergehenden Renton vol. 1 p. 39, dann Anson II, 477).

4. Militärpersonen genießen bei Ausübung ihrer Dienstpflicht insofern eine Privilegierung, als sie zwar prinzipiell einen normenwidrigen Auftrag ihres Dienstvorgesetzten zwar immer auf eigene Faust und Gefahr ausführen können, und dadurch, daß sie den Auftrag dazu vom Vorgesetzten erhalten haben, nicht gedeckt werden, daß sie aber für solche Ausführung normenwidriger Aufträge nur dann verantwortlich gehalten werden, wenn die Normenwidrigkeit dem Befehl des Dienstvorgesetzten geradezu auf der Stirn abzulesen war. Oder wie Richter J. Willis sagte (zit. bei Dicey a. a. O. S. 454): „I believe that an officer or soldier, acting under the orders of his superior, not being necessarily or manifestly illegal — would be justified by his orders“. Dicey meint zur näheren Begründung dieser Ansicht, daß man einem Soldaten nicht zumuten dürfte, in Ausübung seiner Amtspflicht Rechtssubtilitäten, wenn er im Zweifel, ob die Handlung, die ihm befohlen, rechtswidrig sei oder nicht, zu entscheiden (Dicey p. 454 f.). Jener Grundsatz, der bei uns für alle Beamten gilt (Endemann, Bürgerl. Recht I, S. 1271 Anm. 2), gilt in England nur für Militärpersonen.

5. Eine Beschränkung, wenngleich auch keinen Ausschluß der Verantwortlichkeit hat die Public Authorities Protection Act von 1893 (56/7 Viet c. 61) gebracht.

Die genannte Akt konsolidierte nur die bestehende Gesetzgebung (Parl. Debates vol. 3 p. 535 und vol. 4 p. 1245).

Danach genießen alle Beamten und Funktionäre, wenn sie wegen einer Handlung, die sie in Ausübung ihrer Amtspflichten oder auf Grund einer gesetzlichen Ermächtigung oder auf Grund einer vermeintlichen Ausübung solcher Ermächtigung oder einer Amtspflicht oder Amtsbefugnis vollzogen haben („For any act done in pursuance or execution or intended execution of any act of Parliament, or of any public duty or authority“), verklagt werden, oder wenn ihnen vorgeworfen wird, daß sie in Vernachlässigung ihrer Dienstobliegenheiten gewisse Handlungen nicht vollzogen haben, und sie deswegen verklagt werden, folgende Privilegien:

1. Jede Klage muß, um nicht zu verjähren, innerhalb von sechs Monaten längstens, nachdem die infriminierte Handlung des Beamten begangen worden ist, erhoben worden. Wenn diese Handlung in der fortgesetzten Zufügung von Übeln besteht, währt die Frist sechs Monate vom Zeitpunkte, da die schädigende Handlung aufgehört hat (§. 1 leg. cit.).

2. Siegt der beklagte Beamte, dann werden ihm Kosten zugesprochen nach dem privilegierten Kostentarif, wie ihn der Rechtsanwalt seinen Klienten gegenüber hat (§. 1 b).

3. Derjenige, der einen Beamten auf Schadenersatz klagen will, muß ihm genügend Zeitraum lassen, daß er den Schaden wieder gut mache. Auch kann der Beamte in diesem Falle vor der Streiteinlassung den Ersatz des Schadens anbieten. Versäumt der Kläger dem Beamten gegenüber diese mora purgandi zu gewähren, so kann er in den Ersatz der Gerichtskosten verurteilt werden. Desgleichen, wenn der Beamte ihm Schadenersatz angeboten, er aber die Summe nicht akzeptiert hat, und hierauf ihm vom Gerichte auch nicht mehr zugesprochen wird, als ihm angeboten wurde (§. 1 c und d).

Auch hier gilt der privilegierte Kostentarif zugunsten des Beamten.

4. Im Verhältnis von Local Government Board und seinen Beamten einer- und den Lokalbehörden als Kläger anderseits gilt dies Gesetz nicht.

In gleicher Weise wie die öffentlichen Staatsbeamten sind die privaten Schiffsoffiziere von Auswandererschiffen nach der Merchant Shipping Act 1894 (57/8 Vict c. 60 §. 358) privilegiert.

Der Zweck der Public Authorities Protection Act von 1893 ist nicht die Aufhebung der Haftung sondern ihre Einschränkung auf einen bestimmten Zeitraum, also ihre Abschwächung. Sie soll Beamte schützen, die in Ausübung ihrer Amtsbefugnisse zu handeln glaubten und hierbei einen Mißgriff begingen (Lumley, Public Health Act 5. ed. 1896).

Die subjektive Auffassung des einzelnen Beamten von dem, was seine Amtspflicht ist, ist entscheidend und genügend, um ihn der Privilegien, welche die Akte gewährt, teilhaftig werden zu lassen (R. Aquarium v. Parkinson 1892, 1. Q. B. 431).

Doch muß die Handlung wenigstens rein äußerlich betrachtet zu den Amtspflichten zurzeit, da sie gesetzt wurde, gehören, also kurz gesagt nicht von einem absolut inkompetenten Beamten gesetzt sein (f. Bryson v. Russell 14. Q. B. D. 720).

Kolonialbeamte können wegen strafbarer Handlungen, die sie in den Kolonien begangen, nur in London und zwar vor der King's Bench Division des High Court of Justice abgeurteilt werden (13 Geo. III, c. 63 §. 33; 26 Geo. III, c. 57 §. 25 und 42 Geo. III, c. 85 §. 1–5), desgleichen Kolonialgouverneure (11 Will. III, c. 12).

V. Alle Staatsbeamten, welche öffentliche Gelder oder Staatsvermögen verwalten, müssen eine Kautio als Sicherheit hinterlegen. Was den Gegenstand derselben bilden darf, ist durch Gesetze, zum Teile aber durch Warrant der Treasury festzustellen (50 Geo. III, c. 85 §. 1 und 7; 52 Geo. III, c. 66; 6/7 W. 4. c. 28; 1–2 Vict c. 61; 38/9 Vict c. 64. §. 2 und 3).

Es gelten folgende Regeln für die Kautionsstellung (Renton, Encyclopaedia of the Laws of England vol. 6. p. 490 und Highmore a. a. O. p. 13): Die Sicherheit hat zu bestehen entweder

1. in einem Schuldschein mit Bürgen oder ohne Bürgen, oder Garantieschein von seiten einer anerkannten Genossenschaft oder Handelsgesellschaft (38/9 Vict. c. 64 §. 3) oder

2. in einem Depot von Wertpapieren und Staatspapieren (exchequer und Treasury Bills) (Act 6/7 Will IV. c. 28, $\frac{1}{2}$ Vict c. 61). Dies gilt für die Postbeamten, die Beamten der königl. Domänen, der königl. Oberbaudirektion und für sämtliche Zoll- und Steuerbeamten, ausgenommen die Akzisebeamten. Diese stellen Sicherheit durch Zahlung von bestimmten Beiträgen in einen auf Gegenseitigkeit beruhenden Garantiefonds (Renton vol. 6 §. 490 und Highmore §. 13).

6. Kritische Würdigung: englischer und deutscher Staatsdienst, eine Parallele¹.

Wenn wir die Entwicklung des Beamtenrechts rückschauend betrachten und mit der kontinentalen insbesondere der deutschen vergleichen, so weisen beide an gewissen Punkten eine nicht zu verkennende Ähnlichkeit auf. So haben beide einen gleichen Ausgangspunkt: die Erhebung der erblich werdenden Grafenämter usw. durch

¹ Literatur: Second Report of the Royal Commission appointed to inquire into the Civil establishment 1888 (C. P. Nr. 5545). Zur Parallelisierung mit den deutschen Verhältnissen wurden insbes. herangezogen: Schmoller, Acta Borussica, 6. Abt. I. Bd. §. 15–149 und Rehm, Die rechtliche Natur der Staatsdienste in Hirths Annalen 1884, S. 565 ff.

Ministerialen, serjeanties, die aber alsbald in England wenigstens ebenso dem Lose des Erbliehwerdens verfallen wie in Deutschland, trotzdem sie gerade, um diesem Ende zu entgehen, eingerichtet worden waren. Während aber das englische Recht diesem Erwerblichwerden der lehnstr. Ministerialen (serjeanties) durch die starken Hände der Plantagenets ein Gegengewicht schafft, indem vorwiegend Cleriker seit dem 14. Jahrhundert als Beamte der Zentralverwaltung verwendet werden, hat dieses in Deutschland wenigstens in viel geringerem Maße stattgefunden als in England. In Deutschland ist dann der Ersatz der Ministerialen durch ein ständiges, besoldetes Beamtentum erst zu Beginn des 16. Jahrhunderts ziemlich allgemein in Gestalt der sog. „täglichen“ (s. Schmoller, *Acta Borussica* a. a. D. p. 51) Räte und Mitglieder des Geheimrats, in England kommt er schon am Beginn des 15. Jahrhunderts vor (*Nicolas Proceedings* vol. VII, preface).

Hier wie dort sind, entsprechend dem Vorwiegen der Naturalwirtschaft, für diese ständigen, gewöhnlich den bürgerlichen Kreisen entnommenen Beamten meist Naturalbezüge die Hauptsache, in England wie wir oben sahen bis in die Zeit Jacob I., in Deutschland respektive in Brandenburg-Preußen sogar bis in die Zeit der Rappenhäuserischen Verwaltung, ja bis in die Zeit Friedrich Wilhelm I. bis 1713 (*Schmoller* a. a. D. 125).

Hier wie dort wird seit dem Beginn der Neuzeit ein Teil des Beamteneinkommens auch aus den Kanzleigesällen und Sporteln bezogen, hier wie dort müssen die Vorsteher von Kanzleistellen aus ihren Einnahmen die untergeordneten Hilfsbeamten besolden (s. über die deutschen Verhältnisse *Schmoller* a. a. D. 53). Hier wie dort bilden die Bestallungspatente die Hauptquelle der Grundsätze des Verhältnisses von Fürst und Diener (*Nehm*, *Die rechtliche Natur des Staatsdienstes* a. a. D. S. 57 f.) und der Behördenkompetenz¹. Hier wie dort haben die Hofordnungen die ersten Grundzüge eines Amtsrechts gebracht (s. über die deutschen Verhältnisse *Schmoller* a. a. D. 63, damit zu vergleichen die Hofordnung z. B. Hein. VIII, von 1526, welche vorschrieb wie groß die täglich zu leistende Arbeit der Privy Concillours sein solle, wie viele von ihnen sich täglich zu versammeln hätten,

¹ In England hat sich dies sogar bis auf den heutigen Tag in einer Zentralbehörde, der Admiralität, erhalten, wo die Kompetenz nach dem Bestallungspatent vorwiegend beurteilt wird. Desgleichen ist die Tatsache, daß jeder der fünf Staatssekretäre für den andern eintreten kann, aus ihrem Bestallungspatente herzuleiten.

f. Nicolas Proceedings vol. 7 preface und die bekannte Feststellung der Rangordnung durch 31 Henry VIII. c. 10).

Bis zur Rezeption des römischen Rechts reicht dieser Parallelismus der Entwicklung, und es werden sich im einzelnen außer den hier angeführten Ähnlichkeiten auch noch eine Reihe anderer nachweisen lassen. Von da an geht aber die deutsche und englische Rechtsentwicklung in Frage des Beamtenrechts verschiedene Wege, d. h. besser gesagt, die englische Rechtsentwicklung bleibt stehen, die deutsche schreitet fort. In Deutschland brachte das fremde Recht die Notwendigkeit seiner Anwendung durch rechtsgelehrte Richter und Verwaltungsbeamte, sie schuf außerdem jene Ansicht von der theoretischen Allmacht des Fürsten, die schließlich in den Polizei- und Wohlfahrtsstaat ausmündete, aber auf dem Wege dahin einen großen Beamtenapparat brauchte, wobei als selbstverständliche Voraussetzung galt, daß der Monarch seine Beamten nach eigenem freien Willen ernennen, und wenn es ihm gut dünkte entlassen dürfte. Dadurch stach sie in wohlthuernder Weise von jener Verdinglichung der Ämter ab, wie sie in England und in Frankreich eintrat und zum Ämterkauf, Sinecurenwesen und zur Beamtenmishwirtschaft führte, die wie wir sahen, in England noch im Beginn des 19. Jahrhunderts fortbauerte.

Der große Beamtenapparat, wie er seit der Rezeption des römischen Rechts notwendig geworden und als Kampfmittel gegen die ständische Verwaltung von den deutschen Landesfürsten ins Treffen geführt wurde, brachte noch ein Mehreres. Er schuf ein Beamtentum als sozialen Stand mit eigenen Standesauffassungen und Standessitten, er machte ein Amts- und Disziplinarrecht nötig wie es England bis auf den heutigen Tag nicht hat. Deshalb nennen wir die Entwicklung Englands rückständig, weil es — vielleicht zu seinem Glück — niemals diese Ideen aufgenommen hat. Heinrich VIII. und die Tudors überhaupt scheinen geneigt gewesen zu sein, eine der kontinentalen ähnliche Entwicklung zu akzeptieren. Ihre am römischen Recht gestärkte Vorliebe für die Allmacht des Monarchen, ihre Heranziehung bürgerlicher Rechtsgelehrter, namentlich im römischen Rechte ausgebildeter Beamten, deren Verwendung im Dienste des Staatsrats und im diplomatischen Dienste schließlich die Verwendung von Beamten als reisender Kommissäre und Provinzialbeamten, um die Macht der lokalen Stände zu brechen, all das deutet darauf hin. Aber ihren Nachfolgern fiel das Parlament, d. h. die Ständeherrschaft in die Arme, und nun begann jene Verwaltung unter der Leitung der landed gentry, der Deutschland unfehlbar anheim gefallen

wäre, wenn nicht Friedrich Wilhelm I. in Preußen und gleich ihm andere deutsche Landesfürsten ihre „Souverainität wie einen rocher von bronze stabilisiert“ hätten.

Deshalb hat England nicht alle die Vorzüge eines modernen Beamtentums, und daß es dessen nicht entraten kann trotz Self-government usw., zeigt namentlich die neue und neueste Entwicklung daselbst. Deshalb hat England ein modernes Beamtentum erst allmählich und erst im Laufe des 19. Jahrhunderts sich anzueignen verstanden, während in Preußen die Grundlagen hierzu schon unter dem großen Kurfürsten, vollends aber von Friedrich Wilhelm I. seit 1713 gelegt waren. Schon der große Kurfürst hatte in seinem Testamente seinen Nachfolger ermahnt: die Beamten „zu erhalten und zu rekonpensieren, daß sie Euch zu Ehren leben können und nicht Ursache haben mögen, auf andere Mittel zu gedenken und sich korumpieren zu lassen, damit sie bloß und allein von Euch dependieren und sonst auf niemand's in der Welt ihr Absehen haben“. Worte, nach denen die Nachfolger in Preußen-Brandenburg ihre Beamtenpolitik einrichteten (Schmoller a. a. O. S. 1281), Worte, die aber in England erst etwa 100 Jahre später von Edmund Burke gesprochen wurden, als dieser seine große Verwaltungsreorganisation einleitete (siehe oben S. 240), die aber selbst damals spurlos verhallten, um erst seit dem Beginn der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts vollausgewirkt zu werden.

Seit 1713 wurde in Preußen mit den Naturaldeputaten ausgeräumt (s. Schmoller S. 125), wie auch sonst Friedrich Wilhelm I. der Begründer des preußischen Beamtentums in seiner kulturhistorischen Bedeutung geworden ist. Friedrich Wilhelm I. war es, der durch ein auskömmliches Besoldungssystem die Möglichkeit unabhängiger Beamter vorsah, so daß als einziges Übel in seiner Zeit nur noch die Ämterkumulation zur Erzielung entsprechender Gehälter hin und wieder vorkam, aber unter ihm auch möglichst beseitigt wurde (Schmoller a. a. O. S. 127). Aber was will auch dieser Übelstand gegen den in England und Frankreich damals vorhandenen und von den Monarchen dieser Reiche nicht nur geduldeten, sondern sogar ausdrücklich unterstützten Ämterkauf sagen, der namentlich in England bis in das erste Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts fortbauerte, während Ämterkumulationen, in der oben angeführten Weise, sogar noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts anzutreffen waren (s. Todd II. Parliamentary Government II. p. 207, 527, 563). Man denke nur an die Verbindung des First Lord of the Treasury

mit der Stelle des Warden of the Cinque Ports bis zur Zeit von Palmerston, an die bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts übliche Verbindung der Stelle eines Generalzahlmeisters mit der des Vizepräsidenten des Handelsministeriums, wodurch ausreichende Befoldung der Hauptstellen versucht wurde.

Friedrich Wilhelm I. war es, der, um seine landesfürstliche Allgewalt durchzusetzen, von 1713 ab die freie, durch keinerlei Präsentations- und Wahlrechte geschnürte königliche Ernennung der Beamten durchführte, dabei aber nicht die Absicht willkürlicher Auswahl verband, sondern nur alle die Einflüsse zu beseitigen strebte, welche mit dem Staatsinteresse in Widerspruch standen (a. a. O. 133). Man denke im Gegensatz hierzu nur an die englische Beamtenpatronage, die in England von seiten der oberen Staatsämter und Richter für die ihnen untergeordneten Amtsstellen ausgeübt und als nutzbringende Realgerechtsame bis in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts fortgeschleppt wurde! Daraus ergibt sich der große Vorsprung Preußens vor England in dieser Frage der Beamten- und Befoldungspolitik.

Im Zusammenhange damit stand es auch, daß der preussische Monarch, auf die juristisch-wissenschaftliche Ausbildung seiner Beamten Gewicht legend, ein geordnetes Prüfungs- und Ausbildungswesen vorschrieb, wonach insbesondere den Anfangsstellen ein „Noviziat, die Anskultatur und das Referendariat, und den höheren Stellen die Bekleidung bestimmter niedriger Stellen vorausgehen müsse“ (Schmoller 133), während in England diese Erkenntnis und die Einführung eines Staatsprüfungswesens erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gereift war.

Aber nicht bloß das Angeführte, sondern das gesamte Amtsrecht wurde schon von Friedrich Wilhelm I. in seinen Grundzügen geregelt. Schmoller sagt von dieser Entwicklung (a. a. O. S. 135): „Das Urlaubswesen, die Ordnung in den Sitzungen, die Einsetzungen von besondern Kommissionen, die Ordnung der Dienststreifen, das Verbot des Privat-erwerbs für bestimmte Beamte und der Geschenkannahme, die Kontrollierung der Beamten durch Vorgesetzte und Kollegen, die Führung von Konduitenlisten, das Kautionswesen, die Ordnung des Kassen-, Kanzlei- und Registraturwesens, kurz die ganze Ausbildung eines spezialisierten Dienstrechts ist von 1713 an, mit besonderem Nachdruck, mit großer Peinlichkeit durchgeführt worden.“ Die meisten der hier in Preußen schon 1713 festgelegten Grundlagen sind in England erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts annähernd eingerichtet worden, zum Teil

sogar erst in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts!

Durch diese verschiedene Rechtsentwicklung, in Deutschland schneller, in England langsamer und rückständiger, erklären sich auch die beiden grundlegenden Unterschiede des deutschen und englischen Amtsrechts. Wir finden sie darin, daß dem englischen Recht der Vertragsgedanke fehlt, wodurch sich der Beamte in Deutschland mit seiner ganzen Person in den Dienst des Staats stellt, um von ihm auch das nötige Einkommen und den Lebensunterhalt zu gewinnen, sodann jedes Disziplinar-, Dienst- und Amtsrecht, das den Beamten in Deutschland zu einem besonderen Stand macht, fehlt.

Die Gründe dieser Unterschiede sind nunmehr klar. Vor allem fehlt dem englischen Recht jener Einfluß des römischen Rechts und der konstitutionellen Doktrin (insbesondere in ihrer von Rousseau geführten Richtung, darüber nam. Rehm a. a. O. S. 578 ff. u. 602 f.), welcher in Deutschland, wie Rehm gezeigt, zur Einführung des öffentlichen Vertrags als Grundlage der Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Beamten geführt hat. Sodann fehlt ein eigenes Beamten-disziplinarrecht und Amtsrecht, weil das Beamtentum in England wegen seiner geringen Zahl, im Verhältnis zum Kontinent (s. Anhang), niemals zu einer eigenen sozialen Klasse, zu einem Stande, sich ausbilden konnte.

Abgesehen davon, daß infolgedessen kein wirksames Disziplinarrecht für Beamte eingerichtet werden kann, weil die Grundvoraussetzungen desselben, ein in sich sozial abgeschlossener Beamtenstand, in England nicht existiert, hat es der englische Staat auch nicht in seiner Macht, mit dem Ehrenlohn seine Beamten zu zahlen, sondern er kann sie nur in Bargeld abfinden.

Das bedeutet aber für ihn folgende Nachteile. Vor allem fühlen sich die Beamten dem Staat als Arbeitgeber gegenüber nur in derselben Kategorie wie andere Arbeiter und verlangen Bezahlung nach der jeweiligen Preislage des Arbeitsmarktes. Auch die höheren Verwaltungsbeamten fordern Salairs in der Höhe jener, die sie bekommen würden, wenn sie Privatdienste in einem großen Bankhause als „managers“ und dergleichen genommen hätten (s. Giffen im Second Report a. a. O. S. 330 ff.). Der Staat sieht sich in seiner Salairbestimmung abhängig von der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes und ist in den Strudel der Fluktuationen des letzteren hineingezogen. Der zweite

Nachteil ist die Unmöglichkeit der Auffindung von Rangstufen namentlich für den höheren Verwaltungsdienst, der nicht bloß Manipulationsdienst ist und daher nicht pondere, numero mensurave gemessen werden kann. Deshalb verfaßt auch jede systematische Gradation und ihr Schema, wie z. B. das oben genannte Playfairschema, das solche Gradation versuchte. Was das bedeutet, wird jeder an unsern deutschen Verhältnissen geübte Blick leicht übersehen, wo der Staat durch seine unzähligen Rang- und Titelabstufungen den Beamten zu immer eifrigerer Tätigkeit anzuapornen versteht und an ihnen wirksame Fermente für den Beamtenehrgeiz hat. Dagegen wird in England, wo die scharfe Scheidung zwischen höheren Beamten und Subalternbeamten nicht besteht, ewig darüber geklagt, daß letztere die Hauptarbeit hätten¹. Ewige Unzuriebenheit ist die Folge dieses Systems.

¹ Klagen der folgenden Art aus der Feder eines Staatsbeamten sind typisch (Daily News, Juni 1902):

„Take this case: A, a young lad from a University, with three weeks' experience of the work, is placed in charge of a branch comprising 60 men. A manifestly knows nothing of the work, and although able to hold his own in an academical discussion as to whether a semi-colon should take the place of a comma is as useless for the purpose of effective supervision as your most junior office boy. A, of course, does not run the branch, but A is the head of that branch for the time being. All papers passing through the branch pass through him. A gets the whole credit for running that branch, and in a year or two, under the present dispensation at the Admiralty, will receive an increase of salary from, say, £ 195 to £ 600 per annum. The Second Division man or staff clerk, with a training and practical experience of the work extending over 20, 25, and in some cases 30 years, who has actually to show A where to place his initials, receives no credit or recognition for what amounts to substantially running the branch. He sees every avenue of promotion barred to him, and must be content to look on in sullen disgust and despair whilst the inexperienced youth with a University veneer flounces about the department with all the airs of a gentleman of consequence and superior caste, in which airs, by the way, he is systematically encouraged by the higher authorities of the department.

Take B, who with four years' service is jumped from a salary of £ 200 to the position of a superintending clerk with a salary ranging from £ 600 to £ 800. Every practical man in the department knows that B during his service could not have fully mastered a single duty, and can know nothing of what is taking place throughout the Admiralty as a whole, a knowledge which should be an indispensable qualification in every officer occupying the rank of a superintending clerk. But B's innocence is rather a recommendation than a bar to his promotion. It is well known that he has under him experienced men who can perform the work, who actually do so; but

Schließlich kommt es nicht selten vor, daß Beamte sich auch soweit dem Arbeitgeber-Staat gegenüber als Arbeiter fühlen, daß sie sich, wenn sie in einem Verwaltungszweige recht zahlreich sind, zu Gewerkschaften mit einem den Trade Unions ähnlichen Charakter zusammenschließen¹, um zur Durchsetzung von Lohnforderungen gegen den Staat und zur Hebung ihrer Berufsinteressen, die nötigen Schritte einzuleiten. Gewöhnlich sind es nur niedere Beamte, da nur diese recht zahlreich in einem Verwaltungszweige vorhanden zu sein pflegen (s. Second Report a. a. O. CB. 10743 ff. und 10773 ff.). Aber dies genügt, um die Möglichkeit eines Beamtenstreiks in England nicht apriori aus dem Gedankenkreis zu verbannen und fortwährend die Waffe der parlamentarischen Wahlen zum Zwecke von Lohnerhöhungen spielen zu lassen. Deshalb ist trotz aller dagegen erlassenen Dienstinstruktionen² fortwährende Einflußnahme von Unterhausmitgliedern auf Erhöhung der Beamtengehälter die herrschende Regel³.

who nevertheless are persistently told that they must not aspire to the higher posts.

The foregoing are not isolated cases; they are typical of the Department, and in two or three years we shall have every post of value filled with the University man of a few years' experience."

¹ Solche Trade Unions sind namentlich unter den Briefträgern und Postbeamten häufig, z. B. die Fawcett Association, die Postal Telegraph Clerks Association, die United Kingdom Postal Association u. a. m. Zugehörigkeit zu einer solchen wird niemals dem betreffenden Beamten im Advancement hinderlich. So sagte der Generalpostmeister, Parl. D. vol. 107 (1902) p. 1057: „nor would connection with a Trade Union interfere with the prospect of promotion in such cases.“

Ja noch mehr, die Regierung muß sich Interpellationen gefallen lassen, weshalb sie auf Petitionen und Adressen dieser Gewerkschaften nicht sogleich geantwortet hat. Parl. D. vol. 105 p. 830 und 1450.

² Die wichtigste ist die Treasury Minute vom Jahre 1866 und die vom 2. Mai 1867. Durch dieselbe ist den Beamten verboten, Erhöhung ihrer Salairs auf anderem Wege als durch den Dienstvorgesetzten zu verlangen, und es wird ihnen angedroht, daß jede Einflußnahme durch ein Unterhausmitglied zu ihren Gunsten so betrachtet würde, als ob sie von vornherein die Erhöhung auf Grund ihres eigenen Verdienstes nicht beanspruchen könnten: „any attempt made by him to obtain the sanction of this board by any such sollicitation, will be treated as admission on the part of such officer, that his case is not good upon its merit“. Parl. D. (1904) vol. 142 p. 1671. Doch hat neuerdings der Generalpostmeister solche Gesuche durch Gewerkschaften der Postbeamten gestattet. Siehe „Times“ vom 14. Februar 1906.

³ Treffend sagte darüber der Premier: Parl. D. vol. 94 (1901) p. 1383

Dazu kommt das Fehlen der Vertragsgrundlage mit vollständiger Hingabe der Beamtenpersönlichkeit an den Staat. Das Fehlen der Vertragsgrundlage ist nicht etwa so zu verstehen, als ob die Rechtsstellung zum Staate eine mehr unsichere wäre als bei uns, im Gegenteil. trotzdem der Verwaltungsbeamte gewöhnlich ad nutum des Ministers amoviert werden kann, sitzt derselbe infolge des Parteikonventionalismus so fest im Sattel, daß immer ein großes Geschrei im Unterhause angeht, wenn der Minister einen untauglichen Beamten wirklich entlassen wollte¹. Gerade deshalb schlägt ein so einsichtsvoller Politiker wie Sir R. Giffen vor, die Vertragsgrundlage deshalb einzuführen, nicht etwa um den Beamten zur vollsten Hingabe seiner Persönlichkeit an den Staat zu veranlassen, sondern im Gegenteil, um seine Amtspflichten im einzelnen genau zu fixieren, damit er im äußersten Notfalle auch einer Disziplinarcommission unterstellt werden könnte (Giffen im Second Report a. a. D. C.B. 29343—356).

von den damit verbundenen Gefahren: „We should not be carrying out our duty to the public, and worst of all, we should aim a blow at the Civil Service, which is the boast of this country and the envy of the civilised world, because we should become the parliamentary creatures of every organised body of public servants, who chose to use the great power which the Constitution gives them for ends which I am sure they believe to be right, but which this House yield to in the manner now suggested without derogating from the high functions and spirit of pure impartiality which this House must maintain if Members are to do their duty by their constituents.“

¹ Darüber sagt ein hoher Staatsbeamter vor einer königlichen Commission wie folgt (Second Report of the Royal Commission on Civil Establishments a. a. D. p. 6. Evidence Nr. 10541 j.): Frage: „I should like to ask one question arising out of that. Is not really the sole difficulty that public departments have to contend with in exercising that full power, the fact that Parliament is behind them, and a member of Parliament always asks questions and brings interest to bear upon the head of the department, which practically annuls that power? The difficulty lies not with the public officer, but practically with difficulties that are thrown in his way outside his department by individual members of Parliament? Antwort: There is always before the heads of departments the fact that pressure may be brought to bear by members of Parliament, and it requires therefore, that a case must be very strong, that it must be a very good case before you would dismiss. Probably you would be much more long-suffering in a Government department than you would be in a private establishment.“

Frage: But you would hardly plead the interference of members of Parliament as a justification for not getting rid of an unworthy servant, would you? Antwort: It is not a good reason but as a matter of fact it is powerful. The House of Commons are our masters.“

Dieses Fehlen des Gedankens, daß der Beamte sich durch Eintritt in den Staatsdienst ganz dem Staate verschreibe, bewirkt, daß erst in jüngster Zeit die Ausübung gewisser Nebenbeschäftigungen als mit dem Staatsdienst inkompatibel festgestellt, aber nicht durchgesetzt wurde (s. oben S. 264 f.), daß, wie wir eben hörten, der Zusammenschluß von Beamten zu gewerkschaftsähnlicher Verbindung nicht selten ist, und daß umgekehrt der Staat seinerseits noch so spät wie 1888 in Frage stellen konnte, ob eine Beamtenpension überhaupt vom Staate zu zahlen sei (s. Second Report a. a. O. S. 20 Nr. 78 und Evidence von Giffen a. a. O.).

Gegenüber diesen Nachteilen hat aber das englische System auch unleugbare Vorzüge. Vor allem kann hier nie ein völliges Sichabschließen der Beamtenschaft als sozialer Stand und eine damit verbundene Entfremdung des Beamtentums gegenüber dem Volksleben eintreten, während das deutsche Beamtentum von dieser Gefahr nicht immer fern gehalten werden kann (s. Perthes, Der Staatsdienst in Preußen 1838 S. 48 ff.).

Sodann kann nie hier jener militärische Geist in die Zivilverwaltung übertragen werden, wie er sich bei uns infolge der Tatsache vorfindet, daß die meisten höheren Beamten Offiziere der Reserve oder ehemalige aktive Offiziere gewesen sind, und daß die ausgeübten Unteroffiziere meist als Subalternbeamte in die Zivilverwaltung eintreten. Daß aber solche Übertragung vom Übel sein kann, sagt Perthes, ein begeisterter Verehrer des preussischen Beamtentums, mit den Worten: „Ordnung, Pünktlichkeit, Gehorsam werden sich freilich finden, aber diese Eigenschaften, welche im Staatsdienst unentbehrlich sind, müssen, wenn sie nicht verderblich wirken sollen, im Zivildienst durchaus eine andere Gestalt haben, als im Kriegsdienst und sind in keinem Falle das höchste Ziel, welches anzustreben ist. Die Verwaltung ist nicht der Ordnung und Pünktlichkeit wegen vorhanden, sondern Ordnung und Pünktlichkeit wird gefordert, damit Verwaltung möglich sei. Zugleich mit jenen militärischen Tugenden gehen auch die militärischen Vorurteile, geht die Überschätzung eigener Bedeutsamkeit in den Zivilstaatsdienst über. Im Kriegerstande selbst sind sie weniger störend, weil sie im engsten Zusammenhang mit der Grundlage des Kriegsdienstes, mit der kriegerischen Ehre stehen, aber in andere Verhältnisse gebracht, werden sie unerträglich.“ Der in unsere deutschen Verhältnisse Einblick gewonnen hat, wird zugestehen, daß diese 1838 geschriebenen Worte auch für unsere Zeit

Geltung haben. All' dem entgeht das englische Recht dadurch, daß die Beamtenschaft dort keinen sozialen Stand darstellt. Dazu kommt noch, daß infolgedessen der englische Staat seinen Beamten keine besonderen Privilegien vor den übrigen Bürgern gewährt, was wieder verhindert, daß sich hier jeder Beamte oder sagen wir besser jeder Mensch, der eine Beamtenmütze und Uniform trägt, vom Eisenbahnkassierer aufwärts, gleich als Inkarnation des waltenden Staatsgedankens fühlt. Man wird also zugeben müssen, daß auch das englische Beamtensystem seine bedeutenden Lichtseiten hat.

Kurz zusammenfassend wird man wohl sagen können, daß bei dem deutschen System der Staat, bei dem englischen das Individuum (Staatsbeamter oder Bürger!) sich besser zu stehen kommt.

In einem Punkte sind übrigens beide Systeme gleich, nämlich darin, daß hier wie dort nur die vermöglichen Klassen Zutritt zur höheren Beamtenlaufbahn haben.

Als man 1853 zum ersten Male in England das System von Staatsprüfungen einführte, da „befürchteten“ die herrschenden Klassen ganz allgemein¹ eine fortschreitende Demokratisierung des Staatswesens. Was aber wirklich eingetreten, ist das Gegenteil, nämlich: eine innigere Verbindung der höheren Klassen mit der administrativen Machtvollkommenheit im Staate. Das liegt zum Teile an der England eigentümlichen Kostspieligkeit der Schulbildung, zum Teile aber an der Tatsache, daß die höheren Klassen jene Bildung mitbringen, die aus Büchern nicht gelernt wird, und auf die dennoch der ganze englische Staatsdienst zugeschnitten ist. Treffend charakterisiert dies Gladstone (Morley a. a. O. I. 649) mit den Worten: „I have a strong impression that the aristocracy of this country are even superior in natural gifts on the average to the mass: but it is plain that with their acquired advantages, their insensible education, irrespective of book-learning, they have an immense superiority. This applies in its degree to all those who may be called gentlemen by birth and training and it must be remembered that an essential part of any such plan (nämlich der Reform des Staatsdienstes) is the separation of work, wherever it can be made into mechanical and intellectual, a separation which will open to the highly educated class a career, and

¹ So z. B. Lord Russell. Die Frage war ganz allgemein: Wie könnte sich der demokratische Staatsdienst mit einer aristokratischen Legislatur vertragen. Morley, Gladstone.

give them a command over all the higher of the civil service, which up to this time they have never enjoyed . . .". Daß die hier von Gladstone gerühmte „separation of work“ heute nur nominell fortbesteht, während faktisch die Unbemittelten ausgeschlossen sind, jene Schulbildung zu genießen, welche ihnen auch die rechtliche Möglichkeit gäbe, in die oberen Staffeln des Staatsdienstes einzutreten, die sie ja faktisch schon ersetzen könnten, ist oben besprochen und ein recht zu beklagender Übelstand, wobei nicht aus dem Auge gelassen werden soll, daß bei uns die Verhältnisse zum Teil ähnlich liegen.

Eine Statistik des Beamtenums für die wichtigsten Zentralbehörden gibt Offen im Second Report
a. a. O. p. 431, wie folgt:

I.—Analysis of the Item of Salaries and Allowances, including Copying in the under-mentioned Ministerial Departments
in the Estimates of 1888—89, Class II.

Name of Department in the Estimate	Total Vote	Total for Salaries, &c., including Copying	Salaries of Political Officers		Salaries of Permanent Officers of 1000 <i>l</i> and upwards		Salaries of Permanent Officers of 400 <i>l</i> to 1000 <i>l</i>		All other Salaries		Copying
			No.	Amount	No.	Amount	No.	Amount	No.	Amount	
Treasury	£ 60 000	£ 56 000	7	17 000	9	13 700	26	13 600	82	11 000	£ 800
Home Office	95 700	73 000	2	6 500	8	9 400	93	43 900	75	11 700	1 500
Foreign Office	71 000	54 000	2	6 500	12	13 800	47	22 000	48	11 700	—
Colonial Office	41 000	36 000	2	6 500	8	9 900	25	13 600	42	5 000	1 100
Privy Council Office	51 000	27 000	1	2 000	{ 3 1	{ 4 400 1 000	5 6	{ 2 600 2 550	{ 29 13	{ 4 500 1 400	{ 1 000
Board of Trade	104 000	87 000	2	3 200	14	17 000	50	26 100	178	31 000	9 200
Local Government Board	449 000	129 000	2	3 200	15	16 000	113	72 100	162	24 860	13 000
Office of Works	49 600	47 000	1	2 000	6	6 400	21	10 900	125	27 200	—
Secretary for Scotland	9 200	8 400	1	2 000	2	2 500	2	1 250	19	2 700	—
Lords Lieutenant's Household and Irish Office	7 500 40 700	6 600 36 000	— 1	— 4 400	— 4	— 5 750	4 19	— 10 700	23 82	4 000 15 300	— 300
	978 700	560 000	21	53 300	82	99 850	411	221 900	900	158 560	26 900

19*

Eine Statistik des gesamten britischen Beamtentums gibt

RETURN showing the Total Number of Persons in the Established Civil Service of the State on the 31st day of March 1902, distinguishing those in each Department of the Civil Service and Revenue Departments, respectively. (Parl. Pap. 1903, Nr. 409):

Department	Zahl
Admiralty	8 869
Agriculture and Technical Instruction Department, Ireland	148
Agriculture. Board of	136
British Museum	281
Broadmoor Criminal Lunatic Asylum	150
Charitable Donations and Bequests Office, Ireland	4
Charity Commission	73
Chief Secretary's Office, Ireland, and Departments for which it accounts	48
Civil Service Commission	56
Colonial Office	113
County Court Department	28
County Court Officers, &c., Ireland	99
Customs Department	3 877
Dublin Metropolitan Police Office	20
Dundrum Criminal Lunatic Asylum	45
Education, Board of	1 125
Education Department, Scotland	144
Endowed Schools Commission, Ireland	2
Exchequer and Audit Department	210
Fishery Board, Scotland	45
Foreign Office	127
Friendly Societies Registry	19
Home Office and subordinate Departments for which it accounts	289
Inland Revenue Department	5 388
Land Commission, Ireland ¹	182
Land Registry	57
Law Departments, Scotland	38
Local Government Board, England	435
Local Government Board, Ireland	135
Local Government Board, Scotland	28
Lunacy Commission, England	24
Lunacy Board, Scotland	10
Mint	188
National Debt Office	37
National Education Commissioners, Ireland	173
National Gallery	34
National Gallery, Ireland	5
National Portrait Gallery	13
Ordnance Survey Department	205
Paymaster-General's Office	54
Post-Office	77 035
Prisons Commissioners, England	2 784
Prisons Board, Ireland	551
Übertrag	103 284

¹ Including 15 officers of the Congested Districts Board.

Department	Zahl
Übertrag	103 284
Prisons Commissioners, Scotland	419
Privy Council Office.	22
Public Works Loan Commission	26
Record Office, England.	75
Record Office, Ireland	19
Register House Departments, Edinburgh	100
Registrar-General's Office, England	86
Registrar-General's Office, Ireland	29
Registrar-General's Office, Scotland	19
Royal Irish Constabulary	20
Secretary for Scotland's Office	28
Stationery Office	87
Supreme Court, England ¹	459
Supreme Court, Ireland	243
Supreme Court, Pay Office	67
Trade, Board of, and subordinate Departments	1 093
Treasury and subordinate Departments for which it accounts (exclusive of Paymaster-General's Office).	113
Treasury Solicitor and Law Officers' Department	22
Valuation Office, Ireland	77
Wallace Collection	12
War Office	1 039
Woods, Forests, &c., Office of	46
Works, Office of, England	294
Works, Office of Public, Ireland	103
Summe	107 782

Die Zahl der Staatsbeamten im Deutschen Reiche nach der Berufsstatistik von 1895 (siehe Statistik des Deutschen Reichs N. F. Bd. 103 S. 360 ff.) war (Hof- und Schuldienst und Militär- und Flottendienst ausgeschlossen): 292 909

Davon im höheren Staatsdienst (Anwälte und No-

tare inkl.) 39 994

" sonstiges Personal 175 056

" Dienstpersonal 77 859

Im Schuldienst 232 848

Im Militärdienst (Offiziere und Militärbeamte) 27 966

¹ Under section 15 (1) of the Supreme Court of Judicature (Officers) Act, 1879, the officers and clerks of the Supreme Court are declared to be civil servants of the State for the purposes of salary and pension.

Bericht über die 25. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit.

Von

Emil Münsterberg.

Inhaltsverzeichnis.

Generalbericht über die Tätigkeit des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit während der ersten 25 Jahre seines Bestehens S. 296. — Die heutigen Anforderungen an die öffentliche Armenpflege im Verhältnisse zur bestehenden Armengesetzgebung S. 301. — Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit S. 306.

Durch seine Tagung vom 21. und 22. September 1905 beging der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit die Feier seines 25 jährigen Bestehens. Sie wich in der äußeren Form nicht von den sonstigen Versammlungen ab. Den Jubiläumscharakter gaben ihr vielmehr die Verhandlungen, deren Gegenstände mit besonderer Rücksicht auf das verflossene Vierteljahrhundert ausgewählt waren. Die Tagung fand in Mannheim statt, das im vergangenen Jahre noch zwei andere große Vereinigungen, den Deutschen Verein für öffentliche Gesundheitspflege und den Verein für Socialpolitik bei sich sah. Den besonderen Vorzug der Anwesenheit der Landesmutter, der Großherzogin von Baden, konnte der Verein leider nicht genießen, da sie im letzten Augenblick die ernstlich von ihr gehegte Absicht persönlichen Erscheinens hatte aufgeben müssen. Doch brachten ihre Vertreter, der Geheime Rabinettssrat von Chelius und der Vertreter des Badischen Frauenvereins, Geheimrat Sachs, dem Verein die Grüße der Landesmutter, deren vorbildliche Tätigkeit gerade auf den von dem Verein bebauten Gebieten von allen Seiten gleichmäßig geschätzt und anerkannt wird. Ihnen schlossen sich an

der Vertreter des badischen Ministeriums des Innern, Geheimrat Weingärtner und der Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Beck, der in besonders warmer Weise auf die Tätigkeit und die Erfolge des Vereins hinwies.

Aus den geschäftlichen Mitteilungen ist folgendes bemerkenswert: Dem Verein gehören zur Zeit an 248 Gemeinden, 48 Körperschaften, 59 Vereine, 192 Privatpersonen, zusammen 549 Mitglieder. Den Verhandlungen liegen wie immer gedruckte Berichte zugrunde, an die die Berichtersteller bei ihrem mündlichen Vortrage anknüpfen. Die Berichte erscheinen im Verlage von Dunder & Humblot in Leipzig und sind einzeln käuflich zu haben. Den Mitgliedern des Vereins werden sie geliefert. Mitglied des Vereins kann jede korporative Persönlichkeit und jede Privatperson gegen Zahlung eines Beitrages von 10 bzw. 5 Mark werden. Anmeldungen sind bei dem Vorsitzenden Stadtrat Ludwig-Wolf (Leipzig, Rathausring 5) zu bewirken.

Die Gegenstände, die mit besonderer Beziehung auf das 25 jährige Bestehen des Vereins gewählt waren, bedeuteten einen Rückblick und einen Vorblick. Den Rückblick gab der Schriftführer des Vereins und zugleich Verfasser dieser Zeilen in einem

1. Generalbericht über die Tätigkeit des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit während der ersten 25 Jahre seines Bestehens 1880—1905.

indem er seinen vor 10 Jahren erschienenen Generalbericht ergänzte und vervollständigte. Der Bericht enthält Nachrichten über Entstehung und Wirksamkeit des Vereins, chronologische Verzeichnisse der von ihm herausgegebenen Schriften und der Berichtersteller, vor allem aber eine systematische Übersicht des gesamten Inhalts der Vereinschriften. Diese Übersicht gewinnt dadurch, daß im Laufe der 25 jährigen Tätigkeit fast alle Gebiete des Armenwesens berührt worden sind, den Charakter einer wissenschaftlich praktischen Systematik des Armenwesens. In der Tat gibt es kaum einen zu dem Gebiet gehörigen Gegenstand, der nicht ein oder mehrere Male in eingehender Weise auf Grund umfassenden Materials erörtert worden wäre. So die Grundlagen der Armengesetzgebung, das Verhältnis der reichsdeutschen Gesetzgebung zu der von Bayern und Elsaß-Lothringen; die Zwangsmaßregeln wegen Versäumung der Nährpflicht, die Fürsorge für Ausländer usw. Im Gebiete der eigentlichen Armenverwaltung ist es die wiederholte Erörterung der ehrenamtlichen

Tätigkeit in der Armenpflege und des Elberfelder Systems, die das besondere Interesse herausfordern. Wiederholt ist auch über die Tätigkeit der Frauen in der Armenpflege gesprochen worden. Von den einzelnen Zweigen der Armenpflege treten namentlich die Fürsorge für Kinder und Kranke hervor. Doch sind auch die allgemeinen Grundsätze der Armenpflege, geschlossene und offene Armenpflege vielfach erörtert.

Der Verein gehört zu der nicht geringen Zahl von Bildungen, die in dem Jahrzehnt nach der Gründung des Deutschen Reiches entstanden, durch die auf zahlreichen Gebieten der öffentlichen Wohlfahrt versucht werden sollte, durch gemeinschaftliche Zusammenkunft der Fachgenossen in Wanderversammlungen über die Gegenstände des Fachgebietes Aufklärung zu schaffen und auf die öffentliche Meinung durch Berichte und Verhandlungen zu wirken. Solchen Vereinen wohnte, abgesehen von der sachlichen Bedeutung, auch eine nicht unerhebliche nationale Bedeutung inne, insofern sie die Angehörigen aller deutschen Bundesstaaten regelmäßig vereinigten und über den unmittelbaren Verhandlungsgegenstand hinaus dazu führten, die Bekanntschaft zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West zu vermitteln und unvermerkt manches landschaftliche Vorurteil wechselseitig verschwinden zu machen. Die Tätigkeit des Vereins wurde regelmäßig in der Weise geübt, daß Berichte, die von sorgfältig ausgewählten Fachkennern verfaßt werden, gedruckt und den Verhandlungen zugrunde gelegt werden. Man kann nicht sagen, daß es sich bei diesen Berichten und Verhandlungen durchweg um Praxis oder durchweg um Wissenschaft handelt. Während früher nur die eigentlichen Gelehrten und Fachmänner, allenfalls auch noch die Politiker und Publizisten sich in zusammenhängender systematischer Form über einen Gegenstand zu äußern vermochten, hat in den letzten 30 Jahren das Kongreßwesen eine große Anzahl neuer Mitarbeiter geschaffen, die weder bloße Gelehrte noch auch bloße Praktiker sind, sondern die Gabe allmählich entwickelt haben, einen Fachgegenstand mit einer vielfach wissenschaftlichen Gründlichkeit zu behandeln. Wird so die Kenntnis des Fachgebietes ganz objektiv und zunächst ohne Hinblick auf das praktische Ergebnis durch Beibringung von Material und durch Erörterung der Grundlagen bereichert, so dient doch auch gleichzeitig diese Behandlung der Fragen dem praktischen Bedürfnis und regt unmittelbar zu praktischer Tätigkeit an. Wenn irgendwo, gilt das für den Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, dessen Mitglieder fast durchweg der praktischen Verwaltung der öffent-

lichen Armenpflege angehören, die aus den Verhandlungen neue Anregung und Belehrung gewinnen, auf der andern Seite aber auch durch Mitteilung ihrer Erfahrungen rein theoretischen Forderungen die Mäßigung der Praxis gegenüberstellen wollen.

Der Verein trat ins Leben, nachdem die deutsche Wirtschafts- und Armengesetzgebung etwa 10 Jahre in Kraft war. Die Wirkungen dieser Gesetzgebung waren während dieses Jahrzehnts sehr häufig und leidenschaftlich umstritten worden, namentlich als einem unerhörten wirtschaftlichen Aufschwung ein ernstlicher Rückschlag gefolgt war. Wie es meist in politischen und parlamentarischen Kämpfen zu geschehen pflegt, daß man das Symptom und nicht die Ursachen aufsucht, war man bemüht, den Niedergang statt auf die Wirtschaftsgesetzgebung auf die Armengesetzgebung zu schieben und beachtete gar nicht, daß diese Wirtschaftsgesetzgebung, diese Armengesetzgebung nicht Erzeugerinnen eines wirtschaftlichen Zustandes geworden waren, sondern daß die Gesetzgebung dem Bedürfnis des geeinten Staats, dem Bedürfnis der modernen und industriellen Entwicklung hatte nachfolgen müssen, daß somit diese Gesetzgebung in Wahrheit nichts anderes war als ein Niederschlag neuer den Bedürfnissen des geeinten Reiches entsprechender Verhältnisse. Aber diese Literatur, diese Bewegung in Parlament und Presse, ist im ganzen nicht auf Tatsachen gegründet, — es sind mehr Empfindungen und politische Meinungen, Ausdruck der Gegensätze zwischen Ost und West, zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Großstädten und kleinen Gemeinden. Und wenn im allgemeinen die Empfindung vorhanden war, daß der Westen bei der wirtschaftlichen Bewegung besser abschnitt als der Osten, daß die Landwirtschaft mehr zu leiden hatte als die Industrie, die mächtig in die Höhe stieg, so konnte man diesen Empfindungen doch keinen tatsächlichen Ausdruck geben, weil es an Material fehlte. Und um diesen Zeitpunkt, 10 Jahre nach der Reichsgründung, findet das Bedürfnis, sich über diese Fragen zu unterrichten, einmal tatsächlichen Grund unter die Füße zu bekommen, die Bestrebungen auf dem Gebiete des Fürsorgewesens zu stützen, zu fördern, sich wechselseitig darüber zu unterrichten, einen so kräftigen Widerhall, daß eine Anzahl gemeinnützig gesinnter Männer zusammentritt und sich darüber unterhält, wie dem Bedürfnis Rechnung getragen werden kann; sie vereinigen sich zu einer Konferenz, in der ausgesprochen wird, man solle die zerstreuten Reformbestrebungen sammeln, man solle den Bestrebungen eine tatsächliche Grundlage geben, man solle auf regelmäßig wiederkehrenden Wanderversammlungen sich über Be-

dürfnis von Reformen, über Tragweite, über Ziele der Reformbestrebungen unterhalten.

So entstand 1880 durch den Zusammentritt von etwa 100 Stadtgemeinden die erste Konferenz, die als ersten Gegenstand das brennende Thema: Der Unterstützungswohnsitz und das Landarmenwesen einer Besprechung unterziehen wollte. Gerade bei dieser ersten Besprechung erkannte man, wie sehr es an tatsächlichen Grundlagen für die Würdigung der Frage fehlte, und wie wünschenswert es sei, derartige tatsächliche Grundlagen zu schaffen. So empfand man das Bedürfnis, die erste Unterhaltung zu wiederholen. Die zweite wurde für 1881 einberufen und ihr der Name gegeben, den der Verein noch heute trägt. An seiner Spitze stand die ersten sechs Jahre der Stadtverordnetenvorsteher von Berlin, Dr. Straßmann, dann 15 Jahre lang der Landtagsabgeordnete und Beigeordnete Seyffardt (Gresfeld), dem 1901 der zeitige Vorsitzende, Stadtrat Ludwig-Wolf (Leipzig) nachfolgte. Von entscheidendem Einfluß auf Art und Tätigkeit des Vereins ist namentlich Seyffardt geworden, dessen mannigfache politische, gemeinnützige und wohlthätige Arbeit ihn mehr wie jeden andern befähigten, gerade den Aufgaben des Vereins gerecht zu werden. Er war lange Jahre Vorsitzender der Gresfelder Armenverwaltung, die er durch Einführung des Elberfelder Systems reorganisiert hatte und aufs engste mit der ehrenamtlichen Tätigkeit verwachsen, die gerade in Deutschland der armenpflegerischen Arbeit ihr charakteristisches Gepräge gibt.

Wer irgend sich mit Fragen der Armenpflege zu beschäftigen hat, wird an dem Generalbericht nicht vorbeigehen dürfen, da, wie schon gesagt, ziemlich alle diesem Gebiete angehörigen Fragen in mehr als hundert Einzelberichten erörtert worden sind. Da die Einzelberichte fast durchweg auf Umfragen und Berichten in den einzelnen Armenverwaltungen beruhen, so kann man ohne Übertreibung von Tausenden von Berichten sprechen, deren Niederschlag in den Veröffentlichungen des Vereins zu finden ist. Einige von diesen Veröffentlichungen haben den Charakter von Kompendien, wie namentlich die Arbeiten von Reizenstein, Die ländliche Armenpflege und ihre Reform, die von Böhmert, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten, die von Münsterberg über das ausländische Armenwesen, und die von Silbergleit bearbeitete Finanzstatistik. Die Verzeichnisse S. 29 ff. weisen die einzelnen Versammlungsorte und Jahre mit den dazu gehörigen Berichten, das Verzeichnis S. 39 ff. die einzelnen Berichte nach der Reihenfolge der Berichterstatte nach; außerdem

dient ein systematisches Inhaltsverzeichnis und ein genaues Sachregister zur leichteren Auffindung der Gegenstände. Einzelne Berichte herauszugreifen, ist in dem hier gegebenen Rahmen kaum möglich. Doch darf vielleicht darauf hingewiesen werden, daß der Verein stets mit der modernen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Schritt zu halten gesucht hat und das Verständnis für das, was wir heute „soziale Armenpflege“ nennen, auszubreiten bemüht gewesen ist. Es ist darunter zu verstehen, daß die Armenpflege bestrebt sein muß, von der rein charitativen Gewährung von Almosen zu der Auffassung des Armen als eines Teiles der sozialen Gemeinschaft fortzuschreiten und die helfende Tätigkeit mit der Absicht wirtschaftlicher Förderung zu verbinden. So hat gerade das Verhältnis der Sozialgesetzgebung zu der Armenpflege den Verein wiederholt beschäftigt. Wenn auch das Material nicht ausreichte und auch gegenwärtig noch nicht ausreicht, um den Einfluß der einen auf die andere zutreffend zu beurteilen, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß die Anwendung einer halben Milliarde auf Grund der sozialen Gesetzgebung ihren Einfluß auf die Armenpflege nicht verfehlen kann. Dennoch zeigte sich die merkwürdige Erscheinung, daß die Lasten der Armenpflege sich im großen Ganzen nicht verringert haben, sondern fortgesetzt gestiegen sind; diese Erscheinung kann nur daraus erklärt werden, daß die ganz ungeahnte Entwicklung der durch die Krankenkassen, Versicherungsanstalten usw. geübten hygienischen und krankenspflegerischen Tätigkeit auf die gesamte Lebenshaltung der unteren Bevölkerungsklassen den bedeutendsten Einfluß geübt und das Verständnis für den Wert solcher Tätigkeit in der gesamten Bevölkerung erst geweckt hat. Hierdurch wurde die Armenpflege genötigt, ihrerseits der Entwicklung nachzufolgen und ihre Leistungen derartig auch für die von der Versicherung nicht betroffenen Bevölkerungsklassen zu vermehren und zu erweitern, daß dadurch die erzielten Ersparnisse nicht nur wett gemacht, sondern vielfach überboten wurden. Im einzelnen kommt diese soziale Auffassung in den verschiedensten Stellen zum Ausdruck, sobald der Verein hierher gehörige Gegenstände verhandelte; so die Säuglingssterblichkeit, das Haltekinderwesen, die Fürsorge für die schulentlassene Jugend, für verwahrloste Kinder, die Fragen der Heime und Heilstätten, der Bekämpfung der Tuberkulose, Beschaffung von Krankenpflege usw.

Wenn der Generalbericht rückblickend die Bemühungen des Vereins um planmäßige Entwicklung von Armenpflege und Wohltätigkeit darzustellen bestimmt war, so sollten in dem zweiten Thema die

tatsächlichen Leistungen der deutschen Armenverwaltungen gewürdigt werden. Das Thema lautete:

2. Die heutigen Anforderungen an die öffentliche Armenpflege im Verhältnis zur bestehenden Armengesetzgebung.

Der Wortlaut des Themas ergab schon, daß man eine Art Fazit aus der Tätigkeit des Vereins ziehen und, indem man von den heutigen Anforderungen sprach, feststellen wollte, wie weit diesen Anforderungen wirklich genügt werde. Die Berichte sind erstattet von dem Senatssekretär Dr. Buehl und dem Rat des Hamburger Armenkollegiums Fleming, während Mitberichte, die speziell von den Verhältnissen Bayerns und Elsaß-Lothringens ausgingen, von dem Rechtsrat Fleischmann in Nürnberg und Beigeordneten Dr. Schwander in Straßburg erstattet wurden. Die sämtlichen Berichterstatter, namentlich Buehl und Schwander, gehen im Eingange ihrer Erörterungen auf die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen ein, die für die Entwicklung der Armengesetzgebung im Sinne moderner Anschauungen entscheidend sind. Charakteristisch sind hierfür die folgenden Worte Buehls: „Der moderne Staat hat die rein charitative Auffassung des Mittelalters ebenso überwunden wie den polizeilichen Standpunkt der späteren Jahrhunderte, und er erachtet es als seine soziale Pflicht, denjenigen Mitgliedern der Gesellschaft, welche innerhalb der staatlich anerkannten und geschützten Wirtschaftsordnungen ihre Existenz nicht finden können, vermittels der obligatorischen öffentlichen Armenpflege wenigstens die notdürftigsten Lebensbedingungen zu gewährleisten. Diese Anschauung über das Wesen der Armenpflege schließt aber die Anerkennung ihrer Entwicklungsnotwendigkeit ohne weiteres in sich. Denn wo sind die Dinge mehr im Fluß, wo herrscht ein stetigerer, ein lebendigerer Fortschritt als im Wirtschaftsleben unserer Zeit! Ist aber die Armenpflege ein Stück unseres gesellschaftlichen Milieus, so ist sie auch denselben Wandlungen unterworfen wie unsere sozialen und wirtschaftlichen Zustände überhaupt“. Doch verwahrte er sich im Laufe der mündlichen Verhandlungen gegen den von einigen Seiten gemachten Vorwurf, als wenn er die Grenzen der öffentlichen Armenpflege ins Uferlose erweitern wolle. Die grundlegende Voraussetzung der öffentlichen Armenpflege bilde immer ihre Beschränkung auf das Notwendige, ihr subsidiärer und ihr repressiver Charakter, da die öffentliche Armenpflege nur Lücken auszufüllen, nur da einzutreten habe, wo das Notwendige zum Lebensunterhalt entbehrt werde. Über den Begriff des Notwendigen freilich gehen in der

Praxis die Ansichten vielfach auseinander. Von großem Interesse ist die Prüfung, die Buehl in bezug auf die Entscheidungen der höchsten armenrechtlichen Behörde, des Bundesamts für das Heimatswesen, anstellt, um festzustellen, inwieweit durch diese Rechtsprechung die Entwicklung der praktischen Armenpflege gefördert worden ist. Er kommt zu dem Ergebnis, daß durch diese Entscheidungen die an die Armenpflege gestellten Anforderungen eine bedeutsame Erweiterung erfahren haben, namentlich in bezug auf die Krankenpflege und ihre Erweiterung auf die Fürsorge für Genesende und die Heilstättenbehandlung, obwohl das Bundesamt den Boden der eigentlich armenrechtlichen Verpflichtungen nicht verlassen hat.

Den springenden Punkt der Untersuchung von Buehl und Flemming bildet aber die Feststellung, wie weit die Armenverwaltungen der modernen Entwicklung in ihren Leistungen tatsächlich nachgefolgt sind. Es ist zu diesem Zweck von den Berichterstattern ein Fragebogen an 143 deutsche Städteverwaltungen versendet worden, in dem eine Reihe hierfür erheblicher Fragen gestellt werden. Das gilt namentlich von der Frage nach der Einführung von Tarifen, die das sogenannte Existenzminimum festlegen, und der Frage, ob und inwieweit gegenwärtig Leistungen als Aufgaben der öffentlichen Armenpflege anerkannt werden, die man früher als außerhalb des Existenzminimums liegend erachtete. Es zeigt sich, daß nur in verhältnismäßig wenigen Städten der Tarif für das Existenzminimum im Laufe längerer Zeiträume erhöht worden ist, und daß man im ganzen nicht aussprechen kann, daß diese Entwicklung den gesteigerten wirtschaftlichen Verhältnissen und Bedürfnissen gefolgt sei. Über die bestehenden Tarife ist eine spezielle Übersicht gegeben, der sich eine Übersicht über den Aufwand für die offene Armenpflege anschließt, bei der allerdings außerordentliche Verschiedenheiten obwalten, so daß das Zahlenergebnis nur mit großer Vorsicht verwertet werden kann. Dies eine aber, sprechen die Berichterstatter aus, ergebe sich unwiderleglich, daß die so viel gehörte Behauptung vom ständigen Wachsen des Armenaufwandes, von der in erschreckender Zunahme begriffenen Neigung weiter Bevölkerungskreise, sich von der Gesamtheit ernähren zu lassen, jeder tatsächlichen Unterlage entbehre, ja daß die überwiegende Mehrzahl der Armenverwaltungen in ihren Leistungen in offener Pflege an dem Existenzminimum im alten Sinn unbedingt festhalte und von einer grundsätzlichen planvollen Erweiterung der Leistungen der Armenpflege auf diesem Gebiete im allgemeinen wohl nicht die Rede sein könne. Und so kommen Buehl und Flemming

zu der höchst bemerkenswerten und überraschenden Schlußfolgerung, daß im wesentlichen die Verwaltungspraxis über die Rechtsgrundlage, d. h. über den ihr offen stehenden Rahmen der Gesetzgebung nicht hinausgewachsen, sondern daß die Praxis vielmehr hinter diesen Möglichkeiten zurückgeblieben sei und den ihr gezogenen Raum bei weitem noch nicht ausgefüllt habe. Indem sie die gegen eine etwaige Erweiterung der Leistungen zu erhebenden Bedenken in zutreffender Weise charakterisieren, betrachten sie am Schlusse die Möglichkeiten der Reform. Sie fordern, daß der Aufgabenkreis der Armenpflege fester und auch enger umgrenzt werde, namentlich gegenüber den Aufgaben der Sozialpolitik und sonstigen Wohlfahrtsmaßregeln, die von andern öffentlichen Körperschaften erfüllt werden müßten, wogegen die früher schon im Verein erörterte Forderung erneut wird, leistungsfähige Träger der Armenpflege zu schaffen, wobei namentlich an eine planvolle Erweiterung der Aufgaben der größeren Verbände gedacht wird. Vor allem sei es wichtig, die Erfüllung der tatsächlich vorhandenen gesetzlichen Anforderungen sicher zu stellen und hierzu neben eine bessere Organisation auch die Zentralisation der Aufsicht über die Ausübung der Armenpflege zu stellen, an der es in Deutschland im Gegensatz zu vielfachen Einrichtungen des Auslandes namentlich Englands vollständig fehlt.

Fleischmann und Schwander behandeln ihrer Aufgabe gemäß die Frage vom Standpunkte Bayerns und Elsaß-Lothringens. Der erste gibt einleitend eine nicht uninteressante Übersicht über die Entwicklung des bayerischen Armenwesens vom Mittelalter an und berichtet unter Beibringung zahlreichen statistischen Materials über den gegenwärtigen Stand der Armenpflege in Bayern, während Schwander einleitend die wirtschaftlichen Grundlagen der öffentlichen Armenpflege erörtert. Für Bayern kommt Fleischmann zu einer ähnlichen Schlußfolgerung, wie Buehl für das übrige Deutschland, daß an sich die Gesetzgebung dem Bedürfnisse genüge, daß aber bei weitem noch nicht das geleistet werde, was in ihrem Rahmen geleistet werden könne, wobei er ebenfalls die Frage der Organisation und die Stellung der größeren Verbände erörtert. Schwander zeigt, wie dies in den Vereinsverhandlungen schon wiederholt geschehen ist, die Unzulänglichkeit der elsass-lothringischen Gesetzgebung auf diesem Gebiete, die noch immer mit Ausnahme der Fürsorge für Kinder und Geistesranke auf dem französischen Prinzip der Freiwilligkeit beruht, und stellt fest, daß für alle übrigen Fälle von Hilfsbedürftigkeit die Fürsorgeeinrichtungen den Anforderungen an die öffentliche Armen-

pflege nicht entsprechen, daher die Mittelbedeckung für diese Zweige durch staatliche Gesetzgebung gewährt werden und die Übung einer entsprechenden Armenpflege sichergestellt werden müsse. Er wie Fleischmann kommen im letzten Grunde zu der gleichen wiederholt im Verein erhobenen Forderung einer der Grundlage des U. W. G. angenäherten einheitlichen deutschen Armengesetzgebung.

Die Verhandlungen wurden im Anschluß an die Druckberichte von den genannten Berichterstattern eingeleitet. Buehl fiel hierbei die Führung zu, die er in einem rednerisch und sachlich gleich ausgezeichneten Vortrage übernahm. Sein Mitberichterstatter Flemming beschränkte sich bescheiden auf ein Schlußwort, obwohl er der eigentliche Verfasser des gedruckten Berichts ist. Zunächst nach Buehl sprachen Fleischmann und Schwander mit kürzeren Darlegungen. Sie alle betonten mit überzeugendem Ernst die Einsicht in die wachsende Bedeutung sozialer und vorbeugend-hygienischer Armenpflege, deren Übung eben nicht lediglich charitativen Charakter trage, sondern die zur Notwendigkeit überall da werde, wo eine bessere, länger dauernde, wenn auch kostspieligere Fürsorge zur Heilung oder zur Besserung, zur Erhaltung oder Wiederherstellung der wirtschaftlichen Existenz führen soll. In diesem Sinne interessierten vor allem auch die Ausführungen von Schwander über die Zustände in Elsaß-Lothringen, in denen trotz bedeutender Leistungen der Privatwohlthätigkeit im einzelnen die Armenpflege im allgemeinen durchaus unzulänglich sei. Zu einem wahren Zerrbild sei das Verhältnis zu den in Elsaß-Lothringen wohnhaften altdeutschen Bedürftigen geworden, seitdem diese auf Grund besonderer Abmachungen mit den nachbarlichen Bundesstaaten öffentlich sicher gestellte Armenpflege genießen, während die Einheimischen diese Wohltat entbehren.

An die Berichterstattung schloß sich eine ungemein angeregte Debatte an, bei der von vornherein zwei anscheinende Gegensätze sich gegenüberstanden. Man glaubte in den Berichten den Vorwurf erkennen zu sollen, daß die deutschen Armenverwaltungen ihre Schuldigkeit nicht in genügendem Maße getan hätten, und hob demgegenüber hervor, daß Forderungen, wie Buehl sie erhoben hatte, sehr leicht zu einer Verwischung der Grenzen zwischen öffentlicher Armenpflege und freier Liebestätigkeit führen könnten. So wendete sich einer der Redner gegen die Auffassung, daß die Armenpflege die angedeutete Aufgabe habe, die sich aus der bestehenden Wirtschaftsordnung ergebenden unliebsamen Konsequenzen auszugleichen, und gegen die Zudikatur des Bundesamts für das Heimatwesen, das in

seinen Entscheidungen betreffend Gewährung von Landaufenthalt, Heimstätten und dergl. seiner Ansicht nach den Boden der gesetzlichen Armenpflege verlasse. Ein anderer Redner richtete gerade von sozialpolitischen Gesichtspunkten seine Angriffe gegen eine zu weitgehende Tätigkeit der Armenpflege, deren Ergänzung zwar wünschenswert sei; aber diese Ergänzung dürfe nicht in der Ausdehnung der Armen-gesetzgebung, sondern müsse in der Reform des Arbeitsvertrages gesucht werden. Bis solche Reformen in hinreichendem Maße erfolgt seien, müsse vorbereitend die freie Liebestätigkeit in die Lücke treten. Doch wurde demgegenüber sehr nachdrücklich von anderer Seite darauf hingewiesen, daß ganz unbeschadet der sozialen Gesichtspunkte und der ausgedehnten freien Liebestätigkeit die allereinfachsten Anforderungen, die die geltende Gesetzgebung stelle, bei weitem noch nicht erfüllt seien. Namentlich wurde auf die traurigen Zustände auf dem Lande hingewiesen, wo, wie ein Redner aussagte, oft die Kunst der schonungslosesten, um nicht zu sagen schamlosesten Abschiebung geübt werde. Mit Recht wurde auch hervorgehoben, daß, wenn Abschiebungen, was außer allem Zweifel steht, geübt würden, sie nicht allein in der Gleichgültigkeit oder Härte der kleinen Gemeinden und namentlich der ländlichen Armenverbände ihren Grund haben, sondern daß die Aufgaben, die an die moderne Armenpflege gestellt werden, von diesen Armenverbänden bei der jetzigen Organisation nicht befriedigend gelöst werden könnten, und eine andere Verteilung der Armenlast eintreten müsse, namentlich durch die Beteiligung größerer Verbände an der Armenlast, eine Forderung, die der Verein seit vielen Jahren vertreten und auch in besonderen Berichten mit umfassendem Material begründet hat.

Von besonderem Interesse war die Behandlung der Armenpflege in Elsaß-Lothringen. Die Ausführungen von Schwander in seinem diesjährigen Bericht sind, wie hier noch eingeschaltet werden mag, in wesentlicher Zusammenfassung und Ergänzung der in früheren Jahren dem Verein erstatteten Berichte, namentlich des Berichts von Ruland (Colmar) über das System der Armenpflege in Altdeutschland und den Reichslanden. Was damals Ruland schon auf Grund eines umfassenden Materials mit nachdrücklichen, zum teil scharfen Worten ausgesprochen hatte, wiederholt er im Zusammenhang mit dem vorliegenden Berichtsgegenstand in ausführlichen Darlegungen, in denen er erneut die Ausdehnung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz auf Elsaß-Lothringen fordert. Es ist jedenfalls charakteristisch, wie die unzweifelhaft beiden besten Sachkenner dieser

Frage, Ruland und Schwander, schon in der bloßen Gleichstellung der Reichslande mit dem übrigen Deutschland den erheblichsten Fortschritt der öffentlichen Armenpflege erblicken wollen. Zweifellos wird die Frage bei der bevorstehenden Erörterung der Novelle zum U. W. G. erneut angeschnitten werden.

Von den mannigfachen Punkten, die im Laufe der Debatte berührt wurden, möchte ich nur einen hervorheben, der voraussichtlich in dem nächsten Vierteljahrhundert Gegenstand sehr eingehender und ernstester Erwägung sein wird, das ist die Frage, welcher Organe sich die Armenpflege zur befriedigenden Lösung ihrer Aufgaben bedienen soll. Zweifellos ist namentlich in den Großstädten die Zahl der zur Verfügung stehenden ehrenamtlichen Organe nicht mehr ausreichend, ganz abgesehen davon, daß in neu entstehenden Stadtbezirken überhaupt derartige Organe nicht zu finden sind. Es wird jedenfalls ernstlicher Erwägung bedürfen, ob man die Lücke durch stärkere Heranziehung des sachmännisch geschulten Berufsbeamtentums ausfüllen kann. Die Verhandlungen schlossen mit Annahme der nachstehenden Leitsätze:

1. Die öffentliche Armenpflege hat die Fürsorge für alle armenrechtlich hilflosbedürftigen Personen unter Berücksichtigung der gesundheitlichen und der Verarmung vorbeugenden Anforderungen der Gegenwart sicherzustellen. Diese Fürsorge ist sowohl im Gesetz über den Unterstützungswohnsitz als auch im bayerischen Armenrecht begründet und tatsächlich durchführbar.

2. Die Armenpflege in Elsaß-Lothringen entspricht — mit Ausnahme der Fürsorge für Kinder und Geisteskranke — nicht den obigen Anforderungen. Für sie ist dringend die Einführung des Reichsgesetzes über den Unterstützungs-Wohnsitz zu fordern.

3. Im übrigen wird eine künftige Reform der Armengesetzgebung auf bessere Gewähr für die allseitige und gleichmäßige Erfüllung der an die Armenpflege zu stellenden Anforderungen: insbesondere durch Schaffung leistungsfähiger Armenverbände und durch Zentralisation der Aufsicht über die Ausübung der Armenpflege Bedacht zu nehmen haben. Als letztes Ziel ist eine einheitliche deutsche Armengesetzgebung ins Auge zu fassen.

Den dritten Gegenstand der Verhandlungen bildete das Thema,

3. Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.

für das drei Berichtersteller bestellt waren: in erster Linie ein Verwaltungsbeamter; der Beigeordnete Brugger (Köln), sodann ein

Arzt, der Oberarzt des Kinderasyls in Berlin, Dr. Finkelsstein und eine Vertreterin des Fraueninteresses an dem Gegenstande, Dr. Marie Baum, groß. Fabrikinspektorin in Karlsruhe. Der Gegenstand war schon wiederholt aber mehr beiläufig im Verein behandelt worden, namentlich bei Gelegenheit der Besprechung über die Kost- und Haltetinder. Bei der diesjährigen Verhandlung sollten alle Punkte, die von Bedeutung sind für den Gegenstand, zur Sprache kommen. Einig sind im Einklang mit den bekannten wissenschaftlichen Ergebnissen die Berichterstatter über den bedauerlichen gegenwärtigen Zustand der Säuglingssterblichkeit, bei der Deutschland mit einer Sterblichkeitsziffer von 20,7 % nur noch von Rußland und Österreich übertroffen wird, während von anderen Ländern Frankreich 14,1 %, die Schweiz 13,7 % und Norwegen sogar nur 9 % aufweist. Auch über die Maßregeln, die gegen die Säuglingssterblichkeit getroffen werden können, sind die Berichterstatter, jeder von seinem Standpunkt aus, im wesentlichen einig. Der Schwerpunkt der Frage liege in der Ernährung der Säuglinge, an der in weitem Maße dadurch gesündigt wird, daß künstliche Ernährung anstatt der natürlichen Ernährung durch die Mutterbrust getreten ist. Man muß seltsamer Weise von einer neuen Richtung sprechen, die bei Behandlung der Frage eingeschlagen wird, wenn in der gesamten neueren Literatur dieses Gegenstandes und dementsprechend auch von den Berichterstattern die hohe Bedeutung der natürlichen Nahrung durch die Mutter und ihre Unerfetzlichkeit auf das stärkste betont wird. Alles soll getan werden, um die Bevölkerung auf diesen natürlich gebotenen Weg zurückzuführen und nur da, wo bestimmte Gründe die natürliche Ernährung ausschließen, eine annähernd gleichwertige künstliche Ernährung an die Stelle zu setzen. Es handelt sich also im wesentlichen um die Beseitigung der Hindernisse, die nicht nur in einer Entfremdung der Bevölkerung von der Gewöhnung des Stillens in Deutschland bestehen, sondern auch in den wirtschaftlichen, sozialen und häuslichen Verhältnissen ihren Grund haben.

Die Frau, die genötigt ist, mitzuerwerben, die Fabrikarbeiterin oder das Dienstmädchen, die durch die Schwangerschaft ihre Stelle verlieren und genötigt sind, nach der Entbindung wieder zur Arbeit zu gehen, um den Unterhalt für sich und ihr Kind zu erwerben, müssen in die Lage versetzt werden, während einer gewissen Zeit dem Kinde die Brust geben zu können. Aus diesem Gesichtspunkte erwähnt Brugger die verschiedenartigen Einrichtungen der Wöchnerinnenheime, der Säuglingsasyle, der Krippen usw., in denen die

Wöchnerinnen vor und nach der Entbindung untergebracht werden, wobei ein besonderer Nachdruck auf der Ruhezeit vor und nach der Entbindung liegt und auf der Herbeiführung der Möglichkeit, daß Mutter und Kind zusammenbleiben. Die Bedingungen, unter denen bisher, namentlich in industriellen Bezirken, diese Möglichkeit vielfach fehlte, erörtert Fräulein Dr. Baum in sehr anschaulicher Weise und betont namentlich auch die Notwendigkeit des Arbeiterinnenschutzes für die Wöchnerin in bezug auf die Arbeitszeit und die Sicherstellung in materieller Beziehung durch Ausdehnung der Versicherung bei den Krankenkassen oder vielmehr einer Umgestaltung der Versicherungsgesetzgebung in der Richtung einer Verschmelzung der verschiedenen Organisationen. Aber nicht nur der Schutz und die materielle Sicherung, sondern auch die Belehrung der werdenden Mutter über die Bedeutung des Stillens sind von höchstem Wert. Der hauswirtschaftliche Unterricht mit besonderer Berücksichtigung der Kinderpflege nehme hier die erste Stelle ein; seine obligatorische Angliederung an die Volksschule müsse gefordert werden. Außerdem habe die Belehrung der Mutter durch Austeilung von Merkblättern, vor allem aber durch Beratung in besonders hierfür eingerichteten Fürsorgestellen zu geschehen.

Der ärztliche Berichterstatter wies von seinem Standpunkt auf die hygienischen Vorbedingungen gesunder Ernährung und hierbei vor allem auf die immer wieder hervortretende Tatsache hin, daß die Säuglingssterblichkeit sich vor allem an die Kleinwohnungen heftet. Doch ist auch er der Meinung, daß die Bedeutung der Wohnungsfrage zurücktrete gegen die der Brustnahrung, und daß daher vor allem der Kampf gegen die künstliche Ernährung zu den ersten Aufgaben des Säuglingsschutzes gehöre, daß die Mutter aber auch nicht nur zur Ernährerin, sondern auch zur Pflegerin ihres Kindes erzogen werden müsse. Hier steht in erster Linie die fachkundige Belehrung und Beratung der Mütter unter sorgfältigem Eingehen auf die Lage des einzelnen Falles und die praktische Unterweisung in den zur Pflege und Ernährung nötigen Maßnahmen. Das Vorbild einer Organisation solcher Belehrung bilden die französischen *consultations de nourrissons*, an die neuerdings auch Berlin mit seinen Fürsorgestellen für Säuglinge angeknüpft hat. Zur Belehrung und Beratung muß da, wo die natürliche Nahrung fehlt, der künstliche Ersatz der Nahrung hinzutreten. Hier bildet das neuerdings so viel erörterte Problem der Beschaffung guter und billiger Milch die entscheidende Rolle.

Die Ausführungen der Berichtersteller wurden mit sehr lebhaftem Interesse aufgenommen und durch eine große Zahl mündlicher Mitteilungen ergänzt. Besondere Beachtung fanden die Ausführungen des Chefarztes des königl. staatlichen Kinderasyls und der Kinderpoliklinik zu Temesvár (Ungarn), Dr. Szana; er berichtete von dem neuen ungarischen Kinderschutz, der im Gegensatz zum romanischen Findelsystem den Zusammenhang zwischen Mutter und Kind zu erhalten sucht. Die Mehrzahl der Mütter wird mit ihren Kindern bei Verwandten untergebracht, und wo solche nicht vorhanden sind, auf dem Lande. In seinem Enthusiasmus für die natürliche Brustnahrung regte Szana sogar den Erlass eines Gesetzes an, wonach jede Mutter verpflichtet sein soll, ihr neugeborenes Kind bis zum vierten Monat ausschließlich zu stillen, wobei Ausnahmen hiervon aus gesundheitlichen und sozialen Gründen nur durch die Polizei gestattet werden können. Derselbe Redner, der bei dem Thema zu 2 die Mängel der öffentlichen Armenpflege besprochen hatte, wies im Zusammenhang mit der Säuglingssterblichkeit auf die Unzulänglichkeit der ländlichen Armenpflege auf diesem Gebiete hin und stellte die Forderung, daß die Kinderfürsorge größeren und leistungsfähigeren Verbänden übertragen werde. Von anderer Seite wurde die bessere Ausbildung der Ärzte und Hebammen auf dem Gebiete der Säuglingsbehandlung und -ernährung und auch die Belehrung über Säuglingspflege in den Schulen, namentlich Fortbildungs- und Haushaltungsschulen, angeregt. In Anknüpfung hieran wurde die auch anderweit schon oft gehörte und gewiß berechtigte Forderung betont, daß gebildete Frauen sich dem Hebammenberuf widmen möchten. Ein bekannter Vorkämpfer der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs machte auf dessen Wirkungen auf die Säuglingssterblichkeit aufmerksam.

Die Verhandlungen schlossen mit der Annahme folgender Leitsätze:

1. Es ist Pflicht des Staates wie der Gemeinden, der in Deutschland bestehenden übergroßen Säuglingssterblichkeit auf das nachdrücklichste entgegenzutreten. Insofern an dem Absterben der Kinder im ersten Lebensjahre die ungünstige wirtschaftliche Lage des vorwiegend davon betroffenen Volksteils die Schuld trägt, ist auf deren Besserung nach Kräften hinzuwirken.

2. Unbeschadet der hierauf gerichteten Bestrebungen müssen an positiven Maßnahmen schon heute gefordert werden:

- a) die entschiedenste Förderung der Brusternährung der Säuglinge, die als die vornehmste Pflicht jeder Mutter bezeichnet werden

muß. Soweit wirtschaftliche Verhältnisse, Zwang zur Erwerbstätigkeit, dem Selbststillen hinderlich sind, haben die Gemeinden im Zusammenwirken mit den Faktoren der Wohlfahrtspflege und Wohltätigkeit durch Gewährung materieller Unterstützung zur Förderung des Selbststillens helfend mitzuwirken.

- b) Verbreitung der Grundsätze einer vernunftgemäßen Säuglingshygiene. Im Rahmen dieser Aufgabe ist die prophylaktisch beratende Tätigkeit der Ärzte weitesten Volkskreisen zugänglich zu machen.
- c) Da die künstliche Ernährung vieler Säuglinge aus verschiedensten Gründen nicht zu umgehen sein wird, haben die Gemeinden die Aufgabe, den weniger bemittelten Volkskreisen den Bezug einer einwandfreien, billigen Säuglingsmilch zu ermöglichen. An armenrechtlich hilfsbedürftige Personen ist solche Milch als neue Form der Naturalunterstützung abzugeben. Es ist dabei fortgesetzt die Vorstellung zu bekämpfen, daß es für Muttermilch einen vollwertigen Ersatz gibt.
- d) Beaufsichtigung der unehelichen und der in fremder Pflege befindlichen ehelichen Säuglinge durch sachkundige Ärzte unter Mitwirkung weiblicher Helferinnen, die ausreichende Kenntnisse bezüglich der Ernährung und Pflege des Säuglings besitzen. Neben diesen Maßnahmen empfiehlt sich:

3. Die weitere Ausdehnung der gesetzlichen Fürsorge auf alle in Handel, Gewerbe, Haus- und Landwirtschaft tätigen Schwangeren und Wöchnerinnen durch allgemeine Einführung einer angemessenen Ruhezeit vor und nach der Entbindung unter gleichzeitiger Gewährung einer ausreichenden Unterstützung.

4. Die Sorge für Wöchnerinnen durch Ausbreitung der Haus- und Wochenbettspflege sowie Unterstützung der Anstalten, welche unterkutschlosen Müttern für längere Zeit das Zusammenleben mit ihrem Kinde ermöglichen.

5. Errichtung oder wenigstens materielle Unterstützung von Säuglingsheimen, Krippen und Säuglingshospitälern bezw. Säuglingsabteilungen bei Krankenhäusern unter sachverständiger Leitung.

6. Die der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit dienenden Maßnahmen sollen nicht den Charakter der Armenhilfe tragen. Die erforderlichen Mittel sind deshalb aus Stiftungsmitteln oder aus hierzu bereitgestellten Fonds zu entnehmen.

Die Kosten der Arbeit und der Lebenshaltung der Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Von
Cl. Heiß.

Inhaltsverzeichnis.

I. Die Löhne der amerikanischen Arbeiter 1890—1904 S. 311. — II. Einflüsse der Löhne auf die Produktion und die Preise der Waren S. 333. Die Lebensmittelpreise S. 339. — III. Die Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter S. 341.

Das Department of Commerce and Labor der Vereinigten Staaten von Amerika hat in letzter Zeit eine Reihe Veröffentlichungen herausgegeben, die einen Einblick in die schwierige Frage ermöglichen: Was verdient der amerikanische Arbeiter, welches sind die Preise der Lebensmittel und wichtigsten Verbrauchsgegenstände, und endlich welchen Stand zeigt die Lebenshaltung des amerikanischen Arbeiters tatsächlich?

Über die Arbeitszeit und die Löhne der amerikanischen Arbeiter gibt Auskunft der Nineteenth annual Report of the Commissioner of Labor 1904. Wages and hours of labor. Washington 1905. Government Printing Office 1905. 976 S. 8°. Über die Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter berichtet der Eighteenth annual Report of the Commissioner of Labor 1903. Cost of living and retail prices of food. Washington 1904. Government Printing office 865 S. 8°, während in der Märznummer 57 des Bulletin of the bureau of Labor die Großhandelspreise von 259 Waren für die Zeit von 1890 bis 1904 nachgewiesen und im Juliheft Nr. 59 derselben Zeitschrift die Untersuchungen der eben genannten Jahresberichte, die sich gleichmäßig auf den Zeitraum von 1890 bis 1903

erstrecken, bis zum Jahre 1904 weitergeführt werden, und deren regelmäßige jährliche Fortsetzung angekündigt wird. Das amerikanische Arbeitsamt hat es also unternommen, eine regelmäßige jährlich erscheinende statistische Berichterstattung über die Arbeitslöhne und die Arbeitszeit sowie über die Lebensmittel- und Mietpreise zu führen. Es ist dies ein so wichtiger Schritt zur Bereicherung der Erkenntnis unserer sozialen Zustände, daß eine eingehende Besprechung der Publikationen angezeigt erscheint.

Der 19. Jahresbericht gibt die Ergebnisse einer umfangreichen Erhebung über die Löhne und die Arbeitszeit in den tonangebenden Manufaktur- und Fabrikindustrien der Vereinigten Staaten für den Zeitraum von 1890 bis 1903 einschließlich. Die Untersuchung verfolgte den Zweck, einen vollständigen Überblick über die wichtigsten verschiedenen Beschäftigungen in diesen Industrien in allen Teilen des Landes zu geben unter dem Gesichtspunkt, Daten zu sichern, die für die betreffenden Beschäftigungen repräsentativ sein und die Tendenz der Löhne und der Arbeitszeit in der untersuchten Periode veranschaulichen sollten. In der Einleitung bedauert der Commissioner of Labor, daß die Kräfte des Arbeitsamtes es nicht gestatteten, die Untersuchung auf den Transport, die Bergwerke, die Landwirtschaft und die übrigen großen Industriegruppen auszubehuen, er fügt aber an, daß die gegebenen Daten more comprehensive and representative seien, so far as the facturing and mechanical industries are concerned, than any that have been published heretofore. Es wurden aber nur die Industrien erfasst, in denen nach dem Zensus von 1900 die in den Vereinigten Staaten bezahlten Löhne 10 Millionen Dollar oder mehr betrugen. In allen Fällen wurden die Daten durch persönliche Besuche der Spezialagenten des Bureau bei den verschiedenen Unternehmern erhoben und direkt aus den Lohnzahlungslisten (pay rolls) und anderen für den Bericht verwendbaren noch vorhandenen Registern (records) entnommen. Da die Aufbewahrung dieser Listen nicht üblich ist, machte es oft große Schwierigkeiten, Betriebe ausfindig zu machen, in denen die Belege noch seit dem Jahre 1890 vorhanden waren. Oft mußte man sich daher mit kleinen Unternehmungen begnügen, wenn die Berichte für große nicht mehr vorhanden waren, oder große Unternehmungen noch nicht solange bestanden. In dem Bericht für 1904 wurde eine Anzahl von in dem Annual Report enthaltenen kleinen Unternehmungen gestrichen und dafür eine ganze Anzahl wichtiger Betriebe hinzugefügt in order to secure as good a representation for the several in-

dustries as was obtainable. Wie schon erwähnt, wurden nicht für alle Beschäftigungen (occupations) Erhebungen gemacht, sondern nur für the important and distinctive occupations which are considered representative of each industry. Es konnte wegen des Wechsels in der Verwendung gelernter und ungelernter Arbeiter beim Vergleich mehrerer Jahre miteinander nicht ein Betrieb als Ganzes zugrunde gelegt werden, sondern es mußte von den Beschäftigungen ausgegangen werden. Alle zu einer Industrie gehörenden Beschäftigungen fanden sich nicht immer in einem einzelnen Betriebe, daher ist nicht bei jeder Beschäftigung die Zahl der Betriebe, für die Daten berichtet wurden, dieselbe. Der annual Report erfaßte für die Jahre 1890—1904 in 67 Industrien 519 verschiedene Beschäftigungen aus 3475 Betrieben. Der Bulletinbericht für 1903 und 1904 gibt aus 3732 Betrieben für 42 Industrien die Daten für 350 Beschäftigungen.

Die Zahl der Arbeiter und in geringerem Grade die Höhe der Löhne und die Arbeitszeit schwanken nach der Konjunktur des Marktes. Das Arbeitsamt konnte die Löhne nicht für ein ganzes Jahr erheben, sondern wählte eine Periode normalen Geschäftsganges aus („the only thing practicable was to secure dates from each establishment for that periode of the year which most nearly represented the normal condition of the establishment during the year“).

Die Lohnstatistik will nicht erschöpfend sein, keinen complete wage census geben. Aber „it is believed that the figures presented are fairly representative for the United States as a whole and in most of the industries for each geographical division covered.“

Da die Affordlöhne nicht vergleichbar sind mit den Zeitlöhnen ohne Angabe des angefertigten Arbeitsstücks, wurden Affordlöhne nur da erhoben, wo über die Arbeitszeit der Affordarbeiter Nachweisungen zu erlangen waren. Um vergleichbare Daten zu erlangen, wurden alle Arbeitslöhne in Stundenlöhne umgerechnet. „The average wages per hour shown in this article as well as in the Ninteenth Annual Report are true averages—that is, the individual rates of wages per hour of the several employees are added and the total divided by the number of employees. The averages hour of labor per week are likewise true averages.“

Daß wirkliche Durchschnittslöhne beeinflusst und mitunter wesentlich beeinflusst werden können durch die unrichtige Aufnahme oder

Nichtaufnahme besonders hoher oder niederer Löhne, gibt der Berichtsersteller zu, glaubt aber, daß den erfahrenen Beamten des Bureaus in dieser Beziehung selten Irrtümer unterlaufen sein dürften.

Ich will nun versuchen, eine kurze Übersicht des wesentlichen Inhalts des Tabellenwerks, zuerst des Annual Report und dann des Bulletin zu geben.

Tabelle I. Wages and hours of Labor, 1890—1903, by occupations gibt auf S. 31—216 mit der Industriegruppenüberschrift Agricultural Implements beginnend und mit Woolen and worsted Goods endigend, innerhalb dieser Gruppen für die einzelnen occupations, also am Anfang blacksmiths, male und am Schluß Weavers female für den in der Vorspalte aufgeführten Durchschnitt der Jahre 1890—1899 und die einzelnen Jahre 1890 bis 1903 folgende im Tabellentopf angegebene Daten: für die Arbeiter, deren Zahl, deren Inderzahl (den Durchschnitt 1890—90 gleich 100 angenommen), deren absolute und relative Zu- oder Abnahme im Jahre 1903 gegenüber dem in der Vorspalte angegebenen Jahre. In gleicher Weise sind nun neben die durchschnittliche Zahl der Wochenstunden und der Stundenlöhne die gleichen Relativzahlen gesetzt. Es ist also aus der ersten dieser Tabellen, die die Schmiede für die Herstellung landwirtschaftlicher Geräte behandelt, sofort ohne weiteres zu ersehen, daß sich die Untersuchung im Durchschnitt der Jahre 1899—1900 auf 126 Arbeiter erstreckt hat, daß ihre Zahl im Jahre 1890 114, 1903 142 betrug oder 90,5 bezw. 112,7 gegenüber diesem gleich 100 gesetzten Durchschnitt, daß sie sich von 1890 bis 1903 um 28 oder 12,4% vermehrt hat. Diese Schmiede waren im Durchschnitt der Jahre 1890—1900 durchschnittlich 59,21 = 100 Stunden in der Woche beschäftigt, 1890 59,69 = 100,8 und 1903 58,74 = 99,2 Stunden, im Jahre 1903 hatte also ihre Arbeitszeit gegenüber dem Jahre 1890 um 0,95 Stunden oder um 1,6% abgenommen. Ihr Lohn betrug im Durchschnitt der Jahre 1899—1900 0,2257 \$, im Jahre 1896 0,2154 \$ oder 95,4, er hatte sich im Jahre 1903 gegenüber diesem Jahre um 0,0210 \$ oder 9,7% vermehrt. Für 67 Industriegruppen sind die hier näher bezeichneten Angaben und Verhältniszahlen in 519 Tabellen für die 519 occupations nachgewiesen.

Tabelle II. Wages and hours of Labor, 1890—1903, by Industries gibt auf S. 217—232 für die 67 Industriegruppen nur Relativzahlen. Die Vorspalte bilden die einzelnen Jahre 1890—1903. Der Kopf gibt für die Employees, die Hours per week und die

Wages per hour in zwei Kolonnen die Relative Number und Per cent of increase (+) or decrease (—) in 1903 as compared whit year specified.

Tabelle III. Wages and hours of Labor, 1890—1903, by occupations and geographical divisions zerfällt in drei Teile: A. Number of Employees, B. Average hours per week und C. Average Wages per hour. Alle drei Tabellen zerfallen nach dem gleichen Prinzip wie Tabelle I in 519 kleine Tabellen; sie haben als gemeinsamen Kopf die Zahl der Betriebe (Establishments) und die einzelnen Jahre von 1890—1903 und geben die absoluten Zahlen der in den einzelnen Jahren beschäftigten Arbeiter, der durchschnittlichen wöchentlichen Stundenzahl und des durchschnittlichen Stundenlohnes für folgende in der Vorpalte angegebene Staatengruppen: North Atlantic, South Atlantic, North Central, South Central, Western und United States.

Tabelle IV. Wages and hours of labor, 1890—1903, in twenty-one selected occupations, by cities S. 435—471 zerfällt in drei analoge Unterabteilungen wie Tabelle III mit genau dem gleichen Kopf. In der Vorpalte ist eine wechselnde Zahl von Städten aufgeführt, z. B. bei den Maurern 47; die Auswahl der Städte war auch dadurch eingengt, daß nur solche Städte genommen wurden, in denen mehr als ein Betrieb in die Erhebung einbezogen worden war, um die Identifizierung der Betriebe zu verhüten. Diese Tabelle erfaßt folgende Berufe: aus dem Baugewerbe: Maurer, Zimmerleute, Fuhrleute, Handlanger, Maler, Stuckateure, Dachdecker; aus der Eisengießerei und Maschinenindustrie: Schmiede, Kesselschmiede, Handlanger, Maschinisten, Former (Molders, Iron), Modelltischler (Pattern Makers); Möbeltischler; machine woodworkers in Planing Mill; Setzer, Linotype operators, Drucker, Stereotypeure und die Tagelöhner bei der Ausführung von Straßen- und Wasserleitungen in Submissionsbetrieben und im Regiebetriebe der Gemeinden.

Von Tabelle V: Wages and hours of labor, 1890—1903, in eighteen selected occupations, by states gilt hinsichtlich des Kopfes und der Einteilung genau daselbe wie bei der vorhergehenden. In der Vorpalte sind die einzelnen Staaten der Union aufgeführt, in denen die Erhebungen gemacht worden sind. Da mich für die Berufsbezeichnungen selbst technologische Speziallexika mitunter im Stiche lassen, führe ich dieselben hier englisch auf: aus der Schuhwarenindustrie: Closers-on, female; cutters, upper, male; edge trimmers,

male; goodyear stitchers, male; Lasters, machine, m.; aus der Baumwollindustrie: Garding-machine tenders, m., Loom fixers, m.; Spinners, frame, f.; weavers, m.; weavers f.; aus der Färberei, Appretur und Druckerei: Bleachers, m.; Dyers, m.; Printers, m.; aus der Wollindustrie: Garders, m.; Dyers, m.; Loom fixers, m.; weavers, m. und f.

Tabelle VI und VII geben die Daten der Tabellen IV und V in Klassen eingeteilt in Prozentzahlen wieder. Diese beiden Tabellen sind geradezu gefährlich und können den, der die Einleitung nicht beachtet, leicht irre führen. Denn die Klasseneinteilung und vollends die Berechnung von Prozentzahlen für diese Klassen hat wenig Sinn bei einer Lohnstatistik, die sich auf ausgewählte Betriebe beschränkt. Gerade hier zeigt sich ein Hauptfehler, der in allen Statistiken des amerikanischen Arbeitsamts wiederkehrt. Es ist das geflüchtete Bestreben, alles auf möglichst vergleichbare abstrakte Einheiten (Units) zurückzuführen und dann mit diesen durch komplizierte Berechnungen gewonnenen Einheiten alle möglichen weiteren rechnerischen Operationen vorzunehmen, ohne jemals die absoluten Grundzahlen, aus denen diese Einheiten gewonnen sind, anzugeben. Ganz abgesehen davon, daß damit jede Kontrolle unmöglich gemacht wird, die Statistik — ich möchte fast sagen — in das mythische Gebiet des religiösen Glaubens hineinspielt, wird auch die Benutzung des wertvollen Urmaterials für andere als die vom statistischen Amt selber verfolgten Zwecke unmöglich gemacht. Mit diesem Schematismus hängt ein weiterer Mangel, der sich aus dem Format der Statistik ergibt, zusammen. Alle hier erwähnten dreiteiligen Tabellen wären für den Gebrauch viel praktischer und übersichtlicher, wenn sie in eine breit angelegte synoptische Tabelle zusammengefaßt wären. Das Format ist keine gleichgültige Sache bei statistischen Publikationen. Es eignet sich schlechterdings kein einheitliches Format für jede Art der Publikation. Wie durch das schmale Format der amerikanischen Statistik Zusammengehöriges auseinandergerissen wird, so verleitet andererseits, was fast noch schlimmer ist, das breite Quart- und Folioformat der Reichsstatistik dazu, nicht Zusammengehöriges in eine Tabelle zusammenzustoßen, um das Format auszufüllen.

Tabelle VIII. — Per cent of establishments working each specified number of hours per day, 1890—1903, by industries and geographical divisions gibt auf S. 890 bis 960 nach den schon bekannten Staatengruppen in Stunden, gesondert für die fünf ersten Tage der Woche und den Samstag und die entsprechenden

Kombinationen die tatsächliche tägliche Arbeitszeit der untersuchten Betriebe in Prozentzahlen. Schon bei flüchtigem Durchblättern der Tabellen kann man sehen, daß, wenn man vom Samstag ganz absieht, der 10stündige Arbeitstag vorherrscht, indem auf ihn meist Zahlen von 50 % oder wenig darüber entfallen, von den übrigen 50 % fällt weitaus der größere Teil auf die kürzeren Arbeitszeiten und nur etwa im Maximum 10 % auf die längeren.

Wenn wir nun auf die Ergebnisse der Lohnstatistik selber näher eingehen, legen wir die Daten des Bulletin wegen der an den Ergebnissen des Annual Report (für 1903) vorgenommenen Korrektur zugrunde und suchen der Gesamterhebung dadurch gerecht zu werden, daß wir die Minimal- und Maximalindizeszahlen und die Jahre, auf die sie entfallen, hinzufügen. Wir müssen uns auf eine Auswahl beschränken und geben von den 42 Industriegruppen 1—2 occupations.

Es verdienten durchschnittlich pro Stunde im Jahre 1904 in Mark (den Dollar zu 4 Mk. umgerechnet)

(Siehe die Tabelle auf Seite 318—322.)

Wenn wir zunächst die Bewegungstendenz der Löhne an der Hand der Indexziffern ins Auge fassen, so ergibt eine Durchsicht der höchsten Indexziffern die für den Sozialpolitiker erfreuliche Tatsache, daß diese Ziffern mit ganz vereinzelt Ausnahmen auf die beiden Schlußjahre der Berichtsperiode 1903 und 1904 fallen. Die Löhne haben also fast durchweg die Tendenz, zu steigen. Einige dieser Ausnahmen fallen zudem wenig ins Gewicht. So standen die Löhne der Maschinen-Knopflochnäherinnen im Jahre 1898 7,2 % über dem Durchschnitt der Jahre 1890/99, 1904 dagegen waren sie nur um 1 % zurückgegangen. Bei den Stoffdruckern gingen die Löhne vom Maximum im Jahre 1894 bis zum Jahre 1904 von 103,2 auf 100,5 jenes Durchschnitts oder um 2,7 % zurück; bei den Lადiererinnen in der Möbelindustrie von 117,1 im Jahre 1902 auf 114,4 oder um 2,7 %; bei den hog headers in der Schlächtereierie in den Jahren 1893/94 von 107,6 auf 107,3, bei den Ofenwärtern in der Töpferei von 114,2 in den Jahren 1897/98 auf 112,3 oder um 1,9 %; bei den Linotyparbeitern von 106,2 im Jahre 1891 auf 105,9 oder um 0,3 %. Hier wurden eben die bei Einführung der Maschine etwas höher bemessenen Affordbätze zurückgesetzt, was aber die Arbeiter in einer unwesentlich (um 0,6 %) verkürzten Arbeitszeit durch größere Geschwindigkeit fast ganz wieder einzubringen vermochten. Ganz wesentlich gingen die Löhne im Jahre 1904 gegenüber dem Jahre mit den höchsten

**Durchschnittlicher Stundenlohn und durchschnittliche wöchentliche
Jahre 1904 unter Angabe der**

Industriegruppe	Beruf	Durchsch. Stunden- lohn im Jahr 1904	Index- zahl
		M.	
Agricultural Implements, landw. Geräte	Blacksmiths, Schmiede	1,04	106,2
	Painters, Maler	0,95	118,5
Bakery, bread, Bäckerei	Bakers first hands, Bäcker	1,13	118,5
	" third	0,84	134,8
Blacksmiths and horseshoeing, Schmiede und Hufschmiede	blacksmiths, Schmiede	1,07	108,9
	horseshoers, fitters, Hufschmiede	1,37	109,3
Boots and shoes, Schuhwaren- industrie	Vampers, m., Auspußer	1,21	124,4
	" f., Auspußerin	0,84	110,7
Brick, Ziegelei	brick-machine tenders	0,78	113,5
	kiln burners, Ofenbrenner	0,68	117,7
	kiln setters, Ofenseßer	0,95	107,5
	bricklayer, Ziegelmaurer	2,33	127,3
	carpenters, Zimmerleute	1,45	129,9
	hod carriers, Fuhrleute	1,15	123,8
	laborers, Handlanger	0,71	114,3
	painters, Maler	1,42	127,9
Building trades, Baugewerbe	paper hangers, Tapezierer	1,46	126,8
	plasterers, Stuckateure	2,16	133,8
	plumbers, Dachbeder	1,87	128,3
	stone masons, Steinmetzen	1,87	129,4
	stone setters, Steinseßer	2,07	117,9
	structural iron workers, Eisen- konstruktionsarbeiter	1,72	171,4
Carpets, Teppichfabrikation	weavers, Brussels and Wilton, m., Weber	1,08	121,4
	weavers, Brussels and Wilton, f., Weberinnen	0,67	120,6
carriages and wagons, Wagnerei	Body makers, Wagenbauer	1,18	104,6
	Machine woodworkers, Maschinen- Holzarbeiter	0,78	109,9
Cars, steam railroad, Eisenbahn- wagen	boiler makers, Kesselschmiede . . .	1,27	118,3
	coppersmiths, Kupferschmiede . . .	1,22	107,5
	molders iron, Eisenformer	1,18	110,1
	pipe fitters, Röhrenmacher	1,10	110,4
Clothing, factory product, Kleiderkonfektion	buttonhole makers machine, m., Knopflochnäher	0,93	112,0
	buttonhole makers machine, f., Knopflochnäherinnen	0,49	106,2
clothing, men's custom work Maßschneiderei	cutters, machine, Maschinen- zuschneider	0,58	110,3
	coat makers, Rodmacher	1,26	109,6
cotton goods, Baumwollwaren	cutters, Zuschneider	2,02	103,7
	spinners, frame, m., Spinnerinnen	0,26	169,7
	" f., Spinnerinnen	0,34	125,0
	weavers, male, Weber	0,55	115,3
	" female, Weberinnen	0,50	113,5

Arbeitszeit von 120 Arbeiterkategorien der Hauptindustrien im
Maximal- und Minimalindexziffern.

Im Jahr	Höchste Index- zahl	Im Jahr	Niederste Index- zahl	Durchschn. Stunden- zahl in der Woche 1904	Index- zahl	Im Jahr	Höchste Index- zahl	Im Jahr	Niederste Index- zahl
93	115,4	95	90,9	58,29	100,0	90/3, 95/6	100,8	94	96,4
03	120,8	94	91,8	57,07	95,9	02	100,2	04	95,9
04	118,5	95	99,0	61,78	94,0	91/2	100,8	04	94,0
04	134,8	94	98,4	59,34	92,0	92	101,5	03	91,8
03	109,9	95	98,2	57,88	97,4	90/1	100,2	04	97,4
04	109,3	91	96,7	54,67	96,8	91	102,3	04	96,8
03	127,1	94	89,4	56,25	96,3	92	102,4	03	93,9
04	110,7	91	93,7	57,07	98,5	90, 92	100,4	03/4	98,5
04	113,5	97	97,3	56,66	99,5	01	100,3	03/4	99,5
04	117,7	96	96,2	82,01	98,2	99	100,6	04	98,2
04	107,5	97	96,5	55,20	99,4	01	100,5	04	99,4
04	127,3	90	98,4	47,32	92,1	90	103,2	04	92,1
03	130,6	95	97,8	48,99	89,9	90	102,0	04	89,9
04	123,8	91	96,5	47,47	92,8	90	102,3	04	92,8
04	114,3	96	96,5	55,38	95,8	90/2	100,3	03/4	95,8
04	127,9	90	97,0	48,43	90,4	90	102,6	04	90,4
04	126,8	94	98,4	49,87	90,3	90	101,4	03	90,2
04	133,8	97	97,6	46,64	90,5	90	103,2	04	90,5
04	128,3	90	97,4	47,98	91,3	90	102,1	04	91,3
04	129,4	94	95,1	49,37	91,4	90/1	101,3	04	91,4
04	117,9	90	92,3	48,43	94,8	90	103,9	03/4	94,8
04	171,4	94	93,5	50,38	90,6	90	102,9	04	90,6
03	122,9	94	93,5	58,32	99,9	90/1, 00	101,0	92, 94	99,6
01	140,7	91	91,2	58,00	99,0	90/2	102,4	93/04	99,0
04	104,6	95	97,8	57,94	98,7	90/1, 94	100,4	99	98,6
03	110,7	95	96,4	57,45	97,1	91	100,9	04	97,1
04	118,3	95, 97	98,7	56,70	98,5	90	103,7	94	94,8
04	107,5	98	96,2	57,25	101,9	90	105,6	94	93,4
04	110,1	96	92,6	57,59	97,8	96	101,2	97	96,9
04	110,4	92	95,7	55,77	99,3	92	103,3	94	94,5
04	112,0	93/00	99,1	57,71	91,5	90/00	100,0	01/4	91,5
98	107,2	90/01	96,2	54,92	97,7	90/93	101,6	02	96,8
04	110,3	97	98,4	50,88	98,1	92	100,3	04	98,1
03	111,8	90	95,0	59,72	95,9	90	101,8	03/4	95,9
03	105,8	96	97,8	55,88	96,9	93, 96	100,3	04	96,9
03	185,9	94	85,7	64,55	97,8	95	100,9	03	96,4
04	125,0	99	96,3	61,01	98,9	92	101,5	94	98,1
03	118,3	98	91,5	60,42	98,5	91	100,7	04	98,5
03	114,3	99	96,8	60,13	99,7	92	101,8	94	96,6

Industriegruppe	Beruf	Durchsch. Stunden- lohn im Jahr 1904	Znder- zahl
		Mk.	
Dyeing, finishing and printing textiles, Färberei, Appretur und Druckerei	bleachers, Bleicher	0,49	103,7
	dyers, Färber	0,59	108,0
	engravers, Gravierer	1,79	106,6
	printers, Drucker	1,86	100,5
	Armature winders, m., Arma- turenwinder	1,04	109,9
Electrical apparatus and supplies Elektrische Apparate	Incandescent lamp makers, f., Glühlampenmacherinnen . . .	0,49	An.
	millers, Müller	1,13	111,6
Flour, Mehl	boiler makers, Kesselschmiede . .	1,18	113,2
Foundry and machine shop, Gießerei u. Maschinenindustrie	core makers, m., Kernmacher . .	0,97	116,4
	„ f., Kernmacherin	0,45	100,3
	cabinetmakers, Tischler	0,99	119,0
	machine woodworkers, Holz- arbeiter an der Maschine . . .	0,76	111,1
Furniture, Möbel	sawyers, band, Bandsäger . . .	0,84	109,5
	„ circular, Zirkularsäger . . .	0,81	113,9
	upholsterers, Aufpolsterer . . .	1,14	125,1
	varnishers, Lackierer	0,78	114,4
	pipe fitters, Röhrenarbeiter . . .	1,14	101,9
Gas, Gas	stokers, Feizer u. Retortenarbeiter	0,82	Be.
Glass, Glas	blowers, flintglass, Glasbläser . .	2,17	106,0
Harness, Sattler	harness makers, Sattler	0,90	107,4
	finishers, Appreteure	1,24	110,8
Hats, fur, Hutmacher	trimmers, female?	0,49	104,2
hosiery and knit good, Strumpf- und Strickwaren	knitters, m., Stricker	0,75	115,4
	„ f., Strickerin	0,39	111,4
	heaters, Feizer	2,19	111,3
Iron and steele, bar iron and steel, Eisen und Stahl	heaters' helpers, Feizergehilfe . .	1,06	127,0
	rollers, Walzwerkarbeiter	2,68	129,5
	bottom makers, Bodenmacher . .	0,94	101,7
Iron and steel, Bessemer con- verting, Bessmerei	steel pourers, Stahlgießer	1,82	121,2
Iron and steel, blast furnace, Geflässefen	cinder snappers, Kohlenanfahrer keepers, Ofenwärter	0,58	114,2
	„ f., Ofenwärterin	0,78	105,4
	fleshers, Ausfleischer	0,76	107,5
	glazers, m., Glätter	0,70	125,5
Leather, Leder	„ f., Glätterin	0,43	133,6
	bottler, Flaschenfüller	0,75	139,8
Liquors, malt, Bierbrauereien . .	cellar men, Kellerarbeiter	1,26	118,7
	coopers, Böttcher	1,25	127,4
	kettle men, Kesselfwärter (Braucher)	1,31	122,1
	choppers and sawyers, in woods	0,70	109,9
Lumber, Bauholz	sawyers, band, Bandsäger	1,95	119,9
Marble and stone work, Stein- brüche	marble cutters, Marmorsteinhauer	1,65	121,1
	„ polishers, Marmorsteinpol.	1,00	125,8
	calendrees, m., Kalanderarbeiter . .	0,79	127,9
	„ f., Kalanderarbeiterin	0,54	104,5
Paper and wood pulp, Papier und Holzstoff	ragsorters, m., Lumpensortierer . .	0,77	103,5
	„ f., Lumpensortiererin	0,38	103,5
	wood cookers, Holzkocher	0,81	135,2
Planing mill, Schleifmühlen . . .	framers, Säger	0,90	113,7

Im Jahr	Höchste Indexzahl	Im Jahr	Niederste Indexzahl	Durchschn. Stundenzahl in der Woche 1904	Indexzahl	Im Jahr	Höchste Indexzahl	Im Jahr	Niederste Indexzahl
03	104,2	91	94,6	58,83	99,7	90/1	101,4	97	99,0
04	108,2	91	96,5	59,18	100,5	90/1	102,0	94	97,3
04	106,6	93	96,7	58,33	99,6	90/1	101,8	03	99,0
94	103,2	90	97,0	58,54	100,1	90/1	101,7	96-7, 99/00	99,3
03	112,8	94	94,0	54,48	84,4	95	101,4	04	94,4
Angaben fehlen!				55,00	Angaben fehlen!				
04	111,6	97	98,7	59,19	93,4	97	100,5	03	93,0
04	113,2	91	98,8	55,98	95,0	90/1	101,2	04	95,0
04	116,4	94	97,2	56,01	94,7	90/3, 95	100,2	04	94,7
93	116,6	99	75,4	54,25	98,4	00	100,3	04	98,4
04	119,0	98	95,7	55,89	95,9	90	101,2	04	95,9
03	112,2	94/5	98,6	58,41	99,7	90	101,4	94	98,0
04	109,5	98	97,1	58,09	99,6	99	101,9	94	96,3
04	113,9	94	97,9	57,79	98,5	99	100,8	04	98,5
03	125,3	97	97,6	54,78	91,3	90	100,5	04	91,3
02	117,1	96	94,6	57,54	97,7	90	101,5	94	97,6
03	103,0	98	91,5	56,93	97,9	90/02	100,0	03	97,5
Berichterstattung geändert!				79,56	Berichterstattung geändert!				
03	106,8	98	96,5	50,27	99,3	93	100,2	04	99,3
04	107,4	95	98,7	58,65	99,0	90/1	100,4	04	99,0
03	116,8	91	97,6	53,90	97,9	99, 01	100,5	03	95,7
90	108,0	95	89,7	54,31	94,4	91	101,5	03	93,8
03	123,9	99	80,7	56,98	97,6	90/2	102,8	94	91,3
03	116,6	00	91,5	58,36	98,2	91/2	100,6	94	95,7
03	121,1	95	88,0	64,24	98,7	90	103,3	99	95,1
03	135,8	94	90,9	64,51	100,9	90	103,9	99	95,3
03	136,8	94	89,0	64,03	98,9	90	101,5	99	97,6
90	126,0	99	78,4	67,00	98,8	90	103,7	00	94,0
03	137,8	96	81,7	53,45	86,5	96	103,1	00	85,8
03	116,9	94	90,8	82,81	98,6	90-03	100,0	04	98,6
03	111,8	98	91,1	84,00	100,0	90-04	100,0	90/4	100,0
04	107,5	95	95,7	57,56	99,4	03	100,7	04	99,4
03	130,1	93	91,3	59,10	100,1	96/8, 01, 03	100,2	92/3,	99,8
04	133,6	93	92,5	59,91	100,0	90/4	100,1	95, 97/99	99,9
04	131,3	93	98,2	52,32	90,6	90/5, 99	100,1	04	90,6
04	118,7	90	96,5	52,78	89,4	90	100,6	04	89,4
04	127,4	93	98,1	49,83	85,3	94	101,5	04	85,3
04	122,1	90	96,0	52,56	83,3	90	101,2	04	83,3
03	116,3	94	94,7	60,40	99,4	90/1	100,4	04	99,4
03	122,0	94	97,8	60,62	98,0	90	100,3	04	98,0
03	129,6	90	95,8	50,44	95,0	90	102,7	03	93,0
03	123,2	95	93,1	51,99	93,5	90	102,3	04	93,5
04	127,9	92	92,7	54,53	86,0	90	102,4	02	84,5
93	109,7	95	91,0	55,00	94,8	90/2	100,0	02/4	94,8
03	103,8	90	94,5	48,82	102,9	02	103,5	01	96,2
04	103,5	02	96,7	54,43	101,8	01	102,6	94	98,6
04	135,2	01	94,7	55,54	84,0	94	110,5	04	84,0
04	114,2	95	97,0	57,76	98,0	90	100,5	02/3	97,9

Industriegruppe	Beruf	Durchschn. Stunden- lohn im Jahr 1904 Mk.	Index- zahl
Pottery, Töpferei	kiln firemen, Ofenwärter	0,76	112,3
	mold maker, Former	1,25	103,3
	bookbinders, Buchbinder	1,26	115,0
	press feeders, m., Anleger	0,78	126,7
Printing and publishing, book and job, Buchdruck u. Verlag	" " f., Anlegerinnen	0,52	127,7
	proof readers, m., Korrektoren . .	1,40	119,5
	" " f., Korrektorinnen	1,26	118,2
	sewers, book, f., Hefterinnen . .	0,52	100,9
Printing and publishing, news paper, Zeitungsdruck u. Verlag	compositors, m., Setzer	1,97	115,6
	" " f., Setzerinnen	1,52	121,5
	Linotype operators, m.	2,20	105,9
	" " f.	1,24	An-
Shipbuilding, Schiffsbau.	calkers, iron, Kalfaterer f. Eisen	1,29	148,1
	wood, " " Holz	1,47	115,5
	fitters, Monteure	1,07	105,7
	joiners, Tischler	1,21	108,2
	quillers, f., Spulerinnen	0,46	107,7
	spinners, Spinner	0,31	109,5
Silk goods, Seidenindustrie	warpers, m., Zettler	1,22	124,3
	" " f., Zettlerinnen	0,67	97,4
	weavers, m., Weber	0,69	101,4
	" " f., Weberinnen	0,57	92,8
slaughtering and meat packing, Schlächtere und Fleisch- konservierung	dry salters, Trodensalzer	0,75	112,8
	gutters, cattle?	1,04	122,2
	headers, hog?	1,03	107,0
	picklers, Einpöfler	0,75	114,7
Street and siwers, Straßen und Wasserleitungen	Laborer, Tagelöhner	0,72	125,3
contract work		0,85	113,8
municipal work.	bunch, makers, hand, m., Widel- macher	0,84	121,8
Tabacco, cigars, Tabak und Zigarren	bunch, makers, hand, f., Widel- macherinnen	0,54	135,7
	bunch makers, machine, f., Widel- macherinnen	0,50	116,3
	cigar makers, Zigarrenmacher . .	1,22	111,2
Woolen and worsted goods, Wollwaren	carders, m., Krempeler	0,47	115,0
	" " f., Krempelerinnen	0,32	127,2

Indexziffern nur zurück: bei den Teppichweberinnen von 140,7 im Jahre 1901 auf 120,6; bei den Kernmacherinnen von 116,6 im Jahre 1893 auf 100,3; bei den Bodenmachern in der Bessmerei von 126,0 im Jahre 1890 auf 101,7; bei den Zettlerinnen in der Seidenindustrie von 111,0 im Jahre 1896 auf 97,4; bei den Webern und Weberinnen in der gleichen Industrie von 111,0 und 111,2 in dem-

Im Jahr	Höchste Indexzahl	Im Jahr	Niederste Indexzahl	Durchschn. Stundenzahl in der Woche 1904	Indexzahl	Im Jahr	Höchste Indexzahl	Im Jahr	Niederste Indexzahl
97/8	114,2	90/1	91,5	59,87	100,0	90-04	100,0	90-04	100,0
03	114,3	93	94,1	56,31	100,6	04	100,6	03	97,6
04	115,0	90	96,1	54,00	94,2	90	101,1	04	94,2
04	126,7	90	97,9	53,69	93,6	90	100,8	04	93,6
04	127,7	95	97,5	53,89	91,8	90/5, 97/8	100,6	03/4	91,8
03	121,3	99	98,1	52,82	87,9	95/7	100,7	04	87,9
04	118,2	97	88,8	52,10	92,5	91	102,2	04	92,5
96	104,0	90	91,2	54,01	94,3	90, 92	100,7	04	94,3
04	115,6	94	96,4	47,23	93,9	90	101,2	04	93,9
03	128,4	95	86,6	48,50	91,7	97	102,4	03	90,9
91	106,2	92	91,9	46,99	99,4	93	102,5	96	99,2
gaben fehlen!				48,80		Angaben fehlen!			
04	148,1	91	84,7	56,09	93,4	91	101,3	04	93,4
04	115,5	95	98,3	53,11	92,9	91	100,6	04	92,9
03	107,0	94	92,4	58,27	98,7	95	100,7	01	98,6
04	108,2	95	95,9	56,52	97,6	95	101,9	97	97,4
96	109,8	92	94,8	56,78	98,9	90	104,0	95	97,9
04	109,5	91	93,9	57,42	97,7	90/1	102,7	04	97,7
04	124,3	91	90,6	55,00	98,1	91	105,4	93/04	98,1
96	111,0	01	88,3	57,81	99,4	90/2	103,1	94	97,8
96	111,2	01	90,8	56,52	100,1	91	103,7	96	98,1
96	113,3	91	89,9	57,82	99,4	91	102,0	93, 95	98,7
04	112,8	97	93,9	58,94	99,5	90-03	100,0	04	99,5
04	122,2	94	93,6	60,00	97,2	93/4	101,4	04	97,2
93/4	107,6	90/2	97,0	59,29	101,4	95/01	103,0	90/4	97,0
04	114,7	95	95,1	59,74	100,0	90/04	100,0	90/04	100,0
04	125,3	90	95,7	57,46	95,1	91	101,4	03/4	95,1
04	113,8	93, 96	98,1	50,01	91,1	93	101,5	04	91,1
04	121,8	92	84,2	52,73	100,6	96/03	104,8	92	93,3
04	135,7	00	91,9	52,63	98,7	94	101,3	00	93,3
04	116,3	94	95,0	55,30	99,3	92, 94/5	100,8	98	98,5
04	111,2	98	92,4	56,69	106,6	04	106,0	91	96,4
04	115,0	95	97,7	58,52	98,6	90	101,9	97	91,8
04	127,2	93	79,1	58,32	99,4	{90/3, 95, 97/ 99/00, 02/03}	100,5	94	96,3

selben Jahre auf 101,4 und 92,8. Die übrigen Rückgänge des Schlußjahres gegenüber dem Höchstjahre, soweit dies nicht das Jahr 1903 ist, sind ebenfalls unbedeutend und treffen durchweg Arbeiterinnen wie die trimmers in der Hutmacherei, die Kalandearbeiterinnen in der Papierfabrikation und die Gesterinnen in der Buchbinderei. Nur bei zwei Berufen ging der Verdienst im Jahre

1904 gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1899—1900 zurück, und nur bei 36 von den aufgeführten 120 Berufen betrug die Steigerung des Verdienstes weniger als 10%; bei 26 dagegen 25% und darüber.

Mit der gleichen Regelmäßigkeit fallen die kürzesten Arbeitszeiten auf die beiden Schlussjahre 1903 und 1904. Indes ist auf diese Ziffern kein zu großer Wert zu legen, da das Erhebungsmaterial nicht durchweg das gleiche blieb, und durch die Auswahl einer Periode mittlerer Beschäftigung der erhobenen Betriebe die Gegensätze gemildert wurden. Indes zeigt sich auch hier durchweg die auf die Verkürzung der Arbeitszeit gerichtete Tendenz und sehr häufig das Zusammenfallen der kürzesten Arbeitszeit mit den höchsten Löhnen. Die Ausnahmen sind auch hier bei den weiblichen Arbeitern am häufigsten. Danach will mir scheinen, daß die anhaltend steigende Tendenz der Löhne und die ebenso anhaltend fallende Tendenz der Arbeitszeit, die das Charakteristische des Gesamtbildes ausmachen, der Tätigkeit der Gewerkvereine zuzuschreiben ist.

Bei der Auswahl unserer Berufe haben wir ein Hauptgewicht darauf gelegt, solche zu geben, bei denen die Berufe von beiden Geschlechtern vertreten sind, und haben solche Berufe, die in mehreren Industrien vorkommen, weniger berücksichtigt, weil es zweckmäßiger sein dürfte, diese noch besonders zu behandeln. Im übrigen haben wir, wenn auch nicht ausschließlich, darauf gesehen, daß die Berufe mit einer größeren Arbeiterzahl an der Erhebung beteiligt waren. Wenn man die noch folgenden Vergleiche dazu nimmt, dürfte unsere Auswahl einen Überblick über die Mannigfaltigkeit der Lohnhöhe der Vereinigten Staaten geben, die allerdings dadurch gemildert wird, daß wir die Durchschnittszahlen für die Vereinigten Staaten gegeben haben. Um zu zeigen, welche Unterschiede schon zwischen den Nord- und Südstaaten bestehen, geben wir hier die kurze Tabelle aus Nr. 59 S. 21 des Bulletins über boots and shoes im Originalwortlaut wieder.

(Siehe die Tabelle auf der folgenden Seite.)

Es gibt nun eine ganze Anzahl von Berufen, die in mehreren Industriezweigen vertreten sind, wie z. B. Schmiede, Arbeiter an der Holzbearbeitungsmaschine, Zimmerleute, Tischler usw. Wenn wir hier die Verschiedenheiten in den einzelnen Industrien erkennen wollen, empfiehlt es sich, nicht den Durchschnitt der Vereinigten Staaten, sondern die Zahlen eines der fünf großen Staatengebiete zu geben. Die große Klasse der ungelernten Arbeiter, der „Laborers“, gehört

Table I. — Average wages and hours of labor, 1903 and 1904, by occupations and Geographical Divisions — Continued.

Boots and shoes.

Occupation and geographical division	Number of establishments	Number of employees		Average hours per week		Average wages per hour	
		1903	1904	1903	1904	1903	1904
Closers-on, female:						\$	\$
North Atlantic . . .	25	133	123	57.01	56.82	0.1932	0.1865
North Central . . .	15	104	118	57.73	57.92	0.1465	0.1511
United States	40	237	241	57.32	57.36	0.1727	0.1691
Cutters, outsole, male:							
North Atlantic . . .	20	87	92	57.69	57.58	0.2409	0.2491
North Central . . .	17	96	83	57.75	58.43	0.2470	0.2542
United States	37	183	175	57.72	57.98	0.2441	0.2515
Cutters, upper, male:							
North Atlantic . . .	25	701	741	56.88	56.61	0.2688	0.2766
North Central . . .	17	445	486	57.88	58.70	0.2572	0.2663
United States	42	1146	1227	57.27	57.44	0.2643	0.2725
Edge trimmers, male:							
North Atlantic . . .	24	173	177	56.74	56.34	0.3740	0.3749
North Central . . .	17	88	104	58.00	58.44	0.3130	0.3313
United States	41	261	281	57.16	57.12	0.3535	0.3558
Goodyear stitchers, male:							
North Atlantic . . .	20	109	116	55.62	55.34	0.4106	0.4067
North Central . . .	14	68	83	57.84	58.28	0.3317	0.3557
United States	34	177	199	56.47	56.57	0.3803	0.3866
Heel trimmers, male:							
North Atlantic . . .	22	49	51	56.69	55.65	0.3967	0.3993
North Central . . .	17	86	42	57.67	58.24	0.2963	0.3418
United States	39	85	93	57.11	56.82	0.3541	0.3733
Lasters, machine, male:							
North Atlantic . . .	23	329	343	57.02	56.89	0.2758	0.2791
North Central . . .	14	173	237	56.59	57.11	0.2713	0.2971
United States	37	502	580	56.87	56.98	0.2743	0.2865
McKay stitchers, male:							
North Atlantic . . .	17	48	44	57.63	56.66	0.3188	0.3073
North Central . . .	11	27	31	58.11	58.94	0.2938	0.3127
United States	28	75	75	57.80	57.60	0.3098	0.3095
Trees, male:							
North Atlantic . . .	15	234	231	56.67	56.49	0.2642	0.2657
North Central . . .	13	84	85	57.64	57.94	0.2231	0.2190
United States	28	318	316	56.92	56.88	0.2533	0.2531
Vampers, male:							
North Atlantic . . .	11	57	70	54.70	55.06	0.3147	0.3076
North Central . . .	5	6	25	56.50	58.80	0.2524	0.2375
United States	16	63	95	54.87	56.25	0.3088	0.3023
Vampers, female:							
North Atlantic . . .	23	255	247	56.85	56.28	0.2266	0.2277
North Central . . .	17	201	221	57.42	57.95	0.1865	0.1886
United States	40	456	468	57.00	57.07	0.2090	0.2093

auch zu dieser Kategorie. Betrachten wir zunächst diese große Gruppe in den fünf Staatengruppen, so erhalten wir folgende vergleichende Übersicht. Die Laborers verdienten im Jahre 1904 bezw. waren wöchentlich Stunden beschäftigt.

Industrie- gruppen	North Atlantic		South Atlantic		North Central		South Central		Western	
	Stunden wöchentl.	Stunden- lohn	Stunden wöchentl.	Stunden- lohn	Stunden wöchentl.	Stunden- lohn	Stunden wöchentl.	Stunden- lohn	Stunden wöchentl.	Stunden- lohn
		Mr.		Mr.		Mr.		Mr.		Mr.
Ziegelei	58,55	0,58	59,03	0,49	55,41	0,80	60,00	0,52	58,85	0,90
Baugewerbe	54,70	0,67	57,09	0,56	55,15	0,88	56,02	0,57	50,61	1,05
Eisenbahnwaggon- fabrikation	54,98	0,58	58,08	0,54	55,18	0,63	61,21	0,54	54,00	0,81
Müllerei	61,57	0,69	—	—	60,49	0,71	69,62	0,39	67,50	0,89
Gießerei und Ma- schinenbau	57,61	0,63	56,10	0,45	56,41	0,77	56,45	0,60	54,95	0,94
Gasfabrikation . . .	62,94	0,63	61,97	0,57	63,44	0,67	60,00	0,60	50,55	1,17
Glasindustrie	59,72	0,57	—	—	58,00	0,62	—	—	—	—
Bauholz-Gewerbe . .	59,30	0,66	62,11	0,43	60,39	0,66	61,93	0,54	60,00	0,69
Marmor u. Steine	47,89	1,21	55,27	0,64	57,85	0,76	57,35	0,60	48,00	1,08
Papier u. Holzstoff	60,61	0,62	—	—	61,19	0,61	—	—	—	—
Sägemühlen	57,07	0,68	57,47	0,42	58,77	0,62	62,82	0,46	57,90	0,85
Schiffsbau	56,28	0,65	58,78	0,50	56,63	0,61	—	—	55,06	0,89
Schlächtereier . . .	—	—	—	—	60,00	0,70	50,00	0,71	—	—
Straßen u. Wasser- leitungen:										
(Submiffion)	58,28	0,65	53,71	0,65	58,13	0,78	57,94	0,65	51,97	1,05
(Gemeinderegier) . .	50,42	0,92	50,29	0,72	49,35	0,81	51,67	0,68	48,00	1,11

Wenn wir auch von den enorm hohen Löhnen der Steinarbeiter absehen, und auch die der Straßen- und Wasserwerksarbeiter beiseite lassen, so schwanken die Löhne dieser ungelerten Arbeiter in den nordatlantischen Staaten immer noch zwischen 57 und 69 ₧ pro Stunde in der Glasindustrie und in der Müllerei. In den südatlantischen Staaten fallen die niedrigsten Löhne sogar auf 42 ₧ in den Sägemühlen, und die höchsten erreichen nur 65 und 72 ₧ im Straßen- und Wasserbau und 64 ₧ in den Steinbrüchen. In den nördlichen Zentralstaaten beziffern sich die niedrigsten Löhne auf je 61 ₧ in der Papier- und Holzstoffindustrie und im Schiffsbau, die höchsten auf 80 und 88 ₧ in der Ziegelei und im Baugewerbe. In den südlichen Zentralstaaten dagegen betragen die niedrigsten Löhne 39 und 46 ₧ in der Müllerei und in den Sägemühlen, die höchsten 65 und 68 ₧ in Straßen- und Wasserleitungen und 71 ₧ in der Schlächtereier. In den Weststaaten endlich haben die niedrigsten Löhne das Bauholzgewerbe mit 69 ₧ , die höchsten die Glasfabrikation

mit 1,17 *M.* Vergleichen wir die ungelerten Arbeiter in dem so wichtigen Baugewerbe, so erhalten wir folgende Reihenfolge:

South Atlantic . . .	0,56 <i>M.</i>
" Central . . .	0,57 "
North Atlantic . . .	0,67 "
" Central . . .	0,88 "
Western	1,05 "

Diese Reihenfolge ist ebenso typisch wie die Tatsache, daß die höchsten Löhne mit der kürzesten Arbeitszeit gepaart zu sein pflegen.

Nachdem wir dies festgestellt haben, können wir die weitere Untersuchung dieser in mehreren Industrien vorkommenden Verufe dadurch vereinfachen, daß wir uns auf die eine Mittelstellung einnehmenden nordatlantischen Staaten beschränken.

Auf diese Weise wird das Gesamtbild übersichtlich, ohne daß, wie beim Durchschnitt der Vereinigten Staaten, die Unterschiede zwischen den einzelnen Industriegruppen, um die es uns vor allem zu tun ist, verwischt würden. Zudem haben wir, da dieses Gebiet in der industriellen Entwicklung am weitesten vorgeschritten ist, den Vorteil einer lückenlosen Übersicht. Arbeitszeit und Lohn des vielseitigen Berufs der Schmiede (*blacksmiths*) stellten sich bei den einzelnen Industriegruppen in den nordatlantischen Staaten folgendermaßen:

	Durchschnittl. wöchentliche Arbeitszeit in Stunden	Durchschnittl. Lohn in der Stunde <i>M.</i>	Index- zahl ¹
Landwirtschaftliche Geräte . .	60,00	0,71	106,2
Schmiede und Hufschmiede . .	55,61	1,13	108,9
Wagenfabrikation	56,18	1,13	107,8
Eisenbahnwagenfabrikation . .	55,68	1,51	111,5
Gießerei und Maschinenbau . .	57,03	1,17	110,2
Schiffsbau	46,80	1,12	109,4

Wenn wir von dem niedrigsten Extrem bei den landwirtschaftlichen Geräten und von dem höchsten bei der Eisenbahnwagenfabrikation absehen, sind die Unterschiede nicht eben groß. Die Lohnsteigerung gegenüber dem Durchschnitt im Jahre 1890—99 betrug im ungünstigsten Fall 6,2 und im günstigsten Falle 11,5 %. Die längste Arbeitszeit fällt mit dem niedrigsten Lohnsatz zusammen.

¹ Die hier und im folgenden angegebenen Indexzahlen beziehen sich nicht auf die nordatlantischen Staaten, sondern nur auf die Vereinigten Staaten, da nur für diese Indexzahlen nachgewiesen sind.

In gleicher Weise waren beschäftigt und verdienen die Kessel-
schmiede (boiler makers):

	Durchschnittl. wöchentliche Arbeitszeit in Stunden	Durchschnittl. Lohn pro Stunde Mk.	Index- zahl
Eisenbahnwagenfabrikation . .	56,21	1,17	118,3
Gießerei und Maschinenbau . .	55,94	1,16	113,2
Schiffsbau	57,43	1,01	103,0

Lohn und Arbeitszeit der Modellmacher (pattern makers)
stellte sich folgendermaßen:

	Durchschnittl. wöchentliche Arbeitszeit in Stunden	Durchschnittl. Lohn pro Stunde Mk.	Index- zahl
Landwirtschaftliche Geräte ¹ . .	58,01	1,18	118,0
Eisenbahnwagenfabrikation . .	55,00	1,21	110,7
Gießerei und Maschinenbau . .	56,25	1,27	117,3
Schiffsbau	58,48	1,26	117,9
Elektr. Apparate und Geräte .	54,66	1,42	115,6

Aus der Gruppe der Holzarbeiter interessieren uns noch die
Zimmerleute (carpenters), die Arbeiter an der Holzbearbeitungs-
maschine, an der Band- und Zirkularsäge:

	Durchschnittl. wöchentliche Arbeitszeit in Stunden	Durchschnittl. Lohn pro Stunde Mk.	Index- zahl
Carpenters im			
Baugewerbe	47,89	1,51	129,9
Eisenbahnwagenfabrikation . .	54,59	0,97	113,4
Sägemühlen	54,65	1,19	122,4
Schiffsbau	52,48	1,33	110,6
Machine woodworkers			
Landwirtschaftliche Geräte . .	60,00	0,63	114,2
Wagenbau	58,04	1,11	109,9
Eisenbahnwagenfabrikation . .	54,70	1,00	115,9
Möbelindustrie	55,91	1,17	111,1
Sägemühlen	55,63	1,07	115,7
Sawyers band			
Möbelindustrie	56,85	0,96	109,5
Bauholz	60,00	1,33	119,9
Sägemühlen	55,64	1,11	112,0
Sawyers circular			
Möbelindustrie	54,00	1,06	113,9
Bauholz	56,50	1,66	113,9
Sägemühlen	55,24	1,06	114,1
Sawyers jig			
Möbelindustrie	52,83	1,25	132,5
Bauholz (sawyers, gang) . . .	60,00	0,91	120,1
Sägemühlen	54,78	1,17	112,5

¹ Nur für die nördlichen Zentralstaaten nachgewiesen.

Eine sehr vielseitige Klasse bilden endlich noch die Maler, die Maschinisten und die Packer:

	Durchschnittl. wöchentliche Arbeitszeit in Stunden	Durchschnittl. Lohn pro Stunde M.	Indez- zahl
Painters in			
Landwirtschaftl. Geräte ¹	57,10	0,95	118,5
Baugewerbe	48,40	1,40	127,9
Wagenbau	55,80	1,05	110,9
Eisenbahnwagenfabrikation . . .	54,30	1,14	111,4
Möbelindustrie (varnishers) . . .	56,04	0,91	114,4
Schiffsbau	53,73	1,24	108,9
Machinists			
Landwirtschaftl. Geräte	60,00	0,73	120,4
Eisenbahnwagenfabrikation . . .	56,00	1,20	115,2
Elektr. Apparate und Geräte . .	54,95	1,13	110,4
Gießerei und Maschinenbau . . .	56,07	1,09	112,8
Papierindustrie (machine tenders)	56,88	1,05	120,1
Schiffsbau	57,55	1,02	112,2
Packers			
Müllerei	61,80	0,68	114,0
Glasindustrie	56,19	0,81	109,3
Zigarren und Tabak	sm.	0,97	118,1
	w.	0,53	93,8

Diese und andere wichtige Berufe wollen wir nun an der Hand der Tabelle IV des Bulletins (Average wages and hours of labor, 1903 and 1904, in twenty-one selected occupations, by cities) im geographischen Detail weiter verfolgen, um so noch einen tieferen Einblick in die Verschiedenheit der Entlohnung im großen Gebiet der Vereinigten Staaten zu gewinnen. Selbstverständlich können wir hier nicht für 21 Berufe die Daten von z. B. bei den Ziegelmaurern 53 Städten wiedergeben. Wir wählen zu diesem Zwecke die Städte Atlanta, New York, St. Louis und St. Francisco um alle Teile des Landes und, neben den Großstädten, wenigstens eine mittlere Stadt zu berücksichtigen.

(Siehe die Tabelle auf der folgenden Seite.)

Die Arbeitszeit schwankt zwischen 44 und 60 Stunden in der Woche, und die Wochenlöhne zwischen 25,20 *M* und 132 *M*, wobei der höchste Wochenlohn mit der kürzesten Arbeitszeit zusammenfällt und umgekehrt.

Für die größere Zahl dieser Berufe hat nun aber das Arbeitsamt auch internationale Übersichten aufgestellt. Dieselben sind nach dem gleichen Schema angeordnet und erstrecken sich auf die Jahre

¹ Nur für die nördlichen Zentralstaaten nachgewiesen.

		Atlanta		New York		St. Louis		San Francisco	
		a	b	a	b	a	b	a	b
Baugewerbe	Ziegelmaurer	57,87	1,62	44,00	2,60	44,00	2,63	44,00	3,00
	Zimmerer	59,79	0,97	44,00	2,12	44,00	2,09	44,00	2,00
	Fuhrleute	—	—	44,00	1,44	44,00	1,63	44,00	1,75
	Handlanger	58,18	0,44	55,56	0,60	60,00	0,80	—	—
	Maler	55,15	0,98	44,13	1,86	44,00	1,80	48,00	1,75
	Stukkateure	54,00	1,40	44,00	2,72	44,00	3,00	44,00	3,00
	Klempner	53,13	1,59	44,15	2,44	44,00	2,50	47,52	2,52
Bäckerei und Maschinen- industrie ¹	Schmiede	59,24	1,10	53,68	1,50	54,00	1,24	54,00	1,56
	Kesselschmiede	57,53	1,31	52,64	1,36	—	—	54,00	1,57
	Tagelöhner	59,43	0,61	53,87	0,76	54,00	0,72	54,00	0,92
	Maschinenisten	58,19	1,19	53,86	1,21	54,00	1,22	54,00	1,42
	Eisenformer	57,98	1,33	54,00	1,34	54,00	1,29	54,00	1,55
	Modellmacher	58,34	1,27	54,02	1,57	54,00	1,41	54,00	1,64
Möbelfischer ²		54,86	0,87	47,06	1,67	55,79	0,95	48,00	1,75
Holzmaschinenarbeiter in Sägemühlen		59,33	0,85	51,68	1,26	60,00	1,05	48,00	1,93
Zeitungs- druck	Setzer	49,60	1,61	48,57	2,31	45,00	2,18	45,00	2,67
	Linotypsetzer	44,87	2,89	48,57	2,41	—	—	45,00	2,67
	Drucker	54,00	0,98	43,82	1,91	48,00	1,56	46,57	1,90
	Stereotypseure	48,00	1,75	43,66	2,59	48,00	1,78	45,00	2,18
Straßen und Wasserleitungen (Submiffion) Laborers . .		—	—	58,13	1,64	—	—	48,00	1,15
Straßen und Wasserleitungen (Gemeinderegie) Laborers .		60,00	0,42	51,00	1,04	48,00	0,75	48,00	1,25

a bedeutet die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit in Stunden.

b bedeutet den durchschnittlichen Stundenlohn in Mark.

1890—1903. Sie sind in der für die Weltausstellung in St. Louis herausgegebenen Nr. 54 des Bulletin vom September 1904 enthalten. Wenn wir das Anfangs- und Schlußjahr ins Auge fassen, erhalten wir folgenden Überblick. Es waren durchschnittlich Stunden in der Woche beschäftigt (a) und verdienten einen Stundenlohn in Mark (b) die Schmiede

¹ Unter der Spalte Atlanta habe ich hier das für diese Industrie wichtige Pittsburg und Allegheny eingesetzt.

² Statt des fehlenden Atlanta ist Milwaukee eingesetzt.

In	1890		1903	
	a	b	a	b
Ver. Staaten¹	59,41	1,06	56,56	1,18
Großbritannien	54,00	0,66	53,67	0,70
Deutschland	62,00	0,47	59,90	0,49
Frankreich	60,34	0,59	60,19	0,65
Reffelschmiede.				
Ver. Staaten	59,25	1,04	56,24	1,14
Großbritannien	54,00	0,64	53,67	0,69
Deutschland (nur Berlin)	64,00	0,39	60,00	0,45
Frankreich	63,00	0,57	61,50	0,58
Belgien	60,00	0,30	60,00	0,30
Maurer.				
Ver. Staaten	53,22	1,73	56,24	2,19
Großbritannien	52,67	0,70	53,67	0,82
Deutschland	59,75	0,44	60,00	0,53
Frankreich	63,00	0,51	61,50	0,53
Belgien	62,00	0,28	60,00	0,34
Zimmerer.				
Ver. Staaten (nur Baugewerbe)	55,94	1,09	49,46	1,44
Großbritannien	52,67	0,68	50,17	0,81
Deutschland	59,41	0,41	55,80	0,52
Frankreich	60,00	0,62	60,00	0,62
Belgien	64,87	0,29	64,73	0,28
Seher.				
Ver. Staaten (nur Zeitungsdruck)	53,15	1,59	49,81	1,79
Großbritannien	54,33	0,63	50,00	0,72
Deutschland (nur Nürnberg)	57,40	0,43	51,08	0,56
Frankreich	60,00	0,48	60,00	0,52
Belgien	60,00	0,32	54,00	0,38
Fuhrleute.				
Ver. Staaten	52,78	1,00	47,98	1,15
Großbritannien	52,67	0,49	51,83	0,50
Deutschland	59,75	0,27	59,50	0,34
Frankreich	60,00	0,39	63,91	0,39
Belgien (1902 statt 1903)	62,00	0,19	62,00	0,17
Formen.				
Ver. Staaten (nur Gießerei und Maschinenbau)	59,51	1,02	56,80	1,21
Großbritannien	54,00	0,67	53,67	0,71
Deutschland (1900 statt 1903)	60,00	0,40	60,00	0,46
Frankreich (nur Paris)	60,00	0,45	60,00	0,42
Belgien (1897 statt 1890)	60,00	0,24	60,00	0,28
Tagelöhner (Laborers, general).				
Ver. Staaten (nur Baugewerbe)	59,02	0,60	56,39	0,67
Großbritannien	54,17	0,38	52,50	0,41
Deutschland	59,98	0,26	56,36	0,32
Frankreich (nur Paris)	60,00	0,39	60,00	0,39
Belgien	63,00	0,22	63,00	0,22

¹ Nur Schmiede in Gießereien und im Maschinenbau.

In	1890		1903	
	a	b	a	b
Maschinisten.				
Ver. Staaten (nur Gießerei und Maschinenbau)	59,52	0,96	56,12	1,08
Großbritannien	54,00	0,61	53,67	0,67
Deutschland (nur Berlin)	64,00	0,39	60,00	0,52
Frankreich	61,90	0,50	61,50	0,53
Malier (Painters, house).				
Ver. Staaten	55,23	1,07	48,89	1,38
Großbritannien	54,33	0,62	51,00	0,71
Deutschland	56,50	0,37	56,25	0,48
Frankreich	60,00	0,49	60,00	0,50
Belgien	66,00	0,24	66,00	0,27
Klempner (Plumbers).				
Ver. Staaten	54,33	1,39	48,91	1,77
Großbritannien	50,00	0,70	49,17	0,81
Deutschland	59,75	0,38	56,68	0,46
Frankreich (nur Paris)	63,00	0,60	54,00	0,60
Belgien	60,00	0,32	60,00	0,31
Steinschläger (stone cutters).				
Ver. Staaten (nur Granit)	52,73	1,49	43,67	1,69
Großbritannien	51,00	0,68	50,17	0,80
Deutschland (nur Nürnberg)	60,00	0,39	54,00	0,47
Frankreich	60,00	0,56	60,00	0,58
Belgien	65,00	0,28	65,00	0,27
Steinmeker (stone mason).				
Ver. Staaten	54,54	1,49	49,54	1,83
Großbritannien	51,00	0,71	50,17	0,83
Deutschland	59,75	0,44	56,50	0,53
Frankreich (nur Paris)	66,00	0,56	66,00	0,58
Belgien	62,00	0,28	62,00	0,34

Die Tabellen sprechen für sich; sie bedürfen für den aufmerksamen Leser keines weiteren Kommentars. Sie illustrieren zugleich den Satz auf das glänzendste, daß die höchsten Löhne stets mit der kürzesten Arbeitszeit parallel laufen. Dieser Satz hat, wie ich vielleicht ein andermal aus den deutschen Fabrikinspektionsberichten nachweisen werde, seinen Grund darin, daß die höchsten Löhne bei kürzester Arbeitszeit für den Unternehmer am rentabelsten sind.

Noch anschaulicher wird die Lohnhöhe der Vereinigten Staaten (a) und die daselbst übliche Arbeitszeit (b), wenn wir letztere für die Vereinigten Staaten gleich 100 setzen und die danach auf die übrigen Staaten entfallenden Relativziffern für das Jahr 1903 geben.

	Großbritannien		Deutschland		Frankreich		Belgien	
	a	b	a	b	a	b	a	b
Schmiede	59,0	94,9	41,9	105,9	55,2	106,4	—	—
Kesselschmiede	60,4	95,4	39,4	106,7	51,1	109,4	26,4	106,7
Maurer	37,7	108,4	24,3	118,1	24,2	131,7	15,4	129,6
Zimmerer	56,4	101,4	36,2	111,8	43,0	121,3	19,8	130,9
Seher	40,2	100,4	31,6	102,5	29,2	120,5	21,4	108,4
Fuhrleute	43,7	108,0	29,7	124,0	33,7	133,2	—	—
Formen	58,9	94,5	—	—	43,1	105,6	22,8	105,6
Tagelöhner	60,8	93,1	47,6	99,9	57,6	106,4	32,8	111,7
Maschinisten	62,0	95,6	48,4	106,9	49,0	109,6	—	—
Maler	51,4	104,3	34,6	115,1	36,4	122,7	19,3	135,0
Klempner	45,8	100,5	25,9	115,9	33,9	110,4	17,7	122,7
Steinschläger	47,2	103,1	27,9	111,0	34,3	123,3	16,2	133,6
Steinmetzen	45,4	100,0	29,0	114,0	31,6	133,2	18,5	125,2

Wenn wir Deutschland besonders ins Auge fassen, ergibt sich aus dieser Übersicht, daß sämtliche hier aufgeführte Kategorien von Arbeitern noch nicht einmal die Hälfte von dem, was ihre amerikanischen Kollegen erhalten, verdienen, daß viele aber nur ein Drittel, ja sogar nur ein Viertel dieses Verdienstes erzielen.

II.

Es fragt sich nun, ob durch diese hohen Löhne und die kurze Arbeitszeit die Produktion verteuert wird oder nicht. Georges Blondel vertritt in seiner interessanten Schrift „La France et la Marché du Monde“ die Ansicht, daß dies nicht der Fall ist, daß vielmehr die hohen Löhne den Fabrikanten zwingen, seinen Betrieb stets mit den besten technischen Mitteln auszurüsten, daß er durch die Forcierung gewisser Typen wesentlich an Kosten spart — Spezialisierung der Produktion — und daß die amerikanischen Arbeiter wegen ihrer besseren Lebenshaltung und kürzeren Arbeitszeit in Verbindung mit der besseren sanitären Ausstattung der Fabrikräume leistungsfähiger sind.

Interessant ist in dieser Beziehung, was der Gesellschafter der Firma D. G. Pollat & Co. in Wien, Kommerzienrat Theodor Reitlinger, vor dem österreichischen Arbeitsamt ausgesagt hat. Seine Firma arbeitet ausschließlich für den Export; sie stellt Waren von der schwersten bis zur leichtesten Sorte her, aber immer bessere Qualitäten. Reitlinger hat nun den Tarif seiner Grazer Filiale zu den Akten gegeben. Danach lassen sich folgende Berechnungen machen. Der Arbeitslohn für 100 Paar eingestochene mit der Goodyear-

maschine gemachte Schuhe stellt sich auf 140,15 bis 213,52 *M*; für durchgenähte (Mc Kay) Damenschuhe pro 100 Paar auf 107,92 bis 266,90 *M*. Demgegenüber kosteten Unit Nr. 69 der amerikanischen Erhebung Hand and machine Men's cheap grade, kip, pegged boots, half double soles an Arbeitslohn 141,60 *M*; Nr. 70 Men's fine grade, calf, welt, lace shoes, single soles, soft box toes 297,56 *M*; Nr. 71 Men's medium grade, calf, welt shoes, single soles, soft box toes 238,18 *M*; Nr. 72 Men's grain pegged, brogan shoes, tap soles 55,30 *M*; Nr. 73 Women's fine grade kid, welt, button shoes, single soles, patent leather tips, soft box toes 218,16 *M*; Nr. 74 Women's cheap grade, kid, turned, laces shoes, single soles, plain toes 74,35 *M* und Nr. 75 Women's cheap grade, grain, Mc Kay sewed, button shoes, half double soles, plain toes 81,77 *M*. Man sieht, Pollak kann in Graz nur in den feineren Sorten mit der angeblich teureren Arbeit mit der amerikanischen Produktion im Arbeitslohn konkurrieren; ja sogar seine feinste Sorte Damenschuhe kommt ihn in dieser Beziehung teurer zu stehen als die feinste Sorte der amerikanischen Statistik. Dabei haben wir es in beiden Fällen mit durchaus fabrikmäßigen Betrieben zu tun. Es ist nun höchst interessant und bestätigt zugleich die Zuverlässigkeit der von uns erzipierten amerikanischen Statistik, was Reitlinger hierüber zu Protokoll gab. „Amerika“, sagte er wörtlich, „das unser Hauptkonkurrent ist, erzeugt alle Waren mit Maschinen; wir selbst haben in Graz die ganz gleichen Maschinen, mit denen die Amerikaner arbeiten; nur haben unsere Arbeiter eine größere Fertigkeit bei gleicher Dauerhaftigkeit der Arbeit und vermögen infolgedessen mehr Eleganz in den Stiefel hineinzubringen, und das macht uns fähig, in der leichten Ware mit Amerika zu konkurrieren. In schweren Stiefeln hingegen, wie sie meist auf dem Lande getragen werden, und bei denen es weniger auf die Eleganz als auf die Dauerhaftigkeit und den Preis ankommt, vermögen wir weder mit Amerika, noch mit England, Deutschland und der Schweiz zu konkurrieren.“

Auf die Frage des Vorstehenden, ob unsere Arbeitskräfte den amerikanischen überlegen seien, erwiderte Reitlinger: „Gewiß, denn die österreichische Schuhindustrie ist auch viel älter als die amerikanische. Hierzu kommt freilich, daß der amerikanische Arbeiter größere Quantitäten fertig bringt, was aber nicht an diesen, sondern an unseren Verhältnissen liegt. Wenn man die Arbeiter eines Fabrikdistrikts Englands oder Amerikas ansieht und dann unsere Arbeiter

betrachtet, so hat man die Antwort darauf, warum der Amerikaner mit derselben Maschine 8 Paar Schuhe, der Österreicher nur 5 Paar fertig bringt. Der Arbeiter in Amerika bekommt für den einzelnen Stiefel nicht mehr bezahlt als der heimische; er verdient nur deshalb mehr, weil er mehr fertig bringt; das setzt ihn in den Stand, sich besser zu nähren, und die bessere Nahrung gibt ihm wieder Kraft, mehr Einheiten zu erzeugen. Das ist der Punkt, um den sich alles dreht: wenn die Arbeiter besser genährt sind, werden sie mehr erzeugen und mehr verdienen, ohne daß der Fabrikant belastet wird¹.

Nach dem Bulletin Nr. 57 (März 1905) stellte sich der Großhandelspreis für men's frogans, split pro 100 Paar im Jahre 1895 auf 392,52 *fl.*; der Arbeitslohn der dieser Sorte entsprechenden Unit 72 stellte sich nach Hand and machine im gleichen Jahre auf 55,30 *fl.* oder 14 % des Großhandelspreises. Men's calf bal. shoes, Goodyear welt stellten sich im gleichen Jahre auf 960 *fl.*, der Arbeitslohn für 100 Paar der entsprechenden Unit 70 betrug 297,56 *fl.* oder 31 %. Die Großhandelspreise der ersten Sorte sind im Jahre 1904 auf 3,70, die der letzteren auf 9,40 *fl.* pro Paar zurückgegangen; sie standen gegenüber dem Durchschnitt 1899—1900 = 100 auf 93,5 und 98,9.

Der Preis gewöhnlicher Hauszettel war im Großhandel im Jahre 1895 21,25 *fl.* für 1000 Stück; er stieg seitdem auf 29,97 *fl.* oder 134,7. Der Arbeitslohn stellte sich bei Maschinenarbeit 1895 auf 4,68 *fl.*, bei der Handarbeit im gleichen Jahr auf 12 *fl.*, wobei die Kosten der Arbeit von Tieren nicht eingerechnet sind.

Indessen lassen sich nur ausnahmsweise aus der Großhandelspreisstatistik und dem Report über Hand and machine vergleichbare Nachweisungen aufspüren; die Vergleichbarkeit bleibt trotz alledem zweifelhaft, da beide Untersuchungen in keinerlei Beziehungen zueinander stehen, und bei den kurzen Bezeichnungen der Preisstatistik allzuleicht Fehlgriffe möglich sind.

Gegen die Methode des Report über Hand and machine, die Wirtschaftsgeschichte von teilweise mehr als ein Halbjahrhundert auseinanderliegenden Zeiträumen in abstrakte Berechnungen der Arbeitszeit und der Arbeitskosten aufzulösen, habe ich bei der Besprechung

¹ Vgl. Stenogr. Protokoll der im k. k. arbeitsstat. Amt durchgeführten Vernehmung von Auskunftspersonen über die Verhältnisse im Schuhmacher-gewerbe, Wien 1904, Alfred Hölder, Sp. 263—267 und Beilage V S. 13*—18* sowie Hand and Machine 1889, Bd. I S. 28, 29 und Bd. II S. 525—576.

dieses Report in dieser Zeitschrift¹ schon meine Bedenken geltend gemacht. Der Vergleich zwischen Maschinen- und Handarbeit erscheint weniger bedenklich, wenn er sich für beide Betriebsweisen auf dasselbe oder wenig auseinanderliegende Jahre bezieht. Um die Ersparnis aus dem Posten Arbeitskosten durch die weitgehende Anwendung der modernen Technik in der amerikanischen Industrie zu illustrieren, will ich einige wichtigere Artikel aus der großen Enquete herausheben, muß aber dabei noch ausdrücklich bemerken, daß der Berichtersteller die Daten über Arbeitskosten weniger für vergleichbar hält als die über Arbeitszeit. Zufälligkeiten dürften das Resultat weniger beeinflussen, wenn wir aus der gleichen Industrie mehrere ähnliche Artikel nehmen. Da die Umrechnung in Mark hier keinen Zweck hat, unterlasse ich sie. Aus der Baumwollindustrie sind hier anzuführen die Unit Nr. 241 cottonade, von der 500 yards 1893 mit Handarbeit \$ 135,6127, 1895 mit Maschinenarbeit \$ 6,8118 herzustellen kosteten. Es stellten sich die Kosten von 500 yards Nr. 242 Drills 1893 bei Handarbeit auf \$ 88,0549, 1896 bei Maschinenarbeit auf \$ 3,8991; ferner für 100 pounds von Nr. 248 yarn beidemal im Jahre 1896 bei Handarbeit auf 93,5250, bei Maschinenarbeit auf \$ 1,2012; für 100 yards von Nr. 249 jeans 1894 bei Handarbeit auf \$ 22,5201, 1895 bei Maschinenarbeit auf \$ 6,7063 und Nr. 250 Jeans 1895 bei Handarbeit auf \$ 39,6725, bei Maschinenarbeit auf \$ 3,5894. Aus der Strumpfwarenindustrie heben wir folgende Übersicht aus. Es kostet die Arbeit bei der Herstellung von

1 Duzend Unit Nr. 363 caps	
1894 durch Handarbeit	1,4400 \$,
1895 durch Maschinenarbeit	0,5792 \$.
1 Duzend Unit Nr. 364 Fascinators	
1894 durch Handarbeit	1,8667 \$,
1895 durch Maschinenarbeit	0,3764 \$.
1 Duzend Unit Nr. 365 Fascinators	
1895 durch Handarbeit	1,2000 \$,
1895 durch Maschinenarbeit	0,7486 \$.
1 Duzend Paare Unit 366 Half hose, cotton	
1894 durch Handarbeit	2,2200 \$,
1895 durch Maschinenarbeit	0,2534 \$.
1 Duzend Paare Unit 367 Half hose, cotton	
1895 durch Handarbeit	1,3005 \$,
1897 durch Maschinenarbeit	0,0898 \$.
1 Duzend Paare Unit 368 Half hose, woolen	
1895 durch Handarbeit	4,2000 \$,
1895 durch Maschinenarbeit	0,4234 \$.
1 Duzend Paare Unit Nr. 369 Half hose, woolen	
1895 durch Handarbeit	1,5000 \$,
1897 durch Maschinenarbeit	0,2735 \$.
1 Duzend Paare Unit Nr. 370 Hoods, woolen	
1894 durch Handarbeit	1,6667 \$,
1895 durch Maschinenarbeit	1,0181 \$.
1 Duzend Unit Nr. 376 Shawls worsted	
1895 durch Handarbeit	6,000 \$,
1895 durch Maschinenarbeit	0,5804 \$.
1 Duzend Unit Nr. 378 Sweaters woolen	
1894 durch Handarbeit	12,000 \$,
1895 durch Maschinenarbeit	1,1593 \$.

¹ Bgl. 1901, XXV 2, S. 295 ff.

Aus der Herrenkleiderindustrie:

- 12 Duzend Unit Nr. 208 Jackets
1894 durch Handarbeit 50,4000 \$, 1895 durch Maschinenarbeit 12,8017 \$.
- 12 Duzend Paare Unit Nr. 213 cottonade trousers
1894 durch Handarbeit 93,6000 \$, 1895 durch Maschinenarbeit 21,5638 \$.

Herrenwäsche:

- 100 Duzend Unit Nr. 304 Fine cotton handkerchiefs
1895 durch Handarbeit 24,0016 \$, 1895 durch Maschinenarbeit 15,2645 \$.
- 100 Duzend Unit Nr. 305 Fine cotton handkerchiefs
1895 durch Handarbeit 23,0516 \$, 1895 durch Maschinenarbeit 15,0562 \$.
- 50 Duzend Unit Nr. 306 Neckties
1895 durch Handarbeit 5,3056 \$, 1895 durch Maschinenarbeit 4,3334 \$.
- 50 Duzend Unit Nr. 308 Neckties
1895 durch Handarbeit 23,7500 \$, 1895 durch Maschinenarbeit 17,4352 \$.
- 12 Duzend Unit Nr. 311 Shirts, sateen negligee
1894 durch Handarbeit 72,0000 \$, 1895 durch Maschinenarbeit 27,2859 \$.
- 12 Duzend Unit Nr. 310 Shirts, blue prints
1894 durch Handarbeit 36,0000 \$, 1895 durch Maschinenarbeit 12,9564 \$.

Handschuhe:

- 1 Duzend Paar Unit Nr. 352 gloves, buckskin
1895 durch Handarbeit 1,7967 \$, 1895 durch Maschinenarb. 1,9785 \$.(1)
- 1 Duzend Paar Unit Nr. 354 gloves, men's woolen
1894 durch Handarbeit 4,8000 \$, 1895 durch Maschinenarbeit 1,0756 \$.
- 10 Duzend Paar Unit Nr. 357 mittens, men's woolen
1895 durch Handarbeit 24,0000 \$, 1895 durch Maschinenarbeit 1,4734 \$.

Möbel:

- 1 Duzend Unit Nr. 322 Chair frames, Mahogany
1897 durch Handarbeit 38,3333 \$, 1897 durch Maschinenarbeit 17,4268 \$.
- 1 Duzend Unit Nr. 324 Chairs, splint bottom cottage
1896 durch Handarbeit 5,1169 \$, 1896 durch Maschinenarbeit 0,6694 \$.
- 1 Duzend Unit Nr. 345 Tables, oak dining
1897 durch Handarbeit 427,6666 \$, 1897 durch Maschinenarb. 204,1601 \$.
- 1 Duzend Unit Nr. 347 Tables, Kitchen
1895 durch Handarbeit 14,6250 \$, 1895 durch Maschinenarbeit 2,4848 \$.

Eisen und Stahl:

- 500 Stück Unit Nr. 379 $\frac{1}{2}$ inch. bolts, 61 long, fitted with nuts
1895 durch Handarbeit 8,6333 \$, 1896 durch Maschinenarbeit 1,3175 \$.
- 500 Stück Unit Nr. 382 $\frac{1}{2}$ inch. hexagon-head bolts, 61 long
1895 durch Handarbeit 32,1427 \$, 1895 durch Maschinenarbeit 1,7907 \$.
- 200 Stück Unit Nr. 385 $\frac{3}{4}$ inch. roundhead rivets, 168 lbs per hundred¹
1895 durch Handarbeit 4,5000 \$, 1895 durch Maschinenarbeit 0,8656 \$.
- 100 pounds Unit Nr. 388 $\frac{1}{2}$ inch. coil chains
1895 durch Handarbeit 2,2500 \$, 1897 durch Maschinenarbeit 0,6033 \$.
- 100 pounds Unit Nr. 390 $\frac{3}{4}$ inch. coil chains
1895 durch Handarbeit 1,4017 \$, 1897 durch Maschinenarbeit 0,4248 \$.

Baumaterialien:

- 1000 feet Unit Nr. 433 Poplar boards
1896 durch Handarbeit 8,6000 \$, 1896 durch Maschinenarbeit 1,0900 \$.
- 1000 Stück Unit Nr. 436 Shingles 4×16 inches
1895 durch Handarbeit 2,3833 \$, 1897 durch Maschinenarbeit 0,3132 \$.

- 150 square feet Unit Nr. 443 Dressing granite
 1895 durch Handarbeit 81,0000 \$, 1894 durch Maschinenarbeit 6,3334 \$.
- 18 feet Unit Nr. 444 ailing $\frac{3}{8} \times 1$ inch. flashing grove in granite block
 1894 durch Handarbeit 20,3000 \$, 1897 durch Maschinenarbeit 4,9473 \$.
- 8 square feet Unit Nr. 449 Polishing granite
 1890 durch Handarbeit 23,0000 \$, 1896 durch Maschinenarbeit 3,3597 \$.
- 50 Stüd Unit Nr. 502 White pine 6 panel O. G. doors
 1895 durch Handarbeit 108,3333 \$, 1895 durch Maschinenarbeit 7,4813 \$.
- 50 Stüd Unit Nr. 503 White pine 6 panel O. G. doors
 1894 durch Handarbeit 112,5000 \$, 1895 durch Maschinenarbeit 11,3000 \$.

Da die Zahlen durch eine peinliche Untersuchung der einzelnen Teilarbeiten gewonnen sind, geben sie ein anschaulicheres und zuverlässigeres Bild als manche Beschreibungen davon, wie es die Amerikaner verstanden haben, durch Benutzung der Hilfsmittel der Technik und eine raffinierte Organisation der Arbeit, wozu auch die Verkürzung der Arbeitszeit und manche sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen zu rechnen sind, einer zusammengewürfelten Gesellschaft von Arbeitern, wie sie ihnen der Einwandererstrom lieferte, die höchsten Leistungen zu entlocken.

Die schon erwähnte sorgfältige, umfangreiche Statistik der Großhandelspreise von 249 Waren hat nun ergeben, daß diese in den letzten 15 Jahren in ihrer größeren Mehrzahl im Preise gestiegen sind. Diese Preissteigerung veranschaulicht am besten folgende zusammenfassende Übersicht, die die Preisaufschläge oder Abschläge der Preise des Monats Dezember 1904 gegenüber den Durchschnittspreisen der Jahre 1890—1899 in Prozenten angibt.

	Zahl der Ar- tikel	Preissteigerungen von					Preisabschläge von				
		100% oder mehr	50 bis 100%	25 bis 50%	10 bis 25%	Weniger als 10 %	Weniger als 10 %	10 bis 25%	25 bis 50%	50 % oder mehr	
Landw. Produkte .	16	—	2	3	4	6	—	—	—	—	
Nahrungsmittel. .	52	—	3	11	16	9	4	1	7	1	
Kleiderstoffe usw. (cloth & clothing)	70	—	—	2	34	16	13	5	—	—	
Heizung und Be- leuchtung . . .	13	—	2	7	3	—	—	1	—	—	
Metalle u. Geräte (Metals and im- plements) . . .	36	—	2	8	11	4	6	2	1	—	
Baumaterialien. .	26	1	3	8	6	2	2	1	3	—	
Drogen und Che- mikalien	9	—	1	1	1	3	2	—	1	—	
Möbel.	14	—	—	3	5	3	3	—	—	—	
Verschiedenes. .	13	—	1	2	4	1	3	2	—	—	
Zusammen	249	1	14	45	84	44	33	12	12	1	

Bei einem Artikel aus der Gruppe der Farmprodukte und bei zwei Artikeln aus der Gruppe Metals and implements sind die Preise gleichgeblieben. Im großen Ganzen dürften sich die oben erwähnten Lohn- und die hier kurz skizzierten Preissteigerungen so ziemlich die Wage gehalten haben.

Nachdem wir einen Überblick über die Lohnverhältnisse der amerikanischen Arbeiter, ihre Einflüsse auf die Kosten der Arbeit und die Warenpreise zu geben versucht haben, können wir zum zweiten Teil unserer Aufgabe übergehen, der sich mit der Frage beschäftigt: welchen standard of live ermöglichen seine Löhne dem amerikanischen Arbeiter, zu welchem Zweck wir die Lebensmittelpreise und zwar die Detailpreise untersuchen müssen, woran sich dann als Schluß eine Übersicht über die tatsächliche Lebensweise der amerikanischen Arbeiter schließt. Auch hier dürfen wir nicht davor zurückschrecken, ein ganzes Regiment von Zahlenkolonnen aufmarschieren zu lassen.

Wir haben zu diesem Zwecke wiederum die vier Städte Atlanta, New York, St. Louis und St. Francisco ausgewählt und geben im folgenden die niedrigsten und höchsten Detailpreise für 30 wichtige Artikel des täglichen Verbrauchs. Es kosteten in Pfennigen (Siehe die Tabelle auf der folgenden Seite.)

Die Tabelle dürfte geeignet sein, den weitverbreiteten Überglauben, daß die Lebensmittelpreise in Amerika teurer seien als bei uns, der sich zu der grotesken Form versteigt, man komme in Amerika mit einem Dollar nicht weiter als wir mit einer Mark, gründlich auszurotten. Wenn man auch die angegebenen Pfundpreise um ein Neuntel erhöhen muß, da das amerikanische Pound rund 450 g ist, so sind doch die Fleischpreise ganz wesentlich niedriger als bei uns, da es sich bei den höchsten Preisen um die besten Sorten handelt. Sie sind wesentlich niedriger, trotzdem Amerika in den letzten 15 Jahren eine anhaltende Steigerung der Fleischpreise erfahren hat, die auch in den Indezahlen, die sich auf den Durchschnitt der Vereinigten Staaten beziehen, zum Ausdruck kommen. Als Grundzahl ist hierbei, wie immer der Durchschnittspreis der Jahre 1890—99 gleich hundert angenommen. Teurer sind nur untergeordnete Artikel, wie Milch, Äpfel und Pflaumen. Die merkwürdig hohen Höchstpreise der Kartoffeln in New York sind nur beim Kleinverkauf, wenn nur 1 quart abgenommen wird, üblich. Die Brotpreise kommen in Gewichtsveränderungen zum Ausdruck. Der Fünfscentlaib war in Atlanta im Januar 1903 bis August 1904 1 Pfund schwer, vom September bis zum Dezember 1904 14 Unzen. In New York bekam man für 4,91 cents

	Atlanta	New York	St. Louis	San Francisco	Indexzahl
Frisches Rindfleisch:					
Roasts and stews per pound	22—75	41—81	35—64	40—80	112,8
Steaks per pound	60—82	48—86	43—65	50—60	113,4
Geslg. Rindfleisch per pound	50	29—62	26—30	24—40	108,3
Frisches Schweinefleisch per pound	50—62	48—93	50—57	50—72	124,0
Gefalgnes Schweinefleisch:					
Pork, salt, bacon per pound	40—83	61—84	64—75	73—100	137,9
Pork, salt, dry or pickled per pound	40	51—68	49—62	50—60	125,8
Pork, salt, ham per pound	60—80	58—80	63—74	57—100	118,4
Lammel- und Lammfleisch per pound	60—70	27—70	34	39—80	114,1
Kaltfleisch per pound . . .	60	38—77	61	60—80	115,5
Hühnchen per pound	63—67	53—92	49—52	70—78	120,7
Frische Fische per pound . .	40—43	40—80	42—53	54—73	107,9
Gefalgene Fische per pound .	60—80	36—80	40—47	40—68	111,7
Eier per Duzend	82—89	117—146	98—103	133—152	130,9
Milch per quart	32—33	22—32	20—24	33	106,3
Butter per pound	112—120	105—120	90—109	103—132	109,0
Käse per pound	60—72	56—73	60—64	60—80	107,4
Schmalz per pound	38—40	45—60	47—50	40—50	117,3
See per pound	200	172—240	160—180	200	105,8
Kaffee per pound	53—142	66—100	80—120	60—140	91,8
Zucker per pound	22—23	21—24	23,3—23,7	21,5—23	101,9
Melasse per gallon	200—220	200—230	160	200—285	104,0
Weizenmehl per 1/8 barrel bag	318—358	182—397	217—302	260—263	119,9
Kornmehl per pound	6,7—7,5	8—15	9,5—10	12—16	121,5
Brot (Weizen) 1 pound loaf	20	19,64	20	20	103,9
Reis per pound	28—40	30—36	40	26—40	101,6
Kartoffel per peck	78—103	86—232	86—90	105—153	121,3
Gedünstete Äpfel per pound	40	40—48	40	40	99,2
Pflaumen per pound	33—40	31—47	24—26	18—21	79,6
Getrocknete Bohnen per quart	33—40	38—48	45—48	30—47	116,8
Essig per gallon	80—120	60—112	80	140	98,9

vom Januar 1903 bis Juli 1904 einen 17 Unzen; vom August bis zum September einen 1 pound vom Oktober bis zum Dezember 1904 einen 15 Unzen schweren Laib Weizenbrot; während die Angaben für St. Louis sich durchweg auf 1 pound loaf beziehen. Endlich in San Francisco beziehen sich zwei Angaben durchweg auf 1 pound loaf zu 5 cents, eine weitere auf einen 18 ounce loaf zu 4,44 cents und zwei weitere Angaben lauten 1 pound loaf, Jan. 1903 to Sept. 1904; 15 1/2 ounce loaf Oct. to Dec. 1904 zu 5,04 cents.

Wer die vorstehende Tabelle aufmerksam mit den Lohn Tabellen vergleicht, wird keiner langen Auseinandersetzung darüber mehr bedürfen, daß die in Amerika üblichen Löhne dem Arbeiter eine wesentlich höhere Lebenshaltung ermöglichen, als sie sich die Arbeiter in Belgien, Frankreich, Deutschland und selbst in England leisten können.

Diese Lebensmittelpreise sind im Eighteenth Annual Report für die hauptsächlichsten Industriestädte von 33 Staaten für den Zeitraum von 1890—1903 nachgewiesen. Dabei wurden für den Zeitraum von 1890—1902 5302 Aufstellungen von 814 Detailkaufleuten, für das Jahr 1903 5293 Aufstellungen von 811 Detailkaufleuten zugrunde gelegt. Die in Nr. 59 des Bulletins veröffentlichten Erhebungen wurden auf 7 weitere Staaten ausgedehnt, und es wurden dabei 6760 Aufstellungen von 1064 Firmen in 151 Städten verwendet. Durchweg wurden dabei die Geschäfte mit überwiegender Arbeiterkundschaft berücksichtigt. Von wichtigen Städten wurden Aufstellungen von drei oder mehr Firmen in den verschiedenen Stadtteilen gemacht. Die Erhebungen wurden für die ganze Berichtsperiode 1899—1903 bzw. für die Jahre 1903—1904, als die Erhebungen erweitert wurden, tunlichst bei denselben Firmen gemacht.

III.

Der 18. Jahresbericht des Arbeitsamtes „Cost of Living and Retail prices of Food“ enthält in seinem ersten Teil die großartigste Erhebung, die je über die Lebensverhältnisse der arbeitenden Klasse gemacht worden ist. Nachdem im 6. Jahresbericht Erhebungen über 3260 Familien oder mit Angehörigen über 16581 Personen, die in der Eisen-, Stahl- und verwandten Industrien beschäftigt waren, gemacht und im 7. Jahresbericht der Erhebungen auf weitere 5284 Familien oder eine Bevölkerung von 27577 Köpfen in der Baumwoll-, Woll- und Glasindustrie ausgedehnt worden war, wurde diese neueste Erhebung auf den kolossalen Umfang von 25440 Arbeiterfamilien, die eine Bevölkerung von 124108 Seelen repräsentieren, erweitert. Die Daten wurden in den Hauptindustriezentren von 33 Staaten, einschließlich des Distrikts Columbia gesammelt. „Eine durchaus erschöpfende Untersuchung für die Vereinigten Staaten, oder auch nur für einen einzelnen Staat, wäre eine so große Aufgabe gewesen, daß ihre Durchführung unmöglich gewesen wäre. Auch wurde eine solche Untersuchung nicht für notwendig erachtet, um so mehr als die für jeden Staat gesammelten Daten für die Verhältnisse der Kosten des Lebensunterhalts der als Lohnarbeiter und gegen kleinen Gehalt¹ beschäftigten Personen als repräsentativ gelten dürfen.“

¹ Die wichtige Stelle des Berichts lautet im Originaltext (a. a. O. S. 15): „An absolutely exhaustive investigation for the United States, or even for a single State, would have been a task so great as to be practically impossible.“

Die Erhebung beschränkte sich auf die Familien von Lohnarbeitern und auf Personen, deren Einkommen nicht mehr als \$ 1200 jährlich betrug, Familien, deren Angehörige in Geschäften auf eigene Rechnung tätig waren, waren ausgeschlossen. Die meisten Aufstellungen beziehen sich auf das Kalenderjahr 1901, nur wenige auf ein Jahr, das im letzten Teil von 1900 oder im Anfang von 1902 endigt. Die Daten wurden durch erfahrene Spezialagenten des Arbeitsamts durch persönliche Befragung erhoben, wobei sie sich regelmäßig an die Hausfrau wandten, die öfters von anderen Familienmitgliedern unterstützt wurde. Der Bericht der Agenten über ihr Verhalten ist leider sehr kurz ausgefallen. Er lautet wörtlich: „Die Agenten begannen diese Arbeit in den Orten, für die sie ernannt waren, indem sie sich durchaus vertraut machten mit den vorherrschenden Preisen aller Stapelartikel des täglichen Bedarfs und sich so in den Stand setzten, die Aufstellungen über die Kosten des Lebensunterhalts in einem gewissen Umfang zu kontrollieren. Notwendig wurden viele Informationen aus dem Gedächtnis erteilt, obwohl manche Familien gefunden wurden, die eine korrekte Buchführung über ihr Einkommen und ihre Ausgaben hatten, während manche Teilrechnungen führten, und manche Abrechnungsbücher mit den Kaufläden hatten. Bei den besuchten Familien bestand eine Neigung, genaue Auskunft zu erteilen, und bei sorgfältiger Befragung und Gegenrechnung über das Einkommen und den Aufwand mit einem Überschuß oder einem Defizit war der Agent imstande, eine Aufstellung zu erhalten, die beide, er und seine Auskunftsperson, für eine wirklich genaue und wahre Darstellung des Einkommens und der verschiedenen Ausgaben der Familie hielten. Wenn auch einzelne Aufstellungen nicht durchaus genau sein mögen, so kann doch sicherlich angenommen werden, daß die aus irgendeiner beträchtlichen Zahl von Aufstellungen berechneten Durchschnitte die Gruppe oder Klasse von Familien, von denen sie geliefert wurden, richtig repräsentieren, insofern solche Irrtümer, wie sie in den Aufstellungen einzelner vorhanden sein können, zweifellos kompensiert werden¹.“

Nor was such an investigation deemed necessary, inasmuch as the data collected for each State are belived to be representative of the conditions as to cost of living of persons employed as wage workers and at small salaries.“

¹ Im Originaltext lautet die Stelle: „The agents began this work in the localities to which they were assigned by making themselves thoroughly acquainted with the prevailing prices of all staple necessities, thus enabling them to verify, to a certain extent, the statements as to cost of living. Of

Die Kritik dieser Methode kann ich erst versuchen, nachdem ich einen kurzen Überblick über den Gehalt des Tabellenwerks vorausgeschickt habe. Die Ergebnisse der Erhebung sind in folgenden sechs Generaltabellen, die wiederum in zahlreiche Unterabteilungen zerfallen, bergestellt:

- Tabelle I. Zusammensetzung der Familie. (Membership of family.)
- „ II. Beruf, Verdienst und Arbeitslosigkeit des Familienvorstandes. (Occupation, earnings, and nonemployment of head of family.)
- „ III. Einkommen und Ausgaben der Familie. (Income and expenditure of family.)
- „ IV. Einkommen und Ausgaben in 2567 Familien. (Income and expenditure in 2567 families.)
- „ V. Einkommen und Ausgaben in 11156 normalen Familien. (Income and expenditure in 11156 normal families.)
- „ VI. Verbrauch von Nahrungsmitteln in 1043 normalen Familien. (Consumption of food in 1043 normal families.)

Tabelle I beschreibt die untersuchten Familien, indem sie zeigt, in welchem Staat sie leben, das Bürgerrecht oder den Geburtsort des Familienvorstandes, die die Familie bildenden Personen, weiter die Personen nachweist, die zum Unterhalt der Familie beitragen, und das Alter und das Geschlecht der Kinder sowie darüber Auskunft gibt, ob sie die Schule besuchen oder erwerbstätig sind.

Tabelle II gibt über den Beruf des Familienvorstandes — d. h. des Chemanns —, seinen Verdienst während des Jahres sowie

necessity much of the information was given from memory although some families were found that kept correct book accounts of income and expenditure, while many kept partial accounts, and many had store pass books. There was a disposition on the part of the families visited to give exact information, and by careful questioning and checking income and expenditure with surplus or deficit, the agent was able to secure a statement that both he and the informant believed to be a very accurate and true presentation of the income and of the various expenditures of family. While individual statements may not be absolutely accurate, it can safely be assumed that averages based on any considerable number of statements correctly represent the group or class of families from which they were secured, as such errors as may exist in the statements of individuals are doubtless compensating.“ (S. 16 f.)

darüber Aufschluß, ob und wie lange und aus welchem Grunde er beschäftigungslos war.

Tabelle III ist eine der wichtigsten Tabellen des ganzen Berichts. Sie zeigt, in welchem Staat die Familie lebt, ob das Familienoberhaupt amerikanischer Bürger, oder in welchem Staate er geboren ist; sie weist ferner die Quellen und den Betrag des Familieneinkommens nach sowie die wichtigsten Ausgabeposten der Familie, namentlich für Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Kleidung und Verschiedenes sowie die Zahl der von der Familie bewohnten Räume.

Tabelle IV. gibt eine detaillierte Aufstellung der Ausgaben von 2567 Familien, bei denen eine solche Feststellung möglich war. Es sind hierbei die Quantität der Nahrungsmittel für 20 und die Ausgaben hierfür für 23 verschiedene Artikel, wie Rindfleisch, Schweinefleisch, Fische, Eier, Brot usw. nachgewiesen. Die Ausgaben für die Kleidung des Mannes, der Frau und der Kinder sind besonders nachgewiesen, die Nachweise der Ausgaben erstrecken sich ferner auf Steuern, Versicherungsprämien, Beiträge für die Arbeiterorganisation, Krankheit usw. Alles ist dargestellt nach Staaten, in denen die Familie wohnt, und nach der Nationalität des Familienvorstandes wie in den vorhergehenden Tabellen.

Tabelle V gibt in gleicher Weise das Einkommen und den Aufwand von 11 156 „normalen Familien“. Während Tabelle I—III sämtliche Familien erfassen, Tabelle IV sich auf Familien jeder Art mit besonders detaillierten Nachweisen erstreckt, sind in Tabelle V solche Familien ausgeschieden, deren Vorstand Beschäftigung und eine Frau hat, die nicht mehr als fünf Kinder und keines über 14 Jahre, die keine Angehörigen (dependent), Kostgänger (boarders), Zimmermieter (lodgers) oder Diensthoten hat, und die Ausgaben hat für Miete, Heizung, Beleuchtung, Nahrung, Kleidung und Verschiedenes. Die Daten sind nach der Größe der Familie und nach der Höhe des Einkommens in Gruppen geordnet.

Tabelle VI gibt Auskunft, welche Quantitäten oder Hauptartikel von Nahrungsmitteln von 1043 „normalen“ Familien konsumiert wurden, und was sie gekostet haben. Eine Anzahl dieser normalen Familien hatte keine Kinder, während in den Familien, die Kinder hatten, sich große Differenzen hinsichtlich ihrer Zahl und ihres Alters fanden. Daher wurde der Konsum nach folgendem Maßstab berechnet. Es wurde angenommen, daß

der Haushaltungsvorstand	100	Einheiten,
die Frau	90	"
ein Kind im Alter von 11 bis 14 J. einschl.	90	"
" " " " " 7 " 10 " "	75	"
" " " " " 4 " 6 " "	40	" und
" " " " " 3 " oder weniger	15	"

konsumiert.

In dem einleitenden Bericht, der, wie dies bei den Berichten des Commissioner of Labor üblich ist, nur das zum Verständnis des Tabellenwerks Notwendige und einen Überblick über das gewonnene Tatsachenmaterial gibt und sich jeder Schlußfolgerungen enthält, vermissen wir leider Angaben darüber, wieviel Spezialagenten mit der Erhebung des Materials betraut waren, wie lange sie sich im Erhebungsgebiet aufgehalten haben, wie die Zahlen für das Jahreseinkommen und den jährlichen Verbrauch gewonnen wurden, ob z. B. eine Woche, ein Monat oder gar für das ganze Jahr Erhebungen gemacht wurden, bzw. ob das Jahresergebnis das Produkt aus den Erhebungen über eine oder mehrere Wochen, über einen oder mehrere Monate darstellt. Es ist das Verdienst von Adolf Braun, der für seine Nürnberger Arbeiterbudgets bloß solche berücksichtigte, bei denen Aufzeichnungen für das ganze Jahr vorlagen, darauf hingewiesen zu haben, daß der Konsum der verschiedenen Verbrauchsgegenstände nach der Jahreszeit, nach dem Wechsel des Verdienstes (Arbeitslosigkeit, Krankheit usw.) wechselt. Mit 12 multiplizierte Monats- oder gar mit 52 multiplizierte Wochenerhebungen sind keine Statistik des Jahresverbrauchs, sondern eben nur des Wochen- oder Monatsverbrauchs. Daß Braun bei seiner Betonung des Jahresverbrauchs nicht auch noch die Quantitäten der Nahrungsmittel feststellen konnte, macht seine Statistik zwar für den Hygieniker weniger brauchbar, beeinträchtigt aber den Wert seiner Erhebungen für den Statistiker und Sozialpolitiker keineswegs. Dieser liegt eben darin, daß die Erhebungen einen Maßstab zur Kritik der Wochenerhebungen bieten. Bei Erhebungen, die sich auf einen kürzeren Zeitraum als mindestens ein Vierteljahr erstrecken, ist die Gefahr sehr groß, daß diese Dinge in einem zu günstigen Lichte erscheinen, da man durch genaue Erforschung aller Ausgaben der normalen Zeit in der Regel die Entbehrungen der Zeit des Mangels beiseite schieben wird. Überdies fehlt es an jedem Maßstab für den Umfang vermehrter oder vermindelter Ausgaben anormalen Zeiten. Bei der großen Zahl der erhobenen Budgets ist es ja wahrscheinlich, daß die

aus der Jahreszeit sich ergebenden Verschiedenheiten ausgeglichen worden sind. Aber jene Unregelmäßigkeiten im Budget können eben nur dann ausgeglichen werden, wenn es sich um Aufzeichnungen handelt, die sich auf das ganze Jahr erstrecken. Es ist daher sehr bedauerlich, daß von den 2567 intelligenteren Familien mit besserer Erziehung, die detailliertere Angaben machen konnten, die Zahl der Familien nicht nachgewiesen ist, die eine Buchführung hatten. Eingehender Aufschluß über die Art der Aufzeichnungen, ob sie täglich oder wöchentlich gemacht wurden, ob sie sich auf ein ganzes Jahr oder auf welchen sonstigen Zeitraum sie sich bezogen usw., wären unbedingt zur kritischen Beurteilung der gewonnenen Ergebnisse erforderlich gewesen. Auch darüber fehlt leider jede Angabe, nach welchen Grundsätzen die in den einzelnen Städten in die Erhebung einbezogenen Familien ausgewählt wurden. Bei den 57 Schweizer, den 86 französischen, den 103 dänischen, den 104 niederländischen Familien können diese Grundsätze nicht dieselben gewesen sein wie bei den 2983 irischen, den 2883 deutschen oder gar den 15 161 einheimischen Familien. Die schon zitierten Worte „inasmuch as the data collected for each State are believed to be representative of the conditions as to cost of living of persons employed as wage workers and at small salaries“ erweisen sich diesen Bedenken gegenüber als weiter nichts denn leere Phrase. Der Kritiker muß hier weitere Auskünfte unbedingt fordern, er kann sich bei der Erfahrung der Spezialagenten, die ja auch in Routine ausarten kann, unmöglich beruhigen. Das Versagen des Berichts in diesem Punkt ist bei der Fülle des verarbeiteten Materials auf das lebhafteste zu bedauern. Es wäre daher dringend zu wünschen, daß diese Lücke in einem ergänzenden Nachtrag des Bulletins ausgefüllt würde.

Außer den Hauptdaten, auf die wir gleich näher einzugehen haben werden, wurden nebenbei Beobachtungen über die sanitären Verhältnisse der Wohnungen, die Reinlichkeit und den Zustand der Wohnungseinrichtung gemacht. Sie hatten folgendes Ergebnis:

		Einheimische	Fremde	Insgesamt
Die sanitären Verhältnisse waren	gut bei %	63,94	58,11	61,64
	mittelmäßig (fair) bei %	29,33	37,00	32,59
	schlecht bei %	6,73	4,89	5,95
Die Wohnungen waren möbliert	reichlich bei %	64,16	57,46	61,44
	mittelmäßig bei %	25,84	27,79	26,63
	ärmlich bei %	10,00	14,75	11,93
Die Reinlichkeit war	gut bei %	81,37	77,13	79,63
	mittelmäßig bei %	12,61	17,60	14,66
	schlecht bei %	6,02	5,27	5,71

Was Reinlichkeit und sanitäre Verhältnisse anlangt, halten sich die mit dem Prädikat schlecht versehenen Familien so ziemlich die Wage, während der Prozentsatz der ärmlich eingerichteten erheblich größer ist. Bei dem Prädikat gut sind dagegen die Prozentzahlen für die sanitären Verhältnisse und die Einrichtung fast die gleichen, während dieses Prädikat hinsichtlich der Sauberkeit einer erheblich größeren Zahl von Familien erteilt werden konnte.

Was nun den Personenstand der untersuchten Haushaltungen anlangt, so ergibt sich für die Vereinigten Staaten folgendes Bild:

	Einheimische	Fremde	Insgesamt
Gesamtzahl der Familien	15 161	10 279	25 440
Zahl der { Ehemänner	14 668	9 910	24 578
{ Frauen	14 969	10 052	25 021
{ Kinder	33 832	27 394	61 226
{ Angehörigen	1 397	653	2 050
{ Kostgänger	5 000	4 120	9 120
{ Zimmermieter	764	1 112	1 876
{ Diensthoten	183	54	237
{ überhaupt	70 813	51 295	124 108
Durchschnittliche Größe der Familien	4,67	5,18	4,88

Demgegenüber betrug die durchschnittliche Kopfzahl der 11 156 Normalfamilien nur 3,96, die der 2567 Familien mit detaillierten Nachweisen (die wir der Kürze halber in Zukunft Standardfamilien nennen wollen) aber 5,31.

Von den 15 161 einheimischen Familien hatten einen Ehemann 96,75, eine Ehefrau 98,73 %; dem entsprechen 96,41 und 97,79 % bei den 10 279 fremden Familien. Von den 14 668 einheimischen Ehemännern waren 97,47, von den 9910 fremden Ehemännern 99,01 erwerbstätig, 0,11 bzw. 0,20 arbeitslos, 0,42 bzw. 0,72 % invalide. Von 14 969 einheimischen Ehefrauen waren 8,95, von den 10 052 fremden Ehefrauen 8,29 % erwerbstätig und 91,05 bzw. 91,71 % zu Hause. Das Prozentverhältnis der erwerbstätigen deutschen Frauen steht mit 9,86 % etwas über dem Durchschnitt. Das niedrigste Prozentverhältnis der erwerbstätigen Frauen weisen die niederländischen mit 0,99 und die aus Wales mit 1,71 %, das höchste die französischen mit 13,10 % auf. Keine Kinder hatten von den einheimischen Familien 16,65, von den fremden 14,27 %. Wenn wir, wie überhaupt von der Sammelrubrik other foreign mit ihren exzeptionellen Verhältnissen absehen, war die Zahl der kinderlosen Familien am größten bei den englischen mit 19,25 %, am geringsten bei den russischen mit 6,09 %, während die deutschen Familien mit 12,14 um 2,13 hinter dem Durchschnitt der fremden Familien zurück-

bleiben. Von den Familien mit Kindern schickten 22,63 % der einheimischen und 31,95 % der fremden ihre Kinder zur Arbeit, 59,79 und 66,28 % zur Schule, 1,32 und 1,15 % zur Arbeit und zur Schule und 70,35 und 67,39 % hatten Kinder zu Hause. Von der Gesamtzahl der Kinder waren 13,18 % der einheimischen und 17,06 der fremden erwerbstätig, während 43,01 und 45,43 % die Schule besuchten, 0,56 und 0,41 % neben dem Erwerb die Schule besuchten und 43,25 und 37,10 zu Hause waren. Hinsichtlich des Schulbesuchs sind die einheimischen Kinder auffallenderweise etwas schlechter gestellt als die fremden, was daher rührt, daß die fremden Familien in den Nordstaaten überwiegen, die gute Schulverhältnisse haben, während sie in den Südstaaten mit den schlechteren Schulverhältnissen eine verschwindende Minderheit bilden und also auch bei dem repräsentativen Charakter der Erhebung zurücktreten mußten. Den besten Schulbesuch zeigen die Schweizer mit 57,45 und die norwegischen Kinder mit 52,67 %, während die Deutschen mit 45,58 % nur ganz wenig über dem Durchschnitt der fremden Kinder (45,43 %) stehen. Die guten Einrichtungen des Mutterlandes wirken offensichtlich in den Gewohnheiten der Auswanderer nach. Es ist bei allen diesen Angaben zu beachten, daß es sich nur um die bei den Eltern wohnenden Kinder handelt. Die Frage des Schulbesuchs ist so wichtig, daß wir sie noch weiter nach Altersgruppen verfolgen wollen. Von den Kindern jeder Kategorie gehörten den im Kopf der Tabelle angegebenen Altersgruppen Prozente an:

		Unter 5 Jahren	5 oder unter 10 Jahren	10 oder unter 16 Jahren	16 oder unter 21 Jahren	21 Jahre oder mehr	über- haupt
Erwerbs- tätig	Einheimische	—	0,18	19,93	63,73	16,16	} 100
	Fremde . .	—	—	14,85	64,65	20,50	
	überhaupt .	—	0,09	17,33	64,20	18,38	
In der Schule	Einheimische	0,21	44,82	50,39	4,56	0,02	} 100
	Fremde . .	0,21	42,87	52,85	3,99	0,08	
	überhaupt .	0,21	43,92	51,52	4,30	0,05	
Erwerbs- tätig u. in d. Schule	Einheimische	—	3,68	70,53	25,79	—	} 100
	Fremde . .	—	0,89	76,79	21,43	0,89	
	überhaupt .	—	2,65	72,85	24,17	0,33	
Zu Hause	Einheimische	66,28	23,29	2,68	5,31	2,53	} 100
	Fremde . .	66,14	21,91	2,56	6,00	4,39	
	überhaupt .	65,81	22,68	2,63	5,59	3,29	
Alle Kinder	Einheimische	28,75	23,36	25,85	12,81	3,23	} 100
	Fremde . .	24,26	27,61	27,80	15,16	5,17	
	überhaupt .	26,74	28,57	26,73	13,86	4,10	

Wichtiger ist folgende Übersicht, die für jede Altersgruppe der Kinder das Prozentverhältnis der Erwerbstätigkeit, des Schulbesuchs bzw. des Zuhauseins nachweist:

Altersgruppen:	Erwerbstätig			In der Schule			Erwerbstät. u. in der Schule			Zu Hause		
	Einb.	Fr.	auf.	Einb.	Fr.	überh.	E.	Fr.	überh.	Einb.	Fr.	überh.
Unter 5 Jahren .	—	—	—	0,32	0,39	0,35	—	—	—	99,68	99,61	99,65
5 oder unter 10 J.	0,08	—	0,05	65,66	70,54	67,77	0,07	0,01	0,05	34,19	29,45	32,13
10 od. unter 16 J.	10,17	9,11	9,67	83,82	86,35	85,00	1,53	1,13	1,34	4,48	3,41	3,99
16 od. unter 21 J.	65,61	72,76	69,11	15,33	11,97	13,68	1,13	0,58	0,86	17,93	14,69	16,35
21 Jahre od. mehr	65,91	67,70	66,92	0,27	0,71	0,52	—	0,07	0,04	33,82	31,52	32,52
Überhaupt. . .	13,18	17,06	14,92	43,01	45,43	44,09	0,56	0,41	0,49	43,25	37,10	40,50

Die Altersgruppen sind leider nicht gut gewählt, da für den Beginn des Schulbesuchs das Alter von fünf Jahren zu niedrig und für seine Beendigung das von 16 Jahren zu hoch ist. Wir können daher nicht sagen, wieviele von den 32,13 % der Kinder, die sich im Alter von 5—10 Jahren zu Hause aufhalten, und wieviele von den 9,67 % der Kinder, die im Alter von 10—16 Jahren erwerbstätig sind, von Rechts wegen in die Schule gehören würden. Jedoch ist unter diesem Vorbehalt der Prozentsatz des Schulbesuchs ein erfreulich hoher und, was noch erfreulicher ist, der Prozentsatz der Kinder, denen neben dem Schulbesuch noch eine Erwerbstätigkeit zugemutet wird, ein sehr niedriger. Beim Fehlen des Schulzwanges stellen diese Zahlen der Einsicht der eingewanderten Arbeiter, auch wenn wir das über die Ausnahmeverhältnisse der Südstaaten Aufgeführte im Auge behalten, ein gutes Zeugnis aus.

Über die weitere Zusammensetzung der untersuchten Familien gibt folgende Übersicht Auskunft:

	Einheimische		Fremde		Überhaupt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Gesamtzahl der Familien. . .	15 161	—	10 279	—	25 440	—
Familien mit Angehörigen . .	1 157	7,63	563	5,48	1 729	6,76
" Kostgänger . . .	3 030	19,99	2 337	22,74	5 367	21,10
Zahl der Kostgänger.	5 000	—	4 120	—	9 120	—
Familien mit Zimmermiethern .	339	2,24	345	3,36	684	2,69
Zahl der Zimmermieter . . .	764	—	1 112	—	1 876	—
Familien mit Diensthöten . . .	180	1,19	54	0,53	234	0,92
Zahl der Diensthöten	183	—	54	—	237	—

Die Familien, in deren Haushalt Angehörige leben, sind am zahlreichsten bei den Franzosen, die mit 9,30 % sogar noch die Einheimischen übertreffen, am seltensten bei den Schweizern mit 1,75 %.

Tabelle II D u. E. Das Familieneinkommen von 24 402 Familien, gegliedert nach Einkommensklassen und dem Beruf des Familienvorstandes in den Hauptindustrien.

	unter 1200 Mkt.		1200 bis 1600 Mkt.		1600 bis 2000 Mkt.		2000 bis 2400 Mkt.		2400 bis 2800 Mkt.		2800 bis 3200 Mkt.		3200 bis 3600 Mkt.		3600 bis 4000 Mkt.		über 4000 Mkt.		Zusammen	
	abf.	%	abf.	%	abf.	%	abf.	%	abf.	%	abf.	%	abf.	%	abf.	%	abf.	%	abf.	%
Landwirtschaft	59	45,39	31	23,85	18	13,84	8	6,15	11	8,46	1	0,77	1	0,77	1	0,77	—	—	130	100
Gefinde- und persönlicher Dienst . .	180	8,95	189	9,40	321	15,97	291	14,48	348	17,32	269	13,38	102	5,08	158	7,86	152	7,56	2010	100
Gelderei	1	12,50	—	—	2	25,00	—	2,25,00	1	12,50	1	12,50	—	—	—	—	—	—	8	100
Industrie:																				
Chemikalien u. verwandte Produkte	7	4,20	25	15,94	41	25,15	26	15,95	28	17,18	18	11,04	12	7,36	3	1,84	3	1,84	163	100
Ton-, Glas- u. Steinindustrie . . .	13	2,68	33	6,79	66	13,58	91	18,72	62	12,76	77	15,84	54	11,11	52	10,70	38	7,82	486	100
Nahrungsmittel u. dgl.	21	2,83	52	7,03	124	16,76	176	23,78	168	22,70	194	16,76	27	3,65	27	3,65	21	2,84	740	100
Handwerk (Hand trades)	118	3,62	176	5,40	371	11,38	587	18,01	650	19,94	643	19,73	301	9,24	242	7,43	171	5,25	3259	100
Eisen u. Stahl u. deren Produkte	69	2,12	211	6,50	468	14,42	520	16,03	554	17,07	630	20,96	307	9,46	259	7,98	177	5,46	3245	100
Leber u. dessen Fertigfabrikate (Leather and its finished products)	29	4,53	43	6,72	119	18,59	123	19,22	129	20,16	145	22,66	15	2,34	26	4,06	11	1,72	640	100
Getränke (Liquors and beverages).	2	0,64	20	6,39	38	12,14	43	13,74	70	22,36	76	24,28	27	8,63	18	5,75	19	6,07	313	100
Baumholz (Lumber and its manufactures).	2	0,64	7	2,28	36	11,73	61	19,87	66	21,50	75	24,43	24	7,82	28	9,12	8	2,61	307	100
Metal und Metallprodukte außer Eisen und Stahl.	47	4,39	135	12,60	251	23,41	211	19,70	161	15,03	154	14,38	46	4,30	42	3,92	24	2,24	1071	100
Papier und Buchdruck	7	1,44	30	6,17	60	12,35	91	18,72	78	16,05	128	26,34	37	7,61	31	6,38	24	4,94	486	100
Schiffsbau	9	1,83	8	1,63	56	11,41	69	14,05	70	14,26	105	21,38	35	7,13	66	13,44	73	14,87	491	100
Textilindustrie	5	1,35	21	9,86	30	14,08	33	15,49	48	22,54	38	17,84	18	8,45	14	6,57	6	2,82	213	100
Tabak	163	11,00	220	14,85	953	23,82	285	19,23	182	12,28	141	9,51	46	3,10	48	3,24	44	2,97	1482	100
Werkzeuge für Landtransport. . .	17	6,09	27	9,68	50	17,92	44	15,77	49	17,36	44	15,77	24	8,60	15	5,38	9	3,23	279	100
Bergbau	19	1,68	73	6,43	189	16,65	214	18,85	214	19,03	238	20,99	91	8,02	56	4,93	49	4,32	1135	100
Freie Berufe (Professional). . . .	86	5,61	201	13,13	350	22,86	251	16,40	243	15,87	210	13,72	71	4,64	60	3,92	59	3,85	1531	100
Handel	66	8,71	161	19,92	201	26,52	128	16,89	83	10,95	55	7,25	24	3,16	31	4,09	19	2,51	758	100
Transport	5	1,80	1	0,56	12	6,70	8	4,47	19	10,61	41	22,90	17	9,50	36	20,11	40	22,35	179	100
Zusammen	74	3,29	166	7,96	401	17,79	478	21,21	473	20,98	342	15,17	84	3,73	109	4,84	127	5,63	2254	100
	97	3,01	223	6,92	539	16,73	629	19,52	650	20,17	518	16,08	142	4,41	181	5,62	243	7,54	3222	100
	1096	4,50	2043	8,37	4096	16,79	4369	17,90	4359	17,86	4113	16,85	1506	6,17	1503	6,16	1317	5,40	24402	100

Auch die Deutschen bleiben mit 4,68 % noch etwas hinter dem Durchschnitt der fremden Familien zurück. Am zahlreichsten sind unter den Familien, die Kostgänger haben, die irischen mit 27,39 %, es folgen die Niederländer mit 26,92 und die Franzosen mit 25,58 %. Nach der Zahl der Kostgänger sind aber am wichtigsten die Iren mit 1524, die Deutschen mit 902 — 20,22 % der deutschen Familien haben Kostgänger — die kanadischen mit 483 — 25,30 % der Familien — und die englischen Familien — 24,09 % der Familien — mit 410 Kostgängern. Die meisten Zimmermieter haben ebenfalls die Iren und die Deutschen sowie die Russen, nämlich 387, 274 und 104. Die meisten Diensthboten haben die 86 französischen Familien, nämlich 2,33 %, der Zahl der Diensthboten nach aber die Deutschen mit 16, die irischen mit 11, die englischen mit 9 und die kanadischen Familien mit 6 Diensthboten.

Nachdem wir die Zusammensetzung der Familien kennen, gehen wir dazu über, sie nach ihrem Einkommen und Beruf zu klassifizieren. Es hatten die in den nebenstehenden Berufen bezeichneten Familien ein Einkommen:

(Vgl. die Tabelle auf der vorhergehenden Seite.)

Diese überaus günstigen Einkommensverhältnisse sind um so beachtenswerter, als eine große Zahl der Familienvorstände während des Erhebungsjahres arbeitslos war. Wir stellen, da gerade bei der Nachfrage nach Arbeit die Nationalität eine Rolle spielen dürfte, die Hauptergebnisse der Tabelle II G. S. 288 bis 289 mit den entsprechenden Verhältniszahlen S. 43 und 44 hier nach Nationalitäten kurz zusammen. Der Familienvorstand war

Familien aus	nicht arbeitslos bei Familien	%	arbeitslos bei Familien	%	Durchschnittliche Wochenzahl der Arbeitslosigkeit auf die arbeits- lose Familie
den Ver. Staaten.	7 573	51,91	7 017	48,09	9,00
Österreich-Ungarn.	116	42,34	158	57,66	9,05
Canada	595	60,22	393	39,78	9,50
Dänemark	50	50,51	49	49,49	7,94
England	443	48,90	463	51,10	10,42
Frankreich	35	41,67	49	58,33	11,94
Deutschland	1 245	45,50	1 491	54,50	9,45
Irland	1 343	48,59	1 421	51,41	10,87
Italien	86	34,40	164	65,60	10,71
Niederlande	33	31,73	71	68,27	8,29
Norwegen	69	45,39	83	54,61	8,29
Rußland	144	30,10	291	66,90	11,22
Schottland	119	49,38	122	50,62	10,98
Schweden	288	57,72	211	42,28	8,95
Schweiz	17	31,48	37	68,52	7,66
Wales	41	35,04	76	64,96	10,28
anderen Ländern	51	46,79	58	53,21	8,74
aus dem Ausland überh.	4 675	47,65	5 137	52,35	10,04
Insgesamt	12 248	50,19	12 154	49,81	9,43

Daß die Arbeitslosigkeit manche und gerade die fremden Familien besonders hart traf, zeigt folgende Zusammenstellung der arbeitslosen Familienvorstände nach der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit, soweit sie größer war als 10 Wochen. Es waren arbeitslos

	Einheimische	Fremde	überhaupt
11—15 Wochen	1121	923	2044
16—20 "	655	554	1209
21—30 "	395	333	728
31—40 "	79	91	170
41—50 "	36	42	78
über 10 Wochen zus.	2286	1943	4229

Wenn man bedenkt, daß an der Gesamtzahl der in die Rechnung einbezogenen 24 402 Familien die Einheimischen mit 14 590, die Fremden aber nur mit 9812 beteiligt waren, so ergibt sich ohne weiteres, daß die Fremden von der lang dauernden Arbeitslosigkeit viel härter betroffen wurden als die Einheimischen. Auf die für die Berufe mit mehr als 100 Personen sehr im Detail nachgewiesenen Ursachen der Arbeitslosigkeit näher einzugehen, würde zu weit führen. Die größte Zahl 33,29 % der Arbeitslosen war arbeitslos, weil sie keine Arbeit finden konnten, 22,54 % wegen Krankheit, 13,05 wegen schlechten Geschäftsgangs.

Über das durchschnittliche Einkommen, seine Quellen und den Verbrauch der einheimischen, fremden, deutschen und der Familien überhaupt gibt folgende Übersicht Aufschluß:

	Einheimische	Fremde	Deutsche	Familien überhaupt
Gesamtzahl der Familien.	15 167	10 279	2883	25 440
Durchschnittliche Größe	4,67	5,18	5,24	4,88
Durchschnittl. Einkommen der Familien, bezieh. aus der				
Erwerbstätigkeit d. Mannes M.	2548,88	2388,76	2342,44	2484,48
" der Frau "	489,72	533,28	506,96	514,08
" der Kinder "	1184,96	1380,52	1282,00	1282,52
Kostgängerei und Zimmervermietung	920,84	1107,24	937,68	1003,08
aus anderen Quellen.	354,60	391,56	377,20	369,96
Gesamteinkommen pro Familie	2968,00	3040,28	2981,48	2998,00
Durchschnittliche Ausgabe der Familien, die Ausgaben haben für				
Miete	474,36	472,64	468,80	473,60
Rückzahlung von Schulden	623,68	556,48	459,00	588,00
Schuldzinsen	211,88	223,20	165,80	218,32
Heizung	121,12	128,84	130,04	124,24
Beleuchtung	29,24	31,48	29,80	30,12
Kleidung	374,84	387,52	394,76	379,96
Nahrung	1211,28	1311,28	1297,08	1251,68
andere Zwecke	571,36	566,92	588,92	581,48
Gesamtausgaben	2766,32	2842,12	2811,76	2796,96
Familien mit Überschuß	7 770	5 046	1260	12 816
Durchschnittlicher Überschuß per Familie	470,20	503,60	490,40	483,36
Familien mit Defizit	2 357	1 760	485	4 117
Durchschnittlicher Defizit per Familie	252,96	274,88	265,20	262,32

Recht günstig ist durchweg der hohe Ausgabeposten für andere Zwecke. Der Bericht enthält ferner Nachweisungen über die Verwendung des Überschusses und die Deckung des Defizits.

Über die Wohnungsverhältnisse von insgesamt 23 447 und zwar der einheimischen, fremden, deutschen und Familien überhaupt gibt folgende Übersicht Auskunft:

		Ein- heimische	Fremde	Deutsche	Familien überhaupt (Einw. u. Fremde)
Familien in Mietwohnungen	Zahl	11 868	7222	1842	19 090
	Durchschnittliche Größe . .	4,50	4,93	4,92	4,67
	Zahl der Räume pro Familie . .	4,72	4,75	4,50	4,73
	Räume pro Person . .	1,05	0,96	0,92	1,01
	Kosten pro Familie Mt. . .	466,08	466,36	460,52	466,20
b. Miete	pro Person . .	103,48	94,56	93,68	87,92
	pro Raum . .	98,64	98,20	102,24	98,48
Familien eig. Hause	Zahl	2 123	2234	862	4 357
	Durchschnittliche Größe . .	4,81	5,41	5,63	5,12
	Zahl der Räume pro Familie . .	5,91	5,93	5,76	5,92
	Räume pro Person . .	1,23	1,10	1,02	1,16
Familien überhaupt	Zahl	13 991	9456	2704	23 447
	Durchschnittliche Größe . .	4,55	5,05	5,14	4,75
	Zahl der Räume pro Familie . .	4,90	5,03	4,90	4,95
	Räume pro Person . .	1,08	1,00	0,95	1,04

Für den Kenner der Wohnungsmisere der europäischen Industriestädte ein wirklich höchst erfreuliches Bild! Der amerikanische Arbeiter kann von seinem doppelt so hohen Lohn viel mehr für die Wohnung anlegen. Er tut es erfreulicherweise auch. Trotzdem er aber kaum mehr anlegt als z. B. eine kinderreiche Familie, die in Berlin noch halbwegs menschenwürdig wohnen will, kommen auf jede Familie 4 bis 6 Räume und auf jede Person ein Raum. Überdies wohnt mehr als $\frac{1}{8}$ der amerikanischen Arbeiter im eigenen Heim. Die 4357 Familien, die im eigenen Heim wohnten, wollen wir ausnahmsweise auch einmal nach ihrer Nationalität und den näheren Verhältnissen ihres Hausbesitzes verfolgen. Es wohnten im eigenen Hause:

(Siehe die Tabelle auf der folgenden Seite.)

Wenn man zur ersten Kolonne der Prozentzahlen die Differenz zwischen 100 berechnet, erhält man das Prozentverhältnis der Familien jeder Nationalität, die zur Miete wohnen; in gleicher Weise läßt sich aus der zweiten Kolonne das Prozentverhältnis der in unverschuldetem Hause wohnenden und aus der dritten Kolonne dasjenige der in verschuldetem Hause wohnenden Familien berechnen, die keine Abzahlungen vom Schuldenkapital machen.

	Zahl der Familien	In Prozent	Davon in un- verschuldetem Haus %	Von den in verschulde- tem Hause wohnenden Familien zahlen vom Kapital ab %
Einheimische . . .	2123	15,86	59,06	65,27
Familien aus:				
Österreich-Ungarn . .	43	17,31	57,14	47,62
Canada	141	15,22	40,91	58,24
Dänemark	33	34,95	58,33	53,33
England	170	19,89	58,92	67,11
Frankreich	21	25,58	77,27	60,00
Deutschland	862	32,33	56,97	46,88
Irland	549	21,56	56,30	51,96
Italien	28	11,72	66,67	30,00
Niederlande	44	46,15	29,17	79,41
Norwegen	51	39,96	16,67	46,00
Rußland	58	16,03	43,66	37,50
Schottland	46	19,12	54,17	81,82
Schweden	141	32,27	36,42	62,14
Schweiz	13	26,32	50,33	57,14
Wales	28	27,73	69,70	60,00
Anderen Ländern . .	6	7,96	66,67	66,67
Fremde Familien . .	2234	24,29	53,18	53,12
Gesamtsumme	4357	18,97	56,02	58,58

Auch diese Ziffern lassen die wirtschaftliche Lage der amerikanischen Arbeiter in äußerst günstigem Lichte erscheinen.

Darüber, wie sich der amerikanische Arbeiter ernährt, gibt folgende auf Grund der Tabelle IV. gemachte Aufstellung von 2567 Familien, die detaillierte Angaben lieferten, näheren Aufschluß: Diese Familien verzehrten im Durchschnitt:

		Vom Totalwert = 10000 entfall. :
349,7 lb. frisches Ochsenfleisch zum Preise von Mt.	200,20	1 531
48,6 " gefalzenes " " " "	21,04	161
114,2 " frisches Schweinefleisch " " " "	56,08	429
110,5 " gefalzenes " " " "	55,56	425
77,7 " anderes Fleisch (Hammel, Kalb) z. Pr. von "	39,12	299
67,7 " Geflügel zum Preise von "	37,96	290
79,9 " Fische " " " "	32,04	245
85,2 Duzend Eier " " " "	67,16	514
354,5 quart Milch " " " "	85,28	652
117,1 lb. Butter " " " "	115,04	880
16,0 " Käse " " " "	10,48	80
84,4 " Schmalz " " " "	37,40	286
10,6 " Tee " " " "	21,20	162
46,8 " Kaffee " " " "	42,96	328
268,5 " Zucker " " " "	63,04	482
3,6 gal. Molasse " " " "	6,76	52
630,8 lb. Korn- u. Weizenmehl " " " "	67,04	513
252,7 Laib Brot " " " "	49,76	381
25,1 lb. Reis " " " "	8,20	63
14,7 bu. Kartoffel " " " "	49,72	395
Dazu Obst " " " "	75,20	577
		505
Essig, Pickles und Kompott " " " "	16,48	126
Andere Nahrungsmittel " " " "	81,60	624
Zusammen Mt.	1307,60	10 000

Mancher Geheimrat mit gleich starker Familie — unsere Standardfamilie zählt 5,31 Köpfe — und hohen Repräsentationsansprüchen dürfte allen Grund haben, diese amerikanischen Arbeiterfamilien um die Reichhaltigkeit und Mannigfaltigkeit ihres Speisezettels zu beneiden. Täglich zwei Pfund Fleisch neben Milch, Käse, Schmalz, reichlichen Mehlspeisen, das ist wirklich eine mehr als ausreichende Nahrung. Der enorme Zuckerverbrauch macht auf mich einen geradezu beängstigenden Eindruck und ist vielleicht mit eine Ursache der häufigen Krankheiten. Ein besonderes Interesse beanspruchen noch die übrigen besonders detaillierten Ausgaben dieser 2567 Standardfamilien. Sie gaben nämlich durchschnittlich aus für:

Miete	491,68	Mt.
Schuldenrückzahlung	583,28	"
Schuldenverzinsung	214,92	"
Heizung	128,96	"
Beleuchtung	32,60	"
Kleidung { des Mannes	137,52	"
der Frau	95,48	"
der Kinder	216,60	"
Steuern	67,44	"
Feuerversicherung	19,56	"
Lebensversicherung	118,20	"
Arbeiterorganisation	42,08	"
Andere Organisationen	47,36	"
Religion	37,96	"
Wohltätigkeit	18,72	"
Möbel und Hausrat	124,52	"
Bücher und Zeitungen	35,28	"
Vergnügen und Erholung	69,76	"
Alkoholische Getränke	98,12	"
Tabak	55,20	"
Krankheit und Todesfälle	107,12	"
Für andere Zwecke	182,52	"

Gesamtausgabe der Familie für alle
Zwecke außer Nahrung 1766,56 Mt.

Diese Nachweisungen sind wieder nach Staaten und nach Nationalitäten gemacht. Bemerkenswert ist hierbei, daß der Russe 134,52, der Deutsche 134,50, der Amerikaner aber nur 89,12 *M* für alkoholische Getränke ausgibt. Die niedrigen Ansätze für die Kleidung der Hausfrau rufen leider erhebliche Bedenken gegen die Zuverlässigkeit der Hauptquelle der Erhebung, der Hausfrauen, wach. Daß der Staat der amerikanischen Hausfrau weniger kosten soll als die Kleidung ihres Mannes, ist mir einfach undenkbar.

Auf die nach Einkommensklassen und nach der Größe der Familie für die einzelnen Staaten gruppierten Budgets der 11 156 normalen Familien, die in Tabelle V A—R zur Darstellung kommen, irgendwie näher einzugehen, würde zu weit führen.

Wenn auch manche Bedenken gegen die Methode der Erhebung geltend zu machen sind, so muß doch die Großartigkeit der für die Kenntniß der sozialen Zustände geleisteten Arbeit imponieren.

Ich möchte das Ergebnis meiner statistischen Zusammenstellungen dahin zusammenfassen, daß der Mangel an Arbeitskräften, insbesondere gelernten, hohe Löhne, größere Ansprüche des Arbeiters an ein menschenwürdiges Dasein, damit eine energische Verkürzung der Arbeitszeit und als Ergebnis dieser beiden Hauptmomente eine bessere Ernährung des Arbeiters herbeiführte. Diese letztere machte den Arbeiter leistungsfähiger, die hohen Löhne zwingen zu konsequenter und rascher Ausnutzung der Hilfsmittel der Technik und zu einer ins einzelste durchgeführten Organisation der Arbeit. Daraus ergibt sich eine Leistungsfähigkeit der Industrie, die derjenigen von Ländern mit viel niedrigeren Arbeitslöhnen auch hinsichtlich der Produktionskosten kaum nachsteht, und die zudem hinter dem Schutze prohibitiver Zollmauern, die übrigens auch die Landwirtschaft für alle Fälle sichern, eine treibhausartige Entwicklung durchgemacht hat und gerade wegen dieser sprunghaften Entwicklung schweren Krisen nicht zu entgehen vermochte.

G. F. Knapps neue Geldtheorie¹.

Von
Walther Loß.

I.

Inhaltsverzeichnis.

1. Gegensatz zwischen der herrschenden Lehre und gewissen Tatsachen S. 357.
— 2. Stoffwertlosigkeit und Zahlungsmittelseigenschaft; valutarisches Geld S. 359. — 3. Das Nebeneinander von valutarischem und anderem Gelde S. 362.
— 4. Bargeld und valutarisches Geld S. 364. — 5. Bedingungen des Kursverhältnisses zweier Währungen S. 366. — 6. Der feste Kurs als letztes Ziel S. 371.

A. Grundzüge der Knappschen Theorie.

I.

Die bisherige Theorie ging von einem Falle aus, den sie als den normalen ansah: daß nämlich eine metallische Währung aufrecht erhalten wird. Eine bestimmte Münze, welche eine bestimmte Menge Metalls enthält, wird zur Währungsmünze erklärt. Der Wert der in der Währungsmünze enthaltenen Metallmenge dient dann als Wertmesser aller Güter. Der Staat sorgt dafür, daß Barrenmetall in Währungsmünzen verwandelt werden kann; er sorgt ferner dafür, daß die Währungsmünzen vollwichtig erhalten werden. Letztere können daher ohne Verlust in Barrenmetall zurückverwandelt werden. Neben den Währungsmünzen gibt es Münzen, die als ein nur national brauchbares Zahlungsmittel (Scheidemünzen, eventuell auch bei hinfenden Währungen Silberfuran) diesen Bedingungen nicht

¹ Georg Friedrich Knapp, Staatliche Theorie des Geldes. Leipzig 1905, Dunder & Humblot. 8°. 397 S.

entsprechen. Für sie ist es jedoch möglich, jederzeit im Bedarfsfalle Währungsmünzen zu erlangen. Soweit Forderungen als Umlaufsmittel verwendet werden, sind sie in Währungsmünzen einlöslich, sie sind aber bei metallischer Währung nicht selbst Geld.

Diese herrschende Lehre erklärt Knapp für irrig. Es gibt Länder, in denen uneinlösliche Zettel gesetzmäßiges Zahlungsmittel sind. Rein „Metallist“ habe diese Tatsache befriedigend erklärt. Man hat sie nur beklagt und als anomal bezeichnet. In keiner andern Wissenschaft erlaube man sich, einen Vorgang, dessen Wirklichkeit offenkundig ist, als anomal zu bezeichnen, weil er einer herrschenden Theorie widerspricht¹.

Wo uneinlösliches Staatspapiergeld oder uneinlösliche Banknoten zum gesetzlichen Zahlungsmittel erhoben sind, werden sie hierdurch auch allgemeines Tauschmittel. Die Einheit, in welcher man die Größe der Zahlungen ausdrückt (Rubel, Gulden), diene dann als Wertmaß.

Man kann zwar versuchen, den Wert des österreichischen Papierguldens auch von 1879 ab vom Werte des früheren Silberguldens abzuleiten. Sobald aber nicht mehr in Silbergulden, sondern in Papiergulden bezahlt wurde, ist es irrig, davon zu reden, daß der 45. Teil eines Pfundes Silber Werteinheit sei. Ganz unmöglich sei dies, nachdem die Prägung des Silberguldens seit 1879 bei sinkendem Silberpreise ganz eingestellt wurde. Die Gulden, in denen man in Österreich seit 1879 zahlte, konnte man technisch keinesfalls definieren als den 45. Teil eines Pfundes Silber. Denn dadurch werde der Gulden definiert, in welchem man nicht mehr zahlte².

Der Papiergulden, in welchem man wirklich zahlte, wurde nicht deshalb genommen, weil er etwa eine Schuldschreibung des Staates oder der Bank darstellte. Denn die Schuld war nicht liquid; tatsächlich war der Papiergulden nicht in Metallgeld einzulösen³. Der Papiergulden wurde genommen, weil der Staat es befahl.

Alle Schulden konnten auf Grund dieses Befehls durch Papiergulden getilgt werden. Dadurch wurde die relative Höhe der Schulden nicht verändert. Auf die relative, nicht auf die absolute Höhe der Schulden komme es aber an, wie die Geschichte des Geldes zeige. Die relative, nicht die absolute Höhe der Schulden werde gewahrt,

¹ S. 181.

² S. 8.

³ S. 42, 120.

nicht bloß wenn der Staat an Stelle eines metallischen ein papiernes Zahlungsmittel setzt, sondern auch wenn er neues metallisches an Stelle eines früheren metallischen Zahlungsmittels setzt.

Auch wenn der Staat an Stelle von Silberwährung Goldwährung setzt oder bei gleichbleibendem Währungsmetall und gleichbleibender Benennung der Geldeinheit den Metallgehalt der Währungsmünze ändert und irgendeine Norm für die Bezahlung der früher kontrahierten Schulden in den neuen Zahlungsmitteln festsetzt, wahrt er nur das relative Verhältnis der Schulden, nicht deren absolute Höhe.

Also alle Schulden, die zur Zahlung in einem bestimmten Zahlungsmittel verpflichtet, sind rechtshistorisch betrachtet, bloße Nominalschulden¹. Wesentlich ist nicht der Stoff, aus dem die Zahlungsmittel hergestellt sind, sondern der Befehl des Staates, daß Schulden, die auf einen bestimmten Geldebetrag aus dem bisherigen Stoff lauteten, durch bestimmte neue Zahlungsmittel getilgt werden sollen. Das neue Zahlungsmittel muß dann vom Staate so beschrieben werden, daß es ohne weiteres erkennbar ist.

Nicht nur für die Aufrechterhaltung der relativen Höhe der Schulden reiche die nominelle Werteinheit des Zahlungsmittels aus. Sobald nicht mehr in gewogenem Metall, sondern in geprägten Münzen oder in Scheinen bezahlt wird, reicht die nominale Geldeinheit (Mark, Rubel, Frank) auch völlig aus, um den Wert aller Güter in gesetzlichen Zahlungsmitteln auszudrücken. Beim Naturaltausch könne man den Wert eines Gutes messen, indem man beobachtet, wieviel von einem andern Gut dafür gegeben werde. Entwickelt sich ein allgemeines Tauschmittel, so wird der Wert beurteilt, indem man ihn in Einheiten des gesetzlichen Zahlungsmittels, nicht aber in Waren ausdrückt².

Auch den Preis von Silber und Gold, ebenso den Preis ausländischen Geldes drücken wir in Werteinheiten unseres gesetzlichen Zahlungsmittels aus³⁻⁴.

II.

Am Anfang ist die Werteinheit stofflich, z. B. ein Pfund Erz. Sobald geprägte Münzen oder Zettel gesetzmäßiges Zahlungsmittel

¹ S. 9—13.

² S. 8.

³ S. 217.

⁴ S. 256/257.

sind und deren Nennwert im Vergleich zum früheren stofflichen Zahlungsmittel gesetzlich proklamiert wird, ist nicht mehr eine Menge von irgendwelchem Stoff, sondern die Rechnungseinheit das Wertmaß¹.

Knapp legt dabei besondern Wert darauf, daß die nominelle Werteinheit (Mark, Rubel usw.) stets im Anschluß an ein früheres System historisch definiert sein müsse. Wahr sei, daß der Zahlungsverkehr nicht anders als mit einer real darstellbaren Werteinheit beginnen kann. Gehe man aber zum geprägten Gold oder zu Zetteln über, so wird die jetzige Werteinheit dadurch definiert, daß der Staat angibt, wie viele jetzige Werteinheiten (z. B. Mark) gegeben werden müssen, um die Schuld im Betrage der früheren Werteinheit (Taler) zu tilgen. Die neue Werteinheit werde nicht mehr real, sondern historisch im Anschluß an ein früheres System bestimmt, und zwar bei jeder modernen Geldart, sogar bei Barverfassung².

Kann nun der Staat — unter Anschluß an ein früheres Geldsystem — beliebig etwas ohne Stoffwert zum Zahlungsmittel der Privaten machen?

Es kommt nicht bloß darauf an, was der Staat zum gesetzlichen Zahlungsmittel unter Privaten erklärt, sondern auch welche Zahlungsmittel er selbst an seinen Kassen in Zahlung nimmt und gibt. Wo eine Zentralbank besteht, kann es sein, daß ihren Kassen vom Staate die Aufgabe übertragen worden ist, Ordnung in die Zahlungsmittel zu bringen. Es kommt dann auch darauf an, was sie in Zahlung nimmt und gibt.

Nicht wesentlich ist, daß der Staat die Zahlungsmittel selbst emittiert, wohl aber, daß er, und im Zusammenwirken mit ihm die Zentralbank, sie annimmt³. Knapp erläutert dies an dem Beispiel uneinlöslicher Banknoten.

Alle Zahlungsmittel, welche der Staat bei seinen Kassen annimmt, kann er auch zum rechtsgültigen Zahlungsmittel der Privaten untereinander erklären. Er kann aber auch, wenn er mehrere Arten von Zahlungsmitteln nebeneinander duldet und an seinen Kassen annimmt, die Annahme eines dieser Zahlungsmittel, z. B. der deutschen Reichskassenscheine, ins freie Belieben der Privaten stellen. Je nach-

¹ S. 45.

² S. 46.

³ S. 86.

dem der Staat das eine oder das andere tut, unterscheidet Knapp obligatorisches oder fakultatives Geld¹.

Der Staat kann Zahlungsmittel, die er selbst in jedem Betrage in Zahlung nimmt, für unbedingt rechtsgültig bei allen Zahlungen der Privaten erklären oder er kann ihre Zahlkraft auf Beträge des Kleinverkehrs beschränken: je nachdem spricht man von Kurantgeld oder Scheidegeld².

Wo mehrere Arten von Zahlungsmitteln nebeneinander gebuldet und an öffentlichen Kassen angenommen werden, kommt es vor, daß einige Zahlungsmittel vom Emittenten in etwas anderem eingelöst werden. Wo dies der Fall ist, spricht Knapp von einlösbarem im Gegensatz zum definitiven Geld³.

Definitives Geld seien jedenfalls bei Papierwährung uneinlösliche Noten, bei der heutigen deutschen Währung deutsche Goldmünzen. Knapp ist geneigt, die Taler zum einlösbaren Geld zu rechnen, da es tatsächlich möglich sei, sie an die Reichsbank abzustossen und Goldmünzen dafür zu erlangen⁴.

Das Hauptgewicht legt jedoch Knapp darauf, festzustellen, daß es stets, wo verschiedene Arten von Zahlungsmitteln nebeneinander existieren, eine „valutarische“ Geldart gebe. Welches von den verschiedenen Zahlungsmitteln, die der Staat an seinen Kassen nimmt, valutarisch sei, hängt nach Knapp davon ab, in welchem Umlaufsmittel die Privaten, denen der Staat zu zahlen hat, sich nach dem Willen des Staates diese Zahlung gefallen lassen müssen. Dies wird aber nicht bloß durch die Gesetzgebung über das Geldwesen geregelt, sondern durch das tatsächliche Verhalten des Staates. Denn der Staat sei nicht an seine Gesetze gebunden; nur für die Untertanen halte er die Gesetze aufrecht. Der Staat schaffe zuweilen neues Recht durch sein bloßes tatsächliches Verhalten. Nachträglich passe er die Gesetze dann diesem an⁵.

Dasjenige Zahlungsmittel, worin der Staat — mögen es die Privaten nehmen wollen oder nicht — Zahlungen aufzudrängen vermag, heißt bei Knapp valutarisch und ist auch maßgebend dafür, in welchem Zahlungsmittel die Privaten sich ihre Zahlungen voneinander

¹ S. 89.

² S. 91.

³ S. 92.

⁴ S. 93, 94, 329.

⁵ S. 97.

gefallen lassen müssen. Der Staat als Gerichtsherr¹ kann nicht verlangen, daß die Privaten bei Schulden in nationalen Gelbeinheiten einander etwas anderes leisten, als was der Staat selber leistet, wenn er Schuldner ist. Beim Begriff des valutarischen Geldes kommt es nach Knapp auf zweierlei an: daß der Staat diese Zahlungsmittel als aufdrängbar bei seinen eigenen Zahlungen behandelt und ferner, daß er sie bereithält für diese Zahlungen. Diese Vereithaltung ist nicht eine Folgerung der rechtlichen Ordnung, sondern eine That der Verwaltung, welche ihrerseits die Rechtsordnung dann mit bestimmt. Die Vereithaltung ist eine Machtfrage; sie hängt nicht bloß vom Wollen, sondern sehr häufig vom Können ab².

Das valutarische Geld ist für Knapp das Geld schlechthin. An den Schicksalen des valutarischen Geldes hängt das Schicksal des Geldwesens, die Währung.

Was der Staat als Zahlungsmittel aufzwingen will, braucht er nicht immer tatsächlich in allen Fällen zu verwenden. Er kann nach Ermessen daneben in anderen Zahlungsmitteln Schulden erfüllen.

Indem er aber ein Zahlungsmittel als aufzwingbares Geld bei seinen Zahlungen behandelt, ist dieses Zahlungsmittel definitiv und nicht einlösbar, obligatorisch und nicht fakultativ, valutarisch und für die tatsächliche Währung bestimmend.

III.

Knapp setzt voraus, daß nur eine Art von verschiedenen nebeneinander bei den Kassen angenommenen Zahlungsmitteln als valutarisch behandelt werden kann. Hieraus ergibt sich für ihn, daß bei Doppelwährung tatsächlich nur entweder Goldmünzen oder Silbermünzen valutarisch sein können, je nachdem der Staat Goldgeld oder Silbergeld bei seinen Zahlungen aus öffentlichen Kassen den Gläubigern aufgedrängt hat. Nicht weil etwa nicht Gold und Silber zugleich Wertmesser sein können, sondern weil der Staat entweder Goldmünzen oder Silbermünzen, aber nicht zugleich beides als aufdrängbares Zahlungsmittel verausgabt habe, sei 1803 bis etwa 1860 die französische Geldverfassung tatsächlich Silbervaluta, dann Goldvaluta gewesen³.

Aber auch die staatlichen Kassen können nur Zahlungsmittel verausgaben, die sie selbst empfangen haben.

¹ S. 100.

² S. 96.

³ S. 107.

Bestehen nebeneinander verschiedene Zahlungsmittel, die an Staatskassen genommen werden, so kann die Folge eintreten, daß der Staat von seinen Untertanen zu wenig von denjenigen Zahlungsmitteln empfängt, die er bisher als valutarisch behandelt hat, und daß er im bisher valutarischen Gelde seine Zahlungen nicht mehr aufrecht erhalten kann. Solch eine Stauung kann eintreten, wenn Scheidegeld im Übermaße ausgegeben ist¹, solch eine Stauung kann auch eintreten, wenn wir unsern Talervorrat sehr vermehren, und die Staatskassen nur mehr Zahlungen in diesen empfangen würden².

Hätte Oesterreich nach 1879 jedermann gestattet, Silbergulden prägen zu lassen, so würde beim damaligen Stande des Silberpreises zu erwarten gewesen sein, daß sich die Silbergulden in den Staatskassen angehäuft hätten.

Unmäßige Emission von Kassenscheinen hat die Folge, daß diese zu Zahlungen an den Staat vorwiegend benutzt werden, so daß dann der Staat nicht genug valutarisches Metallgeld hat, um die bisherige Währung aufrecht zu erhalten³.

Wenn der Staat eine Stauung von nicht valutarischem Gelde an seinen Kassen zuläßt, so hat er es der fahrlässigen Handhabung seiner Geldpolitik zuzuschreiben, daß er leicht zu einem nicht auf Überlegung und freiem Willen beruhenden Währungswechsel gezwungen wird. Er muß in anderen als den bisher valutarischen Zahlungsmitteln zahlen, da die bisher valutarischen bei den Zahlungen an den Staat ausgeblieben sind⁴.

Von diesen Fällen des Währungswechsels, die er mit sorgloser Vermehrung der nicht valutarischen Geldarten erklärt und als einer festen Währungspolitik widersprechend mißbilligt, scheidet Knapp diejenigen Fälle, in denen ein Staat entschlossen aus politischen Gründen die Währung ändert⁵. Von den Gründen, welche neuerdings einen bewußten, auf politischen Erwägungen beruhenden Anschluß an das System der Goldvaluta vielen Staaten als wünschenswert erscheinen ließen, will Knapp bei Untersuchung der internationalen Beziehungen sprechen⁶. In dem bisherigen Zusammenhange interessierte ihn nur

¹ S. 167.

² S. 174.

³ S. 167.

⁴ S. 182, 183.

⁵ S. 182 ff.

⁶ S. 202.

das Problem: wie hält man eine einmal bestehende Währung irgendwelcher Art weiter in Ordnung aufrecht?

IV.

Da, wie Knapp ausführt, nicht die Werteinheit das valutarische Geld, sondern umgekehrt das valutarische Geld die Werteinheit bestimmt¹, so nimmt er auch an, daß es nicht richtig sei, zu sagen, daß der Wert der Mark durch den Wert des Goldes bestimmt werde. Der Preis des Goldes und des Silbers werde vielmehr durch die münzpolitische Verwaltung bestimmt. Die deutsche Verwaltung verfolgt das Ziel, innerhalb Deutschlands dem Golde den Preis von etwa 2790 Mk. pro kg fein zu sichern. Dies geschieht nicht etwa, weil Gold das Wertmaß in Deutschland wäre. Denn nicht das Gold, sondern die Einheit Mark ist nach Knapp das Wertmaß in Deutschland.

Es streben auch nicht alle Länder danach, einem Edelmetall einen festen Preis in ihrem valutarischen Gelde zu verschaffen, sondern regelmäßig nur die Länder mit Barverfassung, d. h. die Länder, deren valutarisches Geld nicht vom stofflichen Gehalt unabhängig ist. Anders ausgedrückt: Zur Barverfassung, die keineswegs die einzig mögliche ist, gehört:

1. Ein Metall darf durch Ausprägung unbegrenzt in Geldstücke verwandelt werden und zwar nach einer bestimmten Norm, welche sagt: aus einer Gewichtseinheit des Metalles werden Stücke von einer gesamten Geltung von so und so vielen Einheiten hergestellt. Z. B. wenn Gold jenes Metall ist: aus dem Pfunde feinen Goldes werden 1395 Mark in Goldstücken hergestellt.
2. Diejenigen Geldstücke, bei denen sich der Gehalt an jenem Metall zu der vom Staate befohlenen Geltung so verhält, wie jene Norm es ausdrückt, heißen bares Geld. Hiernach sind z. B. unsere Goldstücke bares Geld, da sie auf jede Mark der Geltung $\frac{1}{1395}$ Pfund feinen Goldes enthalten².

An sich garantiert diese Barverfassung noch nicht, daß das Währungsmetall einen festen Preis im Inlande — in valutarischem Gelde ausgedrückt — jederzeit habe.

¹ S. 101.

² S. 53, 58.

Hierzu ist vielmehr noch zweierlei nötig¹:

1. Die Verwaltung muß dem Zwange unterworfen sein, zu festen Preise das Edelmetall zur Ausprägung in unbegrenzter Menge zu kaufen. Dadurch, daß die Verwaltung gezwungen ist, in Deutschland alles angebotene Gold mindestens mit 2784 Mk. pro Kilogramm fein zu bezahlen, wird verhindert, daß der Goldpreis unter diese Grenze in Deutschland fällt. Ohne diese Bestimmung wäre ein weit niedrigerer Goldpreis in Deutschland trotz Barverfassung denkbar.
2. Die Verwaltung muß dafür sorgen, daß abgenützte Währungsmünzen aus dem Verkehr gezogen werden. Nur so ist die Garantie gegeben, daß der Goldpreis in Deutschland nicht wesentlich über 2790 Mk. pro Kilogramm fein steigt, da jederzeit 1 kg Gold aus 2790 Mk. deutschem Goldgeld gewonnen werden kann².

Derselbe Zweck, den Goldpreis in inländischem Gelde zu befestigen, könnte auch ohne Goldprägung und Goldmünzenumlauf erreicht werden. Wenn das Deutsche Reich in Kassenscheinen, die auf Mark lauten, jedes Kilogramm Gold mit 2790 Mk. bezahlt und für 2790 Mk. in Kassenscheinen jederzeit 1 kg Gold verabsolgt, so würde der Zweck, dem Golde einen festen Preis im Inlande zu verschaffen, erreicht sein³.

Der Nutzen der Politik, die einen festen Goldpreis im Inlande garantiert, kann — wie bereits gesagt — für Knapp nicht darin bestehen, daß ein Metall als Wertmesser fungiert. Der Nutzen besteht vielmehr für ihn in folgendem:

1. Die Edelmetallhändler erfreuen sich eines festen Preises für ihre Ware⁴.
2. Jede Barverfassung — auch ohne die staatliche Fürsorge für den festen Edelmetallpreis — bietet den Vorteil, daß beim Übergang zu einer andern Währung durch Verkauf des nunmehr demonetisierten Metalls etwas eingenommen wird; allerdings ist unsicher, wieviel⁵.
3. Vorteile entstehen für die Verwendung des einheimischen Geldes im Auslande, sofern ein ausländischer Staat für unser

¹ S. 72.

² S. 73.

³ S. 62, 74.

⁴ S. 80, 81.

⁵ S. 81.

Währungsmetall, dem wir in unserm Geld einen festen Preis sichern, ähnliche Einrichtungen in seinem Geldwesen trifft¹.

Indes warnt Knapp davor, diesen Vorteil zu überschätzen. Ein festes Pari des Wechselkurses zwischen Deutschland und England sei noch nicht garantiert, wenn die deutsche und die englische Zentralbank Gold zu festem Preise kaufen, und beide Länder für Erhaltung der Vollständigkeit des nationalen Goldmünzumsatzes sorgen. Das valutariſche Geld Englands und das Gold, welches sich in England befindet, hätten allerdings einen festen Kurs gegeneinander, aber nur für Kunden der Bank von England².

„Und das valutariſche Geld Deutschlands hat einen festen Kurs nur gegen Gold, welches sich in Deutschland befindet, und nur für Kunden, welche der Reichsbank gegenüberstehen. Diese näheren Umstände werden fast immer außer acht gelassen. Zwischen der Bank von England und der deutschen Reichsbank besteht aber keine Einrichtung, wonach die eine dieser Stellen von der anderen etwa Gold zu festen Preisen beziehen könnte³.“

Um Gold aus England zu beziehen, müsse der Deutsche erst anderes englisches Geld — etwa Noten der Bank von England — erwerben und dafür entsprechend dem jeweiligen Wechselkurs bezahlen. Umgekehrt der Engländer. Es sei somit falsch, anzunehmen, daß eine übereinstimmende Politik der Festigung des Goldpreises in England und Deutschland bereits den Wechselkurs beseitige. „Denn das englische Geld hat nicht ein festes Verhältnis zum Gold überhaupt, sondern zu dem von der Bank anzunehmenden und beziehbaren Golde. Ganz entsprechend die Dinge in Deutschland. Der getadelte Fehlschluß beruht also auf dem Übersehen der näheren Umstände: jede der beiden Banken liefert Gold nur gegen anderes einheimisches Geld, und dies muß vom Auslande so hoch bezahlt werden, als der jeweilige Wechselkurs gebietet⁴.“

V.

Da nach Knapp auch in Ländern mit Barverfassung nicht das Edelmetall, sondern die Einheit des valutariſchen Geldes (Mark, Pfund Sterling, Dollar) den Wertmesser bildet, so kommt er zu der

¹ S. 80.

² S. 257.

³ S. 257.

⁴ S. 257.

Folgerung, daß an sich ein festes Kursverhältnis zwischen zwei Ländern mit eigener Währung nicht gegeben ist, sondern daß es durch Bemühungen des Staates bzw. der Zentralbanken geschaffen und aufrecht erhalten werden muß, wenn anders ein fester Kurs zwischen zwei Ländern ein Bedürfnis eines entwickelten auswärtigen Handels sei.

Die Metallisten freilich seien der Meinung, der Metallgehalt der Währungsmünzen in verschiedenen Ländern bestimme den Preis, der in dem einen Land für das valutarisches Geld des anderen bezahlt wird: er schaffe die sogenannte theoretische Münzparität. Die Metallisten betrachten Abweichungen von der Münzparität innerhalb der Goldpunkte als kleine, durch die internationalen Zahlungsverpflichtungen hervorgerufene Abweichungen von der Münzparität, denen bei beiderseitiger Barverfassung und gleicher Währung enge Grenzen gezogen seien. Es kann aber nach Knapps Theorie gar keinen selbstverständlichen Parikurs zwischen dem valutatischen Geld verschiedener Länder, keine Münzparität zwischen Mark und Pfund Sterling geben. Die Rechnungseinheit ist der Wertmesser in jedem Lande, und sie ist in jedem Lande eine andere¹. Der intervalutarische Kurs zwischen zwei Ländern wird vielmehr lediglich bestimmt durch die Gesamtheit der Zahlungsverpflichtungen eines Landes an das andere und durch die Stimmungen, welche jeder Preisbildung zugrunde liegen². Die Theorie hat also nicht zu erklären, weshalb dieser Kurs beweglich ist, denn die Beweglichkeit ist das Normale. Die Theorie hat vielmehr zu erklären, wieso es der staatlichen Politik zuweilen gelingt, diese Kurse fest zu gestalten. Nicht das Überpari und das Unterpari, sondern das Pari des intervalutarischen Kurses ist das zu Erklärende. Die Erklärung liegt in der Politik der Staaten, welche die Parität als Forderung aufstellt und sogar verwirklicht³.

Eben deshalb ist nach Knapp auch die Auffassung irrig, nach welcher der Wechselkurs zwischen einem Silberwährungs- und einem Goldwährungslande durch das Wertverhältnis zwischen beiden Metallen bestimmt wird. Es ist nämlich ganz irrig, das Wertverhältnis von Silber und Gold nur aus Produktion und Verbrauch dieser Metalle zu erklären⁴. Das Primäre sind die Geschäftsumsätze zwischen verschiedenen Ländern. Sie verpflichten, jeweilig in dem valutatischen

¹ S. 212.

² S. 209, 210.

³ S. 213—218.

⁴ S. 228.

Zahlungsmittel eines bestimmten Landes zu zahlen. Zuerst schwankt der Valutakurs zwischen Goldwährungs- und Silberwährungsländern und dann infolgedessen das Wertverhältnis zwischen beiden Metallen¹.

„Erst wenn die Indier und die Mexikaner imstande wären, den Bewohnern der Goldwährungsländer die Bedingungen für den Ankauf indischer oder mexikanischer Waren vorzuschreiben, würde sich der Kurs der Rupie und des Peso wieder heben — nämlich von selber, ohne Eingriff regelnder Verwaltung².“

Etwas ganz anderes sei es, wenn etwa Indien und Mexiko einen bestimmten Wechselkurs unter Übergang zur Goldvaluta durch bewusste Maßregeln aufrechterhalten³. Sie würden damit nur nachahmen, was andere Länder längst versucht und teilweise erfolgreich verwirklicht haben. An sich gibt es für den intervalutarischen Kurs irgendwelcher Länder kein Pari, wenn man nur die Verfassung des valutarischen Geldes diesseits und jenseits ins Auge faßt. Dagegen geht die Politik der Staaten mitunter dahin, ein Pari durchzusetzen⁴. Denn Schwankungen des intervalutarischen Kurses können aus Rücksicht auf die auswärtigen wirtschaftlichen Beziehungen unerwünscht sein. Dieses Ziel, ein Pari aufrecht zu erhalten, verfolgt der Staat oder in seinem Auftrag die Zentralnotenbank mit börsenmäßigen Mitteln, als übermächtiger Händler unter den Börsenhändlern. Die Verwaltung will den Preis des auswärtigen Geldes, ausgedrückt im eignen valutarischen Gelde, hier planmäßig befestigen.

Mehrere Mittel stehen zur Wahl:

a) Betrachten wir zunächst den Fall, daß zwei Länder mit gleichartiger und zwar metallischer Währung miteinander in Beziehung stehen, z. B. Deutschland und England. Die Metallisten nehmen an, daß es hier nicht notwendig einer Einmischung der Verwaltung, sondern nur einer Aufrechterhaltung der Grundsätze einer gesunden Barverfassung bedürfe, um Schwankungen der Wechselkurse um mehr als ein halb Prozent über und unter Pari zu verhüten. Bei bestimmten Wechselkursen beginne die Edelmetallversendung. Werde dies nur nicht erschwert, so stelle sich das Pari bald von selbst wieder her. Dem stimmt Knapp nicht ohne weiteres zu. Solche automatische Regelung habe zwar manches Einleuchtende. Gegen

¹ S. 229.

² S. 237.

³ S. 240.

⁴ S. 242.

kurze Störungen sei sie wohl wirksam. Nicht jedoch deswegen, weil sich das Geld in einem Lande vermindere, in anderen vermehre. Die Quantitätstheorie in diesem Sinne sei völlig laienhaft¹.

Jedenfalls habe aber solch eine automatische Regelung schnell ein Ende bei lang andauernden Störungen, z. B. wenn sich die Zahlungsverpflichtungen zwischen zwei Ländern dadurch verschieben, daß das eine Land seinen Besitz an zinstragenden Wertpapieren des andern Landes abstößt, oder daß das eine Land aufhört, wichtige Waren des anderen Landes zu beziehen, weil andere Bezugsquellen sich eröffnet haben. Dann werden die ausgleichenden Sendungen des einheimischen Geldes in das andere Land chronisch². Hier setzt dann eine bewusste Politik der Diskontoerhöhung der Zentralbank ein. Durch Erhöhung der Diskonto- und Lombardsätze werde erreicht, daß 1. weniger Banknoten in den Verkehr gebracht und insolgedessen weniger Banknoten zur Einlösung präsentiert werden, 2. daß ausländische Spekulanten ihre Kapitalien hereinsenden, um sie an der höheren Verzinsung im Lande des erhöhten Diskonto teilnehmen zu lassen. Durch bewußten Eingriff schaffe z. B. Deutschland mit einer Diskontoerhöhung eine Konjunktur, welche Nachfrage nach deutschen Zahlungsmitteln im Auslande erwecke³.

Die Opfer haben hier die Geschäftsleute durch Bezahlung höherer Zinssätze zu bringen. Der Zweck der Diskontoerhöhung sei, den Valutakurs auf Pari zu bringen, nicht der Schutz des bedrohten Barbestandes der Bank. Denn das letztere lasse sich auch ohne Diskontoerhöhung mittelst der Goldprämienpolitik der Bank von Frankreich erreichen⁴.

b) Handelt es sich um Staaten, deren Währung nicht übereinstimmt, z. B. England und Österreich unmittelbar nach 1892, so kann durch staatliche Politik gleichfalls eine andauernde Aufrechterhaltung irgendeines beschlossenen Parikurses der Valuten erreicht werden. Automatische Regelung findet hier in keinem Falle statt; auch von der Politik der Diskontoerhöhung braucht man nicht notwendig Gebrauch zu machen.

Zwei Methoden führt Knapp an, um zwischen einem Papierwährungsland und einem Goldwährungsland ein Pari aufrecht zu

¹ S. 245.

² S. 246.

³ S. 247.

⁴ S. 247, 248, 317.

erhalten, welches hier durch freien Entschluß gewählt ist. Das eine Mittel ist die österreichische Devisenpolitik. Die österreichisch-ungarische Bank hält in der Zeit nach 1892 den Kurs 10 Pfund Sterling gleich 119 Gulden aufrecht, indem sie einen Vorrat an Wechseln auf London hält und von Zeit zu Zeit ergänzt und aus diesem Vorrat zum Kurse 10 Pfund Sterling gleich 119 Gulden Devisen abgibt, sobald der Parikurs bedroht erscheint. Es werde hiermit bewußt eine Gegenpekulation von einem übermächtigen Institut gegenüber dem privaten Devisenhandel unternommen; eine ordnende Zentralgewalt greife in das Spiel der Einzelinteressen ein und beseitige die aus letzteren sonst drohende Anarchie. Unter Umständen sind auch hier Opfer zu bringen —, nicht wie bei der Diskontoerhöhung von der Bankfundschaft, sondern hier entweder von der Bank oder von dem sie unterstützenden Staat. Muß letzterer ein Anlehen aufnehmen, um der Bank ihre Opfer zu ersetzen, so sind es zum Schlusse die Steuerzahler, die die Kosten der Politik bestreiten, welche hier das Pari zwischen zwei Ländern gewährleistet¹.

Im Gegensatz zur österreichischen steht die russische Methode, den Kurs auf einem willkürlich gewählten Paristand zu halten. Ein Berliner Bankhaus wird beauftragt, Rubel zu kaufen, sobald sie in Berlin billiger als zu 2,16 Mk. angeboten sind, und Rubel zu verkaufen, wenn sie zu einem Preise über 2,16 Mk. gesucht werden. Opfer sind hier jedenfalls vom russischen Staate zu bringen².

Die automatische Regelung des Pari zwischen barzahlenden Staaten ist das Bequemste, aber nach Knapp nur für kurz dauernde und kleine Schwankungen brauchbar.

In allen anderen Fällen sind Maßnahmen der Verwaltung nötig. Sie können gegen größere und länger dauernde Tiefstände des intervalutarischen Kurses wirksam sein. Sie werden stets von demjenigen Staate ergriffen, dessen valutarisches Geld unter dem Parikurse steht. All diese Maßregeln kosten aber Opfer — entweder der Bankfundschaft oder der Bank oder dem Staate. Sie setzen eine Leistungsfähigkeit der Belasteten voraus. Auch alle diese Maßregeln sind daher nicht unbegrenzt anwendbar³.

In letzter Linie kommt es nicht bloß auf die Geldverfassung an,

¹ S. 249 ff.

² S. 252.

³ S. 255.

sondern darauf, daß der Staat, dessen Kurs unter dem Pari steht, seine handelspolitische Machtstellung gegen das Ausland verstärkt¹.

VI.

Knapps theoretische Darlegungen enden mit einem Abschnitt, der überschrieben ist: „Der feste Kurs als letztes Ziel“².

Hierin erörtert er die Gründe, welche seit 1871 zur Verbreitung der Goldwährung beigetragen haben. Der letzte Grund war nach ihm die Rücksicht auf den internationalen Handel. In dem handelspolitisch und kapitalistisch mächtigsten Staate, in England, bestand Goldwährung; die minder mächtigen Staaten mußten sich dem anschließen. Hätte aber in dem wirtschaftlich mächtigsten Staate die Silberwährung geherrscht, so hätte die Rücksicht auf die Befestigung des Kurses der fremden Valuta, in eigenem Gelde ausgedrückt, für allgemeine Einführung der Silberwährung gesprochen³.

Die Währung wird also nicht gewählt nach Eigenschaften der Edelmetalle, sondern um zweckmäßig auf die Wechselkurse der handelspolitisch und kapitalistisch wichtigen Nachbarstaaten einwirken zu können⁴.

Diese Rücksicht auf die Festigung der Wechselkurse ist nach Knapp so sehr bei der Wahl der Währung das Ausschlaggebende, daß er noch besonders betont: im Inlande sei das Gold eigentlich entbehrlich. Auch werde es selbst in Ländern mit Barverfassung immer mehr durch Banknoten usw. verdrängt. Wäre das Gold aus dem inneren Verkehr ganz ausgeschaltet, so würde sich kaum etwas ändern.

Nach der Lehre der Metallisten erscheine diese Veränderung des Geldes als fortschreitende Entartung: nach der Lehre Knapps erklärt sie sich spielend. Die Bargeldverfassung hat nach ihm längst nur mehr Sinn mit Rücksicht auf den auswärtigen Zahlungsverkehr; sie ist ein Hilfsmittel — nicht das einzige und nicht das wirksamste —, um intervalutarische Kurse zu befestigen. Eine unglaublich wichtige Aufgabe wird also durch die Barverfassung gelöst. Aber für den inneren Verkehr wird die Barverfassung von Jahr zu Jahr unwichtiger⁵.

¹ S. 256.

² S. 262 ff.

³ S. 263, 266, 267.

⁴ S. 266 und Vorwort S. VI.

⁵ S. 270, 271.

Scheinbar liege in dieser Feststellung ein Widerspruch mit früher Gesagtem. Aber nur scheinbar. Knapp hat nämlich früher auf die Gefahr hingewiesen, die sich für den Staat ergebe, wenn nichtvalutarisches Geld in Massen sich bei seinen Kassen stauete, und es unmöglich werde, die staatlichen Zahlungen dann in valutarischem Gelde zu leisten¹.

Diese Erwägungen erkennt Knapp als ernst an. Aber es werde dabei an eine Geldverfassung gedacht, die der bewußten staatlichen Politik ermangelt, welche unter Opfern feste Wechselkurse garantiert. „Man denkt sich dabei alle Staatskassen gleichartig beschäftigt, — einerseits mit Annahme von Zahlungen für den Staat, andererseits mit Leistungen von Zahlungen des Staates an die Empfänger — was ja in der Tat die Aufgabe — jener Kassen ist².“ Es könne aber spezielle Kassen geben, die nur valutarisches gegen minderwertiges nichtvalutarisches Geld umtauschen und umgekehrt³.

In Deutschland sei es eine der Funktionen der Reichsbank, in diesem Sinne Währungskasse zu sein. Knapp erklärt es von diesem Standpunkte für durchaus unschädlich, daß die Verwendung von Gold für kleine Zahlungen in Deutschland eingeschränkt werde und einlösliche Zettel in höherem Maße zur Zahlung von Beträgen zwischen 20 und unter 100 Mk. verwendet werden⁴.

Er untersucht auch, ob das nach seiner Meinung für den inneren Verkehr entbehrliche Bargeld schließlich einmal für den internationalen Verkehr ebenfalls entbehrlich werden könne. Er bejaht dies als Theoretiker, erklärt es aber für praktisch zweckmäßig, beim valutarischen Edelmetallgeld zu bleiben, so lange es geht⁵.

Und zwar deshalb, weil die Menschen einmal an das Pari vom metallistischen Standpunkt aus noch glauben. Die Festhaltung des intervalutarischen Kurses sei dem Handel dienlich. Diejenige Methode der Festhaltung des intervalutarischen Kurses verdiene „einen Vorzug, welche am leichtesten von allen Seiten gebilligt wird, — und politisch ist es gleichgültig, ob dabei auch Vorurteile mitspielen⁶.“

Nachdem Knapp nun noch große Sorgfalt darauf verwendet, die Währungs Geschichte einiger europäischer Kulturstaaten in einem

¹ S. 274.

² S. 275.

³ S. 275.

⁴ S. 276.

⁵ S. 282.

⁶ S. 283.

besonderen Kapitel nach seinem Gesichtspunkt darzustellen, schließt er sein Buch mit folgenden Worten: „Die Metallisten verdienen als Praktiker alle Anerkennung; sie wollen Barverfassung des valutairischen Geldes, haben also ein sehr einfaches allgemeinverständliches Ziel: weshalb sollten sie es nicht durch gemeinverständliche Gründe empfehlen? Jenes Ziel ist in der staatlichen Theorie mit eingeschlossen als ein besonderer Fall, begegnet also, von da aus, keinem Einwande. Aber die staatliche Theorie hat auch die vielen anderen Formen des Zahlungswesens unterzubringen und deren gemeinsame Wurzel aufzudecken; deshalb muß sie umfassender und duldsamer sein als die Metalltheorie, von der wir ohne Groll und hoffentlich für immer Abschied nehmen¹.“

Knapp fügt seinem Werke ein Register der technischen Ausdrücke bei. Ungefähr 80 davon sind sprachliche Neuschöpfungen. Um die Grundzüge seiner Lehre auch für diejenigen verständlich zu machen, welche sich mit diesen neuen Ausdrücken noch nicht vertraut gemacht haben, ist in der bisherigen Darstellung versucht worden, Knapps Theorie, soweit sie das Geld und nicht das Zahlungswesen überhaupt betrifft, — hoffentlich sinnetreu — in der bisher üblichen Ausdrucksweise wiederzugeben.

Zum Schlusse seien jedoch zwei Ausdrücke erläutert, durch die Knapp selbst seine staatliche Theorie des Geldes charakterisiert. Bei Würdigung seiner Theorie wird es sich öfter empfehlen, der Kürze wegen diese Ausdrücke anzuwenden.

Wenn er als Werteinheit statt des Metalles die Rechnungseinheit Mark, Gulden usw. zugrunde legt, so bekennet er sich als „Nominalist“.

Wenn er die Zahlungsmittel, welche nicht mehr ungemünzt und gewogen, sondern gezählt als Münzen oder Scheine verwendet werden, als Zahlmarken, die kraft staatlichen Befehls zu einem bestimmten Nennwert genommen werden müssen, bezeichnet, so spricht er von Marken- oder Chartalverfassung. Er bekennet sich als „Chartalist“.

¹ S. 394.

Diehls Erläuterungen zu Ricardos Grundgesetzen¹.

Von

W. Hasbach.

Inhaltsverzeichnis.

Aufbau und Inhalt des Diehlschen Werkes S. 375. — Die Resultate: Geldlehre S. 377. — Produktionskosten- und Grenznutzentheorie S. 377. — Grundrententheorie S. 380. — Arbeitslohn S. 381. — Auswärtige Handelspolitik S. 382. — Methode Ricardos S. 384.

Als Baumstark, 15 Jahre nach dem Tode Ricardos, seine „Erläuterungen“ veröffentlichte, konnte seine Aufgabe nur darin bestehen, die schweren Rätsel, die der englische Nationalökonom den deutschen Gelehrten aufgegeben hatte, zu lösen. Diehl, dessen „Erläuterungen“ mehr als 80 Jahre nach dem Hinscheiden Ricardos die Presse verlassen haben, muß die Schicksale seiner Lehren in diesem langen Zeitraume kritisch und dogmenhistorisch verfolgen. Aber auch er betrachtet es als seine „erste und hauptsächlichste Aufgabe Ricardos Ideen verständlich zu machen“, und er hofft „besonders den Studierenden der Nationalökonomie einen Dienst erwiesen zu haben“. Dieser Aufgabe ist er in bemerkenswerter Weise gerecht geworden. Jedes der acht Kapitel, in denen er nacheinander die Lehren Ricardos bespricht, beginnt mit ihrer übersichtlichen, klaren, einbringlichen Wiedergabe. Dann aber folgt gewöhnlich in einem zweiten Abschnitt deren eingehende Kritik, die die Stellung der

¹ Karl Diehl, Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu David Ricardos Grundgesetzen der Volkswirtschaft und Besteuerung. 1. Teil: XIII u. 427 S. 2. Teil: VIII u. 529 S. Zweite, neuverfasste Ausgabe. Leipzig 1905, Wilhelm Engelmann. (Auch unter dem Titel: David Ricardos Grundgesetze der Volkswirtschaft und Besteuerung. II. und III. Band.)

Freunde und Gegner bis zur Gegenwart darlegt, so daß wir den Abstand der heutigen Auffassung von derjenigen Ricardos leicht ermessen. Ob Diehl sich nicht gelegentlich zu tief in die Tagesdiskussion eingelassen hat, ob nicht einiges in Anhängen hätte untergebracht, anderes in selbständigen Aufsätzen hätte veröffentlicht werden sollen, das vermag nur der zu entscheiden, der in Ricardo eingeführt werden will; wahrscheinlich wird er sich freuen, alles zusammen zu haben. Leider fehlt ein kritischer Abschnitt im siebenten Kapitel (Krisen, Überproduktion und Maschinenwesen), und derjenige im achten (Ricardos Steuerlehre) ist dürftig. Der Verfasser schätzt offenbar die in ihnen vorgetragenen Meinungen Ricardos so gering ein, daß sich ein kritisches Eingehen auf sie nicht verlohne. — Damit nicht zufrieden, fügt er den drei ersten Kapiteln (Wert, Grundrente, Lohn) noch je einen dogmengeschichtlichen Abschnitt hinzu. Wir bedauern, daß diese Untersuchungen in den fünf folgenden Kapiteln (Zins und Unternehmergeinn, Geldtheorie, auswärtige Handelspolitik, Krisen usw., Steuerlehre) nicht fortgesetzt worden sind. Der Grund kann nur für einen Teil der Mangel an Vorarbeiten sein; es sei nur an die Monographien Pierstorffs, Watajass, Groß, Böhm-Bawerks, Seligmans, Rabbenos erinnert. — In dem letzten (dem 9.) Kapitel, das die Überschrift trägt 'Zur allgemeinen Beurteilung Ricardos und seiner Bedeutung für die Geschichte und Methode der Sozialwissenschaft' gibt Diehl nur einen Teil dessen, was die historische Interpretation Ricardos erfordern würde, aber er konnte sich dieses Ziel nach der Bestimmung und dem Charakter seines Werkes nicht stecken. Dafür bietet er in zwei Abschnitten (Ricardos Charakter und Sozialphilosophie) eine lehrreiche, sowohl durch Objektivität wie Wärme erfreuliche 'Rettung' des bedeutenden Nationalökonomen. Was er aber im 3. Abschnitt über die Methodenlehre sagt, wird wahrscheinlich niemanden befriedigen. — Ein bibliographischer Anhang und zwei Register bilden eine erwünschte, in Deutschland bisher seltene Zugabe.

Soviel über den etwas ungleichmäßigen Aufbau des Werkes, das auf allen Seiten Zeugnis ablegt sowohl von der kritischen Schärfe des Verf. wie von dem ernstesten, tiefen Studium der Schriften Ricardos, der gesamten einschlägigen Literatur und der diesen umgebenden wirtschaftlichen Zustände. Es ist ein erheblicher Beitrag zur Literaturgeschichte, der dieser selbstverleugnende Fleiß nottut. Aber es wird auch den nationalökonomischen Unterricht befruchten. Das Verständnis des heutigen Standes der theoretischen Forschung setzt die

Kenntnis Ricardos voraus, an den Zustimmung und Widerspruch noch so häufig anknüpfen. Den seminaristischen Übungen wird es besonders förderlich sein. Wenn man mehrere Male mit jungen Nationalökonomien Ricardo gelesen hat, kennt man die Schwierigkeiten, über die Diehl den Anfänger leicht hinüberführt.

Wer sich lange mit einem Schriftsteller beschäftigt, wird gewöhnlich zu seinem Anhänger, mindestens zu seinem Verteidiger. Strenge Unparteilichkeit und starker Wahrheitsinn, die diesen Schüler A. Wagners auszeichnen, haben ihn zu einem wissenschaftlichen Ergebnisse geführt, das kurz so ausgesprochen werden kann: Mit Ausnahme der Grundrententheorie (deren Entdeckung nicht Ricardo zugeschrieben werden kann), sind alle Theorien Ricardos überwunden. Am meisten wird die Beurteilung des an vielen neuen Aufschlüssen reichen Kapitels über die Geldlehre auffallen. Er schreibt II, S. 215 u. 217: „Es ist eine sehr weit verbreitete Auffassung, daß Ricardo auf keinem Gebiete so Vorzügliches geleistet habe, wie gerade auf dem des Geld- und Bankwesens . . . Ich möchte diesen Urteilen meine gerade entgegengesetzte Meinung gegenüberstellen: auf keinem Gebiete hat Ricardo so schwere Irrtümer aufzuweisen. . . . Das schiefe Urteil . . . ist einmal dadurch veranlaßt, daß man a priori annahm, ein Theoretiker, der seine ‚isolierende Abstraktion‘ aus dem Eigennutze vornimmt, müsse auf dem Gebiete des Geldwesens besonders erfolgreich sein; daß man ferner annahm, ein so erfolgreicher „„praktischer Geschäftsmann““, wie der Börsenmakler Ricardo, müsse auch ein Meister der Geldtheorie sein. Und doch zeigen die umfangreichen Bände der Enqueteberichte über die Bank- und Geldfragen, daß die gewiegtesten „„Praktiker““ in diesen Fragen weiter auseinandergehen und sich viel widerspruchsvoller äußern als die ob ihrer Unkenntnis des „„praktischen Lebens““ gescholtenen Theoretiker“.

Obwohl ich nun sowohl mit Diehls Auffassung der Lehren Ricardos wie mit seiner Kritik fast durchgängig übereinstimme, so muß ich doch einige seiner kritischen Ausführungen zum Gegenstand einer Erörterung machen.

Diehl hat mich von der Unhaltbarkeit der Produktionskostentheorie überzeugt. Zwar habe ich, seitdem ich erkannt hatte, daß die Erklärung der volkswirtschaftlichen Erscheinungen nicht von den Erzeugern der Waren und Dienste (dem Standpunkte der Physiokraten, Adam Smiths, Ricardos), sondern von der Nach-

frage ausgehen muß, sie nur in der Gestalt festgehalten, daß die Unternehmer nur dann Güter und Dienste bereitstellen würden, wenn die Nachfrage genügte, um ihnen ihre Kosten zu ersetzen, und daß wir daher behaupten dürften, die Preise hätten in längeren Zeiträumen die Tendenz, sich den Kosten gleichzustellen, aber ich kann sie auch in dieser Fassung nicht mehr als richtig anerkennen. Diehl hat mich durch den Hinweis auf Krisen und Kartelle auf den richtigen Weg gebracht. Die heutigen gewerblichen Unternehmer arbeiten mit so gewaltigen Massen von stehendem Kapital, daß die Einstellung ihrer Tätigkeit bei nicht gewinnbringenden Preisen erschwert ist; weiter können für die Ausnutzung jeder günstigen Konjunktur in kurzer Zeit riesige Sozialkapitalien aufgestellt werden (man denke an das pilzartige Aufschließen der lothringisch-luxemburgischen Eisenindustrie); die heutige Weltwirtschaft mit ihren verhältnismäßig geringen Transportkosten bietet die Konkurrenzmöglichkeit für die verschiedensten Kostensätze, so daß durch die anhaltenden Verluste wohl einzelne Unternehmerschichten vernichtet werden können, ohne daß ein genügendes Warenangebot gehemmt würde; für sehr viele Unternehmungen, die ihre Preise nach den Grundsätzen der Tragfähigkeit und Leistungsfähigkeit bemessen¹, kommt nur die Gesamtsumme ihrer Einnahmen in Frage, nicht der Verlust oder Gewinn einer Warenart; wieder andere Unternehmungen vermögen überhaupt ihre Kosten nicht zu berechnen (Post, Eisenbahnen); die landwirtschaftlichen Berechnungen werden durch natürliche Zufälle durchkreuzt, und die Preisfestsetzung ist den Landwirten vielfach von den Händlern entwunden. Die Produktionskostentheorie hatte ihre Gültigkeit, solange auf Bestellung gearbeitet wurde, solange der Kleinbetrieb und die Hausindustrie herrschten, solange die stehenden Kapitalien gering waren, als die Volkswirtschaft sich aus der Stadtwirtschaft mit ihren engen Beziehungen von Anbietenden und Nachfragenden erst zu entwickeln begann (deren Reflex wir ja noch in Thünens 'Isoliertem Staat' erkennen), als in kleinen Gebieten, durch staatliche Regelung gefördert, die Kostensätze der Unternehmer zum Teil gleich waren. Dort, wo diese wirtschaftlichen Verhältnisse noch jetzt bestehen, wird auch die alte Theorie ihre Gültigkeit behaupten.

Mit Diehl stimme ich auch darin überein, daß die Verquickung der Produktionskostentheorie mit der Grenznutzentheorie vom

¹ Vgl. meine Ausführungen in Conrads Jahrbüchern, 1904, S. 304.

Übel ist, dagegen kann ich keinen Einwendungen gegen diese nicht beipflichten. Ganz abgesehen davon, daß sie für eine einheitliche Erklärung aller wirtschaftlichen Erscheinungen von seiten der Nachfrage her das nötige Fundament liefert, ist sie überall richtig, wo gewirtschaftet wird, m. a. W. wo eine Vergleichung der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Bedürfnisse mit einem begrenzten Gütervorrat stattfindet, so daß die Wertschätzung des einzelnen Gutes mit der Ausdehnung der Bedürfnisbefriedigung sinkt. In der Geldwirtschaft bei regelmäßiger Erzeugung einer Zahl von Waren wird dieses Verhältnis nicht aufgehoben, denn erstens gibt es, wie gerade Diehl sehr gut nachweist, weit mehr Güter als man gewöhnlich annimmt, die gar nicht oder nur schwer vermehrt werden können, und zweitens tritt an die Stelle der Vergleichung des Gütervorrates mit den Bedürfnissen die Vergleichung der Bedürfnisse mit dem Vorrat an Mark-, Kronen-, Frankeneinheiten, aus denen das Einkommen besteht, das in kleineren Zeiträumen und für die große Mehrzahl aller Menschen selbst in längeren Zeiträumen schwer beweglich ist. Nun wendet Diehl ein, die Theorie vom Grenznutzen gehe stets von einem Normalmenschen aus, der seine Bedürfnisse in rationeller Weise der Reihe nach befriedige, den gebe es aber nicht, denn neben den wirtschaftlichen und rationalen Erwägungen ständen die unwirtschaftlichen und die launenhaften. Die Haushaltungsstatistik beweist das gerade Gegenteil. Sie beweist, daß in der Masse der Erscheinungen das Zufällige und das Willkürliche sich in das Geordnete und Notwendige verwandelt. Sie beweist, daß selbst innerhalb nicht unbedeutender Differenzen des Einkommens sich eine hier und da verwunderliche Gleichmäßigkeit und Übereinstimmung der Verwendung des Einkommens findet. Woraus hervorgeht, daß die begrenzte Vermehrungsmöglichkeit mancher Arten von Waren und das begrenzte Einkommen trotz der nicht so beschränkten Vermehrungsmöglichkeit anderer Arten von Gütern ein wenig veränderliches Verhältnis zu den Gütern hervorrufen, ein Verhältnis, zu dessen Erklärung auch Herkunft, Sitte, vererbte Lebenshaltung herangezogen werden müssen. Damit erledigt sich auch die Befürchtung Diehls, daß die Grenznutzentheorie in das Gebiet der Psychologie hinüberführe; ich meine, der Nationalökonom bleibe auf seinem eigensten Gebiete, wenn er aus den statistisch festgestellten Angaben über die Verwendung des Einkommens eine Rangordnung der Bedürfnisse und der Bedürfnisstärken abzuleiten sucht. Es ist das allerdings eine bisher ganz vernachlässigte theoretische Aufgabe. Das führt zu einem weiteren Einwande. Auf

diesem Wege, meint er, werde man dahin kommen, die Lehre von der Konsumtion zum Fundament der theoretischen Nationalökonomie zu machen. Ganz recht. Ich beginne meine Vorlesung schon seit zehn Jahren mit ihr, und erst seit dieser Zeit finde ich, daß sie Einheitlichkeit und straffen Zusammenhang gewonnen hat.

Zu dem Kapitel über die Grundrente nur zwei Anmerkungen. Diehl sucht Ricardo gegen die Angriffe auf seine Auffassung von der „Unzerstörbarkeit“ der Naturkräfte mit naturwissenschaftlichen Gründen zu verteidigen, die an sich nicht beweiskräftig sind und mich bei Diehl verwundern, da er nur eine nationalökonomische Beweisführung gelten lassen will. Vom nationalökonomischen Standpunkte aber hat Ricardo ganz recht. Beim rationellen Betriebe, der für eine volkswirtschaftliche Betrachtung doch selbstverständlich ist, sind die Bodenkkräfte tatsächlich unzerstörbar, da alle Bestandteile, die dem Boden durch die Ernten entnommen worden sind, ihm in der Form des Düngers wiedergegeben werden. Wenn nun der Gewinn der Pächter für das aufgewandte Kapital bezogen wird, der Arbeitslohn für die aufgewandte Arbeit, dann ist die Rente eine Vergütung für die Überlassung der unzerstörbaren Kräfte des Bodens, die sich im Privateigentum des Grundbesizers befinden. Nun sehe man, wie Diehl sich S. 207 abmüht, mit naturwissenschaftlichen Gründen zu beweisen, daß — ein Teil des Bodens unzerstörbar ist, obwohl er sonst Naturwissenschaft, Psychologie usw. als Eindringlinge aus der Nationalökonomie hinausweist.

Diehl wendet sich mit Recht gegen den Terminus „Verallgemeinerung des Rentenprinzips.“ In der heutigen Nationalökonomie hat sich der Sprachgebrauch eingebürgert, denjenigen Teil des Einkommens Rente zu nennen, der für die Überlassung von Naturkräften und Naturgütern bezogen wird (Grund-, Hausplatz-, Bergwerk-, Wald-, Wasserrente) und denjenigen Teil Zins, der für die Überlassung von Kapital- und Nutzungsgütern gezahlt wird (Kapital-, Geld-, Nutzungszins). Der erwähnte Ausdruck versündigt sich folglich an der für jede Wissenschaft wichtigen Festigkeit des Sprachgebrauchs, er bringt aber auch Unklarheit in die Theorie. Denn die ihn gebrauchen, wollen doch nur sagen, daß auch außerhalb der Überlassung von Naturgütern Differential- und absolute Einkommenarten vorkommen, die nicht durch den Besitz von unzerstörbaren Naturkräften bezogen werden. Sie haben ihren Ursprung im Besitze von Monopolen, wie schon Bernhardi ausführt. Nachdem der Fortschritt der theoretischen Forschung zur Erkenntnis der zahlreichen Monopolpreise

im System der freien Konkurrenz geführt hat, die daher auch eine breite Ausführung in der Preislehre erfordern, sollte in der Einkommenlehre dem Mononpoleinkommen ein besonderer Platz angewiesen werden.

Eine der größten Bereicherungen der Wissenschaft ist das dem Arbeitslohn gewidmete Kapitel. Wir sehen: wie Ricardo in der Wertlehre haltlos zwischen einer Arbeitswerttheorie und einer Produktionskostentheorie schwankte, so hier zwischen einer einfachen theoretischen Lösung der Frage und der durch spätere Erfahrungen notwendig gewordenen Veränderung seiner ursprünglichen Auffassung. Ricardo behauptet, daß die Löhne sich dauernd über das Existenzminimum erheben könnten und andererseits, daß die Bevölkerungszunahme sie immer wieder auf das Existenzminimum herabdrücken müßte; das Existenzminimum ist eine physiologisch bestimmte Größe, und doch gesteht er der Lebenshaltung einen bestimmenden Einfluß auf die Lohnhöhe zu, die Lebenshaltung aber ist eine kulturelle Tatsache (am schneidendsten tritt der Widerspruch in der Lassalleschen Formel hervor: Was gewohnheitsmäßig zur Fristung des Daseins erforderlich ist); Ricardo weiß ganz gut, daß es verschiedene Lohnhöhen gibt, aber seine Theorie kennt nur einen Arbeitslohn. „Der Lohn“, schreibt Diehl (II 23), „ist das Resultat eines Interessenkampfes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und für die Lohnhöhe ist entscheidend, mit welchem Nachdruck die beiden Parteien nach der wirtschaftlichen Gesamtlage ihre Forderungen bezw. Anerbietungen aufrecht erhalten können. Daraus ergibt sich das Fehlen jeder Stabilität oder Konstanz der Löhne — auch nicht einmal eine „Tendenz“ zu einem Lohnminimum kann gegeben werden, sondern die Löhne sind ganz verschieden je nach Art der Arbeit, je nach der Leistungsfähigkeit des Arbeiters, je nach der Zahl der vorhandenen und begehrten Arbeitskräfte, je nach der politischen und ökonomischen Macht der Arbeiterklasse einerseits und der Unternehmerklasse andererseits.“ Er vermeidet es vorsichtig, die Grenzen anzugeben, innerhalb deren der Lohn schwankt. Wenn wir sagen, sie könnten nicht über diejenige Grenze hinausgehen, bei der die Unternehmer ihre Unternehmungen aufgeben würden, so ist diese Grenze fast so unbestimmt wie der Horizont für den Wanderer. Und nach unten, wissen wir, können die Löhne bis unter das Existenzminimum sinken, wenn Mildtätigkeit, Armenpflege, Diebstal, Prostitution sie ergänzen. Aber auch wenn diese traurigen Ausbülfsen nicht wirksam werden, ist häufig das Zufließen von Arbeitskräften so groß und die Ver-

minderung durch den Tod und Wanderungen so langsam, daß die Möglichkeit, einen über dem Existenzminimum stehenden Lohn zu erlangen, ausgeschlossen ist.

Wenn folglich die Grenzen des Schlachtfeldes nicht abgesteckt werden können, gibt es denn nicht gewisse natürliche Hemmungen, Berge, Flüsse, die künstlich befestigt werden können, vor denen die kämpfenden Massen sich aufstauen müssen? Hat nicht die herkömmliche Lebenshaltung, die Klassensitte, unterstützt durch Gewerksvereine, die Macht, bestimmte Gestaltungsstendenzen in der Lohnbewegung hervorzurufen? Leider gibt uns Diehl hierauf keine oder nur eine ungenügende Antwort, denn als Dogmentritiker wendet er sich nur gegen die Theorie, „daß der Lohn zum Existenzminimum gravitiere“ (II 23). Was ihm am meisten am Herzen liegt, ist die Auseinandersetzung mit der Parallel- und Konträrtheorie, über die er sowohl dogmenhistorisch wie kritisch vorzüglich unterrichtet. Er weist sie ab, keine lasse sich durch die Statistik erhärten. Darin hat er Recht. Aber läßt sich die Wirkung eines Faktors in einem Komplex von Ursachen statistisch erfassen? Und er bringt selbst genug Material bei, welches beweist, daß die Arbeiter durch das Steigen der Lebensmittelpreise angetrieben werden, höhere Löhne zu fordern, und daß sie sich bei fallenden Preisen Lohnverminderung gefallen lassen.

In dem Kapitel von der auswärtigen Handelspolitik vertritt er Anschauungen, die denjenigen der historischen Schule zum Teil nicht fern stehen. Er führt treffend (II 327) aus: „Die nationalökonomische Wissenschaft kann überhaupt nichts darüber bestimmen, welches das 'wahre' handelspolitische System sei, sondern es kann immer nur von der Prüfung des einzelnen Falles, des einzelnen Landes und des einzelnen Zeitpunktes abhängen, welche handelspolitische Maßregel gerade die beste und zweckmäßigste ist.“ Ricardo irrt sich, nach Diehl, wenn er „das Endziel der Wirtschaftspolitik darin erblickt, daß die jährliche Gütermasse, die einem Volke zum Genuß zur Verfügung steht, möglichst groß sein solle. Wer aber das Ziel der Volkswirtschaftspolitik nicht in der Erlangung einer möglichst großen Gütermasse erblickt, sondern überhaupt ein 'rein ökonomisches' Prinzip ablehnt, vielmehr auch die Handelspolitik nur als eines der Mittel auffaßt, die im Dienste der wirklichen Ziele stehen, denen die Ordnung des sozialen Lebens zustreben muß, wird auch diesen engen 'ökonomischen' Gesichtspunkt verwerfen müssen.“

Mit Diehl stimme ich darin überein, daß der Staatsmann nicht ein festes, wirtschaftliches Programm auszuführen hat, er darf sich auch in der auswärtigen Handelspolitik nicht ausschließlich durch wirtschaftliche Gründe bestimmen lassen, Rücksichten auf die auswärtige Politik, die Finanzpolitik, die Sozialpolitik werden ihr manchmal die Richtung geben. Wer die Geschichte der auswärtigen Handelspolitik, ja wer nur die Entwicklung derjenigen Preußens, des Zollvereins und des Deutschen Reiches verfolgt hat, weiß das zur Genüge. Aber wenn die wissenschaftliche Volkswirtschaftspolitik der praktischen Volkswirtschaftspolitik die volle Freiheit des Handels zubilligt, ihr das Prinzip der Relativität zuweist, verpflichtet sie sich denn damit, nur diese allgemeinen, wichtigen aber doch leeren Grundsätze auszusprechen? Da sie denn nun einmal wissenschaftliche Wirtschaftspolitik ist, hat sie da nicht das Recht, an die Frage der auswärtigen Handelspolitik mit ihren Begriffen und Gesetzen heranzutreten? Stehen denn bei der auswärtigen Handelspolitik nicht regelmäßig wirtschaftliche Interessen in Frage, ja häufig in erster Linie? Muß der praktische Politiker, der sich in einem gegebenen Falle entscheiden soll, nicht geradezu wünschen, daß die National-Ökonomen ihn über die wirtschaftlichen Folgen bestimmter Handlungen aufklären? Und kann es für die wissenschaftliche Volkswirtschaftspolitik mit Einschluß der Handelspolitik ein anderes höchstes Prinzip geben, als die möglichst reichliche Versorgung mit Gütern? Haben sie nicht die Fähigkeit, den edelsten wie den niedrigsten Zwecken zu dienen? Haben denn nicht Kirche und Staat, diese höchsten Organisationen idealer Zwecke, in manchen Perioden einen unersättlichen, bis zur Vernichtung des Wohlstandes der Gläubigen und Bürger gehenden Hunger nach Gütern gehabt? Bis zwei der drei großen Revolutionen der neueren Zeit sie Einsicht gelehrt haben? Sind denn nicht noch heute in verschiedenen Ländern die Klöster Schwämme zur Aufsaugung der Güter ihrer Umgebung? Ertönt nicht bei jeder Etatberatung die Klage, daß für die Universitäten so wenig ausgegeben werden kann? Ist die Kunst nicht immer nach Brot gegangen?

Diese Auseinandersetzung war erforderlich, um es dem Diehlschen Idealismus zu ermöglichen, sich auf die feste, gegründete Erde herabzulassen. — Ist nun die möglichst reichliche Versorgung mit Gütern das Prinzip der wissenschaftlichen Volkswirtschaftspolitik, dann kann im vorliegenden Falle die Frage nur so lauten: Wird dieses Ziel am besten mit dem Freihandel oder dem Schutzoll

erreicht? Ihre Aufgabe besteht also darin, sich zu beschäftigen erstens mit dem halben Duzend Theorien, die die freihändlerischen Theoretiker aufgestellt haben (geographische Arbeitsteilung, sinkender Bodenertrag, Beschränktheit der Kapitalien und Arbeitskräfte, Gleichheit der Ausfuhren und Einfuhren, Nivellierung durch die Gelbbewegung, Herabsetzung der Preise und Gewinne durch freie Konkurrenz und technische Fortschritte, womit Vergrößerung des Kapitalbestandes und der Beschäftigungszeige gegeben sind¹ und zweitens mit den Behauptungen, die ihnen von Hamilton, Ferrier, List, Carey, Mendelejeff, Patten u. a. entgegengestellt worden sind (Notwendigkeit der Industrie, dauernde Ungleichheit der Produktionsbedingungen, Bereicherung eines Landes auf Kosten des andern, historische Entwicklung der produktiven Kräfte, Wichtigkeit eines gewissen Geldvorrats, Auspöckerung des Bodens, Rücksicht auf den Zusammenhang zwischen den Menschen und den wirtschaftlichen Eigentümlichkeiten eines Landes).

Dieses ideale Stellungnahme hat es bewirkt, daß seine Ausführungen sehr mager ausgefallen sind, und das gleiche gilt leider auch von der in dem vorausgehenden Kapitel behandelten Quantitätstheorie. Aber mir liegt es fern, einen Tadel aussprechen zu wollen. Schon vor 19 Jahren habe ich in diesem Jahrbuch dargelegt, welchen Ragout aus technischen, rechtlichen, beschreibenden, geschichtlichen, theoretischen und einigen spärlichen volkswirtschaftspolitischen Fetzen die deutsche systematische Volkswirtschaftspolitik darstellt, während die Beschäftigung mit den schwebenden Fragen oft in ein ideenloses Waten im Stoffe ausartet. Nur die Methodenlehre befindet sich in einer noch traurigeren Verfassung.

Dieses Werk enthält eine ziemlich große Zahl von kritischen Betrachtungen über die Methode Ricardos, die mich zu dem Glauben verleiteten, daß ich ihm nahestände, insoweit wir beide uns nicht allzuweit von dem Standpunkt entfernten, den A. Wagner einnimmt. Ich meine nicht den Standpunkt A. Wagners in der „Grundlegung“ von 1892, sondern denjenigen des Werkes „Die russische Papierwährung“ von 1868, eines Werkes, das ebenso ausgezeichnet ist durch die Methode, die es anwendet, wie durch die, die es lehrt. Damals schrieb er (S. 79), daß die Forschung die Ursachen der Erscheinungen durch Beobachtung erkennen müsse, und daß die

¹ In Raffels „Englische Freihändler vor A. Smith“, 1905 (Ergänzungsheft zur Z. 3.) kann ihre Entwicklung gut verfolgt werden.

Schlussfolgerungen aus den gefundenen Ursachen durch die Vergleichung mit den beobachteten Wirkungen zu prüfen seien. Dies ist der Sinn seiner Darlegungen, mit deren Terminologie ich nicht übereinstimme. Damals hatte Wagner noch nicht, durch Menger und Keynes von seinem aus der langjährigen Beschäftigung mit dem Geldwesen hervorgegangenen methodologischen Standpunkt abgedrängt, die Lehre aufgestellt, daß der Nationalökonom eine bestimmte Anzahl von erkannten Ursachen zur Verfügung habe, aus denen er nur zu deduzieren brauche; damals hielt er noch an der Erkenntnis fest, daß die Ursachen durch Beobachtung gefunden werden müßten.

In dieser Richtung liegen nun die Äußerungen Diehls, der Wagner ungefähr 12 Jahre nach dem Erscheinen der russischen Papierwährung und 12 vor dem der Grundlegung hörte. Die Theorie soll nach D. die ganze Wirklichkeit erklären. Er nennt es eine Verirrung, wenn man vermittelt der Ricardo-Thünen'schen „Zyklusmethode“ schwierige und höchst komplizierte Vorgänge auf möglichst einfache Formen zurückführen will“ (II, 101). Ihre Anwendung sei durchaus berechtigt, wenn man wisse, daß bestimmte Faktoren wirksam seien; so könne aus dem Tauschverkehr und dem Privateigentumsrecht die Notwendigkeit eines Tauschwerkzeugs abgeleitet werden (I, 314, 315). Unangebracht sei sie, wenn man die faktischen Entwicklungstendenzen gewisser volkswirtschaftlicher Phänomene“ aufhellen wolle (II, 103). Ricardo nähme a priori an, daß gewisse Ursachen wirksam seien, ohne sich um die Prüfung seiner Annahme zu kümmern. Ja er wirft ihm in der Geldlehre sogar vor, daß er sich eigensinnig durch entgegengesetzte Tatsachen nicht belehren lasse. Auch Sätze, die nur vorläufig oder „hypothetisch“ hingestellt würden, seien auf ihre Richtigkeit zu prüfen (II, 141). Diehl handelt nach seinen Prinzipien; sein Werk ist reich an statistischen Verifizierungen. Ricardo kenne wohl „einschränkende Gesichtspunkte“, aber er lasse sie immer wieder außer acht, „wenn er in seiner bekannten Manier seine abstrakten Sätze formuliere“ (II, 225). Es sei sein Fehler, „die maßgebenden Faktoren im Wirtschaftsleben als feste, sichere, harmonisch miteinander stimmende Größen zu betrachten (II, 418).

Diese Urteile Diehls zeigen genügend, daß er von Ricardo denselben Eindruck hat wie A. Gölz: Ricardo liebt die einfachen Formeln.

Sehr viele Fragen konnten aber in gelegentlichen kritischen Erörterungen nicht beantwortet werden, weshalb der Leser hofft, daß der Verfasser sie in dem dritten Abschnitt des letzten Kapitels erledigen werde. Aber der Leser erlebt eine herbe Enttäuschung. Diehl

kann zwar zu seiner Entschuldigung anführen, daß Ricardo sich nirgends eingehend über diese wichtigen Grundfragen geäußert hat, aber in seinem Briefwechsel sind doch so viele Andeutungen und breitere Darlegungen vorhanden, die Dogmengeschichte gibt uns so viele Aufschlüsse, und die genaue Prüfung des Verfahrens Ricardos läßt uns den Geist des Mannes so scharf erkennen, daß wir etwas ganz anderes erwarten durften als was uns der Verfasser geboten hat¹. Wir werden in dem dritten Abschnitt des neunten Kapitels in die methodologischen Auffassungen John Mills, Cairnes, Keynes eingeführt, die uralten Fragen, ob die Gesetze der Nationalökonomie Naturgesetze seien, und ob der Egoismus einen sicheren Ausgangspunkt biete, wird von neuem aufgetischt, wir hören, wie Wundt, Schmoller, Neumann, Diehl sich zu der Gesetzesfrage geäußert haben, endlich vernehmen wir, daß es auch jetzt noch Anhänger Ricardos gibt, wobei Diehl das Unglück zugestoßen ist, eine Äußerung Ashleys über Marshall so aufzufassen, als ob sie über Ricardo geschehen sei — aber über Ricardos Methode sagt er uns nur wenig. Ja, die längst widerlegte Phrase von der Methode der klassischen Schule erlebt hier ihre Auferstehung. Ich kenne kein Buch, das durch sein Schlußkapitel den ausgezeichneten Eindruck so vieler vorhergehender Untersuchungen so zu verbunkeln geeignet ist.

An erster Stelle mußte Diehl erörtern: mit welchem Verfahren hat Ricardo die Prinzipien seines Systems gefunden? Das ist die Grundfrage jeder Methodenlehre. Aber er hat sie nicht einmal gestellt. Und doch bot ihm seine Untersuchung den allerbesten Stoff. Daß die Grundrentenlehre ihre reale Wurzel in den damaligen wirtschaftlichen Zuständen Englands hat, ist so bekannt, daß es nicht wiederholt zu werden braucht. Die (aber nicht von Diehl vertretene) Auffassung, daß Ricardo eines Tages die Prämissen aufgestellt hätte, 1. es gibt verschiedene Klassen von Böden und 2. die Menschen sind selbstsüchtig, und dann hierauf deduziert habe, ist heutigen Tags nicht nur von logisch gebildeten Nationalökonomien aufgegeben. Man stellte Hypothesen auf und prüfte sie an der Wirklichkeit. Aber dieses Wort kennt Diehl nur in der populären Bedeutung einer leeren, unbewiesenen Annahme. Und Diehl hatte in der Geldlehre ein ausgezeichnetes Material. Hat Ricardo sie eines Tages vollständig aus-

¹ Welche Wichtigkeit der Briefwechsel hat, habe ich in einer Skizze der Ricardoschen Methode gezeigt. Zur Geschichte des Methodenstreites in der Politischen Ökonomie, in diesem Jahrbuche 1895, S. 84.

gewissen Prämissen abgeleitet? Nein, es lag eine äußere Veranlassung vor. „Der Anlaß, aus dem Ricardo mit seiner Ansicht über Geldwesen an die Öffentlichkeit trat, war die auffallende Entwertung der englischen Banknoten, die zu Anfang des Jahres 1809 besonders hervortrat“; so schreibt Diehl. Ricardo suchte sie zu erklären; er stellte die Hypothese auf, „daß die Einlösbarkeit von Noten aufgehoben und dadurch eine zu große Notenausgabe herbeigeführt werde.“ Diese Auffassung wird von den Zeitgenossen geprüft, die Konsequenzen, die sich aus ihr ergeben, werden mit den Tatsachen verglichen, und allmählich kommt man zu dem Ergebnis, daß ein kleiner Kern von Wahrheit in der Ricardoschen Hypothese steckt, daß sie aber zu einer Erklärung aller Erscheinungen nicht ausreicht.

Hätte Diehl diese Untersuchung ausgeführt, dann würde er bald gefunden haben, daß die meisten seiner Prinzipien nicht von Ricardo zuerst aufgestellt worden sind, und dann entstand die höchst interessante, mit Hilfe der Dogmengeschichte zu beantwortende Frage, ob und gegebenen Falles wie er sie umgestaltet habe (z. B. Lehre vom Werte, vom Lohne, von der Steuerüberwälzung). Er würde dann auch gezwungen gewesen sein, dem Leser eine Erklärung für den rätselhaften Ausdruck zu bieten, Ricardo nähme a priori an, daß bestimmte Ursachen wirksam seien.

Ein zweiter wichtiger Punkt der Untersuchung wäre die Beurteilung der Frage gewesen, ob Ricardo die ihn umgebende Welt erklären wollte, oder ob er damit zufrieden war, eine Reihe von Deduktionen aus bestimmten Prämissen vorzulegen, unbekümmert darum, ob sie mit der Wirklichkeit übereinstimmen oder nicht. Alles spricht dagegen: der Widerruf seiner Lehre von der Wirkung der Maschinen, die Besserungen, die er an seinen Theorien infolge des Widerspruchs seiner Freunde vornimmt. Gewiß hat er eine hohe Meinung von seinen Erkenntnissen, er ist zuweilen eigensinnig, er hält seine Lehre für die einzig richtige, aber das ist ein Charakterfehler, es betrifft nicht seinen wissenschaftlichen Standpunkt. Daß er oft von „störenden Einflüssen“ absieht, um seine Prinzipien blank herauszuarbeiten, ist ein notwendiger Bestandteil der isolierenden Abstraktion. Es kommt nur darauf an, ob der Forscher bei der Feststellung des Gesamtergebnisses diese Störungen in Anschlag bringt. Und das hat er häufig nicht getan. Darum erscheint es mir auch unrichtig, kurzer Hand von einer Ricardo-Thünerschen Methode der isolierenden Abstraktion zu sprechen. Thünen hat im 1. Abschnitt die „Gestaltung des isolierten Staates“ unter den genau bezeichneten Voraussetzungen

entwickelt, dann aber folgt ein zweiter Abschnitt mit der Überschrift „Vergleichung des isolierten Staates mit der Wirklichkeit“

Eine nicht gelinde Überraschung bereitet Diehl dem Leser am Ende des Kapitels. Er schreibt (II, 492), die nationalökonomische Wissenschaft müsse „es aufgeben, nach ‚Gesetzen‘ zu forschen, ein Beginnen, das mit dem Wesen unserer Wissenschaft im Widerspruch steht. Und gerade die Mißerfolge, welche Ricardo mit dieser seiner Methode erfahren hat, sollte uns endlich veranlassen, diesen Weg ein für allemal aufzugeben.“ Ist das nicht eine Schutzrede für die historisch-statistische Schule? Keineswegs. Unser Verfasser fährt fort: „Diese ‚tatsächlichen‘ Forschungen können doch nur als Material betrachtet werden, die zu den höchsten und schwierigsten Aufgaben des wissenschaftlichen Forschens hinführen: aus diesen Tatsachen bestimmte Zusammenhänge des Wirtschaftslebens zu erkennen, gewisse Regelmäßigkeiten und Tendenzen der Entwicklung, die dann wieder maßgebend werden für die Aufgaben des Wirtschaftspolitikers.“

Was sollen wir hieraus schließen? Daß hier ein Wortstreit vorliegt, oder daß Diehl sich aus widerstreitenden Lehren noch nicht zu einer festen Überzeugung über die erkenntnistheoretischen und logischen Grundlagen unserer Wissenschaft durchgearbeitet hat? Beides dürfen wir nicht annehmen. Jedenfalls ergibt aber das Werk, daß er durch ein Buch ungünstig beeinflusst worden ist, das einen einzigen richtigen, keineswegs bis dahin unbekannten, aber stark übertriebenen, in zahllosen Wiederholungen dem Leser vorgelegten Gedanken über das Verhältnis von Wirtschaft und Recht enthält, dessen Verfasser aber von dem Wesen der menschlichen Wirtschaft, von dem Begriff der wirtschaftlichen Erscheinungen, von den Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft, von den Problemen, die die Nationalökonomien seit Jahrhunderten beschäftigt haben, keine tiefere Kenntnis besitzt. Wollten wir das beweisen, so müßten wir über die uns gesetzte Grenze weit hinausgehen, und darum führen wir diesen Nachweis nicht. Welches Werk wir meinen, brauchen wir nur wenigen Lesern zu sagen: es ist Stammers „Wirtschaft und Recht“.

Viteratur.

Simmel, Georg: Die Probleme der Geschichtsphilosophie. Eine erkenntnistheoretische Studie. Zweite, völlig veränderte Auflage. Leipzig 1905. Dunder & Humblot.

Der Verf. hat diese zweite Auflage in seiner Vorrede als ein völlig neues Buch bezeichnet, was natürlich cum grano salis zu verstehen ist. Das Gebäude ist aus denselben Werkstücken aufgebaut, aber es hat eine andere Fassade bekommen. Ich möchte daher auch Abstand davon nehmen, hier eine ausführliche Inhaltsangabe zu wiederholen¹. In dieser neuen Auflage tritt ein beherrschender Grundgedanke hervor, der in der ersten noch fehlte. Dieser Grundgedanke ist recht eigentlich erkenntnistheoretisch: es ist die Überzeugung, daß auch das Bild des geistigen Daseins, das wir Geschichte nennen, ebenso wie das Bild der Natur, von dem erkennenden Geiste durch die ihm eigenen Kategorien „souverän“ geformt wird. Der Verf. will etwas Ähnliches leisten gegenüber der geschichtlichen Welt, wie Kant gegenüber der Naturwelt geleistet hat: er will zeigen, daß der Mensch, als erkennendes Subjekt, auch die Geschichte aus sich heraus, den Formen seines Geistes gemäß, produziert, während er, als Objekt der Erkenntnis betrachtet, selbst als ein Produkt von Natur und Geschichte erscheint. Mit Recht betont der Verf., daß die geistige, uns wesenstverwandte Natur des Stoffes bei der Geschichte leicht die irrige Auffassung hervorrufen könne, als handle es sich hier um das unmittelbare Verstehen einer Wirklichkeit, bei dem die umgestaltende Tätigkeit des erkennenden Geistes ganz außer acht bleiben könne. Er selbst ist wohl früher nicht ganz frei von ähnlichen Anwandlungen gewesen: konnte doch gegen seine Ausführungen in der ersten Auflage der Einwand erhoben werden, daß die historischen Charaktere, die wir aus ihren Handlungen erschließen, nicht, um mit Kant zu reden, als Noumena (Dinge an sich), sondern als Phänomene (Erscheinungen) aufzufassen seien. Um so unzweideutiger wendet sich jetzt der Verf. gegen das, was er den „historischen Realismus“ nennt: gegen die Auffassung,

¹ Vgl. dieses Jahrbuch XVII, 1, S. 322 f.

als hätten wir in der Geschichtswissenschaft ein Spiegelbild des Geschehens, „wie es wirklich gewesen“.

Zweifellos ist ihm der Nachweis dieser subjektiven Bedingtheit des wissenschaftlichen Geschichtsbildes vollständig gelungen; aber das erkenntnistheoretische Grundproblem der Geschichtswissenschaft scheint mir damit noch nicht völlig gelöst. Der Verf. hat selbst da, wo er von den psychologischen Wurzeln des historischen Interesses spricht, neben dem Inhalt des Geschehens auch die Wirklichkeit des Gegenstandes als Vorbedingung für das historische Interesse bezeichnet, und in der Tat liegt hier die Grenze, wo nicht nur Roman und Geschichte sich scheiden, sondern auch historische Subjektivität und Objektivität, wie etwa Ranke sie verstand. Der Respekt vor der Wirklichkeit hält den „souverän“ schaltenden Geist des Historikers doch in engen Grenzen; er ist zwar kein „Abschreiber“ der Wirklichkeit, aber doch nur ein „Übersetzer“.

Wie mir scheint, ist es vornehmlich Ranke, den E. im Auge hat bei seiner Polemik gegen den naiven historischen Realismus im erkenntnistheoretischen Sinne. Aber aus dem bekannten Satze, daß der Historiker nur zeigen wolle, wie es wirklich gewesen sei, läßt sich eine solche Auffassung doch wohl noch nicht erweisen. Ich weiß zwar nicht, ob Ranke über erkenntnistheoretische Probleme viel nachgedacht hat, aber ich glaube überhaupt, daß kritisch forschende Historiker — die moderne historische Kritik ist ja ein Kind des erkenntnistheoretischen Kritizismus —, daß die bei der Darstellung immer ein starkes Gefühl von der subjektiven Bedingtheit des Bildes, das sie entwerfen, haben müssen. J. G. Droysen hat ja auch theoretisch seine „Historik“ geradezu auf diesem Gedanken aufgebaut. Seine Grundfrage: „wie wird aus den Geschäften Geschichte?“ berührt sich sehr nahe mit der, die der Verf. der vorliegenden Schrift aufwirft: „wie aus dem Stoffe der unmittelbaren, gelebten Wirklichkeit das theoretische Gebilde werde, das wir Geschichte nennen“.

Da kommt es nun nicht bloß auf die Tatsache an, daß der erkennende Geist den Stoff der Wirklichkeit nach den ihm innewohnenden Kategorien formt, sondern auch auf die Frage, in welcher Art er das tut und namentlich: wie weit diese subjektive Tätigkeit gehen dürfe, damit das Produkt noch Anspruch auf den Namen geschichtlicher Wissenschaft habe. Hier ist der Punkt, wo die eigentliche historische Methodenlehre einzusetzen hat. Und hier kommt auch, wie mir scheint, jenes Wort Rankes doch wieder zu Ehren, samt seinem durch den Verfasser von erkenntnistheoretischen Erwägungen aus — nicht ganz mit Recht, meine ich — beanstandeten Wunsche, in der Betrachtung des Gegenstandes womöglich „sein eigenes Selbst auszulösen“. Dies „Auszulösen des eigenen Selbst“, zu dem Zweck, den Eindruck des Geschauten rein und treu wiederzugeben, ist doch am Ende auch wieder eine Tat des erkennenden Geistes sich selbst gegenüber, vielleicht die souveränste seiner erkenntnistheoretischen Handlungen. Auf dem Boden des erkenntnistheoretischen Idealismus, wie ihn der Verfasser vertritt, ist noch Raum genug für die Erörterung dessen, was Subjektivität und Objektivität in der historischen Darstellung genannt wird; und der Unterschied zwischen beiden liegt offenbar in dem verschiedenen Verhältnis des Forschers zur Wirk-

lichkeit, in der verschiedenen Stimmung seines historischen Interesses. Man wird dabei Forschung und Darstellung zu unterscheiden haben. Der Unterschied bezieht sich mehr auf die letztere, als auf die erstere. In der Forschung wird es das Bestreben jedes Historikers sein, der Wirklichkeit so nahe wie möglich zu kommen, d. h. so nahe, wie es einerseits der Zustand der Überlieferung, andererseits die subjektive Bedingtheit des Verständnisses gestaltet. In der Darstellung ist er freier durch die Auswahl, Gruppierung und Beleuchtung dessen, was er vortragen will; hier entscheidet die Besonderheit des historischen Interesses.

Ihre ich nicht, so sind es namentlich zwei große Richtungen, in denen dies Interesse auseinander geht. Bei der einen Richtung kommt es darauf an, ein Stück vergangenen Lebens nachzubilden, es „forschend zu verstehen“, wie Droysen sagte, oder „uns ein Mitgefühl seines Daseins zu erwecken“, wie Ranke sich einmal ausdrückt. Diese Stimmung ist vorwiegend episch: sie erzählt, sie schildert, sie charakterisiert. Es ist die Art der meisten großen Geschichtsschreiber des Altertums und der Neuzeit. Die andere Richtung hat die Vergangenheit mehr als Voraussetzung der Gegenwart im Auge. Sie will nicht eigentlich erzählen, wie es gewesen ist, sondern erklären, wie etwas geworden ist. Sie ist mehr didaktisch und gewöhnlich in enger Verbindung mit einer begrifflichen Disziplin von irgend einem Lebensgebiete, z. B. Staatswissenschaft oder Nationalökonomie. Sie könnte auch, als Kulturgeschichte, unternehmen, den Gesamtzustand der zeitgenössischen Kultur verständlich zu machen, während andererseits auch eine Kulturgeschichte möglich ist, die eine entfernte Epoche rein um ihrer selbst willen, nach Art der ersten Richtung, anschaut und würdigt. Natürlich wird die erstere Richtung ein höheres Maß von Objektivität verlangen wie die letztere. Sie schließt sich enger an die Überlieferung an, folgt mehr dem Faden der hervortretenden großen Begebenheiten, seien es Handlungen einzelner Personen oder Wirkungen, die von den Massen ausgehen. Die zweite Richtung muß souveräner mit ihrem Stoffe schalten. Sie hat mehr noch die Zustände als die Begebenheiten im Auge, mehr das Leben der Massen als das der einzelnen, mehr die Institutionen als die Handlungen. Eine durchgehende kausale Bedingtheit setzen beide voraus; aber in der ersten Richtung wird die ursächliche Verknüpfung nur an einzelnen Stellen, wo sie sich deutlich im Leben zeigt, hervorgehoben; die andere Richtung dagegen ist befriedigt, wenn sie durch die Konstruktion einer zusammenhängenden Entwicklungsreihe die Entstehung des Gegenwärtigen aus dem Vergangenen bis zu einem gewissen Grade verständlich gemacht hat. „Historische Gesetze“ lassen sich weder auf dem einen noch auf dem andern Wege gewinnen.

Damit kommen wir auf einen Punkt, der vom Verf. schon in seiner ersten Auflage sehr großzügig behandelt war, jetzt aber in Verbindung mit dem Grundgedanken der Schrift noch überzeugender wirkt. Man könnte die Summe seiner Ausführungen dahin zusammenfassen, daß man sagt: der Begriff „historisches Gesetz“ enthält eine *contradictio in adjecto*. Wenn man den Begriff „Gesetz“ streng faßt, und die Verflechtung des geschichtlichen Lebens mit dem kosmischen Leben überhaupt im Auge behält, so könnte es sich nur um Gesetze handeln, die die elementarsten, tief unter der

Schwelle des historischen Bewußtseins liegenden Vorgänge beherrschen und andererseits, weit über Geschichte und Menschheit hinaus, den ganzen Weltenraum durchwalten. Damit löst sich der Begriff der Geschichte auf; und ich möchte hinzufügen: Gesetze dieser Art, wenn sie möglich wären, würden unsern Geist bezüglich des Menschlichen schmerzlich befriedigen. Denn indem sie Natur und Geist in eine höhere Einheit auflösen, würde für den eigenartigen Vorgang des inneren Verständnisses, durch den unser Geist sich des Geistigen, Menschlichen noch in ganz anderer Weise als der Naturerscheinungen zu bemächtigen vermag, kein Raum bleiben. Mit Recht aber hat S. dies „Verstehen“ in den Mittelpunkt der geistigen Operationen gestellt, die die Tätigkeit unseres Intellekts bei der Hervorbringung des geschichtlichen Bildes ausmachen. Ich möchte zu der Erörterung dieses Problems nur noch bemerken, daß dieses „Verstehen“ des Geschichtlichen im Grunde doch nichts anderes ist, als die künstlerische Intuition des Dichters oder des Schauspielers, oder daß sie wenigstens auf ähnlichen psychischen Vorgängen beruht.

Nicht ganz einverstanden bin ich mit der Ansicht des Verf., daß die bisherigen Erfolge des Bestrebens, den geschichtlichen Stoff begrifflich (durch Typenbildung, Konstruktion von Gesamtpersönlichkeiten usw.) oder durch Annahme von Entwicklungstendenzen (wie Integration, Differenzierung usw.) zu beherrschen (die sog. statistischen Gesetze, von denen an derselben Stelle die Rede ist, lasse ich hier außer acht), daß diese vorläufigen Resultate als Etappen auf dem Wege zur Auffindung allgemeiner Gesetze anzusehen seien. Ich meine vielmehr, diese Versuche liegen in einer ganz anderen Ebene. Sie haben z. T. einen entschieden anthropomorphistischen Zug und bewegen sich durchaus in der Sphäre des psychologischen Verständnisses. Bei der unendlichen Bedeutung, die die Idee von Gesamtpersönlichkeiten, von kollektiven Kräften u. dgl. für die Geschichtswissenschaft hat, wäre es meiner Ansicht nach eine Aufgabe der erkenntnistheoretischen Grundlegung dieser Wissenschaft, uns verständlich zu machen, wie aus den Elementen des individuell-psychischen Lebens diese sozialpsychischen Gebilde sich aufbauen. Ich möchte dabei auf die einleitenden Kapitel in Schmollers Grundriß der Volkswirtschaftslehre hinweisen. Andererseits scheint mir die Idee der Entwicklung, die doch überall da zu Grunde liegt, wo man von Integration, Differenzierung usw. spricht, hervorgegangen zu sein aus der inneren Selbsterfahrung des Lebensprozesses, die mit den äußeren biologischen Erfahrungen zu einem erkenntnistheoretisch außerordentlich bedeutsamen regulativen Schema für die Auffassung der geschichtlichen Welt und ihrer Bewegungen sich verschmilzt.

Von diesem Entwicklungsschema handelt der Verf. nur ganz kurz, bei Gelegenheit von Betrachtungen über die Idee des historischen Fortschritts, in dem metaphysischen Teil; aber offenbar hat es eine viel weiter reichende Bedeutung, wie es ja auch dem anderen vom Verf. behandelten Beispiel einer metaphysischen Geschichtskonstruktion, der Ansicht des sog. historischen Materialismus, zu Grunde liegt. Es mag gestattet sein, zum Schluß aus historischen Erfahrungen eine Bemerkung darüber anzufügen.

Es ist bekannt, daß die Idee der Entwicklung aus den Geisteswissenschaften stammt, daß sie von da auch auf Naturvorgänge übertragen wurde, und, verändert durch biologische Anschauungen, in ihren ursprünglichen Bereich zurückgekehrt ist. Diesen Wandlungen entspricht die doppelte Form, in der von Entwicklung in den historischen Wissenschaften die Rede zu sein pflegt. Die einen konstruieren den Gang der Welt im ganzen wie im einzelnen nach dem bekannten Schema der Hegelschen Dialektik, das als historisches Konstruktionsprinzip die eigentliche Epoche der Hegelschen Philosophie weit überdauert hat. Die bedeutendsten konstruktiven Geister, unter den Rechtshistorikern z. B. Gneist, unter den Soziologen L. Stein, vor allem auch K. Marx, stehen unter dem Einfluß dieses Denkschemas. Es ist bekanntlich aus dem Rhythmus des dialektischen Denkens abgeleitet und projiziert dessen Eigenart in den geistigen Lebensprozeß außer uns. Auch die Welt der Gefühls- und Willensregungen fügt sich diesem Schema, wie z. B. die christliche Heilslehre mit dem Fortschritt der Gemütszustände in Sünde, Buße, Rechtfertigung und sonst mehrfach zeigt. Das Wesentliche an diesem Schema ist das unvermittelte Aufeinanderstoßen von Gegensätzen, ihre Versöhnung auf einer höheren Stufe und der Fortgang des Prozesses in infinitum. Man könnte diese Auffassung von der Geschichte die Katastrophentheorie nennen. Auf der andern Seite herrscht eine Ansicht von der Entwicklung der menschlichen Dinge vor, die mehr an die vegetative Seite des Lebensprozesses anknüpft und die Vorstellung eines organischen Werdens und Wachsens, einer fortbauenden Kontinuität, einer Veränderung durch Summierung kleiner Größen zugrunde legt. Ihren bedeutendsten Ausdruck hat sie in Spencers System gefunden; daß aber die biologische Fassung leicht psychologisch forrigiert und umgedeutet werden kann, hat E. selbst in seinem Buche über soziale Differenzierung bewiesen. Diese beiden Denkgewohnheiten in der Auffassung historischer Prozesse beherrschen die ganze Gestaltung der Weltgeschichte. Aller Streit um die Auffassung beispielsweise der großen französischen Revolution dreht sich noch heute darum, ob hier eine innerlich notwendige Katastrophe vorliegt, ein völliger Bruch mit der Vergangenheit, der Aufbau einer neuen Welt, oder aber nur eine von konvulsischen Zuckungen begleitete, ebenfalls innerlich notwendige Fortbildung, unter Wahrung der Kontinuität im Wesen, wenn auch unter Ausbildung neuer Formen des Lebens. Die Geschichte der französischen Revolution wird ganz anders, wenn man sie so oder so faßt. Carlyle beispielsweise konstruiert nach der Katastrophentheorie, Tocqueville nach der Theorie der Evolution. Es ist bezeichnend, daß die Zeitgenossen mehr den ungeheuren Bruch mit der Vergangenheit, die Schärfe der Gegensätze fühlten; von den Deutschen nenne ich beispielsweise Fichte. Es war die mehr innerliche, subjektive Ansicht der Dinge, die Selbstempfindung der Epoche. Erst in größerer Entfernung trat die Kontinuität im Volksleben, die innere Fortbildung der Institutionen diesseits und jenseits der großen Krisis hervor, und Taine konnte das Ganze als ein pathologisches Entwicklungsstadium behandeln. Derselbe Gegensatz ist es, angewandt auf die Zukunftsentwicklung, der in der sozialistischen Partei die Prinzipien der Revolution und der Evolution

gegeneinander stellt. — Die Kritik der Marginalistischen Geschichtstheorie bei E. ist wohl das Treffendste, was bisher darüber gesagt worden ist. Es zeigt sich dabei, daß eine wirklich gründliche Auseinandersetzung mit derartigen Theorien nur auf dem Boden der Erkenntnistheorie möglich ist.
D. Hinkel.

Menger, Anton (gest. in Rom, 10. Februar 1906): *Neue Sittenlehre*. Jena 1905, Gustav Fischer. VIII u. 82 S. 1 M.

Die Trauer um den allzufrühen Tod eines Mannes, der den Sozialwissenschaften so viele hervorragende Werke geschenkt hat, wird peinlich gestört durch den Eindruck, den sein letztes Werk hervorruft. Unter den früheren Werken war keines, das sich nicht durch Ernst und Sachkunde ausgezeichnet, keines, das die Wissenschaft nicht um ein erhebliches Stück gefördert hätte. Auch der Vorläufer dieses Buches, die *Neue Staatslehre* (1. Aufl. 1903, 2. Aufl. 1904), war, so schwere Mängel sie auch auf ökonomischen und historischen Gebieten aufwies, als rechtsphilosophische Leistung hervorragend. Die „*Neue Sittenlehre*“ aber ist, um es rund herauszusagen, ein wertloses Werk, das überhaupt keine kritische Beachtung verdiente, wenn nicht der Name des Verf. ihm eine unkritische Beachtung bei vielen sicherte. Nichts an ihm ist „neu“; die Lehre von der Relativität aller Moral, von ihrer Abhängigkeit von den Machtverhältnissen ist von zahlreichen Philosophen und Sozialisten seit der Zeit der Sophisten vorgetragen, nur weit geistreicher begründet worden. Aber auch den Namen *Sittenlehre* verdient der größte Teil des Werkes nicht; wollen doch von den drei Büchern die ersten nichts sein als eine Art Gesellschaftslehre, zeigen, was die Gemeinschaft (Buch I) und was die Einzelperson (Buch II) wirklich tut, „ohne die sittlichen Ideale und Postulate vorerst in Betracht zu ziehen“ (S. 3). Nur das dritte Buch, in dem „die sittlichen Ideale und Postulate zu ihrem Rechte gelangen“ (3), könnte auf den Namen *Sittenlehre* Anspruch erheben. Aber diese widerspruchsvolle Terminologie ist nur der Ausdruck der Verwirrung, in dem sich Menger in bezug auf den Begriff der Sittlichkeit befindet. Unaufhörlich laufen theoretische und praktische Betrachtungen durcheinander, vermengt sich der — merkwürdige — Begriff der Sittlichkeit als der des äußeren menschlichen Verhaltens mit dem geläufigen der Sittlichkeit als des Verhaltens, das nach des Autors Ansicht überall und zu allen Zeiten herrschen sollte. Als Hauptbeispiel dieser Verwirrung sei hingewiesen auf die Beziehung, die Menger zwischen Macht und Sittlichkeit stabilisiert. Im allgemeinen sind ihm Macht und Sittlichkeit „identisch“ (3. B. S. 5 und in dem Rückblick auf die ersten beiden Bücher: „Wir haben gesehen, daß Macht und Sittlichkeit . . . sich regelmäßig decken“, S. 57). Daneben finden sich Stellen, in denen er nur von einem „Zusammenhang von Macht und Sittlichkeit“ spricht (3. B. S. 6). Endlich erscheint ganz unverhüllt jener andere Begriff der Sittlichkeit, wenn er das „Gemeinschaftsleben der Menschen nicht durch die Gebote der überlieferten Sittlichkeit, sondern durch die Rücksicht auf die bestehenden Machtverhältnisse gelenkt“ sein läßt (29), oder schreibt: „Am höchsten steigert sich naturgemäß Macht und Unsittlichkeit, sofern ich diesen

landesüblichen Ausdruck gebrauchen darf, bei den erblichen Grundaristokratien" (26). Menger ist also naiv genug, um Erlaubnis dafür zu bitten, unter dem Hauptbegriff seines Buches zwei sich ausschließende Gegensätze verstehen zu dürfen, von welcher Erlaubnis er dann weiterhin den reichlichsten Gebrauch macht.

An derselben Unklarheit leidet, wie schon in der Neuen Staatslehre, hier der Machtbegriff. Menger erkennt ganz, daß die Macht (z. B. des Autokraten) ja selbst zum Teil auf sittlichen Faktoren beruht (Patriotismus, Loyalität usw.), so daß, weit entfernt, die Sittlichkeit aus der Macht ableiten zu können, er erst einmal die Macht aus der Sittlichkeit hätte erklären sollen, um sodann ihre wechselseitige Durchdringung zu zeigen. Zu welchen verfehlten, ja geradezu komischen Folgerungen ihn seine Überschätzung des Machtfaktors verleitet, zeigen Kapitel wie die, in welchen er unser rücksichtsloses Verfahren gegen Tiere (19 ff.) und zukünftige Generationen (36 ff.) auf deren „Machtlosigkeit" zurückführt! Eigentümlich nur, daß wir den Bazillen, die doch gewiß nicht unserer Macht unterworfen sind, am erbittertsten nachstellen, und anderseits den Säuglingen, die doch gewiß keine Macht besitzen, den gleichen Rechtsschutz gewähren wie uns selber! Natürlich sind die Hauptsünden hier wie überall die „Reichen" mit ihrer übermäßigen „Tiefresserei" (19, 21; wohl während die Arbeiter aus Idealismus Kartoffeln essen?). Hier, wie an vielen Stellen fragt man sich, ob man es überhaupt noch mit der Arbeit eines ernstzunehmenden Autors zu tun hat. In welcher Welt lebte Menger, wenn er z. B. schreiben konnte: „Wir sehen auch, daß im praktischen Leben alle Welt nur die äußeren Handlungen beachtet: der Gatte begnügt sich mit dem Besitze und der Treue seiner Gattin" usw. (33). Selbst die einfachsten rechtsphilosophischen Begriffe läßt es vermissen, wenn Menger, nach Art eines sozialdemokratischen Versammlungsredners, das „Erwirken hoher Lebensmittelsölle" durch „die großen Grundbesitzer" dem Diebstahl, und den Krieg dem Morde nicht etwa gleich, sondern als das bei weitem Schlimmere setzt (15 f.). Sein philiströs-proletarischer Standpunkt, den er auch an alle Erscheinungen der Vergangenheit unweigerlich anlegt, zeigt sich aber am klarsten in der Beurteilung der Kirche: da kennt er überhaupt nichts mehr als den habgierigen, heuchlerischen Pfaffen. Hier führt ihn seine Voreingenommenheit dazu, einfach alles auf den Kopf zu stellen; z. B. erklärt er die verschiedene Stellung der Religionen zur Keuschheit folgendermaßen: „Der Buddhismus und der Katholizismus müssen die Keuschheit in die erste Reihe der Tugenden stellen, weil (!) der leitende Stand ihrer Kirchengemeinschaften, die Priester und Mönche, ein keusches Leben führen, oder wenigstens führen sollen. Der Protestantismus, dessen Begründer Luther trotz der Mönchsgelübde doch seine Räte geheiratet und mit ihr eine schöne Zahl von Kindern erzeugt hat, kann die Keuschheit an sich nicht als eine Tugend betrachten" (51 f.). Man kann nicht ärger Ursache und Wirkung verwechseln. Zum Schluß noch die Versicherung, daß „die nahende Epoche des Sozialismus" die praktische Sittlichkeit auf allen Gebieten weit über ihre bisherige Stufe emporheben muß" (80). Menger vergißt, daß es im Zukunftsstaat überhaupt keine Sittlichkeit

geben könnte. Denn ihn zeichnet ja — nach Menger — der Umstand aus, daß es in ihm keine „Macht“ gibt, und wo keine Macht, da — eben nach Menger — auch keine Sittlichkeit!

Wie „unsittlich“ muß doch Menger sein eigenes Leben erschienen sein! Ein Leben, das, allen bestehenden Machtverhältnissen zum Trotz, ein Leben des reinsten Idealismus gewesen. Auf Ehre und Einfluß, auf Amt und Adel hat Menger freiwillig verzichtet, um ein Leben zu führen, das, ganz ausgefüllt von rührender Barmherzigkeit, im Dienst der Armen und Machtlosen dahingegangen ist. Man kann an seinem Grabe ihm nichts Ehrenderes nachrufen, als daß seiner Theorien beste Widerlegung seine Persönlichkeit gewesen ist.

Rom.

Hermann U. Kantorowicz.

Seligman: Principles of Economics. London and New York 1905, Longmans Green & Co. 613 S.

Das Buch von Professor Seligman ist zur ersten Einführung in die politische Ökonomie bestimmt und löst diese recht undankbare Aufgabe mit seltener Geschicklichkeit; die Kritik eines derartigen Grundrisses begegnet mannigfachen Schwierigkeiten, da für die meisten Lücken nicht der Autor zur Verantwortung zu ziehen ist, dem nur ein enger Rahmen zur Verfügung gestellt wurde, und da die meisten Partien des Buches aphoristischen Charakter haben und oft nur Thesen ohne ausreichende Begründung enthalten.

Die ersten Kapitel enttäuschen sehr, und wenn man auch die kurze Behandlung der Methodenfrage mit Rücksicht auf die praktischen Zwecke des Buches rechtfertigen könnte, so müßte doch in einer künftigen Auflage die Bevölkerungslehre viel ausführlicher behandelt werden; überhaupt scheinen die beiden ersten Teile (bis Seite 172) nicht mit besonderer Liebe gearbeitet zu sein: der Leser wird nicht langsam zum Problem hingeleitet, sondern es wird ihm meist ganz unvermittelt vorgeführt; recht oberflächlich ist das Kapitel über die Grenzen des Eigentums; Kapitel 61 unterscheidet fünf Arten der freien Konkurrenz: Konkurrenz der Waren, der Individuen, der Märkte, der Produzentenklassen und der Nationen; was versteht der Autor dann wohl unter „Konkurrenz“? Bei derartiger Auslegung geht ja der Begriff unter, und es bleibt nur ein leeres Wort. In der Tat kann schon in den beiden nächsten Kapiteln diese Unterscheidung nicht weiter durchgeführt werden. Auch die Kapitel über die Freiheit lassen sehr zu wünschen übrig, und der Begriff der „Gleichheit“ wird völlig verzerrt und entstellt: auf die entscheidende Frage, ob in der kapitalistischen Wirtschaft von ökonomischer Gleichheit überhaupt die Rede sein könne, geht Seligman gar nicht ein; dagegen sieht er zum Beispiel im Verbot der Chineseneinwanderung einen Ausfluß des Prinzips der Gleichheit — weil der amerikanische und chinesische Arbeiter wirtschaftlich ungleich seien!

Auf ungleich höheres Niveau erhebt sich die Darstellung von Buch drei an, wo das Gebiet der Wertlehre beginnt: die Ansichten Seligmans sind teilweise aus dem Quarterly Journal bekannt — dem sogar einzelne Stellen fast wörtlich entnommen sind — und schließen sich mit nicht

wesentlichen Modifikationen an Clark an; Walras wird nicht berücksichtigt und die Österreicher sehr unzureichend, wie denn der Autor zum Beispiel aus der Böhmischen Kapitalstheorie nur das zweite, von Böhm selbst nur vorsichtig behandelte Argument der höheren Schätzung künftiger Güter übernommen hat und es mißbräuchlich zum Gesetz erhebt. In vollem Gegensatz zu dem nachdrücklich betonten sozialen Charakter des Wertes sind die Kapitel über das Kapital und noch weit mehr jene über Rente und Unternehmergewinn in letzter Linie streng individualistisch gedacht: wenn man als den Normalzustand der freien Konkurrenz die Beseitigung des Unternehmergewinns annimmt und in dem eventuell erzielten eine Prämie für besondere Geschicklichkeit und Fähigkeit erblickt, so streift man der Lehre den volkswirtschaftlichen Charakter ab. Noch schärfer muß eine andere Irrlehre zurückgewiesen werden, die in der neuen englisch-amerikanischen Literatur herrschend geworden ist und jetzt auch auf dem Kontinent von Schüller (Schutzoll und Freihandel) entwickelt wird: die Verallgemeinerung der Gesetze vom sinkenden Ertrag und von der Rente. Die Ausdehnung des law of diminishing returns auf das Gewerbe beruht auf einer Verwechslung von Natural- und Geldertrag, die Ausdehnung des Rentengesetzes auf einer Verkennung der Bedarfs-gestaltung und des generellen Charakters der landwirtschaftlichen Technik. Ich kann die Kritik nicht weiter ausführen, dem Theoretiker werden diese Stichworte genügen. Ich bemerke nur noch in Parenthese, daß Seligman die Waltersche Identifizierung von Profit und Rente in sehr scharfer, eigenartiger Analyse verwirft. —

Auf der Grenznutzenlehre baut Seligman gleich Pareto und den meisten Amerikanern einen recht vagen optimistischen Liberalismus auf, der freilich aus opportunistischen Gründen einige Einschränkungen erfährt; sehr sonderbar berührt es, wenn der Autor warm für den Freihandel eintritt und gleichzeitig für die Vereinigten Staaten den Hochschuß verteidigt. Besonders mißlungen ist die Darstellung und Kritik des Sozialismus; aus der Lektüre des Buches wird es wohl keinem klar werden, was der „Sozialismus“ eigentlich lehrt; gleich den meisten amerikanischen Akademikern kennt Seligman besser die Kritik an Marx als Marx selbst, und so finden wir auch bei ihm den für die neuere englische Ökonomie typischen Vorgang, wonach der Margismus flüchtig gestreift, Böhm-Bawerks Kritik mitgeteilt und damit die ganze Lehre als abgetan bezeichnet wird.

So einfach liegen die Dinge nicht! Wer den Kampf zwischen den Österreichern und den Marxisten aufmerksam verfolgt, wird durch manche leicht hingeworfene Bemerkung peinlich berührt, zum Beispiel durch die Behauptung, daß der Sozialismus qualifizierte Arbeit nicht anerkennt, wo doch gerade durch Hilferding, Deutsch und Bauer das Problem so wertvolle Förderung erfahren hat.

Mit allen unsern Einwendungen wollen wir aber die Bedeutung des Seligman'schen Buches nicht herabsetzen. Man merkt auf jeder Seite das reiche Wissen des Autors, und die gefällige Ausdrucksform, die Klarheit und Prägnanz machen das Werk zu einem sehr wertvollen Leit-faden für den akademischen Unterricht. Zwei Eigentümlichkeiten der

englischen Literatur merkt man besonders deutlich gerade in diesem Grundriß: wir empfangen stets nur das Resultat der Forschungen des Verfassers, nicht den Weg, wie er dahingelangte, nicht seine Zweifel und Bedenken, während in so manchem deutschen Werk der Autor geradezu mit sich selbst Gespräche führt, und wir hören ferner fast nichts von wissenschaftlichen Kontroversen; dadurch erscheint freilich manches als gesichertes Resultat der Wissenschaft, was noch arg umstritten ist; von didaktischem Standpunkt aber halten wir diesen Vorgang für ein Lehrbuch für Anfänger sehr empfehlenswert, da die Darstellung, frei von Polemik, eine ruhige und geschlossene Form erhält und den jungen Studenten nicht durch die Überfülle von vorgeführten Problemen verwirrt.

Summary.

Wieser, Friedrich Freiherr von: Über Vergangenheit und Zukunft der österreichischen Verfassung. Wien 1905. 171 S.

„In Österreich ist man viel radikaler als bei uns“ sagte mir vor kurzem ein höherer preußischer Beamter; „ein Buch wie Wiesers Personalsteuern würde bei uns nicht geschrieben werden“; aus seinen weiteren Fragen ersah ich, daß er den Wiener Professor fast für einen Sozialdemokraten ansah, und ich hatte große Mühe ihn zu überzeugen, daß Wieser den gemäßigten bürgerlichen Parteien zuzurechnen sei. — In der Tat verdankt das neue Buch von Wieser, dessen Abschnitte größtenteils in der „Österreichischen Rundschau“ erschienen sind, seinen großen Erfolg hauptsächlich seiner politischen Mäßigung; man könnte den Autor als den einzigen Optimisten unter den freiheitlichen österreichischen Deutschen bezeichnen, denn er glaubt noch an eine Zukunft der Verfassung, einen „neuen Frühling des Liberalismus“. Solche Worte klingen ganz ungewöhnlich in einem Reich, dessen Bevölkerung den Glauben an die Zukunft ganz verloren hat, und dessen beste Bürger in stummer Resignation den Ereignissen zusehen, die auf einen immer weiteren Zerfall hindeuten. Wieser ist sich dessen wohl bewußt, daß seine optimistische Auffassung des österreichischen Problems als einer „Partei-, nicht Staatskrise“ nur von wenigen geteilt wird, und er konstatiert selbst, „daß dem Staat heute der hingebende Glaube der Jugend fehlt, und daß ihm daher später die tätige Arbeit der Männer fehlen muß“. Der Deutsche, der Pole, Russe, Rumäne, Italiener, Serbe, Kroat fühlt sich naturgemäß zu den Stammesbrüdern jenseits der Grenze näher hingezogen als zu seinen Mitbürgern und betrachtet den gegenwärtigen Zustand nur als Provisorium; die gebildete Jugend kann nicht patriotisch sein, denn man hat ihr das alte Vaterland genommen und ein form- und namenloses Gebiet an seine Stelle gesetzt — der Name „Österreich“ ist nicht die staatsrechtliche Bezeichnung; diese lautet: „die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder!“ Und da der Reichsrat für gewöhnlich nicht funktioniert, so ist dieses einzige Band des Reiches allzu dünn geworden. Die Massen allerdings fühlen patriotisch, aber nur weil sie die wahre Situation gar nicht kennen; es ist ungemein charakteristisch, daß Wieser selbst die „patriotischen Masseninstinkte“ auf Alt Österreich, das ist Österreich-Ungarn bezieht, nicht auf das heutige Österreich; die militärische

und wirtschaftliche Einheit ließ die Massen bisher den Miß nicht fühlen, der seit 1867 die beiden Staaten der Monarchie trennte und 45 km von der Reichshauptstadt entfernt die Grenze eines fremden Reiches aufrichtete; das wird jetzt wohl anders werden, denn im gegenwärtigen Kampf mit der Magyarischen Koalition handelt es sich nicht um eine staatsrechtliche Form, sondern um eine Neugestaltung der Monarchie; gelingt diese nicht, dann hat „Österreich“ und seine Verfassung wohl kaum noch eine Zukunft.

Ich weiß nicht, ob auch der Reichsdeutsche von den in hinreißender Sprache geschriebenen Betrachtungen in gleicher Weise ergriffen wird wie wir Österreicher, denen Wieser politischen Mut und Selbstvertrauen einflößen will. Bei aller Objektivität und vornehmen Ruhe klingen doch die Töne des leidenschaftlichen Kampfes, wenn auch sehr gedämpft, aus dem Buch des Wiener Gelehrten. Nur ein einziges Mal wagt sich die Skepsis hervor, wo das deutsche Vorbild der „führenden Regierung mit parlamentarischer Kontrolle“ als der Halt bezeichnet wird, der mit blindem Vertrauen ergriffen werden muß. Sonst ist der Ton des Buches zuversichtlich und hoffnungsvoll, obwohl der Autor, wie schon erwähnt, sich seiner Isolierung bewußt ist. Es gehört heute in Österreich viel Mut dazu, sich öffentlich als Patriot zu bekennen; Wieser ist im Grund genommen der einzige, der es getan hat, und das gibt seinem Buch den eigentümlichen Charakter. In Deutschland wird man die Tatsache wohl sonderbar finden, weil man eben die österreichischen Verhältnisse nicht kennt und sich auch meist nicht die Mühe gibt, sie zu kennen. Wer aber doch aus lauterer Quelle die Kenntnisse der politischen Geschichte des Nachbarreiches schöpfen will, der sei nachdrücklich auf Wiesers brillante Essays verwiesen.

Summary.

Bornhak, G.: Preussische Staats- und Rechtsgeschichte. Mit einer Rechtskarte des preussischen Staates. — Berlin 1903, C. Heymann. XXVI und 538 S.

Es sind grade zwanzig Jahre verflossen, seit Gustav Schmoller in diesen Blättern (Jahrgang 10, S. 570) G. Bornhaks „Geschichte des preussischen Verwaltungsrechts“ eine Besprechung widmete, die bei aller Anerkennung des Fleißes und Wagemutes des jungen Gelehrten seinem Buche doch die tiefere Kenntnis von Quellen und Literatur für die meisten Gebiete der Verwaltungsgeschichte absprach und ihm den Mangel an historischer Bildung vorwarf, der in dem beständigen Systematisieren und Schematisieren des Stoffes zum Ausdruck komme. Inzwischen sind für Österreich mehrere, zum Teil vortreffliche „Reichs- und Rechtsgeschichten“ erschienen, in Preußen hat die Disziplin der partikularen Rechtsgeschichte endlich auch im Lehrbetriebe der Universitäten die ihr lange vorenthaltene Vertretung und Anerkennung gefunden und, was die Hauptsache ist, die Wissenschaft der preussischen Rechts- und Verwaltungsgeschichte hat in den letzten Jahrzehnten, wie bekannt, die intensivste Pflege und Förderung erfahren — Gründe genug für den Verfasser, an eine Neubearbeitung seines Jugendwerkes heranzugehen, denn als eine solche ist das vorliegende Buch doch wohl aufzufassen, wenn auch der

Autor über das Verhältnis des neuen Werkes zu dem älteren sich nirgends äußert.

Eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem älteren Werke zeigt das jetzt erschienene vor allem in der Gruppierung des Stoffes. Die „Geschichte des preussischen Verwaltungsrechts“ brachte diesen für alle Perioden, für die Zeit der Markgrafen ebenso wie für das 19. Jahrhundert, ganz schematisch in Rubriken unter, die dem modernen Verwaltungsrecht entnommen waren: nach einander behandelte sie so die Dorfverwaltung, die Kreis- und Gemeindeverwaltung, die Provinzial- und Zentralverwaltung und daran anschließend die einzelnen Staatshoheitsrechte: Kriegs-, Justiz-, Polizei-, Finanz- und Kirchenhoheit. Diese starre Schematisierung, die dem Stoffe namentlich für die ältere Zeit gradezu Gewalt antun mußte, hat der Verfasser in dem neuen Werke aufgegeben, seine Darstellung schließt sich jetzt der geschichtlichen Entwicklung namentlich für die ersten Jahrhunderte an, und die Einteilung berücksichtigt jetzt sehr viel mehr als früher die jeweilig im Vordergrund stehenden und ausschlaggebenden Faktoren der Rechts- und Verwaltungsgeschichte.

Von den 12 Kapiteln, in die das Buch zerfällt, behandelt demnach das erste den Territorialstaat bis zur Rezeption und schildert die Lokalverwaltung, die Begründung des ständischen Staates sowohl wie die allmähliche Konsolidierung der Herrschaft der Hohenzollern, endlich die Gerichtsverfassung und die Rechtspflege dieser ersten Periode. Das zweite Kapitel behandelt die Einführung der fremden Rechte und den Einfluß, den diese auf die Verwaltung und Rechtspflege ausüben, das dritte die Einführung der Reformation, ihre staatsrechtlich-politische Bedeutung und die Wandlungen, die namentlich die Verwaltung unter dem Einflusse der ständischen Reaktion der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts durchmacht. Kapitel 4 schildert die Anbahnung der absoluten Monarchie in allen Zweigen des staatlichen Lebens, die Anfänge des neuen Beamtentums, die neuen Erwerbungen der Hohenzollern während des 17. Jahrhunderts und die ersten Schritte zur Verwirklichung des Gesamtstaates, die durch die Bedürfnisse einer tatkräftigen auswärtigen Politik vorgeschrieben werden. Kapitel 5, das doch wohl nicht ganz richtig „Die Blüte der absoluten Monarchie“ überschrieben ist, stellt die tiefgreifende Tätigkeit Friedrich Wilhelms I. auf den meisten Gebieten der Staatsverwaltung dar. Von den folgenden Abschnitten 6 und 7 behandelt der erstere die neuen Erwerbungen Friedrichs des Großen, ihre Verschmelzung mit dem preussischen Staate, die Verfassung und Verwaltung, Finanzwesen, Staat und Kirche und die Beziehungen zwischen dem absoluten Staate und der ständischen Gesellschaft, während Abschnitt 7 eine ausführliche Darlegung der Camerschen und der Coccejischen Justizreform gibt. Kapitel 8 behandelt die Erwerbungen Friedrich Wilhelms II. und den Verfall der Staatsverwaltung, Kapitel 9 u. 10 die Stein-Hardenbergischen Reformen und die Wiederherstellung des Staates in der inneren Verwaltung, im Heer-, Finanz- und Kirchenwesen, endlich auch die Anfänge der Verfassungsfrage. Kapitel 11 schildert die Gerichtsorganisation nach 1815,

die Gesetzrevision und deren Ergebnisse und den Gegensatz zwischen preußischem und französischem Recht; das Schlußkapitel endlich behandelt die preußische Verfassungsfrage und gibt eine Übersicht über den Ausbau des Verfassungsstaates, die allgemeine Gesetzgebung, das Verhältnis von Reichs- und Landesrecht bis etwa 1900 und die Verwaltungs- und Steuerreformen der letzten Jahrzehnte.

Das Material, aus dem der Verfasser seine Darstellung aufbaut, ist fast ausschließlich den älteren Ebditenfassungen und der neueren Verwaltungsgeschichtlichen Literatur entnommen; aber wenn man unter der zitierten Literatur auch kaum eine wichtigere neuere Arbeit vermisst, so muß doch gesagt werden, daß diese Literatur nicht immer auch genügend verwertet ist, und daß zahlreiche irrtümliche Auffassungen des älteren Werkes, die durch die inzwischen erschienenen Arbeiten hätten berichtigt werden können, hier wiederholt sind. In seiner Besprechung des Bornhafschen Buches in den „Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte“ (Bd. 18, S. 288—306) hat D. Hinzke aus eindringender und umfassender Kenntnis des gesamten Quellenmaterials und der Literatur heraus diese irrtümlichen Angaben des Verfassers eingehend berichtigt, und es kann an dieser Stelle nur auf diese Besprechung hingewiesen werden. Hervorheben möchte ich hier nur, daß Bornhal seine alte, inzwischen mehrfach mit Recht bestrittene Auffassung von der Bedeutung der Stiftungs-urkunde des Geheimen Rats von 1604, wonach an die Stelle eines ständischen Regiments jetzt ein fürstliches getreten sei, beibehält. Ebenso ist die Darstellung der weiteren Geschichte des Geheimen Rats nicht von Fehlern frei, und auch in der Verwaltungsgeschichte des 18. Jahrhunderts hätten durch gründlichere Benutzung der bisher erschienenen Bände der *Acta Borussica* sich manche irrtümliche Angaben vermeiden lassen; notiert sei hier besonders, daß der Verfasser den Ursprung des Kabinetts, das doch, wie M. Lehmann gezeigt hat, schon seit den Anfängen Friedrich Wilhelms I. nachzuweisen ist, erst in die Zeit Friedrichs des Großen setzt.

Unter den einzelnen Materien, die in dem Bande behandelt sind, ist, wie natürlich, der Darstellung der Gerichtsorganisation und der Rechtspflege besondere Aufmerksamkeit gewidmet; etwas zu kurz kommt die Schilderung der Heeresverfassung, wie man denn z. B. nicht einmal erfährt, wer der Vater des Wehrgesetzes von 1814 war. Diese stiefmütterliche Behandlung der Heeresverfassung fällt umsomehr auf, als der Verfasser früher selbst einmal von dem in Preußen „alles staatliche Leben durchbringenden Militarismus“ gesprochen hat. Die Verwaltungsgeschichte der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist mehr nur anhangsweise dargestellt und beschränkt sich in der Hauptsache auf eine Aufzählung der Gesetze und Verordnungen.

Trotz aller dieser Mängel ist das Bornhafsche Werk ein brauchbares und empfehlenswertes Handbuch: es ist keine wissenschaftliche Leistung aus erster Hand, aber eine bequeme und gut geschriebene Übersicht über einen Stoffkreis, dessen Bedeutung dem Buche, wie wir hoffen, recht bald eine zweite und berichtigte Auflage verschaffen wird.

Hannover.

Victor Roewe.

Rachet, Hugo: Der Große Kurfürst und die ostpreussischen Stände 1640—1688. (Staats- u. sozialwissenschaftl. Forschungen, herausg. von G. Schmoller u. Max Sering. XXIV, 1.) Leipzig 1905, Duncker und Humblot. 345 S.

Die vorliegende, auf Anregung von Kurt Breyfig entstandene Arbeit, hat die Absicht, das in Band XV u. XVI der „Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg“ gedruckte Material über die ständischen Verhandlungen in Ostpreußen systematisch, begrifflich geordnet darzustellen. Für die Zeit bis 1640 hat das Breyfig (in der Einleitung zu Band XV), für die Jahre 1688—1704 R. Bergmann (Forschungen XIX, 1; 1901) bereits getan, sodaß Rachet die Lücke zwischen den beiden Arbeiten ausfüllt. Das Wertvolle und Neue an seiner Arbeit besteht also nicht in einer Erweiterung des historischen Materials, sondern in Aufbereitung und Verarbeitung des schon veröffentlichten. Auch wenn man nicht vergißt, wie sehr dem durch die mustergültige Edition Breyfigs bereits vorgearbeitet war, wird man anerkennen, daß die Aufgabe trefflich gelöst ist, den Übergang aus dem Stände- in den Militär- und Beamtenstaat für Ostpreußen systematisch darzustellen; Buch I behandelt: Stände und Monarchie im Herzogtum Preußen, II: den Kampf um die ständischen Verfassungsrechte. Freilich ist die Hauptschwierigkeit dabei nicht völlig gelöst: Systematik und Entwicklung organisch und durchsichtig miteinander zu verbinden. Man muß den historischen Verlauf der Beziehungen zwischen Fürst und Ständen in Ostpreußen schon sehr genau im Kopfe haben, wenn man die Einzelheiten der systematischen Darstellung Rachets richtig werten will. Hierin hätte auch der Verf. wohl durch schärfere Periodisierung, Hervorhebung der einzelnen Phasen in den einzelnen Abschnitten dem Benutzer mehr entgegenkommen können; die Übersicht in Abschnitt 3 des I. Teiles reicht dafür nicht aus. Auch in den anderen Abschnitten müßte man das Werden und die Unterschiede der einzelnen Zeitabschnitte schärfer und deutlicher spüren. Als solche sind etwa zu unterscheiden: 1640—1654; 1656—1663 (äußere und innere Kämpfe); 1663—1668 (Stagnation); 1668—1674 (der Sieg des Landesherrn); 1674—1681 (bis zum Höhepunkt der kurfürstlichen Finanzpolitik, die „Separation“); schließlich das Eindringen des Kommissariats. Andererseits ist die Behandlung für eine rein systematische Darstellung vielleicht etwas zu ausführlich, während ja wiederum Spahns Begleitwort zum XVI. Bande viel zu kurz und teilweise ansehtbar ist. Das Wesentliche tritt bei R. trotz der klaren und im ganzen einwandfreien Disposition doch nicht überall mit der genügenden Schärfe hervor. Allerdings soll nicht verkannt werden, daß dazu und für das Ziel, den Übergang vom Stände- zum Militär- und Beamtenstaat darzustellen, die Behandlung der Verwaltung, insonderheit des Kommissariats unerlässlich war. Diese aber konnte gar nicht im Rahmen der Arbeit liegen und wird ja erst in einem der nächsten Bände der „Urkunden und Aktenstücke“ gebracht. Diese allgemeinen Bemerkungen sollen den Wert der fleißigen, geschickt und verständnisvoll durchgeführten Arbeit nicht herabsetzen, sondern nur die Schwierigkeiten

hervorheben, die solchen Versuchen und damit auch den Bearbeitern der Serie der „U. A.“ zur inneren Politik des Großen Kurfürsten sich entgegenstellen.

Dem Referenten, der im Auftrage der Kommission für die Herausgabe der „U. A.“ soeben den Band „Stände und Verwaltung in Cleve-Mark von 1666—1697“ vollendet hat, bot der Vergleich mit Ostpreußen, den R. s Arbeit nun mühelos gestattet, besonders Interessantes. Das ostpreußische Ständetum nimmt durch den Rückhalt an Polen, durch die Art seiner Privilegien¹, durch die eigenartige Verfilztheit von Standschaft und Verwaltung, durch den ausgeprägten Klassenegoismus der herrschenden Stände, durch die Stellung Preußens außerhalb des Reiches und die Bedeutung einer Stadt (Königsbergs) einen einzigartigen Platz im Staat des Großen Kurfürsten ein. Begreiflich ist daher der unverföhnliche Kampf zwischen beiden, Kurfürst und Ständen, deren theoretische, grundsätzliche Anschauungen R. treffend charakterisiert, wie er m. E. auch die Politik des Kurfürsten gegenüber den Ständen im einzelnen richtig beurteilt. Begreiflich daher auch, daß Friedrich Wilhelm hier seine landesherrlichen Rechte strengstens, ja manchmal übertrieben wahrnimmt, während er in anderen Territorien oft weitherzig entgegenkommt; was R. hierfür S. 192 für Minden-Ravensberg sagt, trifft z. T., wenn auch nicht ganz so weit, auch für Cleve und Mark zu. Das Wesen der ostpreußischen Stände bezeichnet R. (S. 69) als eine im Prinzip das ganze Land umfassende Vertretung durch Adel und Städte, die aber tatsächlich nur eine egoistische Interessenvertretung der beiden Stände gegen den Fürsten, von Stand gegen Stand ist. Die clevisch-märkischen Stände sind dagegen, wenn auch nicht frei von Klassenegoismus, doch tatsächlich und im guten Sinne Vertreter, „Vormünder“, wie sie darum oft bezeichnet werden, des ganzen Landes.

Noch ein Wort über die markanten Züge dieses Ständetums und Steuerwesens, denen ich die für Cleve-Mark bezeichnenden gegenüberstelle. Hier wie dort fühlen sich die Stände mit dem Gesamtstaat nur durch die Person des Landesherrn verbunden, für dessen (theoretisch) persönliche Bedürfnisse sie willigen. Aber niemals geht in Cleve dies Streben, der auswärtigen Politik des Kurfürsten so fern wie möglich zu bleiben, so weit wie in Ostpreußen 1669, wo die Stände dem Landesherrn direkt die Norm seiner auswärtigen Politik vorschreiben wollen (U. A. XVI, S. 581). In Ostpreußen erscheint der einzelne Stand zum Landtag als erwählter, an seine Instruktion gebundener Deputierter, im Westen auf Grund seiner Zugehörigkeit zur Ritterschaft, daher stets ohne Mandat. Die Kosten der Vertretung trägt im Osten Amt oder Stadt von sich aus, im Westen werden die Landtagskosten von der Regierung bewilligt und im Lande ausgeschriben. Der ostpreußische Landtag ist daher ein Deputiertentag, wie der polnische Reichstag, dessen Zusammensetzung wohl auch das Vorbild für Ostpreußen gegeben hat. (An polnische Verhältnisse, an die Stellung der Lubomirski, Potocki, Branicki, Sapieha und später

¹ Rechtlich existiert kein Vorzug des Adels, wie dieser rechtlich auch nicht steuerfrei ist. Tatsächlich war er es fast vollkommen.

der Czartoryski erinnert auch die fast erbliche Beherrschung der obersten Ämter, der Oberratsstube, hier durch die Wallenrodt, Kreyzen, Tettau). Das Indigenatsrecht wurde wohl in Ostpreußen so streng beobachtet wie im Westen. Dagegen wurde dort das Beschwerderecht tatsächlich vernichtet, seitdem der Kurfürst (seit 1673) keine ordentlichen Landtage, sondern nur noch Konvokationen (im Westen Deputationstage genannt) berief. Dagegen wurde feiner das Versammlungsrecht der Stände in Ostpreußen stärker beschränkt, wenn auch das Verbot, nicht ohne ausdrücklichen kurfürstlichen Befehl zusammenzutreten, nicht völlig durchgesetzt wurde. Ferner setzt der Kurfürst in Ostpreußen seinen maßgebenden Einfluß erst auf die Höhe der Steuerleistung (festes Monatsquantum), dann auf die Art ihrer Aufbringung durch, im Westen nicht. Dort wird auch, besonders durch Benutzung des Rechts auf den *Casus Necessitatis* und der *Kompensation* und schließlich durch die „*Separation*“ (1678 ff.), die ständische Willigungsfreiheit noch stärker eingeschränkt, als im Westen, obwohl sie auch hier tatsächlich zur Willigungspflicht wurde. In Cleve-Mark existiert von vornherein strengste Trennung zwischen Stadt und plattem Land in der Art der Aufbringung der Steuer, in Ostpreußen wird sie erst durch die *Separation* durchgeführt. (Daher ist wohl auch die Frage nach der Kontingentierung zwischen Stadt und Land hier nicht völlig klar? Wenigstens wird es aus R. S. 232, 287, 331 nicht deutlich, ob und wie eine solche existierte, und was U. A. XVI, 771: „von denen Städten dasjenige, was sie nach ihrer Proportion und Matricul beizutragen schuldig“ bedeutet.) In Ostpreußen ist ein Wechsel der Steuerarten, von denen der Adel die indirekte Besteuerung bevorzugt, möglich, im Westen, wo die Versuche, die Akzise einzuführen, durchaus scheitern, nicht. Dagegen ist es Friedrich Wilhelm weber in Ostpreußen noch in Cleve-Mark gelungen, die Revision des Hufenkatasters oder, wie man hier sagte, der Matrikel durchzuführen. Der wesentlichste Unterschied aber im Steuerwesen ist doch der, daß Steuererhebung und -verwaltung in Cleve unbestritten landesherrlich, in Ostpreußen dagegen durchaus in der Hand der Stände ist. Wie dies Vorrecht einen beträchtlichen Teil der großen Stellung der ostpreussischen Stände erklärt, so ist der Übergang der Verfügung über die Steuer in die Hand des Landesherrn hier ein wesentliches Stück des Kampfes zwischen Fürst und Ständen, dort nicht. Die strenge Scheidung von Verwaltung und Ständewesen in Cleve und die allerengste Verbindung hier macht schließlich noch zwei wichtige Unterschiede in der ständischen Verfassung erklärlich: den ostpreussischen Ständen fehlte und konnte fehlen ein besonderes juristisches Ständebeamtentum und ein eigenes ständisches Finanz- und Kassenwesen (Anfänge s. S. 226, 301). Von sich aus Steuern im Lande auszuscheiden, war jedoch in dieser Zeit den Ständen hier wie dort nicht mehr gestattet.

Ein paar Kleinigkeiten: zu S. 9 und 66 Anm. 8 ist jetzt noch heranzuziehen H. Plehn, Zur Geschichte der Agrarverfassung von Ost- und Westpreußen (Brandenburg. Forschungen XVII, 2). Einen Ausdruck wie „übermäßige Ausdehnung des Militarismus“ (S. 324 f.) würde ich vermeiden; der darin liegende Tadel ist für den großen Kurfürsten unberechtigt. Die Frage, was dieses Ständewesen für ein konstitutionelles

Denken in späterer Zeit bedeutete, hätte vielleicht gestreift werden können. Zwei Wünsche weckt die vorliegende Arbeit, nämlich auf recht baldige Ergänzung durch Darstellung von Kammerstaat und Kommissariat in dieser Zeit und nach einer Monographie über Ostpreußen im 15. und namentlich im 16. Jahrhundert; Ansätze dazu sind in dem genannten Aufsatz von Plehn gegeben. (Für die frühere Zeit s. neben Treitschkes bekanntem Aufsatz Sattler, Der Staat des deutschen Ordens in Preußen zur Zeit seiner Blüte, Hist. Zeitschrift Bd. 49, 1883, und Klein, Die zentrale Finanzverwaltung im Deutschordensstaate Preußen am Anfang des 15. Jahrhunderts. Schmollers Forschungen XXIII, 2.) Von der vorliegenden Arbeit aber scheiden wir mit dem Gefühl aufrichtigen Dankes an den Verfasser.

Berlin.

Otto Höpff.

Brunhuber, Dr. Robert, Redakteur der Kölnischen Zeitung, Dozent an der Handelshochschule in Köln: Die heutige Sozialdemokratie. Eine kritische Wertung ihrer wissenschaftlichen Grundlagen und eine soziologische Untersuchung ihrer praktischen Parteigestaltung. Jena 1906, G. Fischer. IV u. 212 S.

Eine Serie von Artikeln, die der Verfasser zuerst in der Kölnischen Zeitung hat erscheinen lassen, werden uns hier in Buchform gegeben, und mit Recht. Die Schrift hat weite Anerkennung gefunden bis in die politisch entgegengesetzten Kreise hinein, z. B. die der Sozialdemokraten und der konservativen Scharmacher. Der Verfasser bekennet sich als Sozialist, d. h. als Anhänger einer fortschreitenden planmäßigen und gründlichen Sozialreform; er hat aber vor allem eine gute Portion Menschenverstandes und politischen Taktes und eine starke Aber wissenschaftlicher Gerechtigkeit nach allen Seiten hin.

Nachdem er in einer Einleitung seine Ziele sich gesteckt, bespricht er in einem ersten Abschnitt den Sozialismus und die Sozialdemokratie, die Demokratie und den Sozialismus, den utopischen und wissenschaftlichen Sozialismus: er sucht zu zeigen, wie die scharfe Betonung der sozialdemokratischen Mittel die deutsche Bewegung charakterisiere; was man seit Engels unter wissenschaftlichem Sozialismus verstehe, sei der Versuch einer gesetzmäßigen Begründung der sozialdemokratischen Ziele aus der sozialen Geschichte der Gegenwart. Ich möchte hinzufügen: ein solcher Versuch liegt vor; aber seine Elemente sind so wenig der Wirklichkeit entsprechend, daß das Ergebnis doch nur ein utopischer Traum auch bei Marx bleibt.

In einem zweiten Abschnitt gibt der Verfasser die Darstellung der formellen und materiellen Grundlagen der sozialdemokratischen Parteilehren, wie sie im Erfurter Programm uns vorliegen und von Rautsky auch heute noch als keiner Revision bedürftig erklärt werden, da noch kein anderes wissenschaftliches Werk das „Kapital“ von Marx ersetzt oder überholt habe.

Im dritten Abschnitt werden „die einzelnen allgemeinen theoretischen Grundlagen“ geprüft; erst die materialistische Geschichtsauffassung, die den Wert einer Korrektur der historischen Ideologie enthalte, aber nach

der anderen Seite übertreibe, so daß längst auch von Sozialisten vorsichtiger Formulierungen versucht seien. Dann die Wert- und Mehrwertlehre; sie wird mit Simthowitsch und Engels als unmaßgeblich für die letzten Forderungen der Sozialdemokratie bezeichnet. Weiter die Akkumulationstheorie, der vorgeworfen wird, daß sie zwei verschiedene Erscheinungen, die Akkumulation der Güter und die Konzentration der Betriebe zusammenwerfe und verwechsle; in der besonderen Erörterung der Konzentrations- theorie wird zu zeigen gesucht, daß und wo (hauptsächlich in der Landwirtschaft) die Mittel- und Kleinbetriebe nicht verschwinden. Weiter wird die Verelendungstheorie besprochen; Kautsky verleugne sie schon, indem er sie in seinem Kommentar zum Programm toischweige; die Relativität des Elends wird mit Lassalles Worten betont und angeführt, daß auch Sozialisten das heutige relative Emporsteigen des Arbeiterstandes anerkennen. Zuletzt wird kurz die Krisentheorie abgemacht.

Der vierte Abschnitt behandelt die Ziele der Sozialdemokratie und ihre Verwirklichung. Diese Ziele sieht B. in der Verwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, sowie der Warenproduktion in eine sozialistische, wie in der Verwandlung des politischen Staates in eine Wirtschaftsgenossenschaft der Arbeiter; alle diese Ziele sollen durch die große Katastrophe, die letzte größte Krise, den Zusammenbruch der heutigen kapitalistischen Volkswirtschaft verwirklicht werden. Schon Kautsky retouchierte diese Katastrophentheorie abschwächend. Bernstein und andere setzen an die Stelle der Revolution die Evolution. Der ganze Revisionismus und der zweite Teil des Programms mit seinen Gegenwartsforderungen betonten immer mehr, daß die Partei keine Revolution, sondern Reform wolle. Die Konflikte zwischen der Partei und den Gewerkschaften vergrößerten täglich die Kluft zwischen den Extremen und den Gemäßigten; es sei Spiegelfechterei, die Gewerkschaften noch als sozialdemokratisch zu bezeichnen, die Gewerkschaftsbewegung müsse mit der Zeit selbständig werden. Die Genossenschaftsbewegung führe praktisch zur Anerkennung der Unternehmerarbeit. In Gewerkschaft und Genossenschaft sei die Idee des Klassenkampfes negiert.

Der fünfte Abschnitt will die „Organisierung und Forderungen der Sozialdemokratie als praktischer Partei“ prüfen und fragt zunächst, wie es mit der Wahrheit der Versicherung stehe, die 3 Mill. Wahlstimmen von 1903 repräsentierten eine reine Arbeiterklasse. Im Anschluß an die bekannten Erörterungen des Statistikers Blank (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Bd. 20 Heft 3) sucht B. den Beweis zu führen, daß unter den 3 Mill., höchstens 2,4 Mill. sozialdemokratische Wahlstimmen waren, der Rest auf unzufriedene Beamte, Kleinbürger usw. falle (in Berlin kamen auf 49 000 organisierte Genossen 330 000 sozialdemokratische Wahlstimmen, also waren nur 13 % wirkliche Parteiangehörige). Auch die Reichstagspartei bestche ebensosehr aus Rechtsanwälten, Schriftstellern, Millionären, Kaufleuten, Privatdozenten und Rentnern wie aus Arbeitern: die Sozialdemokratie sei also weder eine einheitliche Klasse, noch bestehe sie rein aus Arbeitern, wie sie ja schon 1890 das Wort „Arbeiter“ aus dem Titel des Programms gestrichen haben; sie sei eine Koalition demokratischer Volkselemente geworden. Das werde noch mehr dadurch be-

wiesen, daß der letzte Teil ihres Programms nur praktische Sozialreform und Ziele enthalte, die mit dem Klassenkampf, der Verelendung usw. in unversöhnlichem Widerspruch stehen. Die letzten Wahlaufrufe der Partei enthielten daher auch kein Wort von Revolution, Zusammenbruch usw., sondern nur Forderungen, die jeder bürgerlich Radikale ebenso stelle. Immer mehr treibe die Partei Stimmenfang bei erklärten Gegnern des prinzipiellen sozialdemokratischen Programms. Im Streit mit dem Revisionismus habe Bebel selbst erklärt, von Einheit und Einigkeit der Partei sei keine Rede mehr (S. 171). Nur die Parteileitung versuche noch künstlich durch ihren Terrorismus auf den Parteitag die alte revolutionäre Taktik zu retten. Aber die Trennung müsse doch kommen.

Ein letzter sechster Abschnitt gibt das Ergebnis unter dem Titel „Ausblick“. Die Annahme einer sozialen oder politischen Revolution, die mit einem Sprung zum sozialistischen Zukunftsstaat führe, sei wissenschaftlich unhaltbar; die angebliche Arbeiterklassenpartei sei nichts als eine Sammlung aller Unzufriedenen. Der Proletarierstaat der Zukunft werde nicht kommen, aber alle Parteien hätten ein gesundes Sozialprogramm anzunehmen. An der Einrichtung einer konstitutionellen Fabrikverfassung mit Arbeiterausschüssen, Tarifverträgen, Arbeiterschutz, Arbeiterorganisationen, Reform der Lohnsysteme arbeite man längst. Die Tendenz der Arbeiterklassen auf Parteibildung, auch ihre extrem radikalen Wünsche werden natürlich nicht aufhören. Aber eine Scheidung der Partei müsse mit der Zeit stattfinden nach den Kriterien „Revolutionarismus, Klassenkampf, Internationalität, Staatsfeindschaft“. Die Spaltung werde erfolgen in eine demokratisch-sozialistische Volkspartei, welche als positive Reformpartei den heutigen Staat anerkenne, den Gedanken einer Revolution bekämpfe, und in eine ausgesprochen proletarisch-revolutionäre Klassenkampfpartei, welche am Kampf, an der Hoffnung auf die große Katastrophe und die anderen utopischen Ziele von Marx festhalte. Die Politik der Regierung und der bürgerlichen Parteien aber müsse wie bisher heißen: Sozialreform, keine Scharfmacherpolitik. —

Auch wer dem Verfasser nicht in allem zustimmt, wer an einzelnen Punkten anderer Meinung ist, oder eine weitere Vertiefung der Erörterung wünschte, — wird doch sich erfreuen an der Klarheit der Auseinandersetzungen, an der Entschlossenheit des Standpunktes, vor allem aber an der Tatsache, daß heute ein Redakteur der Kölnischen Zeitung solch' beherzigenswerte Worte gesprochen hat und sprechen konnte. Herr Brunnhuber hat mit der Schrift gezeigt, daß er eine Zukunft als Politiker, als Schriftsteller und vielleicht auch als Gelehrter hat.

Gustav Schmoller.

Hertner, Dr. Heinrich, o. ö. Professor der Volkswirtschaftslehre und Statistik an der Universität Zürich: Die Arbeiterfrage. Eine Einführung. Vierte, erweiterte und umgearbeitete Auflage. Berlin 1905, Gutentag. — 642 S.

Der Herausgeber dieses Jahrbuches charakterisierte bei der Besprechung der ersten Auflage (Jahrbuch 1894, S. 1327) den Standpunkt Hertners in seiner „Arbeiterfrage“ als den „eines süddeutsch-österreichischen fort-

geschrittenen Liberalismus mit starken sozialreformatoryschen Zusätzen". Diese Charakteristik trifft im Grunde auf den Hertner der vierten Auflage wohl immer noch zu. Denn mit seinen wärmsten sozialpolitischen Sympathien ist er auch heute noch zumeist auf Seiten derjenigen zu finden, die die Hauptleistungen für die Hebung der gewerblichen Lohnarbeiter-Klasse von den Anstrengungen der Arbeiter selbst erhoffen. Aber es ist doch zugleich nicht zu verkennen, daß Hertner inzwischen in den Wein seines Voluntarismus, wie Schmoller diese Auffassung benannte, erheblich Wasser geschüttet hat, will sagen, daß er nunmehr auch dem früher so hart verurteilten Staatssozialismus den gebührenden Platz einräumt. Diesmal läge für Schmoller keine Veranlassung zu einer Verteidigung vor, wie er sie nach der zweiten Auflage (vergl. Jahrbuch 1899, S. 1164) antrat.

Der Form nach hebt sich die dritte und vierte Auflage von der zweiten vorteilhaft ab. Die zweite Auflage bestand in einer willkürlichen Aneinanderreihung von verschiedenartigsten Kapiteln über Sozialpolitik. Jetzt erleichtert eine feste Disposition das Zurechtfinden. Ein Zurüdgreifen auf die erste Auflage ist dabei unverkennbar. —

Der erste Teil des Buches behandelt die „Grundlagen der Arbeiterfrage“, worin die rechtliche Stellung des modernen gewerblichen Lohnarbeiters und die hauptsächlichsten sozialen Verhältnisse seiner ganzen Klasse erörtert werden. — Von diesem Fundament schreitet Hertner im zweiten und stärksten Teile zur Darstellung der verschiedenen sozialen Theorien und Parteien fort. Er unterscheidet dabei konservative, liberale und sozialistische Richtungen, und ich möchte glauben, daß diese Einteilung sich bewährt, wenn auch im einzelnen Zugehörigkeitsstreitigkeiten entstehen können. Mit Beifall zu begrüßen ist, daß der Verfasser unter den sozialkonservativen Theoretikern auch John Ruskin einer besonderen Besprechung würdigt. Nicht weil ich auf Ruskins Konservatismus schwören möchte, sondern weil es mir in einer Einführung am Platze zu sein scheint, daß die Aufmerksamkeit auf einen so wenig zumftmäßigen Sozialpolitiker hingelenkt wird, von dem unser Handwörterbuch z. B. schweigt. Aus Ruskins beglückender Unbefangenheit ließe sich eine ganze Nationalökonomie des lebendigen Menschen entwickeln, zum mindesten aber ist seine Lektüre besonders geeignet, von den Scheuklappen irgendwelcher Traditionen zu befreien.

In dem Abschnitt „Liberale Richtungen“ dürfte der Paragraph 44 über den sozialreformatoryschen Liberalismus in der deutschen Wissenschaft (im Inhaltsverzeichnis steht irrtümlich: Literatur) doch etwas zu dürftig ausgefallen sein. Vielleicht wollte Hertner Polemiken vermeiden. Aber er selbst wird doch kaum in Abrede stellen, daß ein erst einzuführender Leser leicht ein falsches Bild erhält, wenn ihm eine so lange Reihe von immerhin ziemlich ausführlich behandelten sozialkonservativen Theoretikern vorgeführt wird, während der Paragraph 44 nur bei Brentano etwas länger verweilt und sich im übrigen mit einer Nennung der glänzendsten Namen des Vereins für Socialpolitik begnügt. Zwar fordern die an dieser Stelle besonders zahlreichen Fußnoten den Leser zu eigenem Studium

auf, und ein solches ist gewiß das Beste, aber das quantitative Mißverhältnis im Buche Hertners bleibt doch bestehen.

Noch an einem anderen Übel krankt m. E. der Abschnitt über die liberalen Richtungen. Es sind darin Besprechungen sowohl des Manchesterismus als der „Bekämpfung des Umsturzes“ mit aufgenommen. Diese Kapitel durften in einer Einführung natürlich nicht fehlen; aber wenn auch diese beiden Richtungen historisch mit dem Liberalismus zusammenhängen, sie sind doch im wesentlichen überhaupt antisozialpolitisch und fügen sich darum ganz und gar nicht der gemeinsamen Überschrift: soziale Theorien und Parteien. Von den Vertretern konservativer Politik hat Hertner ja auch nur die sozialkonservativer Richtung aufgenommen. Deshalb hätte es sich vielleicht empfohlen, alle Gegner einer ausgleichenden Klassenpolitik in einem besonderen Abschnitte zu behandeln.

Am wenigsten dürfte sich gegen die Gestaltung des dritten Abschnitts im zweiten Teile: „Sozialistische Richtungen“ einwenden lassen. Hertner setzt zwar die älteren Sozialisten des 19. Jahrhunderts als experimentellen Sozialismus Karl Marx und seinen Anhängern gegenüber, ohne m. E. mit dem Hervorheben der Neigung zu Experimenten das rechte fundamentum divisionis getroffen zu haben; auch scheint es mir fraglich, ob man die Bodenreformer ohne weiteres der sozialistischen Richtung beizählen kann. Dagegen ist Hertners kurze Einführung in die Lehren des Marxismus, in deren Schicksale und Kritik, klar und übersichtlich, und besonders anschaulich ist seine Darstellung von der sozialdemokratischen Bewegung im Deutschen Reiche. Gerade in diesem Kapitel zeigt sich die eigene politische Stellungnahme des Verfassers wohl am deutlichsten: er verspricht sich offenbar viel von einer Sozialdemokratie, die sich von ihrer schroffen Feindseligkeit gegen das nationale Empfinden, gegen Patriotismus, Monarchie, Religion und Ehe befreit hätte. — Was Hertner von der sozialistischen Bewegung des Auslandes gibt, ist ungleichwertig. Österreich und die Schweiz sind gut behandelt; aber was er z. B. über die Vereinigten Staaten beibringt, erscheint mir recht unzureichend.

Das Werk gipfelt in seinem dritten Teile, in der Behandlung der sozialen Reform als des Niederschlages der Theorien und der Tätigkeit der Parteien. Auch derjenige, der weit entfernt ist von der Anschauung, daß möglichst starke und unbehinderte Gewerkvereine am sichersten die Hebung der Arbeiterklasse verbürgen, wird sich damit einverstanden erklären können, daß das Gewerkschaftswesen bei einer Darstellung der sozialen Reform an den Anfang gehört. Denn alles, was über den gewerbepolizeilichen Arbeiterschutz und die Versicherung hinausgeht, wird immer an die Berufsvereine anknüpfen müssen. Deshalb sind sie unentbehrlich, wenn man auch fordern mag, daß sie auf andere Grundlagen gestellt werden sollten, als die sind, auf denen sie heute stehen. — Hertner läßt dann ein Kapitel über das Arbeitsverhältnis unter dem Einflusse des Staates folgen, indem er die Stellung des Staates als Arbeitgeber, die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Arbeiterversicherung, die Einigungsämter und Schiedsgerichte behandelt. Überall tritt er für Verbesserungen und Ausbau der Institutionen ein, ein Beweis, wie sehr er sich mit dem sog. Staatssozialismus ausgesöhnt hat. — Drei Kapitel, über kommunale

Sozialpolitik, über Arbeiterwohlfahrts Einrichtungen und über die Konsumvereine, bilden den Schluß.

Es kann keinem Zweifel unterliegen: Hertners Arbeiterfrage ist die beste Einführung in die moderne soziale Bewegung, die wir besitzen, und durch die zunehmende Objektivität hat sie an Wert noch beträchtlich gewonnen. Bei aller Knappheit gibt sie ein außerordentlich reichhaltiges Material in guter Übersichtlichkeit, die allerdings noch durch ein Register gestützt werden sollte. Es fehlt vielleicht an einem rechten „allgemeinen Teil“, der die erforderliche historische und gesellschaftspsychologische Vertiefung des ganzen Problems bewirkte; dergleichen wird von Hertner immer nur gestreift. Dafür führt aber die ganze Darstellung sofort in die Mitte aller Realitäten und bringt alle Einzelprobleme und Lösungsversuche unmittelbar und sehr vollständig vor's Auge.

Halenfee.

Franz Boese.

Sombart, Werner, Professor an der Universität Breslau: Sozialismus und soziale Bewegung. Fünfte, umgearbeitete Auflage. Jena 1905, Gustav Fischer. 329 S.

Schon dem Umfange nach ist aus dem kleinen Büchlein von 1896 ein ganzes Buch geworden. Aber auch der Form nach: damals handelte es sich um eine Sammlung von acht Vorträgen, heute ist das Thema in fortlaufender Darstellung behandelt. Inhaltlich trifft alles in der Vorrede Gesagte zu. Die Darstellung ist vertieft und nach verschiedenen Seiten hin erweitert, und die Gedankengänge sind ein klein wenig mehr stofflich gefüllt. Außerdem sind die tatsächlichen Erscheinungen und Vorgänge in der heutigen sozialen Bewegung bis auf die neueste Zeit berücksichtigt.

Die grundlegende Auffassung Sombarts aber ist bis auf geringe Abweichungen dieselbe geblieben: er sieht die ganze Bewegung auch heute noch im wesentlichen unter dem marxistischen Gesichtswinkel. Dieser Ausgangspunkt allein wirkt schon auf die Begrenzung des dargebotenen Stoffes ein. Das historische Streben nach Vollständigkeit liegt Sombart fern; er wirft entschlossen alle sozialen und selbst sozialistischen Strebungen, die nicht aus dem Geiste von Karl Marx geboren sind, über Bord, er behandelt sie grundsätzlich nicht, sondern erwähnt sie nur ganz flüchtig in einem einführenden Kapitel und etwas ausgiebiger höchstens dort, wo Auseinandersetzungen zwischen den Sozialisten marxistischer Observanz und anders gerichteten Parteigängern stattgefunden haben. „Herbarienleute“ nennt er dementsprechend die Autoren, die sich weniger entschlossen zur Einseitigkeit bekennen.

Eine einzige Art sozialistischer Ideen hält er neben den marxistischen einer Behandlung für wert, die nämlich, die er unter der Bezeichnung: rationaler Sozialismus zusammenfaßt. Er versteht darunter vor allem die Lehren von Owen, Godwin, Cabet und Proudhon, die einen sozusagen abstrakten Sozialismus vertreten im Gegensatz zu den am Kapitalismusbegriffe orientierten Marxisten. Mit Recht sieht er in diesen Sozialisten Nachfolger der Aufklärung des 18. Jahrhunderts, späte Jünger der im Leibnizschen Sinne optimistischen Vernunftanbeter und Naturrechtsanhänger. Im Grunde sind alle diese Denker individualistisch gesinnt; was ihnen

aber ihr ganz besonderes Gepräge gibt, ist, daß sie gerade durch ihren grundsätzlichen Optimismus genötigt werden, gegen die bestehende Gesellschaft, den Staat, in Gegensatz zu treten, weil er jenen Optimismus nur so wenig rechtfertigt. Von diesem Punkte aus ergibt sich dann die Abstammung der neueren Anarchisten. — Ich möchte glauben, daß Sombart mit dieser Zusammenfassung und Verknüpfung einen glücklichen Griff getan hat.

Dem rationalen Sozialismus tritt der historische gegenüber — und damit sind wir bei Karl Marx angelangt. Erst wird kurz die geschichtliche Bedeutung des Marx'schen Systems festgestellt und dann eine Kritik des Marxismus geliefert, in der der Versuch gemacht wird, das daraus noch heute Brauchbare von dem Unbrauchbaren zu scheiden. Mir scheint nun, daß der Marxismus als System nicht leicht unwiderruflicher zu Grabe getragen werden kann, als es in dieser Kritik Sombarts geschieht. Die Akkumulationstheorie weist er ganz ab; von der Konzentrationstheorie bleibt nur sehr wenig übrig; die Zusammenbruchstheorie hält er zwar für theoretisch noch nicht befriedigend widerlegt, aber er weist selbst auf das zunehmende Milberwerden der sog. Wirtschaftskrisen hin. Etwas mehr bleibt von der Sozialisierungstheorie bestehen; was aber Sombart davon aufrecht erhält, kommt auf die Verstaatlichungs- und Kommunalisierungseaktionen hinaus, deren Zeugen wir sind; die sanguinischen Vorstellungen von Marx und besonders Engels muß er fast alle preisgeben. Und nun endlich die Verelendungstheorie! Hier muß sich Sombart damit helfen, daß er die Verelendung, falls sie als sich-steigernd begriffen werden soll, subjektiv nimmt, will sagen: „Druck“, „Knechtschaft“, „Ausbeutung“ treffen auf immer empfindlicher werdende Subjekte. Man kann das als Tatsache zugeben; aber dann ist damit noch immer zugleich eingestanden, daß diese Theorie, so wie sie ursprünglich gemeint war, sich ebenfalls als unhaltbar erwiesen hat.

Hält man nun noch dazu, daß Sombart in einem besonderen Abschnitt die „Los-von-Marx-Bewegung“, d. h. die neuere, von marxistischen Sozialisten geübte Kritik behandelt und sie im wesentlichen als berechtigt anerkennt, so entsteht die Frage: was bleibt denn nun eigentlich vom Marxismus übrig? — Sombart sagt: die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Ziel und der Klassenkampf als Weg. Weil mit diesen Begriffen oder besser: Postulaten die soziale Bewegung auf „die realen Grundlagen der historischen Entwicklung und des Interesses“ basiert ist, erscheint ihm eine Aktion, deren Träger diese Postulate sind, als die allein berechtigte Form der modernen sozialen Bewegung überhaupt. Denn diese Postulate bewirken die reinliche Scheidung des „Proletariats“ von allen übrigen Gesellschaftsklassen, in ihnen ist der Kompaß gewonnen, auf dem bei jedem Schritte das Proletariat ablesen kann, ob es auf dem rechten Wege ist oder nicht.

Nun ist dieser Sozialismus vorwiegend in der sozialdemokratischen Bewegung nach anfänglich unsicherem Tasten, das Sombart in einer kurzen Vorgeschichte skizziert, schon seit langem praktisch geworden und hat bestimmte Betätigungsformen angenommen. Sombart glaubt, daß für die soziale Bewegung, wie er sie versteht, vor allem drei Formen typisch und notwendig seien: erstens die Zusammenfassung des Proletariates

zu einer politischen Partei im Verfassungsstaate, zweitens die Schaffung eines von allen nicht proletarischen Zutaten freien Gewerkschaftswesens und drittens die Ausbildung umfassender proletarischer Konsumgenossenschaften. Hierauf fußend hat Sombart auch seine alte Auffassung festgehalten, wonach bei den drei Hauptkulturvölkern, Engländern, Franzosen und Deutschen, sich zwar verschiedene Signaturen der sozialen Bewegung, nationale Typen, herausgebildet hätten, daß aber über diese Verschiedenheiten hinaus eine „Tendenz zur Einheit“ bestehe. Diese Typen kommen dadurch zustande, daß in den einzelnen Ländern zunächst eine der Betätigungsformen ausgebildet wurde, während die anderen Formen erst langsam im Wachstum nachkommen; und diese tatsächlichen Verschiedenheiten führt er wieder auf die nationalen Temperamentsunterschiede und auf die geschichtlich gewordenen Gesellschaftszustände zurück, unter denen die soziale Bewegung in den einzelnen Nationen erwuchs. Gegen diese Typenlehre ist meines Wissens nichts eingewandt worden, um so mehr gegen die „Tendenz zur Einheit“. Es ist aber festzuhalten, daß Sombart eben nur von einer Tendenz spricht, und ob eine solche vorhanden ist, dürfte Sache der Auffassung bleiben müssen: Sombart sieht diese Tendenz; einem anderen scheint das, was für sie sprechen soll, als so geringfügig, daß er sogar eine zunehmende Divergenz für wahrscheinlicher hält. Das ist ja alles Zukunftsmusik. Wichtiger ist: Sombart ist nach seinen Voraussetzungen genötigt, an die Tendenz zur Einheit zu glauben; denn da sein Sozialismus die Reaktion auf den Kapitalismus ist, so muß er bei der unbestreitbaren Tatsache des Kapitalismus als einer internationalen Erscheinung auch eine Internationalität des Sozialismus folgern. —

Ziemlich breite Ausführungen widmet Sombart dieser Internationalität des modernen Sozialismus. Von der internationalen Organisation gibt er in einem besonderen Kapitel eine Entwicklungsgeschichte; sodann verbreitet er sich auch über den sozialistischen Internationalismus als Gesinnung und gibt sich große Mühe nachzuweisen, daß sich dieser Internationalismus mit Patriotismus sehr wohl verträgt, aber natürlich nur mit einem Patriotismus unter der Devise: Weimar kontra Potsdam. Ich zweifle nicht, daß man zwischen einem Weimarer und einem Potsdamer Patriotismus unterscheiden kann und halte den Weimarer auch für die höhere Form. Aber einmal geht es ganz ohne den Potsdamer auch nicht, und vor allem habe ich bisher an unseren Sozialdemokraten höllisch wenig Weimarisches entdecken können. Schließlich kommt Sombart wieder auf die Ähnlichkeit der sozialistischen Programme in den einzelnen Ländern zurück und führt zuletzt die zahlenmäßigen Daten für seine drei Betätigungsformen (Anzahl und Mitgliederzahl der sozialistischen Parteien, der Gewerkschaften und der Genossenschaften) in den wichtigsten europäischen Ländern, in den Vereinigten Staaten und in Australien vor.

*

*

*

Nimmt man den Standpunkt, von dem aus Sombart die ganze sozialistische Bewegung unserer Tage sieht, als etwas Gegebenes hin, so wird man zugeben müssen, daß er seinem Motto: Je ne propose rien, je n'impose rien: j'expose — gerecht wird. Andere Absichten als

die, klare Einsicht, wie er sie versteht, zu verbreiten, liegen ihm natürlich fern. Das sei den Angriffen und Mißverständnissen gegenüber, die zu erwarten stehen, betont. Immerhin aber darf man vermerten, daß er mit Kritik recht sparsam umgeht und manchmal höchst Überflüssiges wagt, so, wenn er z. B. das Singen der Sozialisten auf ihren internationalen Kongressen mit dem Singen der sog. Bourgeoisie bei „patriotischen“ Festen — diese Gänsefüßchen stammen von Sombart — kontrastiert.

Ganz gewiß aber braucht man bei aller Anerkennung für den Stil und die Größe seiner Konzeption Sombarts grundlegende Betrachtungsweise nicht zu teilen. Er sieht den Verlauf der sozialen Bewegung in sehr starker Vereinfachung: er sieht darin eine folgerechte Aktion, die zwei oder drei Gedankenkomplexen entspricht, etwa wie ein Dramatiker oder ein Historiker älteren Stiles. Die ganze Bewegung aber ist doch eher als ein organischer Prozeß anzusehen, mit welchem Worte keine naturwissenschaftliche Analogie gezogen, sondern nur angedeutet werden soll, daß sich einmal in das zielbewußte Handeln auch viel solches aus dunklem Drange mischt, und daß außerdem gewöhnlich viele, von verschiedenen Imperativen diktierte, zielbewußte Aktionen durcheinandergehen, so daß die resultierenden Niederschläge meist recht heterogen sind, wenn man sie an den einzelnen Theorien prüft.

Und dann: wir haben gesehen, daß Sombart feststellt, als brauchbar aus dem marxistischen Programm sei von den Sozialisten selbst nur die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der sogenannte Klassenkampf übriggelassen worden. Inwieweit Sombart diese letzten Säulen kritisch betrachtet, ist nicht deutlich zu erkennen. Immerhin interpretiert er schließlich den Klassenkampfbegriff selbst soweit einschränkend, daß eigentlich nur das Bewußtsein von der Selbständigkeit der proletarischen Interessen darin übrig bleibt. Aber auch diese Selbständigkeit ist doch nur eine relative, und deshalb ist „Klassenkampf“ hierfür ein übertrieben starkes Wort, das all die Verbitterung und Verständnislosigkeit in sich trägt und stetig neu erzeugt, die Sombart selbst in seinem Schlußworte rügt und vermieden sehen möchte, einen Haß und eine Verblendung, die unsere Sozialdemokraten noch stets an einem Begreifen der Ansprüche des Volksganzen nach außen und an einer erfolgreichen Schritt-für-Schritt-Politik zugunsten der Arbeiterinteressen im Innern verhindert hat.

Über die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Ziel der Bewegung verliert Sombart, soviel ich sehe, überhaupt kein Wort der Kritik. Und doch steckt darin noch eine gewaltige Portion von Utopismus, den Sombart in dem „realistischen“ und „historischen“ Marxismus überwunden glaubt. Utopisch: denn es ist nicht abzusehen, und auch bei Sombart ist nichts davon zu entdecken, welche gangbaren Wege vom Kapitalismus zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel führen sollen. Sozialdemokratische Parteien, Gewerkschaften, Arbeiterkonsumgenossenschaften sind Mächte aber keine Methoden. Die begrenzte Wirksamkeit der Konzentration in der Güterproduktion erkennt Sombart selbst an. Und die Sache ist noch schlimmer, als sie bei Sombart erscheint: immer neue Bedürfnisse tauchen auf, Spezialisierungen und Abspaltungen treten ein, das Werk immer neuer Unternehmer. Das System der selbständigen Einzel-

wirtschaften sitzt so fest, daß m. E. keinerlei Anzeichen vorhanden sind, es könnte durch irgendeine systematische Umwälzung aus den Angeln gehoben werden. — Nun ließ Sombart für die Richtigkeit der Sozialisierungstheorie die eintretenden Verstaatlichungen und Kommunalisierungen bestimmter Wirtschaftszweige gelten. Aber bieten diese Vorgänge etwa Perspektiven auf Endziele, die, am Marxismus gemessen, den Namen: sozialistisch verdienen? Wohl kaum. Auch hier gibt es Grenzen. Die Gemeinde verträgt wohl noch viel Sozialismus, namentlich wenn sie sich nach Belieben abschließen kann. Beim Staat wird die Grenze schnell erreicht sein. Gar bald muß es sich fühlbar machen, daß der Staat durch eine solche Bepackung mit wirtschaftlicher Produktion in seinem ersten Betätigungsgebiete als Macht nach außen stark behindert wird, und auch nach innen, als Hüter der Rechtsordnung, käme der Staat als so vielfacher Großunternehmer wohl schnell in Konflikte. Auch bringt die staatliche Beschlagnahme so vieler Kreise menschlicher Betätigung unentrinnbar einen so starken Druck und eine solche Einengung der individuellen Bewegungsfreiheit mit sich, daß dieser neue und potenzierte Merkantilismus, wenn ich so sagen darf, sein neues Manchestertum schnell genug zur Reife bringen müßte.

Was mir das Wichtigste scheint: der sogenannte Kapitalismus steht und fällt mit unserem Privatrechtssystem, und ich sehe keinen Weg, der faktisch aus diesem herausführt, da der gewaltigste Großbetrieb und selbst die wirtschaftlichen Unternehmungen von Staat und Gemeinde sich ihm unterwerfen. Die antiken Kulturvölker haben mit dem gleichen, individualistisch gearteten Privatrechtssystem ihr Dasein beschlossen, nachdem sie es langsam aus allen Gebundenheiten entwickelten. Ob es in den orientalischen Reichen anders war, weiß ich nicht; wir Neueren hätten ohne die Rezeption des römischen Rechts jedenfalls das gleiche leisten müssen wie die Römer. Und unser Privatrechtssystem ist doch nicht im „Eigentum“ oder im Sachenrecht überhaupt beschlossen, sondern es exzelliert vor allem in der feinen Durchführung seines Obligationenrechts, dessen Ersetzbarkeit durch irgendwelche andere juristische Fundamentalgedanken ich nicht absehen kann.

Der Kapitalismus, an dem sich Sombart nach dem Beispiele des Marxismus immer wieder orientiert, ist in seinem Wesen eine öde Plusmacherei. Es ist doch aber auch die Auffassung möglich, daß er nichts anderes als eine gewaltige Energiesteigerung im Wirtschaften, im Produzieren von Gebrauchsgütern bedeutet. Das Geldwirtschaftliche daran, das Kapitalistische, ist nur die Form, in der ein massenpsychologischer Prozeß in den abendländischen Kulturvölkern sich abspielt. Diese Energie kann nachlassen, und dann wird es auch mit dem „Kapitalismus“ vorbei sein. Vielleicht ist dann die Zeit für eine Sozialisierung großen Stiles gekommen, wenigstens ist dann psychologisch Raum dafür da. Vielleicht könnte man auch durch einen planmäßigen, radikalen Zwangssozialismus die Wirtschaftsenergie bewußt zum Erschlaffen bringen. Ich sehe aber darin nur Gefahren und keine Ideale. Auch aller Sozialismus muß sich bescheiden, wenn er Segen bringen soll.

Halensee.

Franz Boese.

Bäumer, Dr. phil. Gertrud: Die Frau in der Kulturbewegung der Gegenwart. Wiesbaden, J. F. Bergmann. 49 S. Preis 1 Mk. — (Grenzfragen des Nerven- und Seelenlebens, herausgegeben von Löwenfeld und Kurella. Heft 12.)

Das erste der fünf Kapitel des vortrefflich geschriebenen Buches dient der „Einführung“ und sucht in großen Zügen ein Gesamtbild der geistigen Strömungen der Gegenwart zu geben. Den charakteristischen Zug in der geistigen Physiognomie der Gegenwart sieht Verf. in der kritischen Zersetzung aller überkommenen Begriffe und in der Entwertung sittlicher Werte. Nach ihr gibt es keine feste Norm mehr; wir haben nichts von den Vätern sicher Ererbtes, das wert wäre, von uns erworben zu werden. Das einzig Gewisse ist der Wechsel, die einzige Antwort ein Vielleicht, der gültige Maßstab unser Ich. Diesem Raubtier-Individualismus tritt aber hemmend, bändigend eine andere Strömung gegenüber: die soziale Gesinnung, der Altruismus weitet Kreise. Die Diagonale zwischen beiden zu finden, ist das Problem unserer Zeit.

Auf diesem Untergrunde zeichnet Verf. nun mit feiner Feder die Frau in ihrer Arbeit und in ihrem Kampfe. Dr. Bäumer ist mit Dr. Marianne Weber überzeugt, daß bei der direkten Beteiligung der Frau an der Kulturarbeit mehr als eine bloße Multiplikation männlicher Leistung herauskommen wird, nur bedürfe das weibliche Geschlecht noch einer längeren Entwicklungsfrist, um zu dem Grade von Selbstsicherheit und geistigem Egoismus zu gelangen, der zur Produktion, zu einer führenden Rolle auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften nötig ist. Auch diesem Ziele dient die Frauenbewegung. Das Programm der Frauenbewegung wird in seiner historischen Entwicklung dargelegt. Auf die anfänglichen naturrechtlichen Abstraktionen folgt die einseitige Betonung des sinnlich-geschlechtlichen Weibseins. In dieser Entwicklung liegt auch der tiefere Grund zu dem Widerstreit innerhalb der heutigen Frauenbewegung. Die ältere Richtung, die in dem Weibe den zu befreienden „Menschen“ sieht, hält am alten Programm fest und erstrebt für das Weib wirtschaftliche Selbständigkeit durch Berufsarbeit nach männlichem Muster. Die jüngere Richtung, die im Weibe vor allem das Geschlechtswesen sieht, will auch Raum und Recht für das spezifisch Weibliche. Diese Richtung steigert sich mehr und mehr in die Forderung der freien Liebe hinein. Verf. glückt es nun, zu einer Versöhnung beider Richtungen und damit zugleich zu einem wirkungsvollen Schlusse zu kommen, indem sie ausführt, wie alles, was die ältere Richtung für den weiblichen Menschen erobert, auch dem Geschlechtswesen, der Mutter und ihrem Kinde, dient. Mit dieser beruhigenden Synthese zum Schlusse zeigt die Verf. aber auch, daß, unbeschadet der Achtung vor der Analyse als unentbehrlicher wissenschaftlicher Methode, der Menscheng Geist sein Einheitsbedürfnis nicht ausrotten kann. Auch die Verf. unterliegt diesem uralten, feststehenden Bedürfnisse, trotz wissenschaftlicher Schulung, trotz vielseitigen Wissens und trotz der ehrlichen Überzeugung, daß es nichts Feststehendes gibt.

Das Buch ist ein wertvoller Beitrag zur wissenschaftlichen Frauenfrage-Literatur. Wäre es vor fünfzehn Jahren erschienen, würde es als ein document féminin von den Frauen stolz umhergezeigt worden sein, als ein Beweis, daß das weibliche Hirn derselben Logik fähig sei wie der Mann, eine Tatsache, an der man jetzt nicht mehr zweifelt. Das Buch ist aber auch ein Beweis dafür, daß die Frauen dahin gekommen sind, ihre eigenen Angelegenheiten objektiv zu erwägen, in das Weltbild einzuordnen und darzustellen. Aber gerade weil das Fest eine objektive Darlegung ist, nimmt es Wunder, daß Dr. Bäumer die auf religiösem Boden stehende große Frauenbewegung nicht mit in den Rahmen ihrer Betrachtung hineingezogen hat. Diese Frauenbewegung fußt auf eben der Synthese, die Verf. für die getrennten Richtungen innerhalb der religiös-indifferenten Bewegung gefunden hat. Der evangelische sowohl wie der katholische Frauenbund kämpfen um erweiterten und gesicherten Rechtsschutz für das Weib, und zwar nicht nur für das Weib in wirtschaftlicher Selbständigkeit, im Berufsleben, sondern auch in der Geschlechtsvereinigung, in der Ehe. Aber freilich stehen beide Vereinigungen auf dem Boden der überlieferten sittlichen Normen des Christentums, die immer noch feststehen, obwohl ihr Untergang oft verkündet worden ist. Aus der christlichen Frauenbewegung heraus (diesen Umstand hat Verf. übergangen) ist historisch auch das erste Zeichen von Selbstbefinnung auf den Mutterberuf gekommen mit der Definition: „Weib sein heißt wie eine Mutter sein.“ Diese Definition vermeidet glücklich die beiden Extreme in der heutigen Frauenbewegung: sie erfaßt den Schwerpunkt des Weibes weder in der ungeschlechtlichen Berufsarbeit, noch auch in der bloßen Geschlechtlichkeit. Sie weist das Weib mit dem Worte Mutter auf den Mann hin; aber sie weist das Weib nicht ausschließlich auf den Mann an, sondern anerkennt auch die Möglichkeit einer selbständigen Vervollendung, einer Entwicklung zu einer sittlichen Persönlichkeit ohne Geschlechtsvereinigung. Denn wenn Weib sein heißt, wie eine Mutter sein, so liegt darin, daß nicht der physiologische Vorgang, sondern die Gesinnung, nicht Mutterschaft ipso facto, sondern Mütterlichkeit den Kern der Weiblichkeit bildet. Gesinnung aber — das ist eine Tatsache der Erfahrung — ist nicht von physiologischen Vorgängen abhängig. Unter diesen Erwägungen erscheint die christliche Richtung in der Frauenbewegung als die goldene Mitte, die berücksichtigt werden muß, wofern eine Darstellung der eminenten Kulturbewegung vollständig sein will.

Elisabeth Gnaud-Rühne.

Brooks, John Graham, Prof. in Harvard, Mass. U. S. A.: Soziales Wechselfieber. Studien über Arbeiterbewegung und Sozialismus. Autorisierte deutsche Bearbeitung von Dr. Hermann Hesse = Leipzig. Dresden 1905, Böhmert. 100 S.

„Der Wahn, in konventionellen oder akademischen Bahnen bleiben zu müssen, nimmt so vielen Büchern den lebendigen Odem.“ Brooks hat es nach dieser Erkenntnis natürlich vermieden, jenem Wahn zum Opfer zu fallen. Er führt uns mitten hinein in die Spannungen der sozialen Verhältnisse der Vereinigten Staaten, vermittelt uns wertvolle

Einblicke, die nur durch den Augenschein eines dort eingeweihten, ruhevollen und geschulten Beobachters gewonnen werden können; er gibt die Ergebnisse seiner persönlichen Besprechungen mit zahlreichen Unternehmern und Gewerkschaftsführern, er argumentiert mit dem Hinweis auf ein Tatsachenmaterial, dem man die solide Zuverlässigkeit sogleich anfühlt, und plädiert ohne die Scheu der allzu vorsichtigen Objektivität für die von ihm als gut erkannten Maßnahmen.

So ist denn dieses kleine Büchlein eine Belehrung und ein Genuß. Wenn diese Vorzüge aber der Vermeidung jenes einleitenden Wahnes zu verdanken wären, so ergäbe sich doch sogleich ein — wenn auch armseelig kleiner — Nachteil: was Brooks uns vermittelt, läßt sich in Kürze nicht wiedergeben. Ohne seine Anschaulichkeit zerfällt der Stoff in unseren Händen. Immerhin sei so viel gesagt: Brooks sieht eine Menge von Gründen für ein unaufhaltsames Vordringen des Gewerkschaftswesens in den Vereinigten Staaten. Er belehrt uns, daß Bund, Staat und Gemeinde durchaus unter den Einfluß des Großkapitals geraten sind, weshalb die Arbeiterklasse sich der eigentlichen Politik zuzuwenden beginne. Brooks' Beurteilung ist wichtig, weil neuerdings zuweilen idealistische Patrioten von Amerika die politische Korruption bestreiten. Der Verfasser deckt aber auch die Gründe auf, aus denen eine soziale Bewegung in Amerika sich weniger stetig entwickle als in den europäischen Ländern. Utopistischen Ideen ist er abgeneigt; halb betrübt, halb lächelnd betrachtet er die Resultate utopistischer Gründungen. Voll Anerkennung spricht er dagegen von den Leistungen der Sozialisten Deutschlands und Belgiens, scheint aber die revisionistische Milde rung der Dogmen und Praktiken nicht ungern zu sehen. Als nächsten Schritt für Amerika sieht er die Anerkennung der Gewerkschaften durch die Unternehmer und ein Zusammenwirken beider Parteien an. Bezeichnenderweise bildet den abschließenden Anhang des Büchleins ein Tarifgemeinschaftsvertrag zwischen den Tischlermeistern und dem Tischlerverbande von Boston.

Hesse hat sich durch seine Übersetzung der Schrift, die dadurch weiteren Kreisen zugänglich wird, zweifellos ein Verdienst erworben. Der Radikalismus seiner Orthographie ist aber nicht ohne Bedenken.

Halenfee.

Franz Boese.

(Solvay.) *Principes d'orientation sociale. Résumé des études de M. Ernest Solvay sur le productivisme et le comptabilisme.* 2e Édition. Brüssel-Leipzig 1904, Miß & Thron. 16°. 92 S.

Aus den Schriften von Ernest Solvay, die mir leider nicht zugänglich sind, hat in dem vorliegenden Schriftchen ein Ungenannter oder vielmehr eine Gruppe von solchen ein Résumé gezogen; das geht aus der Vorrede hervor, mit der Solvay selbst das Büchlein begleitet.

Der leitende Grundgedanke dieser „Prinzipien“ ist, wenn ich recht gesehen habe, der Versuch einer Versöhnung zwischen einer Intensitätssteigerung in der Güterproduktion, die sich bisher der sogenannte Kapitalismus hatte angelegen sein lassen, und dem Sozialismus auf dem Wege der begrifflichen Deduktion. Die größten praktischen Gegensätze fügen sich mit Leichtigkeit in ein Begriffsschema, weil — die Realitäten

durch diese Begriffe nicht behoben, sondern ignoriert werden. Das tritt besonders grell hervor in den Postulaten, die an den Staat gerichtet werden. Der Staat soll vor allem Freiheit und immer wieder Freiheit gewähren; er soll aber zugleich alle „Produktivfähigkeiten“ wecken: durch geeignete Jugendberziehung; durch Begünstigung der Kartelle; durch Anerkennung des Rechtes auf das Dasein (Arbeitslosenversicherung); durch Organisation des Arbeitsmarktes (Verteilung der Arbeitskräfte an die rechten Stellen); durch Aufhebung des Erbrechts; durch Verstaatlichung des Kredits und Ausleihen der bei ihm deponierten Gelder an aussichtsreiche Unternehmungen, im Grunde überhaupt durch Leitung der nationalen Produktion. Bei alledem wird ihm aber empfohlen, sich möglichst passiv zu verhalten.

Es erübrigt sich wohl, in eine Kritik im einzelnen einzutreten. Hervorgehoben sei nur noch: dieses Schriftchen gehört unter den Gruppen von Veröffentlichungen des „Institut Solvay“ (Institut de Sociologie) zu derjenigen, die sich die Popularisierung von schwebenden sozialen Fragen zum Ziele gesetzt hat. Es ist aber in den blassesten Abstraktionen geschrieben, so daß es bestenfalls von den breiten Massen — unverständlich bleiben dürfte.

Halsensee.

Franz Boese.

Vermaut, R.: Les Régies Municipales en Angleterre, Courtrai 1903.

Die Entwicklung der städtischen Verwaltung Englands in den beiden letzten Jahrzehnten hat auf dem Kontinent allenthalben fortgesetzte und eindringliche Beobachtung erfahren: allerdings nirgends mehr als in Frankreich und Belgien. Der Grund dafür ist leicht zu erkennen: es gibt auf dem gesamten Gebiete moderner Verwaltung kaum einen größeren Gegensatz, als den zwischen der französischen Auffassung von öffentlicher Administration und der englischen Lokalverwaltung. Die Erscheinung des modernen demokratischen angelsächsischen Self Government wirkt daher mit der ganzen Kraft des Gegensätzlichen auf die französischen Juristen, Politiker und Volkswirte ein. Diesem Umstande verdankt eine ganze Reihe von Abhandlungen und Büchern französischer Autoren, die während der letzten Jahre erschienen sind, ihren Ursprung. Hierbei ist es nun wieder ein einzelnes Problem, das in jüngster Zeit ganz besonders aufmerksam studiert wird: das Problem der industriellen Tätigkeit oder der ökonomischen Eigenbetriebe der Stadtgemeinden. Die spezifische Gestalt, in der dieses Problem unter der Einwirkung des sogenannten Munizipalsozialismus in England hervorgetreten ist, erfährt in den Schriften von Bouet, Bourdeau, Leroy-Beaulieu, Roger, Montet u. a. eine von verschiedenen Gesichtspunkten her unternommene Prüfung und Würdigung. Es ist charakteristisch, daß die meisten von diesen französischen Autoren den Gedanken der kommunalen Eigenbetriebe auf dem Gebiete des städtischen Wohnungs-, Verkehrs-, Beleuchtungswesens, der Wasserversorgung usw. sehr kritisch, ja feindlich gegenüberstehen, während in den deutschen Staaten sowohl die praktische Gemeindepolitik als auch die Theorie sich der Idee des Munizipalsozialismus leicht erschlossen haben. Zweifellos hat hierzu auch beigetragen, daß die erste, gründliche und bis

zur Gegenwart nicht überholte Darstellung der betreffenden englischen Verhältnisse durch den deutschen Sozialisten E. Hugo (Lindemann) erfolgt ist. Nun läßt sich gewiß auch in Frankreich in den letzten Jahren eine Abschwächung der dort vorherrschenden manchesterlichen Tradition im staatlichen Wirtschaftsleben nicht verkennen. Dazu gehört auch die Tatsache, daß die in der neueren englischen und deutschen Kommunalpolitik verwirklichten Ideen in Frankreich immer mehr Zustimmung und Verständnis finden. Und auch ihre praktische Einwirkung ist nicht zu verkennen; seit etwa einem Dezennium hat die früher von streng kapitalistischen Anschauungen beherrschte Praxis des Conseil d'Etat in Fragen des Wirkungskreises der Gemeinde eine wesentliche Abschwächung und Umstimmung zugunsten der neuen Ideen erfahren.

Den vorhin genannten Schriften, die das französische Publikum vor allem mit den wesentlichsten Zügen des englischen Munizipalsozialismus bekannt gemacht haben, schließt sich nun auch das vorliegende Buch an. Der Verfasser beschränkt sich darin streng auf das Problem der großen städtischen Eigenbetriebe; einige andere, gleichfalls vom englischen Munizipalsozialismus geschaffene Probleme, wie die Bodenpolitik der englischen Stadtgemeinden, das Betterment-Prinzip, die Fragen der Steuerpolitik, werden entweder bloß gestreift oder gar unberücksichtigt gelassen. Wie der Verfasser selbst zu erkennen gibt, hat er sich als eigentliches Ziel gesetzt, eine prinzipielle Lösung für die Frage nach der ökonomischen Berechtigung des Verstädtlichungsprinzips zu finden. Er meint, diese Frage ließe sich auch rein theoretisch lösen, indem man sich auf die Erwägungen stützt, die uns die politische Ökonomie liefert: „dans le domaine de la raison pure et du sens commun“. Wie man sieht, ist der Verfasser der treue Schüler der in Frankreich ja noch immer weitaus vorherrschenden individualistischen Volkswirtschaftslehre. Man muß eigentlich bedauern, daß Vermaut diesen ihm so natürlich erscheinenden Weg nicht wirklich betreten und nicht versucht hat, mittels abstrakt rationalistischer Deduktion ein so eminent praktisches Wirtschaftsproblem, wie das der modernen Verstädtlichung industrieller Betriebe, zu lösen. Man hätte diesen Versuch immerhin mit einiger Neugierde verfolgen dürfen. Andererseits ist es aber zweifellos richtig, daß der Verfasser sich von vornherein entschlossen hat, den anderen Weg vorzuziehen und den Versuch unternommen hat, zu einer Lösung des Problems der städtischen Eigenbetriebe auf dem Wege induktiver Methode zu gelangen. Zu diesem Ende hat er sich mit Recht zunächst den städtischen Einrichtungen Englands zugewendet, da ja in diesem Lande der städtische Eigenbetrieb schon seit langem und in umfassender Weise in Aufnahme gekommen ist.

Gestützt auf eigene Beobachtung und aus dem fast überreich vorhandenen statistischen Material schöpfend, hat der Verfasser seinen Plan in der Weise verfolgt, daß er im ersten Teile eine Darstellung der rechtlichen Grundlagen und der tatsächlichen Entwicklung der städtischen Eigenbetriebe in England gibt, um dann in einem zweiten Teile die Ergebnisse dieser Entwicklung zusammenzufassen, zu prüfen und darauf sein eigenes theoretisches Urteil zu gründen. Der Verfasser ist darüber nicht im Zweifel, daß er einer außerordentlich kontroversen Frage gegen-

überstehe, und hebt darum ausdrücklich hervor, daß er danach gestrebt habe, objektiv zu sein; man muß ihm denn auch einräumen, daß er sein Bestes in dieser Beziehung zweifellos versucht hat. Ob dann auch das von ihm gefällte Urteil über die städtischen Betriebe Englands wirklich objektiv ist, ja ob es objektiv sein konnte, das steht nun allerdings nicht so ganz außer Zweifel.

Von vorneherein ist klar, daß dem Verfasser hierbei schon der rationalistische Individualismus der klassischen Ökonomie, bei der er hauptsächlich zur Schule gegangen zu sein scheint, hinderlich sein mußte; gibt er doch selbst zu, daß er „in der Theorie von vorneherein dem städtischen Eigenbetrieb wenig geneigt gewesen sei“, als er das Studium der tatsächlichen Zustände begann. Von dem Banne seines theoretischen Vorurteils hat sich nun Vermaut auch durch seine praktischen Studien nicht ganz befreien können. Gewiß hat er recht, wenn er den auch von ihm nicht ganz geleugneten Erfolg der Kommunalisierung der Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke usw. in England mit besonderen englischen Volkseigenschaften in Zusammenhang bringt. Dazu gehören, wie Vermaut richtig hervorhebt, der nüchterne Sinn der Bevölkerung, die Geschäftstüchtigkeit der kommunalen Organe, die politische Reinlichkeit der englischen Stadtvertretungen. Und gewiß ist es auch berechtigt, wenn der Verfasser davor warnt, daß man die englischen Erfolge auf diesem Gebiete unbedingt auch für solche Länder als vollständig beweiskräftig halte, in denen weder die Einrichtungen noch die Tradition der Verwaltung noch auch die Volksart jene vorangeführten Voraussetzungen tüchtiger Verwaltung gegeben erscheinen lassen, wo z. B. „Tammany“ oder eine städtische Mafia die Dinge in den Händen haben. In diesen und in den damit zusammenhängenden Ausführungen, die auch im allgemeinen zeigen, daß der Verfasser England richtig gesehen hat, wird man ihm unbedingt beistimmen müssen. Dennoch bin ich der Anschauung, daß er den praktischen Erfolg der englischen Kommunalbetriebe doch wesentlich unterschätzt, und ebenso scheint mir, daß bei aller Vorsicht in der Verallgemeinerung dieser Erfolge sie uns dennoch weit mehr, als der Verfasser annimmt, dazu befähigen, das Problem des Eigenbetriebes moderner Kommunen überhaupt zu beurteilen.

Prüft man die Schlussfolgerungen, die Vermaut aus den von ihm behandelten Tatsachen zieht, so erkennt man unschwer, wie sehr ihn sein theoretischer Ausgangspunkt — die streng privatkapitalistische Auffassung des Problems — in die Irre führt. Vermaut stellt unbedingt das Axiom an die Spitze: die Gemeinden müssen sich grundsätzlich der industriellen Tätigkeit enthalten; diese habe nach „der Norm“ den Privatunternehmern zu obliegen, während den Gemeinden die „Administration und Aufrechterhaltung der Ordnung“ zufalle. Als Gründe für diese These werden dann ganz in der Art der deduktiven Ökonomie allgemeine Behauptungen ohne besondere Nachweisung etwa aus englischen Verhältnissen vorgeführt, z. B., daß die Kommunen notwendigerweise teurer, daher unwirtschaftlicher arbeiten als die privatkapitalistischen Unternehmer, daß die Gemeinden für die industrielle Tätigkeit nicht genügend organisiert seien, daß ihnen die notwendige kommerzielle Erfahrung fehle sowie die

den privaten Unternehmern eigene Geschmeidigkeit, die eben dort durch den administrativen Formalismus unmöglich gemacht werde. Das ökonomische Kriterium sei das Entscheidende: daß nämlich der größte wirtschaftliche Nutzen mit dem geringsten wirtschaftlichen Aufwand geleistet werde. Dieses Kriterium entscheide nun durchaus gegen die städtischen Betriebe und zugunsten des privaten Unternehmens.

Auf die englische Erfahrung übergehend meint sodann Vermaut, daß für die Verstädtlichung von Gaswerken und Tramwayanlagen trotz einzelner unleugbarer Vorteile dennoch im allgemeinen keine zwingenden Gründe vorhanden seien. Die Kommunalisierung der Elektrizitätswerke aber habe noch ungünstigere Resultate gezeitigt. Manche Städte seien durch solche Unternehmungen ruiniert worden, und überdies sei gerade durch die gesetzliche Begünstigung der kommunalen Unternehmungen auf diesem Gebiete die Entwicklung der Elektrizitätsindustrie im Lande überhaupt sehr gehemmt worden.

Ich kann nun diesen Urteilen auf Grund meiner Beobachtungen auf dem Gebiete der englischen Städteverwaltung nicht zustimmen und kann auch nicht finden, daß das von dem Verfasser herangezogene Material als Beweis für diese Anschauungen hinreicht. Es ist natürlich ganz unmöglich, diese Streitfrage hier im Detail zu behandeln. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß z. B. nach den in den letzten Jahren veröffentlichten offiziellen und unbestrittenen Statistiken über die in den städtischen Eigenbetrieben Englands investierten Kapitalien diese sich durchschnittlich ebenso hoch verzinsen, wie die Kapitalien der privaten Unternehmungen. Und auch darauf möchte ich nur ganz kurz hinweisen, daß mir von englischen Städten, die durch Anlage von Elektrizitätswerken ruiniert worden wären, nichts bekannt geworden ist, wenn ich auch ganz gut weiß, daß gerade in dieser jüngsten der städtischen Industrien manchen Gemeinden, besonders den kleineren, schwere finanzielle Enttäuschungen zuteil geworden sind.

Wer die Entwicklung der englischen Städte aufmerksam verfolgt, erkennt sogleich, daß die Argumente, die Vermaut hier vorbringt, seit Jahren von den publizistisch sehr rührigen Vertretern der von dem Munizipalsozialismus betroffenen Industrien immer wieder vorgebracht werden, ohne daß die gewünschte Wirkung auf die öffentliche Meinung Englands bisher eingetreten wäre. Im Gegenteil: von Jahr zu Jahr nimmt die Verbreitung der städtischen Eigenbetriebe in England zu. Wenn man bedenkt, wie empfindlich die städtischen Wähler in England in allen Fragen der Verwaltung sind, die unmittelbar mit der Höhe der Lokalsteuern zusammenhängen, so wird man auch schon daraus entnehmen können, daß es mit dem auch von Vermaut so stark betonten unökonomischen Charakter der kommunalen Eigenbetriebe nicht so schlimm bestellt sein kann. Dazu kommt, daß die gewaltigen sozialpolitischen Vorteile des sogenannten Munizipalsozialismus in England sich bis tief in die konservativsten Bevölkerungsschichten hinein Anerkennung und Verständnis errungen haben. Von diesen Errungenschaften spricht Vermaut so gut wie gar nicht; und wenn er auch richtig bemerkt, daß es gerade in England finanzielle Erwägungen gewesen seien, die zur Verstädtlichungspolitik

geführt haben, so scheint er mir auch dabei das sozialpolitische Moment, die Erleichterung der Steuerlast für die von den Local Rates besonders schwer getroffenen unteren Mittellassen nicht genügend zu würdigen.

Die Erscheinung der modernen städtischen Eigenbetriebe ist — darin erblicke ich den irrigen Ausgangspunkt des Verfassers — überhaupt nicht als ein rein ökonomisches Problem zu betrachten, und daher auch nicht durch mehr oder weniger empirisch unterstützte Deduktionen theoretisch in befriedigender Weise zu lösen; sondern hier liegt zugleich ein Problem der Volkswirtschaftslehre und der Sozialpolitik vor, das mit den Kriterien rein privatkapitalistischer Wirtschaftsauffassung gewiß nicht gerecht beurteilt werden kann. Für uns in Deutschland und Österreich, die wir längst gelernt haben, Fragen der Volkswirtschaft vom sozialökonomischen Standpunkte zu erwägen und dabei auch nicht vor schlimmen Härten gegen die Dogmen der klassischen Ökonomie zurückschrecken: für uns ist die Frage der Berechtigung städtischen Eigenbetriebes überhaupt kein theoretisches, der Lösung harrendes Problem mehr, sondern nur eine Frage der jeweils nach den lokalen Umständen im einzelnen zu beurteilenden praktischen Gemeindepolitik. So wenig wir uns dem Vorwurf des Staatssozialismus aussetzen scheuen, wenn es sich etwa um den Ausbau der Arbeiter-versicherungs- oder der Arbeiterschutzgesetzgebung handelt, ebenso wenig Bedenken erregt in uns das Schreckbild des Munizipalsozialismus, wenn etwa praktisch durchführbare Erweiterungen städtischen Eigenbetriebes in Frage kommen. Nach den Erfahrungen, die wir ebenso gut in unseren eigenen kommunalen Verhältnissen wie durch das Studium der englischen Kommunen gemacht haben, sind wir berechtigt, im Gegensatz zu dem Verfasser des vorliegenden Buches zu sagen: daß grundsätzlich mindestens die Verstädtlichung der hier in Betracht kommenden, sehr leicht zu Monopolen sich ausbildenden Industrien als das Gebotene, als die anstrebenswerte Norm angesehen werden muß. Dabei bleibt gewiß im einzelnen Falle noch zu erwägen, in welcher Form die wirtschaftlich beste Lösung der aus dem modernen städtischen Leben notwendig entspringenden Gemeinbedürfnisse gefunden werden kann: und auch dies kann im einzelnen Falle zweifelhaft sein, ob und bis zu welchem Grade — wenigstens zeitweilig — sozialpolitische oder ökonomische Momente in den Vordergrund zu treten haben, ob zum Beispiel die städtische Wirtschaftspolitik mehr auf erhöhte Rentabilität der Betriebe und daraus resultierende Steuererleichterung oder auf möglichst billigen Konsum gerichtet sein soll. Gewiß wird auch noch immer die Frage nicht von der Hand zu weisen sein, ob dem städtischen Eigenbetrieb nicht auch von vorneherein insofern Grenzen gezogen erscheinen, als eine Erweiterung über die monopolartigen Betriebe hinaus nicht mit den Grundbedingungen unserer gegenwärtigen Wirtschaftsordnung kollidiert, indem sie der individuellen Unternehmungslust allzu große Schranken zieht. Daß aber — um nur bei England zu bleiben — dort diese Grenze noch lange nicht erreicht ist, scheint mir zuversichtlich behauptet werden zu dürfen. Ich möchte daher im Gegensatz zu der pessimistischen Auffassung des Autors der Ansicht Ausdruck geben: daß, soweit dies noch erforderlich ist, gerade die englischen Erfahrungen den

kontinentalen Städten die überwiegenden Vorteile zeigen, die mit einer besonnenen Anwendung des städtischen Eigenbetriebes verknüpft sind.

Wien.

Josef Redlich.

Die Entwicklung der eingetragenen Genossenschaften in Preußen während des letzten Jahrzehnts. Bearbeitet von der Statistischen Abteilung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse; herausgegeben als Sonderabdruck aus dem „XXIV. Ergänzungsheft zur Zeitschrift des Königl. Preussischen Statistischen Landesamts“ 1906. 4°. 65 u. 62 S.

Mit der obigen anlässlich ihres 10 jährigen Bestehens veröffentlichten Arbeit erbringt die Preussische Zentralgenossenschaftskasse wiederum den Beweis, wie sehr sie neben der Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben bestrebt ist, unter Aufwendung nicht unerheblicher Kosten die Genossenschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit — wenigstens in Preußen — statistisch zu erfassen, was angesichts unserer gegenwärtigen unter der umbildenden Gewalt der Assoziierung der Kräfte und des Kapitals stehenden Wirtschaftsordnung von allgemeinem Interesse ist. Schon früher haben die beiden großen Genossenschaftsverbände, der Allgemeine Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Schulze-Delitzsch) und der Allgemeine Verband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften (jetzt Reichsverband) in ihren Jahrbüchern statistische Aufzeichnungen veröffentlicht und auf die Bedeutung und Entwicklung des genossenschaftlichen Gedankens hingewiesen; aber die systematische Behandlung des Stoffes wurde erst möglich, als der Preussenkasse von 1898 an das amtliche Material seitens der die Genossenschaftsregister führenden Amtsgerichte zugänglich gemacht wurde. Der besseren Übersichtlichkeit und Vervollständigung wegen wird in der vorliegenden Arbeit bis zu diesem Zeitpunkt verschiedentlich an die privaten Aufzeichnungen angeknüpft, obgleich diese Zahlen nicht so sicher sind wie die späteren.

In nicht geringer Stärke klingt als Unterton bei der Bearbeitung des Zahlenmaterials die in der Öffentlichkeit häufig behandelte Frage mit, inwieweit die Gründung der staatlichen Geld- und Kreditanstalt auf die Entwicklung des preussischen Genossenschaftswesens von Einfluß gewesen ist, insbesondere ob der Vorwurf einer „treibhausartigen Förderung“ (Pumpgenossenschaften) berechtigt ist. Das zeitliche Zusammenfallen der stärksten Entwicklung des Genossenschaftswesens mit der Gründung der Preussenkasse (1895), das durch nachfolgende Zahlen gekennzeichnet wird,

Zunahme:	1890	1892	1894	1895	1896	1897	1898	1900	1903	1905
Genossenschaften . .	2912	3610	4402	5135	6302	7468	8215	9429	11 780	13 331
in % des Vorjahres .	11%	12	10	17	23	19	10	7	8	6
Mitglieder . .	—	—	—	—	—	—	1,113 M. III.	1,331 M. III.	1,710 M. III.	1,847 M. III.

wird in der Abhandlung mehr in den ursächlichen Zusammenhang mit dem natürlichen Gang des Wirtschaftslebens und der Verbreitung und

richtigen Erkennung des genossenschaftlichen Gedankens gebracht. Jedenfalls ist die ziffernmäßige Verbreitung seit 1895 der in Preußen bestehenden Genossenschaften sicherlich mit eine Folge des von dem Staatsinstitute ausgehenden billigen „Kreditregens“, der „auf die schlummernden Reime“ befruchtend wirken mußte.

Die in dieser Beziehung laut gewordenen Übertreibungen sucht die Schrift in der Gegenüberstellung der im gleichen Zeitraume erfolgten Auflösungen darzutun, die sich nur auf 1472 bei ca. 8000 Neugründungen belaufen: „auch der gesündeste Baum wirft in der Wachstumszeit einzelne verbrauchte Zweige und Blätter!“ Aus dem geringen Anteil der Auflösungen derjenigen Genossenschaften, auf die eine Einwirkung der Staatshilfe am ehesten zu erwarten sein konnte, nämlich der der Geldvermittlung dienenden Kreditgenossenschaften, wird nun geschlossen, daß von einem „treibhausartigen“ Fördern nicht die Rede sein kann. Aber hier reicht zur Beurteilung der gar nicht einfachen Frage die Statistik vielleicht doch allein nicht aus. Denn das Ungefunde braucht durchaus nicht nur durch die Auflösung nach außen hin bekannt zu werden, vielmehr kann der wirtschaftlich ungesunde Zustand durch Hineinstecken neuer Mittel und Sanierungen, durch freiwillige Opfer der Genossen oder durch endlose mit schönster Wechselreiterei verbundene Prolongationen hinausgeschoben werden, und der Tod der Genossenschaften in der Hand der Geldgeber selbst liegen (die bekannten Vorgänge im Raiffeisen-Verband!). Daß aber die Kreditgenossenschaften an der rapiden Aufwärtsbewegung am meisten beteiligt sind, geht aus folgender nach dem Gegenstand des Unternehmens geordneter Zusammenstellung hervor:

in den Jahren:	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1903	1905
betrug die Zahl der								
Kredit-Genossenschaften . .	2823	3900	4717	5253	5548	5906	6989	7867
Rohstoff- „	365	371	399	414	456	518	733	946
Produktiv- „	1024	1123	1271	1428	1575	1670	2084	2178
Konsumvereine	681	641	631	565	569	596	843	984
Wohn- u. Bau-Genossensch.	95	99	121	175	227	285	425	512

Sehr lehrreichen Aufschluß gibt die Arbeit in tabellarischen Zusammenstellungen über die innere Struktur der Genossenschaften. Noch mehr als die ansehnliche Steigerung der Zahl der Genossenschaften kennzeichnet die starke Zunahme des Mitgliederbestandes von 1898 bis 1905 um 66 % das fortschreitende Verständnis für den genossenschaftlichen Zusammenschluß und dessen wirtschaftliche Kraftentfaltung. Nach den Haftpflichtarten, die vielfach von dem Gegenstand des Unternehmens abhängig sind und auch durch geschichtliche Verhältnisse bedingt werden, zerfallen die Genossenschaften der Zahl nach in:

	1890	1895	1900	1905
1. Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht	2822	3842	6558	8202
2. " " Nachschußpflicht	8	70	108	123
3. " " beschränkter Haftpflicht	82	1223	2763	5006

woraus als interessante Erscheinung die schnelle Einbürgerung der neu geschaffenen Form der beschränkten Haftpflicht hervorzuheben ist, die dann auch vorzugsweise in den neueren Verbänden anzutreffen ist. Auf die größeren durch grundsätzliche Verschiedenheiten in der praktischen Betätigung des genossenschaftlichen Gedankens scharf von einander getrennten Verbandsgruppen entfallen auf:

	Von je 1000 Gen.	Von je 1000 Mitgl.
1. den Schulze-Delitzschen Verband	67	223
2. " Raiffeisen-Verband	209	134
3. " Reichsverband	449	259
4. die sonstigen Verbände	273	382

Diese Zusammenstellung ergibt daneben noch annähernde Anhaltspunkte für das Verhältnis der Verteilung der Genossenschaften nach dem Gesichtspunkt, ob gewerblich oder landwirtschaftlich, weil der Raiffeisen- und Reichsverband ausschließlich und die anderen Verbände zum großen Teil auf dem Lande Verbreitung gefunden haben, während der Schulze-Delitzsche-Verband mehr in den Städten wurzelt und deshalb eine relativ hohe Mitgliederzahl aufweist.

Der Zusammenschluß der verstreuten Kapitalteilchen zu kapital- und kreditkräftigen Genossenschaften wird durch die Statistik der Abstufung der Geschäftsanteile deutlich illustriert. Von den 0,10 bis 20 000 Mk. abgestuften Geschäftsanteilen kommen die von 10 Mk. am meisten vor, nämlich bei 3051 Genossenschaften, eine Tatsache von weittragendem, genossenschaftspolitischem Wert. Ganz allgemein sind die Geschäftsanteile der Produktivgenossenschaften höher als die der Absatzgenossenschaften und innerhalb dieser beiden Arten die der gewerblichen höher als die der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Merkwürdigerweise haben auch die Kreditgenossenschaften mit 2350 = 32 % ihrer Genossenschaften einen Geschäftsanteil von 10 Mk., eine Erscheinung, die zwar zum Teil durch die Organisation der landwirtschaftlichen Darlehensstellen erklärt wird, die aber, wie die Quelle weiter ausführt, durchaus nicht als eine wünschenswerte zu bezeichnen ist, weil sie die rasche Bildung eines eigenen Vermögens, das zuletzt doch die Grundlage für die Geschäftsausdehnung und die Stellung im Kreditverkehr bildet, nicht fördere. Im Zusammenhang hiermit steht die Untersuchung über die Abstufung der Haftsummen der Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht. Sie liefert das Resultat, daß von den am 1. Januar 1904 in Preußen bestehenden 4621 Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht mit 882 514 Mitgliedern = 37 %

der Genossenschaften überhaupt und 38 % aller Mitglieder mit einer Gesamthaftspflicht von 333,5 Mill. Mk. der größte Teil die Haftsumme auf die gesetzlich zulässige Mindestgrenze in Höhe der Geschäftsanteile beschränkt hat.

Die hier mit ein paar Strichen gezeichnete Skizze mag genügen, um den reichhaltigen Inhalt der mühsam gewonnenen statistischen Untersuchungen anzudeuten. Der besondere Vorzug dieser Arbeit besteht aber in den dem Tabellenwerk in anerkanntenswerter Weise beigegebenen textlichen Erläuterungen, die es nicht nur den Interessenten sondern auch den weitesten Kreisen möglich machten, sich leicht einen Überblick zu verschaffen. Dem in der Denkschrift Ausdruck gegebenen Wunsch, daß es gelingen möge, in Ergänzung der vorliegenden Arbeit auch die wirtschaftliche Seite der Genossenschaften in ähnlicher Weise zu erfassen, kann man lebhaft beistimmen.

W. Prion.

Baernreither, Dr. J. M.: Jugendfürsorge und Strafrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika. Ein Beitrag zur Erziehungspolitik unserer Zeit. Leipzig 1905, Duncker & Humblot LXVIII und 304 S.

Als Ergänzung zur Lehre von der Produktion fehlt uns meiner Ansicht nach noch die Lehre von der Destruktion. Wie jene von der produktiven Wirksamkeit der Kräfte handelt, die wir allgemein unter den Kollektivbezeichnungen: Natur, Kapital, Arbeit, Familie, Verein, Gesellschaft, Staat zusammenfassen, so wird diese von ihrer destruktiven Wirksamkeit handeln müssen. Die Lehre von der Destruktion soll uns aufklären über den Ursprung und das Wesen der destruktiven Kräfte, um auf Grund dieser Erkenntnis angeben zu können, wie ihrem Einfluß vorzubeugen und zu begegnen, wie er aufzuheben und abzuwehren ist. Einleuchtend ist die Bedeutung einer solchen Lehre, um durch Ausschaltung aller störenden Elemente einen erfolgreichen Verlauf der Produktion zu sichern.

Die Destruktion ist nicht mit der Konsumtion zu verwechseln, die gleichfalls Güter verbraucht und zerstört. In einem gewissen Sinn ist auch die Produktion als Konsumtion aufzufassen, da sie Arbeitskräfte, Werkzeuge, Hilfs- und Rohstoffe verzehrt, um ein neues Produkt zu schaffen. Jede Art der Konsumtion ist solange keine Destruktion, als sie unmittelbar zur Entstehung und Steigerung wirtschaftlicher Kräfte und Werte führt. Sie wird aber zur Destruktion, sobald sie absichtlich nicht zum Zweck der Wertschaffung und Werterhöhung unternommen wird, oder unabsichtlich zur einseitigen Wertvernichtung führt.

Alle Naturkräfte können destruktiv wirken, wenn es der Mensch versäumt, sich gegen sie zu schützen, oder solange er nicht gelernt hat, sie zu lenken und in produktive Kräfte zu verwandeln. Erst durch die wissenschaftliche Erkenntnis ihres Wesens gelingt es dem Menschen, sie einem höheren Kulturzweck dienstbar zu machen. Destruktiv wirkt der Mensch dadurch, daß er seine Fähigkeiten in Trägheit und Genußsucht verkommen läßt, und daß er sie sinnlos vernichtet, destruktiv im höchsten Grade wirkt er, sobald er die Bahn des Verbrechens beschreitet. Destruktiv wirkt

der Unternehmer, der seine Arbeiter nicht sorgfältig gegen Krankheit und Unfall im Betriebe schützt, und der ihnen gegen targen Lohn eine so übermäßige Arbeitszeit auferlegt, daß sie ihre Arbeitskraft früh verbrauchen, und als Invalide oder Arme der Gesellschaft zur Last fallen. Der Reinertrag, den der Unternehmer in dieser Weise erzielt, ist immer volkswirtschaftlich ein Minderertrag und unanschätzbarer Verlust, denn die wertvollsten Kräfte, die er in der Produktion verbraucht, werden nicht wieder ersetzt. Destruktiv wirken alle gesellschaftlichen und staatlichen Zustände und Einrichtungen, welche die körperlichen, sittlichen und geistigen Kräfte der Menschen schwächen und vernichten, wie die Prostitution, die Wohnungsnot, jede künstliche Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel, die unvollkommene und verkehrte Gestaltung des Unterrichts und der gewerblichen Ausbildung, alle Hindernisse, welche der aufsteigenden Klassenbewegung entgegentreten usw. Alles, was in Gesellschaft und Staat dazu beiträgt, Krankheit, Not, Elend, Laster und Verbrechen zu verbreiten, wirkt destruktiv. Der innige Zusammenhang zwischen den verschiedenen Formen der Destruktion wird sich leicht dem Beobachter darstellen, und er tritt da besonders scharf hervor, wo Laster und Verbrechen ihre dauernden Zufuhrquellen in unzulänglichen und schädlichen Lebensbedingungen haben.

Zur Erkenntnis des inneren Wesens der destruktiven Tätigkeit ist vor allem die Psychologie des Verbrechens zu verwerten; denn das Verbrechen stellt die äußerste Potenz der Destruktion dar, es bildet den Gegenpol der Produktion, und in ihm münden alle die verschiedenen Strömungen der Wertvernichtung. Es ist zu erwarten, daß eine nähere Beschäftigung mit den Ursachen und Folgen des Verbrechens uns mannigfache Aufklärung über das Gebiet der Destruktion bringen wird.

Die rechtlichen, sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Ursachen des Verbrechens lassen sich niemals scharf von einander trennen, sie wirken gegenseitig in mannigfacher Weise auf einander ein und bilden einen innigen Zusammenhang. Wir haben im XIX. Jahrhundert auf wirtschaftlichem Gebiete eine Revolution erlebt, die vollständig veränderte soziale und rechtliche Verhältnisse im Gefolge gehabt hat. Es ist eine neue Welt entstanden, die kaum irgendwelche Vergleichungspunkte mit früheren Epochen aufweist. Staat, Gesellschaft und Volkswirtschaft sind mit neuen Formen und neuen Kräften ausgestattet worden; alte Götter sind entthront, und neue an ihre Stelle getreten; ganze Volksklassen sind entwurzelt, und neue sind in der Bildung begriffen. Es ist daher kein Wunder, daß bei stark anwachsender Bevölkerung ein immer größer werdender Prozentsatz seinen wirtschaftlichen und sittlichen Halt verliert, und daß die destruktiven Elemente hieraus neue Nahrung ziehen. Die Unsicherheit der Existenz, das Eindringen neuer, fremdartiger Gewalten, das Drängen der Bevölkerung gegen den Nahrungsspielraum, die Erweiterung der Kulturwelt, das Auftauchen neuer Weltanschauungen — alle diese verschiedenen Faktoren, die eine fortschreitende Entwicklung bedingen und von ihr bedingt werden, sie führen nicht nur zu einer Erhöhung der Produktivität, sondern auch zu einer Steigerung der Destruktivität. Die Kriminalstatistik aller Länder zeigt, in welchem Umfange die Verbrechen zunehmen, und daß das Heer der destruktiven Klasse in bedrohlicher

Weise anwächst. Und doch haben diese Zahlen nur eine relative Bedeutung, sie geben niemals ein absolutes Bild von der faktischen Verbreitung der Verbrechen; es werden nur diejenigen Straftaten von der Kriminalstatistik erfaßt, die zur Aburteilung gelangen. Im Jahre 1882 wurden im Deutschen Reich 329 968 Personen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze verurteilt; im Jahre 1902 waren es 512 329 Personen. Daß die Kriminalität schneller wächst als die Bevölkerung, ergibt sich aus folgenden Zahlen: Im Jahre 1882 kamen auf 100 000 strafmündige Personen der Zivilbevölkerung 1040 Verurteilte, im Jahre 1902 aber schon 1273. So kurz diese Periode auch ist, so lassen sich doch mannigfache Schlüsse daraus ziehen, daß trotz zunehmender Bildung, trotz größerer Rechtsicherheit, trotz weitgehender sozialer Bestrebungen die Zahl der Verbrechen beständig wächst.

Wenn man den Ursachen nachforschen will, die diese progressive Vermehrung der destruktiven Elemente veranlassen, so ist es wohl die sicherste Methode, von der Betrachtung der jugendlichen Verbrecher auszugehen; denn bei ihnen treten die Motive der Straftat noch klarer zu Tage, und die meisten erwachsenen Verbrecher haben als jugendliche ihre destruktive Laufbahn begonnen. Auch vom Standpunkt der Strafrechtspflege ist die Betrachtung der jugendlichen Verbrecher von besonderer Bedeutung, weil jede Tätigkeit, die auf eine Verminderung der Kriminalität abzielt und entweder durch Erziehung oder Strafe auf den Verbrecher einwirken will, mit der Gruppe der Jugendlichen beginnen muß, da die erwachsenen Verbrecher in den seltensten Fällen solchen Einflüssen noch zugänglich sind. Die Zahl der jugendlichen Verbrecher, die im Deutschen Reich im Jahre 1882 verurteilt wurden, betrug 30 719, im Jahre 1902 aber 51 046. Jene Zahl bildete 9,30 % aller verurteilten Verbrecher, diese dagegen 9,94 %. Die Erhöhung dieses Prozentsatzes läßt darauf schließen, daß die jugendliche Kriminalität in stärkerer Progression zunimmt als die gesamte Kriminalität. Die Mehrzahl der von den Jugendlichen begangenen Verbrechen richtet sich gegen das Vermögen, und unter diesen ragt wiederum der Diebstahl über alle anderen empor. Wegen Diebstahls wurden im Jahre 1882 18 584 jugendliche Personen verurteilt, im Jahre 1902 aber 24 566, im Jahre 1882 waren es 18 % aller Diebstähle, im Jahre 1902 aber 23,6 %.

Für die Theorie der Destruktion wäre es besonders wichtig, die Art und Größe der jugendlichen Kriminalität für jeden einzelnen Jahrgang genau zu ermitteln und dem Ursprung der destruktiven Neigungen im einzelnen nachzugehen. Nur auf Grund einer solchen theoretischen Erkenntnis kann man geeignete Maßregeln treffen, um die Wurzeln des Verbrechens abzugraben, und den jugendlichen Übeltäter aus einem destruktiven Element in ein produktives Glied der Gesellschaft zu verwandeln.

Nur in einem solchen systematischen Zusammenhang läßt sich der richtige Standpunkt für die Beurteilung des vorliegenden Buches finden. Baernreither hat sich darin die Aufgabe gestellt, auf einem breiteren wirtschafts- und kriminalpolitischen Hintergrunde alle Bestrebungen, die in den Vereinigten Staaten der Jugendfürsorge dienen, zusammenfassend

darzustellen. Seine Studien auf diesem Gebiete aber gehen weit über die Grenzen eines Landes hinaus, und in einer umfangreichen Vorrede hat er die hauptsächlichsten Gesichtspunkte und Ergebnisse seiner Beobachtungen zugleich mit einem Überblick über die einschlägigen Verhältnisse, Systeme und Reformtendenzen in Frankreich, England, Deutschland und Oesterreich zusammengestellt.

Baernreither nennt sein Buch „einen Beitrag zur Erziehungspolitik unserer Zeit“, und er betont durchweg, daß gegenüber der verwahrlosten und verbrecherischen Jugend die Bestrafung immer mehr in den Hintergrund gedrängt werde, um der pädagogischen Einwirkung Platz zu machen. Auf die Mängel des herrschenden Strafsystems ist schon häufig hingewiesen worden. Es fehlt jeder psychologische Zusammenhang zwischen Strafe und Vergehen, und es fehlt das ernste Bestreben, die Strafe zu einem strengen und konsequenten ethischen Erziehungsmittel zu gestalten. Die Strafe, wie sie jetzt allgemein angewendet wird, trägt mehr dazu bei, die Wirksamkeit der destruktiven Kräfte zu steigern als sie zu schwächen, es gelingt ihr nicht, die produktiven Kräfte zu wecken und zu entwickeln, und sie vermehrt das Elend, das als Ursache und Wirkung des Verbrechens erscheint, statt es zu vermindern.

Derartige Erwägungen haben überall Bestrebungen zur Reform der Strafrechtspflege angeregt, und sie haben vor allem zu der Einsicht geführt, daß dem jugendlichen Übeltäter gegenüber in erster Linie die Fürsorge und nicht die Strafe anzuwenden sei. Der Unmündige und Unerfahrene ist häufig durch harte und lieblose Behandlung, durch schlechte Erziehung und Gesellschaft, durch Hunger und Not auf die Bahn des Verbrechens getrieben worden. Wird er ins Gefängnis geworfen, kommt er mit erwachsenen Sträflingen in Berührung, so ist sein Schicksal häufig für immer entschieden, und die Gesellschaft ist um einen Unverbesserlichen reicher geworden. Es läßt sich nicht verkennen, das für jeden das soziale Pflichtgebot gilt, nichts unversucht zu lassen, was irgendwie zur Rettung der verwahrlosten und verbrecherischen Jugend führen kann. Bei gutem Willen läßt sich diese Rettung in den meisten Fällen leicht bewerkstelligen. Oft genügt ein liebevolles Wort, oft bedarf es nur eines Sonnenstrahls, der in die entsetzliche und trostlose Finsternis der Kinderregistenz eingelassen wird, um eine Sinnesänderung herbeizuführen. Immer aber wird eine ungemein sorgfältige physische, geistige und moralische Erziehung nötig erscheinen.

In diesem Sinne sind denn auch, wie Baernreither eingehend nachweist, die amerikanischen Kinderschutzesellschaften und die Wohltätigkeitsverbände tätig, aus demselben Geiste heraus sind die Reformgefängnisse und die Jugendgerichte in den Vereinigten Staaten entstanden, und hat sich das sogenannte Probationsverfahren, ein umfassendes Fürsorge-system, das statt des Strafverfahrens angewendet wird, verbreitet.

Es kann nicht oft genug betont werden, daß der Kampf gegen die Destruktion bei der Jugend beginnen muß, daß in ihr die Keime der Kriminalität frühzeitig erstickt werden müssen, und daß es bei ihr auch am leichtesten möglich ist, die destruktiven Kräfte in produktive zu ver-

wandeln. Aus diesem Grunde ist anzuerkennen, daß Baernreither einen wichtigen Beitrag zu einer zukünftigen Theorie der Destruktion geliefert hat.
Louis Katzenstein.

Rose, H. A. S. J.: Der Selbstmord im 19. Jahrhundert nach seiner Verteilung auf Staaten und Verwaltungsbezirke (Ergänzungshefte zu den „Stimmen aus Maria Taach“. 90). Freiburg i. Br. 1906, Herder. 8°. 111 S. Mit einer Karte.

Seit der bekannten verdienstvollen und grundlegenden Arbeit **Adolph Wagners** ist zwar das Vorkommen des Selbstmordes wiederholt zum Gegenstande statistischer Untersuchungen gemacht worden, unter denen die Abhandlung **Georg von Mayrs** in **Conrads „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“** und die Zusammenstellungen **Luigi Bodios** in den *Confronti internazionali* eine hervorragende Stelle einnehmen. Aber eine soweit als zugänglich vollständige Übersicht aller zur Feststellung gelangten Selbstmorderscheinungen im ganzen Bereiche der Kulturwelt und für einen zeitlich weitgreifenden Abschnitt ist bisher wohl noch nicht geboten worden. Diese zweifellos verdienstliche Aufgabe hat **Rose** zu lösen unternommen. Daß er dazu das Geschick besitzt, hat das Ergebnis seiner Forschungen erwiesen, war zudem füglich vorauszusehen von dem Verfasser der von einschüchterlicher Behandlung des statistischen Stoffes zeugenden, mit Anerkennung aufgenommenen „Konfessionsstatistik Deutschlands“.

Was die vorliegende Schrift bezweckt, ist nicht sowohl eine auf das Tatsachenmaterial gestützte Verwertung der Vorgänge zur Beurteilung der Selbstmorderscheinungen, als vielmehr zunächst bloß die Beschaffung räumlich und zeitlich möglichst umfangreicher und einwandsfreier Tatsachen selbst. Erst auf Grund dieser Unterlagen soll dann in einer ferneren Arbeit an „die Ursachen der Selbstmordhäufigkeit, die sich aus den persönlichen Eigenschaften der Selbstmörder, den individuellen Motiven ihrer Tat und den sozialen Einflüssen ergeben, die auf sie eingewirkt haben“, herangetreten werden. Aber bereits in der Begrenzung auf die Beibringung reichhaltigen und zuverlässigen Materials und seiner kritischen Würdigung und damit auf die unerläßlichen Voraussetzungen weiterer Forschungen ist die Schrift als eine dankenswerte Leistung der vergleichenden Statistik entgegenzunehmen.

Vor allen Dingen befaßt sich **Rose** mit der Art und Weise der Ermittlung und der davon abhängigen Vollständigkeit und Richtigkeit der in den einzelnen Ländern zur Aufzeichnung gebrachten Selbstmordfälle. Insbesondere zieht er dabei in Betracht, wie gesetzliche Einrichtungen — so z. B. die in Spanien und England bestehenden rechtlichen Nachteile — zur Verheimlichung des Tatbestandes beitragen. Daß ganz allgemein eine aus der sittlichen Verurteilung des Selbstmordes entspringende Neigung zur Verschleierung vorliegt und man namentlich bei zweifelhaften und bei schwer aufzuklärenden Fällen, wie beim Ertrinken, gerne einen Unfall als Todesursache vorschiebt, ist ja bekannt als der wesentlichste Grund der unvollständigen Erfassung. Indessen mißt **Rose** diesem Umstande doch nicht die Bedeutung bei, wie sie mitunter ausgesprochen ist und beispielsweise bei **Richard Böckh** zur geradezu abfälligen Beurteilung der

Tatsachen geführt hat. Vielmehr weist er, und wie ich glaube, mit Recht auf die oft betonte große Regelmäßigkeit der Jahresreihen hin, die bei erheblicher Unvollständigkeit der Angaben nicht gut zu erklären wäre.

Die gefundenen Zahlen werden gesondert für die drei Drittel des 19. Jahrhunderts belegt und besprochen, wozu noch das wenige kommt, was sich auf eine ältere Zeit bezieht, so das, was Süßmilch über London bringt, und was in Schweden erhoben ist. Und zwar handelt es sich dabei allein um die Gesamtzahl; Geschlecht, Alter, Beruf, Konfession oder sonst etwas ist einstweilen nicht in Betracht gezogen. Die Angaben werden nach Jahrzehnten sowohl absolut als im Verhältnis zu einer Million Einwohner beigebracht, wogegen die Beziehung auf die Gestorbenen, wie sie ohne stichhaltige Begründung hier und dort geschehen ist, entschieden abgewiesen wird. Aus dem ersten Drittel des abgelaufenen Jahrhunderts stehen begreiflicherweise erst sehr geringfügige Beobachtungen zur Verfügung, und diese auch meist nicht vor 1830. Aber auch sie lassen schon die Neigung zum Wachstum einigermaßen erkennen. Die nachgewiesenen Fälle belaufen sich auf 55 000, sodaß Krose glaubt, daß unter Einrechnung der nicht beteiligten Länder die wirkliche Zahl der Selbstmorde 100 000 weit übersteige.

Reichlicher schon fließen die Quellen zwischen 1836 und 1870, aber erst fast völlig gefüllt werden die Tabellenspalten der europäischen Kulturstaaten mit geringer Ausnahme im letzten Drittel des Jahrhunderts. Ob dabei die ebenfalls den Übersichten eingereihten russischen Angaben viel Vertrauen verdienen, muß nach dem, was man sonst von der Statistik dieses Reiches weiß, dahingestellt bleiben. Angebracht jedenfalls ist es, daß eine Reihe außereuropäischer Angaben zwar angeführt, aber nicht weiter verwandt, daß zumal die der Vereinigten Staaten, soweit sie sich bloß auf den Zensus stützen, als fragwürdig behandelt sind. Nach dem Durchschnittsergebnis von 1881—1900 gelangt Krose zu folgender Selbstmordshäufigkeit (auf 1 Million Einwohner):

a) Länder mit hoher Ziffer.	
Hansestädte	348
Thüringische Staaten	345
Braunschweig	334
Königreich Sachsen	332
Anhalt	318
Oldenburg	292
Dänemark	244
Hessen	235
Schweiz	225
Frankreich	222
Deutsches Reich	207
Beide Mecklenburg	202
Preußen	200
Baden	196
Japan	168
Württemberg	162
b) Länder mit mittlerer Ziffer.	
Österreich	159
Bayern	135
Schweden	127
Ungarn	122
Belgien	118
Elßaß-Lothringen	117
Australien	111
England	84
Norwegen	63
c) Länder mit niedriger Ziffer.	
Schottland	59
Holland	56
Italien	55
Rumänien	48
Finnland	44
Serbien	37
Luxemburg	35
Rußland	31
Irland	26
Bosnien	22
Spanien	21

Daß die Tatsachen nach der ganzen Gestaltung der statistischen Einrichtungen wie nach dem für das Erhebungswesen so wichtigen Stande der allgemeinen Volksbildung in den verschiedenen Staaten nicht gleichwertig sind, bedarf keiner Erörterung. Inwiefern ihnen aber eine größere oder geringere Zuverlässigkeit zukommt, wie sie mehr oder minder auch für die Erkenntnis der eingetretenen Bewegung verwendbar sind, ist sorgfältiger Prüfung unterworfen worden. Soweit wird man sie nun wohl sämtlich danach als beweiskräftig gegeneinander ansehen dürfen, um daraus mit Krose „das Vorhandensein großer geographischer Länderkomplexe mit hoher, mittlerer oder geringer Selbstmordfrequenz ganz unabhängig von den politischen Landesgrenzen“ zu entnehmen. So erstreckt sich ein Gebiet mit starker Häufigkeit über Dänemark-, Nord- und Mitteldeutschland, das nach Württemberg und Baden sich verlängert und auf die Schweiz und Frankreich hinübergreift. Ein mittlerer oder niedriger Stand hat auf der skandinavischen Halbinsel und im Nordwesten Europas statt. Schwach ist die Frequenz mit Ausnahme Ungarns im Süden und Osten. Dieser Zusammenhang mit der geographischen Lage tritt auch in die Erscheinung, wenn die in sich vielfach so ungleichen Staatsgebilde in ihre zu Zwecken der Verwaltung gebildeten, wenigstens größten Bestandteile aufgelöst werden. Auch in dieser Beziehung hat die Arbeit ein schätzenswertes Material zusammengetragen und dabei mit Vorsicht abgewogen, wie weit den vorgenommenen Verhältnisberechnungen größere Bedeutung beizumessen, zumal wenn kleinere Bezirke in Frage stehen. Gilt das zumal von Kantonen der Schweiz, so hätte wohl noch auf einen Umstand hingewiesen werden sollen. Wie öfters, zeigt sich auch hier, daß katholische Länder den evangelischen Ländern gegenüber sich durch eine niedrige Selbstmordziffer bemerkbar machen. Insbesondere trifft das auf die kleinen, katholischen Urkantone zu. Nun hat bekanntlich die katholische Kirche dem Selbstmord gegenüber in Lehre und Behandlung sehr strenge Grundsätze. Da will es nicht unnatürlich erscheinen, wenn, um den Wirkungen eines nach dem allgemeinen Volksempfinden als Schande aufgefaßten Vorganges sich zu entziehen, bei der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung das Bestreben dahin geht, auch bei den durchsichtigen Verhältnissen unter stillschweigender Duldung tunlichst zu verhindern, daß das für die Angehörigen peinliche Ereignis als solches anerkannt und ihm der amtliche Stempel aufgedrückt werde. Der auffällige Abstand dieser Kantone von den übrigen legt eine solche Vermutung nahe, auch wenn die größere Einfachheit der Lebensverhältnisse in ihrer schwächeren Rückwirkung auf tragische Konflikte nicht als etwaiges einflußreiches Moment außer Anschlag bleiben soll.

Dem Wachstum der Selbstmordziffer ist der Schluß der Untersuchung gewidmet. Man muß es wohl gleich dem Verfasser auch bei Berücksichtigung der Volksvermehrung als ganz enorm ansehen, wenn er aus der Vergleichung der Jahrzehnte 1831 bis 1840 und 1891 bis 1900 eine Zunahme von 400 % gegen eine solche der Bevölkerung in Europa seit der Mitte der dreißiger bis in die Mitte der neunziger Jahre von doch bloß 60 % gefunden hat. Daß dabei ein Bruchteil auf Rechnung genauerer Ermittlung zu setzen ist, wird nicht bestritten, aber

auch in der Hauptsache das beobachtete Ergebnis eines gewaltigen Fortschrittes der Selbstmordshäufigkeit als der zutreffende Ausdruck tatsächlicher Vorkommnisse anerkannt. Wie auf der einen Seite eine durchgreifende Änderung des Erhebungsverfahrens, aus der sich der Einwand einer lediglich rechnungsmäßigen Zunahme herleiten ließe, bloß vereinzelt dasteht, ist auf der anderen Seite die aufstrebende Erscheinung nahezu allgemein wahrzunehmen. Eine wirkliche Ausnahme macht allein Norwegen: hier tritt unverkennbar eine dauernde Verminderung entgegen. Und Bayern befundet wenigstens seit 25 Jahren ein gleichbleibendes Verhältnis. Umgekehrt zeigt Frankreich eine ungewöhnlich starke Vermehrung. Wenn ein sogar noch kräftigeres Wachstum Österreich zu erkennen gibt, so wird das beanstandet, vielmehr vermutet, daß früher, vor 1873 die Ziffer schon tatsächlich höher als ermittelt gewesen sein muß, da ihre Verdoppelung in „einem großen Staate im Laufe von wenigen Jahren eine Unmöglichkeit“ sei, worüber nach den angestellten Forschungen kein Zweifel aufkommen könne.

Allerdings führt uns einstweilen Krose über die Feststellung der Unterlagen nicht hinaus. Je mehr wir aber in dem Selbstmord einen bedeutsamen, in seiner erschreckenden Vermehrung aufklärungsbedürftigen gesellschaftlichen Vorgang zu erblicken haben, um so mehr muß es für alle weiteren Untersuchungen von hohem Belange erscheinen, wenn die gesamten verfügbaren statistischen Tatsachen auf Grund einsichtiger Prüfung bereit gestellt werden. Und daß hierbei mit richtigem Verständnisse zu Werke gegangen ist, daß das Bestreben, vollständig zu sein und genau abzuwägen vorgelegen hat, muß bereitwillig anerkannt werden. Zu wünschen wäre wohl gewesen, wenn auch schon, und sei es nur für die wichtigeren Länder, eine nähere Unterscheidung nach den persönlichen und sonstigen Verhältnissen der Selbstmörder und der Art des Selbstmordes beigebracht wäre. Vielleicht ist dies der folgenden Untersuchung über die Ursachen des Selbstmordes vorbehalten worden. Gält diese die gleichen Bahnen inne wie der vorliegende Teil, ist auf eine entschiedene Bereicherung dieses Zweiges der statistischen Literatur zu zählen. Jedenfalls ist ein glücklicher Anfang gemacht worden.

Dresden-Neustadt.

Paul Kollmann.

Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform. Herausgegeben von Professor Dr. med. G. Aschaffenburg in Köln. I. Jahrgang. 1904/5. Heidelberg 1905, Carl Winters Universitätsbuchhandlung. 804 S. Abonnementspreis 20 Mk. Die Nummer 2 Mk.

Der Verfasser von „Das Verbrechen und seine Bekämpfung“ hat sich mit der Herausgabe dieser Zeitschrift ein neues Verdienst um die Rechtswissenschaft erworben. Wie der glücklich gewählte Name andeutet, und Aschaffenburg in seinem Programmartikel ausführt, will die Zeitschrift „durch Kriminalpsychologie zur Strafrechtsreform“ gelangen und gelangen lehren. Und in der Tat: wenn es selbstverständlich ist, daß gesetzgeberische Eingriffe nur zulässig sind und erfolgreich sein können, wenn die Wirkungen der neuen Regelung sich voraussehen lassen, so ist es sicher, daß wir an

Strafrechtsreform nicht denken können, solange uns nicht das Seelenleben der zunächst betroffenen Personen, der Verbrecher, und die psychischen Bedingungen ihrer Tat geklärt erscheinen. Gerechtigkeit wie Zweckmäßigkeit erfordern das in gleichem Maße. An dieser Klärung hat die neue Zeitschrift bereits eifrig gearbeitet; besonders die der Zahl nach überwiegenden Beiträge der Mediziner dürfen auf dieses Verdienst Anspruch erheben. Aber auch die juristischen Beiträge des Bandes legen Zeugnis ab von dem Segen, der für die Jurisprudenz durch das Zusammenarbeiten mit anderen Wissenschaften erwächst. Wäre doch erst ihr Zusammenwirken mit der Volkswirtschaftslehre ein so enges, wie das mit der Medizin! Für Nationalökonomien sind die kriminalstatistischen Aufsätze des Bandes und die über Landstreichertum vorzüglich wichtig; im übrigen kann hier auf den Inhalt des Bandes nicht eingegangen werden.

Wohl aber sei auf die technische Anordnung der vorzüglich ausgestatteten Zeitschrift hingewiesen. Für Abwechslung sorgt die Einteilung jeder Nummer in Aufsätze, Sprechsaal, Sitzungsberichte, Besprechungen, Zeitschriftenschau und Vereinschronik (wogegen die Spruchpraxis weniger Berücksichtigung findet). Sehr anerkennenswert ist auch, daß, der neueren Zeitschriftentechnik entsprechend, der Jahrgang durchaus als Buch behandelt wird und mit Registern aller Art (Verzeichnissen der Sachen, Namen, Gesetzeszitate) aufs beste ausgestattet ist. Die Redaktion möchten wir bitten, bei den Besprechungen streng auf Angabe des Ladenpreises zu halten. Zahllos sind die Fälle, in denen der auf Grund einer günstigen Rezension schon halb gefaßte Entschluß, ein Buch zu kaufen, infolge der augenblicklichen Ungewißheit über den Preis nicht zur Ausführung gelangt. Und daß ein gutes Buch gekauft wird, ist doch gewiß nicht der letzte Zweck einer Rezension.

Rom.

Hermann U. Kantorowicz.

Groat, George Gorham, Ph. D.: Trade Unions and the Law in New York, a study of some legal phases of labor organizations. (Studies in history, economics and public law, vol. XIX, Nr. 3) New York 1905, Columbia University press (Macmillan & Co). Preis: 1 Dollar. 134 Seiten.

Wer das Wesen der gewerkschaftlichen Entwicklung und der von der großen Politik unbeeinflussten Arbeiterfrage studieren will, wird sich immer wieder zu den klassischen Ländern der Trade Unions, den beiden angelsächsischen Staaten wenden. Vielleicht bietet sich heute kaum irgendwo ein geeigneterer Boden für solche Studien, als es derjenige Staat der nordamerikanischen Union ist, in dem das industrielle Leben der Welt am stärksten pulsiert, New York. In fast typischer Reinheit erscheint hier das Bild der Arbeiterfrage, insofern man unter ihr das Organisationsproblem im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung versteht. Unternimmt es nun ein Autor uns zu zeigen, wie sich die gewerkschaftliche Entwicklung in einem solchen Staate in der Gesetzgebung, vor allem aber in der Gesetzeshandhabung durch die Gerichte, in der Rechtspflege, während des 19. Jahrhunderts gespiegelt hat, so ist er

von vornherein unseres Interesses sicher. Die vorliegende Schrift ist aus dem Seminare der faculty of political science an der Columbia-universität hervorgegangen und bildet den ersten Teil einer gründlichen Darstellung der Entwicklung der Trade Unions im Staate New York. Die wirtschaftlich-soziale Seite dieser Evolution soll im Anschlusse an dieses Heft erscheinen, das die Bemühungen der Arbeiterorganisationen, die Gesetzgebung in ihrem Interesse zu beeinflussen, danach diese Gesetzgebung selbst und die Jurisdiktion in Arbeiterfragen zum Gegenstand hat.

Gorham Groat hat offenbar in engster Anlehnung an das in den Akten vorliegende Urmaterial gearbeitet und seine Studie mit einer Gewissenhaftigkeit und Objektivität abgefaßt, die nicht alle amerikanischen Publikationen auszeichnet. So sehr es auch der in ihrer Darstellung recht trocknen Schrift an Farbe und Lebendigkeit fehlt, so zeichnet sie sich doch durch die Klarheit der Anordnung eines umfangreichen Stoffes aus.

Bei der Lektüre über die Verbandsbildung der Gewerkschaften und ihre Versuche, Einfluß auf die Legislative zu erlangen, drängte sich mir wieder der Eindruck auf, daß, so praktisch und klug auch die Organisation der „State federation“ eingerichtet sein mag, der Mangel eines tieferdringenden politischen Programms und die Beschränkung auf nächstliegende, leblich den Arbeiter angehende Fragen eine größere politische Aktivität unmöglich macht. Eine Unsumme von Anträgen gehen von den örtlichen oder beruflichen Organisationen an das legislative Komitee des Staatsverbandes, das aber Jahr für Jahr berichten muß, die Aktion sei wiederum erfolglos gewesen. Gerade der Umstand, daß die gewerkschaftliche Entwicklung als solche eine so hohe Stufe erreicht hat, scheint die Arbeiterführer gegen die Erkenntnis zu verblenden, daß Teilnahme am politischen Leben irgendwelche positive oder negative Rücksichtnahme auf die Gesamtheit erheischt. Wie unklar sie sich über die Aufgaben, die ihnen auf diesem Gebiete zukommen, sind, zeigen Programmbeschlüsse wie der: es ist Aufgabe der Föderation, den Erlaß solcher Maßnahmen durch die Gesetzgebung zu erlangen, die für uns vorteilhaft sind. Oder wenn Organisationen Anträge stellen, das Parlament solle für die Entfaltung der Brüderlichkeit sorgen, solle Recht schaffen und Unrecht beseitigen usw. Teilweise mag es an den großen finanziellen Kosten der Wahlkampagnen liegen, daß ihr Vorgehen auf diesem Gebiete völlig schwankend und opportunistisch ist. Die Gewerkschaften können hierin doch nicht mit dem großen Portemonnaie des Kapitals rivalisieren.

Das Arbeiterrecht New Yorks, dessen Entwicklung ich nach Groats Ausführungen in der „Sozialen Praxis“ wiederzugeben suche, zeigt eine dem Machtzuwachs der Gewerkschaften parallele Entfaltung. In den ersten zwei Dritteln des 19. Jahrhunderts wurde jeder Streik als Konspiration angesehen und der die Rechtsprechung beherrschende Grundgedanke der individuellen Freiheit stets in dem Sinne ausgelegt, daß durch Arbeits-einstellung die Freiheit des Unternehmers gehemmt würde. Noch 1888 wird klar ausgesprochen, daß ein friedlich verlaufender Streik zur Erlangung höherer Löhne oder besserer Arbeitsbedingungen zwar etwas Legales sei; habe jedoch ein Streik nichts mit den Lohnverhältnissen oder den Arbeitsbedingungen zu tun, so sei er ungesetzlich. Seitdem wird er nur dann

als ein Verstoß gegen das Gesetz betrachtet, wenn bei ihm durch Gewaltakte persönliche oder Eigentumsrechte direkt verletzt werden. Jetzt erst wurde der eigentliche vom Gesetzgeber im 18. Jahrhundert mit dem Begriffe conspiracy verbundene Sinn, der so lange Zeit dazu hatte dienen müssen, die Arbeiterbewegung zu bekämpfen, richtig getroffen. Doch entstanden nun neue Schwierigkeiten in großer Anzahl mit der modernen Entwicklung des Arbeitsverhältnisses. Aus dem Interessengegensatz von Individuum zu Individuum entstand durch Zusammenschluß der wirtschaftliche Gruppentkampf, demgegenüber sich die Gerichte mit der Anwendung des Prinzips der individuellen Freiheit in einer fast hilflosen Lage befanden. Auch war jetzt damit zu rechnen, daß die „dritte Partei“, die Konsumenten, bei Arbeitseinstellungen in steigendem Grade in Mitleidenschaft gezogen wurde. Kurz, neben der Betonung der individuellen Freiheit mußte die Berücksichtigung sozialer Rechte auch in den Gerichtssälen Platz greifen. Wie dadurch die Beschränkung auf rein juristische Gesichtspunkte zurückgedrängt wurde, wie gewisse sozialetische und ökonomische Erwägungen die Richter zu beeinflussen begannen, obwohl die Juristen nur sehr zögernd diesen Boden betraten, ist an der Hand der einzelnen wichtigsten Prozesse trefflich von Groat dargelegt. Im großen und ganzen suchen die Gerichtshöfe heute zumeist den Ausweg, in mehr nebensächlichen juristisch leichter faßbaren Umständen der Einzelfälle die Grundlage für ihr Urteil zu gewinnen.

Diese kurzen Bemerkungen sollen lediglich den Zweck haben, zu zeigen, welche wichtigen Fragen in diesem Buche berührt werden.

L. v. Wiese = Berlin.

Untersuchungen über die Lage der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsgewerben. Herausgegeben vom Verein für Socialpolitik. (Schriften des Vereins für Socialpolitik. Bd. XCIX.) Leipzig 1902, Verlag von Duncker & Humblot. 8°. XVI und 563 S.

Weitaus die umfangreichste der in diesem Bande vereinigten Abhandlungen, aber auch die gründlichste und gebiegenste ist die von Dr. Waldemar Zimmermann „Zur sozialen Lage der Eisenbahner in Preußen“. Wie Frh. von Verlepsch als Vorsitzender des Ausschusses im Verein für Socialpolitik zur Untersuchung der Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsgewerben hervorhebt, wurde die für die preussischen, die bayerischen, die sächsischen, die württembergischen, die badischen und die österreichischen Staatsbahnen in Aussicht genommene Untersuchung durch das ablehnende Verhalten des preussischen Eisenbahnministers und der ihm folgenden süddeutschen Minister unmöglich gemacht, während in Österreich die Sache durch das Eisenbahnministerium eingeleitet und durch das arbeitsstatistische Amt inzwischen zum Abschluß gebracht worden ist. In diese Lücke trat nun die Arbeit Dr. Zimmermanns, „eines hellsehenden Auges und klaren Kopfes“, wie von Verlepsch im Vorwort sagt, ein. Der Verfasser ist, wie er selbst erzählt, für längere Zeit als Heizer und geprüfter Lokomotivführer im Osten und Westen der Monarchie in den Bahndienst getreten, hat eigene Erfahrungen

gesammelt und reiche Gelegenheit gehabt, die anderer Beobachter, vor allem die der Arbeiter und Beamten selbst, zu benutzen. Er schildert die Dinge, wie sie sich von unten gesehen darstellen, aber nicht kritiklos, den Untergrund und Rahmen seines Bildes liefern die amtlichen Veröffentlichungen. Bei einer staatlichen Betriebsverwaltung, die als Staatsverwaltung weitergehende soziale Pflichten zu erfüllen und bei ihren Überschüssen von mehr als einer halben Milliarde reichliche Mittel zu deren Erfüllung hat, ist der Geist einer auf Kosten der Arbeiter getriebenen Sparsamkeit und Fiskalität, der in der preussischen Eisenbahnverwaltung immer und immer wieder hervortritt, zu verurteilen. Es ist hier namentlich hervorzuheben die Verwendung von Hilfskräften, während im großen Umfang etatsmäßige Stellen unbesezt bleiben, und die Hilfskräfte jahrelang auf ihre etatsmäßige Anstellung und den heiß ersehnten Wohnungsgeldzuschuß warten müssen. Das soziale Problem des Eisenbahnwesens liegt aber, wie Zimmermann sehr richtig hervorhebt, in der Regelung der Arbeitszeit. Und doch müssen wir bei Eisenbahnunfällen nur allzuoft lesen, daß die tiefer liegende Ursache des Unglücks in der übermäßig langen Arbeitszeit des schließlich als Sündenbock in die Wüste gejagten Beamten zu suchen war. Da verurteilt es der Verfasser in seinem Nachtrag mit Recht, daß die Eisenbahnverwaltung einen Teil der auch bei ihr sich geltend machenden Geschäftsstockung durch intensivere Inanspruchnahme des Arbeiterpersonals auf die schwächsten Schultern abzumwälzen suchte, und daß sie eine Normalschicht anstrebt, indem sie zwar die übermäßig langen Schichten von 13—16 Stunden einschränkt, dafür aber auch die kürzeren Schichten von 8—10 Stunden reduziert und teilweise sogar, namentlich bei dem so verantwortungsvollen Lokomotivpersonal, die Ruhetage kürzt. Als Normalschicht sieht sie die lange Schicht von 11—13 Stunden an, die viel zu lang ist, da nach den praktischen Erfahrungen des Verfassers der Hauptnachdruck bei dieser Schicht nicht auf ihre 11½, sondern auf ihre 13 stündige Dauer zu legen ist. Auf das Detail der vortrefflichen Arbeit, die auch tief in die Betriebstechnik hineinsteigt, näher einzugehen, ist gerade aus diesem Grunde, der der Arbeit ihren größten Wert verleiht, in kurzen Worten nicht möglich.

Die Ausbeute, die die Sozialwissenschaft aus den übrigen Arbeiten gewinnen kann, ist sehr verschieden. Die Arbeiten von Paul Mombert über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Angestellten der Düsseldorfer Straßenbahnen, von Ewald und Dietrich über das Droschkenwesen zu Frankfurt a. M. und von Dr. Hampke über die Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter der Straßenverkehrsgewerbe in Posen beschränken sich auf die Wiedergabe der für die Angestellten der Straßenverkehrsgewerbe bzw. der Droschkenkutscher bestehenden dienstlichen Bestimmungen und Lohnsätze. Von einer Befragung der Angestellten und Arbeiter war hier abgesehen worden, was zum Teil wohl seine Erklärung darin findet, daß mündliche Erhebungen bei diesen außerordentlich schwierig sind mit Rücksicht auf den Umstand, daß sie sehr häufig erst in vorgerückter Abendstunde dienstfrei werden. Die beste dieser Arbeiten ist die des Posener Handelskammersekretärs Dr. Hampke. Seine systematische übersichtliche Darstellung der Lohnsätze und der Arbeitszeit der Angestellten

der Posener Straßenbahn ist von Wert als gut geordnetes Tatsachenmaterial. Auch über die Droschkenkutscher und die Angestellten der Paketfahrt Hansa berichtet Hampke in wenigen Seiten das Wissenswerteste über Lohn- und Arbeitszeit und gibt wenigstens über diese beiden Punkte ein Gesamtbild des Posener Verkehrsgewerbes. Umfangreicher und gründlicher sind die Arbeiten von R. H. Döschel, „Zur Lage des im Münchener Straßenverkehrsgewerbe beschäftigten Personals“ und von Friß Deichen, „Erhebungen über die Verhältnisse von Bediensteten und Arbeitern im Straßenverkehrsgewerbe Berlins“. Léon de Seilhac behandelt die französischen Eisenbahnen ganz knapp und gibt im übrigen ähnlich wie Hampke für Posen einen Überblick über das Straßenverkehrsgewerbe von Paris in seinem Beitrag „Les ouvriers des transports en France“, der den Schluß des Bandes bildet.

Döschel gibt Nachweisungen über die Zahl des Bureau-, Fahr-, Strecken-, Depot- und Werkstättenpersonals der Münchener Trambahn und beschreibt dann eingehend die Arbeitszeit, freien Tage und die Lohnverhältnisse des Fahrpersonals sowie dessen Wohnungsverhältnisse. Die Schaffner erhalten beim Eintritt einen Lohn von je 3 Mk. pro Arbeitstag, der sich bei ersteren in 5 Jahren auf 3,75 Mk., bei letzteren auf 3,85 Mk., in 10 Jahren auf 4 und 4,25 Mk., in 15 Jahren auf 4,25 und 4,70 Mk. und in 20 Jahren auf 4,50 und 5 Mk. steigert. Die Steigerung erfolgt in Zwischenräumen von zwei und drei Jahren und in homöopathischen Dosen von 10—25 Pfennigen. Unter den Mißständen, über die sich die Straßenbahner bei ihrer Abteilung des „Arbeiterschutzes“, einer Art christlicher Gewerkschaftsorganisation, beschwerten, werden besonders hervorgehoben: ungerechte Strafen, überlange Dienstzeit, ungleiche Turnuseinteilung, zu geringe Löhnung des niederen Dienstpersonals. Die Mietpreise für ein Zimmer und Küche haben die enorme Höhe von 20—30, für zwei Zimmer und Küche von 30 Mk. und mehr monatlich erreicht. Die inzwischen eingegangene Tramcar hat nur mehr historischen Wert. Das Droschkenkutscherwesen leidet wie in Berlin unter den ungleichmäßigen Einnahmen und der nach diesen schwankenden Entlohnung des Kutscherpersonals sowie in der allzuhäufigen Veranlassung zum Besuch der Kneipe. In die Zuverlässigkeit der von Deichen gemachten Aufstellungen über die Einnahmen von Berliner Eigenspannern und ein paar anderen Droschken, die sogar für die einzelnen Monate gemacht sind, muß ich entschiedene Zweifel setzen. Woher der Droschkenbesitzer, der monatlich im Durchschnitt nur 200 Mk. einnimmt, das Futter für sein Pferd nehmen und die hohen Mieten ausbringen soll, vermag ich schon kaum einzusehen — ganz abgesehen von den zahlreichen Gläsern Bier und Korn. Bei dem einen Kutscher, der monatlich nur 100 Mk. eingenommen haben will, wird dies allerdings durch die kurze Zeit darauf erfolgte Aufgabe des Geschäfts wahrscheinlicher gemacht. Da die Daten auf Aufzeichnungen beruhen, ist es mir mehr als wahrscheinlich, daß gewisse Ausgaben vorweg abgezogen worden sind, und nur die verbleibende Reineinnahme gebucht wurde. Im übrigen gibt Deichen einen interessanten Überblick über die Entwicklung des Berliner Straßenverkehrsgewerbes seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts. Er gibt

zwar eine Statistik der Steigerung der Verkehrsmittel, erwähnt aber die Misere des Berliner Straßenbahnwesens nicht, was ja allerdings außerhalb seiner Aufgabe gelegen sein mag, aber bei dem Hinweis auf die Vermehrung der Verkehrsmittel recht wohl am Platze gewesen wäre. In dem Abschnitt über die Straßenbahn nimmt die Dienstenteilung und die Schilderung der dienstlichen Obliegenheiten einen breiten Raum ein. Auch die Ergebnisse des Straßenbahnerstreiks kommen zur Darstellung. In ähnlicher Weise wird weiter behandelt das Omnibuswesen, die Dampfschiffahrtsunternehmungen, die Privatposten, das Gütertransportwesen, Expedition und Speicherei, und den Schluß bilden Haushaltsrechnungen von 14 Verkehrsarbeitern. Die polizeilichen Vorschriften nehmen überall, übrigens auch in der Arbeit von Döschel, einen zu breiten Raum in Anspruch. Dagegen vermissen wir die Zusammenfassung der gewonnenen Einzelergebnisse zu einem Gesamtbilde. Beide Arbeiten sind sehr fleißig durchgeführt, aber es fehlt an der Beherrschung und Sichtung des Stoffes. In dieser Beziehung steht die leider allzutnappe Arbeit von Seilhac und auch die von Hampke weit höher. Immerhin sind die Sozialwissenschaften den Verfassern für die mühevolle Sammlung eines reichen Tatsachenmaterials Dank schuldig. Cl. Heiß.

Betrieb von Fabriken. Von Dr. F. W. R. Zimmermann, Geh. Finanzrat in Braunschweig, A. Johanning, Fabrikdirektor in Baden-Baden, von Frankenberg, Stadtrat in Braunschweig, Dr. R. Stegemann, Regierungsrat in Braunschweig. (Teubners Handbücher für Handel und Gewerbe, herausgegeben von Professor Dr. von der Vorght-Berlin, Professor Dr. Schumacher-Bonn und Regierungsrat Dr. Stegemann-Braunschweig.) V. G. Teubner in Leipzig 1905. 8°. VI und 436 S. Mit einem alphabet. Sachregister.

Die Sammlung dieser Handbücher verfolgt praktische Zwecke. Den Kern des vorliegenden Handbuchs bildet daher der Abschnitt von Johanning über die Organisation des Betriebes. Er behandelt in drei Abschnitten die kaufmännischen, die technischen und die Betriebsbüreaus. (S. 42—184). Zweck der Abhandlung ist, die für den Praktiker brauchbarste Einrichtung eines fabrikmäßigen Großbetriebs darzustellen. Dieser Zweck wird durch eine 74 Nummern umfassende Formularensammlung (S. 184—262) unterstützt. Für die Beurteilung dieser technischen Dinge muß ich mich inkompetent erklären. Doch kann der Sozialpolitiker auch aus solchen rein technischen Darstellungen manches lernen. Vielleicht dürfte auch der kaufmännische Techniker in der umgekehrten Lage sein. So ist mir der Abschnitt Portierkontrolle mit seinen hübschen Illustrationen gleich aufgefallen. Es ist gewiß richtig, daß eine Zeitverschwendung von nur zwei Minuten pro Mann in einem Betrieb von 1000 Mann in einem Monat einen Zeitverlust von 1000 und in einem Jahr einen solchen von 12000 Stunden verursacht, was die Stunde zu 30 Pfg. gerechnet einem Schaden von 300 bzw. 3600 Mk. gleichkommt, ein Schaden, der sich bei 10 Minuten auf 18000 Mk. im Jahr erhöht. Um solchen Schaden zu verhindern, haben die Amerikaner einen Kontrollapparat erfunden, der sogar mit drei Abbildungen und zwei Formularen

illustriert ist, und der den Eintritt des Arbeiters in die Fabrik und seinen Austritt, sowie, bei Verlassen der Fabrik während der Arbeitsdauer, die Dauer seiner Abwesenheit auf die Minute kontrolliert, da er mit einer Uhr verbunden ist. Außerdem gibt der Apparat dem Arbeiter die Bescheinigung darüber, daß er zu der eingestempelten Minute an der Uhr war, die der Arbeiter sofort kontrollieren kann. Eine ganz ausgezeichnete Erfindung, da sie der das Arbeitsverhältnis so sehr vergiftenden Schikane und Begünstigung der Werkmeister — man muß dem Ähnliches durch eigene Erfahrung ausgekostet haben, um die Erbitterung der Arbeiter darüber zu begreifen — für diesen Fall einen Niegel vorschiebt. Aber neben dieser Rechnung des Minutenverlustes, die ja, da nie alle Arbeiter zu spät kommen, nur einen rein mathematischen Wert, keinerlei praktische Bedeutung beanspruchen kann, vermissen wir den zweiten viel wichtigeren und nicht bloß mathematisch richtigen Satz, daß intensive Arbeit mit langer Arbeitsdauer psychisch und physisch unvereinbar ist. Der auch kaufmännisch unangreifbar volkswirtschaftliche Satz von der Arbeitszeit lautet: Eine 12 stündige Arbeitszeit ist nicht um die Hälfte ertragreicher als eine 8 stündige, weil eben die Ausbeutung der Arbeitskraft während 12 Stunden bis zur Übermüdung qualitativ etwas ganz anderes ist als eine die Arbeitskraft schonende Anwendung derselben während acht Stunden. Solange unsere Unternehmer diesen Kardinalsatz von der Arbeitszeit, der anders auch so ausgedrückt werden kann: die Intensivierung der Arbeit hat die Verkürzung der Arbeitszeit zur Voraussetzung, nicht zu begreifen vermögen, kann ihnen der Import der schönsten amerikanischen Maschinen nichts nützen. Der Geist ist es, der diese Maschinen erfunden hat, der den Amerikanern ihre industriellen Erfolge eingetragen hat. Und dieser Geist hat zur Verkürzung der Arbeitszeit geführt, er hat saubere, helle und mitunter sogar mit Blumen geschmückte Fabrikräume, billige Arbeiterwirtschaften und Wohnungen geschaffen. Das Stichwort Fabrikräume vermiße ich überhaupt im Sachregister. Über die Entlassung heißt es, daß sie „in sehr seltenen Fällen durch den Betriebschef“ erfolgen solle. Wäre nicht wenigstens, da das Prinzip, daß die Entlassung durch den Meister zu geschehen habe, mit allem Nachdruck eingeschärft wird, der Fall, wenn es sich um einen seit Jahren dem Betriebe angehörenden Arbeiter handelt, der Erwähnung als derartiger Ausnahmefall wert gewesen? Dagegen ist zu loben, daß empfohlen wird, dem Lehrling, der seine ganze Lehrzeit bei guter Führung und Leistung durchmacht, eine Prämie von 150 Mark zu gewähren. Dagegen wird das kaufmännische Rechnen, wenn die Arbeitslohnverkürzung für drei Jahre kalkuliert wird, um diese Prämie gewähren zu können, zur seelenlosen Pedanterie. Vollen Beifall muß es aber finden, daß empfohlen wird, Betriebsverbesserungsvorschläge der Arbeiter ernsthaft zu prüfen und wenn irgend beachtenswert praktisch durchzuführen. An der langen Beschreibung des Kontrollapparats hätten leicht die 5 oder 6 Zeilen gespart werden können, um hier darauf hinzuweisen, daß man sich in dieser Beziehung auf die allzuleicht der Routine verfallenden Werkmeister nicht verlassen kann, daß sich daher, da man auch mit der Scheu des Arbeiters, sich zu blamieren, rechnen muß, die Aufstellung eines Sammelkastens für solche Vorschläge empfiehlt. Auch

kann das Interesse der Arbeiter durch angemessene Belohnung brauchbarer Vorschläge angeregt werden. In dem Formular einer Arbeitsordnung hätten wir auf Phrasen, wie „Mit der Annahme übernimmt der Eintretende die Verpflichtung, . . . den Vorteil des Werkes nach besten Kräften zu wahren und zu fördern und alles zu vermeiden, was die Arbeit und die Ordnung in dem Werke stören und denselben Nachteil bringen könnte“, lieber Verzicht geleistet. Der Fabrikant, der die Abhandlung von Johanning mit Aufmerksamkeit studiert hat, wird schon selber für alle diese schönen Dinge sorgen. Mit freudiger Zustimmung haben wir dagegen in der Musterarbeitsordnung gelesen, daß die letzte Viertelstunde der Arbeitszeit zur Aufräumung des Arbeitsplatzes zu verwenden ist. Der § 34, der u. a. die Verwendung von Material oder Gegenständen irgendwelcher Art zu Privat Zwecken mit sofortiger Entlassung bedroht, geht entschieden zu weit. Für eine Musterfabrikordnung ist die Einsetzung einer 10 stündigen Arbeitszeit, die doch damit als empfehlenswert hingestellt wird, zu rügen. Beim Stande der heutigen Technik der stärkeren Beanspruchung der Nerven ist eine 10 stündige Arbeitszeit entschieden zu lang, also nicht mustergültig.

Das wären die Ausstellungen, die ich als Sozialpolitiker zur Organisation des Betriebs zu machen hätte. Hinsichtlich der Arbeitszeit muß ich allerdings volle Kompetenz beanspruchen, auch und gerade dem Kaufmann gegenüber, da ich meine Leitsätze durch Duzende von Beispielen aus der Praxis aller Länder zu belegen vermag.

In dem ersten Beitrag gibt der Geheime Finanzrat Dr. F. W. R. Zimmermann auf 41 Seiten einen kurzen Abriss über „die geschichtliche Entwicklung und volkswirtschaftliche Bedeutung der Fabriken“. Er teilt das Wissenswerte darüber mit, wie die Fabrikbetriebe in der Neuzeit entstanden sind, wie sie sich im Wege der Spezialisierung und Vereinigung von Hilfs- und Nebenbetrieben zu den modernen Riesenbetrieben weiter entwickelt haben, und welche Bedeutung dem Fabrikbetriebe in der modernen Volkswirtschaft zukommt. Die Ausführungen über die Vereinigung der Betriebe — gemeint ist der kombinierte Betrieb, sei es daß dem Hauptbetriebe von unten herauf die zur Gewinnung der Rohstoffe erforderlichen Betriebe, oder daß ihm darüber hinaus die der Verwertung von Nebenprodukten dienenden Hilfsbetriebe angegliedert werden — sind, da es ihnen an dem volkswirtschaftlich entscheidenden Einteilungsprinzip fehlt, unklar und erschöpfen auch den behandelten Gegenstand nicht. Daß sich die Schild- und ähnliche Fabriken des alten Griechenland, nachdem sie Bücher in seiner Festgabe für Schäßle durch einen so glänzenden Quellenbeweis als wissenschaftliche Raupennester ausgeräuchert hat, immer noch von einem Lehrbuch zum andern gleich einer ewigen Krankheit forterben, sollte man kaum für möglich halten. Überhaupt ist die Zurückverfolgung einer so modernen Form der wirtschaftlichen Betätigung, wie der Fabrik, bis ins aschgraue Altertum in einer so kompendiösen Abhandlung eine Vergeudung des Raums, der mit nichtsagenden Phrasen und unhistorischen Platteheiten ausgefüllt wird. Im übrigen weichen die Ausführungen des Verfassers von dem in den besseren Lehrbüchern gesammelten Wissensschatz kaum ab, während sie allerdings durch einen schwulstigen Stil

„vorragen“ und sich in dieser Beziehung sogar vom „berzeitigen“ Zeitungsdeutsch zu ihrem Nachteil „abheben“. Zimmermann kennt keine Zeitwörter sondern nur Hauptwörter mit Fliedwörtern: bei ihm verschiebt sich nichts, sondern die Verschiebung tritt in die Erscheinung und stolziert nun glücklich auf zwei nicht bloß überflüssigen, sondern höchst geschmacklosen Stellen einher. Oder muß es einem Menschen, dessen Sprachgefühl noch nicht ganz und gar von Altentstaub erstickt ist, nicht geradezu physische Schmerzen verursachen, wenn er z. B. S. 4 lesen muß: „Demgemäß hebt sich das Handwerk von der Fabrik bezüglich aller der vorhin berührten besonderen Erscheinungen bei der letzteren mehr oder weniger scharf und entschieden ab“? Da es sich um ein Handbuch, das auch in der Schule benutzt werden soll, handelt, ist es unausweichliche Pflicht des Referenten, solche Übertragung des Altentdeutsches in seiner schauerhaftesten Form in die Lehrbücher zu rügen.

Stadttrat von Frankenberg erörtert „Die besonderen gesetzlichen Bestimmungen für den Fabrikbetrieb“ S. 263—309, „Die Versicherung des Unternehmers gegen Feuergefahr, Haftpflicht usw.“ S. 310—338 sowie „Die Arbeiterversicherungsgesetze“ S. 339—382. In dem ersten Abschnitt werden die Stellung des Fabrikanten nach der Reichsgewerbeordnung und dem Handelsgesetzbuch innerhalb der staatlich anerkannten Berufsorganisationen, das Konzessionsverfahren, der Patent- und Musterchutz, die Vorschriften gegen den unlauteren Wettbewerb und über die Wahrung des Fabrikgeheimnisses, die Arbeitsordnungen, die Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Personen und Frauen, die Arbeiterschutzgesetzgebung, die landesgesetzlichen Bestimmungen über Arbeiterkassen, Fabrikantinnen und endlich die Vorschriften über die Fabrik- und Gewerbeaufsicht behandelt. Die Darstellung ist klar und übersichtlich, berücksichtigt aber leider hinsichtlich der Ausführungsvorschriften nicht einmal die größeren der süddeutschen Staaten, sondern nur Preußen. Es bleibt also hier noch die Aufgabe, neben dem Reichs- auch das Landesrecht in systematischer Darstellung herauszuarbeiten. Auf dem Gebiete des Versicherungsrechts gilt Frankenberg mit Recht als Autorität. Dieser Abschnitt bildet einen besonders wohl gelungenen Teil des vorliegenden Handbuchs.

Im letzten Abschnitt behandelt Regierungsrat Dr. R. Stegemann „Betriebsseinrichtungen für die Wohlfahrt der Arbeiter“. Was im allgemeinen auf wenigen Seiten über Wohlfahrtsseinrichtungen gesagt wird, verdient volle Zustimmung. So namentlich, wenn S. 384 ausgeführt wird: „Es ist jedenfalls ebenso unrichtig, das Fehlen von Wohlfahrtsanlagen in einer Fabrik ohne weiteres dem Unternehmer zur Last zu legen, wie es verkehrt wäre, das Bestehen ihm in allen Fällen als besonderes Verdienst anzurechnen“. In dieser Beziehung sind nun die leider nicht besonders behandelten Arbeiter- und Beamtenwohnungen, die aber in den Verzeichnissen der Wohlfahrtsseinrichtungen einzelner Firmen aufgeführt werden, mit ganz besonderem Vorbehalt als Wohlfahrtsseinrichtungen anzusehen. Wenn eine Firma wie Krupp ein Kapital zum Bau von Arbeiterwohnungen in der Weise ausschüttet, daß sich das Kapital zu 4 % verzinst, und die Inhaber der Wohnung 14 Tage nach

Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses die Wohnung zu räumen haben, so kann man da eher von modernem Fabrikfeudalismus als von einer Wohlfahrtseinrichtung sprechen. Gerade in einem solchen Handbuch wäre es besonders am Platze gewesen, hervorzuheben, daß es unter dem Gesichtspunkt, die Bewegungsfreiheit der Arbeiter nicht über Gebühr einzuengen, zu empfehlen ist, daß der Fabrikant nicht selber Arbeiterwohnungen baut, sondern gemeinnützigen Bauvereinen Zuwendungen macht, und daß namentlich auch die Arbeiter selber an der Verwaltung solcher Bauvereine zu beteiligen sind. Unter den Literaturnachweisungen vermissen wir bei den praktischen Zielen, die das Handbuch verfolgt, das in dieser Beziehung sehr brauchbare Buch von Georg Kollek und Dr. Franz Ziegler. „Private Wohlfahrtspflege für Fabrikarbeiter, Beamte und ihre Familien im organischen Zusammenhang mit der sozialen Reform des Reichs, nebst typischen Beispielen und Formularen aus der Praxis“ (Berlin 1902 Bruer & Co.), das die Wohlfahrtseinrichtungen der Bergischen Stahlindustrie, G. m. b. H., vormalig Böter behandelt. Wer allerdings solch' entsetzliche Büchertitel verbirgt, hat es sich zu einem guten Teil selber zuzuschreiben, wenn man ihn nicht gern zitiert. Im übrigen ist aber das Buch für den Praktiker sehr wertvoll, da es den ganzen Geschäftsgang unter Abdruck der Statuten und Formulare schildert. In ähnlicher, wenn auch nicht so ausführlicher Weise, werden im besonderen Teile die Wohlfahrtseinrichtungen einer Anzahl von Betrieben geschildert. Leider ist das in den Fabrikinspektionsberichten aufgestapelte, überaus reichhaltige Material nicht herangezogen worden.

Das vorliegende Handbuch kann nicht nur dem Studierenden als Einführung empfohlen werden, sondern es bietet auch dem Praktiker eine Fülle von Belehrung und Anregung und ist ein zuverlässiges Nachschlagewerk, dessen Handhabung durch ein gut bearbeitetes alphabetisches Sachregister erleichtert wird.

Berlin.

Cl. Heiß.

Trautvetter, Dr. Erich, Rat der Senatskommission für das Zollwesen in Hamburg: Das neue Zolltarifrecht. Ein Leitfaden. Berlin 1905, J. Springer. 8°. 232 S.

Der Verfasser stellt sich die dankenswerte Aufgabe, „nicht nur die Behörden und Beamten der Zollverwaltung, sondern auch die beteiligten Kreise der Kaufleute und Industriellen mit dem Geiste und den Hauptzielen der Neugestaltung unsres Tarifwesens und mit den hauptsächlichsten Unterschieden des neuen und des alten Rechtszustandes bekannt zu machen“; er betont, daß er nicht etwa das ganze Zollrecht behandeln wolle, und beschränkt sich auf das engere Zolltarifrecht, d. h. auf die Fragen, „ob, in welcher Höhe und unter welchen Modalitäten mit Rücksicht auf die Gattung, die Menge oder die Beschaffenheit eingehender Waren bei deren Übergang in den freien Verkehr des Zollgebietes Zoll erhoben wird“. Dabei ist es aber selbstverständlich nicht seine Absicht, nun den ganzen dicken Tarif in all' seine Einzelsätze aufzulösen; vom Regelmäßigen gibt es vielmehr nur die allgemeinen Grundlagen, um dann die Ausnahmen ausführlicher in ihren Besonderheiten zu behandeln.

Dementsprechend werden im ersten, allgemeinen Teil erst die Rechtsquellen (Kais. Verordnungen und Bundesratsbeschlüsse, Zolltarifgesetz und Zolltarifhandelsverträge), dann die Tarifpolitik (ein kurzer Abriss der preussisch-deutschen Handelspolitik seit 1818), endlich der allgemeine Aufbau des bestehenden Zolltarifs erörtert. Namentlich dieser dritte Abschnitt ist in dem ersten Teil wichtig; denn er faßt zunächst zusammen, inwiefern und weshalb der neue Tarif von 1902 sich in der äußeren Anordnung vom Tarif von 1879 unterscheidet, um dann die materiell leitenden Grundsätze des neuen Tarifes in prägnanter Kürze darzustellen. Nun sind ja diese Grundsätze im allgemeinen recht bekannt; aber sie gewinnen hier doch eine besondere Färbung dadurch, daß der Verfasser sofort auch die Ausnahmen danebenstellt, und so bietet auch dieser Teil dem Sachkenner einen willkommenen Wegweiser durch das Labyrinth der einzelnen Tarifstellen, dem Interessenten eine wesentliche Erleichterung, zu einem Urteil über das Tarifs Ganze zu gelangen.

Der zweite, besondere Teil behandelt die Anwendung des Zolltarifs und darin wieder zuerst die Zuständigkeit der Behörden und Beamten, dann die Einzelheiten der beamteten Tarifierungstätigkeit, die Zollbefreiungen und Zollbegünstigungen, die Tarifbeschwerden und die Strafvorschriften des Tarifrechts. Daraus mögen hervorgehoben werden im zweiten Abschnitt die Erörterungen über die rechtliche Bedeutung des Amtlichen Warenverzeichnisses, über die Wirkungen einer Tarifänderung, über den Einfluß des Warenursprungs; im dritten Abschnitt die Darlegung über die Zollbefreiung wegen des besonderen Verwendungszwecks (Schiffbaumaterialien z. B.), über die Zollerleichterungen für Grenzbewohner, über die Zollstundung, über die Tilgung der Zollschuld durch Einfuhrscheine und dergl.; im vierten Abschnitt die Wiedergabe dessen, was für und vor allem was gegen die Errichtung eines Reichstarifamts spricht, und was zur Behebung der bezüglichlichen Beschwerden schon geschehen ist. Auch hier sind es nicht sowohl neue Gedanken, die der Verfasser in die Erörterung der Zolltariffragen hineinträgt, als vielmehr die knappe, im wesentlichen referierende Zusammenfassung des Wichtigsten, was den Inhalt und Wert des Buches — dem Charakter eines Leitfadens durchaus gemäß — ausmacht, und deshalb kann es zu schneller Orientierung empfohlen werden.

R. Wiedenfeld.

Roscher, W.: System der Finanzwissenschaft. 5. vermehrte Auflage bearbeitet von D. Gerlach. Zwei Halbbände. Stuttgart 1901, J. G. Cotta'sche Buchhandlung.

Das Werk eines anerkannten Meisters nach dessen Tod neu herausgegeben und brauchbar zu erhalten, ist ein gewagter Versuch, der dem Herausgeber eine ebenso entsagungsvolle wie mühe- und verantwortungsreiche Arbeit auferlegt. Die Schwierigkeiten steigern sich, wenn es sich um ein Werk von so ausgeprägter Eigenart handelt, wie Roschers Finanzwissenschaft.

Bei einer gerechten Beurteilung der Verdienste, welche sich Professor D. Gerlach durch die Neuherausgabe der Roscherschen Finanzwissenschaft

erworben hat, muß man m. E. zwei Fragen unterscheiden, nämlich 1. die Frage, ob es wohl getan war, das Werk, statt es in der ursprünglichen Form zu belassen, einer Überarbeitung zu unterziehen, und 2. falls die erste Frage zu bejahen ist, wie der Herausgeber seine Aufgabe aufgefaßt, und wie er sie gelöst hat.

Die erste Frage glaube ich unbedingt bejahen zu müssen. Es war nicht Roschers Neigung, in seinen verschiedenen Büchern jeweils den neuesten Stand der Literatur und die letzten Erscheinungen und Zustände des wirtschaftlichen Lebens zu berücksichtigen. Es hängt das mit seiner ganzen historischen und philosophierenden Art und mit der Entstehungsweise seiner Werke zusammen. Es scheint mir auch ziemlich sicher zu sein, daß Roscher, falls er selbst die 5. Auflage seines Lehrbuches noch hätte besorgen können, in Einfügungen, Zusätzen und Änderungen erheblich weniger weit gegangen wäre als sein Herausgeber. Und man hätte dies Verfahren, als mit der Roscherschen Eigenart zusammenhängend, begreiflich gefunden und wenn nicht gebilligt, so doch jedenfalls entschuldigt. Anders lagen die Dinge für den Herausgeber. Er mußte bei aller Schonung der Eigenart des Verfassers den Versuch machen, die neue Literatur und vor allem das neue Tatsachenmaterial, die neuen Erscheinungen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung bei seiner Bearbeitung zu berücksichtigen. Dies zu tun, war auch in erster Linie das Bestreben Gerlachs, und wir wollen, auf die zweite Frage eingehend, gleich hinzufügen, daß ihm dies in vortrefflicher Weise gelungen ist. Da Roscher das Tatsachenmaterial fast ausschließlich in den Anmerkungen untergebracht hat, so steckt auch die Hauptarbeit des Herausgebers in den Noten. Es muß dies besonders betont werden. Denn von dem Umfang und der Mühseligkeit der Arbeit gewinnt man die richtige Vorstellung erst, wenn man sorgfältig Note für Note vornimmt und sich wohl einprägt, wie oft man dabei auf eckige Klammern stößt (durch welche die Zusätze Gerlachs markiert werden), und wie ausgedehnt nicht selten die Einschreibungen sind. Ihnen vor allem ist die starke Vermehrung der Seitenzahl des Werkes zuzuschreiben, die dessen Zerlegung in zwei Halbbände bedingte. Übrigens sei hervorgehoben, daß die Zusätze Gerlachs sich nicht bloß auf die Gegenwart beziehen, sondern daß er der Neigung Roschers, seine Belegstellen allen Zeiten und Völkern zu entnehmen, in schicklicher Weise Rechnung trug, indem er auch die neueren Erscheinungen der historischen Literatur ergänzend heranzog. War mit diesen Zusätzen auch viel Mühe verbunden, so fügten sie sich doch meist organisch in das ganze Werk ein. Sie können verglichen werden mit der Hilfsarbeit eines jüngeren Gelehrten, der dem Altmeister Bausteine und Ornamente zu seinem Werke in fleißiger und gewissenhafter Arbeit liefert. Die ungleich größere Schwierigkeit war zweifellos mit der Durchsicht des eigentlichen Textes und der Vornahme der hier notwendig erscheinenden Änderungen und Ergänzungen verbunden. Auch in dieser Beziehung ist Gerlach mit größter Vorsicht und Pietät und, soweit ich nach eigenen Werken Gerlachs urteilen darf, mit aner kennenswerter Selbstverleugnung vorgegangen. Er hat nur da geändert und ergänzt, wo es ihm ganz unerläßlich schien, und er den alten Text auch als Herausgeber nicht mehr glaubte vertreten zu

können. Es kann nicht meine Aufgabe sein, dem Herausgeber bei dieser Tätigkeit paragraphenweise zu folgen und die Frage zu prüfen, ob alle Änderungen notwendig waren, und ob nicht notwendige Änderungen unterlassen wurden. Gewiß hätte ich und hätte jeder Finanztheoretiker bald ein mehr, bald ein weniger, je nach den Grundanschauungen und speziellen Neigungen gewünscht; aber im ganzen muß man sich mit dem, was Gerlach geleistet hat, einverstanden erklären. Mit der Berufung auf die Pietät gegen Roscher und auf die Notwendigkeit, das Werk in seiner ursprünglichen Eigenart zu erhalten, kann Gerlach schließlich doch gegen alle solche Einwendungen ankämpfen. Um aber doch einiges Konkrete zu erwähnen, sei bemerkt, daß mir die Einschlebung des § 5 a, der eine Übersicht der Staatseinnahmen an die Spitze des ersten Buches stellt, ganz zweckentsprechend erscheint; ebenso ist zu billigen, daß die Salz- und Tabaksteuer nunmehr in der Lehre von den Aufschlägen statt wie früher unter den Regalien behandelt wird. Freilich entsteht dadurch, daß statt des Ausdrucks Tabak- und Salz- „Monopol“ der veraltete Ausdruck „Regal“ beibehalten wurde, eine bedauerliche Unklarheit. Gut sind die Zusätze im Text S. 84; ebenso S. 126 ff., nur dürfte hier (S. 127) die Post nicht als Gebührenanstalt betrachtet werden, da sie in der Folge, m. E. mit Recht, unter den Handels- und Industrieunternehmungen des Staats behandelt wird. Die Einschlebung auf S. 13 des ersten Halbbandes über die Abgrenzung zwischen Sozial- und Naturwissenschaft erscheint mir überflüssig. Für eine etwa notwendig werdende weitere Auflage möchten wir empfehlen, daß der Herausgeber den Roscherschen Steuerbegriff einer Revision unterzöge. Auch bezüglich der Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern, die bei Roscher recht obenhin behandelt und in schwankendem Sinn angewendet wird, möchten wir wünschen, daß sie nicht bloß in einer Anmerkung, sondern im Text eingehend berücksichtigt und gleichfalls sorgfältig geprüft werde. Ebenso will uns scheinen, als ob bei Roscher und auch in der 5. Auflage die Einkommensteuer nicht zu ihrem Recht komme. Daß der Hauptfortschritt in der Geschichte des Steuerwesens im 19. Jahrhundert in dem Zug zur allgemeinen Einkommensteuer besteht, müßte m. E., wenn auch Roscher gegen diese Steuerart sich sehr skeptisch verhielt, angesichts der Tatsachen deutlich hervorgehoben werden. Die Wehrsteuer nur als Appendix der Naturalsteuer zu behandeln, halte ich nicht für richtig. Auch über die Verkehrssteuern hätten im Text einige Ergänzungen Platz finden dürfen. Besonders dürftig ist die Behandlung des Reichsfinanzwesens in Roschers Finanzwissenschaft, obwohl dessen Bedeutung nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Hier hätte der Herausgeber vielleicht mit Erfolg die bessernde Hand anlegen können.

Aber vielleicht sage ich dem Herausgeber Dinge, die er selbst schon empfunden hat; vielleicht hat ihn nur die Pietät gegen seinen Lehrer und den hochverdienten Gelehrten Roscher abgehalten, die Mängel zu beseitigen, die ich glaubte hervorheben zu sollen. Ich fühlte mich aber verpflichtet, auf einige Einzelheiten einzugehen; denn die wahre Pietät besteht schließlich doch darin, das Werk des Meisters solange wie möglich brauchbar zu erhalten.

R. Th. Cheberg.

Cheberg, Dr. Karl Theodor: Finanzwissenschaft. Achte verbesserte und vermehrte Auflage. Leipzig. 1906, Deichert (Georg Böhme), 523 S.

Verf. erblickt mit Recht in der unverminderten Nachfrage nach diesem Lehrbuch einen Beweis seiner Brauchbarkeit. In der Tat führt es in systematischer Weise in das Gebiet der Finanzwissenschaft ein und unterrichtet den Leser über ihren heutigen Stand sowie über die tatsächlichen Verhältnisse im Finanzwesen der wichtigsten Staaten in zweckmäßiger Weise. Ich möchte denn auch nur im Interesse seiner Zuverlässigkeit auf einige kleine Mängel hinweisen.

So hebt Verf. einige Besonderheiten der Finanzwirtschaft hervor, die angefochten werden könnten. In der Privatwirtschaft herrscht seiner Ansicht nach (S. 5) das Prinzip spezieller Entgeltlichkeit, im Verkehr des Staates mit seinen Angehörigen dagegen ein Prinzip genereller Entgeltlichkeit. Dieser Auffassung widerspricht indes die Behauptung auf S. 136, wonach die Gebühren „im Anschluß an eine bestimmte Tätigkeit öffentlicher Organe und als spezielles Entgelt für diese erhoben“ werden. Dieser Widerspruch könnte m. E. dem Verf. den Anlaß bieten, die Notwendigkeit einer theoretischen Sonderstellung der Gebühren neben den sonstigen Zwangsabgaben überhaupt einer Revision zu unterziehen. — Viel zu doktrinär erscheint auch die Behauptung auf S. 7, daß sich das Maß der Einnahmen des Staates nach Art und Maß seiner Ausgaben richte; die Einnahmen des Staates, so wiederholt der Autor wörtlich, sind „bedingt durch die Höhe der erforderlichen Ausgaben“. Trotz des Nachsatzes, daß „bei Feststellung der Ausgaben das Maß der erreichbaren Mittel nicht außer acht gelassen werden“ darf, halte ich diese Darstellung für viel zu stark pointiert und möchte ihr die Ausführungen des gegenwärtigen österreichischen Finanzministers Dr. Kofel in seinem jüngsten Finanzexposé entgegenstellen, wonach die wirtschaftlichen Verhältnisse den „größten Einfluß auf die Haltung des Finanzministers hinsichtlich der Gestaltung des Budgets, insbesondere hinsichtlich der Ausgaben-seite desselben ausüben müssen“. „Ein seiner Verantwortung bewusster Finanzminister wird sicher unter normalen Verhältnissen nur soweit Ausgaben konzedieren können, als sie durch erzielbare Einnahmen sichergestellt erscheinen.“

Im besonderen Teil möchte ich die Darstellung der österreichischen Zuckersteuergefeßgebung bemängeln und darauf hinweisen, daß unsere Zucksteuer schon seit halb sieben Jahren 38 Kronen pro Meterzentner beträgt; seit ebenso langer Zeit ist auch unsere Biersteuer höher als auf S. 339 angegeben wird, nämlich 34 Heller von jedem Hektoliter Bierwürze und Saccharometergrad. Endlich ist die Ausführung der die österreichische Gebäudesteuer regelnden Gesetze auf S. 221 unvollständig und jene der Grundsteuer sowie der Fahrkartensteuergesetze (S. 211 bzw. 374) durch Druckfehler im Datum beeinträchtigt.

Wien.

E. Schwiedland.

Steiniger, Erwin: Die jüngsten Reformen der veranlagten Steuern in Österreich. Leipzig 1905, Dunder & Humblot. 208 S.

Durch ein Preisausschreiben der Münchener Universität veranlaßt und in der Folge auch mit dem Preise bedacht, trägt die Studie die Merkmale ihres rein akademischen Ursprunges an sich: reichlich gesammeltes Material, gebiegenes Quellenstudium, gründliche Durcharbeitung und dennoch ein bißchen doktrinäre und weltfremde Auffassung.

Eine Menge geistreicher und richtiger Beobachtungen läßt es bauen, daß ihr Autor nicht manchmal über statistische Ziffernkolonnen und Literatur hinaus in die Werkstätte einer Steuerveranlagung selbst blicken konnte, um die wirklichen Formen kennen zu lernen, in denen sich der Zusammenhang des wirtschaftlichen Lebens mit den seine Arbeit erfassenden direkten Steuern äußert.

Über allem Tadel steht die temperamentvolle Schreibweise, die insbesondere bei den historisch-kritischen Einleitungen zu den einzelnen Steuergattungen zur Geltung kommt, und die sich im Kapitel über die allgemeine Erwerbsteuer zu einer lebensvollen, ungemein anschaulichen Schilderung des Interessentkampfes an der Wiege dieser Steuer steigert.

Steiniger erörtert die treibenden Motive sowie die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse, welche die Einbringung der Reformvorlagen des Jahres 1892, ihr Wesen und ihre endgültige Gestaltung beeinflussten, und weist darauf hin, wie die damalige agrarische Majorität des Abgeordnetenhauses durch ihr Bündnis mit den Vertretern des städtischen „kleinen Mannes“ der Steuerreform ihren agrarisch-kleinbürgerlichen Charakter gaben.

Die Abschnitte über die Grund- und Gebäudesteuer bringen nur Bekanntes. Gleichwohl gehören speziell die Ausführungen über die Gebäudesteuer zu dem Reifsten und Besten dieses Buches und zeigen den Blick des Autors für ökonomische Kausalitäten; so sind die Fragen der Überwälzung der Hauszinssteuer und der hierdurch eingetretenen Umwandlung dieser ursprünglich reinen Ertragsteuer in eine Konsumabgabe, sowie die Zweifel an der Möglichkeit einer Remedur dagegen durch steuerpolitische Maßnahmen klar ausgeführt; dagegen hätte vielleicht die aktuelle Frage über die Heranziehung des Wertzuwachses der städtischen Grundstücke eingehender behandelt werden können, wobei sich Gelegenheit geboten hätte, eigene Anschauung zu entwickeln und Selbstgedachtes zu äußern.

Mit besonderer Sorgfalt hat Steiniger die Personalsteuerreform behandelt, obgleich gerade hier der erwähnte Doktrinarismus häufiger störend wirkt, wie z. B. die auf einer Verkennung der Praxis beruhende Anschauung, daß die Publizität der Veranlagungsergebnisse durch die Auflage der Registerauszüge eine demoralisierende Gefahr in sich birgt. Nicht die Frage nach der Steuerleistung des Nachbarn, sondern die nach der Richtigkeit der eigenen sollte nach Ansicht Steinigers der alleinige Maßstab des einzelnen Steuerträgers sein. So ideal veranlagte Steuerträger werden selten zu finden sein; auch kann ich keineswegs einsehen, warum die Steuergesetzgebung eine so menschlich

begründete Denkart, die den eigenen Vorteil oder Nachteil so gern an dem des Nächsten mißt, außer acht lassen soll, abgesehen von dem großen Einflusse dieser Öffentlichkeit auf die Stärkung des Steuergewissens. Nur die weitgehendste Öffentlichkeit und die sorgfältigste Vermeidung jedes geheimnisvollen und von außen nicht kontrollierbaren Vorgehens der Steuerveranlagungsorgane vermag den an sich von der Bevölkerung mißtrauisch beobachteten Vorgang einer Steuerveranlagung ihres unsympathischen Zuges einigermaßen zu entkleiden und das bei uns leider noch vielfach fehlende Vertrauen der Bevölkerung zu schaffen. Daher auch alle die Bestrebungen unserer Finanzverwaltung, die Autonomie in der Steuerveranlagung möglichst zu erweitern, die Mitglieder der Steuerkommissionen an den eigentlichen Veranlagungsarbeiten zu interessieren und sie zur Mitarbeit an denselben heranzuziehen, ihnen vollsten Einblick in die vorbereitenden Arbeiten der Steuerbehörden zu gewähren, engste Fühlung mit den interessierten Bevölkerungskreisen zu suchen, indem man sich bei der Auswahl der viel verlässerten Sachverständigen an sie wendet, u. dgl. m.

Indem St. unsere Erwerbsteuer, wie überhaupt jede Ertragsteuer, soweit sie auf dem Zusammenarbeiten von Kapital und Arbeit beruht, nur vom Standpunkte der subjektiven Einkommensbildung betrachtet, kommt er zu dem Schlusse, daß ein prinzipieller Unterschied zwischen Ertrag- und Einkommensteuern nicht besteht, da erstere nur partielle Einkommensteuern sind, und unsere Erwerbsteuer eine gewerbliche Einkommensteuer ohne Einkommensermittelung, mithin ein steuertechnisches Monstrum ist.

Die Selbstverständlichkeit, mit der eine so vielfach umstrittene Frage einseitig beantwortet wird, berührt seltsam, und man muß keineswegs in der „mittleren Ertragsfähigkeit“ ein ideales Steuerkriterium sehen, um ein tieferes Eindringen in das Grundprinzip unserer Erwerbsteuer zu verlangen; insbesondere müßte auch zum vollen Verständnis das Prinzip der Interessebesteuerung herangezogen werden.

Auch behauptet St., daß diese Steuer durch den Umstand, daß sie auf notorisch falschen Ergebnissen des alten Patents aufgebaut wurde, auch gegenwärtig noch größtenteils unrichtige Ergebnisse zeitigen muß. Ich habe augenblicklich nur einige Zahlen aus Niederösterreich zur Verfügung, möchte aber diese zur Widerlegung anführen: Bei der Veranlagung 1902/03 wurden 8545, bei der für 1904/05 4707 und bei der für 1906/07 5312 Verschiebungen innerhalb der vier Klassen (Aus- und Einreichungen ohne Zuwächse und Löschungen) durchgeführt. Vermutlich habe ich ferner eine Besprechung der sich immer deutlicher ausprägenden und sehr bedenklichen Erscheinung der Verländerung unserer Kontingente.

Am Verfahren selbst rügt der Verfasser das Übergewicht der bureaukratischen Vorarbeiten gegenüber der eigentlichen kommissionellen Tätigkeit, die er als zu einer Überprüfung des behördlichen Bemessungsoperates abgeblaßt bezeichnet. Obgleich ihm vielfach Recht gegeben werden muß, werden doch in letzter Zeit erfolgreiche Versuche gemacht, die Tätigkeit der Kommissionen zu einer wirklichen autonomen Steuerveranlagung aus-

zugestalten, in welcher Richtung nebst vielem anderen das in jüngster Zeit zutage getretene Bestreben der Finanzverwaltung, in den Kommissionen sukzessive die Beamten durch Laien zu ersetzen, hervorgehoben werden muß.

Bezüglich der rechnungspflichtigen Erwerbsunternehmungen tabelt Verf. die exorbitante Höhe des Steuerfußes, der er die Hauptschuld an der mangelnden Unternehmungstätigkeit in Österreich zumißt. Eine eingehendere Darstellung der gerade bei dieser Steuer so bedeutungsvollen Wechselwirkungen und scharfen Gegensätze zwischen den kaufmännischen und steuertechnischen Prinzipien wäre indes zu begrüßen gewesen.

Mehr ins Detail gehen die Ausführungen über die Personaleinkommensteuer; nur erklingt hier zu oft und zu laut das Lied von der agrarischen Begünstigung; denn es kann z. B. nicht gesagt werden, daß die Bestimmungen der Vollzugsvorschrift über die Einrechnung der in der eigenen Wirtschaft verbrauchten Erzeugnisse ausschließlich der ländlichen Bevölkerung zugute kommt; die große Anzahl der Approximationsgewerbe hat zum mindesten den gleichen Vorteil hiervon. Hingegen berührt die Konstatierung, daß nicht einmal der Katastralreinertrag als Bruttoeinkommen zur Personaleinkommensteuer fähig erscheint (circa 305 000 000 K gegenüber ca. 254 000 000 K) tatsächlich eine wunde Stelle unserer Personaleinkommensteuerveranlagung; allerdings läßt sich die verblüffende Wirkung dieses Zahlenverhältnisses durch die Feststellung etwas abschwächen, daß etwa 86 % unserer Grundsteuerträger nur einen Katastralreinertrag von höchstens 90 K (Grundsteuer 20 K) erzielen und daher der Personaleinkommensteuerveranlagung nicht unterzogen werden; ferner mag auch die vielfach vorherrschende Dreifelderwirtschaft einigen Einfluß ausüben, und endlich wäre noch zu bedenken, daß die Zuverlässigkeit unserer Personaleinkommensteuerstatistik darunter leidet, daß ihre Grundlage, die Eintragungen in die Schätzungsregister, nicht nach einheitlichen Grundsätzen gebildet wird, indem statt Bruttobetrag sehr häufig Nettobetrag, sogar nach Abzug sämtlicher Lasten und Abzugsposten, eingetragen werden. Natürlich läßt sich die obenerwähnte Tatsache durch diese verhältnismäßig unbedeutenden Momente nicht genügend aufklären, und nur eine intensivere Veranlagung kann dieses Mißverhältnis aus der Welt schaffen. Die vielfach bekämpfte Weisung der Vollzugsvorschrift über die Nichttheranziehung von bäuerlichen Wirtschaftsbesitzern mit Katastralreinerträgen bis zu 500 (600 K) zur Personaleinkommensteuer stellt eine einseitige und formell unzulässige Konzeption seitens der Regierung dar: ihre praktische Bedeutung ist jedoch eine wesentlich geringere als Verf. anzunehmen scheint, da erfahrungsgemäß die Lebensbedingungen und Einkommensverhältnisse von Landwirten dieses Betriebsumfanges eine Einbeziehung der Personaleinkommensteuer doch nicht ermöglichen würden, sofern nicht besonders günstige Verhältnisse (Wein- und Gartenbau) die Erzielung eines steuerpflichtigen Einkommens gestatten, in welchem Falle sie ja auch gegenwärtig zur Personaleinkommensteuer herangezogen werden, wie die Veranlagungen in den Weinbaugegenden zeigen, wo häufig Bauern mit nur 50 K Katastralreinertrag einkommensteuerpflichtig sind. In ähnlicher Weise haben sich in der Praxis fast überall gewisse, wenn

auch theoretisch unzulässige Kompromisse zwischen Erwerb- und Personal-einkommensteuer herausgebildet.

Auch St.s Ansicht über das Institut der Vertrauensmänner des § 199 B. St.G. kann ich nicht beistimmen. Diese sind keineswegs geheime Hilfsorgane des Fiskus, wie man sie ehemals fürchten gelernt hatte, sondern vor allem Vertrauenspersonen der von ihnen vertretenen Bevölkerung, die meines Erachtens eine sehr große Rolle zu spielen berufen wären, da sie allein die infolge der großen Ausdehnung der Kommissions-sprengel entstehenden Lücken in den Lokal- und Personalkenntnissen unserer Steuerkommissionen ausfüllen können. Die großen materiellen und formellen Probleme dieser Steuer werden im übrigen nicht aufgerollt.

Mit Recht wird die österreichische Rentensteuer ein wahres „Steuer-Chamäleon“ genannt; sie ändert je nach ihrem Objekte ihre Gestalt, um ja nicht den zu treffen, den sie treffen will und soll; die Lösung wäre wohl eine das gesamte Renteneinkommen, ohne Scheidung nach einzelnen Quellen erfassende Ergänzungssteuer; allerdings dürfte das als notwendige Voraussetzung erforderliche Erwachen und Erstarken des Steuergewissens unserer Rentner noch einige Zeit ein frommer Wunsch bleiben.

Trotzdem man den Ausführungen Steinigers in manchen Punkten nicht beipflichten kann, stellt sein Buch einen sehr beachtenswerten Beitrag zur Literatur unserer Steuerreform dar, dessen Lektüre nur bestens empfohlen werden kann.

Wien.

Alfred Treichl.

Eingesendete Bücher

— bis Anfang März 1906 —

1. Drucksachen amtlichen Charakters (Staaten und Selbstverwaltungskörper).

Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt. (Sonderheft zur Marine-Rundschau 1905). Berlin, E. S. Mittler & Sohn. 8°. 288 S.

Denkschrift betreffend die Entwicklung des Kiautschou-Gebiets in der Zeit vom Oktober 1904 bis Oktober 1905. Berlin 1906.

Drucksachen des Beirats für Arbeiterstatistik. Verhandlungen Nr. 13. Veröffentlichungen des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung. 4. Jahrgang, Nr. 3.

Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat. 1905. 3. Jahrgang. Herausg. vom kgl. Stat. Landesamt. 8°. 301 S.

29*

Preussische Zentral-Genossenschaftskasse. Die Entwicklung der eingetragenen Genossenschaften in Preußen während des letzten Jahrzehnts. Berlin 1906. 4°. 68 u. 62 S.

Die Königl. Landwirtschaftliche Hochschule in Berlin. Festschrift zur Feier des 25 jährigen Bestehens. Herausg. vom Lehrerkollegium unter Redaktion von Prof. Dr. L. Wittmack. Berlin 1906, B. Parey. 8°. 315 S.

Berichte über Land- und Forstwirtschaft im Auslande. Mitgeteilt vom Auswärtigen Amt. Berlin, Deutsche Landw. Gesellschaft. 8°. Stück 8. **Ungarn:** Die Landwirtschaft in Transkasprien.

Verwaltungsbericht der Landes-Versicherungsanstalt Berlin für das Rechnungsjahr 1904. 236 S.

Statistisches Jahrbuch für das Großherzogtum Baden. 35. Jahrgang 1904 u. 1905. Karlsruhe 1905. 8°. 800 S.

Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt. 4°.

N. F. 14. Heft. Die Volkszählung vom 1. Dezember 1900. II. Teil. 317 S.

Jahrbuch für Bremische Statistik. Herausg. v. Bremischen Statistischen Amt. Jahrgang 1905. 8°. 322 S.

Haushaltsplan der Stadt Barmen für das Etatsjahr 1905. 4°. 492 S.

Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Barmen, 1904. 4°. 253 u. 68 S.

Statistisches Amt der Stadt Berlin. Die Geburten, die Aufgebote und Eheschließungen, die Sterbefälle und Meldungen von ansteckenden Krankheiten, sowie die Zuzüge und Fortzüge, ferner die Neubauten und Abbrüche von Häusern im Jahre 1904 in Berlin, sowie die zu Anfang 1905 in Berlin leerstehenden Wohnungen. 4°. VI u. 138 S.

Verwaltungsbericht des Magistrats der Königl. Haupt- u. Residenzstadt Breslau für die drei Rechnungsjahre vom 1. April 1901 bis 31. März 1904. 8°. 873 u. 328 S.

A. A. Arbeitsstatistisches Amt im Handelsministerium. Wien 1906. A. Hölder. 8°.

Die Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse der Schuhmacher. IV u. 181 S.

— Bleiergiftungen in hüttenmännischen und gewerblichen Betrieben, Ursachen und Bekämpfung. II. Teil: Bericht über Erhebungen in Bleiweiß- und Bleiogydfabriken. 1905. 4°. 37 S.

Mitteilungen des Statistischen Landesamtes des Königreiches Böhmen. Bd. VII, Heft 1 und 2. Prag 1905. 8°. XLVII und 23 S. LXXXI und 50 S.

Statistisches Jahrbuch der Haupt- und Residenzstadt Budapest. VI. Jahrg. 1903. Redigiert von Prof. Dr. S. Thirring. 4°. 301 S.

Publikationen des Statist. Bureau der Haupt- u. Residenzstadt Budapest. Berlin 1905, Puttkammer & Mühlbrecht. 4°.

XXXIII, 2. **Rörösy u. Thirring:** Die Hauptstadt Budapest im Jahre 1901. Resultate der Volkszählung und Volksbeschreibung. 165 u. 112 S.

XXXVI. **Rörösy:** Die Sterblichkeit der Haupt- und Residenzstadt Budapest in den Jahren 1901—1905 und deren Ursachen. 69 S.

Rörösy: Die Armenpflege der Haupt- und Residenzstadt Budapest in den Jahren 1900—1902. (Übersetzung aus dem Ungarischen.) 87 S.

Statistik der Stadt Zürich. 1905. 4°.

Nr. 2. 1. Statistik der Einbürgerungen 1902—04.

2. " " von der Bürgerlichen Armenpflege der Stadt Zürich in den Jahren 1893—1904 unterstützten Neubürger. 32 S.

Report of the Tariff Commission. London 1904—1905, King & Son. 4°.

Vol. I. The Iron and Steel Trades.

Vol. II. The Textile Trades. Part I—VII.

Interstate Commerce Commission. Washington 1904 u 1905.

Sixteenth Annual Report on the Statistics of Railways in the United States for the Year ending June 30, 1903. 711 S.

Seventeenth Annual Report on the United States for the Year ending June 30, 1904. 709 S.

Department of Commerce and Labor. Bulletin of the Bureau of Labor.

No. 60. Sept. 1905. Government Industrial Arbitration. S. 389—720.

New York State Department of Labor. Albany 1905. 8°.

Twenty-Second Annual Report of the Bureau of Labor Statistics, 1904. 864 S.

Fourth Annual Report of the Commissioner of Labor, 1904. 287, 205, 295 S.

Ministère des Finances. Service de la Statistique Générale. Commerce extérieur de la Roumanie dans la semestre Janvier-Juin 1905. Bucarest 1905. 8°. 93 u. XXI S.

Catalogue officiel de la Section Japonaise. Exposition universelle et internationale de Liège 1905.

Le Japon en 1905. Race, Population, Administration, Religion, Finances, Monnaies, Poids, Mesures, Crédit, Assurances, Commerce, Navigation, Agriculture, Mines, Formose, Ville de Kyoto. Liège, Ch. Desoer. 8°. 248 S.

2. Drucksachen von Arbeitsnachweisen, Genossenschaften, Handels-, Gewerbe-, Handwerker- u. Landwirtschaftskammern; Gewerkevereinen; anderen Arbeitsvertretungen; Geschäftsberichte von gemeinnützigen Instituten und Erwerbsgesellschaften.

Denkschrift der Handelskammer zu Minden und des Westfälischen Tabakvereins zum Gesetzentwurf wegen Änderung des Tabaksteuergesetzes. An den Deutschen Reichstag 5. Januar 1906.

Jahresbericht der Handelskammer für den Kreis Essen. Teil I. 4°. 102 S.

Handel und Industrie Ungarns im Jahre 1904. Herausgegeben von der Budapester Handels- und Gewerbekammer. Budapest 1905. 8°. VI u. 350 S.

Jahresbericht des Vereins zur Verbesserung der kleinen Wohnungen in Berlin für das Geschäftsjahr 1905. 4°. 8 S.

Rechenschaftsbericht der Kommission der Arbeiter-Unterstützungs-, Witwen- und Waisenkasse der Schafwollwarenfabriken und Lohnetablissemens in Brünn für das Verwaltungsjahr 1904, erstattet in der ordentlichen Generalversammlung vom 16. April 1905. 36 u. 9 S.

6. Bericht des Vereins für Arbeitsnachweis in Leipzig über seine Tätigkeit im Jahre 1905. 4°. 11 S.

Verband deutscher Handlungsgehilfen Leipzig. Jahrbuch für 1906. Im Auftrage des Vorstandes bearbeitet von Jos. Reif. 7. Jahrgang. 16°. 372 S.

Tätigkeitsbericht der Zentralstelle für Jugendfürsorge in Berlin, 1904/5. 8°. 39 S.

Das Volkshaus in Hamburg. Bericht über das vierte Geschäftsjahr 1904/1905. 76 S.

Rheinischer Verein zur Förderung des Arbeiterwohnungswesens. Jahresbericht für 1904/05. Düsseldorf, A. Bagel. 8°. 76 S.

Grüger, G.: Mitteilungen über den 46. allgemeinen Genossenschaftstag des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften zu Westerland = Sylt am 4.—8. September 1905. Berlin 1905, J. Guttentag. 8°. 450 S.

Kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen Nürnberg: Zum Entwurf einer Schwebebahn in Berlin. 4°. 42 S.

Verband der deutschen Juden. Stenographischer Bericht über die zu Berlin am Montag den 30. Oktober 1905 abgehaltene erste Hauptversammlung. Berlin 1905, H. S. Hermann. 8°. 84 S.

Jahresbericht der preussischen Zentral-Vodentkredit-Aktiengesellschaft in Berlin für 1905. 36. Geschäftsjahr. 4°. 31 S.

3. Drucksachen von Gesellschaften u. s. w.

Bericht über die VII. Generalversammlung des Rheinischen Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnwesens und über die III. Versammlung des Verbandes der Rheinischen Baugenossenschaften am 23. und 24. November 1905 im Ständehaus zu Düsseldorf. 8°. 79 S.

Deutsches Zentral-Komitee zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke. Berlin 1905. 4°.

B. Fränkel: Der Stand der Tuberkulose-Bekämpfung in Deutschland. Denkschrift, dem internationalen Tuberkulose-Kongress in Paris 1905 vorgelegt vom deutschen Zentral-Komitee zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke. 431 S.

Internationale Wirtschaftliche Konferenz. Verhandlungen am 18. und 19. Mai im Preussischen Abgeordnetenhaus zu Berlin. Berlin, Liebheit & Thießen. 8°. 193 S.

Rietner: Zur Tuberkulose-Bekämpfung 1905. Verhandlungen des deutschen Zentralkomitees zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke in der 9. Generalversammlung am 9. Juni 1905. 8°. 56 S.

Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. Leipzig 1905, Dunder & Humblot. 8°.

75. Heft. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der 25. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit am 21. und 22. Sept. in Mannheim. 167 S.

Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform. Jena 1906, G. Fischer. 8°.

20. Heft. Dr. R. Meerwarth: Untersuchungen über die Hausindustrie in Deutschland. 73 S.

Schriften des Vereins für Socialpolitik. Leipzig 1906, Dunder & Humblot. 8°.

116. Bd. Verhandlungen der Generalversammlung in Mannheim, 25., 26., 27. und 28. September 1905. 445 S.

121. Bd. Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte.

5. Bd.: Die Schweiz. 144 S.

Verhandlungen des VII. deutschen Kongresses für Volks- und Jugendspiele zu Frankfurt a. M. vom 15.—18. Septbr. 1905. Herausg. vom Geschäftsführer des Zentralausschusses für Volks- und Jugendspiele Studiendirektor Prof. Raydt in Leipzig. Berlin 1905, B. G. Teubner. 8°. 106 S.

Studies in History, Economics and Public Law. Edited by the Faculty of Political Science of Columbia University.

Vol. XXIV, 1. Lynn Thorndike: The Place of Magic in the Intellectual History of Europe. 107 S.

4. Zeitschriften; periodische Erscheinungen.

Das Berliner Dinnertum. Von Hans Ostwald. Leipzig 1906, W. Fiedler. 8°.

1. Bd. Hans Ostwald: Berliner Bordelle. 84 S.

Denkmäler der deutschen Kulturgeschichte. II. Abteil. Berlin 1906. Weidmannsche Buchh. 8°.

Ordnungen 1. Bd. Dr. Arthur Kern: Deutsche Hofordnungen des 16. u. 17. Jahrhunderts. Mit Unterstützung der R. Preussischen Akademie der Wissenschaften herausgegeben. 1. Bd.: Brandenburg, Preußen, Pommern, Mecklenburg. 315 S.

Kultur der Gegenwart. Herausgegeben von Paul Hinneberg. Die Kultur der Gegenwart I, 1. Sonderabdruck. Berlin 1905, W. G. Teubner.

W. Legig: Das Wesen der Kultur. 51 S.

Münchener volkswirtschaftliche Studien. Herausgegeben von Lujo Brentano und Walther Loß. Berlin 1905, J. G. Cotta'sche Buchh. Nachf. 8°.

72. Stück. Max Nixsch: Die handelspolitische Reaktion in Deutschland. 240 S.

73. Stück. Friedrich Roth: Der Londoner Goldverkehr. 116 S.

74. Stück. Paul Wallich: Die Konzentration des deutschen Bankwesens. 173 S.

Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister. Herausg. von Prof. Dr. Heinrich Waentig in Halle a. S. Jena 1905, G. Fischer. 8°.

7. Bd. Malthus, Thomas Robert: Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz, oder eine Untersuchung seiner Bedeutung für die menschliche Wohlfahrt in Vergangenheit und Zukunft, nebst einer Prüfung unserer Aussichten auf eine künftige Beseitigung oder Verringerung der Übel, die es verursacht. Aus dem englischen Original, und zwar nach der Ausgabe letzter Hand (6. Aufl. 1826) ins Deutsche übertragen von Valentine Dorn und eingeleitet von H. Waentig. 2. Bd. 470 S.

Teubners Handbücher für Handel und Gewerbe. Herausgegeben von van der Borcht, Schumacher, Stegemann. Berlin 1905. 8°.

H. Paasche: Die Zuckerproduktion der Welt. Ihre wirtschaftliche Bedeutung und staatliche Belastung. VI u. 338 S.

Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Herausgegeben von R. Bücher. Tübingen 1905, J. Laupp. 8°.

XVIII. Ergänzungsheft. Dr. Friedrich Rassel: Englische Freihändler vor Adam Smith. 193 S.

Les ouvriers des deux Mondes. Publiés par la société d'économie sociale. Paris 1905. 8°.

Troisième série, 12. fascicule. Th. Théate: Commis à l'administration centrale des chemins de fer de l'état belge. Salarié du trésor public dans le système des engagements volontaires permanents d'après les recensements recueillis sur les lieux en 1904.

5. Bücher und Broschüren.

- Alexander, S.:** Beitrag zur Revision des deutschen Strafgesetzbuches in Beziehung auf die Ausübung der Heilkunde. Nach den Verhandlungen der Ärztekammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin. Mit einem Anhang: Zusammenstellung der für die Ausübung des ärztlichen Berufes in Betracht kommenden Paragraphen des Reichs-Strafgesetzbuches von D. Friße. Berlin 1905, Puttkammer & Mühlbrecht. 4°. 46 S.
- Bauer, Stephan:** Die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt am 1. Dezember 1900. Basel 1905, C. F. Lendorff. 8°. 100 und XCII S.
- Bechtle, O.:** Die Gewerbeförderung im Königreich Württemberg im Geschäftsbereich der Zentralstelle für Gewerbe und Handel. Stuttgart 1905, Klett & Hartmann. 8°. 176 S.
- Bitter, Wilhelm:** Die Hamburger Wahlrechtsvorlage und das Reich. Ein offenes Antwortschreiben an Prof. Dr. Hans Delbrück. Hamburg 1905, D. Meißner. 8°. 24 S.
- Borchardt, F.:** Entwicklungsgeschichte der Meistbegünstigung im Handelsvertragsystem. Königsberg 1906. 8°. 84 S.
- Brud, F. F.:** Noch einmal die Deportation und Deutsch-Südwestafrika. Breslau 1906, M. u. G. Marcus. 8°. 25 S.
- Rodriguez del Busto, Francisco:** Problemas económicos y Financieros. Córdoba 1905, 8°. 219 S.
- **El Proteccionismo en la Republica Argentina.** Buenos Aires 1904, J. Peusser. 8°. XV u. 239 S.
- Devine, Edward:** Efficiency and Relief. A Programme of Social Work. New York 1906, The Columbia University Press. 8°. 45 S.
- Eder, Chr.:** Die Seeinteressen Rheinland-Westfalens. Leipzig 1906, B. G. Teubner. 8°. 52 S.
- Eißner, L.:** Wörterbuch der Volkswirtschaft in zwei Bänden, Zweite, völlig umgearbeitete Auflage. 1. Lieferung. Jena 1906, G. Fischer. 8°. 96 S.
- Ettinger, Markus:** Die Regelung des Wettbewerbes im modernen Wirtschaftssystem. 1. Teil: Die Kartelle in Österreich. Mit einem Vorwort von Karl Menger. Wien 1905, Manzsche Buchhandlung. 8°. 265 S.
- Georgi, Otto:** Zur Reform des Wahlrechts für die zweite sächsische Kammer. Leipzig 1906, Dunder & Humblot. 81 S.
- Gonnard, R.:** La femme dans l'industrie. Paris 1906, Librairie Armand Colin. 8°. 283 S.
- Guttman, W.:** Das Erbbaurecht. Borna-Leipzig 1905, R. Noske. 8°. 50 S.

Harms, Bernhard: Die örtliche Herkunft der evangelischen und katholischen Geistlichen in Württemberg. (Aus Festgaben für Fr. J. Neumann.) Tübingen 1905, H. Laupp. 8°. 8°.

— **Arbeitskammern und Kaufmannskammern.** Gesetzliche Interessenvertretungen der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter. Tübingen 1905, H. Laupp. 8°. 56 S.

Heiß, El., u. A. Koppel: Deutsche Heimarbeit-Ausstellung Berlin 1906. Im Auftrage des Bureau für Sozialpolitik bearbeitet. Berlin 1906, H. S. Hermann. 8°. 232 S.

Hoff, W., u. F. Schwabach: Nordamerikanische Eisenbahnen. Ihre Verwaltung und Wirtschaftsgebarung. Berlin 1906, J. Springer. 8°. 377 S.

Jenny, D. P.: Das englische Hilfskassenwesen in neuester Zeit. Eine Studie über die freiwillige Arbeiterversicherung. (Inaugural-Dissertation, Basel.) Bern 1905, Stämpfli & Co. 4°. 77 S.

Josefscul-Grecul, C.: Das Wucherstrafrecht. Der Kredit- und Barwucher in vergleichender dogmenhistorischer, dogmatischer und kriminalpolitischer Darstellung. 1. Bd. Leipzig 1906, C. L. Hirschfeld. 8°. XX u. 352 S.

Kaufmann, G.: Der Vereinigte Landtag in der Bewegung von 1848. München 1906, Bayerische Druckerei u. Verlagsanstalt. 8°. 20 S.

Röhne, Carl: Grundriß des Eisenbahnrechts mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Ein kurzgefaßtes Lehrbuch für Juristen, Eisenbahnbeamte und Studierende. Berlin 1906, D. Liebmann. 8°. IV u. 114 S.

Alumker, J., u. D. Spann: Die Bedeutung der Berufsvormundschaft für den Schutz der unehelichen Kinder. Dresden 1905, D. V. Böhmert. 8°. 31 S.

Landmann, Julius: Das schweizerische Bankgesetz. Untersuchungen zur Geschichte und Kritik der schweizerischen Notenbankgesetzgebung, insbesondere des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 1905 über die schweizerische Nationalbank. Zürich 1905, Schulthess & Co. VIII u. 171 S.

Levy, Hermann: Die Stahlindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika in ihren heutigen Produktions- und Absatzverhältnissen. Berlin 1905, J. Springer. 8°. VIII u. 364 S.

Loria, Achille: La morphologie sociale. Conférences tenues à l'université nouvelle de Bruxelles au mois de mars 1905. Bruxelles 1905, F. Larcier. 8°. 180 S.

Maas, Georg: Jurisprudentia Germaniae 1905. Bibliographie der deutschen Gesetzgebung und Rechtswissenschaft. Berlin 1906, W. Moeser. 8°. XVI u. 222 S.

Maschke, Richard: Zur Theorie und Geschichte der römischen Agrargesetze. Tübingen 1906, J. C. B. Mohr. 8°. 116 S.

- Weißgeier, Otto:** Jahrbuch der Wohnungsreform im Jahre 1904. 2. Jahrg. Unter Mitwirkung von Dr. R. v. Mangoldt. Göttingen 1905, Vandenhoeck & Ruprecht. 8°. 70 S.
- Menger, Anton:** Neue Sittenlehre. Jena 1905, G. Fischer. 8°. VIII u. 82 S.
- Menzel, A.:** Die Systeme des Wahlrechts. Vortrag. Neue, durch Zusätze vermehrte Ausgabe. Leipzig 1906, F. Deuticke. 8°. 41 S.
- Müller, Gustav:** Handwerkszeug und Handwerksmaschine. Ein wirtschaftswissenschaftlicher Vergleich. Leipzig 1906, E. L. Hirschfeld. 8°. VI u. 166 S.
- Obst, G.:** Geld-, Bank- und Börsenwesen. Ein Handbuch für Bankbeamte, Juristen, Kaufleute und Kapitalisten, sowie für den akademischen Gebrauch. 3. Aufl. Leipzig 1906, Poeschel & Rippenberg. 8°. 300 S.
- Orth, A.:** Die Landwirtschaft zur Zeit Thaaers und im naturwissenschaftlichen Jahrhundert. Festrede zum 25. Januar 1906. Berlin 1906, Paul Parey. 8°. 23 S.
- Orloff, G.:** Deutsche Konsumgenossenschaften im Neuen Zentralverband und die Hamburger Großverkaufs-Gesellschaft. Leipzig 1906, Jäh & Schunke. 8°. 78 S.
- Piekenbroek, Carl:** La loi allemande sur les bourses du 22. juin 1896 et ses effets. Étude d'économie politique. (Lausanner Dissertation.) Essen 1905, W. Girardet. 8°. VII u. 269 S.
- Pototsky, Hans:** Ludwig Heinrich von Jakob. Ein Beitrag zur Geschichte der Nationalökonomie Deutschlands im 19. Jahrhundert. Straßburg 1905, J. Singer. 8°. 101 S.
- Raffel, Friedrich:** Ist Berkeley ein Freihändler. (Kieler Dissertation.) Kiel 1904, H. H. Peters. 8°. 31 S.
- Rainer, L. St.:** Wahlreformstudien. Leipzig u. Wien 1906, F. Deuticke. 8°. 48 S.
- Reicher, H.:** Die Fürsorge für die verwahrloste Jugend. 2. Teil. Pflegschaftsschutz und Besserungsanstalt in Österreich. Wien 1906, Manz'sche Hof-Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 496 S.
- Riesbieter, O.:** Das Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 nebst Einführungsgesetz unter Ausschluß des Seerechts mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts in Kommentarform. Leipzig 1905, G. Stallung. 8°. 278 S.
- Rybak, J.:** Die Steigerung der Produktivität der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert. Berlin 1905, P. Parey. 8°. 55 S.
- Schaps, G.:** Das deutsche Seerecht. Kommentar zum vierten Buche des Handelsgesetzbuchs nebst Erläuterungen zu den seerechtlichen Nebengesetzen. Berlin 1906, J. Guttentag. 8°. S. 649—932 und XXIV S.

- Schmedding, A.:** Die Geseze betreffend Bekämpfung ansteckender Krankheiten erläutert für Preußen. Münster i. W. 1905, Aschenborff. 8°. 207 S.
- Schmid, Bastian:** Philosophisches Lesebuch zum Gebrauch an höheren Schulen und zum Selbststudium. Leipzig 1906, B. G. Teubner. 8°. VIII u. 166 S.
- Schmid, Xaver:** Einwirkung wirtschaftlicher und konfessioneller Zustände auf Eheschließung und Ehescheidung. Ein Beitrag zur schweizerischen Moralstatistik. (Dissertation Freiburg i./Schweiz.) St. Gallen 1905. 8°. 156 S.
- Schnapper-Arndt, Gottlieb:** Vorträge und Aufsätze. Herausg. von Dr. Leon Zeitlin. Tübingen 1906, F. Laupp. 8°. 320 S.
- Sombart, Werner:** Sozialismus und soziale Bewegung. 5. Auflage. 24.—33. Tausend. Jena 1905, G. Fischer. 8°. 329 S.
- Steiniger, Erwin:** Die jüngsten Reformen der veranlagten Steuern in Österreich. Eine historisch-kritische Studie. Preisgekrönt von der Universität München. Leipzig 1905, Dunder & Humblot. 8°. VII u. 208 S.
- Stier-Somlo:** Deutsche Sozialgesetzgebung. Geschichtliche Grundlagen und Krankenversicherungsrecht. Jena 1905, G. Fischer. 8°. X und 407 S.
- Stratoloch-Grazmann:** Das allgemeine Wahlrecht in Österreich seit 1848. Leipzig und Wien 1906, F. Deuticke. 8°. 99 S.
- Streinz, O.:** Die Regierungskunst. Eine staatsphilosophische Studie. Wien 1905, Manz'sche Buchhandlung. 8°. VI u. 126 S.
- Thorsch, Berthold:** Der Einzelne und die Gesellschaft. Dresden 1906, C. Reißner. 8°. 149 S.
- Troeltzsch, W., u. P. Hirschfeld:** Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften. Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung. Berlin 1905, C. Heymann. 8°. XVI, 298 u. 147 S.
- Vecchio, Giorgio:** J. presupposti filosofici della nozione del diritto. Bologna 1905, Zanichelli. 8°. 192 S.
- Voßberg, W.:** Die deutsche Baugenossenschaftsbewegung. Berlin 1906, A. Unger. 8°. 241 S.
- Wiese, L. v.:** Zur Grundlegung der Gesellschaftslehre. Eine kritische Untersuchung von Herbert Spencers System der Synthetischen Philosophie. Jena 1906, G. Fischer. 8°. IV u. 139 S.
- Wollf, Karl:** Katechismus der Frauenbewegung. Gefrönte Preisschrift, herausg. vom Verein Frauenbildung—Frauenstudium. Berlin 1905, B. G. Teubner. 8°. 84 S.
- Zimmermann, Waldemar:** Arbeiter und Flotte. Eine Studie über Seewirtschaft, Weltpolitik und Arbeiterpolitik. Berlin 1906, Deutscher Verlag. 8°. 143 S.

6. Separatabzüge.

- Breymann, W.:** Wie weit kann in Städten, wo die Errichtung von Handelshochschulen unausführbar ist, durch die Einrichtung von akademischen Vorlesungen ein Ersatz geschaffen werden. 8°. 16 S.
- Eder, Ch.:** Das Bankwesen im Lehrplan der Handelshochschulen. (Bank-Archiv V, 9. 1906.)
- Eulenburg, Franz:** Gesellschaft und Natur. Akademische Antrittsrede. (Sonderabdruck aus „Archiv für Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik.“) Tübingen 1905, J. C. B. Mohr. 8°. 41 S.
- Harms, Bernhard:** Zur Statistik der Unehelichkeitsercheinung. (Sonderabdruck aus der Beilage zur Allgemeinen Ztg.). München. 16 S.
- Jannasch, R.:** Land und Leute aus Rio Grande do Sul. (Sonderabdruck aus dem „Export“.) 1905. 8°. 80 S.
- Miseß, L. v.:** Zur Geschichte der österreichischen Fabrikgesetzgebung. (Sonderabdruck aus Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung.) Wien, W. Braumüller. 4°.
- Führ. v. Schrötter:** Thorner Zainproben 1528—1535. (Sonderabdruck aus der Zeitschrift für Numismatik.)

Nachträgliche Bemerkung zu S. 47.

Der allerdings nur beispielsweise genannte Prozentsatz schloß freilich zweifellos eine Unterschätzung der Häufigkeit unbedingt fortpflanzungsunwürdiger Personen in sich ein; auch eine möglichst milde Fassung sanitärer Eheverweigerungen müßte beträchtlich mehr als 1—2 % unserer geschlechtsreifen Bevölkerung treffen.

Wilhelm Schallmayer.

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA



3 0112 074991586

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA



3 0112 074991586

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA



3 0112 074991586